

70 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP

Bundesfinanzgesetz

für das Jahr

1996

(1. Jänner bis 31. Dezember 1996)

und

Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz



Wien 1996

Österreichische Staatsdruckerei

II

I n h a l t

	Seite
Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1996	1
Gliederungselemente des Bundesvoranschlags	11
Anlagen:	
I. Bundesvoranschlag 1996 (Ausgaben und Einnahmen):	
Kapitel	
01 Präsidentschaftskanzlei	12
02 Bundesgesetzgebung	14
03 Verfassungsgerichtshof	16
04 Verwaltungsgerichtshof	18
05 Volksanwaltschaft	20
06 Rechnungshof	22
10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen	24
11 Inneres	30
12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	38
13 Kunst	50
14 Wissenschaft und Forschung	54
15 Soziales	62
16 Sozialversicherung	72
17 Gesundheit und Konsumentenschutz	74
18 Umwelt	82
19 Jugend und Familie	86
20 Äußeres	88
30 Justiz	92
40 Militärische Angelegenheiten	94
50 Finanzverwaltung	98
51 Kassenverwaltung	104
52 Öffentliche Abgaben	108
53 Finanzausgleich	114
54 Bundesvermögen	118
55 Pensionen (Hoheitsverwaltung)	126
59 Finanzschuld, Währungstauschverträge	128
60 Land- und Forstwirtschaft	136
63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	152
64 Bauten und Technik	158
65 Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	174
71 Bundestheater *)	180
75 Alkohol (Monopol) *)	182
77 Österreichische Bundesforste *)	184
78 Post- und Telegraphenverwaltung *)	186
Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel	190
Ia. Kapitelweise Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen und Unterschied zum Bundesvoranschlag 1995	192
Ib. Kapitelweise Aufgliederung der Sachausgaben nach Gebarungsgruppen und Unterschied zum Bundesvoranschlag 1995	194
Ic. Summarische Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen	196
II. Konjunkturausgleich-Voranschlag 1996	198
Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel	205
IIa. Summarische Aufgliederung des Konjunkturausgleich-Voranschlags nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen	206
III. Stellenplan (gesondertes Heft)	207
IV. Fahrzeugplan (gesondertes Heft)	349
V. Plan für Datenverarbeitungsanlagen (gesondertes Heft)	383
Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1996	(1)-(6)

*) Geldvoranschlag

Bundesfinanzgesetz 1996

1

**Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 1996
(Bundesfinanzgesetz 1996 – BFG 1996)**

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I. Der als Anlage I angeschlossene Bundesvoranschlag für das Finanzjahr 1996 wird nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Bundesgesetzes bewilligt. Die Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlages ergeben folgende Schlußsummen:

	Allgemeiner Haushalt	Ausgleichs- haushalt	Gesamt- haushalt
	(Beträge in Millionen Schilling)		
Ausgaben:	746.631,496	198.135,970	944.767,466
Einnahmen:	656.053,560	288.713,906	944.767,466
Abgang:	90.577,936	-	-
Überschuß:	-	90.577,936	-

Der Abgang des allgemeinen Haushaltes vermindert sich um jene Beträge, die voraussichtlich während des Finanzjahres 1996 an Mehreinnahmen und Ausgabeneinsparungen anfallen und nicht für die Bedeckung von Überschreitungen gemäß § 41 Abs. 3 und 5 des Bundeshaushaltsgesetzes (BHG), BGBl. Nr. 213/1986, in der jeweils geltenden Fassung, sowie Art. IV bis VII oder zum Ausgleich von Mindereinnahmen herangezogen werden.

Artikel II. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, nach den Bestimmungen des BHG

1. bis zur Höhe des sich aus Art. I ergebenden Abganges des allgemeinen Haushaltes
2. zuzüglich der im Ausgleichshaushalt veranschlagten Ausgaben für die Tilgung von Schulden und von Kapital aus Währungstauschverträgen (abzüglich 7/59589 und 7/59599) sowie der im Ausgleichshaushalt verrechneten Ausgaben für die Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen
3. abzüglich der im Ausgleichshaushalt veranschlagten Einnahmen aus Kapitalzahlungen aus Währungstauschverträgen (abzüglich 8/59589 und 8/59599) und der im Ausgleichshaushalt verrechneten Einnahmen aus Aufnahmen kurzfristiger Verpflichtungen

Kreditoperationen durchzuführen. Der für die Rückzahlung von Schulden veranschlagte Betrag vermindert sich um jene Beträge, die voraussichtlich im Finanzjahr 1996 für die Rückzahlung von Schulden nicht in Anspruch genommen werden und die nicht für die Bedeckung von Überschreitungen gemäß § 41 Abs. 3 und 5 BHG sowie Art. V und VI herangezogen werden.

(2) Der Höchstbetrag, bis zu dem die Ermächtigung gemäß Abs. 1 ausgeübt werden kann, erhöht sich um jene Beträge, die sich aus der Ausnützung der Ermächtigungen

1. gemäß Art. III,
2. gemäß Art. VII und
3. gemäß § 41 Abs. 3 Z 1 BHG beim Voranschlagsansatz 1/11177 bis zu 200 Millionen Schilling und bei den Voranschlagsansätzen 1/60304, 1/60314 und 1/60324 bis zu einem Betrag von insgesamt 900 Millionen Schilling

ergeben.

(3) Die Ermächtigungen gemäß Abs. 2 Z 2 und 3 dürfen nur in Anspruch genommen werden, wenn eine Bedeckung dieser Überschreitungen durch Ausgabeneinsparungen und/oder andere Mehreinnahmen nicht sichergestellt werden kann.

Artikel III. (1) Läßt die wirtschaftliche Entwicklung im Finanzjahr 1996 zusätzliche Ausgaben als zweckmäßig erscheinen, ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, Überschreitungen, die durch Einnahmen aus Kreditoperationen zu bedecken sind, bei den im Konjunkturausgleich-Voranschlag (Anlage II) angeführten Voranschlagsansätzen des Bundesvoranschlages (Anlage I) nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen zu genehmigen:

1. Hinsichtlich der Stabilisierungsquote des Konjunkturausgleich-Voranschlages in Höhe des Bedarfes bei einzelnen Voranschlagsansätzen bis zu den in der Stabilisierungsquote bei den einzelnen Voranschlagsansätzen veranschlagten Beträgen und bis zu dem dort ausgewiesenen Gesamtbetrag von 2 426,055 Millionen Schilling, wenn
 - a) die wirtschaftliche Entwicklung dies erfordert und
 - b) das Vorhandensein freier Produktionskapazitäten die Ausübung dieser Ermächtigung volkswirtschaftlich zweckmäßig erscheinen läßt.
2. Hinsichtlich der Konjunkturbelebungsquote des Konjunkturausgleich-Voranschlages in Höhe des Bedarfes bei einzelnen Voranschlagsansätzen bis zu den in der Konjunkturbelebungsquote bei den einzelnen Voranschlagsansätzen veranschlagten Beträgen und bis zu dem dort ausgewiesenen Gesamtbetrag von 2 656,659 Millionen Schilling, wenn
 - a) mehrere Anzeichen eines Konjunkturrückganges, darunter insbesondere erhebliche Minderungen des Einganges von Aufträgen bei den Unternehmungen, auftreten und
 - b) dem Konjunkturrückgang durch die Ausübung dieser Ermächtigung entgegengewirkt werden kann.
3. Liefer- und Leistungsaufträge zu Lasten der gemäß Z 1 oder Z 2 genehmigten zusätzlichen Bundesmittel sind innerhalb von 3 Monaten nach der durch den Bundesminister für Finanzen erteilten Überschreitungsgenehmigung, jedoch spätestens bis zum Ablauf dieses Finanzjahres zu vergeben.

(2) Zeichnet sich im Laufe des Finanzjahres 1996 ein Konjunkturrückgang und ein Zurückbleiben der Einnahmen des allgemeinen Haushaltes gegenüber den veranschlagten Einnahmen (Art. I) und durch das erwartete Zurückbleiben der Einnahmen ein höherer Abgang des allgemeinen Haushaltes (Art. I) ab, ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, den sich dadurch abzeichnenden höheren Abgang des allgemeinen Haushaltes bis zu 3 vH der veranschlagten Einnahmen des allgemeinen Haushaltes (Art. I), durch Einnahmen aus Kreditoperationen im Wege des Ausgleichshaushaltes zu bedecken. Ein Konjunkturrückgang ist dann gegeben, wenn sich gegenüber der Erstellung des Bundesvoranschlagsentwurfes 1996 mit 3,8 vH zugrunde gelegten nominellen Wachstumsrate der österreichischen Wirtschaft während des Finanzjahres 1996 eine Minderung um 1 Prozentpunkt oder mehr abzeichnet.

(3) Ergibt sich im Laufe des Finanzjahres auf Grund der Eigenmittelvorschriften der Europäischen Gemeinschaft die Verpflichtung, einen höheren Beitrag an den Gesamthaushalt der Europäischen Gemeinschaften gegenüber dem beim Voranschlagsansatz 2/52904 veranschlagten Beitrag zu leisten, ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, den sich dadurch ergebenden Mehrbedarf bis zu 15 vH des veranschlagten Betrages durch Einnahmen aus Kreditoperationen im Rahmen des Ausgleichshaushaltes zu bedecken.

Artikel IV. (1) Wenn von einem Bundesbetrieb oder einer betriebsähnlichen Einrichtung Mehreinnahmen erzielt werden, kann der Bundesminister für Finanzen die Verwendung dieser Mehreinnahmen für betriebsnotwendige Investitionen des Betriebes oder der betriebsähnlichen Einrichtung durch Zustimmung zu einer Überschreitung beim betreffenden Voranschlagsansatz bewilligen, soweit Ausgaben für derartige Investitionen in diesem Bundesgesetz veranschlagt sind und die Durchführung dieser Investitionen für den betreffenden Betrieb betriebswirtschaftlich zweckmäßig ist.

(2) Wenn bei Voranschlagsansätzen für zweckgebundene Einnahmen Mehreinnahmen anfallen, aus denen dem Widmungszweck entsprechende Mehrausgaben zu tätigen sind, kann der Bundesminister für Finanzen beim betreffenden Voranschlagsansatz einer Überschreitung nach Maßgabe der anfallenden zweckgebundenen Mehreinnahmen zustimmen. Werden Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen (zweckgebundene Ausgaben) nicht unter einem eigenen Voranschlagsansatz veranschlagt, so kann die Überschreitung auch dann genehmigt werden, wenn nur der zweckgebundene Ausgabenteil des Voranschlagsansatzes überschritten wird.

(3) Wenn bei den Voranschlagsansätzen 2/51305, 2/51306, 2/51314 und 2/51315 durch Zahlungen der EU Mehreinnahmen anfallen, aus denen gemäß den Vorschriften der Europäischen Gemeinschaft dem Widmungszweck entsprechende Mehrausgaben zu tätigen sind, kann der Bundesminister für Finanzen beim betreffenden Voranschlagsansatz einer Überschreitung nach Maßgabe der diesbezüglich anfallenden Mehreinnahmen zustimmen. Sind Ausgaben nach Maßgabe der Bereitstellung entsprechender Mittel durch die EU nicht unter einem eigenen Voranschlagsansatz veranschlagt, so kann die Überschrei-

tung auch dann genehmigt werden, wenn nur der auf EU-Mittel bezogene Ausgabenteil des Voranschlagsansatzes überschritten wird.

(4) Den in den Abs. 1 bis 3 vorgesehenen Überschreitungen kann bereits zugestimmt werden, sobald der voraussichtliche Anfall entsprechender Mehreinnahmen belegbar ist. Als Mehreinnahmen im Sinne des Abs. 1 sind solche Einnahmen anzusehen, die jeweils den für einen einzelnen Betrieb oder eine einzelne betriebsähnliche Einrichtung veranschlagten Gesamteinnahmenbetrag, ausgenommen zweckgebundene Einnahmen, übersteigen.

Artikel V. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 1996 die Zustimmung zu Überschreitungen zu geben

1. bei Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3, 8 und 9 der Kapitel 01 bis 65 bis zu einem Betrag von 25 vH des veranschlagten Betrages – lautet ein Voranschlagsansatz auf einen Betrag unter 4 Millionen Schilling, dann bis zu einem Betrag von 1 Million Schilling – wenn die Bedeckung für diese Überschreitung durch Ausgabeneinsparungen bei Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3, 5, 6, 8 und 9 desselben Paragraphen sichergestellt werden kann. Für die Bedeckung dürfen bis zu 30 vH des einzeln veranschlagten Ansatzbetrages verwendet werden;
2. bei Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3 und 8 der Titel 711, 753, 773 und 783 bis zu einem Betrag von 25 vH des veranschlagten Betrages – lautet ein Voranschlagsansatz auf einen Betrag unter 4 Millionen Schilling, dann bis zu einem Betrag von 1 Million Schilling – wenn die Bedeckung für diese Überschreitung bei Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3, 5, 6 und 8 desselben Titels sichergestellt werden kann. Für die Bedeckung dürfen bis zu 30 vH des einzeln veranschlagten Ansatzbetrages verwendet werden;
3. bei den Voranschlagsansätzen des Konjunkturausgleich-Voranschlags (Anlage II) bis zu einem Betrag von 25 vH des Ansatzbetrages, wenn dies im Sinne der konjunkturellen Zielsetzungen gemäß Art. III Abs. 1 wirtschaftlich zweckmäßig ist und der Überschreibungsbetrag durch gleichhohe Ausgabenrückstellung bei einem anderen Voranschlagsansatz des Konjunkturausgleich-Voranschlags sichergestellt werden kann;
4. bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens des Kapitels 30 bis zu einem Betrag von 300 Millionen Schilling, wenn die Bedeckung durch Mehreinnahmen im Kapitel 30 sichergestellt werden kann;
5. bei den Voranschlagsansätzen des Titels 601 bis zu einem Betrag von 25 vH des veranschlagten Betrages, wenn die dem Mehrbedarf zugrundeliegenden Einzelmaßnahmen erforderlich und wirtschaftlich zweckmäßig sind sowie dem Mehrbedarf entsprechende gleichhohe Ausgabeneinsparungen bei einem anderen Voranschlagsansatz dieses Titels zurückgestellt werden können;
6. bei Voranschlagsansätzen des Ermessens des Titels 642 bis zu einem Betrag von 25 vH des veranschlagten Ansatzbetrages, sofern die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen bei anderen Voranschlagsansätzen des Titels 642, ausgenommen der Voranschlagsansatz 1/64297 und die Voranschlagsansätze der Paragraphen 6425 und 6426, sichergestellt werden kann. Die Überschreitung darf nur genehmigt werden, wenn die dem Mehrbedarf zugrunde liegenden Einzelmaßnahmen im Rahmen der Gesamtmaßnahmen zur Herstellung und Erhaltung der Bundesstraßen B, S und A erforderlich und wirtschaftlich zweckmäßig sind sowie dem Mehrbedarf entsprechende gleichhohe Ausgaben bei einem anderen Voranschlagsansatz desselben Titels und im Rahmen der Gesamtplanung der Bundesstraßen B, S und A zurückgestellt werden können;
7. bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens des Paragraphen 1551 bis zur Höhe einer erzielbaren Ausgabeneinsparung beim jeweiligen Voranschlagsansatz für Förderungen und/oder Aufwendungen des entsprechenden Paragraphen, wobei die Ansatzüberschreitung 15 vH des Ansatzbetrages, bei welchem die Ausgabeneinsparung erfolgt, nicht übersteigen darf;
8. bei Voranschlagsansätzen des Ermessens der Paragraphen 1111, 6313, 6525 und 6527 bis zur Höhe von Ausgabeneinsparungen bei anderen Voranschlagsansätzen desselben Paragraphen, wobei die Ansatzüberschreitung 50 vH des Ansatzbetrages, bei welchem die Ausgabeneinsparung erfolgt, nicht übersteigen darf;
9. beim Voranschlagsansatz 1/11009 bis zu einem Betrag von 2 Millionen Schilling für Vorschußleistungen des Bundes als Träger von Privatrechten gemäß § 9 des Wachbediensteten-Hilfsleistungsgesetzes, BGBl. Nr. 177/1993, in der jeweils geltenden Fassung, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen innerhalb des Kapitels 11 sichergestellt werden kann;

10. bei den Voranschlagsansätzen 1/11506 und 1/11508 bis zu einem Betrag von 30 vH des veranschlagten Betrages für Maßnahmen der Flüchtlingsbetreuung, wenn die Bedeckung durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen bei dem jeweiligen anderen Voranschlagsansatz sichergestellt werden kann;
11. bei den Voranschlagsansätzen 1/11003, 1/11403 und 1/11408 bis zu einem Betrag von insgesamt 111 Millionen Schilling für den Aufbau des Grenzdienstes, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen im Kapitel 11 sichergestellt werden kann;
12. beim Voranschlagsansatz 1/12018 bis zu einem Betrag von 200 Millionen Schilling für den Fall von zusätzlichen Mietaufwendungen, wenn die Bedeckung durch Mehreinnahmen im Kapitel 12 sichergestellt werden kann;
13. bei den Voranschlagsansätzen der Unterteilung 8 des Kapitels 12 bis zu einem Betrag von 70 Millionen Schilling zur Bedeckung von Kostensteigerungen bei den schulischen Aufwendungen, die sich insbesondere beim Energieaufwand ergeben, wenn die Bedeckung durch Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
14. bei den Voranschlagsansätzen 1/14186 und 1/14188 bis zu einem Betrag von insgesamt 50 Millionen Schilling zur Finanzierung von Forschungs- und Technologieprojekten im Rahmen von EU-Programmen, wenn die Bedeckung durch Einsparungen bei den Ermessensausgaben und/oder Mehreinnahmen des Kapitels 14 sichergestellt werden kann.
15. bei den Voranschlagsansätzen 1/15158, 1/15248 und 1/15778 für Leistungen aus der Gewährung von Härtausgleichen gemäß §§ 15 a des Opferfürsorgegesetzes, BGBl. Nr. 183/1947, 14 a des Bundesgesetzes über die Gewährung von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen, BGBl. Nr. 288/1972, 76 des Kriegsoferversorgungsgesetzes 1957, BGBl. Nr. 152, und 73 a des Heeresversorgungsgesetzes, BGBl. Nr. 27/1964 – alle Gesetze in der jeweils geltenden Fassung – wenn die Bedeckung für diese Überschreitung durch Ausgabeneinsparungen beim Voranschlagsansatz für Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) desselben Titels sichergestellt werden kann; die Ansatzüberschreitung darf höchstens 80 vH des Ansatzbetrages, bei welchem die Ausgabeneinsparung erfolgt, betragen;
16. beim Voranschlagsansatz 1/15516 bis zu einem Betrag von 400 Millionen Schilling zur Erfüllung von erforderlichen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Europäischen Sozialfonds, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen bei den zweckgebundenen Voranschlagsansätzen des Titels 155 sichergestellt werden kann;
17. bei den Voranschlagsansätzen 1/15565 und 1/15566 im Ausmaß jenes Betrages, der durch gleichhohe Ausgabeneinsparungen beim jeweiligen anderen Voranschlagsansatz bedeckt werden kann;
18. beim Voranschlagsansatz 1/15578 bis zu einem Betrag von 200 Millionen Schilling für die gemäß § 41 Abs. 2 des Arbeitsmarktservicegesetzes (AMSG), BGBl. Nr. 313/1994 in der jeweils geltenden Fassung zu tragenden Personal- und Sachausgaben, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen bei den zweckgebundenen Voranschlagsansätzen des Titels 155 sichergestellt werden kann;
19. beim Voranschlagsansatz 1/18626 im Ausmaß jenes Betrages, der sich aus der Nichtverwendung der Anteile des Altlastenbeitrages für die Erfüllung der Aufgaben gemäß §§ 13 und 14 des Altlastensanierungsgesetzes, BGBl. Nr. 299/1989, ergibt und durch Ausgabeneinsparungen beim Voranschlagsansatz 1/18628 bedeckt werden kann;
20. bei den Voranschlagsansätzen 1/20108 und 1/20308 bis zu einem Betrag von 50 vH des veranschlagten Betrages, soweit die Überschreitung durch die Kassenwertgebarung verursacht ist und in Mehreinnahmen bei den Voranschlagsansätzen 2/20104 und/oder 2/20304 bedeckt werden kann;
21. bei den Voranschlagsansätzen 1/50703 und 1/50708 bis zu einem Betrag von 25 vH des jeweils veranschlagten Betrages für ADV-Leistungen, wenn die Bedeckung für diese Überschreitungen durch Ausgabeneinsparungen bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3 und 8 jener Kapitel, für welche Leistungen erbracht werden, sichergestellt werden kann;
22. beim Voranschlagsansatz 1/51003 bis zu einem Betrag von 800 Millionen Schilling für Maßnahmen der Marktpflege zur Verbesserung der Lage auf dem Sekundärmarkt, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
23. beim Voranschlagsansatz 1/51058 bis zu einem Betrag von 500 Millionen Schilling für Zinsen aus Währungstauschverträgen (Erwerb von Bundestitel), wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
24. beim Voranschlagsansatz 7/51919 bis zu einem Betrag von 40 Milliarden Schilling zur Tilgung zusätzlicher auf Grund der Marktentwicklung notwendiger Mehraufnahmen von kurzfristigen Verpflichtungen, erhöht um jene Beträge, um welche die Ermächtigung zur Aufnahme von

Bundesfinanzgesetz 1996

5

- Kreditoperationen gemäß Art. III Abs. 2 ausgenützt wird, wenn die Bedeckung durch Mehreinnahmen beim Voranschlagsansatz 8/51919 sichergestellt werden kann;
25. beim Voranschlagsansatz 1/54108 für Ausgaben im Zusammenhang mit der Veräußerung von Anteilsrechten des Bundes bis zu einem Betrag von 4 vH der erzielten Mehreinnahmen bei den Voranschlagsansätzen des Titels 2/541, wenn die Bedeckung in Mehreinnahmen bei den Voranschlagsansätzen des Titels 2/541 sichergestellt werden kann;
 26. bei den Voranschlagsansätzen 1/54285 und 1/54846 bis zu einem Betrag von insgesamt 90 Millionen Schilling für Maßnahmen zur Hilfeleistung für osteuropäische Staaten, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
 27. beim Voranschlagsansatz 1/59908 bis zu einem Betrag von 500 Millionen Schilling für sonstige Zahlungen beim Eingehen von Finanzschuld und Währungsauschverträgen, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
 28. bei den Voranschlagsansätzen 1/59858, 1/59908 und 7/59859 bis zu einem Betrag von insgesamt 10 000 Millionen Schilling zum Abschluß von Devisentermingeschäften zur Wechselkurs-Absicherung von Fremdwährungszahlungen bzw. Währungsauschverträgen, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
 29. beim Voranschlagsansatz 1/60068 bis zu einem Betrag von 20 Millionen Schilling für den Zweckaufwand der Länder im Rahmen des Vollzuges des Wasserrechtsgesetzes 1959, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen im Kapitel 60 sichergestellt werden kann;
 30. bei den Voranschlagsansätzen des Titels 601 und 1/60216, 1/60226 und 1/60246 bis zu einem Betrag von 50 vH des veranschlagten Betrages, wenn die dem Mehrbedarf zugrundeliegenden Einzelmaßnahmen erforderlich und wirtschaftlich zweckmäßig sind und die Überschreitungen der Voranschlagsansätze des Titels 601 durch Ausgabeneinsparungen bei den Voranschlagsansätzen 1/60216, 1/60226 und 1/60246 und umgekehrt bedeckt werden können;
 31. bei den Voranschlagsansätzen 1/60216 und 1/60226 bis zu einem Betrag von 25 vH des veranschlagten Betrages, wenn die dem Mehrbedarf zugrundeliegenden Einzelmaßnahmen erforderlich und wirtschaftlich zweckmäßig sind und der Mehrbedarf durch entsprechend gleichhohe Ausgabeneinsparungen bei dem jeweiligen anderen Voranschlagsansatz bedeckt werden kann;
 32. beim Voranschlagsansatz 1/60346 bis zu einem Betrag von 600 Millionen Schilling, soweit entsprechende Bundesmittel zur Ausfinanzierung der Maßnahmen des "Österreichischen Umweltprogrammes zur Förderung einer umweltgerechten, den extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft (ÖPUL)" gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 erforderlich sind und diese durch die Länder kofinanziert werden, sofern die Bedeckung durch Ausgabenrückstellungen und/oder Mehreinnahmen im Kapitel 60 sichergestellt werden kann;
 33. beim Voranschlagsansatz 1/60606 bis zu einem Betrag von 50 Millionen Schilling für degressive Ausgleichszahlungen gemäß EU-Beitrittsvertrag, wenn der Mehrbedarf durch entsprechend gleichhohe Ausgabeneinsparungen beim Voranschlagsansatz 1/60146 bedeckt werden kann;
 34. bei den Voranschlagsansätzen 1/60848 und 1/60866 bis zu einem Betrag von 20 vH des veranschlagten Betrages für Maßnahmen des Schutzwasserbaues auf Grund eingetretener Katastropheneignisse, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen beim jeweils anderen Voranschlagsansatz sichergestellt werden kann;
 35. beim Voranschlagsansatz 1/63116 bis zu einem Betrag von 605 Millionen Schilling, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen in gleicher Höhe beim Voranschlagsansatz 1/63156 sichergestellt werden kann;
 36. beim Voranschlagsansatz 1/63156 bis zu einem Betrag von 288 Millionen Schilling, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen in gleicher Höhe beim Voranschlagsansatz 1/63116 sichergestellt werden kann;
 37. bei den Voranschlagsansätzen 1/64913 und 1/64918 bis zu einem Betrag von insgesamt 17 Millionen Schilling für Zwecke der Behandlung von Prämienanträgen im Bereiche der EU-Marktorganisationen, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparung beim Voranschlagsansatz 1/60038 sichergestellt werden kann;
 38. beim Voranschlagsansatz 1/65003 bis zu einem Betrag von insgesamt 250 Millionen Schilling zur Finanzierung von Sonderanlagen für die Errichtung eines computergestützten und elektronischen Systems zur Verwaltung der Ökopunkte entlang von Bundesstraßen, wenn die Bedeckung

durch Ausgabeneinsparungen in gleicher Höhe beim Voranschlagsansatz 1/64203 sichergestellt werden kann;

39. beim Voranschlagsansatz 1/65198 bis zu einem Betrag von 130 Millionen Schilling, wenn die Bedeckung durch Einnahmen aus der Veräußerung der Liegenschaft EZ 4156, KG Landstraße, an die Austro Control GesmbH sichergestellt werden kann;
40. bei Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilung 3, 8 und 9 unabhängig von Überschreitungen gemäß Z 1 und 2 bis zum Betrag von 1 Million Schilling je Voranschlagsansatz, soweit die Bedeckung für die Ansatzüberschreitung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann. Werden für eine Mehrzahl von Voranschlagsansätzen gleichzeitig Überschreitungen erforderlich und kann eine Bedeckung nur für einen Teil sichergestellt werden, so sind die Überschreitungen für die einzelnen Voranschlagsansätze in der Reihenfolge zu bewilligen, die sich aus den Fälligkeiten ergibt, nach deren Maßgabe zur Erfüllung rechtsverbindlicher Verpflichtungen des Bundes Ausgaben zu bestreiten sind.

(2) Der Bundesminister für Finanzen ist weiters ermächtigt, im Finanzjahr 1996 die Genehmigung zu Überschreitungen zu geben

1. bei Voranschlagsansätzen des Ausgabentitels 512 in Höhe der gemäß § 53 BHG in der jeweils geltenden Fassung und Art. X für die Rücklagenzuführung zulässigen Beträge, wobei die Bedeckung in den nicht in Anspruch genommenen Teilen der Voranschlagsansätze oder zweckgebundenen Einnahmen oder Einnahmen der Voranschlagsansätze des Titels 2/513 zu finden ist;
2. bei Voranschlagsansätzen bis zu jener Höhe, in der in Vorjahren zugunsten dieser Voranschlagsansätze oder Verwendungszwecke Beträge einer Rücklage zugeführt wurden, wobei die Bedeckung durch Mehreinnahmen bei den Voranschlagsansätzen 2/51217, 2/51247, 2/51267 bzw. 2/51277 sicherzustellen ist;
3. für Hilfeleistungen in Katastrophen-, Seuchen- und Epidemiefällen sowie für Sondermaßnahmen der Bundesregierung im In- und Ausland, für die Durchführung von Staatsbesuchen, Konferenzen, Tagungen und ähnlichem, wenn die für diese Zwecke erforderlichen Mehrausgaben im Zeitpunkt der Budgeterstellung nicht vorhersehbar gewesen sind, und im Einzelfall oder bei Hilfeleistungen in Katastrophenfällen, wenn sie in mehreren selbständigen Teilmaßnahmen erfolgen, die Ausgaben hierfür jeweils nicht mehr als 15 Millionen Schilling im Finanzjahr 1996 betragen und beim Paragraphen 5181 bedeckt werden können;
4. bei Voranschlagsansätzen des Paragraphen 1116 für Auslandseinsätze gemäß Bundesverfassungsgesetz vom 30. Juni 1965 über die Entsendung österreichischer Einheiten zur Hilfeleistung in das Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen, BGBl. Nr. 173, wenn die für diese Zwecke erforderlichen Mehrausgaben im Zeitpunkt der Budgeterstellung nicht vorhersehbar gewesen sind und durch Ausgabenrückstellungen oder Mehreinnahmen oder beim Paragraphen 5181 bedeckt werden können;
5. beim Voranschlagsansatz 1/15577 bis zum 30. Jänner 1997 in Höhe des gemäß § 1 Abs. 2 Z 9 des Arbeitsmarktpolitikfinanzierungsgesetzes (AMPG), BGBl. Nr. 315/1994 in der jeweils geltenden Fassung, für die Überweisung an das Arbeitsmarktservice vorgesehenen Betrages, wobei die Bedeckung in den nicht in Anspruch genommenen Teilen der Voranschlagsansätze bzw. zweckgebundenen Einnahmen des Titels 155 zu finden ist.

(3) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, überplanmäßige Ausgaben aus Währungstauschverträgen bis zu einem Gesamtbetrag von 50 Milliarden Schilling und im Falle der vorzeitigen Rückzahlung von Finanzschulden bis zu einem Gesamtbetrag von 20 Milliarden Schilling zu genehmigen, wenn die Bedeckung der Mehrausgaben durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann.

Artikel VI. Der Bundesminister für Finanzen hat im Finanzjahr 1996 die Zustimmung zu Überschreitungen bei den Voranschlagsansätzen des Paragraphen 1551 für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 51 Abs. 2 AMSG nach Maßgabe der dem Bund vom Arbeitsmarktservice überwiesenen Mittel bis zu einem Betrag von 10 vH der vorgesehenen Ansatzbeträge zu geben.

Artikel VII. Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 1996 die Zustimmung zu Überschreitungen zu geben

1. beim Voranschlagsansatz 1/02106 bis zu einem Betrag von 400 Millionen Schilling, sofern diese Mittel für Zuwendungen des Nationalrates an den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus erforderlich sind;
2. beim Voranschlagsansatz 1/10006 bis zu einem Betrag von 50 Millionen Schilling zur finanziellen Unterstützung für das Wohnbauprojekt Palästina;

3. beim Voranschlagsansatz 1/10008 bis zu einem Betrag von 78 Millionen Schilling für die Informationsarbeit der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Europäischen Union;
4. bei den Voranschlagsansätzen 1/10066 und 1/10068 bis zu einem Betrag von insgesamt 200 Millionen Schilling für Osthilfe und Hilfsmaßnahmen zum Wiederaufbau in Bosnien-Herzegowina;
5. beim Voranschlagsansatz 1/11178 bis zu einem Betrag von 50 Millionen Schilling für Leistungen im Rahmen des Zivildienstgesetzes, BGBl. Nr. 679/1986, in der jeweils geltenden Fassung;
6. beim Voranschlagsansatz 1/11198 bis zu einem Betrag von 100 Millionen Schilling für den Fall der Inanspruchnahme in solchen Angelegenheiten der staatlichen Verwaltung, die nicht ausdrücklich einem anderen Bundesministerium als dem Bundesministerium für Inneres zugewiesen sind;
7. bei den Voranschlagsansätzen 1/11506 und 1/11508 bis zu einem Betrag von insgesamt 200 Millionen Schilling für Maßnahmen der Flüchtlingsbetreuung;
8. beim Voranschlagsansatz 1/14208 bis zu einem Betrag von 1 170 Millionen Schilling für eine Nachzahlung betreffend klinischer Mehraufwand;
9. beim Voranschlagsansatz 1/15008 bis zu einem Betrag von 20 Millionen Schilling für die Durchführung von EU-Programmen, sofern diese Mittel zur Erlangung einer Kofinanzierung erforderlich sind;
10. bei den Voranschlagsansätzen 1/15565 und 1/15566 bis zu einem Betrag von insgesamt 200 Millionen Schilling für Maßnahmen gemäß § 51a Abs. 3 AMFG in der Fassung BGBl.Nr. 450/1994;
11. beim Voranschlagsansatz 1/17208 bis zu einem Betrag von 25 Millionen Schilling für Zahlungen im Zusammenhang mit der ARGE-Kostenrechnung;
12. beim Voranschlagsansatz 1/18606 bis zu einem Betrag von 30 Millionen Schilling für Maßnahmen im Zusammenhang mit der Realisierung des Nationalparks Donau-Auen;
13. beim Voranschlagsansatz 1/18608 bis zu einem Betrag von 55 Millionen Schilling für gemäß den §§ 26, 31 und 32 Abs. 3 des Abfallwirtschaftsgesetzes, BGBl.Nr. 325/1990, in der jeweils geltenden Fassung, nicht vorhersehbar gewesene Maßnahmen;
14. beim Voranschlagsansatz 1/18608 bis zu einem Betrag von 30 Millionen Schilling für Ausgaben im Zusammenhang mit Großverfahren vor dem Umweltsenat;
15. bei den Voranschlagsansätzen 1/20506 und 1/20508 bis zu einem Betrag von insgesamt 100 Millionen Schilling für Maßnahmen im Bereich der bilateralen Entwicklungshilfe;
16. bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3 und 8 der Titel 302 und 303 bis zu einem Betrag von 100 Millionen Schilling für Sicherheitsmaßnahmen in Gerichtsgebäuden und Justizanstalten;
17. bei den Voranschlagsansätzen 1/40108, 1/64633 und 1/64738 bis zu einem Betrag von insgesamt 300 Millionen Schilling zur Durchführung der in den abgeschlossenen Vereinbarungen gemäß Art. 15 a B-VG mit dem Land Steiermark vorgesehenen Lärmschutzmaßnahmen im Zusammenhang mit der österreichischen Luftraumüberwachung (BGBl. Nr. 524/1990, in der geltenden Fassung); in den Vorjahren auf Grund der Vereinbarungen bereits geleistete Zahlungen zählen auf den Gesamtbetrag von insgesamt 300 Millionen Schilling;
18. beim Voranschlagsansatz 1/50138 bis zu einem Betrag von 1 200 Millionen Schilling für Zahlungen zur Schuldenerleichterung auf Grund internationaler, multilateral abgestimmter Maßnahmen;
19. beim Voranschlagsansatz 1/50236 bis zu einem Betrag von 200 Millionen Schilling für Zahlungen an die OeKB-AG zur Verminderung der Beschaffungskosten von Kreditoperationen gemäß Ausführfinanzierungsförderungsgesetz und für Finanzierungen auf Grund des Schwellenländerprogrammes;
20. beim Voranschlagsansatz 1/50418 bis zu einem Betrag von 1 000 Millionen Schilling für Ausfuhrerstattungen gemäß EU-Marktordnungsvorschriften;
21. beim Voranschlagsansatz 1/51003 bis zu einem Betrag von 800 Millionen Schilling für den Erwerb von Bundestitel;
22. beim Voranschlagsansatz 1/51038 bis zu einem Betrag von 2 000 Millionen Schilling für eventuelle Kursverluste;
23. beim Voranschlagsansatz 1/51048 bis zu einem Betrag von 2 000 Millionen Schilling für Stückzinsenzahlungen;
24. beim Voranschlagsansatz 1/51918 für auf Grund der Marktentwicklung notwendige Mehraufnahmen kurzfristiger Verpflichtungen bis zu einem Betrag von 500 Millionen Schilling;
25. beim Voranschlagsansatz 1/54718 für den Fall der Inanspruchnahme aus der Kursrisikogarantie bis zu einem Betrag von 1 000 Millionen Schilling;
26. bei den Voranschlagsansätzen 1/54718 und 1/54719 für den Fall der Inanspruchnahme aus Haftungen bis zu einem Betrag von insgesamt 2 000 Millionen Schilling;

27. bei den Voranschlagsansätzen 1/54728 und 1/54729 bis zu einem Betrag von insgesamt 4 000 Millionen Schilling für den Fall der Inanspruchnahme gemäß § 7 Abs. 2 des Ausführungsförderungsgesetzes 1981, BGBl. Nr. 215, in der jeweils geltenden Fassung;

Artikel VIII. Den Überschreitungen gemäß Art. IV bis VII darf nur zugestimmt werden, wenn über den bei einem Voranschlagsansatz veranschlagten Betrag hinausgehende, unvorhersehbare und unabweisliche Ausgaben dies erfordern und wenn ohne diese Maßnahme die ordnungsgemäße Ausübung der Verwaltung im Hinblick auf die Beachtung der Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit wesentlich beeinträchtigt wird und zu diesem Zeitpunkt bei anderen Voranschlagsansätzen Ausgaben und/oder Mehreinnahmen in der zur Bedeckung der Überschreitung erforderlichen Höhe bereitgestellt werden können, wobei bei den Überschreitungen gemäß Art. IV, V Abs. 1 und 2 und VI als Mehreinnahmen zur Bedeckung von Mehrausgaben nur jene des allgemeinen Haushaltes herangezogen werden dürfen.

Artikel IX. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 1996 namens des Bundes gemäß § 66 BHG

1. die Haftung als Bürge und Zahler (§ 1357 ABGB) für vom Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds zur teilweisen Finanzierung der ihm durch das Umwelt- und Wasserwirtschaftsfondsgesetz, BGBl. Nr. 79/1987, übertragenen Aufgaben durchzuführende Kreditoperationen (Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite) in einem Ausmaß zu übernehmen, daß der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftungen 4 000 Millionen Schilling an Kapital und 4 000 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten und die Kreditoperation im Einzelfall 4 000 Millionen Schilling an Kapital nicht übersteigt;
2. die Haftung als Bürge und Zahler (§ 1357 ABGB) für gemäß § 1 Abs. 2 des Bundesgesetzes, mit dem Bestimmungen über die Abwicklung der Bundeswohnbaufonds getroffen und das Bundesfinanzgesetz 1989, das Wohnbauförderungsgesetz 1984 und das Bundesgesetz BGBl. Nr. 373/1988 geändert werden, BGBl. Nr. 301/1989, durchzuführende Kreditoperationen (Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite) in einem Ausmaß zu übernehmen, daß der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftung 500 Millionen Schilling an Kapital und 500 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten und die Kreditoperation im Einzelfall 500 Millionen Schilling an Kapital nicht übersteigt;
3. die Haftung als Bürge und Zahler (§ 1357 ABGB) für Schuldverschreibungen von Einlagensicherungseinrichtungen gemäß § 31 Abs. 5 des Kreditwesengesetzes, BGBl. Nr. 63/1979, in der jeweils geltenden Fassung, bis zu einem Gesamtbetrag von 100 Millionen Schilling an Kapital und 100 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten zu übernehmen;
4. die Ausfallhaftung für Kredite von Kreditinstituten für Maßnahmen gemäß § 51a Abs. 3 des Arbeitsmarktförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 31/1969 in der Fassung BGBl. Nr. 450/1994, in einem Ausmaß zu übernehmen, daß der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftung 250 Millionen Schilling an Kapital und 50 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten nicht übersteigt;
5. die Ausfallhaftung für vom Arbeitsmarktservice gemäß § 48 AMSG aufzunehmende Kredite in einem Ausmaß zu übernehmen, daß der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftung 1 000 Millionen Schilling an Kapital und 1 000 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten nicht übersteigt.

(2) Haftungen für Kreditoperationen gemäß Abs. 1 Z 1 bis 5 dürfen nur übernommen werden, wenn diese inhaltlich den Bestimmungen des § 65 b BHG entsprechen.

(3) Auf Haftungen gemäß Abs. 1 Z 1 bis 3 und 5 ist der § 66 Abs. 2 Z 3 BHG, auf Haftungen gemäß Abs. 1 Z 1 und 2 ist darüberhinaus § 66 Abs. 2 Z 2 BHG nicht anzuwenden.

Artikel X. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, für eine widmungsgemäße Verwendung in einem späteren Finanzjahr die im Finanzjahr 1996 durch Zahlung nicht in Anspruch genommenen Teile

1. der bei den Voranschlagsansätzen 1/64698, 1/64708 und der bei den Voranschlagsansätzen 1/40108 und 1/64738 als Investitionsausgaben für die Landesverteidigung – wobei die Zweckbestimmung für bewegliches Anlagevermögen auch aus den Voranschlagsposten ersichtlich sein muß – genehmigten Ausgabenbeträge im Wege einer Rücklagenzuführung (allgemeine Rücklage) zu reservieren;
2. der bei den Voranschlagsansätzen 1/10066, 1/10068, 1/13046 (für das Österreichische Filminstitut), 1/14146, 1/14176 (für Apart-Stipendien), 1/14186, 1/14208 (für die VOEST-Alpine Medizintechnik Ges.m.b.H. und den klinischen Aufwand), 1/15006 (für Gemeinschaftsinitiativen), 1/18636, 1/18646, 1/18648, 1/20506, 1/20508, 1/60136, 1/63176, 1/64145, 1/64146, 1/64148, 1/65148, 1/65158, 1/65246, 1/65255 und 1/65256 genehmigten Ausgabenbeträge im Wege einer Rücklagenzuführung (besondere Rücklage) zu reservieren.

(2) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, für eine widmungsgemäße Verwendung in einem späteren Finanzjahr die im Finanzjahr 1996 durch Zahlungen nicht in Anspruch genommenen Teile der Einnahmen der Voranschlagsansätze des Titels 2/513 einer Rücklage zuzuführen (besondere Einnahmen-Rücklage).

Artikel XI. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 1996 über Bestandteile des unbeweglichen Bundesvermögens im Rahmen der ihm gemäß § 64 BHG übertragenen Befugnis nach Maßgabe folgender Bestimmungen zu verfügen:

1. gemäß § 64 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG bis zu einem Entgelt (Preis, Wert) von 10 Millionen Schilling für den einzelnen Bestandteil des unbeweglichen Bundesvermögens;
2. gemäß § 64 Abs. 4 BHG bis zu einem Schätzwert von 500 000 Schilling im Einzelfall;
3. gemäß § 64 Abs. 5 BHG bis zu einem Schätzwert der Belastung von 250 000 Schilling im Einzelfall.

Verfügungen über unbewegliches Bundesvermögen, bei denen die unter Z 1 bis 3 angeführten Wertgrenzen überschritten werden, bedürfen der Bewilligung durch ein Bundesgesetz im Sinne des Art. 42 Abs. 5 des Bundes-Verfassungsgesetzes, die vom Bundesminister für Finanzen einzuholen ist.

(2) Die im laufenden Finanzjahr gemäß § 64 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG innerhalb des Ermächtigungsrahmens gemäß Abs. 1 Z 1 bis 3 getroffenen Verfügungen dürfen insgesamt den Wert von 350 Millionen Schilling nicht übersteigen.

(3) Über jede im laufenden Finanzjahr getroffene Verfügung gemäß § 64 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG, bei der das Entgelt für den einzelnen Bestandteil des unbeweglichen Bundesvermögens, über den verfügt wurde, 4 Millionen Schilling übersteigt, hat der Bundesminister für Finanzen dem mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschuß des Nationalrates binnen einem Monat nach Ablauf dieses Finanzjahres zusammenfassend zu berichten.

Artikel XII. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 1996 über Bestandteile des beweglichen Bundesvermögens im Rahmen der ihm gemäß §§ 62 und 63 BHG übertragenen Befugnis nach Maßgabe folgender Bestimmungen zu verfügen.

(2) Übersteigt bei einer Verfügung gemäß §§ 62 und 63 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG

1. die Forderung, auf die verzichtet wird, oder der Wert des einzelnen sonstigen Bestandteiles des beweglichen Bundesvermögens, über den verfügt wird, 10 Millionen Schilling, oder
2. der Wert aller sonstigen Bestandteile des beweglichen Bundesvermögens, über die durch das jeweilige Rechtsgeschäft gleichzeitig verfügt wird, insgesamt 150 Millionen Schilling,

so bedarf eine solche Verfügung der Bewilligung durch ein Bundesgesetz im Sinne des § 42 Abs. 5 des Bundes-Verfassungsgesetzes, die vom Bundesminister für Finanzen einzuholen ist. Hievon kann bei einem Verzicht auf eine Forderung des Bundes Abstand genommen werden, wenn dadurch aus wirtschafts- oder arbeitsmarktpolitischen Interessen die Einleitung oder Durchführung eines Konkurs- oder Ausgleichsverfahrens vermieden werden könnte, jedoch die Bewilligung des Nationalrates nicht mehr rechtzeitig eingeholt werden kann.

(3) Übersteigt bei einer Verfügung gemäß §§ 62 und 63 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG die Forderung, auf die verzichtet wurde, oder der Wert des einzelnen sonstigen Bestandteiles des beweglichen Bundesvermögens, über den verfügt wurde, 2 Millionen Schilling, hat der Bundesminister für Finanzen dem mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschuß des Nationalrates über jede derartige im laufenden Finanzjahr getroffene Verfügung binnen einem Monat nach Ablauf dieses Finanzjahres zusammenfassend zu berichten.

Artikel XIII. Die Regelungen über die Planstellen- und Personalbewirtschaftung des Bundes und die Anzahl der Planstellen für Bundesbedienstete für das Jahr 1996 werden durch den Stellenplan 1996 festgelegt (Anlage III).

Artikel XIV. Die Regelungen, nach denen die Ausgaben für die Anzahl und die Kategorie der bei einem Organ des Bundes im Jahre 1996 verwendeten Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge bestritten werden dürfen, werden durch den Fahrzeugplan für das Jahr 1996 (Anlage IV) getroffen.

Artikel XV. Die Regelungen, nach denen die Ausgaben für die Anzahl und die Type der bei einem Organ des Bundes im Jahre 1996 verwendeten Datenverarbeitungsanlagen bestritten werden dürfen, werden durch den Plan für Datenverarbeitungsanlagen für das Jahr 1996 (Anlage V) getroffen.

Artikel XVI. Dieses Bundesgesetz tritt am 1. Mai 1996 in Kraft und gilt für die Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1996 mit der Maßgabe, daß die auf Grund des Art. 51 Abs. 5 Z 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Zeit vom 1. Jänner bis 30. April 1996 vollzogenen Gebarungen zu Gunsten

und zu Lasten der maßgeblichen Einnahmen- und Ausgabenansätze des Bundesvoranschlages für das Jahr 1996 zu überrechnen sind.

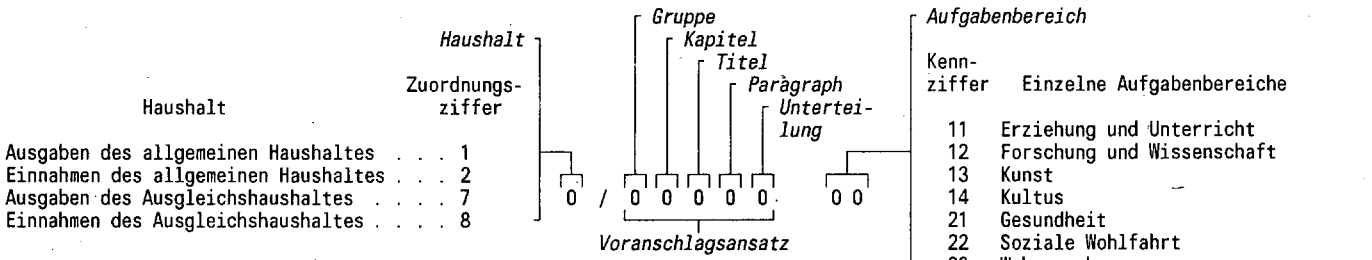
Artikel XVII. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist unbeschadet der den obersten Organen nach Maßgabe der Haushaltsvorschriften zustehenden Befugnis zur Bestreitung der einzelnen Ausgaben innerhalb ihres Teilvoranschlages,

1. soweit in diesem Bundesgesetz Bestimmungen über den Stellenplan getroffen werden, der Bundeskanzler im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen,
2. im übrigen der Bundesminister für Finanzen betraut.

BUNDESVORANSCHLAG 1996

Gliederung 1)

Der Bundesvoranschlag ist nach einem dekadisch numerierten Ansatzplan erstellt und zeigt folgende Gliederungselemente:



Bei den Einnahmenansätzen ist die 5. Dekade (= Unterteilung) für folgende Kennzeichnungen reserviert:

		Standardtext im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt
0]	Zweckgebundene Einnahmen
1		(Erfolgswirksame Einnahmen)
2]	Zweckgebundene Einnahmen
3		(Bestandswirksame Einnahmen)
4]	Sonstige Einnahmen
5		(Erfolgswirksame Einnahmen)
6]	Sonstige Einnahmen
7		(Bestandswirksame Einnahmen)
8]	Sonstige Einnahmen
9		(Bestandswirksame Einnahmen)

- 11 Erziehung und Unterricht
- 12 Forschung und Wissenschaft
- 13 Kunst
- 14 Kultus
- 21 Gesundheit
- 22 Soziale Wohlfahrt
- 23 Wohnungsbau
- 32 Straßen
- 33 Sonstiger Verkehr
- 34 Land- und Forstwirtschaft
- 35 Energiewirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft)
- 36 Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau)
- 37 Öffentliche Dienstleistungen
- 38 Private Dienstleistungen (einschließlich Handel)
- 41 Landesverteidigung
- 42 Staats- und Rechtssicherheit
- 43 Übrige Hoheitsverwaltung

Bei den Ausgabenansätzen ist die 5. Dekade (= Unterteilung) finanzwirtschaftlichen Gliederungselementen, das sind die Gebarunggruppen, vorbehalten, deren Kennzeichnung wie folgt vorgenommen wird:

Gebarungsgruppe	Standardtext im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt	Kurzbezeichnung	erfolgswirksame Gebarung (E) oder bestandswirksame Geb. (B)
<i>Personalausgaben:</i>			
0 = Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Personalausgaben	Personalausgaben	A/G-P	E
<i>Sachausgaben:</i>			
2 = Anlagen (Gesetzliche Verpflichtungen)	Anlagen (Gesetzl. Verpflichtungen)	An/G	B
3 = Anlagen (Ermessensausgaben)	Anlagen	An	B
4 = Förderungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	F/G	E
5 = Förderungen - Darlehen (Ermessensausgaben)	Förderungen (D)	F-D	B
6 = Förderungen - Zuschuß (Ermessensausgaben)	Förderungen	F	E
7 = Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Sachausgaben	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	A/G-S	E
8 = Aufwendungen - erfolgswirksam (Ermessensausgaben)	Aufwendungen	A	E
9 = Aufwendungen - bestandswirksam (Ermessensausgaben)	Aufwendungen (B)	A-B	B

1) Nähere Einzelheiten können dem vom Bundesministerium für Finanzen im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei herausgegebenen „Leitfaden für den Ansatz- und Kontenplan des Bundes“ (in Kontenpläne der Gebietskörperschaften - KOG I. und II. Teil, Neufassung 1990) entnommen werden.

2) Im allgemeinen Haushalt nur Darlehensrückzahlungen.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/01		Präsidenschaftskanzlei:							
1/01000	43	Personalausgaben		36,178			36,178	35,025	34,272
1/01003	43	Anlagen				2,398	2,398	1,247	3,636
1/01005		Bezugsvorschüsse				0,200	0,200	0,200	0,200
	23					0,100	0,100	0,100	
	43					0,100	0,100	0,100	0,200
1/01007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			6,925		6,925	6,455	6,230
	22				0,645		0,645	0,601	0,547
	43				6,280		6,280	5,854	5,683
1/01008	43	Aufwendungen			15,477		15,477	16,453	28,043
		Gesamtausgaben 01...		36,178	22,402	2,598	61,178	59,380	72,381

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

13

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994	
2/01		Präsidentenkanzlei:								
2/01004	43	Erfolgswirksame Einnahmen			1,045		1,045	0,922	0,745	
2/01008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen				0,003	0,003	0,072	0,070	
2/01009		Bezugsvorschußsätze				0,190	0,190	0,197	0,188	
	23					0,001	0,001	0,001		
	43					0,189	0,189	0,196	0,188	
		Gesamteinnahmen 01...				1,045	0,193	1,238	1,191	1,003

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994	
				pers.	sachl.					
1/02		Bundesgesetzgebung:								
1/021		Nationalrat:		*						
1/02106	43	Förderungen			200,001		200,001			
1/02107	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			562,367		562,367	577,707	532,630	
	43				0,805		0,805	0,905	0,797	
1/02108	43	Aufwendungen			561,562		561,562	576,802	531,833	
					23,766		23,766	22,746	21,160	
		Summe 021...			786,134		786,134	600,453	553,790	
1/022		Bundesrat:		*						
1/02207	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			85,586		85,586	87,926	75,257	
	43				0,115		0,115	0,100	0,092	
1/02208	43	Aufwendungen			85,471		85,471	87,826	75,165	
					4,063		4,063	3,827	3,711	
		Summe 022...			89,649		89,649	91,753	78,968	
1/023		Gemeinsame Ausgaben für Mitglieder des NR, BR und EP:		*						
		<i>Gemeinsame Ausgaben für Nationalrat und Bundesrat</i>								
1/02304	43	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			168,324		168,324	157,596	138,366	
1/02306	43	Förderungen			0,673		0,673	0,673	0,198	
1/02307	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			35,539		35,539	27,510		
	43				0,081		0,081	0,002		
1/02308	43	Aufwendungen			35,458		35,458	27,508		
					22,383		22,383	21,429	20,441	
		Summe 023...			226,919		226,919	207,208	159,005	
1/024		Parlamentsdirektion:								
1/02400	43	Personalausgaben			166,877		166,877	177,593	153,514	
1/02403	43	Anlagen				49,006	49,006	105,494	155,585	
1/02405	23	Bezugsvorschüsse				0,612	0,612	0,592	0,592	
	43					0,512	0,512	0,512	0,512	
	43					0,100	0,100	0,080	0,080	
1/02407	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			4,810		4,810	4,280	3,921	
	43				2,710		2,710	2,430	2,330	
	43				2,100		2,100	1,850	1,590	
1/02408	11	Aufwendungen			219,870		219,870	191,206	132,287	
	43				2,900		2,900	4,464	2,925	
					216,970		216,970	186,742	129,362	
		Summe 024...			166,877	224,680	49,618	441,175	479,165	445,899
		Gesamtausgaben 02...			166,877	1.327,382	49,618	1.543,877	1.378,579	1.237,663

Anmerkungen:

- 1/021 Verwaltungsaufwendungen beim Titel 1/024 veranschlagt.
1/022 Verwaltungsaufwendungen beim Titel 1/024 veranschlagt.
1/023 Verwaltungsaufwendungen beim Titel 1/024 veranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

15

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/02		Bundesgesetzgebung:						
2/021		Nationalrat:						
2/02104	43	Erfolgswirksame Einnahmen		48,000		48,000	43,000	24,543
2/022		Bundesrat:						
2/02204	43	Erfolgswirksame Einnahmen		7,540		7,540	7,500	4,232
2/023		Gemeinsame Einnahmen für Mitglieder des NR, BR und EP: <i>Gemeinsame Einnahmen für Nationalrat und Bundesrat</i>						
2/02304	43	Erfolgswirksame Einnahmen		3,001		3,001	4,001	
2/024		Parlamentdirektion:						
2/02404	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,906		0,906	0,797	0,851
2/02408	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,006	0,006	0,006	
2/02409	23	Bezugsvorschußsätze			0,690	0,690	0,650	0,695
	43				0,590	0,590	0,550	0,592
					0,100	0,100	0,100	0,104
		Summe 024...		0,906	0,696	1,602	1,453	1,546
		Gesamteinnahmen 02...		59,447	0,696	60,143	55,954	30,322

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/03		Verfassungsgerichtshof:							
1/03000	42	Personalausgaben		25,546			25,546	26,530	25,581
1/03003	42	Anlagen				1,445	1,445	1,614	1,502
1/03005	42	Bezugsvorschüsse				0,200	0,200	0,200	0,164
	23					0,100	0,100	0,100	
	42					0,100	0,100	0,100	0,164
1/03007	42	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			26,000		26,000	25,347	23,571
	22				0,300		0,300	0,300	0,298
	42				25,700		25,700	25,047	23,273
1/03008	42	Aufwendungen			8,355		8,355	8,249	7,494
		Gesamtausgaben 03 ...		25,546	34,355	1,645	61,546	61,940	58,312

Anlage I BUNDES VORAN SCHLAG 1996

17

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/03		Verfassungsgerichtshof:						
2/03004	42	Erfolgswirksame Einnahmen		0,849	0,849	0,734	0,462
2/03008	42	Sonstige bestandswirksame Einnahmen	0,004	0,004	0,004
2/03009	23	Bezugsvorschußersätze	0,147	0,147	0,147	0,128
	42	0,007	0,007	0,007	0,007
		0,140	0,140	0,140	0,122
		Gesamteinnahmen 03...		0,849	0,151	1,000	0,885	0,590

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/04		Verwaltungsgerichtshof:							
1/04000	42	Personalausgaben		111,924			111,924	106,565	105,214
1/04003	42	Anlagen				1,067	1,067	1,974	2,190
1/04005		Bezugsvorschüsse				0,291	0,291	0,291	0,220
	23					0,080	0,080	0,080	
	42					0,211	0,211	0,211	0,220
1/04007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,000		2,000	1,525	1,565
	22				1,988		1,988	1,513	1,561
	42				0,012		0,012	0,012	0,004
1/04008	42	Aufwendungen			11,642		11,642	10,084	9,948
		Gesamtausgaben 04...		111,924	13,642	1,358	126,924	120,439	119,137

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

19

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/04		Verwaltungsgerichtshof:						
2/04004	42	Erfolgswirksame Einnahmen		4,697	4,697	4,036	4,734
2/04008	42	Sonstige bestandswirksame Einnahmen	0,003	0,003	0,003
2/04009		Bezugsvorschußsätze	0,300	0,300	0,245	0,309
	23	0,025	0,025	0,025	0,033
	42	0,275	0,275	0,220	0,276
		Gesamteinnahmen 04...		4,697	0,303	5,000	4,284	5,043

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/05		Volksanwaltschaft:							
1/05000	42	Personalausgaben		23,550			23,550	24,506	24,372
1/05003	42	Anlagen				0,910	0,910	1,204	0,795
1/05005	23	Bezugsvorschüsse				0,200	0,200	0,200	0,070
	42					0,100	0,100	0,100	
	23					0,100	0,100	0,100	0,070
1/05007	42	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			14,000		14,000	16,095	12,674
	22				0,275		0,275	0,340	0,257
	42				13,725		13,725	15,755	12,417
1/05008	42	Aufwendungen			5,890		5,890	6,385	5,965
		Gesamtausgaben 05...		23,550	19,890	1,110	44,550	48,390	43,875

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

21

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundесvor- anschlag 1996	Bundесvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
E I N N A H M E N								
2/05		Volksanwaltschaft:						
2/05004	42	Erfolgswirksame Einnahmen		1,727		1,727	1,707	0,920
2/05008	42	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,003	0,003	0,003	0,023
2/05009		Bezugsvorschußsätze			0,080	0,080	0,100	0,121
	23				0,020	0,020	0,030	0,033
	42				0,060	0,060	0,070	0,088
		Gesamteinnahmen 05...		1,727	0,083	1,810	1,810	1,064

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/06		Rechnungshof:							
1/06000	43	Personalausgaben		212,966			212,966	223,784	212,467
1/06003	43	Anlagen				4,614	4,614	8,393	10,817
1/06005		Bezugsvorschüsse				0,850	0,850	0,625	0,595
	23					0,500	0,500	0,325	0,385
	43					0,350	0,350	0,300	0,210
1/06007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			10,117		10,117	10,712	10,265
	22				3,780		3,780	4,300	4,278
	43				6,337		6,337	6,412	5,987
1/06008	43	Aufwendungen	*		44,419		44,419	52,469	39,297
		Gesamtausgaben 06...		212,966	54,536	5,464	272,966	295,983	273,441

Anmerkungen:

1/06008 Hievon 1996 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/06000.

Anlage I BUNDES VORAN S C H L A G 1 9 9 6

23

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/06		Rechnungshof:						
2/06000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001	0,001	0,001
2/06004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,238	1,238	0,877	0,771
2/06008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen	0,040	0,040	0,003
2/06009	23	Bezugsvorschußsätze	0,721	0,721	0,660	0,604
	43	0,311	0,311	0,280	0,312
		0,410	0,410	0,380	0,292
		Gesamteinnahmen 06...		1,239	0,761	2,000	1,541	1,375

Anmerkungen:

2/06000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/06008 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/10		Bundeskanzleramt mit Dienststellen:							
1/100		Bundeskanzleramt:							
1/1000		Zentralleitung:							
1/10000	43	Personalausgaben		368,700			368,700	383,973	380,168
1/10003	43	Anlagen				65,776	65,776	76,760	75,238
1/10005		Bezugsvorschüsse				3,646	3,646	3,746	2,825
	23					1,593	1,593	1,643	0,944
	43					2,053	2,053	2,103	1,881
1/10006		Förderungen	*		63,994		63,994	63,994	82,475
	12				0,660		0,660	0,621	0,637
	38				0,096		0,096	0,096	6,900
	43				63,238		63,238	63,277	74,938
1/10007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			283,424		283,424	295,964	304,531
	21				0,001		0,001	0,001	0,020
	22				6,360		6,360	6,350	6,332
	43				277,063		277,063	289,613	298,179
1/10008		Aufwendungen	*		494,489		494,489	508,089	543,341
	21				0,140		0,140	0,135	0,181
	43				494,349		494,349	507,954	543,160
		Summe 1000...		368,700	841,907	69,422	1.280,029	1.332,526	1.388,579
1/1001		Verwaltungsakademie:							
1/10010	11	Personalausgaben		25,906			25,906	28,022	26,473
1/10013	11	Anlagen				2,789	2,789	5,712	1,372
1/10016	11	Förderungen			1,363		1,363		
1/10017		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,659		0,659	0,659	0,539
	11				0,349		0,349	0,349	0,256
	22				0,310		0,310	0,310	0,283
1/10018	11	Aufwendungen			47,888		47,888	48,002	37,548
		Summe 1001...		25,906	49,910	2,789	78,605	82,395	65,931
1/10038	43	Bundesgesetzblatt	*		25,874		25,874	31,668	31,531
1/1004		Regional- und strukturpolitische Maßnahmen:							
1/10046		Förderungen			15,418		15,418	15,841	25,543
	36				15,418		15,418	15,841	25,067
	35								0,476
1/10048	36	Aufwendungen			0,055		0,055	0,055	
		Summe 1004...			15,473		15,473	15,896	25,543
1/1005		Mittel d. Innovations-u. Technologiefonds (ITF) (zweckgeb. Geb):							
1/10058	43	Aufwendungen	*		444,749		444,749	485,568	737,018
1/1006		Zusammenarbeit mit ZOR und NUS: Sondermaßnahmen der Bundesregierung: Ausland - Osthilfe							
1/10066		Förderungen	*		116,000		116,000	103,930	134,088
	38				68,400		68,400	35,000	48,868
	43				47,600		47,600	68,930	85,220
1/10068	43	Aufwendungen			1,000		1,000	1,000	0,420
		Summe 1006...			117,000		117,000	104,930	134,508
1/10078	43	Zahlungen an die BIG			2,142		2,142		
		Summe 100...		394,606	1.497,055	72,211	1.963,872	2.052,983	2.383,109

Anmerkungen:

1/10006 Hievon 1996 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/10000.

1/10008 Hievon 1996 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/10000.

1/10038 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/1000 mitveranschlagt.

1/10058 Hievon 1996 250,000 Millionen Schilling Überweisung an den VA-Ansatz 2/14180 und je 97,374 Millionen Schilling an die VA-Ansätze 2/63170 und 2/65270.

1/10066 Hievon 1996 72,886 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51268.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

25

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1996	Bundesvoranschlag 1995	Erfolg 1994
2/10		Bundeskanzleramt mit Dienststellen:						
2/100		Bundeskanzleramt:						
2/1000		Zentralleitung:						
2/10000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,002		0,002	0,001	
2/10004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		43,016		43,016	30,489	19,206
	21			0,001		0,001	0,001	0,002
	38			15,000		15,000	10,000	
	43			28,015		28,015	20,488	19,204
2/10008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,153	0,153	0,186	0,010
2/10009	43	Bezugsvorschußsätze			3,045	3,045	2,975	2,626
	23				0,890	0,890	0,920	0,700
	43				2,155	2,155	2,055	1,926
		Summe 1000...		43,018	3,198	46,216	33,651	21,842
2/1001		Verwaltungsakademie:						
2/10014	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,743		0,743	0,743	0,629
	43			0,742		0,742	0,742	0,629
				0,001		0,001	0,001	
2/10018	11	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 1001...		0,743	0,002	0,745	0,745	0,629
2/10034	43	Bundesgesetzblatt		25,874		25,874	31,668	37,632
2/1004		Regional- und strukturpolitische Maßnahmen:						
2/10044	36	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	
2/1005		Mittel d. Innovations-u. Technologiefonds (ITF) (zweckgeb. Geb):						
2/10050	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	444,749		444,749	485,568	737,018
2/1006		Zusammenarbeit mit ZOR und NUS: Sondermaßnahmen der Bundesregierung: Ausland - Osthilfe						
2/10064	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,001	0,001
		Summe 100...		514,388	3,200	517,588	551,635	797,122

Anmerkungen:

2/10000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/10006 und 1/10008 mitveranschlagt.

2/10050 Überweisung vom VA-Ansatz 1/51108.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/101		Staatsarchiv und Archivamt:							
1/10100	12	Personalausgaben		55,455			55,455	55,141	52,883
1/10103	12	Anlagen				3,270	3,270	3,567	1,870
1/10106	12	Förderungen			0,093		0,093	0,096	0,071
1/10107	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		1,073			1,073	1,073	0,943
	22				0,024		0,024	0,063	0,018
	22				1,049		1,049	1,010	0,926
1/10108	12	Aufwendungen			16,349		16,349	15,314	13,335
		Summe 101...		55,455	17,515	3,270	76,240	75,191	69,102
1/102		Statistisches Zentralamt:							
1/10200	43	Personalausgaben		448,244			448,244	470,229	438,405
1/10203	43	Anlagen				24,273	24,273	29,479	28,300
1/10207	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			6,457		6,457	7,277	6,012
	43				6,100		6,100	6,640	5,879
1/10208	43	Aufwendungen			151,027		151,027	160,709	143,989
		Summe 102...		448,244	157,484	24,273	630,001	667,694	616,707
1/103		Österreichische Staatsdruckerei:							
1/1030		Amt der Wiener Zeitung:							
1/10300	43	Personalausgaben		19,231			19,231	20,104	18,285
1/10308	43	Aufwendungen			0,763		0,763	0,745	1,006
		Summe 1030...		19,231	0,763		19,994	20,849	19,291
1/1031		Amt der Österreichischen Staatsdruckerei:							
1/10310	43	Personalausgaben		21,247			21,247	22,033	21,911
1/10318	43	Aufwendungen			0,077		0,077	0,075	0,037
		Summe 1031...		21,247	0,077		21,324	22,108	21,948
		Summe 103...		40,478	0,840		41,318	42,957	41,238

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

27

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/101		Staatsarchiv und Archivamt:							
2/10104	12	Erfolgswirksame Einnahmen			0,924		0,924	0,878	0,854
	43				0,923		0,923	0,877	0,854
					0,001		0,001	0,001	
2/10107	12	Bestandswirksame Einnahmen				0,002	0,002	0,002	
				Summe 101...	0,924	0,002	0,926	0,880	0,854
2/102		Statistisches Zentralamt:							
2/10204	43	Erfolgswirksame Einnahmen			29,545		29,545	26,601	17,050
2/10205	43	EU-Statistiken			0,001		0,001		
2/10207	43	Bestandswirksame Einnahmen				0,004	0,004	0,004	0,027
				Summe 102...	29,546	0,004	29,550	26,605	17,077
2/103		Österreichische Staatsdruckerei:							
2/1030		Amt der Wiener Zeitung:							
2/10304	43	Erfolgswirksame Einnahmen			19,994		19,994	20,849	19,243
2/1031		Amt der Österreichischen Staatsdruckerei:							
2/10314	43	Erfolgswirksame Einnahmen			21,324		21,324	22,108	21,848
				Summe 103...	41,318		41,318	42,957	41,092

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994	
				pers.	sachl.					
1/104		Presse- und Parteienförderung:								
1/1042		Staatsbürgerliche Bildungsarbeit der politischen Parteien:								
1/10424	43	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ...			123,450		123,450	132,896	122,283	
1/1043		Zuwendungen an politische Parteien:								
1/10434	43	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ...			281,718		281,718	212,785	345,586	
1/1044		Publizistikförderung:								
1/10446	38	Förderungen			7,097		7,097	7,886	7,844	
1/1045		Presseförderung (Allgemeine Förderung):								
1/10456	38	Förderungen			100,833		100,833	105,600	105,050	
1/1046		Presseförderung (Besondere Förderung):								
1/10466	38	Förderungen			165,000		165,000	172,800	171,900	
1/1047		Presseförderung - Journalistenausbildung:								
1/10476	38	Förderungen			9,167		9,167	9,600	9,550	
		Summe 104...			687,265		687,265	641,567	762,214	
1/105		Volksgruppenförderung:								
1/10506	43	Förderungen			52,720		52,720	52,720	38,281	
1/107		Sportangelegenheiten:								
1/1070		Sportförderung:								
1/10704	11	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ...			400,000		400,000	420,000		
1/10705	11	Förderungen (0)				0,001	0,001	0,920		
1/10706	11	Förderungen		*	184,936		184,936	184,437		
1/10708	11	Aufwendungen			13,600		13,600	13,554		
		Summe 1070...			598,536	0,001	598,537	618,911		
1/1075		Bundessportheime und Sporteinrichtungen:								
1/10750	11	Personalausgaben			84,058		84,058	41,650		
1/10753	11	Anlagen				58,400	58,400	29,623		
1/10757	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ...			2,104		2,104	1,053		
1/10758	11	Aufwendungen			78,077		78,077	43,832		
		Summe 1075...			84,058	80,181	222,639	116,158		
		Summe 107...			84,058	678,717	58,401	821,176	735,069	
1/106		Entwicklungshilfe:								
1/10606		Förderungen							964,466	
	11							342,465	
	12							6,541	
	21							97,417	
	33							8,243	
	34							179,464	
	35							103,377	
	36							134,157	
	38							12,218	
	43							80,584	
1/10608	43	Aufwendungen							14,619	
		Summe 106...							979,084	
		Gesamtausgaben 10...			1.022,841	3.091,596	158,155	4.272,592	4.268,181	4.889,736

Anmerkungen:

1/10706 Hievon 1996 0,100 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/10700.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

29

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	ERFOLGSWIRKSAME EINNAHMEN	BESTANDSWIRKSAME EINNAHMEN	BUNDESVORANSCHLAG 1996	BUNDESVORANSCHLAG 1995	ERFOLG 1994
2/104		Presse- und Parteienförderung:						
2/1042		Staatsbürgerliche Bildungsarbeit der politischen Parteien:						
2/10424	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/1043		Zuwendungen an politische Parteien:						
2/10434	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/1044		Publizistikförderung:						
2/10444	38	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/1045		Presseförderung (Allgemeine Förderung):						
2/10454	38	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/1046		Presseförderung (Besondere Förderung):						
2/10464	38	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/1047		Presseförderung - Journalistenausbildung:						
2/10474	38	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
		Summe 104...		0,006		0,006	0,006	
2/105		Volksgruppenförderung:						
2/10504	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/107		Sportangelegenheiten:						
2/1070		Sportförderung:						
2/10700	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,100		0,100	0,100	
2/10704	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,800		0,800	0,400	
2/10709	11	Darlehensrückzahlungen			0,595	0,595	0,795	
		Summe 1070...		0,900	0,595	1,495	1,295	
2/1075		Bundessportheime und Sporteinrichtungen:						
2/10754	11	Erfolgswirksame Einnahmen		84,746		84,746	41,366	
2/10757	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,090	0,090	0,046	
		Summe 1075...		84,746	0,090	84,836	41,412	
		Summe 107...		85,646	0,685	86,331	42,707	
2/106		Entwicklungshilfe:						
2/10604	38	Erfolgswirksame Einnahmen						8,951
	43							3,960
2/10609	43	Darlehensrückzahlungen						4,997
		Summe 106...						16,353
		Gesamteinnahmen 10...		671,829	3,891	675,720	664,791	881,448

Anmerkungen:

2/10700 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/10706 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/11		Inneres:							
1/110		Bundesministerium für Inneres:							
1/1100		Zentralleitung:							
1/11000	43	Personalausgaben		779,408			779,408	776,507	734,469
1/11003	43	Anlagen				410,904	410,904	390,748	335,005
1/11005		Bezugsvorschüsse				28,600	28,600	32,950	25,608
	23					12,200	12,200	13,900	14,398
	43					16,400	16,400	19,050	11,211
1/11006		Förderungen			4,701		4,701	4,704	2,302
	11				0,002		0,002	0,002	0,140
	21				0,001		0,001	0,001	0,020
	22				0,001		0,001	0,001	0,030
	43				4,697		4,697	4,700	2,112
1/11007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			94,082		94,082	84,282	72,041
	22				13,800		13,800	14,100	13,828
	43				80,282		80,282	70,182	58,214
1/11008	43	Aufwendungen	*		493,507		493,507	414,665	278,850
1/11009	43	Aufwendungen (B)				0,002	0,002	0,002	0,240
		Summe 1100...		779,408	592,290	439,506	1.811,204	1.703,858	1.448,515
1/1101		Zahlungen an die BIG:							
1/11018		Aufwendungen	*		94,998		94,998		
	42				94,994		94,994		
	43				0,004		0,004		
		Summe 110...		779,408	687,288	439,506	1.906,202	1.703,858	1.448,515

Anmerkungen:

1/11008 Hievon 1996 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11000.

1/11018 Die Ausgaben für die BIG wurden bis zum Jahre 1995 bei den VA-Ansätzen 1/11008, 1/11308 und 1/11408 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

31

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	EINNAHMEN	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994	
2/11		Inneres:								
2/110		Bundesministerium für Inneres:								
2/1100		Zentraleitung:								
2/11000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen			0,847		0,847	0,701	0,801	
2/11004	43	Erfolgswirksame Einnahmen			12,044		12,044	3,220	3,419	
2/11007	43	Bestandswirksame Einnahmen				0,002	0,002	0,002		
2/11008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen				0,430	0,430	0,430	0,544	
2/11009	23	Bezugsvorschußsätze				37,200	37,200	35,500	29,016	
	43					14,070	14,070	13,370	11,875	
						23,130	23,130	22,130	17,140	
		Summe 110...				12,891	37,632	50,523	39,853	33,780

Anmerkungen:

2/11000 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/11008 (0,001 Millionen Schilling),
1/11308 (0,500 Millionen Schilling) und 1/11408 (0,346 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/111		Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand):	*						
1/1110		Flugpolizei und Flugrettungsdienst:							
1/11103	43	Anlagen	*			16,127	16,127	45,687	46,554
1/11108	43	Aufwendungen	*		41,601		41,601	35,998	32,648
		Summe 1110...			41,601	16,127	57,728	81,685	79,202
1/1111		Zivilschutz:							
1/11113	41	Anlagen				2,000	2,000	1,824	1,371
1/11116	41	Förderungen			14,000		14,000	13,344	14,674
1/11118	41	Aufwendungen			10,600		10,600	10,681	6,359
		Summe 1111...			24,600	2,000	26,600	25,849	22,404
1/1112		Zivilschutz (Mittel d. Katastrophenfonds) (zweckgeb. Gebarung):	*						
1/11123	41	Anlagen				1,400	1,400	1,550	1,466
1/11126	41	Förderungen			0,001		0,001	0,001	
1/11128	41	Aufwendungen			48,599		48,599	48,449	40,065
		Summe 1112...			48,600	1,400	50,000	50,000	41,531
1/1116		Auslandseinsätze gemäß BGGl. Nr. 173/1965:							
1/11163	43	Anlagen				0,020	0,020	0,385	1,034
1/11168	43	Aufwendungen			13,520		13,520	12,614	21,035
		Summe 1116...			13,520	0,020	13,540	12,999	22,069
1/1117		Zivildienst:							
1/11173	43	Anlagen				0,020	0,020	0,156	0,293
1/11177		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			487,074		487,074	339,716	373,682
	21				141,600		141,600	102,450	99,431
	22				147,800		147,800	99,300	107,271
	43				197,674		197,674	137,966	166,980
1/11178	43	Aufwendungen			445,344		445,344	319,965	315,505
		Summe 1117...			932,418	0,020	932,438	659,837	689,479
1/1118		Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung:	*						
1/11183	42	Anlagen (zweckgeb. Geb.)				40,000	40,000	44,000	50,458
1/11188	42	Aufwendungen (zweckgeb. Geb.)			30,000		30,000	27,933	28,000
		Summe 1118...			30,000	40,000	70,000	71,933	78,458
1/1119		Angelegenheiten gem. Anlage zu §2, Teil 2, Abschn. G, Z12. BMG:							
1/11198	43	Aufwendungen			5,760		5,760	5,760	15,723
		Summe 1119...			5,760		5,760	5,760	15,723
		Summe 111...			1.096,499	59,567	1.156,066	908,063	948,866
1/112		Bundesministerium für Inneres (Sonstiger Zweckaufwand):	*						
1/1121		Einrichtungen für die Kriegsgräberfürsorge:							
1/11213	43	Anlagen				0,001	0,001	0,001	
1/11218	43	Aufwendungen			6,356		6,356	6,356	6,181
		Summe 1121...			6,356	0,001	6,357	6,357	6,181
1/1122		Fremdenwesen:							
1/11228	43	Aufwendungen			9,450		9,450	16,153	8,376
		Summe 112...			15,806	0,001	15,807	22,510	14,557

Anmerkungen:

- 1/111 Verwaltungsaufwendungen beim Titel 1/110 mitveranschlagt.
1/11103 Hievon 1996 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11130.
1/11108 Hievon 1996 0,003 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11130.
1/1112 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11120 veranschlagt.
1/1118 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11130 mitveranschlagt.
1/112 Die Verwaltungsaufwendungen werden im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

33

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1996	Bundesvoranschlag 1995	Erfolg 1994
2/111		Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand):						
2/1110		Flugpolizei und Flugrettungsdienst:						
2/11104	43	Erfolgswirksame Einnahmen		50,455		50,455	42,199	56,201
2/11107	43	Bestandswirksame Einnahmen			3,010	3,010	1,001	1,764
		Summe 1110...		50,455	3,010	53,465	43,200	57,965
2/1111		Zivilschutz:						
2/11114	41	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/11117	41	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 1111...		0,001	0,002	0,003	0,003	
2/1112		Zivilschutz (Mittel d. Katastrophenfonds) (zweckgeb. Gebarung):						
2/11120	41	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	50,000		50,000	50,000	50,000
2/1113		Strafgelder gemäß § 100 Abs. 10 StVO:						
2/11130	42	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	330,000		330,000	72,000	23,222
2/1116		Auslandseinsätze gemäß BGBL. Nr. 173/1965:						
2/11164	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,600		0,600	0,002	
2/1117		Zivildienst:						
2/11174	43	Erfolgswirksame Einnahmen		195,236		195,236	126,190	131,458
2/11177	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,010	0,010	0,010	
		Summe 1117...		195,236	0,010	195,246	126,200	131,458
2/1118		Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung:						
2/11184	42	Erfolgswirksame Einnahmen		0,500		0,500	0,200	1,691
2/11187	42	Bestandswirksame Einnahmen			0,300	0,300	0,200	0,451
		Summe 1118...		0,500	0,300	0,800	0,400	2,142
2/1119		Angelegenheiten gem. Anlage zu §2, Teil 2, Abschn. G. Z12. BMG:						
2/11194	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	1,691
		Summe 1119...		626,793	3,322	630,115	291,806	266,478
2/112		Bundesministerium für Inneres (Sonstiger Zweckaufwand):						
2/1121		Einrichtungen für die Kriegsgräberfürsorge:						
2/11214	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	
2/1122		Fremdenwesen:						
2/11224	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
		Summe 112...		0,003		0,003	0,003	

Anmerkungen:

2/11120 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/1112 veranschlagt.

2/11130 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/11103 (0,001 Millionen Schilling), 1/11108 (0,003 Millionen Schilling), 1/11183 (40,000 Millionen Schilling) und 1/11188 (30,000 Millionen Schilling) sowie bei den Paragraphen 1/1131 (89,998 Millionen Schilling) und 1/1141 (169,998 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/113		Bundespolizei:							
1/1130		Bundespolizei:							
1/11300	42	Personalausgaben		6.702,665			6.702,665	6.775,993	6.514,451
1/11303	42	Anlagen	*			233,108	233,108	324,534	272,453
1/11307	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			167,000		167,000	180,621	182,602
	42				163,501		163,501	173,301	176,465
	42				3,499		3,499	7,320	6,137
1/11308	42	Aufwendungen	*		1.288,839		1.288,839	1.296,080	1.179,638
		Summe 1130...		6.702,665	1.455,839	233,108	8.391,612	8.577,228	8.149,144
1/1131		Bundespolizei (zweckgeb. Gebarung):	*						
1/11310	42	Personalausgaben		76,628			76,628	0,007	
1/11313	42	Anlagen				8,500	8,500	0,008	
1/11317	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,800		0,800	0,002	
1/11318	42	Aufwendungen			4,070		4,070	0,014	
		Summe 1131...		76,628	4,870	8,500	89,998	0,031	
		Summe 113...		6.779,293	1.460,709	241,608	8.481,610	8.577,259	8.149,144
1/114		Bundesgendarmerie:							
1/1140		Bundesgendarmerie:							
1/11400	42	Personalausgaben		6.544,102			6.544,102	6.478,220	6.137,970
1/11403	42	Anlagen				298,341	298,341	278,631	269,429
1/11407	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			188,000		188,000	197,850	199,536
	42				184,970		184,970	195,100	197,357
	42				3,030		3,030	2,750	2,180
1/11408	42	Aufwendungen	*		1.356,292		1.356,292	1.217,584	1.162,969
		Summe 1140...		6.544,102	1.544,292	298,341	8.386,735	8.172,285	7.769,904
1/1141		Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung):	*						
1/11410	42	Personalausgaben		137,166			137,166	0,009	8,495
1/11413	42	Anlagen				13,900	13,900	0,008	
1/11417	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,820		2,820	0,002	
1/11418	42	Aufwendungen			16,112		16,112	0,016	
		Summe 1141...		137,166	18,932	13,900	169,998	0,035	8,495
		Summe 114...		6.681,268	1.563,224	312,241	8.556,733	8.172,320	7.778,399

Anmerkungen:

- 1/11303 Hievon 1996 0,011 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11300 und 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52600.
- 1/11308 Hievon 1996 0,500 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11000, 0,989 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11300 und 120,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52600.
- 1/1131 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/1130 mitveranschlagt.
- 1/11408 Hievon 1996 0,346 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11000.
- 1/1141 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/1130 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

35

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/113		Bundespolizei:						
2/1130		Bundespolizei:						
2/11300	42	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	1,000	1,000	0,300	0,789
2/11304	42	Erfolgswirksame Einnahmen		459,870	459,870	407,933	390,983
2/11307	42	Bestandswirksame Einnahmen			4,130	4,130	4,402	3,554
		Summe 113...		460,870	4,130	465,000	412,635	395,326
2/114		Bundesgendarmerie:						
2/1140		Bundesgendarmerie:						
2/11404	42	Erfolgswirksame Einnahmen		66,600	66,600	42,000	42,233
2/11407	42	Bestandswirksame Einnahmen			13,400	13,400	12,900	17,990
		Summe 114...		66,600	13,400	80,000	54,900	60,223

Anmerkungen:

2/11300 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/11303 (0,011 Millionen Schilling) und 1/11308 (0,989 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/115		Besondere Einrichtungen:							
1/1150		Flüchtlingsbetreuung und Integration:							
1/11500	22	Personalausgaben		47,848			47,848	52,205	50,809
1/11503	22	Anlagen				4,000	4,000	5,173	5,275
1/11506	22	Förderungen			380,068		380,068	394,098	656,794
1/11507	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			14,200		14,200	16,740	12,647
1/11508	22	Aufwendungen			299,518		299,518	316,875	384,542
	43				294,368		294,368	311,114	374,648
					5,150		5,150	5,761	9,894
		Summe 1150...		47,848	693,786	4,000	745,634	785,091	1.110,066
1/1151		Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen:							
1/11510	13	Personalausgaben		3,570			3,570	3,859	3,629
1/11513	13	Anlagen				0,030	0,030	0,230	0,320
1/11516	13	Förderungen			0,048		0,048	0,048	0,022
1/11517	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,050		0,050	0,070	0,050
1/11518	13	Aufwendungen			7,000		7,000	17,556	2,514
		Summe 1151...		3,570	7,098	0,030	10,698	21,763	6,535
1/1152		Bundesasylamt:							
1/11520	22	Personalausgaben		21,499			21,499	26,340	21,436
1/11523	22	Anlagen				0,081	0,081	0,586	0,235
1/11527	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,470		0,470	0,680	0,539
1/11528	22	Aufwendungen			18,086		18,086	20,948	15,504
		Summe 1152...		21,499	18,556	0,081	40,136	48,554	37,713
		Summe 115...		72,917	719,440	4,111	796,468	855,408	1.154,315
		Gesamtausgaben 11...		14.312,886	5.542,966	1.057,034	20.912,886	20.239,418	19.493,796

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

37

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1996	Bundesvoranschlag 1995	Erfolg 1994
2/115		Besondere Einrichtungen:						
2/1150		Flüchtlingsbetreuung und Integration:						
2/11504	22	Erfolgswirksame Einnahmen		18,000		18,000	14,884	19,592
2/11508	22	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	0,021
		Summe 1150...		18,000	0,002	18,002	14,886	19,613
2/1151		Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen:						
2/11514	13	Erfolgswirksame Einnahmen		2,000		2,000	1,786	1,710
2/11518	13	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	0,008
		Summe 1151...		2,000	0,002	2,002	1,788	1,718
2/1152		Bundesasylamt:						
2/11524	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,100		0,100	0,002	0,007
		Summe 115...		20,100	0,004	20,104	16,676	21,339
		Gesamteinnahmen 11...		1.187,257	58,488	1.245,745	815,873	777,146

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/12		Unterricht und kulturelle Angelegenheiten: Unterricht							
1/120		Bundesministerium f. Unterricht u. kulturelle Angelegenh.:							
		Bundesministerium für Unterricht und Kunst							
1/12000	43	Personalausgaben		346,358			346,358	350,945	348,656
1/12003		Anlagen				80,854	80,854	73,364	176,576
	11					58,472	58,472	49,765	155,744
	13					0,019	0,019	0,019	
	43					22,363	22,363	23,580	20,832
1/12005		Bezugsvorschüsse				47,932	47,932	51,887	48,920
	23					13,000	13,000	10,400	12,336
	43					34,932	34,932	41,487	36,584
1/12006		Förderungen			125,601		125,601	156,901	178,450
	11				0,001		0,001	0,001	
	13				3,551		3,551	0,980	
	43				122,049		122,049	155,920	178,450
1/12007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			597,204		597,204	562,158	551,640
	11				1,507		1,507	1,486	1,423
	14				587,672		587,672	550,777	540,189
	22				4,961		4,961	5,650	5,616
	43				3,064		3,064	4,245	4,412
1/12008		Aufwendungen	*		879,144		879,144	1.470,070	1.922,271
	11				668,219		668,219	1.269,080	1.751,032
	13				8,986		8,986	7,030	
	21				0,001		0,001	0,001	
	43				201,938		201,938	193,959	171,239
1/1201		Zahlungen an die BIG:	*						
1/12013	11	Anlagen				0,001	0,001		
1/12018	11	Aufwendungen			1.066,793		1.066,793		
		Summe 1201			1.066,793	0,001	1.066,794		
		Summe 120		346,358	2.668,742	128,787	3.143,887	2.665,325	3.226,512
1/122		Bundesministerium; Zweckaufwand: Bundesministerium; Zweckaufwand f. Erziehung u. Unterricht	*						
1/1220		Allgemein-pädagogische Erfordernisse:							
1/12203	11	Anlagen				1,000	1,000	1,824	1,636
1/12206	11	Förderungen			44,522		44,522	42,289	33,000
1/12207	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			731,865		731,865	779,728	635,134
1/12208	11	Aufwendungen	*		173,590		173,590	150,902	172,014
		Summe 1220			949,977	1,000	950,977	974,743	841,784
1/1221		Erwachsenenbildung:							
1/12216	11	Förderungen			213,254		213,254	130,562	152,789
1/1225		Allgemeinbildendes Schulwesen:							
1/12256	11	Förderungen			98,666		98,666	88,128	97,640
1/1226		Berufsbildendes Schulwesen:							
1/12266	11	Förderungen			1,500		1,500	3,120	0,312
1/1227		Lehrer- und Erzieherbildung:							
1/12276	11	Förderungen			1,092		1,092	1,224	1,432
1/1228		Bibliothekarische Einrichtungen:							
1/12286	12	Förderungen			0,100		0,100		
1/1229		Denkmalfonds (zweckgebundene Gebarung):	*						
1/12296	13	Förderungen			0,120		0,120		
		Summe 122			1.264,709	1,000	1.265,709	1.197,777	1.093,957

Anmerkungen:

- 1/12008 Hievon 1996 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/12000.
1/1201 Vor dem BVA 1996 beim Paragraph 1/1200 mitveranschlagt gewesen.
1/122 Verwaltungsaufwendungen beim Titel 1/120 mitveranschlagt.
1/12208 Hievon 1996 0,737 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/12200.
1/1229 Im BVA 1995 als Paragraph 1/1249 und vor dem BVA 1995 als Paragraph 1/1452 veranschlagt gewesen.

Anlage I BUNDES VORANSCHLAG 1996

39

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1996	Bundesvoranschlag 1995	Erfolg 1994
2/12		Unterricht und kulturelle Angelegenheiten: <i>Unterricht</i>						
2/120		Bundesministerium f. Unterricht u. kulturelle Angelegenh.: <i>Bundesministerium für Unterricht und Kunst</i>						
2/12000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001		0,001	0,001	0,078
2/12004		Erfolgswirksame Einnahmen		12,190		12,190	12,171	14,551
	11			6,400		6,400	6,400	6,556
	13			0,004		0,004	0,004	
	43			5,786		5,786	5,767	7,995
2/12007		Bestandswirksame Einnahmen			0,006	0,006	0,054	
	11				0,001	0,001		
	13				0,001	0,001	0,001	
	43				0,004	0,004	0,053	
2/12009		Bezugsvorschußsätze			46,000	46,000	45,000	43,616
	23				9,000	9,000	8,000	8,085
	43				37,000	37,000	37,000	35,531
		Summe 120...		12,191	46,006	58,197	57,226	58,246
2/122		Bundesministerium; Zweckaufwand: <i>Bundesministerium; Zweckaufwand f. Erziehung u. Unterricht</i>						
2/1220		Allgemein-pädagogische Erfordernisse:						
2/12200	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,737		0,737	0,737	0,575
2/12204	11	Erfolgswirksame Einnahmen		1,080		1,080	1,180	0,952
2/12207	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002		
		Summe 1220...		1,817	0,002	1,819	1,917	1,527
2/1221		Erwachsenenbildung:						
2/12214	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001		
2/1229		Denkmalfonds (zweckgebundene Gebarung):						
2/12290	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,120		0,120		
		Summe 122...		1,938	0,002	1,940	1,917	1,527

Anmerkungen:

2/12000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/12008 mitveranschlagt.

2/12200 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/12208 mitveranschlagt.

2/1229 Im BVA 1995 als Paragraph 2/1249 und vor dem BVA 1995 als Paragraph 2/1452 veranschlagt gewesen.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/124		Nachgeordnete Dienststellen:							
1/1240		Hofmusikkapelle:	*						
1/12400	13	Personalausgaben		9,352			9,352	9,082	
1/12403	13	Anlagen				0,770	0,770	1,191	
1/12407	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,001		0,001	0,425	
1/12408	13	Aufwendungen			6,172		6,172	4,580	
		Summe 1240...		9,352	6,173	0,770	16,295	15,278	
1/1241		Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen:							
1/12410	11	Personalausgaben		22,560			22,560	22,893	22,168
1/12413	11	Anlagen				1,575	1,575	1,459	1,836
1/12417	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,804		0,804	1,056	0,447
1/12418	11	Aufwendungen			19,258		19,258	18,734	20,050
		Summe 1241...		22,560	20,062	1,575	44,197	44,142	44,501
1/1242		Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung:							
1/12420	11	Personalausgaben		13,689			13,689	13,624	13,081
1/12423	11	Anlagen				0,268	0,268	0,230	0,290
1/12427	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,664		0,664	0,655	0,648
1/12428	11	Aufwendungen			53,910		53,910	53,346	58,291
		Summe 1242...		13,689	54,574	0,268	68,531	67,855	72,310
1/1243		Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung:							
1/12430	11	Personalausgaben		41,316			41,316	41,551	39,771
1/12433	11	Anlagen				3,142	3,142	2,304	2,001
1/12437	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,366		1,366	1,524	1,524
	11				0,814		0,814	0,874	0,863
	22				0,552		0,552	0,650	0,661
1/12438	11	Aufwendungen			29,223		29,223	26,616	29,553
		Summe 1243...		41,316	30,589	3,142	75,047	71,995	72,849

Anmerkungen:

1/1240 Vor dem BVA 1995 als Paragraph 1/1320 veranschlagt gewesen.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

41

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1996	Bundesvoranschlag 1995	Erfolg 1994
2/124		Nachgeordnete Dienststellen:						
2/1240		Hofmusikkapelle:	*					
2/12404	13	Erfolgswirksame Einnahmen		5,493		5,493	5,148	
2/12407	13	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 1240...		5,493	0,002	5,495	5,150	
2/1241		Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen:						
2/12414	11	Erfolgswirksame Einnahmen		23,250		23,250	22,600	24,670
2/12417	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,010	0,010	0,003	0,002
		Summe 1241...		23,250	0,010	23,260	22,603	24,671
2/1242		Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung:						
2/12424	11	Erfolgswirksame Einnahmen		53,005		53,005	52,003	54,448
2/12427	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,001	0,001		
		Summe 1242...		53,005	0,001	53,006	52,003	54,448
2/1243		Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung:						
2/12434	11	Erfolgswirksame Einnahmen		10,365		10,365	9,010	9,572
2/12437	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,010	0,010	0,010	0,020
		Summe 1243...		10,365	0,010	10,375	9,020	9,592

Anmerkungen:

2/1240 Vor dem BVA 1995 als Paragraph 2/1320 veranschlagt gewesen.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/1244		Museen:	*						
1/12440	13	Personalausgaben		391,929			391,929	406,386	
1/12443	13	Anlagen				139,080	139,080	101,424	
1/12446	13	Förderungen			109,001		109,001	96,914	
1/12447	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			9,527		9,527	13,384	
1/12448	13	Aufwendungen			354,815		354,815	293,342	
		Summe 1244...		391,929	473,343	139,080	1.004,352	911,450	
1/1245		Museen (zweckgebundene Gebarung):	*						
1/12450	13	Personalausgaben		1,310			1,310	1,116	
1/12453	13	Anlagen				2,500	2,500	1,200	
1/12456	13	Förderungen	*		5,645		5,645	5,443	
1/12457	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,007		0,007	0,023	
1/12458	13	Aufwendungen			9,805		9,805	9,664	
		Summe 1245...		1,310	15,457	2,500	19,267	17,446	
1/1246		Nationalbibliothek und Phonotheek:	*						
1/12460	12	Personalausgaben		130,548			130,548	130,933	
1/12463	12	Anlagen	*			40,084	40,084	35,826	
1/12467	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	*		0,095		0,095	0,096	
1/12468	12	Aufwendungen	*		59,064		59,064	48,965	
		Summe 1246...		130,548	59,159	40,084	229,791	215,820	
1/1247		Bundesdenkmalamt:	*						
1/12470	13	Personalausgaben		93,023			93,023	91,214	
1/12473	13	Anlagen				3,847	3,847	3,754	
1/12476	13	Förderungen			197,404		197,404	109,154	
1/12477	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,420		0,420	0,474	
1/12478	13	Aufwendungen			51,976		51,976	51,978	
	43				51,226		51,226	51,258	
					0,750		0,750	0,720	
		Summe 1247...		93,023	249,800	3,847	346,670	256,574	
1/1248		Bundesdenkmalamt (zweckgebundene Gebarung):	*						
1/12483	13	Anlagen				0,001	0,001	0,001	
1/12486	13	Förderungen	*		31,476		31,476	24,165	
1/12488	13	Aufwendungen			0,002		0,002	0,002	
		Summe 1248...			31,478	0,001	31,479	24,168	
1/1249		Denkmalfonds (zweckgebundene Gebarung):							
1/12496	13	Förderungen						1,001	
		Summe 124...		703,727	940,635	191,267	1.835,629	1.625,729	189,660

Anmerkungen:

- 1/1244 Vor dem BVA 1995 als Paragraph 1/1440 veranschlagt gewesen.
1/1245 Vor dem BVA 1995 als Paragraph 1/1441 veranschlagt gewesen.
Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/12450 (13,622 Millionen Schilling) und 2/52180 (5,645 Millionen Schilling) veranschlagt.
1/12456 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52180.
1/1246 Vor dem BVA 1995 als Paragraph 1/1423 veranschlagt gewesen.
1/12463 Hievon 1996 0,291 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/12460.
1/12467 Hievon 1996 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/12460.
1/12468 Hievon 1996 2,869 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/12460.
1/1247 Vor dem BVA 1995 als Paragraph 1/1450 veranschlagt gewesen.
1/1248 Vor dem BVA 1995 als Paragraph 1/1451 veranschlagt gewesen.
Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/12480 (23,012 Millionen Schilling) und 2/52180 (8,467 Millionen Schilling) veranschlagt.
1/12486 Hievon 1996 8,467 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 2/52180 und 23,009 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 2/12480 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

43

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	EINNAHMEN	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/1244		Museen:		*					
2/12444	13	Erfolgswirksame Einnahmen			55,300		55,300	54,000	
2/12447	13	Bestandswirksame Einnahmen				0,002	0,002	0,002	
		Summe 1244...			55,300	0,002	55,302	54,002	
2/1245		Museen (zweckgebundene Gebarung):		*					
2/12450	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen			13,622		13,622	12,003	
2/1246		Nationalbibliothek und Phonotheke:		*					
2/12460	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		*	3,161		3,161	3,161	
2/12464	12	Erfolgswirksame Einnahmen			2,763		2,763	2,763	
2/12467	12	Bestandswirksame Einnahmen				0,003	0,003	0,003	
		Summe 1246...			5,924	0,003	5,927	5,927	
2/1247		Bundesdenkmalamt:		*					
2/12474	13	Erfolgswirksame Einnahmen			0,120		0,120	1,140	
2/12477	13	Bestandswirksame Einnahmen				0,010	0,010	0,160	
		Summe 1247...			0,120	0,010	0,130	1,300	
2/1248		Bundesdenkmalamt (zweckgebundene Gebarung):		*					
2/12480	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen			23,012		23,012	16,003	
2/1249		Denkmalfonds (zweckgebundene Gebarung):							
2/12490	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen						1,001	
		Summe 124...			190,091	0,038	190,129	179,012	88,711

Anmerkungen:

- 2/1244 Vor dem BVA 1995 als Paragraph 2/1440 veranschlagt gewesen.
2/1245 Vor dem BVA 1995 als Paragraph 2/1441 veranschlagt gewesen.
2/1246 Vor dem BVA 1995 als Paragraph 2/1423 mitveranschlagt gewesen.
2/12460 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/12463 (0,291 Millionen Schilling),
1/12467 (0,001 Millionen Schilling) und 1/12468 (2,869 Millionen Schilling) mitveranschlagt.
2/1247 Vor dem BVA 1995 als Paragraph 2/1450 mitveranschlagt gewesen.
2/1248 Vor dem BVA 1995 als Paragraph 2/1451 mitveranschlagt gewesen.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Ann.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/126		Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene:							
1/1260		Schulaufsichtsbehörden:							
1/12600	11	Personalausgaben		591,693			591,693	603,561	580,326
1/12603	11	Anlagen				24,350	24,350	24,576	29,109
1/12607	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			90,735		90,735	92,277	88,109
	11				80,808		80,808	81,320	77,672
	22				9,927		9,927	10,957	10,437
1/12608	11	Aufwendungen			92,259		92,259	87,107	92,434
		Summe 1260...		591,693	182,994	24,350	799,037	807,521	789,978
1/1261		Schulpsychologie - Bildungsberatung:							
1/12610	11	Personalausgaben		80,819			80,819	82,231	78,480
1/12613	11	Anlagen				1,552	1,552	0,692	0,900
1/12617	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,683		1,683	1,862	1,850
	11				0,250		0,250	0,254	0,210
	22				1,433		1,433	1,608	1,640
1/12618	11	Aufwendungen			17,209		17,209	16,006	17,154
		Summe 1261...		80,819	18,892	1,552	101,263	100,791	98,384
		Summe 126...		672,512	201,886	25,902	900,300	908,312	888,362
1/127		Allgemeinbildende Schulen:							
1/1270		Allgemeinbildende höhere Schulen:							
1/12700	11	Personalausgaben		10.780,792			10.780,792	10.427,026	10.333,845
1/12703	11	Anlagen				119,830	119,830	112,416	145,000
1/12707	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			337,000		337,000	334,542	315,832
	11				334,850		334,850	332,442	313,862
	21				2,150		2,150	2,100	1,970
1/12708	11	Aufwendungen			643,158		643,158	578,043	633,304
	11				641,763		641,763	576,910	631,994
	21				1,395		1,395	1,133	1,310
		Summe 1270...		10.780,792	980,158	119,830	11.880,780	11.452,027	11.427,981
1/1271		Höhere Internatsschulen des Bundes:							
1/12710	11	Personalausgaben		256,459			256,459	262,782	252,080
1/12713	11	Anlagen				3,590	3,590	3,648	5,047
1/12717	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			4,121		4,121	3,861	3,671
1/12718	11	Aufwendungen			30,225		30,225	27,988	30,757
		Summe 1271...		256,459	34,346	3,590	294,395	298,279	291,555
1/1274		Bds. -Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung:							
1/12740	11	Personalausgaben		95,281			95,281	99,996	95,058
1/12743	11	Anlagen				3,030	3,030	3,879	2,609
1/12747	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,625		2,625	2,425	2,334
1/12748	11	Aufwendungen			16,566		16,566	16,209	16,845
		Summe 1274...		95,281	19,191	3,030	117,502	122,509	116,846
1/1275		Allgemeinbildende Pflichtschulen:							
1/12757	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			31.929,747		31.929,747	31.946,873	30.710,568
1/12758	11	Aufwendungen			2,843		2,843	2,167	1,910
		Summe 1275...			31.932,590		31.932,590	31.949,040	30.712,478
1/1276		Bundesschülerheime (Allgemeinbildende): Konvikte und Schülerheime (Allgemeinbildende)							
1/12760	11	Personalausgaben		71,574			71,574	74,516	70,995
1/12763	11	Anlagen				6,795	6,795	3,110	2,707
1/12767	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,139		0,139	0,176	0,168
1/12768	11	Aufwendungen			23,525		23,525	23,113	24,510
		Summe 1276...		71,574	23,664	6,795	102,033	100,915	98,381
		Summe 127...		11.204,106	32.989,949	133,245	44.327,300	43.922,770	42.647,241

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

45

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	EINNAHMEN	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1996	Bundesvoranschlag 1995	Erfolg 1994
2/126		Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene:							
2/1260		Schulaufsichtsbehörden:							
2/12604	11	Erfolgswirksame Einnahmen			151,265		151,265	136,215	115,714
2/12607	11	Bestandswirksame Einnahmen				0,002	0,002	0,003	0,122
		Summe 1260...			151,265	0,002	151,267	136,218	115,836
2/1261		Schulpsychologie - Bildungsberatung:							
2/12614	11	Erfolgswirksame Einnahmen			20,015		20,015	7,004	35,058
2/12617	11	Bestandswirksame Einnahmen				0,002	0,002	0,002	
		Summe 1261...			20,015	0,002	20,017	7,006	35,058
		Summe 126...			171,280	0,004	171,284	143,224	150,894
2/127		Allgemeinbildende Schulen:							
2/1270		Allgemeinbildende höhere Schulen:							
2/12704	11	Erfolgswirksame Einnahmen			57,680		57,680	35,090	25,429
	21				55,470		55,470	33,000	23,523
					2,210		2,210	2,090	1,907
2/12707	11	Bestandswirksame Einnahmen				0,046	0,046	0,046	0,023
		Summe 1270...			57,680	0,046	57,726	35,136	25,452
2/1271		Höhere Internatsschulen des Bundes:							
2/12714	11	Erfolgswirksame Einnahmen			40,307		40,307	38,412	36,431
2/12717	11	Bestandswirksame Einnahmen				0,003	0,003	0,006	
		Summe 1271...			40,307	0,003	40,310	38,418	36,431
2/1274		Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung:							
2/12744	11	Erfolgswirksame Einnahmen			3,570		3,570	3,368	4,131
2/12747	11	Bestandswirksame Einnahmen				0,023	0,023	0,023	0,001
		Summe 1274...			3,570	0,023	3,593	3,391	4,131
2/1275		Allgemeinbildende Pflichtschulen:							
2/12754	11	Erfolgswirksame Einnahmen			0,010		0,010	0,010	0,525
2/1276		Bundesschülerheime (Allgemeinbildende): Konvikte und Schülerheime (Allgemeinbildende)							
2/12764	11	Erfolgswirksame Einnahmen			26,771		26,771	28,713	25,060
2/12767	11	Bestandswirksame Einnahmen				0,003	0,003	0,003	0,009
		Summe 1276...			26,771	0,003	26,774	28,716	25,069
		Summe 127...			128,338	0,075	128,413	105,671	91,609

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/128		Berufsbildende Schulen:							
1/1280	11	Technische und gewerbliche Lehranstalten:							
1/12800	11	Personalausgaben		4.718,917			4.718,917	4.893,111	4.668,064
1/12803	11	Anlagen				127,533	127,533	126,719	169,245
1/12807	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			69,188		69,188	67,897	64,318
1/12808	11	Aufwendungen			364,117		364,117	348,883	380,226
	21				364,115		364,115	348,881	380,226
					0,002		0,002	0,002	
		Summe 1280...		4.718,917	433,305	127,533	5.279,755	5.436,610	5.281,853
1/1281		Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe: Sozialakad., LA f. Fremdenverkehrs-, Sozial- u. wirtsch. Berufe							
1/12810	11	Personalausgaben		2.868,222			2.868,222	2.905,757	2.789,849
1/12813	11	Anlagen				54,144	54,144	52,800	53,215
1/12817	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			92,483		92,483	98,943	93,514
1/12818	11	Aufwendungen			283,646		283,646	269,668	289,539
		Summe 1281...		2.868,222	376,129	54,144	3.298,495	3.327,168	3.226,117
1/1282		Handelsakademien und Handelsschulen:							
1/12820	11	Personalausgaben		3.126,577			3.126,577	3.148,624	3.022,974
1/12823	11	Anlagen				45,871	45,871	44,160	58,015
1/12827	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			60,811		60,811	63,427	59,991
1/12828	11	Aufwendungen			183,792		183,792	173,118	191,316
	21				183,790		183,790	173,116	191,316
					0,002		0,002	0,002	
		Summe 1282...		3.126,577	244,603	45,871	3.417,051	3.429,329	3.332,296
1/1285		Berufsbildende Pflichtschulen:							
1/12857	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1.277,751		1.277,751	1.323,972	1.246,488
1/12858	11	Aufwendungen			1,600		1,600	1,600	1,567
		Summe 1285...			1.279,351		1.279,351	1.325,572	1.248,054
1/1286		Bundesschülerheime (Berufsbildende): Konvikte, Internate und Schülerheime (Berufsbildende)							
1/12860	11	Personalausgaben		58,731			58,731	62,696	60,195
1/12863	11	Anlagen				3,818	3,818	3,725	4,525
1/12867	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,068		0,068	0,068	0,064
1/12868	11	Aufwendungen			34,257		34,257	34,146	35,930
		Summe 1286...		58,731	34,325	3,818	96,874	100,635	100,714
		Summe 128...		10.772,447	2.367,713	231,366	13.371,526	13.619,314	13.189,034

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

47

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/128		Berufsbildende Schulen:						
2/1280		Technische und gewerbliche Lehranstalten:						
2/12804		Erfolgswirksame Einnahmen		76,796		76,796	74,268	77,641
	11			76,795		76,795	74,267	77,641
	21			0,001		0,001	0,001	
2/12807	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,008	0,008	0,008	0,291
		Summe 1280...		76,796	0,008	76,804	74,276	77,932
2/1281		Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe:						
		Sozialakad., LA f. Fremdenverkehrs-, Sozial- u. wirtsch. Berufe						
2/12814	11	Erfolgswirksame Einnahmen		60,357		60,357	58,593	60,665
2/12817	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,006	0,006	0,006	0,026
		Summe 1281...		60,357	0,006	60,363	58,599	60,691
2/1282		Handelsakademien und Handelsschulen:						
2/12824		Erfolgswirksame Einnahmen		2,100		2,100	1,314	5,483
	11			2,099		2,099	1,313	5,483
	21			0,001		0,001	0,001	
2/12827	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,004	0,004	0,004	0,014
		Summe 1282...		2,100	0,004	2,104	1,318	5,497
2/1285		Berufsbildende Pflichtschulen:						
2/12854	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/1286		Bundesschülerheime (Berufsbildende): Konvikte, Internate und Schülerheime (Berufsbildende)						
2/12864	11	Erfolgswirksame Einnahmen		51,496		51,496	53,150	53,411
2/12867	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,009	0,009	0,005	0,081
		Summe 1286...		51,496	0,009	51,505	53,155	53,492
		Summe 128...		190,750	0,027	190,777	187,349	197,612

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/129		Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung:							
1/1290		Pädagogische Akademien:							
1/12900	11	Personalausgaben		899,456			899,456	919,675	879,523
1/12903	11	Anlagen				7,500	7,500	15,360	13,719
1/12907	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			126,759		126,759	124,213	117,147
1/12908	11	Aufwendungen			92,857		92,857	84,463	93,161
		Summe 1290...		899,456	219,616	7,500	1.126,572	1.143,711	1.103,550
1/1291		BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik:							
1/12910	11	Personalausgaben		534,887			534,887	536,259	514,371
1/12913	11	Anlagen				3,558	3,558	3,974	4,800
1/12917	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			34,383		34,383	37,283	31,289
1/12918	11	Aufwendungen			66,568		66,568	66,673	71,562
		Summe 1291...		534,887	100,951	3,558	639,396	644,189	622,021
1/1292		Berufspädagogische Akademien:							
1/12920	11	Personalausgaben		68,834			68,834	77,923	74,648
1/12923	11	Anlagen				2,652	2,652	4,800	5,062
1/12927	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			4,689		4,689	2,371	2,371
1/12928	11	Aufwendungen			13,033		13,033	11,741	12,603
		Summe 1292...		68,834	17,722	2,652	89,208	96,835	94,684
1/1293		Bundesanstalten für Leibeserziehung:							
1/12930	11	Personalausgaben		35,998			35,998	37,397	35,577
1/12933	11	Anlagen				2,108	2,108	2,304	2,270
1/12937	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			20,298		20,298	20,300	19,208
1/12938	11	Aufwendungen			11,090		11,090	10,669	11,966
		Summe 1293...		35,998	31,388	2,108	69,494	70,670	69,022
1/1294		Pädagogische Institute:							
1/12940	11	Personalausgaben		117,161			117,161	120,882	114,410
1/12943	11	Anlagen				4,292	4,292	6,432	6,503
1/12947	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			137,567		137,567	139,071	131,126
1/12948	11	Aufwendungen			59,445		59,445	57,844	65,115
		Summe 1294...		117,161	197,012	4,292	318,465	324,229	317,154
		Summe 129...		1.656,336	566,689	20,110	2.243,135	2.279,634	2.206,431
		Gesamtausgaben 12...		25.355,486	41.000,323	731,677	67.087,486	66.218,861	63.441,199

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

49

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundeshvoranschlag 1996	Bundeshvoranschlag 1995	Erfolg 1994
2/129		Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung:						
2/1290	11	Pädagogische Akademien:						
2/12904	11	Erfolgswirksame Einnahmen		4,008		4,008	4,113	4,785
2/12907	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,006	0,006	0,006	
		Summe 1290...		4,008	0,006	4,014	4,119	4,785
2/1291		BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik:						
2/12914	11	Erfolgswirksame Einnahmen		9,025		9,025	8,266	7,496
2/12917	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,004	0,004	0,006	
		Summe 1291...		9,025	0,004	9,029	8,272	7,496
2/1292		Berufspädagogische Akademien:						
2/12924	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,418		0,418	0,368	0,308
2/12927	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,007	0,007	0,007	
		Summe 1292...		0,418	0,007	0,425	0,375	0,308
2/1293		Bundesanstalten für Leibeseziehung:						
2/12934	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,420		0,420	0,455	0,239
2/12937	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,050	0,050	0,040	0,044
		Summe 1293...		0,420	0,050	0,470	0,495	0,283
2/1294		Pädagogische Institute:						
2/12944	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,307		0,307	0,446	0,559
2/12947	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 1294...		0,307	0,002	0,309	0,448	0,559
		Summe 129...		14,178	0,069	14,247	13,709	13,430
		Gesamteinnahmen 12...		708,766	46,221	754,987	688,108	602,029

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/13		Kunst:							
1/130		Bundesministerium (Zweckaufwand):							
1/1300		Bildende Künste und Ausstellungen:							
1/13003	13	Anlagen				2,880	2,880	2,880	2,893
1/13006	13	Förderungen			66,560		66,560	58,561	58,406
1/13008	13	Aufwendungen			21,796		21,796	25,925	16,190
		Summe 1300...			88,356	2,880	91,236	87,366	77,489
1/1301		Musik und darstellende Kunst:							
1/13016	13	Förderungen			422,406		422,406	440,640	452,771
1/13018	13	Aufwendungen			77,593		77,593	57,601	57,241
		Summe 1301...			499,999		499,999	498,241	510,012
1/1302		Literatur:							
1/13023	13	Anlagen				0,020	0,020	0,020	
1/13026	13	Förderungen			190,797		190,797	190,561	142,773
1/13028	13	Aufwendungen			7,183		7,183	7,183	4,624
		Summe 1302...			197,980	0,020	198,000	197,764	147,397
1/1303		Kunstförderungsbeiträge (zweckgeb. Gebarung):	*						
1/13033	13	Anlagen				5,000	5,000	5,000	4,994
1/13035	13	Förderungen (D)				0,050	0,050	0,050	
1/13036	13	Förderungen			68,168		68,168	65,312	65,221
1/13038	13	Aufwendungen			6,800		6,800	6,800	5,805
		Summe 1303...			74,968	5,050	80,018	77,162	76,020
1/1304		Filmwesen:							
1/13043	13	Anlagen				2,400	2,400	2,400	2,361
1/13045	13	Förderungen (D)				0,001	0,001	0,001	
1/13046	13	Förderungen			170,879		170,879	164,005	198,008
1/13048	13	Aufwendungen			9,762		9,762	11,042	23,442
		Summe 1304...			180,641	2,401	183,042	177,448	223,811

Anmerkungen:

1/1303 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/13033 (0,050 Millionen Schilling) und 2/52180 (79,968 Millionen Schilling) veranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

51

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/13		Kunst:						
2/130		Bundesministerium (Zweckaufwand):						
2/1300		Bildende Künste und Ausstellungen:						
2/13004	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	
2/1301		Musik und darstellende Kunst:						
2/13014	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/1302		Literatur:						
2/13024	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/1303		Kunstförderungsbeiträge (zweckgebundene Gebarung):						
2/13033	13	Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen	*		0,050	0,050	0,050	
2/1304		Filmwesen:						
2/13044	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,150		0,150	0,200	0,032
2/13049	13	Darlehensrückzahlungen			0,001	0,001	0,001	
		Summe 1304...		0,150	0,001	0,151	0,201	0,032

Anmerkungen:

2/1303 Die Eingänge aus dem Kunstförderungsbeitrag gemäß dem Kunstförderungsbeitragsgesetz, BGBl. Nr. 573/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 765/1992, sind beim VA-Ansatz 2/52180 veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/1305		Künstlerhilfe:							
1/13056	22	Förderungen			40,000		40,000	38,400	38,200
1/1306		Innerstaatl. Durchführung kulturell. Auslandsangelegenheiten:							
1/13066	13	Förderungen			2,276		2,276	2,695	4,915
1/13068	13	Aufwendungen			4,425		4,425	4,025	11,292
1/13063	13	Anlagen							0,021
		Summe 1306...			6,701		6,701	6,720	16,227
1/1307		Kulturentwicklung-Kulturinitiativen; Öffentlichkeitsarbeit:							
1/13076	13	Förderungen			49,500		49,500	45,984	44,769
1/13078	13	Aufwendungen			1,500		1,500	2,017	1,929
		Summe 1307...			51,000		51,000	48,001	46,697
1/1308		Zahlungen an die BIG:							
1/13088	13	Aufwendungen			0,004		0,004		
		Summe 130...			1.139,649	10,351	1.150,000	1.131,102	1.135,854
1/132		Hofmusikkapelle:							
1/13200	13	Personalausgaben							8,837
1/13203	13	Anlagen							0,080
1/13208	13	Aufwendungen							5,219
		Summe 132...							14,136
		Gesamtausgaben 13...			1.139,649	10,351	1.150,000	1.131,102	1.149,990

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

53

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1996	Bundesvoranschlag 1995	Erfolg 1994
2/1305		Künstlerhilfe:						
2/13054	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/1306		Innerstaatl. Durchführung kulturell.						
		Auslandsangelegenheiten:						
2/13064	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,002	0,227
2/13067	13	Bestandswirksame Einnahmen					0,001	
		Summe 1306...		0,001		0,001	0,003	0,227
2/1307		Kulturentwicklung-Kulturinitiativen;						
		Öffentlichkeitsarbeit:						
2/13074	13	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
		Summe 130...		0,157	0,051	0,208	0,260	0,258
2/132		Hofmusikkapelle:						
2/13204	13	Erfolgswirksame Einnahmen						4,300
2/13207	13	Bestandswirksame Einnahmen						
		Summe 132...						4,300
		Gesamteinnahmen 13...		0,157	0,051	0,208	0,260	4,558

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/14		Wissenschaft und Forschung:							
1/140		Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst: Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung							
1/14000	43	Personalausgaben		229,400			229,400	224,392	208,876
1/14003	43	Anlagen				11,000	11,000	11,618	11,621
1/14005	43	Bezugsvorschüsse				25,000	25,000	24,998	21,150
	23					5,100	5,100	5,100	5,561
	43					19,900	19,900	19,898	15,589
1/14006	43	Förderungen		8,000		8,000	8,000	8,406	8,272
1/14007	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		3,000		3,000	3,000	3,286	2,876
	43			2,926		2,926	2,926	3,190	2,735
	43			0,074		0,074	0,074	0,096	0,141
1/14008	43	Aufwendungen	*	108,000		108,000	108,000	118,081	90,043
1/14018	12	Zahlungen an die BIG			1.062,333		1.062,333		
		Summe 140...		229,400	1.181,333	36,000	1.446,733	390,781	342,838
1/141		Bundesministerium (Zweckaufwand):							
1/1410		Hochschulische Einrichtungen:							
1/14104	12	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ... *		0,002		0,002	0,002	0,002	
1/14106	12	Förderungen		278,000		278,000	240,000	196,501	
1/14107	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		1.377,001		1.377,001	1.100,001	1.055,999	
1/14108	12	Aufwendungen	*	1.011,996		1.011,996	1.163,784	1.810,402	
		Summe 1410...		2.666,999		2.666,999	2.503,787	3.062,903	
1/1411		Wissenschaftliche Einrichtungen:							
1/14116	12	Förderungen		40,000		40,000	38,099	27,854	
1/14117	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		2,993		2,993	3,000	1,800	
	43			2,000		2,000	2,000	1,209	
	43			0,993		0,993	1,000	0,591	
1/14118	12	Aufwendungen		35,000		35,000	35,251	25,029	
		Summe 1411...		77,993		77,993	76,350	54,684	
1/1412		Bibliothekarische Einrichtungen:							
1/14126	12	Förderungen		4,000		4,000	5,424	5,098	
1/1413		Expertengutachten und Auftragsforschung:							
1/14138	12	Aufwendungen		190,000		190,000	211,201	236,846	
1/1414		Wissenschaftliche Forschung:							
1/14146	12	Förderungen		700,000		700,000	652,800	590,084	
1/1415		Anwendungsorientierte Forschung: Gewerbliche Forschung							
1/14156	12	Förderungen		0,001		0,001	4,906	826,248	
1/14158	12	Aufwendungen		0,001		0,001	0,001	3,169	
		Summe 1415...		0,002		0,002	4,907	829,416	
1/1416		Forschungseinrichtungen:							
1/14166	12	Förderungen		213,000		213,000	264,125	260,060	
1/14168	12	Aufwendungen		145,000		145,000	185,958	87,762	
		Summe 1416...		358,000		358,000	450,083	347,823	

Anmerkungen:

1/14008 Hievon 1996 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/14000.

1/14104 Hievon 1996 0,002 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51248.

1/14108 Hievon 1996 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/14100.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

55

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1996	Bundesvoranschlag 1995	Erfolg 1994
2/14		Wissenschaft und Forschung:						
2/140		Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst: <i>Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung</i>						
2/14000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001		0,001	0,001	
2/14004		Erfolgswirksame Einnahmen		2,090		2,090	0,090	0,054
	21			0,010		0,010	0,010	0,013
	43			2,080		2,080	0,080	0,041
2/14007	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,003	0,003	0,003	
2/14009		Bezugsvorschußsätze			27,000	27,000	28,000	20,824
	23				5,500	5,500	5,500	4,457
	43				21,500	21,500	22,500	16,368
		Summe 140...		2,091	27,003	29,094	28,094	20,878
2/141		Bundesministerium (Zweckaufwand):						
2/1410		Hochschulische Einrichtungen:						
2/14100	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,002		0,002	250,000	334,627
2/14104		Erfolgswirksame Einnahmen		0,195		0,195	0,195	0,114
	12			0,095		0,095	0,095	0,021
	23			0,100		0,100	0,100	0,093
2/14109		Darlehensrückzahlungen			0,260	0,260	0,260	0,327
	12				0,140	0,140	0,140	0,200
	23				0,120	0,120	0,120	0,127
		Summe 1410...		0,197	0,260	0,457	250,455	335,068
2/1418		Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation:						
2/14180	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	250,000		250,000		
2/14184	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,780		0,780		
		Summe 1418...		250,780		250,780		

Anmerkungen:

2/14000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/14008 mitveranschlagt.

2/14100 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/14108 (0,002 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

2/14180 Überweisung vom VA-Ansatz 1/10058.

Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/14188 (250,000 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/1417		Österr. Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute:							
1/14176	12	Förderungen			380,499		380,499	364,800	354,864
1/14178	12	Aufwendungen			82,692		82,692	84,140	75,650
	43				71,762		71,762	73,647	65,399
					10,930		10,930	10,493	10,251
		Summe 1417...			463,191		463,191	448,940	430,514
1/1418		Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation:							
1/14186	12	Förderungen			30,000		30,000	28,800	10,832
1/14187	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			415,000		415,000	415,289	388,319
1/14188	43	Aufwendungen			310,000		310,000	322,155	515,781
		Summe 1418...			755,000		755,000	766,244	914,932
1/1419		Forschungsunternehmungen:							
1/14196	12	Förderungen			317,000		317,000	353,117	355,157
		Summe 1419...			5.532,185		5.532,185	5.472,853	6.827,456
1/142		Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen:							
1/1420		Universitäten:							
1/14200	12	Personalausgaben		9.636,022			9.636,022	9.716,652	9.118,195
1/14203	12	Anlagen				1.669,176	1.669,176	1.776,001	1.454,120
1/14207	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			1.268,632		1.268,632	1.383,814	1.348,434
1/14208	12	Aufwendungen			7.311,586		7.311,586	7.650,921	7.384,773
	21				7.311,536		7.311,536	7.650,873	7.384,773
					0,050		0,050	0,048	0,000
		Summe 1420...		9.636,022	8.580,218	1.669,176	19.885,416	20.527,388	19.305,522
1/1421		Universitäten (zweckgebundene Gebarung):							
1/14210	12	Personalausgaben		262,886			262,886	410,263	408,933
1/14213	12	Anlagen				38,680	38,680	23,680	15,714
1/14217	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			46,364		46,364	48,700	43,202
1/14218	12	Aufwendungen			223,983		223,983	193,072	174,099
		Summe 1421...		262,886	270,347	38,680	571,913	675,715	641,948
1/1422		Bibliotheken (zweckgebundene Gebarung):							
1/14220	12	Personalausgaben		0,003			0,003	0,003	
1/14223	12	Anlagen				0,001	0,001	0,001	0,960
1/14227	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,001		0,001	0,001	
1/14228	12	Aufwendungen			0,302		0,302	0,035	1,043
		Summe 1422...		0,003	0,303	0,001	0,307	0,040	2,004
1/1423		Bibliotheken:							
1/14230	12	Personalausgaben		15,542			15,542	7,677	147,045
1/14233	12	Anlagen				10,500	10,500	14,624	32,797
1/14237	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,007		0,007	0,010	0,063
1/14238	12	Aufwendungen			28,000		28,000	38,403	83,446
		Summe 1423...		15,542	28,007	10,500	54,049	60,714	263,351

Anmerkungen:

1/14188 Hievon 1996 250,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/14180.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

57

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	BEZEICHNUNG E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/1419		Forschungsunternehmen:						
2/14194	12	Erfolgswirksame Einnahmen						0,500
		Summe 141...		250,977	0,260	251,237	250,455	335,568
2/142		Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen:						
2/1420		Universitäten:						
2/14204	12	Erfolgswirksame Einnahmen		336,927		336,927	315,720	310,007
	21			336,926		336,926	315,719	309,997
				0,001		0,001	0,001	0,010
2/14207	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,820	0,820	0,300	0,257
		Summe 1420...		336,927	0,820	337,747	316,020	310,264
2/1421		Universitäten (zweckgebundene Gebarung):						
2/14210	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		571,905		571,905	675,710	646,411
2/14212	12	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen			0,008	0,008	0,005	0,101
		Summe 1421...		571,905	0,008	571,913	675,715	646,512
2/1422		Bibliotheken (zweckgebundene Gebarung):						
2/14220	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,307		0,307	0,040	1,872
2/1423		Bibliotheken:						
2/14234	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,100		0,100	0,522	2,933
2/14237	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 1423...		0,100	0,002	0,102	0,524	2,933

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/1424		Wissenschaftliche Anstalten:							
1/14240	12	Personalausgaben		190,556			190,556	189,271	187,968
1/14243	12	Anlagen				47,000	47,000	49,392	51,972
1/14247		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,600		0,600	0,816	0,304
	12				0,200		0,200	0,516	0,206
	21				0,400		0,400	0,300	0,099
1/14248		Aufwendungen	*		92,000		92,000	104,915	114,641
	12				91,600		91,600	104,723	114,503
	21				0,400		0,400	0,192	0,138
		Summe 1424...		190,556	92,600	47,000	330,156	344,394	354,885
1/1425		Wissenschaftliche Anstalten (zweckgebundene Gebarung):							
1/14250	12	Personalausgaben		0,005			0,005	0,005	
1/14253	12	Anlagen				0,003	0,003	0,003	
1/14257	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,002		0,002	0,002	
1/14258	12	Aufwendungen			0,515		0,515	0,740	0,037
		Summe 1425...		0,005	0,517	0,003	0,525	0,750	0,037
1/1426		Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal (betr. ähnl. Einr.):							
1/14260	12	Personalausgaben		105,672			105,672	104,777	105,575
1/14263	12	Anlagen	*			30,000	30,000	39,409	36,922
1/14267	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			5,500		5,500	5,490	4,877
1/14268	12	Aufwendungen	*		46,304		46,304	104,867	79,193
		Summe 1426...		105,672	51,804	30,000	187,476	254,543	226,566
		Summe 142...		10.210,686	9.023,796	1.795,360	21.029,842	21.863,544	20.794,313
1/143		Kunsthochschulen:							
1/1430		Kunsthochschulen:							
1/14300	13	Personalausgaben		1.091,866			1.091,866	1.096,336	856,545
1/14303	13	Anlagen				70,000	70,000	86,400	71,947
1/14306	13	Förderungen			5,500		5,500	6,720	4,679
1/14307	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			280,000		280,000	356,314	520,895
1/14308	13	Aufwendungen			297,133		297,133	343,215	209,564
		Summe 1430...		1.091,866	582,633	70,000	1.744,499	1.888,985	1.663,629
1/1431		Kunsthochschulen (zweckgebundene Gebarung):							
1/14310	13	Personalausgaben		1,400			1,400	1,400	1,673
1/14313	13	Anlagen				2,200	2,200	2,200	1,511
1/14317	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,750		0,750	0,750	0,741
1/14318	13	Aufwendungen			15,500		15,500	15,500	13,837
		Summe 1431...		1,400	16,250	2,200	19,850	19,850	17,762
		Summe 143...		1.093,266	598,883	72,200	1.764,349	1.908,835	1.681,391
1/146		Fachhochschulen:							
1/14603	12	Anlagen				1,440	1,440	1,440	
1/14606	12	Förderungen			234,000		234,000	113,280	
1/14607	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,150		0,150	0,150	
1/14608	12	Aufwendungen			9,655		9,655	9,655	
		Summe 146...			243,805	1,440	245,245	124,525	

Anmerkungen:

- 1/14248 Die Verausgabung von 12,000 Millionen Schilling ist an die Zustimmung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten gebunden.
- 1/14263 Hievon 1996 1,212 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/14260.
- 1/14268 Hievon 1996 0,055 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/14260.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

59

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/1424		Wissenschaftliche Anstalten:						
2/14244		Erfolgswirksame Einnahmen		1,796		1,796	2,833	0,666
	12			1,754		1,754	2,830	0,647
	21			0,042		0,042	0,003	0,020
2/14247	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,001	0,001	0,001	0,070
		Summe 1424...		1,796	0,001	1,797	2,834	0,736
2/1425		Wissenschaftliche Anstalten (zweckgebundene Gebarung):						
2/14250	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,525		0,525	0,750	0,058
2/1426		Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal (betr. ähnl. Einr.):						
2/14260	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	1,271		1,271	1,271	1,906
2/14264	12	Erfolgswirksame Einnahmen		71,561		71,561	71,561	70,008
2/14267	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,057	0,057	0,057	0,003
		Summe 1426...		72,832	0,057	72,889	72,889	71,918
		Summe 142...		984,392	0,888	985,280	1.068,772	1.034,292
2/143		Kunsthochschulen:						
2/1430		Kunsthochschulen:						
2/14304	13	Erfolgswirksame Einnahmen		171,205		171,205	261,755	31,783
2/14307	13	Bestandswirksame Einnahmen			0,050	0,050	0,035	0,004
		Summe 1430...		171,205	0,050	171,255	261,790	31,787
2/1431		Kunsthochschulen (zweckgebundene Gebarung):						
2/14310	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		19,840		19,840	19,844	23,394
2/14312	13	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen			0,010	0,010	0,006	0,032
		Summe 1431...		19,840	0,010	19,850	19,850	23,426
		Summe 143...		191,045	0,060	191,105	281,640	55,212
2/146		Fachhochschulen:						
2/14604	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,102		0,102	0,102	
2/14607	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 146...		0,102	0,002	0,104	0,104	

Anmerkungen:

2/14260 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/14263 (1,212 Millionen Schilling), 1/14268 (0,055 Millionen Schilling), 1/64753 (0,004 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/144		Museen:							
1/1440		Museen:							
1/14400	13	Personalausgaben							390,437
1/14403	13	Anlagen							146,523
1/14406	13	Förderungen							33,426
1/14407	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..							9,674
1/14408	13	Aufwendungen							321,006
		Summe 1440							901,066
1/1441		Museen (zweckgebundene Gebarung):							
1/14410	13	Personalausgaben							1,049
1/14413	13	Anlagen							1,485
1/14416	13	Förderungen							5,443
1/14417	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..							
1/14418	13	Aufwendungen							9,355
		Summe 1441							17,332
		Summe 144							918,399
1/145		Bundesdenkmalamt:							
1/1450		Bundesdenkmalamt:							
1/14500	13	Personalausgaben							87,316
1/14503	13	Anlagen							4,725
1/14506	13	Förderungen							194,819
1/14507	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..							0,474
1/14508	13	Aufwendungen							55,602
	43								54,776
		Summe 1450							342,935
1/1451		Bundesdenkmalamt (zweckgebundene Gebarung):							
1/14513	13	Anlagen							
1/14516	13	Förderungen							27,426
1/14518	13	Aufwendungen							
		Summe 1451							27,426
1/1452		Denkmalfonds (zweckgebundene Gebarung):							
1/14526	13	Förderungen							
		Summe 145							370,361
		Gesamtausgaben 14							30.934,757
				11.533,352	16.580,002	1.905,000	30.018,354	29.760,538	30.934,757

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

61

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/144		Museen:						
2/1440		Museen:						
2/14404	13	Erfolgswirksame Einnahmen						53,372
2/14407	13	Bestandswirksame Einnahmen						
		Summe 1440...						53,372
2/1441		Museen (zweckgebundene Gebarung):						
2/14410	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen						10,888
		Summe 144...						64,260
2/145		Bundesdenkmalamt:						
2/1450		Bundesdenkmalamt:						
2/14504	13	Erfolgswirksame Einnahmen						0,128
2/14507	13	Bestandswirksame Einnahmen						0,279
		Summe 1450...						0,407
2/1451		Bundesdenkmalamt (zweckgebundene Gebarung):						
2/14510	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen						18,463
2/1452		Denkmalfonds (zweckgebundene Gebarung):						
2/14520	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen						0,010
		Summe 145...						18,879
		Gesamteinnahmen 14...		1.428,607	28,213	1.456,820	1.629,065	1.529,090

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/15		Soziales:							
1/150		Bundesministerium für Arbeit und Soziales:							
1/1500		Zentralleitung:							
1/15000	43	Personalausgaben		248,701			248,701	269,803	265,474
1/15003	43	Anlagen				30,043	30,043	27,543	12,409
1/15006		Förderungen	*		149,925		149,925	164,327	11,397
	12				0,001		0,001	0,001	
	22				149,924		149,924	164,326	11,397
1/15007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			32,368		32,368	28,788	27,344
	22				6,008		6,008	5,000	3,932
	43				26,360		26,360	23,788	23,413
1/15008		Aufwendungen			123,145		123,145	188,629	111,328
	12				4,703		4,703	14,930	4,667
	22				0,001		0,001		
	43				118,441		118,441	173,699	106,661
		Summe 1500...		248,701	305,438	30,043	584,182	679,090	427,952
1/1501		Zahlungen gemäß EU-Strukturfonds:							
1/15016	22	Zahlungen gemäß EU-Vorschriften			0,002		0,002	0,001	
1/15018	22	Zahlungen im Zusammenhang mit der EU			0,005		0,005	0,001	
		Summe 1501...			0,007		0,007	0,002	
1/15045		Bezugsvorschüsse				7,125	7,125	8,585	7,264
	23					1,061	1,061	1,295	0,813
	43					6,064	6,064	7,290	6,451
1/15057	22	Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik			2.500,001		2.500,001	2.500,000	2.500,000
		Summe 150...		248,701	2.805,446	37,168	3.091,315	3.187,677	2.935,216
1/151		Bundesministerium; Opferfürsorge:							
1/15117	21	Heilfürsorge			18,000		18,000	18,100	15,436
1/15127	22	Versorgungsgebühren			238,750		238,750	243,750	232,304
1/15137	22	Entschädigungen			0,600		0,600	0,700	0,248
1/15147	22	Orthopädische Versorgung			0,250		0,250	0,250	0,095
1/15158	22	Aufwendungen			3,183		3,183	3,173	3,258
1/1516		Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz:							
1/15166	22	Förderungen	*		30,000		30,000	0,001	60,000
1/15164	22	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..							
1/15167	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..							
		Summe 1516...			30,000		30,000	0,001	60,000
		Summe 151...			290,783		290,783	265,974	311,341
1/152		Bundesministerium; Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen:							
1/15207	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			7,400		7,400	6,600	4,975
1/15217	21	Heilfürsorge			0,100		0,100	0,100	0,070
1/15227	22	Orthopädische Versorgung			0,300		0,300	0,300	0,045
1/15237	22	Rehabilitation			0,028		0,028	0,028	
1/15248	22	Aufwendungen			0,215		0,215	0,372	0,325
1/15255	22	Darlehen				0,004	0,004	0,013	
1/15269	22	Aufwendungen (B)				6,460	6,460	8,500	8,261
		Summe 152...			8,043	6,464	14,507	15,913	13,676

Anmerkungen:

1/15006 Hievon 1996 0,020 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/15000 und 119,000 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51268.

1/15166 Hievon 1996 30,000 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51268.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

63

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1996	Bundesvoranschlag 1995	Erfolg 1994
2/15		Soziales:						
2/150		Bundesministerium für Arbeit und Soziales:						
2/1500		Zentraleitung:						
2/15000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,020		0,020	0,020	
2/15004	22	Erfolgswirksame Einnahmen		14,211		14,211	16,593	11,508
	43			0,006		0,006	0,005	
	43			14,205		14,205	16,588	11,508
2/15007	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,023	0,023	0,023	0,003
		Summe 1500...		14,231	0,023	14,254	16,636	11,510
2/15049	23	Bezugsvorschußersätze			7,020	7,020	7,020	8,129
	43				1,200	1,200	1,200	1,201
	43				5,820	5,820	5,820	6,928
2/15054	43	Beiträge zu den Kosten der Bundesaufsicht		13,300		13,300	13,130	12,478
2/15064	22	Einnahmen gem. § 6 Abs.7 AMPFG		0,001		0,001	871,000	
		Summe 150...		27,532	7,043	34,575	907,786	32,117
2/151		Bundesministerium; Opferfürsorge:						
2/15104	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,300		0,300	0,230	0,178
2/152		Bundesministerium; Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen:						
2/15204	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,260		0,260	0,220	0,254
2/15259	22	Darlehensrückzahlungen			0,010	0,010	0,010	
2/15267	22	Bestandswirksame Einnahmen			0,890	0,890	0,980	0,687
		Summe 152...		0,260	0,900	1,160	1,210	0,941

Anmerkungen:

2/15000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/15006 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/153		Bundesministerium; Sonstige Leistungen:							
1/15317	22	Entschädigungen nach dem Impfschadengesetz			20,500		20,500	19,600	18,047
1/1534		Pflegevorsorge (Kostenersatz):							
1/15347	22	Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz			16.900,000		16.900,000	17.000,000	16.475,871
		Summe 153.			16.920,500		16.920,500	17.019,600	16.493,918
1/154		Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge:							
1/15427	22	Kleinrentnerentschädigung			3,500		3,500	4,100	3,622
1/15436	22	Förderungen			54,713		54,713	63,629	71,875
		Summe 154.			58,213		58,213	67,729	75,497
1/155		Arbeitsmarktpolitik (I):	*						
		<i>Einrichtungen des AMS (I)</i>							
		Amt des AMS:							
		<i>Landesarbeitsämter</i>							
1/15500	22	Personalausgaben		815,000			815,000	867,000	843,120
1/15503	22	Anlagen				0,001	0,001	0,010	109,758
1/15507	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			24,370		24,370	23,250	39,114
1/15508	22	Aufwendungen			25,629		25,629	21,740	750,008
		Summe 1550.		815,000	49,999	0,001	865,000	912,000	1.742,000
1/1551		Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG:							
		<i>Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG</i>							
1/15513	22	Anlagen				0,001	0,001		31,298
1/15515	22	Förderungen (D)				100,000	100,000	150,002	47,720
1/15516		Förderungen			4.734,998		4.734,998	5.248,012	5.369,652
	12				0,862		0,862	1,000	0,838
	22				4.734,136		4.734,136	5.247,012	5.368,814
1/15517	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,001		0,001		0,000
1/15518		Aufwendungen			165,000		165,000	138,000	140,437
	12				17,451		17,451	13,000	32,654
	22				147,549		147,549	125,000	107,783
		Summe 1551.			4.899,999	100,001	5.000,000	5.536,014	5.589,108
1/1552		Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gem §39aAMFG:							
1/15526	22	Förderungen			20,050		20,050	25,000	29,435
1/15525	22	Förderungen (D)							
1/15528	22	Aufwendungen							
		Summe 1552.			20,050		20,050	25,000	29,435
1/15547	22	Sonderunterstützung			3.180,558		3.180,558	3.287,000	2.764,845
1/15554	22	Wiedereinstellungsbeihilfe gem. AIVG			10,500		10,500	15,150	8,449
1/15557	22	Leistungen nach dem AIVG			41.160,324		41.160,324	42.118,000	41.620,593
1/15565	22	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gem. § 51a AMFG (D)				100,000	100,000	75,000	
		Förderungen (D)							
1/15566	22	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gem. § 51aAMFG			100,000		100,000	75,000	
		Förderungen							
1/15567	22	Zahlungen und Überweisungen gem. AMPFG ... Zahlungen gem. § 6 Abs. 7 AMPFG			4.900,000		4.900,000	871,000	

Anmerkungen:

1/155 Zweckgebunden im Sinne der §§ 60 und 64 AIVG (ausgenommen Paragraph 1/1552, VA-Ansätze 1/15565 und 1/15566).

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

65

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG E I N N A H M E N Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/153		Bundesministerium; Sonstige Leistungen:					
2/15314	22	Erfolgswirksame Einnahmen	0,006		0,006	0,002	
2/1534		Pflegevorsorge (Kostenersatz):					
2/15344	22	Erfolgswirksame Einnahmen	0,005		0,005	0,001	942,893
2/15369	22	Darlehensrückzahlungen				0,001	
		Summe 153...	0,011		0,011	0,004	942,893
2/154		Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge:					
2/15494	22	Erfolgswirksame Einnahmen	0,007		0,007	0,003	
2/155		Arbeitsmarktpolitik (I):					
		Einrichtungen des AMS (I)					
2/1550		Ämter des AMS:					
		Landesarbeitsämter					
2/15500	22	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	1,000		1,000	1,000	6,163
2/15502	22	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen					0,236
		Summe 1550...	1,000		1,000	1,000	6,399
2/1551		Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG:					
		Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG					
2/15510	22	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	134,496		134,496	120,580	11,903
			134,496		134,496	120,580	11,903
2/15513	22	Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen		70,503	70,503	80,000	82,363
2/15512	22	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen					
		Summe 1551...	134,496	70,503	204,999	200,580	94,266
2/15550	22	Überweisung vom Familienlastenausgleich (zweckgeb. Einn.)	8.103,491		8.103,491	8.166,165	5.578,169
2/15564	22	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 51a AMFG	0,002		0,002	0,002	
		Erfolgswirksame Einnahmen					
2/15569	22	Arbeitsmarktpol. Maßnahmen gem. § 51a AMFG (Darl. Rückz.)		0,001	0,001	0,001	
		Darlehensrückzahlungen					

Anmerkungen:

- 2/155 Zweckgebunden im Sinne der §§ 60 und 64 A1VG
(ausgenommen die VA-Ansätze 2/15564 und 2/15569).
- 2/15550 Überweisung vom VA-Ansatz 1/19387.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/1557		Überweisung an das AMS: <i>Überweisung an den Fonds der AMV</i>							
1/15577	22	Überweisung an das AMS			440,001		440,001	440,001	
1/15578	22	Überweisung an das AMS gem. § 48 (6) AMSG. Überweisung an das AMS gem. § 41 (2) AMSG. <i>Überweisung an den Fonds der AMV gem. § 64(4)ALVG</i>			2.365,000		2.365,000	2.147,100	510,142
		Summe 1557...			2.805,001		2.805,001	2.587,101	510,142
1/15587	22	Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung			315,000		315,000	312,500	287,590
1/15597	22	Beitrag d. Arbeitslosenvers. z. Schlechtw.entsch. im Baugew.			117,000		117,000		65,919
1/15537	22	Überweisung an das AMS <i>Überweisung an den Fonds der AMV</i>						0,001	
		Summe 155...		815,000	57.558,431	200,002	58.573,433	55.813,766	52.618,081
1/156		Arbeitsmarktpolitik (II): <i>Einrichtungen des AMS (II)</i>							
1/15607	22	Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe (Leistungen) *			210,001		210,001	551,250	567,589
1/15617	22	Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe (Kostenersatz) *			3,800		3,800	3,750	3,628
1/15627	22	Überbrückungshilfen an ehemalige öffentlich Bedienstete			4,075		4,075	4,075	3,835
1/15637	22	Beitrag d. Bundes z. Schlechtwetterentschädigung im Baugew.			0,001		0,001	50,000	
1/15647	22	Ersatz der Sonderunterstützung nach dem Mutterschutzgesetz			0,035		0,035	0,125	0,030
1/15658	22	Kostenersatz an den <i>Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds</i>						97,584	215,511
		Summe 156...			217,912		217,912	706,784	790,594

Anmerkungen:

1/15607 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/15600.

1/15617 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/15600.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

67

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/1557		Überweisung vom AMS: <i>Überweisung vom Fonds der AMV</i>						
2/15570	22	Abgangsdeckung (zweckgebundene Einnahmen)		939,001	939,001	0,001	2.350,322
2/15571	22	Kundendienst gem. §51AMFG (zweckgebundene Einnahmen)
2/15574	22	Ersatz von Vorschüssen des Bundes aus Vorjahren.	
		Summe 1557...		939,001	939,001	0,001	2.350,322
2/15580	22	Arbeitslosenversicherungsbeiträge (zweckgeb. Einnahmen)		46.004,886	46.004,886	44.441,000	41.408,512
2/15581	22	Beitrag der Gebietskörperschaften (zweckgeb. Gebarung)		600,000	600,000	330,000
2/15590	22	Einnahmen gem. § 60 (2) lit. e AIVG (zweckgeb. Einn.)		0,005	0,005	0,005	0,004
2/15591	22	Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik		2.500,001	2.500,001	2.500,000	2.500,000
2/1552		Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gem. §39aAMFG:						
2/15524	22	Erfolgswirksame Einnahmen	0,009
2/15529	22	Darlehensrückzahlungen
		Summe 1552...		0,009
2/15534	22	Überweisung vom AMS	0,001
		<i>Überweisung vom Fonds der AMV</i>	
		Summe 155...		58.282,882	70,504	58.353,386	55.638,755	51.937,680
2/156		Arbeitsmarktpolitik (II): <i>Einrichtungen des AMS (II)</i>						
2/15600	22	Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe (zweckgeb. Einn.)	*	213,801	213,801	555,000	571,218
2/15624	22	Überbrückungshilfen an ehemalige öffentlich Bedienstete
		Summe 156...		213,801	213,801	555,000	571,218

Anmerkungen:

2/15600 Zweckgebunden im Sinne des § 12 Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz 1957.
Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/15607 (210,001 Millionen Schilling) und
1/15617 (3,800 Millionen Schilling).

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/157		Einrichtungen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung:							
1/1570		Bundessozialämter: Landesinvalidenämter							
1/15700	22	Personalausgaben		329,184			329,184	291,762	285,279
1/15703	22	Anlagen	*			13,314	13,314	15,158	4,050
1/15707	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			12,246		12,246	12,751	10,721
1/15708	22	Aufwendungen			222,384		222,384	238,211	170,794
		Summe 1570...		329,184	234,630	13,314	577,128	557,882	470,845
1/1572		Bundesstaatl. Prothesenwerkstätten (betriebsähn. Einricht.):							
1/15720	22	Personalausgaben		9,097			9,097	9,602	9,090
1/15723	22	Anlagen	*			0,347	0,347	0,605	0,021
1/15727	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,002		0,002	0,002	
1/15728	22	Aufwendungen			2,104		2,104	2,876	2,275
		Summe 1572...		9,097	2,106	0,347	11,550	13,085	11,385
1/15737	21	Heilfürsorge			135,000		135,000	127,000	125,735
1/15747	22	Berufliche und soziale Maßnahmen			3,000		3,000	3,000	1,470
1/15757	22	Orthopädische Versorgung			89,000		89,000	89,000	84,225
1/15767	22	Versorgungsgebühren			5.706,900		5.706,900	6.156,702	6.302,604
1/15777	22	Krankenversicherung			266,100		266,100	255,000	246,761
1/15778	22	Härteausgleiche			19,985		19,985	21,888	23,116
1/1578		Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland:							
1/15787	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			10,142		10,142	8,991	7,954
	22			8,330		8,330	7,471	6,359
	22			1,812		1,812	1,520	1,595
1/15788	22	Aufwendungen			0,006		0,006	0,008	0,007
		Summe 1578...			10,148		10,148	8,999	7,961
1/15798	22	Fahrausweise und Sonderfürsorge			2,542		2,542	2,640	2,545
		Summe 157...		338,281	6.469,411	13,661	6.821,353	7.235,196	7.276,647

Anmerkungen:

1/15703 Hievon 1996 9,800 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51218.

1/15723 Hievon 1996 0,800 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51218.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

69

-(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/157		Einrichtungen der Kriegsofper- und Heeresversorgung:						
2/1570		Bundessozialämter: <i>Landesinvalidenämter</i>						
2/15704	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0, 221		0, 221	0, 211	0, 123
	43			0, 220		0, 220	0, 210	0, 123
				0, 001		0, 001	0, 001	
2/15707	22	Bestandswirksame Einnahmen			0, 075	0, 075	0, 075	0, 000
		Summe 1570...		0, 221	0, 075	0, 296	0, 286	0, 123
2/1572		Bundesstaatl. Prothesenwerkstätten (betriebsähnl. Einricht.):						
2/15724	22	Erfolgswirksame Einnahmen		12, 011		12, 011	12, 315	11, 112
	43			12, 010		12, 010	12, 314	11, 112
				0, 001		0, 001	0, 001	
2/15727	22	Bestandswirksame Einnahmen			0, 007	0, 007	0, 003	
		Summe 1572...		12, 011	0, 007	12, 018	12, 318	11, 112
2/15784		Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland/Kostenersatz		7, 204		7, 204	7, 354	5, 629
	21			6, 000		6, 000	6, 300	4, 894
	22			1, 204		1, 204	1, 054	0, 735
2/15794	22	Sonstige Einnahmen der Kriegsofper- und Heeresversorgung		36, 540		36, 540	35, 300	36, 959
		Summe 157...		55, 976	0, 082	56, 058	55, 258	53, 824

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/159		Verschiedene Dienststellen:							
1/1590		Heimarbeitungskommissionen, Schlichtungsstellen:							
1/15900	22	Personalausgaben		3,127			3,127	3,007	2,972
1/15903	22	Anlagen				0,011	0,011	0,010	
1/15907	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,070		0,070	0,078	0,051
1/15908	22	Aufwendungen			1,009		1,009	1,051	0,943
		Summe 1590...		3,127	1,079	0,011	4,217	4,146	3,966
1/1592		Arbeitsinspektion:							
1/15920	21	Personalausgaben		199,647			199,647	181,068	178,400
1/15923	21	Anlagen	*			2,848	2,848	5,144	2,739
	41					2,847	2,847	5,143	2,739
	41					0,001	0,001	0,001	
1/15926	21	Förderungen			0,250		0,250	0,453	0,250
1/15927	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			15,717		15,717	15,670	14,397
	21				10,517		10,517	10,120	9,092
	22				5,200		5,200	5,550	5,304
1/15928	21	Aufwendungen			45,404		45,404	51,604	40,187
	41				45,403		45,403	51,603	40,187
	41				0,001		0,001	0,001	
		Summe 1592...		199,647	61,371	2,848	263,866	253,939	235,973
		Summe 159...		202,774	62,450	2,859	268,083	258,085	239,938
		Gesamtausgaben 15...		1.604,756	84.391,189	260,154	86.256,099	84.570,724	80.754,907

Anmerkungen:

1/15923 Hievon 1996 5,300 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51218.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

71

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1996	Bundesvoranschlag 1995	Erfolg 1994
2/159		Verschiedene Dienststellen:						
2/1590		Heimarbeitungskommissionen, Schlichtungsstellen:						
2/15904	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,013		0,013	0,009	0,000
2/15907	22	Bestandswirksame Einnahmen			0,006	0,006	0,002	
		Summe 1590...		0,013	0,006	0,019	0,011	0,000
2/1592		Arbeitsinspektion:						
2/15924	21	Erfolgswirksame Einnahmen		6,030		6,030	5,788	4,858
	43			6,020		6,020	5,787	4,858
				0,010		0,010	0,001	
2/15927	21	Bestandswirksame Einnahmen			0,174	0,174	0,314	0,203
	41				0,173	0,173	0,313	0,203
					0,001	0,001	0,001	
		Summe 1592...		6,030	0,174	6,204	6,102	5,061
		Summe 159...		6,043	0,180	6,223	6,113	5,061
		Gesamteinnahmen 15...		58.586,812	78,709	58.665,521	57.164,359	53.543,911

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/16		Sozialversicherung:	*						
1/160		Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag):							
1/16007	22	PVA der Arbeiter; Bundesbeitrag		19.450,900			19.450,900	15.858,300	13.937,000
1/16027	22	VA der österr. Eisenbahnen; Bundesbeitrag		367,700			367,700	235,200	279,600
1/16037	22	PVA der Angestellten; Bundesbeitrag		6.578,300			6.578,300	4.402,500	4.061,600
1/16047	22	VA des österr. Bergbaues; Bundesbeitrag ..		1.640,700			1.640,700	1.498,200	1.315,600
1/16057	22	Überweisung gem. § 34 (1) GSVG		6.565,000			6.565,000	6.229,000	5.352,559
1/16067	22	SVA der gewerbl. Wirtschaft; Bundesbeitrag		7.430,000			7.430,000	8.294,000	7.079,297
1/16077	22	Betrag gem. § 31 (2) BSVG		3.799,000			3.799,000	3.619,000	3.388,430
1/16087	22	SVA der Bauern; Bundesbeitrag		8.068,800			8.068,800	7.493,700	7.085,300
		Summe 160...			53.900,400		53.900,400	47.629,900	42.499,386
1/161		Bundesministerium; Ausgleichszulagen:							
1/16107	22	PVA der Arbeiter; Ausgleichszulagen		6.047,300			6.047,300	6.209,100	6.104,500
1/16127	22	VA der österr. Eisenbahnen; Ausgleichszulagen		49,800			49,800	52,200	51,400
1/16137	22	PVA der Angestellten; Ausgleichszulagen ..		585,700			585,700	563,200	545,300
1/16147	22	VA des österr. Bergbaues; Ausgleichszulagen		78,900			78,900	83,600	84,198
1/16157	22	SVA der gewerbl. Wirtschaft; Ausgleichszulagen		1.148,700			1.148,700	1.206,600	1.208,400
1/16167	22	SVA der Bauern; Ausgleichszulagen		3.288,000			3.288,000	3.379,900	3.355,588
		Summe 161...			11.198,400		11.198,400	11.494,600	11.349,387
1/162		Bundesministerium; Leistungen zur Krankenversicherung:							
1/16217	22	SVA der Bauern; Bundesbeitrag zur Krankenversicherung		862,350			862,350	842,960	820,000
1/16227	22	Zuschuß zum Ausgleichsfonds der Krankenversicherungsträger		0,001			0,001	0,001	
1/16237	22	Teilersatz der Aufwendungen für Jugendlichenuntersuchungen		24,000			24,000	24,000	22,870
		Summe 162...			886,351		886,351	866,961	842,870
1/164		Bundesministerium; sonst. Leistungen zur Sozialversicherung:							
1/16407	22	Bundesbeitrag zur Unfallversicherung gem. §74a(2)ASVG		5,500			5,500	5,500	5,178
1/16417	22	Vorschüsse auf ausländische Renten		0,001			0,001	0,001	
1/16427	22	SVA der Bauern; Bundesbeitrag zur Unfallversicherung		315,000			315,000	207,000	298,248
1/16437	22	Ersatzleistungen gem. § 117 B-KUVG		3,000			3,000	2,500	2,587
		Summe 164...			323,501		323,501	215,001	306,013
1/165		BM; Leistungen n. d. Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG):							
1/16507	22	Ersatz der Aufwendungen für das Sonderruhegeld		290,500			290,500	261,000	243,956
1/16517	22	Vergütung f. d. Einhebung d. Nachtschwerarbeits-Beitrages		0,800			0,800	0,800	0,742
		Summe 165...			291,300		291,300	261,800	244,698
		Gesamtausgaben 16...			66.599,952		66.599,952	60.468,262	55.242,353

Anmerkungen:

1/16 Personal- und Sachausgaben beim Paragraph 1/1500 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

73

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/16		Sozialversicherung:						
2/160		Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag):						
2/16004	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	0,001	0,001	812,034
2/161		Bundesministerium; Ausgleichszulagen:						
2/16104	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	0,001	0,001	63,614
2/162		Bundesministerium; Leistungen zur Krankenversicherung:						
2/16204	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	0,001	0,001
2/164		Bundesministerium; sonst. Leistungen zur Sozialversicherung:						
2/16404	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	0,001	0,001	19,113
2/165		BM; Leistungen n. d. Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG):						
2/16504	22	Erfolgswirksame Einnahmen		143,000	143,000	143,000	126,284
		Gesamteinnahmen 16...		143,004	143,004	143,004	1.021,045

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/17		Gesundheit und Konsumentenschutz:							
1/170		<i>Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz</i>							
		Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz:							
		<i>Bundesministerium für Gesundheit, Sport u. Konsumentenschutz</i>							
1/1700		Zentraleitung:							
1/17000	43	Personalausgaben		182,780			182,780	181,456	190,091
1/17003	43	Anlagen				15,268	15,268	18,396	16,281
1/17006		Förderungen	*		36,890		36,890	38,890	41,002
	21				36,888		36,888	38,888	40,612
	22				0,002		0,002	0,002	0,390
1/17007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			38,199		38,199	36,709	38,928
	22				3,260		3,260	3,310	3,258
	43				34,939		34,939	33,399	35,671
1/17008		Aufwendungen			84,972		84,972	80,461	76,715
	21				0,100		0,100	0,096	0,086
	43				84,872		84,872	80,365	76,628
		Summe 1700...		182,780	160,061	15,268	358,109	355,912	363,017
1/17015		Bezugsvorschüsse				2,897	2,897	2,897	1,755
	23					1,501	1,501	1,501	0,403
	43					1,396	1,396	1,396	1,352
		Summe 170...		182,780	160,061	18,165	361,006	358,809	364,772
1/171		Konsumentenschutz:							
1/17106	43	Förderungen			3,016		3,016	3,216	2,984
1/17107	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,050		0,050		
1/17108	43	Aufwendungen			31,933		31,933	33,398	32,888
		Summe 171...			34,999		34,999	36,614	35,872

Anmerkungen:

1/17006 Hievon 1996 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/17000.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

75

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1996	Bundesvoranschlag 1995	Erfolg 1994
2/17		Gesundheit und Konsumentenschutz:						
2/170		<i>Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz</i>						
		Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz:						
		<i>Bundesministerium für Gesundheit, Sport u. Konsumentenschutz</i>						
2/1700		Zentraleitung:						
2/17000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001		0,001	0,001	
2/17004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		4,585		4,585	1,923	1,983
2/17007	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,011	0,011	0,100	17,874
		Summe 1700...		4,586	0,011	4,597	2,024	19,857
2/17019	23	Bezugsvorschußsätze			2,113	2,113	2,113	2,064
	43				0,333	0,333	0,333	0,325
					1,780	1,780	1,780	1,739
		Summe 170...		4,586	2,124	6,710	4,137	21,921
2/171		Konsumentenschutz:						
2/17104	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	

Anmerkungen:

2/17000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/17006 mitveranschlagt:

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/172		Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge:							
1/1720		Vorsorgemedizin; Epidemiologische Maßnahmen:							
1/17203	21	Anlagen				4,783	4,783	4,667	7,039
1/17204	21	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,001		0,001	0,001	
1/17206	21	Förderungen			65,156		65,156	87,074	99,000
1/17207	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			6,260		6,260	6,260	4,964
1/17208	21	Aufwendungen			79,000		79,000	78,775	94,934
		Summe 1720...			150,417	4,783	155,200	176,777	205,938
1/17217	21	Überweisung an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds .. *			5.616,206		5.616,206	4.219,620	4.148,749
1/1722		Bekämpfung des Suchtgiftmißbrauches:							
1/17223	21	Anlagen				0,394	0,394	0,384	
1/17226	21	Förderungen			21,381		21,381	26,881	22,473
1/17228	21	Aufwendungen			5,052		5,052	4,563	1,172
		Summe 1722...			26,433	0,394	26,827	31,828	23,645
1/1724		Mutter-Kind-Paß (zweckgeb. Gebarung):							
1/17247	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) .. *			542,000		542,000	576,000	500,877
1/1725		Sportförderung:							
1/17254	11	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..							392,171
1/17255	11	Förderungen (D)							1,000
1/17256	11	Förderungen							109,624
1/17258	11	Aufwendungen							2,309
		Summe 1725...							505,104
		Summe 172...			6.335,056	5,177	6.340,233	5.004,225	5.384,313

Anmerkungen:

1/17217 Hievon 1996 950,000 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51268.

1/17247 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/17240.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

77

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994	
2/172		Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge:								
2/1724		Mutter-Kind-Paß (zweckgeb. Gebarung):								
2/17240	21	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*		542,000	542,000	576,000	500,877	
2/17294	21	Erfolgswirksame Einnahmen	*		1.365,362	1.365,362	1.226,667	1.203,398	
2/17297	21	Bestandswirksame Einnahmen				0,001	0,001	0,001	
2/1725		<i>Sportförderung:</i>								
2/17250	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen							0,465	
2/17254	11	Erfolgswirksame Einnahmen							0,599	
2/17259	11	Darlehensrückzahlungen							0,795	
		Summe 1725...							1,859	
		Summe 172...				1.907,362	0,001	1.907,363	1.802,668	1.706,133

Anmerkungen:

2/17240 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/17247 veranschlagt.

2/17294 Hievon Überweisung vom VA-Ansatz 2/52805 1.352,694 Millionen Schilling.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/173		BM; Strahlensch., Veterinärw., Lebensmittelangel., Gentechnol.:							
1/1732		Strahlenschutz:							
1/17323	21	Anlagen	*			2,800	2,800	5,863	4,401
1/17326	21	Förderungen			0,166	0,166	0,166	0,296	0,356
1/17327	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,700	0,700	0,700	0,700	0,579
1/17328	21	Aufwendungen			108,715	108,715	108,715	104,003	106,828
		Summe 1732...			109,581	2,800	112,381	110,862	112,163
1/1737		Veterinärwesen:							
1/17376		Förderungen			0,570	0,570	0,570	1,085	0,930
	21				0,380	0,380	0,380	0,893	0,930
	34				0,190	0,190	0,190	0,192	
1/17377	34	Epizootie			63,050	63,050	63,050	60,550	53,088
1/17378	34	Aufwendungen			2,820	2,820	2,820	2,820	2,265
1/17373	34	Anlagen							
		Summe 1737...			66,440		66,440	64,455	56,284
1/1738		Lebensmittel, Chemikalien:							
1/17386	21	Förderungen			0,206	0,206	0,206	0,206	0,153
1/17387	21	Entschädigungen			0,300	0,300	0,300	0,300	0,232
1/17388	21	Lebensmittel- und Chemikalienkontrolle ...			3,817	3,817	3,817	15,256	19,384
		Summe 1738...			4,323		4,323	15,762	19,769
1/1739		Gentechnologie:							
1/17396	21	Förderungen			0,350	0,350	0,350	0,288	0,130
1/17398	21	Aufwendungen			3,700	3,700	3,700	3,369	1,515
		Summe 1739...			4,050		4,050	3,657	1,645
		Summe 173...			184,394	2,800	187,194	194,736	189,861
1/174		Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten:							
1/17408		Aufwendungen			0,443	0,443	0,443	0,432	0,247
	11				0,436	0,436	0,436	0,341	0,230
	21				0,007	0,007	0,007	0,091	0,017
1/17417	21	Aufwand nach dem Bäderhygienegesetz			0,040	0,040	0,040	0,040	
1/17424	21	Zweckzuschüsse nach dem Krankenanstaltengesetz			0,005	0,005	0,005	0,005	
1/17437	21	Aufwand nach dem Tuberkulosegesetz			43,401	43,401	43,401	43,003	37,044
1/17447	21	Entschädigungen nach Sanitätsgesetzen ...			6,911	6,911	6,911	6,693	6,001
1/17457	11	Studienförderung/Medizinisch-technische Schulen			44,000	44,000	44,000	39,000	41,600
1/17467	11	Schülerbeihilfen			6,368	6,368	6,368	6,168	4,576
		Summe 174...			101,168		101,168	95,341	89,468

Anmerkungen:

1/17323. Hievon 1996 1,000 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51218.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

79

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/173		BM; Strahlensch., Veterinärw., Lebensmittelangel., Gentechnol.:						
2/17374	34	Epizootie		3,000	3,000	1,300	2,160
2/1739		Verschiedene Einnahmen:		4,016	4,016	3,516	1,872
2/17394		Erfolgswirksame Einnahmen		4,008	4,008	3,508	1,872
	21			0,008	0,008	0,008
	34				0,006	0,006	0,006
2/17397		Bestandswirksame Einnahmen			0,005	0,005	0,005
	21				0,001	0,001	0,001
	34						
		Summe 1739...		4,016	0,006	4,022	3,522	1,872
		Summe 173...		7,016	0,006	7,022	4,822	4,032
2/174		Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten:						
2/17494	21	Erfolgswirksame Einnahmen		0,267	0,267	0,272	0,363

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/179		Dienststellen:							
1/1790		Lebensmitteluntersuchungsanstalten:							
1/17900	21	Personalausgaben		103,413			103,413	101,293	99,789
1/17903	21	Anlagen	*			16,056	16,056	20,885	23,976
1/17907	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,046		0,046	0,046	0,011
1/17908	21	Aufwendungen	*		47,815		47,815	47,624	44,333
		Summe 1790...		103,413	47,861	16,056	167,330	169,848	168,110
1/1792		Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.							
1/17920	21	Personalausgaben		149,760			149,760	148,908	147,227
1/17923	21	Anlagen	*			19,706	19,706	18,374	12,321
1/17927	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			1,924		1,924	3,119	0,068
1/17928	21	Aufwendungen	*		104,172		104,172	101,631	99,306
		Summe 1792...		149,760	106,096	19,706	275,562	272,032	258,921
1/1794		Bundeshebammenlehranstalten/Bundes- Hebammenakademien: <i>Bundeshebammenlehranstalten</i>							
1/17940	21	Personalausgaben		0,568			0,568	0,665	0,550
1/17943	21	Anlagen				0,810	0,810	0,774	0,089
1/17947	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,020		0,020	0,050	
1/17948	21	Aufwendungen			19,000		19,000	17,705	15,880
		Summe 1794...		0,568	19,020	0,810	20,398	19,194	16,519
1/1795		Veterinärmedizinische Anstalten:							
1/17950	34	Personalausgaben		87,705			87,705	86,607	84,131
1/17953	34	Anlagen				7,082	7,082	5,560	7,248
1/17957	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,030		0,030	0,030	0,014
1/17958	34	Aufwendungen			50,269		50,269	55,069	42,430
		Summe 1795...		87,705	50,299	7,082	145,086	147,266	133,823
1/1796		Veterinärmedizinischer Grenzbeschauendienst:							
1/17960	34	Personalausgaben		13,816			13,816	17,749	16,222
1/17963	34	Anlagen				2,448	2,448	2,448	0,736
1/17967	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,350		0,350	0,350	0,251
1/17968	34	Aufwendungen			10,465		10,465	11,465	5,632
		Summe 1796...		13,816	10,815	2,448	27,079	32,012	22,841
1/1797		Bundessporthelme und Sporteinrichtungen:							
1/17970	11	Personalausgaben							85,595
1/17973	11	Anlagen							59,746
1/17977	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)							1,433
1/17978	11	Aufwendungen							81,505
		Summe 1797...							228,278
		Summe 179...		355,262	234,091	46,102	635,455	640,352	828,492
		Gesamtausgaben 17...		538,042	7.049,769	72,244	7.660,055	6.330,077	6.892,777

Anmerkungen:

- 1/17903 Hievon 1996 3,000 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51218.
1/17908 Hievon 1996 5,500 Millionen Schilling für Zahlungen an die BIG
1/17923 Hievon 1996 2,000 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51218.
1/17928 Hievon 1996 4,683 Millionen Schilling für Zahlungen an die BIG

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

81

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	EINNAHMEN	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1996	Bundesvoranschlag 1995	Erfolg 1994
2/179		Dienststellen:							
2/1790		Lebensmitteluntersuchungsanstalten:							
2/17904	21	Erfolgswirksame Einnahmen			32,500		32,500	32,500	26,813
2/17907	21	Bestandswirksame Einnahmen				0,047	0,047	0,047	0,018
		Summe 1790...			32,500	0,047	32,547	32,547	26,831
2/1792		Bakteriologisch-serologische u. sonst: Untersuchungsanst.							
2/17924	21	Erfolgswirksame Einnahmen			178,197		178,197	161,880	169,181
2/17927	21	Bestandswirksame Einnahmen				0,018	0,018	0,018	
		Summe 1792...			178,197	0,018	178,215	161,898	169,181
2/1794		Bundeshebammenlehranstalten/Bundes- Hebammenakademien:							
		<i>Bundeshebammenlehranstalten</i>							
2/17944	21	Erfolgswirksame Einnahmen			2,086		2,086	2,058	2,025
2/17947	21	Bestandswirksame Einnahmen				0,003	0,003	0,003	
		Summe 1794...			2,086	0,003	2,089	2,061	2,025
2/1795		Veterinärmedizinische Anstalten:							
2/17954	34	Erfolgswirksame Einnahmen			66,920		66,920	66,920	52,532
2/17957	34	Bestandswirksame Einnahmen				0,031	0,031	0,031	
		Summe 1795...			66,920	0,031	66,951	66,951	52,532
2/1796		Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst:							
2/17964	34	Erfolgswirksame Einnahmen			28,005		28,005	34,004	34,252
2/17967	34	Bestandswirksame Einnahmen				0,003	0,003	0,003	
		Summe 1796...			28,005	0,003	28,008	34,007	34,252
2/1797		<i>Bundessportheime und Sporteinrichtungen:</i>							
2/17974	11	Erfolgswirksame Einnahmen							89,231
2/17977	11	Bestandswirksame Einnahmen							0,096
		Summe 1797...							89,327
		Summe 179...			307,708	0,102	307,810	297,464	374,149
		Gesamteinnahmen 17...			2.226,940	2,233	2.229,173	2.109,364	2.106,598

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994	
				pers.	sachl.					
1/18		Umwelt: <i>Umwelt, Jugend, Familie</i>								
1/180		Bundesministerium für Umwelt: <i>Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie</i>								
1/18000	43	Personalausgaben		110, 222			110, 222	104, 500	151, 843	
1/18003	43	Anlagen				19, 024	19, 024	9, 598	15, 734	
1/18005	43	Bezugsvorschüsse				1, 235	1, 235	1, 235	1, 400	
	23					0, 650	0, 650	0, 650	0, 455	
	43					0, 585	0, 585	0, 585	0, 945	
1/18007	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1, 605		1, 605	9, 037	8, 425	
	43				1, 291		1, 291	1, 485	1, 847	
	43				0, 314		0, 314	7, 552	6, 579	
1/18008	43	Aufwendungen	*		105, 314		105, 314	101, 073	109, 386	
		Summe 180...			110, 222	106, 919	20, 259	237, 400	225, 443	286, 788
1/186		Umweltschutz:								
1/1860		Umweltpolitische Maßnahmen:								
1/18603	21	Anlagen				1, 792	1, 792	5, 760	1, 389	
1/18606	21	Förderungen	*		120, 008		120, 008	120, 250	84, 343	
1/18607	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0, 001		0, 001	0, 001		
1/18608	21	Aufwendungen			203, 637		203, 637	244, 679	215, 444	
		Summe 1860...				323, 646	1, 792	325, 438	370, 690	301, 177
1/1862		Altlastensanierung (zweckgeb. Geb.):								
1/18626	21	Förderungen	*		255, 002		255, 002	200, 002	161, 911	
1/18628	21	Aufwendungen	*		45, 000		45, 000	50, 000	10, 474	
		Summe 1862...				300, 002		300, 002	250, 002	172, 386
1/1863		Siedlungswasserwirtschaft:								
1/18636	37	Förderungen	*		2. 200, 004		2. 200, 004	3. 907, 800	3. 455, 462	
1/1864		Sonstige Umweltmaßnahmen:								
1/18646	37	Förderungen	*		542, 000		542, 000	451, 201	716, 189	
1/18648	37	Aufwendungen			64, 358		64, 358	76, 800	69, 760	
		Summe 1864...				606, 358		606, 358	528, 001	785, 949
1/18656	21	EU-Förderungen			0, 006		0, 006			
	37				0, 002		0, 002			
					0, 004		0, 004			
1/1861		Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds:								
1/18616	37	Förderungen								
		Summe 186...				3. 430, 016	1, 792	3. 431, 808	5. 056, 493	4. 714, 974
1/187		Umweltbundesamt:								
1/18700	21	Personalausgaben		87, 836			87, 836	87, 061	85, 683	
1/18703	21	Anlagen				23, 670	23, 670	30, 920	37, 162	
1/18707	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1, 582		1, 582	1, 740	1, 739	
	22				0, 034		0, 034	0, 200	0, 135	
	21				1, 548		1, 548	1, 540	1, 604	
1/18708	21	Aufwendungen	*		94, 984		94, 984	85, 708	92, 671	
		Summe 187...			87, 836	96, 566	23, 670	208, 072	205, 429	217, 255

Anmerkungen:

- 1/18008 Hievon 1996 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/18000.
1/18606 Hievon 1996 20,000 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51268.
1/18626 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/18620 (0,002 Millionen Schilling) und 2/52690 (255,000 Millionen Schilling).
1/18628 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52690.
1/18636 Hievon 1996 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/18630 (0,002 Millionen Schilling) und 2/51110 (0,001 Millionen Schilling) und 1.546,000 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51268.
1/18646 Hievon 1996 242,000 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51268.
1/18708 Hievon 1996 1,180 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/18700.

Anlage I BUNDES VORAN S C H L A G 1 9 9 6

83

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/18		Umwelt:						
		<i>Umwelt, Jugend, Familie</i>						
2/180		Bundesministerium für Umwelt:						
		<i>Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie</i>						
2/18000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001		0,001	0,001	0,550
2/18004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,009		1,009	2.000,010	1.171,066
2/18007	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,008	0,008	0,008	0,007
2/18009		Bezugsvorschußersätze			0,438	0,438	0,436	0,720
	23				0,131	0,131	0,130	0,145
	43				0,307	0,307	0,306	0,575
		Summe 180...		1,010	0,446	1,456	2.000,455	1.172,343
2/186		Umweltschutz:						
2/1860		Umweltpolitische Maßnahmen:						
2/18604	21	Erfolgswirksame Einnahmen		0,005		0,005	0,003	0,290
2/18607	21	Bestandswirksame Einnahmen			0,003	0,003	0,003	
		Summe 1860...		0,005	0,003	0,008	0,006	0,290
2/1862		Altlastensanierung (zweckgeb. Geb.):						
2/18620	21	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,002		0,002	0,002	7,263
2/1863		Siedlungswasserwirtschaft:						
2/18630	37	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,002		0,002	232,064	232,063
2/1861		Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds:						
2/18610	37	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen						
		Summe 186...		0,009	0,003	0,012	232,072	239,616
2/187		Umweltbundesamt:						
2/18700	21	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	1,180		1,180	3,000	
2/18704	21	Erfolgswirksame Einnahmen		3,813		3,813	1,313	3,908
2/18707	21	Bestandswirksame Einnahmen			0,156	0,156	0,156	0,181
		Summe 187...		4,993	0,156	5,149	4,469	4,089

Anmerkungen:

- 2/18000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/18008 mitveranschlagt.
2/18620 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/18626 mitveranschlagt.
2/18630 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/18636 mitveranschlagt.
2/18700 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/18708 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Ann.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/181		Familienpolitische Maßnahmen:							
1/1811		Familienpolitische Aktivitäten:							
1/18116	22	Förderungen							30,706
1/1813		Reservefonds für Familienbeihilfen:							
1/18137	22	Zahlung an den Reservefonds für Familienbeihilfen							4.629,186
		Summe 181...							4.659,892
1/183		Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgeb. Geb.):							
1/18307	22	Familienbeihilfen							38.034,792
1/18317	22	Geburtenbeihilfen							1.330,296
1/18327	22	Schulfahrtbeihilfen							415,178
1/18337	22	Schülerfreifahrten							4.378,922
1/18347	22	Schulbücher							1.182,782
1/18357	22	Lehrlingsfreifahrten							255,584
1/1836		Härteausgleich:							
1/18365	22	Förderungen (D)							1,083
1/18368	22	Aufwendungen							23,900
		Summe 1836...							24,983
1/1837		Familienberatungsstellen:							
1/18376	22	Förderungen							100,001
1/1838		Sonstige familienpolitische Maßnahmen:							
1/18387	22	Sonstige Maßnahmen							11.120,917
1/18389	22	Unterhaltsvorschüsse							777,423
		Summe 1838...							11.898,340
1/18397	22	Überschuß an den Reservefonds für Familienbeihilfen							
		Summe 183...							57.620,878
1/184		Jugend:							
1/1841		Außerschulische Jugenderziehung:							
1/18410	11	Personalausgaben							1,048
1/18416	11	Förderungen							117,095
1/18417	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..							0,025
1/18418	11	Aufwendungen							25,620
		Summe 184...							143,788
		Gesamtausgaben 18...							
				198,058	3.633,501	45,721	3.877,280	5.487,365	67.643,575

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

85

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	ERFOLGSWIRKSAME EINNAHMEN	BESTANDSWIRKSAME EINNAHMEN	BUNDESVORANSCHLAG 1996	BUNDESVORANSCHLAG 1995	ERFOLG 1994
2/181		Familienpolitische Maßnahmen:						
2/1811		Familienpolitische Aktivitäten:						
2/18114	22	Erfolgswirksame Einnahmen						0,029
2/1813		Reservefonds für Familienbeihilfen:						
2/18134	22	Erfolgswirksame Einnahmen						
		Summe 181...						0,029
2/183		Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgeb. Geb.):						
2/18300	22	Dienstgeberbeiträge (Sektion A)						36.716,455
2/18310	22	Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer						4.171,876
2/18311	22	Abgeltung von Ansätzen für Einkommensteuer						9.500,000
2/18320	22	Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben						86,481
2/18330	22	Beiträge der Länder						147,665
2/18340	22	Überweisung vom Katastrophenfonds						2.000,000
2/1836		Härteausgleich:						
2/18361	22	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen						0,074
2/18363	22	Darlehensrückzahlungen						0,785
		Summe 1836...						0,859
2/18371	22	Familienberatungsstellen						
2/18382	22	Unterhaltsvorschüsse						368,356
2/18390	22	Ersatz vom Reservefonds für Familienbeihilfe						4.629,186
		Summe 183...						57.620,878
2/184		Jugend:						
2/1841		Außerschulische Jugenderziehung:						
2/18414	11	Erfolgswirksame Einnahmen						0,116
		Gesamteinnahmen 18...		6,012	0,605	6,617	2.236,996	59.037,071

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/19		Jugend und Familie:	*						
1/190		Bundesministerium für Jugend und Familie:							
1/19000	43	Personalausgaben		49,681			49,681	56,575	
1/19003	43	Anlagen				5,474	5,474	5,894	
1/19005		Bezugsvorschüsse				0,665	0,665	0,665	
	23					0,350	0,350	0,350	
	43					0,315	0,315	0,315	
1/19007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,636		0,636	0,586	
	22				0,599		0,599	0,581	
	43				0,037		0,037	0,005	
1/19008	43	Aufwendungen	*		52,350		52,350	56,004	
		Summe 190...		49,681	52,986	6,139	108,806	119,724	
1/191		Familienpolitische Maßnahmen:							
1/1911		Familienpolitische Aktivitäten:							
1/19116	22	Förderungen			25,519		25,519	28,531	
1/1913		Reservefonds für Familienbeihilfen:							
1/19137	22	Zahlung an den Reservefonds für Familienbeihilfen			0,002		0,002	2.764,632	
		Summe 191...			25,521		25,521	2.793,163	
1/193		Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgeb. Geb.):							
1/19307	22	Familienbeihilfen			32.173,601		32.173,601	34.010,200	
1/19317	22	Geburtenbeihilfen			1.816,000		1.816,000	1.352,000	
1/19327	22	Schulfahrtbeihilfen und Lehrlingsfahrtbeihilfen			72,030		72,030	500,000	
1/19337	22	Schülerfreifahrten			4.283,287		4.283,287	4.310,955	
1/19347	22	Schulbücher			1.232,620		1.232,620	1.290,200	
1/19357	22	Lehrlingsfreifahrten			182,236		182,236	300,080	
		Summe 1936...			23,000	2,000	25,000	25,000	
1/1937		Familienberatungsstellen:							
1/19376	22	Förderungen			100,000		100,000	100,000	
1/1938		Sonstige familienpolitische Maßnahmen:							
1/19387	22	Sonstige Maßnahmen	*		13.355,628		13.355,628	13.656,195	
1/19389	22	Unterhaltsvorschüsse				870,777	870,777	803,855	
		Summe 1938...			13.355,628	870,777	14.226,405	14.460,050	
1/19397	22	Rückzahlungen und Überweisungen <i>Überschuß des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen</i>			38,198		38,198	0,002	
		Summe 193...			53.276,600	872,777	54.149,377	56.348,487	
1/194		Jugend:							
1/1941		Außerschulische Jugenderziehung:							
1/19410	11	Personalausgaben		1,045			1,045	1,252	
1/19416	11	Förderungen			99,654		99,654	99,659	
1/19417	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,013		0,013	0,028	
1/19418	11	Aufwendungen			15,927		15,927	20,339	
		Summe 194...		1,045	115,594		116,639	121,278	
		Gesamtausgaben 19...		50,726	53.470,701	878,916	54.400,343	59.382,652	

Anmerkungen:

1/19 Vor dem BVA 1995 beim Kapitel 18 mitveranschlagt gewesen.

1/19008 Hievon 1996 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/19000.

1/19387 Hievon 1996 8.103,491 Millionen Schilling Überweisung an VA-Ansatz 2/15550.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

87

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundесvor- anschlag 1996	Bundесvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/19		Jugend und Familie:	*					
2/190		Bundesministerium für Jugend und Familie:						
2/19000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,002		0,002	0,002	
2/19004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,038		0,038	0,010	
2/19007	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,008	0,008	0,008	
2/19009	43	Bezugsvorschußsätze			0,313	0,313	0,365	
	23				0,062	0,062	0,061	
	43				0,251	0,251	0,304	
		Summe 190...		0,040	0,321	0,361	0,385	
2/191		Familienpolitische Maßnahmen:						
2/1911		Familienpolitische Aktivitäten:						
2/19114	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,003		0,003	0,003	
2/1913		Reservefonds für Familienbeihilfen:						
2/19134	22	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
		Summe 191...		0,004		0,004	0,004	
2/193		Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgeb. Geb.):						
2/19300	22	Dienstgeberbeiträge (Sektion A)		38.777,868		38.777,868	38.649,648	
2/19310	22	Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer	*	4.966,000		4.966,000	4.494,000	
2/19311	22	Abgeltung von Ansätzen für Einkommensteuer	*	9.500,000		9.500,000	9.500,000	
2/19320	22	Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben		91,000		91,000	91,000	
2/19330	22	Beiträge der Länder		147,666		147,666	147,666	
2/19340	22	Transferzahlungen von privaten Haushalten (Selbstbehalt)		273,730		273,730	320,000	
		Beiträge für Schulbücher						
2/1936		Härteausgleich:						
2/19361	22	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/19363	22	Darlehensrückzahlungen			0,900	0,900	0,660	
		Summe 1936...		0,001	0,900	0,901	0,661	
2/19371	22	Familienberatungsstellen		0,001		0,001	0,001	
2/19382	22	Unterhaltsvorschüsse			392,210	392,210	380,880	
2/19390	22	Ersatz vom Reservefonds für Familienbeihilfen ..		0,001		0,001	2.764,631	
		Summe 193...		53.756,267	393,110	54.149,377	56.348,487	
2/194		Jugend:						
2/1941		Außerschulische Jugendberziehung:						
2/19414	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,202		0,202	0,202	
		Gesamteinnahmen 19...		53.756,513	393,431	54.149,944	56.349,078	

Anmerkungen:

- 2/19 Vor dem BVA 1995 beim Kapitel 18 mitveranschlagt gewesen.
2/19000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/19008 veranschlagt.
2/19310 Überweisung vom VA-Ansatz 2/52874.
2/19311 Überweisung vom VA-Ansatz 2/52875.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/20		Äußeres:							
1/200		Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten:							
1/2000		Zentralleitung:							
1/20000	43	Personalausgaben		330,331			330,331	324,509	301,398
1/20003	43	Anlagen				42,024	42,024	10,380	21,610
1/20005	43	Bezugsvorschüsse				1,539	1,539	1,539	1,314
	23					0,300	0,300	0,300	0,148
	43					1,239	1,239	1,239	1,166
1/20006	43	Förderungen			36,235		36,235	7,984	5,056
	21				0,020		0,020	0,019	0,020
	43				36,215		36,215	7,965	5,036
1/20007	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			7,360		7,360	7,050	6,129
	22				7,100		7,100	6,840	5,950
	43				0,260		0,260	0,210	0,179
1/20008	43	Aufwendungen	*		225,752		225,752	221,171	152,612
		Summe 2000. ...		330,331	269,347	43,563	643,241	572,633	488,118
1/20018	43	Internationales Diplomatenseminar Klessheim			0,700		0,700	0,500	0,452
1/20028	43	Presse und Information			8,000		8,000	8,256	6,508
1/2003		Beiträge an internationale Organisationen:							
1/20036	43	Förderungen			232,955		232,955	248,701	246,457
1/20037	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			447,942		447,942	496,546	471,562
		Summe 2003. ...			680,897		680,897	745,247	718,019
1/20048	43	Internationale Konferenzen in Österreich ..			29,250		29,250	38,784	18,343
		Summe 200. ...		330,331	988,194	43,563	1.362,088	1.365,420	1.231,441
1/201		Vertretungsbehörden:							
1/20100	43	Personalausgaben		439,669			439,669	432,160	421,179
1/20103	43	Anlagen				199,550	199,550	289,400	230,219
1/20105	43	Bezugsvorschüsse				0,271	0,271	0,271	0,291
1/20106	22	Förderungen	*		5,431		5,431	5,137	5,178
1/20107	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			35,120		35,120	31,600	28,565
	21				22,000		22,000	20,500	17,663
	22				10,120		10,120	9,100	8,801
	43				3,000		3,000	2,000	2,101
1/20108	43	Aufwendungen			905,096		905,096	866,379	864,102
	21				4,500		4,500	4,320	3,170
	43				900,596		900,596	862,059	860,931
		Summe 201. ...		439,669	945,647	199,821	1.585,137	1.624,947	1.549,534

Anmerkungen:

1/20008 Hievon 1996 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/20000.

1/20106 Hievon 1996 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/20100.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

89

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/20		Äußeres:						
2/200		Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten:						
2/2000		Zentralleitung:						
2/20000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001		0,001	0,001	
2/20004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		22,450		22,450	22,481	14,653
2/20008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,033	0,033	0,037	0,000
2/20009	23	Bezugsvorschußersätze			1,450	1,450	1,450	1,412
	43				0,250	0,250	0,250	0,238
					1,200	1,200	1,200	1,175
		Summe 200...		22,451	1,483	23,934	23,969	16,066
2/201		Vertretungsbehörden:						
2/20100	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001		0,001	0,001	
2/20104	21	Erfolgswirksame Einnahmen		63,760		63,760	61,173	54,852
	43			4,500		4,500	4,000	3,628
				59,260		59,260	57,173	51,224
2/20108	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			1,826	1,826	1,826	2,166
2/20109	43	Bezugsvorschußersätze			0,250	0,250	0,250	0,250
		Summe 201...		63,761	2,076	65,837	63,250	57,268

Anmerkungen:

2/20000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/20008 mitveranschlagt.

2/20100 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/20106 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/202		Diplomatische Akademie:							
1/20200	11	Personalausgaben		6,275			6,275	11,701	10,911
1/20203	11	Anlagen				0,737	0,737	1,891	0,850
1/20205	11	Bezugsvorschüsse				0,200	0,200	0,200	
	23					0,100	0,100	0,100	
						0,100	0,100	0,100	
1/20207	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,175		0,175	0,150	0,150
	22				0,173		0,173	0,150	0,150
1/20208	11	Aufwendungen			7,956		7,956	17,505	11,232
		Summe 202...		6,275	8,131	0,937	15,343	31,447	23,143
1/203		Österreichische Kulturinstitute:							
1/20300	13	Personalausgaben		45,664			45,664	41,209	40,857
1/20303	13	Anlagen				15,141	15,141	78,552	16,987
1/20305	13	Bezugsvorschüsse				0,100	0,100	0,100	0,037
1/20307	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,670		2,670	2,380	2,029
	21				0,105		0,105	0,070	0,032
	22				1,900		1,900	1,700	1,400
					0,665		0,665	0,610	0,596
1/20308	13	Aufwendungen			63,802		63,802	62,339	60,227
	21				63,302		63,302	61,897	59,880
					0,500		0,500	0,442	0,347
		Summe 203...		45,664	66,472	15,241	127,377	184,580	120,137
1/204		Kulturelle Veranstaltungen:							
1/2040		Ministerium und Vertretungen:							
1/20406	11	Förderungen			5,200		5,200	7,201	8,338
	13				0,420		0,420	0,403	0,271
	43				4,778		4,778	6,796	8,067
1/20408	13	Aufwendungen			85,100		85,100	82,589	82,031
		Summe 204...			90,300		90,300	89,790	90,370
1/205		Entwicklungshilfe:							
1/20506	11	Förderungen			832,000		832,000	666,462	
	12				343,193		343,193	191,335	
	21				8,592		8,592	5,260	
	22				74,607		74,607	70,068	
	33				6,500		6,500		
	34				3,451		3,451	46,223	
	35				143,874		143,874	131,021	
	36				55,788		55,788	102,505	
	38				117,593		117,593	105,640	
	43				4,401		4,401	6,920	
1/20508	43	Aufwendungen			74,001		74,001	7,490	
					18,000		18,000	13,537	
		Summe 205...			850,000		850,000	679,999	
		Gesamtausgaben 20...		821,939	2.948,744	259,562	4.030,245	3.976,183	3.014,624

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

91

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1996	Bundesvoranschlag 1995	Erfolg 1994
2/202		Diplomatische Akademie:						
2/20204		Erfolgswirksame Einnahmen		1,277		1,277	2,559	2,357
2/20208	11	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,003	0,003	0,003	
2/20209	11	Bezugsvorschußersätze			0,002	0,002	0,002	
	11				0,001	0,001	0,001	
	23				0,001	0,001	0,001	
		Summe 202...		1,277	0,005	1,282	2,564	2,357
2/203		Österreichische Kulturinstitute:						
2/20304		Erfolgswirksame Einnahmen		2,499		2,499	2,589	2,225
	13			2,473		2,473	2,563	2,208
	21			0,006		0,006	0,006	
	43			0,020		0,020	0,020	0,017
2/20308	13	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,013	0,013	0,013	0,003
2/20309	13	Bezugsvorschußersätze			0,025	0,025	0,025	0,023
		Summe 203...		2,499	0,038	2,537	2,627	2,251
2/204		Kulturelle Veranstaltungen:						
2/2040		Ministerium und Vertretungen:						
2/20404	13	Erfolgswirksame Einnahmen		4,520		4,520	6,420	6,081
2/205		Entwicklungshilfe:						
2/20504		Erfolgswirksame Einnahmen		7,193		7,193	7,475	
	38			1,000		1,000	1,000	
	43			6,193		6,193	6,475	
2/20509	43	Darlehensrückzahlungen			26,697	26,697	27,136	
		Summe 205...		7,193	26,697	33,890	34,611	
		Gesamteinnahmen 20...		101,701	30,299	132,000	133,441	84,023

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/30		Justiz:							
1/300		Bundesministerium für Justiz:							
1/30000	43	Personalausgaben		150,980			150,980	151,069	145,733
1/30003	43	Anlagen				4,500	4,500	4,710	3,432
1/30005		Bezugsvorschüsse				14,000	14,000	14,562	12,560
	23					4,000	4,000	4,000	3,950
	43					10,000	10,000	10,562	8,611
1/30006		Förderungen	*		171,000		171,000	168,725	148,891
	12				1,000		1,000	1,248	0,900
	43				170,000		170,000	167,477	147,991
1/30007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,200		2,200	2,802	2,398
	22				2,140		2,140	2,740	2,347
	43				0,060		0,060	0,062	0,051
1/30008	43	Aufwendungen			30,000		30,000	29,883	27,412
1/30018	42	Zahlungen an die BIG			10,000		10,000		
		Summe 300...		150,980	213,200	18,500	382,680	371,751	340,426
1/301		Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur:							
1/30100	42	Personalausgaben		113,880			113,880	115,329	111,086
1/30103	42	Anlagen				1,730	1,730	1,685	1,290
1/30107		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,570		1,570	1,673	1,385
	22				1,529		1,529	1,632	1,363
	42				0,041		0,041	0,041	0,022
1/30108	42	Aufwendungen			8,415		8,415	8,235	7,854
		Summe 301...		113,880	9,985	1,730	125,595	126,922	121,615
1/302		Justizbehörden in den Ländern:							
1/30200	42	Personalausgaben		3.475,800			3.475,800	3.437,666	3.306,752
1/30203	42	Anlagen				100,000	100,000	91,671	88,416
1/30207		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			966,400		966,400	973,486	914,554
	22				70,000		70,000	80,750	73,774
	42				896,400		896,400	892,736	840,781
1/30208	42	Aufwendungen			1.595,000		1.595,000	1.482,641	1.227,420
1/30209	42	Aufwendungen (B)				0,090	0,090	0,090	
		Summe 302...		3.475,800	2.561,400	100,090	6.137,290	5.985,554	5.537,142
1/303		Justizanstalten:							
1/30300	42	Personalausgaben		1.614,344			1.614,344	1.588,577	1.522,230
1/30303	42	Anlagen				45,000	45,000	44,656	36,606
1/30306	22	Förderungen			2,200		2,200	2,208	2,300
1/30307		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			40,600		40,600	40,601	35,420
	22				0,001		0,001		
	42				40,599		40,599	40,601	35,420
1/30308	42	Aufwendungen			971,000		971,000	970,813	957,845
		Summe 303...		1.614,344	1.013,800	45,000	2.673,144	2.646,855	2.554,401
1/305		Bewährungshilfe:							
1/30500	42	Personalausgaben		91,850			91,850	96,049	102,647
1/30503	42	Anlagen				0,295	0,295	0,288	0,496
1/30506	22	Förderungen			23,000		23,000	22,272	30,816
1/30508	42	Aufwendungen			213,000		213,000	208,065	173,936
		Summe 305...		91,850	236,000	0,295	328,145	326,674	307,895
		Gesamtausgaben 30...		5.446,854	4.034,385	165,615	9.646,854	9.457,756	8.861,480

Anmerkungen:

1/30006 Hievon 1996 0,065 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/30000.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

93

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/30		Justiz:							
2/300		Bundesministerium für Justiz:							
2/30000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*		0,065		0,065	0,065	0,079
2/30004	43	Erfolgswirksame Einnahmen			2,123		2,123	1,143	1,362
2/30007	43	Bestandswirksame Einnahmen				0,005	0,005	0,005	
2/30009	43	Bezugsvorschußsätze				12,500	12,500	13,000	13,323
	23					3,500	3,500	3,500	3,667
	43					9,000	9,000	9,500	9,657
		Summe 300...			2,188	12,505	14,693	14,213	14,764
2/301		Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur:							
2/30104	42	Erfolgswirksame Einnahmen			1,004		1,004	1,004	1,186
2/30107	42	Bestandswirksame Einnahmen				0,002	0,002	0,002	
		Summe 301...			1,004	0,002	1,006	1,006	1,186
2/302		Justizbehörden in den Ländern:							
2/30204	42	Erfolgswirksame Einnahmen			5.642,908		5.642,908	5.605,700	5.260,893
2/30207	42	Bestandswirksame Einnahmen				0,222	0,222	0,222	0,252
		Summe 302...			5.642,908	0,222	5.643,130	5.605,922	5.261,145
2/303		Justizanstalten:							
2/30304	42	Erfolgswirksame Einnahmen			390,000		390,000	410,198	373,174
2/30307	42	Bestandswirksame Einnahmen				1,111	1,111	0,571	1,018
		Summe 303...			390,000	1,111	391,111	410,769	374,192
2/305		Bewährungshilfe:							
2/30504	42	Erfolgswirksame Einnahmen			0,055		0,055	0,055	0,001
2/30507	42	Bestandswirksame Einnahmen				0,005	0,005	0,005	
		Summe 305...			0,055	0,005	0,060	0,060	0,001
		Gesamteinnahmen 30...			6.036,155	13,845	6.050,000	6.031,970	5.651,289

Anmerkungen:

2/30000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/30006 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/40		Militärische Angelegenheiten:							
1/400		Bundesministerium für Landesverteidigung:							
1/40000	41	Personalausgaben		684,242			684,242	659,141	647,326
1/40003	41	Anlagen				16,000	16,000	22,080	48,446
1/40005	41	Bezugsvorschüsse				41,810	41,810	31,774	30,566
	23					12,050	12,050	9,158	9,068
	41					29,760	29,760	22,616	21,498
1/40006	41	Förderungen	*		3,650		3,650	1,624	4,993
1/40007	41	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			13,570		13,570	14,190	13,444
	21				0,030		0,030	0,500	0,575
	22				13,090		13,090	13,305	12,540
	41				0,450		0,450	0,385	0,330
1/40008	41	Aufwendungen			94,000		94,000	122,896	106,887
1/40018	41	Zahlungen an die BIG			40,000		40,000		
		Summe 400...		684,242	151,220	57,810	893,272	851,705	851,663
1/401		Heer und Heeresverwaltung:							
1/40100	41	Personalausgaben		8.520,323			8.520,323	7.514,275	7.361,106
1/40103	41	Liegenschaftsankäufe	*			31,501	31,501	49,759	55,446
1/40107	41	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2.962,640		2.962,640	3.637,558	3.553,291
	21				249,532		249,532	312,623	287,380
	22				391,102		391,102	427,900	388,011
	41				2.322,006		2.322,006	2.897,035	2.877,900
1/40108	41	Aufwendungen			8.146,550		8.146,550	7.968,831	8.113,111
		Summe 401...		8.520,323	11.109,190	31,501	19.661,014	19.170,423	19.082,954
1/402		Heer und Heeresverwaltung (zweckgebundene Gebarung):							
1/40208	41	Soldatenheime			102,700		102,700	122,700	122,542
1/404		Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut:							
1/4040		Heeresgeschichtl. Museum, Militärwissenschaftl. Institut							
1/40400	12	Personalausgaben		33,978			33,978	32,124	31,979
1/40403	12	Anlagen				2,704	2,704	2,260	3,550
1/40407	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,008		0,008	0,006	0,002
1/40408	12	Aufwendungen			7,487		7,487	8,092	6,179
		Summe 4040...		33,978	7,495	2,704	44,177	42,482	41,710
1/4041		Heeresgeschichtliches Museum (zweckgebundene Gebarung):	*						
1/40413	12	Anlagen				0,502	0,502	0,250	
1/40418	12	Aufwendungen			0,550		0,550	0,250	
		Summe 4041...			0,550	0,502	1,052	0,500	
		Summe 404...		33,978	8,045	3,206	45,229	42,982	41,710

Anmerkungen:

1/40006 Hievon 1996 2,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/40000.

1/40103 Hievon 1996 1,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54602.

1/4041 Korrespondierende Einnahmen beim Paragraph 2/4041 veranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

95

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/40		Militärische Angelegenheiten:						
2/400		Bundesministerium für Landesverteidigung:						
2/40000	41	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	2,000		2,000	1,000	4,393
2/40004		Erfolgswirksame Einnahmen		87,455		87,455	81,105	81,515
	21			0,011		0,011	0,101	0,220
	41			87,444		87,444	81,004	81,296
2/40008	41	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
2/40009		Bezugsvorschußsätze			28,000	28,000	28,000	25,106
	23				7,000	7,000	7,000	6,138
	41				21,000	21,000	21,000	18,968
		Summe 400...		89,455	28,002	117,457	110,107	111,014
2/401		Heer und Heeresverwaltung:						
2/40104		Erfolgswirksame Einnahmen		263,234		263,234	283,418	316,233
	21			0,251		0,251	0,002	0,005
	41			262,983		262,983	283,416	316,228
2/40114	41	Zahlungen internationaler Organisationen		0,001		0,001		
		Summe 401...		263,235		263,235	283,418	316,233
2/402		Heer und Heeresverwaltung (zweckgebundene Gebarung):						
2/40200	41	Soldatenheime (zweckgebundene Einnahmen)		102,700		102,700	122,700	118,281
2/404		Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut:						
		Heeresgeschichtl. Museum, Militärwissenschaftl. Institut						
2/4040		Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut:						
		Heeresgeschichtl. Museum, Militärwissenschaftl. Institut						
2/40404	12	Erfolgswirksame Einnahmen		1,346		1,346	1,506	1,809
2/40407	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,001	0,001	0,001	
		Summe 4040...		1,346	0,001	1,347	1,507	1,809
2/4041		Heeresgeschichtliches Museum (zweckgebundene Gebarung):						
2/40410	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		1,052		1,052	0,500	
		Summe 404...		2,398	0,001	2,399	2,007	1,809

Anmerkungen:

2/40000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/40006 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/405		Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetriebe:							
1/4050		Allentsteig (betriebsähnl. Einrichtung):							
1/40500	34	Personalausgaben		29,457			29,457	31,660	27,740
1/40503	34	Anlagen				1,600	1,600	1,537	1,547
1/40507	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,140		1,140	0,900	0,800
1/40508	34	Aufwendungen			8,588		8,588	8,127	7,843
		Summe 405...		29,457	9,728	1,600	40,785	42,224	37,931
		Gesamtausgaben 40...		9.268,000	11.380,883	94,117	20.743,000	20.230,034	20.136,799

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

97

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/405		Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetriebe:						
2/4050		Allentsteig (betriebsähn. Einrichtung):						
2/40504	34	Erfolgswirksame Einnahmen		22,303		22,303	22,503	27,697
2/40508	34	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,084	0,084	0,154	0,086
		Summe 405...		22,303	0,084	22,387	22,657	27,783
		Gesamteinnahmen 40...		480,091	28,087	508,178	540,889	575,121

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/50		Finanzverwaltung:							
1/500		Bundesministerium für Finanzen:							
1/50000	43	Personalausgaben		541,062			541,062	543,571	522,233
1/50003	43	Anlagen				4,387	4,387	4,895	2,118
1/50007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			11,543		11,543	11,984	11,594
	22				9,951		9,951	10,391	10,461
	43				1,592		1,592	1,593	1,133
1/50008	43	Aufwendungen			191,760		191,760	322,169	172,515
1/50017	43	Zahlungen an die EGKS			99,450		99,450	104,805	
		Summe 500 ..		541,062	302,753	4,387	848,202	987,424	708,459
1/501		Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand):							
1/50107	43	Zurückstellung von Silbermünzen	*		80,002		80,002	80,002	100,373
1/50118	38	Österreichische Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA)			14,535		14,535	15,964	16,500
1/50138	43	Schuldenerleichterung infolge internationaler Aktionen			420,000		420,000	528,000	282,212
1/50187	43	Dienstgeberabgabe für U-Bahn Wien			9,000		9,000	9,000	9,000
		Summe 501 ..			523,537		523,537	632,966	408,085
1/502		Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen):							
1/50216	34	Tierversicherungsförderungsgesetz			0,156		0,156	0,156	0,162
1/50226		Betreuung der Bundesbediensteten und ihrer Angehörigen	*		1,522		1,522	1,410	3,388
	21				0,691		0,691	0,691	0,688
	22				0,831		0,831	0,719	2,700
1/50236	36	Zuschuß (ÖKB-AG)			300,000		300,000	336,000	266,139
1/5024		Zahlungen an Innovations- und Technologiefonds:							
1/50247	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			420,000		420,000	440,000	600,000
1/50248	43	Aufwendungen			0,001		0,001	0,001	
		Summe 5024 ..			420,001		420,001	440,001	600,000
1/5025		Hagelversicherung (Mittel d. Kat. Fonds) (zweckgeb. Geb.):							
1/50256	43	Förderungen	*		120,000		120,000	75,000	
1/50294		Zuschuß an Finanzierungsgarantie Ges. m. b. H.			18,001		18,001	23,001	5,098
	36				18,000		18,000	23,000	5,098
	38				0,001		0,001	0,001	
1/50295		Bezugsvorschüsse				28,804	28,804	31,302	28,967
	23					13,545	13,545	13,356	10,864
	43					15,259	15,259	17,946	18,103
1/50296		Sonstige Förderungen			189,033		189,033	297,797	258,542
	23				22,000		22,000	31,200	49,962
	36				94,300		94,300	177,659	174,277
	43				72,733		72,733	88,938	34,302
1/50206	34	Hagelversicherung							18,145
		Summe 502 ..			1.048,713	28,804	1.077,517	1.204,667	1.180,440

Anmerkungen:

1/501 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/500 mitveranschlagt.

1/50107 Hievon 1996 80,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54070 und 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50100.

1/502 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/500 mitveranschlagt.

1/50226 Hievon 1996 0,200 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50200 und 0,112 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51248.

1/50256 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50250.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

99

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1996	Bundesvoranschlag 1995	Erfolg 1994
2/50		Finanzverwaltung:						
2/500		Bundesministerium für Finanzen:						
2/50004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		133,809		133,809	96,217	95,181
2/50007	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,065	0,065	0,144	0,004
2/50014	43	Einhebungsvergütungen		409,750		409,750	491,830	
		Summe 500...		543,559	0,065	543,624	588,191	95,184
2/501		Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand):						
2/50100	43	Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbermünzen	*	0,002		0,002	0,002	20,373
2/50134	43	Amtshaftungsrückersätze		0,050		0,050	0,050	0,013
2/50194	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,300		1,300	0,700	1,829
		Summe 501...		1,352		1,352	0,752	22,215
2/502		Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen):						
2/50200	43	Geldstrafen und Geldbußen gemäß BDG (zweckgeb. Einn.)	*	0,200		0,200	0,200	0,211
2/50204	43	Erfolgswirksame Einnahmen		12,177		12,177	19,176	6,251
2/50234	43	Laufende Einnahmen aus Zuschüssen		26,001		26,001	20,001	17,189
2/5025		Hagelversicherung (Mittel d. Kat.Fonds) (zweckgeb. Geb.):						
2/50250	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	120,000		120,000	75,000	
2/50296	23	Einnahmen aus Zuschüssen		0,016		0,016	0,056	0,101
	36			0,001		0,001	0,001	
				0,015		0,015	0,055	0,101
2/50299	23	Bezugsvorschußersätze			29,373	29,373	29,412	29,313
	43				9,877	9,877	9,797	9,906
					19,496	19,496	19,615	19,406
		Summe 502...		158,394	29,373	187,767	143,845	53,064

Anmerkungen:

- 2/50100 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/50107 mitveranschlagt.
2/50200 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/50226 mitveranschlagt.
2/50250 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/50256 veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/503		Bundesministerium für Finanzen; Staatsvertrag:	*						
1/5030		Schäden im Inland:							
1/50307	43	Entschädigungszahlungen			0,003		0,003	15,100	
1/50308	43	Zahlungen auf Grund zwischenstaatl. Vereinbarungen			0,045		0,045	0,045	
		Summe 5030...			0,048		0,048	15,145	
1/5031		Schäden im Ausland:							
1/50317	43	Entschädigungszahlungen			95,002		95,002	130,080	10,994
1/50318	43	Sonstige Zahlungen			0,336		0,336	0,336	
		Summe 5031...			95,338		95,338	130,416	10,994
1/5032		Finanz- und Ausgleichsvertrag:							
1/50327	43	Entschädigungszahlungen			0,202		0,202	0,240	
1/5033		Sonstige Leistungen im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag:							
1/50338	43	Aufwendungen			0,971		0,971	1,087	0,127
1/5034		Verwaltung ehemals deutscher Vermögenswerte:							
1/50343	37	Anlagen				0,010	0,010	0,010	0,003
1/50347	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,353		0,353	0,308	0,290
1/50348	37	Aufwendungen			1,835		1,835	1,772	1,546
		Summe 5034...			2,188	0,010	2,198	2,090	1,840
1/5035		Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte:							
1/50358	43	Abwicklungskosten			0,949		0,949	0,299	
1/50357	43	Abwicklungskosten							
		Summe 5035...			0,949		0,949	0,299	
		Summe 503...			99,696	0,010	99,706	149,277	12,961
1/504		Finanzlandesdirektionen:							
1/5040		Dienststellen:							
1/50400	43	Personalausgaben		6.529,974			6.529,974	6.917,640	6.982,367
1/50403	43	Anlagen	*			52,277	52,277	59,178	62,577
1/50407		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			179,331		179,331	249,032	239,399
	22				177,631		177,631	214,330	194,847
	43				1,700		1,700	34,702	44,553
1/50408	43	Aufwendungen	*		1.207,001		1.207,001	1.134,777	1.155,193
		Summe 5040...		6.529,974	1.386,332	52,277	7.968,583	8.360,627	8.439,537
1/50418	43	Ausfuhrerstattungen gemäß EU-Vorschriften.			390,000		390,000	576,000	
1/50438	38	Gebahrung gemäß § 22 KHVG	*		15,000		15,000	14,400	14,688
		Gebahrung gemäß § 6 KHVG							
		Summe 504...		6.529,974	1.791,332	52,277	8.373,583	8.951,027	8.454,224

Anmerkungen:

- 1/503 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/500 und 1/504 mitveranschlagt.
- 1/50403 Hinsichtlich eines Teilbetrages von 12,201 Millionen Schilling ist das Bundesministerium für Finanzen anweisungsberechtigt.
- 1/50408 Hievon 1996 2,248 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahmen beim VA-Ansatz 2/51248, 5,600 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52180 und und 0,190 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50400. Hinsichtlich eines Teilbetrages von 17,020 Millionen Schilling ist das Bundesministerium für Finanzen anweisungsberechtigt.
- 1/50438 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/5040 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

101

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/503		Bundesministerium für Finanzen; Staatsvertrag:						
2/5030		Schäden im Inland:						
2/50304	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/50305	43	2. Kunst- und Kulturgutbereinigungsgesetz					15,000	
		Summe 5030...		0,001		0,001	15,001	
2/5031		Schäden im Ausland:						
2/50314	43	Erfolgswirksame Einnahmen		5,010		5,010	5,050	8,617
2/5034		Verwaltung ehemals deutscher Vermögenswerte:						
2/50344	37	Erfolgswirksame Einnahmen		1,482		1,482	2,503	2,142
2/50347	37	Bestandswirksame Einnahmen			0,001	0,001	0,001	
2/50349	43	Darlehensrückzahlungen			7,900	7,900	7,600	8,241
		Summe 5034...		1,482	7,901	9,383	10,104	10,383
2/5035		Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte:						
2/50352	43	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen	*		0,001	0,001	0,001	
2/50354	43	Erfolgswirksame Einnahmen		2,322		2,322	2,021	4,553
2/50358	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			130,006	130,006	100,021	90,111
2/50359	43	Darlehensrückzahlungen			0,087	0,087	0,083	0,078
		Summe 5035...		2,322	130,094	132,416	102,126	94,742
		Summe 503...		8,815	137,995	146,810	132,281	113,743
2/504		Finanzlandesdirektionen:						
2/5040		Dienststellen:						
2/50400	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,190		0,190		
2/50404	43	Erfolgswirksame Einnahmen		224,233		224,233	182,410	191,790
2/50407	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,934	0,934	1,885	2,866
		Summe 5040...		224,423	0,934	225,357	184,295	194,656
2/50434	38	Gebahrung gemäß § 22 KHVG		15,001		15,001	15,001	23,199
		Gebahrung gemäß § 6 KHVG						
		Summe 504...		239,424	0,934	240,358	199,296	217,855

Anmerkungen:

2/50352 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/64753 mitveranschlagt.

2/50400 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/50408 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/507		Sonstige nachgeordnete Dienststellen:							
1/5070		Bundesrechenamt:							
1/50700	43	Personalausgaben		266,177			266,177	288,469	256,651
1/50703	43	Anlagen				254,593	254,593	229,126	278,767
1/50707		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			7,032		7,032	7,469	5,747
	22				4,345		4,345	4,810	4,454
	43				2,687		2,687	2,659	1,293
1/50708	43	Aufwendungen			422,327		422,327	432,898	371,503
		Summe 5070...		266,177	429,359	254,593	950,129	957,962	912,668
1/5071		Finanzprokuratur:							
1/50710	43	Personalausgaben		52,889			52,889	57,417	55,327
1/50713	43	Anlagen				0,167	0,167	0,624	0,806
1/50717		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,658		0,658	0,908	0,672
	22				0,650		0,650	0,900	0,668
	43				0,008		0,008	0,008	0,004
1/50718	43	Aufwendungen			6,480		6,480	6,656	5,692
		Summe 5071...		52,889	7,138	0,167	60,194	65,605	62,498
1/5072		Hauptpunzierungs- und Probieramt:							
1/50720	43	Personalausgaben		19,896			19,896	19,598	19,262
1/50723	43	Anlagen				3,060	3,060	2,286	0,405
1/50727		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,766		0,766	0,820	0,830
	22				0,751		0,751	0,745	0,819
	43				0,015		0,015	0,075	0,011
1/50728	43	Aufwendungen			4,424		4,424	4,435	3,298
		Summe 5072...		19,896	5,190	3,060	28,146	27,139	23,795
		Summe 507...		338,962	441,687	257,820	1.038,469	1.050,706	998,961
1/508		Unternehmungen mit Bundesbediensteten:							
1/5080		Österreichisches Postsparkassenamt:							
1/50800	38	Personalausgaben		647,446			647,446	682,597	655,274
1/50807	38	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			32,030		32,030	0,002	
1/50808	38	Aufwendungen			1,049		1,049	1,049	0,832
		Summe 5080...		647,446	33,079		680,525	683,648	656,106
1/5081		Österreichische Salinen AG:							
1/50810	36	Personalausgaben		1,458			1,458	2,605	2,256
1/50818	36	Aufwendungen			0,015		0,015	0,010	0,005
		Summe 5081...		1,458	0,015		1,473	2,615	2,261
1/5082		Amt der Münze Österreich:							
1/50820	37	Personalausgaben		17,229			17,229	17,272	17,398
1/50828	37	Aufwendungen			0,054		0,054	0,066	0,043
		Summe 5082...		17,229	0,054		17,283	17,338	17,440
		Summe 508...		666,133	33,148		699,281	703,601	675,808
		Gesamtausgaben 50...		8.076,131	4.240,866	343,298	12.660,295	13.679,668	12.438,938

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

103

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1996	Bundesvoranschlag 1995	Erfolg 1994
2/507		Sonstige nachgeordnete Dienststellen:						
2/5070		Bundesrechenamt:						
2/50704	43	Erfolgswirksame Einnahmen		310, 513		310, 513	286, 824	17, 298
2/50707	43	Bestandswirksame Einnahmen			0, 009	0, 009	0, 009	
		Summe 5070...		310, 513	0, 009	310, 522	286, 833	17, 298
2/5071		Finanzprokuratur:						
2/50714	43	Erfolgswirksame Einnahmen		19, 697		19, 697	14, 697	19, 387
2/50717	43	Bestandswirksame Einnahmen			0, 003	0, 003	0, 003	
		Summe 5071...		19, 697	0, 003	19, 700	14, 700	19, 387
2/5072		Hauptpunzierungs- und Probieramt:						
2/50724	43	Erfolgswirksame Einnahmen		40, 881		40, 881	38, 754	41, 215
2/50727	43	Bestandswirksame Einnahmen			0, 006	0, 006	0, 060	
		Summe 5072...		40, 881	0, 006	40, 887	38, 814	41, 215
		Summe 507...		371, 091	0, 018	371, 109	340, 347	77, 900
2/508		Unternehmungen mit Bundesbediensteten:						
2/5080		Österreichisches Postsparkassenamt:						
2/50804	38	Ersätze der Österreichischen Postsparkasse		680, 525		680, 525	683, 731	656, 177
2/5081		Österreichische Salinen AG:						
2/50814	36	Ersätze der Österreichischen Salinen AG		1, 473		1, 473	1, 800	2, 261
2/5082		Amt der Münze Österreich:						
2/50824	37	Ersätze der Münze Österreich AG		17, 284		17, 284	17, 342	17, 440
		Summe 508...		699, 282		699, 282	702, 873	675, 878
		Gesamteinnahmen 50...		2. 021, 917	168, 385	2. 190, 302	2. 107, 585	1. 255, 838

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
51		Kassenverwaltung:	*						
1/510		Effekten- und Geldverkehr des Bundes:							
1/51003	43	Erwerb von Bundestiteln				2.800,001	2.800,001	2.825,001	3.320,974
1/51038	43	Kursverluste			32,502		32,502	523,361	0,217
1/5104		Effekten- und Geldverkehrskosten:							
1/51047	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			201,000		201,000	190,000	247,390
1/51048	43	Aufwendungen			20,730		20,730	152,310	0,001
		Summe 5104			221,730		221,730	342,310	247,391
1/51058	43	Zinsen aus Währungstauschverträgen (Erwerb von Bundestitel)			0,001		0,001	0,001	
		Summe 510			254,233	2.800,001	3.054,234	3.690,673	3.568,581
1/511		Geldverkehr des Bundes (zweckgeb. Gebarung):							
1/5110		Innovations- und Technologiefonds:	*						
1/51107	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,770		0,770	2,200	3,553
1/51108	43	Aufwendungen			446,450		446,450	485,573	737,830
		Summe 5110			447,220		447,220	487,773	741,384
1/5111		Siedlungswasserwirtschaft:	*						
1/51117	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,200		2,200	2,200	6,836
1/51118	43	Aufwendungen			0,001		0,001	0,001	
		Summe 5111			2,201		2,201	2,201	6,836
		Summe 511			449,421		449,421	489,974	748,220
1/512		Rücklagen:							
1/51219	43	Zuführung an allgemeine Rücklage				0,001	0,001	0,001	929,197
1/51249	43	Zuführung an zweckgebundene Einnahmen-Rücklage	*			167,963	167,963	50,164	2.615,433
1/51259	43	Zuführung an Ausgleichsrücklage				0,001	0,001	0,001	15.554,064
1/51269	43	Zuführung an besondere Rücklage				0,001	0,001	0,001	1.788,349
1/51279	43	Zuführung an besondere Einnahmen-Rücklage.				0,003	0,003		
		Summe 512				167,969	167,969	50,167	20.887,043

Anmerkungen:

- 51 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/500 mitveranschlagt.
- 1/5110 Ausgabe nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/51100 (434,765 Millionen Schilling) sowie durch Entnahme aus Rücklagen beim VA-Ansatz 2/51248 (12,455 Millionen Schilling).
1996 Überweisung an VA-Ansatz 2/10050 (444,749 Millionen Schilling).
- 1/5111 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/51110 (2,201 Millionen Schilling).
- 1/51249 Bedeckung eines Teilbetrages 1996 in Höhe von 7,798 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 2/51110, in Höhe von 99,999 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 2/52600 und in Höhe von 59,990 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 2/53400.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

105

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
51		Kassenverwaltung:						
2/510		Effekten- und Geldverkehr des Bundes:						
2/51017	43	Entnahmen aus dem Bundesbesitz			2.600,001	2.600,001	2.600,001	1.797,596
2/51034	43	Kursgewinne		32,571		32,571	1.035,010	703,538
2/51044	43	Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr		1.405,001		1.405,001	1.194,734	1.403,230
2/51054	43	Zinsen aus Währungstauschverträgen (Erwerb von Bundestitel)		0,001		0,001	0,001	
		Summe 510...		1.437,573	2.600,001	4.037,574	4.829,746	3.904,363
2/511		Geldverkehr des Bundes (zweckgeb. Gebarung):						
2/5110		Innovations- und Technologiefonds:						
2/51100		Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	434,765		434,765	455,765	621,723
	12			0,001		0,001	0,001	1,885
	36			11,262		11,262	5,762	3,686
	43			423,502		423,502	450,002	616,152
2/5111		Siedlungswasserwirtschaft:						
2/51110	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	10,000		10,000	10,000	31,073
		Summe 511...		444,765		444,765	465,765	652,797
2/512		Rücklagen:						
2/51217	43	Entnahme aus allgemeiner Rücklage (nicht veranschlagt)			0,001	0,001	0,001	1.558,902
2/51218	43	Entnahme aus allgemeiner Rücklage (veranschlagt)	*		21,901	21,901	102,983	44,143
2/51247	43	Entnahme aus zweckgeb. Einnahmen-Rücklage (nicht veranschlagt)			0,140	0,140	0,137	4.456,992
2/51248	43	Entnahme aus zweckgeb. Einnahmen-Rücklage (veranschlagt)	*		14,819	14,819	327,443	100,166
		Entnahmen aus zweckgeb. Einnahmen-Rücklage (veranschlagt)						
2/51257	43	Entnahme aus Ausgleichsrücklage			0,001	0,001	0,001	
2/51258	43	Verringerung der Ausgleichsrücklage			0,001	0,001	15.000,001	5.000,000
2/51267	43	Entnahme aus besonderer Rücklage (nicht veranschlagt)			0,001	0,001	0,001	1.197,462
2/51268	43	Entnahme aus besonderer Rücklage (veranschlagt)	*		2.979,887	2.979,887	1.712,848	228,848
2/51277	43	Entnahme aus besonderer Einnahmen-Rückl. (nicht veranschlagt)			0,003	0,003		
2/51278	43	Entnahme aus besonderer Einnahmen-Rückl. (veranschlagt)			0,001	0,001		
2/51297	43	Auflösung von Rücklagen	*		3.133,707	3.133,707	38,399	1.501,902
		Summe 512...			6.150,462	6.150,462	17.181,814	14.088,416

Anmerkungen:

- 2/51100 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/5110.
- 2/51110 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/5111 (2,201 Millionen Schilling), beim VA-Ansatz 1/18636 (0,001 Millionen Schilling) sowie Rücklagenzuführung in Höhe von 7,798 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 1/51249.
- 2/51218 Korrespondierende Ausgaben 1996 der Entnahme aus Rücklage bei den VA-Ansätzen 1/15703 (9,800 Millionen Schilling), 1/15723 (0,800 Millionen Schilling), 1/15923 (5,300 Millionen Schilling), 1/17323 (1,000 Millionen Schilling), 1/17903 (3,000 Millionen Schilling) und 1/17923 (2,000 Millionen Schilling).
- 2/51248 Korrespondierende Ausgaben 1996 der Entnahme aus Rücklage bei den VA-Ansätzen 1/14104 (0,002 Millionen Schilling), 1/50226 (0,112 Millionen Schilling), 1/50408 (2,248 Millionen Schilling) und 1/51108 (12,455 Millionen Schilling).
- 2/51268 Korrespondierende Ausgaben 1996 der Entnahme aus Rücklage beim VA-Ansatz 1/10066 (72,886 Millionen Schilling), 1/15006 (119,000 Millionen Schilling), 1/15166 (30,000 Millionen Schilling), 1/17217 (950,000 Millionen Schilling), 1/18606 (20,000 Millionen Schilling), 1/18636 (1.546,000 Millionen Schilling) und 1/18646 (242,000 Millionen Schilling).
- 2/51297 Hievon 60,000 Millionen Schilling vom VA-Ansatz 1/17973, 108,426 Millionen Schilling vom VA-Ansatz 1/20303, 2.644,651 Millionen Schilling vom VA-Ansatz 2/53400, 20,560 Millionen Schilling vom VA-Ansatz 2/60050, 257,499 Millionen Schilling vom VA-Ansatz 2/60890, 11,019 Millionen Schilling vom VA-Ansatz 2/64160, 1,902 Millionen Schilling vom VA-Ansatz 2/64250, 0,017 Millionen Schilling vom VA-Ansatz 2/64260, 0,376 Millionen Schilling vom VA-Ansatz 2/64421 und 29,207 Millionen Schilling vom VA-Ansatz 2/64400.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/518		Sonstige Pauschalvorsorgen:							
1/5180		Pauschalvorsorge für Personal:							
1/51800	43	Personalausgaben		0,002			0,002		
1/51807	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,002		0,002		
	22				0,002		0,002		
		Summe 5180...		0,002	0,002		0,004		
1/5181		Pauschalvorsorge für Sachausgaben:							
1/51816	43	Förderungen			24,000		24,000	24,000	
1/51817	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,000		1,000	1,000	
	43				0,400		0,400	0,400	
					0,600		0,600	0,600	
1/51818	21	Aufwendungen			25,000		25,000	25,000	
	43				0,300		0,300	0,300	
					24,700		24,700	24,700	
		Summe 5181...			50,000		50,000	50,000	
		Summe 518...		0,002	50,002		50,004	50,000	
519		Sonstige Kassenverwaltungs-Ausgaben:							
1/51908	43	Allgemeine Ausgaben			0,002		0,002	0,002	
5191		Kurzfristige Verpflichtungen:							
1/51918	43	Kurzfristige Verpflichtungen d. Bundes (Zinsen u. Begebungsk.)			315,003		315,003	496,001	395,887
7/51919	43	Kurzfristige Verpflichtungen des Bundes (Tilgung)				75.000,000	75.000,000	75.000,000	31.033,288
		Summe 5191...			315,003	75.000,000	75.315,003	75.496,001	31.429,175
		Summe 519...			315,005	75.000,000	75.315,005	75.496,003	31.429,175
		Summe 1/51...		0,002	1.068,661	2.967,970	4.036,633	4.776,817	25.599,732
		Summe 7/51...				75.000,000	75.000,000	75.000,000	31.033,288
		Gesamtausgaben 51...		0,002	1.068,661	77.967,970	79.036,633	79.776,817	56.633,019

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

107

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
		E I N N A H M E N						
2/513		Zahlungen von der EU:						
2/51304	43	Art. 81 EU-Beitrittsakte (EU)		1.378,000		1.378,000	7.870,500	
2/51305	43	Europ. Sozialfonds (EU)		0,001		0,001	0,001	
2/51306	43	Europ. Regionalfonds (EU)		0,001		0,001	0,001	
2/51314	43	EAGFL/Garantie (EU)		12.059,720		12.059,720	4.404,001	
2/51315	43	EAGFL/Ausrichtung und FIAF (EU)		1.748,140		1.748,140	800,000	
		<i>EAGFL/Ausrichtung (EU)</i>						
			Summe 513...	15.185,862		15.185,862	13.074,503	
519		Sonstige Kassenverwaltungs-Einnahmen:						
2/51904	43	Allgemeine Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
8/5191		Kurzfristige Verpflichtungen:						
8/51919	43	Kurzfristige Aufnahmen des Bundes			75.000,000	75.000,000	75.000,000	31.135,568
			Summe 519...	0,001	75.000,000	75.000,001	75.000,001	31.135,568
			Summe 2/51...	17.068,201	8.750,463	25.818,664	35.551,829	18.645,576
			Summe 8/51...		75.000,000	75.000,000	75.000,000	31.135,568
			Gesamteinnahmen 51...	17.068,201	83.750,463	100.818,664	110.551,829	49.781,143

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/52		Öffentliche Abgaben:	*						

Anmerkungen:

1/52 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/504 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

109

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/52		Öffentliche Abgaben:						
2/520		Einkommen- und Vermögensteuern:						
2/52004		Veranlagte Einkommensteuer	*	36.000,000		36.000,000	29.300,000	31.595,468
	22			3.084,488		3.084,488	2.980,005	3.044,149
	43			32.915,512		32.915,512	26.319,995	28.551,320
2/52014		Lohnsteuer	*	162.300,000		162.300,000	150.000,000	134.767,245
	22			10.399,193		10.399,193	10.335,401	10.048,007
	43			151.900,807		151.900,807	139.664,599	124.719,237
2/52024		Kapitalertragsteuer	*	3.700,000		3.700,000	4.000,000	4.178,556
	22			78,060		78,060	89,880	95,689
	43			3.621,940		3.621,940	3.910,120	4.082,867
2/52025	43	Kapitalertragsteuer auf Zinsen		22.300,000		22.300,000	21.500,000	19.747,672
2/52034		Körperschaftsteuer	*	43.000,000		43.000,000	26.200,000	21.136,709
	22			907,300		907,300	588,714	484,031
	43			42.092,700		42.092,700	25.611,286	20.652,679
2/52036	43	Abgabe von Zuwendungen		5,000		5,000	5,000	4,865
2/52044	43	Gewerbesteuer	*	500,000		500,000	1.500,000	2.474,359
2/52054	43	Bundesgewerbesteuer		380,000		380,000	1.100,000	1.840,216
2/52064	43	Vermögensteuer		100,000		100,000	500,000	886,082
2/52065	43	Erbschaftssteueräquivalent		10,000		10,000	100,000	169,117
2/52066	43	Erbschafts- und Schenkungssteuer		1.600,000		1.600,000	1.300,000	1.283,397
2/52074	43	Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben		280,000		280,000	280,000	276,740
2/52084	43	Bodenwertabgabe		75,000		75,000	73,000	72,273
2/52086	43	Wohnbauförderungsbeitrag		7.400,000		7.400,000	7.200,000	6.837,895
2/52094	43	Sonderabgabe von Banken		10,000		10,000	100,000	285,277
		Summe 520...		277.660,000		277.660,000	243.158,000	225.555,870
2/521		Einkommen- und Vermögensteuern (zweckgebundene Beiträge):						
2/52180	13	Kunstförderungsbeitrag	*	140,000		140,000	135,000	137,956
		Summe 520 und 521...		277.800,000		277.800,000	243.293,000	225.693,827
2/522		Umsatzsteuer: Umsatzsteuern						
2/52204	43	Umsatzsteuer		210.700,000		210.700,000	189.000,000	202.572,112
2/523		Ein- und Ausfuhrabgaben: Einfuhrabgaben						
2/52304	43	Zölle		3.590,000		3.590,000	5.500,000	6.830,889
2/52364	43	Übrige Ein- und Ausfuhrabgaben		10,000		10,000	500,000	1.322,440
		Summe 523...		3.600,000		3.600,000	6.000,000	8.153,329

Anmerkungen:

2/52004)	Aufgabenbereich 22: Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 2/52874 und 2/52875.						
2/52014)	43: Hievon sind für den Katastrophenfonds vorgesehen:	BVA 1996	BVA 1995	Erfolg 1994			
2/52024)	VA-Ansatz		Mill. S				
2/52034)	2/52004	523,878	605,005	669,149			
		2/52014	2.417,626	3.210,401	2.923,007			
		2/52024	57,646	89,880	95,689			
		2/52034	669,940	588,714	484,031			
		Insgesamt.	3.669,090	4.494,000	4.171,876			
		Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 2/52894.						
2/52044		Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 2/52814.						
2/52180		Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/1303 (79,968 Millionen Schilling) sowie bei den VA-Ansätzen 1/12456 (5,645 Millionen Schilling), 1/12486 (8,467 Millionen Schilling), 1/50408 (5,600 Millionen Schilling) und 2/52804, AB 13 (40,320 Millionen Schilling).						

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/52		Öffentliche Abgaben:	*						

Anmerkungen:

1/52 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/504 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDES VORANSCHLAG 1996

111

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/524		Verbrauchssteuern:						
2/52404	43	Tabaksteuer		13.100,000		13.100,000	12.500,000	12.190,310
2/52414	43	Biersteuer		2.100,000		2.100,000	2.200,000	2.263,003
2/52420	34	Absatzförderungsbeitrag auf Milch (zweckgeb. Einnahmen)	*	0,002		0,002	0,004	62,000
2/52444	43	Mineralölsteuer <i>Mineralölsteuer - MinStG 1981</i>		33.500,000		33.500,000	34.000,000	27.097,563
2/52464	43	Alkoholsteuer <i>Monopolausgleich (Branntwein)</i>		900,000		900,000	400,000	300,641
2/52484	43	Schaumweinsteuer		250,000		250,000	300,000	428,017
2/52421	34	Abhofpauschale auf Milch (zweckgeb. Einnahmen)						168,811
2/52454	43	Branntweinaufschlag						228,581
2/52474	43	Weinsteuer					55,000	261,502
2/52494	43	Abgabe auf Stärkeerzeugnisse					70,000	
		Summe 524		49.850,002		49.850,002	49.525,004	43.000,429
2/525		Stempel- und Rechtsgebühren:						
2/52504	43	In Stempelmarken entrichtete Gebühren		3.000,000		3.000,000	3.000,000	3.123,647
2/52524	43	Übrige Gebühren		5.600,000		5.600,000	5.800,000	5.401,449
		Summe 525		8.600,000		8.600,000	8.800,000	8.525,096
2/526		Verkehrssteuern:						
2/52600	43	Sicherheitsabgabe (zweckgebundene Einnahmen) ... *		220,000		220,000	130,000	128,776
2/52604	43	Kapitalverkehrssteuern		1.200,000		1.200,000	1.000,000	1.516,634
2/52615	43	Energieabgabe		3.000,000		3.000,000		
2/52624	43	Normverbrauchsabgabe		5.300,000		5.300,000	4.600,000	4.606,340
2/52634	43	Gründerwerbsteuer		5.500,000		5.500,000	5.500,000	5.222,921
2/52644	43	Versicherungssteuer		9.400,000		9.400,000	7.700,000	7.238,047
2/52645	43	Motorbezogene Versicherungssteuer		7.700,000		7.700,000	7.800,000	7.583,795
2/52654	43	Straßenbenützungsabgabe <i>Straßenverkehrsbeitrag</i>		1.700,000		1.700,000	2.000,000	3.128,738
2/52661	33	Kraftfahrzeugsteuer (zweckgebundene Einnahmen) ... *		830,000		830,000	500,000	267,739
2/52664	43	Kraftfahrzeugsteuer		715,000		715,000	1.000,000	497,230
2/52674	43	Spielbankabgabe		1.250,000		1.250,000	1.250,000	1.177,339
2/52675	43	Konzessionsabgabe		2.250,000		2.250,000	2.100,000	2.007,529
2/52690	21	Altlastenbeitrag (zweckgebundene Einnahmen) ... *		300,000		300,000	250,000	211,051
2/52614	43	Sonderabgabe von Erdöl					200,000	165,555
2/52680	36	Außenhandelsförderungsbeitrag (zweckgebundene Einnahmen)					0,001	1.345,337
2/52684	43	Außenhandelsförderungsbeitrag					0,001	124,977
		Summe 526		39.365,000		39.365,000	34.030,002	35.222,008
		Summe 522 bis 526		312.115,002		312.115,002	287.355,006	297.472,973
2/52704	43	Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben		370,005		370,005	1.500,000	1.369,906
		Summe 520 bis 527		590.285,007		590.285,007	532.148,006	524.536,706

Anmerkungen:

2/52420 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60496.

2/52600 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/1130 mitveranschlagt sowie Rücklagenzuführung in Höhe von 99,999 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 1/51249.

2/52661 Korrespondierende Ausgaben bzw. Überweisungen bei folgendem VA-Ansatz

1/65204

830,000

500,000

245,000

2/52690 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/18626 (255,000 Millionen Schilling) sowie beim VA-Ansatz 1/18628 (45,000 Millionen Schilling).

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Ann.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/527		Verschiedene Kosten:							
1/52708	43	Druckkosten			12,800	12,800	12,480	7,356
		<i>Stempelmarken - Druckkosten</i>							
1/52718	43	Verkaufsvergütungen			114,450	114,450	113,424	84,485
		<i>Stempelmarken - Verkaufsvergütungen</i>							
1/52728	43	Verfahrenskosten			14,970	14,970	15,203	12,734
		Gesamtausgaben 52...			142,220	142,220	141,107	104,575

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

113

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/528		Ab Überweisungen (I):						
2/52804		Ab Überweisungen						
	13	Ertragsanteile der Länder und Gemeinden	*	-152700,162		-152700,162	-141370,921	-140977,271
	43			-40,320		-40,320	-38,880	-39,731
				-152659,842		-152659,842	-141332,041	-140937,539
2/52805	43	Steueranteil für die Fonds	*	-1.352,694		-1.352,694	-1.213,380	-1.191,272
2/52814	43	Gewerbesteuer an die Gemeinden	*	-500,000		-500,000	-1.500,000	-4.212,407
2/52874	22	An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Anteile)	*	-4.969,041		-4.969,041	-4.494,000	
2/52875	22	An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Abgeltungen)	*	-9.500,000		-9.500,000	-9.500,000	
2/52894	43	An den Katastrophenfonds	*	-3.669,090		-3.669,090	-4.494,000	
2/52870	22	An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Anteile)						-4.171,876
2/52871	22	An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Abgeltungen)						-9.500,000
2/52880	36	Außenhandelsförderungsbeitrag an die Bundeskammer					-0,001	-1.692,598
2/52890	43	An den Katastrophenfonds						-4.389,069
		Summe 528...		-172690,987		-172690,987	-162572,302	-166134,492
2/529		Ab Überweisungen (II):						
2/52904	43	Beitrag zur Europäischen Union		-29.434,000		-29.434,000	-28.103,000	
		Gesamteinnahmen 52...		388.160,020		388.160,020	341.472,704	358.402,214

Anmerkungen:

- 2/52804 AB 13: Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52180.
2/52805 Überweisungen an den VA-Ansatz 2/17294 (1.352,694 Millionen Schilling) für den Krankenanstalten-Zusammen-
arbeitsfonds.
2/52814 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52044.
2/52874 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/52004, 2/52014, 2/52024 und 2/52034.
Überweisung an VA-Ansatz 2/19310.
2/52875 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/52004 und 2/52014. Überweisung an VA-Ansatz 2/19311.
2/52894 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/52004, 2/52014, 2/52024 und 2/52034.
Überweisung an VA-Ansatz 2/53400.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/53		Finanzausgleich:	*						
1/530		Leistungen an Länder und Gemeinden:							
1/53007	43	Ertragsanteilekopffquoten-Ausgleich der Länder			1.350,000		1.350,000	1.375,000	1.282,879
1/53017	43	Finanzkraftstärkung der Gemeinden			1.005,507		1.005,507	949,157	952,532
1/53037	43	Bundesbahn-Betriebsstättengemeinden			100,000		100,000	100,000	100,000
1/53047	43	Finanzzuweisung f. umweltschonende u. energiesparende Maßn.			355,050		355,050		
1/53058	43	Bedarfszuweisungen an Gemeinden			15,000		15,000	2,880	9,200
1/53067	43	Polizeikostenersatz an Städte mit eigenem Statut			65,000		65,000	66,000	64,380
1/53077	34	Finanzzuweisungen in Agrarangelegenheiten.			300,000		300,000	300,000	
1/53097	33	Finanzzuweisungen in Nahverkehrsangelegenheiten			1.787,480		1.787,480	1.871,150	1.345,510
		Summe 530...			4.978,037		4.978,037	4.664,187	3.754,501
1/532		Zweckzuschüsse des Bundes I:							
1/53217	23	Zuschüsse nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz			440,000		440,000	440,000	374,329
1/5322		Zuschüsse zur Theaterführung an Länder und Gemeinden:							
1/53227	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			293,000		293,000	293,000	293,000
1/53228	13	Aufwendungen			49,600		49,600	2,880	2,104
		Summe 5322...			342,600		342,600	295,880	295,104
1/53237	23	Zuschüsse nach §3 WBF-ZG			156,000		156,000	157,000	156,091
1/53247	23	Zuschüsse nach §1 und §5 WBF-ZG			27.680,865		27.680,865	24.245,600	22.169,704
1/53287	21	Zuschüsse für Umweltschutz an Länder und Gemeinden			120,000		120,000	120,000	120,000
		Summe 532...			28.739,465		28.739,465	25.258,480	23.115,227

Anmerkungen:

1/53 Verwaltungsaufwendungen beim Titel 1/500 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDES VORANSCHLAG 1996

115

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/53		Finanzausgleich:						
2/532		Zweckzuschüsse und Finanzzuweisungen, Beiträge u. Ersätze:						
2/53204	43	Übergewinne an Zweckzuschüssen des Bundes		0,002	0,002	0,001
2/53214	43	Übergewinne an Finanzzuweisungen des Bundes		0,001	0,001	0,001
2/53254	23	Startwohnung-Rückzahlungsbegünstigungsaktion ...		0,001	0,001	6,000	12,000
2/53274	23	Rückz. v. Darl. n. d. Rückzahlungsbegünstigungsgesetz 1987		0,003	0,003	0,003
		Summe 532...		0,007	0,007	6,005	12,000

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/534		Katastrophenfonds (zweckgeb. Geb.):							
1/53408	43	Schäden im Vermögen privater Personen			130,253		130,253	495,487	104,485
1/53418	43	Zahlungen an Länder			365,074		365,074	431,399	306,690
1/53428	43	Schäden im Vermögen der Gemeinden			281,419		281,419	315,310	152,186
1/5343		Verwaltung des Katastrophenfonds:							
1/53438	43	Aufwendungen			0,011		0,011	0,011	0,000
1/53448	43	Ausgleich von Härten nach Nuklearereignissen			6,000		6,000	2,000	1,268
1/53458	43	Schäden im Vermögen des Bundes	*		229,318		229,318	450,443	386,367
1/53468	43	Vorbeugung gegen Hochwasser- und Lawinenschäden	*		2.487,026		2.487,026	2.837,791	2.316,547
1/53478	43	Warn- und Alarmsystem	*		50,000		50,000	50,000	50,000
1/53488	43	Hagelversicherung	*		120,000		120,000	75,000	
1/53498	43	Überweisung an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen							2.000,000
		Summe 534...			3.669,101		3.669,101	4.657,441	5.317,543
		Gesamtausgaben 53...			37.386,603		37.386,603	34.580,108	32.187,271

Anmerkungen:

- 1/53458 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/60050, 2/60890, 2/64260 u. 2/77300, die bei den VA-Ansätzen 1/60058, 1/60808, 1/60858, 1/64268 und 1/77368 verausgabt werden.
- 1/53468 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/60050, 2/60890, 2/64160, 2/64250, 2/64260, 2/64400 und 2/64421, die bei den VA-Ansätzen 1/60058, 1/60126, 1/60808, 1/60836, 1/60838, 1/60858, 1/60876, 1/64166, 1/64253, 1/64258, 1/64268, 1/64403, 1/64408 und 1/64448 verausgabt werden.
- 1/53478 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11120, die bei den VA-Ansätzen 1/11123, 1/11126 und 1/11128 verausgabt werden.
- 1/53488 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50250, die beim VA-Ansatz 1/50256 verausgabt werden.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

117

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/534		Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen):						
2/53400	43	Dotierung des Katastrophenfonds	*	3.729,091	3.729,091	4.544,001	4.514,384
		Gesamteinnahmen 53...		3.729,098	3.729,098	4.550,006	4.526,384

Anmerkungen:

2/53400 Überweisung vom VA-Ansatz 2/52894 (3.669,090 Millionen Schilling) und Zinsen aus der Veranlagung von Bankguthaben sowie aus Kursgewinnen (60,001 Millionen Schilling). Rücklagenzuführung 59,990 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 1/51249. Korrespondierende Ausgaben beim Titel 1/534.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
54		Bundesvermögen:	*						
1/540		Kapitalbeteiligung:							
1/5401		Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft:							
1/54013	36	Anlagen				0,001	0,001	0,001	
1/54022	36	Entschädigungen für verstaatlichte Unternehmungen				0,002	0,002	0,002	
1/54043	35	Sonstige Elektrizitätswirtschaft (2. Verstaatlichungsgesetz)				0,001	0,001	0,001	
1/54052	38	Internationale Finanzinstitutionen				2.997,251	2.997,251	3.239,929	967,783
1/54093		Sonstige Unternehmungen				2,010	2,010	174,297	51,038
	23					0,001	0,001	0,288	
	32					0,002	0,002	0,002	
	33					0,004	0,004	174,003	51,038
	36					1,000	1,000		
	37					0,001	0,001	0,001	
	38					1,002	1,002	0,003	
1/54003	33	Verstaatlichte Unternehmungen						0,001	
		Summe 540...				2.999,265	2.999,265	3.414,231	1.018,821
1/541		Kapitalbeteiligung (Sonstiger Aufwand):							
1/54107	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,002		0,002		
1/54108	43	Aufwendungen			61,057		61,057		
		Summe 541...			61,059		61,059		

Anmerkungen:

54 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/500 mitveranschlagt; falls jedoch Finanzlandesdirektionen anweisungsberechtigt sind, sind die Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/5040 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

119

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1996	Bundesvoranschlag 1995	Erfolg 1994
2/54		Bundesvermögen:						
2/540		Kapitalbeteiligung (Erträge):						
2/54014	36	Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft		0,001		0,001	0,001	
2/5404		Elektrizitätswirtschaft:						
2/54044	35	Erfolgswirksame Einnahmen		125,745		125,745	271,945	271,947
2/5405		Internationale Finanzinstitutionen:						
2/54057	38	Bestandswirksame Einnahmen			0,001	0,001		
2/54052	38	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen					0,001	
		Summe 5405			0,001	0,001	0,001	
2/5407		Oesterreichische Nationalbank:						
2/54070	38	Zweckgebundene Einnahmen	*	80,000		80,000	676,772	923,543
2/54074	38	Erfolgswirksame Einnahmen		4.927,500		4.927,500	5.383,728	4.912,007
		Summe 5407		5.007,500		5.007,500	6.060,500	5.835,550
2/54084	36	Mit Monopolverwaltungen betraute Unternehmungen.*		308,000		308,000	398,000	898,000
2/54094		Sonstige Unternehmungen		1.458,816		1.458,816	456,016	443,749
	23			25,600		25,600	47,900	48,165
	32			3,200		3,200	3,200	1,580
	33			47,500		47,500	62,400	60,300
	36			1.040,001		1.040,001	0,001	0,000
	37			0,001		0,001	0,001	
	38			342,514		342,514	342,514	333,703
		Summe 540		6.900,062	0,001	6.900,063	7.186,463	7.449,246
2/541		Kapitalbeteiligung (Erlöse):						
2/54104	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002		
2/5418		Veräußerungserlöse:						
2/54184		Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	
	33			0,001		0,001	0,001	
	38			0,001		0,001	0,001	
2/54187		Bestandswirksame Einnahmen		4.700,008	4.700,008	4.700,008	13.000,005	346,733
	23			0,001	0,001	0,001	0,001	6,200
	33			0,002	0,002	0,002	1.700,001	
	35			0,002	0,002	0,002	3.800,001	
	38			4.700,003	4.700,003	4.700,003	7.500,002	340,533
		Summe 5418		0,002	4.700,008	4.700,010	13.000,007	346,733
2/54197		Erlöse aus Liquidation und Kapitalherabsetzung						
	13			0,130	0,130	0,130	0,130	3,697
	33			0,126	0,126	0,126	0,126	3,697
	36			0,002	0,002	0,002	0,002	
	38			0,001	0,001	0,001	0,001	
				0,001	0,001	0,001	0,001	
		Summe 541		0,004	4.700,138	4.700,142	13.000,137	350,431

Anmerkungen:

2/54070 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/50107 (80,000 Millionen Schilling).

2/54084 Gemäß § 4 des Tabakmonopolgesetzes 1968, BGBl. Nr. 38/1968, ist die Austria Tabakwerke AG mit der Verwaltung des Tabakmonopols betraut.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/542		Bundesdarlehen:							
1/54255	23	Sonstige Unternehmungen				42,205	42,205	45,705	54,344
	32				42,202	42,202	45,702	54,344
	33				0,001	0,001	0,001
1/54285	43	Ausland				0,002	0,002	0,002
					0,001	0,001	0,001	226,000
		Summe 542				42,206	42,206	45,706	280,344
1/545		Einziehungen zum Bundesschatz:							
1/54507	43	Zahlungen im Zusammenhang mit den Einziehungen (Ges. Verpf.)			0,180		0,180	0,180
1/54508	43	Zahlungen im Zusammenhang mit den Einziehungen (Aufw.)			1,825		1,825	1,825	0,350
		Summe 545			2,005		2,005	2,005	0,350
1/546		Unbewegliches Bundesvermögen:							
1/54608	43	Aufwendungen			1,910		1,910	0,010

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

121

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/542		Bundesarlehen:						
2/5425		Sonstige Unternehmungen:						
2/54254		Zinsen		83,438		83,438	75,630	73,733
	23			76,351		76,351	72,104	70,009
	32			0,215		0,215	0,286	0,654
	33			6,872		6,872	3,240	3,069
2/54259		Darlehensrückzahlungen			79,185	79,185	72,389	76,765
	23				65,910	65,910	63,113	62,491
	32				5,224	5,224	5,224	5,224
	33				8,050	8,050	4,051	9,050
	36				0,001	0,001	0,001	
		Summe 5425...		83,438	79,185	162,623	148,019	150,498
2/5428		Ausland:						
2/54284	43	Zinsen		110,000		110,000	105,000	83,770
2/54289	43	Darlehensrückzahlungen			0,001	0,001	0,001	
		Summe 5428...		110,000	0,001	110,001	105,001	83,770
2/5429		Sonstige Darlehensempfänger:						
2/54294	43	Zinsen		0,056		0,056	0,062	0,057
2/54299	43	Darlehensrückzahlungen			0,149	0,149	0,147	0,129
		Summe 5429...		0,056	0,149	0,205	0,209	0,186
		Summe 542...		193,494	79,335	272,829	253,229	234,453
2/543		Beitragsleistungen für Miteigentumsanteile:						
2/5430		Flughafenbetriebsgesellschaften:						
2/54304	33	Erträge		0,001		0,001	0,001	0,065
2/54307	33	Rückzahlungen			0,001	0,001	174,000	58,879
		Summe 543...		0,001	0,001	0,002	174,001	58,944
2/545		Einziehungen zum Bundesschatz:						
2/5450		Verwertung verfallener Vermögensschaften (Bewegl. Bundesverm.):						
2/54504	43	Erträge		0,001		0,001	0,001	
2/54507	43	Veräußerungserlöse			0,001	0,001	0,001	
		Summe 5450...		0,001	0,001	0,002	0,002	
2/5451		Einziehungen aufgrund bes. Bestimmungen:						
2/54514	43	Sonstige Einziehungen		73,684		73,684	71,234	82,585
2/54510	43	Einnahmen aufgrund gesonderter Bundesgesetze (zweckgeb. Einn.)					0,011	0,004
		Summe 5451...		73,684		73,684	71,245	82,589
		Summe 545...		73,685	0,001	73,686	71,247	82,589
2/546		Unbewegliches Bundesvermögen:						
2/54602	43	Veräußerungen (zweckgeb. Einnahmen)	*		1,012	1,012	20,007	3,538
2/54607	43	Veräußerungen			282,293	282,293	105,048	181,996
2/54624	43	Belastungen		1.112,000		1.112,000	705,000	550,417
2/54644	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,000		1,000	0,100	1,741
2/54634	43	Nutzungen					0,002	0,000
		Summe 546...		1.113,000	283,305	1.396,305	830,157	737,692

Anmerkungen:

2/54602 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/40103 (1,001 Millionen Schilling), 1/60993 (0,003 Millionen Schilling), 1/64633 (0,003 Millionen Schilling), 1/64723 (0,002 Millionen Schilling) und 1/64753 (0,003 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/547		Haftungsübernahmen des Bundes:							
1/5470		Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (zweckgeb. Geb.):							
1/54707	36	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) (AFG)			26,400		26,400	26,400	15,427
1/54708	36	Nebengebarung (AFG)			3.246,600		3.246,600	3.246,600	2.517,173
1/54709	36	Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG)(B)				7.227,000	7.227,000	7.227,000	8.722,166
		Summe 5470.			3.273,000	7.227,000	10.500,000	10.500,000	11.254,766
1/5471		Sonstige Finanzhaftungen:							
1/54718	36	Nebengebarung zu sonstigen Finanzhaftungen	*		798,200		798,200	806,080	877,418
1/54719		Zahlungen aus Finanzhaftungen (B)				0,390	0,390	0,502	
	22					0,034	0,034	0,036	
	32					0,001	0,001	0,001	
	33					0,002	0,002	0,002	
	34					0,340	0,340	0,360	
	35					0,002	0,002	0,002	
	36					0,011	0,011	0,101	
		Summe 5471.			798,200	0,390	798,590	806,582	877,418
1/5472		Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (Übrige Gebarung):							
1/54728	36	Nebengebarung (AFG)			0,002		0,002	0,002	
1/54729	36	Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG)(B)				1.800,001	1.800,001	2.000,001	2.875,000
		Summe 5472.			0,002	1.800,001	1.800,003	2.000,003	2.875,000
1/5473		Haftungen gegenüber Dritten:							
1/54738	12	Aufwendungen			0,001		0,001	0,001	
		Summe 547.			4.071,203	9.027,391	13.098,594	13.306,586	15.007,184

Anmerkungen:

1/54718 Hievon 1996 325,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54710.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

123

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/547		Haftungsübernahmen des Bundes:						
2/5470	36	Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (zweckgeb. Geb.):						
2/54700	36	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		3.600,000		3.600,000	3.600,000	2.964,037
2/54702	36	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen			6.900,000	6.900,000	6.900,000	7.245,249
		Summe 5470...		3.600,000	6.900,000	10.500,000	10.500,000	10.209,286
2/5471		Sonstige Finanzhaftungen:						
2/54710	36	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (AFFG).*		325,000		325,000	100,000	251,826
2/54714	36	Erfolgswirksame Einnahmen		326,182		326,182	253,144	223,021
2/54717		Bestandswirksame Einnahmen			0,158	0,158	1,008	0,206
	22				0,001	0,001	0,001	
	32				0,001	0,001	0,001	
	33				0,002	0,002	0,002	
	34				0,001	0,001	0,001	0,053
	35				0,002	0,002	0,002	
	36				0,151	0,151	1,001	0,153
		Summe 5471...		651,182	0,158	651,340	354,152	475,053
		Summe 547...		4.251,182	6.900,158	11.151,340	10.854,152	10.684,339

Anmerkungen:

2/54710 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/54718 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
548		Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen:							
1/54817	36	ERP-Fonds			5,654		5,654	5,712	5,774
1/5482		Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien:							
1/54826	37	Kostenersatz an IAKW			150,001		150,001	134,401	150,000
1/54828	37	Aufwendungen für Internationales Zentrum Wien			9,625		9,625	8,352	5,621
		Summe 5482			159,626		159,626	142,753	155,621
1/54838	33	Abgeltung an Donaukraftwerke f. Aufwand im öffentl. Interesse			521,000		521,000	500,160	521,000
5484		Sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen:							
1/54846		Förderungen			62,002		62,002	350,211	384,323
	11				4,000		4,000	4,608	3,523
	33				58,000		58,000	345,601	343,800
	38				0,001		0,001	0,001	
	43				0,001		0,001	0,001	37,000
1/54847		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			3.031,594		3.031,594	110,205	97,277
	12				16,500		16,500	18,000	17,277
	21				150,000		150,000	92,200	80,000
	36				2.865,094		2.865,094	0,005	
7/54847	36	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1.910,185		1.910,185	4.345,593	1.251,840
1/54848		Aufwendungen			2.201,023		2.201,023	2.264,441	2.291,650
	36				67,504		67,504	86,400	38,463
	38				673,518		673,518	834,040	462,571
	43				1.460,001		1.460,001	1.344,001	1.790,616
		Summe 5484			7.204,804		7.204,804	7.070,450	4.025,090
		Summe 548			7.891,084		7.891,084	7.719,075	4.707,484
		Summe 1/54			10.117,076	12.068,862	22.185,938	20.142,020	19.762,344
		Summe 7/54			1.910,185		1.910,185	4.345,593	1.251,840
		Gesamtausgaben 54			12.027,261	12.068,862	24.096,123	24.487,613	21.014,184

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

125

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/548		Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen:						
2/5482		Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien:						
2/54824	37	Erfolgswirksame Einnahmen		2,602		2,602	2,602	2,742
2/54834	38	Verschiedene Abfahren		250,000		250,000	150,000	150,355
2/5484		Sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen:						
2/54844	43	Zinsen aus Zahlungsverpflichtungen		5,400		5,400	5,400	6,049
2/54845	43	Forderungen an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen		38,197		38,197	0,001	
2/54847	43	Rückzahlung aus Zahlungsverpflichtungen			0,001	0,001	0,001	
		Summe 5484...		43,597	0,001	43,598	5,402	6,049
		Summe 548...		296,199	0,001	296,200	158,004	159,146
		Gesamteinnahmen 54...		12.827,627	11.962,940	24.790,567	32.527,390	19.756,840

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/55		Pensionen (Hoheitsverwaltung):	*						
1/550		Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes:							
1/55000	43	Ruhebezüge		22.953,669			22.953,669	22.403,650	20.826,247
1/55010	43	Versorgungsbezüge		5.908,292			5.908,292	5.780,597	5.756,758
1/55020	43	Außerordentliche Versorgungsgenüsse		10,854			10,854	11,387	12,872
1/55030	43	Dienstgeberbeiträge		904,424			904,424	846,763	793,238
1/55047	22	Familien- und Geburtenbeihilfen			102,799		102,799	108,819	101,685
1/55057	43	Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz			538,115		538,115	557,467	
		Summe 550		29.777,239	640,914		30.418,153	29.708,683	27.490,800
1/551		Ersätze an Länder:							
1/55107	43	Ersätze für Pensionen der Landeslehrer			8.857,156		8.857,156	8.714,152	8.475,903
1/552		Sonstige Bedienstete:							
1/55200	43	Ruhebezüge		191,617			191,617	200,802	209,382
1/55210	43	Versorgungsbezüge		106,582			106,582	107,412	121,692
1/55220	43	Außerordentliche Versorgungsgenüsse		57,618			57,618	62,271	70,293
1/55230	43	Dienstgeberbeiträge		11,510			11,510	11,606	11,521
1/55247	22	Familien- und Geburtenbeihilfen			0,836		0,836	0,966	0,857
1/55257	43	Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz			31,106		31,106	35,446	
		Summe 552		367,327	31,942		399,269	418,503	413,745
1/55305	23	Pensionsvorschüsse				1,278	1,278	1,278	0,210
	43					0,304	0,304	0,304	
	43					0,974	0,974	0,974	0,210
1/55400	43	Geldaushilfen		3,019			3,019	3,019	0,055
1/555		Sonstige Pensionsleistungen:							
1/5550		Österreichische Bundesbahnen:							
1/55507	33	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			21.220,000		21.220,000	20.575,000	2,847
1/55500	33	Pensionen							19.661,537
		Summe 5550			21.220,000		21.220,000	20.575,000	19.664,384
1/5551		Post- und Telekom Austria AG:							
1/55517	33	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			7.630,000		7.630,000		
		Summe 555			28.850,000		28.850,000	20.575,000	19.664,384
		Gesamtausgaben 55		30.147,585	38.380,012	1,278	68.528,875	59.420,635	56.045,097

Anmerkungen:

1/55 Verwaltungs-Aufwendungen bei den zuständigen Ressorts (insbesondere beim Kapitel 50) mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

127

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/55		E I N N A H M E N						
		Pensionen (Hoheitsverwaltung):						
2/550		Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes:						
2/55004	43	Beiträge von Gemeinden für ehemalige Polizeibedienstete		0,492		0,492	0,492	0,520
2/55005	43	Ersätze der Österreichischen Postsparkasse		226,448		226,448	223,372	221,122
2/55006	43	Beiträge von Unternehmungen mit Bundesbediensteten		0,001		0,001	0,001	
		Summe 550...		226,941		226,941	223,865	221,642
2/552		Sonstige Bedienstete:						
2/55205	43	Beiträge von Unternehmungen mit Bundesbediensteten		5,198		5,198	5,670	6,739
2/55309	23	Pensionsvorschußersätze			0,174	0,174	0,134	0,167
	43				0,005	0,005	0,005	
					0,169	0,169	0,129	0,167
2/555		Sonstige Pensionsleistungen:						
2/5550		Österreichische Bundesbahnen:						
2/55504	33	Beitrag der Österreichischen Bundesbahnen		5.110,000		5.110,000	5.040,000	4.824,953
2/5551		Post- und Telekom Austria AG:						
2/55514	33	Beitrag der Post- und Telekom Austria AG		2.800,000		2.800,000		
		Summe 555...		7.910,000		7.910,000	5.040,000	4.824,953
2/556		Sonstige Pensionseinnahmen:						
2/55604	43	Pensionsbeiträge		6.430,867		6.430,867	6.169,725	5.494,127
2/55614	43	Überweisungen von Pensionsträgern		369,822		369,822	372,152	430,900
2/55615	43	Pensionssicherungsbeitrag		446,952		446,952	321,966	13,064
2/55624	43	Verschiedene Einnahmen		0,002		0,002	0,002	
		Summe 556...		7.247,643		7.247,643	6.863,845	5.938,092
		Gesamteinnahmen 55...		15.389,782	0,174	15.389,956	12.133,514	10.991,593

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
59		Finanzschuld, Währungstauschverträge:	*						
590		Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:							
5900		Anleihen:							
1/59008	43	Verzinsung und Aufgeld		38.906,936		38.906,936	34.288,298	29.237,034	
7/59009	43	Tilgung			29.328,117	29.328,117	32.886,024	18.966,352	
		Summe 5900...		38.906,936	29.328,117	68.235,053	67.174,322	48.203,386	
5901		Bundesschatzscheine:							
1/59018	43	Verzinsung und Aufgeld		4.523,888		4.523,888	5.116,577	6.078,626	
7/59019	43	Tilgung			11.329,077	11.329,077	14.111,072	13.623,350	
		Summe 5901...		4.523,888	11.329,077	15.852,965	19.227,649	19.701,976	
5908		Bundesschatzscheine:							
1/59088	43	Verzinsung		4.807,241		4.807,241	5.534,148	5.666,036	
7/59089	43	Tilgung			30.357,042	30.357,042	37.007,049	11.270,000	
1/59087	43	Verzinsung					6,750	18,000	
		Summe 5908...		4.807,241	30.357,042	35.164,283	42.547,947	16.954,036	
		Summe 590...		48.238,065	71.014,236	119.252,301	128.949,918	84.859,399	
591		Nicht titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:							
5910		Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmen:							
1/59108	43	Verzinsung		9.430,733		9.430,733	7.364,059	6.644,266	
7/59109	43	Tilgung			6.509,614	6.509,614	3.220,171	3.394,601	
		Summe 5910...		9.430,733	6.509,614	15.940,347	10.584,230	10.038,867	
5911		Darlehen von Kreditunternehmen:							
1/59118	43	Verzinsung und Aufgeld		14.385,369		14.385,369	14.487,442	15.682,560	
7/59119	43	Tilgung			7.203,154	7.203,154	5.715,382	5.244,806	
		Summe 5911...		14.385,369	7.203,154	21.588,523	20.202,824	20.927,365	
5912		Kredite und Darlehen von Gebietskörperschaften:							
1/59128	43	Verzinsung		0,031		0,031	0,032	0,033	
7/59129	43	Tilgung			0,113	0,113	0,112	0,110	
		Summe 5912...		0,031	0,113	0,144	0,144	0,143	
5914		Sonstige Kredite und Darlehen:							
7/59149	43	Tilgung			4,631	4,631	1.152,661	4,631	
1/59148	43	Verzinsung					28,852		
		Summe 5914...			4,631	4,631	1.181,513	4,631	
5919		Notenbankschuld:							
1/59198	43	Verzinsung					6,897	8,455	
7/59199	43	Tilgung					596,784	843,547	
		Summe 5919...					603,681	852,001	
		Summe 591...		23.816,133	13.717,512	37.533,645	32.572,392	31.823,008	

Anmerkungen:

59 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/500 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

129

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1996	Bundesvoranschlag 1995	Erfolg 1994
59		Finanzschuld, Währungstauschverträge:						
590		Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:						
5900		Anleihen:						
2/59006	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,504		0,504	0,500	303,123
8/59009	43	Erlöse - Anleihen			25.400,001	25.400,001	10.641,001	94.398,500
		Summe 5900...		0,504	25.400,001	25.400,505	10.641,501	94.701,623
5901		Bundesobligationen:						
2/59014	43	Beiträge zum Schuldendienst		0,002		0,002	0,002	0,673
8/59019	43	Erlöse - Bundesobligationen			1.350,001	1.350,001	0,001	2.690,000
		Summe 5901...		0,002	1.350,001	1.350,003	0,003	2.690,673
5908		Bundesschatzscheine:						
2/59084	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
8/59089	43	Erlöse - Bundesschatzscheine			12.500,001	12.500,001	5.000,001	9.515,000
		Summe 5908...		0,001	12.500,001	12.500,002	5.000,002	9.515,000
		Summe 590...		0,507	39.250,003	39.250,510	15.641,506	106.907,296
591		Nicht titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:						
5910		Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmen:						
2/59104	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
8/59109	43	Erlöse - Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmen			7.755,001	7.755,001	15.403,001	13.096,000
		Summe 5910...		0,001	7.755,001	7.755,002	15.403,002	13.096,000
5911		Darlehen von Kreditunternehmen:						
2/59114	43	Beiträge zum Schuldendienst		0,002		0,002	0,002	
8/59119	43	Erlöse - Darlehen von Kreditunternehmen			5.000,001	5.000,001	3.950,001	6.410,000
		Summe 5911...		0,002	5.000,001	5.000,003	3.950,003	6.410,000
5912		Kredite und Darlehen von Gebietskörperschaften:						
2/59124	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
8/59129	43	Erlöse - Kredite und Darlehen von Gebietskörperschaften			0,001	0,001	0,001	
		Summe 5912...		0,001	0,001	0,002	0,002	
5914		Sonstige Kredite und Darlehen:						
2/59144	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
8/59149	43	Erlöse - Sonstige Kredite und Darlehen			0,001	0,001	0,001	1.148,030
		Summe 5914...		0,001	0,001	0,002	0,002	1.148,030
5919		Notenbankschuld:						
8/59199	43	Erlöse - Notenbankschuld						934,043
		Summe 591...		0,005	12.755,004	12.755,009	19.353,009	21.588,073

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
592		Titrierte Nullkuponfinanzschuld in inländischer Währung:							
5920		Anleihen:							
1/59208	43	Aufgeld			0,002		0,002	0,002	69,000
7/59209	43	Tilgung				0,002	0,002	0,002	100,000
		Summe 5920...			0,002	0,002	0,004	0,004	169,000
5921		Bundesobligationen:							
1/59218	43	Aufgeld			0,003		0,003	0,002	
7/59219	43	Tilgung				0,003	0,003	0,002	
		Summe 5921...			0,003	0,003	0,006	0,004	
		Summe 592...			0,005	0,005	0,010	0,008	169,000
593		Titrierte Finanzschuld in fremder Währung:							
5930		Anleihen:							
1/59308	43	Verzinsung und Aufgeld			16.554,264		16.554,264	16.322,217	12.163,308
7/59309	43	Tilgung				14.141,039	14.141,039	8.576,306	11.103,500
		Summe 5930...			16.554,264	14.141,039	30.695,303	24.898,523	23.266,808
5931		Schuldverschreibungen:							
1/59318	43	Verzinsung und Aufgeld			284,779		284,779	262,976	328,000
7/59319	43	Tilgung				2.000,007	2.000,007	881,256	1.643,089
		Summe 5931...			284,779	2.000,007	2.284,786	1.144,232	1.971,089
		Summe 593...			16.839,043	16.141,046	32.980,089	26.042,755	25.237,897
594		Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung:							
5944		Kredite und Darlehen:							
1/59448	43	Verzinsung			1.175,072		1.175,072	1.286,374	610,381
7/59449	43	Tilgung				4.377,744	4.377,744	12.035,348	15,622
		Summe 594...			1.175,072	4.377,744	5.552,816	13.321,722	626,003

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

131

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	E I N N A H M E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
593		Titrierte Finanzschuld in fremder Währung:						
5930		Anleihen:						
2/59306	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,005		0,005	1.917,738	71,291
8/59309	43	Erlöse - Anleihen			19.244,689	19.244,689	25.183,386	30.496,981
		Summe 5930...		0,005	19.244,689	19.244,694	27.101,124	30.568,272
5931		Schuldverschreibungen:						
2/59316	43	Erfolgswirksame Einnahmen		4,005		4,005	0,006	0,070
8/59319	43	Erlöse - Schuldverschreibungen			5.933,051	5.933,051	0,001	
		Summe 5931...		4,005	5.933,051	5.937,056	0,007	0,070
		Summe 593...		4,010	25.177,740	25.181,750	27.101,131	30.568,342
594		Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung:						
5944		Kredite und Darlehen:						
2/59444	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	190,720	17,282
8/59449	43	Erlöse - Kredite und Darlehen			0,001	0,001	5.810,716	14.373,150
		Summe 594...		0,002	0,001	0,003	6.001,436	14.390,432

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
595		Ausgaben aus Währungstauschverträgen (Direktzahlung):							
5950		Anleihen in fremder Währung:							
1/59508	43	Verzinsung und Aufgeld			5.172,406		5.172,406	6.283,667	4.926,161
7/59509	43	Tilgung				13.740,400	13.740,400	16.436,602	17.009,472
		Summe 5950			5.172,406	13.740,400	18.912,806	22.720,269	21.935,634
5951		Schuldverschreibungen in fremder Währung:							
1/59518	43	Verzinsung und Aufgeld			240,085		240,085	409,470	442,734
7/59519	43	Tilgung				0,004	0,004	1.524,632	826,572
		Summe 5951			240,085	0,004	240,089	1.934,102	1.269,306
5954		Kredite und Darlehen in fremder Währung:							
1/59548	43	Verzinsung und Aufgeld			77,342		77,342	109,498	24,771
7/59549	43	Tilgung				0,001	0,001	0,001	
		Summe 5954			77,342	0,001	77,343	109,499	24,771
5956		Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:							
1/59568	43	Verzinsung und Aufgeld			0,003		0,003	0,003	76,326
7/59569	43	Tilgung				0,003	0,003	0,003	1.447,000
		Summe 5956			0,003	0,003	0,006	0,006	1.523,326
1/5958		Finanzschuld in inländischer Währung:							
7/59589	43	Kapitalzahlung				0,001	0,001		
1/5959		Finanzschuld in fremder Währung:							
7/59599	43	Kapitalzahlung				0,001	0,001		
		Summe 595			5.489,836	13.740,410	19.230,246	24.763,876	24.753,037
596		Ausgaben aus Währungstauschverträgen:							
5960		Anleihen in fremder Währung:							
1/59608	43	Verzinsung und Aufgeld			1.348,848		1.348,848	1.340,739	861,829
7/59609	43	Tilgung				1.458,138	1.458,138	0,015	1.890,512
		Summe 5960			1.348,848	1.458,138	2.806,986	1.340,754	2.752,341
5961		Schuldverschreibungen in fremder Währung:							
1/59618	43	Verzinsung und Aufgeld			102,700		102,700	97,978	184,876
7/59619	43	Tilgung				0,002	0,002	0,002	1.423,545
		Summe 5961			102,700	0,002	102,702	97,980	1.608,421
5964		Kredite und Darlehen in fremder Währung:							
1/59648	43	Verzinsung und Aufgeld			0,001		0,001	0,001	
7/59649	43	Tilgung				0,001	0,001	0,001	
		Summe 5964			0,001	0,001	0,002	0,002	
5966		Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:							
1/59668	43	Verzinsung und Aufgeld			159,079		159,079	177,656	47,019
7/59669	43	Tilgung				776,486	776,486	0,005	
		Summe 5966			159,079	776,486	935,565	177,661	47,019
		Summe 596			1.610,628	2.234,627	3.845,255	1.616,397	4.407,782

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

133

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
595		Einnahmen aus Währungstauschverträgen (Direktzahlung):						
5950		Anleihen in fremder Währung:						
2/59506	43	Zinsen und Aufgeld		8.100,871		8.100,871	7.474,247	6.124,273
8/59509	43	Kapital			11.180,129	11.180,129	15.075,651	18.184,194
		Summe 5950...		8.100,871	11.180,129	19.281,000	22.549,898	24.308,467
5951		Schuldverschreibungen in fremder Währung:						
2/59516	43	Zinsen und Aufgeld		144,419		144,419	237,297	272,658
8/59519	43	Kapital			0,004	0,004	881,254	545,989
		Summe 5951...		144,419	0,004	144,423	1.118,551	818,647
5954		Kredite und Darlehen in fremder Währung:						
2/59546	43	Zinsen und Aufgeld		153,879		153,879	177,055	34,078
8/59549	43	Kapital			0,001	0,001	0,001	
		Summe 5954...		153,879	0,001	153,880	177,056	34,078
5956		Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:						
2/59566	43	Zinsen und Aufgeld		0,004		0,004	0,004	
8/59569	43	Kapital			0,003	0,003	0,003	
		Summe 5956...		0,004	0,003	0,007	0,007	
2/5958	43	Finanzschuld in inländischer Währung:						
8/59589	43	Kapitalforderung			0,001	0,001		
2/5959	43	Finanzschuld in fremder Währung:						
8/59599	43	Kapitalforderung			0,001	0,001		
		Summe 595...		8.399,173	11.180,139	19.579,312	23.845,512	25.161,192
596		Einnahmen aus Währungstauschverträgen:						
5960		Anleihen in fremder Währung:						
2/59606	43	Zinsen und Aufgeld		2.060,314		2.060,314	1.620,106	813,565
8/59609	43	Kapital			2.186,555	2.186,555	0,019	1.885,648
		Summe 5960...		2.060,314	2.186,555	4.246,869	1.620,125	2.699,213
5961		Schuldverschreibungen in fremder Währung:						
2/59616	43	Zinsen und Aufgeld		83,420		83,420	94,745	172,629
8/59619	43	Kapital			0,002	0,002	0,002	1.097,100
		Summe 5961...		83,420	0,002	83,422	94,747	1.269,729
5964		Kredite und Darlehen in fremder Währung:						
2/59646	43	Zinsen und Aufgeld		0,002		0,002	0,002	
8/59649	43	Kapital			0,001	0,001	0,001	
		Summe 5964...		0,002	0,001	0,003	0,003	
5966		Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:						
2/59666	43	Zinsen und Aufgeld		179,140		179,140	120,895	
8/59669	43	Kapital			0,003	0,003	0,003	
		Summe 5966...		179,140	0,003	179,143	120,898	
		Summe 596...		2.322,876	2.186,561	4.509,437	1.835,773	3.968,941

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
597		Titrierte Nullkuponfinanzschuld in fremder Währung:							
5970		Anleihen:							
1/59708	43	Aufgeld		0,001			0,001	0,001	
7/59709	43	Tilgung			0,001		0,001	0,001	
		Summe 5970...		0,001	0,001		0,002	0,002	
5971		Schuldverschreibungen:							
1/59718	43	Aufgeld		0,001			0,001	705,000	
7/59719	43	Tilgung			0,001		0,001	705,000	
		Summe 5971...		0,001	0,001		0,002	1.410,000	
		Summe 597...			0,002		0,004	1.410,002	
598		Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte:							
5981		Ausgelaufene Schulden in fremder Währung (PV):							
1/59818	43	Verzinsung und Aufgeld		0,400			0,400	0,400	
7/59819	43	Tilgung			0,200		0,200	0,200	
		Summe 5981...		0,400	0,200		0,600	0,600	
5983		Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (PV):							
1/59837	43	Dotierung des Nullkuponfonds		0,002			0,002	0,002	
1/59838	43	Verzinsung und Aufgeld		357,821			357,821	223,599	
7/59839	43	Tilgung			0,002		0,002	0,002	
		Summe 5983...		357,823	0,002		357,825	223,603	
5985		Devisentermingeschäfte:							
1/59858	43	Aufwendungen		0,001			0,001	0,001	
7/59859	43	Aufwendungen (B)			0,001		0,001	0,001	
		Summe 5985...		0,001	0,001		0,002	0,002	
		Summe 598...		358,224	0,203		358,427	224,205	
1/599		Sonstiger Aufwand:							
1/59908	43	Aufwendungen		3.383,391			3.383,391	5.283,753	2.643,342
1/59917	43	Dotierung des Nullkuponfonds		335,190			335,190	376,365	382,536
		Summe 599...		3.718,581			3.718,581	5.660,118	3.025,878
		Summe 1/59...		101.245,589			101.245,589	99.712,759	86.095,294
		Summe 7/59...			121.225,785		121.225,785	134.848,634	88.806,710
		Gesamtausgaben 59...		101.245,589	121.225,785		222.471,374	234.561,393	174.902,004

Anlage I BUNDES VORAN S C H L A G 1 9 9 6

135

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
598		Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte:						
8/59849	43	Schuldaufnahmen gem. Art. II BFG			123.164,457	123.164,457	159.521,762
5985		Devisentermingeschäfte:						
2/59854	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001	0,001	0,001
8/59859	43	Bestandswirksame Einnahmen	0,001	0,001	0,001
		Summe 5985...		0,001	0,001	0,002	0,002
		Summe 598...		0,001	123.164,458	123.164,459	159.521,764
2/599		Sonstige Einnahmen:						
2/59904	43	Erfolgswirksame Einnahmen		15,086	15,086	564,518	758,232
2/59914	43	Überweisung des Nullkuponfonds		0,004	0,004	684,127	69,983
		Summe 599...		15,090	15,090	1.248,645	828,215
		Summe 2/59...		10.741,664	10.741,664	13.081,969	8.637,857
		Summe 8/59...		213.713,906	213.713,906	241.466,807	194.774,635
		Gesamteinnahmen 59...		10.741,664	213.713,906	224.455,570	254.548,776	203.412,492

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/60		Land- und Forstwirtschaft:							
1/600		Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft:							
1/6000		Zentralleitung:							
1/60000	43	Personalausgaben		321,997			321,997	323,977	316,470
1/60003		Anlagen				9,538	9,538	4,808	4,094
	41					0,003	0,003	0,386	
	43					9,535	9,535	4,422	4,094
1/60005		Bezugsvorschüsse				4,648	4,648	4,648	4,648
	23					1,098	1,098	1,098	1,028
	43					3,550	3,550	3,550	3,621
1/60007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			46,919		46,919	41,919	45,004
	22				6,550		6,550	6,550	6,472
	43				40,369		40,369	35,369	38,533
1/60008		Aufwendungen	*		162,296		162,296	157,571	175,806
	41				0,002		0,002	0,002	
	43				162,294		162,294	157,569	175,806
		Summe 6000 ...		321,997	209,215	14,186	545,398	532,923	546,023
1/60018	34	Agrarmarkt Austria			346,480		346,480	287,203	
1/60023		Kapitalbeteiligungen				0,016	0,016	0,053	0,055
	34					0,014	0,014	0,051	0,055
	38					0,002	0,002	0,002	
1/60028	34	Zahlungen an die BIG			1,952		1,952		
1/6003		Agrar- und forstpol. sowie wasserwirtschaftliche Unterlagen:	*						
1/60038	34	Aufwendungen			335,000		335,000	479,559	174,582
1/6004		Notstandspol. Maßnahmen gem. §§ 31 u. 138 WRG 1959:							
1/60048	37	Aufwendungen			38,457		38,457	48,026	23,854
1/6005		Vollziehung des Hydrographiegesetzes:	*						
1/60058	43	Aufwendungen	*		92,544		92,544	89,795	58,595
1/60068	34	Land-, forst- und wasserwirtschaftliche Sonderaufgaben	*		30,120		30,120	37,491	20,467
1/6007		Gualitätskontrolle:							
1/60073	43	Anlagen				0,214	0,214	0,720	0,295
1/60077	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,040		0,040	0,040	0,028
1/60078	43	Aufwendungen			2,475		2,475	4,513	11,338
		Summe 6007 ...			2,515	0,214	2,729	5,273	11,661
1/6008		Sonstige Aufgaben:	*						
1/60086		Förderungen			38,436		38,436	9,398	3,889
	34				38,419		38,419	9,381	3,884
	37				0,017		0,017	0,017	0,005
1/60087	43	Intern. Nahrungsmittelhilfe (Gesetzl. Verpflichtungen)			28,700		28,700	35,400	35,400
1/60088	43	Internationale Maßnahmen Internationale Nahrungsmittelhilfe			37,702		37,702	37,154	36,960
		Summe 6008 ...			104,838		104,838	81,952	76,248
1/6009		Vollziehung des Forstgesetzes 1975:							
1/60098	34	Aufwendungen	*		16,690		16,690	16,690	10,293
		Summe 600 ...		321,997	1.177,811	14,416	1.514,224	1.578,965	921,777

Anmerkungen:

- 1/60008 Hievon 1996 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60000.
1/6003 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
1/6005 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
1/60058 Hievon 1996 85,395 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60050.
1/60068 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
1/6008 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
1/60098 Hievon 1996 12,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60090.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

137

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundесvoranschlag 1996	Bundесvoranschlag 1995	Erfolg 1994
2/60		Land- und Forstwirtschaft:						
2/600		Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft:						
2/6000		Zentraleitung:						
2/60000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001		0,001	0,001	0,023
2/60004		Erfolgswirksame Einnahmen		26,643		26,643	16,139	19,284
	34			0,001		0,001	0,001	
	38			0,002		0,002	0,002	
	43			26,640		26,640	16,136	19,284
2/60008		Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,058	0,058	0,058	0,049
	41				0,003	0,003	0,003	
	43				0,055	0,055	0,055	0,049
2/60009		Bezugsvorschußsätze			4,451	4,451	4,551	4,344
	23				0,901	0,901	0,901	0,907
	43				3,550	3,550	3,650	3,437
		Summe 6000...		26,644	4,509	31,153	20,749	23,700
2/60028		Kapitalbeteiligungen			1,012	1,012	0,003	0,000
	34				0,001	0,001	0,001	0,000
	38				1,011	1,011	0,002	
2/6003		Agrar- und forstpol. sowie wasserwirtschaftliche Unterlagen:						
2/60034	34	Erfolgswirksame Einnahmen		30,427		30,427	0,030	0,042
2/6004		Notstandspol. Maßnahmen gem. §§ 31 u. 138 WRG 1959:						
2/60044	37	Erfolgswirksame Einnahmen		1,810		1,810	1,810	2,542
2/6005		Vollziehung des Hydrographiegesetzes:						
2/60050	43	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)	*	85,395		85,395	82,750	53,003
2/60054	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,104		0,104	0,090	0,076
		Summe 6005...		85,499		85,499	82,840	53,079
2/60064	34	Land-, forst- und wasserwirtschaftliche Sonderaufgaben		0,002		0,002	0,002	
2/6007		Gualitätskontrolle:						
2/60074	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,500		0,500	2,301	25,353
2/60077	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,100	0,100	0,100	
		Summe 6007...		0,500	0,100	0,600	2,401	25,353
2/6009		Vollziehung des Forstgesetzes 1975:						
2/60090	34	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	12,000		12,000	12,000	5,258
2/60094	34	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	0,007
		Summe 6009...		12,002		12,002	12,002	5,265
		Summe 600...		156,884	5,621	162,505	119,837	109,981

Anmerkungen:

2/60000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60008 mitveranschlagt.

2/60050 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60058 mitveranschlagt.

2/60090 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60098 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/601		BM (Förderung d. Land- u. Forstwirtsch. u. d. Ernährungswesens): *							
1/60106	34	Beratungs- und Weiterbildungsmaßnahmen			157,883		157,883	171,769	
1/60126	34	Erschl. v. Wildbacheinzugsgeb. (Mittel d. Kat. Fonds, zweckg. Geb.) *			102,000		102,000	162,000	
1/60136	34	Zuschüsse gem. § 33f WRG 1959							
1/60136	34	Förderung der Weinwirtschaft *			78,636		78,636	95,045	178,059
1/60146	34	Qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen			432,732		432,732	651,779	
1/60156	34	Betriebserhaltende und infrastrukturelle Maßnahmen			452,132		452,132	744,269	
1/60166	34	Absatz- und Verwertungsmaßnahmen			44,485		44,485	79,440	2,441
1/60176	34	Sozialpolitische Maßnahmen			7,906		7,906	10,824	3,373
	22				4,481		4,481	4,584	3,373
	23				3,425		3,425	6,240	
1/6018		Land- und forstwirtschaftliche Kredite:							
1/60186	34	Förderungen			808,226		808,226	907,200	
		Förderung land- und forstwirtschaftlicher Kredite							
1/60188	34	Aufwendungen			3,300		3,300	1,344	
		Summe 6018...			811,526		811,526	908,544	
1/60196		Förderung von Forschungs- und Versuchsvorhaben *			2,599		2,599	2,652	1,430
	12	Sonstige Maßnahmen			2,598		2,598	2,422	
	34				0,001		0,001	0,230	1,430
1/60198	12	Forschungs- und Versuchswesen *			29,564		29,564	29,283	
1/60116	34	Fruchtfolgeförderung						4,800	
		Summe 601...			2,119,463		2,119,463	2,860,405	185,302
1/602		Agrarische Strukturförderung: BM (Grüner Plan-Bergbauerngebiete u. sonst. benacht. Regionen)							
1/60206	34	Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen (EAGFL-Ausrichtung)			1,743,000		1,743,000	800,002	
1/60216	34	Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen; Anteile des Bundes			2,225,000		2,225,000	1,248,002	
1/60226	34	Nationale Förderungsmaßnahmen Erschl. v. Wildbacheinzugsgeb. (Mittel d. Kat. Fonds, zweckg. Geb.)			235,000		235,000	576,000	129,301
1/60236	34	Finanzinstrument f. d. Ausr. d. Fischerei (FIAF); Mittel der EU			5,140		5,140		21,477
1/60246	34	Landeskulturelle forstliche Maßnahmen Sektorpl. Fischerei u. Aquak., Erzeugerorg. d. Fisch.wes.; BA			5,000		5,000		24,737
1/60256	34	Verbesserung der Produktionsgrundlagen Betriebserhaltende und infrastrukturelle Maßnahmen							568,637
1/60296	34	Direktzahlungen und sonstige Maßnahmen							1,261,558
		Summe 602...			4,213,140		4,213,140	2,624,004	2,005,710

Anmerkungen:

1/601 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.

1/60126 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.

1/60136 Hievon 1996 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60100.

1/60196 Hievon 1996 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60190.

1/60198 Hievon 1996 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60190.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

139

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/601		BM (Förderung d. Land- u. Forstwirtsch. u. d. Ernährungswesens):							
2/60100	34	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*		0,002		0,002	0,004	29,982
2/60104	34	Erfolgswirksame Einnahmen			0,101		0,101	0,103	0,194
2/60109	34	Darlehensrückzahlungen				0,001	0,001	0,001	
2/60190	12	Intern. Forschungs- und Versuchsvorhaben, zweckg. Einnahmen	*		0,003		0,003	0,003	
		Summe 601...			0,106	0,001	0,107	0,111	30,176
2/602		Agrarische Strukturförderung: BM (Grüner Plan-Bergbauerngebiete u. sonst. benacht. Regionen)							
2/60204	34	Erfolgswirksame Einnahmen			0,002		0,002	0,001	0,027

Anmerkungen:

2/60100 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60136 mitveranschlagt.
 2/60190 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60196 und 1/60198.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/603		Marktordnungsmaßnahmen: Bundesministerium (Grüner Plan)							
1/60304	34	EAGFL-Garantie (Ackerkult., Zucker u. Textilpfl.) Überw. a. d. AMA			5 158,808		5 158,808	4 074,836	
1/60314	34	EAGFL-G., (Obst u. Gem., Weinb. u. sonst. pflanzl. Erz.)			179,555		179,555	35,550	
1/60324	34	EAGFL-Garantie (Tierische Erzeugnisse), Überw. an die AMA			1 619,637		1 619,637	867,708	
1/60346	34	Flankierende Maßnahmen Qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen			5 525,066		5 525,066	4 252,107	454,301
1/60356	34	Nationale Marktordnungsmaßnahmen; Überw. a. d. AMA			239,389		239,389	121,827	50,559
1/60368	34	Ersätze für die Finanzierung von Interventionskäufen			3,525		3,525	49,082	
1/60306	34	Beratungs- und Weiterbildungsmaßnahmen							173,160
1/60316	34	Fruchtfolgeförderung							1 380,822
1/60336	34	EAGFL-Garantie, Förderungen						0,002	
1/60366	34	Absatz- und Verwertungsmaßnahmen							153,062
1/60376		Sozialpolitische Maßnahmen							17,766
	22								1,456
	23								16,311
1/60386	34	Förderung land- und forstwirtschaftlicher Kredite							722,451
1/6039		Sonstige Maßnahmen:							
1/60396	12	Förderung von Forschungs- und Versuchsvorhaben							4,418
1/60398	12	Forschungs- und Versuchswesen							28,259
		Summe 6039...							32,677
		Summe 603...			12 725,980		12 725,980	9 401,112	2 984,799

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

141

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/603		E I N N A H M E N						
		Marktordnungsmaßnahmen: <i>Bundesministerium (Grüner Plan)</i>						
2/60304	34	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002	0,002	0,001	0,404
2/60305	34	Zucker, EU-Eigenmittel		499,418	499,418	163,000
			Summe 603...	499,420	499,420	163,001	0,404

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/604		Marktordnungspolitische Maßnahmen:							
1/60416	34	Brotgetreide, Maßn. aus zweckgeb. Im- und Exportausgleichen	*		0,001		0,001	0,001	8,360
1/60436	34	Futtergetreide, Förderungen (zweckgeb. Geb.)	*		0,001		0,001	0,001	1,095
1/6044		Abs. u. Verw. f. stärke-, öl-, eiweißhält. Früchte u. Grünbrache:							
1/60446	34	Sonstige Förderungen			9,100		9,100	498,221	5.166,050
1/60444	34	Zuschüsse gem. Stärkeförderungs-gesetz						85,205	317,227
		Summe 6044...			9,100		9,100	583,426	5.483,278
1/60456	34	Tiere und tierische Produkte, Förderungen.			0,162		0,162	398,146	2.040,248
1/60466	34	Tiere und tier. Produkte, Förderungen (zweckgeb. Geb.)	*		0,002		0,002	0,002	213,992
1/6047		Milch und Milchprodukte:							
1/60476	34	Förderungen			0,184		0,184	653,465	2.382,777
1/60478	34	Aufwendungen			1,980		1,980	7,891	8,600
		Summe 6047...			2,164		2,164	661,356	2.391,377
1/60486	34	Milch und Milchprodukte, Förderungen (zweckgeb. Geb.)	*		0,001		0,001	20,001	242,176
1/60496	34	Milch und Milchprodukte, Maßn. a. zweckgeb. Einn. gem. §85 MOG	*		0,002		0,002	0,004	
1/60406	34	Brotgetreide, Förderungen							7,880
1/60426	34	Futtergetreide, Förderungen							2,240
		Summe 604...			11,433		11,433	1.662,937	10.390,645

Anmerkungen:

- 1/60416 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60410.
1/60436 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60430.
1/60466 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60460.
1/60486 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60480.
1/60496 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52420.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

143

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG E I N N A H M E N Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/604		Marktordnungspolitische Maßnahmen:					
2/60405	34	Erfolgswirksame Einnahmen	0,101		0,101	15,001	13,436
2/60410	34	Brotgetreide, zweckgeb. Im- und Exportausgleiche.*	0,001		0,001	0,001	56,863
2/60430	34	Futtergetreide, zweckgeb. Im-u. Exportausgleiche.*	0,001		0,001	0,001	150,699
2/60460	34	Tiere und tier. Produkte, zweckgeb. Einnahmen*	0,002		0,002	0,002	261,405
2/60464	34	Tiere und tier. Produkte, erfolgswirksame Einnahmen	0,004		0,004		
2/6047		Milch und Milchprodukte:					
2/60474	34	Erfolgswirksame Einnahmen	0,001		0,001	2,501	5,366
2/60480	34	Milch und Milchprodukte, zweckgeb. Einnahmen*	0,001		0,001	20,001	243,415
2/60444	34	Absatz u. Verw. Maßn. f. pflanzl. Produktionsalternativen					
		Summe 604...	0,111		0,111	37,507	731,184

Anmerkungen:

- 2/60410 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60416.
2/60430 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60436.
2/60460 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60466.
2/60480 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60486.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/605		Lehr- und Versuchsanstalten:							
1/6050		Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten:							
1/60500	11	Personalausgaben		361,297			361,297	363,786	357,097
1/60503	11	Anlagen				12,985	12,985	17,560	17,139
1/60507	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			6,248		6,248	6,143	5,791
1/60508	11	Aufwendungen			67,578		67,578	67,192	64,324
		Summe 6050...		361,297	73,826	12,985	448,108	454,681	444,351
1/6051		Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.: <i>Pflanzenbauliche Bundesanstalten</i>							
1/60510	12	Personalausgaben		287,901			287,901	289,571	284,255
1/60513	12	Anlagen				97,657	97,657	18,202	23,783
1/60517	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			2,271		2,271	2,271	1,116
1/60518	12	Aufwendungen			86,104		86,104	80,297	63,354
		Summe 6051...		287,901	88,375	97,657	473,933	390,341	372,508
1/6052		Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten:							
1/60520	11	Personalausgaben		64,671			64,671	65,083	63,399
1/60523	11	Anlagen				0,359	0,359	1,598	1,093
1/60527	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,743		0,743	0,743	1,188
1/60528	11	Aufwendungen			12,300		12,300	10,170	9,965
		Summe 6052...		64,671	13,043	0,359	78,073	77,594	75,646
1/6053		Forstliche Bundesversuchsanstalt:							
1/60530	12	Personalausgaben		105,174			105,174	105,280	103,928
1/60533	12	Anlagen				2,202	2,202	5,456	5,972
1/60537	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,473		0,473	0,473	0,281
1/60538	12	Aufwendungen			25,869		25,869	27,539	22,785
		Summe 6053...		105,174	26,342	2,202	133,718	138,748	132,967
1/6054		Bundesanstalt für Agrarwirtschaft:							
1/60540	12	Personalausgaben		16,517			16,517	16,534	16,108
1/60543	12	Anlagen				0,399	0,399	0,671	0,730
1/60547	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,018		0,018	0,016	0,013
1/60548	12	Aufwendungen			3,055		3,055	3,010	2,872
		Summe 6054...		16,517	3,073	0,399	19,989	20,231	19,723
1/6055		Bundesanstalten für Milchwirtschaft:							
1/60550	12	Personalausgaben		40,554			40,554	40,661	39,821
1/60553	12	Anlagen				4,612	4,612	8,788	9,620
1/60557	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			1,170		1,170	1,170	0,675
1/60558	12	Aufwendungen			28,518		28,518	35,849	35,727
		Summe 6055...		40,554	29,688	4,612	74,854	86,468	85,843
1/6056		Bundesanstalt für Bergbauernfragen:							
1/60560	12	Personalausgaben		5,089			5,089	5,104	4,971
1/60563	12	Anlagen				0,333	0,333	0,258	0,257
1/60567	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,005		0,005	0,005	
1/60568	12	Aufwendungen			2,015		2,015	1,981	1,719
		Summe 6056...		5,089	2,020	0,333	7,442	7,348	6,948

Anlage I BUNDES VORAN SCHLAG 1996

145

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/605		Lehr- und Versuchsanstalten:						
2/6050		Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten:						
2/60504	11	Erfolgswirksame Einnahmen		62,855		62,855	61,686	60,238
2/60507	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,329	0,329	0,550	0,703
		Summe 6050...		62,855	0,329	63,184	62,236	60,941
2/6051		Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.: <i>Pflanzenbauliche Bundesanstalten</i>						
2/60514	12	Erfolgswirksame Einnahmen		54,200		54,200	51,500	43,731
2/60515	12	Intern. Forschungsk Kooperation, lfde. Einnahmen ..		0,001		0,001	0,001	
2/60517	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,739	0,739	0,739	0,359
		Summe 6051...		54,201	0,739	54,940	52,240	44,090
2/6052		Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten:						
2/60524	11	Erfolgswirksame Einnahmen		13,388		13,388	12,970	12,207
2/60527	11	Bestandswirksame Einnahmen			0,003	0,003	0,003	0,008
		Summe 6052...		13,388	0,003	13,391	12,973	12,215
2/6053		Forstliche Bundesversuchsanstalt:						
2/60534	12	Erfolgswirksame Einnahmen		2,533		2,533	2,313	1,690
2/60535	12	Intern. Forschungsk Kooperation, lfde. Einnahmen ..		0,001		0,001	0,001	
2/60537	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,096	0,096	0,096	0,240
		Summe 6053...		2,534	0,096	2,630	2,410	1,930
2/6054		Bundesanstalt für Agrarwirtschaft:						
2/60544	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,211		0,211	0,062	0,185
2/60545	12	Intern. Forschungsk Kooperation, lfde. Einnahmen ..		0,001		0,001	0,001	
2/60547	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,001	0,001	0,001	
		Summe 6054...		0,212	0,001	0,213	0,064	0,185
2/6055		Bundesanstalten für Milchwirtschaft:						
2/60554	12	Erfolgswirksame Einnahmen		38,058		38,058	35,534	36,585
2/60555	12	Intern. Forschungsk Kooperation, lfde. Einnahmen ..		0,001		0,001	0,001	
2/60557	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,135	0,135	0,170	0,057
		Summe 6055...		38,059	0,135	38,194	35,705	36,642
2/6056		Bundesanstalt für Bergbauernfragen:						
2/60564	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,037		0,037	0,037	0,085
2/60565	12	Intern. Forschungsk Kooperation, lfde. Einnahmen ..		0,001		0,001	0,001	
2/60567	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 6056...		0,038	0,002	0,040	0,040	0,085

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/6057		Bundesanstalten für Tierzucht:							
1/60570	12	Personalausgaben		14,544			14,544	16,619	29,471
1/60573	12	Anlagen				0,037	0,037	0,285	0,600
1/60577	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			2,480		2,480	2,480	2,562
1/60578	12	Aufwendungen			7,830		7,830	11,909	11,511
		Summe 6057...		14,544	10,310	0,037	24,891	31,293	44,145
1/6058		Bundesamt für Wasserwirtschaft: Wasserwirtschaftliche Bundesanstalten							
1/60580	12	Personalausgaben		46,868			46,868	46,951	36,356
1/60583	12	Anlagen				1,251	1,251	4,745	4,985
1/60587	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,771		0,771	0,771	0,442
1/60588	12	Aufwendungen			9,822		9,822	10,511	8,716
		Summe 6058...		46,868	10,593	1,251	58,712	62,978	50,500
1/6059		Bundesanstalt für Landtechnik:							
1/60590	12	Personalausgaben		24,140			24,140	24,200	23,545
1/60593	12	Anlagen				1,657	1,657	1,577	1,785
1/60597	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,080		0,080	0,080	0,047
1/60598	12	Aufwendungen			3,473		3,473	3,422	3,546
		Summe 6059...		24,140	3,553	1,657	29,350	29,279	28,924
		Summe 605...		966,755	260,823	121,492	1.349,070	1.298,961	1.261,552
1/606		Übergangsregelungen: Internate							
1/60606	34	Degressive Ausgleichszahlungen			4.521,508		4.521,508	5.203,360	
1/60608	34	Degressive Ausgleichszahlungen, Aufw.			8,500		8,500	4,800	
1/60616	34	Lagerabwertungen			0,002		0,002	3.440,000	
1/60626	34	Sonstige Übergangsmaßnahmen						13,441	
		Summe 606...			4.530,010		4.530,010	8.661,601	
1/607		Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens:							
1/6071		Land- und forstw. Berufs- und landwirtsch. Fachschulen:							
1/60717	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			457,245		457,245	446,268	427,360
1/6072		Forstliche Ausbildungsstätten:							
1/60720	34	Personalausgaben		20,730			20,730	20,818	20,283
1/60723	34	Anlagen				0,710	0,710	2,584	1,984
1/60727	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,282		0,282	0,282	0,130
1/60728	34	Aufwendungen			6,347		6,347	5,724	5,998
		Summe 6072...		20,730	6,629	0,710	28,069	29,408	28,395
		Summe 607...		20,730	463,874	0,710	485,314	475,676	455,755
1/608		Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinverbauung:							
1/6080		Wildbach- und Lawinverbauungsdienst:							
1/60800	34	Personalausgaben		133,212			133,212	133,553	132,791
1/60803	34	Anlagen				1,583	1,583	5,463	10,677
1/60807	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			4,729		4,729	4,729	4,191
	22				4,653		4,653	4,653	4,098
	34				0,076		0,076	0,076	0,093
1/60808	34	Aufwendungen			15,819		15,819	16,422	15,433
		Summe 6080...		133,212	20,548	1,583	155,343	160,167	163,093

Anmerkungen:

1/608 Die Verwaltungs-Aufwendungen werden, soweit nicht ausgewiesen, im Rahmen der Auftragsverwaltung von den Bundesländern getragen.

1/60808 Hievon 1996 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

147

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/6057		Bundesanstalten für Tierzucht:						
2/60574	12	Erfolgswirksame Einnahmen		17,636		17,636	16,704	18,866
2/60577	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,161	0,161	0,161	0,108
		Summe 6057...		17,636	0,161	17,797	16,865	18,974
2/6058		Bundesamt für Wasserwirtschaft: <i>Wasserwirtschaftliche Bundesanstalten</i>						
2/60584	12	Erfolgswirksame Einnahmen		9,192		9,192	9,695	4,460
2/60587	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,026	0,026	0,026	0,030
		Summe 6058...		9,192	0,026	9,218	9,721	4,490
2/6059		Bundesanstalt für Landtechnik:						
2/60594	12	Erfolgswirksame Einnahmen		2,870		2,870	2,787	3,005
2/60595	12	Intern. Forschungsk Kooperation, lfde. Einnahmen ..		0,001		0,001	0,001	
2/60597	12	Bestandswirksame Einnahmen			0,032	0,032	0,003	0,021
		Summe 6059...		2,871	0,032	2,903	2,791	3,026
		Summe 605...		200,986	1,524	202,510	195,045	182,577
2/606		Übergangsregelungen: <i>Internete</i>						
2/60624	34	Laufende Einnahmen gem. BGGl. Nr. 1103/94		15,001		15,001	40,000	
2/607		Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens:						
2/6071		Land- und forstwirtschaft. Berufs- und landwirtschaft. Fachschulen:						
2/60714	11	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/6072		Forstliche Ausbildungsstätten:						
2/60724	34	Erfolgswirksame Einnahmen		5,215		5,215	5,254	6,396
2/60727	34	Bestandswirksame Einnahmen			0,033	0,033	0,032	0,001
		Summe 6072...		5,215	0,033	5,248	5,286	6,397
		Summe 607...		5,216	0,033	5,249	5,287	6,397
2/608		Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung:						
2/6080		Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst:						
2/60804	34	Erfolgswirksame Einnahmen		0,853		0,853	0,832	0,774
2/60807	34	Bestandswirksame Einnahmen			0,059	0,059	0,078	0,019
		Summe 6080...		0,853	0,059	0,912	0,910	0,793

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994		
				pers.	sachl.						
1/6081		Öffentliches Wassergut:									
1/60813	34	Anlagen				0,146	0,146	0,493	0,051		
1/60817	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..				0,350	0,350	0,300	0,277		
1/60818	34	Aufwendungen				4,721	4,721	9,628	1,685		
		Summe 6081...				5,071	0,146	5,217	10,421	2,012	
1/6082		Wildbach- und Lawinenverbauung:	*								
1/60826	34	Bundeszuschüsse für Wildbach- und Lawinenverbauungen				0,004	0,004	5,170			
1/60828	34	Klausenkofelbach - Verwaltung (zweckgebundene Gebarung)	*			0,001	0,001	0,001	0,013		
		Summe 6082...				0,005	0,005	5,171	0,013		
1/6083		Wildbach- und Lawinenverbauung (Mittel d. Katastrophenfonds):	*								
1/60836	34	Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen (zweckgeb. Geb.)	*			721,205	721,205	848,840	878,389		
1/60838	34	Projektierungsk. f. Wildbach-u. Lawinenverbauungen(zweckgeb. Geb.)	*			30,955	30,955	40,000	33,038		
		Summe 6083...				752,160	752,160	888,840	911,427		
1/6084		Bundesflüsse:	*								
1/60848	34	Bau-, Projektierungsk., Gefahrenzonenpläne				36,917	36,917	55,347	36,959		
1/6085		Bundesflüsse (Mittel des Katastrophenfonds):	*								
1/60858	34	Bau-, Projektierungsk., Gefahrenzonenpläne (zweckgeb. Geb.)	*			316,001	316,001	372,626	319,550		
1/6086		Interessentengewässer:									
1/60866	34	Bundesz. f. Bau-, Projektk., Gefahrenzonenpl.				0,923	0,923	2,923	2,908		
1/6087		Interessentengewässer (Mittel des Katastrophenfonds):									
1/60876	34	Bundesz. f. Bau-, Projektk., Gefahrenzonenpl. (zweckgeb. Geb.)	*			338,717	338,717	483,417	322,792		
		Summe 608...				133,212	1.470,342	1.729	1.605,283	1.978,912	1.758,754

Anmerkungen:

- 1/6082 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6080 mitveranschlagt.
1/60828 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60820.
1/6083 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6080 mitveranschlagt.
1/60836 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.
1/60838 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.
1/6084 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
1/6085 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
1/60858 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.
1/60876 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

149

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/6081		Öffentliches Wassergut:						
2/60814	34	Erfolgswirksame Einnahmen		25,850		25,850	32,350	20,493
2/6082		Wildbach- und Lawinenverbäuung:						
2/60820	34	Klausenkofelbach-Verwaltung (zweckgebundene Einnahmen)	*	0,001		0,001	0,001	
2/60824	34	Erfolgswirksame Einnahmen					0,002	0,003
		Summe 6082...		0,001		0,001	0,003	0,003
2/6084		Bundesflüsse:						
2/60844	34	Bundesflüsse (erfolgswirksame Einnahmen)		46,688		46,688	50,002	33,120
2/60890	34	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)	*	1.508,879		1.508,879	1.906,884	1.649,513
		Summe 608...		1.582,271	0,059	1.582,330	1.990,149	1.703,922

Anmerkungen:

2/60820 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60828.

2/60890 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/60126 (102,000 Millionen Schilling), 1/60808 (0,001 Millionen Schilling), 1/60836 (721,205 Millionen Schilling), 1/60838 (30,955 Millionen Schilling), 1/60858 (316,001 Millionen Schilling) und 1/60876 (338,717 Millionen Schilling) veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/609		Sonstige nachgeordnete Dienststellen:							
1/6090		Phytosanitäre Kontrollen: <i>Grenzbeschau</i>							
1/60903	43	Anlagen				0,193	0,193	0,006	
1/60908	43	Aufwendungen			5,412		5,412	20,426	28,986
		Summe 6090 ...			5,412	0,193	5,605	20,432	28,986
1/6091		Bundeskellereinspektion:							
1/60910	43	Personalausgaben		16,992			16,992	17,092	16,868
1/60913	43	Anlagen				0,341	0,341	1,148	0,847
1/60917	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,070		0,070	0,070	0,041
1/60918	43	Aufwendungen			4,383		4,383	4,319	4,547
		Summe 6091 ...		16,992	4,453	0,341	21,786	22,629	22,302
1/6093		Bundesgärten:							
1/60930	37	Personalausgaben		96,223			96,223	96,726	94,373
1/60933	37	Anlagen				4,334	4,334	4,865	5,326
1/60937	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			4,200		4,200	4,200	3,478
1/60938	37	Aufwendungen			33,861		33,861	33,206	48,770
		Summe 6093 ...		96,223	38,061	4,334	138,618	138,997	151,947
1/6094		Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule:							
1/60940	13	Personalausgaben		48,941			48,941	49,184	48,245
1/60943	13	Anlagen				1,529	1,529	0,804	0,880
1/60947	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,670		1,670	1,670	1,291
1/60948	13	Aufwendungen			7,964		7,964	8,155	8,274
		Summe 6094 ...		48,941	9,634	1,529	60,104	59,813	58,691
1/6095		Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften:							
1/60950	34	Personalausgaben		58,892			58,892	62,939	59,724
1/60953	34	Anlagen				1,512	1,512	5,362	5,856
1/60957	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			4,398		4,398	5,100	4,473
1/60958	34	Aufwendungen			25,815		25,815	40,970	39,129
		Summe 6095 ...		58,892	30,213	1,512	90,617	114,371	109,182
1/6096		Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsförste:							
1/60960	34	Personalausgaben		9,575			9,575	9,568	8,926
1/60963	34	Anlagen				0,240	0,240	0,535	0,752
1/60967	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,089		1,089	0,864	0,899
1/60968	34	Aufwendungen			7,256		7,256	6,308	5,700
		Summe 6096 ...		9,575	8,345	0,240	18,160	17,275	16,277
1/6099		Bauhöfe:							
1/60990	34	Personalausgaben		62,083			62,083	61,823	58,690
1/60993	34	Anlagen				8,152	8,152	27,424	27,217
1/60997	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			4,049		4,049	4,049	2,486
	34				2,372		2,372	2,410	1,209
	34				1,677		1,677	1,639	1,276
1/60998	34	Aufwendungen			27,399		27,399	29,089	26,185
		Summe 6099 ...		62,083	31,448	8,152	101,683	122,385	114,578
		Summe 609 ...		292,706	127,566	16,301	436,573	495,902	501,962
		Gesamtausgaben 60 ...		1.735,400	27.100,442	154,648	28.990,490	31.038,475	20.466,257

Anmerkungen:

1/60993 Hievon 1996 0,003 Millionen Schilling nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54602.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

151

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/609		Sonstige nachgeordnete Dienststellen:						
2/60904	43	Grenzbeschauendienst		0,043		0,043	25,494	47,104
2/6091		Bundeskellereinspektion:						
2/60914	43	Erfolgswirksame Einnahmen		1,450		1,450	1,450	0,747
2/60917	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,106	0,106	0,150	0,051
		Summe 6091...		1,450	0,106	1,556	1,600	0,798
2/6093		Bundesgärten:						
2/60934		Erfolgswirksame Einnahmen		21,742		21,742	24,516	21,482
	37			21,742		21,742	24,332	21,482
	12						0,184	
2/60937	37	Bestandswirksame Einnahmen			0,101	0,101	0,100	0,152
		Summe 6093...		21,742	0,101	21,843	24,616	21,634
2/6094		Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule:						
2/60944	13	Erfolgswirksame Einnahmen		27,008		27,008	28,688	29,030
2/60947	13	Bestandswirksame Einnahmen			1,401	1,401	2,621	1,203
		Summe 6094...		27,008	1,401	28,409	31,309	30,232
2/6095		Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften:						
2/60954		Erfolgswirksame Einnahmen		52,160		52,160	71,047	67,075
	12			0,301		0,301	0,550	
	34			51,859		51,859	70,497	67,075
2/60957	34	Bestandswirksame Einnahmen			2,098	2,098	3,306	0,576
		Summe 6095...		52,160	2,098	54,258	74,353	67,651
2/6096		Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsförste:						
2/60964	34	Erfolgswirksame Einnahmen		14,863		14,863	12,127	15,892
2/60967	34	Bestandswirksame Einnahmen			0,031	0,031	0,002	
		Summe 6096...		14,863	0,031	14,894	12,129	15,892
2/6099		Bauhöfe:						
2/60994	34	Erfolgswirksame Einnahmen		127,783		127,783	126,265	116,909
2/60997	34	Bestandswirksame Einnahmen			0,364	0,364	0,482	1,245
		Summe 6099...		127,783	0,364	128,147	126,747	118,153
		Summe 609...		245,049	4,101	249,150	296,248	301,465
		Gesamteinnahmen 60...		2.705,046	11,339	2.716,385	2.847,186	3.066,133

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/63		Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr:							
1/630		Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten:							
1/6300		Zentraleitung:							
1/63000	43	Personalausgaben		530,266			530,266	520,480	544,637
1/63003	43	Anlagen				27,797	27,797	30,541	9,011
1/63007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			42,774		42,774	185,077	229,538
	22				8,878		8,878	8,878	9,403
	43				33,896		33,896	176,199	220,135
1/63008		Aufwendungen	*		147,991		147,991	144,382	115,537
	21				0,010		0,010	0,019	0,010
	43				147,981		147,981	144,363	115,527
		Summe 6300...		530,266	190,765	27,797	748,828	880,480	898,723
1/6301		Kapitalbeteiligungen:							
1/63013		Sonstige Unternehmungen				0,002	0,002	0,883	
	35					0,001	0,001	0,001	
	38					0,001	0,001	0,882	
1/63016	38	Zuschüsse an Unternehmungen mit Bundesbeteiligung			40,000		40,000	52,656	107,983
		Summe 6301...			40,000	0,002	40,002	53,539	107,983
1/6302		Wirtschaftliche Landesverteidigung:	*						
1/63026	41	Förderungen			0,001		0,001	0,001	
1/63028	41	Aufwendungen			0,434		0,434	0,423	0,431
		Summe 6302...			0,435		0,435	0,424	0,431
1/6303		Beteiligungen an EG-Programmen:							
1/63038	43	Aufwendungen			0,008		0,008	11,519	11,267
1/6304		Zivilschutzmaßnahmen:	*						
1/63043	41	Anlagen				0,001	0,001	0,001	
1/63048	41	Aufwendungen			0,527		0,527	0,409	0,406
		Summe 6304...			0,527	0,001	0,528	0,410	0,406
		Summe 630...		530,266	231,735	27,800	789,801	946,372	1.018,809

Anmerkungen:

1/63008 Hievon 1996 0,003 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/63001.

1/6302 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/630 mitveranschlagt.

1/6304 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/630 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

153

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1996	Bundesvoranschlag 1995	Erfolg 1994
2/63		Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr:						
2/630		Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten:						
2/6300		Zentralleitung:						
2/63001	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,003		0,003	0,003	
2/63004		Erfolgswirksame Einnahmen		94,529		94,529	114,880	147,104
	21			0,042		0,042	0,042	
	43			94,487		94,487	114,838	147,104
2/63007	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,100	0,100	0,100	0,010
		Summe 6300...		94,532	0,100	94,632	114,983	147,114
2/6301		Kapitalbeteiligungen:						
2/63014		Erträge						
	35			0,003		0,003	0,003	
	38			0,001		0,001	0,001	
	38			0,002		0,002	0,002	
2/63017		Erlöse						
	35				0,002	0,002	0,002	
	38				0,001	0,001	0,001	
	38				0,001	0,001	0,001	
		Summe 6301...		0,003	0,002	0,005	0,005	
2/6302		Wirtschaftliche Landesverteidigung:						
2/63024	41	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/6304		Zivilschutzmaßnahmen:						
2/63044	41	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,001	0,015
		Summe 630...		94,538	0,102	94,640	114,990	147,128

Anmerkungen:

2/63001 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/63008 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/631		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen): *							
1/63108	38	Verein 'Österreich Werbung'			350,000		350,000	299,210	302,869
1/63111		Tourismus: Fremdenverkehr							
1/63114	38	Zuschüsse gem. Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969.			0,002		0,002	55,232	60,741
1/63116	38	Förderungen			288,647		288,647	274,188	392,923
1/63118	38	Aufwendungen			31,483		31,483	30,715	5,704
		Summe 6311...			320,132		320,132	360,135	459,368
1/6312		Elektrizitätswirtschaft:							
1/63125	35	Förderungen (D)				0,002	0,002	0,002	
1/63126	35	Förderungen			0,001		0,001	0,001	
		Summe 6312...			0,001	0,002	0,003	0,003	
1/6313		Bergbau und Grundstoffe - Förderung:							
1/63135	36	Förderungen (D)				0,003	0,003	0,003	
1/63136	36	Förderungen			175,107		175,107	175,107	209,894
		Summe 6313...			175,107	0,003	175,110	175,110	209,894
1/6315		Sonstige Wirtschaft einschließlich Energiewesen:							
1/63152	38	Anlagen (Gesetzl. Verpflichtungen)				0,001	0,001	0,001	
1/63154	36	Zuschüsse gem. Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969.			0,002		0,002	264,488	290,868
1/63155	36	Förderungen (D)				12,000	12,000	12,000	14,080
1/63156	36	Förderungen			605,891		605,891	458,917	898,176
	35				88,000		88,000	118,120	158,473
	36				517,891		517,891	340,797	739,702
1/63158	36	Aufwendungen			31,907		31,907	31,129	23,677
	36				23,107		23,107	22,681	14,877
	38				8,800		8,800	8,448	8,800
		Summe 6315...			637,800	12,001	649,801	766,535	1.226,800
1/6317		Technologie- und Forschungsförderung (gewerblich):							
1/63175	36	Förderungen (D)				0,001	0,001	0,001	
1/63176	36	Förderungen			710,857		710,857	710,913	
1/63178	36	Aufwendungen			25,503		25,503	3,003	
		Summe 6317...			736,360	0,001	736,361	713,917	
1/63186	36	Strukturmaßnahmen EU			0,003		0,003		
	38				0,002		0,002		
					0,001		0,001		
1/6319		Sonstige Förderungsmaßnahmen:							
1/63195	23	Bezugsvorschüsse				11,000	11,000	7,600	7,584
	43					2,935	2,935	1,435	2,194
						8,065	8,065	6,165	5,390
1/63196	43	Förderungen			1,400		1,400	1,344	1,376
		Summe 6319...			1,400	11,000	12,400	8,944	8,960
		Summe 631...			2.220,803	23,007	2.243,810	2.323,854	2.207,892

Anmerkungen:

- 1/631 Verwaltungsaufwendungen beim Titel 1/630 mitveranschlagt.
1/63175 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/63170.
1/63176 Hievon 1996 84,873 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/63170.
1/63178 Hievon 1996 12,500 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/63170,
0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/63171 und
0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/63173.

Anlage I BUNDES VORAN S C H L A G 1 9 9 6

155

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N		Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
		Bezeichnung	Anm.					
2/631		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen):						
2/6311		Tourismus:						
		Fremdenverkehr						
2/63114	38	Erfolgswirksame Einnahmen		0,006		0,006	0,006	0,050
2/63119	38	Darlehensrückzahlungen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 6311...		0,006	0,002	0,008	0,008	0,050
2/6312		Elektrizitätswirtschaft:						
2/63124	35	Erfolgswirksame Einnahmen		0,340		0,340	0,340	0,245
2/63129	35	Darlehensrückzahlungen			1,770	1,770	1,770	1,325
		Summe 6312...		0,340	1,770	2,110	2,110	1,570
2/6313		Bergbau und Grundstoffe - Förderung:						
2/63134	36	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	
2/63139	36	Darlehensrückzahlungen			0,003	0,003	0,003	
		Summe 6313...		0,002	0,003	0,005	0,005	
2/6315		Sonstige Wirtschaft einschließlich Energiewesen:						
2/63154	36	Erfolgswirksame Einnahmen		2,000		2,000	2,000	1,829
2/63159	36	Darlehensrückzahlungen			15,000	15,000	20,000	15,961
		Summe 6315...		2,000	15,000	17,000	22,000	17,789
2/6317		Technologie- und Forschungsförderung (gewerblich):						
2/63170	36	Mittel gemäß ITF-Gesetz	*	97,374		97,374	112,191	
2/63171	36	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,002		0,002	0,002	
2/63173	36	Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen	*		0,001	0,001	0,001	
		Summe 6317...		97,376	0,001	97,377	112,194	
2/6319		Sonstige Förderungsmaßnahmen:						
2/63199	23	Bezugsvorschußersätze			7,800	7,800	7,800	7,801
	43				1,300	1,300	1,300	1,299
					6,500	6,500	6,500	6,502
		Summe 631...		99,724	24,576	124,300	144,117	27,211

Anmerkungen:

2/63170 Überweisung vom VA-Ansatz 1/10058.

Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/63175 (0,001 Millionen Schilling), 1/63176 (84,873 Millionen Schilling und 1/63178 (12,500 Millionen Schilling).

2/63171 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/63178.

2/63173 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/63178.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/632		Einrichtungen des Patentwesens:							
1/6320		Österreichisches Patentamt:							
1/63200	36	Personalausgaben		131,459			131,459	132,704	132,630
1/63203	36	Anlagen				5,550	5,550	5,748	0,662
1/63207	36	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,900		2,900	2,800	2,569
	22				2,732		2,732	2,667	2,430
	36				0,168		0,168	0,133	0,139
1/63208	36	Aufwendungen			40,670		40,670	39,360	36,205
		Summe 6320...		131,459	43,570	5,550	180,579	180,612	172,066
1/63217	36	Oberster Patent- und Markensenat	*		1,380		1,380	1,430	1,546
		Summe 632...		131,459	44,950	5,550	181,959	182,042	173,612
1/633		Bergbehörden:							
1/63300	43	Personalausgaben		26,142			26,142	25,519	25,687
1/63303	43	Anlagen				1,256	1,256	1,344	0,866
1/63307	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,649		0,649	0,649	0,634
	22				0,639		0,639	0,639	0,631
	43				0,010		0,010	0,010	0,003
1/63308	43	Aufwendungen			5,705		5,705	5,570	4,530
		Summe 633...		26,142	6,354	1,256	33,752	33,082	31,717
		Gesamtausgaben 63...		687,867	2.503,842	57,613	3.249,322	3.485,350	3.432,030

Anmerkungen:

1/63217 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6320 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

157

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/632		Einrichtungen des Patentwesens:						
2/6320		Österreichisches Patentamt:						
2/63204	36	Gebühren gemäß Patent- und Markenschutzgesetz ..		285,000		285,000	300,000	285,412
2/63205	36	Sonstige erfolgswirksame Einnahmen		11,000		11,000	9,998	11,179
	21			0,001		0,001	0,001	0,000
	36			10,999		10,999	9,997	11,179
2/63207	36	Bestandswirksame Einnahmen			0,004	0,004	0,004	0,000
2/63209	36	Darlehensrückzahlungen			0,228	0,228	0,228	0,325
		Summe 632...		296,000	0,232	296,232	310,230	296,916
2/633		Bergbehörden:						
2/63304	43	Gebühren		4,000		4,000	4,000	3,153
2/63305	43	Sonstige erfolgswirksame Einnahmen		286,434		286,434	260,000	246,955
2/63307	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,012	0,012	0,012	0,044
		Summe 633...		290,434	0,012	290,446	264,012	250,151
		Gesamteinnahmen 63...		780,696	24,922	805,618	833,349	721,407

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/64		Bauten und Technik:							
1/640		Verwaltungs- und betr. ähnl. Einrichtungen:							
1/6401		Bundesmobilienvverwaltung:							
1/64010	37	Personalausgaben		13,289			13,289	13,505	13,355
1/64013	37	Anlagen				3,000	3,000	11,520	18,065
1/64017	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..					0,015	0,011	0,011
1/64018	37	Aufwendungen					11,502	9,273	6,946
		Summe 6401...		13,289	11,517	3,000	27,806	34,309	38,377
1/6402		Schönbrunner Tiergartenamt:							
1/64020	37	Personalausgaben		9,691			9,691	11,215	10,017
1/64028	37	Aufwendungen					0,146	0,142	0,147
		Summe 6402...		9,691	0,146		9,837	11,357	10,164
1/6403		Beschußämter:							
1/64030	43	Personalausgaben		5,180			5,180	4,802	4,813
1/64033	43	Anlagen				0,360	0,360	0,351	0,364
1/64037	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..					0,020	0,020	
1/64038	43	Aufwendungen					1,947	1,900	1,645
		Summe 6403...		5,180	1,967	0,360	7,507	7,073	6,822
1/6406		Bäder:	*						
1/64063	37	Anlagen				0,034	0,034	0,034	
1/64067	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..					0,200	0,200	0,148
1/64068	37	Aufwendungen					0,675	0,386	0,241
		Summe 6406...			0,875	0,034	0,909	0,620	0,388
1/6407		Regierungsgebäude:							
1/64073	43	Anlagen				1,100	1,100	0,192	0,243
1/64078	43	Aufwendungen					33,680	31,680	32,841
		Summe 6407...			33,680	1,100	34,780	31,872	33,084
1/6405		Kurheim (betriebsähnliche Einrichtung):							
1/64050	21	Personalausgaben							2,392
1/64053	21	Anlagen						0,026	0,007
1/64057	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..						0,201	0,174
1/64058	21	Aufwendungen						1,555	1,245
		Summe 6405...						1,782	3,819
		Summe 640...		28,160	48,185	4,494	80,839	87,013	92,654

Anmerkungen:

1/6406 Personalausgaben beim VA-Ansatz 1/64500 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

159

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/64		Bauten und Technik:						
2/640		Verwaltungs- und betr. ähnl. Einrichtungen:						
2/6401		Bundesmobilienverwaltung:						
2/64014	37	Erfolgswirksame Einnahmen		0,300		0,300	0,300	0,269
2/64017	37	Bestandswirksame Einnahmen			0,007	0,007	0,007	
		Summe 6401...		0,300	0,007	0,307	0,307	0,269
2/6402		Schönbrunner Tiergartenamt:						
2/64024	37	Erfolgswirksame Einnahmen		16,240		16,240	16,240	8,849
2/6403		Beschußämter:						
2/64034	43	Erfolgswirksame Einnahmen		2,130		2,130	2,130	1,673
2/64037	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,004	0,004	0,004	
		Summe 6403...		2,130	0,004	2,134	2,134	1,673
2/6406		Bäder:						
2/64064	37	Erfolgswirksame Einnahmen		2,700		2,700	2,700	2,728
2/64067	37	Bestandswirksame Einnahmen			0,004	0,004	0,004	
		Summe 6406...		2,700	0,004	2,704	2,704	2,728
2/6407		Regierungsgebäude:						
2/64074	43	Erfolgswirksame Einnahmen		0,010		0,010	0,010	0,013
2/64077	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 6407...		0,010	0,002	0,012	0,012	0,013
2/6405		Kurheim (betriebsähnliche Einrichtung):						
2/64054	21	Erfolgswirksame Einnahmen					0,008	2,465
2/64057	21	Bestandswirksame Einnahmen					0,004	
		Summe 6405...					0,012	2,465
		Summe 640...		21,380	0,017	21,397	21,409	15,998

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/641		Förderungsmaßnahmen (Bauten und Technik): *							
1/6414		Wohnbauforschung:							
1/64145	12	Förderungen (D)				0,005	0,005	0,005	
1/64146	12	Förderungen		4,492			4,492	9,600	4,104
1/64148	12	Aufwendungen		0;003			0,003	0,003	0,104
		Summe 6414...			4,495	0,005	4,500	9,608	4,208
1/6415		Wasserbau (Wasserbautenförderungsgesetz):							
1/64155	33	Förderungen (D)				0,401	0,401	0,401	0,305
1/64156	33	Förderungen		0,512			0,512	0,512	0,003
		Summe 6415...			0,512	0,401	0,913	0,913	0,307
1/64166		Wasserbau - Mittel des Katastrophenfonds (zweckgeb. Geb.)							
	33			437,610			437,610	411,954	179,653
	34			437,609			437,609	411,953	179,653
				0,001			0,001	0,001	
1/6417		Technisches Versuchswesen:							
1/64175	12	Förderungen (D)				0,005	0,005	0,005	
1/64176	12	Förderungen		27,339			27,339	27,339	1,621
1/64178	12	Aufwendungen		12,000			12,000	10,101	4,172
		Summe 6417...			39,339	0,005	39,344	37,445	5,792
1/6418		Allgemeine Bauforschung:							
1/64186	12	Förderungen		0,100			0,100	0,113	0,122
1/64188	12	Aufwendungen		2,317			2,317	2,304	1,639
		Summe 6418...			2,417		2,417	2,417	1,761
1/6419		Sonstige Förderungsmaßnahmen:							
1/64196	34	Förderungen		34,557			34,557	73,440	71,500
1/64198	43	Aufwendungen		7,145			7,145	7,145	7,212
		Summe 6419...			41,702		41,702	80,585	78,712
		Summe 641...			526,075	0,411	526,486	542,922	270,433

Anmerkungen:

1/641 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6300 mitveranschlagt.
 1/64166 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64160.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

161

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundeshvoranschlag 1996	Bundeshvoranschlag 1995	Erfolg 1994
2/641		Förderungsmaßnahmen (Bauten und Technik):						
2/6412		Sonstige Wohnungsfürsorge:						
2/64124	23	Erfolgswirksame Einnahmen		0,027		0,027	0,043	0,029
2/64129	23	Darlehensrückzahlungen			0,124	0,124	0,299	0,125
		Summe 6412...		0,027	0,124	0,151	0,342	0,154
2/6414		Wohnbauforschung:						
2/64144	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,700		0,700	0,700	1,001
2/64149	12	Darlehensrückzahlungen			4,000	4,000	4,000	3,307
		Summe 6414...		0,700	4,000	4,700	4,700	4,308
2/6415		Wasserbau (Wasserbautenförderungsgesetz):						
2/64154	33	Erfolgswirksame Einnahmen		0,003		0,003	0,003	
2/64159	33	Darlehensrückzahlungen			0,300	0,300	0,300	0,619
		Summe 6415...		0,003	0,300	0,303	0,303	0,619
2/64160	33	Wasserbau - Mittel des Katastrophenfonds (zweckgeb. Einn.)	*	437,610		437,610	411,954	181,653
2/6417		Technisches Versuchswesen:						
2/64174	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,330		0,330	0,330	
2/64179	12	Darlehensrückzahlungen			0,200	0,200	0,200	
		Summe 6417...		0,330	0,200	0,530	0,530	
2/6418		Allgemeine Bauforschung:						
2/64184	12	Erfolgswirksame Einnahmen		0,002		0,002	0,002	
		Summe 641...		438,672	4,624	443,296	417,831	186,735

Anmerkungen:

2/64160 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/64166.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/642		Bundesstraßenverwaltung:	*						
1/6420		Bundesstraßen B:							
1/64203	32	Anlagen	*			2.500,000	2.500,000	2.349,399	2.192,092
1/64208	32	Aufwendungen	*		1.086,627		1.086,627	1.025,920	1.115,280
		Summe 6420 ...			1.086,627	2.500,000	3.586,627	3.375,319	3.307,372
1/6421		Bundesstraßen S:							
1/64213	32	Anlagen	*			70,000	70,000	80,524	49,628
1/64218	32	Aufwendungen	*		90,000		90,000	78,892	54,599
		Summe 6421 ...			90,000	70,000	160,000	159,416	104,226
1/6422		Bundesstraßen B und S (gemeinsame Ausgaben):							
1/64223	32	Anlagen (Hochbauten, Geräte, Fahrzeuge, Betriebsausstattung)	*			240,000	240,000	248,568	258,935
1/64227	32	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..	*		16,000		16,000	10,000	10,462
1/64228	32	Aufwendungen	*		2.758,953		2.758,953	2.479,547	2.817,732
		Summe 6422 ...			2.774,953	240,000	3.014,953	2.738,115	3.087,129
1/6423		Bundesstraßen A:							
1/64233	32	Anlagen	*			750,000	750,000	723,480	921,486
1/64238	32	Aufwendungen	*		649,000		649,000	665,200	693,177
		Summe 6423 ...			649,000	750,000	1.399,000	1.388,680	1.614,663
1/6424		Bundesstraßen A (sonstige Ausgaben):							
1/64243	32	Anlagen (Hochbauten, Geräte, Fahrzeuge, Betriebsausstattung)	*			100,000	100,000	99,032	102,304
1/64247	32	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..	*		10,000		10,000	8,000	7,579
1/64248	32	Aufwendungen	*		1.050,000		1.050,000	1.049,666	1.175,427
		Summe 6424 ...			1.060,000	100,000	1.160,000	1.156,698	1.285,310
1/6425		Katastrophenfonds - Vorbeugende Maßnahmen (zweckgeb. Geb.):	*						
1/64253	32	Anlagen	*			344,000	344,000	323,114	342,738
1/64258	32	Aufwendungen	*		35,294		35,294	37,240	36,287
		Summe 6425 ...			35,294	344,000	379,294	360,354	379,025
1/6426		Katastrophenfonds - Beseitigung von Schäden (zweckgeb. Geb.):	*						
1/64268	32	Aufwendungen	*		228,965		228,965	153,931	131,469

Anmerkungen:

- 1/642 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6300 mitveranschlagt bzw. im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.
- 1/64203 Hievon 1996 320,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420.
- 1/64208 Hievon 1996 220,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420.
- 1/64213 Hievon 1996 10,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420.
- 1/64218 Hievon 1996 5,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420.
- 1/64223 Hievon 1996 45,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420.
- 1/64228 Hievon 1996 300,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420.
- 1/64233 Hievon 1996 60,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420.
- 1/64238 Hievon 1996 90,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420.
- 1/64243 Hievon 1996 30,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420.
- 1/64248 Hievon 1996 100,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420.
- 1/6425 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64250.
- 1/6426 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64260.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

163

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/642		Bundesstraßenverwaltung:						
2/64200	32	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	1.100,000		1.100,000	962,525	1.175,896
2/64202	32	Veräußerungserlöse (zweckgeb. Einnahmen)	*		80,000	80,000	74,800	85,063
2/64204	32	Erfolgswirksame Einnahmen		98,486		98,486	98,486	68,222
2/64207	32	Bestandswirksame Einnahmen			7,700	7,700	7,700	8,389
2/64250	32	Katastrophenfonds - Vorbeugende Maßnahmen (zweckgeb. Einn.)	*	379,294		379,294	360,354	351,378
2/64260	32	Katastrophenfonds - Beseitigung von Schäden (zweckgeb. Einn.)	*	228,965		228,965	153,931	125,803

Anmerkungen:

- 2/64200) Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/64203 (320,000 Millionen Schilling),
2/64202) 1/64208 (220,000 Millionen Schilling), 1/64213 (10,000 Millionen Schilling),
1/64218 (5,000 Millionen Schilling), 1/64223 (45,000 Millionen Schilling),
1/64228 (300,000 Millionen Schilling), 1/64233 (60,000 Millionen Schilling),
1/64238 (90,000 Millionen Schilling), 1/64243 (30,000 Millionen Schilling),
1/64248 (100,000 Millionen Schilling) mitveranschlagt.
2/64250 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/6425.
2/64260 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/6426.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/6427		Straßenforschung:							
1/64275	12	Förderungen (D)				0,004	0,004	0,500	
1/64276	12	Förderungen		8,900			8,900	8,640	6,300
1/64278	12	Aufwendungen		27,000			27,000	26,793	18,000
		Summe 6427...			35,900	0,004	35,904	35,933	24,300
1/6429		Straßengesellschaften:							
1/64292	32	Anlagen (Gesetzl. Verpflichtungen)				0,001	0,001	0,001	
1/64293	32	Anlagen				0,001	0,001	0,001	
1/64297	32	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) (zweckgeb. Geb.)	*	3.450,000			3.450,000	2.849,000	2.600,000
1/64298	32	Aufwendungen		2.888,500			2.888,500	3.428,832	2.954,162
		Summe 6429...			6.338,500	0,002	6.338,502	6.277,834	5.554,162
		Summe 642...			12.299,239	4.004,006	16.303,245	15.646,280	15.487,656
1/644		Wasserbauverwaltung:							
1/6440		Wasserstraßendirektion:							
1/64400	33	Personalausgaben		39,173			39,173	45,028	46,511
1/64403	33	Anlagen	*		3,380		3,380	3,380	1,721
1/64407	33	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)		0,500			0,500	0,500	0,244
1/64408	33	Aufwendungen	*	157,904			157,904	157,904	164,890
		Summe 6440...		39,173	158,404	3,380	200,957	206,812	213,367
1/6441		Amt der Wasserstraßendirektion:							
1/64410	33	Personalausgaben		73,972			73,972	74,295	75,101
1/64418	33	Aufwendungen			10,772		10,772	10,801	8,177
		Summe 6441...		73,972	10,772		84,744	85,096	83,278
1/64438	33	Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz			4,526		4,526	4,416	4,775
1/64448	33	Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz (zweckgebundene Gebarung)	*		16,000		16,000	16,000	21,000
		Summe 644...		113,145	189,702	3,380	306,227	312,324	322,420

Anmerkungen:

1/64297 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64290.

1/64403 Hievon 1996 0,501 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64400.

1/64408 Hievon 1996 59,699 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64400.

1/64448 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64421.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

165

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/6427		Straßenforschung:							
2/64274	12	Erfolgswirksame Einnahmen			0,250		0,250	0,250	0,103
2/64279	12	Darlehensrückzahlungen				0,100	0,100	0,100	
		Summe 6427...			0,250	0,100	0,350	0,350	0,103
2/6429		Straßengesellschaften:							
2/64290	32	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		*	3.450,000		3.450,000	2.849,000	2.600,000
2/64297	32	Bestandswirksame Einnahmen				0,003	0,003	0,003	
		Summe 6429...			3.450,000	0,003	3.450,003	2.849,003	2.600,000
		Summe 642...			5.256,995	87,803	5.344,798	4.507,149	4.414,854
2/644		Wasserbauverwaltung:							
2/6440		Wasserstraßendirektion:							
2/64400	33	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)		*	60,200		60,200	60,200	60,000
2/64404		Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen			17,413		17,413	17,413	17,193
	33	Erfolgswirksame Einnahmen			17,373		17,373	17,373	17,156
	37				0,040		0,040	0,040	0,037
2/64407	33	Bestandswirksame Einnahmen				0,008	0,008	0,008	0,050
		Summe 6440...			77,613	0,008	77,621	77,621	77,242
2/6441		Amt der Wasserstraßendirektion:							
2/64414	33	Ersätze der Österr. Donau-Betriebs-Aktiengesellschaft			100,000		100,000	100,000	105,000
2/6442		Wasserbauten (Mittel des Katastrophenfonds) (zweckgeb. Geb.):							
2/64421	33	Zweckgeb. erfolgswirksame Einn. für vorbeugende Maßnahmen		*	16,000		16,000	16,000	21,000
		Summe 644...			193,613	0,008	193,621	193,621	203,242

Anmerkungen:

- 2/64290 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/64297.
2/64400 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/64403 (0,501 Millionen Schilling) und 1/64408 (59,699 Millionen Schilling) mitveranschlagt.
2/64421 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/64448.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/645		Bundesgebäudeverwaltung:							
1/6450		Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane):							
1/64500	37	Personalausgaben		377,705			377,705	386,398	373,437
1/64503	37	Anlagen				16,000	16,000	13,258	15,121
1/64507	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,000		1,000	1,000	0,630
1/64508	37	Aufwendungen			50,498		50,498	50,498	41,900
		Summe 6450...		377,705	51,498	16,000	445,203	451,154	431,088
1/6452		Kongreßzentrum in der Wiener Hofburg: *							
1/64523	37	Anlagen				1,300	1,300	1,344	1,088
1/64527	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,100		1,100	1,100	0,078
1/64528	37	Aufwendungen			12,000		12,000	12,144	6,344
		Summe 6452...			13,100	1,300	14,400	14,588	7,510
1/6453		Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.):							
1/64530	37	Personalausgaben		480,327			480,327	479,837	480,724
1/64533	37	Anlagen				13,100	13,100	21,740	19,911
1/64537	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,450		0,450	0,400	0,338
1/64538	37	Aufwendungen			57,806		57,806	59,480	56,941
		Summe 6453...		480,327	58,256	13,100	551,683	561,457	557,913
1/64548	37	Zahlungen an die BIG			2,699		2,699		
		Summe 645...		858,032	125,553	30,400	1.013,985	1.027,199	996,511

Anmerkungen:

1/6452 Personalausgaben beim VA-Ansatz 1/64500 mitveranschlagt.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

167

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1996	Bundesvoranschlag 1995	Erfolg 1994
2/645		Bundesgebäudeverwaltung:						
2/6450		Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane):						
2/64504	37	Erfolgswirksame Einnahmen		20,000		20,000	20,000	19,768
2/64507	37	Bestandswirksame Einnahmen			0,035	0,035	0,035	0,108
		Summe 6450...		20,000	0,035	20,035	20,035	19,876
2/6452		Kongreßzentrum in der Wiener Hofburg:						
2/64524	37	Erfolgswirksame Einnahmen		11,200		11,200	11,200	11,234
2/64527	37	Bestandswirksame Einnahmen			0,002	0,002	0,002	
		Summe 6452...		11,200	0,002	11,202	11,202	11,234
2/6453		Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.):						
2/64534	37	Erfolgswirksame Einnahmen		75,000		75,000	30,000	27,690
2/64537	37	Bestandswirksame Einnahmen			0,015	0,015	0,015	0,025
		Summe 6453...		75,000	0,015	75,015	30,015	27,715
		Summe 645...		106,200	0,052	106,252	61,252	58,825

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/646		Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung:	*						
1/6460		Betriebskosten und Hauserfordernisse:							
1/64600	37	Personalausgaben		43,280			43,280	51,999	52,154
1/64603	37	Anlagen				0,960	0,960	0,960	1,271
1/64607	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			280,201		280,201	270,000	284,257
1/64608	37	Aufwendungen	*		231,555		231,555	240,014	234,133
		Summe 6460...		43,280	511,756	0,960	555,996	562,973	571,815
1/64613		Ankäufe f. Schulen d. Unterrichts- u. d. Wissenschaftsverwaltung	*			35,649	35,649	48,091	30,044
	11					10,649	10,649	20,160	0,993
	12					25,000	25,000	27,931	29,051
1/64633	41	Liegenschaftsankäufe für die Landesverteidigung	*			36,500	36,500	24,096	36,965
1/64663	43	Sonstige Liegenschaftsankäufe	*			65,330	65,330	69,917	77,762
1/64673	33	Liegenschaftsankäufe für Flugplätze	*			7,600	7,600	7,680	8,154
1/64683	43	Liegenschaftserwerb im Tauschwege				7,000	7,000	120,942	113,452
1/64688	43	Unbewegliches Bundesvermögen, Vergütungen. Überweisungen an die Länder gem. §1 Abs. 2 Z 2 FAG			1,000		1,000	2,500	78,483
1/64698					18,000		18,000	20,617	27,995
	11				0,600		0,600	0,960	0,014
	12				1,200		1,200	3,456	1,125
	37				9,000		9,000	6,720	8,158
	43				7,200		7,200	9,481	18,698
		Summe 646...		43,280	530,756	153,039	727,075	856,816	944,670

Anmerkungen:

- 1/646 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6300 mitveranschlagt bzw. im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.
- 1/64608 Hievon 1996 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600.
- 1/64613 Hievon 1996 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600.
- 1/64633 Hievon 1996 0,003 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54602.
- 1/64663 Hievon 1996 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600.
- 1/64673 Hievon 1996 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

169

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG E I N N A H M E N Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/646		Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung:					
2/64600	37	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	10,000	10,000	10,000	20,705
2/64604	37	Erfolgswirksame Einnahmen	340,008	340,008	340,000	376,129
2/64607	37	Bestandswirksame Einnahmen	0,054	0,054	0,050	0,022
		Summe 646...	350,008	0,054	350,062	350,050	396,857

Anmerkungen:

2/64600 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/64608 (0,002 Millionen Schilling),
1/64613 (0,002 Millionen Schilling), 1/64663 (0,002 Millionen Schilling),
1/64673 (0,001 Millionen Schilling), 1/64738 (3,992 Millionen Schilling),
1/64753 (0,001 Millionen Schilling) und 1/64758 (6,000 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/647		Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau):	*						
1/64708		Überweisungen an die Länder gem. §1 Abs. 2 Z 2 FAG			390,020		390,020	268,800	698,751
	11				131,000		131,000	96,000	262,348
	12				96,900		96,900	62,400	178,636
	43				162,120		162,120	110,400	257,767
1/6471		Schulen der Unterrichtsverwaltung:							
1/64713	11	Anlagen	*			472,569	472,569	432,569	445,281
1/64718	11	Aufwendungen	*		413,495		413,495	413,495	390,584
		Summe 6471...			413,495	472,569	886,064	846,064	835,865
1/6472		Schulen der Wissenschaftsverwaltung:							
1/64723	12	Anlagen	*			390,000	390,000	413,746	487,455
1/64728	12	Aufwendungen	*		259,430		259,430	259,430	256,341
		Summe 6472...			259,430	390,000	649,430	673,176	743,797
1/6473		Bauten für die Landesverteidigung:							
1/64738		Aufwendungen	*		906,927		906,927	972,896	1.109,620
	23				23,398		23,398	32,912	41,241
	41				883,529		883,529	939,984	1.068,379
1/6474		Land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten:							
1/64743		Anlagen	*			285,786	285,786	258,186	302,865
	11					78,682	78,682	76,800	95,324
	34					207,104	207,104	181,386	207,541
1/64748		Aufwendungen	*		80,008		80,008	72,108	68,499
	11				39,822		39,822	29,760	38,835
	34				40,186		40,186	42,348	29,663
		Summe 6474...			80,008	285,786	365,794	330,294	371,364

Anmerkungen:

- 1/647 Verwaltungs-Aufwendungen bei den Paragraphen 1/6300 und 1/6450 mitveranschlagt bzw. im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.
- 1/64713 Hievon 1996 0,012 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.
- 1/64718 Hievon 1996 0,003 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.
- 1/64723 Hievon 1996 0,010 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700 und beim VA-Ansatz 2/54602.
- 1/64728 Hievon 1996 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.
- 1/64738 Hievon 1996 3,992 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600 und beim VA-Ansatz 2/64700.
- 1/64743 Hievon 1996 0,004 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.
- 1/64748 Hievon 1996 0,003 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

171

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/647		Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau):						
2/64700	37	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	17,085	17,085	17,083	86,537
2/64704	37	Erfolgswirksame Einnahmen		2,000	2,000	2,000	1,433
		Summe 647...		19,085	19,085	19,083	87,971

Anmerkungen:

2/64700 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/64713 (0,012 Millionen Schilling), 1/64718 (0,003 Millionen Schilling), 1/64723 (0,010 Millionen Schilling), 1/64728 (0,002 Millionen Schilling), 1/64738 (0,009 Millionen Schilling), 1/64743 (0,004 Millionen Schilling), 1/64748 (0,003 Millionen Schilling), 1/64753 (0,032 Millionen Schilling) und 1/64758 (17,010 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/6475		Sonstige Bundesgebäude:							
1/64753		Anlagen	*			3.144,233	3.144,233	2.971,238	2.934,723
	12					0,007	0,007	0,007	8,330
	13					594,671	594,671	570,241	632,199
	23					0,958	0,958	0,960	0,453
	42					369,994	369,994	230,400	253,433
	43					2.178,603	2.178,603	2.169,629	2.040,309
	41							0,001	
1/64758		Aufwendungen	*		1.266,869		1.266,869	1.216,869	1.201,010
	12				0,001		0,001	0,003	1,324
	13				180,004		180,004	176,364	186,900
	21				0,004		0,004	0,004	13,382
	23				18,000		18,000	16,679	86,218
	37				0,004		0,004	0,004	0,976
	42				40,000		40,000	32,400	61,895
	43				1.028,856		1.028,856	991,415	850,314
		Summe 6475...			1.266,869	3.144,233	4.411,102	4.188,107	4.135,734
		Summe 647...			3.316,749	4.292,588	7.609,337	7.279,337	7.895,130
1/649		Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen:							
1/6490		Einrichtungen des Eichwesens:							
1/64900	43	Personalausgaben		108,680			108,680	110,004	110,808
1/64903	43	Anlagen				9,121	9,121	9,121	8,545
1/64907		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			3,700		3,700	3,700	2,904
	22				3,518		3,518	3,518	2,689
	43				0,182		0,182	0,182	0,215
1/64908	43	Aufwendungen			28,149		28,149	26,591	25,075
		Summe 6490...		108,680	31,849	9,121	149,650	149,416	147,332
1/6491		Einrichtungen des Vermessungswesens:							
1/64910	43	Personalausgaben		619,846			619,846	609,728	613,924
1/64913	43	Anlagen				15,450	15,450	15,072	10,766
1/64917		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			19,000		19,000	19,602	18,666
	22				18,398		18,398	19,000	18,119
	43				0,602		0,602	0,602	0,547
1/64918	43	Aufwendungen			108,300		108,300	105,617	73,313
		Summe 6491...		619,846	127,300	15,450	762,596	750,019	716,668
		Summe 649...		728,526	159,149	24,571	912,246	899,435	864,000
		Gesamtausgaben 64...		1.771,143	17.195,408	8.512,889	27.479,440	26.651,326	26.873,473

Anmerkungen:

- 1/64753 Hievon 1996 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600, 0,032 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700, 0,004 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/14260, 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50352 und 0,003 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54602.
- 1/64758 Hievon 1996 6,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600 und 17,010 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.

Anlage I BUNDES VORAN SCHLAG 1996

173

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/649		Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen:						
2/6490		Einrichtungen des Eichwesens:						
2/64904	43	Erfolgswirksame Einnahmen		169,000		169,000	169,000	169,936
2/64907	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,050	0,050	0,050	0,023
		Summe 6490...		169,000	0,050	169,050	169,050	169,959
2/6491		Einrichtungen des Vermessungswesens:						
2/64914	43	Erfolgswirksame Einnahmen		69,883		69,883	69,883	67,355
2/64917	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,070	0,070	0,070	0,135
		Summe 6491...		69,883	0,070	69,953	69,953	67,489
		Summe 649...		238,883	0,120	239,003	239,003	237,448
		Gesamteinnahmen 64...		6.624,836	92,678	6.717,514	5.809,398	5.601,929

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/65		Öffentliche Wirtschaft und Verkehr:							
1/650		Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr:							
1/6500		Zentralleitung:							
1/65000	43	Personalausgaben		265,361			265,361	289,663	261,266
1/65003	43	Anlagen				7,528	7,528	7,344	9,245
1/65007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			19,134		19,134	16,384	37,228
	22				5,602		5,602	5,602	2,773
	43				13,532		13,532	10,782	34,455
1/65008	43	Aufwendungen	*		103,262		103,262	102,683	83,759
		Summe 6500...		265,361	122,396	7,528	395,285	416,074	391,499
1/6501		Schiffahrtspolizei:							
1/65010	43	Personalausgaben		32,414			32,414	34,013	30,256
1/65013	43	Anlagen				8,128	8,128	7,930	9,200
1/65017		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,269		2,269	2,198	1,798
	22				1,681		1,681	1,681	1,423
	43				0,588		0,588	0,517	0,375
1/65018	43	Aufwendungen			22,677		22,677	22,124	39,523
		Summe 6501...		32,414	24,946	8,128	65,488	66,265	80,778
1/6502		Fernmeldebehördliche Tätigkeiten:							
1/65023	43	Anlagen				30,455	30,455	29,931	35,004
1/65027	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			3,067		3,067	2,970	2,114
1/65028	43	Aufwendungen			104,503		104,503	85,905	80,211
		Summe 6502...			107,570	30,455	138,025	118,806	117,329
		Summe 650...		297,775	254,912	46,111	598,798	601,145	589,606
1/651		Bundesministerium (Zweckaufwand):	*						
1/65108	33	Verkehrsverbände			557,700		557,700	870,900	857,085
1/65118		Öffentliche Wirtschaft und allgemeiner Verkehr			42,280		42,280	47,451	37,075
	12				1,810		1,810	1,760	0,624
	33				40,470		40,470	45,691	36,450
1/65128	33	EU-TEN-Projekte (zw)	*		95,000		95,000		
1/65133		Kapitalbeteiligungen				0,005	0,005	0,004	
	33					0,003	0,003	0,002	
	36					0,001	0,001	0,001	
	38					0,001	0,001	0,001	
1/65148	33	Kosten f. Eisenbahn-Infrastruktur			11.000,200		11.000,200	11.088,000	11.550,000
		Kosten f. Eisenbahn-Infrastruktur gem. Bundesbahngesetz 1992							
1/65158	33	Gemeinwirtschaftliche Leistungen	*		8.506,723		8.506,723	7.825,000	7.620,000
		Gemeinwirtschaftliche Leistungen gem. Bundesbahngesetz 1992							
1/65178	33	Gemeinwirtschaftliche Leistungen (PTA) ..			1.050,000		1.050,000		
1/65198	33	Entgelt an Austro-Control			0,002		0,002	0,002	
1/65127	33	Abgeltungen an Privatbahnen	*					353,000	353,000
1/65168	33	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgeb. Gebarung)						296,160	260,564
		Summe 651...			21.251,905	0,005	21.251,910	20.480,517	20.677,724

Anmerkungen:

- 1/65008 Hievon 1996 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65000.
1/651 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/650 mitveranschlagt.
1/65127 Ab dem BVA 1996 beim Ansatz 1/65158 mitveranschlagt.
1/65128 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65120.
1/65158 Einschließlich der bis 1995 beim Ansatz 1/65127 veranschlagten Ausgaben.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

175

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/65		Öffentliche Wirtschaft und Verkehr:						
2/650		Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr:						
2/6500		Zentralleitung:						
2/65000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,001		0,001	0,001	
2/65004	43	Erfolgswirksame Einnahmen		8,832		8,832	7,518	214,253
2/65007	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,030	0,030	0,030	
		Summe 6500...		8,833	0,030	8,863	7,549	214,253
2/6501		Schiffahrtspolizei:						
2/65014	43	Erfolgswirksame Einnahmen		18,746		18,746	19,206	1,190
2/65017	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,011	0,011	0,011	0,030
		Summe 6501...		18,746	0,011	18,757	19,217	1,220
2/6502		Fernmeldebehördliche Tätigkeiten:						
2/65024	43	Erfolgswirksame Einnahmen		4.119,995		4.119,995	109,995	120,642
2/65027	43	Bestandswirksame Einnahmen			0,005	0,005	0,005	0,166
		Summe 6502...		4.119,995	0,005	4.120,000	110,000	120,808
		Summe 650...		4.147,574	0,046	4.147,620	136,766	336,281
2/651		Bundesministerium (Zweckaufwand):						
2/65104	33	Verkehrsverbände		0,001		0,001	488,867	440,921
2/65120	33	EU-TEN-Projekte (zw)	*	95,000		95,000		
2/6513		Kapitalbeteiligungen:						
2/65134	33	Erträge		0,001		0,001	0,001	0,310
2/65137	36	Erlöse			0,001	0,001	0,001	
		Summe 6513...		0,001	0,001	0,002	0,002	0,310
2/65144	33	Entgelt für die Benützung der Eisenbahninfrastruktur		3.100,000		3.100,000	2.800,000	2.500,000
2/65174	33	Konzessionsabgabe		4.400,000		4.400,000		
2/65160	33	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgeb. Einnahmen)					296,160	260,564
		Summe 651...		7.595,002	0,001	7.595,003	3.585,029	3.201,795

Anmerkungen:

2/65000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/65008 mitveranschlagt.

2/65120 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/65128.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/652		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen): *							
1/65204	33	Bundesbeitrag f. U-Bahnteil (Schienenverbund)	*		1.500,000		1.500,000	1.500,000	1.500,000
1/65225	36	Unternehmungen mit Bundesbeteiligung	*			0,001	0,001	3.446,640	3.400,000
1/65236		Förderungen - EU-Kofinanzierung	*		0,005		0,005	0,006	
	33				0,001		0,001	0,001	
	36				0,004		0,004	0,004	
	34							0,001	
1/6524		Verkehrswirtschaftliche Maßnahmen:							
1/65246	33	Förderungen			80,934		80,934	92,530	65,184
1/6525		Regional- und strukturpolitische Maßnahmen:							
1/65255	36	Förderungen (D)	*			0,001	0,001	0,001	-0,120
1/65256	36	Förderungen	*		108,558		108,558	108,558	134,972
1/65258	36	Aufwendungen	*		7,708		7,708	7,708	8,161
		Summe 6525. ...			116,266	0,001	116,267	116,267	143,013
1/65266	33	Förderungen an Privatbahnen			449,196		449,196	445,996	499,621
1/6527		Technologieförderung gem. ITF-Gesetz:							
1/65275	36	Förderungen (D)	*			5,900	5,900	15,600	28,262
1/65276	36	Förderungen	*		69,374		69,374	78,591	302,247
1/65278		Aufwendungen	*		33,360		33,360	23,759	75,378
	36				33,360		33,360	23,759	22,378
	43								53,000
		Summe 6527. ...			102,734	5,900	108,634	117,950	405,887
1/6528		Sonstige Förderungen:							
1/65286		Förderungen			14,316		14,316	14,316	15,621
	33				8,059		8,059	8,059	9,100
	36				6,255		6,255	6,255	5,921
	38				0,002		0,002	0,002	0,600
1/65295		Bezugsvorschüsse				38,914	38,914	2,494	2,711
	23					9,392	9,392	0,632	0,600
	33					27,660	27,660		
	43					1,862	1,862	1,862	2,111
		Summe 652. ...			2.263,451	44,816	2.308,267	5.736,199	6.032,037

Anmerkungen:

- 1/652 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/650 mitveranschlagt.
1/65204 Hievon 1996 830,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52661.
1/65236 Nationale Förderungsmittel bei den Ansätzen 1/65246, 1/65256, 1/65276 sowie beim ERP-Fonds veranschlagt.
1/65275 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65270.
1/65276 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65270.
1/65278 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/65270 (22,100 Millionen Schilling),
2/65271 (0,590 Millionen Schilling) und 2/65273 (10,670 Millionen Schilling).

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

177

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1996	Bundesvoranschlag 1995	Erfolg 1994
2/652		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen):						
2/65219	33	Länden- und Hafeneinrichtungen			0,813	0,813	0,889	0,921
2/6522		Unternehmungen mit Bundesbeteiligung:						
2/65224	36	Erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001	0,001	
2/65229	36	Unternehmungen mit Bundesbeteiligung			0,001	0,001	0,001	
		Summe 6522...		0,001	0,001	0,002	0,002	
2/6525		Regional- und strukturpolitische Maßnahmen:						
2/65254	36	Erfolgswirksame Einnahmen		0,066		0,066	0,048	0,773
2/65259	36	Darlehensrückzahlungen			0,578	0,578	1,513	1,934
		Summe 6525...		0,066	0,578	0,644	1,561	2,706
2/6527		Technologieförderung gem. ITF-Gesetz:						
2/65270	36	Mittel gem. ITF - Gesetz (zweckgeb. Einn.)	*	97,374		97,374	112,191	402,391
2/65271	36	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,590		0,590	0,700	0,674
2/65273	36	Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen	*		10,670	10,670	5,059	3,013
		Summe 6527...		97,964	10,670	108,634	117,950	406,077
2/65299		Bezugsvorschußsätze			38,510	38,510	1,300	4,410
	23				9,790	9,790	0,180	1,693
	33				27,600	27,600		
	43				1,120	1,120	1,120	2,717
		Summe 652...		98,031	50,572	148,603	121,702	414,115

Anmerkungen:

- 2/65270 Überweisung vom VA-Ansatz 1/10058. Korrespondierende Ausgaben 1996 bei den VA-Ansätzen 1/65275 (5,900 Millionen Schilling), 1/65276 (69,374 Millionen Schilling) und 1/65278 (22,100 Millionen Schilling) mitveranschlagt.
- 2/65271 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/65278 mitveranschlagt.
- 2/65273 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/65278 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/655		Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge:							
1/65500	33	Personalausgaben		15,762			15,762	17,643	15,455
1/65503	33	Anlagen				5,794	5,794	5,694	0,347
1/65508	33	Aufwendungen			6,188		6,188	6,082	7,177
		Summe 655...		15,762	6,188	5,794	27,744	29,419	22,979
1/657		Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgeb. Geb.): *							
1/65703	32	Anlagen				1,200	1,200	1,200	
1/65706	32	Förderungen			19,000		19,000	19,000	10,678
1/65707	32	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			28,280		28,280	29,640	23,615
1/65708	32	Aufwendungen			7,523		7,523	7,162	2,100
		Summe 657...			54,803	1,200	56,003	57,002	36,393
1/659		Amt der Post- und Telekom Austria AG:							
1/65900	33	Personalausgaben		10.666,700			10.666,700		
1/65908	33	Aufwendungen			993,600		993,600		
		Summe 659...		10.666,700	993,600		11.660,300		
		Gesamtausgaben 65...		10.980,237	24.824,859	97,926	35.903,022	26.904,282	27.358,738

Anmerkungen:

1/657 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Titel 2/657.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

179

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1996	Bundesvoranschlag 1995	Erfolg 1994
2/655		Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge:						
2/65504	33	Erfolgswirksame Einnahmen		1,802		1,802	1,702	1,953
2/65507	33	Bestandswirksame Einnahmen			0,044	0,044	0,124	
		Summe 655...		1,802	0,044	1,846	1,826	1,953
2/657		Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgeb. Geb.):	*					
2/65700	32	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		56,003		56,003	57,002	49,537
2/659		Amt der Post- und Telekom Austria AG:						
2/65900	33	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen		0,001		0,001		
2/65904	33	Erfolgswirksame Einnahmen		11.660,299		11.660,299		
		Summe 659...		11.660,300		11.660,300		
		Gesamteinnahmen 65...		23.558,712	50,663	23.609,375	3.902,325	4:003,680

Anmerkungen:

2/657 Korrespondierende Ausgaben beim Titel 1/657 veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/71		Bundestheater:							
1/710		Personalausgaben:							
1/71000	13	Aktivitätsaufwand		1.577,839			1.577,839	1.584,452	1.567,226
1/71010	13	Pensionsaufwand		805,789			805,789	778,676	749,747
		Summe 710...		2.383,628			2.383,628	2.363,128	2.316,972
1/711		Sachausgaben:							
1/71133	13	Anlagen	*			158,000	158,000	228,289	260,831
1/71155	13	Förderungen (D)				1,998	1,998	1,949	1,994
	13					1,398	1,398	1,349	1,834
	23					0,600	0,600	0,600	0,160
1/71156	13	Förderungen			0,002	0,002	0,002	0,002	
1/71167	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			60,000	60,000	60,000	54,684	50,606
1/71188	13	Aufwendungen	*		424,000	424,000	424,000	385,640	406,501
		Summe 711...			484,002	159,998	644,000	670,564	719,931
		Gesamtausgaben 71...		2.383,628	484,002	159,998	3.027,628	3.033,692	3.036,903

Anmerkungen:

1/71133 Hievon 1996 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/71200.

1/71188 Hievon 1996 0,005 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/71200.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

181

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1996	Bundesvoranschlag 1995	Erfolg 1994
2/71		Bundestheater:						
2/71159	13	Darlehensrückzahlungen			2,000	2,000	2,000	1,829
	23				1,860	1,860	1,860	1,690
					0,140	0,140	0,140	0,140
2/712		Allgemeine Betriebseinnahmen:						
2/71200	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,006		0,006	0,006	9,411
2/71204	13	Erfolgswirksame Einnahmen		39,329		39,329	36,329	54,454
2/71218	13	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,100	0,100	0,100	2,321
		Summe 712...		39,335	0,100	39,435	36,435	66,185
2/713		Übrige Einnahmen:						
2/71304	13	Tageseinnahmen		489,200		489,200	480,640	386,835
2/71305	13	Einnahmen aus Sonderveranstaltungen		19,553		19,553	0,583	98,450
		Summe 713...		508,753		508,753	481,223	485,286
2/71504	13	Pensions- und Provisionsbeiträge		122,812		122,812	99,231	97,767
		Gesamteinnahmen 71...		670,900	2,100	673,000	618,889	651,067

Anmerkungen:

2/71200 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/71133 und 1/71188 mitveranschlagt.

Kapitel	SALDO	Bundesvoranschlag 1996	Bundesvoranschlag 1995	Erfolg 1994
1/71	Betriebsausgaben	3.027,628	3.033,692	3.036,903
2/71	Betriebseinnahmen	673,000	618,889	651,067
	Betriebsabgang...	2.354,628	2.414,803	2.385,836

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/75		Alkohol (Monopol):							
1/752		Branntwein (Monopol)							
		Personalausgaben:							
1/75200	38	Aktivitätsaufwand		8,080			8,080	8,946	9,741
1/75210	38	Pensionsaufwand		2,768			2,768	2,769	2,679
		Summe 752...		10,848			10,848	11,715	12,421
1/753		Sachausgaben:							
1/75313	38	Anlagen				0,061	0,061	0,061	0,087
1/75325	23	Förderungen (D)				0,100	0,100	0,100	0,064
	38					0,001	0,001	0,001	
	38					0,099	0,099	0,099	0,064
1/75347	38	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,142		0,142	0,174	0,179
1/75368	38	Aufwendungen			240,000		240,000	242,204	296,292
		Summe 753...			240,142	0,161	240,303	242,539	296,622
		Gesamtausgaben 75...		10,848	240,142	0,161	251,151	254,254	309,042

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

183

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1996	Bundesvoranschlag 1995	Erfolg 1994
2/75		Alkohol (Monopol):						
		Branntwein (Monopol)						
2/752		Allgemeine Betriebseinnahmen:						
2/75204	38	Erfolgswirksame Einnahmen		0,269		0,269	0,269	0,278
2/75218	38	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			0,008	0,008	0,542	
		Summe 752...		0,269	0,008	0,277	0,811	0,278
2/753		Übrige Einnahmen:						
2/75304	38	Branntweinverkaufserlöse		67,000		67,000	347,269	1.149,208
2/75329		Bezugsvorschußersätze			0,043	0,043	0,041	0,039
	23				0,001	0,001	0,001	
	38				0,042	0,042	0,040	0,039
		Summe 753...		67,000	0,043	67,043	347,310	1.149,246
2/75404	38	Pensionsbeiträge		0,287		0,287	0,208	0,182
		Gesamteinnahmen 75...		67,556	0,051	67,607	348,329	1.149,706

Kapitel	SALDO		Bundesvoranschlag 1996	Bundesvoranschlag 1995	Erfolg 1994
1/75	Betriebsausgaben		251,151	254,254	309,042
2/75	Betriebseinnahmen		67,607	348,329	1.149,706
		Betriebsabgang...	183,544		
		Betriebsüberschuß...		94,075	840,664

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/77		Österreichische Bundesforste:							
1/772		Personalausgaben:							
1/77200	34	Aktivitätsaufwand		1.042,421			1.042,421	1.076,343	1.060,606
1/77210	34	Pensionsaufwand		129,000			129,000	139,430	129,819
		Summe 772...		1.171,421			1.171,421	1.215,773	1.190,425
1/773		Sachausgaben:							
1/77303	34	Anlagen (zweckgebundene Gebarung)	*			84,899	84,899	94,899	227,093
1/77313	34	Sonstige Anlagen	*			84,997	84,997	87,086	88,583
1/77323	34	Anlagen (Bodensicherung, Seeufer)				0,003	0,003	3,168	3,372
1/77325		Förderungen (D)				5,675	5,675	7,925	6,303
	23					2,800	2,800	3,900	2,540
	34					2,875	2,875	4,025	3,763
1/77336		Förderungen			0,325		0,325	0,350	0,325
	12				0,300		0,300	0,288	0,300
	34				0,025		0,025	0,062	0,025
1/77347	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			103,000		103,000	108,800	98,975
1/77368	34	Aufwendungen	*		370,101		370,101	384,129	355,271
		Summe 773...			473,426	175,574	649,000	686,357	779,922
		Gesamtausgaben 77...		1.171,421	473,426	175,574	1.820,421	1.902,130	1.970,347

Anmerkungen:

1/77303 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/77300 und 2/77302.

1/77313 Weitere Ausgaben können nach Maßgabe der Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54607 VA-Post 0002/006 getätigt werden.

1/77368 Hievon 1996 0,101 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/77300.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

185

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	EINNAHMEN	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/77		Österreichische Bundesforste:							
2/772		Allgemeine Betriebseinnahmen:							
2/77214	34	Erfolgswirksame Einnahmen			2.086,900		2.086,900	1.966,920	1.830,826
2/77228	34	Sonstige bestandswirksame Einnahmen				7,000	7,000	7,250	9,407
		Summe 772...			2.086,900	7,000	2.093,900	1.974,170	1.840,233
2/773		Übrige Einnahmen:							
2/77300	34	Vergütungen (zweckgebundene Einnahmen)			2,202		2,202	5,703	86,797
2/77302	34	Grundverkäufe (zweckgebundene Einnahmen)				82,798	82,798	89,297	139,366
2/77329	23	Darlehensrückzahlungen und Vorschußersätze				6,900	6,900	7,700	7,048
	34					3,600	3,600	3,600	3,592
2/77354	34	Pensionsbeiträge			11,200		11,200	5,400	5,537
		Summe 773...			13,402	89,698	103,100	108,100	238,748
		Gesamteinnahmen 77...			2.100,302	96,698	2.197,000	2.082,270	2.078,980

Anmerkungen:

2/77300 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/77303 (2,101 Millionen Schilling) und 1/77368 (0,101 Millionen Schilling) veranschlagt.

2/77302 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/77303 veranschlagt.

Kapitel	SALDO	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
1/77	Betriebsausgaben	1.820,421	1.902,130	1.970,347
2/77	Betriebseinnahmen	2.197,000	2.082,270	2.078,980
	Betriebsüberschuß...	376,579	180,140	108,634

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/78		Post- und Telegraphenverwaltung:							
1/782		Personalausgaben:							
1/78200	33	Aktivitätsaufwand		7.118,572			7.118,572	21.804,905	21.934,385
1/78210	33	Pensionsaufwand		3.699,629			3.699,629	10.843,000	10.235,115
		Summe 782 ...		10.818,201			10.818,201	32.647,905	32.169,500
1/783		Sachausgaben:							
1/78303	33	Fernmeldeanlagen				0,339	0,339	0,870	0,867
1/78313	33	Sonstige Anlagen d. PTV n. Maßg. zweckgeb. Fernsprechgebühren				178,639	178,639	170,279	208,632
	33					178,638	178,638	170,278	208,632
	41					0,001	0,001	0,001	
1/78323	33	Kapitalbeteiligungen				0,005	0,005	0,004	1,000
1/78325	33	Förderungen (D)				17,331	17,331	63,500	63,462
	23					4,899	4,899	14,700	22,637
	33					12,432	12,432	48,800	40,825
1/78333	33	Anlagen n. Maßgabe v. Liegenschaftsverkäufen (zweckgeb. Geb.)	*			3,934	3,934	4,801	18,830
1/78336	33	Förderungen	*		2,999		2,999	9,441	9,848
	22				2,482		2,482	7,888	7,766
	33				0,517		0,517	1,553	2,082
1/78347	33	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	*		428,444		428,444	1.052,954	1.041,637
	33				324,535		324,535	1.052,954	1.041,637
	38				103,909		103,909		
1/78358	33	Aufwendungen	*		2.483,101		2.483,101	6.899,882	6.676,346
	11				0,017		0,017	0,100	0,465
	33				2.483,084		2.483,084	6.899,782	6.675,882
1/78364	33	Überweisung von Zuschlagserlösen n. Maßg. zweckgeb. Einn.	*		2,182		2,182	6,550	3,189
	11				0,016		0,016	0,050	
	33				2,166		2,166	6,500	3,189
1/78373	33	Anlagen nach Maßgabe zweckgebundener Fernsprechgebühren	*			7.020,641	7.020,641	12.749,721	11.310,531

Anmerkungen:

- 1/78313 Die Ausgaben für die Anschaffung von Fahrzeugen, Zusatzausstattungen für Fahrzeuge, Maschinen, Werkzeugen, Bahnpostwagen und ortsfesten Betriebsanlagen der PTV werden gem. dem Fernmeldeinvestitionsgesetz BGBl. Nr. 312/1971 in der Fassung der Novelle 1995 BGBl. Nr. 734/1995 aus zweckgebundenen Fernsprechgebühren finanziert. Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/78430.
- 1/78333 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/78312.
- 1/78336 Hievon 1996 0,233 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/78200.
- 1/78347 Hievon sind für die Weitergabe von Anteilen der Gebühren und Fahrpreise (Einnahmen beim Titel 2/784 und beim VA-Ansatz 2/78504) folgende Beträge mitveranschlagt:
 Fernmeldedienst 183,315 Millionen Schilling
 Postdienst 49,995 Millionen Schilling
 Omnibusdienst 21,436 Millionen Schilling
- 1/78358 Hievon 1996 0,047 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 2/78200 und 0,017 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 2/78300 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen.
- 1/78364 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/78300.
 Die Weitergabe der Zuschlagserlöse zu Sonderpostmarken ist 1996 wie folgt veranschlagt:
 Organisationskomitee der III. Weltwinterspiele für Körperbehinderte 1984 0,003 Millionen Schilling
 Organisationskomitee der IV. Weltwinterspiele für Körperbehinderte 1988 0,013 Millionen Schilling
 Verband Österr. Philatelistenvereine 2,166 Millionen Schilling
 Weitere Zuschlagserlöse zu Sonderpostmarken sind beim Paragraph 2/7838 (0,233 Millionen Schilling) mitveranschlagt.
- 1/78373 Auf Grund des Fernmeldeinvestitionsgesetzes, BGBl. Nr. 312/1971, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 734/1995 (FMIG-Novelle 1995), erfolgt die Finanzierung der Ausgaben für die Erweiterung und Erneuerung des österreichischen Fernmeldenetzes, die Durchführung von Hochbauvorhaben für den Post- und Postautodienst sowie die Beschaffung von Kraftfahrzeugen für den Fernmeldedienst aus zweckgebundenen Fernsprechgebühren. Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/78430.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

187

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
2/78		Post- und Telegraphenverwaltung:						
2/782		Allgemeine Betriebseinnahmen:						
2/78200	33	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	*	0,280		0,280	0,840	1,066
2/78204	33	Erfolgswirksame Einnahmen		284,973		284,973	816,261	797,057
2/78218	33	Sonstige bestandswirksame Einnahmen			6,425	6,425	15,576	18,888
			Summe 782...	285,253	6,425	291,678	832,677	817,011
2/783		Übrige Einnahmen:						
2/78300		Zuschlagserlöse zu Sonderpostmarken (zweckgeb. Einnahmen)	*	2,199		2,199	6,650	3,173
	11			0,033		0,033	0,150	0,099
	33			2,166		2,166	6,500	3,074
2/78312	33	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen	*		3,934	3,934	4,801	19,874
2/78324	33	Kapitalbeteiligungen		0,001		0,001	0,001	
2/78329		Darlehensrückzahlungen und Vorschußersätze			21,209	21,209	63,630	63,103
	23				5,334	5,334	15,940	16,001
	33				15,875	15,875	47,690	47,102

Anmerkungen:

- 2/78200 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/78336 (0,233 Millionen Schilling) und 1/78358 (0,047 Millionen Schilling) mitveranschlagt.
- 2/78300 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/78358 (0,017 Millionen Schilling) und 1/78364 (2,182 Millionen Schilling).
- 2/78312 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/78333.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
				pers.	sachl.				
1/7838		Hilfsfonds der Post- u. Fernmeldebediensteten (zweckgeb. Geb.): *							
1/78385	22	Förderungen (D)				0,933	0,933	2,800	0,881
1/78388	22	Aufwendungen				0,933	0,933	2,800	1,474
		Summe 7838...				0,933	0,933	5,600	2,355
		Summe 783...				2.917,659	10.139,481	20.963,602	19.336,696
		Gesamtausgaben 78...				10.818,201	20.957,682	53.611,507	51.506,196

Anmerkungen:

1/7838 Korrespondierende Einnahmen beim Paragraph 2/7838.

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

189

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Einnahmen	Anm.	Erfolgs-wirksame Einnahmen	Bestands-wirksame Einnahmen	Bundesvor-anschlag 1996	Bundesvor-anschlag 1995	Erfolg 1994
2/7838		Hilfsfonds der Post- u. Fernmeldebediensteten (zweckgeb. Geb.):		*					
2/78380	22	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen			1,366		1,366	4,000	4,069
2/78383	22	Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen				0,500	0,500	1,600	1,427
		Summe 7838...			1,366	0,500	1,866	5,600	5,496
		Summe 783...			3,566	25,643	29,209	80,682	91,646
2/784		Gebühren:							
2/78404	33	Gebühren/Post			5.166,150		5.166,150	15.300,000	14.933,303
2/78414	33	Gebühren/Telegraph			26,664		26,664	67,000	73,981
2/78424	33	Gebühren/Fernschreib-, Text- und Datenübertragungsdienste			485,285		485,285	1.198,000	1.216,596
2/7843		Gebühren/Fernsprecher:							
2/78430	33	Zweckgebundene Gebühren/Fernsprecher		*	7.199,280		7.199,280	12.920,000	11.519,163
2/78434	33	Gebühren/Fernsprecher			6.132,720		6.132,720	25.080,000	24.478,221
		Summe 7843...			13.332,000		13.332,000	38.000,000	35.997,383
2/78444	33	Gebühren/Funk			266,640		266,640	810,000	768,094
2/78454	33	Gebühren/Kommunikations- u. bes. Teilnehmereinrichtungen			1.166,550		1.166,550	3.300,000	3.095,330
		Summe 784...			20.443,289		20.443,289	58.675,000	56.084,688
2/78504	33	Omnibusdienst			653,600		653,600	1.837,249	1.865,143
2/78604	33	Pensionsbeiträge			666,600		666,600	1.972,200	1.758,260
2/78704	33	Vergütung der Österreichischen Postsparkasse ...			273,306		273,306	710,000	670,000
		Gesamteinnahmen 78...			22.325,614	32,068	22.357,682	64.107,808	61.286,748

Anmerkungen:

2/7838 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/7838.

2/78430 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/78313 (178,639 Millionen Schilling) und 1/78373 (7.020,641 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

Kapitel	SALDO	Bundesvor-anschlag 1996	Bundesvor-anschlag 1995	Erfolg 1994
1/78	Betriebsausgaben	20.957,682	53.611,507	51.506,196
2/78	Betriebseinnahmen	22.357,682	64.107,808	61.286,748
	Betriebsüberschuß...	1.400,000	10.496,301	9.780,552

Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel
(Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	Bezeichnung	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1996	Bundesvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
		pers.	sachl.				
	Allgemeiner Haushalt						
0	Oberste Organe						
01	Präsidentschaftskanzlei	36,178	22,402	2,598	61,178	59,380	72,381
02	Bundesgesetzgebung	166,877	1.327,382	49,618	1.543,877	1.378,579	1.237,663
03	Verfassungsgerichtshof	25,546	34,355	1,645	61,546	61,940	58,312
04	Verwaltungsgerichtshof	111,924	13,642	1,358	126,924	120,439	119,137
05	Volksanwaltschaft	23,550	19,890	1,110	44,550	48,390	43,875
06	Rechnungshof	212,966	54,536	5,464	272,966	295,983	273,441
	Gruppe 0...	577,041	1.472,207	61,793	2.111,041	1.964,711	1.804,809
1	Innenverwaltung						
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	1.022,841	3.091,596	158,155	4.272,592	4.268,181	4.889,736
11	Inneres	14.312,886	5.542,966	1.057,034	20.912,886	20.239,418	19.493,796
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	25.355,486	41.000,323	731,677	67.087,486	66.218,861	63.441,199
13	Kunst		1.139,649	10,351	1.150,000	1.131,102	1.149,990
14	Wissenschaft und Forschung	11.533,352	16.580,002	1.905,000	30.018,354	29.760,538	30.934,757
15	Soziales	1.604,756	84.391,189	260,154	86.256,099	84.570,724	80.754,907
16	Sozialversicherung		66.599,952		66.599,952	60.468,262	55.242,353
17	Gesundheit und Konsumentenschutz	538,042	7.049,769	72,244	7.660,055	6.330,077	6.892,777
18	Umwelt	198,058	3.633,501	45,721	3.877,280	5.487,365	67.643,575
19	Jugend und Familie	50,726	53.470,701	878,916	54.400,343	59.382,652	
	Gruppe 1...	54.616,147	282.499,648	5.119,252	342.235,047	337.857,180	330.443,090
20	Äußeres	821,939	2.948,744	259,562	4.030,245	3.976,183	3.014,624
30	Justiz	5.446,854	4.034,385	165,615	9.646,854	9.457,756	8.861,480
40	Militärische Angelegenheiten	9.268,000	11.380,883	94,117	20.743,000	20.230,034	20.136,799
5	Finanzen						
50	Finanzverwaltung	8.076,131	4.240,866	343,298	12.660,295	13.679,668	12.438,938
51	Kassenverwaltung	0,002	1.068,661	2.967,970	4.036,633	4.776,817	25.599,732
52	Öffentliche Abgaben		142,220		142,220	141,107	104,575
53	Finanzausgleich		37.386,603		37.386,603	34.580,108	32.187,271
54	Bundesvermögen		10.117,076	12.068,862	22.185,938	20.142,020	19.762,344
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung)	30.147,585	38.380,012	1,278	68.528,875	59.420,635	56.045,097
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge		101.245,589		101.245,589	99.712,759	86.095,294
	Gruppe 5...	38.223,718	192.581,027	15.381,408	246.186,153	232.453,114	232.233,252
6	Wirtschaft						
60	Land- und Forstwirtschaft	1.735,400	27.100,442	154,648	28.990,490	31.038,475	20.466,257
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	687,867	2.503,842	57,613	3.249,322	3.485,350	3.432,030
64	Bauten und Technik	1.771,143	17.195,408	8.512,889	27.479,440	26.651,326	26.873,473
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	10.980,237	24.824,859	97,926	35.903,022	26.904,282	27.358,738
	Gruppe 6...	15.174,647	71.624,551	8.823,076	95.622,274	88.079,433	78.130,498
	Gruppe 0 bis 6...	124.128,346	566.541,445	29.904,823	720.574,614	694.018,411	674.624,553
7	Bundesbetriebe						
71	Bundestheater	2.383,628	484,002	159,998	3.027,628	3.033,692	3.036,903
75	Alkohol (Monopol)	10,848	240,142	0,161	251,151	254,254	309,042
77	Österreichische Bundesforste	1.171,421	473,426	175,574	1.820,421	1.902,130	1.970,347
78	Post- und Telegraphenverwaltung	10.818,201	2.917,659	7.221,822	20.957,682	53.611,507	51.506,196
	Gruppe 7...	14.384,098	4.115,229	7.557,555	26.056,882	58.801,583	56.822,489
	Summe Allgemeiner Haushalt...	138.512,444	570.656,674	37.462,378	746.631,496	752.819,994	731.447,041
	Ausgleichshaushalt						
51	Kassenverwaltung			75.000,000	75.000,000	75.000,000	31.033,288
54	Bundesvermögen		1.910,185		1.910,185	4.345,593	1.251,840
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge			121.225,785	121.225,785	134.848,634	88.806,710
	Summe Ausgleichshaushalt...		1.910,185	196.225,785	198.135,970	214.194,227	121.091,837
	Gesamtausgaben...	138.512,444	572.566,859	233.688,163	944.767,466	967.014,221	852.538,879

Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1996

191

Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel
(Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundесvor- anschlag 1996	Bundесvor- anschlag 1995	Erfolg 1994
	E I N N A H M E N						
	Allgemeiner Haushalt						
0	Öberste Organe						
01	Präsidentenkanzlei	1,045	0,193		1,238	1,191	1,003
02	Bundesgesetzgebung	59,447	0,696		60,143	55,954	30,322
03	Verfassungsgerichtshof	0,849	0,151		1,000	0,885	0,590
04	Verwaltungsgerichtshof	4,697	0,303		5,000	4,284	5,043
05	Volksanwaltschaft	1,727	0,083		1,810	1,810	1,064
06	Rechnungshof	1,239	0,761		2,000	1,541	1,375
	Gruppe 0...	69,004	2,187		71,191	65,665	39,397
1	Innenverwaltung						
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	671,829	3,891		675,720	664,791	881,448
11	Inneres	1.187,257	58,488		1.245,745	815,873	777,146
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	708,766	46,221		754,987	688,108	602,029
13	Kunst	0,157	0,051		0,208	0,260	4,558
14	Wissenschaft und Forschung	1.428,607	28,213		1.456,820	1.629,065	1.529,090
15	Soziales	58.586,812	78,709		58.665,521	57.164,359	53.543,911
16	Sozialversicherung	143,004			143,004	143,004	1.021,045
17	Gesundheit und Konsumentenschutz	2.226,940	2,233		2.229,173	2.109,364	2.106,598
18	Umwelt	6,012	0,605		6,617	2.236,996	59.037,071
19	Jugend und Familie	53.756,513	393,431		54.149,944	56.349,078	
	Gruppe 1...	118.715,897	611,842		119.327,739	121.800,898	119.502,895
20	Äußeres	101,701	30,299		132,000	133,441	84,023
30	Justiz	6.036,155	13,845		6.050,000	6.031,970	5.651,289
40	Militärische Angelegenheiten	480,091	28,087		508,178	540,889	575,121
5	Finanzen						
50	Finanzverwaltung	2.021,917	168,385		2.190,302	2.107,585	1.255,838
51	Kassenverwaltung	17.068,201	8.750,463		25.818,664	35.551,829	18.645,576
52	Öffentliche Abgaben	388.160,020			388.160,020	341.472,704	358.402,214
53	Finanzausgleich	3.729,098			3.729,098	4.550,006	4.526,384
54	Bundesvermögen	12.827,627	11.962,940		24.790,567	32.527,390	19.756,840
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung)	15.389,782	0,174		15.389,956	12.133,514	10.991,593
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge	10.741,664			10.741,664	13.081,969	8.637,857
	Gruppe 5...	449.938,309	20.881,962		470.820,271	441.424,997	422.216,302
6	Wirtschaft						
60	Land- und Forstwirtschaft	2.705,046	11,339		2.716,385	2.847,186	3.066,133
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	780,696	24,922		805,618	833,349	721,407
64	Bauten und Technik	6.624,836	92,678		6.717,514	5.809,398	5.601,929
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	23.558,712	50,663		23.609,375	3.902,325	4.003,680
	Gruppe 6...	33.669,290	179,602		33.848,892	13.392,258	13.393,149
	Gruppe 0 bis 6...	609.010,447	21.747,824		630.758,271	583.390,118	561.462,174
7	Bundesbetriebe						
71	Bundestheater	670,900	2,100		673,000	618,889	651,067
75	Alkohol (Monopol)	67,556	0,051		67,607	348,329	1.149,706
77	Österreichische Bundesforste	2.100,302	96,698		2.197,000	2.082,270	2.078,980
78	Post- und Telegraphenverwaltung	22.325,614	32,068		22.357,682	64.107,808	61.286,748
	Gruppe 7...	25.164,372	130,917		25.295,289	67.157,296	65.166,502
	Summe Allgemeiner Haushalt...	634.174,819	21.878,741		656.053,560	650.547,414	626.628,677
	Ausgleichshaushalt						
51	Kassenverwaltung		75.000,000		75.000,000	75.000,000	31.135,568
54	Bundesvermögen						
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge		213.713,906		213.713,906	241.466,807	194.774,635
	Summe Ausgleichshaushalt...		288.713,906		288.713,906	316.466,807	225.910,202
	Gesamteinnahmen...	634.174,819	310.592,647		944.767,466	967.014,221	852.538,879

Anlage I.a Kapitelweise Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen
 (Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	Ausgaben-Einnahmen Bezeichnung	pers.	sachliche Ausgaben			Ausgaben- Summe	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Einnahmen- Summe	Abgang (-) Überschuß (+)
			Erfolgswirksame Ausgaben	Bestandsw. Ausgaben	Summe					
	Allgemeiner Haushalt									
01	Präsidentschaftskanzlei	36,178	22,402	2,598	25,000	61,178	1,045	0,193	1,238	- 59,940
02	Bundesgesetzgebung	166,877	1.327,382	49,618	1.377,000	1.543,877	59,447	0,696	60,143	- 1.483,734
03	Verfassungsgerichtshof	25,546	34,355	1,645	36,000	61,546	0,849	0,151	1,000	- 60,546
04	Verwaltungsgerichtshof	111,924	13,642	1,358	15,000	126,924	4,697	0,303	5,000	- 121,924
05	Volksanwaltschaft	23,550	19,890	1,110	21,000	44,550	1,727	0,083	1,810	- 42,740
06	Rechnungshof	212,966	54,536	5,464	60,000	272,966	1,239	0,761	2,000	- 270,966
10	Bundeskazleramt mit Dienststellen	1.022,841	3.091,596	158,155	3.249,751	4.272,592	671,829	3,891	675,720	- 3.596,872
11	Inneres	14.312,886	5.542,966	1.057,034	6.600,000	20.912,886	1.187,257	58,488	1.245,745	-19.667,141
12	Unterricht u. kult. Angelegenheiten	25.355,486	41.000,323	731,677	41.732,000	67.087,486	708,766	46,221	754,987	-66.332,499
13	Kunst		1.139,649	10,351	1.150,000	1.150,000	0,157	0,051	0,208	- 1.149,792
14	Wissenschaft und Forschung	11.533,352	16.580,002	1.905,000	18.485,002	30.018,354	1.428,607	28,213	1.456,820	-28.561,534
15	Soziales	1.604,756	84.391,189	260,154	84.651,343	86.256,099	58.586,812	78,709	58.665,521	-27.590,578
16	Sozialversicherung		66.599,952		66.599,952	66.599,952	143,004		143,004	-66.456,948
17	Gesundheit und Konsumentenschutz ..	538,042	7.049,769	72,244	7.122,013	7.660,055	2.226,940	2,233	2.229,173	- 5.430,882
18	Umwelt	198,058	3.633,501	45,721	3.679,222	3.877,280	6,012	0,605	6,617	- 3.870,663
19	Jugend und Familie	50,726	53.470,701	878,916	54.349,617	54.400,343	53.756,513	393,431	54.149,944	- 250,399
20	Außeres	821,939	2.948,744	259,562	3.208,306	4.030,245	101,701	30,299	132,000	- 3.898,245
30	Justiz	5.446,854	4.034,385	165,615	4.200,000	9.646,854	6.036,155	13,845	6.050,000	- 3.596,854
40	Militärische Angelegenheiten	9.268,000	11.380,883	94,117	11.475,000	20.743,000	480,091	28,087	508,178	-20.234,822
50	Finanzverwaltung	8.076,131	4.240,866	343,298	4.584,164	12.660,295	2.021,917	168,385	2.190,302	-10.469,993
51	Kassenverwaltung	0,002	1.068,661	2.967,970	4.036,631	4.036,633	17.068,201	8.750,463	25.818,664	+21.782,031
52	Öffentliche Abgaben		142,220		142,220	142,220	388.160,020		388.160,020	+388017,800
53	Finanzausgleich		37.386,603		37.386,603	37.386,603	3.729,098		3.729,098	-33.657,505
54	Bundesvermögen		10.117,076	12.068,862	22.185,938	22.185,938	12.827,627	11.962,940	24.790,567	+ 2.604,629
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung)	30.147,585	38.380,012	1,278	38.381,290	68.528,875	15.389,782	0,174	15.389,956	-53.138,919
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge		101.245,589		101.245,589	101.245,589	10.741,664		10.741,664	-90.503,925
60	Land- und Forstwirtschaft	1.735,400	27.100,442	154,648	27.255,090	28.990,490	2.705,046	11,339	2.716,385	-26.274,105
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenv.	687,867	2.503,842	57,613	2.561,455	3.249,322	780,696	24,922	805,618	- 2.443,704
64	Bauten und Technik	1.771,143	17.195,408	8.512,889	25.708,297	27.479,440	6.624,836	92,678	6.717,514	-20.761,926
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	10.980,237	24.824,859	97,926	24.922,785	35.903,022	23.558,712	50,663	23.609,375	-12.293,647
71	Bundestheater	2.383,628	484,002	159,998	644,000	3.027,628	670,900	2,100	673,000	- 2.354,628
75	Alkohol (Monopol)	10,848	240,142	0,161	240,303	251,151	67,556	0,051	67,607	- 183,544
77	Österreichische Bundesforste	1.171,421	473,426	175,574	649,000	1.820,421	2.100,302	96,698	2.197,000	+ 376,579
78	Post- und Telegraphenverwaltung ...	10.818,201	2.917,659	7.221,822	10.139,481	20.957,682	22.325,614	32,068	22.357,682	+ 1.400,000
	Summe Allgemeiner Haushalt...	138.512,444	570.656,674	37.462,378	608.119,052	746.631,496	634.174,819	21.878,741	656.053,560	-90.577,936
	Ausgleichshaushalt									
51	Kassenverwaltung			75.000,000	75.000,000	75.000,000		75.000,000	75.000,000
54	Bundesvermögen		1.910,185		1.910,185	1.910,185				- 1.910,185
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge			121.225,785	121.225,785	121.225,785		213.713,906	213.713,906	+92.488,121
	Summe Ausgleichshaushalt...		1.910,185	196.225,785	198.135,970	198.135,970		288.713,906	288.713,906	+90.577,936
	Summe Gesamthaushalt...	138.512,444	572.566,859	233.688,163	806.255,022	944.767,466	634.174,819	310.592,647	944.767,466
	davon:									
	Aktivitätsaufwand	103.727,672								
	Pensionsaufwand	34.784,772								

BUNDESVORANSCHLAG 1996

193

Anlage I.a Kapitelweise Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen, Unterschied zum BVA 1995
(Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	Ausgaben-Einnahmen Bezeichnung	pers.		sachliche Ausgaben			Ausgaben- Summe	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Einnahmen- Summe	günstiger (+) ungünst. (-)
		Erfolgswirksame Ausgaben	Bestandsw. Ausgaben	Summe							
Allgemeiner Haushalt											
01	Präsidentschaftskanzlei	+ 1,153	- 0,506	+ 1,151	+ 0,645	+ 1,798	+ 0,123	- 0,076	+ 0,047	- 1,751	
02	Bundesgesetzgebung	- 10,716	+ 232,482	- 56,468	+ 176,014	+ 165,298	+ 4,149	+ 0,040	+ 4,189	- 161,109	
03	Verfassungsgerichtshof	- 0,984	+ 0,759	- 0,169	+ 0,590	- 0,394	+ 0,115	+ 0,115	+ 0,509	
04	Verwaltungsgerichtshof	+ 5,359	+ 2,033	- 0,907	+ 1,126	+ 6,485	+ 0,661	+ 0,055	+ 0,716	- 5,769	
05	Volksanwaltschaft	- 0,956	- 2,590	- 0,294	- 2,884	- 3,840	+ 0,020	- 0,020	+ 3,840	
06	Rechnungshof	- 10,818	- 8,645	- 3,554	- 12,199	- 23,017	+ 0,361	+ 0,098	+ 0,459	+ 23,476	
10	Bundeskazleramt mit Dienststellen	+ 1,689	- 5,626	+ 8,348	+ 2,722	+ 4,411	+ 11,048	- 0,119	+ 10,929	+ 6,518	
11	Inneres	+ 199,746	+ 543,161	- 69,439	+ 473,722	+ 673,468	+ 425,835	+ 4,037	+ 429,872	- 243,596	
12	Unterricht u. kult. Angelegenheiten	+ 35,306	+ 784,701	+ 48,618	+ 833,319	+ 868,625	+ 66,059	+ 0,820	+ 66,879	- 801,746	
13	Kunst	+ 18,898	+ 18,898	- 18,898	- 0,051	- 0,001	- 0,052	- 18,950	
14	Wissenschaft und Forschung	- 217,424	+ 600,006	- 124,766	+ 475,240	+ 257,816	- 171,787	- 0,458	- 172,245	- 430,061	
15	Soziales	- 17,486	+ 1.733,277	- 30,416	+ 1.702,861	+ 1.685,375	+ 1.510,882	- 9,720	+ 1.501,162	- 184,213	
16	Sozialversicherung	+ 6.131,690	+ 6.131,690	+ 6.131,690	- 6.131,690	
17	Gesundheit und Konsumentenschutz ..	+ 1,364	+ 1.336,618	- 8,004	+ 1.328,614	+ 1.329,978	+ 119,898	- 0,089	+ 119,809	- 1.210,169	
18	Umwelt	+ 6,497	- 1.614,790	- 1,792	- 1.616,582	- 1.610,085	- 2.230,381	+ 0,002	- 2.230,379	- 620,294	
19	Jugend und Familie	- 7,101	- 5.041,710	+ 66,502	- 4.975,208	- 4.982,309	- 2.210,652	+ 11,518	- 2.199,134	+ 2.783,175	
20	Äußeres	+ 12,360	+ 164,473	- 122,771	+ 41,702	+ 54,062	- 0,998	- 0,443	- 1,441	- 55,503	
30	Justiz	+ 58,164	+ 122,981	+ 7,953	+ 130,934	+ 189,098	+ 17,990	+ 0,040	+ 18,030	- 171,068	
40	Militärische Angelegenheiten	+ 1.030,800	- 504,291	- 13,543	- 517,834	+ 512,966	- 32,641	- 0,070	- 32,711	- 545,677	
50	Finanzverwaltung	- 453,038	- 582,212	+ 15,877	- 566,335	- 1.019,373	+ 53,551	+ 29,166	+ 82,717	+ 1.102,090	
51	Kassenverwaltung	+ 0,002	- 832,988	+ 92,802	- 740,186	- 740,184	+ 1.298,187	- 11.031,352	- 9.733,165	- 8.992,981	
52	Öffentliche Abgaben	+ 1,113	+ 1,113	+ 1,113	+ 46.687,316	+ 46.687,316	+ 46.686,203	
53	Finanzausgleich	+ 2.806,495	+ 2.806,495	+ 2.806,495	- 820,908	- 820,908	- 3.627,403	
54	Bundesvermögen	+ 2.662,496	- 618,578	+ 2.043,918	+ 2.043,918	+ 572,975	- 8.309,798	- 7.736,823	- 9.780,741	
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung)	+ 720,078	+ 8.388,162	+ 8.388,162	+ 9.108,240	+ 3.256,402	+ 0,040	+ 3.256,442	- 5.851,798	
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge	+ 1.532,830	+ 1.532,830	+ 1.532,830	- 2.340,305	- 2.340,305	- 3.873,135	
60	Land- und Forstwirtschaft	- 14,069	- 2.070,511	+ 36,595	- 2.033,916	- 2.047,985	- 128,905	- 1,896	- 130,801	+ 1.917,184	
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenv.	+ 9,164	- 244,681	- 0,511	- 245,192	- 236,028	- 22,731	- 5,000	- 27,731	+ 208,297	
64	Bauten und Technik	- 15,668	+ 579,386	+ 264,396	+ 843,782	+ 828,114	+ 903,091	+ 5,025	+ 908,116	+ 80,002	
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	+ 10.638,918	+ 1.778,734	- 3.418,912	- 1.640,178	+ 8.998,740	+ 19.665,320	+ 41,730	+ 19.707,050	+ 10.708,310	
71	Bundestheater	+ 20,500	+ 43,676	- 70,240	- 26,564	- 6,064	+ 54,111	+ 54,111	+ 60,175	
75	Alkohol (Monopol)	- 0,867	- 2,236	- 2,236	- 3,103	- 280,190	- 0,532	- 280,722	- 277,619	
77	Österreichische Bundesforste	- 44,352	- 19,853	- 17,504	- 37,357	- 81,709	+ 122,279	+ 7,549	+ 114,730	+ 196,439	
78	Post- und Telegraphenverwaltung ...	- 21.829,704	- 5.053,968	- 5.770,153	- 10.824,121	- 32.653,825	- 41.696,587	- 53,539	- 41.750,126	- 9.096,301	
	Summe Allgemeiner Haushalt ...	- 9.882,083	+ 13.479,364	- 9.785,779	+ 3.693,585	- 6.188,498	+ 24.834,237	- 19.328,091	+ 5.506,146	+ 11.694,644	
Ausgleichshaushalt											
51	Kassenverwaltung	+ 2.435,408	
54	Bundesvermögen	- 2.435,408	- 2.435,408	- 2.435,408	
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge	- 13.622,849	- 13.622,849	- 13.622,849	- 27.752,901	- 27.752,901	- 14.130,052	
	Summe Ausgleichshaushalt	- 2.435,408	- 13.622,849	- 16.058,257	- 16.058,257	- 27.752,901	- 27.752,901	- 11.694,644	
	Summe Gesamthaushalt ...	- 9.882,083	+ 11.043,956	- 23.408,628	- 12.364,672	- 22.246,755	+ 24.834,237	- 47.080,992	- 22.246,755	
davon:											
	Aktivitätsaufwand	- 3.475,473	
	Pensionsaufwand	- 6.406,610	

Anlage I.b Kapitelweise Aufgliederung der Sachausgaben nach Gebarunggruppen
 (Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	Sachausgaben Bezeichnung	Anlagen		Förderungen			Aufwendungen			Sachausgaben Summe
		Ges. Verpfl.	Erm. Ausg.	Ges. Verpfl.	Darlehen	Zuschuß	Ges. Verpfl.	Erm. Ausg. /E	Erm. Ausg. /B	
	Allgemeiner Haushalt									
01	Präsidentschaftskanzlei		2.398		0.200		6.925	15.477		25.000
02	Bundesgesetzgebung		49.006	168.324	0.612	200.674	688.302	270.082		1.377.000
03	Verfassungsgerichtshof		1.445		0.200		26.000	8.355		36.000
04	Verwaltungsgerichtshof		1.067		0.291		2.000	11.642		15.000
05	Volksanwaltschaft		0.910		0.200		14.000	5.890		21.000
06	Rechnungshof		4.614		0.850		10.117	44.419		60.000
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen		154.508	805.168	3.647	716.621	293.717	1.276.090		3.249.751
11	Inneres		1.028.432		28.600	398.818	954.496	4.189.652	0.002	6.600.000
12	Unterricht u. kult. Angelegenheiten		683.745		47.932	828.381	35.532.000	4.639.942		41.732.000
13	Kunst		10.300		0.051	1.010.586		129.063		1.150.000
14	Wissenschaft und Forschung		1.880.000	0.002	25.000	2.210.000	3.400.000	10.970.000		18.485.002
15	Soziales		46.565	10.500	207.129	5.089.938	76.315.140	2.975.611	6.460	84.651.343
16	Sozialversicherung						66.599.952			66.599.952
17	Gesundheit und Konsumentenschutz		69.347	0.006	2.897	127.735	6.369.855	552.173		7.122.013
18	Umwelt		44.486		1.235	3.117.020	3.188	513.293		3.679.222
19	Jugend und Familie		5.474		2.665	225.173	53.154.251	91.277	870.777	54.349.617
20	Äußeres		257.452		2.110	1.111.821	493.267	1.343.656		3.208.306
30	Justiz		151.525		14.000	196.200	1.010.770	2.827.415	0.090	4.200.000
40	Militärische Angelegenheiten		52.307		41.810	3.650	2.977.358	8.399.875		11.475.000
50	Finanzverwaltung		314.494	18.001	28.804	610.711	935.372	2.676.782		4.584.164
51	Kassenverwaltung		2.800.001			24.000	204.972	839.689	167.969	4.036.631
52	Öffentliche Abgaben							142.220		142.220
53	Finanzausgleich						33.652.902	3.733.701		37.386.603
54	Bundesvermögen	2.997.253	2.012		42.206	212.003	3.063.830	6.841.243	9.027.391	22.185.938
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung)				1.278		38.380.012			38.381.290
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge						335.192	100.910.397		101.245.589
60	Land- und Forstwirtschaft		150.000	6.958.000	4.648	17.694.442	568.000	1.880.000		27.255.090
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenv.	0.001	34.606	0.004	23.006	1.821.907	47.703	634.228		2.561.455
64	Bauten und Technik	0.001	8.512.473		0.415	513.510	3.782.186	12.899.712		25.708.297
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr		53.110	1.500.000	44.816	741.383	52.750	22.530.726		24.922.785
71	Bundestheater		158.000		1.998	0.002	60.000	424.000		644.000
75	Alkohol (Monopol)		0.061		0.100		0.142	240.000		240.303
77	Österreichische Bundesforste		169.899		5.675	0.325	103.000	370.101		649.000
78	Post- und Telegraphenverwaltung		7.203.558	2.182	18.264	2.999	428.444	2.484.034		10.139.481
	Summe Allgemeiner Haushalt	2.997.255	23.841.795	9.462.187	550.639	36.857.899	329.465.843	194.870.745	10.072.689	608.119.052
	Ausgleichshaushalt									
51	Kassenverwaltung								75.000.000	75.000.000
54	Bundesvermögen						1.910.185			1.910.185
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge								121.225.785	121.225.785
	Summe Ausgleichshaushalt						1.910.185		196.225.785	198.135.970
	Summe Gesantheushalt	2.997.255	23.841.795	9.462.187	550.639	36.857.899	331.376.028	194.870.745	206.298.474	806.255.022

BUNDESVORANSCHLAG 1996

195

Anlage I.b Kapitelweise Aufgliederung der Sachausgaben nach Gebarungsgruppen, Unterschied zum BVA 1995
(Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	Sachausgaben Bezeichnung	Anlagen		Förderungen			Aufwendungen			Sachausgaben Summe
		Ges. Verpfl.	Erm. Ausg.	Ges. Verpfl.	Darlehen	Zuschuß	Ges. Verpfl.	Erm. Ausg. /E	Erm. Ausg. /B	
	Allgemeiner Haushalt									
01	Präsidentenkanzlei		+ 1,151				+ 0,470	- 0,976		+ 0,645
02	Bundesgesetzgebung		- 56,488	+ 10,728	+ 0,020	+ 200,001	- 9,121	+ 30,874		+ 176,014
03	Verfassungsgerichtshof		- 0,169				+ 0,653	+ 0,106		+ 0,590
04	Verwaltungsgerichtshof		- 0,907				+ 0,475	+ 1,558		+ 1,126
05	Volksanwaltschaft		- 0,294				- 2,095	- 0,495		- 2,884
06	Rechnungshof		- 3,779		+ 0,225		- 0,595	- 8,050		- 12,199
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen		+ 9,367	+ 39,487	- 1,019	- 0,283	- 12,309	- 32,521		+ 2,722
11	Inneres		- 65,089		- 4,350	- 13,377	+ 134,533	+ 422,005		+ 473,722
12	Unterricht u. kult. Angelegenheiten		+ 52,573		- 3,955	+ 169,480	- 87,084	+ 702,305		+ 833,319
13	Kunst					+ 4,428		+ 14,470		+ 18,898
14	Wissenschaft und Forschung		- 124,768		+ 0,002	+ 129,523	+ 82,377	+ 388,106		+ 475,240
15	Soziales		- 1,905	- 4,650	- 26,471	- 486,485	+ 2.163,678	+ 60,734	- 2,040	+ 1.702,861
16	Sozialversicherung						+ 6.131,690			+ 6.131,690
17	Gesundheit und Konsumentenschutz		- 8,004			- 30,201	+ 1.371,217	- 4,398		+ 1.328,614
18	Umwelt		- 1,792			- 1.562,233	- 7,590	- 44,967		- 1.616,582
19	Jugend und Familie		- 0,420			- 3,017	- 5.030,627	- 8,066	+ 66,922	- 4.975,208
20	Äußeres		- 122,771			+ 176,336	- 44,459	+ 32,596		+ 41,702
30	Justiz		+ 8,515		- 0,562	+ 2,995	- 7,792	+ 127,778		+ 130,934
40	Militärische Angelegenheiten		- 23,579		+ 10,036	+ 2,026	- 675,296	+ 168,979		- 517,834
50	Finanzverwaltung		+ 18,375	- 5,000	- 2,498	- 99,652	- 114,378	- 363,182		- 566,335
51	Kassenverwaltung		- 25,000				+ 9,572	- 842,560	+ 117,802	- 740,186
52	Öffentliche Abgaben							+ 1,113		+ 1,113
53	Finanzausgleich						+ 3.735,995	- 929,500		+ 2.806,495
54	Bundesvermögen	- 242,678	- 172,288		- 3,500	- 272,609	+ 2.921,333	+ 13,772	- 200,112	+ 2.043,918
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung)						+ 8.388,162			+ 8.388,162
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge						- 47,925	+ 1.580,755		+ 1.532,830
60	Land- und Forstwirtschaft		+ 36,595	+ 1.894,701		- 3.709,666	+ 8,957	- 264,503		- 2.033,916
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenv.		- 3,911	- 319,716	+ 3,400	+ 148,780	- 142,253	+ 68,508		- 245,192
64	Bauten und Technik		+ 264,892		- 0,496	- 18,088	+ 618,452	- 20,978		+ 843,782
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr		+ 1,007		- 3.419,919	- 17,614	- 351,442	+ 2.147,790		- 1.640,178
71	Bundestheater		- 70,289		+ 0,049		+ 5,316	+ 38,360		- 26,564
75	Alkohol (Monopol)						- 0,032	- 2,204		- 2,236
77	Österreichische Bundesforste		- 15,254		- 2,250	- 0,025	- 5,800	- 14,028		- 37,357
78	Post- und Telegraphenverwaltung		- 5.722,117	- 4,368	- 48,036	- 6,442	- 624,510	- 4.418,648		-10.824,121
	Summe Allgemeiner Haushalt...	- 242,678	- 6.026,349	+ 1.611,182	- 3.499,324	- 5.386,123	+18.409,572	- 1.155,267	- 17,428	+ 3.693,585
	Ausgleichshaushalt									
51	Kassenverwaltung									
54	Bundesvermögen						- 2.435,408			- 2.435,408
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge							-13.622,849		-13.622,849
	Summe Ausgleichshaushalt...						- 2.435,408	-13.622,849		-16.058,257
	Summe Gesamthaushalt...	- 242,678	- 6.026,349	+ 1.611,182	- 3.499,324	- 5.386,123	+15.974,164	- 1.155,267	-13.640,277	-12.364,672

Anlage I.c Summarische Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen
 (Beträge in Millionen Schilling)

U T	Gebarungsgruppen	Aufgabenbereiche								
		11 EU	12 FW	13 Kn	14 Kl	21 Gh	22 SW	23 Wb	32 St	33 Vk
	Ausgaben									
	Allgemeiner Haushalt									
0	Personalausgaben									
	A/G-P (E).....	24.926,218	10.971,454	4.070,683		541,224	1.225,755			21.613,808
	Sachausgaben									
2	An/G (B).....								0,001	
3	An (B).....	1.112,251	2.366,515	998,088		72,858	17,755	0,959	4.005,203	7.220,338
4	F/G (E).....	400,016	0,002			0,006	10,500			1.502,166
5	F-D (B).....	0,101	0,014	1,549			202,937	131,073	0,001	40,495
6	F (E).....	992,603	2.251,537	1.328,111		575,108	5.679,340	25,425	19,000	1.038,279
7	A/G-S (E).....	35.429,421	2.723,752	645,480	587,672	7.077,783	197.297,931	28.276,865	3.504,280	30.962,515
8	A (E).....	4.777,380	10.930,503	1.689,672		767,706	3.125,999	41,398	8.794,862	25.443,169
9	A-B (B).....						877,271		0,001	0,002
	Summe Sachausgaben...	42.711,772	18.272,323	4.662,900	587,672	8.493,461	207.211,733	28.475,720	16.323,348	66.206,964
	Summe Allgem. Haush...	67.637,990	29.243,777	8.733,583	587,672	9.034,685	208.437,488	28.475,720	16.323,348	87.820,772
	Ausgleichshaushalt									
7	A/G-S (Au).....									
9	A-B (Au).....									
	Summe Ausgaben...	67.637,990	29.243,777	8.733,583	587,672	9.034,685	208.437,488	28.475,720	16.323,348	87.820,772
	Einnahmen									
	Allgemeiner Haushalt									
0,1	ZE.....	0,870	578,227	196,600		843,182	112.254,314		5.214,262	8.640,537
4-6	E.....	760,446	541,896	898,854		1.605,335	211,682	102,083	101,901	42.366,342
	Summe Einnahmen(E)...	761,316	1.120,123	1.095,454		2.448,517	112.465,996	102,083	5.316,163	51.006,879
2,3	ZB.....		0,008	0,060			464,113		80,000	3,934
7-9	B.....	1,222	6,520	3,593		0,406	0,992	139,994	12,928	59,122
	Summe Einnahmen(B)...	1,222	6,528	3,653		0,406	465,105	139,994	92,928	63,056
	Summe Allgem. Haush...	762,538	1.126,651	1.099,107		2.448,923	112.931,101	242,077	5.409,091	51.069,935
	Ausgleichshaushalt									
9	Eu.....									
	Summe Einnahmen...	762,538	1.126,651	1.099,107		2.448,923	112.931,101	242,077	5.409,091	51.069,935

BUNDESVORANSCHLAG 1996

197

Anlage I.c Summarische Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen nach Gebarunggruppen und Aufgabenbereichen
(Beträge in Millionen Schilling)

U T	Gebarunggruppen	Aufgabenbereiche							Summe	
		34 Lf	35 En	36 IG	37 00	38 PD	41 Lv	42 SR		43 Hv
	A u s g a b e n									
	Allgemeiner Haushalt									
0	Personalausgaben									
	A/G-P (E).....	1.586,891		132,917	1.037,744	658,294	9.204,565	18.917,455	43.625,436	138.512,444
	Sachausgaben									
2	An/G (B).....			0,002		2.997,252				2.997,255
3	An (B).....	400,490	0,002	6,552	38,739	1,067	87,407	1.114,290	6.399,281	23.841,795
4	F/G (E).....	6.958,000		18,002		0,003			573,492	9.462,187
5	F-D (B).....	2,875	0,002	17,906		0,099	29,760	0,411	123,416	550,639
6	F (E).....	17.862,724	143,789	2.115,359	2.892,026	683,645	17,652		1.233,301	36.857,899
7	A/G-S (E).....	475,092		2.898,696	287,519	136,081	2.322,456	983,006	15.857,294	329.465,843
8	A (E).....	1.701,207		4.242,724	524,075	1.334,385	9.326,942	5.653,609	116.517,114	194.870,745
9	A-B (B).....	0,340	0,002	9.027,012				0,090	167,971	10.072,689
	Summe Sachausgaben...	27.400,728	143,795	18.326,253	3.742,359	5.152,532	11.784,217	7.751,406	140.871,869	608.119,052
	Summe Allgem. Haush. ...	28.987,619	143,795	18.459,170	4.780,103	5.810,826	20.988,782	26.668,861	184.497,305	746.631,496
	Ausgleichshaushalt									
7	A/G-S (Au).....			1.910,185						1.910,185
9	A-B (Au).....								196.225,785	196.225,785
	Summe Ausgaben...	28.987,619	143,795	20.369,355	4.780,103	5.810,826	20.988,782	26.668,861	380.723,090	944.767,466
	E i n n a h m e n									
	Allgemeiner Haushalt									
0,1	ZE.....	1.523,091		4.131,602	27,087	80,000	154,700	331,000	5.284,077	139.259,549
4-6	E.....	3.036,509	126,086	1.973,742	512,409	6.299,111	350,432	6.568,210	429.460,232	494.915,270
	Summe Einnahmen(E)...	4.559,600	126,086	6.105,344	539,496	6.379,111	505,132	6.899,210	434.744,309	634.174,819
2,3	ZB.....	82,798		6.910,671					1,013	7.542,597
7-9	B.....	13,007	1,775	15,968	0,219	4.701,069	21,008	19,655	9.338,666	14.336,144
	Summe Einnahmen(B)...	95,805	1,775	6.926,639	0,219	4.701,069	21,008	19,655	9.339,679	21.878,741
	Summe Allgem. Haush. ...	4.655,405	127,861	13.031,983	539,715	11.080,180	526,140	6.918,865	444.083,988	656.053,560
	Ausgleichshaushalt									
9	Eu.....								288.713,906	288.713,906
	Summe Einnahmen...	4.655,405	127,861	13.031,983	539,715	11.080,180	526,140	6.918,865	732.797,894	944.767,466

198 Anlage II KONJUNKTURAUSGLEICH - VORANSCHLAG 1996

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	Bezeichnung	A U S G A B E N	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
1/11		Inneres:				
1/111		Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand):				
1/1111		Zivilschutz:				
1/11113	41	Anlagen		1,400	1,400	2,800
1/11116	41	Förderungen		0,500	0,500	1,000
		Summe 1111...		1,900	1,900	3,800
1/113		Bundespolizei:				
1/1130		Bundespolizei:				
1/11303	42	Anlagen		8,500	8,500	17,000
1/114		Bundesgendarmerie:				
1/1140		Bundesgendarmerie:				
1/11403	42	Anlagen		18,000	18,000	36,000
		Gesamtausgaben 11...		28,400	28,400	56,800

Anlage II KONJUNKTURAUSGLEICH - VORANSCHLAG 1996

199

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	A U S G A B E N	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
1/12		Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:				
1/120		Bundesministerium f. Unterricht u. kulturelle Angelegenh.:				
1/12003	43	Anlagen			1,667	1,667
1/12006	43	Förderungen			0,001	0,001
			Summe 120.....		1,668	1,668
1/122		Bundesministerium; Zweckaufwand:				
1/1220		Allgemein-pädagogische Erfordernisse:				
1/12203	11	Anlagen			0,180	0,180
1/12206	11	Förderungen			0,017	0,017
1/1221		Erwachsenenbildung:				
1/12216	11	Förderungen			0,137	0,137
1/1225		Allgemeinbildendes Schulwesen:				
1/12256	11	Förderungen			8,510	8,510
1/1226		Berufsbildendes Schulwesen:				
1/12266	11	Förderungen			0,918	0,918
1/1227		Lehrer- und Erzieherbildung:				
1/12276	11	Förderungen			0,208	0,208
			Summe 122.....		9,970	9,970
1/124		Nachgeordnete Dienststellen:				
1/1240		Hofmusikkapelle:				
1/12403	13	Anlagen			0,375	0,375
1/1241		Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen:				
1/12413	11	Anlagen			0,334	0,334
1/1242		Sonstige Einrichtungen für Jugendziehung:				
1/12423	11	Anlagen			0,090	0,090
1/1243		Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung:				
1/12433	11	Anlagen			0,812	0,812
1/1244		Museen:				
1/12443	13	Anlagen			26,026	26,026
1/12446	13	Förderungen			3,600	3,600
1/1246		Nationalbibliothek und Phonotheek:				
1/12463	12	Anlagen			1,787	1,787
1/1247		Bundesdenkmalamt:				
1/12473	13	Anlagen			0,264	0,264
1/12476	13	Förderungen			48,816	48,816
			Summe 124.....		82,104	82,104
1/126		Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene:				
1/1260		Schulaufsichtsbehörden:				
1/12603	11	Anlagen			4,197	4,197
1/1261		Schulpsychologie - Bildungsberatung:				
1/12613	11	Anlagen			0,291	0,291
			Summe 126.....		4,488	4,488

200 Anlage II KONJUNKTURAUSGLEICH - VORANSCHLAG 1996

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	A U S G A B E N	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
1/127		Allgemeinbildende Schulen:				
1/1270		Allgemeinbildende höhere Schulen:				
1/12703	11	Anlagen			22,410	22,410
1/1271		Höhere Internatsschulen des Bundes:				
1/12713	11	Anlagen			0,871	0,871
1/1274		Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung:				
1/12743	11	Anlagen			0,573	0,573
1/1276		Bundesschülerheime (Allgemeinbildende):				
1/12763	11	Anlagen			1,390	1,390
			Summe 127...		25,244	25,244
1/128		Berufsbildende Schulen:				
1/1280		Technische und gewerbliche Lehranstalten:				
1/12803	11	Anlagen			17,315	17,315
1/1281		Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe:				
1/12813	11	Anlagen			12,308	12,308
1/1282		Handelsakademien und Handelsschulen:				
1/12823	11	Anlagen			5,486	5,486
1/1286		Bundesschülerheime (Berufsbildende):				
1/12863	11	Anlagen			1,534	1,534
			Summe 128...		36,643	36,643
1/129		Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung:				
1/1290		Pädagogische Akademien:				
1/12903	11	Anlagen			2,554	2,554
1/1291		BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik:				
1/12913	11	Anlagen			1,287	1,287
1/1292		Berufspädagogische Akademien:				
1/12923	11	Anlagen			0,692	0,692
1/1293		Bundesanstalten für Leibeseziehung:				
1/12933	11	Anlagen			0,330	0,330
1/1294		Pädagogische Institute:				
1/12943	11	Anlagen			0,779	0,779
			Summe 129...		5,642	5,642
			Gesamtausgaben 12...		165,759	165,759
1/13		Kunst:				
1/130		Bundesministerium (Zweckaufwand):				
1/1301		Musik und darstellende Kunst:				
1/13016	13	Förderungen			25,019	25,019
			Gesamtausgaben 13...		25,019	25,019

Anlage II KONJUNKTURAUSGLEICH - VORANSCHLAG 1996

201

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	A U S G A B E N	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
1/14		Wissenschaft und Forschung:				
1/141		Bundesministerium (Zweckaufwand):				
1/1410		Hochschulische Einrichtungen:				
1/14106	12	Förderungen			88,550	88,550
1/1419		Forschungsunternehmen:				
1/14196	12	Förderungen			89,000	89,000
			Summe 141.....		177,550	177,550
1/142		Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen:				
1/1420		Universitäten:				
1/14203	12	Anlagen			1.240,535	1.240,535
1/1423		Bibliotheken:				
1/14233	12	Anlagen			26,386	26,386
			Summe 142.....		1.266,921	1.266,921
1/143		Kunsthochschulen:				
1/1430		Kunsthochschulen:				
1/14303	13	Anlagen			91,705	91,705
			Gesamtausgaben 14.....		1.536,176	1.536,176

202 Anlage II KONJUNKTURAUSGLEICH - VORANSCHLAG 1996

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	A U S G A B E N	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
1/30		Justiz:				
1/302		Justizbehörden in den Ländern:				
1/30203	42	Anlagen		6,000	6,000	12,000
1/30208	42	Aufwendungen		5,000		5,000
			Summe 302...	11,000	6,000	17,000
1/303		Justizanstalten:				
1/30303	42	Anlagen		13,000	6,000	19,000
			Gesamtausgaben 30...	24,000	12,000	36,000
1/40		Militärische Angelegenheiten:				
1/401		Heer und Heeresverwaltung:				
1/40108	41	Aufwendungen		400,000	100,000	500,000
			Gesamtausgaben 40...	400,000	100,000	500,000
1/60		Land- und Forstwirtschaft:				
1/601		BM (Förderung d. Land- u. Forstwirtsch. u. d. Ernährungswesens):				
1/60146	34	Gualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen		6,000	6,000	12,000
1/60156	34	Betriebserhaltende und infrastrukturelle Maßnahmen		70,000	70,000	140,000
			Summe 601...	76,000	76,000	152,000
1/608		Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung:				
1/6082		Wildbach- und Lawinenverbauung:				
1/60826	34	Bundeszuschüsse für Wildbach- und Lawinenverbauungen		30,000	40,000	70,000
1/6084		Bundesflüsse:				
1/60848	34	Bau-, Projektierungsk., Gefahrenzonenpläne		24,000	26,000	50,000
1/6086		Interessentengewässer:				
1/60866	34	Bundesz. f. Bau-, Projektk., Gefahrenzonenpl.		22,000	22,000	44,000
			Summe 608...	76,000	88,000	164,000
			Gesamtausgaben 60...	152,000	164,000	316,000

Anlage II KONJUNKTURAUSGLEICH - VORANSCHLAG 1996

203

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
1/64		Bauten und Technik:			
1/647		Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau):			
1/64708		Überweisungen an die Länder gem. §1 Abs. 2 Z 2 FAG	28,000	20,000	48,000
	11		11,000	6,000	17,000
	12		8,000	6,000	14,000
	43		9,000	8,000	17,000
1/6471		Schulen der Unterrichtsverwaltung:			
1/64713	11	Anlagen	50,000	108,000	158,000
1/64718	11	Aufwendungen	50,000	25,000	75,000
		Summe 6471...	100,000	133,000	233,000
1/6472		Schulen der Wissenschaftsverwaltung:			
1/64723	12	Anlagen	30,000	100,000	130,000
1/64728	12	Aufwendungen	40,000	32,000	72,000
		Summe 6472...	70,000	132,000	202,000
1/6473		Bauten für die Landesverteidigung:			
1/64738		Aufwendungen	60,000	70,000	130,000
	23		10,000	5,000	15,000
	41		50,000	65,000	115,000
		Summe 6473...	60,000	70,000	130,000
1/6474		Land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten:			
1/64743	11	Anlagen	20,000	10,000	30,000
1/64748		Aufwendungen	10,000		10,000
	11		5,000		5,000
	34		5,000		5,000
		Summe 6474...	30,000	10,000	40,000
1/6475		Sonstige Bundesgebäude:			
1/64753		Anlagen	320,000	138,000	458,000
	12		5,000	3,000	8,000
	13		55,000		55,000
	23			10,000	10,000
	43		260,000	125,000	385,000
1/64758	43	Aufwendungen	192,000	97,000	289,000
		Summe 6475...	512,000	235,000	747,000
		Gesamtausgaben 64...	800,000	600,000	1.400,000

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	AUSGABEN	Stabilisierungsquote	Konjunkturbelebungsquote	Konjunkturausgleich-Voranschlag
1/65		Öffentliche Wirtschaft und Verkehr:				
1/650		Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr:				
1/6500		Zentralleitung:				
1/65003	43	Anlagen			0,100	0,100
1/6501		Schiffahrtspolizei:				
1/65013	43	Anlagen		0,055	0,055	0,110
1/6502		Fernmeldebehördliche Tätigkeiten:				
1/65023	43	Anlagen		1,000	1,000	2,000
			Summe 650...	1,055	1,155	2,210
1/651		Bundesministerium (Zweckaufwand):				
1/65148	33	Kosten f. Eisenbahn-Infrastruktur		1.000,000		1.000,000
1/652		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen):				
1/6524		Verkehrswirtschaftliche Maßnahmen:				
1/65246	33	Förderungen		1,000	1,500	2,500
1/65266	33	Förderungen an Privatbahnen		12,000	15,000	27,000
			Summe 652...	13,000	16,500	29,500
1/655		Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge:				
1/65503	33	Anlagen			0,050	0,050
			Gesamtausgaben 65...	1.014,055	17,705	1.031,760
1/77		Österreichische Bundesforste:				
1/773		Sachausgaben:				
1/77313	34	Sonstige Anlagen		7,600	7,600	15,200
			Gesamtausgaben 77...	7,600	7,600	15,200

Anlage II KONJUNKTURAUSGLEICH - VORANSCHLAG 1996

205

Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel
(Beträge in Millionen Schilling)

Kapitel	Bezeichnung	AUSGABEN	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
0	Oberste Organe				
01	Präsidentschaftskanzlei				
02	Bundesgesetzgebung				
03	Verfassungsgerichtshof				
04	Verwaltungsgerichtshof				
05	Volksanwaltschaft				
06	Rechnungshof				
	Gruppe 0				
1	Innenverwaltung				
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen				
11	Inneres	28,400	28,400	56,800	
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten		165,759	165,759	
13	Kunst		25,019	25,019	
14	Wissenschaft und Forschung		1.536,176	1.536,176	
15	Soziales				
16	Sozialversicherung				
17	Gesundheit und Konsumentenschutz				
18	Umwelt				
19	Jugend und Familie				
	Gruppe 1	28,400	1.755,354	1.783,754	
20	Äußeres				
30	Justiz	24,000	12,000	36,000	
40	Militärische Angelegenheiten	400,000	100,000	500,000	
5	Finanzen				
50	Finanzverwaltung				
51	Kassenverwaltung				
52	Öffentliche Abgaben				
53	Finanzausgleich				
54	Bundesvermögen				
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung)				
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge				
	Gruppe 5				
6	Wirtschaft				
60	Land- und Forstwirtschaft	152,000	164,000	316,000	
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr				
64	Bauten und Technik	800,000	600,000	1.400,000	
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	1.014,055	17,705	1.031,760	
	Gruppe 6	1.966,055	781,705	2.747,760	
	Gruppe 0 bis 6	2.418,455	2.649,059	5.067,514	
7	Bundesbetriebe				
71	Bundestheater				
75	Alkohol (Monopol)				
77	Österreichische Bundesforste	7,600	7,600	15,200	
78	Post- und Telegraphenverwaltung				
	Gruppe 7	7,600	7,600	15,200	
	Gesamtausgaben	2.426,055	2.656,659	5.082,714	

Anlage II.a Summarische Aufgliederung des Konjunkturausgleich-Voranschlages nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen
(Beträge in Millionen Schilling)

U T	Gebarungsgruppen	Aufgabenbereiche									Summe
		11 EU	12 FW	13 Kn	23 Wb	33 Vk	34 Lf	41 Lv	42 SR	43 Hv	
	Stabilisierungs- quote										
3	AN (B).....	70,000	35,000	55,000	7,600	1,400	45,500	261,055	475,555
5	F-D (B).....
6	F (E).....	13,000	128,000	0,500	141,500
8	A (E).....	66,000	48,000	10,000	1.000,000	29,000	450,000	5,000	201,000	1.809,000
	Summe Stab. Guote...	136,000	83,000	55,000	10,000	1.013,000	164,600	451,900	50,500	462,055	2.426,055
	Konjunkturbelebungs- quote										
3	AN (B).....	191,433	1.371,708	118,370	10,000	0,050	7,600	1,400	38,500	127,822	1.866,883
5	F-D (B).....
6	F (E).....	9,790	177,550	77,435	16,500	138,000	0,500	0,001	419,776
8	A (E).....	31,000	38,000	5,000	26,000	165,000	105,000	370,000
	Summe Konj. Guote...	232,223	1.587,258	195,805	15,000	16,550	171,600	166,900	38,500	232,823	2.656,659
	Konjunkturausgleich...	368,223	1.670,258	250,805	25,000	1.029,550	336,200	618,800	89,000	694,878	5.082,714

A. Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1996

I. Allgemeines

Die Erstellung des Entwurfes des BFG obliegt dem BMF nach Art. 77 Abs. 2 B-VG, in Verbindung mit § 32 BHG und § 2 sowie Teil 2, Abschnitt E, Z 2, der Anlage zu § 2 des Bundesministeriengesetzes 1986, BGBl. Nr. 76, in der Fassung BGBl. Nr. 1105/1994.

Der Nationalrat bewilligt das Bundesfinanzgesetz samt Anlagen. Bei Genehmigung des Bundesfinanzgesetzes steht dem Bundesrat keine Mitwirkung zu (Art. 42 Abs. 5 B-VG).

Der Text des BFG/96 entspricht im wesentlichen dem Text des BFG/95; neben den Ausführungen von grundsätzlicher Art werden daher nur die Abänderungen erläutert.

II. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zu Artikel I

Der Art. I spricht die Bewilligung des Bundesvoranschlages durch den Nationalrat gemäß Art. 42 Abs. 5 B-VG aus und gibt die Schlußsummen der Einnahmen und Ausgaben nach den Gliederungsvorschriften des BHG wieder.

Zu Artikel II

Im Art. II sind die Vorschriften für die Bedeckung des Abganges enthalten.

Der jeweilige Abgang ergibt sich aus der Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen des allgemeinen Haushaltes, wie sie in der Anlage I zum Bundesfinanzgesetz (Bundesvoranschlag) vom Nationalrat genehmigt worden sind. Gleichzeitig räumt der Bundesfinanzgesetzgeber dem Bundesminister für Finanzen das Recht ein, durch Ausübung der im Bundesfinanzgesetz enthaltenen Überschreitungsermächtigungen diese Struktur zu verändern. Die Struktur bzw. die Höhe des Abganges verändert sich auch, wenn Mindereinnahmen eintreten bzw. Mehreinnahmen oder Ausgabeneinsparungen anfallen, die nicht zur Bedeckung von Überschreitungen herangezogen werden. Die Ermächtigung des Art. II berechtigt zur Schuldaufnahme auch für einen strukturell geänderten Abgang. Sie darf jedoch nur bis zum vorausschätzbaren tatsächlichen Abgang, höchstens jedoch bis zu der in Art. I, II und in Verbindung mit Art. III und VII ausgewiesenen Höhe ausgenützt werden. Der vorausschätzbare tatsächliche Abgang wird sich grundsätzlich auf die sich in der zweiten Monatshälfte November abzeichnenden Gebarungsdaten stützen müssen.

Für die Bedeckung von Voranschlagsüberschreitungen nach Art. VII sollen Kreditoperationen nur dann getätigt werden, wenn die Bedeckung dieser Mehrausgaben durch Minderausgaben und/oder Mehreinnahmen nicht sichergestellt werden kann. Maßgeblich für die Beurteilung der Bedeckungsmöglichkeit ist die Einschätzung der Gebarungsentwicklung zum Zeitpunkt der Genehmigung der Ansatzüberschreitung, auch unter Bedachtnahme auf die Notwendigkeit für Ansatzüberschreitungen gemäß Art. V des Gesetzes.

Die Ermächtigung im Art. II mit den kurzfristigen Verpflichtungen ist erforderlich, weil der Devisenmittelkurs bei Aufnahmen und Rückzahlungen kurzfristiger Verpflichtungen verschieden ist und deshalb der Bruttoaufnahmebetrag erhöht bzw. vermindert wird.

Die bisherige Erlösverrechnung der Währungstauschverträge wirkte sich verzerrend auf den Limitrahmen gemäß Artikel II des Bundesfinanzgesetzes aus. Durch die Eröffnung neuer Voranschlagsan-

(2) Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1996

sätze können die Erlöse aus Währungstauschverträgen von den tatsächlichen Tilgungen aus Währungstauschverträgen des jeweiligen Finanzjahres unterschieden werden.

Zu Artikel III

Im Abs. 1 wird der BMF ermächtigt, unter den dort normierten Voraussetzungen – wenn es im volkswirtschaftlichen Interesse liegt – der österreichischen Volkswirtschaft zusätzliche Bundesmittel bis zu dem in der Anlage II (Konjunkturausgleich-Voranschlag) ausgewiesenen Gesamtbetrag von rund 5,1 Milliarden Schilling zuzuführen, um dadurch erforderlichenfalls auf die Konjunkturentwicklung stabilisierend oder belebend einzuwirken.

Für das Jahr 1996 wurde der Veranschlagung der Einnahmen im Entwurf für den Bundesvoranschlag ein nominelles Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von +3,8 vH zugrunde gelegt. Bei der Beurteilung der Entwicklung der nominellen Wachstumsrate der österreichischen Wirtschaft ist von den hierfür maßgeblichen aktuellen Orientierungsdaten unter Berücksichtigung der Beratungen der Arbeitsgruppe beim Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung für vorausschauende volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, der Vertreter der Sozialpartner angehören, auszugehen.

Österreich hat im Rahmen der EU-Mitgliedschaft Mittel zur Finanzierung des Gesamthaushaltes an die EU abzuführen. Grundlage hierfür ist der gemäß Art. 201 EG-Vertrag erlassene, und gemäß Art. 2 des EU-Beitrittsvertrages, BGBl. Nr. 45/1995, verbindliche Beschluß 88/376/EWG, Euratom, des Rates über das System der Eigenmittel vom 24. Juni 1988, ABl. Nr. L 185/24 sowie die Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften, ABl. Nr. L 155/1, zuletzt geändert mit Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2729/94 des Rates vom 31. Oktober 1994, ABl. Nr. L 293/5 vom 12. November 1994, Art. 2 Abs. 1 des Eigenmittelbeschlusses sieht vor, daß folgende Einnahmen als Eigenmittel in den Haushalt der Gemeinschaften einzusetzen sind:

- a) Agrarabschöpfungen, Prämien und andere Abgaben, die von den Gemeinschaftsorganen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik eingeführt worden sind oder noch eingeführt werden, und Abgaben, die im Rahmen der Gemeinsamen Marktorganisation für Zucker vorgesehen sind;
- b) Zölle des Gemeinsamen Zolltarifes;
- c) Einnahmen, die sich aus der Anwendung eines für alle Mitgliedstaaten einheitlichen Satzes auf die nach Gemeinschaftsvorschriften bestimmte einheitliche Mehrwertsteuer-Bemessungsgrundlage eines jeden Mitgliedstaates ergeben;
- d) Einnahmen, die sich ergeben aus der Anwendung eines im Rahmen des Haushaltsverfahrens unter Berücksichtigung aller sonstigen Einnahmen festzulegenden Satzes auf den Gesamtbetrag des Bruttosozialprodukts aller Mitgliedstaaten.

Die in Österreich aus öffentlichen Abgaben aufgebrachtten Mittel zur Finanzierung öffentlicher Haushalte sind somit zum Teil für die Finanzierung des EU-Gesamthaushaltes zu verwenden. Diese Eigenmittel der EU sind ausschließlich auf Grund des EU-Rechtes der EU zur Verfügung zu stellen und stehen zur Finanzierung innerstaatlicher Budgets nicht zur Verfügung.

Beim Voranschlagsansatz 2/52904 sind die an den EG-Gesamthaushalt abzuführenden Eigenmittel veranschlagt. Die im Art. III vorgesehene Bedeckungsermächtigung in Höhe von 15 vH findet seine Begründung in dem möglichen Eintreten mehrerer Umstände, deren Folgen zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nur schwer abgeschätzt werden können:

- Es muß im Laufe des Jahres 1996 mit Berichtigungs- und Nachtragshaushaltsplänen gerechnet werden, welche die EU-Haushaltsordnung gemäß Art. 15(a) u.a. für die Verbuchung des Saldos im EU-Haushalt vorsieht. Art. 32(a) bestimmt, daß dieser Saldo aus dem Haushaltsjahr n, je nach dem, ob es sich um einen Haushaltsüberschuß oder um ein -defizit handelt, auf der Einnahmen- oder Ausgabenseite im Haushaltsjahr n+1 eingesetzt wird. Dies kann zu Mehr- oder Minderbelastungen für die Mitgliedstaaten führen.
- Ebenso wird das rückwirkende Inkrafttreten des Eigenmittelbeschlusses 1994 erwartet. Die Finanzierung der EU-Gesamthaushaltspläne 1995 und 1996 muß sodann auf diese neue Grundlage umgestellt werden. Für Österreich dürften sich aus diesem Titel geringfügige Mehrbelastungen ergeben.
- Des weiteren ist auf Grundlage von Art. 10 Abs. 5 VO 1552/89 (Abrechnung der Mehrwertsteuer-Grundlagen des Vorjahres) mit einer Nachzahlungsverpflichtung von Seiten Österreichs an die EU zu rechnen, deren Höhe sich derzeit nur schwer schätzen läßt.
- Ebenfalls nicht berücksichtigt wurde der eventuelle Abruf einer BSP-Reserve im laufenden Haushaltsjahr. Zur Diskussion steht ein Betrag in Höhe von 416 Millionen Schilling.

Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1996

(3)

Das Auftreten einer oder all dieser o.a. Eventualitäten kann zu erhöhten Eigenmittelabfuhr an die EU führen, welche die Einnahmen aus öffentlichen Abgaben vermindern. Mit Abs. 3 wird der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, diese Einnahmenverminderung durch zusätzliche Kreditoperationen abzudecken.

Zu Artikel IV bis VIII

Unter Bedachtnahme auf Art. 51 b B-VG wird neben den bereits in § 41 BHG und Art. III BFG enthaltenen Ermächtigungen in den Art. IV bis VII die bundesgesetzliche Ermächtigung für die Genehmigung weiterer Voranschlagsansatzüberschreitungen geschaffen.

Die Ermächtigungen basieren auf dem gegebenen Erfordernis, den Ausgabenvollzug der tatsächlichen Entwicklung während des Finanzjahres zweckmäßig und wirtschaftlich anpassen zu können.

Durch die Umschichtungen tritt keine erhebliche Veränderung der Ausgabengliederung des Bundesvoranschlages ein; da die Bedeckung der Mehrausgaben zum überwiegenden Teil durch Ausgabenrückstellungen erfolgt, haben die Überschreitungen auf die Gesamtausgabensumme nur geringfügige Bedeutung.

Die im Art. 51 b Abs. 4 B-VG geforderte „sachliche“ Voraussetzung und die dort in den Z 1 bis 3 genannten Kriterien für die Inanspruchnahme der Überschreitungsermächtigung ergeben sich einerseits aus der bei den einzelnen Bestimmungen enthaltenen Abgrenzung, andererseits aus der generellen Umschreibung des Art. VIII.

„Ziffernmäßig bestimmt oder errechenbar“ im Sinne der obgenannten Verfassungsbestimmung ist eine Überschreitungsermächtigung dadurch, daß die zulässige Höhe der Überschreitung entweder in einem absoluten Betrag oder in Relation zu einer bestimmten Bezugsgröße ausgedrückt wird. Die in Art. IV vorgesehenen Überschreitungsermächtigungen sind durch die tatsächlich belegbare Höhe jener „Mehreinnahmen“ errechenbar, auf die die betreffenden Überschreitungsermächtigungen abgestellt sind.

Österreich erhält auf Grund diverser Bestimmungen des EU-Rechtes Zahlungen von der EG (vgl. die Erläuterungen zu Kapitel 52). Diese Zahlungen werden bei den Voranschlagsansätzen 2/51314 (EAGFL/Garantie) sowie 2/51305, 2/51306 und 2/51315 (Strukturfonds) verrechnet. Die Verwendung dieser EU-Mittel erfolgt – gemäß den EU-Vorschriften binnen bestimmter Fristen – durch entsprechende Ausgaben in den jeweils fachzuständigen Ressorts. Für die Leistung dieser Ausgaben ist daher in den jeweiligen Fachkapiteln vorgesorgt.

Die EU-Strukturfonds (Europäischer Regionalfonds, Europäischer Sozialfonds, Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft/Abteilung Ausrichtung) sind das zentrale Instrumentarium zur Gewährleistung des Zieles des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts der Union (Art. 130 a Unions-Vertrag) und dienen damit zur Flankierung der Binnenmarktpolitik und der Gemeinschaftlichen Agrarpolitik.

Wesentliche Grundsätze der Vergabe der Mittel der EU-Strukturfonds sind die Konzentration des Mitteleinsatzes auf bestimmte regional-, arbeitsmarkt- und agrarpolitische Ziele, die Vergabe der Mittel in Form einer Kofinanzierung für zielorientierte, mehrjährige Maßnahmenprogramme, das Prinzip der Adicionalität und der Partnerschaft.

Nachdem der genaue Zeitpunkt des Abschlusses des entsprechenden Genehmigungsverfahrens nicht bekannt ist, sind die von den EU-Strukturfonds zur Kofinanzierung bereitzustellenden Mittel schwer abschätzbar. Um die einlangenden EU-Mittel widmungsgemäß verwenden zu können, ist für die Leistung der korrespondierenden Mehrausgaben im Wege einer Überschreitungsermächtigung im Art. IV Abs. 3 vorgesorgt.

Eine stärkere Inanspruchnahme von Leistungen des Justizressorts bewirkt sowohl eine Erhöhung der Ausgaben (zB Vollzugs- und Wegegebühr, Postgebühren, Vergütungen für Gefangenenarbeiten) als auch der Einnahmen (zB Gerichtsgebühren, Vollzugskostenbeiträge der Insassen). Durch die Ermächtigung im Art. V Abs. 1 Z 4 kann in Zuge des Budgetvollzuges solchen den Bundeshaushalt nicht belastenden Entwicklungen Rechnung getragen werden. Die wechselseitige Bedeckungsfähigkeit der Ausgabenbeträge bei den Voranschlagsansätzen 1/11506 und 1/11508 in Z 10 soll einen flexiblen, den teilweise noch nicht konkretisierten Notwendigkeiten Rechnung tragenden Mitteleinsatz im Bereich der Flüchtlingsbetreuung und Integration sicherstellen, bevor von der diese beiden Ansätze umfassenden Überschreitungsermächtigung gemäß Art. VII Z 7 BFG Gebrauch gemacht wird. Im Zuge der Umsetzung des Budgetkonsolidierungszieles soll durch die Ermächtigung im Z 11 ein Teil der Aufwendungen für den Aufbau des Grenzdienstes der Bundesgendarmerie durch in ihrer Realisierbarkeit noch nicht einschätzbare Einsparungen im Vollzug und/oder entsprechende Mehreinnahmen bedeckt werden. Die Ermächtigung der Z 12

(4)

Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1996

ist erforderlich, weil durch den Verzicht der Unterrichtsverwaltung auf Rechte an Schul-, Heim- und sonstigen Gebäuden Erlöse zu erwarten sind, die aber erst zur Bedeckung von BIG-Normmieten herangezogen werden können, wenn die diesbezüglichen Gelder tatsächlich eingegangen sind. Weitere 70 Millionen Schilling aus Erlösen des Bundes sollen gemäß Z 13 zur Bedeckung der derzeit nicht quantifizierbaren Kostensteigerungen insbesondere durch Fernwärmeanschlüsse bei den schulischen Aufwendungen verwendet werden. Für den Fall dringender arbeitsmarktpolitischer Erfordernisse soll durch die Ermächtigung in Z 17 eine entsprechende Ausgleichsmöglichkeit zwischen den genannten Voranschlagsansätzen geschaffen werden. Die Ermächtigung der Z 21 soll das Bundesrechenamt als Schwerpunktrechenzentrum der österreichischen Bundesverwaltung in die Lage versetzen, die notwendigen Ressourcen, zB Investitionen auf dem Hard- und Softwaresektor bzw. Aufwendungen verschiedenster Art bereitzustellen, um die von anderen Ressorts gewünschten EDV-Leistungen - die bei den Auftraggebern zu Einsparungen führen - erbringen zu können. Mit der Ermächtigung in Z 25 sollen die Kosten (zB Beratungskosten, Gutachterkosten, Geldverkehrsspesen), die dem Bund bei der Veräußerung von Anteilsrechten erwachsen, abgedeckt werden. Mit der Ermächtigung in Z 29 wird für den Fall vorgesorgt, daß der Bund Kosten für den Zweckaufwand der Länder im Rahmen des Vollzugs des Wasserrechtsgesetzes 1959 idgF zu tragen hat. Die Ermächtigungen der Z 30 und 31 erlauben mehr Flexibilität im Budgetvollzug durch Umschichtungsmöglichkeiten bei den agrarischen Strukturförderungen. Nachdem der Bedarf für das ÖPUL noch nicht präzise feststeht, werden durch die Z 32 budgetäre Umschichtungsmöglichkeiten zugunsten des ÖPUL geschaffen, dies allerdings unter der Voraussetzung, daß auch die Länder zusätzliche Mittel in jenem Verhältnis zur Verfügung stellen, welches sich aus § 3 Landwirtschaftsgesetz 1992 idgF ergibt. Die Ermächtigung in der Z 33 ist für ein allfälliges Umschichtungserfordernis im Bereich der Förderungen für Kartoffeln erforderlich. Mit der in Z 38 vorgesehenen Ermächtigung wird dem Punkt 29 des Europaabkommens vom 22. April 1994 zwischen den Regierungsparteien entsprochen.

Für eine allfällige Aufstockung der österreichischen Palästinahilfe zur Unterstützung des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses wird im **Art. VII** Z 2 eine entsprechende Vorsorge getroffen. Mit der Ermächtigung in Z 4 wird dem Beschluß des Ministerrates am 19. September 1995, für den Wiederaufbau der kriegs betroffenen Gebiete Ex-Jugoslawiens, insbesondere Bosnien-Herzegowina einen finanziellen Rahmen bereitzustellen, Rechnung getragen. Die bilateralen österreichischen Mittel sollen in Abstimmung mit den betroffenen Regierungen prioritär in folgenden Bereichen eingesetzt werden: Sanierung von Unterrichts- und Wohngebäuden; Wiederaufbau sozialer Einrichtungen; Reintegrationsmaßnahmen; Maßnahmen der technischen Hilfe. Die Ermächtigung in Z 9 ist erforderlich, um den Fluß von EU-Kofinanzierungsmitteln sicherzustellen. Für den Fall dringender arbeitsmarktpolitischer Erfordernisse wird zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen durch die Ermächtigung in Z 10 eine entsprechende Vorsorge getroffen. Da derzeit die Aufwendungen für die Beendigung des Rechtsstreites im Zusammenhang mit der ARGE-Kostenrechnung noch nicht abschließend festgestellt werden können, wird in der Z 11 eine entsprechende Ermächtigung vorgesehen. Die Verhandlungen über die finanzielle Beteiligung des Bundes am Nationalpark Donau-Auen sind erst zu führen. Durch die Ermächtigung in Z 12 soll sichergestellt werden, daß für die voraussichtliche Eröffnung im Oktober erste Mittel bereitgestellt werden können. Die Ermächtigung der Z 13 war bisher in Art. V enthalten. Nachdem die Zahl der vor dem Umweltsenat anhängigen Großverfahren nicht bekannt ist, soll im Wege der Ermächtigung in Z 14 für allenfalls erforderliche Maßnahmen vorgesorgt werden. Die tragischen Ereignisse in Gerichtsgebäuden und Justizanstalten erfordern eine Verstärkung der Sicherheitsvorkehrungen. Die Ermächtigung in Z 16 schafft die notwendige Flexibilität bei der Festlegung der konkreten Maßnahmen, die sich derzeit noch in Planung befinden und die im Hinblick auf ihre Komplexität die Ansätze der Sachausgaben in einem noch nicht feststehenden und exakt zuordenbaren Ausmaß belasten werden. Mit der Ermächtigung in Z 19 soll eine unerwartete Steigerung des Kursniveaus auf den internationalen Märkten ausgeglichen werden können sowie für eine nicht vorhersehbare Steigerung in der Ausnützung des Exportfinanzierungsverfahrens vorgesorgt werden. Aufgrund der Umstellung auf die Bruttoverrechnung bei Wertpapierkäufen und -verkäufen im Bereich der Kassenverwaltung kann es zu unvorhersehbaren Stückzinsenzahlungen kommen, wofür für einen allfälligen zusätzlichen Mehrbedarf mit der Ermächtigung in Z 23 vorgesorgt wird.

Art. VIII bringt zum Ausdruck, daß die hier zusammengefaßten Voraussetzungen für alle Überschreitungen Geltung haben. Weiters wird klargestellt, daß unter Mehreinnahmen auch Einnahmen aus zusätzlichen Kreditoperationen zu verstehen sind.

Zu Artikel IX

In Ausführung des § 66 BHG enthält Art. IX die gesetzliche Ermächtigung für den Bundesminister für Finanzen, Haftungen in den angeführten Fällen zu übernehmen.

Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1996 (5)

Zu Artikel X

Der Bundesminister für Finanzen wird gemäß § 53 Abs. 4 BHG ermächtigt, andere als die in den Abs. 1 bis 3 leg. cit. angeführten Rücklagenzuführungen durchzuführen.

Zu Artikel XI und XII

In den §§ 62 bis 64 BHG sind die Voraussetzungen festgelegt, unter welchen der Bundesminister für Finanzen über Forderungen, über Bestandteile des beweglichen und über Bestandteile des unbeweglichen Bundesvermögens verfügen darf. Dementsprechend werden in den Art. XI und XII die jeweiligen Höchstgrenzen für die Ausnutzung dieses Ermächtigungsrahmens festgelegt.

Auf Grund von zu erwartenden wesentlich erhöhten Tauschvorgängen ist eine Anpassung der Höchstgrenze im Art. XI Abs. 2 erforderlich.

Zu Artikel XIII, XIV und XV

Die angeführten Artikel verweisen auf die Rechtsgrundlagen für die Personalbewirtschaftung des Bundes und für die Verwaltung der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge sowie der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes.

Zu Artikel XVI und XVII

Diese Artikel betreffen den Wirksamkeitsbeginn und die Vollziehung des BFG. Mit der Anordnung, daß die in der Zeit vom 1. Jänner bis 30. April 1996 auf Grund des automatischen Budgetprovisoriums vollzogenen Gebarungen zu Gunsten und zu Lasten der Einnahmen- und Ausgaben-Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlags 1996 verrechnet werden sollen, soll die Erstellung eines einheitlichen Bundesrechnungsabschlusses für das Kalenderjahr 1996 sichergestellt werden.

B. Erläuterungen zum Bundesvoranschlag (Anlage I) und Konjunkturausgleich-Voranschlag (Anlage II) für das Jahr 1996

Die Erläuterungen zum Bundesvoranschlag und Konjunkturausgleich-Voranschlag enthält der Arbeits(Amts)behelf zum BFG/96, 1. Teil.

C. Erläuterungen zum Stellenplan (Anlage III) für das Jahr 1996

Die Erläuterungen zum Stellenplan sind der Anlage III zum BFG/96 zu entnehmen.

D. Erläuterungen zum Fahrzeugplan (Anlage IV) für das Jahr 1996

Der I. Abschnitt (Allgemeiner Teil) des Fahrzeugplanes bleibt gegenüber dem Jahre 1995 abgesehen von Vereinfachungen der Begriffsbestimmungen für Dieselfahrzeuge in P1 Abs. 2 und der inhaltsleichen Überstellung der Ausführungen betr. Haltungskostenbeitrag, die bisher in P4 enthalten waren, zu den gegenständlichen Erläuterungen im wesentlichen inhaltlich unverändert. Demnach kann ein Haltungskostenbeitrag für privateigene Kraftfahrzeuge (Personenkraftwagen oder Krafträder) von Bundesbediensteten nach Maßgabe der dienstrechtlichen Vorschriften gewährt werden, wenn die Voraussetzungen für die Benützung eines bundeseigenen Kraftfahrzeuges, das dem privateigenen Kraftfahrzeug entspricht, durch den Bundesbediensteten gegeben sind und das privateigene Kraftfahrzeug an Stelle eines bundeseigenen benützt wird.

Wie in den Vorjahren ist für die erstmalige Inverwendungnahme der im Plan der Kraftfahrzeuge für 1996 enthaltenen Personenkraftwagen, Fahrzeuge für betriebliche Zwecke, Motorräder und Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast bis einschließlich 1 000 kg), das ist bei Anschaffung, Anmietung oder unentgeltlicher Zurverfügungstellung zufolge Ministerratsbeschluß, die jeweils gültige KFZ-Empfehlungsliste verbindlich.

Die Gesamtzahl der im Plan der Kraftfahrzeuge enthaltenen Fahrzeuge erhöht sich gegenüber 1995 um 191. Diese Erhöhung ist im wesentlichen auf die Vermehrung der Betriebsfahrzeuge im Bereich der Polizei und Gendarmerie (+ 219) zurückzuführen.

Im Plan für Luftfahrzeuge blieb die Anzahl gegenüber dem Vorjahr mit 50 unverändert, während sich der Stand der im Plan der Wasserfahrzeuge enthaltenen Wasserfahrzeuge um 11 auf 193 verminderte.

(6)

Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1996

E. Erläuterungen zum Plan für Datenverarbeitungsanlagen (Anlage V) für das Jahr 1996

Der Wortlaut des Allgemeinen Teiles des Planes für Datenverarbeitungsanlagen wurde gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Die Anzahl der Anlagen hat sich gegenüber dem Vorjahr von 2.134 um 308 auf 2.442 erhöht. Ein Großteil dieser Erhöhung ergab sich im Bereich des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst bei den Universitäten. Hier finden schon bisher im Plan zusammen mit anderen Anlagen enthaltene Anlagen durch den forcierten Ausbau des Datennetzes eine wesentlich eigenständigere Verwendung und sind deshalb gesondert auszuweisen.

Im einzelnen ergeben sich folgende Veränderungen:

Type A (Kleinanlagen):	
bundeseigene	+27
angemietete
Type B (Mittelanlagen):	
bundeseigene	+77
angemietete	-2
Type C (Großanlagen):	
bundeseigene	+193
angemietete	-5
Type D (Sonderanlagen):	
bundeseigene	+19
angemietete	-1
	+308

Dadurch ergab sich bei folgenden Bereichen eine Veränderung in der Anzahl der Anlagen:

Bundeskanzleramt mit Dienststellen; Zentraleitung.....	-1
Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst.....	+1
Universitäten.....	+258
Wissenschaftliche Anstalten.....	+9
Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz; Zentraleitung	+1
Lebensmitteluntersuchungsanstalten	+1
Bakteriologisch-serologische und sonstige Untersuchungsanstalten	+4
Veterinärmedizinische Anstalten.....	+2
Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten; Zentraleitung	+8
Vertretungsbehörden	+25
Österreichische Kulturinstitute	+4
Bundesministerium für Landesverteidigung.....	-1
Heer und Heeresverwaltung	+9
Bundesrechenamt	-13
Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr; Zentraleitung.....	+1
	+308

Abkürzungen im Text:

BFG = Bundesfinanzgesetz(e)

BFG/96 = Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1996

BFG/95 = Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1995

BHG = Bundeshaushaltsgesetz, BGBl. Nr. 213/1986 in der jeweils geltenden Fassung

BMF = Bundesminister für Finanzen

B-VG = Bundes-Verfassungsgesetz

Zu 70 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP

Anlage III zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1996

STELLENPLAN

FÜR DAS JAHR

1996



WIEN 1996

ÖSTERREICHISCHE STAATSDRUCKEREI

II

Stellenplan für das Jahr 1996

Inhaltsverzeichnis

Teil I.	Allgemeiner Teil	
	Punkt 1. Gliederung des Stellenplanes	207
	Punkt 2. Besetzung von Planstellen über den im Stellenplan festgesetzten Stand	207
	Punkt 3. Bindung von Planstellen	208
	Punkt 4. Aufnahme von Ersatzkräften	210
	Punkt 5. Ausgliederungsmaßnahmen	210
	Punkt 6. Umwandlung von Planstellen	210
	Punkt 7. Ernennungsreserve	211
	Punkt 8. Bewirtschaftung nach Gesamtjahresarbeitsleistungen	211
	Punkt 9. Befugnisse bestimmter oberster Organe	212
	Punkt 10. Organisationsänderungen	212
Teil II.	Planstellen für Bundesbedienstete	
	Abschnitt A Planstellenverzeichnis	
	01 Präsidentschaftskanzlei	213
	02 Parlamentsdirektion	214
	03 Verfassungsgerichtshof	215
	04 Verwaltungsgerichtshof	216
	05 Volksanwaltschaft	217
	06 Rechnungshof	218
	10 Bundeskanzleramt	219
	11 Inneres	224
	12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	230
	14 Wissenschaft, Forschung und Kunst	253
	15 Soziales	259
	17 Gesundheit und Konsumentenschutz	263
	18 Umwelt	268
	19 Jugend und Familie	270
	20 Äußeres	271
	30 Justiz	275
	40 Militärische Angelegenheiten	281
	50 Finanzverwaltung	286
	60 Land- und Forstwirtschaft	291
	63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	307
	64 Bauten und Technik	310
	65 Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	317
	71 Bundestheater	320
	75 Alkohol (Monopol)	321
	77 Österreichische Bundesforste	322
	Abschnitt B Ernennungsreserve	323
Teil IV.	Planstellenverzeichnis für jugendliche Bundesbedienstete	324
Teil V.	Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden	328
Teil VI.	Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbar Ausmaß beschäftigt werden	339
Teil VII.	Verzeichnis der Bundesbediensteten, für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist	347
Anlagen zum Stellenplan 1996		(1)
Anlagen A	Übersichten zu den Teilen II. A, IV, V, VI und VII gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien	(2)
Anlagen B	Gegenüberstellungen des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Ressorts)	(10)
Anlagen B1	Gegenüberstellungen des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)	(14)
Anlage B2	Ernennungsreserve: über den systemisierten Stand aus der Ernennungsreserve zugewiesene Planstellen	(22)
Anlage C	Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien bis 1988	(24)
Anlage C1	Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien 1988 und 1989	(25)
Anlagen C2	Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien ab 1990	(26)
Anlage D	Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen bis 1980	(30)
Anlage D1	Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen von 1980 bis 1989	(31)
Anlagen D2	Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen ab 1990	(32)
Anlagen E	Übersichten über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts	(38)
Anlagen F	Summarische Übersichten des Stellenplanes	(62)
Erläuterungen zum Stellenplan 1996		(75)

STELLENPLAN 1996

I. Allgemeiner Teil

1. Gliederung des Stellenplanes

- (1) Der Stellenplan enthält folgende Verzeichnisse:
- a) Das Planstellenverzeichnis des Bundes (Teil II. A) einschließlich der Ernennungsreserve (Teil II. B),
 - b) das Planstellenverzeichnis der jugendlichen Bundesbediensteten (Teil IV),
 - c) das Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden (Teil V),
 - d) das Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden (Teil VI),
 - e) das Verzeichnis der Bundesbediensteten, für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist (Teil VII).

(2) In den Verzeichnissen werden die Bundesbediensteten gegebenenfalls getrennt nach Beamten sowie nach Vertragsbediensteten der Kategorien A und B ausgewiesen. Auf Rechnung einer Planstelle für Vertragsbedienstete der Kategorie B sowie einer den Vertragsbediensteten der Kategorie B zugeordneten Planstelle für Vertragslehrer oder Vertragsassistenten (§ 26 Abs. 5 des Bundeshaushaltsgesetzes) können mehrere saison- oder teilbeschäftigte Vertragsbedienstete der gleichen Entlohnungsgruppe mit der Einschränkung aufgenommen werden, daß die für die Planstelle vorgesehene Gesamtjahresarbeitsleistung nicht überschritten wird.

(3) Unter Planstellen für jugendliche Bedienstete sind Planstellen für Vertragsbedienstete der Kategorie A für

1. Lehrlinge bis zur Beendigung des Lehrverhältnisses und während der gesetzlichen Behaltefrist,
2. Anlernkräfte, sofern sie das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, und
3. Vertragsbedienstete, sofern sie das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben,

zu verstehen.

Lehrlinge nach Beendigung der gesetzlichen Behaltefrist, jugendliche Vertragsbedienstete und Anlernkräfte, deren Übernahme auf eine Planstelle des Planstellenverzeichnisses des Bundes bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres nicht möglich ist, können längstens bis zum Ende des Kalenderjahres weiterbeschäftigt werden, in dem sie das 19. Lebensjahr vollendet haben.

2. Besetzung von Planstellen über den im Stellenplan festgesetzten Stand

(1) Personalaufnahmen, die eine Überschreitung der im Stellenplan festgelegten Anzahl der Planstellen oder der Gesamtjahresarbeitsleistungen erfordern (überplanmäßiger Personalbedarf), bedürfen der bundesfinanzgesetzlichen Bewilligung. Hievon ausgenommen sind die Fälle der Absätze 2 bis 6 und des Punktes 8 Abs. 3 lit. b.

(2) Gemäß Absatz 1 letzter Satz können Personen aufgenommen werden, die im Ausland zu Übersetzungsleistungen oder zu Hilfsdiensten im konsularischen Bereich oder zu einer anderen als geistigen Arbeitsleistung herangezogen werden. Die für solcherart beschäftigte Personen erforderliche Anzahl der Gesamtjahresarbeitsleistungen ist vom Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler und dem Bundesminister für Finanzen jährlich pauschal festzulegen.

(3) Werden in einem Planstellenbereich Arbeitsplätze für Behinderte vorgesehen, kann der Bundeskanzler im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen für die Besetzung dieser Arbeitsplätze Planstellen zuweisen. Hiefür stehen 400 Planstellen zusätzlich zur Verfügung.

(4) Werden in einem Planstellenbereich Arbeitsplätze für die Beschäftigung von älteren Arbeitslosen vorgesehen, kann die Bundesregierung auf Grund eines vom Bundeskanzler im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen gestellten Antrages für die Besetzung dieser Arbeitsplätze Planstellen zuweisen.

Hiefür stehen 200 Planstellen zusätzlich zur Verfügung. Die für die Zuweisung dieser Planstellen maßgeblichen Richtlinien sind vom Bundeskanzler im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen nach vorheriger Berichterstattung an die Bundesregierung zu erlassen.

(5) Gemäß Absatz 1 letzter Satz können Personen aufgenommen werden, die im Planstellenbereich „7720 Forstverwaltungen, Bau- und Maschinenhöfe, Sägewerke“ zur Aufarbeitung allfälliger durch Naturkatastrophen hervorgerufener Forstschäden als Arbeitskräfte herangezogen werden.

STELLENPLAN 1996

I. Allgemeiner Teil

(6) Gemäß Absatz 1 letzter Satz werden zu Lasten freier Planstellen der Planstellenbereiche „1420 Universitäten“, „1430 Kunsthochschulen“ und „1244 Museen“ die in den Planstellenbereichen „1421 Universitäten — zweckgebundene Gebarung“, „1431 Kunsthochschulen — zweckgebundene Gebarung“ und „1425 Museen — zweckgebundene Gebarung“ dort beschäftigten Vertragsbediensteten und Vertragsassistenten bis zum Ende der Dienstverträge auslaufend weiterbeschäftigt.

(7) Durch die Absätze 2 bis 6 werden die Bestimmungen über die Überschreitung von Ausgabenansätzen nicht berührt.

3. Bindung von Planstellen

(1) Innerhalb desselben finanzgesetzlichen Ansatzes können freie Planstellen der Verwendungsgruppen LPA, L1, L2, S1, A1 bis A6, E1, E2a, E2b, MBO1, MBO2, MBUO1, MBUO2, MZO1, MZO2, MZUO1 und MZUO2 mit Bundesbeamten ohne Anspruch auf Zuordnung zu einer Funktionsgruppe oder einer niedrigeren Funktionsgruppe oder mit Beamten einer niedrigeren Verwendungsgruppe besetzt werden.

Freie Planstellen für Vertragsbedienstete der Entlohnungsschemen I, II, IL und IIL können mit Vertragsbediensteten einer niedrigeren Entlohnungsgruppe bzw. können freie Planstellen für Vertragsbedienstete der Kategorie A mit Vertragsbediensteten der Kategorie B der gleichen oder einer niedrigeren Entlohnungsgruppe besetzt werden.

Freie Planstellen für Vertragsbedienstete der Entlohnungsgruppen d und e können mit Vertragsbediensteten der Entlohnungsgruppen p3 bis p5 und umgekehrt besetzt werden.

Freie Planstellen für Bundesbeamte und Vertragsbedienstete können mit jugendlichen Bediensteten besetzt werden.

Für Bundesbeamte der Verwendungsgruppen A bis E, P1 bis P5, W1 bis W3, sowie H1 und H2, die vom gesetzlichen Optionsrecht nicht Gebrauch machen, sind Planstellen der Verwendungsgruppen A1 bis A7, E1 bis E2c sowie MBO1, MBO2, MBUO1 und MBUO2 und soweit gesetzlich vorgesehen, innerhalb dieser Verwendungsgruppen Planstellen der Grundlaufbahn oder Funktionsgruppe zu binden, die der Bewertung und Zuordnung der Arbeitsplätze entsprechen, die dem jeweiligen Bundesbeamten zugewiesen sind.

In den Fällen der §§ 141, 141a, 145b, 152b und 152c BDG 1979 ist für die Ernennung in die Wahrfunktionsgruppe eine Planstelle jener niedrigeren Funktionsgruppe oder der Grundlaufbahn der entsprechenden Verwendungsgruppe zu binden, der der Arbeitsplatz zugeordnet ist, mit dem der Beamte dauernd betraut worden ist.

Planstellen der Verwendungsgruppen A1 bis A7, E1 bis E2c sowie MBO1, MBO2, MBUO1 und MBUO2 können mit Vertragsbediensteten der Entlohnungsgruppen c bis e und p1 bis p5 besetzt werden.

(2) Freie Planstellen für Richter können im selben Planstellenbereich mit Richtern, denen eine niedrigere Dienstzulage gebührt, oder mit Richteramtswärtern besetzt werden. Dies gilt auch für Staatsanwälte.

(3) Freie Planstellen für ordentliche Universitätsprofessoren können mit außerordentlichen Universitätsprofessoren besetzt werden. Ebenso können freie Planstellen für außerordentliche Universitätsprofessoren mit Universitätsassistenten besetzt werden.

(4) Freie Planstellen für Universitäts-(Hochschul-)lehrer, Lehrer, Bundesbeamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes, des Exekutivdienstes und des militärischen Dienstes können zur Versehung gleichartiger oder niedrigerer Dienste mit Vertragsbediensteten der Kategorien A und B besetzt werden.

(5) Freie Planstellen für Beamte der Verwendungsgruppen PT1 bis PT8 können mit Beamten derselben Verwendungsgruppe ohne Anspruch auf Zuordnung zu einer Dienstzulagen-Gruppe oder mit Beamten einer niedrigeren Verwendungsgruppe ohne Anspruch auf Zuordnung zu einer Dienstzulagen-Gruppe besetzt werden.

Freie Planstellen der Verwendungsgruppen PT1 bis PT9 können mit Beamten der Verwendungsgruppen A1 bis A7 sowie mit Vertragsbediensteten der Entlohnungsgruppen a bis e und p1 bis p5 und umgekehrt mit der Maßgabe besetzt werden, daß gemäß § 229b des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 in der jeweils geltenden Fassung

S T E L L E N P L A N 1 9 9 6

I. Allgemeiner Teil

die Verwendungsgruppe A 1 und die Entlohnungsgruppe a der Verwendungsgruppe PT 1 oder PT 2,

die Verwendungsgruppe A 2 und die Entlohnungsgruppe b der Verwendungsgruppe PT 2, PT 3 oder PT 4,

die Verwendungsgruppe A 3 und die Entlohnungsgruppe c der Verwendungsgruppe PT 5 oder PT 6,

die Verwendungsgruppe A 4 oder A 5 und die Entlohnungsgruppe d der Verwendungsgruppe PT 7 oder PT 8,

die Verwendungsgruppe A 7 und die Entlohnungsgruppe e der Verwendungsgruppe PT 9,

die Verwendungsgruppe A 3 und die Entlohnungsgruppe p1 der Verwendungsgruppe PT 6,

die Verwendungsgruppe A 4 und die Entlohnungsgruppe p2 der Verwendungsgruppe PT 7,

die Verwendungsgruppe A 4 oder A 5 und die Entlohnungsgruppe p3 der Verwendungsgruppe PT 7 oder PT 8,

die Verwendungsgruppe A 6 und die Entlohnungsgruppe p4 der Verwendungsgruppe PT 8,

die Verwendungsgruppe A 7 und die Entlohnungsgruppe p5 der Verwendungsgruppe PT 9

entsprechen.

(6) Freie Planstellen der Verwendungsgruppen K 1 bis K 5 können mit Bundesbeamten einer niedrigeren Verwendungsgruppe besetzt werden. Dies gilt für freie Planstellen der Entlohnungsgruppen k1 bis k5 sinngemäß.

Freie Planstellen für Beamte der Verwendungsgruppen K 1 bis K 6 können mit Beamten der Verwendungsgruppe A 2, A 3 oder A 4 und freie Planstellen für Vertragsbedienstete der Entlohnungsgruppen k1 bis k6 können mit Vertragsbediensteten der Entlohnungsgruppen b bis d und umgekehrt mit der Maßgabe besetzt werden, daß

- die Verwendungsgruppe A 2 der Verwendungsgruppe K 1 oder K 2,
- die Verwendungsgruppe A 3 der Verwendungsgruppe K 3, K 4 oder K 5 und
- die Verwendungsgruppe A 4 oder A 5 der Verwendungsgruppe K 6 und
- die Entlohnungsgruppe b der Entlohnungsgruppe k1 oder k2,
- die Entlohnungsgruppe c der Entlohnungsgruppe k3, k4 oder k5 und
- die Entlohnungsgruppe d der Entlohnungsgruppe k6

entsprechen.

(7) Wird ein nicht im Bundesdienst stehender Bediensteter in einem Planstellenbereich des Bundes verwendet und trägt der Bund, ohne hiezu gesetzlich verpflichtet zu sein, die Personalkosten, so ist für die Dauer der Verwendung eine der dienstrechtlichen Stellung des Bediensteten entsprechende freie Planstelle dieses Planstellenbereiches zu binden.

Diese Bestimmung ist nicht anzuwenden, wenn eine Person, die nicht im Bundesdienst steht, vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten im Ausland zu Übersetzungsleistungen oder im konsularischen Bereich oder zu einer anderen als geistigen Arbeitsleistung herangezogen wird.

(8) Ausgeschlossen sind

- a) die Bindung freier Planstellen der Teile IV bis VI des Stellenplanes und
- b) die Heranziehung freier Gesamtjahresarbeitsleistungen (Teil VII) für Personalbedürfnisse, für die im Teil II. A des Stellenplanes vorzusehen ist.

(9) Freie Planstellen in einem Planstellenbereich des Teiles II. A des Stellenplanes dürfen, sofern im Teil II. A für den jeweiligen Planstellenbereich keine gesonderten Bindungsmöglichkeiten vorgesehen sind, nur mit Zustimmung des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen für einen anderen Planstellenbereich des Teiles II. A gebunden werden.

(10) Von den in den Teilen II. A und VII des Stellenplanes festgesetzten Planstellen bzw. Normplanstellen für Lehrer im Bereich des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten dürfen insgesamt bis zu 211 Planstellen oder die entsprechende Anzahl von Normplanstellen für Auslandsverwendungen herangezogen werden.

S T E L L E N P L A N 1 9 9 6

I. Allgemeiner Teil

4. Aufnahme von Ersatzkräften

- (1) Für einen Bundesbediensteten, der
- a) als Mitglied eines Organes der Gesetzgebung, als Mitglied der Volksanwaltschaft, als Präsident des Rechnungshofes, als Mitglied des Verfassungsgerichtshofes oder als oberstes Organ der Vollziehung außer Dienst gestellt ist,
 - b) als Mitglied des Nationalrates, des Bundesrates oder eines Landtages gemäß § 17 Abs. 1 und 2 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 die zur Ausübung des Mandates erforderliche freie Zeit erhält,
 - c) sich zur Dienstleistung bei einer internationalen Organisation oder sonstigen internationalen Einrichtung im Urlaub gegen Entfall der Bezüge befindet,
 - d) zur Dienstleistung im Rahmen einer internationalen Organisation oder sonstigen internationalen Einrichtung herangezogen wird,
 - e) zur Dienstleistung im Sinne des Bundesgesetzes vom 14. Juli 1965, BGBl. Nr. 233, oder im Rahmen der Übernahme einer Schutzmachtfunktion durch die Republik Österreich herangezogen wird,
 - f) ordentlichen Präsenzdienst gemäß § 27 Abs. 2 des Wehrgesetzes 1990 oder außerordentlichen Präsenzdienst gemäß § 27 Abs. 3 Ziffer 1 bis 4 und 6 des Wehrgesetzes 1990 leistet,
 - g) Zivildienst leistet,
 - h) zu Lasten einer freien Planstelle zur Dienstleistung in einem anderen Personalstand einberufen wird,
 - i) sich in einem Karenzurlaub, ausgenommen einem solchen aus Anlaß einer Ausgliederungsmaßnahme, befindet,
 - j) für einen Beamten, dessen Wochendienstzeit nach den §§ 50a oder 50b des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 auf die Hälfte herabgesetzt ist, oder
 - k) der eine Teilzeitbeschäftigung nach § 15c des Mutterschutzgesetzes oder nach § 8 des Eltern-Karenzurlaubsgesetzes in Anspruch nimmt,

kann für die Dauer der Außerdienststellung, der erforderlichen Freizeitgewährung, der Dienstleistung, des Karenzurlaubes, des Präsenzdienstes, des Zivildienstes, der Heranziehung nach lit. d und e oder der Dauer der Herabsetzung der Wochendienstzeit bzw. der Inanspruchnahme einer Teilzeitbeschäftigung unter Bindung seiner Planstelle beziehungsweise unter Bindung des dem Ausmaß der Herabsetzung der Wochendienstzeit oder des Ausmaßes der in Anspruch genommenen Teilzeitbeschäftigung entsprechenden Planstellenteiles ein Vertragsbediensteter aufgenommen werden.

Punkt 3 Abs. 5 und 6 gilt sinngemäß. Unter der gleichen Voraussetzung kann für einen Richter, Staatsanwalt oder Richteramtsanwärter ein Richteramtsanwärter aufgenommen werden.

(2) Für eine Vertragsbedienstete, die gemäß §§ 3 und 5 des Mutterschutzgesetzes 1979 nicht beschäftigt werden darf, kann für die Dauer des Beschäftigungsverbotes unter Bindung ihrer Planstelle ein Vertragsbediensteter aufgenommen werden. Punkt 3 Abs. 5 und 6 gilt sinngemäß.

(3) Unter den Voraussetzungen des Abs. 1 oder im Fall einer Teilauslastung nach § 23 des Mutterschutzgesetzes oder nach § 10 des Eltern-Karenzurlaubsgesetzes oder einer Herabsetzung der Auslastung nach §§ 76a oder 76b des Richterdienstgesetzes kann für die Dauer dieser Maßnahmen für einen Richter, Staatsanwalt oder Richteramtsanwärter ein Richteramtsanwärter aufgenommen werden.

(4) Für einen Richter oder Staatsanwalt, der aus einem aus Abs. 1 oder 3 angeführten Grund vom Dienst abwesend ist, kann über die im Teil II. A für das Kapitel „30 Justiz“ festgelegte Zahl von übrigen Richtern und Staatsanwälten ein Richter eines Gerichtshofes I. Instanz (§ 77 Abs. 6 RDG) bzw. ein Staatsanwalt der GGr. I ernannt werden. Betrifft ein derartiger Abwesenheitsfall einen Richter oder Staatsanwalt einer höheren Gehaltsgruppe, kann ein Richter oder Staatsanwalt der entsprechenden Gehaltsgruppe ernannt werden.

5. Ausgliederungsmaßnahmen

Für Bundesbedienstete, denen im Zuge von Ausgliederungsmaßnahmen, die ihren bisherigen Arbeitsbereich betreffen, Karenzurlaub gewährt wird, dürfen keine Ersatzkräfte aufgenommen werden.

6. Umwandlung von Planstellen

Eine freie Planstelle kann vom zuständigen Bundesminister im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler und dem Bundesminister für Finanzen in eine Planstelle der gleichen oder einer niedrigeren

S T E L L E N P L A N 1 9 9 6

I. Allgemeiner Teil

Dienstklasse (Dienststufe, Dienstzulagengruppe) oder niedrigeren Funktionsstufe einer gleichen oder niedrigeren Verwendungsgruppe desselben finanzgesetzlichen Ansatzes umgewandelt werden.

7. Ernennungsreserve

(1) Die Ernennungsreserve enthält Planstellen für die Besoldungsgruppen „Allgemeine Verwaltung und handwerkliche Verwendung“, „Wachebeamte“ und „Berufsoffiziere und zeitverpflichtete Soldaten“, die vom Bundeskanzler einzelnen Planstellenbereichen über den im Planstellenverzeichnis festgesetzten Stand an gleichen Planstellen zugewiesen werden können. Für jede derart über den Stand in einer höheren Dienstklasse (Dienststufe) besetzte Planstelle hat eine Planstelle einer niedrigeren Dienstklasse (Dienststufe) in der gleichen Verwendungsgruppe des Planstellenbereiches unbesetzt zu bleiben.

(2) Eine in einem Planstellenbereich frei werdende Planstelle einer Dienstklasse (Dienststufe), für die aus der Ernennungsreserve eine Planstelle zugewiesen ist, gilt als Planstelle der Ernennungsreserve, solange in dieser Dienstklasse (Dienststufe) in der gleichen Verwendungsgruppe der tatsächliche Stand den systemisierten Stand im Planstellenverzeichnis übersteigt.

- (3) Die Planstellen in der Ernennungsreserve erhöhen sich um die Zahl der Beamten, die
- a) als Mitglied eines Organes der Gesetzgebung, als Mitglied der Volksanwaltschaft, als Präsident des Rechnungshofes, als Mitglied des Verfassungsgerichtshofes oder als oberstes Organ der Vollziehung außer Dienst gestellt sind,
 - b) als Mitglieder des Nationalrates, des Bundesrates oder eines Landtages gemäß § 17 Abs. 1 und 2 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 die zur Ausübung des Mandates erforderliche freie Zeit erhalten,
 - c) sich zur Dienstleistung im Rahmen einer internationalen Organisation oder sonstigen internationalen Einrichtung im Urlaub gegen Entfall der Bezüge befinden,
 - d) zur Dienstleistung im Rahmen einer internationalen Organisation oder sonstigen Einrichtung herangezogen werden,
 - e) zur Dienstleistung im Sinne des Bundesgesetzes vom 14. Juli 1965, BGBl. Nr. 233, oder im Rahmen der Übernahme einer Schutzmachtfunktion durch die Republik Österreich herangezogen werden.

Haben Beamte, die solcherart außer Dienst gestellt, beurlaubt oder herangezogen worden sind oder denen die erforderliche freie Zeit gewährt worden ist, ihren Dienst wieder aufgenommen, so entfällt diese Erhöhung der Zahl der Planstellen in dem Zeitpunkt, in dem im betreffenden Planstellenbereich eine Planstelle der gleichen Art frei wird.

- (4) Die Absätze 1 bis 3 gelten für Beamte der Verwendungsgruppen PT 1 bis PT 9 sinngemäß.

8. Bewirtschaftung nach Gesamtjahresarbeitsleistungen

(1) Die Personalbewirtschaftung der Vertragslehrer erfolgt auf der Grundlage des erforderlichen Lehrerwochenstundenaufwandes.

(2) Von dem im Stellenplan festgesetzten Lehrerwochenstundenaufwand ist ein beim jeweiligen Planstellenbereich festgesetzter Anteil für die Abdeckung von Mehrdienstleistungen vorbehalten. Die verbleibende Summe des Lehrerwochenstundenaufwandes ist zum Zweck der Darstellung bei den Planstellenbereichen in eine der Planstelle entsprechende Größe (Normplanstelle) umgerechnet. Unter einer Normplanstelle wird die Rechengröße für einen ganzjährig beschäftigten Vertragslehrer unter Zugrundelegung einer fiktiven wöchentlichen Lehrverpflichtung von 20 Werteinheiten verstanden.

(3) Der zuständige Bundesminister ist verpflichtet, bei Änderung der Gegebenheiten, die für die Festsetzung der Gesamtjahresarbeitsleistungen maßgebend sind, eine Anpassung an die neuen Gegebenheiten vorzunehmen.

Hiefür gilt:

- a) Eine voraussichtliche Unterschreitung der Gesamtjahresarbeitsleistungen um mehr als 1 vH ist dem Bundeskanzler und dem Bundesminister für Finanzen unverzüglich mit der Wirkung einer sofortigen Bindung mitzuteilen (gebundene Gesamtjahresarbeitsleistungen); die Inanspruchnahme solcherart gebundener Gesamtjahresarbeitsleistungen bedarf der Zustimmung des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen.

STELLENPLAN 1996

I. Allgemeiner Teil

- b) Eine Überschreitung der festgesetzten Gesamtjahresarbeitsleistungen bedarf der Zustimmung des mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschusses des Nationalrates; die Zustimmung ist vom Bundeskanzler im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen auf Antrag des zuständigen Bundesministers einzuholen. Diese Überschreitung darf nicht mehr als 2 vH der festgesetzten Gesamtjahresarbeitsleistungen betragen.
- c) Auf Antrag des zuständigen Bundesministers ist der Bundeskanzler im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen ermächtigt, eine Verschiebung zwischen den für die einzelnen Planstellenbereiche festgelegten Teilen des Lehrerwochenstundenaufwandes vorzunehmen. Das Gesamtausmaß der im Stellenplan festgelegten Lehrerwochenstunden darf dadurch jedenfalls nicht überschritten werden.

9. Befugnisse bestimmter oberster Organe

Die dem Präsidenten des Nationalrates gemäß Art. 30 Abs. 4 des Bundes-Verfassungsgesetzes, die dem Präsidenten des Rechnungshofes gemäß Art. 21 des Bundes-Verfassungsgesetzes und die dem Vorsitzenden der Volksanwaltschaft gemäß Art. 148h des Bundes-Verfassungsgesetzes zustehenden Rechte auf dem Gebiet der Diensthöhe über die Beamten und Angestellten der Parlamentsdirektion, des Rechnungshofes und der Volksanwaltschaft bleiben unberührt.

10. Organisationsänderungen

Der Bundeskanzler kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen den Stellenplan einer Organisationsänderung anpassen, wenn diese Organisationsänderung Auswirkungen auf den Stellenplan hat.

STELLENPLAN 1996

213

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

01 Präsidentschaftskanzlei

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	1	1	7	2	1	2				15
A2			1	5	3						9
A3		1			2	3	17	5			28
A4									8	1	9
										Summe ...	61

Allgem. Verwaltung und handwerkkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										1		1	1
B (b)										2	1	3	3
C (c)										2		2	2
D (d)										3		3	3
P4 (p4)										4		4	4
Summe...										12	1	13	13

Ernennungsreserve: 3 A/VIII, 3 B/VII, 2 C/V

Gesamtsumme 01...	61	12	1	13	74
-------------------	----	----	---	----	----

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 1 MB01 4010

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

02 Parlamentsdirektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	5	10	8	42	22				2	* 90
A2			4	8	8	19					39
A3		1	2	9	7	15	10	10	4	7	65
A4								19	18	32	* 69
A5								4	1	32	* 37
A6										29	29
										Summe ...	329

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
Verw. (Entl.)gruppe												
A (a)										2	2	2
B (b)										5	5	5
C (c)										3	3	3
D (d)										14	14	14
E (e)										1	1	1
P3 (p3)										4	4	4
P4 (p4)										11	11	11
P5 (p5)										11	11	11
Summe...										49	2	51

Ernehnungsreserve: 5 A/VIII, 2 B/VII, 3 C/V, 1 P2/IV

Gesamtsumme 02...	329	49	2	51	380
-------------------	-----	----	---	----	-----

Von den Beamten der Verwendungsgruppe A1 sind
 39 Beamte (hievon 3 der Dienstklasse VIII) gem. Art. 30(5) B-VG den
 parlamentarischen Klubs zugewiesen und
 3 Beamte der Dienstklasse VIII gem. §17 bzw. §19 BDG außer Dienst gestellt.
 Von den Beamten der Verwendungsgruppe A4 und A5 sind 13 Beamte gem. Art. 30(5)
 B-VG den parlamentarischen Klubs zugewiesen.

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 1 MB02 4010

STELLENPLAN 1996

215

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

03 Verfassungsgerichtshof

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1		2	1	13				17
A2							3	2			5
A3					1		13		1	3	18
A7										2	2
Summe ...											42

Allgem. Verwaltung und handwerk1. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										10		10	10
B (b)										2		2	2
C (c)										5		5	5
D (d)										3		3	3
E (e)										3		3	3
P3 (p3)										1		1	1
P5 (p5)										5		5	5
Summe...										29		29	29

Ernennungsreserve: 1 A/VIII

Gesamtsumme 03...	42	29		29	71
-------------------	----	----	--	----	----

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 1 PT7 6500

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

04 Verwaltungsgerichtshof

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1		4		17		1	23
A2					1	1		1	4		7
A3			1			2	7	5	1		16
A4								1			1
										Summe ...	47

Allgem. Verwaltung und handwerkkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										9		9	9
B (b)										2		2	2
C (c)										8		8	8
D (d)										25		25	25
E (e)										7		7	7
P2 (p2)										1		1	1
P3 (p3)										3		3	3
P5 (p5)										8		8	8
Summe...										63		63	63

Ernennungsreserve: 1 A/VIII

Richter und Richteramtsanwärter	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Präsident des Verwaltungsgerichtshofes.....	1
Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofes.....	1
Senatspräsident des Verwaltungsgerichtshofes.....	12
Hofrat des Verwaltungsgerichtshofes.....	48
Summe...	62

Gesamtsumme 04...	109	63		63	172
-------------------	-----	----	--	----	-----

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich

2 UAss	1420
1 A1	5040
2 d	4010

STELLENPLAN 1996

217

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

05 Volksanwaltschaft

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	3	4	15							23
A2				2	5						7
A3					2	8					10
A4									1		1
A7										1	1
										Summe ...	42

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte			VB	
Verw. (Entl.)gruppe												
A (a)									1		1	1
C (c)									1		1	1
D (d)									3		3	3
Summe...									5		5	5

Ernennungsreserve: 1 A/IX, 5 A/VIII

Gesamtsumme 05...	42	5		5	47
-------------------	----	---	--	---	----

218

STELLENPLAN 1996

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

06 Rechnungshof

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	5		5	37	83	58					188
A2			76								76
A3		1	2	1	8	21	8			1	42
A4									10	7	17
A5										2	2
A6										1	1
A7										7	7
	Summe ...										333

Allgem. Verwaltung und handwerk1. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
D (d)										3		3	3
E (e)										2		2	2
P5 (p5)										7		7	7
Summe ...										12		12	12

Ernennungsreserve: 72 A/VIII, 5 B/VII

Gesamtsumme 06...	333	12		12	345
-------------------	-----	----	--	----	-----

STELLENPLAN 1996

219

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

10 Bundeskanzleramt

1000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	4	2	4	33	16	67	79	26		3	234
A2		1	16	25	43	23	13	14	2	1	138
A3		1	2	1	12	9	26	44	11	15	121
A4								2	1	7	10
A5									4	11	15
A6										4	4
A7										2	2
										Summe ...	524

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										46		46	46
B (b)										49	1	50	50
C (c)										95	1	96	96
D (d)										103	3	106	106
E (e)										24		24	24
P3 (p3)										11		11	11
P4 (p4)										11		11	11
P5 (p5)										10	1	11	11
Summe...										349	6	355	355

Ernennungsreserve: 1 A/IX, 20 A/VIII, 19 B/VII, 7 C/V, 1 D/IV, 3 P1/IV

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 1000...	524	349	6	355	879

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich

1 b 1020
1 UAss 1420
2 MB01 4010
1 A1 6300

abzüglich f. PST-Bereich

1 a 1020
1 a 2000/2010

220

STELLENPLAN 1996

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1001 Verwaltungsakademie

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1				4		5
A2					1		1	3			5
A3						1		3			4
A4								1			1
A5										1	1
Summe ...											16

Allgem. Verwaltung und handwerkkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV		VB				
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										8		8	8
B (b)										1		1	1
C (c)										5		5	5
D (d)										6		6	6
Summe...										20		20	20

Ernennungsreserve: 1 B/VII

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1001...	16	20		20	36

1010 Staatsarchiv und Archivamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1		4	2	1	9	13		30
A2					1	10	6	10			27
A3					1		7	22	5	3	38
A4								3	2	3	8
A5								1	1	4	6
A7										1	1
Summe ...											110

STELLENPLAN 1996

221

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1010 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
B (b)									2		2	2	
C (c)									2		2	2	
D (d)									13		13	13	
E (e)									1		1	1	
P3 (p3)									1		1	1	
P4 (p4)									1		1	1	
P5 (p5)									5		5	5	
Summe...									25		25	25	

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 1010...	110	25	25	135

1020 Statistisches Zentralamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1		5	6	7	6	9	51	1	86
A2			1	11	6	25	20	31	57		151
A3			3	7	6	20	13	41	64	5	159
A4								2	6	10	18
A5									12	14	26
A6										6	6
A7										3	3
										Summe ...	449

222

STELLENPLAN 1996

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1020 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A	B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte				
A (a)									28		28	28
B (b)									158	1	159	159
C (c)									250		250	250
D (d)									279	15	294	294
E (e)									8		8	8
P3 (p3)									3		3	3
P4 (p4)									16		16	16
P5 (p5)									11	1	12	12
Summe ...									753	17	770	770

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 1020 ...	449	753	17	770	1.219

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 1 a 1000

abzüglich f. PST-Bereich
 1 b 1000

1075 Bundessportheime und Sporteinrichtungen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1							3		2	1	6
A2					2	4	2	1			9
A3				1		3				4	8
A4								2		5	7
A5										12	12
A6										4	4
										Summe ...	46

STELLENPLAN 1996

223

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1075 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
B (b)										19	21	40	40
C (c)										16	1	17	17
D (d)										11		11	11
P1 (p1)										8	3	11	11
P2 (p2)										10		10	10
P3 (p3)										44		44	44
P4 (p4)										30	26	56	56
Summe...										138	51	189	189

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1								2	2
L2								9	9
Summe...								11	11

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 1075...	57	138	51	189

Gesamtsumme 10...	1.156	1.285	74	1.359	2.515
-------------------	-------	-------	----	-------	-------

224

STELLENPLAN 1996

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

11 Inneres

1100 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst Verwendungsgruppe	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beante
A1	2	2	5	14	20	49	49	13	5	1	160
A2		2	2	54	125	60	24	11	4		282
A3		1	2	5	21	22	45	99	27	13	235
A4								15	23	16	54
A5									1	8	9
A6										3	3
A7										9	9
										Summe ...	752

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung Verw. (Entl.)gruppe	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
A (a)										25		25	25
B (b)										74		74	74
C (c)										92		92	92
D (d)										189	2	191	191
E (e)										14		14	14
P1 (p1)										2		2	2
P2 (p2)										15		15	15
P3 (p3)										26		26	26
P4 (p4)										31		31	31
P5 (p5)										42		42	42
Summe...										510	2	512	512

Ernennungsreserve: 2 A/IX, 20 A/VIII, 26 B/VII, 11 C/V

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1100...	752	510	2	512	1.264

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
 1 A1 2000/2010
 1 A4 2000/2010
 1 a 2000/2010

STELLENPLAN 1996

225

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1130 Bundespolizei

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL			
Verwendungsgruppe													
A1		1	5	19	28	23	42	48	98	129		393	
A2			4	8	23	30	93	97	44	55		354	
A3			3	10	41	72	184	192	321	5		828	
A4								178	37	162		377	
A5								2	13	1		16	
A6										17		17	
A7										36		36	
										Summe ...		2.021	

Allgem. Verwaltung und handwerkkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										18	3	21	21
B (b)										11		11	11
C (c)										60		60	60
D (d)										551	10	561	561
E (e)										53		53	53
P1 (p1)										3		3	3
P2 (p2)										22		22	22
P3 (p3)										66		66	66
P4 (p4)										13	1	14	14
P5 (p5)										358	77	435	435
Summe...										1.155	91	1.246	1.246

Ernennungsreserve: 41 A/VIII, 26 B/VII, 13 C/V

Exekutivdienst - SWD	Funktionsgruppe												Summe Beamte
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe													
E1	1	1	5	14	18	31	24	18	43	37	13	1	* 206
E2a					70	135	307	367	1.071	592	110	4	* 2.656
E2b												7.622	* 7.622
E2c												200	* 200
												Summe ...	10.684

Ernennungsreserve: 1 W1/VIII, 6 W1/VII, 27 W2/V(3)

Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E1 können bis zu 20 VB A (b) bzw. Beamte der Allgemeinen Verwaltung (VGr. A2) aufgenommen werden.

Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E2a bzw. E2b können bis zu 30 VB A (c) bzw. Beamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes (VGr. A3) aufgenommen werden.

Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E2b bzw. E2c können bis zu 240 VB A (d) bzw. Beamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes (VGr. A4 bzw. A5) und 150 VB A/II aufgenommen werden.

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1130 (Fortsetzung)

Exekutivdienst - KRD	Funktionsgruppe											Summe	
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E1			2	5	8	10	18	10	35	12			* 100
E2a					41	176	396	180	436	1.207			* 2.436
Summe ...												2.536	

Ernennungsreserve: 1 W1/VIII, 3 W1/VII, 30 W2/V(3)

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 1130...	15.241	1.155	91	1.246	16.487

Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E1 können bis zu 20 VB A (b) bzw. Beamte der Allgemeinen Verwaltung (VGr. A2) aufgenommen werden.

Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E2a können bis zu 90 VB A (c) bzw. Beamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes (VGr. A3) aufgenommen werden.

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
9 A1 1152

1140 Bundesgendarmerie

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1								1
A3							2	4	5	8	19
A4								1	12	29	42
A5									4	5	9
A6										7	7
A7										2	2
Summe ...											80

STELLENPLAN 1996

227

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1140 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
C (c)										2		2	2
D (d)										* 455		455	455
P1 (p1)										5		5	5
P2 (p2)										26		26	26
P3 (p3)										41	1	42	42
P4 (p4)										52	3	55	55
P5 (p5)										123	382	505	505
(I/R)											5	5	5
(II/R)											47	47	47
Summe...										704	438	1.142	1.142

Von den VB AI/d sind 400 Planstellen (VB/SV) für den Gendarmeriedienst bei der Grenzüberwachung vorgesehen.

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe Beamte
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
E1	3	3	11	7	35	31	65	83	105	67	5	3	* 418
E2a					174	366	649	1.227	1.255	703	1.705		* 6.079
E2b												6.771	* 6.771
												Summe ...	13.268

Ernennungsreserve: 4 W1/VIII, 6 W1/VII, 105 W2/V(3), 174 W2/IV(3)

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 1140...	13.348	704	438	1.142	14.490

Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E1(G1) können bis zu 3 Beamte der Allgemeinen Verwaltung(VGr. A2) aufgenommen werden.
Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E2a bzw. E2b können bis zu 30 VB A (c) bzw. Beamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes (VGr. A3) aufgenommen werden.
Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe E2b bzw. E2c können bis zu 70 VB A (d) bzw. Beamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes (VGr. A4 bzw. A5) und 50 VB A/II bzw. Beamte in handwerklicher Verwendung, aufgenommen werden.

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich

ab 1-05-96:

33 E2a/3 5040
34 E2a/2 5040
133 E2b 5040

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1150 Flüchtlingsbetreuung und Integration

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A1							1				1
A2			1	1	3	1	4	7	1	2	20
A3								10	1		11
A4								1	1		2
A5										1	1
	Summe ...										35

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)									3		3	3	
B (b)									5		5	5	
C (c)									9		9	9	
D (d)									21		21	21	
P2 (p2)									8		8	8	
P3 (p3)									18		18	18	
P4 (p4)									25		25	25	
P5 (p5)									34		34	34	
Summe...									123		123	123	

Ernennungsreserve: 1 A/VIII

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 1150...	35	123		123	158

1151 Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A2							1				1
A3									1		1
	Summe ...										2

STELLENPLAN 1996

229

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1151 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
C (c)										1		1	1
D (d)										3		3	3
P3 (p3)										2		2	2
P4 (p4)										2		2	2
P5 (p5)										3		3	3
Summe...										11		11	11

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 1151...	2	11	11	13

1152 Bundesasylamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1			1			2
A2					1	9	5	4			19
A3							2	1	7		10
A4								4		1	5
	Summe ...										36

Allgem. Verwaltung und handwerkkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
D (d)										21		21	21
P5 (p5)										1		1	1
Summe...										22		22	22

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 1152...	36	22	22	58

Gesamtsumme 11...	29.414	2.525	531	3.056	32.470
-------------------	--------	-------	-----	-------	--------

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 9 A1 1130

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten

1200 Zentraleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	5	5	17	43	41	52	69	1	1	* 235
A2		1	5	8	29	44	42	19	3	1	* 152
A3		1		1	9	7	18	22	14	13	* 85
A4								2	12	3	* 17
A5										8	8
Summe ...											497

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
Verw. (Entl.)gruppe												
A (a)									18		18	18
B (b)									36		36	36
C (c)									67		* 67	67
D (d)									77	4	* 81	81
P2 (p2)									1		1	1
P3 (p3)									7		7	7
P4 (p4)									7		7	7
P5 (p5)									6		6	6
Summe ...									219	4	223	223

Ernennungsreserve: 1 A/IX, 61 A/VIII, 12 B/VII, 2 C/V

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1								8	8
Summe ...								8	* 8

Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	VB A	VB B		
Summe 1200...	505	219	4	728

Davon für das Zentrum für Schulversuche: 8L1, 11A1, 1A2, 3A3, 2A4, 4c, 1d

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
 5 d 1400
 1 A5/G 1400
 1 A1 2000/2010

STELLENPLAN 1996

231

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1240 Hofmusikkapelle

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe											
A2						1					1
Summe ...											1

Allgem. Verwaltung und handwerk1. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
C (c)										1		1	1
D (d)										2		2	2
(I/R)											6	6	6
Summe...										3	6	9	9

Ernennungsreserve: 1 B/VII

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 1240...	1	3	6	9	10

1241 Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe											
A2						4	1				5
A3								3	1	1	5
A4										4	4
A5								1		8	9
Summe ...											23

Allgem. Verwaltung und handwerk1. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
C (c)										5		5	5
D (d)										5		5	5
P2 (p2)										4		4	4
P3 (p3)										15		15	15
P4 (p4)										25	2	27	27
Summe...										54	2	56	56

Ernennungsreserve: 1 B/VII

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 1241...	23	54	2	56	79

232

STELLENPLAN 1996

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1242 Sonstige Einrichtungen für Jugendberziehung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A2						1		13			14
A3								1			1
A5										4	4
Summe ...											19

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
B (b)										11		11	11
D (d)										2		2	2
P4 (p4)										1		1	1
Summe ...										14		14	14

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 1242 ...	19	14	14	33

1243 Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1								2	13	12	27
A2								3	5	2	11
A3								4	3	1	8
A4									1		1
A6										2	2
Summe ...											49

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
B (b)									8	2	10	10	
C (c)									11	4	15	15	
D (d)									2	1	3	3	
P2 (p2)									2		2	2	
P3 (p3)									2		2	2	
P4 (p4)									7	3	10	10	
P5 (p5)										5	5	5	
Summe ...									32	15	47	47	

STELLENPLAN 1996

233

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1243 (Fortsetzung)

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1								12	12
Summe...								12	12

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1243...	61	32	15	47	108

1244 Museen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		Beamte
A1			2	4	5	8	12	28	95			154
A2				1	2	6	6	34	4			53
A3					3	2	10	35	3	2		55
A4								3	5	10		18
A5								8	3	10		21
A6										3		3
A7										1		1
											Summe ...	305

234

STELLENPLAN 1996

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1244 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
A (a)									70	8	78	78
B (b)									70	13	83	83
C (c)									107	2	109	109
D (d)									180	5	185	185
E (e)									215	19	234	234
P1 (p1)									3		3	3
P2 (p2)									16		16	16
P3 (p3)									35		35	35
P4 (p4)									44	1	45	45
P5 (p5)									33		33	33
Summe...									773	48	821	821

Ernennungsreserve: 1 B/VII

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 1244...	305	773	48	821	1.126

1246 Nationalbibliothek und Phonotheek

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1		1		1	9		7	13	41		72
A2					1		6	60			67
A3					2	1	3	19	24		49
A4										3	3
										Summe ...	191

STELLENPLAN 1996

235

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1246 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)									*	16	2	18	18
B (b)									*	13	10	23	23
C (c)										31	1	32	32
D (d)										42	3	45	45
P3 (p3)										5		5	5
P5 (p5)										1		1	1
Summe...										108	16	124	124

Ernennungsreserve: 1 A/IX

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 1246...	191	108	16	124	315

Von den VB A(a) sind 3 Planstellen für die Zeit des vorübergehenden Bedarfes vorgesehen.

Von den VB A(b) sind 5 Planstellen für die Zeit des vorübergehenden Bedarfes vorgesehen.

1247 Bundesdenkmalamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
A1			1		1	10	2	17	41		72	
A2							3	16		1	20	
A3					1			7	8	1	17	
A4									6	1	7	
A5										4	4	
A6										2	2	
											Summe ...	122

STELLENPLAN 1996

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1247 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										30	2	32	32
B (b)										13	1	14	14
C (c)										15	1	16	16
D (d)										16	3	19	19
P2 (p2)										1		1	1
P3 (p3)										1		1	1
P4 (p4)										3		3	3
P5 (p5)											1	1	1
Summe ...										79	8	87	87

Ernennungsreserve: 12 A/VIII, 2 B/VII, 1 C/V

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 1247...	122	79	8	209

1260 Schulaufsichtsbehörden

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe												
A1			4	5	4	12	9	11	22	4	71	
A2			3	18	32	49	86	170	21	3	382	
A3					1	15	19	80	33	22	170	
A4								14	52	11	77	
A5									14	6	20	
A6										7	7	
A7										16	16	
											Summe ...	743

STELLENPLAN 1996

237

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1260 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkll. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										2	10	12	12
B (b)										62	13	75	75
C (c)										108	12	120	120
D (d)										115	22	137	137
E (e)										11		11	11
P2 (p2)										1		1	1
P3 (p3)										4		4	4
P4 (p4)										5	1	6	6
P5 (p5)										9	9	18	18
Summe...										317	67	384	384

Ernennungsreserve: 9 B/VII, 2 C/V

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1								67	67
L2								20	20
Summe...								87	87

Beamte des Schulaufsichtsdienstes	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
S1 (Landesschulinspektor)	82
S2 (Bezirks(Berufs)schulinspektor)	151
Summe...	233

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 1260...	1.063	317	67	384
				1.447

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich zuzüglich v. PST-Bereich

15 L1	1270	1 L1	1282
2 L1	1270	2 L1	1290
2 L1	1280	2 L1	1291
2 L2a2	1281	1 L2a1	1291
1 L2b1	1281	1 LPA	1294
1 IL/11	1281	1 L1	1294
1 L1	1282		

238

STELLENPLAN 1996

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1261 Schulpsychologie - Bildungsberatung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1						4	6	6	98		* 114
A2								6			6
A3								1	6		7
										Summe ...	127

Auf Rechnung freier Planstellen der Beamten der Verwendungsgruppe A1 können bis zu 10 Lehrer ernannt werden.

Allgem. Verwaltung und handwerkkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
A (a)									9	5	14	14
B (b)										1	1	1
C (c)									3	11	14	14
D (d)										12	12	12
Summe...									12	29	41	41

Ernennungsreserve: 6 A/VIII

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 1261...	127	12	29	168

1270 Allgemeinbildende höhere Schulen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2									1		1
A3			1	1		7	103	1			113
A4								35	110	7	152
A5										1	1
A6										96	96
A7										26	26
										Summe ...	389

STELLENPLAN 1996

239

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1270 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A	B	C	D	P1	P2	übrige	VB A		VB B			
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
C (c)									79	43	122	122	
D (d)									97	52	149	149	
P2 (p2)									8	1	9	9	
P4 (p4)									142	17	159	159	
P5 (p5)									354	361	715	715	
(I/R)										88	88	88	
Summe...									680	562	1.242	1.242	

Ernennungsreserve: 1 C/V, 4 D/IV

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1	321						2	11.062	11.385
L2								372	372
L3								5	5
Summe...	321						2	11.439	11.762

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 1270...	12.151	680	562	1.242	13.393

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich

1 L1 1281

abzüglich f. PST-Bereich

15 L1 1260
2 L1 1260
1 L1 1280
1 L1 1281

abzüglich f. PST-Bereich

1 L1 1290
1 L2a1 1291
7 L1 1420
2 L1 1430

1271 Höhere Internatsschulen des Bundes

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
A2								2	1	1	2	6
A3								1	2	6	1	10
A4									4	1	12	17
A5											8	8
A6											9	9
A7											13	13
											Summe ...	63

240

STELLENPLAN 1996

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1271 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A	B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
C (c)									5	1	6	6
D (d)									9		9	9
P2 (p2)									6		6	6
P3 (p3)									16		16	16
P4 (p4)									43	6	49	49
P5 (p5)									31	3	34	34
(I/R)										4	4	4
Summe...									110	14	124	124

Ernennungsreserve: 1 B/VII

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1	4			4			4	161	173
L2								20	20
Summe...	4			4			4	181	193

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe			Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
			übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe								
K4 (k4)			1	1	7		7	8
Summe...			1	1	7		7	8

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 1271...	257	117	14	131

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
 1 L1 1420
 1 L1 1430

STELLENPLAN 1996

241

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1274 Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2							2				2
A3								2	2	1	5
A4								1	2	6	9
A5										2	2
A6										7	7
A7										2	2
										Summe ...	27

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										1	1	1	
B (b)									1	1	2	2	
C (c)									9		9	9	
D (d)										2	2	2	
P2 (p2)									4		4	4	
P3 (p3)									1		1	1	
P4 (p4)									11		11	11	
P5 (p5)									25	4	29	29	
(I/R)										2	2	2	
Summe...									51	10	61	61	

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1	2						2	25	29
L2								60	60
L3								2	2
Summe...	2						2	87	91

242

STELLENPLAN 1996

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1274 (Fortsetzung)

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe							
K2 (k2)		1	1	1		1	2
K4 (k4)		3	3	3		3	6
Summe...		4	4	4		4	8

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 1274...	122	55	10	65

1276 Bundesschülerheime (Allgemeinbildende)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
A2											1	1
A3							1	6				7
A4									2			2
A5											1	1
A6											9	9
A7											1	1
											Summe ...	21

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
C (c)										7	1	8	8
D (d)										4		4	4
P2 (p2)										4		4	4
P3 (p3)										3		3	3
P4 (p4)										17	4	21	21
P5 (p5)										27	5	32	32
Summe...										62	10	72	72

STELLENPLAN 1996

243

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1276 (Fortsetzung)

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1			10					4	14
L2								20	20
Summe...			10					24	34

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 1276...	55	62	10	72	127

1280 Technische und gewerbliche Lehranstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe												
A1								1		2		3
A2							7	11	46	9	6	79
A3					1	1	1	30	35	11		79
A4								17	36	64		117
A5								2	4	19		25
A6										46		46
A7										24		24
										Summe ...		373

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A	B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
B (b)									157	4	161	161
C (c)									126	18	144	144
D (d)									73	18	91	91
P2 (p2)									45		45	45
P3 (p3)									16	1	17	17
P4 (p4)									84	2	86	86
P5 (p5)									181	134	315	315
(I/R)										24	24	24
Summe...									682	201	883	883

Ernennungsreserve: 1 B/VII, 2 C/V, 4 D/IV, 3 P1/IV

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1280 (Fortsetzung)

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamate
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1	63				173			2.941	3.177
L2					2			821	823
Summe...	63				175			3.762	4.000

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe Beamate	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		übrige Beamate		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe							
K2 (k2)				1	2	3	3
K4 (k4)				2		2	2
Summe...				3	2	5	5

	Summe Beamate	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 1280...	4.373	685	203	888	5.261

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 1 L1 1270

abzüglich f. PST-Bereich
 2 L1 1260
 40 L1 1290

1281 Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamate
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A2							1	10	18	4	33
A3							6	15	1	2	24
A4								4	21	10	35
A5								1		3	4
A6										27	27
A7										13	13
										Summe ...	136

STELLENPLAN 1996

245

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1281 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
B (b)										12	9	21	21
C (c)										48	32	80	80
D (d)										41	9	50	50
P2 (p2)										1		1	1
P3 (p3)										2		2	2
P4 (p4)										30	21	51	51
P5 (p5)										82	88	170	170
(I/R)											19	19	19
Summe...										216	178	394	394

Ernennungsreserve: 1 C/V

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
LPA	6							20	26
L1	135					5		2.649	2.789
L2	33					100		740	873
Summe...	174					105		3.409	3.688

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 1281...	3.824	216	178	4.218

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich

1 L1 1270
1 L1 1282
1 L2a2 1282

abzüglich f. PST-Bereich

2 L2a2 1260
1 L2b1 1260
1 IL/11 1260

abzüglich f. PST-Bereich

1 L1 1270
1 L2a2 1291

1282 Handelsakademien und Handelsschulen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe												
A3						3	37				1	41
A4								5	36		2	43
A6											17	17
A7											13	13
											Summe ...	114

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1282 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
C (c)										37	25	62	62
D (d)										50	14	64	64
P2 (p2)										1		1	1
P3 (p3)										1		1	1
P4 (p4)										40	6	46	46
P5 (p5)										48	128	176	176
(I/R)											26	26	26
Summe...										177	199	376	376

Ernennungsreserve: 2 D/IV

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1	120							2.920	3.040
L2								215	215
Summe...	120							3.135	3.255

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 1282...	3.369	177	199	3.745

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich

1 L1	1260
1 I1	1260
1 L1	1281
1 L2a2	1281

1286 Bundesschülerheime (Berufsbildende)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe												
A3								4	1			5
A4									4			7
A5											2	2
A6											10	10
A7											6	6
											Summe ...	30

STELLENPLAN 1996

247

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1286 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
C (c)									9	3	12	12	
P2 (p2)									3		3	3	
P3 (p3)									1		1	1	
P4 (p4)									19	3	22	22	
P5 (p5)									20	4	24	24	
Summe...									52	10	62	62	

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1			4					20	24
Summe...			4					20	24

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
									übrige Beamte	VB A			VB B
Verw. (Entl.)gruppe													
K2 (k2)								1	1			1	
K4 (k4)								2	2	1		3	
Summe...								3	3	1		4	

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 1286...	57	53	10	120

1290 Pädagogische Akademien

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe												
A2						5	8	1	16	1	31	
A3							2	14	2	4	22	
A4								3	3	2	8	
A5								1	1	1	3	
A6										2	2	
										Summe ...	66	

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1290 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
B (b)										10	1	11	11
C (c)										21	5	26	26
D (d)										26	5	31	31
P3 (p3)										1		1	1
P4 (p4)										12	1	13	13
P5 (p5)										14	14	28	28
(I/R)											11	11	11
Summe...										84	37	121	121

Ernennungsreserve: 2 B/VII

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
LPA	23				46			349	418
L1								496	496
Summe...	23				46			845	914

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 1290...	980	84	37	1.101

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 1 L1 1270
 40 L1 1280

abzüglich f. PST-Bereich
 2 L1 1260
 1 L1 1294

1291 BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
A2										1		1
A3								6				6
A4										6	7	13
A6											6	6
	Summe ...										26	

STELLENPLAN 1996

249

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1291 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
C (c)										6	8	14	14
D (d)										10	2	12	12
P4 (p4)										23	14	37	37
P5 (p5)										12	15	27	27
(I/R)											7	7	7
Summe ...										51	46	97	97

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1	34				30			181	245
L2						1		205	206
Summe ...	34				30	1		386	451

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 1291...	477	51	46	574

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich

1 L2a1 1270

1 L2a2 1281

abzüglich f. PST-Bereich

2 L1 1260

1 L2a1 1260

1292 Berufspädagogische Akademien

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe												
A2							1	3	1	3	8	
A3								5		1	6	
A4								1	3	1	5	
A5										1	1	
A7										1	1	
										Summe ...	21	

250

STELLENPLAN 1996

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1292 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
B (b)									4	1	5	5	
C (c)									8		8	8	
D (d)									2		2	2	
P4 (p4)									1		1	1	
P5 (p5)									6	2	8	8	
Summe...									21	3	24	24	

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
LPA	4				12			46	62
L1								22	22
Summe...	4				12			68	84

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	VB A	VB B			
Summe 1292...	105	21	3	24	129

1293 Bundesanstalten für Leibeseziehung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
A2							1			2	3	
A3							2	4			6	
A4								2	2	3	7	
A5										2	2	
A6										6	6	
										Summe ...	24	

STELLENPLAN 1996

251

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1293 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
C (c)										11	2	13	13
D (d)										5	1	6	6
P2 (p2)										2		2	2
P3 (p3)										3		3	3
P4 (p4)										11		11	11
P5 (p5)										6	1	7	7
(I/R)											2	2	2
Summe...										38	6	44	44

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1	4				10			8	22
Summe...	4				10			8	22

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 1293...	46	38	6	90

1294 Pädagogische Institute

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe												
A2								3	4			7
A3								2	2	14		18
A4											4	4
A5									2			2
Summe ...												31

Allgem. Verwaltung und handwerkkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
C (c)										7	5	12	12
D (d)										8	1	9	9
P4 (p4)										3		3	3
Summe...										18	6	24	24

252

STELLENPLAN 1996

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1294 (Fortsetzung)

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
LPA	22				45			37	104
L1								51	51
Summe...	22				45			88	155

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 1294...	186	18	6	24	210

Gesamtsumme 12...	28.419	3.868	1.479	5.347	33.766
-------------------	--------	-------	-------	-------	--------

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 1 L1 1290

abzüglich f. PST-Bereich
 1 LPA 1260
 1 L1 1260

STELLENPLAN 1996

253

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

14 Wissenschaft und Forschung

1400 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	2	3	5	30	13	35	46	55			189
A2			4	19	31	53	10	1	4		122
A3		1				9	10	41	9	9	79
A4								1	3	10	14
A5										5	5
										Summe ...	409

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
A (a)										23		23	23
B (b)										10		10	10
C (c)										5		5	5
D (d)										27	2	29	29
E (e)										5		5	5
P1 (p1)										2		2	2
Summe ...										72	2	74	74

Ernennungsreserve: 3 A/IX, 55 A/VIII, 19 B/VII

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 1400...	409	72	2	74	483

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich

5 d 1200
1 A5/G 1200
1 AIIKV 7100

1420 Universitäten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			2	6	9	12	13	60	452	87	641
A2		1	8	19	26	44	224	528	88	100	1.038
A3			1		5	51	282	202	73	7	621
A4								42	37	97	176
A5								30	31	39	100
A6										14	14
										Summe ...	2.590

254

STELLENPLAN 1996

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1420 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										* 357	10	367	367
B (b)										* 1.180	217	1.397	1.397
C (c)										* 1.641	216	1.857	1.857
D (d)										572	62	634	634
E (e)										5		5	5
P1 (p1)										27		27	27
P2 (p2)										85	3	88	88
P3 (p3)										162	3	165	165
P4 (p4)										232	3	235	235
P5 (p5)										21	12	33	33
(II/K)										27	5	32	32
Summe...										4.309	531	4.840	4.840

Ernennungsreserve: 34 A/VIII, 18 B/VII, 11 C/V, 15 P1/IV

Von den VB A(a) und den VB A(b) sind je 2 Planstellen, und von den VB A(c) ist 1 Planstelle für den Fachhochschulrat vorgesehen.

406 Planstellen dürfen erst nach Auflösung der zweckgeb. Geb. besetzt werden.

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1		12						180	192
L2								23	23
Summe...		12						203	215

Hochschullehrer (Vertragsassistenten)	Summe Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Ordentlicher Universitätsprofessor	* 1.276
Außerordentlicher Universitätsprofessor	578
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	6.371
Summe...	8.225

Hievon 9 Planstellen für Rektoren gemäß §53 UOG 1993

STELLENPLAN 1996

255

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1420 (Fortsetzung)

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe							
K1 (k1)		13	13				13
K2 (k2)		82	82	132	33	165	247
K4 (k4)		12	12	6	3	9	21
K5 (k5)		1	1				1
K6 (k6)		3	3	14		14	17
Summe...		111	111	152	36	188	299

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 1420...	11.141	4.461	567	16.169

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich

7 L1 1270

1 L1 1271

18 A1 3030

abzüglich f. PST-Bereich

2 UAss 0400

1 UAss 1000

1 c 2000/2010

1423 Bibliotheken

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1							1	1	5		7
A2								4	2		6
A3							1		3		4
A4										1	1
										Summe ...	18

Allgem. Verwaltung und handwerk1. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
B (b)									4	1	5	5	
C (c)									3		3	3	
P2 (p2)									3		3	3	
P5 (p5)									3		3	3	
Summe...									13	1	14	14	

Ernennungsreserve: 1 A/VIII

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 1423...	18	13	1	32

256

STELLENPLAN 1996

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1424 Wissenschaftliche Anstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1	1	4	6	3	18	116	3	152
A2					1	2	10	41			54
A3						1	4	40	17		62
A4									1	1	2
A5										1	1
										Summe ...	271

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
Verw. (Entl.)gruppe												
A (a)									25		25	25
B (b)									23		23	23
C (c)									38		38	38
D (d)									2		2	2
P2 (p2)									4		4	4
P4 (p4)									7		7	7
P5 (p5)									7		7	7
Summe...									106		106	106

Ernennungsreserve: 13 A/VIII, 1 C/V

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1424...	271	106		106	377

1426 Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal (betr. ähnl. Einr.)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A3			1			10	11	4	6	1	33
A4										7	7
A6										1	1
										Summe ...	41

STELLENPLAN 1996

257

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1426 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
A (a)		4						51	55	7	2	9	64
B (b)			5					51	56	15	3	18	74
C (c)										25		25	25
D (d)										4		4	4
P1 (p1)										3		3	3
P2 (p2)										7		7	7
P3 (p3)										9		9	9
P4 (p4)										4		4	4
Summe ...		4	5					102	111	74	5	79	190

Ernennungsreserve: 4 A/VIII, 5 B/VII, 9 C/V, 2 P1/IV, 1 P2/IV.

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 1426. ...	152	74	5	79	231

1430 Kunsthochschulen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
A1						6	5	6	9	2		28
A2				1	5	12	29	30	3	1		81
A3							14	23	4			41
A4								1	10	17		28
A5								2	5	1		8
A6										3		3
											Summe ...	189

258

STELLENPLAN 1996

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1430 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										42	5	47	47
B (b)										76	16	92	92
C (c)										98	13	111	111
D (d)										72	1	73	73
E (e)										16		16	16
P1 (p1)										7		7	7
P2 (p2)										11		11	11
P3 (p3)										14		14	14
P4 (p4)										72		72	72
Summe...										408	35	443	443

Ernennungsreserve: 5 A/VIII, 5 B/VII, 1 D/IV

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1								128	128
Summe...								128	128

Hochschullehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Ordentlicher Hochschulprofessor	413
Hochschulassistent (Vertragsassistent)	228
Summe...	641

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 1430...	958	408	35	443

Gesamtsumme 14...	12.949	5.134	610	5.744	18.693
-------------------	--------	-------	-----	-------	--------

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich

2 L1 1270
1 L1 1271

STELLENPLAN 1996

259

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

15 Soziales

1500 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1	3	3	7	24	27	40	87	45	2	1	239
A2		1	1	15	43	43	22	19	2		146
A3		1		1	1	4	7	27	9	3	53
A4										5	5
A5									1	3	4
	Summe ...										447

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										21	1	22	22
B (b)										23	4	27	27
C (c)										32	4	36	36
D (d)										39	2	41	41
P2 (p2)										1		1	1
(I/R)										4		4	4
Summe...										120	11	131	131

Ernennungsreserve: 3 A/IX, 5 A/VIII, 12 B/VII, 3 C/V

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich

1 A1 2000/2010
 2 a 2000/2010
 2 b 2000/2010
 4 I/R 2000/2010

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 1500...	447	120	11	578

1570 Bundessozialämter

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1			1	2	5	7	10	2	41	129	197
A2		1	2	7	2	56	89	159	5		321
A3					7	3	12	31	30	60	143
A4								2	5	19	26
A5								1		37	38
	Summe ...										725

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1570 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	0	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										18	12	30	30
B (b)										27	7	34	34
C (c)										22	7	29	29
D (d)										31	7	38	38
P3 (p3)										5		5	5
P5 (p5)										2	5	7	7
Summe...										105	38	143	143

Ernennungsreserve: 10 A/VIII, 22 B/VII, 7 C/V

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
								übrige Beamte		VB A	VB B		
	Verw. (Entl.)gruppe												
K2 (k2)								3	3	1	3	4	7
K5 (k5)								1	1				1
Summe...								4	4	1	3	4	8

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 1570...	729	106	41	147	876

1572 Bundesstaatl. Prothesenwerkstätten (betriebsähnl. Einricht.)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A2							1				1
A3									1		1
										Summe ...	2

STELLENPLAN 1996

261

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1572 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
B (b)									1		1	1	
C (c)									1		1	1	
D (d)									11		11	11	
P5 (p5)									1		1	1	
(II/K)									5		5	5	
Summe...									19		19	19	

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 1572...	2	19	19	21

1590 Heimarbeitungskommissionen, Schlichtungsstellen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2							1	1			2
A3									1		1
										Summe ...	3

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
B (b)									4		4	4	
D (d)									1		1	1	
Summe...									5		5	5	

Ernennungsreserve: 1 C/V

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 1590...	3	5	5	8

262

STELLENPLAN 1996

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1592 Arbeitsinspektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					20		20	2	89	3	134
A2						73	80	16	1		170
A3				7				17	9	1	34
A4										33	33
A5										9	9
										Summe ...	380

Allgem. Verwaltung und handwerkll. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										16		16	16
B (b)										18		18	18
C (c)										8		8	8
D (d)										36	7	43	43
P3 (p3)										2		2	2
P5 (p5)											9	9	9
Summe...										80	16	96	96

Ernennungsreserve: 9 A/VIII, 11 B/VII, 3 C/V

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1592...	380	80	16	96	476

Gesamtsumme 15...	1.561	330	68	398	1.959
--------------------------	--------------	------------	-----------	------------	--------------

STELLENPLAN 1996

263

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

17 Gesundheit und Konsumentenschutz

1700 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	2	7	8	29	21	34	48	1		151
A2			2	11	13	51	15	1			93
A3			1			5	8	21	5	5	45
A4										2	2
A5										2	2
A6										1	1
A7										1	1
										Summe ...	295

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
Verw. (Entl.)gruppe												
A (a)									30	1	31	31
B (b)									12	1	13	13
C (c)									25	1	26	26
D (d)									46		46	46
E (e)									1		1	1
Summe...									114	3	117	117

Ernennungsreserve: 1 A/IX, 26 A/VIII, 7 B/VII

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1700...	295	114	3	117	412

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich
 1 A1 1792
 1 a 1796

abzüglich f. PST-Bereich
 3 A1 2000/2010
 1 c 2000/2010

1790 Lebensmitteluntersuchungsanstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1	3	2	5	24	13	14	62
A2					3	1	33	27			64
A3						6	12	1	1	1	21
A5								1		1	2
										Summe ...	149

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1790 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)									17		17	17	
B (b)									21	2	23	23	
C (c)									20	1	21	21	
D (d)									13		13	13	
P4 (p4)									13		13	13	
Summe...									84	3	87	87	

Ernennungsreserve: 4 A/VIII

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
									übrige Beamte	VB A			VB B
Verw. (Entl.)gruppe													
K2 (k2)									2		2	2	
Summe...									2		2	2	

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 1790...	149	86	3	238

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich

1 A1 1796

1 A2 1795

1792 Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A1				2	7	3	6	13	20	7	58
A2				1	2		23	2	2		30
A3						3	1	6	3		13
A4								3	1		4
A5									1		1
A6										5	5
	Summe ...										111

STELLENPLAN 1996

265

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1792 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A	B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
A (a)									21	2	23	23
B (b)									11	5	16	16
C (c)									20		20	20
D (d)									38	2	40	40
P1 (p1)									1		1	1
P3 (p3)									19		19	19
P4 (p4)									23	2	25	25
Summe...									133	11	144	144

Ernennungsreserve: 2 B/VII

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe			Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
			übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe								
K2 (k2)			32	32	33		33	65
K5 (k5)					1		1	1
K6 (k6)			3	3	17		17	20
Summe...			35	35	51		51	86

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 1792...	146	184	11	195

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 1 A1 1796

abzüglich f. PST-Bereich
 1 A1 1700

1794 Bundeshebammenlehranstalten/Bundes- Hebammenakademien

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe			Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
			übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe								
K3 (k3)					1		1	1
Summe...					1		1	1

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 1794...		1		1

266

STELLENPLAN 1996

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1795 Veterinärmedizinische Anstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamate
A1				1	3	2	5		19	4	34
A2							26	9	5		40
A3							7	3	7	5	22
A4								5		5	10
A5										13	13
A6										3	3
										Summe ...	122

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamate der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamate	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamate	VB A		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
Verw. (Entl.)gruppe												
A (a)									2		2	2
B (b)									1		1	1
C (c)									27	1	28	28
D (d)									21	1	22	22
P3 (p3)									2		2	2
P4 (p4)									12	1	13	13
Summe...									65	3	68	68

Ernennungsreserve: 2 A/VIII, 1 C/V

Krankenpflagedienst	Beamate der Verwendungsgruppe						Summe Beamate	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
						übrige Beamate		VB A	VB B			
Verw. (Entl.)gruppe												
K2 (k2)							10	10	7	1	8	18
K5 (k5)							1	1	1		1	2
K6 (k6)							10	10	10		10	20
Summe...							21	21	18	1	19	40

Summe Beamate	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 1795...	143	83	4	230

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 1 A1 1796

abzüglich f. PST-Bereich
 1 A2 1790

STELLENPLAN 1996

267

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

1796 Veterinärmedizinischer Grenzbeschauendienst

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1									5	5	10
Summe ...											10

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe										19	6	25	25
A (a)										19	6	25	25
Summe...										19	6	25	25

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 1796...	10	19	6	25	35

Gesamtsumme 17...	743	487	27	514	1.257
--------------------------	------------	------------	-----------	------------	--------------

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
 1 a 1700
 1 A1 1790
 1 A1 1792
 1 A1 1795

268

STELLENPLAN 1996

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

18 Umwelt

1800 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	2	8	10	12	24	57	11			125
A2			1	7	20	27	5	4	1		65
A3						1	6	16	1	6	30
A4									1		1
A5									1		1
A7										1	1
										Summe ...	223

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
A (a)									13		13	13
B (b)									11		11	11
C (c)									28	3	31	31
D (d)									3		3	3
E (e)									2		2	2
P4 (p4)									1		1	1
Summe...									58	3	61	61

Ernennungsreserve: 2 A/IX, 8 A/VIII, 1 B/VII

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1800...	223	58	3	61	284

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
 1 A1 2000/2010
 1 a 2000/2010
 1 d 2000/2010

1870 Umweltbundesamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1		3	15	4	14	26	3	2	68
A2				1	1	4	27	8	5	1	47
A3					3	5	6	8	1	1	24
A4										1	1
A6										1	1
										Summe ...	141

STELLENPLAN 1996

269

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

1870 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										15		15	15
B (b)										24	2	26	26
C (c)										25		25	25
D (d)										8	2	10	10
E (e)										1		1	1
P3 (p3)										3		3	3
P4 (p4)										1		1	1
Summe...										77	4	81	81

Ernennungsreserve: 3 A/VIII

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1870...	141	77	4	81	222

Gesamtsumme 18...	364	135	7	142	506
--------------------------	------------	------------	----------	------------	------------

270

STELLENPLAN 1996

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

19 Jugend und Familie

1900 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe	
	Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	1	2	6	8	3	20	2				43
A2			4	3	13	5						25
A3					4	1	5	8	1	5		24
A4										1		1
Summe ...											93	

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										4		4	4
B (b)										6	1	7	7
C (c)										6		6	6
D (d)										3		3	3
E (e)										2		2	2
Summe...										21	1	22	22

Ernennungsreserve: 1 A/IX, 5 A/VIII, 1 B/VII

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1900...	93	21	1	22	115

1941 Außerschulische Jugenderziehung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe	
	Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1											1	1
Summe ...											1	

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 1941...	1				1

Gesamtsumme 19...	94	21	1	22	116
-------------------	----	----	---	----	-----

Auf Rechnung dieser Planstelle der Verwendungsgruppe A1/GL kann
1 Lehrer ernannt werden.

STELLENPLAN 1996

271

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

20 Äußeres

2000 Zentralleitung und Vertretungsbehörden (2010)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	5	13	39	55	55	79	153	40			439
A2		5	8	57	79	35	32	18			234
A3		1			6	11	14	36	17	10	95
A4								12	1	4	17
A5								1	5	11	17
A6										4	4
A7										10	10
Summe ...											816

272

STELLENPLAN 1996

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

2000 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
A (a)									42		42	42
B (b)									37	1	38	38
C (c)									358	1	359	359
D (d)									220	8	228	228
E (e)									33	1	34	34
P2 (p2)									1		1	1
P3 (p3)									16		16	16
P4 (p4)									14		14	14
P5 (p5)										6	6	6
Summe...									721	17	738	738

Ernennungsreserve: 148 A/VIII, 68 B/VII, 10 C/V

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 2000...	816	721	17	738	1.554

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich

zuzüglich v. PST-Bereich

abzüglich f. PST-Bereich

1 a 1000
1 A1 1100
1 a 1100
1 I/R 1100
1 A1 1200
1 c 1420
1 A1 1500
2 a 1500
2 b 1500
4 I/R 1500
3 A1 1700
1 c 1700
1 A1 1800
1 a 1800
1 I/R 1800
1 A3 2030
1 A4 2030

1 A7 2030
5 a 2030
1 b 2030
1 A4 4000
3 MB01 4010
12 MB02 4010
1 A1 4010
2 MBU01 4010
1 A4 4010
4 A1 5000
1 c 5000
2 A1 6000
1 b 6000
1 A4 6000
2 a 6500
1 d 6500

3 A1 2030
2 A2 2030
1 c 2030
3 d 2030
1 e 2030

2020 Diplomatische Akademie

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1			1		1				1		3
A2					1						1
A3								1			1
A5										1	1
A7										1	1
										Summe ...	7

STELLENPLAN 1996

273

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

2020 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
C (c)										2		2	2
D (d)										1		1	1
E (e)										1		1	1
P2 (p2)										1		1	1
P4 (p4)										7	1	8	8
P5 (p5)										3	1	4	4
Summe...										15	2	17	17

Ernennungsreserve: 1 A/VIII

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 2020...	7	15	2	17	24

2030 Österreichische Kulturinstitute

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte	
A1			1	6	5	1	6	1				20
A2					7	4						11
A3									1			1
A4								1				1
											Summe ...	33

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

2030 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										6		6	6
B (b)										3		3	3
C (c)										14		14	14
D (d)										8	1	9	9
E (e)										2		2	2
Summe...										33	1	34	34

Ernennungsreserve: 4 A/VIII, 1 B/VII

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 2030...	33	33	1	34	67

Gesamtsumme 20...	856	769	20	789	1.645
-------------------	-----	-----	----	-----	-------

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich

3 A1	2000/2010
2 A2	2000/2010
1 c	2000/2010
3 d	2000/2010
1 e	2000/2010

abzüglich f. PST-Bereich

1 A3	2000/2010
1 A4	2000/2010
1 A7	2000/2010
5 a	2000/2010
1 b	2000/2010

STELLENPLAN 1996

275

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

30 Justiz

3000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1	5		14	22	24	14	1			* 81
A2			8	10	9	9	8	2			46
A3		1	2	1	3	5	17	3	9	2	43
A5									1	2	3
A6										3	3
Summe ...											176

Von den Beamten der Verwendungsgruppe A1 können 8 Planstellen der Dienstklasse VIII mit Generalanwälten (für Sektions- und Abteilungsleiter) und die Planstellen der übrigen Beamten mit Staatsanwälten der Gehaltsgruppe I besetzt werden.

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
C (c)										3		3	3
D (d)										49		49	49
E (e)										3		3	3
P1 (p1)										2		2	2
P2 (p2)										1		1	1
P4 (p4)										2		2	2
Summe ...										60		60	60

Ernennungsreserve: 15 A/VIII, 12 B/VII

	Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
		VB A	VB B		
Summe 3000...	176	60		60	236

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

zuzüglich v. PST-Bereich
 19 Übr Richter 3020
 3 Staatsanw 3020
 2 E1 3030
 5 E2a 3030

276

STELLENPLAN 1996

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

3010 Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2				3	1	1		2			7
A3									2	2	4
A4										8	8
A5								1		1	2
A7										2	2
										Summe ...	23

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
Verw. (Entl.)gruppe												
C (c)									9		9	9
D (d)									8		8	8
E (e)									1		1	1
P3 (p3)									1		1	1
Summe...									19		19	19

Richter und Richteramtsanwärter	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Präsident des Obersten Gerichtshofes.....	1
Vizepräsident des Obersten Gerichtshofes.....	2
Senatspräsident des Obersten Gerichtshofes.....	13
Hofrat des Obersten Gerichtshofes.....	41
Summe...	57

STELLENPLAN 1996

277

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

3010 (Fortsetzung)

Staatsanwälte	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Generalprokurator	1
Erster Generalanwalt	3
Generalanwalt	10
Summe...	14

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 3010...	94	19		19	113

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich
6 Übr Richter 3020

3020 Justizbehörden in den Ländern

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1								2			2
A2		2	27	54	74	809	118	26	3		1.113
A3			71	60	144	48	232	670	459	58	1.742
A4								26	49	423	498
A5								5	36	32	73
A6										26	26
A7										12	12
										Summe ...	3.466

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
A (a)										3		3	3
B (b)										155		155	155
C (c)										703	14	717	717
D (d)										853	109	962	962
E (e)										* 22		22	22
P3 (p3)										10		10	10
P4 (p4)										28	4	32	32
P5 (p5)										86	113	199	199
Summe...										1.860	240	2.100	2.100

Ernennungsreserve: 76 B/VII, 113 C/V, 5 D/IV
Von den VB A(e) sind 7 Planstellen für die Zeit des vorübergehenden Bedarfes
vorgesehen.

278

STELLENPLAN 1996

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

3020 (Fortsetzung)

Richter und Richteramtsanwärter	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Präsident des Oberlandesgerichtes.....	4
Vizepräsident des Oberlandesgerichtes.....	4
Senatspräsident des Oberlandesgerichtes.....	54
Richter des Oberlandesgerichtes.....	107
Präsident des Gerichtshofes I. Instanz.....	21
Vizepräsident des Gerichtshofes I. Instanz.....	33
Übrige Richter.....	1.424
Richteramtsanwärter.....	185
Summe...	1.832

Staatsanwälte	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Leitender Oberstaatsanwalt.....	4
Erster Oberstaatsanwalt.....	4
Oberstaatsanwalt.....	11
Leitender Staatsanwalt.....	17
Erster Staatsanwalt.....	23
Staatsanwalt.....	139
Summe...	198

	Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 3020...	5.496	1.860	240	2.100	7.596

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 3 A2 5040

abzüglich f. PST-Bereich
 19 Übr Richter 3000
 3 Staatsanw 3000
 6 Übr Richter 3010
 2 A1 5070
 1 A2 5070
 16 b 5070
 2 c 5070

STELLENPLAN 1996

279

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

3030 Justizanstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					2	3	7	15	24	27	78
A2					1	12	17	28			58
A3							1	3	6	6	16
A4										10	10
A5									1		1
										Summe ...	163

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										45	11	56	56
B (b)										38	2	40	40
C (c)										23		23	23
D (d)										49	1	50	50
P2 (p2)										4		4	4
P3 (p3)										5		5	5
P4 (p4)										1		1	1
P5 (p5)										1		1	1
Summe...										166	14	180	180

Ernennungsreserve: 7 A/VIII, 5 B/VII

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L2	2							15	17
L3								1	1
Summe...	2							16	18

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
E1			2	4	4	2	6	13	16	32			79
E2a					8	10	50	35	58	392	1.119	319	1.991
E2b												1.152	1.152
												Summe ...	3.222

Ernennungsreserve: 13 W1/VII, 16 W2/V(3), 251 W2(2)

280

STELLENPLAN 1996

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

3030 (Fortsetzung)

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe							
K2 (k2)		3	3	5		5	8
K3 (k3)		12	12				12
K4 (k4)		28	28	32		32	60
K6 (k6)		5	5				5
Summe...		48	48	37		37	85

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 3030...	3.451	203	14	217	3.668

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
 18 A1 1420
 2 E1 3000
 5 E2a 3000

3050 Bewährungshilfe

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A1					1		6		5	1	13
A2					3	5	30	114			152
A3								1	1		2
										Summe ...	167

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A	B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
B (b)									7		7	7
D (d)									5		5	5
Summe...									12		12	12

Ernennungsreserve: 3 A/VIII, 6 B/VII

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 3050...	167	12		12	179

Gesamtsumme 30...	9.384	2.154	254	2.408	11.792
-------------------	-------	-------	-----	-------	--------

STELLENPLAN 1996

281

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

40 Militärische Angelegenheiten

4000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		2	3	6	15	39	27	36	6		* 134
A2		1	11	32	58	158	15	30	1		306
A3		1		1	12	33	66	156	9	4	282
A4								7	87	1	95
A5									1	2	3
A6										1	1
A7										1	1
										Summe ...	822

Von den Beamten der Verwendungsgruppe A1 kann 1 Planstelle mit 1 Berufs-offizier der Verwendungsgruppe MB01 besetzt werden.

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A	B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
A (a)									2		2	2
B (b)									2		2	2
C (c)									24		24	24
D (d)									188	10	198	198
P5 (p5)									1	5	6	6
Summe...									217	15	232	232

Ernennungsreserve: 25 A/VIII, 79 B/VII, 6 C/V

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 4000...	822	217	15	232

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
1 A4 2000/2010

282

STELLENPLAN 1996

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

4010 Militärpersonen und Heeresverwaltung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamate
A1				1	3	7	2	11	59	11	94
A2			8	50	40	208	96	228	212	58	900
A3			1	27	79	98	430	592	689	10	1.926
A4								463	968	1.004	2.435
A5								3	85	27	115
A6										101	101
A7										1	1
										Summe ...	5.572

Allgem. Verwaltung und handwerkkl. Verwendung	Beamate der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamate	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamate	VB A			VB B
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										36	15	51	51
B (b)										72	2	74	74
C (c)										* 114		114	114
D (d)										* 126	36	162	162
E (e)										* 3		3	3
P1 (p1)										* 96		96	96
P2 (p2)										* 236		236	236
P3 (p3)										* 304		304	304
P4 (p4)										* 47		47	47
P5 (p5)										* 3	32	35	35
(I/R)											40	40	40
(II/R)											* 4	4	4
Summe...										1.037	129	1.166	1.166

Ernennungsreserve: 4 A/VIII, 149 B/VII, 361 C/V, 8 D/IV, 82 P1/IV, 3 P2/IV

Von den VB A, mit Ausnahme der Entlohnungsgruppen a und b, können 580

Planstellen mit Bediensteten in Ausübung einer UO-Funktion gem. Wehrgesetz

§11 besetzt werden.

Die 4 VB B II/R werden nicht zentral besoldet.

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamate
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L2								26	26
Summe...								26	26

STELLENPLAN 1996

283

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

4010 (Fortsetzung)

Militärischer Dienst Verwendungsgruppe	Funktionsgruppe												Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1a	1b	1	GL	
MB01	1	3	17	34	57	71	89	83			114	20	* 489
MB02	11	41	67	154	418	88	325	530	261	410		93	* 2.398
MBU01			7	64	130	753	2.336	1.448			3.681	421	* 8.840
MBU02								550			1.672	13	* 2.235
	Summe ...												13.962
MZ01								2			10	40	52
MZ02								20	30	90		210	350
MZU01								34			161	319	514
MZU02								207			779	3.415	4.401
MZCh												2.492	2.492
	Summe ...												7.809

Ernennungsreserve: 123 H1/VIII, 6 H2/VIII, 232 H2/VII

Von den Berufsoffizieren der Verwendungsgruppe MB01 können

154 Planstellen für eine Verwendung in der Zentraleitung herangezogen und
7 Planstellen für Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften gebunden
werden.

Auf Rechnung von freien Planstellen der Berufsoffiziere der Verwendungsgruppe
MB01 können Beamte der Verwendungsgruppe A1 ernannt werden.

Von den Berufsoffizieren der Verwendungsgruppe MB02 können

176 Planstellen für eine Verwendung in der Zentraleitung herangezogen
werden.

Auf Rechnung von freien Planstellen der Berufsoffiziere der Verwendungsgruppe
MB02 können bis zu 50 Beamte der Verwendungsgruppe A2 ernannt werden.

Von den Beamten der Verwendungsgruppe MBU01 können 121 Planstellen für eine
Verwendung in der Zentraleitung herangezogen werden.

Von den Beamten der Verwendungsgruppe MBU01 kann 1 Planstelle für eine Ver-
wendung im Heeresgeschichtlichen Museum, Militärwissenschaftliches Institut,
herangezogen werden.

Die Planstellen der Verwendungsgruppen MBU01 und MBU02 können auch mit Beamten
der Verwendungsgruppen A3 bis A7 besetzt werden.

284

STELLENPLAN 1996

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

4010 (Fortsetzung)

Krankenpflegedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe							
K2 (k2)		17	17	1		1	18
K3 (k3)		29	29	1		1	30
K4 (k4)		8	8	7		7	15
K5 (k5)		3	3	3		3	6
K6 (k6)				2		2	2
Summe...		57	57	14		14	71

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 4010...	27.426	1.051	129	1.180	28.606

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich		abzüglich f. PST-Bereich	
1 MB01	0100	3 MB01	2000/2010
1 MB02	0240	12 MB02	2000/2010
2 d	0400	2 MBU01	2000/2010
2 MB01	1000	1 A1	2000/2010
		1 A4	2000/2010

4040 Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe												
A1					1	1	2		8	1		13
A2				2		8		5	1			16
A3							11	7	2	5		25
A4								2		1		3
A5								2	1	3		6
A6										2		2
A7										5		5
										Summe ...		70

STELLENPLAN 1996

285

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

4040 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A	B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
A (a)										1	1	1
C (c)										1	1	1
D (d)									7		7	7
E (e)									10		10	10
P2 (p2)									4		4	4
P3 (p3)									1		1	1
P4 (p4)									1		1	1
P5 (p5)									2		2	2
Summe...									25	2	27	27

Ernennungsreserve: 2 A/VIII, 2 B/VII

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 4040...	70	25	2	27	97

4050 Allentsteig (betriebsähn. Einrichtung)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe												
A1									1			1
A3								1				1
												Summe ...
												3

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A	B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
(I/K)									*	21		21
(II/K)									*	43	*	13
Summe...										64	13	77

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 4050...	3	64	13	77	80

Gesamtsumme 40...	28.321	1.357	159	1.516	29.837
-------------------	--------	-------	-----	-------	--------

Die 21 VB AI/K, die 43 VB AII/K und die 13 VB BII/K werden nicht zentral besoldet.

286

STELLENPLAN 1996

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

50 Finanzverwaltung

5000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst Verwendungsgruppe	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	5	1	6	56	14	68	79	79		6	314
A2		2	19	16	93	32	20	23	3	2	210
A3		1			17	12	25	49	2	36	142
A4								2	8	7	17
A5									2	11	13
A6										13	13
A7										3	3
										Summe ...	712

Allgem. Verwaltung und handwerkkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										88		88	88
B (b)										4		4	4
C (c)										91	1	92	92
D (d)										60	1	61	61
E (e)										22		22	22
P1 (p1)										1		1	1
P2 (p2)										3		3	3
P3 (p3)										7		7	7
P4 (p4)										14		14	14
P5 (p5)										32	4	36	36
Summe ...										322	6	328	328

Ernennungsreserve: 82 A/VIII, 53 B/VII, 14 C/V, 1 D/IV

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 5000...	712	322	6	328	1.040

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
zuzüglich v. PST-Bereich2 E1 5040
2 E2a 5040abzüglich f. PST-Bereich
4 A1 2000/2010
1 c. 2000/2010

STELLENPLAN 1996

287

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

5040 Finanzlandesdirektionen.

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL
A1		1	5	12	49	80	284	238	367	23	1.059
A2			71	540	367	828	1.626	1.999	47		5.478
A3			6	22	1.767	975	112	1.567	25	25	4.499
A4								15	10	76	101
A5									8	35	43
A6										16	16
A7										4	4
										Summe ...	11.200

Allgem. Verwaltung und handwerkkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										18	1	19	19
B (b)										57	4	61	61
C (c)										1.127	32	1.159	1.159
D (d)										632	21	653	653
E (e)										50		50	50
P1 (p1)										3		3	3
P2 (p2)										4		4	4
P3 (p3)										35		35	35
P4 (p4)										69	1	70	70
P5 (p5)										183	127	310	310
(II/R)											23	23	23
Summe...										2.178	209	2.387	2.387

Ernennungsreserve: 35 A/VIII, 108 B/VII, 520 C/V, 10 D/IV, 1 P1/IV, 1 P2/IV

288

STELLENPLAN 1996

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

5040 (Fortsetzung)

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe	
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte	
E1			1	1	1	6	2	6	3			1		21
E2a					16	97	97	134	414	314	733	475	2.280	
E2b												963	963	
Summe ...													3.264	

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 5040...	14.464	2.178	209	2.387	16.851

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
 1 A1 0400
 3 A2 3020
 2 E1 5000
 2 E2a 5000
 ab 1-05-96:
 33 E2a/3 1140
 34 E2a/2 1140
 133 E2b 1140

5070 Bundesrechenamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte	
A1				1		2		2	4		9	
A2		2		4	17	7	22	42	19		113	
A3			1	1		2	1	9	29	2	45	
A4								2	2	7	11	
A5									1	6	7	
A6										3	3	
A7										2	2	
Summe ...												190

STELLENPLAN 1996

289

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

5070 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		übrige	VB A		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte				
A (a)									151		151	151
B (b)									109		109	109
C (c)									63		63	63
D (d)									57		57	57
E (e)									3		3	3
P4 (p4)									11		11	11
P5 (p5)									22		22	22
Summe ...									416		416	416

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 5070...	190	416		416	606

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich zuzüglich v. PST-Bereich
 2 A1 3020 7 b 6300
 1 A2 3020 2 PT4 6500
 16 b 3020
 2 c 3020

5071 Finanzprokuratur

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1		1		14		30		2			47
A2				1		1	1	2			5
A3				1		2	8	2	1		14
A4									3		3
A5									1	1	2
A6										2	2
										Summe ...	73

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

5071 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige	VB A			VB B
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										2		2	2
B (b)										3		3	3
C (c)										12		12	12
D (d)										17		17	17
P4 (p4)										3		3	3
P5 (p5)										4	1	5	5
Summe...										41	1	42	42

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	VB A	VB B			
Summe 5071...	73	41	1	42	115

5072 Hauptpunzierungs- und Probieramt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1						1		1	6	1	9
A2					1		2	6			9
A3					2	2		6	5		15
A4									8		8
										Summe ...	41

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige	VB A			VB B
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
B (b)										2		2	2
C (c)										4		4	4
D (d)										6		6	6
P4 (p4)										1		1	1
P5 (p5)										1	1	2	2
Summe...										14	1	15	15

Ernennungsreserve: 3 C/V

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	VB A	VB B			
Summe 5072...	41	14	1	15	56

Gesamtsumme 50...	15.480	2.971	217	3.188	18.668
-------------------	--------	-------	-----	-------	--------

STELLENPLAN 1996

291

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

60 Land- und Forstwirtschaft

6000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	4	3	8	11	34	31	85	85	7	2	270
A2		1	4	11	61	57	29	20	2		185
A3		1			5	15	17	17	7	6	68
A4								6	22	21	49
A5										10	10
										Summe ...	582

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV		IV				
A (a)										12		12	12
B (b)										18		18	18
C (c)										59	6	65	65
D (d)										55	8	63	63
E (e)										1		1	1
P3 (p3)										2		2	2
P4 (p4)										1		1	1
Summe...										148	14	162	162

Ernennungsreserve: 24 A/VIII, 19 B/VII

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 6000. ...	582	148	14	162	744

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :
 zuzüglich v. PST-Bereich
 2 A1 6080
 1 A1 6095

abzüglich f. PST-Bereich
 2 A1 2000/2010
 1 A4 2000/2010
 1 b 2000/2010

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6050 Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1				1		1	3	8	1	4	18
A2							9	7	10	1	27
A3						3	1	17	7	3	31
A4								1	5	46	52
A5									1	6	7
A6										6	6
A7										4	4
Summe ...											145

Allgem. Verwaltung und handwerkkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)									1		1	1	
B (b)									10		10	10	
C (c)									18		18	18	
D (d)									7		7	7	
P1 (p1)									7		7	7	
P2 (p2)									21		21	21	
P3 (p3)									29		29	29	
P4 (p4)									74		74	74	
P5 (p5)									36		36	36	
(II/K)									* 40	* 24	64	64	
Summe ...									243	24	267	267	

Ernennungsreserve: 4 B/VII

Von den 40 VB AII/K werden 21 und die 24 VB BII/K nicht zentral besoldet.

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
LPA	1							4	5
L1	11					2		141	154
L2								86	86
L3								1	1
Summe ...	12					2		232	246

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 6050 ...	391	243	24	267

STELLENPLAN 1996

293

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6051 Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte	
Verwendungsgruppe												
A1		1		3	8	4	11	39	59	3	128	
A2					4	4	46	74	13	1	142	
A3							12	1	73	21	119	
A4								5	15	35	55	
A5									8	5	13	
A6										2	2	
A7										1	1	
										Summe ...	460	

Allgem. Verwaltung und handwerkkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										13		13	13
B (b)										28		28	28
C (c)										132		132	132
D (d)										36	7	43	43
P1 (p1)										2		2	2
P2 (p2)										21	1	22	22
P3 (p3)										22		22	22
P4 (p4)										16		16	16
P5 (p5)										2		2	2
(II/K)										* 6	* 48	54	54
Summe...										278	56	334	334

Ernennungsreserve: 7 A/VIII, 5 B/VII

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 6051...	460	278	56	334	794

Die 6 VB AII/K und die 48 VB BII/K werden nicht zentral besoldet.

6052 Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte	
Verwendungsgruppe												
A2								5				5
A3							1	2	1			4
A4											8	8
A7											3	3
											Summe ...	20

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6052 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
C (c)										5		5	5
P2 (p2)										2		2	2
P3 (p3)										7		7	7
P4 (p4)										17		17	17
P5 (p5)										1		1	1
(II/K)											*	2	2
Summe...										32	2	34	34

Die 2 VB BII/K werden nicht zentral besoldet.

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1	3							35	38
L2								12	12
Summe...	3							47	50

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 6052 ...	70	32	2	104

6053 Forstliche Bundesversuchsanstalt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
A1			1		2	2	5	31	35		76	
A2							5	30	8	3	46	
A3						1	2	3	7	6	19	
A4								4	3	12	19	
A5									2	1	3	
										Summe ...	163	

STELLENPLAN 1996

295

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6053 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)									6		6	6	
B (b)									21		21	21	
C (c)									24		24	24	
D (d)									12	2	14	14	
P3 (p3)									13		13	13	
P4 (p4)									3		3	3	
P5 (p5)									3		3	3	
(II/K)									* 8 *	15	23	23	
Summe...									90	17	107	107	

Ernennungsreserve: 6 A/VIII, 3 B/VII, 1 P2/IV

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 6053. ...	163	90	17	107	270

Die 8 VB AII/K und die 15 VB BII/K werden nicht zentral besoldet.

6054 Bundesanstalt für Agrarwirtschaft

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1				1		1	2	2	8		14
A2								2	1		3
A3							1		1		2
A4									1		1
A5										1	1
A7										2	2
										Summe ...	23

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6054 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)										3		3	3
B (b)										1		1	1
C (c)										2		2	2
D (d)										3		3	3
P3 (p3)										1		1	1
P4 (p4)										1		1	1
Summe...										11		11	11

Ernennungsreserve: 1 A/VIII

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 6054...	23	11		11	34

6055 Bundesanstalten für Milchwirtschaft

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
A1						2		5	5	3		15
A2						1	4	3	3			11
A3						2	1	2	7			12
A4								4		1		5
A5									1			1
A6										2		2
A7										1		1
											Summe ...	47

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
B (b)										10		10	10
C (c)										22		22	22
D (d)										5		5	5
P1 (p1)										4		4	4
P2 (p2)										6		6	6
P3 (p3)										2		2	2
P4 (p4)										4		4	4
P5 (p5)										1		1	1
Summe...										54		54	54

Ernennungsreserve: 2 A/VIII

STELLENPLAN 1996

297

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6055 (Fortsetzung)

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamate
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
L1								2	2
L2								1	1
Summe...								3	3

Summe Beamate	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 6055...	50	54	54	104

6056 Bundesanstalt für Bergbauernfragen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamate
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
A1						1			1	2	3	7
A3										1		1
Summe ...											8	

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamate der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamate	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamate		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
A (a)										2		2	2
B (b)										1		1	1
D (d)										2		2	2
Summe...										5		5	5

Ernennungsreserve: 1 A/VIII

Summe Beamate	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 6056...	8	5	5	13

6057 Bundesanstalten für Tierzucht

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamate
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
A1								2	2	1	5	
A2							1		3	1	5	
A3									4	2	6	
A4									4	14	18	
A5									1		1	
Summe ...											35	

298

STELLENPLAN 1996

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6057 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
C (c)										3		3	3
D (d)										1		1	1
P2 (p2)										4		4	4
P4 (p4)										1		1	1
(II/K)										5		5	5
Summe...										14		14	14

Ernennungsreserve: 2 A/VIII

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 6057...	35	14		14	49

6058 Bundesamt für Wasserwirtschaft

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1			1		3	1	3	7	10	5	30
A2							8	6	8		22
A3						3	1	4	14	1	23
A4									5		5
A5										2	2
A6										2	2
A7										1	1
										Summe ...	85

STELLENPLAN 1996

299

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6058 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkll. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
B (b)									5		5	5	
C (c)									11	2	13	13	
D (d)									4		4	4	
P1 (p1)									1		1	1	
P2 (p2)									2		2	2	
P3 (p3)									1		1	1	
P4 (p4)									1	1	2	2	
(II/K)										*	1	1	
Summe...									25	4	29	29	

Ernennungsreserve: 2 A/VIII

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 6058...	85	25	4	29	114

Der 1 VB BII/K wird nicht zentral besoldet.

6059 Bundesanstalt für Landtechnik

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1		1	2	5		9
A2			1		1	1	6	2	4		15
A3						1	1	7	1		10
A4								6	3	3	12
A7										2	2
										Summe ...	48

300

STELLENPLAN 1996

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6059 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
B (b)										1		1	1
C (c)										5	1	6	6
D (d)										5		5	5
P2 (p2)										4		4	4
P3 (p3)										1		1	1
Summe...										16	1	17	17

Ernennungsreserve: 2 B/VII, 1 C/V

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 6059...	48	16	1	17	65

6072 Forstliche Ausbildungsstätten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
A2								1				1
A3									4	1	1	6
A4										1	3	4
A5										1	1	2
A6											1	1
											Summe ...	14

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
B (b)										2		2	2
C (c)										2		2	2
D (d)										1		1	1
P2 (p2)										1		1	1
P3 (p3)										3		3	3
P4 (p4)										6		6	6
(II/K)										*	1	1	1
Summe...										15	1	16	16

Der 1 VB BII/K wird nicht zentral besoldet.

STELLENPLAN 1996

301

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6072 (Fortsetzung)

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamate
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
L1	2							2	4
L2								18	18
Summe...	2							20	22

	Summe Beamate	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 6072...	36	15	1	16	52

6080 Wildbach- und Lawinerverbauungsdienst

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamate
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A1				7		7	8	20	48		90
A2							9	42	7		58
A3						5	6	17	17	1	46
A4										6	6
A5										2	2
										Summe ...	202

302

STELLENPLAN 1996

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6080 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										10		10	10
B (b)										35		35	35
C (c)										64	2	66	66
D (d)										8		8	8
P2 (p2)										1		1	1
P3 (p3)										2		2	2
P4 (p4)										1		1	1
P5 (p5)										4	2	6	6
(II/K)											* 1.411	1.411	1.411
Summe...										125	1.415	1.540	1.540

Ernennungsreserve: 7 A/VIII, 3 B/VII

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 6080...	202	125	1.415	1.540	1.742

Die 1411 VB BII/K werden nicht zentral besoldet.

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
2 A1 6000

6091 Bundeskellereinspektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe												
A2				1		1	22			1		25
A3									1	2		3
	Summe ...											28

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
B (b)										2		2	2
C (c)											2	2	2
Summe...										2	2	4	4

Ernennungsreserve: 1 B/VII

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 6091...	28	2	2	4	32

STELLENPLAN 1996

303

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6093 Bundesgärten

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte		
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL			
Verwendungsgruppe													
A1						1						1	
A2				2	1		2	3	1		2	11	
A3							9	10	5	40		64	
A4										18	9	27	
A5											7	7	
A6											7	7	
												Summe ...	117

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
C (c)										4		4	4
D (d)										4		4	4
P1 (p1)										9		9	9
P2 (p2)										31		31	31
P3 (p3)										36		36	36
P4 (p4)										57		57	57
P5 (p5)										8		8	8
(II/K)										*	11	11	11
Summe...										149	11	160	160

Ernennungsreserve: 1 B/VII, 6 C/V, 11 P1/IV, 1 P2/IV

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 6093. ...	117	149	11	160	277

Die 11 VB BII/K werden nicht zentral besoldet.

6094 Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte		
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL			
Verwendungsgruppe													
A1						1				1		2	
A2									3	15	1	19	
A3					2		2			4	4	12	
A4										9	13	22	
												Summe ...	55

304

STELLENPLAN 1996

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6094 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
B (b)										2		2	2
C (c)										4	1	5	5
P1 (p1)										1		1	1
P3 (p3)										21		21	21
P4 (p4)										17		17	17
P5 (p5)											1	1	1
(II/K)										* 21 *	7	28	28
Summe ...										66	9	75	75

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 6094. ...	55	66	9	130

Von den 21 VB AII/K werden 15 und die 7 VB BII/K nicht zentral besoldet.

6095 Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		Beamte
A1							3		3	1		7
A2							1	9	3			13
A3							5	1	1			7
A4										5		5
											Summe ...	32

STELLENPLAN 1996

305

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6095 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkll. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
B (b)										1		1	1
C (c)										8		8	8
P1 (p1)										3		3	3
P2 (p2)										1		1	1
(II/K)										* 116	* 29	145	145
Summe...										129	29	158	158

Ernennungsreserve: 1 D/IV

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 6095...	32	129	29	158	190

Die 116 VB AII/K und die 29 VB BII/K werden nicht zentral besoldet.

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles*:

abzüglich f. PST-Bereich
1 A1 6000

6096 Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe												
A2									5			5
A3									1			1
A4									1			1
											Summe ...	7

Allgem. Verwaltung und handwerkll. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
B (b)										3		3	3
(II/K)										* 15	* 7	22	22
Summe...										18	7	25	25

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 6096...	7	18	7	25	32

Die 15 VB AII/K und die 7 VB BII/K werden nicht zentral besoldet.

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6099 Bauhöfe

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A	B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B			
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
(II/K)									*	126		126	126
Summe...										126		126	126

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 6099...	126		126	126

Gesamtsumme 60...	2.392	1.546	1.592	3.138	5.530
--------------------------	--------------	--------------	--------------	--------------	--------------

Die 126 VB AII/K werden nicht zentral besoldet.

STELLENPLAN 1996

307

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr

6300 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	5	6	9	28	58	52	81	150	9	1	399
A2		1	2	10	28	90	24	22	7	2	186
A3		1		1	6	26	21	34	14	14	117
A4								6	10	22	38
A5									3	20	23
A6										4	4
A7										11	11
										Summe ...	778

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
Verw. (Entl.)gruppe												
A (a)									68		68	68
B (b)									40		* 40	40
C (c)									83	1	84	84
D (d)									142	4	146	146
E (e)									11		11	11
Summe...									344	5	349	349

Ernennungsreserve: 2 A/IX, 92 A/VIII, 30 B/VII, 3 C/V, 1 D/IV, 2 P1/IV, 2 P2/IV

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 6300...	778	344	5	349	1.127

Von den VB AI/b sind 6 Planstellen für die Zeit des vorübergehenden Bedarfes vorgesehen.

Bindungen gem. Pkt.3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
 1 A1 1000
 7 b 5070

308

STELLENPLAN 1996

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6320 Österreichisches Patentamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst Verwendungsgruppe	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1		1	2	8	19	22	59	25			136
A2					1	3	8	7	2		21
A3					1	6	9	17	6	18	57
A4									5		5
A5									9	1	10
A7										3	3
Summe ...											232

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung Verw. (Entl.)gruppe	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
A (a)									2		2	2
B (b)									2	1	3	3
C (c)									1		1	1
D (d)									9	4	13	13
P2 (p2)									3		3	3
P3 (p3)									1		1	1
P5 (p5)									5		5	5
Summe ...									23	5	28	28

Ernennungsreserve: 52 A/VIII, 3 B/VII, 2 C/V

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 6320...	232	23	5	28	260

6330 Bergbehörden

Allgemeiner Verwaltungsdienst Verwendungsgruppe	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				6		6		7	6		25
A2								1			1
A3						6		5			11
A4									5	4	9
A5										1	1
Summe ...											47

STELLENPLAN 1996

309

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6330 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										1		1	1
C (c)										1		1	1
D (d)										7		7	7
P5 (p5)											2	2	2
Summe ...										9	2	11	11

Ernennungsreserve: 3 A/VIII

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 6330...	47	9	2	11	58

Gesamtsumme 63...	1.057	376	12	388	1.445
--------------------------	--------------	------------	-----------	------------	--------------

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

64 Bauten und Technik

6401 Bundesmobilienvverwaltung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2				1			1				2
A3			1			2	3	1	7		14
A4								15			15
A6										1	1
Summe ...											32

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
C (c)										1		1	1
D (d)										4		4	4
P1 (p1)										2		2	2
P2 (p2)										6		6	6
P3 (p3)										1		1	1
P4 (p4)										1		1	1
Summe...										15		15	15

Ernennungsreserve: 1 P1/IV

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 6401...	32	15		15	47

6403 Beschußämter

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2				1							1
A3				1		2		6			9
Summe ...											10

STELLENPLAN 1996

311

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6403 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
C (c)										1		1	1
D (d)											1	1	1
P4 (p4)										1		1	1
P5 (p5)											1	1	1
Summe...										2	2	4	4

Ernennungsreserve: 1 C/V

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 6403...	10	2	2	4	14

6440 Wasserstraßendirektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe
	Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1		1	1	1	2	3	9
A2					2	2	4	8	9			25
A3							1	8	3	3	2	17
A4									1		6	7
A5										1	6	7
											Summe ...	65

Allgem. Verwaltung und handwerkkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										1		1	1
B (b)										7		7	7
C (c)										9		9	9
D (d)										4		4	4
P1 (p1)										1		1	1
P4 (p4)										1		1	1
Summe...										23		23	23

Ernennungsreserve: 3 B/VII, 2 C/V, 1 P1/IV, 1 P2/IV

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 6440...	65	23		23	88

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

6450 Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1	5	1	4	8	6		25
A2			2	12	12	18	29	55	3		131
A3			1	10	123	10	40	36	5	39	264
A4								14	91	188	293
A5								1	5	60	66
A6										71	71
A7										4	4
										Summe ...	854

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										1		1	1
B (b)										27		27	27
C (c)										52		52	52
D (d)										86	2	88	88
P1 (p1)										2		2	2
P2 (p2)										46		46	46
P3 (p3)										65		65	65
P4 (p4)										48		48	48
P5 (p5)										27		27	27
Summe...										354	2	356	356

Ernennungsreserve: 6 A/VIII, 5 B/VII

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 6450...	854	354	2	356	1.210

STELLENPLAN 1996

313

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6453 Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			1	1	4	7	15	2	10		40
A2			2	11	20	45	34	131	7		250
A3				32	146	8	66	10	14	27	303
A4								27	32	209	268
A5										31	31
A6										72	72
A7										21	21
										Summe ...	985

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										3		3	3
B (b)										39	2	41	41
C (c)										83		83	83
D (d)										144	3	147	147
E (e)										27		27	27
P1 (p1)										5		5	5
P2 (p2)										18		18	18
P3 (p3)										51		51	51
P4 (p4)										80		80	80
Summe...										450	5	455	455

Ernennungsreserve: 2 A/VIII, 17 B/VII

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 6453...	985	450	5	1.440

314

STELLENPLAN 1996

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6460 Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A	B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B			
Verw. (Entl.)gruppe (II/R)	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV			*	204	204	204
Summe...											204	204	204

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 6460...		204	204	204

Die 204 VB BII/R werden nicht zentral besoldet.

649. Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen (Amtsleitung)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1		1		2	1			3	4		11
A2				2	3	5	4	13	1		28
A3				1		2	8	3	4	2	20
A4										8	8
A5										1	1
										Summe ...	68

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A	B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
A (a)									5		5	5
B (b)									22		22	22
C (c)									35		35	35
D (d)									19		19	19
E (e)									1		1	1
P4 (p4)									1		1	1
P5 (p5)									7		7	7
Summe...									90		90	90

Ernennungsreserve: 2 C/V, 2 P1/IV

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 649....	68	90	90	158

STELLENPLAN 1996

315

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6490 Einrichtungen des Eichwesens

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe											
A1				2	5				16		23
A2				3	9	2	13	99	4		130
A3				1		3	2	21	6	22	55
A4										1	1
A5										6	6
										Summe ...	215

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
Verw. (Entl.)gruppe												
A (a)									1		1	1
B (b)									4	1	5	5
C (c)									23	3	26	26
D (d)									6	1	7	7
E (e)									1		1	1
P2 (p2)									1		1	1
P3 (p3)									4		4	4
P5 (p5)									1	2	3	3
Summe...									41	7	48	48

Ernennungsreserve: 7 B/VII, 2 C/V

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 6490...	215	41	7	48	263

6491 Einrichtungen des Vermessungswesens

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe											
A1			1	5	10	4	6	34	66	6	132
A2			2	2	21	22	61	359	7		474
A3			5	16	5	8	176	139	4	3	356
A4										1	1
A5										16	16
A6										3	3
										Summe ...	982

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6491 (Fortsetzung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
B (b)										59	1	60	60
C (c)										230		230	230
D (d)										12	1	13	13
P3 (p3)										10		10	10
P4 (p4)										14		14	14
P5 (p5)										19	33	52	52
Summe...										344	35	379	379

Ernennungsreserve: 8 A/VIII, 24 B/VII, 59 C/V

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 6491...	982	344	35	379	1.361

Gesamtsumme 64...	3.211	1.319	255	1.574	4.785
-------------------	-------	-------	-----	-------	-------

Gesamtsumme 63+64...	4.268	1.695	267	1.962	6.230
----------------------	-------	-------	-----	-------	-------

STELLENPLAN 1996

317

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

65 Öffentliche Wirtschaft und Verkehr

6500 Zentraleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte	
Verwendungsgruppe												
A1	2	3	4	6	23	19	56	43			156	
A2			2	8	26	28	12	3			79	
A3			1	1			17	28	2	5	54	
A4									4	2	6	
A5										4	4	
A6										2	2	
A7										3	3	
											Summe ...	304

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV		Beamte				
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										23	1	24	24
B (b)										11	1	12	12
C (c)										31	1	32	32
D (d)										12	3	15	15
E (e)										5		5	5
P3 (p3)										1		1	1
Summe...										83	6	89	89

Ernennungsreserve: 1 A/IX, 17 A/VIII, 4 B/VII

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
 1 PT7 0300
 2 a 2000/2010
 1 d 2000/2010
 2 PT4 5070

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6500 (Fortsetzung)

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe										Summe Beamte	
	PT1 -- PT5								PT5, PT7, PT8			übrige Beamte
	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B			
Verwendungsgruppe												
PT1.....	3		2	6		1						12
PT2.....		8	20	1	12	5	17					63
PT3.....		13		65								78
PT4.....											24	24
PT5.....								20			8	28
PT6.....											14	14
PT7.....											1	1
PT8.....											2	2
Summe....	3	21	22	72	12	6	17	20			49	222

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 6500...	526	83	6	615

6501 Schifffahrtspolizei

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte	
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
Verwendungsgruppe												
A3.....				17		12	12	38	1			80
A4.....									14			14
Summe....												94

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
C (c).....									8		8	8	
P2 (p2).....									1		1	1	
Summe....									9		9	9	

Ernennungsreserve: 7 C/V

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 6501...	94	9	9	103

STELLENPLAN 1996

319

Teil II. A

Planstellenverzeichnis

6550 Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1					1			2	1		4
A2				1	4		4	1			10
A3					4		4	7			15
A4									2		2
A5										1	1
Summe ...											32

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
B (b)									5		5	5	
C (c)									3		3	3	
D (d)									1		1	1	
P3 (p3)									2		2	2	
Summe...									11		11	11	

Ernennungsreserve: 1 B/VII

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	Beamte	VB A	VB B		
Summe 6550 ...	32	11		11	43

Gesamtsumme 65...	652	103	6	109	761
-------------------	-----	-----	---	-----	-----

320

STELLENPLAN 1996

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

71 Bundestheater

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	1		1	2	2	1	3				10
A2				3	2	11	5	3	7		31
A3					2		10	1	1		14
Summe ...											55

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										2		2	2
B (b)										17		17	17
C (c)										49		49	49
(II/K)										1.457 *	127	1.584	1.584
(I/R)										* 832	* 149	981	981
Summe ...										2.357	276	2.633	2.633

Ernennungsreserve: 2 B/VII

Gesamtsumme 71...	55	2.357	276	2.633	2.688
-------------------	----	-------	-----	-------	-------

Die 832 VB AI/R und 148 VB BI/R sind für Bedienstete mit Bühnendienstvertrag vorgesehen.

Von den 127 VB BII/K werden 54 nicht zentral besoldet.

Bindungen gem. Pkt. 3 Abs. 10 des Allgemeinen Teiles :

abzüglich f. PST-Bereich
1 AIIKV 1400

STELLENPLAN 1996

321

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

75 Alkohol (Monopol)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1							1				1
A2					1	1	2	2			6
A3								5			5
										Summe ...	12

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
B (b)										2		2	2
C (c)										8		8	8
D (d)										1		1	1
P5 (p5)										1		1	1
Summe...										12		12	12

Gesamtsumme 75...	12	12		12	24
-------------------	----	----	--	----	----

Teil II.A

Planstellenverzeichnis

77 Österreichische Bundesforste

7720 Generaldirektion der Österreichischen Bundesforste

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A	B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
E (e)									3		3	3
P1 (p1)									2		2	2
P2 (p2)									4		4	4
P3 (p3)									1		1	1
(II/K)										* 10	10	10
(I/R)									181		181	181
Summe...									191	10	201	201

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 7720...	191	10	201	201

Die 10 VB BII/K werden nicht zentral besoldet.

7720 Forstverwaltungen, Bau- und Maschinenhöfe, Sägewerke

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A	B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
E (e)									1		1	1
(II/K)										* 1.262	1.262	1.262
(I/R)									746		746	746
Summe...									747	1.262	2.009	2.009

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 7720...	747	1.262	2.009	2.009

Gesamtsumme 77...	938	1.272	2.210	2.210
-------------------	-----	-------	-------	-------

Die 1262 VB BII/K werden nicht zentral besoldet.

STELLENPLAN 1996

323

Teil II. B

Planstellen der Ernennungsreserve

Allgemeine Verwaltung und handwerkliche Verwendung	Planstellen der Verwendungsgruppe/Dienstklasse						
	A		B	C	D	P1	P2
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV
Beamte	16	1.200	1.900	1.700	500	500	400

Wachebeamte	Planstellen der Verwendungsgruppe/Dienstklasse						
	W1			W2			
	VIII	VII	VI	V(3)	IV(3)	(2)	(1)
Sicherheitswachdienst	4	50		162			
Kriminaldienst	1	48		187			
Gendarmeriedienst	8	43	63	295	461		
Justizwachdienst		16	14	15	15	251	
Zollwachdienst				140	248	802	
Summe...	13	157	77	799	724	1.053	

Berufsoffiziere und zeitverpflichtete Soldaten	Planstellen der Verwendungsgruppe/Dienstklasse						
	H1			H2			
	IX	VIII	VII	VIII	VII	VI	
Berufsoffiziere	* 1	138	65	18	390	250	

Auf Rechnung der Planstelle H1/IX kann ein Beamter der Verwendungsgruppe A ernannt werden.

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Planstellen der Dienstzulagengruppe								
	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B
Verwendungsgruppe									
PT 1	3	5		5		5	5		
PT 2		53	35	27	56	80	30		
PT 3		84	50	125		76			
PT 4		45							
PT 5		37						525	
PT 7								308	85
PT 8								515	543
Summe...	3	224	85	157	56	161	35	1.348	628

324

STELLENPLAN 1996

Teil IV

Planstellenverzeichnis für jugendliche Bundesbedienstete

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Jugendl. VB (J)	Anlernkräfte (A)	Lehrlinge (L)	Summe
	Hoheitsverwaltung				
10	Bundeskanzleramt				
1000	Zentralleitung.....	5	-	-	5
1010	Staatsarchiv und Archivamt.....	1	1	-	2
1020	Statistisches Zentralamt.....	7	20	-	27
	Summe 10 ...	13	21	-	34
11	Inneres				
1130	Bundespolizei.....	18	-	-	18
	Summe 11 ...	18	-	-	18
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten				
1200	Zentralleitung.....	6	-	-	6
1244	Museen.....	5	-	-	5
1246	Nationalbibliothek und Phonotheke.....	7	-	-	7
1247	Bundesdenkmalamt.....	2	-	-	2
	Summe 12 ...	20	-	-	20
14	Wissenschaft und Forschung				
1420	Universitäten.....	200	-	219	419
1423	Bibliotheken.....	3	-	-	3
1424	Wissenschaftliche Anstalten.....	4	-	-	4
1426	Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal (betr. ähnl. Einr.).....	-	-	4	4
1430	Kunsthochschulen.....	30	-	-	30
	Summe 14 ...	237	-	223	460
17	Gesundheit und Konsumentenschutz				
1700	Zentralleitung.....	1	-	-	1
1790	Lebensmitteluntersuchungsanstalten.....	-	-	2	2
1792	Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.....	1	-	-	1
	Summe 17 ...	2	-	2	4
18	Umwelt				
1800	Zentralleitung.....	2	-	-	2
	Summe 18 ...	2	-	-	2

STELLENPLAN 1996

325

Teil IV

Planstellenverzeichnis für jugendliche Bundesbedienstete

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Jugendl. VB (J)	Anlernkräfte (A)	Lehrlinge (L)	Summe
30	Justiz				
3000	Zentralleitung.....	2	-	-	2
3020	Justizbehörden in den Ländern.....	149	-	-	149
	Summe 30 ...	151	-	-	151
40	Militärische Angelegenheiten				
4010	Militärpersonen und Heeresverwaltung.....	-	-	109	109
	Summe 40 ...	-	-	109	109
50	Finanzverwaltung				
5070	Bundesrechenamt.....	1	20	-	21
5071	Finanzprokuratur.....	4	-	-	4
5080	Österreichisches Postsparkassenamt.....	17	-	-	17
	Summe 50 ...	22	20	-	42
60	Land- und Forstwirtschaft				
6000	Zentralleitung.....	2	-	-	2
6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten.....	* 3	-	* 15	18
6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.....	-	2	* 9	11
6055	Bundesanstalten für Milchwirtschaft.....	-	-	* 23	23
6057	Bundesanstalten für Tierzucht.....	-	-	* 2	2
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft.....	-	-	* 3	3
6080	Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst.....	6	-	* 6	12
6093	Bundesgärten.....	-	-	* 57	57
	Summe 60 ...	11	2	115	128
64	Bauten und Technik				
6450	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane).....	10	-	-	10
6491	Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen.....	18	-	12	30
	Summe 64 ...	28	-	12	40
	Summe Hoheitsverwaltung...	504	43	461	1.008

* Von den jugendlichen VB werden 3 und von den Lehrlingen 110 nicht zentral besoldet.

326

STELLENPLAN 1996

Teil IV

Planstellenverzeichnis für jugendliche Bundesbedienstete

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Jugendl. VB (J)	Anlern- kräfte (A)	Lehrlinge (L)	Summe
7	Bundesbetriebe				
71	Bundestheater.....	-	-	32	32
77	Österreichische Bundesforste.....	-	-	* 28	28
	Summe Bundesbetriebe...	-	-	60	60
	Gesamtsumme...	504	43	521	1.068

* Die 28 Lehrlinge werden nicht zentral besoldet.

STELLENPLAN 1996

327

Teil IV

Planstellenverzeichnis für jugendliche Bundesbedienstete
(Gesamtüberblick)

Kapitel	Verwaltungsbereich	Jugendl. VB (J)	Anlern- kräfte (A)	Lehrlinge (L)	Summe
	Hoheitsverwaltung				
10	Bundeskanzleramt.....	13	21	-	34
11	Inneres.....	18	-	-	18
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten.....	20	-	-	20
14	Wissenschaft und Forschung.....	237	-	223	460
17	Gesundheit und Konsumentenschutz.....	2	-	2	4
18	Umwelt.....	2	-	-	2
30	Justiz.....	151	-	-	151
40	Militärische Angelegenheiten.....	-	-	109	109
50	Finanzverwaltung.....	22	20	-	42
60	Land- und Forstwirtschaft.....	11	2	115	128
64	Bauten und Technik.....	28	-	12	40
	Summe Hoheitsverwaltung...	504	43	461	1.008
	Bundesbetriebe				
71	Bundestheater.....	-	-	32	32
77	Österreichische Bundesforste.....	-	-	28	28
	Summe Bundesbetriebe...	-	-	60	60
	Gesamtsumme...	504	43	521	1.068

STELLENPLAN 1996

Teil V Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen

1000 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					1						* 1
A2					1						1
A3										1	1
Summe ...											3

Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	VB A	VB B		
Summe 1000...	3			3

Für Zwecke der österreichischen Raumordnungskonferenz

1030 Amt der Wiener Zeitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1				1		1			5		7
Summe ...											7

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	übrige Beamte					
Verw. (Entl.)gruppe												
A (a)									15		15	15
Summe...									15		15	15

Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	VB A	VB B		
Summe 1030...	7	15	15	22

STELLENPLAN 1996

329

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

1031 Amt der Österreichischen Staatsdruckerei

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A1					1						1
A2				4		6	4	6	9		29
A3							1	2			3
	Summe ...										33

Ernennungsreserve: 4 B/VII

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 1031...	33				33

1075 Bundessportheime und Sporteinrichtungen

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe											
A1										1	1
	Summe ...										1

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Summe 1075...	1				1

Gesamtsumme 10...	44	15		15	59
-------------------	----	----	--	----	----

330

STELLENPLAN 1996

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

11 Inneres

1130 Bundespolizei

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe	
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		Beante
Verwendungsgruppe														
E2b													6	6
Summe ...													6	

Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beante	VB A		
Summe 1130...	6			6

1131 Bundespolizei (zweckgeb. Gebarung)

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe	
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		Beante
Verwendungsgruppe														
E2a													22	22
E2b													177	177
Summe ...													199	

Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beante	VB A		
Summe 1131...	199			199

1141 Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung)

Allgem. Verwaltung und handwerkkl. Verwendung	Beante der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe	
	A	B	C	D	P1	P2	übrige Beante		VB A	VB B			VB
	IX	VIII	VII	V	IV	IV							
Verw. (Entl.)gruppe													
D (d)										25		25	25
Summe...										25		25	25

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe	
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		Beante
Verwendungsgruppe														
E2a							1	1	9	24	42		77	
E2b													213	213
Summe ...													290	

Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beante	VB A		
Summe 1141...	290	25		315

Gesamtsumme 11...	495	25		25	520
-------------------	-----	----	--	----	-----

STELLENPLAN 1996

331

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten

1200 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1						1		1			2
A3										1	1
Summe ...											3

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Gesamtsumme 12...	3				3

332

STELLENPLAN 1996

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

15 Soziales

1550 Ämter des AMS

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1			4	9	12	56	35	13	45	174	348
A2			3	19	38	117	299	1.314		1	1.791
A3					10	1		52	47	7	117
A4								5	1	26	32
A5								2	6	26	34
A6										2	2
Summe ...											2.324

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte				
Verw. (Entl.)gruppe												
A (a)									3		3	3
B (b)									6		6	6
C (c)									2		2	2
D (d)									7		7	7
Summe ...									18		18	18

Ernennungsreserve: 18 A/VIII, 14 B/VII, 8 C/V

Gesamtsumme 15 ...	2.324	18		18	2.342
--------------------	-------	----	--	----	-------

S T E L L E N P L A N 1 9 9 6

333

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

50 Finanzverwaltung

5080 Österreichisches Postsparkassenamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe											
A1	1	2		9	3	10	6	18	3		52
A2		5	12	5	20	11	18	72	38	8	189
A3			30	38	54	15	11	200	127		475
A4										10	10
A5									1	30	31
A6										1	1
A7										1	1
	Summe ...										759

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										67		67	67
B (b)										179		179	179
C (c)										355	20	375	375
D (d)										162	90	252	252
P1 (p1)										1		1	1
P2 (p2)										4		4	4
P3 (p3)										8		8	8
P5 (p5)										2		2	2
Summe...										778	110	888	888

Ernennungsreserve: 49 C/V, 3 P1/IV

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 5080...	759	778	110	888	1.647

5081 Österreichische Salinen AG

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
Verwendungsgruppe											
A2				1					1		2
	Summe ...										2

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 5081...	2				2

334

STELLENPLAN 1996

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

5082 Amt der Münze Österreich

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1					2						2
A2				2		2					4
A3					2	6	4	7	1		20
A4										6	6
A5										2	2
A6										4	4
A7										1	1
Summe ...											39

Ernennungsreserve: 1 A/VIII, 2 C/V, 6 P1/IV

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 5082...	39				39
Gesamtsumme 50...	800	778	110	888	1.688

STELLENPLAN 1996

335

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr

6300 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1									1		1
A2				1		1	7	1			10
Summe ...											11

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										1		1	1
B (b)										2		2	2
C (c)										3		3	3
D (d)										3		3	3
Summe...										9		9	9

Gesamtsumme 63...	11	9		9	20
-------------------	----	---	--	---	----

336

STELLENPLAN 1996

Teil V Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

64 Bauten und Technik

6402 Schönbrunner Tiergartenamt

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1								1	1		2
A2						1					1
A3					2	2	2	1	2		9
A4								2	6	2	10
A5										2	2
A7										1	1
Summe ...											25

Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A		
Summe 6402...	25			25

6440 Wasserstraßendirektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A2							1		1		2
A3							1	7			8
A4									1	4	5
Summe ...											15

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertragsbedienstete		Summe VB	Gesamtsumme
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
C (c)									2		2	2
P4 (p4)									1		1	1
Summe...									3		3	3

Summe	Vertragsbedienstete		Summe	Gesamtsumme
	Beamte	VB A		
Summe 6440...	15	3	3	18

STELLENPLAN 1996

337

Teil V

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

6441 Amt der Wasserstraßendirektion

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1					1				1		2
A2							2	2		1	5
A3		1	15		1	3	9	21	11	3	64
A4								19	10	46	75
A5										38	38
A6										4	4
A7										1	1
										Summe ...	189

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 6441...	189				189

6490 Einrichtungen des Eichwesens

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A2									1		1
A3									1		1
										Summe ...	2

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										1		1	1
B (b)										4		4	4
C (c)										2		2	2
D (d)										3		3	3
Summe...										10		10	10

	Summe	Vertrags- bedienstete		Summe	Gesamt- summe
	Beamte	VB A	VB B	VB	
Summe 6490...	2	10		10	12

Gesamtsumme 64...	231	13		13	244
-------------------	-----	----	--	----	-----

Gesamtsumme 63+64...	242	22		22	264
----------------------	-----	----	--	----	-----

Teil V Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden

65 Öffentliche Wirtschaft und Verkehr

6500 Zentralleitung

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
A1							1				1
A2					1	1					2
A3						1					1
Summe ...											4

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 6500...	4			4

6590 Amt der Post- und Telekom Austria AG

Allgem. Verwaltung und handwerkkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)	1								1				1
Summe...	1								1				1

Ernennungsreserve: 20 A/VIII, 2 B/VII

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe											Summe Beamte
	PT1 - PT5								PT5, PT7, PT8		übrige Beamte	
	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B			
PT1.....	* 63	55	70	128		106	5				4	431
PT2.....		13	270	240	158	349	453	197			2	1.682
PT3.....			996	481	2.611		757					4.845
PT4.....			564								3.801	4.365
PT5.....			380						3.521	96	3.973	7.970
PT6.....											6.024	6.024
PT7.....									548	2.086	3.313	5.947
PT8.....									831	3.308	9.015	13.154
PT9.....											767	767
Summe....		76	2.265	791	2.897	349	1.316	202	4.900	5.490	26.899	45.185

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 6590...	45.186			45.186

Gesamtsumme 65...	45.190			45.190
-------------------	--------	--	--	--------

Von den Planstellen der VGr. PT1, Dienstzulagengruppe S sind 8 für Fixbezüge
gem. §82a Abs. 5 GG 1956 vorgesehen.

STELLENPLAN 1996

339

Teil VI

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbar Ausmaß beschäftigt werden

10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen

1001 Verwaltungsakademie

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
B (b)										2		2	2
Summe...										2		2	2

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 1001...	2		2	2

1010 Staatsarchiv und Archivamt

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
D (d)										3		3	3
P4 (p4)										1		1	1
Summe...										4		4	4

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 1010...	4		4	4

1020 Statistisches Zentralamt

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
B (b)										5		5	5
D (d)											3	3	3
Summe...										5	3	8	8

Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	VB A	VB B		
Summe 1020...	5	3	8	8

Gesamtsumme 10...	11	3	14	14
-------------------	----	---	----	----

340

S T E L L E N P L A N 1 9 9 6

Teil VI

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbar Ausmaß beschäftigt werden

11 Inneres

1100 Zentralleitung

Allgem. Verwaltung und handwerkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
Verw. (Entl.)gruppe												
A (a)									5		5	5
B (b)									3		3	3
D (d)									2		2	2
Summe...									10		10	10

Gesamtsumme 11...		10		10	10
-------------------	--	----	--	----	----

STELLENPLAN 1996

341

Teil VI

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbar Ausmaß beschäftigt werden

12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten

1244 Museen

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A	B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
E (e)										* 40	40	40
Summe...										40	40	40

Gesamtsumme 12...			40	40	40
-------------------	--	--	----	----	----

Für die Zeit vom : 1.4. - 30.9. 20
1.10. - 31.3. 20

Teil VI

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbar Ausmaß beschäftigt werden

14 Wissenschaft und Forschung

1420 Universitäten

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
B (b)									*	140		140	140
Summe...										140		140	140

Hochschullehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	* 777
Summe...	777

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
									übrige Beamte	VB A			VB B
Verw. (Entl.)gruppe													
K2 (k2)									*	190		190	190
Summe...										190		190	190

Gesamtsumme 14...	777	330		330	1.107
-------------------	-----	-----	--	-----	-------

Für die klinischen Bereiche der medizinischen Fakultäten.
Die Inanspruchnahme dieser Planstellen bedarf des Einvernehmens zwischen dem
Bundeskanzler, dem BM für Finanzen und dem BM für Wissenschaft und Forschung.

STELLENPLAN 1996

343

Teil VI

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbar Ausmaß beschäftigt werden

20 Äußeres

2000 Zentralleitung und Vertretungsbehörden (2010)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
A (a)										9		9	9
B (b)										3	3	6	6
D (d)										6 *	37	43	43
Summe...										18	40	58	58

Gesamtsumme 20...		18	40	58	58
-------------------	--	----	----	----	----

Von den Planstellen für Vertragsbedienstete der Kategorie B sind 20 d für die
Zeit vom 1.3. - 31.10 vorgesehen;
auf deren Rechnung können VB I/R aufgenommen werden.

STELLENPLAN 1996

Teil VI

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmtem Ausmaß beschäftigt werden

50 Finanzverwaltung

5040 Finanzlandesdirektionen

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
(I/R)										*	45	45	45
Summe...											45	45	45
Gesamtsumme 50...											45	45	45

Für die Zeit vom 1.4. - 31.10.

STELLENPLAN 1996

345

Teil VI

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden

60 Land- und Forstwirtschaft

6091 Bundeskellereinspektion

Allgem. Verwaltung und handwerkkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A	B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B			
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
D (d)										*	45	45	45
Summe...											45	45	45

Gesamtsumme 60...			45	45	45
-------------------	--	--	----	----	----

Für die Zeit vom 1.8. - 31.12.

346

STELLENPLAN 1996

Teil VI

Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten,
die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen
oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarem Ausmaß beschäftigt werden

64 Bauten und Technik

6491 Einrichtungen des Vermessungswesens

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
(II/R)										*	23	23	23
Summe...											23	23	23

Gesamtsumme 64...			23	23	23
-------------------	--	--	----	----	----

Gesamtsumme 63+64...			23	23	23
----------------------	--	--	----	----	----

Für die Zeit vom : 1.4. - 31.10

STELLENPLAN 1996

347

Teil VII Verzeichnis der Bundesbediensteten, für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	1. 1. bis 31. 8.		1. 9. bis 31. 12.		Norm- planstelle errechneter Jahreswert *)
		Lehrer- wochen- stunden- aufwand	davon Mehrdienst- leistungen (MDL)	Lehrer- wochen- stunden- aufwand	davon Mehrdienst- leistungen (MDL)	
	Hoheitsverwaltung					
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten					
1270	Allgemeinbildende höhere Schulen	122.923	36.600	123.581	36.600	4.328
1271	Höhere Internatsschulen des Bundes	3.670	400	3.260	400	157
1274	Bds.-Blindenerz.Inst. und Bds.Inst. für Gehörlosenbildung	980	180	980	180	40
1276	Bundesschülerheime (Allgemeinbildende)	1.200	100	1.200	100	55
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten	69.404	44.400	63.279	44.400	1.149
1281	Sozialakad., LA f.Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe	33.906	12.700	37.142	12.700	1.115
1282	Handelsakademien und Handelsschulen	42.101	19.800	45.526	19.800	1.173
1286	Bundesschülerheime (Berufsbildende)	1.140	90	1.140	90	53
1290	Pädagogische Akademien	11.720	5.000	8.720	5.000	286
1291	BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik	13.630	1.810	14.340	1.810	603
1292	Berufspädagogische Akademien	140	140	140	140	--
1294	Pädagogische Institute	1.560	180	960	180	59
	Summe 12 ...	302.374	121.400	300.268	121.400	9.018
	14 Wissenschaft und Forschung					
1420	Universitäten	7.069	3.369	7.069	3.369	185
1430	Kunsthochschulen	15.537	5.157	15.537	5.157	519
	Summe 14 ...	22.606	8.526	22.606	8.526	704
	60 Land- und Forstwirtschaft					
6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	2.276	316	2.276	356	98
6052	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten	352	92	352	92	13
6072	Forstliche Ausbildungsstätten	20	--	20	--	1
	Summe 60 ...	2.648	408	2.648	448	112
	Gesamtsumme...	327.628	130.334	325.522	130.374	9.834

*) Die 'Normplanstelle errechneter Jahreswert' ist eine Verhältniszahl, die auf Basis des Lehrerwochenstundenaufwandes (LwStA), vermindert um die Mehrdienstleistungen (MDL), errechnet wird (aufgerundet auf ganze Normplanstellen).

Berechnungsformel:
$$\frac{((\text{LwStA} - \text{MDL}) \text{ von } 1.1. \text{ bis } 31.8. \times 8 \text{ Monate}) + ((\text{LwStA} - \text{MDL}) \text{ von } 1.9. \text{ bis } 31.12. \times 4 \text{ Monate})}{20 \text{ Lehrerwochenstunden} \times 12 \text{ Monate}}$$

A N L A G E N
zum
S T E L L E N P L A N 1 9 9 6

(2)

STELLENPLAN 1996

Anlage A.6

Gesamtübersicht nach Ressorts und Bedienstetenkategorien

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)								
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF	
Beamte															
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	61	329	42	47	42	333	1.189	2.926	3.401	3.629	3.881	687	364	94	
Richter und Richteramtsanwärter.....	-	-	-	62	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Staatsanwälte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Hochschullehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9.643	-	-	-	-	
Lehrer.....	-	-	-	-	-	-	11	-	24.780	343	-	-	-	-	
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	233	-	-	-	-	-	
Beamte des Exekutivdienstes.....	-	-	-	-	-	-	-	26.983	-	-	-	-	-	-	
Beamte des militärischen Dienstes.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	8	111	4	56	-	-	
Summe Beamte...	61	329	42	109	42	333	1.200	29.909	28.422	13.726	3.885	743	364	94	
Ganzjährig vollbesch. Bedienstete (VB A)															
VB A/I.....	8	23	23	51	5	5	1.149	1.642	2.270	4.757	328	417	130	21	
VB A/II.....	4	26	6	12	-	7	162	918	1.598	680	11	70	5	-	
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27	5	-	-	-	
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	-	-	-	
Summe VB A...	12	49	29	63	5	12	1.311	2.560	3.868	5.464	348	487	135	21	
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)															
VB B/I.....	1	2	-	-	-	-	46	15	473	584	54	24	7	1	
VB B/II.....	-	-	-	-	-	-	31	464	857	21	14	3	-	-	
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5	-	-	-	-	
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	52	189	-	-	-	-	-	
Summe VB B...	1	2	-	-	-	-	77	531	1.519	610	68	27	7	1	
Gesamtsumme...	74	380	71	172	47	345	2.588	33.000	33.809	19.800	4.301	1.257	506	116	
Gesamtsumme einschl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	36.497	-	-	-	-	-	
Jugendliche Bedienstete (JAL)															
Jugendliche Vertragsbedienstete.....	-	-	-	-	-	-	13	18	20	237	-	2	2	-	
Anlernkräfte.....	-	-	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	-	-	
Lehrlinge.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	223	-	2	-	-	
Summe JAL...	-	-	-	-	-	-	34	18	20	460	-	4	2	-	
Summe JAL einschl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	52	-	-	-	-	-	
Gesamtsumme einschließlich JAL...	74	380	71	172	47	345	2.622	33.018	33.829	20.260	4.301	1.261	508	116	
Normplanstellen (LwSt).....	-	-	-	-	-	-	-	-	9.018	704	-	-	-	-	

STELLENPLAN 1996

(3)

Anlage A.6

Gesamtübersicht nach Ressorts und Bedienstetenkategorien

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe (Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	BMöwV		BTV	A	ÖBF	PTV		
856	3.995	6.467	13.016	2.071	4.510	435	48.375	55	12	-	-	67	48.442
-	1.889	-	-	-	-	-	1.951	-	-	-	-	-	1.951
-	212	-	-	-	-	-	212	-	-	-	-	-	212
-	-	-	-	-	-	-	9.643	-	-	-	-	-	9.643
-	18	26	-	321	-	-	25.499	-	-	-	-	-	25.499
-	-	-	-	-	-	-	233	-	-	-	-	-	233
-	3.222	-	3.264	-	-	-	33.469	-	-	-	-	-	33.469
-	-	21.771	-	-	-	-	21.771	-	-	-	-	-	21.771
-	48	57	-	-	-	45.407	45.407	-	-	-	-	-	45.407
-	-	-	-	-	-	-	284	-	-	-	-	-	284
856	9.384	28.321	16.280	2.392	4.510	45.842	186.844	55	12	-	-	67	186.911
745	2.013	598	3.341	694	1.295	99	19.614	68	11	4	-	83	19.697
42	141	695	408	515	422	4	5.726	-	1	7	-	8	5.734
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	64	-	337	-	-	433	1.457	-	-	-	1.457	1.890
-	-	-	-	-	-	-	4	832	-	927	-	1.759	1.763
787	2.154	1.357	3.749	1.546	1.717	103	25.777	2.357	12	938	-	3.307	29.084
52	137	65	170	76	25	6	1.738	-	-	-	-	-	1.738
8	117	37	134	5	38	-	1.729	-	-	-	-	-	1.729
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	13	-	1.556	-	-	1.574	127	-	1.272	-	1.399	2.973
-	-	44	68	-	227	-	580	149	-	-	-	149	729
60	254	159	372	1.637	290	6	5.621	276	-	1.272	-	1.548	7.169
1.703	11.792	29.837	20.401	5.575	6.517	45.951	218.242	2.688	24	2.210	-	4.922	223.164
-	-	-	20.425	7.785	-	45951	-	-	-	-	-	-	-
-	151	-	22	11	28	-	504	-	-	-	-	-	504
-	-	-	20	2	-	-	43	-	-	-	-	-	43
-	-	109	-	115	12	-	461	32	-	28	-	60	521
-	151	109	42	128	40	-	1.008	32	-	28	-	60	1.068
-	-	-	42	156	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1.703	11.943	29.946	20.443	5.703	6.557	45.951	219.250	2.720	24	2.238	-	4.982	224.232
-	-	-	-	112	-	-	9.834	-	-	-	-	-	9.834

(4)

STELLENPLAN 1996

Anlage A.1

Übersicht zu den Teilen II.A, IV und VII gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BAK	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte														
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes	61	329	42	47	42	333	1.145	2.926	3.398	3.629	1.557	687	364	94
Richter und Richteramtsanwärter	-	-	-	62	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hochschullehrer	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8.866	-	-	-	-
Lehrer	-	-	-	-	-	-	11	-	24.780	343	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	233	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes	-	-	-	-	-	-	-	26.488	-	-	-	-	-	-
Beamte des militärischen Dienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	8	111	4	56	-	-
Summe Beamte	61	329	42	109	42	333	1.156	29.414	28.419	12.949	1.561	743	364	94
Ganzjährig vollbesch. Bedienstete (VB A)														
VB A/I	8	23	23	51	5	5	1.124	1.607	2.270	4.427	310	417	130	21
VB A/II	4	26	6	12	-	7	161	918	1.598	680	11	70	5	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27	5	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	-	-	-
Summe VB A	12	49	29	63	5	12	1.285	2.525	3.868	5.134	330	487	135	21
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)														
VB B/I	1	2	-	-	-	-	43	15	433	584	54	24	7	1
VB B/II	-	-	-	-	-	-	31	464	857	21	14	3	-	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften	-	-	-	-	-	-	-	52	189	-	-	-	-	-
Summe VB B	1	2	-	-	-	-	74	531	1.479	610	68	27	7	1
Gesamtsumme	74	380	71	172	47	345	2.515	32.470	33.766	18.693	1.959	1.257	506	116
Gesamtsumme einschl. Bundesbetriebe	-	-	-	-	-	-	-	-	36.454	-	-	-	-	-
Jugendliche Bedienstete (JAL)														
Jugendliche Vertragsbedienstete	-	-	-	-	-	-	13	18	20	237	-	2	2	-
Anlernkräfte	-	-	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge	-	-	-	-	-	-	-	-	-	223	-	2	-	-
Summe JAL	-	-	-	-	-	-	34	18	20	460	-	4	2	-
Summe JAL einschl. Bundesbetriebe	-	-	-	-	-	-	-	-	52	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich JAL	74	380	71	172	47	345	2.549	32.488	33.786	19.153	1.959	1.261	508	116
Normplanstellen (LwSt)	-	-	-	-	-	-	-	-	9.018	704	-	-	-	-

STELLENPLAN 1996

(5)

Anlage A.1 Übersicht zu den Teilen II.A, IV und VII gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits- verw.	Bundesbetriebe (Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	BMöWV		BTV	A	ÖBF	PTV		
856	3.995	6.467	12.216	2.071	4.268	430	44.957	55	12	-	-	67	45.024
-	1.889	-	-	-	-	-	1.951	-	-	-	-	-	1.951
-	212	-	-	-	-	-	212	-	-	-	-	-	212
-	18	26	-	321	-	-	8.866	-	-	-	-	-	8.866
-	-	-	-	-	-	-	25.499	-	-	-	-	-	25.499
-	-	-	-	-	-	-	233	-	-	-	-	-	233
-	3.222	-	3.264	-	-	-	32.974	-	-	-	-	-	32.974
-	-	21.771	-	-	-	-	21.771	-	-	-	-	-	21.771
-	-	-	-	-	-	-	222	-	-	-	-	-	222
-	48	57	-	-	-	-	284	-	-	-	-	-	284
856	9.384	28.321	15.480	2.392	4.268	652	136.969	55	12	-	-	67	137.036
727	2.013	598	2.578	694	1.274	99	18.404	68	11	4	-	83	18.487
42	141	695	393	515	421	4	5.709	-	1	7	-	8	5.717
-	-	64	-	337	-	-	433	1.457	-	-	-	1.457	1.890
-	-	-	-	-	-	-	4	832	-	927	-	1.759	1.763
769	2.154	1.357	2.971	1.546	1.695	103	24.550	2.357	12	938	-	3.307	27.857
12	137	65	60	31	25	6	1.500	-	-	-	-	-	1.500
8	117	37	134	5	38	-	1.729	-	-	-	-	-	1.729
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	13	-	1.556	-	-	1.574	127	-	1.272	-	1.399	2.973
-	-	44	23	-	204	-	512	149	-	-	-	149	661
20	254	159	217	1.592	267	6	5.315	276	-	1.272	-	1.548	6.863
1.645	11.792	29.837	18.668	5.530	6.230	761	166.834	2.688	24	2.210	-	4.922	171.756
-	-	-	18.692	7.740	-	761	-	-	-	-	-	-	-
-	151	-	22	11	28	-	504	-	-	-	-	-	504
-	-	-	20	2	-	-	43	-	-	-	-	-	43
-	-	109	-	115	12	-	461	32	-	28	-	60	521
-	151	109	42	128	40	-	1.008	32	-	28	-	60	1.068
-	-	-	42	156	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1.645	11.943	29.946	18.710	5.658	6.270	761	167.842	2.720	24	2.238	-	4.982	172.824
-	-	-	-	112	-	-	9.834	-	-	-	-	-	9.834

(6)

STELLENPLAN 1996

Anlage A.2

Übersicht zum Teil V gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte														
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	-	-	-	-	-	-	44	-	3	-	2.324	-	-	-
Richter und Richteramtsanwärter.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hochschullehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes.....	-	-	-	-	-	-	-	495	-	-	-	-	-	-
Beamte des militärischen Dienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Beamte...	-	-	-	-	-	-	44	495	3	-	2.324	-	-	-
Ganzjährig vollbesch. Bedienstete (VB A)														
VB A/I.....	-	-	-	-	-	-	15	25	-	-	18	-	-	-
VB A/II.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB A...	-	-	-	-	-	-	15	25	-	-	18	-	-	-
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)														
VB B/I.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
VB B/II.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB B...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme...	-	-	-	-	-	-	59	520	3	-	2.342	-	-	-
Gesamtsumme einschl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-	-	-	-	-
Jugendliche Bedienstete (JAL)														
Jugendliche Vertragsbedienstete.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe JAL...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe JAL einschl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich JAL...	-	-	-	-	-	-	59	520	3	-	2.342	-	-	-
Normplanstellen (LwSt).....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

STELLENPLAN 1996

(7)

Anlage A.2 Übersicht zum Teil V gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe (Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	BMöWV		BTV	A	ÖBF	PTV		
-	-	-	800	-	242	5	3.418	-	-	-	-	-	3.418
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	495	-	-	-	-	-	495
-	-	-	-	-	-	45.185	45.185	-	-	-	-	-	45.185
-	-	-	800	-	242	45.190	49.098	-	-	-	-	-	49.098
-	-	-	763	-	21	-	842	-	-	-	-	-	842
-	-	-	15	-	1	-	16	-	-	-	-	-	16
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	778	-	22	-	858	-	-	-	-	-	858
-	-	-	110	-	-	-	110	-	-	-	-	-	110
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	110	-	-	-	110	-	-	-	-	-	110
-	-	-	1.688	-	264	45.190	50.066	-	-	-	-	-	50.066
-	-	-	1.688	-	-	45190	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	1.688	-	264	45.190	50.066	-	-	-	-	-	50.066
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

(8)

STELLENPLAN 1996

Anlage A.3

Übersicht zum Teil VI gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VFGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte														
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Richter und Richteramtsanwärter.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hochschullehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	777	-	-	-	-	-
Lehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des militärischen Dienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Beamte...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	777	-	-	-	-
Ganzjährig vollbesch. Bedienstete (VB A)														
VB A/I.....	-	-	-	-	-	-	10	10	-	330	-	-	-	-
VB A/II.....	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB A...	-	-	-	-	-	-	11	10	-	330	-	-	-	-
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)														
VB B/I.....	-	-	-	-	-	-	3	-	40	-	-	-	-	-
VB B/II.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB B...	-	-	-	-	-	-	3	-	40	-	-	-	-	-
Gesamtsumme...	-	-	-	-	-	-	14	10	40	1.107	-	-	-	-
Gesamtsumme einschl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	40	-	-	-	-	-
Jugendliche Bedienstete (JAL)														
Jugendliche Vertragsbedienstete.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe JAL...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe JAL einschl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich JAL...	-	-	-	-	-	-	14	10	40	1.107	-	-	-	-
Normplanstellen (LwSt).....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

STELLENPLAN 1996

(9)

Anlage A.3 Übersicht zum Teil VI gegliedert nach Ressorts und Bedienstetenkategorien

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe (Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	BMöwV		BTV	A	ÖBF	PTV		
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	777	-	-	-	-	-	777
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	777	-	-	-	-	-	777
18	-	-	-	-	-	-	368	-	-	-	-	-	368
-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
18	-	-	-	-	-	-	369	-	-	-	-	-	369
40	-	-	-	45	-	-	128	-	-	-	-	-	128
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	45	-	23	-	68	-	-	-	-	-	68
40	-	-	45	45	23	-	196	-	-	-	-	-	196
58	-	-	45	45	23	-	1.342	-	-	-	-	-	1.342
-	-	-	45	45	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
58	-	-	45	45	23	-	1.342	-	-	-	-	-	1.342
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

(10)

STELLENPLAN 1996

Anlage B.6

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Ressorts)
(Gesamtübersicht)

Kap.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1995				Stellenplan 1996				Unterschied gegenüber Vorjahr								
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete					
			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL			
	Hoheitsverwaltung																	
01	Präsidentschaftskanzlei	61	12	1	-	74	61	12	1	-	74	-	-	-	-	-	-	-
02	Parlamentsdirektion	329	46	2	3	380	329	49	2	-	380	-	+	3	-	-	3	-
03	Verfassungsgerichtshof	42	26	-	-	68	42	29	-	-	71	-	+	3	-	-	-	+
04	Verwaltungsgerichtshof	109	63	-	-	172	109	63	-	-	172	-	-	-	-	-	-	-
05	Volksanwaltschaft	42	4	-	-	46	42	5	-	-	47	-	+	1	-	-	-	+
06	Rechnungshof	333	12	-	-	345	333	12	-	-	345	-	-	-	-	-	-	-
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	1.194	1.250	83	34	2.561	1.200	1.311	77	34	2.622	+	6	+	61	-	6	-
11	Inneres	29.194	3.044	530	18	32.786	29.909	2.560	531	18	33.018	+	715	-	484	+	1	-
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	28.510	3.788	1.505	22	33.825	28.422	3.868	1.519	20	33.829	-	88	+	80	+	14	-
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	9.589	-	9.589	-	-	9.018	-	9.018	-	-	-	-	-	571	-
14	Wissenschaft und Forschung	13.832	5.168	617	635	20.252	13.726	5.464	610	460	20.260	-	106	+	296	-	7	-
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	704	-	704	-	-	704	-	704	-	-	-	-	-	-	-
15	Soziales	3.977	403	62	2	4.444	3.885	348	68	-	4.301	-	92	-	55	+	6	-
17	Gesundheit und Konsumentenschutz	743	497	29	7	1.276	743	487	27	4	1.261	-	-	-	10	-	2	-
18	Umwelt	366	129	8	3	506	364	135	7	2	508	-	2	+	6	-	1	-
19	Jugend und Familie	94	21	1	1	117	94	21	1	-	116	-	-	-	-	-	1	-
20	Außeres	859	766	67	4	1.696	856	787	60	-	1.703	-	3	+	21	-	7	-
30	Justiz	9.135	2.142	276	171	11.724	9.384	2.154	254	151	11.943	+	249	+	12	-	22	-
40	Militärische Angelegenheiten	28.886	1.389	159	123	30.557	28.321	1.357	159	109	29.946	-	565	-	32	-	-	14
50	Finanzverwaltung	17.274	3.701	376	221	21.572	16.280	3.749	372	42	20.443	-	994	+	48	-	4	-
60	Land- und Forstwirtschaft <i>Normplanstellen (LwSt)</i>	2.403	1.543	1.644	151	5.741	2.392	1.546	1.637	128	5.703	-	11	+	3	-	7	-
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	112	-	112	-	-	112	-	112	-	-	-	-	-	-	-
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	1.035	392	8	12	1.447	1.068	385	12	-	1.465	+	33	-	7	+	4	-
64	Bauten und Technik	3.498	1.356	315	49	5.218	3.442	1.332	278	40	5.092	-	56	-	24	-	37	-
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	654	113	6	-	773	45.842	103	6	-	45.951	+	45.188	-	10	-	-	-
	<i>Summe Hoheitsverwaltung...</i>	142.570	25.865	5.689	1.456	175.580	186.844	25.777	5.621	1.008	219.250	+	44.274	-	88	-	68	-
	<i>Summe Normplanstellen (LwSt)...</i>	-	-	10.405	-	10.405	-	-	9.834	-	9.834	-	-	-	-	-	571	-
	Bundesbetriebe																	
71	Bundestheater	52	2.376	315	32	2.775	55	2.357	276	32	2.720	+	3	-	19	-	39	-
75	Alkohol (Monopol)	12	13	-	-	25	12	12	-	-	24	-	-	-	1	-	-	-
77	Österreichische Bundesforste	-	988	1.352	58	2.398	-	938	1.272	28	2.238	-	-	50	-	80	-	30
78	Post- und Telegraphenverwaltung	47.189	4.848	4.062	1.589	57.688	-	-	-	-	-	-	-47.189	-	-4.848	-	-4.062	-
	<i>Summe Bundesbetriebe...</i>	47.253	8.225	5.729	1.679	62.886	67	3.307	1.548	60	4.982	-47.186	-4.918	-4.181	-1.619	-57.904	-	-
	<i>Gesamtsumme...</i>	189.823	34.090	11.418	3.135	238.466	186.911	29.084	7.169	1.068	224.232	-2.912	-5.006	-4.249	-2.067	-14.234	-	-
	<i>Gesamtsumme Normplanstellen (LwSt)...</i>	-	-	10.405	-	10.405	-	-	9.834	-	9.834	-	-	-	571	-	-	571

Die kursiv angegebenen Werte der 'Normplanstellen (LwSt)' sind in keinem der ausgewiesenen Beträge (Summen) berücksichtigt.

In der Gesamtsumme des Stellenplanes 1996 sind 951 Planstellen, die aus dem Allgemeinen Teil entnommen worden sind, enthalten.

STELLENPLAN 1996

(11)

Anlage B.1

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Ressorts)
(Teil II. A, IV und VII)

Kap.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1995				Stellenplan 1996				Unterschied gegenüber Vorjahr								
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe				
			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL		VB A	VB B		JAL			
	Hoheitsverwaltung																	
01	Präsidentenkanzlei	61	12	1	-	74	61	12	1	-	74	-	-	-	-			
02	Parlamentdirektion	329	46	2	3	380	329	49	2	-	380	-	+ 3	-	3			
03	Verfassungsgerichtshof	42	26	-	-	68	42	29	-	-	71	-	+ 3	-	+ 3			
04	Verwaltungsgerichtshof	109	63	-	-	172	109	63	-	-	172	-	-	-	-			
05	Volksanwaltschaft	42	4	-	-	46	42	5	-	-	47	-	+ 1	-	+ 1			
06	Rechnungshof	333	12	-	-	345	333	12	-	-	345	-	-	-	-			
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen ..	1.147	1.199	74	34	2.454	1.156	1.285	74	34	2.549	+	9	+ 86	-	+ 95		
11	Inneres	28.699	3.009	530	18	32.256	29.414	2.525	531	18	32.488	+	715	- 484	+ 1	-	+ 232	
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	28.507	3.728	1.465	22	33.722	28.419	3.868	1.479	20	33.786	-	88	+ 140	+ 14	-	2	+ 64
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	9.589	-	9.589	-	-	9.018	-	9.018	-	-	-	571	-	-	571
14	Wissenschaft und Forschung	13.105	4.838	617	635	19.195	12.949	5.134	610	460	19.153	-	156	+ 296	- 7	- 175	-	42
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	704	-	704	-	-	704	-	704	-	-	-	-	-	-	-
15	Soziales	1.519	385	62	2	1.968	1.561	330	68	-	1.959	+	42	- 55	+ 6	- 2	-	9
17	Gesundheit und Konsumentenschutz	743	497	29	7	1.276	743	487	27	4	1.261	-	-	- 10	- 2	- 3	-	15
18	Umwelt	361	112	8	3	484	364	135	7	2	508	+	3	+ 23	- 1	- 1	+ 2	24
19	Jugend und Familie	94	21	1	1	117	94	21	1	-	116	-	-	-	-	-	-	1
20	Äußeres	859	748	27	4	1.638	856	769	20	-	1.645	-	3	+ 21	- 7	- 4	+ 7	7
30	Justiz	9.135	2.142	276	171	11.724	9.384	2.154	254	151	11.943	+	249	+ 12	- 22	- 20	+ 219	611
40	Militärische Angelegenheiten	28.886	1.389	159	123	30.557	28.321	1.357	159	109	29.946	-	565	- 32	-	- 14	-	611
50	Finanzverwaltung	16.393	2.994	221	221	19.829	15.480	2.971	217	42	18.710	-	913	- 23	- 4	- 179	-	1.119
60	Land- und Forstwirtschaft	2.403	1.543	1.599	151	5.696	2.392	1.546	1.592	128	5.658	-	11	+ 3	- 7	- 23	-	38
	<i>Normplanstellen (LwSt)</i>	-	-	112	-	112	-	-	112	-	112	-	-	-	-	-	-	-
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	1.024	383	8	12	1.427	1.057	376	12	-	1.445	+	33	- 7	+ 4	- 12	+ 18	18
64	Bauten und Technik	3.264	1.338	292	49	4.943	3.211	1.319	255	40	4.825	-	53	- 19	- 37	- 9	-	118
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr ..	650	113	6	-	769	652	103	6	-	761	+	2	- 10	-	-	-	8
	Summe Hoheitsverwaltung...	137.705	24.602	5.377	1.456	169.140	136.969	24.550	5.315	1.008	167.842	-	736	- 52	- 62	- 448	-	1.298
	<i>Summe Normplanstellen (LwSt)...</i>	-	-	10.405	-	10.405	-	-	9.834	-	9.834	-	-	-	571	-	-	571
	Bundesbetriebe																	
71	Bundestheater	52	2.376	315	32	2.775	55	2.357	276	32	2.720	+	3	- 19	- 39	-	-	55
75	Alkohol (Monopol)	12	13	-	-	25	12	12	-	-	24	-	-	- 1	-	-	-	1
77	Österreichische Bundesforste	-	988	1.352	58	2.398	-	938	1.272	28	2.238	-	-	50	- 80	- 30	-	160
78	Post- und Telegraphenverwaltung	47.189	4.798	2.157	1.589	55.733	-	-	-	-	-	-	-47.189	-4.798	-2.157	-1.589	-	-55.733
	Summe Bundesbetriebe...	47.253	8.175	3.824	1.679	60.931	67	3.307	1.548	60	4.982	-47.186	-4.868	-2.276	-1.619	-	-	-55.949
	Gesamtsumme...	184.958	32.777	9.201	3.135	230.071	137.036	27.857	6.863	1.068	172.824	-47.922	-4.920	-2.338	-2.067	-	-	-57.247
	<i>Gesamtsumme Normplanstellen (LwSt)...</i>	-	-	10.405	-	10.405	-	-	9.834	-	9.834	-	-	-	571	-	-	571

Die kursiv angegebenen Werte der 'Normplanstellen (LwSt)' sind in keinem der ausgewiesenen Beträge (Summen) berücksichtigt.

In der Gesamtsumme des Stellenplanes 1996 sind 951 Planstellen, die aus dem Allgemeinen Teil entnommen worden sind, enthalten.

(12)

STELLENPLAN 1996

Anlage B.2

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Ressorts)
(Teil V)

Kap.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1995				Stellenplan 1996				Unterschied gegenüber Vorjahr				
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Beamte	Vertrags- bedienstete		
			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL		VB A	VB B	JAL
	Hoheitsverwaltung													
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen ..	47	15	-	62	44	15	-	59	-	3	-	-	3
11	Inneres	495	25	-	520	495	25	-	520	-	-	-	-	-
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	3	-	-	3	3	-	-	3	-	-	-	-	-
15	Soziales	2.458	18	-	2.476	2.324	18	-	2.342	-	134	-	-	134
50	Finanzverwaltung	881	707	110	1.698	800	778	110	1.688	-	81	+	71	10
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	11	9	-	20	11	9	-	20	-	-	-	-	-
64	Bauten und Technik	234	18	-	252	231	13	-	244	-	3	-	5	8
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr ..	4	-	-	4	45.190	-	-	45.190	+45.186	-	-	-	+45.186
	Summe Hoheitsverwaltung...	4.133	792	110	5.035	49.098	858	110	50.066	+44.965	+	66	-	+45.031
	Bundesbetriebe													
	Summe Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Gesamtsumme...	4.133	792	110	5.035	49.098	858	110	50.066	+44.965	+	66	-	+45.031

STELLENPLAN 1996

(13)

Anlage B.3

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Ressorts)
(Teil VI)

Kap.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1995				Stellenplan 1996				Unterschied gegenüber Vorjahr									
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe			
			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL				
	Hoheitsverwaltung																		
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen ...	-	36	9	-	45	-	11	3	-	14	-	-	25	-	6	-	-	31
11	Inneres	-	10	-	-	10	-	10	-	-	10	-	-	-	-	-	-	-	-
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	-	60	40	-	100	-	-	40	-	40	-	-	60	-	-	-	-	60
14	Wissenschaft und Forschung	727	330	-	-	1.057	777	330	-	-	1.107	+	50	-	-	-	-	+	50
18	Umwelt	5	17	-	-	22	-	-	-	-	-	-	5	-	17	-	-	-	22
20	Äußeres	-	18	40	-	58	-	18	40	-	58	-	-	-	-	-	-	-	-
50	Finanzverwaltung	-	-	45	-	45	-	-	45	-	45	-	-	-	-	-	-	-	-
60	Land- und Forstwirtschaft	-	-	45	-	45	-	-	45	-	45	-	-	-	-	-	-	-	-
64	Bauten und Technik	-	-	23	-	23	-	-	23	-	23	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe Hoheitsverwaltung...	732	471	202	-	1.405	777	369	196	-	1.342	+	45	-	102	-	6	-	63
	Bundesbetriebe																		
78	Post- und Telegraphenverwaltung	-	50	1.905	-	1.955	-	-	-	-	-	-	-	50	-1.905	-	-	-	-1.955
	Summe Bundesbetriebe...	-	50	1.905	-	1.955	-	-	-	-	-	-	-	50	-1.905	-	-	-	-1.955
	Gesamtsumme...	732	521	2.107	-	3.360	777	369	196	-	1.342	+	45	-	152	-1.911	-	-	-2.018

(14)

STELLENPLAN 1996

Anlage B1.1

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)
(Teil II. A, IV und VII)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1995				Stellenplan 1996				Unterschied gegenüber Vorjahr								
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe		
			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL			
	Hoheitsverwaltung																	
0	Oberste Organe																	
01	Präsidentschaftskanzlei	61	12	1	-	74	61	12	1	-	74	-	-	-	-	-	-	-
02	Parlamentsdirektion	329	46	2	3	380	329	49	2	-	380	-	+	3	-	-	3	-
03	Verfassungsgerichtshof	42	26	-	-	68	42	29	-	-	71	-	+	3	-	-	-	+
04	Verwaltungsgerichtshof	109	63	-	-	172	109	63	-	-	172	-	-	-	-	-	-	-
05	Volksanwaltschaft	42	4	-	-	46	42	5	-	-	47	-	+	1	-	-	-	+
06	Rechnungshof	333	12	-	-	345	333	12	-	-	345	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 0...	916	163	3	3	1.085	916	170	3	-	1.089	-	+	7	-	-	3	+
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen																	
1000	Zentralleitung	516	327	6	5	854	524	349	6	5	884	+	8	+	22	-	-	+
1001	Verwaltungsakademie	15	20	-	-	35	16	20	-	-	36	+	1	-	-	-	-	+
1010	Staatsarchiv und Archivamt	110	25	-	2	137	110	25	-	2	137	-	-	-	-	-	-	-
1020	Statistisches Zentralamt	449	687	17	27	1.180	449	753	17	27	1.246	-	+	66	-	-	-	+
1075	Bundessporthome und Sporteinrichtungen	57	140	51	-	248	57	138	51	-	246	-	-	2	-	-	-	-
	Summe 10...	1.147	1.199	74	34	2.454	1.156	1.285	74	34	2.549	+	9	+	86	-	-	+
11	Inneres																	
1100	Zentralleitung	725	458	2	-	1.185	752	510	2	-	1.264	+	27	+	52	-	-	+
1130	Bundespolizei	15.469	1.208	91	18	16.786	15.241	1.155	91	18	16.505	-	228	-	53	-	-	-
1140	Bundesgendarmerie	12.431	1.170	437	-	14.038	13.348	704	438	-	14.490	+	917	-	466	+	1	-
1150	Flüchtlingsbetreuung und Integration	36	135	-	-	171	35	123	-	-	158	-	1	-	12	-	-	-
1151	Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen	2	12	-	-	14	2	11	-	-	13	-	-	1	-	-	-	-
1152	Bundesasylamt	36	26	-	-	62	36	22	-	-	58	-	-	4	-	-	-	-
	Summe 11...	28.699	3.009	530	18	32.256	29.414	2.525	531	18	32.488	+	715	-	484	+	1	-

STELLENPLAN 1996

(15)

Anlage B1.1

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)
(Teil II. A, IV und VII)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1995				Stellenplan 1996				Unterschied gegenüber Vorjahr								
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe			
			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B		JAL		
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten																	
1200	Zentralleitung	511	208	4	6	729	505	219	4	6	734	6	+	11	-	-	+	5
1240	Hofmusikkapelle	1	2	7	-	10	1	3	6	-	10	-	+	1	-	1	-	-
1241	Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen	23	54	2	-	79	23	54	2	-	79	-	-	-	-	-	-	-
1242	Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung	19	14	-	-	33	19	14	-	-	33	-	-	-	-	-	-	-
1243	Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung	61	36	11	-	108	61	32	15	-	108	-	-	4	+	4	-	-
1244	Museen	376	636	48	5	1.065	305	773	48	5	1.131	-	71	+	137	-	-	+
1246	Nationalbibliothek und Phonotheek	211	93	17	7	328	191	108	16	7	322	-	20	+	15	-	1	-
1247	Bundesdenkmalamt	122	79	8	2	211	122	79	8	2	211	-	-	-	-	-	-	-
1260	Schulaufsichtsbehörden	1.054	322	62	2	1.440	1.063	317	67	-	1.447	+	9	-	5	+	5	-
1261	Schulpsychologie - Bildungsberatung	127	13	28	-	168	127	12	29	-	168	-	-	1	+	1	-	-
1270	Allgemeinbildende höhere Schulen	12.153	688	556	-	13.397	12.151	680	562	-	13.393	-	2	-	8	+	6	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	4.719	-	4.719	-	-	4.328	-	4.328	-	-	-	-	-	-	-
1271	Höhere Internatsschulen des Bundes	257	118	13	-	388	257	117	14	-	388	-	-	1	+	1	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	164	-	164	-	-	157	-	157	-	-	-	-	-	-	-
1274	Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung	122	54	11	-	187	122	55	10	-	187	-	+	1	-	1	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	40	-	40	-	-	40	-	40	-	-	-	-	-	-	-
1276	Bundeschülerheime (Allgemeinbildende)	55	62	10	-	127	55	62	10	-	127	-	-	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	55	-	55	-	-	55	-	55	-	-	-	-	-	-	-
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten	4.373	684	204	-	5.261	4.373	685	203	-	5.261	-	+	1	-	1	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	1.438	-	1.438	-	-	1.149	-	1.149	-	-	-	-	-	-	-
1281	Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe	3.822	219	176	-	4.217	3.824	216	178	-	4.218	+	2	-	3	+	2	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	1.098	-	1.098	-	-	1.115	-	1.115	-	-	-	+	17	-	+
1282	Handelsakademien und Handelsschulen	3.369	179	198	-	3.746	3.369	177	199	-	3.745	-	-	2	+	1	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	1.165	-	1.165	-	-	1.173	-	1.173	-	-	-	+	8	-	+
1286	Bundeschülerheime (Berufsbildende)	61	58	8	-	127	57	53	10	-	120	-	4	-	5	+	2	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	53	-	53	-	-	53	-	53	-	-	-	-	-	-	-
1290	Pädagogische Akademien	978	86	37	-	1.101	980	84	37	-	1.101	+	2	-	2	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	226	-	226	-	-	286	-	286	-	-	-	+	60	-	+
1291	BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik	477	49	46	-	572	477	51	46	-	574	-	+	2	-	-	-	+
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	562	-	562	-	-	603	-	603	-	-	-	+	41	-	+
1292	Berufspädagogische Akademien	103	20	6	-	129	105	21	3	-	129	+	2	+	1	-	3	-
1293	Bundesanstalten für Leibeseziehung	46	37	7	-	90	46	38	6	-	90	-	+	1	-	1	-	-
1294	Pädagogische Institute	186	17	6	-	209	186	18	6	-	210	-	+	1	-	-	-	+
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	69	-	69	-	-	59	-	59	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 12	28.507	3.728	1.465	22	33.722	28.419	3.868	1.479	20	33.786	-	88	+	140	+	14	-
	Summe 12 Normplanstellen (LwSt)	-	-	9.589	-	9.589	-	-	9.018	-	9.018	-	-	-	-	-	-	-
14	Wissenschaft und Forschung																	
1400	Zentralleitung	278	53	2	-	333	409	72	2	-	483	+	131	+	19	-	-	+
1420	Universitäten	11.386	4.213	564	562	16.725	11.141	4.461	567	419	16.588	-	245	+	248	+	3	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	185	-	185	-	-	185	-	185	-	-	-	-	-	-	-
1423	Bibliotheken	42	20	5	3	70	18	13	1	3	35	-	24	-	7	-	4	-
1424	Wissenschaftliche Anstalten	262	99	4	18	383	271	106	-	4	381	+	9	+	7	-	4	-
1426	Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal (betr. ähnl. Einr.)	152	74	5	4	235	152	74	5	4	235	-	-	-	-	-	-	-
1430	Kunsthochschulen	985	379	37	48	1.449	958	408	35	30	1.431	-	27	+	29	-	2	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	519	-	519	-	-	519	-	519	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 14	13.105	4.838	617	635	19.195	12.949	5.134	610	460	19.153	-	156	+	296	-	7	-
	Summe 14 Normplanstellen (LwSt)	-	-	704	-	704	-	-	704	-	704	-	-	-	-	-	-	-

(16)

STELLENPLAN 1996

Anlage B1.1

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)
(Teil II.A, IV und VII)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1995					Stellenplan 1996					Unterschied gegenüber Vorjahr								
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe				
			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL					
15	Soziales																			
1500	Zentralleitung	435	134	11	2	582	447	120	11	-	578	+	12	-	14	-	-	2	-	4
1570	Bundessozialämter	706	135	35	-	876	729	106	41	-	876	+	23	-	29	+	6	-	-	
1572	Bundesstaatl. Prothesenwerkstätten (betriebsähn. Einricht.)	3	18	-	-	21	2	19	-	-	21	-	1	+	1	-	-	-	-	
1590	Heimarbeitungskommissionen, Schlichtungsstellen	3	5	-	-	8	3	5	-	-	8	-	-	-	-	-	-	-	-	
1592	Arbeitsinspektion	372	93	16	-	481	380	80	16	-	476	+	8	-	13	-	-	-	5	
	Summe 15...	1.519	385	62	2	1.968	1.561	330	68	-	1.959	+	42	-	55	+	6	-	2	
17	Gesundheit und Konsumentenschutz																			
1700	Zentralleitung	285	119	3	-	407	295	114	3	1	413	+	10	-	5	-	+	1	+	6
1790	Lebensmitteluntersuchungsanstalten ..	157	80	5	3	245	149	86	3	2	240	-	8	+	6	-	2	-	1	
1792	Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.	146	190	11	2	349	146	184	11	1	342	-	-	6	-	-	1	-	7	
1794	Bundeshebammenlehranstalten/Bundes- Hebammenakademien	-	1	-	-	1	-	1	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	
1795	Veterinärmedizinische Anstalten	145	87	4	2	238	143	83	4	-	230	-	2	-	4	-	-	2	-	
1796	Veterinärmedizinischer Grenzbeschauidienst	10	20	6	-	36	10	19	6	-	35	-	-	1	-	-	-	-	1	
	Summe 17...	743	497	29	7	1.276	743	487	27	4	1.261	-	-	10	-	2	-	3	-	
18	Umwelt																			
1800	Zentralleitung	220	37	3	2	262	223	58	3	2	286	+	3	+	21	-	-	+	24	
1870	Umweltbundesamt	141	75	5	1	222	141	77	4	-	222	-	+	2	-	1	-	1	-	
	Summe 18...	361	112	8	3	484	364	135	7	2	508	+	3	+	23	-	1	-	1	
19	Jugend und Familie																			
1900	Bundesministerium für Jugend und Familie	87	21	1	1	110	93	21	1	-	115	+	6	-	-	-	1	+	5	
1941	Außerschulische Jugenderziehung	7	-	-	-	7	1	-	-	-	1	-	6	-	-	-	-	-	6	
	Summe 19...	94	21	1	1	117	94	21	1	-	116	-	-	-	-	-	1	-	1	
20	Äußeres																			
2000	Zentralleitung und Vertretungsbehörden (2010)	818	682	23	4	1.527	816	721	17	-	1.554	-	2	+	39	-	6	-	4	
2020	Äußeres	7	15	2	-	24	7	15	2	-	24	-	-	-	-	-	-	-	-	
2030	Österreichische Kulturinstitute	34	51	2	-	87	33	33	1	-	67	-	1	-	18	-	1	-	20	
	Summe 20...	859	748	27	4	1.638	856	769	20	-	1.645	-	3	+	21	-	7	-	7	
30	Justiz																			
3000	Zentralleitung	169	25	-	2	196	176	60	-	2	238	+	7	+	35	-	-	+	42	
3010	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur	94	19	-	-	113	94	19	-	-	113	-	-	-	-	-	-	-	-	
3020	Justizbehörden in den Ländern	5.282	1.950	260	169	7.661	5.496	1.860	240	149	7.745	+	214	-	90	-	20	-	84	
3030	Justizanstalten	3.413	133	14	-	3.560	3.451	203	14	-	3.668	+	38	+	70	-	-	+	108	
3050	Bewährungshilfe	177	15	2	-	194	167	12	-	-	179	-	10	-	3	-	2	-	15	
	Summe 30...	9.135	2.142	276	171	11.724	9.384	2.154	254	151	11.943	+	249	+	12	-	22	-	219	
40	Militärische Angelegenheiten																			
4000	Zentralleitung	809	222	15	7	1.053	822	217	15	-	1.054	+	13	-	5	-	-	7	+	
4010	Militärpersonen und Heeresverwaltung ..	28.004	1.078	129	116	29.327	27.426	1.051	129	109	28.715	-	578	-	27	-	-	7	-	
4040	Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut	70	25	2	-	97	70	25	2	-	97	-	-	-	-	-	-	-	-	
4050	Allentsteig (betriebsähn. Einrichtung)	3	64	13	-	80	3	64	13	-	80	-	-	-	-	-	-	-	-	
	Summe 40...	28.886	1.389	159	123	30.557	28.321	1.357	159	109	29.946	-	565	-	32	-	-	14	-	

STELLENPLAN 1996

(17)

Anlage B1.1

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)
(Teil II. A, IV und VII)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1995				Stellenplan 1996				Unterschied gegenüber Vorjahr											
		Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe	Beamte	Vertragsbedienstete			Summe					
			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL						
50	Finanzverwaltung																				
5000	Zentralleitung	683	283	10	5	981	712	322	6	-	1.040	+	29	+	39	-	4	-	5	+	59
5040	Finanzlandesdirektionen	15.403	2.241	209	150	18.003	14.464	2.178	209	-	16.851	-	939	-	63	-	-	-	150	-	1.152
5070	Bundesrechenamt	193	415	-	21	629	190	416	-	21	627	-	3	+	1	-	-	-	-	-	2
5071	Finanzprokuratur	73	41	1	4	119	73	41	1	4	119	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
5072	Hauptpunzierungs- und Proberant	41	14	1	-	56	41	14	1	-	56	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
5080	Österreichisches Postsparkassenamt	-	-	-	41	41	-	-	-	17	17	-	-	-	-	-	-	-	24	-	24
	Summe 50...	16.393	2.994	221	221	19.829	15.480	2.971	217	42	18.710	-	913	-	23	-	4	-	179	-	1.119
60	Land- und Forstwirtschaft																				
6000	Zentralleitung	581	136	15	2	734	582	148	14	2	746	+	1	+	12	-	1	-	-	+	12
6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	401	250	24	21	696	391	243	24	18	676	-	10	-	7	-	-	-	3	-	20
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	98	-	98	-	-	98	-	98	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.	447	268	54	18	787	460	278	56	11	805	+	13	+	10	+	2	-	7	+	18
6052	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten	70	32	2	-	104	70	32	2	-	104	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	13	-	13	-	-	13	-	13	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
6053	Forstliche Bundesversuchsanstalt	166	91	17	-	274	163	90	17	-	270	-	3	-	1	-	-	-	-	-	4
6054	Bundesanstalt für Agrarwirtschaft	23	11	-	-	34	23	11	-	-	34	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
6055	Bundesanstalten für Milchwirtschaft	50	54	-	24	128	50	54	-	23	127	-	-	-	-	-	-	-	1	-	1
6056	Bundesanstalt für Bergbauernfragen	8	5	-	-	13	8	5	-	-	13	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
6057	Bundesanstalten für Tierzucht	41	16	-	8	65	35	14	-	2	51	-	6	-	2	-	-	-	6	-	14
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft	85	25	4	3	117	85	25	4	3	117	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
6059	Bundesanstalt für Landtechnik	47	17	1	-	65	48	16	1	-	65	+	1	-	1	-	-	-	-	-	-
6072	Forstliche Ausbildungsstätten	36	15	1	-	52	36	15	1	-	52	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Normplanstellen (LwSt)	-	-	1	-	1	-	-	1	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
6080	Wildbach- und Lawinverbauungsdienst	205	127	1.418	16	1.766	202	125	1.415	12	1.754	-	3	-	2	-	3	-	4	-	12
6091	Bundeskellereiinspektion	28	2	2	-	32	28	2	2	-	32	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
6093	Bundesgärten	118	152	11	57	338	117	149	11	57	334	-	1	-	3	-	-	-	-	-	4
6094	Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule	56	66	9	2	133	55	66	9	-	130	-	1	-	-	-	-	-	2	-	3
6095	Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften	34	132	34	-	200	32	129	29	-	190	-	2	-	3	-	5	-	-	-	10
6096	Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste	7	18	7	-	32	7	18	7	-	32	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
6099	Bauhöfe	-	126	-	-	126	-	126	-	-	126	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 60...	2.403	1.543	1.599	151	5.696	2.392	1.546	1.592	128	5.658	-	11	+	3	-	7	-	23	-	38
	Summe 60 Normplanstellen (LwSt)...	-	-	112	-	112	-	-	112	-	112	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr																				
6300	Zentralleitung	754	341	5	11	1.111	778	344	5	-	1.127	+	24	+	3	-	-	-	11	+	16
6320	Österreichisches Patentamt	223	35	1	1	260	232	23	5	-	260	+	9	-	12	+	4	-	1	-	-
6330	Bergbehörden	47	7	2	-	56	47	9	2	-	58	-	+	2	-	-	-	-	-	+	2
	Summe 63...	1.024	383	8	12	1.427	1.057	376	12	-	1.445	+	33	-	7	+	4	-	12	+	18

(18)

STELLENPLAN 1996

Anlage B1.1

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)
(Teil II. A, IV und VII)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1995				Stellenplan 1996				Unterschied gegenüber Vorjahr											
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe					
			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL						
64	Bauten und Technik																				
6401	Bundesmobilienvverwaltung	33	15	-	-	48	32	15	-	-	47	-	1	-	-	-	-	-	-	1	
6403	Beschußämter	11	1	2	-	14	10	2	2	-	14	-	1	+	1	-	-	-	-	-	
6440	Wasserstraßendirektion	81	17	-	-	98	65	23	-	-	88	-	16	+	6	-	-	-	-	10	
6450	Dienststellen der Bundesgebäudeverwal- tung (Amtsorgane)	867	356	12	14	1.249	854	354	2	10	1.220	-	13	-	2	-	10	-	4	-	29
6453	Dienststellen der Bundesgebäudeverwal- tung (betr. ähnl. Einr.)	988	466	16	-	1.470	985	450	5	-	1.440	-	3	-	16	-	11	-	-	-	30
6460	Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung	-	-	213	-	213	-	-	204	-	204	-	-	-	-	-	9	-	-	-	9
649.	Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen (Amtsleitung)	66	89	-	-	155	68	90	-	-	158	+	2	+	1	-	-	-	-	+	3
6490	Einrichtungen des Eichwesens	220	42	7	-	269	215	41	7	-	263	-	5	-	1	-	-	-	-	-	6
6491	Einrichtungen des Vermessungswesens ..	998	352	42	35	1.427	982	344	35	30	1.391	-	16	-	8	-	7	-	5	-	36
	Summe 64.	3.264	1.338	292	49	4.943	3.211	1.319	255	40	4.825	-	53	-	19	-	37	-	9	-	118
	Summe 63+64.	4.288	1.721	300	61	6.370	4.268	1.695	267	40	6.270	-	20	-	26	-	33	-	21	-	100
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr																				
6500	Zentraleitung	524	90	6	-	620	526	83	6	-	615	+	2	-	7	-	-	-	-	-	5
6501	Schiffahrtspolizei	96	9	-	-	105	94	9	-	-	103	-	2	-	-	-	-	-	-	-	2
6550	Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge	30	14	-	-	44	32	11	-	-	43	+	2	-	3	-	-	-	-	-	1
	Summe 65.	650	113	6	-	769	652	103	6	-	761	+	2	-	10	-	-	-	-	-	8
	Summe Hoheitsverwaltung.	137.705	24.602	5.377	1.456	169.140	136.969	24.550	5.315	1.008	167.842	-	736	-	52	-	62	-	448	-	1.298
	Summe Normplanstellen (LwSt)....	-	-	10.405	-	10.405	-	-	9.834	-	9.834	-	-	-	-	-	571	-	-	-	571
7	Bundesbetriebe																				
71	Bundestheater	52	2.376	315	32	2.775	55	2.357	276	32	2.720	+	3	-	19	-	39	-	-	-	55
75	Alkohol (Monopol)	12	13	-	-	25	12	12	-	-	24	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1
77	Österreichische Bundesforste	-	988	1.352	58	2.398	-	938	1.272	28	2.238	-	-	-	50	-	80	-	30	-	160
78	Post- und Telegraphenverwaltung	47.189	4.798	2.157	1.589	55.733	-	-	-	-	-	-	-	-	47.189	-	4.798	-	2.157	-	1.589
	Summe Bundesbetriebe.	47.253	8.175	3.824	1.679	60.931	67	3.307	1.548	60	4.982	-	47.186	-	4.868	-	2.276	-	1.619	-	55.949
	Gesamtsumme.	184.958	32.777	9.201	3.135	230.071	137.036	27.857	6.863	1.068	172.824	-	47.922	-	4.920	-	2.338	-	2.067	-	57.247
	Gesamtsumme Normplanstellen (LwSt)....	-	-	10.405	-	10.405	-	-	9.834	-	9.834	-	-	-	-	-	571	-	-	-	571

STELLENPLAN 1996

(19)

Anlage B1.2

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)
(Teil V)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1995				Stellenplan 1996				Unterschied gegenüber Vorjahr					
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Beamte	Vertrags- bedienstete			
			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL		VB A	VB B	JAL	
	Hoheitsverwaltung														
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen														
1000	Zentralleitung	1	-	-	1	3	-	-	3	+	2	-	-	-	2
1030	Amt der Wiener Zeitung	7	15	-	22	7	15	-	22	-	-	-	-	-	-
1031	Amt der Österreichischen Staatsdruckerei	38	-	-	38	33	-	-	33	-	5	-	-	-	5
1075	Bundessporthome und Sporteinrichtungen	1	-	-	1	1	-	-	1	-	-	-	-	-	-
	Summe 10...	47	15	-	62	44	15	-	59	-	3	-	-	-	3
	11 Inneres														
1130	Bundespolizei	205	-	-	205	205	-	-	205	-	-	-	-	-	-
1141	Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung)	290	25	-	315	290	25	-	315	-	-	-	-	-	-
	Summe 11...	495	25	-	520	495	25	-	520	-	-	-	-	-	-
	12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten														
1200	Zentralleitung	3	-	-	3	3	-	-	3	-	-	-	-	-	-
	Summe 12...	3	-	-	3	3	-	-	3	-	-	-	-	-	-
	15 Soziales														
1550	Ämter des AMS	2.458	18	-	2.476	2.324	18	-	2.342	-	134	-	-	-	134
	Summe 15...	2.458	18	-	2.476	2.324	18	-	2.342	-	134	-	-	-	134
	50 Finanzverwaltung														
5080	Österreichisches Postsparkassenamt ..	840	707	110	1.657	759	778	110	1.647	-	81	+	71	-	10
5081	Österreichische Salinen AG	2	-	-	2	2	-	-	2	-	-	-	-	-	-
5082	Amt der Münze Österreich	39	-	-	39	39	-	-	39	-	-	-	-	-	-
	Summe 50...	881	707	110	1.698	800	778	110	1.688	-	81	+	71	-	10
	63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr														
6300	Zentralleitung	11	9	-	20	11	9	-	20	-	-	-	-	-	-
	Summe 63...	11	9	-	20	11	9	-	20	-	-	-	-	-	-
	64 Bauten und Technik														
6402	Schönbrunner Tiergartenamt	28	-	-	28	25	-	-	25	-	3	-	-	-	3
6440	Wasserstraßendirektion	10	8	-	18	15	3	-	18	+	5	-	5	-	-
6441	Amt der Wasserstraßendirektion	194	-	-	194	189	-	-	189	-	5	-	-	-	5
6490	Einrichtungen des Eichwesens	2	10	-	12	2	10	-	12	-	-	-	-	-	-
	Summe 64...	234	18	-	252	231	13	-	244	-	3	-	5	-	8
	Summe 63+64...	245	27	-	272	242	22	-	264	-	3	-	5	-	8
	65 Öffentliche Wirtschaft und Verkehr														
6500	Zentralleitung	4	-	-	4	4	-	-	4	-	-	-	-	-	-
6590	Amt der Post- und Telekom Austria AG	-	-	-	-	45.186	-	-	45.186	+45.186	-	-	-	-	+45.186
	Summe 65...	4	-	-	4	45.190	-	-	45.190	+45.186	-	-	-	-	+45.186
	Gesamtsumme...	4.133	792	110	5.035	49.098	858	110	50.066	+44.965	+	66	-	-	+45.031

(20)

STELLENPLAN 1996

Anlage B1.3

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)
(Teil VI)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1995				Stellenplan 1996				Unterschied gegenüber Vorjahr									
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe			
			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL				
	Hoheitsverwaltung																		
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen																		
1001	Verwaltungsakademie	-	2	-	-	2	-	2	-	-	2	-	-	-	-	-	-	-	-
1010	Staatsarchiv und Archivamt	-	5	-	-	5	-	4	-	-	4	-	-	1	-	-	-	-	1
1020	Statistisches Zentralamt	-	22	9	-	31	-	5	3	-	8	-	-	17	6	-	-	-	23
1075	Bundessporthome und Sporteinrichtungen	-	7	-	-	7	-	-	-	-	-	-	-	7	-	-	-	-	7
	Summe 10...	-	36	9	-	45	-	11	3	-	14	-	-	25	6	-	-	-	31
11	Inneres																		
1100	Zentralleitung	-	10	-	-	10	-	10	-	-	10	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 11...	-	10	-	-	10	-	10	-	-	10	-	-	-	-	-	-	-	-
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten																		
1244	Museen	-	60	40	-	100	-	-	40	-	40	-	-	60	-	-	-	-	60
	Summe 12...	-	60	40	-	100	-	-	40	-	40	-	-	60	-	-	-	-	60
14	Wissenschaft und Forschung																		
1420	Universitäten	727	330	-	-	1.057	777	330	-	-	1.107	+	50	-	-	-	-	+	50
	Summe 14...	727	330	-	-	1.057	777	330	-	-	1.107	+	50	-	-	-	-	+	50
18	Umwelt																		
1800	Zentralleitung	5	17	-	-	22	-	-	-	-	-	-	5	17	-	-	-	-	22
	Summe 18...	5	17	-	-	22	-	-	-	-	-	-	5	17	-	-	-	-	22
20	Äußeres																		
2000	Zentralleitung und Vertretungsbehörden (2010)	-	18	40	-	58	-	18	40	-	58	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 20...	-	18	40	-	58	-	18	40	-	58	-	-	-	-	-	-	-	-
50	Finanzverwaltung																		
5040	Finanzlandesdirektionen	-	-	45	-	45	-	-	45	-	45	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 50...	-	-	45	-	45	-	-	45	-	45	-	-	-	-	-	-	-	-
60	Land- und Forstwirtschaft																		
6091	Bundeskellereinspektion	-	-	45	-	45	-	-	45	-	45	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 60...	-	-	45	-	45	-	-	45	-	45	-	-	-	-	-	-	-	-
64	Bauten und Technik																		
6491	Einrichtungen des Vermessungswesens	-	-	23	-	23	-	-	23	-	23	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 64...	-	-	23	-	23	-	-	23	-	23	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 63+64...	-	-	23	-	23	-	-	23	-	23	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe Hoheitsverwaltung...	732	471	202	-	1.405	777	369	196	-	1.342	+	45	102	6	-	-	-	63

STELLENPLAN 1996

(21)

Anlage B1.3

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)
(Teil VI)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1995				Stellenplan 1996				Unterschied gegenüber Vorjahr							
		Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete			Summe	
			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL			VB A	VB B	JAL		
7	Bundesbetriebe																
78	Post- und Telegraphenverwaltung	-	50	1.905	-	1.955	-	-	-	-	-	-	-	50	-1.905	-	- 1.955
	Summe Bundesbetriebe...	-	50	1.905	-	1.955	-	-	-	-	-	-	-	50	-1.905	-	- 1.955
	Gesamtsumme...	732	521	2.107	-	3.360	777	369	196	-	1.342	+	45	- 152	-1.911	-	- 2.018

(22)

STELLENPLAN 1996

Anlage B2 Ernennungsreserve: Über den systemisierten Stand aus der Ernennungsreserve zugewiesene Planstellen
(Stand 1. August 1995)

Allgemeine Verwaltung und handwerkliche Verwendung	Planstellen der Verwendungsgruppe/Dienstklasse						
	A		B	C	D	P1	P2
Verwaltungsbereich	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV
Präsidentenkanzlei		3	3	2			
Bundesgesetzgebung (Parlamentsdirektion)		5	2	3			1
Verfassungsgerichtshof		1					
Verwaltungsgerichtshof		1					
Volksanwaltschaft	1	5					
Rechnungshof		72	5				
Bundeskanzleramt mit Dienststellen	1	20	19	7	1	3	
Zentralleitung... nachgeordnete Dienststellen...			1				
Inneres	2	20	26	11			
Zentralleitung... nachgeordnete Dienststellen...		42	26	13			
Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	1	61	12	2			
Zentralleitung... nachgeordnete Dienststellen...	1	18	18	7	10	3	
Wissenschaft und Forschung	3	55	19				
Zentralleitung... nachgeordnete Dienststellen...		57	28	21	1	17	1
Soziales	3	5	12	3			
Zentralleitung... nachgeordnete Dienststellen...		19	33	11			
Gesundheit und Konsumentenschutz	1	26	7				
Zentralleitung... nachgeordnete Dienststellen...		6	2	1			
Umwelt	2	8	1				
Zentralleitung... nachgeordnete Dienststellen...		3					
Jugend und Familie	1	5	1				
Zentralleitung... nachgeordnete Dienststellen...							
Äußeres		148	68	10			
Zentralleitung und Vertretungsbehörden... sonstige nachgeordnete Dienststellen...		5	1				
Justiz		15	12				
Zentralleitung... nachgeordnete Dienststellen...		10	87	113	5		
Militärische Angelegenheiten		25	79	6			
Zentralleitung... nachgeordnete Dienststellen...		6	151	361	8	82	3
Finanzverwaltung		82	53	14	1		
Zentralleitung... nachgeordnete Dienststellen...		35	108	523	10	1	1
Land- und Forstwirtschaft		24	19				
Zentralleitung... nachgeordnete Dienststellen...		28	19	7	1	11	2
Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	2	92	30	3	1	2	2
Zentralleitung... nachgeordnete Dienststellen...		55	3	2			
Bauten und Technik							
Zentralleitung... nachgeordnete Dienststellen...		16	56	66		4	1
Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	1	17	4				
Zentralleitung... nachgeordnete Dienststellen...			1	7			
Bundestheater			2				
Summe...	19	990	908	1.193	38	123	11

STELLENPLAN 1996

(23)

Anlage B2 Ernennungsreserve: Über den systemisierten Stand aus der Ernennungsreserve zugewiesene Planstellen
(Stand 1. August 1995)

Wachebeamte	Planstellen der Verwendungsgruppe/Dienstklasse						
	W1			W2			
	VIII	VII	VI	V(3)	IV(3)	(2)	(1)
Sicherheitswachdienst	1	6		27			
Kriminaldienst	1	3		30			
Gendarmeriedienst	4	6		105	174		
Justizwachdienst		13		16		251	
Zollwachdienst							
Summe...	6	28		178	174	251	

Berufsbeamte und zeitverpflichtete Soldaten	Planstellen der Verwendungsgruppe/Dienstklasse						
	H1			H2			
	IX	VIII	VII	VIII	VII	VI	
Berufsbeamte		123		6	232		

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Planstellen der Dienstzulagengruppe									
	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B	
Verwendungsgruppe										
PT 1										
PT 2										
PT 3										
PT 4										
PT 5										
PT 7										
PT 8										
Summe...										

(24)

STELLENPLAN 1996

Anlage C

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien bis 1988

	Planstellenbereiche der Bundesbediensteten in den Jahren							
	1938	1959 *)	1965	1970	1980	1986	1987	1988
A. Bundesverwaltung								
Beamte der Allgemeinen Verwaltung	20.623	32.531	35.673	44.422	46.812	51.679	52.600	52.829
Beamte in handwerklicher Verwendung	-	-	-	4.025	5.539	5.898	5.966	6.011
Richter	1.460	1.409	1.488	1.518	1.600	1.725	1.739	1.726
Staatsanwälte	120	131	155	164	204	220	220	220
Universitäts-(Hochschul-)Lehrer	1.011	1.385	2.989	4.500	6.042	6.430	6.477	6.476
Bundeslehrer	3.606	6.732	11.082	13.464	21.590	23.785	24.509	25.171
Beamte des Schulaufsichtsdienstes	118	179	191	202	218	224	226	226
Wachebeamte	21.147	29.253	29.544	28.780	30.244	31.297	31.400	31.344
Militärpersonen	28.351	8.175	11.176	5.652	5.932	4.081	3.381	3.301
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema I	4.782	17.310	17.336	14.396	16.262	17.681	17.632	17.163
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II	-	2.143	762	581	453	1.345	969	774
Vertragsassistenten	-	-	-	-	310	340	340	340
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II	-	11.571	11.093	7.510	6.753	6.587	6.543	6.381
Kollektivvertrag	-	818	606	1.122	1.240	1.407	1.405	1.400
nach anderen Rechtsvorschriften	-	2.054	1.240	840	378	113	111	110
nach anderen Rechtsvorschriften II	-	-	-	-	6	58	55	55
Lehrlinge	-	97	71	55	-	-	-	-
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema I teilbeschäftigt	14.670	248	474	520	1.081	1.294	1.331	1.360
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II teilbeschäftigt	-	-	-	-	1.151	988	988	508
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema III teilbeschäftigt	-	576	409	246	36	31	31	31
Vertragsassistenten teilbeschäftigt	-	-	-	-	93	92	92	92
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II teilbeschäftigt	-	1.343	1.604	1.703	1.717	1.895	1.957	1.939
Kollektivvertrag teilbeschäftigt	-	3.249	2.974	2.063	1.911	1.976	1.959	1.953
nach anderen Rechtsvorschriften teilbeschäftigt	-	136	694	746	728	338	340	343
nach anderen Rechtsvorschriften teilbeschäftigt II	-	-	-	-	-	-	-	-
nach anderen Rechtsvorschriften teilbeschäftigt IIL	-	-	-	-	3	8	5	5
Summe A	95.888	119.340	129.561	132.509	150.303	159.492	160.276	159.758
B. Bundesbetriebe (Monopole)								
Beamte der Allgemeinen Verwaltung	21.978	28.930	30.768	36.586	44.125	5.076	4.866	4.712
Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	40.915	42.398	42.548
Beamte in handwerklicher Verwendung	-	-	-	1.189	1.402	51	61	61
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema I	2.784	7.429	15.131	9.253	4.997	5.302	4.524	4.525
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II	-	4.036	1.879	1.816	1.838	1.797	1.293	1.285
Kollektivvertrag	-	1.901	2.208	2.194	2.307	1.506	1.505	1.498
nach anderen Rechtsvorschriften	-	2.045	3.376	2.423	2.275	2.036	2.026	2.010
Lehrlinge	-	712	972	968	-	-	-	-
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema I teilbeschäftigt	13.405	2.033	1.508	2.608	2.587	1.586	1.586	1.586
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II teilbeschäftigt	-	690	526	580	560	560	560	560
Kollektivvertrag teilbeschäftigt	-	6.607	6.215	5.535	3.827	2.964	2.872	2.807
nach anderen Rechtsvorschriften teilbeschäftigt	-	6	-	16	191	191	192	182
Forstzöglinge	-	65	15	-	-	-	-	-
Summe B	38.167	54.454	62.598	63.168	64.109	61.984	61.883	61.774
Summe A und B:								
Öffentlich-rechtlich Bedienstete	98.414	108.725	123.066	140.502	163.708	171.381	173.843	171.324
Vertragsbedienstete	35.641	65.069	69.093	55.175	50.704	50.095	48.316	50.208
Zusammen	134.055	173.794	192.159	195.677	214.412	221.476	222.159	221.532
C. Bundesbahnen								
Bundesbahnbeamte	49.996	62.890	65.903	64.379	54.170	54.005	54.490	54.198
Bundesbahnbedienstete	7.200	6.047	2.270	612	600	498	541	520
Lehrlinge	-	270	975	800	-	-	-	-
Lohnbedienstete und Teilbeschäftigte	7.230	10.358	11.846	11.708	15.408	14.974	13.763	12.503
Summe C	64.426	79.565	80.994	77.499	70.178	69.477	68.794	67.221
Gesamtsumme A-C	202.018	253.538	273.222	273.218	284.590	290.953	290.953	288.753
Jugendliche Bedienstete	-	-	-	-	4.650	6.443	6.478	5.936

*) Im Dienstpostenplan für das Jahr 1959 wurden erstmals sämtliche Bedienstetenkategorien ausgewiesen. Die Zahl der vergleichbaren Bediensteten, die im Dienstpostenplan 1938 nicht ausgewiesen wurde, ist in Kursivschrift dargestellt.

STELLENPLAN 1996

(25)

Anlage C1

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien 1988 und 1989

	1988	1989	Untersch. gegenüber d. Vorjahr						
Beamte									
Beamte der allgemeinen Verwaltung....	57.541	57.846	+ 305						
Beamte in handwerklicher Verwendung..	6.072	6.102	+ 30						
Richter und Richteramtsanwärter.....	1.726	1.742	+ 16						
Staatsanwälte.....	220	218	- 2						
Hochschullehrer.....	6.476	6.477	+ 1						
Lehrer.....	25.171	25.479	+ 308						
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	226	226	-						
Wachebeamte.....	31.344	31.440	+ 96						
Berufsoffiziere und zV.S.....	3.301	3.278	- 23						
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	42.548	42.895	+ 347						
Summe Beamte...	174.625	175.703	+ 1.078						
Ganzjährig vollbesch. Bedienstete (VB A)									
VB A/I.....	21.688	21.260	- 428						
VB A/I L.....	774	721	- 53						
VB A/II.....	7.666	7.460	- 206						
VB A/II L.....	-	-	-						
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	340	341	+ 1						
Vertr. Bed. gem. Kunsthochschul-Do....	55	-	- 55						
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	2.898	2.892	- 6						
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	2.120	2.115	- 5						
Summe VB A...	35.541	34.789	- 752						
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)									
VB B/I.....	2.946	2.968	+ 22						
VB B/I L.....	508	311	- 197						
VB B/II.....	2.499	2.480	- 19						
VB B/II L.....	31	31	-						
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	92	92	-						
Vertr. Bed. gem. Kunsthochschul-Do....	5	-	- 5						
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	4.505	4.364	- 141						
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	780	765	- 15						
Summe VB B...	11.366	11.011	- 355						
Summe Beamte und VB...	221.532	221.503	- 29						
Bedienstete der Österr. Bundesbahnen									
Bundesbahnbeamte.....	54.198	53.648	- 550						
Ganzjährig vollbesch. Bundesbahnbed..	11.879	11.731	- 148						
Teilbesch. Bundesbahnbedienstete.....	1.144	1.144	-						
Summe ÖBB...	67.221	66.523	- 698						
Gesamtsumme...	288.753	288.026	- 727						
Jugendliche Bedienstete (JAL)									
Jugendliche Vertragsbedienstete.....	1.356	1.378	+ 22						
Anlernkräfte.....	1.505	1.315	- 190						
Lehrlinge.....	3.075	3.048	- 27						
Summe JAL...	5.936	5.741	- 195						
Gesamtsumme einschließlich JAL...	294.689	293.767	- 922						

(26)

STELLENPLAN 1996

Anlage C2.6

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien ab 1990
(Gesamtübersicht)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	Untersch. gegenüber d. Vorjahr	
Beamte									
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	63.686	60.349	60.656	60.752	60.969	48.913	48.442	- 471	
Richter und Richteramtsanwärter.....	1.766	1.671	1.673	1.685	1.719	1.736	1.951	+ 215	
Staatsanwälte.....	216	214	212	212	212	212	212	-	
Hochschullehrer.....	7.883	8.501	8.752	8.982	9.446	9.584	9.643	+ 59	
Lehrer.....	25.646	25.535	25.551	25.528	25.510	25.508	25.499	- 9	
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	226	226	226	227	228	233	233	-	
Beamte des Exekutivdienstes.....	31.928	32.599	32.811	33.068	33.442	33.662	33.469	- 193	
Beamte des militärischen Dienstes...	3.128	2.969	2.967	2.942	2.942	2.313	21.771	- 542	
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	43.833	47.913	47.913	47.863	47.865	47.386	45.407	- 1.979	
Krankenpflegedienst.....	-	-	68	200	257	276	284	+ 8	
Summe Beamte...	178.312	179.977	180.829	181.459	182.590	189.823	186.911	- 2.912	
Ganzjährig vollbesch. Bedienstete (VB A)									
VB A/I.....	22.546	23.484	23.151	23.199	22.865	23.182	19.697	- 3.485	
VB A/II.....	7.481	7.607	7.239	7.021	6.990	7.149	5.734	- 1.415	
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz...	707	670	665	549	-	-	-	-	
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	2.923	2.932	2.939	1.932	1.927	1.913	1.890	- 23	
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	2.110	2.114	2.072	2.055	1.933	1.846	1.763	- 83	
Summe VB A...	35.767	36.807	36.066	34.756	33.715	34.090	29.084	- 5.006	
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)									
VB B/I.....	3.378	3.379	3.470	3.481	3.467	3.483	1.738	- 1.745	
VB B/II.....	2.474	2.412	2.525	2.473	2.419	2.325	1.729	- 596	
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz...	12	12	12	12	-	-	-	-	
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	4.186	3.729	3.505	4.207	3.175	3.089	2.973	- 116	
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	2.564	2.552	2.545	2.532	2.510	2.521	729	- 1.792	
Summe VB B...	12.614	12.084	12.057	12.705	11.571	11.418	7.169	- 4.249	
Summe Beamte und VB...	226.693	228.868	228.952	228.920	227.876	235.331	223.164	-12.167	
Bedienstete der Österr. Bundesbahnen									
Bundesbahnbeamte.....	53.543	53.472	53.439	53.270	-	-	-	-	
Ganzjährig vollbesch. Bundesbahnbed.	11.081	10.982	11.112	11.071	-	-	-	-	
Teilbesch. Bundesbahnbedienstete.....	1.144	1.144	1.125	1.118	-	-	-	-	
Summe ÖBB...	65.768	65.598	65.676	65.459	-	-	-	-	
Gesamtsumme...	292.461	294.466	294.628	294.379	227.876	235.331	223.164	-12.167	
Jugendliche Bedienstete (JAL)									
Jugendliche Vertragsbedienstete.....	1.307	1.200	1.071	1.002	944	923	504	- 419	
Anlernkräfte.....	1.222	1.067	1.060	1.058	1.053	653	43	- 610	
Lehrlinge.....	3.025	2.975	2.892	2.893	1.703	1.559	521	- 1.038	
Summe JAL...	5.554	5.242	5.023	4.953	3.700	3.135	1.068	- 2.067	
Gesamtsumme einschließlich JAL...	298.015	299.708	299.651	299.332	231.576	238.466	224.232	-14.234	
Normplanstellen (LwSt).....	7.727	8.562	9.138	9.371	9.750	10.405	9.834	- 571	

STELLENPLAN 1996

(27)

Anlage C2.1

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien ab 1990
(Teil II. A, IV und VII)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	Untersch. gegenüber d. Vorjahr	
Beamte									
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	62.510	59.316	59.584	59.486	59.746	45.270	45.024	- 246	
Richter und Richteramtsanwärter.....	1.766	1.671	1.673	1.685	1.719	1.736	1.951	+ 215	
Staatsanwälte.....	216	214	212	212	212	212	212	-	
Hochschullehrer.....	7.883	8.284	8.385	8.515	8.799	8.857	8.866	+ 9	
Lehrer.....	25.646	25.535	25.551	25.528	25.510	25.508	25.499	- 9	
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	226	226	226	227	228	233	233	-	
Beamte des Exekutivdienstes.....	31.928	32.599	32.811	33.068	33.436	33.167	32.974	- 193	
Beamte des militärischen Dienstes....	3.128	2.969	2.967	2.942	2.942	22.313	21.771	- 542	
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	43.833	47.913	47.913	47.863	47.865	47.386	222	-47.164	
Krankenpflegedienst.....	-	-	68	200	257	276	284	+ 8	
Summe Beamte...	177.136	178.727	179.390	179.726	180.714	184.958	137.036	-47.922	
Ganzjährig vollbesch. Bedienstete (VB A)									
VB A/I.....	21.456	22.278	22.112	22.144	21.675	21.893	18.487	- 3.406	
VB A/II.....	7.435	7.557	7.219	6.998	6.967	7.125	5.717	- 1.408	
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz...	-	-	-	-	-	-	-	-	
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	2.916	2.932	2.939	1.932	1.927	1.913	1.890	- 23	
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	2.110	2.114	2.072	2.055	1.933	1.846	1.763	- 83	
Summe VB A...	33.917	34.881	34.342	33.129	32.502	32.777	27.857	- 4.920	
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)									
VB B/I.....	2.890	2.921	3.014	3.040	3.072	3.088	1.500	- 1.588	
VB B/II.....	2.473	2.411	2.525	2.473	2.419	2.325	1.729	- 596	
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz...	-	-	-	-	-	-	-	-	
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	4.151	3.709	3.505	4.207	3.175	3.089	2.973	- 116	
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	765	753	746	733	711	699	661	- 38	
Summe VB B...	10.279	9.794	9.790	10.453	9.377	9.201	6.863	- 2.338	
Summe Beamte und VB...	221.332	223.402	223.522	223.308	222.593	226.936	171.756	-55.180	
Bedienstete der Österr. Bundesbahnen									
Bundesbahnbeamte.....	53.543	53.472	53.439	53.270	-	-	-	-	
Ganzjährig vollbesch. Bundesbahnbed..	11.081	10.982	11.112	11.071	-	-	-	-	
Teilbesch. Bundesbahnbedienstete....	1.144	1.144	1.125	1.118	-	-	-	-	
Summe ÖBB...	65.768	65.598	65.676	65.459	-	-	-	-	
Gesamtsumme...	287.100	289.000	289.198	288.767	222.593	226.936	171.756	-55.180	
Jugendliche Bedienstete (JAL)									
Jugendliche Vertragsbedienstete.....	1.307	1.200	1.071	1.002	944	923	504	- 419	
Anlernkräfte.....	1.222	1.067	1.060	1.058	1.053	653	43	- 610	
Lehrlinge.....	3.025	2.975	2.892	2.893	1.703	1.559	521	- 1.038	
Summe JAL...	5.554	5.242	5.023	4.953	3.700	3.135	1.068	- 2.067	
Gesamtsumme einschließlich JAL...	292.654	294.242	294.221	293.720	226.293	230.071	172.824	-57.247	
Normplanstellen (LwSt).....	7.727	8.562	9.138	9.371	9.750	10.405	9.834	- 571	

(28)

STELLENPLAN 1996

Anlage C2.2

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien ab 1990
(Teil V)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	Untersch. gegenüber d. Vorjahr	
Beamte									
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	1.176	1.033	1.072	1.260	1.218	3.638	3.418	- 220	
Richter und Richteramtsanwärter.....	-	-	-	-	-	-	-	-	
Staatsanwälte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	
Hochschullehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	
Lehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	
Beamte des Exekutivdienstes.....	-	-	-	-	6	495	495	-	
Beamte des mmilitärischen Dienstes...	-	-	-	-	-	-	-	-	
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	45.185	+45.185	
Krankenpflegedienst.....	-	-	-	-	-	-	-	-	
Summe Beamte...	1.176	1.033	1.072	1.260	1.224	4.133	49.098	+44.965	
Ganzjährig vollbesch. Bedienstete (VB A)									
VB A/I.....	648	776	778	744	735	773	842	+ 69	
VB A/II.....	14	18	18	21	21	19	16	- 3	
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	-	
Summe VB A...	662	794	796	765	756	792	858	+ 66	
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)									
VB B/I.....	110	110	110	110	110	110	110	-	
VB B/II.....	-	-	-	-	-	-	-	-	
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	-	-	-	-	-	-	-	-	
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	-	-	-	-	-	-	-	-	
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	-	
Summe VB B...	110	110	110	110	110	110	110	-	
Summe Beamte und VB...	1.948	1.937	1.978	2.135	2.090	5.035	50.066	+45.031	
Bedienstete der Österr. Bundesbahnen									
Bundesbahnbeamte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	
Ganzjährig vollbesch. Bundesbahnbed..	-	-	-	-	-	-	-	-	
Teilbesch. Bundesbahnbedienstete.....	-	-	-	-	-	-	-	-	
Summe ÖBB...	-	-	-	-	-	-	-	-	
Gesamtsumme...	1.948	1.937	1.978	2.135	2.090	5.035	50.066	+45.031	
Jugendliche Bedienstete (JAL)									
Jugendliche Vertragsbedienstete.....	-	-	-	-	-	-	-	-	
Anlernkräfte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	
Lehrlinge.....	-	-	-	-	-	-	-	-	
Summe JAL...	-	-	-	-	-	-	-	-	
Gesamtsumme einschließlich JAL...	1.948	1.937	1.978	2.135	2.090	5.035	50.066	+45.031	
Normplanstellen (LwSt).....	-	-	-	-	-	-	-	-	

STELLENPLAN 1996

(29)

Anlage C2.3

Entwicklung der Planstellen nach Bedienstetenkategorien ab 1990
(Teil VI)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	Untersch. gegenüber d. Vorjahr	
Beamte									
Beamte des allg. Verwaltungsdienstes.	-	-	-	6	5	5	-	-	5
Richter und Richteramtsanwärter.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hochschullehrer.....	-	217	367	467	647	727	777	+	50
Lehrer.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des mmilitärischen Dienstes...	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Beamte...	-	217	367	473	652	732	777	+	45
Ganzjährig vollbesch. Bedienstete (VB A)									
VB A/I.....	442	430	261	311	455	516	368	-	148
VB A/II.....	32	32	2	2	2	5	1	-	4
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	707	670	665	549	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	7	-	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB A...	1.188	1.132	928	862	457	521	369	-	152
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)									
VB B/I.....	378	348	346	331	285	285	128	-	157
VB B/II.....	1	1	-	-	-	-	-	-	-
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz..	12	12	12	12	-	-	-	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	35	20	-	-	-	-	-	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	1.799	1.799	1.799	1.799	1.799	1.822	68	-	1.754
Summe VB B...	2.225	2.180	2.157	2.142	2.084	2.107	196	-	1.911
Summe Beamte und VB...	3.413	3.529	3.452	3.477	3.193	3.360	1.342	-	2.018
Bedienstete der Österr. Bundesbahnen									
Bundesbahnbeamte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ganzjährig vollbesch. Bundesbahnbed..	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Teilbesch. Bundesbahnbedienstete.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe ÖBB...	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme...	3.413	3.529	3.452	3.477	3.193	3.360	1.342	-	2.018
Jugendliche Bedienstete (JAL)									
Jugendliche Vertragsbedienstete.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe JAL...	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich JAL...	3.413	3.529	3.452	3.477	3.193	3.360	1.342	-	2.018
Normplanstellen (LwSt).....	-	-	-	-	-	-	-	-	-

(30)

STELLENPLAN 1996

Anlage D Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen bis 1980

Verwaltungszweige	1959	1965	1970	1975	1978	1979	1980	% *)
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	301	334	370	461	507	520	528	0,19
b) Zentralstellen	5.392	5.889	6.012	6.494	6.469	6.644	6.896	2,42
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	21.871	21.824	21.458	21.678	21.165	21.342	21.364	7,51
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	10.420	10.354	9.527	9.370	9.192	8.589	8.614	3,03
e) Besondere Verwaltung	1.072	2.108	2.218	2.564	2.727	2.753	2.645	0,93
Summe 1	39.686	40.509	39.585	40.567	40.060	39.848	40.047	14,08
2. Sicherheitswesen	28.267	28.513	27.578	28.065	28.000	28.449	28.404	9,98
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	7.913	8.994	9.147	10.030	10.028	10.071	10.214	3,59
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	21.105	27.431	33.391	44.807	46.039	47.089	47.969	16,85
5. Heerwesen	20.177	21.775	21.311	20.432	20.835	21.506	22.000	7,73
6. Auswärtige Angelegenheiten	831	1.131	1.184	1.353	1.347	1.388	1.399	0,49
7. Bundesbetriebe und Monopole	135.559	144.869	141.022	141.318	135.229	134.762	134.557	47,28
Gesamtsumme	253.538	273.222	273.218	286.572	281.538	283.113	284.590	100,00

*) Anteil am Gesamtstellenplan ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz

STELLENPLAN 1996

(31)

Anlage D1 Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen von 1980 - 1989

Verwaltungszweige	1980	1981	Organisationsänd. 1981	1982	1983	1984	StPl. Änd. Gesetz 1984	1985
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	528	545	545	557	573	589	589	628
b) Zentralstellen	6.927	6.993	6.993	7.006	6.991	7.070	7.070	7.213
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	19.342	19.604	19.533	19.519	19.625	20.065	20.065	20.324
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.366	9.388	9.393	9.220	9.215	9.230	9.230	9.273
Summe 1	36.163	36.530	36.464	36.302	36.404	36.954	36.954	37.438
2. Sicherheitswesen	32.318	32.553	32.553	32.585	32.814	32.966	32.966	33.163
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	10.214	10.351	10.363	10.491	10.637	10.886	10.936	11.136
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	47.939	48.919	48.973	49.664	50.416	51.338	51.338	52.159
5. Heerwesen	22.000	22.485	22.485	22.815	23.142	23.156	23.156	22.893
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.399	1.423	1.423	1.423	1.430	1.391	1.391	1.421
7. Bundesbetriebe und Monopole	134.557	134.320	134.320	133.301	132.886	132.451	132.451	132.227
Gesamtsumme	284.590	286.581	286.581	286.581	287.729	289.142	289.192	290.437

Verwaltungszweige	StPl. Änd. Gesetz 1985	Organisationsänd. 1985	1986	Organisationsänd. 1986	Budget- prov. 1987	BMG- Novelle 1987	1988
1. Allgemeine Verwaltung:							
a) Oberste Organe	628	628	641	641	657	662	665
b) Zentralstellen	7.216	7.216	7.315	7.353	7.520	7.573	7.555
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.336	20.336	20.375	20.347	20.393	20.393	20.230
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.531	9.531	9.537	9.537	9.540	9.488	9.395
Summe 1	37.711	37.711	37.868	37.878	38.110	38.116	37.845
2. Sicherheitswesen	33.163	33.163	33.359	33.359	33.456	33.458	33.429
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.136	11.136	11.148	11.138	11.156	11.156	11.068
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	52.404	52.346	52.794	52.794	53.486	53.485	53.450
5. Heerwesen	22.893	22.893	22.588	22.588	22.335	22.335	22.260
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.421	1.421	1.423	1.423	1.430	1.430	1.431
7. Bundesbetriebe und Monopole	132.225	132.283	131.773	131.773	130.975	130.973	129.270
Gesamtsumme	290.953	290.953	290.953	290.953	290.948	290.953	288.753

Verwaltungszweige	Organisationsänd. 1988	1989	% *)				
1. Allgemeine Verwaltung:							
a) Oberste Organe	665	679	0,24				
b) Zentralstellen	7.527	7.586	2,63				
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.258	20.366	7,07				
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.395	9.367	3,25				
Summe 1	37.845	37.998	13,19				
2. Sicherheitswesen	33.429	33.595	11,66				
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.068	11.072	3,84				
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	53.450	53.557	18,59				
5. Heerwesen	22.260	22.246	7,72				
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.431	1.452	0,50				
7. Bundesbetriebe und Monopole	129.270	128.106	44,50				
Gesamtsumme	288.753	288.026	100,00				

*) Anteil am Gesamtstellenplan ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz

(32)

STELLENPLAN 1996

Anlage D2.6 Gesamtübersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen ab 1990

Verwaltungszweige	1990	Organisationsänd. 1990	1991	1992	1993	StPl. Änd. Gesetz 1993	1993 Org. Änd. + StPl. Änd.	1994
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	693	701	738	750	781	781	781	801
b) Zentralstellen	7.810	7.867	8.242	8.452	8.633	8.644	8.681	8.980
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.783	20.879	20.867	20.835	20.711	20.705	20.699	20.044
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.472	9.483	9.431	9.387	9.026	9.029	9.032	8.920
Summe 1	38.758	38.930	39.278	39.424	39.151	39.159	39.193	38.745
2. Sicherheitswesen	33.874	34.275	35.421	35.669	35.454	35.968	35.968	35.208
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.246	11.246	11.304	11.288	11.337	11.382	11.382	11.468
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	56.221	56.513	57.586	57.679	57.999	57.999	57.999	58.266
Normplanstellen (LwSt)	7.727	7.727	8.562	9.138	9.371	9.371	9.371	9.559
5. Heerwesen	22.212	22.212	22.052	21.884	21.736	21.736	21.736	21.596
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.536	1.571	1.582	1.577	1.578	1.578	1.578	1.598
7. Bundesbetriebe und Monopole	133.211	133.211	132.485	132.130	131.510	131.510	131.510	64.431
Gesamtsumme	297.058	297.958	299.708	299.651	298.765	299.332	299.366	231.312

Verwaltungszweige	BFG- Novelle 1994	1995	1996 ***]	% *)	Differenz gegenüber Vorjahr		
1. Allgemeine Verwaltung:							
a) Oberste Organe	801	845	846	0,38	+ 1		
b) Zentralstellen	8.980	9.217	9.617	4,29	+ 400		
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.044	19.499	19.179	8,55	- 320		
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	8.920	8.859	8.701	3,88	- 158		
Summe 1	38.745	38.420	38.343	17,10	- 77		
2. Sicherheitswesen	35.208	35.714	34.940	15,58	- 774		
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.634	11.768	11.948	5,33	+ 180		
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	58.364	58.608	58.386	26,04	- 222		
Normplanstellen (LwSt)	9.750	10.405	9.834	4,39	- 571		
5. Heerwesen	21.596	29.327	28.715	12,81	- 612		
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.598	1.696	1.703	0,76	+ 7		
7. Bundesbetriebe und Monopole	64.431	62.933	50.197	22,38	-12.736		
Gesamtsumme	231.576	238.466	224.232	100,00	-14.234		

*) Anteil am Gesamtstellenplan ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz

**) Anmerkung zu Punkt 4. :

Der kursiv angegebene Wert der 'Normplanstellen (LwSt)' ist in keiner der ausgewiesenen Summen berücksichtigt.

***) In der Gesamtsumme des Stellenplanes 1996 sind 951 Planstellen, die aus dem Allgemeinen Teil entnommen worden sind, enthalten.

STELLENPLAN 1996

(33)

Anlage D2.1 Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen ab 1990
(Teil II.A, IV und VII)

Verwaltungszweige	1990	Organisationsänd. 1990	1991	1992	1993	StPl. Änd. Gesetz 1993	1993 Org. Änd. + StPl. Änd.	1994
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	693	701	738	750	781	781	781	801
b) Zentralstellen	7.708	7.765	8.137	8.343	8.524	8.524	8.561	8.917
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.558	20.654	20.684	20.658	20.564	20.572	20.566	19.921
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.462	9.473	9.421	9.377	8.767	8.767	8.770	8.681
Summe 1 ...	38.421	38.593	38.980	39.128	38.636	38.644	38.678	38.320
2. Sicherheitswesen	33.847	34.248	35.401	35.649	35.454	35.968	35.968	35.202
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.245	11.245	11.303	11.288	11.337	11.382	11.382	11.468
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	55.096	55.388	56.263	56.426	56.712	56.712	56.712	57.243
Normplanstellen (LwSt)	7.227	7.227	8.562	9.138	9.371	9.371	9.371	9.559
5. Heerwesen	22.212	22.212	22.052	21.884	21.736	21.736	21.736	21.596
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.498	1.533	1.524	1.519	1.519	1.519	1.519	1.540
7. Bundesbetriebe und Monopole	129.435	129.435	128.719	128.327	127.725	127.725	127.725	60.660
Gesamtsumme ...	291.754	292.654	294.242	294.221	293.119	293.686	293.720	226.029

Verwaltungszweige	BFG- Novelle 1994	1995	1996 ***)	% *)	Differenz gegenüber Vorjahr			
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	801	845	846	0,49	+ 1			
b) Zentralstellen	8.917	9.157	9.577	5,54	+ 420			
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	19.921	16.900	16.737	9,68	- 163			
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	8.681	8.612	8.459	4,89	- 153			
Summe 1 ...	38.320	35.514	35.619	20,60	+ 105			
2. Sicherheitswesen	35.202	35.194	34.420	19,92	- 774			
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.634	11.768	11.948	6,91	+ 180			
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	57.341	57.438	57.234	33,12	- 204			
Normplanstellen (LwSt)	9.750	10.405	9.834	5,69	- 571			
5. Heerwesen	21.596	29.327	28.715	16,62	- 612			
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.540	1.638	1.645	0,95	+ 7			
7. Bundesbetriebe und Monopole	60.660	59.192	3.243	1,88	-55.949			
Gesamtsumme ...	226.293	230.071	172.824	100,00	-57.247			

*) Anteil am Gesamtstellenplan ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz

**) Anmerkung zu Punkt 4. :
Der kursiv angegebene Wert der 'Normplanstellen (LwSt)' ist in keiner der ausgewiesenen Summen berücksichtigt.

***) In der Gesamtsumme des Stellenplanes 1996 sind 951 Planstellen, die aus dem Allgemeinen Teil entnommen worden sind, enthalten.

(34)

STELLENPLAN 1996

Anlage 02.2 Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen ab 1990
(Teil V)

Verwaltungszweige	1990	Organisationsänd. 1990	1991	1992	1993	Organisationsänd. 1993		
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	-	-	-	-	-	-		
b) Zentralstellen	92	92	95	99	99	45		
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	-	-	-	-	-	-		
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	10	10	10	10	259	259		
Summe 1 ...	102	102	105	109	358	304		
2. Sicherheitswesen	20	20	20	20	-	-		
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	-	-	-	-	-	-		
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	5	5	1	1	1	1		
5. Heerwesen	-	-	-	-	-	-		
6. Auswärtige Angelegenheiten	-	-	-	-	-	-		
7. Bundesbetriebe und Monopole	1.821	1.821	1.811	1.848	1.830	1.830		
Gesamtsumme ...	1.948	1.948	1.937	1.978	2.189	2.135		

Verwaltungszweige	1994	1995	1996	% *)	Differenz gegenüber Vorjahr			
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	-	-	-	-	-			
b) Zentralstellen	28	28	30	0,06	+ 2			
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	-	2.476	2.342	4,68	- 134			
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	239	224	219	0,44	- 5			
Summe 1 ...	267	2.728	2.591	5,18	- 137			
2. Sicherheitswesen	6	520	520	1,04	-			
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	-	-	-	-	-			
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	1	1	1	0,00	-			
5. Heerwesen	-	-	-	-	-			
6. Auswärtige Angelegenheiten	-	-	-	-	-			
7. Bundesbetriebe und Monopole	1.816	1.786	46.954	93,78	+45.168			
Gesamtsumme ...	2.090	5.035	50.066	100,00	+45.031			

*) Anteil am Gesamtstellenplan ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz

STELLENPLAN 1996

(35)

Anlage D2.3 Übersicht über die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen ab 1990
(Teil VI)

Verwaltungszweige	1990	Organisationsänd. 1990	1991	1992	1993	Organisationsänd. 1993		
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	-	-	-	-	-	-		
b) Zentralstellen	10	10	10	10	10	38		
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	225	225	183	177	147	139		
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	-	-	-	-	-	-		
Summe 1 ...	235	235	193	187	157	177		
2. Sicherheitswesen	7	7	-	-	-	-		
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	1	1	1	-	-	-		
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	1.120	1.157	1.322	1.252	1.286	1.286		
5. Heerwesen	-	-	-	-	-	-		
6. Auswärtige Angelegenheiten	38	58	58	58	59	59		
7. Bundesbetriebe und Monopole	1.955	1.955	1.955	1.955	1.955	1.955		
Gesamtsumme ...	3.356	3.413	3.529	3.452	3.457	3.477		

Verwaltungszweige	1994	1995	1996	% *)	Differenz gegenüber Vorjahr		
1. Allgemeine Verwaltung:							
a) Oberste Organe	-	-	-	-	-		
b) Zentralstellen	35	32	10	0,75	- 22		
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	123	123	100	7,45	- 23		
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	-	23	23	1,71	-		
Summe 1 ...	158	178	133	9,91	- 45		
2. Sicherheitswesen	-	-	-	-	-		
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	-	-	-	-	-		
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	1.022	1.169	1.151	85,77	- 18		
5. Heerwesen	-	-	-	-	-		
6. Auswärtige Angelegenheiten	58	58	58	4,32	-		
7. Bundesbetriebe und Monopole	1.955	1.955	-	-	- 1.955		
Gesamtsumme ...	3.193	3.360	1.342	100,00	- 2.018		

*) Anteil am Gesamtstellenplan ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz

(36)

STELLENPLAN 1996

Zusammensetzung der Verwaltungszweige zu den Anlagen D1 und D2

Verwaltungszweige - Verwaltungsbereiche	Verwaltungszweige - Verwaltungsbereiche
<p>1. Allgemeine Verwaltung</p> <p>a) Oberste Organe</p> <p>01 Präsidentschaftskanzlei 02 Parlamentsdirektion 05 Volksanwaltschaft 06 Rechnungshof</p> <p>b) Zentralstellen</p> <p>1000 Bundeskanzleramt 1100 Bundesministerium für Inneres 1200 Bundesministerium für Unterricht u. kulturelle Angelegenh. 1400 Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst 1500 Bundesministerium für Arbeit und Soziales 1700 Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz 1800 Bundesministerium für Umwelt 1900 Bundesministerium für Jugend und Familie 3000 Bundesministerium für Justiz 4000 Bundesministerium für Landesverteidigung 5000 Bundesministerium für Finanzen 6000 Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft 6300 Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten 6500 Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr</p> <p>c) Verwaltung in administrativer Hinsicht</p> <p>1001 Verwaltungsakademie 1020 Statistisches Zentralamt 1150 Flüchtlingsbetreuung und Integration 1151 Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen 1550 Ämter des AMS 1570 Bundessozialämter 1590 Heimarbeitskommissionen, Schlichtungsstellen 1796 Veterinärmedizinischer Grenzbeschauendienst 5040 Finanzlandesdirektionen (ohne Wachebeamte - Zollwachdienst) 5070 Bundesrechenamt 5071 Finanzprokuratur 6091 Bundeskellereinspektion</p>	<p>d) Verwaltung in technischer Hinsicht</p> <p>1592 Arbeitsinspektion 1790 Lebensmitteluntersuchungsanstalten 1792 Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst. 1795 Veterinärmedizinische Anstalten 1870 Umweltbundesamt 5072 Hauptpunzierungs- und Probieramt 6080 Wildbach- und Lawinerverbauungsdienst 6320 Österreichisches Patentamt 6330 Bergbehörden 6403 Beschußämter 6440 Wasserstraßendirektion 6441 Amt der Wasserstraßendirektion 6450 Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane) 6453 Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.) 6460 Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung 649. Bundesamt für Eich- u. Vermessungswesen (Amtsleitung) 6490 Einrichtungen des Eichwesens 6491 Einrichtungen des Vermessungswesens 6550 Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge</p> <p>2. Sicherheitswesen</p> <p>1130 Bundespolizei 1140 Bundesgendarmarie 1152 Bundesasylamt 5040 Finanzlandesdirektionen (nur Wachebeamte - Zollwachdienst) 6501 Schifffahrtspolizei</p> <p>3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug</p> <p>03 Verfassungsgerichtshof 04 Verwaltungsgerichtshof 3010 Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur 3020 Justizbehörden in den Ländern 3030 Justizanstalten 3050 Bewährungshilfe</p>

STELLENPLAN 1996

(37)

Zusammensetzung der Verwaltungszweige zu den Anlagen D1 und D2

Verwaltungszweige - Verwaltungsbereiche	Verwaltungszweige - Verwaltungsbereiche
4. Unterrichtswesen, Kultur u. Forschung (ohne Landeslehrer)	
1010 Staatsarchiv und Archivamt	6056 Bundesanstalt für Bergbauernfragen
1075 Bundessportheime und Sporteinrichtungen	6058 Bundesamt für Wasserwirtschaft
1240 Hofmusikkapelle	6059 Bundesanstalt für Landtechnik
1241 Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen	6072 Forstliche Ausbildungsstätten
1242 Sonstige Einrichtungen für Jugendziehung	6401 Bundesmobilenverwaltung
1243 Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung	71 Bundestheater
1244 Museen	
1246 Nationalbibliothek und Phonotheek	5. Heerwesen
1247 Bundesdenkmalamt	4010 Militärpersonen und Heeresverwaltung
1260 Schulaufsichtsbehörden	
1261 Schulpsychologie - Bildungsberatung	
1270 Allgemeinbildende höhere Schulen	6. Auswärtige Angelegenheiten
1271 Höhere Internatsschulen des Bundes	2000 Zentraleitung u. Vertretungsbehörden (2010)
1274 Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung	2020 Diplomatische Akademie
1276 Bundesschülerheime (Allgemeinbildende)	2030 Österreichische Kulturinstitute
1280 Technische und gewerbliche Lehranstalten	
1281 Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe	7. Bundesbetriebe und Monopole
1282 Handelsakademien und Handelsschulen	1030 Amt der Wiener Zeitung
1286 Bundesschülerheime (Berufsbildende)	1031 Amt der Österreichischen Staatsdruckerei
1290 Pädagogische Akademien	1572 Bundesstaatl. Prothesenwerkstätten (betriebsähn. Einricht.)
1291 BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik	4050 Allentsteig (betriebsähn. Einrichtung)
1292 Berufspädagogische Akademien	5080 Österreichisches Postsparkassenamt
1293 Bundesanstalten für Leibesziehung	5081 Österreichische Salinen AG
1294 Pädagogische Institute	5082 Amt der Münze Österreich
1420 Universitäten	6057 Bundesanstalten für Tierzucht
1423 Bibliotheken	6093 Bundesgärten
1424 Wissenschaftliche Anstalten	6094 Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule
1426 Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal (betr. ähnl. Einr.)	6095 Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften
1430 Kunsthochschulen	6096 Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste
1794 Bundeshebammenlehranstalten/Bundes- Hebammenakademien	6099 Bauhöfe
1941 Außerschulische Jugendziehung	6402 Schönbrunner Tiergartenamt
4040 Heeresgeschichtl. Museum, Militärwissenschaftl. Institut	6590 Amt der Post- und Telekom Austria AG
6050 Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	75 Alkohol (Monopol)
6051 Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.	77 Österreichische Bundesforste
6052 Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten	
6053 Forstliche Bundesversuchsanstalt	
6054 Bundesanstalt für Agrarwirtschaft	
6055 Bundesanstalten für Milchwirtschaft	

(38)

STELLENPLAN 1996

Anlage E.G Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgedgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Gesamtübersicht)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte und ganzjährig vollbeschäftigte Bedienstete (VB A)														
Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes														
A (A1)	15	90	17	23	23	188	371	557	750	1.072	918	315	193	44
B (A2)	9	39	5	7	7	76	360	676	883	1.357	2.431	227	112	25
A3	28	65	18	16	10	42	334	1.104	740	840	349	101	54	24
A4	9	69	-	1	1	17	44	480	546	228	96	16	2	1
A5	-	37	-	-	-	2	60	35	117	114	85	18	1	-
A6	-	29	-	-	-	1	14	27	249	18	2	9	1	-
A7	-	-	2	-	1	7	6	47	116	-	-	1	1	-
Summe...	61	329	42	47	42	333	1.189	2.926	3.401	3.629	3.881	687	364	94
Angestellte gem VB Gesetz (VB A/I)														
a	1	-	10	9	1	-	97	51	145	454	58	89	28	4
b	2	5	2	2	-	-	236	93	397	1.448	79	45	35	6
c	2	3	5	8	1	-	368	164	721	1.810	65	92	53	6
d	3	14	3	25	3	3	415	1.267	766	677	125	118	11	3
e	-	1	3	7	-	2	33	67	226	26	-	1	3	2
Summe...	8	23	23	51	5	5	1.149	1.642	2.255	4.415	327	345	130	21
Arbeiter gem. VB Gesetz (VB A/II)														
p1	-	-	-	-	-	-	8	10	3	39	-	1	-	-
p2	-	-	-	1	-	-	10	71	99	110	1	-	-	-
p3	-	4	1	3	-	-	59	153	113	185	7	21	3	-
p4	4	11	-	-	-	-	59	123	528	315	-	48	2	-
p5	-	11	5	8	-	7	26	561	855	31	3	-	-	-
Summe...	4	26	6	12	-	7	162	918	1.598	680	11	70	5	-
Richter, Richteramtsanwärter und Staatsanwälte														
Richter	-	-	-	62	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Richteramtsanwärter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	62	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Universitäts-(Hochschul-)lehrer														
o. Univ. (Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.689	-	-	-	-
ao. Univ. (Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	578	-	-	-	-
Univ. (Hochschul)assistenten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7.376	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9.643	-	-	-	-
Lehrer														
LPA	-	-	-	-	-	-	-	-	610	-	-	-	-	-
L1	-	-	-	-	-	-	2	-	21.554	320	-	-	-	-
L2	-	-	-	-	-	-	9	-	2.609	23	-	-	-	-
L3	-	-	-	-	-	-	-	-	7	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	11	-	24.780	343	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes														
S1	-	-	-	-	-	-	-	-	82	-	-	-	-	-
S2	-	-	-	-	-	-	-	-	151	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	233	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes														
W1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E1	-	-	-	-	-	-	-	-	724	-	-	-	-	-
E2a	-	-	-	-	-	-	-	-	11.270	-	-	-	-	-
E2b	-	-	-	-	-	-	-	-	14.789	-	-	-	-	-
E2c	-	-	-	-	-	-	-	-	200	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	26.983	-	-	-	-	-

STELLENPLAN 1996

(39)

Anlage E.G Übersicht über die nach Verwendunggruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts (Gesamtübersicht)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe(Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	BMöWV		BTV	A	ÖBF	PTV		
462	174	242	1.492	672	805	162	8.585	10	1	-	-	11	8.596
246	1.376	1.222	6.010	593	1.268	91	17.020	31	6	-	-	37	17.057
97	1.807	2.235	5.210	434	1.305	150	14.963	14	5	-	-	19	14.982
18	516	2.533	156	289	735	22	5.779	-	-	-	-	-	5.779
18	79	124	98	49	201	5	1.043	-	-	-	-	-	1.043
4	29	104	39	20	155	2	703	-	-	-	-	-	703
11	14	7	11	14	41	3	282	-	-	-	-	-	282
856	3.995	6.467	13.016	2.071	4.510	435	48.375	55	12	-	-	67	48.442
57	48	38	326	47	84	23	1.570	2	-	-	-	2	1.572
43	200	74	354	140	206	16	3.383	17	2	-	-	19	3.402
374	738	138	1.652	363	526	42	7.131	49	8	-	-	57	7.188
235	964	321	934	143	439	13	6.482	-	1	-	-	1	6.483
36	26	13	75	1	40	5	567	-	-	4	-	4	571
745	1.976	584	3.341	694	1.295	99	19.133	68	11	4	-	83	19.216
-	2	96	5	27	10	-	201	-	-	2	-	2	203
2	5	240	11	94	74	1	719	-	-	4	-	4	723
16	16	305	50	140	132	3	1.211	-	-	1	-	1	1.212
21	31	48	98	199	147	-	1.634	-	-	-	-	-	1.634
3	87	6	244	55	59	-	1.961	-	1	-	-	1	1.962
42	141	695	408	515	422	4	5.726	-	1	7	-	8	5.734
-	1.704	-	-	-	-	-	1.766	-	-	-	-	-	1.766
-	185	-	-	-	-	-	185	-	-	-	-	-	185
-	212	-	-	-	-	-	212	-	-	-	-	-	212
-	2.101	-	-	-	-	-	2.163	-	-	-	-	-	2.163
-	-	-	-	-	-	-	1.689	-	-	-	-	-	1.689
-	-	-	-	-	-	-	578	-	-	-	-	-	578
-	-	-	-	-	-	-	7.376	-	-	-	-	-	7.376
-	-	-	-	-	-	-	9.643	-	-	-	-	-	9.643
-	-	-	-	5	-	-	615	-	-	-	-	-	615
-	-	-	-	198	-	-	22.074	-	-	-	-	-	22.074
-	17	26	-	117	-	-	2.801	-	-	-	-	-	2.801
-	1	-	-	1	-	-	9	-	-	-	-	-	9
-	18	26	-	321	-	-	25.499	-	-	-	-	-	25.499
-	-	-	-	-	-	-	82	-	-	-	-	-	82
-	-	-	-	-	-	-	151	-	-	-	-	-	151
-	-	-	-	-	-	-	233	-	-	-	-	-	233
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	79	-	21	-	-	-	824	-	-	-	-	-	824
-	1.991	-	2.280	-	-	-	15.541	-	-	-	-	-	15.541
-	1.152	-	963	-	-	-	16.904	-	-	-	-	-	16.904
-	-	-	-	-	-	-	200	-	-	-	-	-	200
-	3.222	-	3.264	-	-	-	33.469	-	-	-	-	-	33.469

(40)

STELLENPLAN 1996

Anlage E.G Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Gesamtübersicht)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte des militärischen Dienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MB ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZCh	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MZ ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	13	-	-	-	-
K2	-	-	-	-	-	-	-	-	2	82	3	42	-	-
K3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K4	-	-	-	-	-	-	-	-	6	12	-	-	-	-
K5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1	1	-	-
K6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-	13	-	-
Summe ...	-	-	-	-	-	-	-	-	8	111	4	56	-	-
Krankenpflegedienst gem. VB Gesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	2	322	1	42	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	13	6	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14	-	27	-	-
Summe ...	-	-	-	-	-	-	-	-	15	342	1	72	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag (Kategorie A)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (Entl. Sch. I)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (Entl. Sch. II)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27	5	-	-	-
Summe ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27	5	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvor- schriften (Kategorie A)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (Entl. Sch. I)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	-	-	-
Arbeiter (Entl. Sch. II)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	-	-	-
Summe Beamte und VB A ...	73	378	71	172	47	345	2.511	32.469	32.290	19.190	4.233	1.230	499	115

STELLENPLAN 1996

(41)

Anlage E.6 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts (Gesamtübersicht)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe(Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	BMöVV		BTV	A	ÖBF	PTV		
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
-	-	489	-	-	-	-	489	-	-	-	-	489	
-	-	2.398	-	-	-	-	2.398	-	-	-	-	2.398	
-	-	8.840	-	-	-	-	8.840	-	-	-	-	8.840	
-	-	2.235	-	-	-	-	2.235	-	-	-	-	2.235	
-	-	13.962	-	-	-	-	13.962	-	-	-	-	13.962	
-	-	52	-	-	-	-	52	-	-	-	-	52	
-	-	350	-	-	-	-	350	-	-	-	-	350	
-	-	514	-	-	-	-	514	-	-	-	-	514	
-	-	4.401	-	-	-	-	4.401	-	-	-	-	4.401	
-	-	2.492	-	-	-	-	2.492	-	-	-	-	2.492	
-	-	7.809	-	-	-	-	7.809	-	-	-	-	7.809	
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	-	13	-	-	-	-	13	
-	3	17	-	-	-	-	149	-	-	-	-	149	
-	12	29	-	-	-	-	41	-	-	-	-	41	
-	28	8	-	-	-	-	54	-	-	-	-	54	
-	-	3	-	-	-	-	6	-	-	-	-	6	
-	5	-	-	-	-	-	21	-	-	-	-	21	
-	48	57	-	-	-	-	284	-	-	-	-	284	
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
-	5	1	-	-	-	-	373	-	-	-	-	373	
-	1	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	2	
-	32	7	-	-	-	-	58	-	-	-	-	58	
-	-	3	-	-	-	-	5	-	-	-	-	5	
-	-	2	-	-	-	-	43	-	-	-	-	43	
-	37	14	-	-	-	-	481	-	-	-	-	481	
-	-	-	-	-	-	45.407	45.407	-	-	-	-	45.407	
-	-	21	-	-	-	-	21	-	-	-	-	21	
-	-	43	-	337	-	-	412	1.457	-	-	1.457	1.869	
-	-	64	-	337	-	-	433	1.457	-	-	1.457	1.890	
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	-	4	832	-	927	1.759	1.763	
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	-	4	832	-	927	1.759	1.763	
1.643	11.538	29.678	20.029	3.938	6.227	45.945	212.621	2.412	24	938	3.374	215.995	

(42)

STELLENPLAN 1996

Anlage E.G Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Gesamtübersicht)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)														
Angestellte gem. VB Gesetz (VB B/I)														
a	-	2	-	-	-	-	-	3	28	17	13	9	-	-
b	1	-	-	-	-	-	23	-	56	237	11	8	2	1
c	-	-	-	-	-	-	2	-	174	229	11	3	3	-
d	-	-	-	-	-	-	21	12	154	65	16	3	2	-
e	-	-	-	-	-	-	-	-	59	-	-	-	-	-
Summe...	1	2	-	-	-	-	46	15	471	548	51	23	7	1
Arbeiter gem. VB Gesetz (VB B/II)														
p1	-	-	-	-	-	-	3	-	-	-	-	-	-	-
p2	-	-	-	-	-	-	-	-	1	3	-	-	-	-
p3	-	-	-	-	-	-	-	1	3	-	-	-	-	-
p4	-	-	-	-	-	-	26	4	81	3	-	3	-	-
p5	-	-	-	-	-	-	2	459	774	12	14	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	31	464	857	21	14	3	-	-
Krankenpflagedienst														
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	2	33	3	1	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	2	36	3	1	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag (Kategorie B)														
Angestellte (Entl. Sch. I)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (Entl. Sch. II)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften (Kategorie B)														
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (Entl. Sch. I)	-	-	-	-	-	-	-	5	189	-	-	-	-	-
Arbeiter (Entl. Sch. II)	-	-	-	-	-	-	-	47	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	52	189	-	-	-	-	-
Summe VB B...	1	2	-	-	-	-	77	531	1.519	610	68	27	7	1
Gesamtsumme Beamte und VB...	74	380	71	172	47	345	2.588	33.000	33.809	19.800	4.301	1.257	506	116
Jugendliche Bedienstete (JAL)														
Jugendliche Vertragsbedienstete ...	-	-	-	-	-	-	13	18	20	237	-	2	2	-
Anlernkräfte	-	-	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge	-	-	-	-	-	-	-	-	-	223	-	2	-	-
Summe JAL...	-	-	-	-	-	-	34	18	20	460	-	4	2	-
Gesamtsumme einschließlich JAL...	74	380	71	172	47	345	2.622	33.018	33.829	20.260	4.301	1.261	508	116
Normplanstellen (LwSt)														
	-	-	-	-	-	-	-	-	9.018	704	-	-	-	-

STELLENPLAN 1996

(43)

Anlage E.6 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Gesamtübersicht)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits- verw.	Bundesbetriebe(Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	BMöWV		BTV	A	ÖBF	PTV		
-	11	16	1	-	-	1	101	-	-	-	-	-	101
4	2	2	4	-	5	1	357	-	-	-	-	-	357
1	14	1	53	14	4	1	510	-	-	-	-	-	510
46	110	46	112	62	16	3	668	-	-	-	-	-	668
1	-	-	-	-	-	-	60	-	-	-	-	-	60
52	137	65	170	76	25	6	1.696	-	-	-	-	-	1.696
-	-	-	-	-	-	-	3	-	-	-	-	-	3
-	-	-	-	1	-	-	5	-	-	-	-	-	5
-	-	-	-	-	-	-	5	-	-	-	-	-	5
1	4	-	1	1	-	-	124	-	-	-	-	-	124
7	113	37	133	3	38	-	1.592	-	-	-	-	-	1.592
8	117	37	134	5	38	-	1.729	-	-	-	-	-	1.729
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	39	-	-	-	-	-	39
-	-	-	-	-	-	-	3	-	-	-	-	-	3
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	42	-	-	-	-	-	42
-	-	13	-	1.556	-	-	1.574	127	-	1.272	-	1.399	2.973
-	-	13	-	1.556	-	-	1.574	127	-	1.272	-	1.399	2.973
-	-	40	45	-	-	-	279	149	-	-	-	149	428
-	-	4	23	-	227	-	301	-	-	-	-	-	301
-	-	44	68	-	227	-	580	149	-	-	-	149	729
60	254	159	372	1.637	290	6	5.621	276	-	1.272	-	1.548	7.169
1.703	11.792	29.837	20.401	5.575	6.517	45.951	218.242	2.688	24	2.210	-	4.922	223.164
-	151	-	22	11	28	-	504	-	-	-	-	-	504
-	-	-	20	2	-	-	43	-	-	-	-	-	43
-	-	109	-	115	12	-	461	32	-	28	-	60	521
-	151	109	42	128	40	-	1.008	32	-	28	-	60	1.068
1.703	11.943	29.946	20.443	5.703	6.557	45.951	219.250	2.720	24	2.238	-	4.982	224.232
-	-	-	-	112	-	-	9.834	-	-	-	-	-	9.834

(44)

STELLENPLAN 1996

Anlage E.1 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgedielerten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil II. A, IV und VII)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte und ganzjährig vollbeschäftigte Bedienstete (VB A)														
Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes														
A (A1)	15	90	17	23	23	188	361	557	748	1.072	570	315	193	44
B (A2)	9	39	5	7	7	76	330	676	883	1.357	640	227	112	25
A3	28	65	18	16	10	42	330	1.104	739	840	232	101	54	24
A4	9	69	-	1	1	17	44	480	546	228	64	16	2	1
A5	-	37	-	-	-	2	60	35	117	114	51	18	1	-
A6	-	29	-	-	-	1	14	27	249	18	-	9	1	-
A7	-	-	2	-	1	7	6	47	116	-	-	1	1	-
Summe...	61	329	42	47	42	333	1.145	2.926	3.398	3.629	1.557	687	364	94
Angestellte gem VB Gesetz (VB A/I)														
a	1	-	10	9	1	-	82	46	145	454	55	89	28	4
b	2	5	2	2	-	-	229	90	397	1.308	73	45	35	6
c	2	3	5	8	1	-	368	164	721	1.810	63	92	53	6
d	3	14	3	25	3	3	412	1.240	766	677	118	118	11	3
e	-	1	3	7	-	2	33	67	226	26	-	1	3	2
Summe...	8	23	23	51	5	5	1.124	1.607	2.255	4.275	309	345	130	21
Arbeiter gem. VB Gesetz (VB A/II)														
p1	-	-	-	-	-	-	8	10	3	39	-	1	-	-
p2	-	-	-	1	-	-	10	71	99	110	1	-	-	-
p3	-	4	1	3	-	-	59	153	113	185	7	21	3	-
p4	4	11	-	-	-	-	58	123	528	315	-	48	2	-
p5	-	11	5	8	-	7	26	561	855	31	3	-	-	-
Summe...	4	26	6	12	-	7	161	918	1.598	680	11	70	5	-
Richter, Richteramtsanwärter und Staatsanwälte														
Richter	-	-	-	62	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Richteramtsanwärter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	62	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Universitäts-(Hochschul-)lehrer														
o. Univ. (Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.689	-	-	-	-
ao. Univ. (Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	578	-	-	-	-
Univ. (Hochschul)assistenten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6.599	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8.866	-	-	-	-
Lehrer														
LPA	-	-	-	-	-	-	-	-	610	-	-	-	-	-
L1	-	-	-	-	-	-	2	-	21.554	320	-	-	-	-
L2	-	-	-	-	-	-	9	-	2.609	23	-	-	-	-
L3	-	-	-	-	-	-	-	-	7	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	11	-	24.780	343	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes														
S1	-	-	-	-	-	-	-	-	82	-	-	-	-	-
S2	-	-	-	-	-	-	-	-	151	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	233	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes														
W1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E1	-	-	-	-	-	-	-	724	-	-	-	-	-	-
E2a	-	-	-	-	-	-	-	11.171	-	-	-	-	-	-
E2b	-	-	-	-	-	-	-	14.393	-	-	-	-	-	-
E2c	-	-	-	-	-	-	-	200	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	26.488	-	-	-	-	-	-

STELLENPLAN 1996

(45)

Anlage E.1 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgediederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil II. A, IV und VII)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits- verw.	Bundesbetriebe(Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	BMöwV		BTV	A	ÖBF	PTV		
462	174	242	1.438	672	800	160	8.164	10	1	-	-	11	8.175
246	1.376	1.222	5.815	593	1.249	89	14.983	31	6	-	-	37	15.020
97	1.807	2.235	4.715	434	1.223	149	14.263	14	5	-	-	19	14.282
18	516	2.533	140	289	645	22	5.641	-	-	-	-	-	5.641
18	79	124	65	49	161	5	936	-	-	-	-	-	936
4	29	104	34	20	151	2	692	-	-	-	-	-	692
11	14	7	9	14	39	3	278	-	-	-	-	-	278
856	3.995	6.467	12.216	2.071	4.268	430	44.957	55	12	-	-	67	45.024
48	48	38	259	47	82	23	1.469	2	-	-	-	2	1.471
40	200	74	175	140	200	16	3.039	17	2	-	-	19	3.058
374	738	138	1.297	363	519	42	6.767	49	8	-	-	57	6.824
229	964	321	772	143	433	13	6.271	-	1	-	-	1	6.272
36	26	13	75	1	40	5	567	-	-	4	-	4	571
727	1.976	584	2.578	694	1.274	99	18.113	68	11	4	-	83	18.196
-	2	96	4	27	10	-	200	-	-	2	-	2	202
2	5	240	7	94	74	1	715	-	-	4	-	4	719
16	16	305	42	140	132	3	1.203	-	-	1	-	1	1.204
21	31	48	98	199	146	-	1.632	-	-	-	-	-	1.632
3	87	6	242	55	59	-	1.959	-	1	-	-	1	1.960
42	141	695	393	515	421	4	5.709	-	1	7	-	8	5.717
-	1.704	-	-	-	-	-	1.766	-	-	-	-	-	1.766
-	185	-	-	-	-	-	185	-	-	-	-	-	185
-	212	-	-	-	-	-	212	-	-	-	-	-	212
-	2.101	-	-	-	-	-	2.163	-	-	-	-	-	2.163
-	-	-	-	-	-	-	1.689	-	-	-	-	-	1.689
-	-	-	-	-	-	-	578	-	-	-	-	-	578
-	-	-	-	-	-	-	6.599	-	-	-	-	-	6.599
-	-	-	-	-	-	-	8.866	-	-	-	-	-	8.866
-	-	-	-	5	-	-	615	-	-	-	-	-	615
-	-	-	-	198	-	-	22.074	-	-	-	-	-	22.074
-	17	26	-	117	-	-	2.801	-	-	-	-	-	2.801
-	1	-	-	1	-	-	9	-	-	-	-	-	9
-	18	26	-	321	-	-	25.499	-	-	-	-	-	25.499
-	-	-	-	-	-	-	82	-	-	-	-	-	82
-	-	-	-	-	-	-	151	-	-	-	-	-	151
-	-	-	-	-	-	-	233	-	-	-	-	-	233
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	79	-	21	-	-	-	824	-	-	-	-	-	824
-	1.991	-	2.280	-	-	-	15.442	-	-	-	-	-	15.442
-	1.152	-	963	-	-	-	16.508	-	-	-	-	-	16.508
-	-	-	-	-	-	-	200	-	-	-	-	-	200
-	3.222	-	3.264	-	-	-	32.974	-	-	-	-	-	32.974

(46)

STELLENPLAN 1996

Anlage E.1 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil II. A, IV und VII)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte des militärischen Dienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MB...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZCh	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MZ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflagedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	13	-	-	-	-
K2	-	-	-	-	-	-	-	-	2	82	3	42	-	-
K3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K4	-	-	-	-	-	-	-	-	6	12	-	-	-	-
K5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1	1	-	-
K6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-	13	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	8	111	4	56	-	-
Krankenpflagedienst gem. VB Gesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	132	1	42	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	13	6	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14	-	27	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	15	152	1	72	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag (Kategorie A)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (Entl. Sch. I)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (Entl. Sch. II)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27	5	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27	5	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften (Kategorie A)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (Entl. Sch. I)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	-	-	-
Arbeiter (Entl. Sch. II)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	-	-	-
Summe Beamte und VB A...	73	378	71	172	47	345	2.441	31.939	32.287	18.083	1.891	1.230	499	115

STELLENPLAN 1996

(47)

Anlage E.1 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil II. A, IV und VII)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe(Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	BMöVV		BTV	A	ÖBF	PTV		
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	489	-	-	-	-	489	-	-	-	-	-	489
-	-	2.398	-	-	-	-	2.398	-	-	-	-	-	2.398
-	-	8.840	-	-	-	-	8.840	-	-	-	-	-	8.840
-	-	2.235	-	-	-	-	2.235	-	-	-	-	-	2.235
-	-	13.962	-	-	-	-	13.962	-	-	-	-	-	13.962
-	-	52	-	-	-	-	52	-	-	-	-	-	52
-	-	350	-	-	-	-	350	-	-	-	-	-	350
-	-	514	-	-	-	-	514	-	-	-	-	-	514
-	-	4.401	-	-	-	-	4.401	-	-	-	-	-	4.401
-	-	2.492	-	-	-	-	2.492	-	-	-	-	-	2.492
-	-	7.809	-	-	-	-	7.809	-	-	-	-	-	7.809
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	13	-	-	-	-	-	13
-	3	17	-	-	-	-	149	-	-	-	-	-	149
-	12	29	-	-	-	-	41	-	-	-	-	-	41
-	28	8	-	-	-	-	54	-	-	-	-	-	54
-	-	3	-	-	-	-	6	-	-	-	-	-	6
-	5	-	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	21
-	48	57	-	-	-	-	284	-	-	-	-	-	284
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	5	1	-	-	-	-	183	-	-	-	-	-	183
-	-	1	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	2
-	32	7	-	-	-	-	58	-	-	-	-	-	58
-	-	3	-	-	-	-	5	-	-	-	-	-	5
-	-	2	-	-	-	-	43	-	-	-	-	-	43
-	37	14	-	-	-	-	291	-	-	-	-	-	291
-	-	-	-	-	-	222	222	-	-	-	-	-	222
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	21	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	21
-	-	43	-	337	-	-	412	1.457	-	-	-	1.457	1.869
-	-	64	-	337	-	-	433	1.457	-	-	-	1.457	1.890
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	4	832	-	927	-	1.759	1.763
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	4	832	-	927	-	1.759	1.763
1.625	11.538	29.678	18.451	3.938	5.963	755	161.519	2.412	24	938	-	3.374	164.893

(48)

STELLENPLAN 1996

Anlage E.1 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil II. A, IV und VII)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMKG	BMU	BMJF
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)														
Angestellte gem. VB Gesetz (VB B/I)														
a	-	2	-	-	-	-	-	3	28	17	13	9	-	-
b	1	-	-	-	-	-	23	-	56	237	11	8	2	1
c	-	-	-	-	-	-	2	-	174	229	11	3	3	-
d	-	-	-	-	-	-	18	12	154	65	16	3	2	-
e	-	-	-	-	-	-	-	-	19	-	-	-	-	-
Summe...	1	2	-	-	-	-	43	15	431	548	51	23	7	1
Arbeiter gem. VB Gesetz (VB B/II)														
p1	-	-	-	-	-	-	3	-	-	-	-	-	-	-
p2	-	-	-	-	-	-	-	-	1	3	-	-	-	-
p3	-	-	-	-	-	-	-	1	1	3	-	-	-	-
p4	-	-	-	-	-	-	26	4	81	3	-	3	-	-
p5	-	-	-	-	-	-	2	459	774	12	14	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	31	464	857	21	14	3	-	-
Krankenpflegedienst														
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	2	33	3	1	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	2	36	3	1	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag (Kategorie B)														
Angestellte (Entl. Sch. I)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (Entl. Sch. II)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften (Kategorie B)														
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (Entl. Sch. I)	-	-	-	-	-	-	-	5	189	-	-	-	-	-
Arbeiter (Entl. Sch. II)	-	-	-	-	-	-	-	47	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	52	189	-	-	-	-	-
Summe VB B...	1	2	-	-	-	-	74	531	1.479	610	68	27	7	1
Gesamtsumme Beamte und VB...	74	380	71	172	47	345	2.515	32.470	33.766	18.693	1.959	1.257	506	116
Jugendliche Bedienstete (JAL)														
Jugendliche Vertragsbedienstete	-	-	-	-	-	-	13	18	20	237	-	2	2	-
Anlernkräfte	-	-	-	-	-	-	21	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge	-	-	-	-	-	-	-	-	-	223	-	2	-	-
Summe JAL...	-	-	-	-	-	-	34	18	20	460	-	4	2	-
Gesamtsumme einschließlich JAL...	74	380	71	172	47	345	2.549	32.488	33.786	19.153	1.959	1.261	508	116
Normplanstellen (LwSt)	-	-	-	-	-	-	-	-	9.018	704	-	-	-	-

STELLENPLAN 1996

(49)

Anlage E.1 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil II. A, IV und VII)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe(Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	BNöwV		BTV	A	ÖBF	PTV		
-	11	16	1	-	-	1	101	-	-	-	-	-	101
1	2	2	4	-	5	1	354	-	-	-	-	-	354
1	14	1	33	14	4	1	490	-	-	-	-	-	490
9	110	46	22	17	16	3	493	-	-	-	-	-	493
1	-	-	-	-	-	-	20	-	-	-	-	-	20
12	137	65	60	31	25	6	1.458	-	-	-	-	-	1.458
-	-	-	-	-	-	-	3	-	-	-	-	-	3
-	-	-	-	1	-	-	5	-	-	-	-	-	5
-	-	-	-	-	-	-	5	-	-	-	-	-	5
1	4	-	1	1	-	-	124	-	-	-	-	-	124
7	113	37	133	3	38	-	1.592	-	-	-	-	-	1.592
8	117	37	134	5	38	-	1.729	-	-	-	-	-	1.729
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	39	-	-	-	-	-	39
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	3	-	-	-	-	-	3
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	42	-	-	-	-	-	42
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	13	-	1.556	-	-	1.574	127	-	1.272	-	1.399	2.973
-	-	13	-	1.556	-	-	1.574	127	-	1.272	-	1.399	2.973
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	40	-	-	-	-	234	149	-	-	-	149	383
-	-	4	23	-	204	-	278	-	-	-	-	-	278
-	-	44	23	-	204	-	512	149	-	-	-	149	661
20	254	159	217	1.592	267	6	5.315	276	-	1.272	-	1.548	6.863
1.645	11.792	29.837	18.668	5.530	6.230	761	166.834	2.688	24	2.210	-	4.922	171.756
-	151	-	22	11	28	-	504	-	-	-	-	-	504
-	-	-	20	2	-	-	43	-	-	-	-	-	43
-	-	109	-	115	12	-	461	32	-	28	-	60	521
-	151	109	42	128	40	-	1.008	32	-	28	-	60	1.068
1.645	11.943	29.946	18.710	5.658	6.270	761	167.842	2.720	24	2.238	-	4.982	172.824
-	-	-	-	112	-	-	9.834	-	-	-	-	-	9.834

(50)

STELLENPLAN 1996

Anlage E.2 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil V)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte und ganzjährig vollbeschäftigte Bedienstete (VB A)														
Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes														
A (A1)	-	-	-	-	-	-	10	-	2	-	348	-	-	-
B (A2)	-	-	-	-	-	-	30	-	-	-	1.791	-	-	-
A3	-	-	-	-	-	-	4	-	1	-	117	-	-	-
A4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	32	-	-	-
A5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	34	-	-	-
A6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-
A7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	44	-	3	-	2.324	-	-	-
Angestellte gem VB Gesetz (VB A/I)														
a	-	-	-	-	-	-	15	-	-	-	3	-	-	-
b	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6	-	-	-
c	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-
d	-	-	-	-	-	-	-	25	-	-	7	-	-	-
e	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	15	25	-	-	18	-	-	-
Arbeiter gem. VB Gesetz (VB A/II)														
p1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Richter, Richteramtsanwärter und Staatsanwälte														
Richter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Richteramtsanwärter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Universitäts-(Hochschul-)lehrer														
o. Univ. (Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
ao. Univ. (Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Univ. (Hochschul)assistenten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrer														
LPA	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes														
S1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
S2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes														
W1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E2a	-	-	-	-	-	-	-	99	-	-	-	-	-	-
E2b	-	-	-	-	-	-	-	396	-	-	-	-	-	-
E2c	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	495	-	-	-	-	-	-

STELLENPLAN 1996

(51)

Anlage E.2 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts (Teil V)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe(Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	BMöVV		BTV	A	ÖBF	PTV		
-	-	-	54	-	5	2	421	-	-	-	-	-	421
-	-	-	195	-	19	2	2.037	-	-	-	-	-	2.037
-	-	-	495	-	82	1	700	-	-	-	-	-	700
-	-	-	16	-	90	-	138	-	-	-	-	-	138
-	-	-	33	-	40	-	107	-	-	-	-	-	107
-	-	-	5	-	4	-	11	-	-	-	-	-	11
-	-	-	2	-	2	-	4	-	-	-	-	-	4
-	-	-	800	-	242	5	3.418	-	-	-	-	-	3.418
-	-	-	67	-	2	-	87	-	-	-	-	-	87
-	-	-	179	-	6	-	191	-	-	-	-	-	191
-	-	-	355	-	7	-	364	-	-	-	-	-	364
-	-	-	162	-	6	-	200	-	-	-	-	-	200
-	-	-	763	-	21	-	842	-	-	-	-	-	842
-	-	-	1	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1
-	-	-	4	-	-	-	4	-	-	-	-	-	4
-	-	-	8	-	-	-	8	-	-	-	-	-	8
-	-	-	-	-	1	-	1	-	-	-	-	-	1
-	-	-	2	-	-	-	2	-	-	-	-	-	2
-	-	-	15	-	1	-	16	-	-	-	-	-	16
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	99	-	-	-	-	-	99
-	-	-	-	-	-	-	396	-	-	-	-	-	396
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	495	-	-	-	-	-	495

(52)

STELLENPLAN 1996

Anlage E.2 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil V)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte des militärischen Dienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MB...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZCh	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MZ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst gem. VB Gesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag (Kategorie A)														
Angestellte (Entl. Sch. I)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (Entl. Sch. II)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvor- schriften (Kategorie A)														
VB gem. Hochschulassistentengesetz														
Angestellte (Entl. Sch. I)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (Entl. Sch. II)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Beamte und VB A...	-	-	-	-	-	-	59	520	3	-	2.342	-	-	-

(54)

STELLENPLAN 1996

Anlage E.2 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil V)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VFGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMCK	BMU	BMJF
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)														
Angestellte gem. VB Gesetz (VB B/I)														
a	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
b	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
c	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
d	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
e	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter gem. VB Gesetz (VB B/II)														
p1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst														
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag (Kategorie B)														
Angestellte (Entl. Sch. I)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (Entl. Sch. II)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvor- schriften (Kategorie B)														
VB gem. Hochschulassistentengesetz														
Angestellte (Entl. Sch. I)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (Entl. Sch. II)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB B...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme Beamte und VB...	-	-	-	-	-	-	59	520	3	-	2.342	-	-	-
Jugendliche Bedienstete (JAL)														
Jugendliche Vertragsbedienstete ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe JAL...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich JAL...	-	-	-	-	-	-	59	520	3	-	2.342	-	-	-
Normplanstellen (LwSt)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

STELLENPLAN 1996

(55)

Anlage E.2 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts (Teil V)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe(Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	BMöWV		BTV	A	ÖBF	PTV		
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	20	-	-	-	20	-	-	-	-	-	20
-	-	-	90	-	-	-	90	-	-	-	-	-	90
-	-	-	110	-	-	-	110	-	-	-	-	-	110
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	110	-	-	-	110	-	-	-	-	-	110
-	-	-	1.688	-	264	45.190	50.066	-	-	-	-	-	50.066
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	1.688	-	264	45.190	50.066	-	-	-	-	-	50.066
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

(56)

STELLENPLAN 1996

Anlage E.3 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil VI)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VFGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte und ganzjährig vollbeschäftigte Bedienstete (VB. A)														
Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes														
A (A1)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B (A2)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
A7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte gem VB Gesetz (VB A/I)														
a	-	-	-	-	-	-	-	5	-	-	-	-	-	-
b	-	-	-	-	-	-	-	3	-	140	-	-	-	-
c	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
d	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	-
e	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	10	10	-	140	-	-	-
Arbeiter gem. VB Gesetz (VB A/II)														
p1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p4	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-
p5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-
Richter, Richteramtsanwärter und Staatsanwälte														
Richter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Richteramtsanwärter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Universitäts-(Hochschul-)lehrer														
o. Univ. (Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
ao. Univ. (Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Univ. (Hochschul)assistenten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	777	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	777	-	-	-	-
Lehrer														
LPA	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes														
S1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
S2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte des Exekutivdienstes														
W1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
W3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E2a	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E2b	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
E2c	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

STELLENPLAN 1996

Anlage E.3 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts (Teil VI)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe (Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	BMöWV		BTV	A	ÖBF	PTV		
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
9	-	-	-	-	-	-	14	-	-	-	-	-	14
3	-	-	-	-	-	-	153	-	-	-	-	-	153
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
6	-	-	-	-	-	-	11	-	-	-	-	-	11
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
18	-	-	-	-	-	-	178	-	-	-	-	-	178
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	777	-	-	-	-	-	777
-	-	-	-	-	-	-	777	-	-	-	-	-	777
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

(58)

STELLENPLAN 1996

Anlage E.3 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil VI)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BMWF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Beamte des militärischen Dienstes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MB02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MBU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MB...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZ02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZU02	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MZCh	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe MZ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflagedienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflagedienst gem. VB Gesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	190	-	-	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	190	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag (Kategorie A)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (Entl. Sch. I)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (Entl. Sch. II)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften (Kategorie A)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte (Entl. Sch. I)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (Entl. Sch. II)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Beamte und VB A...	-	-	-	-	-	-	11	10	-	1.107	-	-	-	-

STELLENPLAN 1996

Anlage E.3 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts (Teil VI)

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits verw.	Bundesbetriebe(Monopole)				Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	BNöwV		BTV	A	ÖBF	PTV		
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	190	-	-	-	-	-	190
-	-	-	-	-	-	-	190	-	-	-	-	-	190
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
18	-	-	-	-	-	-	1.146	-	-	-	-	-	1.146

(60)

STELLENPLAN 1996

Anlage E.3 Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts
(Teil VI)

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)							
	PRK	BGG	VFGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKA	BWVF	BMAS	BMGK	BMU	BMJF
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)														
Angestellte gem. VB Gesetz (VB B/I)														
a	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
b	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
c	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
d	-	-	-	-	-	-	3	-	-	-	-	-	-	-
e	-	-	-	-	-	-	-	-	40	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	3	-	40	-	-	-	-	-
Arbeiter gem. VB Gesetz (VB B/II)														
p1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Krankenpflegedienst														
k1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
k6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag (Kategorie B)														
Angestellte (Entl. Sch. I)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (Entl. Sch. II)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvor- schriften (Kategorie B)														
VB gem. Hochschulassistentengesetz														
Angestellte (Entl. Sch. I)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (Entl. Sch. II)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB B...	-	-	-	-	-	-	3	-	40	-	-	-	-	-
Gesamtsumme Beamte und VB...	-	-	-	-	-	-	14	10	40	1.107	-	-	-	-
Jugendliche Bedienstete (JAL)														
Jugendliche Vertragsbedienstete ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anlernkräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lehrlinge	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe JAL...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich JAL...	-	-	-	-	-	-	14	10	40	1.107	-	-	-	-
Normplanstellen (LwSt)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

(62)

STELLENPLAN 1996

Anlage F. G

Summarische Gesamtübersicht des Stellenplanes
(ohne Teil IV)

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamte
A1	47	73	169	529	786	1.042	1.580	1.522	2.102	690	8.540
A2		26	318	1.095	1.454	3.241	3.586	6.258	757	266	17.001
A3		15	153	275	2.531	1.664	2.302	5.043	2.429	570	14.982
A4								1.020	1.882	2.877	5.779
A5								71	278	694	1.043
A6										703	703
A7										282	282
										Summe ...	48.330

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)	1	4						51	56	1.572	101	1.673	1.729
B (b)			5					51	56	3.402	357	3.759	3.815
C (c)										7.188	510	7.698	7.698
D (d)										6.483	668	7.151	7.151
E (e)										571	60	631	631
P1 (p1)										203	3	206	206
P2 (p2)										723	5	728	728
P3 (p3)										1.212	5	1.217	1.217
P4 (p4)										1.634	124	1.758	1.758
P5 (p5)										1.962	1.592	3.554	3.554
(I/K)										21		21	21
(II/K)										1.869	2.973	4.842	4.842
(I/R)										1.763	428	2.191	2.191
(II/R)											301	301	301
Summe...	1	4	5					102	112	28.603	7.127	35.730	35.842

Ernennungsreserve: 19 A/IX, 1.029 A/VIII, 928 B/VII, 1.252 C/V, 38 D/IV, 132 P1/IV, 11 P2/IV

STELLENPLAN 1996

(63)

Anlage F. G

Summarische Gesamtübersicht des Stellenplanes
(ohne Teil. IV)

Richter und Richteramtsanwärter	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Präsident des Verwaltunggerichtshofes.....	1
Vizepräsident des Verwaltunggerichtshofes.....	1
Senatspräsident des Verwaltunggerichtshofes.....	12
Hofrat des Verwaltunggerichtshofes.....	48
Präsident des Obersten Gerichtshofes.....	1
Vizepräsident des Obersten Gerichtshofes.....	2
Senatspräsident des Obersten Gerichtshofes.....	13
Hofrat des Obersten Gerichtshofes.....	41
Präsident des Oberlandesgerichtes.....	4
Vizepräsident des Oberlandesgerichtes.....	4
Senatspräsident des Oberlandesgerichtes.....	54
Richter des Oberlandesgerichtes.....	107
Präsident des Gerichtshofes I. Instanz.....	21
Vizepräsident des Gerichtshofes I. Instanz.....	33
Übrige Richter.....	1.424
Richteramtsanwärter.....	185
Summe...	1.951

Staatsanwälte	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Generalprokurator.....	1
Erster Generalanwalt.....	3
Generalanwalt.....	10
Leitender Oberstaatsanwalt.....	4
Erster Oberstaatsanwalt.....	4
Oberstaatsanwalt.....	11
Leitender Staatsanwalt.....	17
Erster Staatsanwalt.....	23
Staatsanwalt.....	139
Summe...	212

(64)

STELLENPLAN 1996

Anlage F. G

Summarische Gesamtübersicht des Stellenplanes
(ohne Teil IV)

Hochschullehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Ordentlicher Universitätsprofessor	1.276
Außerordentlicher Universitätsprofessor	578
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	7.148
Ordentlicher Hochschulprofessor	413
Hochschulassistent (Vertragsassistent)	228
Summe...	9.643

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
LPA	56				103			456	615
L1	699	12	14	4	213	7	8	21.117	22.074
L2	35				2	101		2.663	2.801
L3								9	9
Summe...	790	12	14	4	318	108	8	24.245	25.499

Beamte des Schulaufsichtsdienstes	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
S1 (Landesschulinspektor)	82
S2 (Bezirks(Berufs)schulinspektor)	151
Summe...	233

Ernennungsreserve: 6 W1/VIII, 28 W1/VII, 178 W2/V(3), 174 W2/IV(3), 251 W2(2)

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe Beamte
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
E1	4	4	21	31	66	80	115	130	202	148	19	4	824
E2a					309	784	1.500	1.944	3.243	3.232	3.709	820	15.541
E2b												16.904	16.904
E2c												200	200
Summe ...													33.469

Ernennungsreserve: 123 H1/VIII, 6 H2/VIII, 232 H2/VII

STELLENPLAN 1996

(65)

Anlage F.G

Summarische Gesamtübersicht des Stellenplanes
(ohne Teil IV)

Militärischer Dienst	Funktionsgruppe												Summe	
	Verwendungsgruppe	9	8	7	6	5	4	3	2	1a	1b	1	GL	Beamte
MB01	1	3	17	34	57	71	89	83				114	20	489
MB02	11	41	67	154	418	88	325	530	261	410			93	2.398
MBU01			7	64	130	753	2.336	1.448				3.681	421	8.840
MBU02								550				1.672	13	2.235
													Summe ...	13.962
MZ01								2				10	40	52
MZ02								20	30	90			210	350
MZU01								34				161	319	514
MZU02								207				779	3.415	4.401
MZCh													2.492	2.492
													Summe ...	7.809

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe										Summe Beamte	
	PT1 - PT5								PT5, PT7, PT8			übrige Beamte
	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B			
Verwendungsgruppe												
PT1	66	55	72	134		107	5				4	443
PT2	13	278	260	159	361	458	214				2	1.745
PT3		1.009	481	2.676		757						4.923
PT4		564									3.825	4.389
PT5		380						3.541	96	3.981	7.998	
PT6											6.038	6.038
PT7								548	2.086	3.314	5.948	
PT8								831	3.308	9.017	13.156	
PT9										767	767	
Summe ...	79	2.286	813	2.969	361	1.322	219	4.920	5.490	26.948	45.407	

(66)

STELLENPLAN 1996

Anlage F. G

Summarische Gesamtübersicht des Stellenplanes
(ohne Teil IV)

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe							
K1 (k1)		13	13				13
K2 (k2)		149	149	373	39	412	561
K3 (k3)		41	41	2		2	43
K4 (k4)		54	54	58	3	61	115
K5 (k5)		6	6	5		5	11
K6 (k6)		21	21	43		43	64
Summe...		284	284	481	42	523	807

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Gesamtsumme 01-78...	186.911	29.084	7.169	36.253	223.164

STELLENPLAN 1996

(67)

Anlage F.1

Summarische Übersicht zum Teil II.A des Stellenplanes

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe										Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	Beamate
A1	46	71	165	510	766	974	1.538	1.489	2.046	515	8.120
A2		21	303	1.063	1.394	3.102	3.255	4.861	709	256	14.964
A3		14	108	237	2.462	1.636	2.274	4.752	2.241	558	14.282
A4								994	1.864	2.783	5.641
A5								69	271	596	936
A6										692	692
A7										278	278
										Summe ...	44.913

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamate der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamate	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamate		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
A (a)		4						51	55	1.471	101	1.572	1.627
B (b)			5					51	56	3.058	354	3.412	3.468
C (c)										6.824	490	7.314	7.314
D (d)										6.272	493	6.765	6.765
E (e)										571	20	591	591
P1 (p1)										202	3	205	205
P2 (p2)										719	5	724	724
P3 (p3)										1.204	5	1.209	1.209
P4 (p4)										1.632	124	1.756	1.756
P5 (p5)										1.960	1.592	3.552	3.552
(I/K)										21		21	21
(II/K)										1.869	2.973	4.842	4.842
(I/R)										1.763	383	2.146	2.146
(II/R)											278	278	278
Summe...		4	5					102	111	27.566	6.821	34.387	34.498

Ernennungsreserve: 19 A/IX, 990 A/VIII, 908 B/VII, 1.193 C/V, 38 D/IV, 123 P1/IV, 11 P2/IV

(68)

STELLENPLAN 1996

Anlage F.1

Summarische Übersicht zum Teil II.A des Stellenplanes

Richter und Richteramtsanwärter	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Präsident des Verwaltungsgerichtshofes.....	1
Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofes.....	1
Senatspräsident des Verwaltungsgerichtshofes.....	12
Hofrat des Verwaltungsgerichtshofes.....	48
Präsident des Obersten Gerichtshofes.....	1
Vizepräsident des Obersten Gerichtshofes.....	2
Senatspräsident des Obersten Gerichtshofes.....	13
Hofrat des Obersten Gerichtshofes.....	41
Präsident des Oberlandesgerichtes.....	4
Vizepräsident des Oberlandesgerichtes.....	4
Senatspräsident des Oberlandesgerichtes.....	54
Richter des Oberlandesgerichtes.....	107
Präsident des Gerichtshofes I. Instanz.....	21
Vizepräsident des Gerichtshofes I. Instanz.....	33
Übrige Richter.....	1.424
Richteramtsanwärter.....	185
Summe...	1.951

Staatsanwälte	Beamte
Planstelle (Amtstitel)	
Generalprokurator.....	1
Erster Generalanwalt.....	3
Generalanwalt.....	10
Leitender Oberstaatsanwalt.....	4
Erster Oberstaatsanwalt.....	4
Oberstaatsanwalt.....	11
Leitender Staatsanwalt.....	17
Erster Staatsanwalt.....	23
Staatsanwalt.....	139
Summe...	212

STELLENPLAN 1996

(69)

Anlage F.1

Summarische Übersicht zum Teil II.A des Stellenplanes

Hochschullehrer (Vertragsassistenten)	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
Ordentlicher Universitätsprofessor	1.276
Außerordentlicher Universitätsprofessor	578
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	6.371
Ordentlicher Hochschulprofessor	413
Hochschulassistent (Vertragsassistent)	228
Summe...	8.866

Lehrer	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter		
Verwendungsgruppe									
LPA	56				103			456	615
L1	699	12	14	4	213	7	8	21.117	22.074
L2	35				2	101		2.663	2.801
L3								9	9
Summe...	790	12	14	4	318	108	8	24.245	25.499

Beamte des Schulaufsichtsdienstes	Beamte
Verwendungsgruppe (Amtstitel)	
S1 (Landesschulinspektor)	82
S2 (Bezirks(Berufs)schulinspektor)	151
Summe...	233

Ernennungsreserve: 6 W1/VIII, 28 W1/VII, 178 W2/V(3), 174 W2/IV(3), 251 W2(2)

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe Beamte
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
Verwendungsgruppe													
E1	4	4	21	31	66	80	115	130	202	148	19	4	824
E2a					309	784	1.499	1.943	3.234	3.208	3.667	798	15.442
E2b												16.508	16.508
E2c												200	200
Summe ...													32.974

Ernennungsreserve: 123 H1/VIII, 6 H2/VIII, 232 H2/VII

(70)

STELLENPLAN 1996

Anlage F.1

Summarische Übersicht zum Teil II.A des Stellenplanes

Militärischer Dienst	Funktionsgruppe												Summe
	9	8	7	6	5	4	3	2	1a	1b	1	GL	Beamte
MB01	1	3	17	34	57	71	89	83			114	20	489
MB02	11	41	67	154	418	88	325	530	261	410		93	2.398
MBU01			7	64	130	753	2.336	1.448			3.681	421	8.840
MBU02								550			1.672	13	2.235
												Summe ...	13.962
MZ01								2			10	40	52
MZ02								20	30	90		210	350
MZU01								34			161	319	514
MZU02								207			779	3.415	4.401
MZCh												2.492	2.492
												Summe ...	7.809

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe										Summe Beamte
	PT1 - PT5							PT5, PT7, PT8		übrige Beamte	
Verwendungsgruppe	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B		
PT1.....	3		2	6		1					12
PT2.....		8	20	1	12	5	17				63
PT3.....		13		65							78
PT4.....										24	24
PT5.....								20		8	28
PT6.....										14	14
PT7.....										1	1
PT8.....										2	2
Summe....	3	21	22	72	12	6	17	20		49	222

STELLENPLAN 1996

(71)

Anlage F.1

Summarische Übersicht zum Teil II.A des Stellenplanes

Krankpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe							
K1 (k1)		13	13				13
K2 (k2)		149	149	183	39	222	371
K3 (k3)		41	41	2		2	43
K4 (k4)		54	54	58	3	61	115
K5 (k5)		6	6	5		5	11
K6 (k6)		21	21	43		43	64
Summe...		284	284	291	42	333	617

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Gesamtsumme 01-78...	137.036	27.857	6.863	34.720	171.756

(72)

STELLENPLAN 1996

Anlage F.2

Summarische Übersicht zum Teil V des Stellenplanes

Allgemeiner Verwaltungsdienst	Funktionsgruppe											Summe Beamte
	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL		
A1	1	2	4	19	20	68	42	33	56	175	420	
A2		5	15	32	60	139	331	1.397	48	10	2.037	
A3		1	45	38	69	28	28	291	188	12	700	
A4								26	18	94	138	
A5								2	7	98	107	
A6										11	11	
A7										4	4	
	Summe ...											3.417

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)	1								1	87		87	88
B (b)										191		191	191
C (c)										364	20	384	384
D (d)										200	90	290	290
P1 (p1)										1		1	1
P2 (p2)										4		4	4
P3 (p3)										8		8	8
P4 (p4)										1		1	1
P5 (p5)										2		2	2
Summe...	1								1	858	110	968	969

Ernennungsreserve: 39 A/VIII, 20 B/VII, 59 C/V, 9 P1/IV

Exekutivdienst	Funktionsgruppe												Summe Beamte
	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	GL	
E2a							1	1	9	24	42	22	99
E2b												396	396
	Summe ...												495

STELLENPLAN 1996

(73)

Anlage F.2

Summarische Übersicht zum Teil V des Stellenplanes

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe										Summe Beamte	
	PT1 - PT5								PT5, PT7, PT8			übrige Beamte
	S	1	1b	2	2b	3	3b	A	B			
Verwendungsgruppe												
PT1.....	63	55	70	128		106	5				4	431
PT2.....	13	270	240	158	349	453	197				2	1.682
PT3.....		996	481	2.611		757						4.845
PT4.....		564									3.801	4.365
PT5.....		380						3.521	96	3.973		7.970
PT6.....											6.024	6.024
PT7.....								548	2.086	3.313		5.947
PT8.....								831	3.308	9.015		13.154
PT9.....											767	767
Summe....	76	2.265	791	2.897	349	1.316	202	4.900	5.490	26.899		45.185

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Gesamtsumme 01-78...	49.098	858	110	968	50.066

(74)

STELLENPLAN 1996

Anlage F.3

Summarische Übersicht zum Teil VI des Stellenplanes

Allgem. Verwaltung und handwerkkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										14		14	14
B (b)										153	3	156	156
D (d)										11	85	96	96
E (e)											40	40	40
P4 (p4)										1		1	1
(I/R)											45	45	45
(II/R)											23	23	23
Summe...										179	196	375	375

Hochschullehrer (Vertragsassistenten)	Beamte	
Verwendungsgruppe (Amtstitel)		
Universitätsassistent (Vertragsassistent)		777
Summe...		777

Krankenpflagedienst	Beamte der Verwendungsgruppe		Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
				übrige Beamte	VB A			VB B
Verw. (Entl.)gruppe								
K2 (k2)					190		190	
Summe...					190		190	

	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Gesamtsumme 01-78...	777	369	196	565	1.342

STELLENPLAN 1996

Erläuterungen zum Stellenplan für das Jahr 1996

ABSCHNITT I

Dem Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1996 (Bundesvoranschlag 1996) ist als Anlage III der Stellenplan angeschlossen, der seit dem Bundesvoranschlag 1990 eine erweiterte Gliederung enthält, die dem von der Bundesregierung angestrebten Prinzip der Budgetklarheit wesentlich entgegenkommt.

Diese erweiterte Gliederung stellt sich wie folgt dar:

- Teil I Allgemeiner Teil
- Teil II Planstellen für Bundesbedienstete
 - Abschnitt A, Planstellenverzeichnis
 - Abschnitt B, Ernennungsreserve
- Teil IV Planstellenverzeichnis für jugendliche Bundesbedienstete
- Teil V Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden
- Teil VI Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbar Ausmaß beschäftigt werden
- Teil VII Verzeichnis der Bundesbediensteten, für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist

Der Teil III wird seit der Ausgliederung der Österreichischen Bundesbahnen aus dem Bundeshaushalt nicht mehr geführt.

Zu den einzelnen Teilen des Stellenplanes ist anzumerken:

Der Teil I, Allgemeiner Teil, wurde im Zuge der generellen Neustrukturierung des Stellenplanes einem neuen systematischen Aufbau und einer sprachlichen Neufassung unterzogen. Die Punkte 1 bis 10 wurden so gefaßt, daß eine inhaltliche Bereinigung der zu regelnden Themenkreise erreicht werden konnte.

Punkt 1 umschreibt die Gliederung des Stellenplanes und beinhaltet grundsätzliche Regeln für die Planstellenveranschlagung.

Punkt 2 regelt die Besetzung von Planstellen über den im Stellenplan festgesetzten Stand. Hier ist auf die seit dem Bundesvoranschlag 1990 bestehende Neufassung des Absatzes 1 besonders zu verweisen. Diese sieht vor, daß jede Abdeckung eines Personalmehrbedarfes der Bewilligung durch den Bundesfinanzgesetzgeber bedarf.

Die Bundesregierung setzte im Jahr 1995 ein arbeitsmarktpolitisches Signal für die Beschäftigung von älteren arbeitslosen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Hiefür stehen derzeit 150 Planstellen zusätzlich zur Verfügung, die um weitere 50 Planstellen auf insgesamt 200 Planstellen aufgestockt werden sollen.

Da auch die Integration Behinderter in die Arbeitswelt zu den Schwerpunkten der Bundesregierung zählt, wurden die hiefür zur Verfügung stehenden Planstellen um weitere 50 auf 400 Planstellen erhöht.

Punkt 3 legt die Grundsätze für die Bindung von Planstellen fest.

Punkt 4 regelt die Aufnahme von Ersatzkräften. Weiters mußten die Bestimmungen des § 15c des Mutterschutzgesetzes und des § 8 des Eltern-Karenzurlaubsgesetzes für die Inanspruchnahme von Teilzeitbeschäftigten berücksichtigt werden.

Im Punkt 5 wird festgelegt, daß bei Ausgliederungsmaßnahmen, im Falle der Inanspruchnahme von Karenzurlauben, keine Ersatzkräfte aufgenommen werden dürfen.

Im Punkt 6 wird das Verfahren für die Umwandlung von Planstellen festgelegt.

Die Bestimmungen des Punktes 7 legen die Grundsätze für die Handhabung der Ernennungsreserve fest.

Der Punkt 8 regelt die Bewirtschaftung des Personalbedarfs für Vertragslehrer, wobei die Rahmenbedingungen hiefür durch die Festlegung von Gesamtjahresarbeitsleistungen in Stunden vorgegeben werden.

Der Teil II enthält die Planstellen für Bundesbedienstete, wobei im Abschnitt A, Planstellenverzeichnis, jene Planstellen enthalten sind, die den einzelnen Ressorts für die Vollziehung der ihnen übertragenen Aufgaben zur Verfügung stehen, und zwar in jenem Umfang, der in seiner Gesamtzahl (ausgewiesen in den Spalten „Summe Beamte“, „Summe Vertragsbedienstete“, „Gesamtsumme“) nicht überschritten werden darf.

Im Abschnitt B, Ernennungsreserve, sind die zentral zu verwaltenden Rahmenvorsorgen für die Ernennung von Bundesbeamten bestimmter Besoldungsgruppen festgelegt, soweit die Planstelleneinhaber von ihrem Optionsrecht in das neue Besoldungssystem noch keinen Gebrauch gemacht haben. Dadurch tritt aber keine Planstellenvermehrung ein. Die solcherart zum Stichtag 1. August 1995 aus

(76)

STELLENPLAN 1996

Erläuterungen zum Stellenplan für das Jahr 1996

der Ernennungsreserve zugewiesenen Planstellen sind im Abschnitt A, Planstellenverzeichnis, in einer gesonderten Zeile als Informationsdatum ausgewiesen.

Der Teil IV, Planstellenverzeichnis der jugendlichen Bundesbediensteten, enthält jene Planstellen für jugendliche Vertragsbedienstete, Anlernkräfte und Lehrlinge, die den einzelnen Planstellenbereichen für das Budgetjahr 1996 zusystemisiert sind.

Im Teil V, Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von einem anderen Rechtsträger ersetzt werden, wird jenes Personal zusammengefaßt, für das dem Bund tatsächlich keine Personalkosten entstehen.

Im Teil VI, Planstellenverzeichnis der Bundesbediensteten, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbarrem Ausmaß beschäftigt werden, sind jene Personalkapazitäten ausgewiesen, für die in der Vergangenheit im Wege der Aufnahme von Vertragsbediensteten über den Stand durch Beschluß der Bundesregierung eine entsprechende Bedeckung erreicht werden mußte.

Diese nunmehr gewählte Art der Darstellung dient ebenfalls der Budgetklarheit und soll überdies sicherstellen, daß vom Bundesfinanzgesetzgeber, über den Teil II.A des Stellenplanes hinaus, jene personellen Rahmenvorgaben festgelegt werden, deren tatsächliches Ausmaß zum Zeitpunkt der Erstellung des Stellenplanes nicht genau festlegbar ist. Im wesentlichen handelt es sich hier um Urlaubersatzkräfte und solche Personalbedürfnisse, wie sie zur Erprobung neuer Konzepte erforderlich sind.

Der Teil VII, Verzeichnis für Bundesbedienstete, für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist, soll gewährleisten, daß für jene Bereiche, in denen aufgrund ressortspezifischer Gegebenheiten keine Deckung mit dem Budgetjahr erreicht werden kann (Studienjahr, Schuljahr), die Personalkapazität so festgelegt wird, daß die Bewirtschaftung auch unter wechselnden Bedingungen möglich ist. Es kann zB während eines Schuljahres ein und dieselbe Leistung (Supplierung einer Unterrichtsstunde) als Mehrleistung zu werten sein (wenn sie von einem vollbeschäftigten Lehrer erbracht wird) oder eine stellenplanpflichtige Leistung ergeben, wenn sie von einem teilbeschäftigten Lehrer als zusätzliche Unterrichtsstunde zu leisten ist.

Die Umrechnung auf die Normplanstelle, unter Zugrundelegung von 20 Werteinheiten für eine volle Lehrverpflichtung, dient nur der budgetären Veranschlagung und sagt nichts über die tatsächliche Beschäftigung physischer Personen aus. Durch das Auseinanderfallen des Schuljahres mit dem Budgetjahr — ein Schuljahr teilt sich auf zwei Budgetjahre auf — kommt es zu einer rechnerisch unterschiedlichen Budgetauswirkung. Jedes Schuljahr belastet rechnerisch ein Budgetjahr nur zu einem Drittel (1. 9.—31. 12.) und das darauf folgende Budgetjahr zu zwei Drittel (1. 1.—30. 8.). Dadurch tritt aber keine Planstellenvermehrung ein. Die Normplanstelle ist daher nur eine dem Budgetvollzug dienende Rechengröße.

Zusammenfassend wird abermals darauf verwiesen, daß eine Veränderung des Stellenplanes nur mehr im Gesetzeswege erfolgen kann.

ABSCHNITT II

Die Bundesregierung will bei der von ihr verfolgten Budgetkonsolidierung auch auf dem Personalsektor eine restriktive und sparsame Politik weiterverfolgen. Diese Bemühungen sind durch die laufende Überprüfung von Betriebskonzepten auf ihre Gültigkeit und von Verwaltungsabläufen auf ihre Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit gekennzeichnet. Es werden dabei alle sich bietenden Rationalisierungsmaßnahmen ausgenützt.

Bei den Einsparungsbemühungen wurden weitere Schritte gesetzt, die den Intentionen der Bundesregierung nach Ausgliederung jener Bereiche entgegenkommen, deren Aufgaben nicht unbedingt im Rahmen der Bundesverwaltung zu besorgen sind.

Im Teil I., Allgemeiner Teil, waren bis zum Jahr 1995 Planstellenvorsorgen für bestimmte Zwecke der Aufgabenbesorgung einzelner Bundesministerien vorgesehen. Diese Vorgangsweise führte in der Vergangenheit immer wieder zu Differenzen zwischen dem veranschlagten Stand im Teilheft und dem Sollstand im Stellenplan. Um diese Differenzen zu beseitigen, werden insgesamt 951 im Teil I. veranschlagte Planstellen ab dem Stellenplan 1996 dem Teil II.A zugerechnet und somit eine der Veranschlagung im Teilheft entsprechende Bereinigung geschaffen.

Von dieser Maßnahme bleiben aber die zusätzlichen Planstellen für Behinderte und ältere Arbeitslose unberührt, weil es sich dabei um zentral zu betreuende soziale Projekte der Wiedereingliederung in die Arbeitswelt handelt, die keinem Ressort konkret zuordenbar sind. Diese Planstellen bleiben weiterhin in der Administration des Bundeskanzleramtes.

Somit muß man rein rechnerisch zu den Zahlen des Stellenplanes 1995, d. s. 248.871, jene 951 Planstellen des Allgemeinen Teiles hinzurechnen, um auf den tatsächlichen Ressourcenumfang zu kommen. Tatsächlich standen somit für 1995 249.822 Planstellen zur Verfügung.

STELLENPLAN 1996

Erläuterungen zum Stellenplan für das Jahr 1996

Demgegenüber weist der Stellenplan 1996 nur mehr 234.066 Planstellen aus. Daraus ergibt sich eine Differenz von 15.756 Planstellen. Diese Differenz ergibt sich aus Einsparungen von insgesamt 5.415 Planstellen, aus Vermehrungen von 198 Planstellen und der Ausgliederung der Post- und Telegraphenverwaltung, wodurch sich eine Reduktion um weitere 10.539 Planstellen für Vertragsbedienstete ergibt, die aber nicht auf die Einsparungsquote anzurechnen sind.

Eine Gegenüberstellung der Einsparungen und des unabweislichen Mehrbedarfs ergibt folgendes Bild:

Bereich	Einsparung	Vermehrung
Präsidentschaftskanzlei	- 1	
Verfassungsgerichtshof		+ 3
Volksanwaltschaft		+ 1
Bundeskanzleramt	- 55	
BM für Inneres	- 510	
BM für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	- 584	+ 17
BM für Wissenschaft, Forschung und Kunst	- 491	+ 50
BM für Arbeit und Soziales	- 151	
BM für Gesundheit und Konsumentenschutz	- 26	
BM für Umwelt	- 11	
BM für Jugend und Familie	- 2	
BM für auswärtige Angelegenheiten	- 35	
BM für Justiz	- 110	+ 107
BM für Landesverteidigung	- 609	
BM für Finanzen	- 418	
BM für Land- und Forstwirtschaft	- 56	+ 14
BM für wirtschaftliche Angelegenheiten	- 139	+ 6
BM für öffentliche Wirtschaft und Verkehr	- 14	
Österreichischer Bundestheaterverband	- 55	
Österreichische Bundesforste	- 148	
Post- und Telegraphenverwaltung (Beamte)	- 2 000	
SUMME:	- 5 415	+ 198

Aus dieser tabellarischen Gegenüberstellung ergibt sich bilanziell die Einsparung von 5.217 Planstellen.

Der Stellenplan für das Jahr 1996 zeigt in der Gegenüberstellung zum Stellenplan für das Jahr 1995 (auf der Basis der einzelnen Teile) im Ergebnis folgendes Bild:

	Stellenplan 1995 (***)	Stellenplan 1996 (**)	Differenz
Teil II.A	226 936	171 756	-55 180
Teil IV	3 135	1 068	- 2 067
Zwischensumme	230 071	172 824	-57 247
Teil V	5 035	50 066	+45 031
Teil VI	3 360	1 342	- 2 018
Summe II.A—VI	238 466	224 232	-14 234
Teil VII (LWStA *)	10 405	9 834	- 571
Gesamtsumme	248 871	234 066	-14 805

*) LWStA = Lehrerwochenstundenaufwand

***) inklusive 951 PSt aus dem Allgemeinen Teil

****) ohne Planstellen des Allgemeinen Teiles

(78)

S T E L L E N P L A N 1 9 9 6

Erläuterungen zum Stellenplan für das Jahr 1996

ABSCHNITT III

Zur Erläuterung der Entwicklung der Stellenpläne und der in Aussicht genommenen Planstellenvermehrungen bzw. -verminderungen sind nachstehende Übersichten angeschlossen:

Die Anlagen A.G bis A.3 enthalten eine Zusammenstellung der für das Jahr 1996 vorgesehenen Planstellen, getrennt nach Ressorts, und zwar die Anlage A.G die summarische Zusammenfassung der Anlagen A.1 bis A.3, die Anlage A.1 die Planstellen der Teile II.A und IV, wobei hier der rechnerische Wert der Normplanstellen des Teiles VII als Anmerkung in einer gesonderten Zeile ausgewiesen ist. Die Anlage A.2 enthält die diesbezügliche Zusammenstellung über die im Teil V und die Anlage A.3 jene über die im Teil VI veranschlagten Planstellen.

Die Anlagen B.G, B.1, B.2 und B.3 enthalten eine Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes 1996 zum Gesamtstellenplan 1995, die Anlagen B1.1, B1.2 und B1.3 zusätzlich getrennt nach Planstellenbereichen.

Die Anlage B.2 enthält eine Übersicht über die in den einzelnen Ressorts zum Stichtag 1. August 1995 aus der Ernennungsreserve zugewiesenen höherwertigen Planstellen.

Die Anlage C enthält eine Übersicht über die Entwicklung der Stellenpläne in den einzelnen Besoldungs- und Entlohnungsgruppen (anteilmäßige Aufgliederungen der Planstellen) in den Jahren 1938, 1959, 1965, 1970, 1980, 1986, 1987 und 1988.

Die Anlage C.1 beginnt mit dem Jahr 1989 und berücksichtigt die der Systematik der Anlage C zugrunde liegende geänderte Gesetzeslage. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden die Zahlen für das Jahr 1988 auf die geänderten Grundlagen umgerechnet und der Jahresübersicht 1989 vorangestellt.

Die Anlagen C2.G, C2.1, C2.2 und C2.3 geben die Planstellenentwicklung nach Bedienstetenkategorien ab 1990 wieder und folgen der Neustrukturierung des Stellenplanes. Da eine systematische Gegenüberstellung mit dem Jahr 1989 nur ein falsches statistisches Bild ergeben würde, wurde eine fiktive Umrechnung des Stellenplanes 1989 nicht vorgenommen.

Die Anlage D enthält eine Übersicht über die Entwicklung der einzelnen Verwaltungsbereiche in den Jahren 1959, 1965, 1970, 1975, 1978, 1979 und 1980.

Die Anlage D.1 enthält eine Übersicht über die Entwicklung der einzelnen Verwaltungszweige seit dem Jahr 1981 unter Berücksichtigung der in diesem Zeitraum eingetretenen Verschiebungen innerhalb des Stellenplanes, wodurch die tatsächliche Entwicklung der Planstellenanzahl in den einzelnen Verwaltungszweigen, vor allem in den Zentralstellen, ersichtlich ist.

Die Anlagen D2.G, D2.1, D2.2 und D2.3 beginnen mit der im Jahr 1990 erfolgten systematischen Neugliederung des Stellenplanes und werden künftighin die Entwicklung der Planstellen in den einzelnen Verwaltungszweigen so wie bisher dokumentieren. Zum besseren Verständnis der Anlagen D.1, D2.1, D2.2. und D2.3 ist eine Aufstellung angeschlossen, die eine Zuordnung der einzelnen Planstellenbereiche zu den Verwaltungszweigen enthält.

Die Anlagen E.G, E.1, E.2 und E.3 enthalten der neuen Systematik folgend Übersichten zum Stellenplan 1996 über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Personalkapazitäten der einzelnen Ressorts.

Die Anlagen F.G, F.1, F.2 und F.3 enthalten der neuen Systematik folgend summarische Übersichten zu den Teilen II.A, V und VI des Stellenplanes, die nach Besoldungsgruppen im Sinne des § 2 des Gehaltsgesetzes gegliedert sind.

Zu 70 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP

Anlage IV zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1996

Fahrzeugplan

für das Jahr 1996



Wien 1996
Österreichische Staatsdruckerei

FAHRZEUGPLAN FÜR DAS JAHR 1996**Inhaltsverzeichnis**

I. Abschnitt: Allgemeiner Teil	349
II. Abschnitt: Fahrzeugplan	
1. Plan der Kraftfahrzeuge	352
2. Plan der Luftfahrzeuge	358
3. Plan der Wasserfahrzeuge	360
III. Abschnitt: Fahrzeugplan (organorientierte Aufgliederung)	
1. Plan der Kraftfahrzeuge	362
2. Plan der Luftfahrzeuge	377
3. Plan der Wasserfahrzeuge	378
IV. Abschnitt: Anmerkungen	380
1. zum Plan der Kraftfahrzeuge	
2. zum Plan der Luftfahrzeuge	
3. zum Plan der Wasserfahrzeuge	

FAHRZEUGPLAN 1996

I. Abschnitt: Allgemeiner Teil

1. Gliederung des Fahrzeugplanes

(1) Der Fahrzeugplan (Abschnitt II) gliedert sich in den Plan der Kraftfahrzeuge, den Plan der Luftfahrzeuge und den Plan der Wasserfahrzeuge.

(2) Die im Plan der Kraftfahrzeuge vorgesehenen Kraftfahrzeuge werden nach den folgenden Kategorien unterschieden; die Begriffsbestimmungen leiten sich aus § 2 des Kraftfahrzeuggesetzes 1967, BGBl. Nr. 267 in der derzeit geltenden Fassung ab:

1. Personenkraftwagen Kategorie III, das sind Personenkraftwagen bis einschließlich 3 000 ccm Hubraum, die für den Bundespräsidenten, die Präsidenten des Nationalrates und des Bundesrates, den Präsidenten des Rechnungshofes, die Mitglieder der Bundesregierung einschließlich der Staatssekretäre und die Landeshauptmänner vorgesehen sind. Außerdem ist je ein Kraftfahrzeug der Kategorie III für den Verfassungsgerichtshof, Verwaltungsgerichtshof und den Obersten Gerichtshof vorgesehen.

Die festgelegte Hubraumgrenze gilt für Kraftfahrzeugmodelle in der Ausführung mit Fremdzündungsmotor. Für die gleichen Modelle in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor können die jeweiligen Hubraumgrenzen um bis zu 500 ccm überschritten werden.

Ausgenommen von der Hubraumbeschränkung ist je ein Personenkraftwagen für den Bundespräsidenten, die Präsidenten des National- und Bundesrates sowie den Bundeskanzler.

2. Personenkraftwagen Kategorie II, das sind Personenkraftwagen mit nicht mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz, die ausschließlich für die österreichischen Vertretungen im Ausland vorgesehen sind. Sie unterliegen keiner Hubraumbeschränkung, jedoch sind die Anschaffungskosten (einschließlich Zusatzausstattung) je Personenkraftwagen mit 310 000 S begrenzt.
3. Personenkraftwagen Kategorie Ia, das sind Personenkraftwagen mit nicht mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz mit einem Hubraum von 1 601 ccm bis 2 000 ccm, die nur bei jenen Organen des Bundes vorgesehen werden dürfen, die Fahrzeuge mit größerem Fassungsvermögen oder für repräsentative Zwecke der Bundesverwaltung benötigen.

Die festgelegte Hubraumgrenze gilt für Kraftfahrzeugmodelle in der Ausführung mit Fremdzündungsmotor. Für die gleichen Modelle in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor können die jeweiligen Hubraumgrenzen um bis zu 250 ccm, in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor und Katalysator um bis zu 350 ccm überschritten werden.

4. Personenkraftwagen Kategorie I, das sind Personenkraftwagen mit nicht mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz bis einschließlich 1 600 ccm Hubraum die als Dienstkraftwagen für die Bundesverwaltung vorgesehen sind.

Die festgelegte Hubraumgrenze gilt für Kraftfahrzeugmodelle in der Ausführung mit Fremdzündungsmotor. Für die gleichen Modelle in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor können die jeweiligen Hubraumgrenzen um bis zu 250 ccm, in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor und Katalysator um bis zu 350 ccm überschritten werden.

5. Fahrzeuge für betriebliche Zwecke. Zu diesen Fahrzeugen zählen:
 - a) Kombinationskraftwagen, wenn sie die Voraussetzungen für die Fahrzeug-Kategorien I, Ia und II erfüllen und soweit sie nicht als Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke im Sinne des P I Abs. 2 Z 9 lit. b erfaßt werden;
 - b) Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen mit nicht mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz bis einschließlich 2 000 ccm Hubraum, die betrieblichen oder betriebsähnlichen Zwecken dienen und als solche durch entsprechende Aufschriften an den beiden vorderen Türen oder auf Zusatztafeln gekennzeichnet sind, aus der das benützende Organ des Bundes ersichtlich sein muß. Z 4 2. Satz gilt sinngemäß;
 - c) Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen mit nicht mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz bis einschließlich 2 000 ccm Hubraum, die als Einsatzfahrzeuge Verwendung finden, wenn sie mit Warnleuchten mit blauem Licht (Blaulicht) und Vorrichtungen zum Abgeben von Warnzeichen mit aufeinanderfolgenden, verschieden hohen Tönen (Tonfolgehorn) ausgestattet sind oder für sie ein Deckkennzeichen zugewiesen ist. Z 4 2. Satz gilt sinngemäß;
 - d) Kombinationskraftwagen mit mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz mit einem Hubraum bis 2 500 ccm für Modelle in der Ausführung mit Fremdzündungsmotor und mit einem Hubraum bis 2 500 ccm für Modelle in der Ausführung mit Selbstzündungsmotor.
6. Motorräder über 50 ccm Hubraum. Hierzu zählen auch solche mit Beiwagen, ohne Rücksicht auf ihren Hubraum.
7. Lastkraftwagen mit einer Nutzlast über 1 000 kg.
8. Lastkraftwagen mit einer Nutzlast bis einschließlich 1 000 kg.
9. Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke. Hierzu zählen:
 - a) Kraftfahrzeuge, die auf Grund ihrer Bauart für den Einsatz im Gelände geeignet sind;

F A H R Z E U G P L A N 1 9 9 6**I. Abschnitt: Allgemeiner Teil**

- b) Kraftfahrzeuge für spezielle straßen- und sicherheitspolizeiliche Zwecke, soweit diese nicht bereits als Fahrzeuge für betriebliche Zwecke im Sinne des P 1 Abs. 2 Z 5 lit. a erfaßt werden;
- c) Omnibusse;
- d) Personenkraftwagen mit mehr als fünf Plätzen außer dem Lenkerplatz (Kleinbusse);
- e) Kombinationskraftwagen und Lastkraftwagen mit Laboratoriumseinrichtungen, Röntgeneinrichtungen, Meßeinrichtungen u. dgl.;
- f) Zugmaschinen (zB Radschlepper, Traktoren);
- g) Sonderkraftfahrzeuge (zB Einachszugmaschinen, Kettenschlepper);
- h) Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen mit Elektroantrieb.

(3) Die im Plan der Luftfahrzeuge vorgesehenen Luftfahrzeuge werden gemäß § 4 Abs. 2, 3 und 6 der Zivilluftfahrt-Personalverordnung (ZLPV), BGBl. Nr. 219/1958 in der derzeit geltenden Fassung, nach den folgenden Kategorien unterschieden:

1. Motorflugzeuge, Gewichtsklassen D-F, das sind ein- und mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von 5 700 kg bis 14 000 kg (Gewichtsklasse D), mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von 14 000 kg bis 20 000 kg (Gewichtsklasse E) und mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von mehr als 20 000 kg (Gewichtsklasse F);
2. Motorflugzeuge, Gewichtsklasse C, das sind mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht bis 5 700 kg;
3. Motorflugzeuge, Gewichtsklasse B, das sind einmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von 2 000 kg bis 5 700 kg;
4. Motorflugzeuge, Gewichtsklasse A, das sind einmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht bis 2 000 kg;
5. Hubschrauber;
6. Segelflugzeuge, Sitzplatzklasse b (zweisitzige und mehrsitzige, zweisitzige geflogene Segelflugzeuge);
7. Segelflugzeuge, Sitzplatzklasse a (einsitzige und zweisitzige, einsitzig geflogene Segelflugzeuge).

(4) Die im Plan der Wasserfahrzeuge vorgesehenen Wasserfahrzeuge werden nach folgenden Kategorien unterschieden:

1. Passagier- und Transportschiffe;
2. Spezialwasserfahrzeuge;
3. Innenbordmotorboote;
4. Außenbordmotorboote;
5. Boote, Zillen uä. mit Außenbordmotor.

(5) Von der Aufnahme im Abschnitt II ausgenommen sind:

- a) die im § 27 Abs. 2 BHG, BGBl. Nr. 213/1986 in der derzeit geltenden Fassung, angeführten Fahrzeuge;
- b) Motorräder, die nur vorübergehend – jährlich bis zu maximal 12 Wochen – zur ausschließlichen Verwendung im Rahmen der Fahrausbildung für Angehörige, der Exekutive behördlich zugelassen werden.

2. Verwendung der Fahrzeuge

(1) Jedes Organ des Bundes darf die für die Verwendung von Kraft-, Luft- oder Wasserfahrzeugen vorgesehenen Ausgaben nur insoweit bestreiten, als sich diese Ausgaben aus der Verwendung der im Abschnitt II zusammengefaßten Anzahl und Kategorie solcher Fahrzeuge ergeben.

(2) Ausgaben für bei einem Organ des Bundes vorhandene Fahrzeuge, die über den im Fahrzeugplan vorgesehenen Stand hinausgehen, dürfen nicht bestritten werden. Solche Fahrzeuge sind unter Angabe der Fahrzeugkategorie, der Fahrzeugtype und des Abstellplatzes ebenso wie die Wiederverwendung dem Bundesminister für Finanzen bekanntzugeben. Ausgenommen sind Ausgaben für jene Kraftfahrzeuge, die aus Anlaß von Staatsbesuchen oder Staatsempfängen anfallen, sofern die Bestimmungen in P 3 Abs. 1 eingehalten werden sowie Ausgaben anläßlich des vorübergehenden Einsatzes von Reservekraftfahrzeugen anstelle der im Abschnitt II vorgesehenen Kraftfahrzeuge der gleichen Kategorie bei der Post- und Telegraphenverwaltung.

(3) Ausgaben für aus den Vorjahren vorhandene Personenkraftwagen der Kategorie Ia, II oder III, die nicht der Kategorie der vorgesehenen Kraftfahrzeuge im Plan der Kraftfahrzeuge für das Jahr 1996 entsprechen, dürfen im Jahr 1996 bei dem gleichen Organ des Bundes nur dann bestritten werden, wenn die unverzügliche Veräußerung eines solchen Kraftfahrzeuges unwirtschaftlich wäre.

F A H R Z E U G P L A N 1 9 9 6**I. Abschnitt: Allgemeiner Teil**

(4) Ein Organ des Bundes darf die Ausgaben für den Einsatz eines bei einem anderen Organ des Bundes vorgesehenen Fahrzeuges nur dann bestreiten, wenn bei dem ersteren Organ des Bundes nach dem Einsatz des bei dem anderen Organ des Bundes vorgesehenen Fahrzeuges ein vorübergehender, unabwendbarer Bedarf besteht.

(5) An Stelle der Ausgaben für ein im Abschnitt II enthaltenes Fahrzeug dürfen die Ausgaben für ein Fahrzeug einer niedrigeren Kategorie bestritten werden. Für die betreffenden Fahrzeugkategorien gilt folgende Reihung:

- a) Bei P 1 Abs. 2 Z 1 bis 5:
Personenkraftwagen Kategorie III,
Personenkraftwagen, Kategorie II,
Personenkraftwagen, Kategorie Ia,
Personenkraftwagen, Kategorie I,
Fahrzeuge für betriebliche Zwecke;
- b) bei P 1 Abs. 2 Z 7 bis 9:
Lastkraftwagen mit einer Nutzlast über 1 000 kg,
Lastkraftwagen mit einer Nutzlast bis einschließlich 1 000 kg,
Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke;
- c) bei P 1 Abs. 3 Z 1 bis 5:
Motorflugzeuge, Gewichtsklassen D–F,
Motorflugzeuge, Gewichtsklasse C,
Motorflugzeuge, Gewichtsklasse B,
Motorflugzeuge, Gewichtsklasse A,
Hubschrauber;
- d) bei P 1 Abs. 3 Z 6 und 7:
Segelflugzeuge, Sitzplatzklasse b,
Segelflugzeuge, Sitzplatzklasse a;
- e) bei P 1 Abs. 4 Z 1 und 2:
Passagier- und Transportschiffe,
Spezialwasserfahrzeuge;
- f) bei P 1 Abs. 4 Z 3 bis 5:
Innenbordmotorboote,
Außenbordmotorboote,
Boote,
Zillen uä. mit Außenbordmotor.

(6) Anstelle der Ausgaben für ein im Abschnitt II enthaltenes und den Kategorien lt. Abschnitt I P 1 Abs. 2 Z 1 bis 5 zuzuordnendes Fahrzeug dürfen die Ausgaben für ein Fahrzeug gemäß P 1 Abs. 2 Z 9 lit. h) bestritten werden.

3. Verwendung von Fahrzeugen über den im Fahrzeugplan festgesetzten Stand

(1) Tritt im Laufe des Jahres 1996 ein unabwendbarer Mehrbedarf bezüglich eines Fahrzeuges bei einem Organ des Bundes auf, so dürfen die hierfür erforderlichen Ausgaben mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen dann bestritten werden, wenn

- a) ein gegenüber dem Fahrzeugplan zusätzliches Fahrzeug in Dienst gestellt werden muß,
- b) ein im Fahrzeugplan enthaltenes Fahrzeug eines anderen Organes des Bundes, das dem gleichen oder auch einem anderen Bundesminister untersteht, nicht zur Verfügung gestellt werden kann und
- c) seitens des Organes des Bundes, bei dem der unabwendbare Mehrbedarf bezüglich eines Fahrzeuges auftritt, die finanzielle Bedeckung der Anschaffung und des Betriebes des Fahrzeuges sichergestellt wird. Gemäß den Bestimmungen in § 27 Abs. 3 BHG, BGBl. Nr. 213/1986 in der derzeit geltenden Fassung, in Zusammenhalte mit den Ausführungen in P 4 Abs. 3 des Allgemeinen Teiles des Planes für Datenverarbeitungsanlagen hat der Bundesminister für Finanzen hierüber den mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschuß des Nationalrates einmal jährlich zu berichten.

(2) Ist der unabwendbare Mehrbedarf im Sinne des Abs. 1 dadurch bedingt, daß an Stelle eines im Fahrzeugplan enthaltenen Fahrzeuges ein Fahrzeug einer höheren Fahrzeugkategorie gemäß P 2 Abs. 5 erforderlich ist, so gilt bei Zustimmung zum Mehrbedarf im Sinne des Abs. 1 das im Fahrzeugplan enthaltene Fahrzeug der niedrigeren Kategorie als gebunden.

352

FAHRZEUGPLAN 1996

II.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraftwagen				Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw.		Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1996	Summe 1995
		Kategorie						Nutzlast				
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg			
01	Präsidentenkanzlei	*	4							4	5	
02	Bundesgesetzgebung:											
021	Nationalrat	*										
022	Bundesrat	*										
024	Parlamentsdirektion	*	5		1					6	6	
	Summe 02...		5		1					6	6	
03	Verfassungsgerichtshof		1							1	1	
04	Verwaltungsgerichtshof		1							1	1	
05	Volksanwaltschaft				1					1	1	
06	Rechnungshof		1							1	1	
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen:											
1000	Zentralleitung	*	15	1	3	1		1		21	21	
1001	Verwaltungsakademie					1				1	1	
101	Staatsarchiv und Archivamt	*						1		1	1	
102	Statistisches Zentralamt				1			1		2	2	
1075	Bundessportheime und Sporteinrichtungen	*				5		1	18	24	24	
	Summe 10...		15	1	4	7		4	18	49	49	
11	Inneres:											
1100	Zentralleitung		1		5	1	7	4	6	19	43	
1130	Bundespolizei	*			17		689	158	22	10	477	
1131	Bundespolizei (zweckgeb. Gebarung)									30	30	
1140	Bundesgendarmerie	*			9		1.737	362	19	19	949	
1141	Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung)							10		40	50	
1150	Flüchtlingsbetreuung und Integration						15		1	1	17	
1151	Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen	*								1	1	
	Summe 11...		1		31	1	2.448	530	45	36	1.517	
										4.609	4.390	

FAHRZEUGPLAN 1996

353

II.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1996	Summe 1995	
		Kategorie						Nutzlast					
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg				bis ein- schl. 1000kg
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:												
120	Bundesministerium f. Unterricht u. kulturelle Angelegenh.	1		2		2			1	6	7		
1241	Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen *					3		2	1	6	6		
1243	Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung .					2			3	5	5		
1244	Museen					6		1 2	4	13	13		
1246	Nationalbibliothek und Phonotheek					2				2	2		
1247	Bundesdenkmalamt				2	9		1	4	16	16		
1270	Allgemeinbildende höhere Schulen								6	6	6		
1271	Höhere Internatsschulen des Bundes					2			3	5	5		
1274	Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung								1	1	1		
1276	Bundesschülerheime (Allgemeinbildende)					1				1	2		
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten					4		7 7	6	24	25		
1281	Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe*								2	2	2		
1282	Handelsakademien und Handelsschulen								1	1	1		
1286	Bundesschülerheime (Berufsbildende)					1				1	1		
1293	Bundesanstalten für Leibeserziehung					3			2	5	5		
	Summe 12...	1		2	2	35			11	9	34	94	97
14	Wissenschaft und Forschung:												
140	Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	1		2		1					4	4	
1420	Universitäten			5		30		7 6	48	96	96		
1421	Universitäten (zweckgebundene Gebarung)					11			18	29	31		
1423	Bibliotheken								1	1	1		
1424	Wissenschaftliche Anstalten					4			7	11	11		
1426	Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal (betr. ähnl. Einr.)					3	1	1 1	4	10	10		
1430	Kunsthochschulen					2		1	1	4	4		
1431	Kunsthochschulen (zweckgebundene Gebarung)					1				1	1		
	Summe 14...	1		7		52	1		9	7	79	156	158
15	Soziales:												
1500	Zentraleitung		1	2							3	3	
1570	Bundessozialämter					4					4	4	
1592	Arbeitsinspektion				11	3					14	14	
	Summe 15...	1		2	11	7					21	21	

II.1 Plan der Kraftfahrzeuge
 (Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1996	Summe 1995
		Kategorie						Nutzlast				
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg			
17	Gesundheit und Konsumentenschutz:											
1700	Zentraleitung		1		2						3	3
1790	Lebensmitteluntersuchungsanstalten	*				1				1	2	2
1792	Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.									1	1	1
1795	Veterinärmedizinische Anstalten	*						2		9	11	11
	Summe 17...		1		2	1		2		11	17	17
18	Umwelt:											
180	Bundesministerium für Umwelt		1							1	2	2
1860	Umweltpolitische Maßnahmen									9	9	14
187	Umweltbundesamt									13	13	13
	Summe 18...		1							23	24	29
19	Jugend und Familie:											
190	Bundesministerium für Jugend und Familie		1								1	1
20	Äußeres:											
2000	Zentraleitung		2		4	1					7	7
201	Vertretungsbehörden			76		3	6			1	86	87
202	Diplomatische Akademie					1					1	1
203	Österreichische Kulturinstitute					2					2	2
	Summe 20...		2	76	4	7	6			1	96	97
30	Justiz:											
300	Bundesministerium für Justiz		1		2						3	3
301	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur		1								1	1
302	Justizbehörden in den Ländern	*			18	1				6	25	25
303	Justizanstalten	*				64		18		31	113	111
	Summe 30...		2		20	65		18		37	142	140
40	Militärische Angelegenheiten:											
400	Bundesministerium für Landesverteidigung		1	2	12	2					17	17
401	Heer und Heeresverwaltung	*										
4040	Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut					1					1	1
4050	Allentsteig (betriebsähnll. Einrichtung)							6		23	29	29
	Summe 40...		1	2	12	1	2	6		23	47	47

FAHRZEUGPLAN 1996

355

II.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1996	Summe 1995	
		Kategorie						Nutzlast					
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg				bis ein- schl. 1000kg
50	Finanzverwaltung:												
500	Bundesministerium für Finanzen	1		3		1		1		6	7		
5040	Dienststellen	*		6	7	119		8	3	165	308	316	
5070	Bundesrechenamt					1		1			2	2	
5071	Finanzprokuratur	*		1							1	1	
5072	Hauptpunzierungs- und Probieramt					1					1	1	
	Summe 50...	1		10	7	122		9	4	165	318	327	
60	Land- und Forstwirtschaft:												
6000	Zentraleitung	*	1	4		2				2	9	9	
6007	Gualitätskontrolle					11					11	11	
6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	*				12		1	1	30	44	46	
6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.	*				19		7	9	31	66	62	
6052	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten					5				3	8	8	
6053	Forstliche Bundesversuchsanstalt			1		5		1		17	24	24	
6055	Bundesanstalten für Milchwirtschaft					3		1			4	4	
6057	Bundesanstalten für Tierzucht					2		2		1	5	5	
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft					4		1	1	4	10	10	
6059	Bundesanstalt für Landtechnik					3			1	8	12	12	
6072	Forstliche Ausbildungsstätten	*				2		1		11	14	14	
6080	Wildbach- und Lawinerverbauungsdienst			7							7	7	
6091	Bundesstellereiinspektion					32					32	32	
6093	Bundesgärten	*				2		6	4	11	23	23	
6094	Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule					1	1			8	10	10	
6095	Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften	*				7	3	3	7	79	99	103	
6096	Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste ...	*				2				11	13	13	
6099	Bauhöfe					56		18	21	77	172	172	
	Summe 60...	1		12		168	4	41	44	293	563	565	
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr:												
6300	Zentraleitung		1	8		1					10	8	
6320	Österreichisches Patentamt			1		1					2	2	
633	Bergbehörden			1	4						5	5	
	Summe 63...	1		10	4	2					17	15	

356

FAHRZEUGPLAN 1996

II.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraftwagen				Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw.		Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1996	Summe 1995	
		Kategorie						Nutzlast					
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg				bis einschl. 1000kg
64	Bauten und Technik:												
6401	Bundesmobilienvverwaltung						1			1	1		
6422	Bundesstraßen B und S (gemeinsame Ausgaben)*				222		697	389	314	1.622	1.629		
6424	Bundesstraßen A (sonstige Ausgaben)				148		264	99	117	628	629		
6440	Wasserstraßendirektion			2	6					8	8		
6450	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)			1	6	14	2	7	20	2	52	52	
6453	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.)			1	1	16	3	3	6	4	34	34	
6490	Einrichtungen des Eichwesens			1				12	2	23	38	38	
6491	Einrichtungen des Vermessungswesens			1		51		2	1	32	87	87	
	Summe 64...			6	7	457	5	986	517	492	2.470	2.478	
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr:												
6500	Zentraleitung	1		3							4	5	
6501	Schiffahrtspolizei					1					1	1	
6502	Fernmeldebehördliche Tätigkeiten					8				38	46	46	
655	Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge					1		3		2	6	6	
	Summe 65...	1		3		10		3		40	57	58	
71	Bundestheater *			3				4		9	16	16	
77	Österreichische Bundesforste *			7		125	10	54	735	181	1.112	1.112	
78	Post- und Telegraphenverwaltung *			10	3	754	20	875	5.691	2.601	9.954	9.954	

FAHRZEUGPLAN 1996

357

II.1 Zusammenfassung der Kraftfahrzeuge nach Gruppen und Kapitel
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap.	Bezeichnung	Personenkraftwagen				Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw.		Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1996	Summe 1995	
		Kategorie						Nutzlast					
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg				bis einschl. 1000kg
0	Oberste Organe												
01	Präsidentenkanzlei	4								4	5		
02	Bundesgesetzgebung	5		1						6	6		
03	Verfassungsgerichtshof	1								1	1		
04	Verwaltungsgerichtshof	1								1	1		
05	Volksanwaltschaft			1						1	1		
06	Rechnungshof	1								1	1		
	Gruppe 0...	12		2						14	15		
1	Innenverwaltung												
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	15	1	4		7		4	18	49	49		
11	Inneres	1		31	1	2.448	530	45	36	1.517	4.390		
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	1		2	2	35		11	9	34	97		
14	Wissenschaft und Forschung	1		7		52	1	9	7	79	156		
15	Soziales	1		2	11	7				21	21		
17	Gesundheit und Konsumentenschutz	1		2		1		2		11	17		
18	Umwelt	1								23	24		
19	Jugend und Familie	1								1	1		
	Gruppe 1...	22	1	48	14	2.550	531	67	56	1.682	4.971		
20	Äußeres	2	76	4		7	6			1	96		
30	Justiz	2		20		65		18		37	142		
40	Militärische Angelegenheiten	1	2	12	1	2		6		23	47		
50	Finanzverwaltung	1		10	7	122		9	4	165	318		
6	Wirtschaft												
60	Land- und Forstwirtschaft	1		12		168	4	41	44	293	563		
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	1		10	4	2					17		
64	Bauten und Technik			6	7	457	5	986	517	492	2.470		
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	1		3		10		3		40	57		
	Gruppe 6...	3		31	11	637	9	1.030	561	825	3.107		
	Gruppe 0 bis 6...	43	79	127	33	3.383	546	1.130	621	2.733	8.695		
7	Bundesbetriebe												
71	Bundestheater			3				4		9	16		
77	Österreichische Bundesforste			7		125	10	54	735	181	1.112		
78	Post- und Telegraphenverwaltung			10	3	754	20	875	5.691	2.601	9.954		
	Gruppe 7...			20	3	879	30	933	6.426	2.791	11.082		
	Gesamtanzahl...	43	79	147	36	4.262	576	2.063	7.047	5.524	19.777		

358

FAHRZEUGPLAN 1996

II.2 Plan der Luftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Motorflugzeuge				Hub- schrau- ber	Segelflug- zeuge		Summe 1996	Summe 1995
		Gewichtsklasse					Sitzplatzkl.			
		Anm.	D-F	C	B		A	b		
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen:									
1075	Bundessportheime und Sporteinrichtungen				11		6	8	25	25
11	Inneres:									
1110	Flugpolizei und Flugrettungsdienst	*			4	19			23	23
64	Bauten und Technik:									
6491	Einrichtungen des Vermessungswesens			1	1				2	2

FAHRZEUGPLAN 1996

359

II.2 Zusammenfassung der Luftfahrzeuge nach Gruppen und Kapitel
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap.	Bezeichnung	Motorflugzeuge				Hub- schrau- ber	Segelflug- zeuge		Summe 1996	Summe 1995	
		Gewichtsklasse					Sitzplatzkl.				
		Anm.	D-F	C	B		A	b			a
1	Innenverwaltung										
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen					11	6	8	25	25	
11	Inneres					4	19		23	23	
	Gruppe 1...					15	19	6	8	48	48
6	Wirtschaft										
64	Bauten und Technik			1	1				2	2	
	Gruppe 6...			1	1				2	2	
	Gruppe 0 bis 6...			1	1	15	19	6	8	50	50
	Gesamtanzahl...			1	1	15	19	6	8	50	50

360

FAHRZEUGPLAN 1996

II.3 Plan der Wasserfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung Anm.	Wasserfahrzeuge mit Kraftantrieb					Summe 1996	Summe 1995
		Passagier- und Transport- schiffe	Spezial- wasser- fahr- zeuge	Innen- bord-	Außen- bord-	Boote, Zillen u. ä. mit Außen- bordmotor		
				Motorboote				
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen:							
1075	Bundessportheime und Sporteinrichtungen					2	2	2
11	Inneres:							
1100	Zentraleitung					3	3	2
1130	Bundespolizei			9	3	16	28	28
1140	Bundesgendarmerie			37	12	22	71	71
	Summe 11...			46	15	41	102	101
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:							
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten					1	1	1
14	Wissenschaft und Forschung:							
1420	Universitäten					2	2	2
1421	Universitäten (zweckgebundene Gebarung)		1				1	1
1424	Wissenschaftliche Anstalten							2
	Summe 14...		1			2	3	5
18	Umwelt:							
187	Umweltbundesamt					1	1	1
50	Finanzverwaltung:							
5040	Dienststellen			5	2	2	9	19
60	Land- und Forstwirtschaft:							
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft			3	2	6	11	11
6072	Forstliche Ausbildungsstätten					1	1	1
6099	Bauhöfe					2	2	2
	Summe 60...			3	2	9	14	14
64	Bauten und Technik:							
6440	Wasserstraßendirektion		3			3	6	6
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr:							
6501	Schiffahrtspolizei		16	2		16	34	34
77	Österreichische Bundesforste		3	1	1	16	21	21

FAHRZEUGPLAN 1996

361

II.3 Zusammenfassung der Wasserfahrzeuge nach Gruppen und Kapitel
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap.	Bezeichnung Anm.	Wasserfahrzeuge mit Kraftantrieb				Summe 1996	Summe 1995	
		Passagier- und Transport- schiffe	Spezial- wasser- fahr- zeuge	Innen- bord-	Außen- bord-			Boote, Zillen u. ä. mit Außen- bordmotor
				Motorboote				
1	Innenverwaltung							
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen					2	2	
11	Inneres			46	15	41	102	
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten					1	1	
14	Wissenschaft und Forschung		1			2	3	
18	Umwelt					1	1	
	Gruppe 1...		1	46	15	47	109	
50	Finanzverwaltung			5	2	2	9	
6	Wirtschaft							
60	Land- und Forstwirtschaft			3	2	9	14	
64	Bauten und Technik		3			3	6	
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr		16	2		16	34	
	Gruppe 6...		19	5	2	28	54	
	Gruppe 0 bis 6...		20	56	19	77	172	
7	Bundesbetriebe							
77	Österreichische Bundesforste		3	1	1	16	21	
	Gruppe 7...		3	1	1	16	21	
	Gesamtanzahl...		23	57	20	93	193	
							204	

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
 (Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1996	Summe 1995	
		Kategorie						Nutzlast					
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg				bis ein- schl. 1000kg
01	Präsidentenkanzlei	*	4							4	5		
02	Bundesgesetzgebung:												
021	Nationalrat	*											
022	Bundesrat	*											
024	Parlamentsdirektion	*	5		1					6	6		
	Summe 02...		5		1					6	6		
03	Verfassungsgerichtshof		1							1	1		
04	Verwaltungsgerichtshof		1							1	1		
05	Volksanwaltschaft				1					1	1		
06	Rechnungshof		1							1	1		
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen:												
1000	Zentraleitung:	*											
	Zentraleitung		15		3				1	20	20		
	Paris - Österreichische Delegation bei der OECD				1					1	1		
	Summe 1000...		15	1	3				1	21	21		
1001	Verwaltungsakademie					1				1	1		
101	Staatsarchiv und Archivamt	*							1	1	1		
102	Statistisches Zentralamt				1				1	2	2		
1075	Bundessportheime und Sporteinrichtungen:	*											
	Faak am See					1				1	1		
	Hintermoos					1				1	1		
	Kitzsteinhorn					1			1	2	2		
	Obergurgl								1	1	1		
	Obertraun								2	2	2		
	Schielleiten					1			1	2	2		
	Spitzerberg					1			10	11	11		
	St. Christoph/Arlberg								1	1	1		
	Bundessportzentrum Südstadt								1	2	3		
	Summe 1075...					5			1	18	24		
	Summe 10...		15	1	4				4	18	49		
11	Inneres:												
1100	Zentraleitung		1		5	1	7	4	6	19	43		
1130	Bundespolizei	*			17		689	158	22	10	477		
										1.373	1.325		

FAHRZEUGPLAN 1996

363

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1996	Summe 1995	
		Kategorie						Nutzlast					
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg				bis ein- schl. 1000kg
1131	Bundespolizei (zweckgeb. Gebarung)								30	30		
1140	Bundesgendarmerie	*		9		1.737	362	19	19	949	3.095	3.007	
1141	Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung)						10			40	50	
1150	Flüchtlingsbetreuung und Integration:												
	Betreuungsstelle Bad Kreuzen					3					3	3	
	- Traiskirchen einschließlich Reichenau					7			1		8	7	
	- Vorderbrühl					2					2	3	
	- Thalham des BM für Inneres					3				1	4	4	
	Summe 1150					15			1	1	17	17	
1151	Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen	*								1	1	1	
	Summe 11	1		31	1	2.448	530	45	36	1.517	4.609	4.390	
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:												
120	Bundesministerium f. Unterricht u. kulturelle Angelegenh.	1		2		2				1	6	7	
1241	Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen:	*											
	Zentrale für Sportgeräteverleih und Sportplatzwartung							2		1	3	3	
	Bundesschullandheim Mariazell					1					1	1	
	- Raach bei Gloggnitz					1					1	1	
	- Radstadt					1					1	1	
	Summe 1241					3		2		1	6	6	
1243	Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung:												
	Bundesinstitut für Erwachsenenbildung in St. Wolfgang									1	1	1	
	Förderungsstellen des Bundes für Erwachsenenbildung für Niederösterreich									1	1	1	
	- Oberösterreich					1					1	1	
	- Steiermark									1	1	1	
	- Tirol					1					1	1	
	Summe 1243					2				3	5	5	
1244	Museen:												
	Österreichische Galerie					1					1	1	
	Kunsthistorisches Museum								1	1	2	2	
	Museum für Angewandte Kunst					1					1	1	
	Museum für Völkerkunde					1				1	2	2	
	Naturhistorisches Museum					3				1	4	4	
	Österreichisches Museum für moderne Kunst							1			1	1	
	Technisches Museum								1	1	2	2	
	Summe 1244					6		1	2	4	13	13	
1246	Nationalbibliothek und Phonotheek:												
	Österreichische Nationalbibliothek					1					1	1	
	Österreichische Phonotheek					1					1	1	
	Summe 1246					2					2	2	
1247	Bundesdenkmalamt				2	9		1		4	16	16	
1270	Allgemeinbildende höhere Schulen:	*											
	Deutschlandsberg									1	1	1	

FAHRZEUGPLAN 1996

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1996	Summe 1995	
		Kategorie						Nutzlast					
		Ann.	III	II	Ia			I	über 1000kg				bis ein- schl. 1000kg
1270	(Fortsetzung)												
	Graz/Seebacherstraße								1	1	1		
	Köflach								1	1	1		
	Linz/Peuerbachstraße								1	1	1		
	Schärding								1	1	1		
	Telfs								1	1	1		
	Summe 1270.								6	6	6		
1271	Höhere Internatsschulen des Bundes:												
	Graz-Liebenau								1	1	1		
	Saalfelden					1			2	3	3		
	Schloß Traunsee/Altmünster					1				1	1		
	Summe 1271.					2			3	5	5		
1274	Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung:												
	Bds.-Blindenerziehungsinstitut Wien II								1	1	1		
1276	Bundeschülerheime (Allgemeinbildende):												
	Lienz										1		
	Wien II (einschließlich Expositur Wien XIII)					1				1	1		
	Summe 1276.					1				1	2		
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten: *												
	Höhere Technische Bundeslehranstalt Hallein								1	1	1		
	- Hallstatt					1				1	1		
	- Kapfenberg							1		1	1		
	- Krems							1		1	1		
	- Linz I							1	1	2	2		
	- Linz II							1	1	2	2		
	- Salzburg							1		1	1		
	- Steyr					1		1		2	2		
	- Wolfsberg								1	1	1		
	- und Handelsschule Wien III								1	1	1		
	Höhere Technische Lehr- und Versuchsanstalt												
	Graz-Gösting							1		1	1		
	- Innsbruck								1	1	1		
	- Mödling					1		1		3	3		
	- Rankweil								1	1	1		
	- St. Pölten								1	1	1		
	- Villach								1	1	1		
	- Wien III								1	1	1		
	- Wiener Neustadt								1	1	1		
	- Wien XX, Technologisches Gewerbemuseum					1				1	2		
	Summe 1280.					4		7	7	6	24	25	
1281	Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe*												
	Bundesfachschnule für wirtschaftl. Berufe Türrnitz									1	1	1	
	Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftl. Berufe Ried									1	1	1	
	Summe 1281.									2	2	2	
1282	Handelsakademien und Handelsschulen: *												
	Braunau									1	1	1	
1286	Bundeschülerheime (Berufsbildende):												
	Bundeskonvikt für Knaben der HTBLA Krems					1				1	1		

FAHRZEUGPLAN 1996

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraftwagen				Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw.		Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1996	Summe 1995	
		Kategorie						Nutzlast					
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg				bis ein-schl. 1000kg
1293	Bundesanstalten für Leibeseziehung:												
	Graz					1				1	1		
	Innsbruck								1	1	1		
	Linz					1				1	1		
	Wien					1			1	2	2		
	Summe 1293...					3			2	5	5		
	Summe 12...	1		2	2	35		11	9	34	94	97	
14	Wissenschaft und Forschung:												
140	Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	1		2		1					4	4	
1420	Universitäten:	*											
	Montanuniversität Leoben			1		1				2	2		
	- , Institut für Geophysik								1	1	1		
	Technische Universität Graz					1				1	1		
	- , Institut für Hydromechanik, Hydraulik und Hydrologie								1	1	1		
	- , Institut für theoretische Geodäsie und Geophysik												
	Siedlungswesen					1				1	1		
	- , Institut f. Techn. Geologie, Petrographie u. Mineralogie								1	1	1		
	Technische Universität Wien			1					1	2	2		
	- , Institut für Fertigungstechnik							1		1	1		
	- , Institut für Hochbau für Architekten							1		1	1		
	- , Institut für theoretische Geodäsie und Geophysik								1	1	1		
	- , Interfakultäre Institutseinrichtung f. Temperaturanlagen							1		1	1		
	Universität Klagenfurt					1				1	1		
	- , Universitäts-Sportinstitut					1				1	1		
	Universität für Bodenkultur					1		1		2	2		
	- , Botanisches Institut					1				1	1		
	- , Institut für Bodenforschung und Baugeologie								1	1	1		
	- , Institut für Forstentomologie und Forstschutz								1	1	1		
	- , Institut für forstliches Bauingenieurw. und Waldarbeit					1				1	1		
	- , Institut für Forstökologie								1	1	1		
	- , Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung					1			2	3	3		
	- , Institut für Pflanzenschutz					1				1	1		
	- , Institut für Waldbau								1	1	1		
	- , Institut für Wildbach- und Lawinenverbauung					1				1	1		
	- , Institut für Wildbiologie und Jagdwirtschaft								1	1	1		
	- , Lehrforstzentrum					1				1	1		
	- , Versuchswirtschaft Großenzersdorf					1			6	7	7		
	Universität Graz					2			1	3	3		
	- , Universitätsbibliothek					1				1	1		
	- , Institut für Botanik								1	1	1		
	- , Institut für Geologie und Paläontologie								1	1	1		
	- , Universitätssportzentrum								1	1	1		
	- , Zentrale Versuchstieranlage								1	1	1		
	Universität Innsbruck							1		2	3		
	- , Universitätsbibliothek					1				1	1		
	- , Botan. Garten u. Fakultät f. Bauingenieurw. u. Architektur									1	1		
	- , Institut für Anatomie					1				1	1		
	- , Institut für klassische Archäologie								1	1	1		
	- , Institut für Ur- und Frühgeschichte								1	1	1		
	- , Universitäts-Sportinstitut								2	2	2		
	- , Zentrale Versuchstieranlage								1	1	1		
	Universität Linz			1		1				2	2		
	Universität Salzburg			1		1		1		3	3		
	- , Universitätsbibliothek								1	1	1		
	Universität Wien			1		1			2	4	4		
	- , Universitätsbibliothek					1				1	1		
	- , Zentrum für Biomedizin								1	1	1		
	- , Institut für Alte Geschichte								1	1	1		

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
 (Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraftwagen				Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw.		Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1996	Summe 1995	
		Kategorie						Nutzlast					
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg				bis einschl. 1000kg
1420	(Fortsetzung)												
	- Institut für Anatomie					1				1	1		
	- Institut für Astronomie mit Außenstelle Schöpfel							1		1	1		
	- Institut für Botanik und Botanischer Garten					1			1	2	2		
	- Institut für Geologie					1				1	1		
	- Institut für klassische Archäologie								2	2	2		
	- Institut für Meteorologie und Geophysik								1	1	1		
	- Institut für Paläontologie								1	1	1		
	- Institut für Petrologie								1	1	1		
	- Institut für Pflanzenphysiologie/Koordinationsstelle Ökologie					1				1	1		
	- Institut für Ur- und Frühgeschichte								1	1	1		
	- Forschungsinstitut für Versuchstierzucht Himberg					1				1	1		
	Veterinärmedizinische Universität Wien					2		1		2	5		
	- Lehr- und Forschungsgut Merkenstein								8	8	8		
	Wirtschaftsuniversität Wien					1				1	1		
	Summe 1420...			5		30		7	6	48	96		
1421	Universitäten (zweckgebundene Gebarung):												
	Montanuniversität Leoben					1				1	1		
	- Institut für Bildungsförderung und Sport					1				1	1		
	- Institut für Geophysik								1	1	1		
	- Institut für Markscheide- und Bergschadenkunde										1		
	- Institut für Verformungskunde und Hüttenmaschinen								1	1	1		
	Technische Universität Graz, Institut für Werkstoffkunde, Festigkeitslehre und Materialprüfung								1	1	1		
	Technische Universität Wien, Institut für Allgem. Maschinenlehre und Fördertechnik								1	1	1		
	- Institut für Betriebs-, Arbeitswissenschaft und Betriebswirtschaftslehre								1	1	1		
	- Institut für Wassergüte und Landschaftswasserbau								1	1	1		
	Universität Klagenfurt					1				1	1		
	Universität für Bodenkultur, Institut für Forstökologie					1				1	1		
	Universität für Bodenkultur, Institut für Obstbau					1			4	5	5		
	- Institut für Obstbau										1		
	- Institut für Geotechnik und Verkehrswesen										1		
	- Institut für Waldbau					1				1	1		
	Universität Graz, Sportinstitut								1	1	1		
	- Sportinstitut (Universitätsheim Planneralm)								1	1	1		
	Universität Innsbruck, Institut für Baubetrieb und Bauwirtschaft								1	1	1		
	- Sportinstitut					1				1	1		
	Universität Linz, Sportinstitut								1	1	1		
	Universität Salzburg, Sportinstitut					1				1	1		
	Universität Wien								2	2	2		
	- I. Chirurgische Universitäts-Klinik					1				1	1		
	- Sportinstitut					1				2	1		
	Veterinärmedizinische Universität Wien					2				1	3		
	Summe 1421...					11				18	29		
1423	Bibliotheken:												
	Österreichisches Bundesinstitut für den wissenschaftlichen Film									1	1		
1424	Wissenschaftliche Anstalten:												
	Geologische Bundesanstalt					2				2	4		
	Österreichisches Archäologisches Institut Wien					1				1	1		
	Österreichisches Archäologisches Institut Athen								1	1	1		
	Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik					1			2	3	3		
	- Regionalstelle Salzburg								1	1	1		
	- Regionalstelle Tirol/Vorarlberg								1	1	1		
	Summe 1424...					4				7	11		

F A H R Z E U G P L A N 1 9 9 6

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraftwagen				Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw.		Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1996	Summe 1995
		Kategorie						Nutzlast				
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg			
1426	Bundeforschungs- und Prüfzentrum Arsenal (betr. ähnl. Einr.)					3	1	1	1	4	10	10
1430	Kunsthochschulen:											
	Hochschule für angewandte Kunst Wien							1			1	1
	Hochschule f. künstlerische u. industrielle Gestaltung Linz					1					1	1
	Hochschule für Musik und darstellende Kunst Graz					1					1	1
	-, Expositur Oberschützen									1	1	1
	Summe 1430...					2		1		1	4	4
1431	Kunsthochschulen (zweckgebundene Gebarung):											
	Hochschule für Musik und darstellende Kunst Wien					1					1	1
	Summe 14...	1			7	52	1	9	7	79	156	158
15	Soziales:											
1500	Zentraleitung	1			2						3	3
1570	Bundessozialämter:											
	Wien, Niederösterreich und Burgenland					1					1	1
	Oberösterreich					1					1	1
	Steiermark					1					1	2
	Kärnten					1					1	
	Summe 1570...					4					4	4
1592	Arbeitsinspektion:											
	Arbeitsinspektion Wien					1	3				4	4
	Arbeitsinspektorat Eisenstadt					1					1	1
	- Graz					1					1	1
	- Klagenfurt					1					1	1
	- Krems					1					1	1
	- Leoben					1					1	1
	- Linz					1					1	1
	- Salzburg					1					1	1
	- St. Pölten					1					1	1
	- Vöcklabruck					1					1	1
	- Wels					1					1	1
	Summe 1592...					11	3				14	14
	Summe 15...	1			2	11	7				21	21
17	Gesundheit und Konsumentenschutz:											
1700	Zentraleitung	1			2						3	3
1790	Lebensmitteluntersuchungsanstalten:											
	Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung Wien									1	1	1
	Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung Graz									1	1	1
	Summe 1790...									1	2	2
1792	Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.:											
	Bundesstaatliche bakteriologisch-seriologische Untersuchungsanstalt Wien									1	1	1

368

FAHRZEUGPLAN 1996

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1996	Summe 1995
			Kategorie						Nutzlast				
			III	II	Ia	I			über 1000kg	bis ein- schl. 1000kg			
1795	Veterinärmedizinische Anstalten:	*											
	Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung Mödling									3	3	3	
	Bundesanstalt für veterinärmedizinische Untersuchungen Graz									1	1	1	
	- Innsbruck									1	1	1	
	- Linz									1	1	1	
	Bundesanstalt für Viruseuchenbekämpfung bei Haustieren Wien-Hetzendorf							2		3	5	5	
	Summe 1795...							2		9	11	11	
	Summe 17...		1		2		1	2		11	17	17	
18	Umwelt:												
180	Bundesministerium für Umwelt		1							1	2	2	
1860	Umweltpolitische Maßnahmen:												
	Umweltpolitische Maßnahmen											14	
	Burgenland									1	1		
	Kärnten									3	3		
	Niederösterreich									1	1		
	Steiermark									1	1		
	Tirol									1	1		
	Vorarlberg									1	1		
	Wien									1	1		
	Summe 1860...									9	9	14	
187	Umweltbundesamt:												
	Umweltbundesamt Wien									11	11	11	
	Zweigstelle Klagenfurt									1	1	1	
	- Salzburg									1	1	1	
	Summe 187...									13	13	13	
	Summe 18...		1							23	24	29	
19	Jugend und Familie:												
190	Bundesministerium für Jugend und Familie		1								1	1	
20	Äußeres:												
2000	Zentraleitung		2		4		1				7	7	
201	Vertretungsbehörden:												
	Addis Abeba			1							1	1	
	Abidjan			1							1	1	
	Algier									1	1	1	
	Amman			1							1	1	
	Ankara			1							1	1	
	Athen			1							1	1	
	Bagdad											1	
	Bangkok			1			1				2	2	
	Belgrad			1							1	1	
	Berlin			1							1	1	
	Bern			1							1	1	
	Bogota			1							1	1	
	Bonn			1							1	1	
	Brasilia			1							1	1	
	Brüssel			1							1	1	

FAHRZEUGPLAN 1996

369

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1996	Summe 1995
		Kategorie						über 1000kg	bis ein- schl. 1000kg			
		III	II	Ia	I							
		Anm.										
201	(Fortsetzung)											
	Brüssel - Österr. Vertretung bei der Europäischen Union	...	1	1	2	...	
	Brüssel - Österreichische Mission bei der Europäischen Union	...	1	2	
	Budapest	...	1	1	1	
	Buenos Aires	...	1	1	1	
	Bukarest	...	1	1	1	
	Canberra	...	1	1	1	
	Caracas	...	1	1	1	
	Dakar	...	1	1	1	
	Damaskus	...	1	1	1	
	Den Haag	...	1	1	1	
	Dublin	...	1	1	1	
	Genf - Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen	...	1	1	1	
	Guatemala	...	1	1	2	2	
	Harare	...	1	1	1	
	Havanna	...	1	1	1	
	Helsinki	...	1	1	1	
	Islamabad	...	1	1	1	
	Jakarta	...	1	1	2	2	
	Kabul	...	1	1	1	
	Kairo	...	1	1	1	
	Kiew	...	1	1	1	
	Kinshasa	...	1	1	1	
	Kopenhagen	...	1	1	1	
	Kuala Lumpur	...	1	1	1	
	Kuwait	...	1	1	1	
	Lagos	...	1	1	2	2	
	Laibach	...	1	1	1	
	Lima	...	1	1	1	
	Lissabon	...	1	1	1	
	London	...	1	1	1	
	Luxemburg	...	1	1	1	
	Madrid	...	1	1	1	
	Manila	...	1	1	1	
	Maskat	...	1	1	1	
	Mexiko	...	1	1	1	
	Moskau	...	1	1	2	2	
	Nairobi	...	1	1	1	
	New Delhi	...	1	2	3	2	
	New York - Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen (Mietfahrzeug)	...	1	1	1	
	- und Österreichisches Generalkonsulat	...	1	1	1	
	Oslo	...	1	1	1	
	Ottawa	...	1	1	1	
	Paris	...	1	1	1	
	Paris - UNESCO	...	1	1	...	
	Peking	...	1	1	2	2	
	Prag	...	1	1	1	
	Preßburg	...	1	1	1	
	Pretoria	...	1	1	1	
	Rabat	...	1	1	1	
	Riyadh	...	1	1	1	
	Rom	...	1	1	1	
	Rom-Vatikan	...	1	1	1	
	Santiago de Chile	...	1	1	1	
	Seoul	...	1	1	1	
	Sofia	...	1	1	1	
	Stockholm	...	1	1	1	
	Straßburg - Österreichische Vertretung beim Europarat	...	1	1	1	
	Teheran	...	1	1	1	
	Tel Aviv	...	1	1	1	
	Tirana	...	1	1	1	
	Tokio	...	1	1	1	
	Tripolis	...	1	1	1	
	Tunis	...	1	1	1	
	Warschau	...	1	1	1	

370

FAHRZEUGPLAN 1996

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1996	Summe 1995
		Kategorie						über 1000kg	bis ein- schl. 1000kg			
		Anm.	III	II	Ia							
201	(Fortsetzung)											
	Washington (Mietfahrzeug)		1							1	1	
	Zagreb		1							1	1	
	Summe 201...		76			3	6		1	86	87	
202	Diplomatische Akademie					1				1	1	
203	Österreichische Kulturinstitute:											
	Rom					1				1	1	
	Warschau					1				1	1	
	Summe 203...					2				2	2	
	Summe 20...	2	76	4		7	6		1	96	97	
30	Justiz:											
300	Bundesministerium für Justiz	1		2						3	3	
301	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur	1								1	1	
302	Justizbehörden in den Ländern: *											
	4 Gerichtshöfe II. Instanz			4		1			6	11	11	
	21 Gerichtshöfe I. Instanz			14						14	14	
	Summe 302...			18		1			6	25	25	
303	Justizanstalten: *											
	Justizanstalt Eisenstadt					1				1	1	
	- Feldkirch					2				2	2	
	- Garsten					2	1		3	6	6	
	- Göllersdorf					2				2	2	
	- Graz-Jakomini					3	1			4	4	
	- Graz-Karlau					3	1		3	7	7	
	- Hirtenberg					3	1		6	10	10	
	- Innsbruck					4	1		2	7	6	
	- Klagenfurt					3	1		4	8	8	
	- Korneuburg					2				2	2	
	- Krems					1				1	1	
	- Leoben					2				2	1	
	- Linz					3	3		1	7	7	
	- Ried					1				1	1	
	- Salzburg					2				2	2	
	- St. Pölten					2				2	2	
	- Schwarzau					2	1		3	6	6	
	- Sonnberg					2	1		2	5	5	
	- Stein					4	3		1	8	8	
	- Steyr					1				1	1	
	- Suben					2	1			3	3	
	- Wels					1				1	1	
	- Wien-Favoriten					1				1	1	
	- Wien-Josefstadt					7	1		4	12	12	
	- Wien-Mittersteig					2				2	2	
	- Wien-Simmering					1	1			2	2	
	- Wiener Neustadt					1				1	1	
	Justizanstalt für Jugendliche Gerasdorf					3	1		2	6	6	
	Justizanstalt für Jugendliche Wien-Erdberg					1				1	1	
	Summe 303...					64	18		31	113	111	
	Summe 30...	2		20		65	18		37	142	140	

FAHRZEUGPLAN 1996

371

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraftwagen				Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder über 50ccm Hubraum	Lastkraftw.		Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1996	Summe 1995	
		Kategorie						Nutzlast					
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg				bis einschl. 1000kg
40	Militärische Angelegenheiten:												
400	Bundesministerium für Landesverteidigung	1	2	12		2				17	17		
401	Heer und Heeresverwaltung *												
4040	Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut				1					1	1		
4050	Allentsteig (betriebsähnl. Einrichtung)							6		23	29		
	Summe 40...	1	2	12	1	2		6		23	47		
50	Finanzverwaltung:												
500	Bundesministerium für Finanzen	1		3		1			1	6	7		
5040	Dienststellen: *												
	Zollwachegeneralinspektorat					37		1	1	155	194		
	Finanzlandesdirektion für Kärnten			1		7		1		9	9		
	- Oberösterreich			1		14		1		2	18		
	- Salzburg			1		10		1		1	13		
	- Steiermark			1		13		1		15	16		
	- Tirol				2	6				8	8		
	- Vorarlberg			1		4			1	6	6		
	- Wien, Niederösterreich und Burgenland			1	5	28		3	1	7	45		
	Summe 5040...			6	7	119		8	3	165	308		
5070	Bundesrechenamt					1		1		2	2		
5071	Finanzprokuratur *			1						1	1		
5072	Hauptpunzierungs- und Probieramt					1				1	1		
	Summe 50...	1		10	7	122		9	4	165	318		
60	Land- und Forstwirtschaft:												
6000	Zentraleitung *	1		4		2				2	9		
6007	Gualitätskontrolle:												
	Graz					2				2	2		
	Innsbruck					2				2	2		
	Klosterneuburg					6				6	6		
	Linz					1				1	1		
	Summe 6007...					11				11	11		
6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten: *												
	Bundesseminar für das land- und forstwirtschaftliche Bildungswesen Wien-Ober St. Veit					1				1	1		
	Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft Raumberg-Trautenfels					1				5	6		
	- Raumberg-Trautenfels (Leihfahrzeuge)									1	1		
	- Ursprung/Elixhausen									3	3		
	- Ursprung/Elixhausen (Leihfahrzeuge)									1	1		
	Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft Eltberg					1				1	2		
	- Kematen					1				1	2		
	- Kematen (Leihfahrzeuge)									1	1		
	- Pitzelstätten					1				1	2		
	- Pitzelstätten (Leihfahrzeuge)									1	1		
	- Sitzenberg					1				1	2		

372

FAHRZEUGPLAN 1996

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1996	Summe 1995
		Anm.						Nutzlast				
		III	II	Ia	I			über 1000kg	bis ein- schl. 1000kg			
6050	(Fortsetzung)											
	- Sitzenberg (Leihfahrzeuge)								1	1	1	
	Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau Wien				2				2	4	4	
	Höhere Bundeslehranstalt und Bundesamt für Wein- und Obstbau mit Institut für Bienenkunde Klosterneuburg				1		1	1	3	6	8	
	- Klosterneuburg (Leihfahrzeuge)								1	1	1	
	Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt Francisco-Josephinum				1				3	4	4	
	- Franzisco-Josephinum (Leihfahrzeuge)								2	2	2	
	- St. Florian				2				2	2	2	
	- St. Florian (Leihfahrzeuge)								2	2	2	
	Summe 6050				12		1	1	30	44	46	
6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.:											
	Bundesamt für Agrarbiologie Linz				2		1	1	1	5	4	
	Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft				16		5	7	17	45	43	
	Bundesamt für Weinbau Eisenstadt				1				1	2	1	
	Bundesanstalt für alpenländische Landwirtschaft Gumpenstein						1	1	12	14	14	
	Summe 6051				19		7	9	31	66	62	
6052	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten:											
	Forstliche Fachschule Waidhofen an der Ybbs				1				1	2	2	
	Höhere Lehranstalt für Forstwirtschaft Bruck/Mur				1				1	2	2	
	- Gainfarn				3				1	4	4	
	Summe 6052				5				3	8	8	
6053	Forstliche Bundesversuchsanstalt			1					17	24	24	
6055	Bundesanstalten für Milchwirtschaft:											
	Bundesanstalt für alpenländische Milchwirtschaft Rotholz				1		1			2	2	
	Bundesanstalt für Milchwirtschaft Wolfpassing				2					2	2	
	Summe 6055				3		1			4	4	
6057	Bundesanstalten für Tierzucht:											
	- Fortpflanzung und Besamung von Haustieren Wels				1		1			2	2	
	- Pferdezucht Stadl-Paura				1		1		1	3	3	
	Summe 6057				2		2		1	5	5	
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft:											
	Bundesamt für Wasserwirtschaft				4		1	1	4	10	10	
6059	Bundesanstalt für Landtechnik				3			1	8	12	12	
6072	Forstliche Ausbildungsstätten:											
	Ort/Gmunden				1				3	4	6	
	Ort/Gmunden (Leihfahrzeuge)								2	2		
	Ossiach				1		1		5	7	8	
	Ossiach (Leihfahrzeuge)								1	1		
	Summe 6072				2		1		11	14	14	

FAHRZEUGPLAN 1996

373

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1996	Summe 1995
		Kategorie						Nutzlast				
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg			
6080	Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst: Forsttechnischer Dienst für Wildbach- und Lawinenverbauung, Sektion Kärnten/Villach			1						1	1	
	-, Sektion Oberösterreich/Linz			1						1	1	
	-, Sektion Salzburg/Salzburg			1						1	1	
	-, Sektion Steiermark/Graz			1						1	1	
	-, Sektion Tirol/Innsbruck			1						1	1	
	-, Sektion Vorarlberg/Bregenz			1						1	1	
	-, Sektion Wien, NÖ u. Bgld./Wien			1						1	1	
	Summe 6080...			7						7	7	
6091	Bundeskellereinspektion					32				32	32	
6093	Bundesgärten: *											
	Innsbruck					1		1	2	4	4	
	Wien-Schönbrunn					1		5 4	9	19	19	
	Summe 6093...					2		6 4	11	23	23	
6094	Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule					1	1			8	10	
6095	Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften: *											
	Fohlenhof bei Wr. Neustadt										4	
	Fuchsenbigl im Marchfeld					4			2	33	39	
	Königshof bei Bruck a.d. Leitha					2	2	2	2	23	31	
	Wieselburg an der Erlauf					1	1	1	3	23	29	
	Summe 6095...					7	3	3	7	79	99	
6096	Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste: *											
	Bruck/Mur					1				1	1	
	Bruck/Mur (Leihfahrzeuge)									1	1	
	Lahnhuben									1	1	
	Merkenstein					1				1	2	
	Merkenstein (Leihfahrzeuge)									1	3	
	Kollerhuben									2	2	
	Kollerhuben (Leihfahrzeuge)									1	1	
	Ort/Gmunden									1	1	
	Ulmerfeld									2	2	
	Ulmerfeld (Leihfahrzeuge)									1	1	
	Summe 6096...					2				11	13	
6099	Bauhöfe:											
	Forsttechnischer Dienst für Wildbach- und Lawinenverbauung, Sektion Kärnten/Villach					8		3		18	29	
	-, Sektion Oberösterreich/Linz					8		3	4	3	18	
	-, Sektion Salzburg/Salzburg					9		2	6	13	30	
	-, Sektion Steiermark/Graz					8		4	4	6	22	
	-, Sektion Tirol/Innsbruck					14		5	4	21	44	
	-, Sektion Vorarlberg/Bregenz					4			1	13	18	
	-, Sektion Wien, NÖ u. Bgld./Wien					5		1	2	3	11	
	Summe 6099...					56		18	21	77	172	
	Summe 60...	1		12		168	4	41	44	293	563	
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr:											
6300	Zentralleitung		1		8		1				10	
6320	Österreichisches Patentamt				1		1				2	

374

FAHRZEUGPLAN 1996

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1996	Summe 1995	
		Kategorie						Nutzlast					
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg				bis ein- schl. 1000kg
633	Bergbehörden:												
	Berghauptmannschaft Innsbruck				1					1	1		
	- Salzburg				2					2	2		
	- Wien			1	1					2	2		
	Summe 633...			1	4					5	5		
	Summe 63...	1		10	4	2				17	15		
64	Bauten und Technik:												
6401	Bundesmobilienverwaltung							1		1	1		
6422	Bundesstraßen B und S (gemeinsame Ausgaben): *												
	Bundesstraßenverwaltung Burgenland				2		43	26	17	88	90		
	- Kärnten				75		91	31	49	246	246		
	- Niederösterreich				76		188	75	64	403	408		
	- Oberösterreich				3		105	54	60	222	222		
	- Salzburg				7		40	20	28	95	95		
	- Steiermark				38		149	90	45	322	322		
	- Tirol				14		66	75	45	200	200		
	- Vorarlberg				3		9	14	5	31	31		
	- Wien				4		6	4	1	15	15		
	Summe 6422...				222		697	389	314	1.622	1.629		
6424	Bundesstraßen A (sonstige Ausgaben):												
	Bundesstraßenverwaltung Burgenland				6		7	5	5	23	23		
	- Kärnten				20		38	18	23	99	99		
	- Niederösterreich				38		63	24	20	145	145		
	- Oberösterreich				20		56	14	16	106	106		
	- Salzburg				9		19	2	11	41	42		
	- Steiermark				25		33	4	19	81	81		
	- Tirol				10		28	20	12	70	70		
	- Vorarlberg				8		5	6	6	25	25		
	- Wien				12		15	6	5	38	38		
	Summe 6424...				148		264	99	117	628	629		
6440	Wasserstraßendirektion:												
	Wasserstraßendirektion			2						2	2		
	Wasserstraßenverwaltung West				2					2	2		
	- Ost				2					2	2		
	- Mitte				2					2	2		
	Summe 6440...			2	6					8	8		
6450	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane):												
	Bundesgebäudeverwaltung II Graz				2	3	1	3		9	9		
	- Innsbruck				2	2		4	1	9	9		
	- Klagenfurt				1	3	1	2		9	9		
	- Linz				1	3	2	5		11	11		
	- Salzburg			1		3	1	6		13	13		
	Burghauptmannschaft Wien								1	1	1		
	Summe 6450...			1	6	14	2	7	20	52	52		
6453	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.):												
	Bundesbaudirektion Wien			1	1	16	3	3	6	4	34		

FAHRZEUGPLAN 1996

375

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1996	Summe 1995	
		Kategorie						Nutzlast					
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg				bis ein- schl. 1000kg
6490	Einrichtungen des Eichwesens:												
	Bundesamt für Eich- u. Vermessungswesen, Gruppe Eichwesen			1			1	2	10	14	14		
	Eichämter Burgenland						1		1	1	1		
	- Kärnten						1		1	2	2		
	- Niederösterreich						2		2	2	2		
	- Oberösterreich						2		4	6	6		
	- Salzburg						1		1	2	2		
	- Steiermark						2		2	4	4		
	- Tirol/Vorarlberg						2		1	3	3		
	Eichamt Wien								4	4	4		
	Summe 6490...			1			12	2	23	38	38		
6491	Einrichtungen des Vermessungswesens:												
	Bundesamt für Eich- u. Vermessungswesen: Präsidium			1						1	1		
	Gruppe K: Leitung				1					1	1		
	- Abteilung K 1						2			2	2		
	- Abteilung K 2				5				12	17	17		
	- Abteilung K 9				2					2	2		
	- Aufsichtsbereich Oberösterreich und Salzburg				10				4	14	14		
	- Aufsichtsbereich Steiermark und Kärnten				8				5	13	13		
	- Aufsichtsbereich Tirol und Vorarlberg				8				2	10	10		
	- Aufsichtsbereich Wien, Niederösterreich und Burgenland				14				7	21	21		
	Gruppe L: Leitung				1					1	1		
	- Abteilung L 1				2				2	4	4		
	- Abteilung L 6							1		1	1		
	Summe 6491...			1	51		2	1	32	87	87		
	Summe 64...			6	7	457	5	986	517	492	2.470		
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr:												
6500	Zentralleitung	1		3						4	5		
6501	Schiffahrtspolizei					1				1	1		
6502	Fernmeldebehördliche Tätigkeiten					8			38	46	46		
655	Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge					1		3	2	6	6		
	Summe 65...	1		3		10		3	40	57	58		
71	Bundestheater			3				4	9	16	16		
77	Österreichische Bundesforste: *												
	Generaldirektion			3		11			1	15	16		
	Inspektion I: Niederösterreich			1		1				2	2		
	Inspektion II/III: Oberösterreich			1		6				7	5		
	Inspektion IV: Salzburg			1		4			1	6	6		
	Inspektion V: Tirol			1		3				4	4		
	Forstverwaltungen, Bau- und Maschinenhöfe sowie Sägewerke Burgenland					1			7	2	10		
	- Kärnten					2			21	7	30		
	- Niederösterreich					21	1	2	86	18	128		
	- Oberösterreich					19	2	13	172	33	239		
	- Salzburg					26	1	12	139	32	210		
	- Steiermark					14	3	9	117	27	170		

376

FAHRZEUGPLAN 1996

III.1 Plan der Kraftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Personenkraft- wagen				Fahr- zeuge für be- trieb- liche Zwecke	Motor- räder über 50ccm Hub- raum	Lastkraftw.		Kraft- fahr- zeuge für beson- dere Zwecke	Summe 1996	Summe 1995	
		Kategorie						Nutzlast					
		Anm.	III	II	Ia			I	über 1000kg				bis ein- schl. 1000kg
77	(Fortsetzung)												
	- Tirol					13	3	6	137	36	195	208	
	- Wien					4		12	54	26	96	93	
	Summe 77...			7		125	10	54	735	181	1.112	1.112	
78	Post- und Telegraphenverwaltung:												
	Generaldirektion			4							4	4	
	Direktionsbereich Wien			1		270	15	299	1.775	719	3.079	3.079	
	- Linz			1	1	109	4	142	1.156	440	1.853	1.853	
	- Graz			1		135	1	171	1.013	390	1.711	1.711	
	- Klagenfurt			1	1	55		88	637	344	1.126	1.126	
	- Innsbruck			1	1	130		107	660	453	1.352	1.352	
	Inspektoratsbereich Salzburg			1		55		68	450	255	829	829	
	Summe 78...			10	3	754	20	875	5.691	2.601	9.954	9.954	

FAHRZEUGPLAN 1996

377

III.2 Plan der Luftfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Motorflugzeuge				Hub- schrau- ber	Segelflug- zeuge		Summe 1996	Summe 1995	
		Anm.	Gewichtsklasse				Sitzplatzkl.				
			D-F	C	B		A	b			a
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen:										
1075	Bundessportheime und Sporteinrichtungen:										
	Spitzerberg				11		6	8	25	25	
11	Inneres:										
1110	Flugpolizei und Flugrettungsdienst: *										
	Graz				1	2			3	3	
	Hohenems					1			1	1	
	Innsbruck					1			1	1	
	Klagenfurt				1	2			3	3	
	Lienz					1			1	1	
	Linz				1	2			3	3	
	Salzburg					2			2	2	
	Wien				1	4			5	5	
	Technischer Umlauf (Reserve)					4			4	4	
	Summe 11...				4	19			23	23	
64	Bauten und Technik:										
6491	Einrichtungen des Vermessungswesens								2	2	

378

FAHRZEUGPLAN 1996

III.3 Plan der Wasserfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	B e z e i c h n u n g Anm.	Wasserfahrzeuge mit Kraftantrieb					Summe 1996	Summe 1995
		Passagier- und Transport- schiffe	Spezial- wasser- fahr- zeuge	Innen- bord-	Außen- bord-	Boote, Zillen u. ä. mit Außen- bordmotor		
				Motorboote				
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen:							
1075	Bundessportheime und Sporteinrichtungen:							
	Obertraun					2	2	2
11	Inneres:							
1100	Zentraleitung					3	3	2
1130	Bundespolizei			9	3	16	28	28
1140	Bundesgendarmerie			37	12	22	71	71
	Summe 11...			46	15	41	102	101
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:							
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten:							
	Höhere technische Bundeslehranstalt in Hallstatt					1	1	1
14	Wissenschaft und Forschung:							
1420	Universitäten:							
	Universität Wien, Institut für Zoologie					1	1	1
	Universität für Bodenkultur, Institut für Wasservorsorge, Gewässergüte und Fischereiwirtschaft					1	1	1
	Summe 1420...					2	2	2
1421	Universitäten (zweckgebundene Gebarung):							
	Universität Wien, Institut für Zoologie			1			1	1
1424	Wissenschaftliche Anstalten:							
	Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik							2
	Summe 14...			1		2	3	5
18	Umwelt:							
187	Umweltbundesamt					1	1	1
50	Finanzverwaltung:							
5040	Dienststellen:							
	Zollwachegeneralinspektorat			5	2	2	9	19
60	Land- und Forstwirtschaft:							
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft			3	2	6	11	11
6072	Forstliche Ausbildungsstätten:							
	Forstliche Ausbildungsstätte Ossiach					1	1	1

FAHRZEUGPLAN 1996

379

III.3 Plan der Wasserfahrzeuge
(Anzahl der Fahrzeuge)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Anm.	Wasserfahrzeuge mit Kraftantrieb					Summe 1996	Summe 1995
			Passagier- und Transport- schiffe	Spezial- wasser- fahr- zeuge	Innen- bord-	Außen- bord-	Boote, Zillen u. ä. mit Außen- bordmotor		
					Motorboote				
6099	Bauhöfe:								
	Forsttechnischer Dienst für Wildbach- und Lawinenverbauung, Sektion Wien, NÖ und Bgld. /Wien						1	1	
	- Sektion Oberösterreich/Linz						1	1	
	Summe 6099...						2	2	
	Summe 60...			3	2		9	14	
64	Bauten und Technik:								
6440	Wasserstraßendirektion:								
	Donau - March - Thaya						3	3	
	- Zugschiffe unter 200 PS		2				2	2	
	- Zugschiffe über 200 PS: Schleppschiffe		1				1	1	
	Summe 64...		3				3	6	
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr:								
6501	Schiffahrtspolizei			2			16	18	
	- Schleppschiffe		16				16	16	
	Summe 65...		16	2			16	34	
77	Österreichische Bundesforste		3	1	1		16	21	

IV. Anmerkungen

1. Anmerkungen zum Plan der Kraftfahrzeuge

- | | |
|------------------------------|-----------|
| Kap.
Tit.
bzw.
Par. | Anmerkung |
|------------------------------|-----------|
- 01 Hievon 2 Personenkraftwagen (Kategorie III) für offizielle repräsentative Zwecke.
- 021 Die Betreuung der Fahrzeuge obliegt der Parlamentsdirektion.
- 022 Die Betreuung dieses Fahrzeuges obliegt der Parlamentsdirektion.
- 024 Hievon 1 Personenkraftwagen (Kategorie III) als Reserve bzw. für offizielle repräsentative Zwecke.
- 1000 Hievon 9 Personenkraftwagen (Kategorie III) für die Landeshauptmänner und 1 Personenkraftwagen (Kategorie III) für offizielle repräsentative Zwecke.
- 101 Nur für die Dauer der Übersiedlung der Archivabteilungen des Staatsarchives in das neue Zentralarchiv.
- 1075 In den ausgewiesenen 18 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 6 Traktoren enthalten, die für die Bundessportheime in Obertraun (1), Schielleiten (1), Spitzerberg (3) und für das Bundessportzentrum Südstadt (1) vorgesehen sind.
- 1130 In den ausgewiesenen 477 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind auch 2 Traktoren enthalten.
- 1140 In den ausgewiesenen 949 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind auch 3 Fahrzeuge enthalten, deren Einsatz bei der WEU-Mission in Mostar vorgesehen ist.
- 1151 Bei dem ausgewiesenen Kraftfahrzeug für besondere Zwecke handelt es sich um einen Traktor.
- 1241 Bei dem ausgewiesenen Kraftfahrzeug für besondere Zwecke handelt es sich um einen Traktor, der für die Zentrale für Sportgeräteverleih und Sportplatzwartung vorgesehen ist.
- 1270 Bei den ausgewiesenen 6 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke handelt es sich um Traktoren.
- 1280 In den ausgewiesenen 7 Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast über 1000 kg) sind 6 Fahrzeuge enthalten, die bei den angeführten Bundesorganen mit Ausnahme der HTBLA Kapfenberg auch als Unterrichtsbehelf dienen. Bei den ausgewiesenen 7 Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast bis einschließlich 1000 kg) dient lediglich das für die HTBLVA Innsbruck vorgesehene Fahrzeug auch als Unterrichtsbehelf. In den ausgewiesenen 6 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 4 Traktoren enthalten, die für die HTBLA Linz II (1), HTBLA Wolfsberg (1), HTBLVA Mödling (1) und die HTBLVA Villach (1) vorgesehen sind.
- 1281 Bei den ausgewiesenen Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke handelt es sich um Traktoren.
- 1282 Bei dem ausgewiesenen Kraftfahrzeug für besondere Zwecke handelt es sich um einen Traktor.
- 1420 Von den ausgewiesenen 7 Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast über 1000 kg) dient das für das Institut für Fertigungstechnik der technischen Universität Wien vorgesehene Fahrzeug auch als Unterrichtsbehelf. In den ausgewiesenen 48 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 20 Traktoren enthalten, die für das Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung der Universität für Bodenkultur (1), die Versuchswirtschaft Großenzersdorf der Universität für Bodenkultur (6), die Universität Graz (1), das Universitätssportzentrum der Universität Graz (1), die Universität Innsbruck (1), das Universitäts-Sportinstitut der Universität Innsbruck (2), für das Lehr- und Forschungsgut Merkenstein der veterinärmedizinischen Universität Wien (7) sowie für das Institut für Botanik und Botanischen Garten der Universität Wien (1) vorgesehen sind.
- 1790 Das Fahrzeug für betriebliche Zwecke der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung Graz wird auch im Rahmen des Zivilschutzes eingesetzt.
- 1795 In den ausgewiesenen 9 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 2 Traktoren enthalten, die für die Bundesanstalten für Tierseuchenbekämpfung Mödling (1) und für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren Wien-Hetzendorf (1) vorgesehen sind. Von den 3 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke der Bundesanstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren in Wien-Hetzendorf wird 1 Fahrzeug auch im Rahmen des Zivilschutzes eingesetzt.
- 302 Die Fahrzeuge sind für die 4 Gerichtshöfe II. Instanz (Oberlandesgerichte in Graz, Innsbruck, Linz und Wien) und die 21 Gerichtshöfe I. Instanz (Landesgerichte für Zivilrechtssachen in Graz und Wien; Landesgerichte für Strafsachen in Graz und Wien; Landesgerichte in Eisenstadt, Feldkirch, Innsbruck, Klagenfurt, Korneuburg, Krems an der Donau, Leoben, Linz, Ried im Innkreis, Salzburg, Steyr, St. Pölten, Wels und Wr. Neustadt; Handelsgericht Wien; Jugendgerichtshof Wien; Arbeits- und Sozialgerichtshof Wien) vorgesehen.
- 303 Bei den ausgewiesenen 31 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke handelt es sich um: 4 Gefangenentransportwagen für die Justizanstalt Wien-Josefstadt; 25 Traktoren, die für die Justizanstalten Garsten(2), Graz-Karlau(3), Hirtenberg(5), Innsbruck(2), Klagenfurt(4), Linz(1), Schwarzau(3), Sonnberg(2), Stein(1) und für die Justizanstalten für Jugendliche Gerasdorf(2) vorgesehen sind; 2 Kühlwagen für die Justizanstalten in Garsten und Hirtenberg.
- 401 Gemäß den Bestimmungen in § 27 Abs. 2 BHG, BGBI. Nr. 213/1986 in der derzeit geltenden Fassung, sind die Fahrzeuge des Bundesheeres und der Heeresverwaltung im Fahrzeuplan nicht zu erfassen.
- 5040 Einschließlich der Fahrzeuge des dem Bundesministerium für Finanzen direkt unterstehenden Zollwachegeneralinspektorates.
- 5071 Der ausgewiesene Personenkraftwagen (Kategorie Ia) wird im Bedarfsfall auch vom Bundesministerium für Finanzen mitbenützt.
- 6000 Von den ausgewiesenen Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke wird 1 Fahrzeug auch im Rahmen des Zivilschutzes eingesetzt.
- 6050 In den ausgewiesenen 30 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 25 Traktoren enthalten, die für die höheren Bundeslehranstalten für alpenländische Landwirtschaft in Raumberg-Trautenfels (4) und Ursprung/Elixhausen (3), für die höheren Bundeslehranstalten für Land- und Ernährungswirtschaft in Elmberg/Oberösterreich (1), Kematen/Tirol (2), Pitzelstätten (2) und Sitzenberg (2), für die höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau in Wien (2), für die höhere Bundeslehranstalt und Bundesamt für Wein- und Obstbau in Klosterneuburg (4) sowie für die höheren landwirtschaftlichen Bundeslehranstalten Francisco-Josephinum (3) und St. Florian (2) vorgesehen sind.

IV. Anmerkungen

Kap. Tit. bzw. Par.	Anmerkung
6051	In den ausgewiesenen 31 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 24 Traktoren enthalten, die für das Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft in Wien (14) sowie für die Bundesversuchsanstalt für alpenländische Landwirtschaft Gumpenstein (10) vorgesehen sind.
6072	In den ausgewiesenen 11 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 3 Traktoren enthalten, die für die forstlichen Ausbildungsstätten in Ort/Gmunden (2) und Ossiach (1) vorgesehen sind.
6093	In den ausgewiesenen 11 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 5 Traktoren enthalten, die für die Bundesgärten in Innsbruck (1) und Wien-Schönbrunn (4) vorgesehen sind.
6095	In den ausgewiesenen 79 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 76 Traktoren enthalten, die für die Bundesversuchswirtschaften Fuchsenbigl im Marchfeld (33), Königshof bei Bruck/Leitha (21) und Wieselburg an der Erlauf (22) vorgesehen sind.
6096	In den ausgewiesenen 11 Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke sind 5 Traktoren enthalten, die für die Bundeslehr- und Versuchsforste in Bruck/Mur (1), Merkenstein (2), Kollerhube (1) und Ulmerfeld (1) vorgesehen sind.
6422	Bei den ausgewiesenen Kraftfahrzeugen für besondere Zwecke handelt es sich um Zugmaschinen.
71	Die im Plan enthaltenen 9 Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke setzen sich aus 8 Sonderlastkraftwagen und 1 Kleinbus zusammen.
77	Die im Plan enthaltenen 181 Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke setzen sich aus 57 geländegängigen Fahrzeugen, 24 Kleinbussen, 2 Unimog, 25 Traktoren und 73 Forstschleppern und Werkstatt-LKW zusammen.
78	Die im Plan enthaltenen 875 Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast über 1000 Kg) beinhalten keine Zugmaschinen und Tankwagen. Die im Plan enthaltenen 2601 Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke setzen sich aus 1435 Omnibussen, 417 Paketkraftwagen, 25 Zugmaschinen und 724 Kraftfahrzeugen mit Spezialaufbauten zusammen.

2. Anmerkungen zum Plan der Luftfahrzeuge

Kap. Tit. bzw. Par.	Anmerkung
1110	Bei den im Plan ausgewiesenen 4 Motorflugzeugen der Gewichtsklasse A handelt es sich um viersitzige Flugzeuge.

3. Anmerkungen zum Plan der Wasserfahrzeuge

Den einzelnen Kategorien sind folgende Wasserfahrzeuge zugeordnet:

Kategorie	Zugeordnete Fahrzeuge	Kennziffer der RIM *)
Passagier- und Transportschiffe	Passagier- und Transportschiffe	220, 221
Spezialwasserfahrzeuge	Barken, Leichter, Prähme	222, 223
	Schleppschiffe, Schleppboote, Zugschiffe, sonstige Spezialwasserfahrzeuge	224
	Bagger	226
Innenbord- und Außenbord-Motorboote	Motorboote (Patrouillenfahrzeuge, Fischereifahrzeuge, Jachten, Kabinenboote u. ä.)	227
Boote, Zillen u. ä. mit Außenbordmotor	Sonstige Wasserfahrzeuge mit Außenbordmotor	227, 228

*) Richtlinien für die Sachverwaltung des Bundes (Inventar-Kontenrahmen).

Zu 70 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP

Anlage V zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1996

Plan

für Datenverarbeitungsanlagen
für das Jahr 1996



Wien 1996
Österreichische Staatsdruckerei

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN FÜR DAS JAHR 1996**Inhaltsverzeichnis**

I. Abschnitt: Allgemeiner Teil	383
II. Abschnitt: Anlagenplan	
1. Plan für Datenverarbeitungsanlagen	385
III. Abschnitt: Anlagenplan (organorientierte Aufgliederung)	
1. Plan für Datenverarbeitungsanlagen	390
IV. Abschnitt: Anmerkungen und Erläuterungen	
1. Anmerkungen zum Plan für Datenverarbeitungsanlagen	399
2. Erläuterungen zum Plan für Datenverarbeitungsanlagen	(1)

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1996**I. Abschnitt: Allgemeiner Teil****1. Voraussetzungen für die Aufnahme von Datenverarbeitungsanlagen in den Plan für Datenverarbeitungsanlagen:**

(1) In den Plan für Datenverarbeitungsanlagen sind

- a) bundeseigene,
- b) angemietete und die dem Bund unentgeltlich zur Benützung überlassenen Datenverarbeitungsanlagen aufzunehmen.

(2) Vom Bund gekaufte, aber noch unter Eigentumsvorbehalt des Verkäufers stehende Datenverarbeitungsanlagen, gelten als bundeseigene.

(3) Eine Datenverarbeitungsanlage im Sinne des Planes für Datenverarbeitungsanlagen ist ein programmierbares System von auf elektronischem Wege kommunizierenden Maschinen, das unabhängig von anderen Systemen Daten verarbeiten kann und dessen Wert gemäß Abs. 6 300 000 Schilling übersteigt.

(4) Elektronische Systeme, die ausschließlich der Datenerfassung oder der Steuerung bestimmter technischer Einrichtungen dienen, wie zB Netzknoten, Hausleitsysteme und Bestandteile von Fahrzeugen, Maschinen, maschinellen Anlagen, Geräten u.ä., zählen nicht zu den Datenverarbeitungsanlagen im Sinne des Abs. 3.

(5) Besteht ein Datenverarbeitungssystem aus mehreren lediglich im Wege der Datenfernverarbeitung zusammengeschlossenen Datenverarbeitungsanlagen, sind die Bestimmungen dieses Planes für Datenverarbeitungsanlagen auf jede dieser Anlagen gesondert anzuwenden.

(6) Maßgeblicher Wert im Sinne des Abs. 3 ist jener Kaufpreis einschließlich Umsatzsteuer, der ohne Abzug allfälliger Sonderkonditionen vom Bund zum Zeitpunkt des Kaufes aufzuwenden ist, oder der bei Miete oder unentgeltlicher Überlassung zum Zeitpunkt der Aufnahme in den Plan für Datenverarbeitungsanlagen aufzuwenden wäre, um die Datenverarbeitungsanlage neu zu erwerben.

Sollte die Bestimmung des Kaufpreises nicht möglich sein, so ist an dessen Stelle der Kaufpreis für ein ähnlich leistungsfähiges System als maßgeblicher Wert heranzuziehen.

2. Typengliederung des Planes für Datenverarbeitungsanlagen:

(1) Die im Plan für Datenverarbeitungsanlagen vorgesehenen Datenverarbeitungsanlagen werden nach folgenden Typen untergliedert:

1. Type A (Kleinanlagen): Das sind alle Datenverarbeitungsanlagen, die nicht die Erfordernisse einer größeren Type erfüllen.
2. Type B (Mittelanlagen): Das sind alle Datenverarbeitungsanlagen, die nicht die Erfordernisse einer größeren Type erfüllen, auf die jedoch die nachstehenden Erfordernisse zutreffen:
 - a) Hauptspeicherkapazität über 50 000 Zeichen,
 - b) mindestens zwei Magnetbandstationen oder eine Magnetplatteneinheit,
 - c) mindestens ein Schnelldrucker (ab 400 Zeilen pro Minute).
 Magnetbandkassettengeräte gelten nicht als Magnetbandstationen und Diskettenlaufwerke nicht als Magnetplatteneinheiten.
3. Type C (Großanlagen): Das sind alle Datenverarbeitungsanlagen, die die Erfordernisse der Type B nicht erfüllen, auf die jedoch die nachstehenden Voraussetzungen zutreffen:
 - a) Hauptspeicherkapazität über 250 000 Zeichen,
 - b) Großraumspeicher für mindestens eine Milliarde Zeichen im direkten Zugriff.
4. Type D (Sonderanlagen): Das sind alle Datenverarbeitungsanlagen, auf die die folgenden Voraussetzungen zutreffen:
 - a) mindestens zwei Zentraleinheiten mit Hauptspeicherkapazitäten über 500 000 Zeichen,
 - b) Großraumspeicher für mindestens drei Milliarden Zeichen im direkten Zugriff.

3. Verwendung von Datenverarbeitungsanlagen:

(1) Jedes Organ des Bundes darf Ausgaben für die Anschaffung und den Betrieb von Datenverarbeitungsanlagen nur tätigen, wenn diese Datenverarbeitungsanlagen im Anlagenplan enthalten sind.

(2) Anstelle der Ausgaben für eine im Plan enthaltene Datenverarbeitungsanlage im Sinne des P. 1 Abs. 1 lit. a dürfen die Ausgaben für eine Datenverarbeitungsanlage im Sinne des P. 1 Abs. 1 lit. b der gleichen Type und umgekehrt getätigt werden.

(3) Weiters dürfen anstelle der Ausgaben für eine im Plan enthaltene Datenverarbeitungsanlage die Ausgaben für eine Datenverarbeitungsanlage einer kleineren Type getätigt werden.

384

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1996**I. Abschnitt: Allgemeiner Teil****4. Verwendung von Datenverarbeitungsanlagen über den im Plan für Datenverarbeitungsanlagen festgesetzten Stand:**

(1) Tritt im Laufe des Jahres 1996 ein unvorhersehbarer und unabweisbarer Mehrbedarf bezüglich einer Datenverarbeitungsanlage bei einem Organ des Bundes auf, ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler den Ausgaben für Anschaffung und Betrieb einer bisher nicht im Plan enthaltenen Datenverarbeitungsanlage unter folgenden Voraussetzungen zuzustimmen:

- a) Die anfallenden Arbeiten können auf einer im Plan enthaltenen Datenverarbeitungsanlage des gleichen oder auch eines anderen Ressortbereiches für die restliche Zeit des laufenden Verwaltungsjahres nicht durchgeführt werden;
- b) seitens des die Aufnahme beantragenden Ressorts wird die finanzielle Bedeckung sichergestellt.

(2) Bei Erteilung der Zustimmung im Sinne des Abs. 1 ist die Datenverarbeitungsanlage einer der in P. 2 Abs. 1 Z 1 bis 4 ausgewiesenen Typen zuzuordnen.

(3) Der Bundesminister für Finanzen hat gemäß § 28 (4) BHG, BGBl. Nr. 213/1986, über die gemäß Abs. 1 getroffenen Maßnahmen gemeinsam mit dem Bericht gemäß P. 3 Abs. 1 lit. c des Allgemeinen Teiles des Fahrzeugplanes dem mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschuss des Nationalrates einmal jährlich zu berichten.

5. Zuständigkeit des Bundeskanzlers:

Die Zuständigkeit des Bundeskanzlers zur Koordination der gesamten Verwaltung des Bundes auf dem Gebiete der elektronischen Datenverarbeitung wird durch die Bestimmungen dieses Planes für Datenverarbeitungsanlagen nicht berührt.

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1996

385

II.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Type der Anlagen								Summe 1996	Summe 1995	
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen				
		Anm.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene			ange- mietet.
01	Präsidentenkanzlei				1						1	1
02	Bundesgesetzgebung:											
024	Parlamentsdirektion		1						1		2	2
03	Verfassungsgerichtshof		1								1	1
04	Verwaltungsgerichtshof		1								1	1
05	Volksanwaltschaft		2								2	2
06	Rechnungshof				1						1	1
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen:											
1000	Zentralleitung							10	1		11	12
1001	Verwaltungsakademie							4			4	4
101	Staatsarchiv und Archivamt				1						1	1
102	Statistisches Zentralamt		1						1		2	2
	Summe 10...		1		1			14	1	1	18	19
11	Inneres:											
1100	Zentralleitung		1					2	1		4	4
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:											
120	Bundesministerium f. Unterricht u. kulturelle Angelegenh.		2					2			4	4
1246	Nationalbibliothek und Phonotheke					2					2	2
1247	Bundesdenkmalamt							1			1	1
1260	Schulaufsichtsbehörden				10						10	10
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten		1		84						85	85
	Summe 12...		3		94	2		3			102	102
14	Wissenschaft und Forschung:											
140	Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst							1	5		6	5
1420	Universitäten		210	2	743	25	380	48	46	13	1.467	1.209
1424	Wissenschaftliche Anstalten		22		3		10		13		48	39

386

P L A N F Ü R D A T E N V E R A R B E I T U N G S A N L A G E N 1 9 9 6

II.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	B e z e i c h n u n g	Type der Anlagen								Summe 1996	Summe 1995	
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen				
		Anm.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene			ange- mietet.
1426	Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal (betr. ähnl. Einr.)					1				1	1	
	Summe 14...		232	2	746	25	392	53	59	13	1.522	1.254
15	Soziales:											
1500	Zentralleitung		1		1		3				5	5
1570	Bundessozialämter				7						7	7
	Summe 15...		1		8		3				12	12
17	Gesundheit und Konsumentenschutz:											
1700	Zentralleitung				5		3				8	7
1732	Strahlenschutz				1						1	1
1790	Lebensmitteluntersuchungsanstalten		1		5						6	5
1792	Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.		3		9						12	8
1795	Veterinärmedizinische Anstalten				4						4	2
	Summe 17...		4		24		3				31	23
18	Umwelt:											
180	Bundesministerium für Umwelt									1	1	1
187	Umweltbundesamt		1				1				2	2
	Summe 18...		1				1			1	3	3
20	Äußeres:											
2000	Zentralleitung		12								12	4
201	Vertretungsbehörden		83								83	58
203	Österreichische Kulturinstitute		11								11	7
	Summe 20...		106								106	69
30	Justiz:											
300	Bundesministerium für Justiz		1								1	1
301	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur		2								2	2
302	Justizbehörden in den Ländern		4		1						5	5
303	Justizanstalten		2								2	2
	Summe 30...		9		1						10	10
40	Militärische Angelegenheiten:											
400	Bundesministerium für Landesverteidigung		7		32						39	40
401	Heer und Heeresverwaltung		34		232		12		3		281	272

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1996

387

II.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung Anm.	Type der Anlagen								Summe 1996	Summe 1995
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
		bundes- eigene	ange- miet.	bundes- eigene	ange- miet.	bundes- eigene	ange- miet.	bundes- eigene	ange- miet.		
4040	Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut			1						1	1
4050	Allentsteig (betriebsähn. Einrichtung)	1								1	1
	Summe 40...	42		265		12		3		322	314
50	Finanzverwaltung:										
5070	Bundesrechenamt	99		16		33				148	161
60	Land- und Forstwirtschaft:										
6000	Zentralleitung	1		1	2		1		1	6	6
6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.	1		7		1				9	9
6053	Forstliche Bundesversuchsanstalt			3					1	4	4
6054	Bundesanstalt für Agrarwirtschaft	2		2						4	4
6055	Bundesanstalten für Milchwirtschaft			2						2	2
6056	Bundesanstalt für Bergbauernfragen			1						1	1
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft	3								3	3
6059	Bundesanstalt für Landtechnik			1						1	1
6080	Wildbach- und Lawinerverbauungsdienst			7						7	7
6093	Bundesgärten	1								1	1
6094	Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule	1								1	1
	Summe 60...	9		24	2	1	1		2	39	39
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr:										
6300	Zentralleitung			8		1				9	9
6320	Österreichisches Patentamt				1					1	1
	Summe 63...			8	1	1				10	10
64	Bauten und Technik:										
6450	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)					4		1		5	5
6453	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.)					7		1		8	8
6491	Einrichtungen des Vermessungswesens	1								1	1
	Summe 64...	1				11		2		14	14
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr:										
6500	Zentralleitung			2		3		1		6	5
6502	Fernmeldebehördliche Tätigkeiten			7						7	7

388

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1996

II.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	B e z e i c h n u n g	Type der Anlagen								Summe 1996	Summe 1995
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
		Anm. bundes- eigene	ange- miet.	bundes- eigene	ange- miet.	bundes- eigene	ange- miet.	bundes- eigene	ange- miet.		
657	Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgeb. Geb.)					1				1	1
	Summe 65...			9		4		1		14	13
71	Bundestheater	1		1				1		3	3
75	Alkohol (Monopol)			1						1	1
77	Österreichische Bundesforste					3				3	3
78	Post- und Telegraphenverwaltung	9	3	20		32		8		72	72

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1996

389

II.1 Zusammenfassung der Datenverarbeitungsanlagen nach Gruppen und Kapitel
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap.	Bezeichnung	Type der Anlagen								Summe 1996	Summe 1995
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
		bundes- eigene	ange- mietet	bundes- eigene	ange- mietet	bundes- eigene	ange- mietet	bundes- eigene	ange- mietet		
0	Oberste Organe										
01	Präsidentenkanzlei			1						1	1
02	Bundesgesetzgebung	1						1		2	2
03	Verfassungsgerichtshof	1								1	1
04	Verwaltungsgerichtshof	1								1	1
05	Volksanwaltschaft	2								2	2
06	Rechnungshof			1						1	1
	Gruppe 0...	5		2				1		8	8
1	Innenverwaltung										
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	1		1		14	1	1		18	19
11	Inneres	1				2		1		4	4
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	3		94	2	3				102	102
14	Wissenschaft und Forschung	232	2	746	25	392	53	59	13	1.522	1.254
15	Soziales	1		8		3				12	12
17	Gesundheit und Konsumentenschutz	4		24		3				31	23
18	Umwelt	1				1			1	3	3
	Gruppe 1...	243	2	873	27	418	54	61	14	1.692	1.417
20	Äußeres	106								106	69
30	Justiz	9		1						10	10
40	Militärische Angelegenheiten	42		265		12		3		322	314
50	Finanzverwaltung	99		16		33				148	161
6	Wirtschaft										
60	Land- und Forstwirtschaft	9		24	2	1	1		2	39	39
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr			8	1	1				10	10
64	Bauten und Technik	1				11		2		14	14
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr			9		4		1		14	13
	Gruppe 6...	10		41	3	17	1	3	2	77	76
	Gruppe 0 bis 6...	514	2	1.198	30	480	55	68	16	2.363	2.055
7	Bundesbetriebe										
71	Bundestheater	1		1				1		3	3
75	Alkohol (Monopol)			1						1	1
77	Österreichische Bundesforste					3				3	3
78	Post- und Telegraphenverwaltung	9	3	20		32		8		72	72
	Gruppe 7...	10	3	22		35		9		79	79
	Gesamtanzahl...	524	5	1.220	30	515	55	77	16	2.442	2.134

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1996

III.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Type der Anlagen								Summe 1996	Summe 1995
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
		bundes- eigene	ange- mietet	bundes- eigene	ange- mietet	bundes- eigene	ange- mietet	bundes- eigene	ange- mietet		
01	Präsidentenkanzlei: Textverarbeitungsanlagen			1						1	1
02	Bundesgesetzgebung:										
024	Parlamentsdirektion	1						1		2	2
03	Verfassungsgerichtshof: Textverarbeitungsanlagen	1								1	1
04	Verwaltungsgerichtshof: Textverarbeitungsanlage und Judikaturdokumentation	1								1	1
05	Volksanwaltschaft: Textverarbeitungsanlagen	2								2	2
06	Rechnungshof: Textverarbeitungsanlagen			1						1	1
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen:										
1000	Zentralleitung					10		1		11	12
1001	Verwaltungsakademie: Anlagen für das Ausschreibungsgesetz (Durchführung von Tests)						4			4	4
101	Staatsarchiv und Archivamt			1						1	1
102	Statistisches Zentralamt	1						1		2	2
	Summe 10...	1		1		14		1		18	19
11	Inneres:										
1100	Zentralleitung: Zentralleitung: EDV-Zentrale						2		1	3	3
	Abt. II/11	1								1	1
	Summe 11...	1				2		1		4	4
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:										
120	Bundesministerium f. Unterricht u. kulturelle Angelegenheiten: Präsidium (Textverarbeitungsanlage)	1								1	1
	Sektion III (Textverarbeitungsanlage)	1								1	1
	Österr. Schulrechenzentrum					1				1	1
	Lehrerpersonalgruppe, Concordiaplatz					1				1	1
	Summe 120...	2				2				4	4

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1996

391

III.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Type der Anlagen								Summe 1996	Summe 1995
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
		bundes- eigene Anm.	ange- mietet	bundes- eigene	ange- mietet	bundes- eigene	ange- mietet	bundes- eigene	ange- mietet		
1246	Nationalbibliothek und Phonotheek: Rechenanlage des wissenschaftl. Bibliothekswesens				2					2	2
1247	Bundesdenkmalamt					1				1	1
1260	Schulaufsichtsbehörden:										
	Landesschulrat für Burgenland			1						1	1
	- Kärnten			1						1	1
	- Niederösterreich			1						1	1
	- Oberösterreich			1						1	1
	- Salzburg			1						1	1
	- Steiermark			1						1	1
	- Tirol			1						1	1
	- Vorarlberg			1						1	1
	Stadtschulrat für Wien			2						2	2
	Summe 1260			10						10	10
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten:										
	Höhere technische Bundeslehranstalt Eisenstadt			1						1	1
	- Pinkafeld			1						1	1
	Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Klagenfurt I			2						2	2
	Höhere technische Bundeslehranstalt Klagenfurt II			1						1	1
	Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Villach			2						2	2
	Höhere technische Lehranstalt Ferlach			1						1	1
	- Wolfsberg			2						2	2
	Höhere technische Bundeslehranstalt Krems			1						1	1
	Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Mödling			3						3	3
	Höhere technische Bundeslehranstalt Wiener Neustadt			2						2	2
	- St. Pölten			2						2	2
	Höhere technische Lehranstalt Hollabrunn			1						1	1
	- Waidhofen/Ybbs			2						2	2
	Bundesfachschule Karlstein/Thaya			1						1	1
	Höhere technische Bundeslehranstalt Linz I			1						1	1
	- Linz II			1						1	1
	- Braunau/Inn			2						2	2
	- Wels		1	1						2	2
	- Vöcklabruck			2						2	2
	- Leonding			2						2	2
	- Steyr			1						1	1
	- Hallstatt			1						1	1
	- Hallein			2						2	2
	- Saalfelden			2						2	2
	- Salzburg			3						3	3
	- Graz-Ortweingasse			2						2	2
	Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Graz-Gösting			2						2	2
	Höhere technische Bundeslehranstalt Kapfenberg			2						2	2
	- Weiz			1						1	1
	Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Innsbruck 1			3						3	3
	- Innsbruck 2			2						2	2
	Höhere technische Bundeslehranstalt Fulpnes			2						2	2
	- Jenbach			1						1	1
	- Imst			2						2	2
	Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Bregenz			2						2	2
	- Dornbirn			1						1	1
	- Rankweil			3						3	3
	- Wien I			2						2	2
	- Wien III			1						1	1
	Höhere technische Bundeslehranstalt Wien III (Ungargasse)			2						2	2

III.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Type der Anlagen								Summe 1996	Summe 1995
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
		bundes- eigene Anm.	ange- mietet	bundes- eigene	ange- mietet	bundes- eigene	ange- mietet	bundes- eigene	ange- mietet		
1280	(Fortsetzung)										
	- Wien IV			2						2	2
	Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Textilindustrie Wien V			2						2	2
	Höhere technische Bundeslehranstalt Wien X			3						3	3
	Höhere Graphische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Wien XIV			1						1	1
	Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für chemische Industrie Wien XVII			1						1	1
	Technologisches Gewerbemuseum Wien XX			3						3	3
	Höhere technische Bundeslehranstalt Wien XXII			4						4	4
	Summe 1280 ...	1		84						85	85
	Summe 12 ...	3		94	2	3				102	102
14	Wissenschaft und Forschung:										
140	Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst:										
	Ressort- und Hochschulverwaltung					1	5			6	5
1420	Universitäten:										
	Technische Universität Graz			96	25	70	24		3	218	202
	Universität Graz	4	1	14		54	9	2	4	88	67
	- Innsbruck	120		300		133	14	2	4	573	398
	- Klagenfurt					1		6		7	6
	- Linz	11		12		9		2	1	35	32
	- Salzburg			2		13		3		18	13
	Technische Universität Wien	49		176		77		22		324	305
	Universität für Bodenkultur Wien	10		12		10		3		35	39
	Universität Wien			112		7		5		124	121
	Veterinärmedizinische Universität Wien	3								3	3
	Wirtschaftsuniversität Wien	13	1	16			1			31	12
	Montan-Universität Leoben			3		6		1	1	11	11
	Summe 1420 ...	210	2	743	25	380	48	46	13	1.467	1.209
1424	Wissenschaftliche Anstalten:										
	Rechenanlage der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik	16				10		12		38	27
	Geologische Bundesanstalt	6		3				1		10	12
	Summe 1424 ...	22		3		10		13		48	39
1426	Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal (betr. ähnl. Einr.)					1				1	1
	Summe 14 ...	232	2	746	25	392	53	59	13	1.522	1.254
15	Soziales:										
1500	Zentraleitung:										
	Datenverarbeitungsanlage für Zwecke der Sozialversicherung					1				1	1
	Büroautomationssysteme des BMAS	1		1		1				3	3
	Datenverarbeitungsanlage für Zwecke der Arbeitsinspektion					1				1	1
	Summe 1500 ...	1		1		3				5	5

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1996

393

III.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Type der Anlagen								Summe 1996	Summe 1995
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
		bundes- eigene	ange- miet.	bundes- eigene	ange- miet.	bundes- eigene	ange- miet.	bundes- eigene	ange- miet.		
		Anm.									
1570	Bundessozialämter:										
	Wien, NÖ u. Bgld			1						1	1
	Oberösterreich			1						1	1
	Salzburg			1						1	1
	Steiermark			1						1	1
	Kärnten			1						1	1
	Tirol			1						1	1
	Vorarlberg			1						1	1
	Summe 1570...			7						7	7
	Summe 15...		1	8		3				12	12
17	Gesundheit und Konsumentenschutz:										
1700	Zentralleitung:										
	Rechenanlagen für Verwaltung, Dokumentation, Datenbankanwendungen, Kanzleinformationssystem und Büroautomation			5		3				8	7
1732	Strahlenschutz:										
	Anlage für die Durchführung von Strahlenschutz-Modellrechnungen			1						1	1
1790	Lebensmitteluntersuchungsanstalten:										
	Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung Wien (Prozeßrechner)			1						1	1
	- Wien (Datenverarbeitung)			1						1	1
	Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung - Linz		1	1						2	2
	- Graz			1						1	1
	- Innsbruck			1						1	1
	Summe 1790...		1	5						6	5
1792	Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.:										
	Bundesstaatliche bakteriologisch-seriologische Untersuchungsanstalt Wien			1						1	1
	- Linz		1	1						2	1
	- Salzburg			1						1	1
	- Graz			2						2	1
	- Klagenfurt		1							1	1
	- Innsbruck		1	1						2	2
	Bundesanstalt für chemische und pharmazeutische Untersuchungen			1						1	1
	Bundesstaatliche Impfstoffgewinnungsanstalt, und Bundesstaatliches Serumprüfungsinstitut			1						1	1
	Bundesstaatliche Anstalt für experimentell - pharmakologische und balneologische Untersuchungen			1						1	1
	Summe 1792...		3	9						12	8
1795	Veterinärmedizinische Anstalten:										
	Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung Mödling ..			1						1	1
	Bundesanstalt für veterinärmedizinische Untersuchungen Innsbruck			1						1	1

III.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
 (Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Type der Anlagen								Summe 1996	Summe 1995
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
		bundes- eigene	ange- miet.	bundes- eigene	ange- miet.	bundes- eigene	ange- miet.	bundes- eigene	ange- miet.		
1795	(Fortsetzung)										
	- Linz			1						1	
	- Graz			1						1	
	Summe 1795...			4						4	2
	Summe 17...	4		24		3				31	23
18	Umwelt:										
180	Bundesministerium für Umwelt								1	1	1
187	Umweltbundesamt	1				1				2	2
	Summe 18...	1				1			1	3	3
20	Äußeres:										
2000	Zentraleitung	12								12	4
201	Vertretungsbehörden	83								83	58
203	Österreichische Kulturinstitute	11								11	7
	Summe 20...	106								106	69
30	Justiz:										
300	Bundesministerium für Justiz:										
	Textverarbeitungsanlagen	1								1	1
301	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur:										
	Textverarbeitungsanlagen	1								1	1
	Datenverarbeitungsanlage für Entscheidungsdokumentation	1								1	1
	Summe 301...	2								2	2
302	Justizbehörden in den Ländern:										
	Landesgericht für Strafsachen Wien und Staatsanwaltschaft Wien	1		1						2	2
	Arbeits- und Sozialgericht Wien	1								1	1
	Handelsgericht Wien	1								1	1
	Landesgericht für Zivilrechtssachen Wien	1								1	1
	Summe 302...	4		1						5	5
303	Justizanstalten:										
	Justizanstalt Wien-Josefstadt	1								1	1
	Justizanstalt Göllersdorf	1								1	1
	Summe 303...	2								2	2
	Summe 30...	9		1						10	10

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1996

395

III.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Type der Anlagen								Summe 1996	Summe 1995
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
		bundes- eigene	ange- mietet	bundes- eigene	ange- mietet	bundes- eigene	ange- mietet	bundes- eigene	ange- mietet		
40	Militärische Angelegenheiten:										
400	Bundesministerium für Landesverteidigung:										
	Ergänzungswesen, Materialversorgung, Dokumentations- system, Statistik, Büro- und Personalinformationssystem	7		32						39	40
401	Heer und Heeresverwaltung:										
	Ergänzungswesen, Materialversorgung, Dokumentations- system, Statistik, Büro- und Personalinformationssystem	34		232		12		3		281	272
4040	Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut:										
	Dokumentations-, Büro- und Personalinformationssystem			1						1	1
4050	Allentsteig (betriebsähnl. Einrichtung):										
	Anlage für forstwirtschaftliche Zwecke	1								1	1
	Summe 40...	42		265		12		3		322	314
50	Finanzverwaltung:										
5070	Bundesrechenamt:										
	Dezentrale Rechner für die Netzwerke der Finanzverwaltung:										
	BMF-Zentraleitung	4								4	4
	Bundesrechenamt	52		2						54	54
	Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland	14		3						17	17
	- Kärnten	2		2						4	5
	- Oberösterreich	3		2						5	6
	- Salzburg	3		2						5	6
	- Steiermark	3		2						5	5
	- Tirol	2		2						4	5
	- Vorarlberg	3								3	4
	Sonstige Dienststellen	13		1						14	22
	Aufgaben der Finanzverwaltung und Arbeiten für das BKA, BMAS, BMJ, BMLv, BMLF, BMU, BMUKA, BNWA und BMWFK:										
	Bundesrechenamt					14				14	14
	Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland					4				4	4
	- Kärnten					1				1	1
	- Oberösterreich					2				2	2
	- Salzburg					1				1	1
	- Steiermark					1				1	1
	- Tirol					1				1	1
	- Vorarlberg					1				1	1
	Sonstige Dienststellen					8				8	8
	Summe 50...	99		16		33				148	161
60	Land- und Forstwirtschaft:										
6000	Zentraleitung:										
	Text- und Informationssysteme				2			1		1	4
	Anlage für hydrographisches Zentralbüro	1		1						2	2
	Summe 6000...	1		1	2			1		6	6

396

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1996

III.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Type der Anlagen								Summe 1996	Summe 1995
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
		Anm.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene	ange- mietet.	bundes- eigene		
6051	Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.:										
	Bundesamt für Agrarbiologie Linz				1					1	1
	Bundesamt u. Forschungszentrum für Landwirtschaft Bundesanstalt für	1			5					6	6
	- Alpenländische Landwirtschaft Gumpenstein				1					1	1
	Bundesamt für Weinbau						1			1	1
	Summe 6051...	1			7		1			9	9
6053	Forstliche Bundesversuchsanstalt				3				1	4	4
6054	Bundesanstalt für Agrarwirtschaft	2			2					4	4
6055	Bundesanstalten für Milchwirtschaft:										
	Bundesanstalt für alpenländische Milchwirtschaft . - Milchwirtschaft				1					1	1
	Summe 6055...				2					2	2
6056	Bundesanstalt für Bergbauernfragen				1					1	1
6058	Bundesamt für Wasserwirtschaft	3								3	3
6059	Bundesanstalt für Landtechnik				1					1	1
6080	Wildbach- und Lawinerverbauungsdienst:										
	Forsttechnische Abteilung für Wildbach- und Lawinerverbauung, Sektion Wien, NÖ und Bgld.				1					1	1
	- , Sektion Oberösterreich				1					1	1
	- , Sektion Salzburg				1					1	1
	- , Sektion Steiermark				1					1	1
	- , Sektion Kärnten				1					1	1
	- , Sektion Tirol				1					1	1
	- , Sektion Vorarlberg				1					1	1
	Summe 6080...				7					7	7
6093	Bundesgärten:										
	Bundesgärten Wien, Verwaltung	1								1	1
6094	Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule:										
	Bundesgestüt Piber	1								1	1
	Summe 60...	9			24	2	1	1	2	39	39
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr:										
6300	Zentraleitung:										
	Graphische Datenverarbeitungssysteme				2					2	2
	DDP-Rechner				6					6	6
	Graphisches Mehrplatzsystem						1			1	1
	Summe 6300...				8		1			9	9
6320	Österreichisches Patentamt:										
	Patent- und Markenverwaltung						1			1	1
	Summe 63...				8	1	1			10	10

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1996

397

III.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	Bezeichnung	Type der Anlagen								Summe 1996	Summe 1995
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
		Anm.	bundes- eigene	ange- mietet	bundes- eigene	ange- mietet	bundes- eigene	ange- mietet	bundes- eigene		
64	Bauten und Technik:										
6450	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)					4		1		5	5
6453	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.)					7		1		8	8
6491	Einrichtungen des Vermessungswesens:										
	Textverarbeitungsanlagen		1							1	1
	Summe 64...		1			11		2		14	14
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr:										
6500	Zentraleitung:										
	Büroautomationssysteme			2		3		1		6	5
6502	Fernmeldebehördliche Tätigkeiten:										
	Büroautomationssysteme			7						7	7
657	Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgeb. Geb.):										
	Bundesverkehrswegeplan und Verkehrsdatenbank					1				1	1
	Summe 65...			9		4		1		14	13
71	Bundestheater:										
	Generalsekretariat des Österreichischen Bundestheaterverbandes, Versand- u. Adresswesen		1							1	1
	Kartenvertrieb der Bundestheater			1						1	1
	Personalverwaltung der Bundestheater							1		1	1
	Summe 71...		1	1				1		3	3
75	Alkohol (Monopol):										
	Textverarbeitungsanlagen			1						1	1
77	Österreichische Bundesforste:										
	Generaldirektion der Österreichischen Bundesforste (Forstverwaltungen, Bauhöfe, Sägewerke)					3				3	3
78	Post- und Telegraphenverwaltung:										
	Textverarbeitungsanlagen		9	3						12	12
	Rechenzentrum (für Gesamtbereich der PTV)							1		1	1
	DV-Außenstelle Salzburg (für Gesamtbereich der PTV)					1				1	1
	Briefmarkenversand-Ausland (in der Postzeugverwaltung Wien)					1				1	1
	Materialbewirtschaftung des Fernmeldesektors (Gesamtbereich)					15				15	15
	Graphische Datenverarbeitung in der Linientechnik Bürokommunikation					12		7		12	12
	Fernmeldebauamt Innen (dezentraler Rechnereinsatz)					1				1	1
	Telex- und Telefonbuchstelle Salzburg (für seitenfertigen Papierumbruch)					1				1	1

398

P L A N F Ü R D A T E N V E R A R B E I T U N G S A N L A G E N 1 9 9 6

III.1 Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen)

Kap. Tit. bzw. Par.	B e z e i c h n u n g	Type der Anlagen								Summe 1996	Summe 1995
		A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen			
		Anm.	bundes- eigene	ange- miet.	bundes- eigene	ange- miet.	bundes- eigene	ange- miet.	bundes- eigene		
78	(Fortsetzung)										
	Finanzbuchführung (Gesamtbereich), Postautodienst	16	1	17	17
	Graphische Datenverarbeitung in der Übertragungstechnik	4	4	4
	Summe 78...	9	3	20	32	8	72	72

IV. Anmerkungen

1. Anmerkungen zum Plan für Datenverarbeitungsanlagen
(entfällt)

(1)

PLAN FÜR DATENVERARBEITUNGSANLAGEN 1996

IV.2 Erläuterungen
zum Plan für Datenverarbeitungsanlagen

Die der Veranschlagung zugrunde gelegte Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen in den Jahren 1972 bis 1978 erstellten Systemisierungsplänen der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes zeigt die folgende Übersicht:

	Type der Anlagen						Datenver- arbeits- anlagen
	A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		
	bundes- eigene	ange- mietet	bundes- eigene	ange- mietet	bundes- eigene	ange- mietet	Summe
1972	8	-	8	8	2	15	41
1973	18	1	10	8	4	19	60
1974	23	-	12	7	4	21	67
1975	26	6	12	9	4	19	76
1976	39	6	13	12	4	20	94
1977	31	16	26	12	4	17	106
1978	47	21	33	14	7	15	137

Durch die technische Entwicklung wurde eine Neugestaltung des Systemisierungsplanes ab dem BVA 1979 notwendig, die neben der Schaffung der Type D (Sonderanlagen) zum Teil eine geänderte Zuordnung von Datenverarbeitungsanlagen zu den einzelnen Typen erforderte. Darüber hinaus sind Kleinanlagen, deren Wert gem. P. 1 Abs. 3 des I. Abschnittes: Allgemeiner Teil unter 300 000 S liegt, nicht mehr aufnahmepflichtig. Dadurch ergibt sich ab dem Jahr 1979 eine eingeschränkte Vergleichbarkeit mit den in den Jahren 1972 bis 1978 der Systemisierung zugrunde gelegten Datenverarbeitungsanlagen.

Die teilweise unterschiedliche Systemisierung der Anlagen in den Jahren 1978 bzw. 1979 kann aus der Übersicht auf den Seiten IX-XI des Systemisierungsplanes der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes für das Jahr 1979 ersehen werden.

	Type der Anlagen								Datenver- arbeits- anlagen
	A Kleinanlagen		B Mittelanlagen		C Großanlagen		D Sonderanlagen		
	bundes- eigene	ange- mietet	bundes- eigene	ange- mietet	bundes- eigene	ange- mietet	bundes- eigene	ange- mietet	Summe
1979	45	30	38	11	6	8	1	3	142
1980	60	22	55	9	6	8	3	2	165
1981	71	62	63	10	6	7	5	2	226
1982	91	52	90	12	8	8	5	2	268
1983	90	58	95	10	14	7	6	2	282
1984	125	54	113	6	18	6	6	2	330
1985	176	33	117	7	20	6	8	2	369
1986	205	32	127	4	22	8	5	2	405
1987	243	32	149	9	26	7	6	3	475
1988	287	20	157	7	44	6	6	3	530
1989	308	15	189	8	54	6	5	3	588
1990	322	14	228	7	89	8	5	3	676
1991	346	13	246	7	97	7	5	5	726
1992	375	15	307	44	97	20	16	8	882
1993	447	11	684	45	181	21	37	9	1435
1994	505	8	849	44	277	47	49	12	1791
1995	497	5	1143	32	322	60	58	17	2134
1996	524	5	1220	30	515	55	77	16	2442

Arbeitsbehelf

zum

Bundesfinanzgesetz

für das Jahr

1996

I. Teil

(Allgemeine und Kapitel-Erläuterungen)



Wien 1996

Österreichische Staatsdruckerei

Inhalt

I. TEIL

Seite

Abschnitt A. Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlags 1996 sowie Vergleiche mit den Voranschlags/Gebarungsziffern der Jahre 1995 und 1994:

Gesamtgebarung und Aufgabenstellung	7— 8
Grundsätzliche Ausführungen zu den Kapiteln 01 bis 78	10
Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei	11
Kapitel 02: Bundesgesetzgebung	12— 15
Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof	16
Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof	17
Kapitel 05: Volksanwaltschaft	18
Kapitel 06: Rechnungshof	19
Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen	20— 25
Kapitel 11: Inneres	26— 34
Kapitel 12: Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	35— 56
Kapitel 13: Kunst	57— 61
Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung	62— 76
Kapitel 15: Soziales	77— 93
Kapitel 16: Sozialversicherung	94—114
Statistische Daten zur Pensionsversicherung	103—114
Kapitel 17: Gesundheit und Konsumentenschutz	115—126
Kapitel 18: Umwelt	127—129
Kapitel 19: Jugend und Familie	130—136
Kapitel 20: Äußeres	137—141
Kapitel 30: Justiz	142—147
Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten	148—153
Kapitel 50: Finanzverwaltung	154—167
Kapitel 51: Kassenverwaltung	168—173
Kapitel 52: Öffentliche Abgaben (Gesetzliche Grundlagen, Bemessungsbasis, Verfahrensvorschriften u. ä.)	174—198
Titel 2/529 Ab Überweisungen II (Eigenmittelabfuhr an die EU)	191—192
Übersicht über die im Budget 1996 veranschlagten Ertragsanteile	193
Entwicklung der öffentlichen Abgaben des Bundes	194—196
Kapitel 53: Finanzausgleich	199—204
Kapitel 54: Bundesvermögen	205—219
Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung) (Allgemeines)	220—223
Anzahl der Pensions- und Provisionsparteien	223
Kapitel 59: Finanzschuld, Währungstauschverträge	224—227
Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft (Allgemeines)	228—252
Agrarische Strukturförderung	237—239
Marktordnungsmaßnahmen	239—241
Marktordnungspolitische Maßnahmen	241
Finanzielle Regelungen zur Entlastung der Land- und Forstwirtschaft im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des EU-Beitrittsvertrages	246—247
Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	253—257
Kapitel 64: Bauten und Technik	258—269
Allgemeine Bemerkungen betreffend BIG	266
Kapitel 65: Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	270—276

	Seite
Kapitel 71: Bundestheater	277—278
Kapitel 75: Alkohol (Monopol).....	279
Kapitel 77: Österreichische Bundesforste.....	280—281
Kapitel 78: Post- und Telegraphenverwaltung.....	282—291

Abschnitt B. Sonstiges (Punkt I bis V)

I. Hauptüberblick über den Bundesvoranschlag 1996:

Inlandswirksame Gebarung (1994 bis 1996).....	293—297
Gebarungsunterschiede (1996 gegenüber 1995).....	298—302
Konjunkturausgleich-Voranschlag für das Jahr 1996.....	302
Erfolgswirksame/Bestandswirksame Gebarung.....	303
Personalstand und Personalausgaben.....	304—308
Starrheit des Bundeshaushaltes (1995 und 1996).....	308
Investitionen und Investitionsförderung (1994 bis 1996).....	309—312
Finanzwirtschaftliche und funktionelle Gliederung (1994 bis 1996).....	312—313
Bereinigte Budgetgebarung (1994 bis 1996).....	314—315
Vermögens- und Schuldenrechnung des Bundes.....	316—317
Außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes.....	318—321

II. Der Bundeshaushalt im Rahmen der öffentlichen Haushalte und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung:

Die öffentlichen Haushalte in administrativer Abgrenzung (1987 bis 1996).....	322—323
Nettoaussgaben (1987 bis 1994).....	323—324
Volkswirtschaftliche Steuerquote (1987 bis 1996).....	324—325
Der Staat im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.....	325—326
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 1954—1994.....	326
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen (1987 bis 1996).....	326—328
Laufende Einnahmen der öffentlichen Haushalte und deren Verwendung (1987 bis 1996).....	328—330
Öffentliches Sparen und öffentliche Vermögensrechnung (1987 bis 1996).....	330
Brutto-Anlageinvestitionen (1987 bis 1996).....	331
Öffentliches Sparen (1987 bis 1994).....	331
Öffentliche Verschuldung (1987 bis 1994).....	332

III. Bundesgebarung der Vor- und Nachjahre:

Gebarung 1945 bis 1994.....	333—343
Vorläufiger Gebarungserfolg 1995.....	343—351
Budgetvorschauen bzw. -prognosen, Budgetprogramm und Budgetbericht.....	352—354

IV. Bundeshaushaltsrecht; Erstellung, Genehmigung und Veröffentlichung des Bundeshaushaltes:

Bundesfinanzgesetz.....	355
Budgetbericht und Budgetprogramm.....	355
Bundesrechnungsabschluß.....	355
Vorschriften für die Haushaltsführung.....	356

V. Gliederung des Bundesvoranschlages:

Wirksame und unwirksame Gebarung, Haushaltsgebarung.....	357—358
Gliederung des Bundesvoranschlages.....	358—359
Schema des dekadisch numerierten Ansatzplanes.....	359—360
Finanzwirtschaftliche Gliederungselemente (Gebarungsgruppen).....	360—362
Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche).....	362—366
Kontenplan für die Bundesverwaltung.....	366—367
Aufgliederung nach Kriterien der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.....	367—371
Betriebsähnliche Einrichtungen (Verwaltungszweige).....	371
Mehrjährige Vorhaben.....	372
Zweckgebundene Einnahmen.....	372
Wirtschaftsführung der Bundesbetriebe.....	372—373
Allgemeines (Bruttoprinzip, Vergleichsziffern, Teilhefte, Auslandszahlungsverkehr).....	373—377

A. Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlages 1996 sowie Vergleiche mit den Voranschlags/Gebarungsziffern der Jahre 1995 und 1994

Dem Bundesfinanzgesetz ist als **Anlage I** der **Bundesvoranschlag** für das Jahr 1996 abgeschlossen. Dieser enthält unter Bedachtnahme auf § 16 BHG sämtliche im Finanzjahr 1996 zu erwartende Einnahmen und voraussichtlich zu leistende Ausgaben des Bundes und zeigt nachstehende Schlußziffern, die gegenüber dem Bundesvoranschlag für das Jahr 1995 bzw. dem vorläufigen Gebarungserfolg 1995 und dem Erfolg 1994 folgendes Vergleichsbild ergeben:

	Bundesvoranschlag 1996	Bundesvoranschlag 1995	Vorläufiger Gebarungserfolg 1995	Erfolg 1994
in Millionen Schilling				
Allgemeiner Haushalt:				
Ausgaben	746 631	752 820	764 581	731 447
Einnahmen.....	656 054	650 547	646 678	626 629
Abgang ...	90 578	102 273	117 903	104 818
Ausgleichshaushalt:				
Ausgaben	198 136	214 194	204 840	121 092
Einnahmen.....	288 714	316 467	322 743	225 910
Überschuß ...	90 578	102 273	117 903	104 818
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Mrd. S ¹⁾.....	2 449,4	2 360,1 ²⁾	2 360,1	2 262,9
Abgang des allgemeinen Haushaltes in vH des BIP	3,7	4,3	5,0	4,6

RUNDUNGSDIFFERENZEN

¹⁾ Prognose des WIFO vom Dezember 1995.

²⁾ Bei Berücksichtigung der bei Erstellung des BVA 1995 vorliegenden WIFO-Prognose vom Dezember 1994 (BIP: 2 372,9 Mrd. S) entspricht dies ebenfalls einem Anteil von 4,3 vH.

1. Budgetpolitische Zielsetzung

Die Bundesregierung hat sich das fiskalpolitische Ziel gesetzt, mittelfristig das Budget zu konsolidieren und das Nettodefizit auf unter 3 vH des Bruttoinlandsproduktes zu senken und die im Maastrichter-Vertrag über die Europäische Union festgelegten Konvergenzkriterien für die öffentlichen Haushalte zu erreichen. Bereits 1997 soll das Nettodefizit des Bundes auf 2,7 vH des BIP gesenkt werden.

Bedingt durch eine Reihe von Entwicklungen — rezessionsbedingte Einnahmehausfälle und Ausgabensteigerungen, Ausweitung des Personalaufwandes, Expansion der Familien- und Sozialleistungen, Einnahmehausfälle durch die Steuerreform sowie Kosten des EU-Beitritts — hat sich von 1992 bis 1995 die budgetäre Situation des Bundes erheblich verschlechtert und das Defizit beträchtlich erhöht. Eine Fortführung dieser Entwicklung hätte den budgetpolitischen Handlungsspielraum weiter verringert und zu einer immer höheren Budgetbelastung durch Zinsenzahlungen geführt. Darüber hinaus hätten sich negative Auswirkungen für die Währungspolitik ergeben, welche über höhere Zinssätze wiederum negative Rückwirkungen auf Wirtschaftsentwicklung und das Budget gehabt hätten.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung wurde eine breit angelegte sowohl die Einnahmen- als auch die Ausgabenseite betreffende Konsolidierungsstrategie, die auch mit den anderen Gebietskörperschaften und den Sozialpartnern abgestimmt wurde, gewählt. Zwei Drittel der Konsolidierung werden über ausgabenseitige Einsparungsmaßnahmen in den Bereichen Personalausgaben im öffentlichen Dienst, Einsparungen bei familienpolitischen Leistungen, Arbeitslosenversicherung, Pensionsversicherung erzielt. Ein Drittel wird über einnahmenseitige Maßnahmen — Schließen von Steuerlücken, Streichung von Ausnahmebestimmungen, Wegfall von nicht mehr zeitgemäßen Steuersubventionen sowie Einbeziehung von Gas und Strom in die Energiebesteuerung — erzielt. Die Konsolidierung erfolgt sozial ausgewogen, höhere Einkommen tragen mehr bei als niedrigere Einkommen und betrifft alle Einkommensarten und Bevölkerungsgruppen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Unter dem Eindruck nachlassender Auslandsnachfrage schwächt sich das Wirtschaftswachstum in Österreich 1996 und 1997 ab. Die europaweiten Bemühungen zum Abbau der Budgetdefizite werden die Konjunktur bis in das Jahr 1997 dämpfen. Dennoch geht die EU davon aus, daß es sich derzeit nur um eine Wachstumspause handelt, welche auf Grund guter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen 1997 wieder von stärkerem Wachstum abgelöst werden wird. Anfang 1996 treten in Deutschland Steuersenkungen in Kraft, welche über höhere Importe auch auf die Nachbarländer ausstrahlen werden. Für den gesamten OECD-Raum wird für 1996 und 1997 ein Wachstum von jeweils 2,3 vH erwartet, für die EU ergibt sich für 1996 und 1997 ein Wachstum von jeweils knapp unter 2 vH. Die USA werden im gleichen Zeitraum mit jeweils 2,5 vH wachsen, und die osteuropäischen Reformstaaten können mit einem durchschnittlichen realen Wirtschaftswachstum von 4,5 vH rechnen.

In Österreich haben das schleppende Wachstum der Produktion und sparsamer Arbeitseinsatz — auch im Dienstleistungssektor — einen Rückgang der Beschäftigung zur Folge. Bis 1996 kann dies weitgehend durch den Abbau des Arbeitskräftepotentials durch Frühpensionen aufgefangen werden. Für 1997 ist mit einer Arbeitslosenquote von 5,5 vH (internationale Definition) zu rechnen.

Der Bundesvoranschlag 1996 und 1997 wurde unter Zugrundelegung der Dezemberprognose 1995 des Wirtschaftsforschungsinstitutes erstellt, wobei von folgenden Eckdaten ausgegangen wurde:

Beim Bruttoinlandsprodukt (=BIP) wird 1996 ein reales Wachstum von 1,6 vH und für 1997 von 1,2 vH erwartet. Das nominelle BIP wird 1996 2 449 Milliarden und 1997 2 517 Milliarden Schilling betragen. 1996 werden sowohl die Netto-Masseneinkommen als auch die verfügbaren persönlichen Einkommen nur schwach zunehmen, 1997 werden sie stagnieren. Auf Grund einer abnehmenden Sparquote ergibt sich daraus für den privaten Konsum ein reales Wachstum von 1,5 vH für 1996 und 1 vH im Jahre 1997. Die Warenexporte sollen 1996 und 1997 nominell jeweils um 7,1 vH zunehmen, real wird die Zuwachsrate jeweils 6 vH betragen. Die Warenimporte werden 1996 und 1997 nominell um 4 vH zunehmen. Für die Leistungsbilanz ergibt sich für 1996 ein Defizit von 35 Milliarden (1,4 vH des BIP) und für 1997 ein Defizit von 20 Milliarden Schilling (das sind 0,8 vH des BIP). Die Arbeitslosenquote wird 1996 4,7 vH und 1997 5,5 vH betragen. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird für 1996 mit 2,2 vH und für 1997 mit 1,9 vH prognostiziert.

Auch auf Grund der sich leicht abschwächenden konjunkturellen Entwicklung stand die Bundesregierung bei der Erstellung des Bundesvoranschlages für 1996 und 1997 vor einer großen Herausforderung. Das Budgetdefizit des Bundes soll bis Ende 1997 auf 2,7 vH des BIP reduziert werden.

Die Netto-Kosten des EU-Beitritts für den Bundeshaushalt betragen 1995 1,4 vH des BIP. 1996 und 1997 fallen sie auf 0,8 vH des BIP.

3. Konjunkturausgleich-Voranschlag

Um im Jahre 1996 bei Bedarf konjunkturbelebende Maßnahmen setzen zu können, ist dem Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1996 ein Konjunkturausgleich-Voranschlag (Anlage II) mit einer Stabilisierungs- und einer Konjunkturbelebungsquote in Höhe von insgesamt rund 5,1 Milliarden Schilling angeschlossen.

4. Budgetvollzug 1995

Der Bundesvoranschlag 1995 sah ein Defizit von 102,3 Milliarden Schilling oder 4,3 vH des Bruttoinlandsprodukts vor. Der vorläufige Gebarungserfolg weist einen Abgang im Bundeshaushalt von 117,9 Milliarden Schilling oder 5,0 vH des BIP aus. Im Vergleich zum Voranschlag wurden im allgemeinen Haushalt die Ausgaben um rd. 11,8 Milliarden Schilling überschritten und die Einnahmen um rd. 3,9 Milliarden Schilling unterschritten.

Die Überschreitung auf der Ausgabenseite wurde in erster Linie durch höhere Bundeszuschüsse für die Pensionsversicherung (8 Milliarden Schilling), durch vermehrte Beihilfen für Erzeugung und Verwertung von Getreide und anderen landwirtschaftlichen Produkten sowie durch höhere Ausgleichszahlungen im Bereich der Landwirtschaft verursacht.

Auf der Einnahmenseite wurde einerseits der Voranschlag für Veräußerungserlöse um 7,1 Milliarden Schilling unterschritten, weil der Verkauf von Anteilsrechten des Bundes an Unternehmungen nur zum Teil realisiert wurde, andererseits lag das Nettoergebnis bei den öffentlichen Abgaben — trotz geringerer Bruttoeinnahmen — um 4,3 Milliarden Schilling über dem BVA 1995, da die Überweisungen an die Länder und Gemeinden (Ertragsanteile) sowie an die EU wesentlich niedriger waren.

10

Grundsätzliche Ausführungen zu den Kapiteln 01 bis 78:

1. Gesetzliche Grundlagen

Zur Darstellung gelangt das Grundgesetz in der zuletzt gültigen Fassung.

2. Ausgliederungen

Bei Vergleichen mit den Jahren 1994 und 1995 ist zu berücksichtigen, daß die Post- und Telegraphenverwaltung mit Wirkung 1. Mai 1996 aus dem Bundeshaushalt ausgegliedert wird. Betroffen sind die Kapitel 78 (Post- und Telegraphenverwaltung), 65 (Öffentliche Wirtschaft und Verkehr), 55 (Pensionen-Hoheitsverwaltung) und 52 (Öffentliche Abgaben; wegen Körperschaftsteuer).

3. Personalausgaben

Bei der Veranschlagung der Personalausgaben wurden die Auswirkungen der allgemeinen Bezugserhöhung mit Wirkung 1. Jänner 1995 und der Einmalzahlung für 1996 in Höhe von 2 700 Schilling pro Person berücksichtigt.

4. Bezugsvorschüsse

Gemäß § 23 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 522/1995, und § 25 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948, BGBl. Nr. 86, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 522/1995, kann Bundesbediensteten, die unverschuldet in eine Notlage geraten sind oder wenn sonst berücksichtigungswürdige Gründe vorliegen, auf Antrag ein unverzinslicher Vorschuß aus Bundesmitteln bewilligt werden.

5. Bundesrechnungsabschluß bzw. Bundesvoranschlag

Die Zahlen des Jahres 1994 stellen den Erfolg, jene des Jahres 1995 den Bundesvoranschlag, BGBl. Nr. 283, bzw. den vorläufigen Gebarungserfolg (Stand 31. Jänner 1996), und die des Jahres 1996 den Bundesvoranschlag dar.

Unter dem Hinweis „Veranschlagte Ausgaben“ und „Einnahmen“ werden die Beträge des Bundesvoranschlages 1996 verstanden.

Erläutert werden grundsätzlich nur die Voranschlagsbeträge 1996 und die wesentlichsten Unterschiede gegenüber dem Vorjahr.

6. Rundungsdifferenzen

Bei Betragsangaben wurde einheitlich mathematisch bis einschließlich 4 ab- und ab 5 aufgerundet. Es kann daher bei Summen- bzw. Saldenbildungen zu Rundungsdifferenzen kommen.

7. Redaktionsschluß 8. März 1996

Kapitel 01 Präsidentschaftskanzlei

Gesetzliche Grundlagen und Aufgaben

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Herrn Bundespräsidenten, der im Bundes-Verfassungsgesetz vom 1. Oktober 1920, StGBI. Nr. 450 in der Fassung von 1929, BGBl. Nr. 1/1930, zuletzt geändert durch das Bundes-Verfassungsgesetz vom 4. August 1992, BGBl. Nr. 470, geregelt ist.

Die Präsidentschaftskanzlei führt auch die Agenden der Ehrenzeichenkanzlei.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	34,3	38,1	72,4	1,0
1995	35,0	24,4	59,4	1,2
1995 vorl. Erf..	36,9	42,2	79,0	1,2
1996	36,2	25,0	61,2	1,2

Für Orden und Ehrenzeichen sind im Bundesvoranschlag 1995 beim Voranschlagsansatz 1/01008 „Aufwendungen“ 1,400 Millionen Schilling vorgesehen.

Bezüge des Herrn Bundespräsidenten

Die Bezüge des Herrn Bundespräsidenten sind im Bundesgesetz vom 9. Juli 1972, BGBl. Nr. 273, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 820/1995, geregelt und werden beim Voranschlagsansatz 1/01007 „Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)“ verrechnet.

Kapitel 02 Bundesgesetzgebung

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus den Aufgaben der Gesetzgebungsorgane des Bundes, insbesondere gemäß den Artikeln 24 und 51 ff. des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 sowie aus den Aufgaben der zur Besorgung der parlamentarischen Hilfsdienste und der Verwaltungsangelegenheiten im Bereich der Organe der Gesetzgebung des Bundes sowie gleichartiger Tätigkeiten für die österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments berufenen Parlamentsdirektion gemäß Artikel 30 Bundes-Verfassungsgesetz, ferner auf Grund sonstiger Gesetze, die unter den jeweiligen Titeln angegeben sind.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	153,5	1 084,1	1 237,7	30,3
1995	177,6	1 201,0	1 378,6	56,0
1995 vor. Erf. .	169,4	1 177,0	1 346,4	60,8
1996	166,9	1 377,0	1 543,9	60,1

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 021 Nationalrat

Gesetzliche Grundlagen

Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929;

Geschäftsordnungsgesetz 1975, BGBl. Nr. 410/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 569/1993;

Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995;

Parlamentsmitarbeitergesetz, BGBl. Nr. 288/1992;

Bundesgesetz über den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, BGBl. Nr. 432/1995.

Aufgaben

Der Nationalrat übt gemeinsam mit dem Bundesrat die Gesetzgebung des Bundes aus. Außerdem ist er zur Mitwirkung beim Abschluß von Staatsverträgen, sofern sie politischen oder gesetzändernden Inhaltes sind, berufen.

Der Hauptausschuß des Nationalrates ist gemäß Artikel 23 e und f B-VG mit den Wahrnehmungen der Rechte des Nationalrates betreffend Vorhaben der Europäischen Union betraut.

Ferner bedarf ua. die Festsetzung von Postgebühren, Preisen der Monopolgegenstände sowie von Bezügen der in einem Dienstverhältnis zum Bund stehenden Personen, die in Betrieben des Bundes ständig beschäftigt sind, der Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates.

Schließlich bedürfen bestimmte Verordnungen der Bundesregierung oder eines Bundesministers, bei denen dies bundesgesetzlich festgesetzt wird, des Einvernehmens mit dem Hauptausschuß des Nationalrates.

Hinsichtlich der finanziellen Gebarung des Bundes obliegt dem Nationalrat die Genehmigung des Bundesvoranschlages, die Prüfung und Genehmigung des Rechnungsabschlusses, die Genehmigung der Aufnahme oder Konvertierung von Bundesanleihen sowie die Verfügung über Bundesvermögen.

Der Nationalrat überprüft die Geschäftsführung der Bundesregierung im Wege des Interpellations-, Resolutions- und Enqueterechts. Der Hauptausschuß des Nationalrates kann weiters die Abhaltung einer parlamentarischen Enquete über Angelegenheiten, in denen die Gesetzgebung Bundessache ist, beschließen.

Beim Nationalrat ist auch der Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus eingerichtet.

Kapitel 02 — Titel 022 und 023

13

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Schilling
1994	553,8	24,5
1995	600,5	43,0
1995 vor. Erf.	648,6	48,4
1996	786,1	48,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Mehrausgaben vor allem für Zuwendungen an den Nationalfonds und auf Grund der Folgekosten der Nationalratswahl 1995.

Titel 022 Bundesrat**Gesetzliche Grundlagen**

Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929;

Geschäftsordnung des Bundesrates, BGBl. Nr. 361/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 50/1996;

Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995.

Aufgaben

Der Bundesrat setzt sich aus den von den einzelnen Landtagen entsendeten Vertretern zusammen und übt gemeinsam mit dem Nationalrat die Bundesgesetzgebung aus. Seine vornehmliche Aufgabe ist hierbei, die Interessen der Länder zu wahren. Der Bundesrat hat das Recht der Gesetzesinitiative, das Recht der Erhebung von Einsprüchen gegen die vom Nationalrat gefaßten Gesetzesbeschlüsse mit Ausnahme der in Artikel 42 Abs. 5 Bundes-Verfassungsgesetz bestimmten Fälle sowie das Interpellations- und Resolutionsrecht. Außerdem kommt dem Bundesrat ebenso wie dem Nationalrat eine Mitwirkung beim Abschluß von Staatsverträgen, sofern sie politischen oder gesetzändernden Inhaltes sind, zu. Ferner hat der Bundesrat gemäß Artikel 23 e und f BV-G Mitwirkungsrechte in EU-Angelegenheiten. Weiters steht in einigen Fällen dem Bundesrat das Recht der Zustimmung zu Beschlüssen des Nationalrates zu, wie zB bei gewissen Fristsetzungen für die Erlassung von Ausführungsgesetzen durch die Länder, bei Verfassungsgesetzen bzw. verfassungsändernden Staatsverträgen, die in die Zuständigkeit der Länder eingreifen, und bei Staatsverträgen, welche Angelegenheiten des selbständigen Wirkungskreises der Länder regeln.

In der Geschäftsordnung des Bundesrates ist ferner auch vorgesehen, daß dieser die Abhaltung von parlamentarischen Enqueten über Angelegenheiten, die in seine Zuständigkeit fallen, beschließen kann.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Schilling
1994	79,0	4,2
1995	91,8	7,5
1995 vor. Erf.	76,7	7,5
1996	89,6	7,5

Unterschiede gegen Vorjahre

Diese Ausgaben beinhalten u. a. die Vorsorge für die Folgekosten von Landtagswahlen, welche entsprechend der Anzahl der entsendeten Mitglieder einen mehr oder weniger großen Einfluß auf die budgetären Erfordernisse haben.

Titel 023 Gemeinsame Ausgaben für Mitglieder des Nationalrates, des Bundesrates und des Europäischen Parlaments**Gesetzliche Grundlage**

Klubfinanzierungsgesetz 1985, BGBl. Nr. 156/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 742/1990;

Satzung des Europarates, BGBl. Nr. 121/1956, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 839/1995;

Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995.

Aufgaben

Zu den von der Parlamentsdirektion wahrzunehmenden gemeinsamen Hilfsdiensten für Nationalrat und Bundesrat zählen auch die Vollziehung des Klubfinanzierungsgesetzes sowie jene Verwaltungstätigkeiten, welche die Teilnahme österreichischer Mandatäre an internationalen Institutionen wie der Interparlamentarischen Union, des Europarates einschließlich dessen Ausschüsse, der Parlamentarischen Versammlung der OSZE sowie die Betreuung entsprechender Veranstaltungen in Österreich zum Inhalt haben. Unter diesen Titel fallen auch Bezügeangelegenheiten der österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1994	159,0	—
1995	207,2	4,0
1995 vor. Erf.	192,5	2,8
1996	226,9	3,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Mehrausgaben sind auf die Bestimmungen des Klubfinanzierungsgesetzes 1985 zurückzuführen, welches die Höhe der Bezüge im öffentlichen Dienst als Berechnungsgrundlage dieser Ausgaben vorsieht. Darüber hinaus wird hier für die Bezüge der 21 österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments Vorsorge getroffen.

Titel 024 Parlamentsdirektion**Gesetzliche Grundlagen**

Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929;

Geschäftsordnungsgesetz 1975, BGBl. Nr. 410/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 569/1993;

Geschäftsordnung des Bundesrates, BGBl. Nr. 361/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 50/1996.

Aufgaben

Die von der Parlamentsdirektion zu besorgenden parlamentarischen Hilfsdienste umfassen insbesondere die Betreuung parlamentarischer Sitzungen bzw. Veranstaltungen, die Drucklegung, die Verteilung und Verwaltung (Archivierung) der parlamentarischen Materialien einschließlich der Stenographischen Protokolle des Nationalrates und des Bundesrates sowie der Vorlagen in EU-Angelegenheiten, wissenschaftliche Serviceleistungen sowie schließlich die Bereitstellung der erforderlichen Räume samt Infrastruktur (inklusive des parlamentarischen Informations- und Kommunikationssystems PARLINKOM) und der entsprechenden Sachausgaben. Gemäß Artikel 30 Absatz 5 B-VG weist der Präsident des Nationalrates den parlamentarischen Klubs zur Erfüllung ihrer Aufgaben auch Bedienstete der Parlamentsdirektion zur Dienstleistung zu.

Zu den Verwaltungsangelegenheiten, die von der Parlamentsdirektion zu besorgen sind, gehört neben der notwendigen Personalverwaltung insbesondere die Verwaltung der Parlamentsgebäude einschließlich der Wahrnehmung aller damit im Zusammenhang stehender technischer Angelegenheiten, weiters die Vollziehung des Bezügegesetzes für die Mitglieder des Nationalrates und des Bundesrates, die Mitglieder der Volksanwaltschaft und den Präsidenten des Rechnungshofes sowie die Vollziehung des Parlamentsmitarbeitergesetzes für die parlamentarischen Mitarbeiter der Abgeordneten sowie die Verwaltungsangelegenheiten, die die österreichischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments betreffen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1994	153,5	292,3	445,8	1,5
1995	177,6	301,6	479,2	1,4
1995 vor. Erf. .	169,4	259,2	428,6	2,0
1996	166,9	274,3	441,2	1,6

Unterschiede gegen Vorjahre

In diesen Voranschlagsbeträgen ist für die laufenden Ausgaben der Parlamentsdirektion Vorsorge getroffen.

Das Mehrerfordernis bei den Sachausgaben resultiert überwiegend aus den Aufwendungen für notwendige Instandhaltungs- und Umbauarbeiten im historischen Parlamentsgebäude.

Kapitel 03 Verfassungsgerichtshof

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Verfassungsgerichtshofes, der durch folgende Bestimmungen geregelt ist:

Art. 126 a, 137 bis 148, 148 e, f und i B-VG, § 10 F-VG, § 10 des Unvereinbarkeitsgesetzes 1983, BGBl. Nr. 330, Art. 58 Abs. 2 und 3 der Vorarlberger Landesverfassung, LGBl. Nr. 30/1984, Verfassungsgerichtshofgesetz, BGBl. Nr. 85/1953, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 469/1995, und Geschäftsordnung des Verfassungsgerichtshofes, BGBl. Nr. 202/1946.

Aufgaben

Der Verfassungsgerichtshof entscheidet im wesentlichen

über vermögensrechtliche Ansprüche an den Bund, die Länder und die Gemeinden, die weder im ordentlichen Rechtsweg auszutragen noch durch Bescheid einer Verwaltungsbehörde zu erledigen sind,

über die Verfassungswidrigkeit von Gesetzen, die Rechtswidrigkeit von Staatsverträgen und über die Gesetzwidrigkeit von Verordnungen,

über die Frage, ob bei der Wiederverlautbarung einer Rechtsvorschrift die Grenzen der erteilten Ermächtigung überschritten wurden,

über Beschwerden gegen letztinstanzliche Bescheide, soweit der Beschwerdeführer in einem verfassungsgesetzlich gewährleisteten Recht oder wegen Anwendung genereller Normen in seinen Rechten verletzt zu sein behauptet,

über Wahlanfechtungen und Anträge auf Mandatsverlust,

über Anklagen, mit denen die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit der obersten Bundes- und Landesorgane geltend gemacht wird,

über Kompetenzkonflikte zwischen Gerichten und Verwaltungsbehörden, zwischen Verwaltungsgerichtshof und allen anderen Gerichten einschließlich dem Verfassungsgerichtshof selbst, zwischen den ordentlichen Gerichten und anderen Gerichten, zwischen den Ländern untereinander sowie zwischen einem Land und dem Bund,

über einen Antrag der Bundes- oder einer Landesregierung auf Feststellung, ob

1. ein Akt der Gesetzgebung oder Vollziehung in die Zuständigkeit des Bundes oder der Länder fällt,
2. eine Vereinbarung im Sinne des Art. 15 a Abs. 1 B-VG vorliegt und ob von einem Land oder dem Bund die aus einer solchen Vereinbarung folgenden Verpflichtungen, soweit es sich nicht um vermögensrechtliche Ansprüche handelt, erfüllt worden sind,

über Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen, die die Zuständigkeit des Rechnungshofes regeln, zwischen dem Rechnungshof und einem Rechtsträger (Art. 121 Abs. 1 B-VG) sowie

über Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen, die die Zuständigkeit der Volksanwaltschaft bzw. eines Landesvolksanwaltes regeln, zwischen diesen Organen und der Bundesregierung, einem Bundesminister oder einer Landesregierung.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe Millionen Schilling	Ein- nahmen
1994	25,6	32,7	58,3	0,6
1995	26,5	35,4	61,9	0,9
1995 vorl. Erf..	26,1	35,1	61,2	0,7
1996	25,5	36,0	61,5	1,0

Kapitel 04 Verwaltungsgerichtshof

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Verwaltungsgerichtshofes gemäß den Art. 129 bis 136 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929.

Gesetzliche Grundlagen

Art. 129 und 130 bis 136 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929; hier insbesondere in der Fassung der Bundes-Verfassungsgesetz-Novelle 1988, BGBl. Nr. 685;

Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985, BGBl. Nr. 10/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 470/1995;

Geschäftsordnung des Verwaltungsgerichtshofes, BGBl. Nr. 45/1965;

Verordnung des Bundeskanzlers, BGBl. Nr. 416/1994.

Aufgaben

Der Verwaltungsgerichtshof ist zur Sicherung der Gesetzmäßigkeit der gesamten öffentlichen Verwaltung berufen. Er erkennt gemäß Art. 130 des B-VG über Beschwerden — mit Ausnahme der in Art. 133 des B-VG angeführten Angelegenheiten —, womit

1. Rechtswidrigkeit von letztinstanzlichen Bescheiden der Verwaltungsbehörden einschließlich der unabhängigen Verwaltungssenate oder
2. Verletzung der Entscheidungspflicht der Verwaltungsbehörden einschließlich der unabhängigen Verwaltungssenate

behauptet wird.

Weiters erkennt er über Beschwerden gegen Weisungen gemäß Art. 81 a Abs. 4 B-VG.

Der Vollversammlung des Verwaltungsgerichtshofes obliegen die im § 7 Abs. 2 und im § 10 VwGG genannten Aufgaben.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1994	105,2	13,9	119,1	5,0
1995	106,6	13,9	120,4	4,3
1995 vorl. Erf..	110,2	14,0	124,2	3,4
1996	111,9	15,0	126,9	5,0

Kapitel 05 Volksanwaltschaft

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich der Volksanwaltschaft.

Gesetzliche Grundlagen

Die Tätigkeit der Volksanwaltschaft gründet sich auf das Siebente Hauptstück des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung der Bundesverfassungsgesetz-Novelle 1988, BGBl. Nr. 685, das Volksanwaltschaftsgesetz 1982, BGBl. Nr. 433, und das Geschäftsordnungsgesetz 1975, in der Fassung des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 1988, BGBl. Nr. 720. Die Länder können die Volksanwaltschaft durch Landesverfassungsgesetz auch für den Bereich der Verwaltung des betreffenden Landes für zuständig erklären. Von dieser Möglichkeit haben das Land Salzburg mit Landesverfassungsgesetz vom 13. Juli 1977, Landesgesetzblatt für das Land Salzburg Nr. 61 und schließlich mit Landesverfassungsgesetz vom 24. Oktober 1979, Landesgesetzblatt für das Land Salzburg Nr. 86/1979, das Land Wien mit Landesverfassungsgesetz vom 17. März 1978, Landesgesetzblatt für Wien Nr. 28/1968, in der Fassung des Landesgesetzblattes für Wien Nr. 11/1987, das Land Steiermark mit Landesverfassungsgesetz vom 7. Dezember 1979, Landesgesetzblatt für Steiermark vom 12. März 1980, Nr. 7/1980 in der Fassung des Landesgesetzblattes für Steiermark Nr. 57/1991, das Land Kärnten mit Landesverfassungsgesetz vom 31. Jänner 1980, Landesgesetzblatt für Kärnten vom 23. April 1980, Nr. 25/1980, das Land Oberösterreich mit Landesverfassungsgesetz vom 7. Juni 1989, Landesgesetzblatt für Oberösterreich Nr. 39/1989, das Land Niederösterreich mit Landesverfassungsgesetz vom 30. Oktober 1980, Landesgesetzblatt für Niederösterreich Nr. 0003-0/1980, und das Land Burgenland mit Verfassungsgesetz vom 9. März 1981, Landesgesetzblatt für das Burgenland Nr. 18/1981 in der Fassung des Landesgesetzblattes für das Burgenland Nr. 42/1981, Gebrauch gemacht.

Geschäftsordnung der Volksanwaltschaft, BGBl. Nr. 478/1995.

Aufgaben

Die Aufgaben der Volksanwaltschaft sind im Bundes-Verfassungsgesetz festgelegt.

Die Volksanwaltschaft hat jede Beschwerde wegen behaupteter Mißstände in der Verwaltung des Bundes einschließlich dessen Tätigkeit als Träger von Privatrechten zu prüfen. Sie ist berechtigt,

von ihr vermutete Mißstände in der Verwaltung des Bundes einschließlich dessen Tätigkeit als Träger von Privatrechten von Amts wegen zu prüfen;

den mit den obersten Verwaltungsgeschäften des Bundes betrauten Organen, dem zuständigen Organ der Selbstverwaltung oder der weisungsfreien Behörde Empfehlungen für die in einem bestimmten Fall oder aus Anlaß eines bestimmten Falles zu treffenden Maßnahmen zu erteilen und

beim Verfassungsgerichtshof die Feststellung der Gesetzeswidrigkeit von Verordnungen zu beantragen.

Die Volksanwaltschaft hat dem Nationalrat und jenen Ländern, welche die Volksanwaltschaft für deren Bereich für zuständig erklärt haben, jährlich über ihre Tätigkeit zu berichten.

Der Volksanwaltschaft obliegt ferner die Mitwirkung an der Erledigung der an den Nationalrat gerichteten Petitionen und Bürgerinitiativen.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	24,4	19,5	43,9	1,1
1995	24,5	23,9	48,4	1,8
1995 vorl. Erf..	24,0	20,5	44,5	1,7
1996	23,6	21,0	44,6	1,8

Kapitel 06 Rechnungshof

Allgemeines

Am 23. Dezember 1761 wurde die Hofrechnungskammer als unabhängige Stelle für die Kontrolle der staatlichen Finanzverwaltung und die Organisation des staatlichen Rechnungswesens gegründet. Nach mehrmaliger Änderung des Namens, des Aufgabenkreises und der Stellung zu den anderen Verwaltungsbehörden wurde diese Einrichtung erstmalig am 21. November 1866 als Oberster Rechnungshof bezeichnet. Die Umbenennung in Rechnungshof erfolgte am 1. Oktober 1920.

Gesetzliche Grundlagen

Fünftes Hauptstück des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929.

Bundesgesetz vom 16. Juni 1948, BGBl. Nr. 144, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 664/1989.

Aufgaben

Dem Rechnungshof obliegt die Kontrolle der Gebarung des Bundes, der Länder, der Gemeindeverbände und Gemeinden (in der Regel jedoch nur solcher mit mindestens 20 000 Einwohnern).

Ferner hat der Rechnungshof die Gebarung der Träger der Sozialversicherung, jener Fonds, Stiftungen und Anstalten, die von Organen des Bundes, eines Landes oder einer Gemeinde beziehungsweise durch von diesen bestellte Personen verwaltet werden, sowie die Gebarung aller Unternehmungen, an denen Bund, Länder oder Gemeinden finanziell beteiligt sind, zu überprüfen.

Ab 1. Jänner 1997 ist der Rechnungshof weiters befugt, die Gebarung der gesetzlichen beruflichen Vertretungen, eingeschränkt auf die Prüfungskriterien der ziffernmäßigen Richtigkeit, Übereinstimmung mit den bestehenden Vorschriften, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit der Gebarung, zu überprüfen.

Der Rechnungshof hat alljährlich den Bundesrechnungsabschluß zu verfassen und ihn gemeinsam mit einem Nachweis über den Stand der Bundesschulden dem Nationalrat vorzulegen. Im Abstand von zwei Jahren hat der Rechnungshof dem Nationalrat über die durchschnittlichen Einkommen sowie Leistungen für Pensionen von Mitgliedern des Vorstandes und des Aufsichtsrates sowie den Beschäftigten der der Prüfungszuständigkeit und Berichterstattungspflicht des Rechnungshofes an den Nationalrat unterliegenden Unternehmungen und Einrichtungen zu berichten.

Mit der ständigen Führung des Generalsekretariates der INTOSAI ¹⁾ (Internationale Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden) wurde der österreichische Rechnungshof im Jahre 1965 vom V. Internationalen Kongreß in Jerusalem betraut.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	212,5	61,0	273,4	1,4
1995	223,8	72,2	296,0	1,5
1995 vorl. Erf..	210,4	53,2	263,6	1,8
1996	213,0	60,0	273,0	2,0

Bezüge des Präsidenten

Die Bezüge des Präsidenten des Rechnungshofes sind im Bundesgesetz vom 9. Juli 1972, BGBl. Nr. 273, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, geregelt.

1) INTOSAI = International Organization of Supreme Audit Institutions.

Kapitel 10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes gemäß Bundesministerienengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt A.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1994	938,2	3 951,6	4 889,7	881,4
1995	1 021,2	3 247,0	4 268,2	664,8
1995 vorl. Erf..	1 038,3	3 587,0	4 625,3	915,8
1996	1 022,8	3 249,8	4 272,6	675,7

Infolge Kompetenzänderungen auf Grund der Novelle zum Bundesministerienengesetz sind die Voranschlagsbeträge 1995 nur bedingt mit den Vorjahren vergleichbar.

Titel 100 Bundeskanzleramt

Gesetzliche Grundlagen

- Bezugesgesetz, BGBl. Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995;
- Rundfunkgesetz, BGBl. Nr. 195/1966, wiederverlautbart mit BGBl. Nr. 379/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 917/1993;
- Regionalradiogesetz, BGBl. Nr. 506/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 700/1995;
- Verwaltungsakademiegesetz, BGBl. Nr. 122/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 43/1995;
- Ausschreibungsgesetz, BGBl. Nr. 85/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 522/1995;
- Bundesgesetz über das Bundesgesetzblatt, BGBl. Nr. 33/1920, wiederverlautbart mit BGBl. Nr. 200/1985;
- Bundes-Gleichbehandlungsgesetz, BGBl. Nr. 100/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 522/1995;
- Bundesgesetz über den Bericht der Bundesregierung betreffend den Abbau von Benachteiligungen von Frauen, BGBl. Nr. 837/1992.

Aufgaben

Dem Bundeskanzleramt obliegen im wesentlichen Verwaltungsgeschäfte im Zusammenhang mit den Angelegenheiten der allgemeinen Regierungspolitik, der Informationstätigkeit der Regierung, der staatlichen Verfassung, der OECD, zusammenfassende Behandlung der Strukturpolitik, Angelegenheiten der Osthilfe, Koordination der umfassenden Landesverteidigung und des staatlichen Krisenmanagements, der grundlegenden Verhandlungspositionen der Bundesregierung gegenüber der Europäischen Union sowie der Information der österreichischen Bevölkerung über die EU, der Durchführung des Auslandsdienstes auf Kurzwelle, der zusammenfassenden Behandlung der Strukturpolitik und der Koordination der finanziellen Abwicklung des Europäischen Regionalfonds, Angelegenheiten der Raumforschung, Raumordnung, Raumplanung und Regionalpolitik einschließlich der Koordination von Regionalprogrammen im Rahmen der EU-Strukturfonds, der Information und Dokumentation, des Datenschutzes und allgemeiner Personalangelegenheiten von öffentlich Bediensteten einschließlich der Ausbildung von Bundesbediensteten sowie Angelegenheiten der Gleichbehandlungskommission und Verwaltungsmanagement.

	Personal- ausgaben	Sach- Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1994	406,6	1 976,5	2 383,1	797,1
1995	412,0	1 641,0	2 053,0	551,6
1995 vorl. Erf..	400,8	1 833,4	2 234,2	748,0
1996	394,6	1 569,3	1 963,9	517,6

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung der Sachausgaben resultiert vor allem aus einer geringeren Dotierung der Mittel für den Innovations- und Technologiefonds sowie einer Reduzierung der Zahlungen an den Ausgleichstaxfonds.

Paragraph 1000 Bundeskanzleramt-Zentraleitung**Förderungen**

Die hier veranschlagten Mittel sind vor allem für Sondermaßnahmen der Bundesregierung für Katastrophenfälle im Ausland, die Förderung von Fraueninitiativen, die Unterstützung von Projekten des Bundesseniorenbeirates, die Weiterführung des HOPE-Jugendbeschäftigungsprogramms, die Austria Film- und Video-GmbH, das Österreichische Institut für Raumplanung, die Unterstützung der Initiativen des Jewish Welcome Service, die Förderung von Projekten im Zusammenhang mit der Europäischen Integration sowie die Abdeckung des Betriebsabganges des Betriebskindergartens vorgesehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Bezüge der Regierungsmitglieder und der Landeshauptmänner, die Ruhe- und Versorgungsbezüge gemäß Artikel V und VI des Bezügegesetzes, sowie die Versorgungsbezüge gemäß Verfassungsgerichtshofgesetz zu veranschlagen.

Weiters ist hier für die Beiträge an die OECD und OECD-Energieagentur vorgesorgt.

Paragraph 1001 Verwaltungsakademie

Hier sind die Mittel für die Ausbildung von Bundesbediensteten, und zwar im Rahmen einer Grundausbildung, einer für den Aufstieg in höhere Verwendung, einer berufsbegleitenden Fortbildung — wie etwa im Zusammenhang mit europäischer Integration — und der Schulung von Führungskräften veranschlagt.

Weiters sind Förderungsmittel für die Zusammenarbeit mit Verwaltungsakademien aus zentral- und osteuropäischen Ländern sowie aus den Neuen Unabhängigen Staaten vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/10038 Bundesgesetzblatt

Hier sind die Ausgaben, die durch die Herstellung und den Vertrieb des Bundesgesetzblattes anfallen, veranschlagt.

Paragraph 1004 Regional- und strukturpolitische Maßnahmen

Im Rahmen der dem Bundeskanzleramt zugeordneten Aufgaben der Raumordnung und Raumplanung sind hier Mittel zur Förderung von Beratungs- und Betreuungseinrichtungen veranschlagt.

Weiters werden Transferzahlungen der EU im Rahmen des Europäischen Regionalfonds an die Bundesländer bei diesem Paragraphen abgewickelt.

Paragraph 1005 Mittel d. Innovations- u. Technologiefonds

Die Innovations- und Technologieförderung dient zur Finanzierung von Forschungen, Entwicklungen und Umstellungen im Bereich der gewerbl. Wirtschaft. Gefördert werden insbesondere industriell-gewerbl. Entwicklungstätigkeiten, die Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen in neue oder verbesserte Produkte, Leistungen und Verfahren, immaterielle Investitionen sowie Investitionen zur Anwendung internationaler Spitzentechnologie in Österreich (Weitere Erläuterungen siehe Paragraph 5110).

Paragraph 1006 Zusammenarbeit mit ZOR und NUS

Die veranschlagten Mittel dienen zur Finanzierung von Projekten für Hilfs- und Beratungsmaßnahmen sowie von projektbegleitenden Beratungsverträgen, die die zentral- und osteuropäischen Länder sowie die Neuen Unabhängigen Staaten in ihrem Übergang zur Marktwirtschaft unterstützen sollen. Gegenstand dieser Unterstützung ist in erster Linie der Transfer österreichischen Know-hows.

Voranschlagsansatz 1/10078 Zahlungen an die BIG

Hier sind die Ausgaben für Mietzahlungen an die Bundesimmobiliengesellschaft veranschlagt.

Titel 101 Staatsarchiv und Archivamt**Gesetzliche Grundlagen**

Behörden-Überleitungsgesetz, StGBI. Nr. 94/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 703/1994;
Ausführverbotsgesetz für Kulturgut, StGBI. Nr. 90/1918, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 605/1987;

Denkmalschutzgesetz, BGBl. Nr. 533/1923, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 785/1995;

EGVG-Novelle, BGBl. Nr. 92/1959, wiederverlautbart mit BGBl. Nr. 50/1991, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 314/1994.

Aufgaben

Administration der Agenden der sechs Archivabteilungen „Allgemeines Verwaltungsarchiv (und Verkehrsarchiv)“, „Archiv der Republik“, „Finanz- und Hofkammerarchiv“, „Haus-, Hof- und Staatsarchiv“ und „Kriegsarchiv“ sowie der „Bibliothek des Österreichischen Staatsarchivs“ und deren Koordinierung durch die Generaldirektion. Wahrnehmung der dem Archivamt obliegenden behördlichen Tätigkeiten zur Durchführung von gesamtösterreichischen Sicherungsmaßnahmen bei in staatlichem und privatem Eigentum stehenden Archivalien sowie die Gewährung von Zuschüssen zur Erhaltung privater Archive, die von allgemeinem Interesse sind.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	52,9	16,2	69,1	0,9
1995	55,1	20,0	75,2	0,9
1995 vorl. Erf..	56,2	20,4	76,6	0,7
1996	55,5	20,8	76,2	0,9

Titel 102 Statistisches Zentralamt**Wichtige Gesetzliche Grundlagen**

Bundesstatistikgesetz, BGBl. Nr. 91/1965, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 390/1994;

Krebsstatistikgesetz, BGBl. Nr. 138/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 425/1969;

Verordnung über die Agrarstrukturerhebung, BGBl. Nr. 91/1965, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 844/1994;

Verordnung über statistische Erhebung über den Stand und die Entwicklung der industriellen Gütererzeugung, BGBl. Nr. 406/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 826/1995;

Verordnung über statistische Erhebung über den Stand und die Entwicklung der gewerblichen Gütererzeugung und Dienstleistungen, BGBl. Nr. 407/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 826/1995;

Handelsstatistisches Gesetz, BGBl. Nr. 661/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 173/1995;

Güterbeförderungsgesetz, BGBl. Nr. 63/1952, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 126/1993;

Straßen- und Schienenverkehrsstatistikgesetz, BGBl. Nr. 142/1983;

Kraftfahrzeuggesetz, BGBl. Nr. 267/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 457/1995;

Wohnbaustatistikverordnung, BGBl. Nr. 342/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 919/1994;

Mikrozensusverordnung, BGBl. Nr. 334/1967;

Meldegesezt, BGBl. Nr. 9/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 352/1995;

Verwaltungsvereinbarungen für das ÖKO-Punktesystem, BGBl. Nr. 879/1992 und BGBl. Nr. 823/1992.

Aufgaben

Zentrale Erstellung der Bevölkerungs-, Agrar-, gesamten Wirtschafts-, Außenhandels- (insbesondere die EU-Binnenhandelsstatistik INTRASTAT), Sozial- und Wohnbaustatistik sowie der Finanzstatistik, der Statistik des Volkseinkommens und der Umweltstatistik, wobei der Umstellung auf die EU-Erfordernisse größtes Gewicht zukommt.

Kapitel 10 — Titel 103 und 104

23

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	438,4	178,3	616,7	17,1
1995	470,2	197,5	667,7	26,6
1995 vorl. Erf..	454,9	194,1	649,0	28,0
1996	448,2	181,8	630,0	29,6

Titel 103 Österreichische Staatsdruckerei**Gesetzliche Grundlagen**

Staatsdruckereigesetz, BGBl. Nr. 340/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 10/1991.

Aufgaben

Überwiegend die Herstellung von Druckprodukten für die Bundesverwaltung und der Verlag der „Wiener Zeitung“.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	40,2	1,0	41,2	41,1
1995	42,1	0,8	43,0	43,0
1995 vorl. Erf..	41,0	0,9	41,9	42,4
1996	40,5	0,8	41,3	41,3

Hier werden lediglich Personalausgaben und damit zusammenhängende Sachausgaben des eigenen Wirtschaftskörpers „Österreichische Staatsdruckerei“ verrechnet, die zur Gänze dem Bund ersetzt werden.

Titel 104 Presse- und Parteienförderung**Gesetzliche Grundlagen**

Presseförderungsgesetz, BGBl. Nr. 228/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 865/1992;

Parteiengesetz, BGBl. Nr. 404/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 238/1991;

Bundesgesetz über die Förderung politischer Bildungsarbeit und Publizistik, BGBl. Nr. 369/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 239/1991.

Aufgaben

Maßnahmen zur Förderung der politischen Parteien, der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien, der Publizistik und der Presse.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1994	762,2	—
1995	641,6	0,0
1995 vorl. Erf.....	757,9	—
1996	687,3	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung ergibt sich vor allem aus der Veranschlagung eines Wahlwerbungskosten-Beitrags für die Wahlen zum Europäischen Parlament.

Von den für 1996 veranschlagten Ausgaben entfallen:

123,5 Millionen Schilling auf Zuwendungen an politische Akademien,

281,7 Millionen Schilling auf Zuwendungen an politische Parteien,

7,1 Millionen Schilling auf Zuwendungen für politische Bildungsarbeit und Publizistik,

100,8 Millionen Schilling auf die allgemeine Presseförderung,

165,0 Millionen Schilling auf die besondere Presseförderung und

9,2 Millionen Schilling auf die Presseförderung — Journalistenausbildung.

24

Kapitel 10 — Titel 105 und 107**Titel 105 Volksgruppenförderung****Gesetzliche Grundlage**

Volksgruppengesetz, BGBl. Nr. 396/1976, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 24/1988.

Aufgaben

Maßnahmen zur Förderung der Volksgruppen in Österreich.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1994	38,3	—
1995	52,7	0,0
1995 vorl. Erf.....	52,1	—
1996	52,7	0,0

Titel 107 Sportangelegenheiten**Gesetzliche Grundlage**

Bundes-Sportförderungsgesetz, BGBl. Nr. 2/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 286/1990.

Glücksspielgesetz, BGBl. Nr. 620/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 917/1993.

Aufgaben

Förderung und Unterstützung des Sports auf gesamtösterreichischer und internationaler Ebene.

	Personal- ausgaben Millionen	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	85,6	647,8	733,4	91,2
1995	41,6	693,4	735,1	42,7
1995 vorl. Erf..	85,3	728,6	813,9	96,6
1996	84,1	737,1	821,2	86,3

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Personal- und Sachausgaben ergibt sich aus dem Umstand, daß bei den Bundes-sportheimen und Sporteinrichtungen derzeit keine Privatisierung erfolgt und daher die Ausgaben wieder voll veranschlagt wurden.

Paragraph 1070 Sportförderung**Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Sportförderung aus besonderen Förderungsmitteln (Sporttoto). Sie dienen insbesondere zur Errichtung und Erhaltung von Sportstätten aller Art sowie für die Beschickung und Durchführung von Wettkämpfen und Lehrgängen.

Förderungen (D)

Hier werden Beträge für Investitionsdarlehen veranschlagt.

Förderungen

Unterstützung von Vorhaben der österreichischen Dach- und Fachverbände mit Schwerpunkt Nachwuchsförderung. Der Bund ist ermächtigt, sich an der Errichtung von Sportstätten im Rahmen des Österreichischen Sportstättenplanes durch Bundeszuschüsse zu beteiligen.

Aufwendungen

Veranschlagt sind Beiträge für die Herstellung von Sportfilmen und Sportliteratur sowie der Aufwand für Ehrenpreise, das Österreichische Sport- und Turnabzeichen, für Tagungen und Veranstaltungen sowie Mitgliedsbeiträge an Institutionen im Inland.

Paragraph 1075 Bundessportheime und Sporteinrichtungen**Aufgaben**

Betrieb von 11 Bundessportheimen bzw. Bundessportschulen.

Anlagen

Hier wird für die Einrichtungserfordernisse und den Ausbau der Sporteinrichtungen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Veranschlagt sind die öffentlichen Abgaben und die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, für die Eignungsausbildungsteilnehmer sowie Beträge für die Prüfungskommissionen.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand dienen diese Ausgaben zur Bedeckung der Verpflegsausgaben, zur Erhaltung und Instandsetzung der gesamten Sportanlagen und Einrichtungen sowie zur Anschaffung von Sportgeräten.

Außerdem sind hier die Ausgaben für die Überweisungen an die Länder gemäß den Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1993, BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 853/1995, veranschlagt.

Kapitel 11 Inneres

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Inneres gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt G.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	13 471,3	6 022,5	19 493,8	777,1
1995	14 113,1	6 126,3	20 239,4	815,9
1995 vorl. Erf..	14 154,8	6 293,5	20 448,3	1 094,4
1996	14 312,9	6 600,0	20 912,9	1 245,7

Im einzelnen ist zu bemerken:

Titel 110 Bundesministerium für Inneres

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Inneres obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte über die Angelegenheiten des Sicherheitswesens, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich eines anderen Bundesministeriums fallen, weiters die Angelegenheiten der Staatsgrenzen, mit Ausnahme ihrer Vermessung und Vermarkung, des Dienstbetriebes der Bundespolizei und der Bundesgendarmarie und sonstiger Wachkörper, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich eines anderen Bundesministeriums fallen, die Angelegenheiten der Staatsbürgerschaft und des Heimatrechts, die Personenstandsangelegenheiten, soweit sie nicht von Justizbehörden zu vollziehen sind, die Angelegenheiten der auf Grund der Bundesverfassung vorgesehenen Wahlen, Volksabstimmungen und Volksbegehren, die Angelegenheiten der Organisation der inneren Verwaltung in den Ländern, die Angelegenheiten der Gemeinden und Gemeindeverbände, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes fallen, die Angelegenheiten des Stiftungs- und Fondswesens, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich eines anderen Bundesministeriums fallen, der Kriegsgräberfürsorge, des Zivildienstes sowie die Angelegenheiten der staatlichen Verwaltung, die nicht ausdrücklich einem anderen Bundesministerium zugewiesen sind.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	734,5	714,0	1 448,5	33,8
1995	776,5	927,4	1 703,9	39,9
1995 vorl. Erf..	788,5	931,5	1 720,0	36,1
1996	779,4	1 126,8	1 906,2	50,5

Im einzelnen setzen sich die Ausgaben wie folgt zusammen:

	1994	1995 Millionen Schilling	1995 (vorl. Erf.)	1996
Zentralleitung	1 448,5	1 703,9	1 720,0	1 811,2
Zahlungen an die BIG	—	—	—	95,0
Summe ...	1 448,5	1 703,9	1 720,0	1 906,2

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Steigerung gegenüber dem Jahre 1995 ergibt sich im wesentlichen im ADV-Bereich im Zusammenhang mit der Umsetzung des Schengener Übereinkommens, bei den Wahlkosten sowie auf Grund der erstmalig im Jahre 1996 zentral für das gesamte Ressort beim Paragraphen 1101 veranschlagten Geldmittel für Zahlungen an die BundesimmobiliengesmbH. (BIG).

Paragraph 1100 Zentralleitung

Anlagen

Veranschlagt sind insbesondere Investitionen im ADV-Bereich sowie Ausgaben für den Ankauf bzw. Ersatz von Kraftfahrzeugen, Amtseinrichtungen und technischer Ausstattung.

Förderungen

Die hier veranschlagten Ausgaben dienen teils der Förderung und Unterstützung der Sportvereine der Sicherheitsexekutive, teils werden die Förderungsbeträge anderen Subventionswerbern gewährt. Überdies sind hier noch die Förderungsmittel im Zusammenhang mit Auslandsdiensten gemäß § 12b ZDG sowie für die Verkehrs-, Unfall- und Einsatzstatistik veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Dieser Voranschlagsansatz beinhaltet den Aufwand für die Familien- und Geburtenbeihilfen, die Ausgaben an öffentlichen Abgaben und die Wahlkosten.

Aufwendungen

Darunter fallen neben dem allgemeinen administrativen Aufwand die Aufwendungen für die automationsunterstützte Datenverarbeitung in Höhe von rund 239 Millionen Schilling. Weiters sind die Mitgliedsbeiträge zu internationalen Organisationen, insbesondere die österreichischen Beiträge an Schengen, zur INTERPOL sowie zur EUROPOL veranschlagt.

Paragraph 1101 Zahlungen an die BIG

Bei diesem Paragraph wurden im Sinne der Bestimmungen des BIG-Gesetzes, BGBl. Nr. 419/1992, die Zahlungen (Mieten und Betriebskosten) des Ressorts an die BundesimmobiliengesmbH. (BIG) für die Nutzung von in die Verwaltung an die BIG übertragenen Gebäuden und Liegenschaften veranschlagt.

Titel 111 Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand)

Gesetzliche Grundlagen

Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929; zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1013/1994;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Kärnten über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 273/1984;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Steiermark über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 301/1985;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Vorarlberg über einen gemeinsamen Hubschrauberdienst, BGBl. Nr. 428/1986;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Tirol über Hubschrauberdienste, BGBl. Nr. 26/1987;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Salzburg über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 191/1987;

Vereinbarung gem. Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Oberösterreich über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 626/1987;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Wien über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 106/1990.

Bundesgesetz über Maßnahmen zur Vorbeugung und Beseitigung von Katastrophenschäden (Katastrophenfondsgesetz 1986), BGBl. Nr. 396/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1060/1994;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Aufteilung und Verwendung der nach § 4 Z 2 des Katastrophenfondsgesetzes 1986, in der derzeit geltenden Fassung, zur Verfügung stehenden Mittel für ein Warn- und Alarmsystem sowie die Einräumung wechselseitiger Benützungsberechtigungen an den Anlagen dieses Systems samt Anlagen, BGBl. Nr. 87/1988;

Bundes-Verfassungsgesetz: Entsendung österreichischer Einheiten zur Hilfeleistung in das Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen, BGBl. Nr. 173/1965;

Zivildienstgesetz 1986, BGBl. Nr. 679/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 828/1995.

Aufgaben bzw. Organisation**Flugpolizei und Flugrettungsdienst**

Unter „Flugpolizei“ ist der Einsatz von Luftfahrzeugen für sicherheits-, ordnungs- und verkehrspolizeiliche Zwecke zu verstehen. Der „Flugrettungsdienst“ hat Hilfs- und Rettungseinsätze mit Luftfahrzeugen, insbesondere bei Katastrophen und Bergnotfällen, zur Aufgabe. Dem Bundesministerium für Inneres obliegt auch die fliegerische Ausbildung von Exekutivbeamten für Aufgaben der Flugsicherung sowie der Flugpolizei und des Flugrettungsdienstes.

Zur Besorgung dieser Aufgaben stehen dem Bundesministerium für Inneres 19 Hubschrauber, 4 Motorflugzeuge und die notwendigen Kraftfahrzeuge zur Verfügung.

Zur Erhöhung der Aktionsfähigkeit sind die Flugzeuge auf die acht Einsatzstellen Wien (Meidlinger Kaserne), Flughafen Linz/Hörsching, Flughafen Salzburg/Maxglan, Flughafen Innsbruck/Kranebitten, Flughafen Graz/Thalerhof, Flughafen Klagenfurt/Wörthersee, Flugplatz Lienz/Nikolsdorf und Flugplatz Hohenems/Dornbirn verteilt.

Zivilschutz

Der Zivilschutz wird zu einem umfassenden Katastrophenschutz ausgebaut, der alle humanitären Maßnahmen zur Bewältigung von Krisensituationen, die insbesondere durch Naturereignisse oder technische Störfälle verursacht werden, treffen kann. Hiefür sind behördliche Vorsorgen, Vorkehrungen der Hilfs- und Rettungsorganisationen — als maßgebliche Träger des Zivilschutzes — und eine vermehrte Öffentlichkeitsarbeit durch den Österreichischen Zivilschutzverband zur Stärkung der Selbstschutzmaßnahmen des einzelnen erforderlich. Bei Bedarf können Fahrzeuge, die bei der Bundespolizei und der Bundesgendarmerie systemisiert sind, für Zivilschutzzwecke herangezogen werden.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1994	948,9	266,5
1995	908,1	291,8
1995 vorl. Erf.	1 046,7	572,7
1996	1 156,1	630,1

Im einzelnen setzen sich die Ausgaben wie folgt zusammen:

	1994	1995 Millionen Schilling	1995 (vorl. Erf.) Millionen Schilling	1996
Flugpolizei und Flugrettungsdienst	79,2	81,7	90,2	57,7
Zivilschutz: 1)				
Vorsorge für alle Ressorts				
Bereich Inneres	22,4	25,9	25,4	26,6
Zivilschutz (Mittel des Katastrophenfonds)	41,5	50,0	66,7	50,0
Auslandseinsätze gemäß BGBl. Nr. 173/1965	22,1	13,0	13,4	13,5
Zivildienst	689,5	659,8	795,1	932,4
Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung	78,5	71,9	50,2	70,0
Angelegenheiten gemäß Anlage zu § 2, Teil 2, Abschn. G, Z 12 BMG	15,7	5,8	5,8	5,8
Summe ...	948,9	908,1	1 046,7	1 156,1

Paragraph 1110 Flugpolizei und Flugrettungsdienst

Hier ist der Aufwand für die vom Bundesministerium für Inneres im Rahmen der Hilfs- und Rettungseinsätze bzw. für exekutive Aufgaben eingesetzten Luftfahrzeuge veranschlagt.

Paragraph 1111 Zivilschutz

Neben den Ausgaben für die Selbstschutz-Informationszentren sowie die Leitungsmieten im Rahmen des Warn- und Alarmdienstes ergeben sich Mehrausgaben auf Grund des im Jahre 1996 geplanten Workshops über Zusammenarbeit im Katastrophenschutz zwischen der Europäischen Union und den assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas (MOE-Staaten).

1) Der Aufwand für den Zivilschutz wird pauschal beim Paragraph 1/1111 veranschlagt, die Verrechnung erfolgt, soweit es sich um in die Kompetenz des Bundesministeriums für Inneres fallende Zivilschutzaufgaben handelt, bei Kapitel 11, ansonsten aber nach Genehmigung der erforderlichen überplanmäßigen Ausgaben bei den in Betracht kommenden anderen Ressorts, und zwar im wesentlichen bei folgenden Paragraphen:

6000, 6304, 6530, 7831 und 7931

Kapitel 11 — Titel 112

29

Paragraph 1112 Zivilschutz (Mittel des Katastrophenfonds)

Bei diesem Paragraph wurden die Bestimmungen des Katastrophenfondsgesetzes 1986, in der derzeit geltenden Fassung, berücksichtigt, die vorsehen, daß jährlich ab 1. Jänner 1987 maximal 50 Millionen Schilling zur Finanzierung des Warn- und Alarmdienstes bereitgestellt werden. Die hierfür erforderliche Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern wurde getroffen.

Paragraph 1116 Auslandseinsätze gemäß BGBl. Nr. 173/1965

Hier ist der Aufwand für die Österreichischen UN-Polizeikontingente veranschlagt.

Paragraph 1117 Zivildienst

Bei diesem Paragraph sind die Ausgaben für die im ordentlichen Zivildienst eingesetzten Zivildienstpflichtigen veranschlagt.

Paragraph 1118 Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung

Die Höhe der Ausgaben für die Beschaffung und Erhaltung von Verkehrsüberwachungseinrichtungen richtet sich nach den eingehenden Strafgebern gemäß 100 StVO.

Paragraph 1119 Angelegenheiten gemäß Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt G, Z 12 BMG

Verrechnung der Kosten für Ersatzvornahmen nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz vorwiegend bei Entsorgungsmaßnahmen (Vollstreckungskosten), die bei Nichtbegleichung durch den Verpflichteten als Zweckaufwand in der mittelbaren Bundesverwaltung unmittelbar bei ihrer Entstehung zu tragen sind.

Titel 112 Bundesministerium für Inneres (Sonstiger Zweckaufwand)

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1994	14,6	—
1995	22,5	0,0
1995 vorl. Erf.....	17,8	—
1996	15,8	0,0

Im einzelnen gliedern sich die Ausgaben des Titels 112 wie folgt:

	1994	1995 Millionen Schilling	1995 (vorl. Erf.)	1996
Einrichtungen für die Kriegsgräberfürsorge	6,2	6,4	8,4	6,4
Fremdenwesen	8,4	16,1	9,4	9,4
Summe ...	14,6	22,5	17,8	15,8

Paragraph 1121 Einrichtungen für die Kriegsgräberfürsorge**Gesetzliche Grundlagen**

Staatsvertrag von Saint-Germain-en-Laye, StGBI. Nr. 303/1920;

Bundesgesetz über die Fürsorge für Kriegsgräber aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, BGBl. Nr. 175/1948;

Bundesgesetz über die Fürsorge und den Schutz der Kriegsgräber und Kriegsdenkmäler aus dem Zweiten Weltkrieg für Angehörige der Alliierten, Vereinten Nationen und für Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und Opfer politischer Verfolgung, BGBl. Nr. 176/1948;

Staatsvertrag, betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, BGBl. Nr. 152/1955.

Aufgaben

Der Kriegsgräberfürsorge obliegt die Fürsorge für die Gräber der Gefallenen des Ersten und des Zweiten Weltkrieges und der Opfer der KZ-, Anhalte- und Arbeitslager, der Bombenopfer sowie der Flüchtlinge. Die Aufgaben werden von den Ämtern der Landesregierungen vorgenommen.

Für Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten an Kriegsgräberanlagen wurden für 1996 6,4 Millionen Schilling veranschlagt.

Paragraph 1122 Fremdenwesen

Gesetzliche Grundlage

Fremdengesetz, BGBl. Nr. 838/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 505/1994.

Aufgaben

Bei diesem Paragraph sind jene Ausgaben veranschlagt, die im Rahmen der Vollziehung des Fremdengesetzes vom Bund zu tragen sind.

Titel 113 Bundespolizei

Gesetzliche Grundlagen

Verordnung der Bundesregierung vom 7. Dezember 1976 über den Wirkungsbereich der Bundespolizeibehörden, BGBl. Nr. 690/1976;

Behördenüberleitungsgesetz 1945, StGBI. Nr. 94/1945, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 566/1991;

Verordnung des Bundesministeriums für Inneres vom 26. Februar 1946 über die Einrichtung und den Wirkungsbereich der Sicherheitsdirektionen, BGBl. Nr. 74/1946;

Sicherheitspolizeigesetz, BGBl. Nr. 566/1991;

Richtlinien-Verordnung, BGBl. Nr. 266/1993;

Straßenverkehrsordnung idF der 19. Novelle (§ 100 Abs. 10 StVO), BGBl. Nr. 518/1994.

Aufgaben

In 14 Städten werden die Polizeiagenden von Bundespolizeibehörden wahrgenommen.

Organisation

Die Bundespolizeibehörden gliedern sich in 14 Bundespolizeidirektionen: Wien, Linz, Salzburg, Innsbruck, Graz, Klagenfurt, Eisenstadt, Wiener Neustadt, St. Pölten, Steyr, Wels, Leoben, Villach und Schwechat. Den Bundespolizeibehörden sind 9 Grenzkontrollstellen angeschlossen. Sicherheitsdirektionen bestehen in allen Bundesländern (zusammen 9).

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1994	6 514,4	1 634,7	8 149,1	395,3
1995	6 776,0	1 801,3	8 577,3	412,6
1995 vorl. Erf..	6 809,0	1 762,2	8 571,2	404,0
1996	6 779,3	1 702,3	8 481,6	465,0

Im einzelnen setzen sich die Ausgaben wie folgt zusammen:

	1994	1995 Millionen Schilling	1995 (vorl. Erf.) Millionen Schilling	1996
Bundespolizei.....	8 149,1	8 577,3	8 527,0	8 391,6
Bundespolizei (zweckgeb. Gebarung).....	—	—	44,2	90,0
Summe ...	8 149,1	8 577,3	8 571,2	8 481,6

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Ausgabenverminderung ist insbesondere auf den Umstand zurückzuführen, daß die Ausgaben für Zahlungen an die BundesimmobiliengesmbH. (BIG) ab dem Jahre 1996 zentral beim Paragraph 1101 veranschlagt sind.

Die Mehrausgaben beim Paragraph 1131 entstehen durch den verstärkten Einsatz auf dem Gebiet der Verkehrsüberwachung.

Kapitel 11 — Titel 114

31

Polizei-Massafonds

Zur Beschaffung von Dienstkleidern für die Beamten der österreichischen Bundespolizei wurde mit Ministerratsbeschluß vom 6. Dezember 1949 der Polizei-Massafonds als Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit errichtet.

Dem Fonds werden im Jahre 1996 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
Aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale und Massaeinlage).....	45,6
Sonstiges	0,3
Zusammen ...	45,9

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verwendet werden:

	Millionen Schilling
Beschaffung von Massasorten.....	44,6
Fondsaufwand	0,3
Zuführung an Rücklagen	0,3
Zusammen ...	45,9

Wohlfahrtsfonds der Bundespolizei

Zur Unterstützung hilfsbedürftiger Bediensteter der Bundespolizeibehörden und deren Hinterbliebenen wurde mit Erlaß vom 24. Dezember 1953 der Wohlfahrtsfonds der Bundespolizei als Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit errichtet.

Dem Fonds werden im Jahre 1996 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
Aus dem Bundeshaushalt (Überweisung von Geldbußen und Geldstrafen)	0,500
Sonstiges	0,850
Zusammen ...	1,350

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verwendet werden:

	Millionen Schilling
Unterstützungen	0,900
Zuführung an Rücklagen	0,450
Zusammen ...	1,350

Titel 114 Bundesgendarmerie**Gesetzliche Grundlagen**

Gendarmeriegesetz, RGBl. Nr. 1/1895, in der Fassung StGBI. Nr. 75/1918 und BGBl. Nr. 59/1972, Behördenüberleitungsgesetz 1945, StGBI. Nr. 94/1945, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 566/1991,

Sicherheitspolizeigesetz; BGBl. Nr. 566/1991;

Richtlinien-Verordnung, BGBl. Nr. 266/1993;

Sondereinheiten-Verordnung, BGBl. Nr. 267/1993;

Bezirksgendarmeriekommanden-Verordnung, BGBl. Nr. 268/1993;

Straßenverkehrsordnung idF der 19. Novelle (§ 100 Abs. 10 StVO), BGBl. Nr. 518/1994.

Aufgaben

Die Bundesgendarmerie hat die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit im ganzen Bundesgebiete zu besorgen, soweit diese Aufgaben nicht der Bundespolizei obliegen.

Organisation

Die Zahl der Dienststellen beträgt: 8 Landesgendarmeriekommanden mit 8 Stabsabteilungen, 8 Schulungsabteilungen mit 3 Außenstellen, 8 Verkehrsabteilungen mit 35 Außenstellen, 8 Kriminalabteilungen mit 7 Außenstellen, 86 Bezirksgendarmeriekommanden, 805 Gendarmerieposten mit 5 Außenstellen, 64 Grenzüberwachungsposten und Grenzkontrollstellen sowie 1 Gendarmeriezenterschule und 1 Gendarmerieeinsatzkommando.

32

Kapitel 11 — Titel 115

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe Millionen Schilling	Ein- nahmen
1994	6 146,5	1 631,9	7 778,4	60,2
1995	6 478,2	1 694,1	8 172,3	54,9
1995 vorl. Erf..	6 483,9	1 689,7	8 173,6	66,7
1996	6 681,3	1 875,4	8 556,7	80,0

Im einzelnen setzen sich die Ausgaben wie folgt zusammen:

	1994	1995 Millionen Schilling	1995 (vorl. Erf.) Millionen Schilling	1996
Bundesgendarmerie.....	7 769,9	8 172,3	8 117,4	8 386,7
Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung).....	8,5	—	56,2	170,0
Summe ...	7 778,4	8 172,3	8 173,6	8 556,7

Unterschiede gegen Vorjahre

Das Mehrerfordernis ergibt sich hauptsächlich durch die erfolgten Übernahmen von Zollwachebeamten für den Grenzdienst. Dadurch verbunden sind erhöhte Geldmittel für Investitionen im Fernmeldebereich, auf dem Kraftfahrzeug- und ADV-Sektor sowie für die Ausstattung von Grenzüberwachungsstellen und Grenzkontrollstellen vorgesehen.

Die Mehrausgaben beim Paragraph 1141 entstehen durch den verstärkten Einsatz auf dem Gebiet der Verkehrsüberwachung.

Massafonds der Bundesgendarmerie

Zur Beschaffung von Dienstkleidern für die Beamten der österreichischen Bundesgendarmerie wurde mit Ministerratsbeschluß vom 6. Dezember 1949 der Massafonds der Bundesgendarmerie als Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit errichtet.

Dem Fonds werden im Jahre 1996 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
Aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale und Massaeinlage).....	61,2
Sonstiges	0,7
Zusammen ...	61,9

Die Ausgaben werden voraussichtlich betragen:

	Millionen Schilling
Beschaffung von Massasorten.....	61,3
Fondsaufwand	0,6
Zusammen ...	61,9

Titel 115 Besondere Einrichtungen**Gesetzliche Grundlagen****Paragraph 1150 Flüchtlingsbetreuung und Integration**

Bundesgesetz über die Gewährung von Asyl, BGBl. Nr. 8/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 610/1994;

Bundesgesetz über die Betreuung der Asylwerber, BGBl. Nr. 405/1991;

Verordnung über die Bundesbetreuung der Asylwerber, BGBl. Nr. 31/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 352/1993;

Bundesgesetz über die Regelung des Aufenthaltes von Fremden in Österreich, BGBl. Nr. 466/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 351/1995;

Verordnung der Bundesregierung über die Anzahl der Bewilligungen nach dem Aufenthaltsgesetz, BGBl. Nr. 854/1995;

Verordnung über das Aufenthaltsrecht von kriegsvertriebenen Staatsangehörigen von Bosnien-Herzegowina, BGBl. Nr. 389/1995.

2*

Kapitel 11 — Titel 115

33

Paragraph 1151 Öffentliches Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen

Bundesgesetz über die Fürsorge und den Schutz der Kriegsgräber und Kriegsdenkmäler aus dem Zweiten Weltkrieg für Angehörige der Alliierten, Vereinten Nationen und für Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und Opfer politischer Verfolgung, BGBl. Nr. 176/1948;

Staatsvertrag, betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, BGBl. Nr. 152/1955.

Paragraph 1152 Bundesasylamt

Bundesgesetz über die Gewährung von Asyl, BGBl. Nr. 8/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 610/1994.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1994	75,9	1 078,4	1 154,3	21,3
1995	82,4	773,0	855,4	16,7
1995 vorl. Erf..	73,4	845,5	918,9	14,9
1996	72,9	723,6	796,5	20,1

Im einzelnen gliedern sich die Ausgaben des Titels 115 wie folgt:

	1994	1995 Millionen Schilling	1995 (vorl. Erf.) Millionen Schilling	1996
Flüchtlingsbetreuung und Integration	1 110,1	785,1	863,7	745,7
Öffentliches Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen	6,5	21,8	14,6	10,7
Bundesasylamt	37,7	48,5	40,6	40,1
Summe ...	1 154,3	855,4	918,9	796,5

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Höhe der Sachausgaben beim Paragraph 1150 richtet sich nach der Anzahl der zu betreuenden Asylwerber und Flüchtlinge.

Paragraph 1150 Flüchtlingsbetreuung und Integration

Bei diesem Paragraph sind vor allem die Ausgaben für die Betreuung, Verpflegung und Unterbringung der Asylwerber und Flüchtlinge, der Kriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina bzw. Aufwendungen für Integrationsmaßnahmen sowie die Beiträge an internationale Organisationen veranschlagt.

Der Beitrag zum Fonds zur Integration von Flüchtlingen in Höhe von 19,5 Millionen Schilling ist als Unterstützung für die Integrationsbemühungen von Flüchtlingen bestimmt.

Einnahmen

Die in den Betreuungsstellen untergebrachten Asylwerber und Flüchtlinge haben, soweit sie dazu imstande sind, Beiträge für Unterkunft und Verpflegung zu entrichten.

Darüber hinaus werden die für die Unterbringung der Kriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina anfallenden Ausgaben im Zuge der Bund-Länder-Aktion zu einem Drittel von den Ländern refundiert.

Betreuungsstellen und Insassen

Die Zahl der Betreuungsstellen und der darin untergebrachten Personen betrug im Jahresdurchschnitt:

	1993	1994	1995
Betreuungsstellen	5	6 ²⁾	6 ²⁾
Insassen	1 100 ¹⁾	1 070 ¹⁾	1 200 ¹⁾
Unterbringung in Gasthöfen	5 600	1 000	900

¹⁾ In dieser Summe sind im Jahre 1993 800, im Jahre 1994 870 und im Jahre 1995 700 Kriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina enthalten.

²⁾ Einschließlich Integrationswohnheim Wien 9., Nußdorfer Straße 23.

3 Arbeits(Amts)behelf zum BFG 1996

**Paragraph 1151 Öffentliches Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen
Aufwendungen**

Darunter fallen insbesondere die Ausgaben für den laufenden Betrieb, Instandsetzung und Instandhaltung des ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen, der Gedenkstätten Melk und Ebensee sowie die Ausgaben für wissenschaftliche Projekte.

Einnahmen

Die Einnahmen resultieren hauptsächlich aus den für den Besuch des Öffentlichen Denkmals und Museums Mauthausen einzuhebenden Eintrittsgebühren.

Paragraph 1152 Bundesasylamt

Aufgaben bzw. Organisation

Mit Inkrafttreten des Asylgesetzes 1991 wurde als Asylbehörde 1. Instanz ein Bundesasylamt eingerichtet, das über die bei diesem Amt eingebrachten Asylanträge zu entscheiden hat.

Zur besseren Abwicklung der Asylverfahren wurden in den Bundesländern 7 Außenstellen des Bundesasylamtes eingerichtet.

Ausgaben

Bei diesem Paragraph sind vor allem neben den erforderlichen Geldmitteln für den laufenden Dienstbetrieb Gebühren für Dolmetscher und Flüchtlingsberater veranschlagt.

Konjunkturausgleich-Voranschlag

	Millionen Schilling
Stabilisierungsquote	28,400
Konjunkturbelebungsquote	28,400
Verwendungszweck (je Quote):	
1. Subvention an die Feuerwehr zum Ankauf von Geräten, die dem Zivilschutz dienen	0,500
2. Kraftfahrzeugsektor	9,000
3. Nachrichtensektor	6,900
4. Amtsausstattung.....	12,000

Kapitel 12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt N.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1994	23 994,1	39 447,1	63 441,2	602,0
1995	25 320,2	40 898,7	66 218,9	688,1
1995 vorl. Erf..	25 387,5	41 288,1	66 675,6	740,8
1996	25 355,5	41 732,0	67 087,5	755,0

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 120 Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten

Gesetzliche Grundlagen

Vertrag zwischen dem Hl. Stuhl und der Republik Österreich zur Regelung von vermögensrechtlichen Beziehungen, BGBl. Nr. 195/1960, in der Fassung des Zusatzvertrages zwischen dem Hl. Stuhl und der Republik Österreich, BGBl. Nr. 107/1970, des Zweiten Zusatzvertrages, BGBl. Nr. 220/1976, des Dritten Zusatzvertrages, BGBl. Nr. 49/1982, und des Vierten Zusatzvertrages, BGBl. Nr. 86/1990; weiters ist auf den am 21. Dezember 1995 unterzeichneten fünften Zusatzvertrag Bedacht zu nehmen;

Bundesgesetz über äußere Rechtsverhältnisse der Evangelischen Kirche, BGBl. Nr. 182/1961, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 618/1989;

Bundesgesetz über finanzielle Leistungen an die altkatholische Kirche, BGBl. Nr. 221/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 616/1989;

Bundesgesetz über finanzielle Leistungen an die israelitische Religionsgesellschaft, BGBl. Nr. 222/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 617/1989.

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete des Schulwesens einschließlich Schulerhaltung, Schullerichtung und Schulaufassung mit Ausnahme der Schulerhaltung, Schullerichtung und Schulaufassung der land- und forstwirtschaftlichen Bundesschulen, Erziehungswesen in den Angelegenheiten der Schülerheime; Aus- und Weiterbildung sowie Dienstprüfung der Lehrer; Mitwirkung des Bundes in Angelegenheiten des Dienstrechts und der Erstellung der Stellenpläne für Landeslehrer, soweit sie nicht in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft fällt; Kindergarten- und Hortwesen.

Angelegenheiten der Hofmusikkapelle, der Museen, der Nationalbibliothek, der Phonotheke und des Bundesdenkmalamts.

Angelegenheiten des Kultus.

Angelegenheiten der Volksbildung.

Angelegenheiten der schulischen, kulturellen und kirchlichen Stiftungen und Fonds.

Angelegenheiten der Förderung der Schul- und Kulturfilme.

Angelegenheiten der innerstaatlichen Durchführung kultureller und pädagogischer Auslandsangelegenheiten (Koordination und Organisation).

36

Kapitel 12 — Titel 120

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1994	348,7	2 877,9	3 226,5	58,2
1995	350,9	2 314,4	2 665,3	57,2
1995 vorl. Erf..	349,0	2 693,9	3 042,8	53,5
1996	346,4	2 797,5	3 143,9	58,2

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben ergibt sich im wesentlichen aus der Veranschlagung der Mietaufwendungen nach dem BIG-Gesetz und bei der Schulraumbeschaffung.

Anlagen

Bei diesem Voranschlagsansatz ist unter anderem für die Zahlung der vierten Rate zum Ankauf des Schulhaus-Bootes, für die Beschaffung der notwendigen Amtseinrichtung einschließlich moderner Büroautomation sowie des Softwareprogrammes „Schulanlagenmanagement (SAM)“ Vorsorge getroffen.

Förderungen

Die Förderungen betreffen vor allem Zwecke der „Allgemeinen Kulturförderung“, des „Bildungsfilms“, des „Österr. Kulturservice“, bzw. sind sie bestimmt zur Förderung von Minderheiten, der geistigen Landesverteidigung, der Mädchen- und Frauenbildung und der Vorbereitung auf das „Millennium 1996“ sowie für Vereinigungen, die kulturelle und pädagogische Aufgaben im internationalen Bereich zu erfüllen haben.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**Kultus — Ständige Leistungen**

Die Leistungen an die Katholische, Evangelische und Altkatholische Kirche sowie an die israelitische Religionsgesellschaft gehen auf Entschädigungsmaßnahmen gemäß Art. 26 des Staatsvertrages, BGBl. Nr. 152/1955, zurück.

Der Globalbetrag der ständigen Leistungen in der Höhe von 587,7 Millionen Schilling setzt sich zusammen aus einem festen Betrag und einem variablen Betrag, der dem Gegenwert der Bezüge von insgesamt 1 358 Bediensteten der Gehaltsstufe A/IV/5 entspricht.

Aufwendungen

Hier wird für den Administrativaufwand der Zentraleitung vorgesorgt. Veranschlagt sind ua. Beträge für die innerstaatliche Durchführung der in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und dem Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst abgeschlossenen Kulturabkommen (Expertenaustausch im Schul- und Kulturbereich; Übermittlung von Österreich-Literatur und einschlägigem Informationsmaterial); weiterer Ausbau des Österreich-Zentrums in Skörde, Schweden; Finanzierung und Durchführung von Ministerbesuchen — Kulturpädagogisches Konzept des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten zur Förderung des Musikverständnisses und Kulturbewußtseins der jungen Generation.

Schulraumbeschaffung und -bewirtschaftung

Der veranschlagte Betrag dient zur Fortsetzung des Schulraumbeschaffungsprogrammes (inklusive Begleitmaßnahmen des Sportstätten- und Schülerheimzuschußprogrammes). Damit werden die vertraglich festgelegten Raten der Projekte des Schulraumbeschaffungsprogrammes, die Refundierung der anteiligen Instandhaltungskosten an den Eigentümer dieser nicht im Eigentum des Bundes befindlichen Objekte sowie die Entgelte für die mit diesen Projekten im Zusammenhang stehenden bautechnischen Kollaudierungen, Planungsstudien u. dgl. bezahlt.

Ferner sind verschiedene auf vertragliche Verpflichtungen des Bundes zurückzuführende Mitgliedsbeiträge veranschlagt.

Kapitel 12 — Titel 122

37

Paragraph 1201 Zahlungen an die BIG**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesgesetz über die Errichtung einer Bundesimmobiliengesellschaft (BIG-Gesetz), BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 494/1993.

Anlagen

Bei diesem Voranschlagsansatz ist für die Zahlung der von nicht im Rahmen der Mieten verrechenbaren Betriebsausstattung vorgesorgt.

Aufwendungen

Hier sind sämtliche Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) gemäß BIG-Gesetz voranschlagt.

Titel 122 Bundesministerium; Zweckaufwand**Aufgaben**

Dieser Zweckaufwand umfaßt vor allem den gesamten Förderungsbereich für die allgemein-pädagogischen Erfordernisse, für die Erwachsenenbildung, für das allgemeinbildende Schulwesen, für das berufsbildende Schulwesen, für die Lehrer- und Erzieherbildung, für die bibliothekarischen Einrichtungen und für den Denkmalfonds.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1994	1 094,0	1,5
1995	1 197,8	1,9
1995 vorl. Erf.....	1 154,3	3,8
1996	1 265,7	1,9

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben ergibt sich im wesentlichen aus der Veranschlagung der Förderungen für Erwachsenenbildung (zB lebensbegleitendes Lernen) sowie der Waldorfschulen.

Paragraph 1220 Allgemein-pädagogische Erfordernisse**Gesetzliche Grundlagen**

Schülerbeihilfengesetz, BGBl. Nr. 455/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 853/1995;

Studienförderungsgesetz, BGBl. Nr. 305/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 513/1995;

Land- und forstwirtschaftliches Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 318/1975.

Anlagen

Hier ist vor allem für Einrichtungserfordernisse für das Zentrum für Schulentwicklung sowie für Software vorgesorgt.

Förderungen

Förderungszuwendungen für Publikationen, für die Österreichische Länderbühne und andere Schultheater, den Buchklub der Jugend, das Museum Arbeitswelt in Steyr, das Österreichische Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum, für Maßnahmen der Umweltbildung, der Kulturvermittlung, der Kulturkontakte (Bildungskooperation) sowie für sonstige Unternehmungen und gemeinnützige Einrichtungen ermöglichen pädagogische Vorhaben, die vom Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten nicht selbst durchgeführt werden können.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier werden die Ausgaben für Schülerbeihilfen, Studienförderungen, die laufenden Transferzahlungen an die Länder für konfessionelle und sonstige private land- und forstwirtschaftliche Berufs- und Fachschulen sowie Beträge für Gutachterkommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Die veranschlagten Beträge dienen zum Ausbau der Schul- und Unterrichtsversuche zur Neugestaltung der Schule, zur politischen Bildung und staatsbürgerlichen Erziehung, dem Ausbau der Schülervertretung, zur Erprobung neuer Modelle der Führung von Schulbüchereien, für Maßnahmen der Umwelterziehung, für die Beteiligung an EU-Projekten, für EU-Informationen der Schulen, für den Österreichischen Akademischen Austauschdienst, für Projekte der autonomen Entwicklung von Schulkultur, zur sportlichen Ertüchtigung der Schuljugend bei Schulwettkämpfen und für den internationalen Lehreraustausch.

Obwohl durch das Studienförderungsgesetz und das Schülerbeihilfengesetz bestimmten Gruppen von Studierenden und Schülern Anspruch auf eine Beihilfe des Bundes eingeräumt wird, sind zusätzliche Unterstützungen für Härtefälle und zur Förderung besonderer Studienleistungen vorgesehen. Neben Unterstützungen aller Schüler an Übungsschulen an Pädagogischen Akademien und an mittleren und höheren Schulen für die Teilnahme an Schulveranstaltungen sind auch Leistungsstipendien nach dem Studienförderungsgesetz für Studierende an Sozialakademien veranschlagt.

Paragraph 1221 Erwachsenenbildung**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 171/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 286/1990.

Förderungen

Weiterführung und Ausbau des kooperativen Systems der Erwachsenenbildung. Darüber hinaus sind folgende Schwerpunkte zur weiteren Strukturverbesserung der Erwachsenenbildung vorgesehen:

- Ausbau eines computergestützten Erwachsenenbildungs-Informationsservice (EBIS)
- Entwicklung von Selbststudienmaterialien im Rahmen des Zweiten Bildungsweges
- Neue Wege des Fremdsprachenlernens
- Zweckgebundene Personalsubventionen als notwendige Voraussetzung für eine gezielte Ausweitung der Bildungsangebote mit entsprechender Planung und Betreuung durch hauptberufliches pädagogisches Personal
- gezielte Förderung innovativer Bildungsangebote
- Europäisches Jahr für lebensbegleitendes Lernen 1996.

Paragraph 1225 Allgemeinbildendes Schulwesen**Förderungen**

Dieser Voranschlagsansatz umfaßt den gesamten Förderungsbereich des allgemeinbildenden Schulwesens.

Veranschlagt sind vor allem Beträge für die Anschaffung von Lehrmitteln und Einrichtungsgegenständen an Privatschulen sowie für deren Ausbau und Modernisierung, insbesondere auch für die Ausstattung mit Unterrichtscomputern und für Refundierungen. Weiters dienen die veranschlagten Beträge der Förderung und Unterstützung von privaten Konvikten, Internaten und Schülerheimen.

Darüber hinaus sind die Bundeszuschüsse für die Internationale Schule Wien, die Österreichischen Waldorfschulen sowie verschiedene Baukostenzuschüsse veranschlagt.

Paragraph 1226 Berufsbildendes Schulwesen**Förderungen**

Dieser Voranschlagsansatz umfaßt den Förderungsbereich des berufsbildenden Schulwesens.

Hier sind vor allem Förderungszuwendungen an private Schulerhalter und gemeinnützige Einrichtungen vorgesehen.

Paragraph 1227 Lehrer- und Erzieherbildung**Förderungen**

Die Zuwendungen für die Studentenvertretung dienen der Förderung der pädagogischen, sozialen, kulturellen und sportlichen Aktivitäten der Studierenden an privaten Pädagogischen und Religionspädagogischen Akademien.

Kapitel 12 — Titel 124

39

Die privaten Pädagogischen Akademien und die Privat-Bildungsanstalten erhalten Zuschüsse zur lehrplanmäßigen Ausstattung der Unterrichtsräume auf Grund der 7. SchOG-Novelle.

Jährlicher Beitrag an den Kulturfonds des Europarates für insgesamt 50 Reisestipendien zur Lehrerfortbildung in Österreich für Lehrer aus Mitgliedsstaaten des Europarates.

Paragraph 1228 Bibliothekarische Einrichtungen**Förderungen**

Dieser Voranschlagsansatz beinhaltet Förderungen für Einrichtungen der Informationsvermittlung der Kooperation zwischen bibliothekarischen und kulturellen Einrichtungen und der Kulturinformation.

Paragraph 1229 Denkmalfonds (zweckgeb. Gebarung)**Förderungen**

Dieser Voranschlagsansatz wurde durch die Novelle 1990 zum DMSG erforderlich. Die Fondsmittel sollen unter anderem durch Spenden aufgebracht werden.

Im BVA 1995 war diese Gebarung unter Paragraph 1249 veranschlagt.

Titel 124 Nachgeordnete Dienststellen

Bis 1994 wurden die Ausgaben und Einnahmen für die Hofmusikkapelle beim Kap. 13, Titel 132, für die Museen, Bundesdenkmalamt und Denkmalfonds beim Kap. 14, Paragraphen 1440, 1441, 1450, 1451 und 1452 veranschlagt und verrechnet. Die Ausgaben und Einnahmen der Österreichischen Nationalbibliothek und der Österreichischen Phonotheek wurden bei den Paragraphen 1422 und 1423 mitveranschlagt und mitverrechnet.

Organisation

Zu den nachgeordneten Dienststellen gehören die Hofmusikkapelle, Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen, die sonstigen Einrichtungen für Jugenderziehung, die bundesstaatlichen Einrichtungen der Erwachsenenbildung, weiters die Museen, die Nationalbibliothek und Phonotheek sowie das Bundesdenkmalamt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	75,0	114,6	189,7	88,7
1995	716,8	908,9	1 625,7	179,0
1995 vorl. Erf..	706,1	928,8	1 634,9	186,7
1996	703,7	1 131,9	1 835,6	190,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben ergibt sich im wesentlichen aus der Veranschlagung des Museumsquartiers (BGBl. Nr. 372/1990) sowie der Stiftung Leopold (BGBl. Nr. 621/1994).

Paragraph 1240 Hofmusikkapelle**Aufgaben**

Weiterführung des klassischen Kirchengesanges aus der Zeit vor dem zweiten vatikanischen Konzil mit den Wiener Sängerknaben, den Mitgliedern des Wiener Staatsopernorchesters und der Choralskola.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	8,8	5,3	14,1	4,3
1995	9,1	6,2	15,3	5,2
1995 vorl. Erf..	9,4	5,6	15,0	4,5
1996	9,4	6,9	16,3	5,5

Anlagen

Vorgesehen sind Ausgaben für notwendige Amts- und Einrichtungserfordernisse sowie Brandschutzmaßnahmen.

40

Kapitel 12 — Titel 124**Aufwendungen**

Hier sind Aufwendungen für den laufenden Betrieb, vor allem für Entgelte an Einzelpersonen (Pflichtdienste der Sängerknaben, Choralsänger, Gastsolisten und -dirigenten, Vorbereitung der 500-Jahr-Feier im Jahre 1998), veranschlagt.

Paragraph 1241 Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen**Aufgaben**

Vorsorge für 4 Bundesheime und 8 Bundesspielplätze, für die Belange der Leibeserziehung sowie für die Durchführung und Beschickung von Schulsportveranstaltungen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	22,2	22,3	44,5	24,7
1995	22,9	21,2	44,1	22,6
1995 vorl. Erf..	22,7	21,0	43,7	22,7
1996	22,6	21,6	44,2	23,3

Anlagen

Hier wird für die Einrichtungserfordernisse und den Neubau bzw. Ausbau der Sportanlagen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben veranschlagt.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand dienen diese Ausgaben zur Bedeckung der Verpflegsausgaben, zur Erhaltung und Instandsetzung der Spielplätze und Einrichtungen sowie zur Anschaffung von Sportgeräten.

Außerdem sind hier die Ausgaben für die Durchführung von Koordinationstagungen aus Leibeserziehung und für Schulsportveranstaltungen veranschlagt.

Paragraph 1242 Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung**Aufgaben**

Durchführung von staatsbürgerlichen Erziehungsaktionen und internationalen Jugendaktionen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	13,1	59,2	72,3	54,4
1995	13,6	54,2	67,9	52,0
1995 vorl. Erf..	13,8	60,2	74,0	58,2
1996	13,7	54,8	68,5	53,0

Anlagen

Hier wird für die weitere Einrichtung und Instandhaltung der beiden Jugendhäuser Wien/Hirschengasse vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Veranschlagt sind vor allem Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen.

Aufwendungen

Die Budgetmittel zur Durchführung der staatsbürgerlichen Erziehungsaktion „Österreichs Jugend lernt ihre Bundeshauptstadt kennen“, bei der im Schuljahr 1994/95 1473 Gruppen mit 35627 Schülern und Jugendlichen die Bundeshauptstadt besuchten, bzw. der internationalen Jugendaktion „Europas Jugend lernt Wien kennen“, wo im Schuljahr 1994/95 113 Gruppen mit 2448 Teilnehmern betreut wurden, werden hier veranschlagt.

Kapitel 12 — Titel 124

41

Paragraph 1243 Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung**Gesetzliche Grundlage**

BGBI. Nr. 171/1973, zuletzt geändert durch BGBI. Nr. 286/1990.

Aufgaben

Aus diesen Mitteln werden der laufende Betrieb der Förderungsstellen des Bundes für Erwachsenenbildung und des Bundesinstitutes für Erwachsenenbildung St. Wolfgang, die Aus- und Weiterbildung von Erwachsenenbildnern, der Auf- und Ausbau der Bildungsinformations- und -beratungsstellen für Erwachsene an den Förderungsstellen sowie die Zeitschrift „Erwachsenenbildung in Österreich“ finanziert.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	39,8	33,1	72,8	9,6
1995	41,6	30,4	72,0	9,0
1995 vorl. Erf..	41,5	30,3	71,8	10,1
1996	41,3	33,7	75,0	10,4

Anlagen

Hier wird für notwendige Einrichtungserfordernisse, technische Anlagen und Geräte in den Förderungsstellen und im Bundesinstitut für Erwachsenenbildung St. Wolfgang vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes sowie Beträge für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand werden zentrale Veranstaltungen und Veranstaltungen des Bundesinstitutes für Erwachsenenbildung St. Wolfgang finanziert. Weiters dienen diese Mittel zur Einrichtung von Bildungsinformations- und Bildungsberatungsstellen für Erwachsene (in erster Linie in den Förderungsstellen). Auch die Kosten für die Wanderbüchereien und für diverse Publikationen (Zeitschrift „Erwachsenenbildung in Österreich“, „Erwachsenenbildung in Österreich — Ein Überblick“, usw.) werden aus diesem Voranschlagsansatz bestritten.

Paragrahe 1244 und 1245 Museen**Gesetzliche Grundlagen**

Forschungsorganisationsgesetz, BGBI. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBI. Nr. 101/1993;

Bundesgesetz zur Errichtung einer Museumsquartier-, Errichtungs- und Betriebsgesellschaft, BGBI. Nr. 372/1990, zuletzt geändert durch BGBI. Nr. 252/1993;

Bundesgesetz betreffend die Finanzierung des Erwerbs der „Sammlung Leopold“, BGBI. Nr. 621/1994.

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben für die dem Ministerium unterstehenden Bundesmuseen.

Weiters wird für die Bezüge der Bediensteten des Österreichischen Museums für Volkskunde sowie für die des Leiters des Ethnographischen Museums in Kittsee vorgesorgt.

Zahlungen für die Stiftung Ludwig, Stiftung Leopold und die Ersätze für das Museumsquartier sind ebenfalls aus den Museumskrediten zu bedecken.

Die Aufgaben der Bundesmuseen umfassen insbesondere den planmäßigen Aufbau und die Anlage neuer Sammlungen, die Prüfung von Sammlungen auf ihren Erhaltungszustand sowie ihre Restaurierung und Sicherung, ferner die Darbietung ausgewählter Objekte für Schausammlungen und Ausstellungen.

Gemäß Ministerratsbeschluß vom 18. Juli 1990, Zl. 608 030/35-V/12/90 („zweite Museumsmilliarde“), sollen in den Jahren 1992 bis 1995 schwerpunktmäßig jene Investitionen getätigt werden, die einer Anhebung des Standards zur Benutzerfreundlichkeit in den Bundesmuseen dienen. Dem Baufortschritt folgend konnten die vorgesehenen Mittel für die Lapidariensammlung, für das Technische Museum, für die Graphische Sammlung Albertina und das Museum für Völkerkunde noch nicht beziehungsweise teilweise im veranschlagten Zeitraum vorausgibt werden.

Weiters ist hier das Museumsquartier veranschlagt (BGBl. Nr. 372/1990).

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	391,5	526,9	918,4	64,3
1995	407,5	521,4	928,9	66,0
1995 vorl. Erf..	394,6	528,5	923,1	61,9
1996	393,2	630,4	1 023,6	68,9

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben ist vor allem durch die weitere Anschaffung von technischen Geräten, die Erhöhung der Mittel für den Ausbau der Sammlungen und dem Aufwand für das Museumsquartier bedingt.

Anlagen

Die Investitionen im Zusammenhang mit den baulichen Generalsanierungsmaßnahmen erfolgen dem Baufortschritt entsprechend. Schwerpunkte sind die Depoteinrichtung im Museum für Völkerkunde, die Fortsetzung der Schausaalsanierung im Naturhistorischen Museum, die Abschlußinvestitionen zur Fertigstellung der Österreichischen Galerie im Jahre 1996 und die Einrichtung eines Subfoyers im Kunsthistorischen Museum.

Förderungen

Für die gemäß BGBl. Nr. 621/1994 vorgesehene Finanzierung des Erwerbes der „Sammlung Leopold“ wurden 75 Millionen Schilling veranschlagt.

Aus den Förderungsbeträgen werden Museen, die nicht vom Bund erhalten werden, wie Heimat- und Vereinsmuseen, unterstützt. Bei diesem Voranschlagsansatz sind auch die Bundesbeiträge für die Freilichtmuseen, für Internationale Großausstellungen sowie der Aufwand für den Betrieb des Österreichischen Museums für Volkskunde veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben und die Kommunalsteuer veranschlagt.

Aufwendungen

Dieser Voranschlagsansatz dient zur Bedeckung der fixen Betriebsaufwendungen für zehn Bundesmuseen sowie zur Finanzierung der nichtständigen Ausstellungen, wie zB Schätze aus dem Land der Bibel, Erotische Kunst des Alten Peru, die Rot-Weiß-Rote Liste, Austria im Rosennetz, Bruno Gironcoli, Emigranten, Österreichische Künstler in Amerika, Junge Österreicher, Zwischen den Zeiten, Österreichische Kunst von 1908—1938, Franz West, die Autographensammlung Stefan Zweigs, Österreichische Bühnenbildner in Amerika. Weiters sind die Kosten des wissenschaftlichen Betriebs und die Feldforschung unter diesem Voranschlagsansatz zu bedecken. Außerdem sind hier die Beträge für die Stiftung Ludwig, den Betriebsaufwand Stiftung Leopold und die Ersätze für das Museumsquartier budgetiert.

Paragraph 1246 Nationalbibliothek und Phonothek

Gesetzliche Grundlagen

Forschungsorganisationsgesetz — FOG, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 689/1991.

Aufgaben

Der Österreichischen Nationalbibliothek obliegt die Beschaffung, Aufschließung und Bereitstellung der österreichischen sowie auf Österreich bezogenen Literatur, sonstiger Informationsträger und Kulturgüter, der Österreichischen Phonothek die Sammlung und Erschließung von Tonträgern.

Kapitel 12 — Titel 124

43

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	125,2	80,5	205,7	4,2
1995	130,9	84,9	215,8	5,9
1995 vorl. Erf..	130,9	85,7	216,6	3,7
1996	130,5	99,2	229,8	5,9

Anlagen

Hier sind vor allem die Ausgaben für die notwendigen Amts- und Einrichtungserfordernisse sowie für Spezialeinrichtungen vorgesehen, insbesondere der Auf- und Ausbau der EDV-Infrastruktur.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben veranschlagt.

Aufwendungen

Dieser Voranschlagsansatz dient zur Bedeckung der fixen Betriebsaufwendungen für die Österreichische Nationalbibliothek und die Österreichische Phonotheek, insbesondere auch der Beschaffung von Druckwerken und Tonträgern.

Paragrafen 1247 und 1248 Bundesdenkmalamt**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesgesetz vom 25. September 1923, BGBl. Nr. 533, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 473/1990 (Denkmalschutzgesetz, DMSG);

Bundesgesetz vom 5. Dezember 1918, StGBI. Nr. 90, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 391/1986 (Ausfuhrverbot für Kulturgut, AusfVKG).

Aufgaben

Das Bundesdenkmalamt hat die Aufgabe, neben dem Denkmalschutz auch Maßnahmen der Denkmalpflege im ganzen Bundesgebiet wahrzunehmen. Dazu gehört auch die wissenschaftliche Erfassung und Erforschung des gesamten unbeweglichen und beweglichen Denkmalbestandes.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	87,3	283,0	370,4	18,9
1995	91,2	190,5	281,7	18,3
1995 vorl. Erf..	93,2	197,5	290,7	25,4
1996	93,0	285,1	378,1	23,1

Anlagen

Hier sind vor allem die Ausgaben für die notwendigen Amts- und Einrichtungserfordernisse sowie für Spezialeinrichtungen vorgesehen. Besonders zu erwähnen ist der Auf- und Ausbau der ADV-Einrichtungen.

Förderungen

Mit diesen Förderungsmitteln trägt der Bund dazu bei, daß die nicht im Bundeseigentum stehenden Denkmale (Objekte von künstlerischer, geschichtlicher oder sonstiger kultureller Bedeutung, als auch technische, volkskundliche und archäologische Denkmale) vor dem Verfall bewahrt werden. Eine ausdrückliche gesetzliche Ermächtigung befindet sich (durch die Novelle BGBl. Nr. 473/1990 erweitert) im § 5 Abs. 7 DMSG. Diese Bestimmung sieht auch ausdrücklich Zinsenzuschüsse vor.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Veranschlagung ua. auf Grund der Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten, BGBl. Nr. 58/1964.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand sind vor allem Aufwendungen für Versuchs- und Restaurierungsarbeiten, wissenschaftliche Forschungsarbeiten und für die

Drucklegung von Publikationen veranschlagt. Das Bundesdenkmalamt ist auf Grund der Bestimmungen des 11 Abs. 7 DMSG ab 1. Jänner 1991 zur Anlage einer zentralen Kartei der Denkmalfunde sowie zur jährlichen Herausgabe einer umfassenden wissenschaftlichen Dokumentation über die Funde verpflichtet. Es handelt sich um die einzige ganz Österreich umfassende diesbezügliche Dokumentation.

Auch Ausgaben für die Restaurierung bundeseigener Kunstdenkmale sind hier vorgesehen.

Darüber hinaus ist das Bundesdenkmalamt in zunehmendem Ausmaß gezwungen, archäologische Forschungs- und vor allem Rettungsausgrabungen durchzuführen bzw. durchführen zu lassen.

Im Hinblick auf die Bestimmungen des Ausfuhrverbotsgesetzes für Kulturgut (AusfVKG) ist für die Beiziehung von Konsulenten finanziell vorzusehen.

Paragraph 1248 Bundesdenkmalamt (zweckgeb. Gebarung)

Hier sind jene Beträge veranschlagt, die — zweckgebunden — als Spenden an das Bundesdenkmalamt bezahlt wurden. Bei diesem Paragraph ist auch der Anteil des zwischen den Museen und dem Bundesdenkmalamt aufzuteilenden 15%igen Bundesanteiles aus dem Kunstförderungsbeitrag veranschlagt. Auch für die im Rahmen der Bestimmungen des 10 AusfVKG notwendig werdenden Ausgaben bei der Rückführung widerrechtlich ausgeführten Kulturguts wurde vorgesorgt.

Titel 126 Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben für die nachgeordneten Dienststellen auf Landesebene, das sind die Schulaufsichtsbehörden einschließlich der schulpsychologischen Beratungsstellen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1994	658,8	229,6	888,4	150,9
1995	685,8	222,5	908,3	143,2
1995 vorl. Erf..	677,4	220,4	897,8	180,3
1996	672,5	227,8	900,3	171,3

Paragraph 1260 Schulaufsichtsbehörden

Gesetzliche Grundlagen

Bundes-Schulaufsichtsgesetz, BGBl. Nr. 240/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 321/1975;

Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 435/1995;

Schulunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 472/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 468/1995.

Aufgaben

In Unterordnung unter das Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten üben in den Bundesländern die Landesschulräte und in den politischen Bezirken die Bezirksschulräte die Schulverwaltung und Schulaufsicht aus. Im Rahmen der Landesschulräte und Bezirksschulräte sind nach Art. 81 a Abs. 3 lit. a des Bundes-Verfassungsgesetzes Kollegien einzurichten. Soweit dies Landesgesetze vorsehen, besorgen die Landesschulräte und Bezirksschulräte auch Agenden der Landesverwaltung gegen Ersatz des Behördenaufwandes (§ 20 Abs. 3 B-SchAufsG).

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1994	580,3	209,7	790,0	115,8
1995	603,6	204,0	807,5	136,2
1995 vorl. Erf..	596,1	202,0	798,1	165,5
1996	591,7	207,3	799,0	151,3

Anlagen

Veranschlagt sind Ausgaben für den Ersatz von bzw. für die Ergänzungsankäufe bei Büromaschinen, maschinellen Anlagen, Telefonanlagen und Einrichtungen. Weiters sind Ausgaben für die

Kapitel 12 — Titel 127

45

Fortführung des Ausstattungsprogrammes für die Landesschulräte (SSR für Wien) mit Verwaltungscomputern, Druckern, Streamertapes, CD-Rom-Laufwerken, diversen Programmen, Vernetzungen und den Aufbau einer integrierten EDV-unterstützten Personalverwaltung (hard- und softwaremäßig) in Zusammenarbeit mit dem Bundesrechenamt vorgesehen. Neu- bzw. Ersatzanschaffungen von Einrichtungsgegenständen für die Landesschulräte/Stadtschulrat für Wien und Bezirksschulräte (Übersiedlung des Landesschulrates für Oberösterreich).

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Veranschlagt sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben und Beträge für die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, für Inspektoren der Religionsgesellschaften sowie Beträge für die Prüfungskommissionen.

Aufwendungen

Hier sind die für den administrativen Betrieb erforderlichen Mittel veranschlagt.

Paragraph 1261 Schulpsychologie — Bildungsberatung**Aufgaben**

Die Schulpsychologie-Bildungsberatung umfaßt neben der psychologischen Untersuchung, Beratung, Förderung, Betreuung und Behandlung auch die Erstellung von Informationen zur Schullaufbahnorientierung, die Erarbeitung von pädagogisch-psychologischen Grundlagen und Anwendungsformen und anderen wissenschaftlichen Projekten, sowie die Betreuung (Ausbildungskonzept, Supervision, Mitwirkung bei Fragen der Aus- und Weiterbildung) von Schülerberater(inne)n.

	Personal- ausgaben	Sach- Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	78,5	19,9	98,4	35,1
1995	82,2	18,6	100,8	7,0
1995 vorl. Erf..	81,3	18,4	99,7	14,8
1996	80,8	20,4	101,3	20,0

Anlagen

Hier ist für die notwendige Ausstattung der schulpsychologischen Beratungsstellen mit Einrichtungsgegenständen und Büromaschinen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Veranschlagt sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes sowie Beträge für die Prüfungskommissionen.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand sind Beträge für das Informationsmaterial für alle Schüler(innen), Schülerberater(innen) und für die schulpsychologische Arbeit sowie die Veröffentlichung wissenschaftlicher Arbeiten in den „Impulsen der Schulpsychologie-Bildungsberatung“ (vormals: „Beiträgen zur pädagogischen Psychologie“) und die Herausgabe von schulpsychologischen Elternbroschüren veranschlagt.

Titel 127 Allgemeinbildende Schulen**Gesetzliche Grundlagen**

- Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 435/1995;
- Religionsunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 190/1949, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 256/1993;
- Bundesgesetz über die Abgeltung von Prüfungstätigkeiten, BGBl. Nr. 314/1976, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 645/1994;
- Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 244/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 448/1994;
- Unterrichtspraktikumsgesetz — UPG, BGBl. Nr. 145/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 449/1994.

Aufgaben

Bei diesem Titel sind die Kosten für den Betrieb der allgemeinbildenden höheren Schulen, der Höheren Internatsschulen des Bundes, des Bundes-Blindenerziehungsinstitutes und des Bundesinstitutes für Gehörlosenbildung, der allgemeinbildenden Pflichtschulen und der Bundesschülerheime (Allgemeinbildende) präliminiert. Siehe auch Übersicht am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 12.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	10752,0	31895,3	42647,2	91,6
1995	10864,3	33058,5	43922,8	105,7
1995 vorl. Erf..	11216,2	33111,2	44327,4	111,1
1996	11204,1	33123,2	44327,3	128,4

Paragraph 1270 Allgemeinbildende höhere Schulen**Aufgaben**

Öffentliche allgemeinbildende höhere Schulen im Sinne des § 14 Abs. 6 B-VG sind die vom Bund erhaltenen Gymnasien, Wirtschaftskundlichen Realgymnasien, Aufbaugymnasien und -realgymnasien, Oberstufengymnasien und -realgymnasien, Realgymnasien und Wirtschaftskundliche Realgymnasien für Berufstätige.

Ganztägige Schulformen sind Einrichtungen an allgemeinbildenden höheren Schulen, die dazu bestimmt sind, Schüler auch neben einem Unterrichtsteil zu beaufsichtigen und zu betreuen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	10333,8	1094,1	11428,0	25,5
1995	10427,0	1025,0	11452,0	35,1
1995 vorl. Erf..	10792,3	1056,5	11848,9	43,2
1996	10780,8	1100,0	11880,8	57,7

Anlagen

An vielen allgemeinbildenden höheren Schulen des Bundes besteht die Notwendigkeit, einzelne Räume oder Raumgruppen neu einzurichten oder Einrichtungsgegenstände zu erneuern. Auch Lehrmittel sind neu anzuschaffen bzw. zu erneuern. Insbesondere ist für die Anschaffung von Einrichtungsgegenständen und Lehrmitteln für die Neubauten der allgemeinbildenden höheren Schulen des Bundes in den einzelnen Bundesländern vorzusehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindevorrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert, auch Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Unterrichtspraktikanten, für Austauschlehrer und Austauschassistenten sowie die Ausgaben für die Prüfungskommissionen sind hier veranschlagt. Außerdem sind hier Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG präliminiert.

Aufwendungen

Vor allem wird hier der gesamte Unterrichts- und Betriebsaufwand der allgemeinbildenden höheren Schulen veranschlagt. Weitere finanzielle Aufwendungen des Bundes sind für die Durchführung von Schulveranstaltungen für die Schüler der allgemeinbildenden höheren Schulen vorgesehen. Schließlich werden hier verschiedene Kosten aller im Ausland tätigen Lehrer verrechnet.

Paragraph 1271 Höhere Internatsschulen des Bundes**Aufgaben**

Höhere Internatsschulen des Bundes sind allgemeinbildende höhere Schulen, die mit einem Schülerheim derart organisch verbunden sind, daß die Schüler nach einem einheitlichen Erziehungsplan Unterricht, Erziehung und Betreuung, ferner Unterkunft und Verpflegung erhalten.

Kapitel 12 — Titel 127

47

Sie bieten ein erweitertes Bildungs- und differenziertes Freizeitangebot.

Im Schuljahr 1995/96 werden 4 Anstalten mit 98 Klassen geführt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	252,1	39,5	291,6	36,4
1995	262,8	35,5	298,3	38,4
1995 vorl. Erf..	256,7	36,5	293,2	39,8
1996	256,5	37,9	294,4	40,3

Anlagen

Hier ist für die Anschaffung von Amts- und Einrichtungserfordernissen und für die Ausstattung der Lehrmittelsammlungen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Unterrichtspraktikanten, die Aufwendungen des Bundes für Austauschlehrer und Austauschassistenten und die Ausgaben für die Prüfungskommissionen präliminiert.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand werden hier vor allem Aufwendungen für Betriebs- und Verpflegsausgaben veranschlagt.

Paragraph 1274 Bundes-Blindenerziehungsinstitut und Bundesinstitut für Gehörlosenbildung**Aufgaben**

Das „Bundes-Blindenerziehungsinstitut“ und das „Bundesinstitut für Gehörlosenbildung“ sind die Erziehungs-, Unterrichts- und Berufsbildungseinrichtungen des Bundes an den Sonderschulen für blinde und gehörlose Kinder in Wien.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	95,1	21,8	116,8	4,1
1995	100,0	22,5	122,5	3,4
1995 vorl. Erf..	95,5	22,7	118,2	3,5
1996	95,3	22,2	117,5	3,6

Anlagen

Hier wird für die notwendigen Einrichtungserfordernisse und Lehrmittel für beide Schulen und Internate sowie für Berufsbildungseinrichtungen, die Lehrmittelzentrale, Blindendruckerei und Leihbücherei vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer und die Ausgaben für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand fallen insbesondere die Aufwendungen für Unterrichtserfordernisse, Betriebsmaterialien und Verpflegsausgaben an.

48

Kapitel 12 — Titel 127**Paragraph 1275 Allgemeinbildende Pflichtschulen****Allgemeines**

Nach § 3 des Finanzausgleichsgesetzes 1993, BGBl. Nr. 30/1993 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 853/1995, ersetzt der Bund den Ländern von Aktivitätsbezügen der Lehrer an öffentlichen allgemeinbildenden Pflichtschulen 100 vH.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Schilling
1994	30 712,5	0,5
1995	31 949,0	0,0
1995 vorl. Erf.	31 968,9	0,0
1996	31 932,6	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung der Sachausgaben ist auf Einsparungsmaßnahmen bei den Landes-Pflichtschullehrern zurückzuführen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Aufwendungen des Bundes für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) Privatschulgesetz, die den Prüfungskommissionen für Externistenprüfungen zur Erwerbung eines Abschlußzeugnisses einer allgemeinbildenden Pflichtschule zustehenden Prüfungsgebühren sowie die laufenden Transferzahlungen an die Länder veranschlagt.

Der in den Kostenersätzen an die Länder für Landeslehrer an Privatschulen enthaltene Aufwand wird voraussichtlich 881 Millionen Schilling betragen.

Aufwendungen

Hier sind ua. Beträge für die Fortbildung der Lehrer, für Schadensvergütungen, für die Sonderpädagogischen Zentren sowie für die Entschädigung von außerschulischen Begleitpersonen bei Schulveranstaltungen veranschlagt.

Paragraph 1276 Bundesschülerheime (Allgemeinbildende)**Aufgaben**

Bundesschülerheime (Bundeskonvikte) sind staatliche Schülerheime für Schüler und Schülerinnen, die zur Absolvierung ihres Studiums einer internatsmäßigen Unterbringung bedürfen.

Im Jahre 1995/96 stehen insgesamt 8 Bundesschülerheime (Bundeskonvikte) sowie zwei Bundestageschulheime in Betrieb, die alle zu allgemeinbildenden höheren Schulen in Verbindung stehen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	71,0	27,4	98,4	25,1
1995	74,5	26,4	100,9	28,7
1995 vorl. Erf. ..	71,7	26,6	98,3	24,6
1996	71,6	30,5	102,0	26,8

Anlagen

Für Erneuerungen von Einrichtungserfordernissen wurde hier vorgesorgt, insbesondere für das Bundesschülerheim Wien Himmelhof (Zubau). Außerdem ist die Neueinrichtung der Küche im Bundesschülerheim Horn erforderlich.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben und die Ausgaben für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

3*

Kapitel 12 — Titel 128

49

Aufwendungen

Die Aufwendungen umfassen den für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand, die erforderlichen Mittel für die Betriebsmaterialien und Verpflegungsausgaben sowie die Vorsorge für Tagungen und Veranstaltungen im Rahmen der Fortbildung der Erzieher und im Rahmen von besonderen Veranstaltungen.

Titel 128 Berufsbildende Schulen**Gesetzliche Grundlagen**

Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 435/1995;
 Religionsunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 190/1949, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 256/1993;
 Bundesgesetz über die Abgeltung von Prüfungstätigkeiten, BGBl. Nr. 314/1976, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 645/1994;
 Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 244/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 448/1994;
 Unterrichtspraktikumsgesetz — UPG, BGBl. Nr. 145/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 449/1994.

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben für die Berufsbildenden Schulen, das sind die technischen und gewerblichen Lehranstalten, die Sozialakademien, Lehranstalten für Tourismus, Sozialberufe und wirtschaftliche Berufe, die Handelsakademien und Handelsschulen, die Berufsbildenden Pflichtschulen und die Bundesschülerheime (Berufsbildende). Siehe auch Übersicht am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 12.

Die berufsbildenden höheren Schulen haben die Aufgabe, den Schülern eine höhere allgemeine und fachliche Bildung zu vermitteln, die sie zur Ausübung eines gehobenen Berufes auf technischem, gewerblichem, kunstgewerblichem, kaufmännischem oder humanberuflichem Gebiet befähigt, und sie zugleich zur Hochschulreife zu führen.

Arten der berufsbildenden höheren Schulen

Berufsbildende höhere Schulen sind:

1. Höhere technische und gewerbliche (einschließlich kunstgewerbliche) Lehranstalten,
2. Handelsakademien,
3. Höhere Lehranstalten für Tourismus, wirtschaftliche Berufe sowie Mode- und Bekleidungstechnik,
4. Akademien für Sozialarbeit,
5. Sonderformen der in 1. bis 3. genannten Arten.

Die berufsbildenden mittleren Schulen haben die Aufgabe, den Schülern jenes fachliche grundlegende Wissen und Können zu vermitteln, das unmittelbar zur Ausübung eines Berufes auf gewerblichem, technischem, kunstgewerblichem, kaufmännischem oder humanberuflichem Gebiet befähigt. Zugleich haben sie die erworbene Allgemeinbildung in einer der künftigen Berufstätigkeit des Schülers angemessenen Weise zu erweitern und zu vertiefen.

Arten der berufsbildenden mittleren Schulen

Berufsbildende mittlere Schulen sind:

1. Gewerbliche, technische und kunstgewerbliche Fachschulen,
2. Handelsschulen,
3. Fachschulen für wirtschaftliche Berufe, Mode- und Bekleidungstechnik, Hotelfachschulen,
4. Fachschulen für Sozialberufe,
5. Sonderformen der in 1. bis 4. genannten Arten.

Berufsbildende mittlere Schulen können aus dem Grunde der fachlichen Zusammengehörigkeit berufsbildenden höheren Schulen eingegliedert werden.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1994	10541,1	2648,0	13189,0	197,6
1995	11010,2	2609,1	13619,3	187,3
1995 vorl. Erf. ..	10781,3	2593,1	13374,3	190,9
1996	10772,4	2599,1	13371,5	190,8

50

Kapitel 12 — Titel 128**Paragraph 1280 Technische und gewerbliche Lehranstalten****Aufgaben**

Die technischen und gewerblichen Lehranstalten mit ihren Sonderformen, den Kollegs und den angeschlossenen Versuchsanstalten haben die Aufgabe, den Schülern eine höhere technische und gewerbliche Bildung zu vermitteln und sie zugleich zur Hochschulreife zu führen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	4 668,1	613,8	5 281,9	77,9
1995	4 893,1	543,5	5 436,6	74,3
1995 vorl. Erf..	4 721,2	558,5	5 279,7	76,8
1996	4 718,9	560,8	5 279,8	76,8

Anlagen

Hier sind die Ausgaben für die Einrichtung und maschinelle Ausstattung der Schulen sowie die Ausstattung mit Hard- und Software vorgesehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert, auch Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Unterrichtspraktikanten, Austauschlehrer und Austauschassistenten sowie die Ausgaben für die Prüfungskommissionen sind hier veranschlagt.

Aufwendungen

Die Aufwendungen umfassen die Ausgaben für den Betriebsaufwand der Lehr- und Versuchsanstalten, für Bildungszulagen und für Schulveranstaltungen.

Paragraph 1281 Sozialakademien, Lehranstalten für Tourismus, Sozial- u. wirtschaftliche Berufe**Aufgaben**

Hier ist die Gebarung für die Akademien für Sozialarbeit, für die höheren und mittleren Lehranstalten für wirtschaftliche Berufe, Tourismus und Mode- und Bekleidungstechnik sowie für die Fachschulen für Sozialberufe veranschlagt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	2 789,8	436,3	3 226,1	60,7
1995	2 905,8	421,4	3 327,2	58,6
1995 vorl. Erf..	2 871,4	430,2	3 301,6	55,2
1996	2 868,2	430,3	3 298,5	60,4

Anlagen

Die Mittel dienen der Einrichtung und maschinellen Ausstattung sowie der Modernisierung der Anstalten.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert, auch Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Unterrichtspraktikanten, für Austauschlehrer und Austauschassistenten, Entschädigungen für Lehrbeauftragte und Gastvortragende sowie die Ausgaben für die Prüfungskommissionen sind hier veranschlagt.

Aufwendungen

Darunter fallen die Ausgaben für die Betriebsführung der Lehranstalten, insbesondere die Erfordernisse für den theoretischen und praktischen Unterricht, für die Bildungszulagen und Schulveranstaltungen.

Kapitel 12 — Titel 128

51

Paragraph 1282 Handelsakademien und Handelsschulen**Aufgaben**

Hier wird der Aufwand für die mittleren und höheren kaufmännischen Lehranstalten (Handelsakademien und Handelsschulen) und deren Sonderformen veranschlagt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1994	3 023,0	309,3	3 332,3	5,5
1995	3 148,6	280,7	3 429,3	1,3
1995 vorl. Erf. ..	3 129,9	287,0	3 416,9	4,6
1996	3 126,6	290,5	3 417,1	2,1

Anlagen

Die Mittel dienen der Einrichtung und Ausstattung der Schulen und der laufenden Erhöhung und Verbesserung des technologischen Standards.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindevorrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert, auch Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Unterrichtspraktikanten, für Austauschlehrer und Austauschassistenten sowie die Ausgaben für die Prüfungskommissionen sind hier veranschlagt.

Aufwendungen

Dazu zählen die Ausgaben für die Betriebsführung der Lehranstalten, insbesondere die Erfordernisse für den theoretischen und praktischen Unterricht, für die Bildungszulagen und Schulveranstaltungen.

Paragraph 1285 Berufsbildende Pflichtschulen**Aufgaben**

Die Berufsschule hat die Aufgabe, in einem berufsbegleitenden fachlich einschlägigen Unterricht den berufsschulpflichtigen Personen die grundlegenden theoretischen Kenntnisse zu vermitteln, ihre betriebliche Ausbildung zu fördern und zu ergänzen sowie ihre Allgemeinbildung zu erweitern.

Die Schüler sind im betriebswirtschaftlichen und fachtheoretischen Unterricht durch die Einrichtung von Leistungsgruppen zu fördern, sofern hierfür eigene Schülergruppen gemäß den auf Grund des § 51 Abs. 3 SchOG erlassenen Ausführungsgesetzen einzurichten sind.

Die Personalausgaben einschließlich Reise- und Übersiedlungsgebühren sowie der Bildungszulagen der Landeslehrer werden auf Grund von Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1993, BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 853/1995, im Budget der Länder bei den Personalausgaben veranschlagt und vom Bund an die Länder mit 50% ersetzt.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1994	1 248,1	—
1995	1 325,6	0,0
1995 vorl. Erf.	1 279,3	—
1996	1 279,4	0,0

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die den Mitgliedern der Prüfungskommissionen zustehenden Prüfungsgebühren sowie die laufenden Transferzahlungen an die Länder veranschlagt.

Aufwendungen

Darunter fallen vor allem Ausgaben für Schulversuche und Lehrplanarbeiten.

Paragraph 1286 Bundesschülerheime (Berufsbildende)**Aufgaben**

Bundesschülerheime sind staatliche Internate für Schüler und Schülerinnen, die zur Absolvierung ihres Studiums einer internatsmäßigen Unterbringung bedürfen.

Hier wird der Aufwand für die früher als Bundeskonvikte der berufsbildenden Schulen bezeichneten Heime, für die Internate der Lehranstalten für wirtschaftliche Berufe und der Lehranstalten für Tourismus sowie für das Schülerheim der höheren technischen Bundeslehranstalt, Bundeshandelsakademie und Bundeshandelschule Wien 3 veranschlagt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	60,2	40,5	100,7	53,5
1995	62,7	37,9	100,6	53,2
1995 vorl. Erf..	58,8	38,0	96,8	54,3
1996	58,7	38,1	96,9	51,5

Anlagen

Bei den Anlagen wird für die Einrichtung und die Erneuerung der Ausstattung an berufsbildenden Bundesschülerheimen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind vor allem die öffentlichen Abgaben und die Gebühren für die Benützung von Gemeindecinrichtungen veranschlagt.

Aufwendungen

Dazu zählen insbesondere die Ausgaben für geringwertige Wirtschaftsgüter, die Lebensmittel, die Energie und den übrigen Betriebsaufwand der berufsbildenden Bundesschülerheime.

Titel 129 Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung

Gesetzliche Grundlagen

Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 435/1995;

Religionsunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 190/1949, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 256/1993;

Bundesgesetz über die Abgeltung von Prüfungstätigkeiten, BGBl. Nr. 314/1976, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 645/1994;

Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 244/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 448/1994;

Unterrichtspraktikumsgesetz — UPG, BGBl. Nr. 145/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 449/1994;

Bundesgesetz über die Abgeltung von bestimmten Unterrichts- und Erziehungstätigkeiten, BGBl. Nr. 656/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 325/1993;

Bundesgesetz vom 6. Feber 1974 über Schulen zur Ausbildung von Leibeserziehern und Sportlehrern, BGBl. Nr. 140/1974.

Aufgaben

Im Bereich der Pädagogischen Akademien werden Volksschullehrer, Hauptschullehrer, Sonderschullehrer und Lehrer für Polytechnische Lehrgänge herangebildet. Den Pädagogischen Akademien sind Übungsvolks- und Übungshauptschulen eingegliedert. Ferner können die Pädagogischen Akademien entsprechend den unterrichtlichen Erfordernissen pädagogische Tatsachenforschung betreiben.

Bundesanstalten für Leibeserziehung.

Die Pädagogischen Institute dienen der Fortbildung der Lehrer, der Vorbereitung für zusätzliche Befähigungen und der pädagogischen Tatsachenforschung. Siehe auch Übersicht am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 12.

Organisation

Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung:

8 Pädagogische Akademien des Bundes mit Übungsschulen

6 private Pädagogische Akademien mit Übungsschulen

6 Religionspädagogische Akademien der Diözesen

1 Evang. Religionspädagogische Akademie der Evangelischen Kirche A. u. H.B. in Österreich

4 Berufspädagogische Akademien des Bundes

Kapitel 12 — Titel 129

53

- 8 Pädagogische Institute des Bundes
- 3 Pädagogische Institute der Länder
- 9 Religionspädagogische Institute der Diözesen
- 1 Religionspädagogisches Institut der Evangelischen Kirche A. und H.B.
- 15 Bundes-Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik
- 12 Privat-Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik
- 1 Bundes-Bildungsanstalt für Sozialpädagogik
- 1 Bundesinstitut für Sozialpädagogik
- 4 Privat-Bildungsanstalten für Sozialpädagogik
- 4 Bundesanstalten für Leibeserziehung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	1 618,5	587,9	2 206,4	13,4
1995	1 692,1	587,5	2 279,6	13,7
1995 vorl. Erf..	1 657,6	586,4	2 244,1	14,4
1996	1 656,3	586,8	2 243,1	14,2

Paragraph 1290 Pädagogische Akademien**Aufgaben**

Die Pädagogischen Akademien haben gemäß dem Schulorganisationsgesetz die Aufgabe, aufbauend auf dem Bildungsgut einer höheren Schule in sechs Semestern Volksschullehrer, Hauptschullehrer, Sonderschullehrer und Lehrer für Polytechnische Lehrgänge heranzubilden. Sie führen außerdem Studienberechtigungsprüfungen durch und unterstützen die Lehrer bei der Erweiterung ihrer Ausbildung (Weiterbildung).

Auch die Personalausgaben für die Religionspädagogischen Akademien sind bei diesem Paragraphen veranschlagt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	879,5	224,0	1 103,6	4,8
1995	919,7	224,0	1 143,7	4,1
1995 vorl. Erf..	899,9	223,3	1 123,2	5,3
1996	899,5	227,1	1 126,6	4,0

Anlagen

Zur Erfüllung der Lehrplananforderungen erforderliche Ergänzungsanschaffungen von Lehrmitteln vor allem im naturwissenschaftlichen Bereich sowie im Medienbereich,

- Weitere Etappe der Neuausstattung der Pädagogischen Akademie des Bundes in Vorarlberg im Zuge des Zu- und Umbaues,
- Ergänzung bzw. Austausch von Unterrichtscomputern an den Pädagogischen Akademien und Übungshauptschulen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert. Weiters sind hier Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, für Austauschlehrer und Austauschassistenten, Entschädigungen für Lehrbeauftragte und Ausgaben für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Der Aufwand für die Verwaltung und den Studienbetrieb der Pädagogischen Akademien und der Übungsschulen sowie die Ausgaben der Kuratorien sind hier erfaßt. Weiters wurde für die Studienbibliotheken, die der Lehreraus- und -fortbildung zu dienen haben und für die Bildungszulagen vorgesorgt. Ferner sind hier die Erfordernisse für die pädagogische Tatsachenforschung veranschlagt. Außerdem ist für den Aufwand der Stiftung „Pädagogische Akademie Burgenland“ vorgesorgt.

Weiters sind die Betriebs- und Wartungskosten für das Bibliotheksorganisationssystem (BIBOS) zu bestreiten.

Für die Unterstützung des Bildungswesens in Ost- und Südosteuropa (Studentenaustausch an Pädagogischen Akademien) wurde vorgesorgt.

Paragraph 1291 Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik**Aufgaben**

Die Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und die Bildungsanstalten für Sozialpädagogik haben die Aufgabe, die Schüler im Anschluß an die 8. Schulstufe in fünfjähriger Ausbildung bzw. Maturanten oder Absolventen der Studienberechtigungsprüfung in viersemestrigen Kollegs (für Berufstätige bis zu 6 Semestern) für die Erfüllung der Erziehungs- und Bildungsaufgaben in den Kindergärten bzw. zu Erziehern heranzubilden.

Die fünfjährige Ausbildung schließt zugleich mit der Hochschulreife ab. In speziellen Lehrgängen (4 bis 6 Semester) werden auch Sonderkindergärtner(innen) bzw. Sondererzieher(innen) ausgebildet.

Gemäß SchOG ist jeder Bildungsanstalt ein Übungskindergarten bzw. Übungshort einzugliedern; darüber hinaus sind Besuchskindergärten bzw. -horte vorzusehen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	514,4	107,7	622,0	7,5
1995	536,3	107,9	644,2	8,3
1995 vorl. Erf..	535,5	108,1	643,6	7,9
1996	534,9	104,5	639,4	9,0

Anlagen

Die Bildungsanstalten sind entsprechend den Lehrplananforderungen mit Lehrmitteln, Medien, Musikinstrumenten und Computern auszustatten (steigende Schülerzahlen). Ein weiterer Schwerpunkt ist die Einrichtung der Übungskindergärten und -horte (Erneuerung und Zweckadaptierungen im Hinblick auf die gebotene Sicherheit und Hygiene bei Kleinkindern). Für die neue Expositur der Bundes-Bildungsanstalt in Wien wird die Ausstattung und Einrichtung vervollständigt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) und für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer), sowie Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Unterrichtspraktikanten, die Ausgaben für die Prüfungskommissionen und die Entschädigungen gemäß Lehrbeauftragtengesetz (BGBl. Nr. 656/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 325/1993) präliminiert.

Aufwendungen

Bei den Aufwendungen für Bildungsanstalten ist für die Erfordernisse der Ausbildung, insbesondere für Schulveranstaltungen, Fortbildung, Anmietungen, Betriebskosten und Instandhaltungen sowie für die Mehrausgaben auf Grund steigender Schülerzahlen vorzusorgen. Gemäß Vertrag des Bundes mit der Stadt Wien vom 30. August 1984 sind für die Privatschulen der Stadt Wien Vergütungen in Höhe von insgesamt 20 Millionen Schilling im Jahr 1996 zu entrichten.

Paragraph 1292 Berufspädagogische Akademien**Aufgaben**

An den Berufspädagogischen Akademien werden aufbauend auf dem Bildungsgut einer höheren Schule, einer Meisterausbildung oder gleichwertigen Befähigung Berufsschullehrer für den ernährungswissenschaftlichen und haushaltsökonomischen oder technisch- bzw. gewerblichen Fachunterricht an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen sowie Lehrer für Textverarbeitung herangebildet, die nach Berufsgesinnung, Berufswissen und Berufskönnen geeignet sind, die Aufgaben des betreffenden Lehrberufes zu erfüllen. Ferner können die Berufspädagogischen Akademien entsprechend den unterrichtlichen Erfordernissen berufspädagogische Tatsachenforschung betreiben.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	74,6	20,0	94,7	0,3
1995	77,9	18,9	96,8	0,4
1995 vorl. Erf..	68,9	20,1	89,0	0,5
1996	68,8	20,4	89,2	0,4

Kapitel 12 — Titel 129

55

Anlagen

Ankauf von Unterrichtscomputern, Software, Phonotypieanlagen, Kücheneinrichtungen, Lehrmittel- und Medienausstattung für die Berufspädagogischen Akademien des Bundes.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, für Austauschlehrer und Austauschassistenten, die Entschädigungen für Lehrbeauftragte sowie die Abgeltungen für Vorbereitungslehrgänge für die Erweiterungsprüfungen und die den Mitgliedern der Prüfungskommissionen zustehenden Prüfungsgebühren veranschlagt.

Aufwendungen

Darunter fallen neben dem für den Studienbetrieb und für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand Kosten für diverse Service- und Reparaturarbeiten, Wartungsverträge sowie die notwendigen Ausgaben für die Betriebsprüfung.

Paragraph 1293 Bundesanstalten für Leibeseziehung**Aufgaben**

Ausbildung von Leibesezieher und Sportlehrer.

	Personal- ausgaben	Sach- Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	35,6	33,4	69,0	0,3
1995	37,4	33,3	70,7	0,5
1995 vorl. Erf..	36,1	33,1	69,2	0,3
1996	36,0	33,5	69,5	0,5

Anlagen

Hier sind die Ausgaben für die notwendigsten Amts- und Einrichtungserfordernisse veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Entschädigungen für die Lehrbeauftragten und die Ausgaben für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Darunter fallen neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand ua. die Aufwendungen für Unterrichtserfordernisse, Tagungen und Ausbildungsaktionen sowie der notwendige Aufwand für die Betriebsführung der Anlagen.

Paragraph 1294 Pädagogische Institute**Aufgaben**

Die Pädagogischen Institute dienen gemäß § 125 SchOG, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 435/1995, der Fortbildung der im Dienst stehenden Lehrer, wobei auch die Vorbereitung auf und Prüfung für zusätzliche Befähigungen erfolgen kann. Außerdem können die Institute Absolventen/innen der Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik oder für Sozialpädagogik fortbilden. Weiters gehört die pädagogische Tatsachenforschung zur Aufgabe der Pädagogischen Institute.

Die Pädagogischen Institute sind zumeist in vier Abteilungen gegliedert:

1. Abteilung für Lehrer an allgemeinbildenden Pflichtschulen,
2. Abteilung für Lehrer an Berufsschulen,
3. Abteilung für Lehrer an allgemeinbildenden höheren Schulen (die auch der Fortbildung der Lehrer an Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und Bildungsanstalten für Sozialpädagogik dient) und
4. Abteilung für Lehrer an berufsbildenden Schulen (ausgenommen für Berufsschullehrer).

56

Kapitel 12 — Titel 129

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	114,4	202,7	317,2	0,6
1995	120,9	203,3	324,2	0,4
1995 vorl. Erf..	117,3	201,8	319,1	0,5
1996	117,2	201,3	318,5	0,3

Anlagen

Die Pädagogischen Institute werden mit ADV-Geräten und diverser Software für die Verwaltung und für die Lehrerfortbildung ausgestattet. Für Ersatzanschaffungen ist vorzusehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugehörige Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert. Weiters werden Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer gemäß Religionsunterrichtsgesetz, Entschädigungen für Lehrbeauftragte und Ausgaben für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Der Aufwand für die Verwaltung und für die Fortbildungsveranstaltungen der Pädagogischen Institute des Bundes sowie für die Prüfungskommissionen für das Lehramt an Hauptschulen, Sonderschulen und Polytechnischen Lehrgängen in allen Bundesländern wird hier erfaßt. Ferner sind hier die Erfordernisse für die pädagogische Tatsachenforschung veranschlagt.

Auf Grund der 7. SchOG-Novelle sind für die Pädagogischen Institute der Länder die vertraglich vereinbarten Refundierungen veranschlagt.

Öffentliche Schulen

Schulformen	Schuljahr	Schulen	Klassen (Jahrgänge)	Schüler
Allgemeinbildende Pflichtschulen	1993/94	4 912	33 110	659 715
	1994/95	4 912	33 182	660 928
	1995/96 *)	4 912	33 200	662 910
Allgemeinbildende höhere Schulen	1993/94	247	5 977	148 015
	1994/95	249	6 087	151 114
	1995/96 *)	249	6 100	153 532
Berufsbildende Pflichtschulen	1993/94	220	5 819	139 161
	1994/95	216	5 633	134 080
	1995/96 *)	216	5 600	128 985
Berufsbildende mittlere Schulen	1993/94	328	1 849	39 396
	1994/95	329	1 837	39 553
	1995/96 *)	329	1 820	39 157
Berufsbildende höhere Schulen	1993/94	215	3 948	90 203
	1994/95	219	4 000	91 685
	1995/96 *)	219	4 060	93 060
Berufsbildende Akademien (Akademien für Sozialarbeit)	1993/94	2	15	575
	1994/95 *)	2	15	547
	1995/96 *)	2	15	567
Lehrerbildende mittlere und höhere Schulen	1993/94	20	337	8 020
	1994/95	20	370	8 597
	1995/96 *)	20	384	9 044
Lehrerbildende Akademien	1993/94	13	—**)	5 244
	1994/95 *)	13	—**)	5 464
	1995/96 *)	13	—**)	5 568

*) Vorläufige Schätzung.

***) Keine Vergleichsbasis, da nur nach Semestern geführt.

Kapitel 13 — Titel 130

57

Kapitel 13 Kunst

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst gemäß dem Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, sowie aus dem Kunstförderungsgesetz, BGBl. Nr. 146/1988.

Aufgaben

Im Bereich des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst werden beim Kapitel 13 die subsidiären Ausgaben und Einnahmen des Bundes auf dem Gebiet der Kultur- und Kunstförderung veranschlagt.

Gesetzliche Grundlage

Privatwirtschaftsverwaltung (Art. 17 Bundesverfassungsgesetz) in der Fassung des Art. 17 a Grundrechtskatalog des Staatsgrundgesetzes.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1994	8,8	1 141,2	1 150,0	4,6
1995	—	1 131,1	1 131,1	0,3
1995 vor. Erf. .	—	1 155,4	1 155,4	0,0
1996	—	1 150,0	1 150,0	0,2

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 130 Bundesministerium (Zweckaufwand)

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Schilling
1994	1 135,9	0,3
1995	1 131,1	0,3
1995 vor. Erf.	1 155,4	0,0
1996	1 150,0	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben gegenüber dem BVA 1995 ergibt sich im wesentlichen aus dem Bedarf für kommerzielle Galerien, dem Kunstförderungsbeitrag, beim Österreichischen Filminstitut, dem Künstlerhilfe-Fonds und bei den Kulturentwicklungen — Kulturinitiativen.

Paragraph 1300 Bildende Künste und Ausstellungen**Aufgaben**

Förderung der bildenden Künste und des Ausstellungswesens in Österreich und im Ausland. Kunstankauf in Österreich im Bereich der zeitgenössischen Kunst sowie Durchführung von Kulturabkommen im Bereich der bildenden Kunst.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Schilling
1994	77,5	—
1995	87,4	0,0
1995 vor. Erf.	87,0	—
1996	91,2	—

58

Kapitel 13 — Titel 130**Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Erhöhung der Sachausgaben ergibt sich vor allem für das Projekt „Kommerzielle Galerien“.

Anlagen

Hier sind die Kosten für Kunstankäufe und Einrichtungserfordernisse für die Bundesateliers im Inland und Stipendiatenwohnungen im Ausland veranschlagt.

Förderungen

An Förderungsmaßnahmen sind ua. vorgesehen:

Druckkostenbeiträge für Kataloge, Vergabe von Stipendien (Arbeits-, Projekt-, Reise und Staatsstipendien) und Preisen (Förderungs-, Würdigungs- und Staatspreis), Architektur & Design und Mode. Ateliersgründungszuschüsse, kommerzielle Galerieförderung und Investitionszuschüsse. Beiträge für die Jahrestätigkeit von Institutionen der bildenden Kunst.

Aufwendungen

Hier sind die Ausgaben für Bundesausstellungen, sowie Beträge für Verwaltung und Instandhaltung der im Eigentum des Ressorts stehenden Kunstwerke und Bundesateliers im In- und Ausland sowie Mieten für Stipendiatenwohnungen, Beiratsaufwendungen für Kunstjury veranschlagt.

Paragraph 1301 Musik und darstellende Kunst**Aufgaben**

Förderung der Musik und darstellenden Kunst, Theater, Musikvereinigungen, Orchester, Kunstschulen sowie der Festwochen und Festspiele.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Schilling
1994	510,0	—
1995	498,2	0,0
1995 vor. Erf.	498,2	—
1996	500,0	—

Förderungen

An Förderungen sind ua. vorgesehen:

Theater, Musikvereinigungen, Kompositionszuschüsse, Orchester, sonstige gemeinnützige Einrichtungen, Kunstschulen sowie für Festwochen und Festspiele in Wien und in den Bundesländern, Stipendien und Preise, Reise- u. Tourneezuschüsse, Förderung von Konzertveranstaltern, Investitionszuschüsse.

Aufwendungen

Bundesbeitrag zum Salzburger Festspielfonds nach dem Bundesgesetz vom 12. Juli 1950, BGBl. Nr. 147, ist der Bund verpflichtet, 40 vH des Abganges der Festspiele zu übernehmen.

Ehrengaben, Beiratsaufwendungen für Bühnen und Musikjury.

Paragraph 1302 Literatur**Aufgaben**

Förderung der Literatur und Jugendliteratur

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Schilling
1994	147,4	—
1995	197,8	0,0
1995 vor. Erf.	202,7	—
1996	198,0	—

Kapitel 13 — Titel 130

59

Anlagen

Ausgaben für die Literaturwahrung in Rom, Stipendiatenwohnungen im Ausland.

Förderungen

An Förderungsmaßnahmen sind ua. vorgesehen:

Bei der Literatur: Stipendien (Nachwuchs, Dramatiker, Staats-, Robert-Musil-, Projekt-, Arbeitspreise), Übersetzerzuschüsse, Verlagsförderung (Druckkosten, Sachbuchförderung).

Bei der Jugendliteratur: Stipendien (Nachwuchs, Projekt, Übersetzer), Prämien, Druckkosten, Verlagsförderung, Investitionszuschüsse, Preise, Projekte der Kunstkuratoren (Bildende Künste und Musik).

Aufwendungen

Ehrengaben, Beiratsaufwendungen für Literaturjury und Jugendschriftenkommission. Mieten für Stipendiatenwohnungen, Wertverträge der Kunstkuratoren.

Paragraph 1303 Kunstförderungsbeiträge (zweckgeb. Gebarung)**Gesetzliche Grundlage**

Kunstförderungsbeitragsgesetz, BGBl. Nr. 573/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 765/1992.

Aufbringung der Einnahmen

Als Einnahmen werden die Kunstförderungsbeiträge je Rundfunkteilnehmer, die als jährliche Abgabe in der Höhe von 55 Schilling eingehoben werden, beim Voranschlagsansatz 2/52180 veranschlagt und beim oben genannten Ansatz verausgabt.

Diese Einnahmen werden nach Verminderung um die Einhebungsvergütung der Post (4 vH) zwischen dem Bund und den Ländern im Verhältnis 70 : 30 und der Bundesanteil zwischen dem ho. Ressort und dem BMUKA im Verhältnis 85 : 15 aufgeteilt und für Zwecke der Kunstförderung verwendet.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1994	76,0	—
1995	77,2	0,0
1995 vor. Erf.	96,6	—
1996	80,0	—

Anlagen

Kunst- und Fotoankäufe.

Förderungen (D)

Darlehen.

Förderungen

Zur Beratung des Bundesministers für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten und des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Kunst über die Verwendung der Kunstförderungsbeiträge ist ein Beirat eingesetzt.

An Förderungen sind ua. vorgesehen:

Zuschüsse für die Bereiche Bildende Künste und Ausstellungen, Musik und darstellende Kunst, Literatur, Jugendliteratur, Foto- und Filmwesen und Kulturentwicklung, Investitionszuschüsse.

60

Kapitel 13 — Titel 130**Aufwendungen**

Künstlerhilfen, sonstige Beihilfen, Karenzgeld für Künstlerinnen.

Paragraph 1304 Filmwesen**Aufgaben**

Förderung des Film- und Fotowesens und des Österreichischen Filminstituts (BGBl. Nr. 557/1980, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 187/1993).

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1994	223,8	0,0
1995	177,4	0,2
1995 vor. Erf.	177,8	0,0
1996	183,0	0,2

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben ist vor allem durch weitere Förderungen im Rahmen „100 Jahre Kino“ bedingt.

Anlagen

Film- und Videoankäufe, Stipendiatenwohnungen im Ausland, Fotoatelier London.

Förderungen (D)

Vorgesehen sind Darlehen für die Weltorganisation zum Schutze geistigen Eigentums „WIPO“ (Internat. Filmtitelregister).

Förderungen

An Förderungen sind ua. vorgesehen:

Einzelförderungen (Stipendien, Drehbücher, Ausstellungskosten, Druckkosten), Preise, Vereinsförderung (infrastrukturelle Maßnahmen, Investitionszuschüsse, Produktions- und Herstellungsförderung).

Aufwendungen

Ehrengaben, Ersätze für Filmarchivierung in Laxenburg, Filmwochen/Festivals im Ausland, Mitgliedsbeiträge EURIMAGES, Beiratsaufwendungen für Film-, Video- und Fotojury.

Paragraph 1305 Künstlerhilfe**Gesetzliche Grundlage**

4. GSVG-Novelle, BGBl. Nr. 295/1960.

Aufgaben

Für die pflichtversicherten bildenden Künstler leistet der privatrechtliche Künstlerhilfefonds Zahlungen in der Höhe von 50% der dieser Gruppe von Pflichtversicherten vorgeschriebenen Beiträge auf Grund vertraglicher Verpflichtungen an die Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft.

Kapitel 13 — Titel 130

61

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Schilling
1994	38,2	—
1995	38,4	0,0
1995 vor. Erf.	38,4	—
1996	40,0	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung des Künstlerhilfefonds ist bedingt durch die gestiegene Mitgliedschaft der pflichtversicherten bildenden Künstler bei der Sozialversicherung der gewerblichen Wirtschaft.

Förderungen

Beiträge des Bundes, die den Fonds in die Lage versetzen sollen, seine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Sozialversicherungsanstalt einzuhalten.

Paragraph 1306 Innerstaatliche Durchführung kultureller Auslandsangelegenheiten**Aufgaben**

Koordination der innerstaatlichen Durchführung der kulturellen Auslandsangelegenheiten und der Kulturabkommen sowie Organisation aller Auslandsangelegenheiten.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Schilling
1994	16,2	0,2
1995	6,7	0,0
1995 vor. Erf.	6,7	—
1996	6,7	0,0

Förderungen

Zuschüsse an Institutionen und Einzelpersonen, die kulturelle Aufgaben im internationalen Bereich zu erfüllen haben.

Aufwendungen

Erfüllung der Kulturabkommen, der Kulturübereinkommen, Zusammenarbeit im Europarat, Auszeichnungen und Berufstitel.

Paragraph 1307 Kulturentwicklung — Kulturinitiativen; Öffentlichkeitsarbeit**Aufgaben**

Förderung von Modellen basisorientierter Kultur- und Zielgruppenarbeit. Dokumentation und wissenschaftliche Evaluation der Kulturarbeit. Öffentlichkeitsarbeit.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Schilling
1994	46,7	—
1995	48,0	0,0
1995 vor. Erf.	48,0	—
1996	51,0	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben ergibt sich auf Grund vermehrter Förderungsansuchen von Kulturinitiativen.

Förderungen

Interdisziplinäre Kunst- und Kulturprojekte, Projekte für Minderheiten und Ausländer, Projekt- und Programmszuschüsse, Investitionszuschüsse, Trainee-Stipendien

Aufwendungen

Projektstudien, Beiratsaufwendungen.

Kapitel 14 Wissenschaft und Forschung

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt O.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1994	11 513,6	19 421,1	30 934,8	1 529,1
1995	11 750,8	18 009,8	29 760,6	1 629,1
1995 vor. Erf. .	11 555,6	18 220,8	29 776,5	1 208,8
1996	11 533,4	18 485,0	30 018,4	1 456,8

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 140 Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiet der Koordination der Forschungsvorhaben des Bundes zur Wahrung der allen Verwaltungszweigen gemeinsamen Interessen auf diesem Gebiet sowie die Koordination der Planung des Einsatzes von Bundesmitteln zum Zweck der Forschung.

Angelegenheiten der Wissenschaften, insbesondere der wissenschaftlichen Forschung und Lehre.

Dazu gehören insbesondere auch:

Angelegenheiten der wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulen sowie anderer wissenschaftlicher Anstalten und Forschungseinrichtungen einschließlich der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, die Angelegenheiten der wissenschaftlichen Berufsvorbildung, Berufsausbildung und Berufsförderung, des wissenschaftlichen Bibliotheks-, Dokumentations- und Informationswesens, der studentischen Interessenvertretung und der Studienbeihilfen und Stipendien, die Förderung des Baues von Studentenheimen sowie die Angelegenheiten der wissenschaftlichen Sammlungen und Einrichtungen.

Angelegenheiten der wissenschaftlichen Stiftungen und Fonds.

Angelegenheiten des Bundesforschungs- und Prüfzentrums Arsenal.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1994	208,9	134,0	342,8	20,9
1995	224,4	166,4	390,8	28,1
1995 vor. Erf. .	232,6	161,8	394,4	20,9
1996	229,4	1 217,3	1 446,7	29,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben ergibt sich durch die Umschichtung der BIG-Zahlungen von den Titeln 142 und 143 zum Paragraphen 1401.

Anlagen

Bei diesem Vorschlagsansatz ist vor allem für die Beschaffung der notwendigen Amtseinrichtung einschließlich moderner Büroautomation Vorsorge getroffen.

Förderungen

Die Förderungen betreffen vor allem Zuschüsse für wissenschaftliche Zeitschriften und allgemeine Kulturförderungen.

Kapitel 14 — Titel 141

63

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Beiträge für Familien- und Geburtenbeihilfen sowie die Ausgaben für öffentliche Abgaben und die Aufwendungen an die Eignungsausbildungsteilnehmer vorgesehen.

Aufwendungen

Hier wird für den Administrativaufwand der Zentralleitung vorgesorgt.

Paragraph 1401 Zahlungen an die BIG**Aufwendungen**

Bei diesem Voranschlagsansatz werden Zahlungen an die Bundesimmobiliengesellschaft getätigt (Normmieten, Zuschlagsmieten, Mieterinvestitionen und Betriebskosten).

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1996	1 062,3	—

Titel 141 Bundesministerium (Zweckaufwand)**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes über Angelegenheiten der hochschulischen, wissenschaftlichen und bibliothekarischen Einrichtungen, der Expertengutachten und Auftragsforschung, der wissenschaftlichen und anwendungsorientierten Forschung, der Forschungseinrichtungen, der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute, der Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation und der Forschungsunternehmungen.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1994	6 827,5	335,6
1995	5 472,9	250,5
1995 vor. Erf.	5 625,6	252,0
1996	5 532,2	251,2

Unterschiede gegen Vorjahre

Das Mindererfordernis resultiert im wesentlichen aus Kürzungen bei den Forschungseinrichtungen.

Paragraph 1410 Hochschulische Einrichtungen**Gesetzliche Grundlage**

Studienförderungsgesetz, BGBl. Nr. 305/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 513/1995.

Aufgaben

Neubau bzw. Renovierung von Studentenheimen, Zuschüsse an die Österreichische Hochschülerschaft, Studienförderung, Vorsorge für Wissenschaftler- und Studentenaustausch, internationale Abkommen.

Förderungen

Hervorzuheben ist die Förderung des Neubaus bzw. der Renovierung von Studentenheimen und die Förderung der Führung von Mensen, dadurch werden den Studenten kostengünstige Unterkunftsmöglichkeiten und Verpflegung geboten.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz sind Mittel für die Studienförderung (Studienbeihilfen und Begabtenstipendien) der Studierenden an den Universitäten und an den Kunsthochschulen veranschlagt.

Aufwendungen

Vorsorge für Wissenschaftler- und Studentenaustausch auf Grund von Verpflichtungen aus internationalen Abkommen.

Durchführung von neu abgeschlossenen wissenschaftlich-technischen Abkommen, die vor allem die Gewährung von Forschungs- und Studienstipendien, die Organisation von Studienreisen, Kursen, Vorträgen, wissenschaftlich-technischen Kolloquien und Austausch von Dokumentations- und Filmmaterial vorsehen.

Stipendien an absolvierte Akademiker zur weiteren Ausbildung und ständige Unterstützungsaktionen.

Studienunterstützungen werden Studenten, die nach den Bestimmungen des Studienförderungsgesetzes einen gesetzlichen Anspruch nicht geltend machen können, gewährt.

Leistungen des Bundes an den Hauptverband der Sozialversicherungsträger als Beitrag zur Sozialversicherung der Studenten.

Außerdem ist die Jahresrate zur Errichtung des Universitätszentrums Althanstraße veranschlagt.

Paragraph 1411 Wissenschaftliche Einrichtungen

Aufgaben

Beitragsleistungen für internationale Vereinigungen und Beihilfen für Zwecke der Wissenschaft.

Förderungen

Unter den Förderungen sind hauptsächlich Unterstützungen für wissenschaftliche Einrichtungen, die teils namentlich den in der Postbezeichnung genannten Institutionen, teils Subventionswerbern (ua. wissenschaftliche Vereine) oder Einzelvorhaben (Kongresse, Studienreisen, Druckkostenzuschüsse) zufließen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Beitragsleistungen sind vorgesehen für internationale Organisationen.

Aufwendungen

Veranschlagt sind Verpflichtungen aus internationalen Abkommen, Beihilfen für Zwecke der Wissenschaft und Beiträge für internationale Organisationen.

Paragraph 1412 Bibliothekarische Einrichtungen

Förderungen

Hier sind Beträge für Einrichtungen im Interesse des gesamtösterreichischen Bibliothekswesens, für wissenschaftliche Einrichtungen für Zwecke der Literaturversorgung und für Dokumentationsaufgaben veranschlagt.

Paragraph 1413 Expertengutachten und Auftragsforschung

Gesetzliche Grundlage

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 101/1993.

Aufwendungen

Durch die Mittel für Expertengutachten, die nur einen kleinen Teil des Voranschlagsansatzes betragen, sollen Fachexperten zur Erstellung forschungspolitischer Gutachten in interdisziplinärer Teamarbeit herangezogen werden.

Die Auftragsforschung sieht die Vergabe öffentlicher Aufträge zur Durchführung notwendiger Forschungsvorhaben für den Staat vor. Diese Aufträge sollen der Forschung neue Impulse geben und eine enge Verbindung von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft im Forschungsbereich bewirken. In den hochentwickelten Industriestaaten ist Auftragsforschung die wichtigste Form der Forschungsförderung.

Aus der Post „Stimulierung europäischer Forschungsk Kooperationen“ werden Forschungsprojekte, die mit ausländischen Partnern durchgeführt werden, finanziert.

Technologieschwerpunkte werden von der Bundesregierung für eine mehrjährige Periode, Forschungsschwerpunkte vom Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst festgelegt.

Die allgemeine Auftragsforschung dient ua. zur Vorbereitung neuer Schwerpunkte bzw. zur auslaufenden Finanzierung beendeter Schwerpunkte.

Paragraph 1414 Wissenschaftliche Forschung**Gesetzliche Grundlage**

Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994.

Förderungen*Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung*

Aufgabe des „Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung“ ist die Förderung der Forschung, die der weiteren Entwicklung der Wissenschaft in Österreich dient und nicht auf Gewinn gerichtet ist. Dabei werden Forschungsvorhaben einzelner oder mehrerer natürlicher Personen durch Darlehen oder Beiträge des Fonds gefördert.

Dem Fonds werden im Jahre 1996 475 Millionen Schilling aus Bundesmitteln zufließen.

Hier sind auch die Erwin-Schrödinger-Auslandsstipendien, Lise-Meitner Stipendien sowie die Habilitationsstipendien veranschlagt. Diese Stipendien dienen der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Darüber hinaus werden dem FWF 60 Millionen Schilling für Spezialforschungsbereiche zur Verfügung gestellt. Diese Bereiche sind fächerübergreifende, langfristige Forschungsprogramme von österreichischen Forschungsstätten (Hochschulen, Kunsthochschulen oder gemeinnützigen außer-universitären Forschungseinrichtungen).

Paragraph 1415 Anwendungsorientierte Forschung**Gesetzliche Grundlage**

Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994;

Förderungen*Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft*

Seit 1. Jänner 1995 fällt diese in die Kompetenz des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten (VA-Ansatz 1/63176).

Bei diesem Voranschlagsansatz werden nur mehr die Ausgaben für die Stimulierung europäischer Forschungskooperation veranschlagt.

Paragraph 1416 Forschungseinrichtungen**Gesetzliche Grundlage**

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 101/1993.

Förderungen

In diesem Voranschlagsansatz sind ua. die Förderungsmittel für die Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft, das Institut für höhere Studien und wissenschaftliche Forschung, das Österreichische Ost- und Südosteuropa-Institut, andere Ostforschungseinrichtungen, das Institut für Konfliktforschung, die Ministerratsprotokolle der Monarchie und der I. Republik, Joanneum Research, die Österreichische Computergesellschaft, das Institut für Internationale Politik, das Österreichische Institut für Berufsbildungsforschung, die Österreichische Gesellschaft für historische Quellenstudien, die Gesellschaft für Mikroelektronik, das Institut für die Wissenschaften vom Menschen, die Studiengesellschaft für Kybernetik, das Internationale Forschungszentrum Kulturwissenschaften, das österr. Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung, das Erwin-Schrödinger-Institut für Mathematische Physik und Beträge für die Verleihung von Staatspreisen veranschlagt.

Weiters sind Förderungen im Rahmen der von der Bundesregierung beschlossenen Technologieschwerpunkte vorgesehen.

Aufwendungen

Das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst hat nicht nur die Aufgabe, bestehende Forschungseinrichtungen sowie einzelne Forschungsvorhaben zu fördern, sondern vor allem auch zur Verstärkung der Effektivität des wissenschaftlichen Informationsflusses, zur Stärkung des Forschungsbewußtseins und zur Verbesserung des Forschungsmanagements beizutragen. Aus

diesem Grund enthält dieser Voranschlagsansatz Posten für Vorträge, Seminare und Tagungen und Forschungspublikationen. Weiters sind die Sondervorhaben „Stiftung Dokumentationsarchiv“ sowie IASA-Stipendien enthalten. Von großer Bedeutung ist auch der Bereich der bilateralen Wissenschaftsbeziehungen mit ostmitteleuropäischen Forschungseinrichtungen, im Rahmen von wissenschaftlich-technischen Abkommen und die Entsendung österreichischer Experten in internationale Gremien, insbesondere im Rahmen der EU. 1995 und 1996 sind unter diesem Ansatz Mittel für die Jubiläumsjahre 1995/96 „Anniversarien“ budgetiert.

Paragraph 1417 Österreichische Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute

Gesetzliche Grundlage

ÖAW-Gesetz, BGBl. Nr. 569/1921, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 115/1947.

Förderungen

Die Förderungen enthalten die für den ordentlichen Betrieb der Zentrale und der Institute erforderlichen Mittel, weiters Sondermittel für die Kommission „Wissenschaft und Technologie für die Entwicklung“ und die IASA-Kommission, Mittel für die Technologiefolgeabschätzung sowie Mittel, mit denen gezielt die Infrastruktur der ÖAW im Hinblick auf die internationale Konkurrenzfähigkeit ausgebaut werden soll.

Weiters werden bei diesem Voranschlagsansatz die Ausgaben für APART veranschlagt:

- APART (Austrian Programme for Advanced Research and Technology) dient der Förderung von „postdoktoraler Forschung auf allen Gebieten der Wissenschaft“ zur Wettbewerbsfähigkeit von österreichischen Wissenschaftlern in Europa.

Aufwendungen

In diesem Voranschlagsansatz sind zusammengefaßt: die innerösterreichischen Kosten bi- und multilateraler Projekte (Weltraumzusammenarbeit mit GUS, Man and Biosphere, Geophysik der Erdkruste, Geologisches Korrelationsprogramm, Hydrologie Österreichs, Natural Disaster Reduction Programme, Intern. Geosphere Biosphere Programme), die Kosten nationaler Programme (Welt-raumforschung) sowie Beitragsleistungen zu internationalen Organisationen (Inst. Laue-Langerin, ELETTRA).

Weiters sind die Kosten aus der Mitgliedschaft zum IASA (Internationales Institut für angewandte Systemanalyse), zur IFAC (International Federation of Automatic Control), zur IFSR (International Federation for Systems Research), der österreichische Beitrag zur Internationalen Universität und zum CISM (Centre International de Sciences Mécaniques = Internationales Zentrum für mechanische Wissenschaft) zusammengefaßt.

Paragraph 1418 Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation

Gesetzliche Grundlagen

CERN: BGBl. Nr. 41/1960 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 176/1971;

EKMB: BGBl. Nr. 273/1970;

EMBL: BGBl. Nr. 562/1975;

EZMW: BGBl. Nr. 29/1976;

ESA: BGBl. Nr. 95/1987;

WMO: BGBl. Nr. 64/1958;

EUMETSAT: BGBl. Nr. 304/1994.

Förderungen

Diese Mittel dienen zur Finanzierung nicht von der EU übernommener Kosten, insbesondere im Rahmen von Forschungsprogrammen, sowie von langfristigen Forschungsprogrammen int. Art, welche die Projektlaufzeit des FWF deutlich übersteigen und daher vom FWF nicht finanziert werden können.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Dieser Voranschlagsansatz beinhaltet die Österreichischen Mitgliedsbeitragsleistungen zur Europäischen Kernforschungsorganisation (CERN), zur Europäischen Molekularbiologiekonferenz (EKMB), dem Europäischen Laboratorium für Molekularbiologie (EMBL), zum Europäischen Zentrum

Kapitel 14 — Titel 142

67

für mittelfristige Wettervorhersage (EZMW), zur Weltorganisation für Meteorologie (WMO) und zur EUMETSAT.

Des weiteren sind hier die anfallenden Kosten, die sich aus der Mitgliedschaft bei ESA ergeben, veranschlagt.

Aufwendungen

Die unter diesem Voranschlagsansatz veranschlagten Mittel dienen der int. wissenschaftlichen Kooperation vorwiegend zwischen Österreich und der EU sowie verschiedenen ESA-Programmen.

Die Finanzierung der ESA-Wahlprogramme erfolgt auf der Basis des § 3 Abs. 3 Z 3 ITF-Gesetz, BGBl. Nr. 603/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994.

In diesem Ansatz werden schrittweise die sich aus der int. Einbindung ergebenden Kosten, nationaler und internationaler Art, veranschlagt.

Paragraph 1419 Forschungsunternehmungen**Förderungen**

Der Voranschlagsansatz enthält die Bundeszuschüsse an die Österreichische Gesellschaft für Weltraumfragen sowie an das Österreichische Forschungszentrum Seibersdorf Ges. m. b. H. (ÖFZS) (Vormals Österreichische Studiengesellschaft für Atomenergie Gesellschaft m. b. H. — ÖSGAE). Die Leistungen des Bundes ergeben sich aus dem jeweiligen Syndikatsabkommen. Ferner ist für das Technologietransferzentrum Leoben und für Technologieschwerpunkte vorgesorgt.

Titel 142 Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben im Bereich der Universitäten, der Bibliotheken und der Wissenschaftlichen Anstalten.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	9 967,7	10 826,6	20 794,3	1 034,3
1995	10 428,6	11 434,9	21 863,5	1 068,8
1995 vor. Erf. .	10 230,6	11 577,3	21 807,4	871,4
1996	10 210,6	10 819,2	21 029,8	985,3

Paragraph 1420 Universitäten**Gesetzliche Grundlagen**

Ausbildung zum Zahnarzt, BGBl. Nr. 381/1925 idF BGBl. Nr. 829/1995;

Universitäts-Organisationsgesetz (UOG), BGBl. Nr. 258/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 509/1995;

Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten — UOG 1993, BGBl. Nr. 805/1993;

Allgemeines Hochschul-Studiengesetz, BGBl. Nr. 177/1966, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 508/1995;

Linzer Hochschulfonds, BGBl. Nr. 189/1962;

Hochschultaxengesetz, BGBl. Nr. 76/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 257/1993;

Bundesgesetz über die Abgeltung von Lehr- und Prüfungstätigkeiten an Hochschulen, BGBl. Nr. 463/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 297/1995;

Krankenanstaltengesetz, BGBl. Nr. 1/1957, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 732/1995;

Studienförderungsgesetz, BGBl. Nr. 305/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 513/1995;

Bundesgesetz über sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Studienrichtungen, BGBl. Nr. 57/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 525/1993;

Bundesgesetz über die Gründung der Hochschule für Bildungswissenschaften in Klagenfurt, BGBl. Nr. 48/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 803/1993;

Bundesgesetz über technische Studienrichtungen, BGBl. Nr. 373/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 512/1995;

Bundesgesetz über montanistische Studienrichtungen, BGBl. Nr. 291/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 465/1974;

Bundesgesetz über Studienrichtungen der Bodenkultur, BGBl. Nr. 292/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 369/1991;

Bundesgesetz über katholisch-theologische Studienrichtungen, BGBl. Nr. 293/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 277/1988;

Bundesgesetz über Evangelisch-theologische Studienrichtungen, BGBl. Nr. 248/1993;

Bundesgesetz über geisteswissenschaftliche und naturwissenschaftliche Studienrichtungen, BGBl. Nr. 326/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 272/1994;

Bundesgesetz über die Studienrichtung Medizin, BGBl. Nr. 123/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 427/1988;

Bundesgesetz über die Studienrichtung Veterinärmedizin, BGBl. Nr. 346/1993;

Bundesgesetz über das Studium der Rechtswissenschaften, BGBl. Nr. 140/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 99/1990;

Bundesgesetz über die Errichtung des Universitätszentrums für Weiterbildung mit der Bezeichnung Donau-Universität Krems, BGBl. Nr. 269/1994;

Tierversuchsgesetz 1988, BGBl. Nr. 501/1989;

Strahlenschutzgesetz, BGBl. Nr. 227/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 396/1986;

Studienberechtigungsgesetz, BGBl. Nr. 292/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 620/1994.

Aufgaben

Die Universitäten sind berufen, der wissenschaftlichen Forschung und Lehre zu dienen und hierdurch auch verantwortlich zur Lösung der Probleme der menschlichen Gesellschaft sowie zur gedeihlichen Weiterentwicklung beizutragen.

Die leitenden Grundsätze für die Tätigkeit der Universitäten sind: Die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre, die Verbindung von Forschung und Lehre, die Vielfalt wissenschaftlicher Lehrmeinungen und Methoden, die Entwicklung der Wissenschaften, die Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses, die wissenschaftliche Berufsvorbildung, die Koordinierung der wissenschaftlichen Forschung und Lehre.

Organisation

Universität Wien, Universität Linz, Universität Salzburg, Universität Innsbruck, Universität Graz, Wirtschaftsuniversität Wien, Universität für Bodenkultur, Veterinärmedizinische Universität Wien, Technische Universität Wien, Technische Universität Graz, Montanuniversität Leoben und Universität Klagenfurt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	9 118,2	10 187,3	19 305,5	310,3
1995	9 716,7	10 810,7	20 527,4	316,0
1995 vor. Erf. .	9 635,1	11 000,7	20 635,8	293,4
1996	9 636,0	10 249,4	19 885,4	337,7

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung bei den Personalausgaben ist unter anderem auf eine Verringerung von Planstellen zurückzuführen.

Die Verminderung der Sachausgaben ist vor allem auf die Umschichtung der BIG-Mieten zum Paragraphen 1401 zurückzuführen.

Kapitel 14 — Titel 142

69

Anlagen

Hier sind die Investitionsausgaben für die Ersteinrichtungen der Universitätsneubauten veranschlagt. Außerdem muß die überaltete, apparative Laboreinrichtung an den Technischen Universitäten und Naturwissenschaftlichen sowie Medizinischen Fakultäten erneuert werden.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesen Gesetzlichen Verpflichtungen sind hauptsächlich die Ausgaben für die öffentlichen Abgaben, Remunerationen, Kollegiengeldabgeltungen, Prüfungsentgelte für Lehrbeauftragte, Gastprofessoren und Gastvortragende sowie die Ausbildungskosten zum Facharzt für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde vorgesehen.

Aufwendungen

In diesem Bereich sind die laufenden Aufwendungen für den administrativen Betrieb der Universitäten veranschlagt. Zusätzliche Aufwendungen entstehen auch durch die Inbetriebnahme neuer Universitätsgebäude. Wichtige Schwerpunkte sind außerdem die laufenden Aufwendungen im Bereich der Forschung und Lehre. Darüber hinaus sind hier Beiträge für wissenschaftliche und sportliche Veranstaltungen, für sportliche Wettkämpfe, Exkursionen, Fernstudienprojekte, Vorbereitungslehrgänge sowie der auf den Bund entfallende 50%ige Anteil am Kostenersatz für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses Wien veranschlagt.

Weiters sind die anteiligen Bundesbeiträge für den Klinischen Aufwand und die Klinikneubauten zu leisten.

Einnahmen 1996

Im Zusammenhang mit dem auf den Bund entfallenden 50%igen Anteil am Kostenersatz für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses Wien werden hier im wesentlichen dem Bund die darauf entfallenden Vorsteuerbeträge gutgeschrieben.

Zusätzliche Einnahmen werden aus Kostenersätzen für die Benützung von Bundeseinrichtungen erwartet.

Paragraph 1421 Universitäten (zweckgebundene Gebarung)**Gesetzliche Grundlagen**

Hochschul-Taxengesetz 1972, BGBl. Nr. 76/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 257/1993, und Verordnung über die Nebentätigkeit der Hochschullehrer vom 18. April 1939, DRGBl. I, S 797;

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 101/1993;

Universitäts-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 258/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 509/1995;

Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten — UOG 1993, BGBl. Nr. 805/1993.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1994	408,9	233,0	641,9	646,5
1995	410,3	265,4	675,7	675,7
1995 vor. Erf. .	262,8	221,7	484,5	500,3
1996	262,9	309,0	571,9	571,9

Anlagen

Hier sind die Ausgaben für die Einrichtung und apparative Ausstattung von Universitätsinstituten und Labors veranschlagt. Außerdem ist für den notwendigen Austausch von Kraftfahrzeugen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben, die Abgeltung von Lehrtätigkeit und die Anteile der Universitätslehrkräfte an Taxen veranschlagt.

Aufwendungen

Neben den Aufwendungen für den administrativen Betrieb und den Unterrichts- und Forschungsbetrieb werden in diesem Bereich auch die Aufwendungen für die widmungsgemäße Verwendung der Erlöse aus den Universitäts-Taxen veranschlagt.

70

Kapitel 14 — Titel 142**Einnahmen 1996**

Bei diesen Einnahmen, die zur Bedeckung der zweckgebundenen Ausgaben herangezogen werden, fallen vor allem Einnahmen auf Grund des Hochschultaxengesetzes 1972 und aus der Verordnung über die Nebentätigkeit der Hochschullehrer an.

Paragraph 1422 Bibliotheken (zweckgebundene Gebarung)**Gesetzliche Grundlagen**

Hochschul-Taxengesetz 1972, BGBl. Nr. 76/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 257/1993;

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 101/1993.

Gebarung

Auf Grund des Hochschul-Taxengesetzes und des Forschungsorganisationsgesetzes sind 1996 Einnahmen in Höhe von 40 000 Schilling zu erwarten, die zweckgebunden für die Anschaffung und den Betrieb verschiedener Einrichtungen verwendet werden.

Paragraph 1423 Bibliotheken**Gesetzliche Grundlagen**

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 101/1993;

Aufgaben

Den Bibliotheken des Österreichischen Archäologischen Institutes und des Institutes für österreichische Geschichtsforschung obliegt die Beschaffung, Aufschließung und Bereitstellung der auf die für sie jeweils relevanten Fakultäten und Institute bezogene Literatur und sonstige Informationsträger. Dem österreichischen Bundesinstitut für den wissenschaftlichen Film obliegt die Herstellung, Beschaffung, Aufschließung und Bereitstellung von visuellen Medien.

Organisation

Derzeit bestehen die Bundesstaatliche Studienbibliothek in Linz, die Bibliotheken des Österreichischen Archäologischen Institutes und des Institutes für österreichische Geschichtsforschung und das österreichische Bundesinstitut für den wissenschaftlichen Film.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	147,0	116,3	263,4	2,9
1995	7,7	53,0	60,7	0,5
1995 vor. Erf. .	34,8	65,0	99,8	0,7
1996	15,6	38,5	54,1	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung ergibt sich durch den Wegfall der Zentralbibliothek für Physik und der Zentralbibliothek für Medizin die beim Paragraph 1420 veranschlagt sind.

Anlagen

Vorgesehen sind Ausgaben für die Amtseinrichtung, Einrichtungserfordernisse sowie für die ADV-Ausstattung der Zentralbibliotheken und dem österreichischen Bundesinstitut für den wissenschaftlichen Film und die Anschaffung von Filmsammlungen und für den EDV-Verbund.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind vor allem die Ausgaben für öffentliche Abgaben veranschlagt.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand sind hauptsächlich Aufwendungen für Materialien für Mikrofilme und Photokopien, Druckaufträge und Druckwerke, Instandhaltungen sowie Mittel für Zwecke der Auftragsforschung und der Informationsvermittlung veranschlagt.

Paragraph 1424 Wissenschaftliche Anstalten**Gesetzliche Grundlagen**

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 101/1993;

Lagerstättengesetz, BGBl. Nr. 246/1947.

Organisation

Geologische Bundesanstalt, Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik, Österreichisches Archäologisches Institut, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

Aufgaben*Geologische Bundesanstalt*

Untersuchungen und Forschung in den Bereichen der Geowissenschaften und der Geotechnik sowie auf dem Gebiet der mineralischen Roh- und Grundstoffe, im besonderen die Durchforschung des Bundesgebietes nach nutzbaren Lagerstätten und Durchführung von geologischen Landesaufnahmen, Sammlung, Bearbeitung und Evidenzhaltung der Ergebnisse dieser Untersuchungen und Forschung sowie Information und Dokumentation über diese Bereiche. Ferner werden Arbeiten für Gebietskörperschaften und Arbeiten, die im öffentlichen Interesse gelegen sind, durchgeführt.

Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik

Kurz- und mittelfristige Wettervorhersage und die Verbreitung der Ergebnisse, Führung, Ausstattung und Kontrolle eines Meßnetzes einschließlich von Beobachtungen der freien Atmosphäre mit Radiosonden und Radar sowie die Aufnahme von Sendungen von meteorologischen Satelliten, Führung eines seismischen und erdmagnetischen Dienstes, Forschung auf meteorologischem einschließlich klimatologischem und geophysikalischem Gebiet sowie im Bereich des Umweltschutzes und anderer Randgebiete der Meteorologie und Geophysik, Sammlung von Beobachtungsdaten, Beobachtung und Evidenzhaltung der Untersuchungen sowie Information und Dokumentation.

Österreichisches Archäologisches Institut

Forschung, Dokumentation und Information auf dem Gebiet der Archäologie, Grabungen im In- und Ausland, Konservierung von historischem Kulturgut.

Institut für Österreichische Geschichtsforschung

Erforschung der österreichischen Geschichte und die vertiefte Ausbildung für die Forschungsaufgaben der österreichischen Geschichtswissenschaften unter Einschluß der historischen Hilfswissenschaften.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	188,0	166,9	354,9	0,7
1995	189,3	155,1	344,4	2,8
1995 vor. Erf. .	191,4	150,7	342,1	0,9
1996	190,6	139,6	330,2	1,8

Anlagen

Vorsorgen für Neueinrichtung und für die laufende Nachschaffung von Betriebseinrichtungen; Ausbau der archäologischen Datenbank.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben und Aufwendungen für Eignungsausbildungsteilnehmer sowie Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG veranschlagt.

Aufwendungen

Hier sind die Mittel für die Sanierung der Grabungssiedlungen, für Betriebsmaterialien (ua. Radiosonden für den Wetterdienst der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik), die Gebühren für Aufnahmegeologen, der Regieaufwand und die Ausgaben für Forschungstagungen veranschlagt. Des weiteren sind Mittel für den Vollzug des Lagerstättengesetzes vorgesehen.

Paragraph 1425 Wissenschaftliche Anstalten (zweckgebundene Gebarung)

Hier werden Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen veranschlagt.

Paragraph 1426 Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal (betriebsähnliche Einrichtung)**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über das Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal — ArsenalG, BGBl. Nr. 802/1993.

Aufgaben

Gemäß 3 des Arsenalgesetzes hat das Forschungs- und Prüfzentrum im Rahmen seines Wirkungsbereiches insbesondere folgende Aufgaben zu erfüllen:

1. Gewinnung von Erkenntnissen nach wissenschaftlichen und technischen Methoden als Grundlage für die Aufgaben gemäß Z 2 bis 4;
2. Durchführung von Forschungen und Entwicklungen gegen Entgelt;
3. Durchführung technischer Versuche und Prüfungen sowie anderer wissenschaftlicher Tätigkeiten, Erstellung von Befunden, Gutachten, Berichten, Zertifikaten und Zeugnissen gegen Entgelt;
4. Dokumentation, Informationsvermittlung und Beratung gegen Entgelt.

Erwähnt muß auch noch werden, daß das Forschungs- und Prüfzentrum einen Teil seines Arbeitsaufwandes für die Mitwirkung bei Hoheitsaufgaben, die Mitarbeit bei der Erstellung von Normen und technischen Vorschriften sowie der Durchführung von Fachveranstaltungen u. dgl. im öffentlichen Interesse zu leisten hat.

Weiters hat das Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal Versuchs- und Forschungseinrichtungen, für deren Bestehen in Österreich ein öffentliches Interesse vorliegt, bereitzustellen.

In jeder technischen Versuchsanstalt ist es außerdem notwendig, neben der Auftragsforschung auch einige Forschungsarbeiten durchzuführen und der Allgemeinheit zugänglich zu machen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	105,6	121,0	226,6	71,9
1995	104,8	149,8	254,5	72,9
1995 vor. Erf. .	106,4	139,0	245,4	75,2
1996	105,7	81,8	187,5	72,9

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung resultiert vor allem aus der Umschichtung der Ausgaben für die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) zum Paragraphen 1401.

Anlagen

Hauptsächlich Vorsorge für die Anschaffung der erforderlichen Betriebsausstattung.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Dieser Voranschlagsansatz dient zur Abdeckung der öffentlichen Abgaben (seit 1. Jänner 1994 ist das BFPZ Arsenal kommunalsteuerpflichtig) sowie für die Aufwendungen für Eignungsausbildungsteilnehmer.

Aufwendungen

Im wesentlichen werden hier die Ausgaben für den laufenden Betrieb, wie zB Gerätemieten, Transport- und Energiekosten, veranschlagt.

Kapitel 14 — Titel 143

73

Titel 143 Kunsthochschulen**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben im Bereich der Kunsthochschulen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1994	858,2	823,2	1 681,4	55,2
1995	1 097,7	811,1	1 908,8	281,7
1995 vor. Erf. .	1 092,4	762,2	1 854,6	64,6
1996	1 093,3	671,0	1 764,3	191,1

Paragraph 1430 Kunsthochschulen**Gesetzliche Grundlagen**

Akademie-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 25/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 511/1995 für die Akademie der bildenden Künste;

Kunsthochschul-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 54/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 510/1995, für die Hochschule für angewandte Kunst in Wien, die Hochschulen für Musik und darstellende Kunst in Wien, Salzburg und Graz sowie die Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz;

Bundesgesetz vom 9. 5. 1973 über die Errichtung der Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz, BGBl. Nr. 251/1973;

Kunsthochschulordnung, BGBl. Nr. 70/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 303/1989;

Kunsthochschul-Studiengesetz, BGBl. Nr. 187/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 508/1995;

Bundesgesetz über die Abgeltung von Lehr- und Prüfungstätigkeiten an Hochschulen, BGBl. Nr. 463/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 297/1995.

Aufgaben

Die Kunsthochschulen haben die wissenschaftlich-künstlerische Ausbildung ihrer Studierenden in Anlehnung an ihre Tradition, unter Wahrung der hohen internationalen Reputation und unter Berücksichtigung neuester didaktischer Erkenntnisse sicherzustellen und eine vollständige Integration von Kunst und Wissenschaft herbeizuführen.

Das vorrangige Ziel besteht darin, unter Beachtung des rechten Verhältnisses zwischen Tradieren und Experimentieren die Tendenzen zum Neuen, Experimentellen, zum bisher Nichtgelehrten zu verstärken.

Die Kunsthochschulen haben der Pflege und Erschließung der Künste, der Kunstlehre sowie in diesem Zusammenhang auch der Forschung und der wissenschaftlichen Lehre zu dienen.

Eine vorrangige Aufgabe besteht in der Vermittlung einer hochqualifizierten künstlerischen, künstlerisch-pädagogischen oder anderen künstlerisch wissenschaftlichen Berufsvorbildung.

Die Studien haben die Grundlagen für eine selbständige künstlerische Tätigkeit zu schaffen und entsprechend der gewählten Studienrichtung die Voraussetzungen für eine kritische Auseinandersetzung mit künstlerischen, pädagogischen oder anderen wissenschaftlichen Problemen zu bieten. Die Studierenden sind auf ihren künftigen Beruf so vorzubereiten, daß sie die Fähigkeit erwerben, den sich wandelnden Anforderungen der Berufspraxis gerecht zu werden.

Eine weitere wichtige Aufgabe besteht in der Vermittlung einer umfassenden Bildung durch Kunst.

Die Studierenden sollen sich ihrer Stellung und ihrer Aufgaben und Verantwortung gegenüber der Gesellschaft bewußt werden.

Sie sollen die Bedeutung der von ihnen gewählten Disziplin im Ganzen der Kunst sowie die Bedeutung der Kunst im Gesamtzusammenhang der Kultur begreifen lernen.

Den Kunsthochschulen obliegt ferner die Weiterbildung ihrer Absolventen.

Organisation

Zum Bereich der Kunsthochschulen sind
 die Akademie der bildenden Künste in Wien,
 die Hochschule für angewandte Kunst in Wien,
 die Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien,
 die Hochschule für Musik und darstellende Kunst „Mozarteum“ in Salzburg,
 die Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Graz
 und die Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz zu zählen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	856,5	807,1	1 663,6	31,8
1995	1 096,3	792,6	1 888,9	261,8
1995 vor. Erf. .	1 090,9	743,6	1 834,6	40,4
1996	1 091,9	652,6	1 744,5	171,3

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung bei den Sachausgaben ergibt sich primär aus der Übertragung der „BIG-Aufwendungen“ vom VA-Ansatz 1/14308 zum VA-Ansatz 1/14018, desweiteren aus der Reduzierung bei den Anlagen (1/14303) und auf Grund der durch die Existenzlektorenaktion bedingten Einsparungen im Lehrauftragsbereich bei den Aufwendungen (ges. Verpfl.) VA-Ansatz 1/14307.

Die Verminderung bei den Einnahmen resultiert aus dem infolge des Erkenntnisses des OGH 8 Ob 557/93 bedingten Wegfall der vertraglich festgeschriebenen Beitragsleistungen des Landes Steiermark zum jährlichen Gebarungsabgang der HS für Musik und darstellende Kunst in Graz (§ 2 F-VG).

Anlagen

Hier finden die Ersteinrichtungs- und Erstausrüstungsinvestitionen der Kunsthochschulen, Anlagenkäufe, Maschinen und Geräte, instrumentelle Erneuerungs- und Ergänzungsinvestitionen, die EDV-Anlagen und der Bedarf an Software und die bibliotheksbezogenen Investitionen ihren Niederschlag.

Förderungen

An Förderungsmaßnahmen sind ua. vorgesehen:

Die Gewährung von Subventionen an das Mediact (Internationales Institut für audiovisuelle Kommunikation und kulturelle Entwicklung; früher: IMDT), Druckkostenzuschüsse für Publikationen, die den Bereich der Kunsthochschulen betreffen, sowie Zuschüsse für Vortrags- und Studententätigkeit und für Wettbewerbe und künstlerisch-wissenschaftliche Veranstaltungen, und Förderungen an künstlerisch-wissenschaftliche Einrichtungen, Institutionen und Vereinigungen, die in einem engen Konnex zur Ausbildungs- und Forschungsarbeit der Kunsthochschulen stehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die öffentlichen Abgaben, die Remuneration der Lehrtätigkeit (Lehrbeauftragte), die Vergütungen an Gastprofessoren, die Abgeltung der Prüfungsentgelte und Kollegengelder, die Aufwendungen an Eignungsausbildungsteilnehmer und an studentische Hilfskräfte und die Dienstgeberbeiträge veranschlagt.

Aufwendungen

Hier sind der Betriebs- und Verwaltungsaufwand, die für die infrastrukturellen Einrichtungen erforderlichen Aufwendungen, die Lehr- und Forschungserfordernisse, die Aufwendungen für Ausstellungen, für hochschulische Publikationen, für Exkursionen, Austauschaktionen, In- und Auslandsdienstreisen, Sozialleistungen, Repräsentationen und hochschulische Veranstaltungen der Kunsthochschulen veranschlagt.

Des weiteren finden hier die Aufwendungen für Auslandsaktivitäten ihren Niederschlag.

Kapitel 14 — Titel 146

75

Außerdem ist für außerordentliche Studienbeihilfen und -unterstützungen ausländischer Studierender sowie für Auslandsstipendien österreichischer Studierender und für Stipendien für Graduierte österreichischer Kunsthochschulen, die österreichische Staatsbürger sind, vorgesorgt.

Paragraph 1431 Kunsthochschulen (zweckgebundene Gebarung)**Gesetzliche Grundlagen**

Hochschul-Taxengesetz, BGBl. Nr. 76/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 257/1993.

Kunsthochschul-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 54/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 510/1995, für die Hochschule für angewandte Kunst in Wien, die Hochschulen für Musik und darstellende Kunst in Wien, Salzburg und Graz sowie die Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz.

Akademie-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 25/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 511/1995, für die Akademie der bildenden Künste.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	1,7	16,1	17,8	23,4
1995	1,4	18,5	19,9	19,9
1995 vor. Erf. .	1,5	18,5	20,0	24,2
1996	1,4	18,5	19,9	19,9

Anlagen

Hier wird für die notwendige Amts-, Betriebs- und instrumentelle Ausstattung der Kunsthochschulen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier finden die Aufwendungen für öffentliche Abgaben, die Remuneration der Lehrtätigkeit und dazu die adäquaten Dienstgeberbeiträge und die Anteile der Universitätslehrkräfte an Taxen ihren Niederschlag.

Aufwendungen

Die Taxen, Unterrichtsgelder und Prüfungsgebühren, Studienbeiträge, sonstigen Beiträge, die Kostenersätze der Studierenden und die Einnahmen aus Veranstaltungen (§ 36 KHOG, § 57 AOG) sind anteilmäßig für Unterrichtserfordernisse, Druckwerke, für den Lehr-, Forschungs- und Veranstaltungsbetrieb, zur Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit und für Exkursionen zu verwenden.

Ferner sind hier die Aufwendungen der „Internationalen Sommerakademie“ der Hochschule für Musik und darstellende Kunst „Mozarteum“ in Salzburg zu bestreiten. Ebenso wird hier für Mietaufwendungen, Studienbeihilfen, Dienstreisen, Reisekostenzuschüsse und Austauschaktionen mit dem Ausland vorgesorgt.

Einnahmen

Bei diesen Einnahmen, die zur Bedeckung der zweckgebundenen Ausgaben herangezogen werden, fallen vor allem Einnahmen aus den Studienbeiträgen der Ausländer, dem Verkauf von Drucksorten, den Unterrichtsgeldern und Prüfungsgebühren, den Beiträgen für Exkursionen, den Teilnehmergebühren an der Internationalen Sommerakademie der Hochschule für Musik und darstellende Kunst „Mozarteum“ in Salzburg, den Kostenersätzen und den Einnahmen aus Veranstaltungen (§ 36 KHOG, § 57 AOG) an.

Titel 146 Fachhochschulen**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über Fachhochschul-Studiengänge (FHStG), BGBl. Nr. 340/1993.

76

Kapitel 14 — Titel 146**Aufgaben**

Aufbau eines nichtuniversitären Hochschulsektors, der durch eine Synthese von wissenschaftlich fundierten und berufsfeldbezogener Ausbildung charakterisiert ist.

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Steigerung ist auf die wachsende Zahl von Studierenden und ein Hinzukommen von ständig neuen Studiengängen laut dem Entwicklungsplan im Fachhochschulbereich zurückzuführen.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1995	124,5	0,1
1995 vor. Erf.	94,0	—
1996	245,2	0,1

Ausgaben 1996**Anlagen**

Hier wurde hauptsächlich für die Anschaffung der erforderliche Betriebs- und Geschäftsausstattung Vorsorge getroffen.

Förderungen

Hier wurden Zahlungen an Länder, Gemeinden und sonstige juristische Personen veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

Dieser Voranschlagsansatz dient zur Abdeckung öffentlicher Abgaben und Interessentenbeiträge.

Aufwendungen

Im wesentlichen werden hier die Ausgaben für die Deckung der Kosten für die Geschäftsstelle des Fachhochschulrates sowie für den laufenden Betrieb (Energiebezüge, Mitgliedsbeiträge an in- und ausländischen Institutionen) veranschlagt.

Kapitel 15 — Titel 150

77

Kapitel 15 Soziales

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt D, ausgenommen die beim Kapitel 16 Sozialversicherung zu verrechnenden Ausgaben und Einnahmen.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	1 584,3	79 170,6	80 754,9	53 543,9
1995	1 622,2	82 948,5	84 570,7	57 164,4
1995 vor. Erf. .	1 609,9	82 917,4	84 527,3	56 859,7
1996	1 604,8	84 651,3	86 256,1	58 665,5

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 150 Bundesministerium für Arbeit und Soziales**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete der Sozialversicherung einschließlich der Arbeitslosenversicherung, Arbeitsmarktpolitik, Pflegevorsorge, Versorgungs-, Sozialhilfe- und Behindertenangelegenheiten, Allgemeinen Sozialpolitik, des Arbeitsrechtes und der Arbeitsinspektion.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	265,5	2 669,7	2 935,2	32,1
1995	269,8	2 917,9	3 187,7	907,8
1995 vor. Erf. .	248,2	3 230,0	3 478,2	909,1
1996	248,7	2 842,6	3 091,3	34,6

Unterschiede zu den Vorjahren

Im vorläufigen Erfolg 1995 sind die Rückflüsse aus dem Europäischen Sozialfonds enthalten.

Anlagen

Vorsorge für die Anschaffung von Büromaschinen und ADV-Geräten samt ergonomischem Mobiliar.

Förderungen

Diese Ausgaben betreffen, abgesehen von Reisekostenvergütungen an Stipendiaten der Vereinten Nationen und deren Spezialorganisationen, im wesentlichen die Förderung von Arbeitsloseninitiativen, sozial innovativen Projekten und Frauenberatungs- und -betreuungsstellen sowie sozialpolitische Projekte im Zusammenhang mit der EU, des Internationalen Rates für soziale Wohlfahrt, des UN-Weltaktionsprogramms für Behinderte, einer Arbeitsgruppe der UN-Kommission für soziale Entwicklung, des „Österreichischen Komitees für Sozialarbeit“ sowie des Dokumentationsarchives des österreichischen Widerstandes.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Die „Gesetzlichen Verpflichtungen“ erwachsen in erster Linie aus der Mitgliedschaft Österreichs bei der Internationalen Arbeitsorganisation. Weiters ist der Aufwand für Geburten- und Familienbeihilfen vorgesehen.

Aufwendungen

Dieser Voranschlagsansatz berücksichtigt ua. neben dem Verwaltungsaufwand (ADV, Gerichtsgebühren, Energiebezüge usw.) auch die Aufwendungen für die Kodifikation des Sozialversicherungsrechtes, für das Bundeseinigungsamt, den Beirat für die Renten- und Pensionsanpassung, die Kommission zur Vorbereitung der Kodifikation des Arbeitsrechtes, den Mitgliedsbeitrag an das Europäische Zentrum für Ausbildung und Forschung auf dem Gebiete der sozialen Wohlfahrt in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen in Österreich sowie die Aufwendungen im Interesse der Verbesserung der sozialen und beruflichen Stellung der Frau, für den Problembereich Arbeit und Arbeitsbeziehungen u. dgl. Hier sind auch Mittel für EU-Maßnahmen (Projekte im In- und Ausland) vorgesehen.

Überdies sind Mittel für sozialpolitische Forschung und Grundlagenarbeit als Entscheidungshilfe im Hinblick auf die Themenschwerpunkte EU-Integration, Pflegewesen und Harmonisierung der Pensionsversicherungssysteme, sozialpolitische Fragen des Gesundheitswesens, Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, Arbeitnehmerschutz, Problemgruppen am Arbeitsmarkt, sowie Frauenfragen des Ressorts bereitgestellt.

Voranschlagsansatz 1/15016 Zahlungen gemäß EU-Vorschriften

Vorsorge für die Weitergabe der Rückflüsse aus der EU. Die Mittelzuweisung erfolgt entsprechend dem Einlangen des Geldes von der EU.

Voranschlagsansatz 1/15018 Zahlungen im Zusammenhang mit der EU

Vorsorge für die Weitergabe der Rückflüsse aus der EU. Die Mittelzuweisung erfolgt entsprechend dem Einlangen des Geldes von der EU.

Weiters Schaffung einer Möglichkeit zur Rückzahlung allfälliger nicht den EU-Vorschriften entsprechend verwendeter EU-Fördermittel.

Voranschlagsansatz 1/15057 Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik

Gemäß § 6 Abs. 1 AMPFG in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Z 2 AMPFG hat der Bund jährlich einen Beitrag zur Arbeitsmarktpolitik zu leisten.

Einnahmen

Im wesentlichen Kostenersatz des Kurhauses Ferdinand Hanusch, des Ausgleichstaxfonds, des Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds sowie Bezugsvorschußersatz und Beiträge zu den Kosten der Bundesaufsicht.

Bundesaufsicht*Träger der Sozialversicherung*

Die Bundesaufsicht über die Träger der Sozialversicherung wird vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales auf Grund der Bestimmungen des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes — ASVG (BGBl. Nr. 000/1996), des Gewerblichen Sozialversicherungsgesetzes — GSVG (BGBl. Nr. 000/1996), des Bauern-Sozialversicherungsgesetzes — BSVG (BGBl. Nr. 000/1996), des Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes — B-KUVG (BGBl. Nr. 000/1996), des Bundespflegegeldgesetzes — BPGG (BGBl. Nr. 000/1996) und des Notarversicherungsgesetzes 1972 — NVG 1972 (BGBl. Nr. 24/1994) ausgeübt. Mit der Durchführung der Bundesaufsicht werden vom Bundesminister für Arbeit und Soziales bzw. von den Landeshauptmännern bestimmte Bedienstete der Aufsichtsbehörde betraut.

Zur Deckung der durch die Aufsicht erwachsenden Kosten haben die Versicherungsträger durch Entrichtung einer Aufsichtsgebühr beizutragen.

Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse

Gemäß § 33 des Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetzes, BGBl. Nr. 414/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 835/1992, unterliegt die Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse der Aufsicht des Bundesministers für Arbeit und Soziales.

Kapitel 15 — Titel 151

79

Titel 151 Bundesministerium; Opferfürsorge**Gesetzliche Grundlagen**

Opferfürsorgegesetz (OFG), BGBl. Nr. 183/1947, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 830/1995;

Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz, BGBl. Nr. 197/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 648/1989;

Verordnung über die Anpassung von Versorgungsleistungen in der Opferfürsorge für das Kalenderjahr 1996, BGBl. Nr. 866/1995.

Aufgaben

Angelegenheiten der Fürsorge für die Opfer des Kampfes für ein freies, demokratisches Österreich und für die Opfer politischer Verfolgung.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1994	311,3	0,2
1995	266,0	0,2
1995 vor. Erf.	286,7	0,2
1996	290,8	0,3

Vorschlagsansatz 1/15117 Heilfürsorge

An Inhaber einer Amtsbescheinigung oder Empfänger einer Rentenfürsorgeleistung, die keinen Leistungsanspruch aus der gesetzlichen Krankenversicherung haben, werden von den Gebietskrankenkassen die den Pflichtversicherten gebührenden Leistungen erbracht und vom Bund ersetzt.

Vorschlagsansatz 1/15127 Versorgungsgebühren

Gegenstand der Rentenfürsorge sind Opfer-, Hinterbliebenen- und Unterhaltsrenten sowie die Beihilfen.

Neben den Rentengebühren sind hier noch die Aufwendungen für Rentenabfertigungen und Sterbegeld sowie für Pflegegeld nach dem Bundespflegegeldgesetz an Rentenbezieher nach dem Opferfürsorgegesetz veranschlagt.

Die Opfer- und Hinterbliebenenrenten unterliegen wie die Einkommensgrenzen der einkommensabhängigen Unterhaltsrenten und Beihilfen der jährlichen Anpassung im selben Ausmaß wie die Pensionen nach dem ASVG.

Von dem mit 238,8 Millionen Schilling veranschlagten Gesamtaufwand entfallen

- 0,3 Millionen Schilling auf Familienbeihilfen,
- 149,0 Millionen Schilling auf Rentengebühren für Opfer,
- 70,5 Millionen Schilling auf Rentengebühren für Witwen bzw. Lebensgefährtinnen,
- 3,9 Millionen Schilling auf Rentengebühren für Waisen,
- 0,5 Millionen Schilling auf Rentengebühren für Eltern,
- 1,8 Millionen Schilling auf Abfertigungen und Sterbegeld und
- 12,8 Millionen Schilling auf Pflegegeld nach dem BPGG.

Am 1. Juli 1995 standen 2671 Personen im Bezuge einer Opfer- oder Hinterbliebenenrente gegenüber 2837 Personen am 1. Juli 1994.

Vorschlagsansatz 1/15137 Entschädigungen

Aufwand für einmalige, noch nicht liquidierte Entschädigungen für erlittene Haft, Freiheitsbeschränkungen und Berufsschäden.

Vorschlagsansatz 1/15147 Orthopädische Versorgung

Versorgung der Beschädigten nach dem OFG mit orthopädischen Hilfsmitteln.

Vorschlagsansatz 1/15158 Aufwendungen

Als wesentlicher Aufwand sind die Kosten für Leistungen im Härteausgleich gemäß § 15a OFG und ärztliche Begutachtungen hervorzuheben.

Titel 152 Bundesministerium; Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Gewährung von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen, BGBl. Nr. 288/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 112/1993.

Aufgaben

Entscheidung über Ansuchen um Gewährung von Hilfeleistungen nach dem VOG durch das örtlich zuständige Bundessozialamt.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1994	13,7	0,9
1995	15,9	1,2
1995 vor. Erf.	14,0	1,1
1996	14,5	1,2

Vorschlagsansatz 1/15207 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Aufwand für Ersatzleistungen (Verdienst- oder Unterhaltsentgang) an Opfer von Verbrechen, für die Rückersatzansprüche nicht mehr bestehen.

Von dem mit 7,4 Millionen Schilling veranschlagten Gesamtaufwand entfallen

6,0 Millionen Schilling auf laufende Ersatzleistungen für Opfer,

0,8 Millionen Schilling auf laufende Ersatzleistungen für Witwen bzw. Witwer,

0,6 Millionen Schilling auf laufende Ersatzleistungen für Waisen und Eltern sowie Bestattungskostenersatz.

Am 1. Juli 1995 bezogen 120 Personen (58 Opfer und 62 Hinterbliebene) eine laufende Geldleistung gemäß § 2 gegenüber 115 Personen am 1. Juli 1994.

Vorschlagsansatz 1/15217 Heilfürsorge

Für auf Grund eines Verbrechens erlittene Körperverletzungen und Gesundheitsschädigungen erhalten Opfer und deren Hinterbliebene ärztliche Hilfe, Heilmittel, Heilbehelfe, Anstaltspflege und Zahnbehandlung.

Im Rahmen der Heilfürsorge sind weiters Maßnahmen vorgesehen, die der Festigung der Gesundheit dienen.

Vorschlagsansatz 1/15227 Orthopädische Versorgung

Versorgung der Opfer von Verbrechen und deren Hinterbliebene mit orthopädischen Hilfsmitteln.

Vorschlagsansatz 1/15237 Rehabilitation

Aufwand für Rehabilitationsmaßnahmen, wenn durch den zuständigen Sozialversicherungsträger keine Vorsorge getroffen wurde oder wenn der Beschädigte eine zumutbare Beschäftigung, die den krankenversicherungsrechtlichen Schutz gewährleistet, nicht mehr ausüben kann.

Vorschlagsansatz 1/15248 Aufwendungen

Neben den Kosten für ärztliche Begutachtungen sind als wesentlich noch Gerichtskosten für im Gerichtswege durchgesetzte Ansprüche und Kosten für Leistungen im Härteausgleich hervorzuheben.

Vorschlagsansatz 1/15255 Darlehen

Darlehen zur Ermöglichung der Fortsetzung der Erwerbstätigkeit.

Kapitel 15 — Titel 153 und 154

81

Voranschlagsansatz 1/15269 Aufwendungen (B)

Aufwand für Ersatzleistungen (Verdienst- oder Unterhaltsentgang), Heilfürsorgeleistungen, Leistungen für orthopädische Versorgung und Rehabilitation an Opfer von Verbrechen, denen Forderungen gegenüberstehen.

Einnahmen

Hervorzuheben sind Einnahmen aus Schadenersatzansprüchen für nach diesem Bundesgesetz erbrachte Leistungen.

Titel 153 Bundesministerium; Sonstige Leistungen**Gesetzliche Grundlagen**

Impfschadengesetz, BGBl. Nr. 371/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 27/1994;

Verordnung über die Anpassung der Entschädigungsleistungen im Bereich des Impfschadengesetzes für das Kalenderjahr 1996, BGBl. Nr. 867/1995;

Bundespflegegeldgesetz, BGBl. Nr. 110/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 131/1995;

Aufgaben

Entschädigung von Impfschäden und Kostenersatz an die Träger der gesetzlichen Pensions- und Unfallversicherung für die Aufwendungen in Durchführung des Bundespflegegeldgesetzes.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1994	16 493,9	942,9
1995	17 019,6	0,0
1995 vor. Erf.	17 071,8	80,2
1996	16 920,5	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Der geringere Aufwand gegenüber dem vorläufigen Erfolg 1995 ist ua. darauf zurückzuführen, daß keine Anpassung des Pflegegeldes im Jahre 1996 vorgenommen wurde.

Voranschlagsansatz 1/15317 Entschädigungen nach dem Impfschadengesetz

Bei diesem Ansatz ist für die nach dem Impfschadengesetz vorgesehenen Entschädigungen (Behandlungs- und Rehabilitationskosten sowie Geldleistungen) vorgesorgt.

Die Geldleistungen unterliegen der jährlichen Anpassung im selben Ausmaß wie die Pensionen nach dem ASVG.

Paragraph 1534 Pflegevorsorge (Kostenersatz)**Voranschlagsansatz 1/15347 Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz**

Bei diesem Ansatz ist der vom Bund an die Träger der gesetzlichen Pensions- und Unfallversicherung zu leistende Kostenersatz gemäß § 23 BPGG veranschlagt.

Titel 154 Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge**Gesetzliche Grundlagen**

Kleinrentnergesetz, BGBl. Nr. 251/1929, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 239/1930 und GBIfÖ. Nr. 181/1939;

Bundesgesetz betreffend die Abänderung und Ergänzung des Kleinrentnergesetzes, BGBl. Nr. 90/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 433/1995;

Verordnung über die Durchführung der Krankenversicherung für die gemäß § 9 ASVG in die Krankenversicherung einbezogenen Personen, BGBl. Nr. 278/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 669/1991;

Verordnung über die Höhe der Kleinrenten für das Kalenderjahr 1996, BGBl. Nr. 863/1995;

Bundesbehindertengesetz, Abschnitt IV und V, BGBl. Nr. 283/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 314/1994.

Aufgaben

Kleinrentnerfürsorge, Förderung sozialer Wohlfahrtseinrichtungen und Verwaltung des Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1994	75,5	—
1995	67,7	0,0
1995 vor. Erf.	66,8	—
1996	58,2	0,0

Vorschlagsansatz 1/15427 Kleinrentnerentschädigung

Im Rahmen der Kleinrentnerfürsorge sind neben den Rentenleistungen der Aufwand für Krankenversicherungsbeiträge und außerordentliche Hilfeleistungen zu veranschlagen.

Die Zahl der Empfänger einer Kleinrente nimmt wegen des hohen Alters dieses Personenkreises ständig ab. Am 1. Juli 1995 bezogen 10 Personen eine Kleinrente gegenüber 12 Personen am 1. Juli 1994.

Vorschlagsansatz 1/15436 Förderungen

Dem Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte ist der Aufwand, der dem Fonds aus der Abgeltung der Mehrbelastung bei Lieferung von Kraftfahrzeugen für Behinderte durch die Normverbrauchsabgabe und die anteilige Umsatzsteuer erwächst, zu ersetzen.

Weiters ist die Förderung von Organisationen bzw. Vereinen der freien Wohlfahrtspflege, die mit Hilfe der von ihnen geschaffenen sozialen Dienste eine unentbehrliche Ergänzung der öffentlichen Sozialeinrichtungen darstellen, vorgesehen. Der Schwerpunkt ihrer fürsorgerischen Tätigkeit besteht in der Betreuung und Pflege alter, kranker und hilfloser Menschen.

Titel 155 Arbeitsmarktpolitik (I)**Gesetzliche Grundlagen**

Arbeitsmarktservicegesetz, BGBl. Nr. 313/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1996;

Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, BGBl. Nr. 609, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1996;

Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 315/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1996;

Bundesgesetz betreffend die Arbeitsmarktförderung (Arbeitsmarktförderungsgesetz), BGBl. Nr. 31/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 314/1994;

Bundesgesetz über die Gewährung einer Sonderunterstützung (Sonderunterstützungsgesetz — SUG), BGBl. Nr. 642/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1996;

Organisation

Durch das Arbeitsmarktservicegesetz (AMSG), BGBl. Nr. 313/1994, wurde die frühere Arbeitsmarktverwaltung mit 1. Juli 1994 als eigener Rechtsträger „Arbeitsmarktservice“ geschaffen.

Aufgaben

Ziel des Arbeitsmarktservice ist, im Rahmen der Beschäftigungspolitik der Bundesregierung zur Verhütung und Beseitigung von Arbeitslosigkeit unter Wahrung sozialer und ökonomischer Grundsätze im Sinne einer aktiven Arbeitsmarktpolitik auf ein möglichst vollständiges, wirtschaftlich sinnvolles und nachhaltiges Zusammenführen von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage hinzuwirken, und dadurch die Versorgung der Wirtschaft mit Arbeitskräften und die Beschäftigung aller Personen, die dem österreichischen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, bestmöglich zu sichern. Dies schließt die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz während der Arbeitslosigkeit im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen ein.

Kapitel 15 — Titel 155

83

Das Arbeitsmarktservice hat zur Erreichung dieses Zieles im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen Leistungen zu erbringen, die darauf gerichtet sind,

1. auf effiziente Weise die Vermittlung von geeigneten Arbeitskräften herbeizuführen, die möglichst eine den Vermittlungswünschen des Arbeitsuchenden entsprechende Beschäftigung bieten,
2. die Auswirkungen von Umständen, die eine unmittelbare Vermittlung im Sinne der Z 1 behindern, überwinden zu helfen,
3. der Unübersichtlichkeit des Arbeitsmarktes entgegenzuwirken,
4. quantitative oder qualitative Ungleichgewichte zwischen Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage zu verringern,
5. Arbeitsplätze zu erhalten und
6. die wirtschaftliche Existenz der Arbeitslosen zu sichern.

Das Arbeitsmarktservice bestreitet die Personal- und Sachausgaben für die Vollziehung des AMSG, des Arbeitslosenversicherungsgesetzes 1977, des Sonderunterstützungsgesetzes, BGBl. Nr. 642/1973, des Ausländerbeschäftigungsgesetzes sowie sonstiger dem Arbeitsmarktservice zur Vollziehung übertragener Bundesgesetze in eigenem Namen und auf eigene Rechnung.

Die Ausgaben für finanzielle Leistungen nach dem AMSG, nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, nach dem Sonderunterstützungsgesetz und nach Art. XXI des Karenzurlaubserweiterungsgesetzes, BGBl. Nr. 408/1990, idgF bestreitet das Arbeitsmarktservice im Namen und auf Rechnung des Bundes.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	843,1	51 775,0	52 618,1	51 937,7
1995	867,0	54 946,8	55 813,8	55 638,8
1995 vor. Erf. .	844,1	54 648,1	55 492,2	55 272,1
1996	815,0	57 758,4	58 573,4	58 353,4

Unterschiede gegen Vorjahre

Ein Vergleich ist auf Grund der Ausgliederung der Arbeitsmarktverwaltung aus der Bundesverwaltung und der Errichtung eines öffentlich-rechtlichen Dienstleistungsunternehmens Arbeitsmarktservice nicht möglich.

Auf Grund der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen werden im Jahre 1996 folgende Ausgaben geleistet:

	Millionen Schilling
§ 1550 Ämter des AMS.....	865,0
§ 1551 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG.....	5 000,0
§ 1552 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 39 a AMFG.....	20,1
§ 1554 Sonderunterstützung	3 180,6
§ 1555 Leistungen nach dem AIVG.....	41 170,8
§ 1556 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 51 AMFG und gemäß § xx, BGBl. Nr. .../1995.....	200,0
§ 15567 Zahlungen und Überweisungen gemäß AMPFG.....	4 900,0
§ 1557 Überweisung an das AMS gemäß AMSG.....	2 805,0
§ 1558 Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung	315,0
§ 15597 Beitrag der Arbeitslosenversicherung zur Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe.....	117,0
Titel 155 (Summe) . . .	58 573,50

Der Bund trägt hievon die Ausgaben gemäß § 39a AMFG (§ 1552) und § 51a AMFG (VA-Ansätze 1/15565 und 1/15566).

Im einzelnen ist zu bemerken:

Paragraph 1550 Ämter des Arbeitsmarktservice

Im Zuge der Reform der Arbeitsmarktverwaltung und der Einrichtung des Arbeitsmarktservice Österreich als öffentliches Dienstleistungsunternehmen wurde vorgesehen, daß Beamte, die bisher in der Arbeitsmarktverwaltung Aufgaben wahrgenommen haben, die nunmehr von den Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservice zu erledigen sind, im Arbeitsmarktservice beschäftigt werden. Zur Wahrung ihrer dienst- und besoldungsrechtlichen Stellung gehören sie den Ämtern des Arbeitsmarktservice an, die für den Bereich jedes Bundeslandes und für die Bundesorganisation eingerichtet sind. Der Betrag von 865 Millionen Schilling umfaßt den Personalaufwand für die im Arbeitsmarkt-

service tätigen Beamten einschließlich der anteiligen Aufwendungen für Dienstreisen, Sozialleistungen und Ausbildungskosten.

Paragraph 1551 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG

Angesichts der im Jahr 1996 zu erwartenden Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung wurden die verschiedenen Maßnahmen je nach Arbeitsmarktlage — sowohl bundesweit, instrumentell, als auch regionsspezifisch — adäquat abgestimmt.

Grundsatz der arbeitsmarktpolitischen Ausrichtung ist die Nutzung der finanziellen Spielräume für jene, die der materiellen Unterstützung am dringendsten bedürfen. Generell wird dabei davon ausgegangen, daß jene finanziellen und sonstigen Hilfestellungen Priorität vor existenzsichernden Leistungen haben, die durch (Wieder)Aufnahme einer Erwerbstätigkeit und dem damit verbundenen Erwerbseinkommen die Notwendigkeit von Transferleistungen beseitigen, abgesehen von den positiven Refinanzierungseffekten für den allgemeinen und die Haushalte der Sozial- und Arbeitslosenversicherung. In besonderer Weise gilt das für Bezieherinnen von Notstandshilfen, die bereits längere Zeit ohne Arbeit sind und für die eine neue Erwerbstätigkeit wesentlich ist für die materielle Existenzsicherung.

Dementsprechend verfolgt der Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente das Ziel der Aktivierung vor Versorgung, Vermittlung vor Administration von Leistungsanweisungen, finanzielle Mittel zur (Wieder)Eingliederung in den Arbeitsmarkt, Qualifizierung und Ausbildung vor Arbeitslosengeld und Notstandshilfe, Sicherung von Arbeitsplätzen vor Arbeitslosigkeit.

Darüber hinaus kann die Arbeitsmarktpolitik durch den Beitritt zur EU und die damit verbundenen Angebote der Förderung und Mitfinanzierung im Rahmen der Strukturfonds ihren instrumentellen und finanziellen Spielraum wie auch ihre Reichweite erheblich steigern, indem die verschiedenen Instrumente und Maßnahmen auf Ältere, Langzeitarbeitslose, Notstandshilfebezieherinnen, Behinderte, benachteiligte Jugendliche und Frauen mit Beschäftigungsproblemen konzentriert werden, aber auch jene ArbeitnehmerInnen umfassend unterstützt werden, die in Branchen arbeiten, die von der Anpassung an den gemeinsamen Markt besonders betroffen sind.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales trägt gegenüber der Europäischen Union die budgetäre Verantwortung hinsichtlich des Europäischen Sozialfonds, die in der Form eingelöst wird, daß auf der Grundlage der mit der Europäischen Union vereinbarten Planungsdokumente zur Gestaltung der Arbeitsmarktpolitik und dem Einsatz ihrer Instrumente eine jährliche Kofinanzierung festgelegt wird, die vorsieht, daß das Arbeitsmarktservice für alle in ihrem Zuständigkeitsbereich liegenden Programme im jährlichen Budget Vorsorge trifft. Der entsprechende Anteil wird ebenfalls unter Paragraph 1551 verbucht.

Die anteilige Kofinanzierung erfolgt nach Maßgabe des Geldflusses der EU-Mittel.

Eine wesentliche Aufgabe des Arbeitsmarktservice im Rahmen des Einsatzes finanzieller Leistungen liegt darin, den Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit entscheidend zu verringern und damit einen überdurchschnittlichen Effekt zur Reduzierung des Niveaus der Arbeitslosigkeit in Österreich zu erzielen.

In diesem Zusammenhang ist finanziell sicherzustellen, daß alle Maßnahmen zur Vermittlungsvorbereitung — von der Qualifizierung über Berufsorientierung bis hin zu Job-Finding-Clubs — angeboten werden. Gerade im Konjunkturaufschwung haben Anschlußmaßnahmen der Vermittlungsunterstützung wie Einstellungs- und Einschulungsbeihilfen hohe Erfolgsaussichten.

Persönliche und soziale Behinderungen sind vielfach untrennbar mit hohem Risiko verbunden, lange Zeit keine Beschäftigung zu finden. Geschützte Werkstätten oder sozialökonomische Betriebe zählen gleichermaßen zum Standardrepertoire der Förderung der Erwerbstätigkeit von behinderten ArbeitnehmerInnen wie auf die spezifische Situation der Behinderten ausgerichtete Ausbildungsgänge der beruflichen Rehabilitation.

Internationale Maßnahmen zur Integration von Behinderten wie die persönliche Begleitung von behinderten Arbeitskräften beim Einstieg in die Arbeitswelt (Arbeitsassistenten, Coaching) oder aber Arbeitsmarktinstitute wie in Schweden zur Zusammenführung von Beratung und Vermittlung mit weitergehenden Rehabilitationsschritten erweisen sich als äußerst erfolgreich. Es erscheint zielführend, die Übertragbarkeit dieser internationalen Maßnahmen in Zusammenarbeit der Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservice mit den Bundessozialämtern zu prüfen und — in Kombination mit verschiedenen Förderungen zur Beschäftigungsaufnahme für Behinderte — systematisch einzurichten.

ArbeitnehmerInnen mit unzureichender berufs- bzw. arbeitsplatzspezifischer Ausbildung sind von Arbeitslosigkeit besonders betroffen oder bedroht. In der Dynamik der laufenden Anpassung

von Arbeitsplätzen an veränderte Marktbedingungen, Produktionsverfahren, Arbeitsorganisation und neue Werkstoffe können Arbeitskräfte ohne Qualifizierung nicht immer Schritt halten, vielfach scheitert auch der Umstieg auf eine neue Beschäftigung. Der Strukturwandel in der Arbeitswelt und berufliche Qualifizierung sind untrennbar miteinander verbunden. Auch eine einmal erworbene Ausbildung reicht vielfach nicht aus, die erarbeitete Stellung im Beruf zu halten oder aber bei Arbeitsplatzverlust umgehend eine neue Beschäftigung zu finden.

Primär gilt dies für Arbeitskräfte ohne weitergehende Ausbildung.

Gerade dieser Personenkreis findet nur sehr schwer Zugang zu Ausbildungsmaßnahmen, die die Vermittlungsaussichten nachhaltig verbessern; in der Regel reicht auch ein spezifischer Lehrgang nicht aus, um eine adäquate Beschäftigung zu erhalten. In diesem Zusammenhang erfolgt unmittelbar im Anschluß an das Scheitern von Vermittlungsbemühungen der Einstieg in Ausbildungsmaßnahmen, um unproduktive Wartezeiten im Leistungsbezug zu vermeiden, wobei ein modulares System gewährleistet, daß die einzelnen Abschnitte von der Berufsfindung und -orientierung bis zur Spezialausbildung für bestimmte Produktionstechniken reichen.

Für Erwachsene, insbesondere Frauen und ausländische Arbeitskräfte, bietet der Lehrabschluss mit daran anknüpfenden Weiterbildungsmaßnahmen hohe Erfolgswahrscheinlichkeit für die Begründung einer stabilen Berufskarriere. Letztlich fördern auch neue Formen der betriebsübergreifenden Berufsausbildung die Arbeitsmarktstabilisierung bzw. erfolgreiche Mobilität von ArbeitnehmerInnen.

Der Eintritt Österreichs in die Europäische Union bietet über den Einsatz der Mittel der Europäischen Sozialfonds auch die Chance, die Schulung von Beschäftigten ohne Ausbildung zu forcieren, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind; diese Möglichkeit sollte in jedem Fall auch präventiv bei der Gefährdung von Standorten einbezogen werden.

Österreich hat im weltweiten Vergleich eine äußerst niedrige Jugendarbeitslosigkeit. Dennoch muß jenen Jugendlichen besonderes Augenmerk geschenkt werden, die bei der Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt scheitern oder aber langfristig keine stabile Erwerbskarriere aufbauen können, weil eine fundierte Berufsausbildung und in weiterer Folge die Qualifizierung durch besondere Kenntnisse und Fertigkeiten fehlt. Das Instrumentarium der Arbeitsmarktpolitik wurde bisher erfolgreich eingesetzt; die geplante Weiterentwicklung in Richtung Ausbau der Berufsinformationszentren, differenzierte Beratung zur Ausbildungs- und Berufslaufbahnplanung, Erschließung neuer Berufsfelder und Ausbildungsformen, gerade auch für Mädchen und junge Frauen erscheint richtungweisend. In jenen Regionen mit für Österreich vergleichsweise hoher Jugendarbeitslosigkeit werden zusätzliche Beschäftigungsprojekte und Integrationsvorhaben gemeinsam mit lokalen und regionalen Trägereinrichtungen bzw. Gemeinden initiiert und umgesetzt.

Paragraph 1552 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß 39 a AMFG

Hier ist die Restfinanzierung der bis Ende 1991 genehmigten Projekte veranschlagt. Diesen Aufwand trägt der Bund endgültig.

Voranschlagsansatz 1/15547 Sonderunterstützung

Nach § 1 Absatz 1 Ziffer 1:

Angenommen wurden 3 000 Anspruchsberechtigte (ehemalige Bedienstete des österreichischen Bergbaues). Der Gesamtaufwand (inklusive der Beiträge zur Kranken- und Pensionsversicherung) wurde mit rund 1,4 Milliarden Schilling veranschlagt.

Nach § 1 Absatz 1 Ziffer 2:

Angenommen wurden rund 8 500 Anspruchsberechtigte. Dies entspricht einem Rückgang von rund 2 000 Personen gegenüber 1995. Der Gesamtaufwand (inklusive der Beiträge zur Kranken- und Pensionsversicherung) wurde mit rund 1,7 Milliarden Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/15554 Wiedereinstellungsbeihilfe gemäß AIVG

Gemäß BGBl. Nr. 408/1990 erhält der Arbeitgeber eine Wiedereinstellungsbeihilfe, wenn das Karenzurlaubsgeld nach dem AIVG bis zum Ablauf des zweiten Lebensjahres des Kindes nur von einem Elternteil in Anspruch genommen wurde.

Voranschlagsansatz 1/15557 Leistungen nach dem AIVG

Angenommen wurden im Jahresdurchschnitt 130 000 Bezieher/innen von Arbeitslosengeld, 70 750 Bezieher/innen von Notstandshilfe und 14 000 Bezieher/innen von Sondernotstandshilfe. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld wurde mit 109 000 S pro Jahr (299 S täglich) und die durch-

schnittliche Notstandshilfe mit 90 000 S pro Jahr (247 S täglich) und die durchschnittliche Sondernotstandshilfe mit 73 000 S pro Jahr (200 S täglich) veranschlagt. Hierzu kommt noch der voraussichtliche Aufwand für Pensionsvorschüsse gemäß § 23 AIVG. Der Voranschlag für Karenzurlaubsgeld entspricht einem Durchschnittsbetrag von 76 000 S pro Jahr (207 S täglich) für 122 000 Bezieherinnen im Jahresdurchschnitt. Hierzu kommen noch die Krankenversicherungsbeiträge sowie für die Bezieher von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe die Pensionsversicherungsbeiträge.

Für die Krankenversicherung der angeführten Leistungsbezieher wurden 8,6 vH zuzüglich 0,5 vH Sonderbeitrag des doppelten Unterstützungsaufwandes veranschlagt. Für die Pensionsversicherung der Arbeitslosengeld- und Notstandshilfebezieherinnen wurden 22,8% des Unterstützungsaufwandes veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/15565 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß 51 a AMFG(D)

Darlehen an Betriebe in Verfolgung übergeordneter beschäftigungspolitischer Ziele zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen.

Voranschlagsansatz 1/15566 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 51 a AMFG

Zuschüsse an Betriebe in Verfolgung übergeordneter beschäftigungspolitischer Ziele zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen.

Voranschlagsansatz 1/15567 Zahlungen und Überweisungen gemäß AMPFG

Überweisung an den Ausgleichsfonds der PV-Träger gemäß XXX AMPFG.

Voranschlagsansatz 1/15577 Überweisungen an das AMS gemäß § 48 (6) AMSG

Die durch Kreditaufnahme des Arbeitsmarktservice entstehenden Kosten, wie Zinsen, Kreditvertrags- und Kontoführungsgebühren und sonstige Spesen, sowie die Tilgung sind dem Arbeitsmarktservice vom Bund zu Lasten der Gebarung Arbeitsmarktpolitik zu ersetzen.

Voranschlagsansatz 1/15578 Überweisung an das AMS gemäß § 41 (2) AMSG

Die Ausgaben für finanzielle Leistungen nach dem AMSG, dem Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, nach dem Sonderunterstützungsgesetz und nach Art. XXI des Karenzurlaubserweiterungsgesetzes, BGBl. Nr. 408/1990, idgF bestreitet das Arbeitsmarktservice im Namen und auf Rechnung des Bundes.

Voranschlagsansatz 1/15587 Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung

Der hier veranschlagte Betrag entspricht rd. 0,7 vH der mit 45 500 Millionen Schilling veranschlagten Einnahmen an Arbeitslosenversicherungsbeiträgen in Abgeltung des Aufwandes der KV-Träger für die Einhebung der AIV-Beiträge.

Voranschlagsansatz 1/15597 Beitrag der Arbeitslosenversicherung zur Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe

Hier ist der erforderliche Beitrag der Arbeitslosenversicherung gemäß den Ausgaben und Einnahmen im Rahmen der Schlechtwetterentschädigung veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/15510 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen

Hier sind insbesondere Rückzahlungen von Darlehenszinsen und von Betriebsförderungen veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/15513 Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen

Hier sind Darlehensrückzahlungen veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/15550 Überweisung vom Familienlastenausgleich (zweckgeb. Einnahmen)

Der Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen leistet gemäß § 39 Abs. 3 Familienlastenausgleichsgesetz einen Beitrag von 70 vH des Gesamtaufwandes an Karenzurlaubsgeld (Barleistungen einschließlich Krankenversicherungsbeiträge) sowie die Refundierung der Gesamtkosten für die Wiedereinstellungsbeihilfe und die Teilzeitbeihilfe.

Kapitel 15 — Titel 156

87

Voranschlagsansatz 2/15580 Arbeitslosenversicherungsbeiträge (zweckgeb. Einnahmen)

Der Arbeitslosenversicherungsbeitrag gemäß § 1 Abs. 1 Ziffer 1 AMPFG ist bis zu der für die Pensionsversicherung festgesetzten Höchstbeitragsgrundlage gemäß § 45 ASVG einzuheben; wobei diese im Jahre 1996 bis zu einem Höchstbetrag von 39 000 S monatlich — bei einem Beitragssatz von 6,0 vH — zu berücksichtigen ist.

Der Ermittlung der Einnahmen an Arbeitslosenversicherungsbeiträgen wurden 2 489 000 Beschäftigte mit Arbeitslosenversicherungspflicht mit einer durchschnittlichen Beitragsgrundlage von 21 745 S monatlich (zuzüglich Sonderzahlungen) zugrunde gelegt.

Voranschlagsansatz 2/15591 Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik (zweckgebundene Einnahmen)

Hier wird der Beitrag des Bundes zur Arbeitsmarktpolitik veranschlagt.

Titel 156 Arbeitsmarktpolitik (II)**Gesetzliche Grundlagen**

Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz 1957, BGBl. Nr. 129, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1996;

Bundesgesetz über die Gewährung von Überbrückungshilfen an ehemalige Bundesbedienstete, BGBl. Nr. 174/1963, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 24/1964;

Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetz, BGBl. Nr. 235/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 81/1983;

Mutterschutzgesetz, BGBl. Nr. 221/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 315/1992;

Aufgaben

Vollziehung der angeführten Gesetze durch das Arbeitsmarktservice.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1994	790,6	571,2
1995	706,8	555,0
1995 vor. Erf.	697,4	543,6
1996	217,9	213,8

Voranschlagsansätze 1/15607 und 1/15617 Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe

Veranschlagt ist der Aufwand an Schlechtwetterentschädigung zuzüglich eines Pauschalbetrages als Abgeltung für die während der Zeit des Arbeitsausfalles von den Dienstgebern geleisteten Sozialabgaben sowie auch der Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung für die Einhebung des Schlechtwetterentschädigungsbeitrages bis 30. April 1996.

Der Schlechtwetterentschädigungsbeitrag beträgt 1,4 vH des Arbeitsverdienstes, wobei dieser bis zu der im Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz in der Pensionsversicherung festgesetzten Höchstbeitragsgrundlage (§ 45 Abs. 1 lit. b ASVG) zu berücksichtigen ist. Die im Jahre 1996 aus dem Schlechtwetterentschädigungsbeitrag zu erwartenden Einnahmen wurden auf Grund des Erfolges 1995 und unter Berücksichtigung der bereits eingetretenen und noch zu erwartenden Lohnerhöhungen errechnet. Die Einnahmen sind bis zum Beitragsmonat April 1996 budgetiert.

Voranschlagsansatz 1/15627 Überbrückungshilfen an ehemalige öffentlich Bedienstete

Hier ist der Aufwand für Unterstützungsleistungen (einschließlich Krankenversicherung) für durchschnittlich 27 Bezieher nach diesem Bundesgesetz veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/15647 Ersatz der Sonderunterstützung nach dem Mutterschutzgesetz

Veranschlagt ist der voraussichtliche Aufwand an Sonderunterstützung, den der Bund nach § 33 des Mutterschutzgesetzes den Krankenkassen zu ersetzen hat.

Titel 157 Einrichtungen der Kriegsof- und Heeresversorgung**Gesetzliche Grundlagen**

Kriegsoferversorgungsgesetz (KOVG) 1957, BGBl. Nr. 152, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 830/1995;

Verordnung über die Rentenanpassung in der Kriegsoferversorgung für das Kalenderjahr 1996, BGBl. Nr. 865/1995;

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Kriegsoferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter, BGBl. Nr. 218/1964;

Zusatzvertrag zur Durchführung und Ergänzung des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Kriegsoferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter, BGBl. Nr. 201/1970;

Heeresversorgungsgesetz (HVG), BGBl. Nr. 27/1964, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 830/1995;

Arbeitsmarktservice-Begleitgesetz, BGBl. Nr. 314/1994, Artikel 33 in der geltenden Fassung.

Verordnung über die Feststellung der Aufwertungsfaktoren der Mindest- und Höchstbemes-sungsgrundlage und die Rentenanpassung in der Heeresversorgung für das Kalenderjahr 1996, BGBl. Nr. 864/1995.

Aufgaben

Dem Bundesminister für Arbeit und Soziales obliegt in unmittelbarer Bundesverwaltung die Vollziehung der Kriegsof- und Heeresversorgung. Im Rahmen der Versorgung werden an Beschädigte und Hinterbliebene Renten- und Rehabilitationsleistungen erbracht. Weiters werden Beschädigten Heilfürsorgeleistungen und Leistungen der orthopädischen Versorgung gewährt.

Organisation

Bundessozialamt für Wien, Niederösterreich und Burgenland in Wien, Prothesenwerkstätte in Wien;

Bundessozialamt für Oberösterreich in Linz, Prothesenwerkstätte in Linz;

Bundessozialämter für Kärnten in Klagenfurt, Salzburg in Salzburg, Steiermark in Graz, Tirol in Innsbruck und Vorarlberg in Bregenz.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	294,4	6 982,2	7 276,6	53,8
1995	301,4	6 933,8	7 235,2	55,3
1995 vor. Erf. .	322,8	6 838,1	7 160,9	48,0
1996	338,3	6 483,1	6 821,4	56,1

Im einzelnen ist zu bemerken:

Paragraph 1570 Bundessozialämter

Vorgesehen sind die Personalausgaben und die Ausgaben für Anlagen und Aufwendungen der Bundessozialämter und der bei den Bundessozialämtern eingerichteten Schiedskommissionen. Neben der Vollziehung des Kriegsof- und Heeresversorgungsgesetzes sind die Bundessozialämter mit der Vollziehung des Behinderteneinstellungsgesetzes (Ausgleichstaxfonds), Bundesgesetz über die Gewährung von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen, Bundesbehindertengesetzes (Nationalfonds, Sozial-Service), Kriegsoferversorgungsgesetzes (Kriegsoferversorgungsfonds) und Impfschadengesetzes sowie der im Artikel 33 des BGBl. Nr. 314 angeführten Gesetze wie zB Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz befaßt.

Anlagen

Der Bedarf betrifft Einrichtungsgegenstände und die EDV-Ausstattung der Bundessozialämter.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier ist der Aufwand für Geburten- und Familienbeihilfen veranschlagt.

Aufwendungen

Neben den Erfordernissen für den laufenden Betrieb sind die Aufwendungen für Leistungen der Post, Geldverkehrsspesen (von den Buchhaltungen der Bundessozialämter werden auch sämtliche Scheckverkehrs-Baranweisungen des Arbeitsmarktservice und der Untersuchungsanstalten durchgeführt), Vergütungen für Leistungen des Bundesrechenamtes und für ärztliche Begutachtungen hervorzuheben.

Paragrah 1572 Bundesstaatl. Prothesenwerkstätten (Betriebsähnl. Einrichtungen)

Dieser Paragraph umfaßt die Personalausgaben und die Ausgaben für Anlagen und Aufwendungen der Prothesenwerkstätten in Wien und Linz. Von den Prothesenwerkstätten werden für die orthopädische Versorgung der Kriegsbeschädigten Körperersatzstücke, orthopädische Behelfe und andere Hilfsmittel erzeugt und repariert.

Voranschlagsansatz 1/15737 Heilfürsorge

Beschädigte haben Anspruch auf Heilfürsorge bei jeder als Dienstbeschädigung anerkannten Gesundheitsschädigung und deren Folgen. Die Heilfürsorge umfaßt ärztliche Hilfe, Zahnbehandlung, Haus- und Krankenanstaltspflege sowie Krankengeld. Im Rahmen der erweiterten Heilfürsorge, die unter bestimmten Voraussetzungen gewährt wird, sind Kuraufenthalt sowie die Unterbringung in Rehabilitationskrankenanstalten und Genesungsheimen vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/15747 Berufliche und soziale Maßnahmen

Die berufliche Ausbildung dient der Eingliederung oder Wiedereingliederung der Beschädigten in das Erwerbsleben. Weiters sind Maßnahmen zur Ermöglichung der Fortsetzung der Erwerbstätigkeit und der sozialen Rehabilitation für Beschädigte vorgesehen. Ihre Bedeutung verlagert sich infolge des steigenden Alters der Kriegsbeschädigten zunehmend in den Bereich der Heeresversorgung.

Voranschlagsansatz 1/15757 Orthopädische Versorgung

Das Ziel der orthopädischen Versorgung ist die Wiedergewinnung oder Erhöhung der infolge Dienstbeschädigung geminderten Erwerbsfähigkeit und die Behebung oder Erleichterung der Folgen der Dienstbeschädigung. Die orthopädische Versorgung umfaßt die Ausstattung mit Körperersatzstücken, orthopädischen und anderen Hilfsmitteln sowie deren Wiederherstellung und Erneuerung.

Voranschlagsansatz 1/15767 Versorgungsgebühren

Vorgesehen sind hier die Rentenleistungen für Beschädigte und Hinterbliebene nach dem Kriegsopfer- oder Heeresversorgungsgesetz. Neben den Rentenleistungen sind hier noch die Aufwendungen für Rentenabfertigungen und Sterbegeld sowie für Pflegegeld nach dem Bundespflegegeldgesetz an Rentenbezieher nach dem KOVG und HVG veranschlagt. Die Renten unterliegen der jährlichen Anpassung im selben Ausmaß wie die Pensionen nach dem ASVG. Der Anpassungsfaktor für 1996 beträgt 1,023 (1967: 1,081, 1968: 1,064, 1969: 1,071, 1970: 1,054, 1971: 1,071, 1972: 1,074, 1973: 1,090, 1974: 1,104, 1975: 1,102, 1976: 1,115, 1977: 1,070, 1978: 1,069, 1979: 1,065, 1980: 1,056, 1981: 1,051, 1982: 1,052, 1983: 1,055, 1984: 1,040, 1985: 1,033, 1986: 1,035, 1987: 1,038, 1988: 1,023, 1989: 1,021, 1990: 1,030, 1991: 1,050, 1992: 1,040, 1993: 1,040, 1994: 1,025, 1995: 1,028).

Von dem mit 5 706,9 Millionen Schilling veranschlagten Gesamtaufwand entfallen

	Millionen Schilling
auf Familienbeihilfen	6,1
auf Rentengebühren für Beschädigte (KOV)	2 266,4
auf Rentengebühren für Witwen bzw. Witwer (KOV)	3 000,0
auf Rentengebühren für Waisen (KOV)	80,0
auf Rentengebühren für Eltern (KOV)	17,0
auf Rentengebühren für Beschädigte (HV)	110,0
auf Rentengebühren für Witwen (HV)	3,2
auf Rentengebühren für Waisen (HV)	1,7
auf Rentengebühren für Eltern (HV)	0,8
auf Sterbegeld (KOV und HV)	29,1
auf Abfertigungen von Witwenrenten (KOV und HV)	0,6
auf Rentenumwandlungen (KOV und HV)	2,0
und auf Pflegegeld nach dem BPGG	190,0

Der Voranschlag 1996 berücksichtigt die Erhöhung der Versorgungsleistungen und den Minderbedarf infolge des natürlichen Rückganges der Zahl der Anspruchsberechtigten. Die Zahl der Rentempfänger ist seit vielen Jahren rückläufig; dieser Rückgang liegt derzeit bei rd. 5,4 vH jährlich. Am 1. Juli 1995 standen 96 179 Versorgungsberechtigte (46 808 Beschädigte, 47 419 Witwen, 1 267 Waisen, 685 Eltern) im Rentenbezug gegenüber 101 675 am 1. Juli 1994.

Die Gesamtzahl der Anspruchsberechtigten nach dem Heeresversorgungsgesetz betrug am 1. Juli 1995 1 550 Personen, und zwar 1 454 Beschädigte, 44 Witwen, 25 Waisen und 27 Eltern, gegenüber 1 508 Personen am 1. Juli 1994.

Voranschlagsansatz 1/15777 Krankenversicherung

Hinterbliebenen und Angehörigen von Schwerbeschädigten nach dem KOVG und HVG wird, sofern sie nicht auf Grund anderer gesetzlicher Vorschriften versichert sind, krankenversicherungsrechtlicher Schutz gewährleistet. Die Versicherten erhalten die in der Allgemeinen Sozialversicherung vorgesehenen Leistungen. Der Aufwand der Träger der Krankenversicherung ist vom Bund zu ersetzen.

Voranschlagsansatz 1/15778 Härteausgleiche

Vorgesehen sind hier die Leistungen für Beschädigte und Hinterbliebene nach dem Kriegsofopfer- oder Heeresversorgungsgesetz, die als Ausgleich aufgrund besonderer Härten gewährt werden.

Paragraph 1/1578 Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland

Die Aufwendungen auf Grund des Vertrages über Kriegsofopferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter betreffen im wesentlichen Heilfürsorge, Krankenbehandlung und orthopädische Versorgung der deutschen Versorgungsberechtigten in Österreich und der österreichischen Versorgungsberechtigten in der Bundesrepublik Deutschland. Der Aufwand für die deutschen Versorgungsberechtigten in Österreich wurde mit 7,8 Millionen Schilling, der Ersatz des Aufwandes für die österreichischen Versorgungsberechtigten in der Bundesrepublik Deutschland mit 2,3 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/15798 Fahrausweise und Sonderfürsorge

Beschädigten ab einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 70 vH werden für die Gewährung von Fahrpreisermäßigungen Berechtigungsmarken beigestellt. Von den Bundessozialämtern wurden im Jahre 1995 7 996 Berechtigungsmarken für Beschädigte und 1 264 Berechtigungsmarken für Begleitpersonen ausgegeben.

Außerdem ist bei diesem Voranschlagsansatz für die Gewährung von Unterstützungen an bedürftige Versorgungsberechtigte in Notstandsfällen vorgesorgt.

Paragraph 2/1572 Bundesstaatl. Prothesenwerkstätten (Betriebsähnli. Einrichtungen)

Hervorzuheben sind die Vergütungen der Bundessozialämter für die Erzeugung und Reparatur von Körperersatzstücken, orthopädischen Behelfen und anderen Hilfsmitteln, die Kriegsbeschädigten im Rahmen der orthopädischen Versorgung beigestellt werden.

Voranschlagsansatz 2/15784 Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland/Kostenersatz

Kostenersatz der Bundesrepublik Deutschland für die Aufwendungen Österreichs für die deutschen Versorgungsberechtigten im Rahmen des Vertrages über Kriegsofopferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter.

Voranschlagsansatz 2/15794 Sonstige Einnahmen der Kriegsofopfer- und Heeresversorgung

Hauptsächlich Beiträge der nach dem KOVG und HVG Krankenversicherten.

Ausgleichstaxfonds

Der Ausgleichstaxfonds hat seine Rechtsgrundlage im §10 des Behinderteneinstellungsgesetzes, BGBl. Nr. 22/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 314/1994.

Die Einnahmen des Fonds bestehen aus den nach dem Behinderteneinstellungsgesetz zu entrichtenden Ausgleichstaxen sowie aus den Erträgen der Veranlagung des Fondsvermögens. Die Mittel des Fonds sind für Zwecke der Fürsorge für die nach dem Behinderteneinstellungsgesetz begünstigten Personen, zur Ausstattung von Geschützten Werkstätten mit Maschinen und sonstigen Behelfen, für die Gewährung von Zuschüssen an Betriebe zur Erleichterung der Einstellung und Beschäftigung von Behinderten, für Zwecke der Fürsorge für die nach dem Kriegsofopferverorgungs-

Kapitel 15 — Titel 159

91

gesetz anspruchsberechtigten Personen sowie für Inhaber einer Amtsbescheinigung oder eines Opferausweises und deren Witwen, Witwer, Waisen, Kinder, hinterbliebene Lebensgefährtinnen und Lebensgefährten sowie für Personen, die — ohne Inhaber einer Amtsbescheinigung zu sein — wiederkehrende Leistungen nach dem OFG beziehen, zu verwenden.

Der Fonds wird vom Bundesminister für Arbeit und Soziales unter Anhörung eines Beirates verwaltet, der aus Vertretern der organisierten Kriegsoffer, organisierten Behinderten, Opferbefürsorgten, Ländervertretern sowie Vertretern der Dienstnehmer und Dienstgeber und des Bundesministeriums für Finanzen besteht.

Kriegsofferfonds

Der Kriegsofferfonds hat seine Rechtsgrundlage im Bundesgesetz BGBl. Nr. 217/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 687/1991, und wird vom Bundesminister für Arbeit und Soziales unter Anhörung eines Beirates verwaltet. Zweck des Fonds ist die Fürsorge für Beschädigte und Witwen mit einem Anspruch auf eine Rente nach dem Kriegsoffer- oder Heeresversorgungsgesetz, die einer finanziellen Hilfe bedürfen, und zwar durch Gewährung zinsfreier Darlehen.

Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte

Der Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte hat seine Rechtsgrundlage im Bundesbehindertengesetz, BGBl. Nr. 283/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 314/1994.

Aus dem Fonds werden Leistungen für besondere Maßnahmen der medizinischen, beruflichen oder sozialen Rehabilitation gewährt, sofern keine anderen Förderungsmöglichkeiten bestehen und dadurch soziale Härtefälle beseitigt werden. Empfänger von Leistungen können Personen sein, die auf Grund eines körperlichen, geistigen oder psychischen Schadens voraussichtlich dauernd außerstande sind, sich voll oder teilweise aus eigener Kraft wie ein nichtbehinderter Mensch die entsprechende Stellung in Beruf und Gesellschaft zu sichern, und Vereine, die sich überwiegend die Betreuung behinderter Menschen zur Aufgabe gestellt haben und die eine angestrebte und im öffentlichen Interesse gelegene Rehabilitationsmaßnahme aus eigenen Mitteln nicht zu finanzieren vermögen. Zuwendungen erfolgen nach Maßgabe der Fondsmittel.

Weiters wird behinderten Menschen unter bestimmten Voraussetzungen die Mehrbelastung abgegolten, die sich aus der Normverbrauchsabgabe und der anteiligen Umsatzsteuer beim Ankauf von Kraftfahrzeugen ergibt. Diese Ausgaben werden dem Fonds vom Bund ersetzt (siehe auch Voranschlagsansatz 1/15436).

Die Verwaltung des Fonds obliegt dem Bundesminister für Arbeit und Soziales. Organ des Fonds ist ein Kuratorium, dem Vertreter des Bundes, der Länder, der im Hauptausschuß des Nationalrates vertretenen Parteien, des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger und von Vereinigungen, die die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen von Behinderten zum Ziele haben, angehören.

Titel 159 Verschiedene Dienststellen**Gesetzliche Grundlagen**

Arbeitsverfassungsgesetz, BGBl. Nr. 22/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 624/1994;

Schlichtungsstellen — Geschäftsordnung, BGBl. Nr. 444/1987;

Heimarbeitsgesetz 1960, BGBl. Nr. 105/1961, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 836/1992;

Verordnung über die Errichtung von Heimarbeitskommissionen, BGBl. Nr. 264/1969, zuletzt geändert durch die Verordnung BGBl. Nr. 462/1987;

Heimarbeitskommissions-Rahmengeschäftsordnung, BGBl. Nr. 223/1954, zuletzt geändert durch die Verordnung BGBl. Nr. 737/1993;

Arbeitsinspektionsgesetz 1993, BGBl. Nr. 27/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 871/1995;

Strahlenschutzgesetz, BGBl. Nr. 227/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 396/1986;

Strahlenschutzverordnung, BGBl. Nr. 47/1972;

Bundesbediensteten-Schutzgesetz — BSG, BGBl. Nr. 164/1977, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 323/1977.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	181,4	58,5	239,9	5,1
1995	184,1	74,0	258,1	6,1
1995 vor. Erf. .	194,8	64,6	259,4	5,3
1996	202,8	65,3	268,1	6,2

Paragraph 1590 Heimarbeitskommissionen, Schlichtungsstellen

Aufgaben und Organisation

Anzahl der Ämter:

Bei den 16 für Arbeits- und Sozialrechtssachen zuständigen Gerichtshöfen erster Instanz sind auf Antrag Schlichtungsstellen gemäß § 144 Abs. 1 Arbeitsverfassungsgesetz zu errichten;

5 Heimarbeitskommissionen, u. zw. 4 in Wien und eine in Vorarlberg; Berufungskommission für Heimarbeit.

Die Schlichtungsstellen entscheiden in Streitigkeiten über den Abschluß, die Änderung oder die Aufhebung von Betriebsvereinbarungen gemäß §§ 96 a Abs. 1 und 97 Abs. 1 Z 1—6 a Arbeitsverfassungsgesetz.

Die Heimarbeitskommissionen sind auf Grund des Heimarbeitsgesetzes 1960 errichtet. Sie haben die Aufgabe, für die ihrer Zuständigkeit unterworfenen Zweige der Heimarbeit die Arbeits- und Lieferungsbedingungen zu regeln, Heimarbeitsstarife zu erlassen, Entgeltberechnungen auf ihre Übereinstimmung mit dem jeweils geltenden Heimarbeitsgesamtvertrag, Heimarbeitsstarif (Kollektivvertrag, Tarifordnung) oder Einzelvertrag zu überprüfen und das für die Stück- oder Leistungseinheit gebührende Entgelt festzustellen (zur Erledigung dieser Aufgabe hat die Heimarbeitskommission einen Entgeltberechnungsausschuß einzusetzen). Weiters haben die Heimarbeitskommissionen einen Kataster der von ihnen erlassenen Heimarbeitsstarife und der hinterlegten Heimarbeitsgesamtverträge zu führen bzw. Gutachten über deren Auslegung abzugeben.

Die Berufungskommission für Heimarbeit entscheidet über Berufungen gegen Bescheide der Entgeltberechnungsausschüsse endgültig.

Ausgaben

Dieser Paragraph umfaßt die Personalausgaben und die Ausgaben für Anlagen und Aufwendungen der Heimarbeitskommissionen und der Berufungskommission; hinsichtlich der Schlichtungsstellen sind die Aufwandsentschädigungen der Vorsitzenden, der Beisitzer und Kanzleibediensteten sowie andere Verwaltungsaufwendungen berücksichtigt.

Die Kanzleigeschäfte der Schlichtungsstellen werden von Bediensteten aus dem Personalstand des jeweils zuständigen mit Arbeits- und Sozialrechtssachen in erster Instanz befaßten Gerichtshofes besorgt.

Paragraph 1592 Arbeitsinspektion

Aufgaben und Organisation

Die Arbeitsinspektion hat auf Grund des Arbeitsinspektionsgesetzes 1993, BGBl. Nr. 27, im Rahmen ihres Wirkungsbereiches den gesetzlichen Schutz der Arbeitnehmer wahrzunehmen. Es bestehen 20 Arbeitsinspektorate, u. zw.: 7 Inspektorate mit dem Sitz in Wien (der Wirkungsbereich von 2 Arbeitsinspektoraten und des Arbeitsinspektorates für Bauarbeiten erstreckt sich zum Teil auch auf Gebiete von Niederösterreich) und je ein Inspektorat in Wiener Neustadt, St. Pölten, Krems, Linz, Wels, Vöcklabruck, Salzburg, Graz, Leoben, Klagenfurt, Innsbruck (mit einer Außenstelle in Lienz), Bregenz und Eisenstadt. Durch das Inkrafttreten des Bundesbediensteten-Schutzgesetzes — BSG, BGBl. Nr. 164/1977, mit 1. Jänner 1978 wurde der Aufgabenbereich der Arbeitsinspektion auf die Dienststellen des Bundes, ausgenommen jene, die der Verkehrs-Arbeitsinspektion unterliegen, ausgedehnt.

Anlagen

Vor allem wurde für die durch die immer weiterschreitende technische Entwicklung in der Arbeitswelt notwendige Vervollständigung des technischen Ausstattungsstandards auf dem Meßgerätesektor vorgesorgt.

Von den zur Verfügung stehenden Dienstkraftwagen sind 2 im Jahre 1996 durch neue zu ersetzen. Der restliche Voranschlag betrifft die Anschaffung von Büromaschinen und Amtsausstattung.

Förderungen

Nach § 3 Abs. 4 des Arbeitsinspektionsgesetzes 1993 hat die Arbeitsinspektion auf die Weiterentwicklung des Arbeitnehmerschutzes besonders zu achten und nötigenfalls die hierfür notwendigen Veranlassungen zu treffen. Die hier vorgesehenen Mittel dienen dieser der Arbeitsinspektion auferlegten Verpflichtung.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Auf Grund des Strahlenschutzgesetzes, BGBl. Nr. 227/1969, und der Strahlenschutzverordnung, BGBl. Nr. 47/1972, ist der Bund verpflichtet, die Kosten der ärztlichen Untersuchungen beruflich strahlenexponierter Personen zu einem Drittel, für einen besonderen Personenkreis jedoch zur Gänze, zu tragen. Die Kosten der Untersuchungen auf Inkorporation radioaktiver Stoffe (Ganzkörpermessungen und Ausscheidungsanalysen) sind besonders hoch.

Die Untersuchungskosten werden gegenüber 1995 steigende Tendenz aufweisen.

Weiters ist der Aufwand für Geburten- und Familienbeihilfen vorgesehen.

Aufwendungen

Für die Durchführung der Aufgaben der Arbeitsinspektion sind 345 Planstellen für Arbeitsinspektoren vorgesehen. Die noch zu intensivierende Tätigkeit dieser Organe erfolgt zum größten Teil im Außendienst; in erster Linie werden Betriebsinspektionen durchgeführt. Ferner nehmen die Arbeitsinspektoren an kommissionellen Verhandlungen im Zuge der Errichtung oder Erweiterung von Betriebsanlagen teil und führen besondere Erhebungen in Angelegenheiten des technischen und arbeitshygienischen Arbeitnehmerschutzes sowie des Verwendungsschutzes und Kontrollen hinsichtlich der illegalen Ausländerbeschäftigung (inklusive Parteistellung im Verfahren) durch. Infolge des großen Umfanges der Außendiensttätigkeit entfallen rd. 34 vH der Aufwendungen auf Inlandreisen.

Weiters ist hier auch der Verwaltungsaufwand berücksichtigt.

Kapitel 16 Sozialversicherung

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt D, für die Sozialversicherung.

Gesamtgebarung

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Schilling
1994	55 242,4	1 021,0
1995	60 468,3	143,0
1995 vorl. Erf.....	68 446,5	220,3
1996	66 600,0	143,0

Im einzelnen ist zu bemerken:

Titel 160 Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag)

Gesetzliche Grundlagen

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. xxx/1996 (Sozialrechts-Änderungsgesetz 1996), § 80, 80a und 80b;

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz (GSVG), BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. xxx/1996 (Sozialrechts-Änderungsgesetz 1996), § 34 und 34b;

Bundesgesetz über die Sozialversicherung freiberuflich selbständig Erwerbstätiger (FSVG), BGBl. Nr. 624/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. xxx/1996 (Sozialrechts-Änderungsgesetz 1996); unter Berücksichtigung der Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 23. Dezember 1978, BGBl. Nr. 662/1978;

Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. xxx/1996 (Sozialrechts-Änderungsgesetz 1996), § 31 und 31e;

Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG), BGBl. Nr. 354/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 473/1992 (NSchG-Novelle 1992), Art. XI;

Aufwertungszahl für 1996 1,043 gemäß BGBl. Nr. 808/1995;

Anpassungsfaktor für 1996 1,023 gemäß BGBl. Nr. 761/1995.

Aufgaben

Die Grundsätze, nach denen die Errechnung der Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung erfolgten, waren nach Kriegsende vielen Änderungen unterworfen. Eine ausführliche Darstellung dieser Änderungen und die Entwicklung bis zum Jahre 1984 ist im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1977 I. Teil, Abschnitt C. Sonstiges (Punkt VII. 4.11) und in den entsprechenden Abschnitten der Amtsbehelfe der Folgejahre enthalten. Ab dem Jahre 1985 sind die Bundesbeiträge in der Pensionsversicherung sowohl der Unselbständigen als auch der Selbständigen in Form einer Ausfallhaftung mit einem Mehrertrag von 0,5 vH, ab dem Jahre 1987 mit einem Mehrertrag von 0,2 vH der Gesamtaufwendungen und ab dem Jahre 1994 ohne Mehrertrag festgesetzt.

Die Aufbringung der Mittel in der Pensionsversicherung nach dem ASVG erfolgt durch Beiträge der Versicherten, der Dienstgeber und durch den Bundesbeitrag; in der Pensionsversicherung nach dem GSVG und dem BSVG tritt anstelle der Dienstgeberbeiträge ein Beitrag des Bundes.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Schilling
1994	42 499,4	812,0
1995	47 629,9	0,0
1995 vorl. Erf.....	55 918,6	32,9
1996	53 900,4	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Pensionsanpassung durch das Pensionsanpassungsgesetz und die natürliche Zunahme der Pensionslast bewirken eine Steigerung der Gesamtaufwendungen in der Pensionsversicherung, die

Kapitel 16 — Titel 160

95

die Zunahme der Gesamterträge übersteigt. Der Unterschied zwischen dem BVA 1995 und dem vorläufigen Erfolg 1995 ist auf Vorzieheffekte bei der Inanspruchnahme der vorzeitigen Alterspension, stärkere Pensionszugänge aus dem Bereich der Arbeitslosigkeit und der Sonderunterstützung sowie ein geringeres Wirtschaftswachstum als in den bei der Erstellung des BVA gültigen Prognosen angenommen worden ist, zurückzuführen. Im Jahre 1996 wurde der zu erwartende Bundesbeitrag durch verschiedene Einsparungsmaßnahmen um rund 6,6 Milliarden Schilling auf rund 53,9 Milliarden Schilling reduziert.

Bei den in den Jahren 1994 und 1995 aufscheinenden Einnahmen handelt es sich um in den Jahren 1993 und 1994 zu hoch akontierte Bundesbeiträge, die refundiert wurden.

Ausgaben

In der Pensionsversicherung nach dem ASVG leistet der Bund gemäß § 80 ASVG für jedes Geschäftsjahr einen Beitrag in der Höhe des Betrages, um den die Aufwendungen die Erträge übersteigen. Hierbei sind bei den Aufwendungen die Ausgleichszulagen sowie der Verwaltungs- und Verrechnungsaufwand der Pensionsversicherungsträger mit Ausnahme der Vergütungen an Sozialversicherungsträger, bei den Erträgen der Bundesbeitrag, die Ersätze für Ausgleichszulagen sowie der Beitrag gemäß § 80 b ASVG außer Betracht zu lassen.

In der Pensionsversicherung nach dem GSVG hat der Bund gemäß § 34 Abs. 1 GSVG für jedes Geschäftsjahr aus dem Steueraufkommen der nach diesem Bundesgesetz Pflichtversicherten einen Beitrag zu überweisen. Gemäß § 34 Abs. 2 leistet der Bund darüber hinaus einen Beitrag in der Höhe des Betrages, um den die Aufwendungen die Erträge übersteigen.

In der Pensionsversicherung nach dem BSVG hat der Bund gemäß § 31 Abs. 2 BSVG für jedes Geschäftsjahr einen Beitrag zu leisten. Gemäß § 31 Abs. 3 leistet der Bund darüber hinaus einen Beitrag in der Höhe des Betrages, um den die Aufwendungen die Erträge übersteigen.

In der Pensionsversicherung nach dem GSVG bzw. dem BSVG sind bei der Berechnung des Bundesbeitrages gemäß § 34 Abs. 2 GSVG bzw. § 31 Abs. 3 BSVG bei den Aufwendungen die Ausgleichszulagen sowie der Verwaltungs- und Verrechnungsaufwand der Pensionsversicherungsträger mit Ausnahme der Vergütungen an Sozialversicherungsträger, bei den Erträgen der Bundesbeitrag, die Ersätze für Ausgleichszulagen sowie der Beitrag gemäß § 34 b GSVG bzw. § 31 e BSVG außer Betracht zu lassen.

Weiters leistet der Bund zur Tragung des Verwaltungs- und Verrechnungsaufwandes der Pensionsversicherungsträger gemäß § 80 b ASVG bzw. § 34 b GSVG bzw. § 31 e BSVG einen Beitrag bis zur Höhe des Verwaltungs- und Verrechnungsaufwandes des Jahres 1995.

Die Eckdaten der Gebarung 1996 der Pensionsversicherungsträger:

Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter

Durchschnittlicher Stand an Pensionen.....	939 231
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten.....	1 228 000
	Millionen Schilling
Pensionsaufwand	98 073,8
Pflichtbeiträge	58 026,0
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds.....	29 243,0
Bundesbeitrag für 1996	19 450,9

Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen

Durchschnittlicher Stand an Pensionen.....	15 201
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten.....	21 800
	Millionen Schilling
Pensionsaufwand	1 606,4
Pflichtbeiträge	1 108,0
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds.....	480,5
Bundesbeitrag für 1996	367,7

96

Kapitel 16 — Titel 160**Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten**

Durchschnittlicher Stand an Pensionen.....	530 890
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten.....	1 324 200

Millionen Schilling

Pensionsaufwand	92 157,6
Pflichtbeiträge	81 824,0
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds.....	10 717,3
Bundesbeitrag für 1996	6 578,3

Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues

Durchschnittlicher Stand an Pensionen.....	25 505
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten.....	10 000

Millionen Schilling

Pensionsaufwand	4 423,7
Pflichtbeiträge	910,0
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds.....	2 462,7
Bundesbeitrag für 1996	1 640,7

Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft

Durchschnittlicher Stand an Pensionen nach dem GSVG.....	152 102
Durchschnittlicher Stand an Pensionen nach dem FSVG.....	1 131
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten nach dem GSVG.....	210 600
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten nach dem FSVG.....	10 900

Millionen Schilling

Pensionsaufwand nach dem GSVG.....	20 016,6
Pensionsaufwand nach dem FSVG	310,3
Pflichtbeiträge der selbständig Erwerbstätigen	6 565,0
Pflichtbeiträge der freiberuflich selbständig Erwerbstätigen.....	840,0
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds.....	893,9
Bundesmittel für 1996	13 995,0

Sozialversicherungsanstalt der Bauern

Durchschnittlicher Stand an Pensionen.....	192 718
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten.....	206 000

Millionen Schilling

Pensionsaufwand	14 317,7
Pflichtbeiträge	3 799,0
Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds.....	753,6
Bundesmittel für 1996	11 867,8

Anpassung der Pensionen

In verschiedenen Novellen zum ASVG und später auch zum GSPVG war der Versuch unternommen worden, durch eine pauschale und später durch eine individuelle Aufwertung der Pensionen der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung zu tragen und damit möglichst alle Pensionen, ungeachtet des Zeitpunktes ihres Anfalles, dem Lohn- und Gehaltsniveau eines bestimmten Jahres anzupassen.

6*

Kapitel 16 — Titel 160

97

Ab dem Jahre 1966 wurde im Zusammenhang mit der Einführung der Pensionsdynamik eine Neuregelung in Form des Pensionsanpassungsgesetzes, BGBl. Nr. 96/1965, getroffen.

Durch dieses Gesetz wurden die bisher nur fallweisen Nachziehungen der laufenden Geldleistungen aus der Pensions- und Unfallversicherung durch ein System regelmäßiger Anpassung ersetzt.

Der Beirat für die Renten- und Pensionsanpassung kann bis zum 15. Juli eines jeden Jahres dem Bundesminister für Arbeit und Soziales eine vorläufige Empfehlung darüber vorlegen, in welcher Höhe der Anpassungsfaktor festgesetzt werden soll. Bis zum 31. Oktober eines jeden Jahres hat der Beirat dem Bundesminister für Arbeit und Soziales in einem Gutachten den Anpassungsfaktor vorzuschlagen. Dabei hat der Beirat die Grundsätze des § 108 f Abs. 3, 4 und 5 ASVG zu berücksichtigen, nach denen auf den Anpassungsrichtwert und die Anpassungsbandbreite Bedacht zu nehmen ist. Dabei steht dem Beirat eine vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales vorgelegte Berechnung über die voraussichtliche Gebarung der Träger der Pensionsversicherung für die folgenden fünf Jahre zur Verfügung. Die Festsetzung des jeweiligen Anpassungsfaktors erfolgt durch Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Soziales.

Die Entwicklung der Anpassungsfaktoren ab 1966 zeigt die folgende Übersicht:

für das Jahr

1966.....	1,070	1982.....	1,052
1967.....	1,081	1983.....	1,055
1968.....	1,064	1984.....	1,040
1969.....	1,071	1985.....	1,033
1970.....	1,054	1986.....	1,035
1971.....	1,071	1987.....	1,038
1972.....	1,074	1988.....	1,023
1973.....	1,090	1989.....	1,021
1974.....	1,104	1990.....	1,040 ¹⁾
1975.....	1,102	1991.....	1,050
1976.....	1,115	1992.....	1,040
1977.....	1,070	1993.....	1,040
1978.....	1,069	1994.....	1,025
1979.....	1,065	1995.....	1,028
1980.....	1,056	1996.....	1,023
1981.....	1,051		

¹⁾ 3,0% und 1,0% (4,03%).

Die Wirkung der Anpassung auf die Höhe der einzelnen Pensionen veranschaulicht die folgende Übersicht. Den Erhöhungen durch die Anpassung wurden die Steigerungen des Index der Verbraucherpreise gegenübergestellt.

Eine Pension von 2000 S im Jahre 1965 erhöhte sich seither

im Jahre	auf in Schilling	der Pension	Jährliche Steigerung des VPI 1966 (1976, 1986) in Prozent
1966.....	2 140,00	7,0	2,2
1967.....	2 313,30	8,1	4,0
1968.....	2 461,40	6,4	2,8
1969.....	2 636,20	7,1	3,1
1970.....	2 778,60	5,4	4,4
1971.....	2 975,90	7,1	4,7
1972.....	3 196,10	7,4	6,3
1973.....	3 483,70	9,0	7,6
I/1974 ¹⁾	3 846,00	12,1	9,5
VII/1974 ²⁾	3 961,40		
I/1975 ³⁾	4 365,50	13,5	8,4
VII/1975 ²⁾	4 496,50		
1976 ⁴⁾	5 013,60	13,1	7,3
1977.....	5 364,60	7,0	5,5

Fußnoten siehe Seite 98.

7 Arbeits(Amts)behelf zum BFG 1996

im Jahre	auf in Schilling	der Pension	Jährliche Steigerung des VPI 1966 (1976, 1986) in Prozent
1978	5 734,80	6,9	3,6
1979	6 107,60	6,5	3,7
1980	6 449,60	5,6	6,4
1981	6 778,50	5,1	6,8
1982	7 131,00	5,2	5,4
1983	7 523,20	5,5	3,3
1984	7 824,10	4,0	5,6
1985	8 082,30	3,3	3,2
1986	8 365,20	3,5	1,7
1987	8 683,10	3,8	1,4
I/1988	8 683,10	1,2	2,0
VII/1988 ⁵⁾	8 882,80		
1989 ⁶⁾	9 069,30	3,3	2,5
1990 ⁷⁾	9 434,80	4,0	3,3
1991	9 906,50	5,0	3,3
1992	10 302,80	4,0	4,1
1993	10 714,90	4,0	3,6
1994	10 982,80	2,5	3,0
1995	11 290,30	2,8	2,2
1996	11 550,00	2,3	2,2 ⁸⁾

1) Erhöhung um 10,4%.

2) Erhöhung um 3,0%.

3) Erhöhung um 10,2%.

4) Erhöhung am 1. Jänner 1976 um 11,5%.

5) Erhöhung um 2,3%.

6) Erhöhung am 1. Jänner 1989 um 2,1%.

7) Erhöhung am 1. Jänner 1990 um 3,0% und 1,0% (4,03%).

8) Schätzwert.

Titel 161 Bundesministerium; Ausgleichszulagen

Gesetzliche Grundlagen

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1996 (Sozialrechts-Änderungsgesetz 1996), § 293;

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz (GSVG), BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1996 (Sozialrechts-Änderungsgesetz 1996), § 150;

Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1996 (Sozialrechts-Änderungsgesetz 1996), § 141;

Aufwertungszahl für 1996 1,043 gemäß BGBl. Nr. 808/1995;

Anpassungsfaktor für 1996 1,023 gemäß BGBl. Nr. 761/1995;

Finanzausgleichsgesetz 1993 (FAG 1993), BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 853/1995.

Aufgaben

Durch die Ausgleichszulage soll dem Pensionsberechtigten — außerhalb der eigentlichen Versicherungsleistungen — eine gewisse Mindestleistung (Richtsatz) unter Berücksichtigung seines Gesamteinkommens und seines Familienstandes garantiert werden.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1994	11 349,4	63,6
1995	11 494,6	0,0
1995 vorl. Erf.....	11 209,9	52,1
1996	11 198,4	0,0

Kapitel 16 — Titel 161

99

Unterschiede gegen Vorjahre

Bei den in den Jahren 1994 und 1995 aufscheinenden Einnahmen handelt es sich um in den Jahren 1993 und 1994 an die Träger der Pensionsversicherung zu hoch akontierte Ausgleichszulagen, die refundiert wurden.

Ausgaben

Nach den Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1993 trägt der Bund die nach dem ASVG, GSVG und BSVG ausbezahlten Ausgleichszulagen.

Gemäß den §§ 293 ASVG, 150 GSVG und 141 BSVG betragen die Richtsätze ab 1. Jänner 1996 (zum Vergleich ab 1. Jänner 1995):

	Schilling
1. für Pensionsberechtigte aus eigener Pensionsversicherung	
a) wenn sie mit dem Ehegatten (der Ehegattin) im gemeinsamen Haushalt leben	11 253 (11 000)
b) wenn die Voraussetzungen nach a) nicht zutreffen	7 887 (7 710)
2. für Pensionsberechtigte auf Witwen-(Witwer-)Pension	7 887 (7 710)
3. für Pensionsberechtigte auf Waisenpension	
a) bis zur Vollendung des 24. Lebensjahres	2 945 (2 879)
falls beide Elternteile verstorben sind	4 423 (4 324)
b) nach Vollendung des 24. Lebensjahres	5 233 (5 115)
falls beide Elternteile verstorben sind	7 887 (7 710)

Der Richtsatz nach 1. erhöht sich für jedes Kind um 840 (821) Schilling.

Die Richtsätze sind im letzten Jahrzehnt mehrere Male über die normale Anpassung der Pensionen hinaus erhöht worden. Die Entwicklung der Mindestpension (Richtsatz) für Alleinstehende und Verheiratete seit 1966 zeigt die nachstehende Übersicht. Gegenübergestellt wurden die Steigerungen des Pensionistenindex 1966, 1976 bzw. 1986.

Richtsätze für Ausgleichszulagenempfänger

	Richtsatz für Alleinstehende in Schilling	jährliche Steigerung in %	Richtsatz für Verheiratete in Schilling	jährliche Steigerung in %	jährliche Steigerung des Pensionistenindex 1966 (1976, 1986) in %
VII/1965	915	—	1 265	—	—
1966	979	7,0	1 354	7,0	2,6
1967	1 068	9,1	1 483	9,5	5,8
1968	1 136	6,4	1 578	6,4	3,3
1969	1 217	7,1	1 690	7,1	3,4
I/1970 ¹⁾	1 283	7,5	1 782	7,5	5,0
VII/1970 ²⁾	1 333		1 851		
I/1971 ³⁾	1 428	13,0	1 983	13,0	5,4
VII/1971 ⁴⁾	1 528		2 122		
1972 ⁵⁾	1 641		2 279		
1973	1 800	9,7	2 575	13,0	7,8
I/1974 ⁶⁾	2 000	12,8	2 861	12,8	8,5
VII/1974 ⁷⁾	2 060		2 947		
I/1975 ⁸⁾	2 285		3 270		
VII/1975 ⁷⁾	2 354	14,3	3 368	14,3	9,1
1976 ⁹⁾	2 625	13,2	3 755	13,1	8,0
1977	2 860	9,0	4 090	8,9	6,0
1978	3 092	8,1	4 422	8,1	3,7
1979	3 308	7,0	4 731	7,0	3,7
1980	3 493	5,6	4 996	5,6	6,0
1981	3 703	6,0	5 316	6,4	7,3
1982	3 955	6,8	5 677	6,8	5,9
1983	4 173	5,5	5 989	5,5	3,2
1984 ¹⁰⁾	4 370	4,7	6 259	4,5	6,0
1985	4 514	3,3	6 466	3,3	3,3
1986	4 672	3,5	6 692	3,5	2,1

Fußnoten siehe Seite 100.

100

Kapitel 16 — Titel 162

	Richtsatz für Alleinstehende in Schilling	jährliche Steigerung in %	Richtsatz für Verheiratete in Schilling	jährliche Steigerung in %	jährliche Steigerung des Pensionistenindex 1966 (1976, 1986) in %
1987	4 868	4,2	6 973	4,2	0,4
1988	5 004	2,8	7 168	2,8	1,1
1989	5 134	2,6	7 354	2,6	1,9
I/1990 ¹¹⁾	5 434	7,2	7 784	7,2	2,8
VII/1990 ¹²⁾	5 574		7 984		
1991 ¹³⁾	6 000	9,0	8 600	9,1	3,6
1992	6 500	8,3	9 317	8,3	3,5
1993	7 000	7,7	9 967	7,0	3,0
1994	7 500	7,1	10 700	7,4	2,8
1995	7 710	2,8	11 000	2,8	1,5
1996	7 887	2,3	11 253	2,3	2,0 ¹⁴⁾

1) Erhöhung um 5,4%.

2) Erhöhung um 50 S für Alleinstehende bzw. 69 S für Verheiratete.

3) Erhöhung um 7,1%.

4) Erhöhung um 100 S für Alleinstehende bzw. 139 S für Verheiratete.

5) Erhöhung am 1. Jänner 1972 um 7,4%.

6) Erhöhung um 11,1%.

7) Erhöhung um 3,0%.

8) Erhöhung um 10,9% für Alleinstehende bzw. 11,0% für Verheiratete.

9) Erhöhung am 1. Jänner 1976 um 11,5%.

10) Erhöhung am 1. Jänner 1984 um 4,0% und um 30 S.

11) Erhöhung um 300 S für Alleinstehende bzw. 430 S für Verheiratete.

12) Erhöhung um 140 S für Alleinstehende bzw. 200 S für Verheiratete.

13) Erhöhung am 1. Jänner 1991 um 7,6% für Alleinstehende bzw. 7,7% für Verheiratete.

14) Schätzwert.

Titel 162 Bundesministerium; Leistungen zur Krankenversicherung**Gesetzliche Grundlagen**

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1996 (Sozialrechts-Änderungsgesetz 1996), § 132 a;

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz (GSVG), BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1996 (Sozialrechts-Änderungsgesetz 1996), § 88;

Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1996 (Sozialrechts-Änderungsgesetz 1996), §§ 31 und 81;

Aufwertungszahl für 1996 1,043 gemäß BGBl. Nr. 808/1995;

Anpassungsfaktor für 1996 1,023 gemäß BGBl. Nr. 761/1995.

Aufgaben

In der Krankenversicherung nach dem BSVG beteiligt sich der Bund an der Finanzierung der Aufwendungen.

Die Träger der Krankenversicherung haben die bei ihnen pflichtversicherten Jugendlichen zwecks Überwachung ihres Gesundheitszustandes jährlich mindestens einmal einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1994	842,9	—
1995	867,0	0,0
1995 vorl. Erf.	865,4	—
1996	886,4	0,0

Ausgaben

Gemäß § 31 Abs. 1 BSVG hat der Bund für das Geschäftsjahr 1993 einen Beitrag in der Höhe von 800 Millionen Schilling zu leisten. Der Beitrag des Bundes für jedes weitere Geschäftsjahr ist so festzustellen, daß der jeweils für das vorangegangene Geschäftsjahr geltende Beitrag mit dem jeweils für das Geschäftsjahr festgesetzten Anpassungsfaktor zu vervielfachen ist.

Gemäß den §§ 132 a Abs. 4 ASVG, 88 Abs. 4 GSVG und 81 Abs. 4 BSVG hat der Bund für Jugendlichenuntersuchungen den Trägern der Krankenversicherung 50 vH der Untersuchungskosten sowie 60 vH der Fahrtkosten zu ersetzen. Im Jahre 1996 kommen die Ersätze für das Jahr 1995 zur Abrechnung.

Titel 164 Bundesministerium; sonstige Leistungen zur Sozialversicherung**Gesetzliche Grundlagen**

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1996 (Sozialrechts-Änderungsgesetz 1996), § 74 a;

Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1996 (Sozialrechts-Änderungsgesetz 1996), § 31;

Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz (B-KUVG), BGBl. Nr. 200/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1996 (Sozialrechts-Änderungsgesetz 1996), § 117;

Auslandsrenten-Übernahmegesetz (ARÜG), BGBl. Nr. 290/1961, samt Ergänzung, BGBl. Nr. 114/1962, § 18;

Aufwertungszahl für 1996 1,043 gemäß BGBl. Nr. 808/1995;

Anpassungsfaktor für 1996 1,023 gemäß BGBl. Nr. 761/1995.

Aufgaben

Zur Verbesserung des Unfallversicherungs-Schutzes können die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren (Feuerwehrverbände), die Mitglieder der Landesverbände des Österreichischen Roten Kreuzes sowie die Mitglieder sonstiger im § 176 Abs. 1 Z 7 ASVG genannten Körperschaften (Vereinigungen) in die Zusatzversicherung in der Unfallversicherung einbezogen werden.

Nach dem ARÜG können die Versicherungsträger unter gewissen Voraussetzungen an österreichische Staatsbürger Vorschüsse auf Rentenansprüche aus einer ausländischen Rentenversicherung und auf Leistungsansprüche aus einer ausländischen Unfallversicherung gewähren.

In der Unfallversicherung nach dem BSVG beteiligt sich der Bund an der Finanzierung der Aufwendungen.

Über Ersuchen internationaler Organisationen werden von der Bundesregierung österreichische Einheiten zur Hilfeleistung in das Ausland (zB Nahostkonflikt, Zypernkrise) entsendet, wobei die Mitglieder dieser Einheiten unter vollem Versicherungsschutz stehen.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	306,0	19,1
1995	215,0	0,0
1995 vorl. Erf.....	163,1	0,7
1996	323,5	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Auf Grund einer Sonderregelung wurde der Bundesbeitrag zur Unfallversicherung nach dem BSVG für das Jahr 1995 um 150 Millionen Schilling vermindert (zum Zeitpunkt der Erstellung des BVA 1995 wurde aber nur eine Verminderung um 100 Millionen Schilling angenommen).

Bei den in den Jahren 1994 und 1995 aufscheinenden Einnahmen handelt es sich um in den Jahren 1993 und 1994 zu hoch geleistete Vorschüsse nach dem NSchG, die refundiert wurden.

102

Kapitel 16 — Titel 165**Ausgaben**

Gemäß § 74 a Abs. 2 ASVG leistet der Bund für jeden gemäß § 22 a ASVG in der Zusatzversicherung in der Unfallversicherung Versicherten einen Jahresbeitrag von 16 Schilling. Dieser Beitrag ist nach Ablauf des betreffenden Kalenderjahres der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt zu überweisen.

Gemäß § 31 Abs. 4 BSVG leistet der Bund zu der von der Sozialversicherungsanstalt der Bauern durchgeführten Unfallversicherung für jedes Geschäftsjahr einen Beitrag in der Höhe eines Drittels der für dieses Jahr fällig gewordenen Beiträge gemäß § 30 Abs. 1 und 6 sowie in der Höhe eines Drittels der in diesem Geschäftsjahr eingezahlten Beiträge gemäß § 30 Abs. 3. Auf Grund einer Sonderregelung wurde dieser Beitrag für das Jahr 1995 um 150 Millionen Schilling vermindert.

Gemäß § 117 B-KUVG hat der Bund der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter Aufwendungen für Leistungen zu ersetzen, die auf Grund von Dienstunfällen und Berufskrankheiten an Personen zu gewähren sind, die von der Bundesregierung auf Ersuchen internationaler Organisationen ins Ausland entsendet werden.

Titel 165 Bundesministerium; Leistungen nach dem Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG)**Gesetzliche Grundlagen**

Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG), BGBl. Nr. 354/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 473/1992 (NSchG-Novelle 1992), Art. XI;

Aufwertungszahl für 1996 1,043 gemäß BGBl. Nr. 808/1995;

Anpassungsfaktor für 1996 1,023 gemäß BGBl. Nr. 761/1995.

Aufgaben

Für Arbeitnehmer, die Nachtschwerarbeit leisten, sind besondere gesetzliche Schutzmaßnahmen zur Verhinderung, Beseitigung oder Milderung der mit diesen Arbeiten verbundenen Erschwernisse oder zum Ausgleich von Belastungen vorgesehen.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1994	244,7	126,3
1995	261,8	143,0
1995 vorl. Erf.....	289,4	134,5
1996	291,3	143,0

Ausgaben

Gemäß Artikel XI Abs. 2 NSchG ersetzt der Bund den Trägern der Pensionsversicherung nach dem ASVG den Aufwand für das Sonderruhegeld (Artikel X NSchG). Weiters ersetzt der Bund die Beiträge für die Krankenversicherung der Empfänger von Sonderruhegeld und die Leistungen der Gesundheitsvorsorge (Artikel IX NSchG) bis zum Höchstausmaß von 10 vH des Aufwandes für das Sonderruhegeld.

Gemäß Artikel XI Abs. 4 NSchG erhalten die Träger der Krankenversicherung eine Vergütung von den abgeführten Beiträgen (Voranschlagsansatz 2/16504).

Einnahmen

Gemäß Artikel XI Abs. 3 und 5 NSchG haben die Dienstgeber für jeden Nachtschwerarbeit leistenden Dienstnehmer (Artikel VII Abs. 2 NSchG) einen Nachtschwerarbeits-Beitrag im Ausmaß von 2,0 vH der für die Pensionsversicherung geltenden allgemeinen Beitragsgrundlage zu leisten. Dieser Beitrag ist auch von den Sonderzahlungen zu entrichten.

Kapitel 16

103

Statistische Daten:

Berechnungsgrundlagen für die gesamte Pensionsversicherung

Durchschnittlicher Stand an Pensionen:	1992	1993	1994	1995	1996 ¹⁾
Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit (Erwerbsunfähigkeit)	394 179	401 901	401 884	398 890	395 723
Alterspensionen	816 703	826 308	854 035	894 033	931 092
Witwerpensionen	24 438	26 314	27 923	29 646	30 708
Witwenpensionen	453 542	451 901	450 140	448 655	448 723
Waisenpensionen.....	55 115	53 562	51 895	51 064	50 532
Alle Pensionen ...	1 743 977	1 759 986	1 785 877	1 822 288	1 856 778
Durchschnittspensionen im Juli (ohne AZ):					
Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit (Erwerbsunfähigkeit)	7 480 S	7 507 S	7 784 S	8 079 S	8 335 S
Alterspensionen	9 581 S	9 734 S	10 089 S	10 496 S	10 843 S
Witwerpensionen	2 264 S	2 302 S	2 393 S	2 720 S	3 016 S
Witwenpensionen	5 559 S	5 263 S	5 474 S	5 702 S	5 904 S
Waisenpensionen.....	2 258 S	1 934 S	2 009 S	2 115 S	2 209 S
Alle Pensionen ...	7 726 S	7 729 S	8 052 S	8 425 S	8 750 S
Durchschnittliche Beitragsgrundlage (unter Berücksichtigung der Sonderzahlungen).....	20 112 S	20 966 S	21 917 S	22 740 S	23 532 S
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten.....	2 983 942	2 989 494	2 997 811	3 014 549	3 011 500

Berechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung nach dem ASVG

Durchschnittlicher Stand an Pensionen:	1992	1993	1994	1995	1996 ¹⁾
Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit	306 277	311 829	312 056	310 588	308 876
Alterspensionen	678 004	687 553	707 864	741 959	773 377
Witwerpensionen	19 355	20 933	22 332	23 831	24 768
Witwenpensionen	364 875	363 838	362 649	361 784	362 246
Waisenpensionen.....	45 187	43 958	42 543	41 955	41 560
Alle Pensionen ...	1 413 698	1 428 111	1 447 444	1 480 117	1 510 827
Durchschnittspensionen im Juli (ohne AZ):					
Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit	8 081 S	8 127 S	8 414 S	8 720 S	8 985 S
Alterspensionen	9 915 S	10 090 S	10 416 S	10 806 S	11 142 S
Witwerpensionen	2 429 S	2 473 S	2 564 S	2 878 S	3 150 S
Witwenpensionen	5 813 S	5 558 S	5 770 S	6 001 S	6 203 S
Waisenpensionen.....	2 260 S	2 017 S	2 099 S	2 206 S	2 305 S
Alle Pensionen ...	8 112 S	8 147 S	8 455 S	8 822 S	9 143 S
Durchschnittliche Beitragsgrundlage (unter Berücksichtigung der Sonderzahlungen).....	21 127 S	22 124 S	23 042 S	23 933 S	24 711 S
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten.....	2 585 861	2 574 687	2 584 577	2 589 239	2 584 000

1) Schätzung.

104

Kapitel 16

Berechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung nach dem GSVG bei der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft

Durchschnittlicher Stand an Pensionen:	1992	1993	1994	1995	1996 ¹⁾
Erwerbsunfähigkeitspensionen	19 701	20 219	20 476	20 485	20 509
Alterspensionen	73 223	73 923	77 902	79 686	81 179
Witwerpensionen	1 958	2 079	2 164	2 251	2 288
Witwenpensionen	45 458	45 259	45 038	44 805	44 768
Waisenpensionen.....	3 731	3 627	3 526	3 419	3 358
Alle Pensionen ...	144 071	145 107	149 106	150 646	152 102
Durchschnittspensionen im Juli (ohne AZ):					
Erwerbsunfähigkeitspensionen	7 127 S	7 127 S	7 451 S	7 844 S	8 177 S
Alterspensionen	9 988 S	10 112 S	10 735 S	11 358 S	11 858 S
Witwerpensionen	2 384 S	2 421 S	2 525 S	2 678 S	3 447 S
Witwenpensionen	5 388 S	5 110 S	5 351 S	5 605 S	5 843 S
Waisenpensionen.....	2 508 S	2 060 S	2 117 S	2 260 S	2 347 S
Alle Pensionen ...	7 848 S	7 824 S	8 335 S	8 833 S	9 255 S
Durchschnittliche Beitragsgrundlage (unter Berücksichtigung der Sonderzahlungen).....	15 409 S	16 217 S	17 331 S	18 336 S	19 605 S
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten.....	200 385	202 779	206 291	208 575	210 600

Berechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung nach dem FSVG bei der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft

Durchschnittlicher Stand an Pensionen:	1992	1993	1994	1995	1996 ¹⁾
Erwerbsunfähigkeitspensionen	30	33	34	38	39
Alterspensionen	596	653	776	794	805
Witwerpensionen	5	7	9	10	11
Witwenpensionen	153	172	194	208	217
Waisenpensionen.....	56	52	54	61	59
Alle Pensionen ...	840	917	1 067	1 111	1 131
Durchschnittspensionen im Juli (ohne AZ):					
Erwerbsunfähigkeitspensionen	13 289 S	14 090 S	14 463 S	14 798 S	15 161 S
Alterspensionen	19 047 S	19 841 S	20 631 S	21 652 S	22 309 S
Witwerpensionen	6 206 S	6 181 S	6 651 S	5 938 S	6 917 S
Witwenpensionen	9 854 S	10 337 S	10 889 S	11 218 S	11 499 S
Waisenpensionen.....	3 383 S	3 413 S	3 589 S	3 645 S	3 901 S
Alle Pensionen ...	16 046 S	16 816 S	17 683 S	18 334 S	18 878 S
Durchschnittliche Beitragsgrundlage (unter Berücksichtigung der Sonderzahlungen).....	25 629 S	26 402 S	28 542 S	29 998 S	32 098 S
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten.....	8 864	9 304	9 767	10 337	10 900

¹⁾ Schätzung.

Kapitel 16

105

Berechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung bei der Sozialversicherungsanstalt der Bauern

Durchschnittlicher Stand an Pensionen:	1992	1993	1994	1995	1996 ¹⁾
Erwerbsunfähigkeitspensionen	68 171	69 820	69 318	67 779	66 299
Alterspensionen	64 880	64 179	67 493	71 594	75 731
Witwerpensionen	3 120	3 295	3 418	3 554	3 641
Witwenpensionen	43 056	42 632	42 259	41 858	41 492
Waisenpensionen.....	6 141	5 925	5 772	5 629	5 555
Alle Pensionen ...	185 368	185 851	188 260	190 414	192 718
Durchschnittspensionen im Juli (ohne AZ):					
Erwerbsunfähigkeitspensionen	4 878 S	4 848 S	5 043 S	5 212 S	5 355 S
Alterspensionen	5 547 S	5 379 S	5 793 S	6 206 S	6 581 S
Witwerpensionen	1 152 S	1 135 S	1 180 S	1 680 S	1 825 S
Witwenpensionen	3 575 S	2 889 S	3 038 S	3 192 S	3 334 S
Waisenpensionen.....	2 081 S	1 222 S	1 267 S	1 334 S	1 397 S
Alle Pensionen ...	4 654 S	4 401 S	4 676 S	4 961 S	5 221 S
Durchschnittliche Beitragsgrundlage (unter Berücksichtigung der Sonderzahlungen).....	10 952 S	10 762 S	11 634 S	11 864 S	12 305 S
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten.....	188 832	202 724	197 176	206 398	206 000

¹⁾ Schätzung.

Durchschnittseinkommen und Beitragsgrundlagen in der Pensionsversicherung der Unselbständigen

	Durchschnittliches Monateinkommen ¹⁾ der		Durchschnittliche monatliche Beitragsgrundlage ²⁾ in der		
	Arbeiter	Angestellten	Pensionsversicherung der Arbeiter	Pensionsversicherung der Angestellten	Knappschaftlichen Pensionsversicherung
	Schilling				
1987	14 403	22 250	14 326	18 899	21 843
1988	14 807	22 895	14 789	19 547	22 895
1989	15 355	23 971	15 435	20 320	24 105
1990	16 307	25 266	16 362	21 328	25 404
1991	17 415	26 782	17 319	22 570	26 713
1992	18 425	28 228	18 334	23 953	28 415
1993	19 225	29 357	19 126	25 051	30 903
1994	19 890	30 179	19 863	26 084	32 909
1995	20 666 ³⁾	31 296 ³⁾	20 632 ³⁾	27 023 ³⁾	34 484 ³⁾
1996	21 389 ³⁾	32 266 ³⁾	21 313 ³⁾	27 834 ³⁾	35 731 ³⁾

¹⁾ Grundlage für die Berechnung bildet die Lohnsteuerstatistik 1987. Diese Daten wurden mit den Zuwachsraten des Tariflohnindex und des Pro-Kopf-Einkommens je Arbeitnehmer laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung fortgeschrieben.

²⁾ Einschließlich aliquoter Sonderzahlungen.

³⁾ Schätzwerte.

106

Kapitel 16**Entwicklung der Höchstbeitragsgrundlage und der Beitragssätze in der Pensionsversicherung der Arbeiter und Angestellten**

	monatliche Höchst- beitragsgrundlage	Beitrag gemäß § 51 ASVG		Zusatzbeitrag gemäß § 51 a ASVG		zusammen
		Dienstgeber	Dienstnehmer	Dienstgeber	Dienstnehmer	
	Schilling	in Prozent der Beitragsgrundlage				
1987	26 400	9,25	9,25	3,2	1,0	22,70
1988	27 600	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1989	28 200	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1990	28 800	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1991	30 000	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1992	31 800	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1993	33 600	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1994	36 000	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1995	37 800	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1996	39 000	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80

Bundesmittel zur Pensionsversicherung — Gesamtausgaben des Bundes — Brutto-Inlandsprodukt
Gesamte Pensionsversicherung

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. 1)	Ausgleichs- zulagen 1)	Bundesmittel (BB+AZ) 1)	Gesamtausgaben des Bundes 1)	Brutto-Inlands- produkt 2)	Relativer Anteil der			
						Bundesbeiträge an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesmittel (BB+AZ) an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesbeiträge am Brutto- inlandsprodukt	Bundesmittel (BB+AZ) am Brutto- inlandsprodukt
						Sp. (1) : (4)	Sp. (3) : (4)	Sp. (1) : (5)	Sp. (3) : (5)
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	
			Millionen Schilling			%			
1970	8 306	1 823	10 129	101 584	375 880	8,2	10,0	2,2	2,7
1971	8 285	2 507	10 792	112 567	419 620	7,4	9,6	2,0	2,6
1972	9 285	3 133	12 418	127 889	479 540	7,3	9,7	1,9	2,6
1973	9 554	3 388	12 942	141 151	543 460	6,8	9,2	1,8	2,4
1974	11 602	3 760	15 362	167 133	618 560	6,9	9,2	1,9	2,5
1975	16 836	4 121	20 957	196 697	656 120	8,6	10,7	2,6	3,2
1976	18 493	4 729	23 222	221 900	724 750	8,3	10,5	2,6	3,2
1977	21 133	4 918	26 051	236 658	796 190	8,9	11,0	2,7	3,3
1978	17 306 ³⁾	5 218	22 524 ³⁾	265 521	842 330	6,5	8,5	2,1	2,7
1979	18 557 ³⁾	5 452	24 009 ³⁾	288 134	918 540	6,4	8,3	2,0	2,6
1980	16 538 ³⁾	5 596	22 134 ³⁾	306 492	994 700	5,4	7,2	1,7	2,2
1981	18 714 ³⁾	5 823	24 537 ³⁾	339 456	1 055 970	5,5	7,2	1,8	2,3
1982	24 687 ³⁾	6 123	30 810 ³⁾	372 775	1 133 530	6,6	8,3	2,2	2,7
1983	33 568 ³⁾	6 302	39 870 ³⁾	407 791	1 201 230	8,2	9,8	2,8	3,3
1984	33 462 ³⁾	7 258	40 720 ³⁾	435 135	1 276 770	7,7	9,4	2,6	3,2
1985	35 580	6 422	42 002	464 673	1 348 420	7,7	9,0	2,6	3,1
1986	38 537	6 390	44 927	498 390	1 422 500	7,7	9,0	2,7	3,2
1987	45 097	6 440	51 537	514 461	1 481 390	8,8	10,0	3,0	3,5
1988	47 105	6 547	53 652	568 904 ⁴⁾	1 566 440	8,3 ⁴⁾	9,4 ⁴⁾	3,0	3,4
1989	48 753	6 396	55 149	602 672 ⁴⁾	1 672 900	8,1 ⁴⁾	9,2 ⁴⁾	2,9	3,3
1990	45 029	7 380	52 409	624 858 ⁴⁾	1 801 300	7,2 ⁴⁾	8,4 ⁴⁾	2,5	2,9
1991	49 122	8 321	57 443	678 889 ⁴⁾	1 926 500	7,2 ⁴⁾	8,5 ⁴⁾	2,5	3,0
1992	49 574	9 212	58 786	739 506 ⁴⁾	2 047 200	6,7 ⁴⁾	7,9 ⁴⁾	2,4	2,9
1993	48 119	10 220	58 339	856 127 ⁴⁾	2 124 100	5,6 ⁴⁾	6,8 ⁴⁾	2,3	2,7
1994	42 499	11 349	53 848	852 539 ⁴⁾	2 262 900	5,0 ⁴⁾	6,3 ⁴⁾	1,9	2,4
1995	55 919	11 210	67 129	969 421 ⁴⁾	2 360 100	5,8 ⁴⁾	6,9 ⁴⁾	2,4	2,8
1996	53 900	11 198	65 098	944 767 ⁴⁾	2 449 400	5,7 ⁴⁾	8,9 ⁴⁾	2,2	2,7

1) Bundesrechnungsabschlüsse 1970 bis 1994, voraussichtlicher Erfolg 1995, Bundesvoranschlag 1996.

2) Nach der Revision des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, die Werte ab 1994 sind Schätzwahlen (Stand Dezember 1995).

3) Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuß.

4) Mit den Jahren 1970 bis 1987 nicht vergleichbar.

Bundesmittel zur Pensionsversicherung — Gesamtausgaben des Bundes — Brutto-Inlandsprodukt

Pensionsversicherung der Unselbständigen

108

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. ¹⁾	Ausgleichs- zulagen ¹⁾	Bundesmittel (BB+AZ) ¹⁾	Gesamtausgaben des Bundes ¹⁾	Brutto-Inlands- produkt ²⁾	Relativer Anteil der			
						Bundesbeiträge an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesmittel (BB+AZ) an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesbeiträge am Brutto- Inlandsprodukt	Bundesmittel (BB+AZ) am Brutto- Inlandsprodukt
						Sp. (1) : (4)	Sp. (3) : (4)	Sp. (1) : (5)	Sp. (3) : (5)
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	
			Millionen Schilling			%	%	%	%
1970	6 524	1 378	7 902	101 584	375 880	6,4	7,8	1,7	2,1
1971	6 304	1 592	7 896	112 567	419 620	5,6	7,0	1,5	1,9
1972	6 510	1 877	8 387	127 889	479 540	5,1	6,6	1,4	1,7
1973	6 418	2 039	8 457	141 151	543 460	4,5	6,0	1,2	1,6
1974	7 502	2 221	9 723	167 133	618 560	4,5	5,8	1,2	1,6
1975	11 400	2 475	13 875	196 697	656 120	5,8	7,1	1,7	2,1
1976	12 046	2 697	14 743	221 900	724 750	5,4	6,6	1,7	2,0
1977	13 407	2 872	16 279	236 658	796 190	5,7	6,9	1,7	2,0
1978	8 846	3 030	11 876	265 521	842 330	3,3	4,5	1,1	1,4
1979	9 308	3 147	12 455	288 134	918 540	3,2	4,3	1,0	1,4
1980	6 996	3 228	10 224	306 492	994 700	2,3	3,3	0,7	1,0
1981	7 309	3 346	10 655	339 456	1 055 970	2,2	3,1	0,7	1,0
1982	12 045	3 533	15 578	372 775	1 133 530	3,2	4,2	1,1	1,4
1983	19 816	3 606	23 422	407 791	1 201 230	4,9	5,7	1,6	1,9
1984	19 881	4 242	24 123	435 135	1 276 770	4,6	5,5	1,6	1,9
1985	21 297	3 668	24 965	464 673	1 348 420	4,6	5,4	1,6	1,9
1986	24 116	3 631	27 747	498 390	1 422 500	4,8	5,6	1,7	2,0
1987	28 388	3 674	32 062	514 461	1 481 390	5,5	6,2	1,9	2,2
1988	29 877	3 765	33 642	568 904 ³⁾	1 566 440	5,3 ³⁾	5,9 ³⁾	1,9	2,1
1989	30 280	3 675	33 955	602 672 ³⁾	1 672 900	5,0 ³⁾	5,6 ³⁾	1,8	2,0
1990	25 334	4 139	29 473	624 858 ³⁾	1 801 300	4,1 ³⁾	4,7 ³⁾	1,4	1,6
1991	27 249	4 700	31 949	678 889 ³⁾	1 926 500	4,0 ³⁾	4,7 ³⁾	1,4	1,7
1992	26 793	5 317	32 110	739 506 ³⁾	2 047 200	3,6 ³⁾	4,3 ³⁾	1,3	1,6
1993	24 888	6 042	30 930	856 127 ³⁾	2 124 100	2,9 ³⁾	3,6 ³⁾	1,2	1,5
1994	19 594	6 785	26 379	852 539 ³⁾	2 262 900	2,3 ³⁾	3,1 ³⁾	0,9	1,2
1995	29 149	6 725	35 874	969 421 ³⁾	2 360 100	3,0 ³⁾	3,7 ³⁾	1,2	1,5
1996	28 037	6 762	34 799	944 767 ³⁾	2 449 400	3,0 ³⁾	3,7 ³⁾	1,1	1,4

¹⁾ Bundesrechnungsabschlüsse 1970 bis 1994, voraussichtlicher Erfolg 1995, Bundesvoranschlag 1996.

²⁾ Nach der Revision des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, die Werte ab 1994 sind Schätzzahlen (Stand Dezember 1995).

³⁾ Mit den Jahren 1970 bis 1987 nicht vergleichbar.

Kapitel 16

Bundesmittel zur Pensionsversicherung — Gesamtausgaben des Bundes — Brutto-Inlandsprodukt

Pensionsversicherung der gewerblich selbständig und der freiberuflich selbständig Erwerbstätigen

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. ¹	Ausgleichs- zulagen ¹)	Bundesmittel (BB+AZ) ¹)	Gesamtausgaben des Bundes ¹)	Brutto-Inlands- produkt ²)	Relativer Anteil der			
						Bundesbeiträge an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesmittel (BB+AZ) an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesbeiträge am Brutto- Inlandsprodukt	Bundesmittel (BB+AZ) am Brutto- Inlandsprodukt
						Sp. (1) : (4)	Sp. (3) : (4)	Sp. (1) : (5)	Sp. (3) : (5)
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	
			Millionen Schilling			%	%	%	%
1970	1 056	445	1 501	101 584	375 880	1,0	1,5	0,3	0,4
1971	1 281	492	1 773	112 567	419 620	1,1	1,6	0,3	0,4
1972	1 592	570	2 162	127 889	479 540	1,2	1,7	0,3	0,5
1973	1 739	607	2 346	141 151	543 460	1,2	1,7	0,3	0,4
1974	2 273	656	2 929	167 133	618 560	1,4	1,8	0,4	0,5
1975	3 077	722	3 799	196 697	656 120	1,6	1,9	0,5	0,6
1976	3 612	891	4 503	221 900	724 750	1,6	2,0	0,5	0,6
1977	4 135	805	4 940	236 658	796 190	1,7	2,1	0,5	0,6
1978	4 319 ³⁾	821	5 140 ³⁾	265 521	842 330	1,6	1,9	0,5	0,6
1979	4 644 ³⁾	831	5 475 ³⁾	288 134	918 540	1,6	1,9	0,5	0,6
1980	5 015 ³⁾	837	5 852 ³⁾	306 492	994 700	1,6	1,9	0,5	0,6
1981	6 291 ³⁾	862	7 153 ³⁾	339 456	1 055 970	1,9	2,1	0,6	0,7
1982	6 952 ³⁾	878	7 830 ³⁾	372 775	1 133 530	1,9	2,1	0,6	0,7
1983	7 569 ³⁾	876	8 445 ³⁾	407 791	1 201 230	1,9	2,1	0,6	0,7
1984	7 402 ³⁾	996	8 398 ³⁾	435 135	1 276 770	1,7	1,9	0,6	0,7
1985	7 750	852	8 602	464 673	1 348 420	1,7	1,9	0,6	0,6
1986	7 307	849	8 156	498 390	1 422 500	1,5	1,6	0,5	0,6
1987	9 128	829	9 957	514 461	1 481 390	1,8	1,9	0,6	0,7
1988	9 593	824	10 417	568 904 ⁴⁾	1 566 440	1,7 ⁴⁾	1,8 ⁴⁾	0,6	0,7
1989	10 278	787	11 065	602 672 ⁴⁾	1 672 900	1,7 ⁴⁾	1,8 ⁴⁾	0,6	0,7
1990	10 894	855	11 749	624 858 ⁴⁾	1 801 300	1,7 ⁴⁾	1,9 ⁴⁾	0,6	0,7
1991	12 157	937	13 094	678 889 ⁴⁾	1 926 500	1,8 ⁴⁾	1,9 ⁴⁾	0,6	0,7
1992	12 444	1 025	13 469	739 506 ⁴⁾	2 047 200	1,7 ⁴⁾	1,8 ⁴⁾	0,6	0,7
1993	12 685	1 101	13 786	856 127 ⁴⁾	2 124 100	1,5 ⁴⁾	1,6 ⁴⁾	0,6	0,6
1994	12 432	1 208	13 640	852 539 ⁴⁾	2 262 900	1,5 ⁴⁾	1,6 ⁴⁾	0,5	0,6
1995	15 266	1 166	16 432	969 421 ⁴⁾	2 360 100	1,6 ⁴⁾	1,7 ⁴⁾	0,6	0,7
1996	13 995	1 148	15 143	944 767 ⁴⁾	2 449 400	1,5 ⁴⁾	1,6 ⁴⁾	0,6	0,6

¹⁾ Bundesrechnungsabschlüsse 1970 bis 1994, voraussichtlicher Erfolg 1995, Bundesvoranschlag 1996.

²⁾ Nach der Revision des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, die Werte ab 1994 sind Schätzzahlen (Stand Dezember 1995).

³⁾ Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuß.

⁴⁾ Mit den Jahren 1970 bis 1987 nicht vergleichbar.

Bundesmittel zur Pensionsversicherung — Gesamtausgaben des Bundes — Brutto-Inlandsprodukt

Pensionsversicherung der Bauern

110

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. 1)	Ausgleichs- zulagen 1)	Bundesmittel (BB+AZ) 1)	Gesamtausgaben des Bundes 1)	Brutto-Inlands- produkt 2)	Relativer Anteil der			
						Bundesbeiträge an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesmittel (BB+AZ) an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesbeiträge am Brutto- Inlandsprodukt	Bundesmittel (BB+AZ) am Brutto- Inlandsprodukt
						Sp. (1) : (4)	Sp. (3) : (4)	Sp. (1) : (5)	Sp. (3) : (5)
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	
			Millionen Schilling			%	%	%	%
1970	726	—	726	101 584	375 880	0,7	0,7	0,2	0,2
1971	700	423	1 123	112 567	419 620	0,6	1,0	0,2	0,3
1972	1 183	686	1 869	127 889	479 540	0,9	1,5	0,2	0,4
1973	1 397	742	2 139	141 151	543 460	1,0	1,5	0,3	0,4
1974	1 827	883	2 710	167 133	618 560	1,1	1,6	0,3	0,4
1975	2 359	924	3 283	196 697	656 120	1,2	1,7	0,4	0,5
1976	2 835	1 141	3 976	221 900	724 750	1,3	1,8	0,4	0,5
1977	3 591	1 241	4 832	236 658	796 190	1,5	2,0	0,5	0,6
1978	4 141 ³⁾	1 367	5 508 ³⁾	265 521	842 330	1,6	2,1	0,5	0,7
1979	4 605 ³⁾	1 474	6 079 ³⁾	288 134	918 540	1,6	2,1	0,5	0,7
1980	4 527 ³⁾	1 531	6 058 ³⁾	306 492	994 700	1,5	2,0	0,5	0,6
1981	5 114 ³⁾	1 615	6 729 ³⁾	339 456	1 055 970	1,5	2,0	0,5	0,6
1982	5 690 ³⁾	1 712	7 402 ³⁾	372 775	1 133 530	1,5	2,0	0,5	0,7
1983	6 183 ³⁾	1 820	8 003 ³⁾	407 791	1 201 230	1,5	2,0	0,5	0,7
1984	6 179 ³⁾	2 020	8 199 ³⁾	435 135	1 276 770	1,4	1,9	0,5	0,6
1985	6 533	1 902	8 435	464 673	1 348 420	1,4	1,8	0,5	0,6
1986	7 114	1 910	9 024	498 390	1 422 500	1,4	1,8	0,5	0,6
1987	7 581	1 937	9 518	514 461	1 481 390	1,5	1,9	0,5	0,6
1988	7 635	1 958	9 593	568 904 ⁴⁾	1 566 440	1,3 ⁴⁾	1,7 ⁴⁾	0,5	0,6
1989	8 195	1 934	10 129	602 672 ⁴⁾	1 672 900	1,4 ⁴⁾	1,7 ⁴⁾	0,5	0,6
1990	8 801	2 386	11 187	624 858 ⁴⁾	1 801 300	1,4 ⁴⁾	1,8 ⁴⁾	0,5	0,6
1991	9 716	2 684	12 400	678 889 ⁴⁾	1 926 500	1,4 ⁴⁾	1,8 ⁴⁾	0,5	0,6
1992	10 337	2 870	13 207	739 506 ⁴⁾	2 047 200	1,4 ⁴⁾	1,8 ⁴⁾	0,5	0,6
1993	10 546	3 077	13 623	856 127 ⁴⁾	2 124 100	1,2 ⁴⁾	1,6 ⁴⁾	0,5	0,6
1994	10 473	3 356	13 829	852 539 ⁴⁾	2 262 900	1,2 ⁴⁾	1,6 ⁴⁾	0,5	0,6
1995	11 504	3 319	14 823	969 421 ⁴⁾	2 360 100	1,2 ⁴⁾	1,5 ⁴⁾	0,5	0,6
1996	11 868	3 288	15 156	944 767 ⁴⁾	2 449 400	1,2 ⁴⁾	1,6 ⁴⁾	0,5	0,6

1) Bundesrechnungsabschlüsse 1970 bis 1994, voraussichtlicher Erfolg 1995, Bundesvoranschlag 1996.

2) Nach der Revision des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, die Werte ab 1994 sind Schätzzahlen (Stand Dezember 1995).

3) Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuß.

4) Mit den Jahren 1970 bis 1987 nicht vergleichbar.

Kapitel 16

Deckungsrate der Gesamtaufwendungen der Pensionsversicherung durch Mittel des Bundes
Gesamte Pensionsversicherung

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. ¹⁾	Ausgleichs- zulagen ¹⁾	Bundesmittel (BB+AZ) ¹⁾	Gesamtaufwendungen der PV ¹⁾ (ohne AZ, WB und Rücklagen)	Gesamtaufwendungen der PV ¹⁾ (einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen)	Deckungsrate der	
						Gesamtaufwendungen ohne AZ, WB und Rücklagen durch Bundesbeiträge Sp. (1) : (4)	Gesamtaufwendungen einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen durch Bundesmittel Sp. (3) : (5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
	Millionen Schilling					%	
1970	7 578	1 852	9 430	28 304	30 156	26,8	31,3
1971	8 191	2 594	10 785	32 016	34 610	25,6	31,2
1972	8 927	3 150	12 077	36 039	39 189	24,8	30,8
1973	9 605	3 430	13 035	40 303	43 733	23,8	29,8
1974	12 154	3 801	15 955	47 306	51 107	25,7	31,2
1975	15 934	4 266	20 200	55 399	59 665	28,8	33,9
1976	18 171	4 658	22 829	65 999	70 657	27,5	32,3
1977	21 145	4 947	26 092	71 712	76 659	29,5	34,0
1978	16 357 ²⁾	5 267	21 624 ²⁾	79 317	84 584	20,6	25,6
1979	18 368 ²⁾	5 482	23 850 ²⁾	86 766	92 248	21,2	25,9
1980	16 666 ²⁾	5 620	22 286 ²⁾	94 436	100 056	17,6	22,3
1981	18 289 ²⁾	5 841	24 130 ²⁾	102 574	108 415	17,8	22,3
1982	24 868 ²⁾	6 172	31 040 ²⁾	112 523	118 695	22,1	26,2
1983	31 854 ²⁾	6 307	38 161 ²⁾	122 632	128 939	26,0	29,6
1984	33 679 ²⁾	6 477	40 156 ²⁾	132 612	139 089	25,4	28,9
1985	34 695	6 392	41 087	141 924	148 316	24,4	27,7
1986	37 641	6 367	44 008	151 589	157 956	24,8	27,9
1987	44 429	6 424	50 853	161 991	168 415	27,4	30,2
1988	45 632	6 539	52 171	168 612	175 151	27,1	29,8
1989	46 968	6 374	53 342	178 310	184 684	26,3	28,9
1990	43 792	7 392	51 184	190 049	197 441	23,0	25,9
1991	47 953	8 236	56 189	204 685	212 921	23,4	26,4
1992	47 248	9 239	56 487	216 849	226 088	21,8	25,0
1993	47 361	10 125	57 486	222 373	232 498	21,3	24,7
1994	46 118	11 294	57 412	228 771	240 065	20,2	23,9
1995	52 572	11 188	63 760	242 049	253 237	21,7	25,2
1996	53 900	11 198	65 098	255 038	266 236	21,1	24,5

¹⁾ 1970 bis 1994 endgültige Erfolgsrechnungen der Pensionsversicherungsträger, 1995 voraussichtlicher Erfolg, 1996 Schätzung für den Bundesvoranschlag.

²⁾ Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuß.

Deckungsrate der Gesamtaufwendungen der Pensionsversicherung durch Mittel des Bundes
Pensionsversicherung der Unselbständigen

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. ¹⁾	Ausgleichs- zulagen ¹⁾	Bundesmittel (BB+AZ) ¹⁾	Gesamtaufwendungen der PV ¹⁾ (ohne AZ, WB und Rücklagen)	Gesamtaufwendungen der PV ¹⁾ (einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen)	Deckungsrate der	
						Gesamtaufwendungen ohne AZ, WB und Rücklagen durch Bundesbeiträge Sp. (1) : (4)	Gesamtaufwendungen einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen durch Bundesmittel Sp. (3) : (5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
			Millionen Schilling			%	%
1970	5 840	1 397	7 237	25 553	26 950	22,9	26,9
1971	6 178	1 644	7 822	28 598	30 242	21,6	25,9
1972	6 205	1 892	8 097	31 831	33 723	19,5	24,0
1973	6 460	2 064	8 524	35 358	37 422	18,3	22,8
1974	7 968	2 259	10 227	41 125	43 384	19,4	23,6
1975	10 775	2 514	13 289	48 005	50 519	22,4	26,3
1976	11 852	2 723	14 575	57 281	60 004	20,7	24,3
1977	13 483	2 901	16 384	61 217	64 118	22,0	25,6
1978	8 101	3 061	11 162	67 348	70 409	12,0	15,9
1979	9 196	3 166	12 362	73 357	76 523	12,5	16,2
1980	6 990	3 242	10 232	79 726	82 968	8,8	12,3
1981	7 156	3 367	10 523	86 606	89 973	8,3	11,7
1982	12 494	3 568	16 062	95 275	98 843	13,1	16,3
1983	18 335	3 611	21 946	104 056	107 667	17,6	20,4
1984	20 231	3 705	23 936	112 746	116 451	17,9	20,6
1985	20 555	3 652	24 207	120 679	124 331	17,0	19,5
1986	23 258	3 626	26 884	128 900	132 526	18,0	20,3
1987	27 739	3 665	31 404	137 698	141 363	20,1	22,2
1988	28 588	3 762	32 350	143 446	147 208	19,9	22,0
1989	28 822	3 657	32 479	151 691	155 348	19,0	20,9
1990	24 031	4 126	28 157	161 616	165 742	14,9	17,0
1991	26 392	4 667	31 059	173 957	178 624	15,2	17,4
1992	24 799	5 349	30 148	184 147	189 496	13,5	15,9
1993	24 099	5 947	30 046	188 625	194 572	12,8	15,4
1994	22 069	6 765	28 834	193 578	200 343	11,4	14,4
1995	27 359	6 716	34 075	204 959	211 675	13,3	16,1
1996	28 037	6 762	34 799	215 992	222 754	13,0	15,6

¹⁾ 1970 bis 1994 endgültige Erfolgsrechnungen der Pensionsversicherungsträger, 1995 voraussichtlicher Erfolg, 1996 Schätzung für den Bundesvoranschlag.

Deckungsrate der Gesamtaufwendungen der Pensionsversicherung durch Mittel des Bundes

Pensionsversicherung der gewerblich selbständig und der freiberuflich selbständig Erwerbstätigen

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. ¹⁾	Ausgleichs- zulagen ¹⁾	Bundesmittel (BB+AZ) ¹⁾	Gesamtaufwendungen der PV ¹⁾ (ohne AZ, WB und Rücklagen)	Gesamtaufwendungen der PV ¹⁾ (einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen)	Deckungsrate der	
						Gesamtaufwendungen ohne AZ, WB und Rücklagen durch Bundesbeiträge Sp. (1) : (4)	Gesamtaufwendungen einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen durch Bundesmittel Sp. (3) : (5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
			Millionen Schilling			%	%
1970	1 012	455	1 467	1 802	2 257	56,2	65,0
1971	1 275	514	1 789	2 076	2 590	61,4	69,1
1972	1 565	577	2 142	2 417	2 994	64,7	71,5
1973	1 780	620	2 400	2 872	3 492	62,0	68,7
1974	2 342	673	3 015	3 573	4 246	65,5	71,0
1975	2 869	743	3 612	4 268	5 011	67,2	72,1
1976	3 531	788	4 319	5 039	5 827	70,1	74,1
1977	4 104	807	4 911	5 822	6 629	70,5	74,1
1978	4 204 ²⁾	824	5 028 ²⁾	6 500	7 324	64,7	68,7
1979	4 573 ²⁾	834	5 407 ²⁾	7 296	8 130	62,7	66,5
1980	5 134 ²⁾	843	5 977 ²⁾	8 096	8 939	63,4	66,9
1981	6 079 ²⁾	859	6 938 ²⁾	8 824	9 683	68,9	71,7
1982	6 755 ²⁾	880	7 635 ²⁾	9 570	10 450	70,6	73,1
1983	7 417 ²⁾	875	8 292 ²⁾	10 351	11 226	71,7	73,9
1984	7 336 ²⁾	873	8 209 ²⁾	11 098	11 971	66,1	68,6
1985	7 593	851	8 444	11 822	12 673	64,2	66,6
1986	7 346	839	8 185	12 708	13 547	57,8	60,4
1987	9 171	826	9 997	13 693	14 519	67,0	68,9
1988	9 473	822	10 295	14 216	15 038	66,6	68,5
1989	10 018	786	10 804	15 053	15 839	66,6	68,2
1990	10 941	854	11 795	16 109	16 963	67,9	69,5
1991	11 876	935	12 811	17 408	18 343	68,2	69,8
1992	12 097	1 021	13 118	18 486	19 507	65,4	67,2
1993	12 786	1 098	13 884	19 242	20 340	66,4	68,3
1994	13 452	1 197	14 649	20 434	21 631	65,8	67,7
1995	13 927	1 160	15 087	21 367	22 527	65,2	67,0
1996	13 995	1 148	15 143	22 387	23 535	62,5	64,3

¹⁾ 1970 bis 1994 endgültige Erfolgsrechnungen der Pensionsversicherungsträger, 1995 voraussichtlicher Erfolg, 1996 Schätzung für den Bundesvoranschlag.

²⁾ Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuß.

Deckungsrate der Gesamtaufwendungen der Pensionsversicherung durch Mittel des Bundes
Pensionsversicherung der Bauern

114

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. 1)	Ausgleichs- zulagen 1)	Bundesmittel (BB+AZ) 1)	Gesamtaufwendungen der PV 1) (ohne AZ, WB und Rücklagen)	Gesamtaufwendungen der PV 1) (einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen)	Deckungsrate der	
						Gesamtaufwendungen ohne AZ, WB und Rücklagen durch Bundesbeiträge Sp. (1) : (4)	Gesamtaufwendungen einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen durch Bundesmittel Sp. (3) : (5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
			Millionen Schilling			%	%
1970	726	—	726	949	949	76,5	76,5
1971	738	436	1 174	1 342	1 778	55,0	66,0
1972	1 157	681	1 838	1 791	2 472	64,6	74,4
1973	1 365	746	2 111	2 073	2 819	65,8	74,9
1974	1 844	869	2 713	2 608	3 477	70,7	78,0
1975	2 290	1 009	3 299	3 126	4 135	73,3	79,8
1976	2 788	1 147	3 935	3 679	4 826	75,8	81,5
1977	3 558	1 239	4 797	4 673	5 912	76,1	81,1
1978	4 052 2)	1 382	5 434 2)	5 469	6 851	74,1	79,3
1979	4 599 2)	1 482	6 081 2)	6 113	7 595	75,2	80,1
1980	4 542 2)	1 535	6 077 2)	6 614	8 149	68,7	74,6
1981	5 054 2)	1 615	6 669 2)	7 144	8 759	70,7	76,1
1982	5 619 2)	1 724	7 343 2)	7 678	9 402	73,2	78,1
1983	6 102 2)	1 821	7 923 2)	8 225	10 046	74,2	78,9
1984	6 112 2)	1 899	8 011 2)	8 768	10 667	69,7	75,1
1985	6 547	1 889	8 436	9 423	11 312	69,5	74,6
1986	7 037	1 902	8 939	9 981	11 883	70,5	75,2
1987	7 519	1 933	9 452	10 600	12 533	70,9	75,4
1988	7 571	1 955	9 526	10 950	12 905	69,1	73,8
1989	8 128	1 931	10 059	11 566	13 497	70,3	74,5
1990	8 820	2 412	11 232	12 324	14 736	71,6	76,2
1991	9 685	2 634	12 319	13 320	15 954	72,7	77,2
1992	10 352	2 869	13 221	14 216	17 085	72,8	77,4
1993	10 476	3 080	13 556	14 506	17 586	72,2	77,1
1994	10 597	3 332	13 929	14 759	18 091	71,8	77,0
1995	11 286	3 312	14 598	15 723	19 035	71,8	76,7
1996	11 868	3 288	15 156	16 659	19 947	71,2	76,0

1) 1970 bis 1994 endgültige Erfolgsrechnungen der Pensionsversicherungsträger, 1995 voraussichtlicher Erfolg, 1996 Schätzung für den Bundesvoranschlag.

2) Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuß.

Kapitel 16

70 der Beilagen und Zu 70 der Beilagen XX. GP - Regierungsvorlage (gesamtes Original)

605 von 867

Kapitel 17 — Titel 170 und 171

115

Kapitel 17 Gesundheit und Konsumentenschutz

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Konsumentenschutz gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt F.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	623,6	6 269,2	6 892,8	2 106,6
1995	536,7	5 793,4	6 330,1	2 109,4
1995 vorl. Erf..	542,2	5 427,7	5 970,0	1 980,0
1996	538,1	7 122,0	7 660,1	2 229,2

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 170 Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete des Gesundheits- und Veterinärwesens, der Nahrungsmittelkontrolle und in Angelegenheiten des Konsumentenschutzes.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	190,1	174,7	364,8	21,9
1995	181,5	177,3	358,8	4,1
1995 vorl. Erf..	184,3	160,0	344,3	5,0
1996	182,8	178,2	361,0	6,7

Anlagen

Vorsorge für die Anschaffung von Amtsausstattung.

Förderungen

Hier ist hauptsächlich der Betriebsaufwand des Österreichischen Bundesinstitutes für Gesundheitswesen einschließlich der Vergiftungsinformationszentrale vorgesehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Die „Gesetzlichen Verpflichtungen“ erwachsen im wesentlichen aus der Mitgliedschaft Österreichs bei der Weltgesundheitsorganisation.

Aufwendungen

Dieser Voranschlagsansatz berücksichtigt den allgemeinen Verwaltungsaufwand der Zentralleitung.

Einnahmen

Im wesentlichen Benützungsentgelt für Garagenabstellplätze und Kostenersätze der EU für Dienstreisen.

Titel 171 Konsumentenschutz**Gesetzliche Grundlagen**

Konsumentenschutzgesetz, BGBl. Nr. 140/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 247/1993;
Produktsicherheitsgesetz 1994, BGBl. Nr. 63/1995.

116

Kapitel 17 — Titel 172**Aufgaben**

- Allgemeine Konsumenteninformation in zivil- und verwaltungsrechtlichen Belangen;
- Information und Prävention im Bereich der Verhütung produktbezogener Haushalts-, Sport- und Freizeitunfälle;
- konsumentenbezogene Öffentlichkeitsarbeit;
- Mitwirkung im Verein für Konsumenteninformation;
- Erstellung von Gutachten und Forschung in verbraucherrelevanten Bereichen;
- Sicherstellung der Beteiligung von Konsumentenvertretern an der inländischen, europäischen und sonstigen internationalen Normung.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1994	35,9	—
1995	36,6	0,0
1995 vorl. Erf.	36,6	—
1996	35,0	0,0

Förderungen

Insbesondere Förderung der Verbraucherbeteiligung an der Normung.

Aufwendungen

Hier wird der Mitgliedsbeitrag für den Verein für Konsumenteninformation veranschlagt.

Weiters sind in diesem Voranschlagsansatz Mittel für Forschungsaufträge, Expertengutachten, die Erstellung von Informationsmaterial sowie für Maßnahmen im Zuge der Vollziehung des Produktsicherheitsgesetzes vorgesehen.

Titel 172 Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge**Gesetzliche Grundlagen**

- Gesetz vom 30. April 1870 betreffend die Organisation des öffentlichen Sanitätsdienstes, RGBl. Nr. 68;
- Epidemiegesetz 1950, BGBl. Nr. 186, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 702/1974;
- Bundesgesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose, BGBl. Nr. 127/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 344/1993;
- Geschlechtskrankheitengesetz, StGBI. Nr. 152/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 345/1993;
- Verordnung zum Geschlechtskrankheitengesetz, BGBl. Nr. 314/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 591/1993;
- Bundesgesetz über Maßnahmen gegen die Verbreitung des erworbenen Immundefektsyndroms (AIDS-Gesetz), BGBl. Nr. 728/1993;
- Bazillenausscheidergesetz, StGBI. Nr. 153/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 131/1964;
- Verordnung zum Bazillenausscheidergesetz, BGBl. Nr. 128/1946, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 358/1969;
- Bundesgesetz über die gehobenen medizinisch-technischen Dienste, BGBl. Nr. 460/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 257/1993;
- Ärztegesetz 1984, BGBl. Nr. 373/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 505/1994;
- Krankenpflegegesetz, BGBl. Nr. 102/1961, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 872/1992;
- Bundesgesetz über öffentliche Schutzimpfungen gegen übertragbare Kinderlähmung, BGBl. Nr. 244/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 462/1992;
- Plasmapheresegesetz, BGBl. Nr. 427/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 257/1993;
- Apothekengesetz, RGBl. Nr. 5/1907, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 96/1993;
- Rezeptpflichtgesetz, BGBl. Nr. 413/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 363/1990;
- Suchtgiftgesetz 1951, BGBl. Nr. 234, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 184/1985;
- Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz über den Verkehr und die Gebahrung mit Suchtgiften (Suchtgiftverordnung 1979), BGBl. Nr. 390/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 15/1987;

Kapitel 17 — Titel 172

117

Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 14. September 1981 über die Suchtgiftberatung, BGBl. Nr. 435/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 857/1993;
 Arzneimittelgesetz, BGBl. Nr. 185/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 107/1994;
 Arzneiwareneinfuhrgesetz, BGBl. Nr. 179/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 97/1993;
 Arzneiwareneinfuhrverordnung, BGBl. Nr. 120/1972;
 Arzneibuchgesetz, BGBl. Nr. 195/1980;
 Kondomprüfungsverordnung, BGBl. Nr. 630/1990;
 Tabakgesetz, BGBl. Nr. 431/1995;
 Behördenüberleitungsgesetz, StGBI. Nr. 94/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 566/1991;
 Strahlenschutzgesetz, BGBl. Nr. 227/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 396/1986;
 Bundesgesetz über die Errichtung eines Fonds „Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen“, BGBl. Nr. 63/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 256/1993;
 Übereinkommen zur gegenseitigen Anerkennung von Inspektionen betreffend Herstellung pharmazeutischer Produkte, BGBl. Nr. 132/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 331/1994;
 Finanzausgleichsgesetz 1993 (FAG 1993), BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. .../1996;
 Krankenanstaltengesetz, BGBl. Nr. 1/1957, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 853/1995;
 Errichtung des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds, BGBl. Nr. 700/1991, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 853/1995;
 Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über die Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1991 bis einschließlich 1996, BGBl. Nr. .../1996;
 Psychologengesetz, BGBl. Nr. 360/1990;
 Psychotherapiegesetz, BGBl. Nr. 361/1990;
 Übereinkommen über die Ausarbeitung eines Europäischen Arzneibuches, BGBl. Nr. 181/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 664/1992;
 Familienlastenausgleichsgesetz, BGBl. Nr. 376/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 297/1995.

Aufgaben

Vorsorgemedizin und Gesundheitsaufklärung;
 AIDS-Forschung, Information, Beratung und Betreuung;
 Ausbildung von Angehörigen der verschiedenen Gesundheitsberufe;
 Schutzimpfungen gegen Poliomyelitis, Diphtherie, Tetanus, Pertussis, Röteln, Masern, Mumps;
 Bekämpfung von Infektionskrankheiten;
 Kariesprophylaxe;
 Mutter-Kind-Betreuung einschließlich Angelegenheiten des Mutter-Kind-Passes;
 Bekämpfung des Alkoholmißbrauches, des Mißbrauches von Medikamenten und des Rauchens;
 Psychische Hygiene;
 Medizinische Angelegenheiten der Behinderten;
 Vorbeugungsmaßnahmen gegen Krebs;
 Beteiligung an WHO-Projekten;
 Bekämpfung des Suchtgiftmißbrauches;
 Zivilschutz;
 Arzneimittelwesen;
 Krankenanstaltenwesen;
 Medizinische Strahlenangelegenheiten;
 Medizinprodukte.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen	Schilling
1994	5 384,3	1 706,1
1995	5 004,2	1 802,7
1995 vorl. Erf.....	4 710,4	1 693,9
1996	6 340,2	1 907,4

Unterschiede gegen Vorjahre

Mehrausgaben sind auf die höheren Beiträge des Bundes an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds wegen Änderung des Bundesgesetzes über die Errichtung des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds und auf das höhere Umsatzsteueraufkommen zurückzuführen.

Mehreinnahmen sind auf die erhöhten Beiträge an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds, die durch die Steigerung des Umsatzsteueraufkommens bedingt sind, zurückzuführen.

118

Kapitel 17 — Titel 172

	1994	1995	1995 (vorl. Erf.)	1996
		Millionen Schilling		
Vorsorgemedizin; Epidemiologische Maßnahmen.....	205,9	176,8	161,5	155,2
Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds	4 148,7	4 219,6	3 974,5	5 616,2
Bekämpfung des Suchtgiftmißbrauches.....	23,7	31,8	30,6	26,8
Mutter-Kind-Paß	500,9	576,0	543,8	542,0
Sportförderung.....	505,1)))
Summe ...	5 384,3	5 004,2	4 710,4	6 340,2

Paragraph 1720 Vorsorgemedizin; Epidemiologische Maßnahmen**Anlagen**

Für die Aufklärung der Bevölkerung, insbesondere über AIDS, sind Filme und Spots herzustellen.

Förderungen

Die Ausbildung von Ärzten für Allgemeinmedizin in Lehrpraxen wird unter bestimmten Voraussetzungen gefördert.

Für die Unterstützung jener Einrichtungen, die die flächendeckende Beratung und Betreuung Aidsgefährdeter wahrnehmen, ist vorgesorgt.

Gesellschaften und Vereinigungen, die wesentliche Arbeiten auf dem Gebiete der Volksgesundheit leisten, werden unterstützt.

Die Förderung diverser vorsorgemedizinischer Programme wird fortgesetzt.

Die Forschungsarbeiten bestimmter Ludwig-Boltzmann-Institute werden im Hinblick auf deren grundlegende Bedeutung für Maßnahmen auf dem Gebiete des Gesundheitswesens gefördert, vor allem auch in bezug auf die AIDS-Forschung.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Zur Erreichung bzw. Aufrechterhaltung eines ausreichenden Impfschutzes der österreichischen Bevölkerung gegen Kinderlähmung wird auch 1996 das bisherige Impfschema beibehalten:

1. Komplette Grundimmunisierung des neuen Geburtsjahrganges,
2. Immunisierung der Kinder bei Eintritt in die Schule,
3. Auffrischungsimpfung bei Austritt aus der Schule.

Es ist für den Ankauf des zur Durchführung der Impfkation notwendigen Impfstoffes vorgesorgt.

Weiters sind Kosten für Untersuchungen auf Hepatitis A berücksichtigt.

Aufwendungen

Im Vordergrund steht die Aufklärungsarbeit zur Vermeidung der Weiterverbreitung von AIDS.

Im Rahmen der Prophylaxe ist wieder für die Beistellung von Impfstoff gegen Diphtherie, Tetanus und Pertussis insbesondere für Kinder zu den Impfkationen der Länder Vorsorge getroffen. Da Rötelerkrankungen in den ersten Monaten der Schwangerschaft eine Schädigung der Leibesfrucht verursachen können, wird die erstmals im Jahre 1975 propagierte Röteln-Schutzimpfung der Mädchen im Vorpubertätsalter weitergeführt. In die Aktion werden auch Frauen im Wochenbett miteinbezogen, um durch deren Impfung bei späteren Schwangerschaften einer Schädigung der Leibesfrucht vorzubeugen. Für den Ankauf von Impfstoff für die Masern-Mumps-Rötelnimpfung der Kinder vom 14. Lebensmonat bis zum zweiten Lebensjahr ist vorgesorgt. Diese Impfung ist zur Verhinderung der folgenschweren, oft bleibende Schäden verursachende Masernenzephalitis und der häufig auftretenden Mumpsmeningitis zu empfehlen.

Für die Abgeltung von Kosten für Gesundenuntersuchungen, FSME-Impfungen und für human-genetische Untersuchungen Nichtversicherter gemäß den einschlägigen Bestimmungen des ASVG ist Vorsorge getroffen.

Die Information der Bevölkerung über verschiedene gesundheitliche Belange, wie Fragen der Ernährung, Zahngesundheit, Gesundheit von Mutter und Kind sowie Gesundheitsförderung ist dringend geboten.

) Die Ausgaben für Sportförderung sind ab 1995 bei Kapitel 10 mitveranschlagt (Paragraph 1070).

Kapitel 17 — Titel 173

119

Für die Kosten der Sachverständigen im Arzneimittelbeirat, bei klinischen Gutachten auf Grund des Arzneimittelgesetzes, im Bereich der Sanitätspersonen, der Psychotherapeuten und für Untersuchungen nach § 105 a Ärztegesetz (§ 8 UbG) ist vorgesorgt.

Sowohl das Österreichische Bundesinstitut für Gesundheitswesen als auch andere Stellen werden mit der Ausarbeitung von Studien über diverse Fachfragen zu Gesundheitsproblemen befaßt. Bei einem Teil dieser Arbeiten handelt es sich um Fortsetzungsprojekte aus den Vorjahren.

Das Arzneimittel-Informationssystem „Rote Hand“ warnt vor nachteiligen Wirkungen von Medikamenten. Auf Grund der EU-Richtlinien hat Österreich an einem europäischen Sicherheitsmeldesystem für Medizinprodukte teilzunehmen.

Voranschlagsansatz 1/17217 Überweisung an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds

Durch den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds sollen den Rechtsträgern von Krankenanstalten nicht nur bedeutend mehr Mittel, als dies auf Grund des Krankenanstaltengesetzes seinerzeit möglich war, zur Verfügung gestellt werden, sondern es soll auch ein möglichst reibungsloser Übergang vom bisher praktizierten Abgangsdeckungssystem zu einem leistungsorientierten Finanzierungssystem gefunden werden. Hiedurch wird die Kostenwirtschaftlichkeit der Leistungserstellung in den österreichischen Krankenanstalten auch weiterhin gesteigert und eine optimale Versorgung der österreichischen Bevölkerung mit Krankenhausleistungen sichergestellt.

Weiters werden Strukturreformmaßnahmen zur Entlastung der Krankenanstalten gefördert.

Paragraph 1722 Bekämpfung des Suchtgiftmißbrauches

Für die Förderung von Einrichtungen und Vereinigungen, die die Beratung und Betreuung von Suchtgiftmißbrauchern wahrnehmen, ist unter Bedachtnahme auf die Bestimmungen des § 22 des Suchtgiftgesetzes vorgesorgt. Ebenso ist die vorgesehene Änderung des Suchtgiftgesetzes berücksichtigt. Auch werden Mittel für den Ankauf von Suchtgiftrezepten sowie für die Durchführung von Studien und von Aufklärungsmaßnahmen gegen Suchtgiftmißbrauch bereitgestellt.

Paragraph 1724 Mutter-Kind-Paß (zweckgeb. Gebarung)

Sowohl für die Produktion des Passes als auch für die Abgeltung von Untersuchungsleistungen ist vorgesorgt.

Einnahmen

Umsatzsteueranteil für den KRAZAF;

Gutachterhonorare und Entgelte für Verwaltungsleistungen auf Grund des AMG; Bescheidgebühren für pharmazeutische Spezialitäten;

Zweckgebundene Einnahmen aus dem Familienlastenausgleichsfonds zugunsten des Mutter-Kind-Passes.

Titel 173 Bundesministerium; Strahlenschutz, Veterinärwesen, Lebensmittelangelegenheiten, Gentechnologie**Gesetzliche Grundlagen**

Strahlenschutzgesetz, BGBl. Nr. 227/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 396/1986;
 Tierseuchengesetz, RGBl. Nr. 177/1909, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 257/1993;
 Verordnung über die Anordnung von Tollwut-Schutzimpfungen für Füchse, BGBl. Nr. 358/1991;
 Bienenseuchengesetz, BGBl. Nr. 290/1988;
 Verordnung über die Aujeszky'sche Krankheit, BGBl. Nr. 303/1986;
 Bangseuchengesetz, BGBl. Nr. 147/1957, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 236/1985;
 Rinderleukosegesetz, BGBl. Nr. 272/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 237/1985;
 Deckseuchengesetz, BGBl. Nr. 22/1949;
 Fleischuntersuchungsgesetz, BGBl. Nr. 522/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 118/1994;
 Fleischhygieneverordnung, BGBl. Nr. 280/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 185/1992;
 Geflügelhygieneverordnung, BGBl. Nr. 274/1991;
 Tierärztegesetz, BGBl. Nr. 16/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 476/1995;
 Lebensmittelgesetz 1975 (LMG 1975), BGBl. Nr. 86, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 756/1992;
 Waschmittelgesetz, BGBl. Nr. 300/1984;

120

Kapitel 17 — Titel 173

Chemikaliengesetz, BGBl. Nr. 326/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 759/1992;
 Giftverordnung, BGBl. Nr. 212/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 449/1993;
 IBR/IPV-Gesetz, BGBl. Nr. 636/1989;
 Pflanzenschutzmittelgesetz, BGBl. Nr. 476/1990;
 Düngemittelgesetz, BGBl. Nr. 513/1994;
 Gentechnikgesetz, BGBl. Nr. 510/1994;
 Trinkwasser-Nitratverordnung, BGBl. Nr. 557/1989;
 Trinkwasser-Pestizidverordnung, BGBl. Nr. 448/1991;
 Milchhygieneverordnung, BGBl. Nr. 897/1993.

Aufgaben

Großräumige Überwachung des Bundesgebietes auf radioaktive Verunreinigung einschließlich Vorsorge für Schutz- und Abwehrmaßnahmen;
 Genehmigung und Kontrolle von dem Strahlenschutzgesetz unterliegenden Anlagen;
 Entsorgung von schwach- und mittelradioaktiven Abfällen;
 Abwehr von Tierseuchen;
 Fleisch- und Schlachthofhygiene;
 Entschädigung nach Veterinärgesetzen;
 Erlassung lebensmittelrechtlicher Vorschriften und Lebensmittelkontrolle;
 Entschädigungen nach dem Lebensmittelgesetz;
 Chemikalienkontrolle (Giftwesen);
 gesundheitliche Beurteilung von Pflanzenschutzmitteln und Düngemitteln (Zulassungsverfahren) sowie Angelegenheiten der Gentechnologie.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1994	189,9	4,0
1995	194,7	4,8
1995 vorl. Erf.....	184,3	6,3
1996	187,2	7,0

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

	1994	1995	1995 (vorl. Erf.)	1996
	Millionen Schilling			
Strahlenschutz	112,2	110,9	117,0	112,4
Veterinärwesen	56,3	64,4	51,4	66,4
Lebensmittel, Chemikalien	19,8	15,8	12,6	4,3
Gentechnologie.....	1,6	3,6	3,4	4,1
Summe ...	189,9	194,7	184,3	187,2

Paragraph 1732 Strahlenschutz**Anlagen**

Im Strahlenfrühwarnsystem sind Ergänzungen und Modifikationen erforderlich.

Förderungen

Zu der dem Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz gemäß § 37 Strahlenschutzgesetz obliegenden großräumigen Überwachung der Umwelt auf Radioaktivitätsverunreinigungen ist die Erstellung von ÖNormen erforderlich.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Aufwendungen für ärztliche Untersuchungen gemäß § 35 Strahlenschutzgesetz veranschlagt.

Aufwendungen

Neben den Mitteln für die Wartung und Instandhaltung der Meßgeräte der Beobachtungsstationen des Strahlenwarnsystems wurde im Rahmen des einen Bestandteils des Strahlenfrühwarnsystems bildenden Fernwirksystems für die notwendigen Leitungswege, die Wartung und Instandhaltung vorgesorgt. Ebenfalls veranschlagt sind die für den Betrieb des Strahlenfrühwarnsystems erforderlichen Mittel.

Kapitel 17 — Titel 173

121

Weiters sind die Kosten der erforderlichen Sachverständigen in strahlenschutzrechtlichen Bewilligungsverfahren sowie die Mittel für die Fortführung von Forschungsaufträgen berücksichtigt.

Außerdem wurde für die Kostentragung zur Verarbeitung, Zwischenlagerung und sonstigen Entsorgung radioaktiver Abfälle Vorsorge getroffen.

Einnahmen

Ersatz von Sachverständigenkosten in Bewilligungsverfahren nach dem Strahlenschutzgesetz durch die Konsenswerber sowie Vergütungen des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung für die Inanspruchnahme von Stromwegen im Übertragungsnetz des Strahlenfrühwarnsystems (TAWES-Leitungen).

Paragraph 1737 Veterinärwesen**Förderungen**

Bereinigung allfälliger Re-Infektionen durch Beihilfen für die Schlachtung von Tbc-Reagenten sowie Förderung sonstiger Veterinärmaßnahmen.

Epizootie

Die bisherigen Erfahrungen mit Tierseuchen rechtfertigen im Hinblick auf die Gewährleistung der Aktionsfähigkeit die Veranschlagung von Mitteln für Bekämpfungsaktionen.

Gemäß Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 12. März 1979 sind die Kosten der periodischen Untersuchungen auf Rindertuberkulose vom Bund zu tragen.

Es sind hier auch die nach tierseuchenrechtlichen Bestimmungen zu leistenden staatlichen Entschädigungen sowie die Kosten für Nach- und Wiederholungsuntersuchungen, Desinfektionen und Kennzeichnungsbehelfe veranschlagt.

Darüber hinaus sind die Aufwendungen gemäß § 61 Tierseuchengesetz und die vom Bund zu tragenden Kosten für Tollwutbekämpfungsmaßnahmen gemäß § 1 Abs. 5 in Verbindung mit § 25 a leg. cit. berücksichtigt.

Aufwendungen

Neben den Mitteln zur Erfüllung der gesetzlich verankerten Leistungen für die Aus- und Weiterbildung der Amtstierärzte wurde für die Fortführung von Forschungsaufträgen vorgesorgt.

Einnahmen

Strafgelder, die wegen Übertretungen der Bestimmungen des Tierseuchengesetzes eingehoben werden.

Paragraph 1738 Lebensmittel, Chemikalien**Förderungen**

Unterstützung wesentlicher Arbeiten im Bereich der Toxikologie, insbesondere die Erarbeitung von Ersatzmethoden zu Tierversuchen.

Entschädigungen

Bei diesem Voranschlagsansatz sind die nach dem Lebensmittelgesetz zu leistenden staatlichen Entschädigungen veranschlagt.

Lebensmittel- und Chemikalienkontrolle

Mittel für Forschungsaufträge und Expertengutachten sowie für die Vollziehung des Chemikaliengesetzes sind veranschlagt.

Paragraph 1739 Gentechnologie**Förderungen**

Unterstützung von Zweckforschungsaktivitäten und von einschlägigen Fachveranstaltungen in Vollziehung des Gentechnikgesetzes.

122

Kapitel 17 — Titel 174**Aufwendungen**

Forschungsaufträge und Expertengutachten im Interesse des Vollzugs des Gentechnikgesetzes sowie als Folge internationaler Reglementierung.

Titel 174 Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten**Gesetzliche Grundlagen**

Epidemiegesetz 1950, BGBl. Nr. 186, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 702/1974;
 Geschlechtskrankheitengesetz, StGBI. Nr. 152/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 345/1993;
 Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 9. Mai 1974 über die gesundheitliche Überwachung von Personen, die mit ihrem Körper gewerbsmäßig Unzucht betreiben, BGBl. Nr. 314/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 591/1993;
 Bundesgesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose, BGBl. Nr. 127/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 344/1993;
 Bäderhygienegesetz, BGBl. Nr. 254/1976, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 16/1992;
 Studienförderungsgesetz, BGBl. Nr. 305/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 513/1995;
 Schülerbeihilfengesetz 1983, BGBl. Nr. 455, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 853/1995;
 Krankenanstaltengesetz, BGBl. Nr. 1/1957, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 853/1995;
 Psychotherapiegesetz, BGBl. Nr. 361/1990;
 Psychologengesetz, BGBl. Nr. 360/1990.

Aufgaben

Alle sachlichen Rechtsangelegenheiten des Bereiches Volksgesundheit, woraus in erster Linie Zahlungen auf Grund des Tuberkulosegesetzes, Entschädigungen nach sonstigen Sanitätsgesetzen sowie Studienförderungen und Schülerbeihilfen resultieren.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1994	89,5	0,4
1995	95,3	0,3
1995 vorl. Erf.	86,3	0,1
1996	101,2	0,3

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Mehrausgaben sind insbesondere durch die Einbeziehung der Hebammenakademien in die Studienförderung bedingt.

Die Ausgabenentwicklung der einzelnen Bereiche ist in der nachstehenden Übersicht dargestellt.

	1994	1995 Millionen Schilling	1995 (vorl. Erf.)	1996
Aufwendungen	0,3	0,4	0,3	0,5
Aufwand nach dem Bäderhygienegesetz	—	0,0	—	0,0
Zweckzuschüsse nach dem KAG	—	0,0	—	0,0
Aufwand nach dem Tuberkulosegesetz	37,0	43,0	35,8	43,4
Entschädigungen nach Sanitätsgesetzen	6,0	6,7	6,6	6,9
Studienförderung/Medizinisch-technische Schulen	41,6	39,0	39,0	44,0
Schülerbeihilfen	4,6	6,2	4,7	6,4
Summe ...	89,5	95,3	86,3	101,2

Voranschlagsansatz 1/17408 Aufwendungen

Bei diesem Voranschlagsansatz sind insbesondere die Mittel für Studienunterstützungen in Härtefällen für Schüler/Studierende in medizinisch-technischen Schulen/Akademien und Hebammenakademien vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/17437 Aufwand nach dem Tuberkulosegesetz

Bei diesem Voranschlagsansatz sind Untersuchungs- und Behandlungskosten gemäß dem Tuberkulosegesetz vorgesehen.

Kapitel 17 — Titel 179

123

Voranschlagsansatz 1/17447 Entschädigungen nach Sanitätsgesetzen

Bei diesem Voranschlagsansatz sind die nach dem Epidemie- und Geschlechtskrankheitengesetz zu leistenden staatlichen Entschädigungen veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/17457 Studienförderung/Medizinisch-technische Schulen

Hier ist für Studienbeihilfen nach dem Studienförderungsgesetz für Schüler/Studierende der gehobenen medizinisch-technischen Schulen/Akademien sowie der Hebammenakademien Vorsorge getroffen.

Voranschlagsansatz 1/17467 Schülerbeihilfen

Die bei diesem Voranschlagsansatz veranschlagten Mittel sind für Schul- und Heimbeihilfen für Schüler von medizinisch-technischen Fachschulen und von Bundeshebammenlehranstalten vorgesehen.

Titel 179 Dienststellen

Die Ausgaben und Einnahmen dieses Titels ergeben sich aus der Tätigkeit der Anstalten der Bundesstaatlichen Sanitäts- und Veterinärverwaltung, der Bundeshebammenlehranstalten/Akademien und des Veterinärmedizinischen Grenzbeschaudienstes.

Gesetzliche Grundlagen

Behördenüberleitungsgesetz, StGBI. Nr. 94/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 566/1991;
 Lebensmittelgesetz 1975 (LMG 1975), BGBl. Nr. 86, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 756/1992;
 Waschmittelgesetz, BGBl. Nr. 300/1984;
 Trinkwasser-Nitratverordnung, BGBl. Nr. 557/1989;
 Trinkwasser-Pestizidverordnung, BGBl. Nr. 488/1991;
 Pflanzenschutzmittelgesetz, BGBl. Nr. 476/1990;
 Epidemiegesezt 1950, BGBl. Nr. 186, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 702/1974;
 Bundesgesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose, BGBl. Nr. 127/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 344/1993;
 Geschlechtskrankheitsgesetz, StGBI. Nr. 152/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 345/1993;
 Verordnung zum Geschlechtskrankheitengesetz, BGBl. Nr. 314/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 591/1993;
 Bazillenausscheidergesetz, StGBI. Nr. 153/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 131/1964;
 Verordnung zum Bazillenausscheidergesetz, BGBl. Nr. 128/1946, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 358/1969;
 Bäderhygienegesetz, BGBl. Nr. 254/1976, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 16/1992;
 Arzneimittelgesetz, BGBl. Nr. 185/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 107/1994;
 Arzneibuchgesetz, BGBl. Nr. 195/1980;
 Bundesgesetz über Maßnahmen gegen die Verbreitung des erworbenen Immundefektsyndroms (AIDS-Gesetz), BGBl. Nr. 728/1993;
 Hebammengesetz 1963, BGBl. Nr. 310/1994;
 Hebammen-Ausbildungsordnung, BGBl. Nr. 443/1971;
 Bundesgesetz über die veterinärmedizinischen Bundesanstalten, BGBl. Nr. 563/1981;
 Fleischuntersuchungsgesetz, BGBl. Nr. 522/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 118/1994;
 Tierseuchengesetz, RGBI. Nr. 177/1909, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 257/1993;
 Rinderleukosegesetz, BGBl. Nr. 272/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 237/1985;
 IBR/IPV-Gesetz, BGBl. Nr. 636/1989;
 Veterinärbehördliche Ein- und Durchfuhrverordnung 1992, BGBl. Nr. 31/1993.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1994	433,5	395,0	828,5	374,1
1995	355,2	285,1	640,3	297,5
1995 vorl. Erf..	358,0	250,1	608,1	274,8
1996	355,3	280,2	635,5	307,8

Paragraph 1790 Lebensmitteluntersuchungsanstalten**Aufgaben**

Der Bund betreibt zur Erfüllung der Aufgaben in Vollziehung des Lebensmittelgesetzes 1975 die Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung in Wien und je eine Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung in Linz, Graz, Innsbruck und Salzburg.

Anlagen

Apparative Ausrüstung der Anstalten für die Kontaminationskontrolle von Lebensmitteln unter anderem auf radioaktive Substanzen und die vermehrte Rückstandskontrolle (Schädlingsbekämpfungsmittel, Hormone, Schwermetalle u. dgl.) und für Untersuchungen von Trinkwasser auf Pestizidrückstände. Weiters ist auch für Ersatzanschaffungen vorgesorgt.

Aufwendungen

Hier sind die Kosten zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes der Anstalten veranschlagt. Die Aufwendungen beinhalten auch die Anteile an Untersuchungsgebühren (Taxen).

Einnahmen

Einnahmen aus Untersuchungen, die ohne behördliches oder lebensmittelpolizeiliches Einschreiten erfolgen.

Paragraph 1792 Bakteriologisch-serologische und sonstige Untersuchungsanstalten**Aufgaben und Organisation**

1. Bundesstaatliche bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalten bestehen in Wien, Linz, Salzburg, Graz, Klagenfurt und Innsbruck:

Untersuchungen auf Grund des
Epidemiegesetzes zur Diagnostizierung von Infektionskrankheiten,
Tuberkulosegesetzes,
Bazillenausscheidergesetzes,
Bäderhygienegesetzes,
Geschlechtskrankheitengesetzes,
AIDS-Gesetzes,
Mutter-Kind-Passes;
Trinkwasseruntersuchungen aus medizinisch-hygienischer Sicht, Pyrogenteste an Infusionspräparaten,
Sterilitätsprüfungen (Autoklavenprüfungen) in Krankenanstalten, Bakteriologisch-serologische Untersuchungen in freier Konkurrenz zu Privatlaboratorien,
Untersuchungen von Infusionspräparaten.

2. Bundesanstalt für chemische und pharmazeutische Untersuchungen:

Aufgaben auf Grund des Arzneimittelgesetzes,
Balneochemische Untersuchungen.

3. Bundesstaatliche Anstalt für experimentell pharmakologische und balneologische Untersuchungen:

Aufgaben auf Grund des Arzneimittelgesetzes,
Balneologische Untersuchungen.

4. Bundesstaatliches Serumprüfinstitut/Bundesstaatliche Impfstoffgewinnungsanstalt:

Aufgaben auf Grund des Arzneimittelgesetzes,
Aufgaben auf Grund des AIDS-Gesetzes,
Beratungstätigkeit über Tollwutimpfungen.

Anlagen

Diese Budgetmittel werden vor allem für die Ausstattung neuadaptierter Räume und für die Anschaffung moderner, den spezifischen Erfordernissen entsprechenden Laborgeräte und ADV-Anlagen verwendet, da die vermehrte Tätigkeit im Rahmen der europäischen epidemiologischen Überwachung verschiedener Infektionskrankheiten einen hohen Qualitätsstandard erfordern.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier ist insbesondere für die zu entrichtende Kommunalsteuer vorgesorgt.

Aufwendungen

Hier sind die Betriebskosten der Untersuchungsanstalten veranschlagt. Die Aufwendungen beinhalten auch die Anteile an Untersuchungsgebühren (Taxen).

Einnahmen

Betriebseinnahmen aus gebührenpflichtigen Untersuchungen, Rückersätze von Reisekosten bei Wasseruntersuchungen.

Paragraph 1794 Bundeshebammenlehranstalten/Bundes-Hebammenakademien**Aufgaben**

In den Bundeshebammenlehranstalten/Hebammenakademien wird die Ausbildung der Hebammenschülerinnen/Studierenden auf die neuesten Erfahrungen und Erkenntnisse abgestimmt, wobei durch den Beitritt zur EU die Ausbildung auf drei Jahre verlängert und das Ausbildungsniveau angehoben wurde. Die Ausbildung ist darauf ausgerichtet, eine Senkung der Säuglingssterblichkeit durch richtige Versorgung der werdenden Mütter und der Neugeborenen zu erzielen.

Anlagen

Für die Erneuerung und Verbesserung der Einrichtung der Unterrichtsräume sowie für den Ankauf von Lehrmitteln ist vorgesorgt.

Aufwendungen

Der Betriebsaufwand berücksichtigt ua. den Ankauf von Kleininventar und die Übernahme von Kosten für die Beschäftigung zusätzlichen Lehrpersonals.

Einnahmen

Verpflegskostenbeiträge und Beiträge der Bundesländer Salzburg und Kärnten zum Betriebsabgang.

Paragraph 1795 Veterinärmedizinische Anstalten**Aufgaben**

Der Bund betreibt zur Erfüllung der Aufgaben im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung eine Anstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren, eine Anstalt für Tierseuchenbekämpfung und je eine veterinärmedizinische Anstalt in Linz, Graz und Innsbruck.

Diese Anstalten haben diagnostische Aufgaben wie auch Rückstandskontrollen bei Fleisch (Veterinärpharmaka, Hormone, Schwermetalle) durchzuführen. An der Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung und an der Bundesanstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren wird auch Impfstoff produziert.

Anlagen

Vorgesehen sind die apparative Ausstattung von Anstalten für Zwecke von Rückstandskontrollen, sonstige vordringliche Anschaffungen im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen und Ersatzanschaffungen.

Aufwendungen

Hier sind die Betriebskosten dieser Anstalten veranschlagt, wovon nicht unerhebliche Mittel für Rückstandsuntersuchungen, die Anschaffung von Diagnostika für periodische-, Wiederholungs- und Nachuntersuchungen im Rahmen der Leukose-Brucellose- und IBR/IPV-Bekämpfung und die Reagenzien für das Aujeszky-Überwachungsprogramm der EU bestimmt sind.

126

Kapitel 17 — Titel 179**Einnahmen**

Betriebseinnahmen für Untersuchungen, ausgenommen die kostenlos zu untersuchenden Einsendungen nach dem Tierseuchengesetz sowie Einnahmen aus dem Aujeszky-Überwachungsprogramm.

Paragraph 1796 Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst**Aufgaben**

Amtshandlungen der Grenztierärzte bei der Einfuhr und Durchfuhr von Tieren, tierischen Rohstoffen und Produkten.

Anlagen

Vorgesehen ist Amts- und Laborausstattung für EU-konforme Abfertigung an den Grenzeintrittsstellen.

Aufwendungen

Neben den Ausgaben für Amtshandlungen sind vor allem die Kosten für die Werkverträge mit Grenztierärzten sowie für den EU-Beitritt (EU-Informationssystem, Einrichtung und Betriebskosten für Kühlcontainer, Anmietung von Räumen und Quarantäneställen) veranschlagt.

Einnahmen

Gebühren gemäß Veterinärbehördlicher Ein- und Durchfuhrverordnung. Die Einnahmenhöhe richtet sich nach der Anzahl der Ein- und Durchfuhren von Tieren und tierischen Produkten.

Kapitel 18 — Titel 180 und 186

127

Kapitel 18 Umwelt

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Umwelt gemäß dem Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, insbesondere Anlage zu 2 Teil 2, Abschnitt L.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	238,6	67 405,0	67 643,6	59 037,1
1995	191,6	5 295,8	5 487,4	2 237,0
1995 vorl. Erf..	202,3	2 599,0	2 801,3	236,6
1996	198,1	3 679,2	3 877,3	6,6

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 180 Bundesministerium für Umwelt**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Umwelt obliegen die Angelegenheiten der Umweltpolitik und des Umweltschutzes.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	151,8	134,9	286,8	1 172,3
1995	104,5	120,9	225,4	2 000,4
1995 vorl. Erf..	112,6	126,9	239,4	2,1
1996	110,2	127,2	237,4	1,5

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz erwachsen im wesentlichen Aufwendungen aus Beiträgen zum Fonds des Umweltprogrammes der Vereinten Nationen und der ECE-EMEP-Konvention (Grenzüberschreitende Luftverunreinigung).

Aufwendungen

Bei diesem Voranschlagsansatz sind Ausgaben für die Veranstaltung von umweltpolitisch bedeutsamen Symposien, die Herstellung von Publikationen sowie für bewußtseinsbildende Maßnahmen veranschlagt.

Titel 186 Umweltschutz**Gesetzliche Grundlagen**

Umweltförderungsgesetz, BGBl. Nr. 185/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 853/1995;

Verordnung der Bundesregierung über die Vergütung für die Mitglieder und Ersatzmitglieder des Umweltsenates, BGBl. Nr. 275/1995;

Bundesgesetz über die Förderung des Wasserbaues aus den Bundesmitteln (Wasserbautenförderungsgesetz 1985), BGBl. Nr. 148/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 325/1990;

Umwelt- und Wasserwirtschaftsfondsgesetz, BGBl. Nr. 79/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 237/1991;

Finanzausgleichsgesetz 1993, BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. .../1996;

Waschmittelgesetz, BGBl. Nr. 300/1984;

Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz, BGBl. Nr. 697/1993;

Bundesgesetz über den Umweltsenat, BGBl. Nr. 698/1993;

Vereinbarung gem. Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern Kärnten, Salzburg und Tirol über die Zusammenarbeit in Angelegenheiten des Schutzes und der Förderung des Nationalparks Hohe Tauern, BGBl. Nr. 570/94;

Pflanzenschutzmittelgesetz, BGBl. Nr. 476/1990;

Vereinbarung über die Festlegung von Immissionsgrenzwerten für Luftschadstoffe und über Maßnahmen zur Verringerung der Belastung der Umwelt samt Anlagen, BGBl. Nr. 443/1987;

Smogalarmgesetz BGBl. Nr. 38/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 210/1992;

Ozongesetz, BGBl. Nr. 210/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 309/1994;

Bundesgesetz über die Umweltkontrolle, BGBl. Nr. 127/1985;

Chemikaliengesetz BGBl. Nr. 326/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 759/1992;

Altlastensanierungsgesetz BGBl. Nr. 299/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 818/1993;

Abfallwirtschaftsgesetz, BGBl. Nr. 325/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 155/1994;

Bundesgesetz zur Schaffung eines Gütezeichens für Holz und Holzprodukte aus nachhaltiger Nutzung, BGBl. Nr. 228/1993;

Bundesgesetz über ein Verbot des Verbrennens biogener Materialien außerhalb von Anlagen, BGBl. Nr. 405/1993;

Umweltinformationsgesetz, BGBl. Nr. 495/1993;

Gentechnikgesetz, BGBl. Nr. 510/94.

Aufgaben

Die Zielsetzungen der Umweltförderung nach dem Umweltförderungsgesetz sind:

- die Förderung der Siedlungswasserwirtschaft,
- die Förderung der Altlastensanierung,
- die allgemeine Umweltförderung und
- die Umweltförderung im Ausland (Osteuropa).

Zur Abwicklung der Förderungen wurde die Österreichische Kommunalkreditbank AG betraut.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1994	4 715,0	239,6
1995	5 056,5	232,1
1995 vorl. Erf.....	2 351,9	232,3
1996	3 431,8	0,0

Paragraph 1860 Umweltpolitische Maßnahmen

Anlagen

Hier ist für die Einrichtung von Meßstellen nach dem Smogalarmgesetz und über Maßnahmen zur Verringerung der Belastung der Umwelt vorgesorgt.

Förderungen

Im Sinne des Koordinierungsauftrages werden Vorhaben einschlägiger Gesellschaften, Vereinigungen und sonstige Einrichtungen auf dem Gebiete des Umweltschutzes gefördert.

Die Förderungsmaßnahmen zur Wahrung der Bundesinteressen im Naturschutz werden fortgesetzt.

Insbesondere sind Förderungsmittel zur Errichtung von Nationalparks veranschlagt.

Aufwendungen

Neben den Instandhaltungskosten für Meßgeräte und Fahrzeuge sind hier die Mittel für die Fortführung von Forschungsaufträgen, für internationale Beiträge und andere umweltpolitische Aktivitäten veranschlagt. Darüber hinaus ergeben sich auch erhebliche Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Vollziehung des Abfallwirtschaftsgesetzes, des Chemikaliengesetzes sowie des Bundesgesetzes über den Umweltsenat.

Kapitel 18 — Titel 187

129

Paragraph 1862 Altlastensanierung (zweckgeb. Gebarung)**Gesetzliche Grundlage**

Altlastensanierungsgesetz, BGBl. Nr. 299/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 818/1993.

Aufgaben

Nach Maßgabe der zweckgebundenen Einnahmen auf Grund des Altlastensanierungsgesetzes werden diese Mittel für die Sanierung oder Sicherung von Altlasten, weiters für Studien und Projekte zur Erfassung, Abschätzung und Bewertung von Verdachtsflächen und zur Erfassung von Altlasten (§ 13 und § 14), die Erstellung der Prioritätenklassifizierung (§ 14) und für die Kostentragung der Aufwendungen der Länder für Aufgaben gem. § 13 und § 14 ALSAG verwendet.

Paragraph 1863 Siedlungswasserwirtschaft

Unter diesem Paragraph wurde für die Förderung der Wasser- und Abwasserwirtschaft nach Maßgabe des Finanzausgleichsgesetzes vorgesorgt.

Paragraph 1864 Sonstige Umweltmaßnahmen

Bei diesem Paragraph werden Mittel für die allgemeine Umweltförderung und für Umweltschutzmaßnahmen im Ausland gemäß § 23f UFG sowie das Entgelt für die Abwicklungsstelle gemäß § 11 UFG veranschlagt.

Titel 187 Umweltbundesamt**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Umweltkontrolle, BGBl. Nr. 127/1985.

Aufgaben

Das Umweltbundesamt hat Aufgaben durch fachwissenschaftliche Arbeiten, Vermittlung der Arbeitsergebnisse, Erstellung von Gutachten und Erarbeitung von Stellungnahmen zu Anregungen und Beschwerden Umweltinteressen zu wahren.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1994	85,7	131,6	217,3	4,1
1995	87,1	118,3	205,4	4,5
1995 vorl. Erf..	89,7	120,2	209,9	2,2
1996	87,8	120,3	208,1	5,1

Anlagen

Hier wird für die Ausstattung der Unterkunft des Umweltbundesamtes sowie für Erweiterungen der ADV-Anlage und für Ersatzanschaffungen von Luftmeßgeräten vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz sind die Vergebührung von Mietverträgen und Vertragsgebühren für ADV-Einrichtungen vorzusehen.

Aufwendungen

Betriebsaufwendungen, insbesondere die Aufwendungen für die Unterbringung des Umweltbundesamtes in Wien und seiner Zweigstellen in Salzburg und Klagenfurt.

130

Kapitel 19 — Titel 190 und 191**Kapitel 19 Jugend und Familie**

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Jugend und Familie gemäß dem Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, insbesondere Anlage zu 2 Teil 2, Abschnitt H.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1995	57,8	59 324,8	59 382,7	56 349,1
1995 vorl. Erf..	51,9	58 968,4	59 020,2	55 716,8
1996	50,7	54 349,6	54 400,3	54 149,9

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 190 Bundesministerium für Jugend und Familie**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Jugend und Familie obliegen Angelegenheiten der Familienpolitik, der Familienförderung, — insbesondere des Familienlastenausgleiches — sowie Angelegenheiten der Jugendpolitik und Jugenderziehung.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1995	56,6	63,1	119,7	0,4
1995 vorl. Erf..	50,8	58,6	109,4	0,3
1996	49,7	59,1	108,8	0,4

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz ist für die Auszahlung der Familienbeihilfe und Geburtenbeihilfe an die Bediensteten des Ressorts im Rahmen der Selbstträgerschaft vorzusorgen.

Aufwendungen

Bei diesem Voranschlagsansatz sind die Ausgaben für die Veranstaltung von familienpolitisch bedeutsamen Symposien, die Herstellung von Publikationen sowie für bewußtseinsbildende Maßnahmen veranschlagt.

Das Bundesministerium für Jugend und Familie leistet einen Beitrag an die Internationale Union der Familienorganisation (IUFO — Internationale des Organismus Familiaux UIOF), Paris; Beitragsleistung 77 000 Schilling im Jahr.

Titel 191 Familienpolitische Maßnahmen

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	4 659,9	0,0
1995	2 793,2	0,0
1995 vorl. Erf.....	3 077,8	—
1996	25,5	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Im Jahr 1996 ergibt sich kein Abgang aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen.

Voranschlagsansatz 1/19116 Förderungen

Für familienpolitische Maßnahmen sind 1996 25,5 Millionen Schilling veranschlagt. Diese Mittel werden für die Förderung der Verbände und Institutionen, die vorwiegend auf dem Gebiete der Familienpolitik tätig sind, verwendet.

Es handelt sich dabei unter anderem auch um Familienorganisationen, die auch im Familienpolitischen Beirat beim Bundesministerium für Jugend und Familie vertreten sind und deren Aktivitäten den Familien direkt zugute kommen. Weiters werden von gemeinnützigen Einrichtungen getragene Projekte gefördert.

Kapitel 19 — Titel 193

131

Voranschlagsansatz 1/19137 Zahlung an den Reservefonds für Familienbeihilfen**Gesetzliche Grundlage**

Familienlastenausgleichsgesetz 1967, § 40 Abs. 6 und 7.

Dieser Voranschlagsansatz trägt der Regelung Rechnung, daß der Bund im Falle, daß die Mittel des Reservefonds für Familienbeihilfen erschöpft sind, einen Abgang aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen in Anrechnung auf seine Verbindlichkeiten gegenüber dem Reservefonds zu tragen hat. Sind alle Mittel des Reservefonds erschöpft, hat der Bund die Abgänge aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen vorläufig aus allgemeinen Budgetmitteln zu decken.

Titel 193 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgebundene Gebarung)**Gesetzliche Grundlage**

Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 297/1995.

Aufgaben

Nach dem FLAG werden folgende Leistungen erbracht:

Die Gewährung von Familienbeihilfen;

die Gewährung einer Geburtenbeihilfe;

die Gewährung von Schulfahrtbeihilfen;

die Finanzierung der Schülerfreifahrten und die Finanzierung von Schulbüchern;

die Finanzierung der Lehrlingsfreifahrten;

die Fahrtenbeihilfe für Lehrlinge;

eine Beitragsleistung zum Aufwand für das Karenzurlaubsgeld;

die Finanzierung der Wiedereinstellungsbeihilfe;

die Förderung von Familienberatungsstellen;

die Gewährung von Zuwendungen aus dem Familienhärteausgleich;

die Leistung eines Kostenanteiles für die Untersuchungen nach dem Mutter-Kind-Paß;

die Zahlung von Vorschüssen auf den gesetzlichen Unterhalt;

Beitragsleistung zur Schülerunfallversicherung;

Teilersatz der Aufwendungen für das Wochengeld;

Teilersatz der Kosten der Betriebshilfe an Mütter, die in der gewerblichen Wirtschaft oder in der Land- und Forstwirtschaft selbständig erwerbstätig sind;

Abgeltung für Ersatzzeiten für Bezieherinnen von Karenzurlaubsgeld;

Pensionsbeiträge für Pflegepersonen von schwerstbehinderten Kindern;

Ersatz der Teilzeitbeihilfe.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	Millionen Schilling
1994	57 620,9	57 620,9
1995	56 348,5	56 348,5
1995 vorl. Erf.....	55 716,3	55 716,3
1996	54 149,4	54 149,4

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Minderausgaben gegenüber 1995 sind auf die Konsolidierungsmaßnahmen im Bereich des FLAF zurückzuführen.

Übersicht über die Gebarung:

	Ausgaben	Einnahmen	Überschuß (+) Abgang (-)
		Millionen Schilling	
1987	38 740,3	37 373,0	-1 367,3
1988	38 963,1	38 374,5	- 588,6
1989	38 686,7	40 062,8	+1 376,1
1990	41 855,7	42 925,1	+1 069,4
1991	43 903,6	42 124,3	-1 779,3
1992	49 977,3	48 489,1	-1 488,2
1993	53 168,9	49 766,0	-3 402,9
1994	57 620,9	52 991,7	-4 629,2
1995 (vorl. Erfolg).....	55 716,3	52 664,1	-3 052,3
1996 (Bundesvoranschlag).....	54 111,2	54 149,4	+ 38,2

Gebarung

Die Gebarung des Familienlastenausgleiches wird über den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen abgewickelt, der keine Rechtspersönlichkeit besitzt.

Voranschlagsansatz 1/19307 Familienbeihilfen

Die Familienbeihilfe beträgt derzeit für jedes Kind 1 300 Schilling; sie erhöht sich ab Beginn des Kalenderjahres, in dem das Kind das 10. Lebensjahr vollendet, um monatlich 250 Schilling und erhöht sich ab Beginn des Kalendermonats, in dem das Kind das 19. Lebensjahr vollendet hat, um weitere 300 Schilling monatlich. Für ein erheblich behindertes Kind erhöht sich die Familienbeihilfe um monatlich 1 650 Schilling.

Vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen werden an rund 998 800 Anspruchsberechtigte für rund 1 707 200 Kinder Familienbeihilfe gewährt. Zusätzlich wurden im Jahre 1995 an 32 638 Ausländer für 52 988 Kinder, die sich ständig im Ausland aufhalten, Familienbeihilfe in vermindelter Höhe gezahlt. Ferner wird für 51 453 erheblich behinderte Kinder die erhöhte Familienbeihilfe gewährt. Die Anzahl der Personen (vorwiegend Grenzgänger), die Ausgleichszahlungen erhielten, betrug im Jahre 1994 8 261.

Nicht vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen wird gemäß § 46 FLAG 1967 der Aufwand für jene Familienbeihilfen getragen, die

1. der Bund, die Länder und die Gemeinden (letztere nur, wenn ihre Einwohnerzahl 2 000 übersteigt), mit Ausnahme der von diesen Gebietskörperschaften verwalteten Betriebe, Unternehmungen, Anstalten, Stiftungen und Fonds, ferner die gemeinnützigen Krankenanstalten, ihren Empfängern von Dienstbezügen sowie von Ruhe- und Versorgungsgenüssen auszahlen und
2. den Empfängern von wiederkehrenden Geldleistungen aus der Kriegsoferversorgung, aus der Heeresversorgung und aus der Opferfürsorge ausgezahlt werden.

Diese Familienbeihilfen werden daher auch nicht im Titel 193 des Bundeshaushaltes verrechnet.

Voranschlagsansatz 1/19317 Geburtenbeihilfen

Die Gewährung von Geburtenbeihilfen wird mit Ende 1996 eingestellt. Die Ansprüche aus Vorjahren auf Teilleistungen, die im Jahre 1996 fällig sind, bleiben aufrecht. Für Kinder die im Jahr 1996 geboren werden, soll auch noch der 2. Teilbetrag der Geburtenbeihilfe in Höhe von 5 000 Schilling angewiesen werden.

Voranschlagsansatz 1/19327 Schulfahrtbeihilfen und Lehrlingsfahrtbeihilfen

Die Schulfahrtbeihilfe bzw. die Lehrlingsfahrtbeihilfe wird gewährt, wenn keine Möglichkeit einer Freifahrt besteht.

Schuljahr	Schüleranzahl	Ausgaben in Mill. S	Durchschnittsausgaben Schilling pro Kind
1990/91	138 091	432,6	3 133
1991/92	138 000 *)	413,4	2 995 *)
1992/93	138 000 *)	445,7	3 230 *)
1993/94	138 000 *)	403,6	2 925 *)

Kapitel 19 — Titel 193

133

Voranschlagsansatz 1/19337 Schülerfreifahrten

Die Kosten für die Schülerfreifahrten betragen:

	Erfolg 1994	vorl. Erf. 1995 Millionen Schilling	BVA 1996
1. Linienverkehr.....	3 749,2	3 695,7	3 708,9
2. Gelegenheitsverkehr.....	629,7	615,2	574,4

Die Schülerfreifahrten wurden in den letzten Schuljahren wie folgt in Anspruch genommen:

Schuljahr	Schüleranzahl	Ausgaben in Mill. S	Durchschnitts- ausgaben Schilling pro Kind
1991/92	918 300	4 002,2	4 358
1992/93	930 000	4 010,4	4 313
1993/94	884 400	4 217,4	4 769
1994/95	853 400	4 413,1	5 171

Beim Gelegenheitsverkehr beträgt der Eigenanteil 270 Schilling pro Kind.

Voranschlagsansatz 1/19347 Schulbücher

In den abgelaufenen Schuljahren wurden durch die Schulbuchaktion erfaßt:

Schuljahr	Schüleranzahl	Ausgaben in Mill. S	Durchschnittsausgaben in S	
			pro Kind	pro Buch
1990/91	1 122 058	994,8	886,6	101,8
1991/92	1 141 429	1 050,1	920,0	106,5
1992/93	1 154 181	1 100,8	954,0	110,0
1993/94	1 157 876	1 137,2	982,0	113,0
1994/95	1 160 609	1 179,1	1 015,9	117,1

Voranschlagsansatz 1/19357 Lehrlingsfreifahrten

Gemäß § 30j FLAG 1967 werden unter den im Gesetz bestimmten Voraussetzungen die Kosten für die Beförderung der Lehrlinge zwischen der Wohnung und der betrieblichen Ausbildungsstätte aus Mitteln des FLAF getragen.

Paragraph 1936 Härteausgleich

Gem. § 38a Abs. 1 FLAG 1967 können Familien sowie werdenden Müttern, die durch ein besonderes Ereignis unverschuldet in Not geraten sind, zur Milderung oder Beseitigung der Notsituation finanzielle Zuwendungen gewährt werden.

Paragraph 1937 Familienberatungsstellen

Gemäß § 39b FLAG 1967 ist der Aufwand für die Förderung der Familienberatungsstellen nach dem Familienberatungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 80/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 734/1988, aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu tragen.

Im Jahre 1996 werden voraussichtlich rd. 290 Familienberatungsstellen gefördert werden.

Sonstige familienpolitische Maßnahmen**Beitrag zum Karenzurlaubsgeld**

Als Beitrag zum Karenzurlaubsgeld wurden 70 vH des Gesamtaufwandes des Jahres 1995 veranschlagt.

Im BVA 1996 sind dafür 8 069 Millionen Schilling veranschlagt.

*) Schätzziffern

Wiedereinstellungsbeihilfe

Gemäß § 39a Abs. 7 FLAG 1967 ist der Aufwand für die Wiedereinstellungsbeihilfe nach Art. XXI des Karenzurlaubserweiterungsgesetzes, BGBl. Nr. 408/1990, zu leisten.

Im Jahre 1996 sind dafür 9,040 Millionen Schilling veranschlagt.

Mutter-Kind-Paß

Die Kosten für die im Mutter-Kind-Paß festgelegten ärztlichen Untersuchungen der Schwangeren und der Kinder werden zu zwei Drittel vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen und zu einem Drittel von den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung getragen. Die Kosten für die Auflage des Mutter-Kind-Passes werden ebenfalls vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen getragen.

Im Jahre 1996 sind dafür 542 Millionen Schilling veranschlagt.

Schülerunfallversicherung

Gemäß § 39a Abs. 1 FLAG 1967 ist an die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt für die gesetzliche Unfallversicherung der Schüler und Studenten ab 1991 ein jährlicher Betrag von 60 Millionen Schilling zu zahlen.

Wochengeld

Gemäß § 39a Abs. 3 FLAG 1967 sind den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung aus dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen 50 vH der Aufwendungen für das Wochengeld zu ersetzen.

Im Jahre 1996 sind für diesen Zweck 2 109,7 Millionen Schilling veranschlagt.

Betriebshilfe

Gemäß § 39a Abs. 4 FLAG 1967 sind 50 vH der Aufwendungen für Leistungen der Betriebshilfe an Mütter, die in der gewerblichen Wirtschaft oder in der Land- und Forstwirtschaft selbständig erwerbstätig sind, den entsprechenden Sozialversicherungsträgern zu ersetzen (siehe hiezu das Bundesgesetz BGBl. Nr. 359/1982 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 408/1990).

Im BVA 1996 sind dafür 45,586 Millionen Schilling vorgesehen.

Teilzeitbeihilfe

1. Gemäß § 39 Abs. 3 ist der Aufwand für die Teilzeitbeihilfe (Barleistungen einschließlich Krankenversicherungsbeiträge) nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz zu tragen.

2. Gemäß § 39a Abs. 4 ist aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen der Aufwand der Teilzeitbeihilfe der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft und der Sozialversicherungsanstalt der Bauern zur Gänze zu ersetzen.

Im Voranschlag 1996 sind für diesen Zweck 221,660 Millionen Schilling vorgesehen.

Pensionsbeiträge vom Karenzurlaubsgeld

Gemäß § 39a Abs. 6 FLAG 1967 sind den Trägern der gesetzlichen Pensionsversicherung die Pensionsbeiträge für Ersatzzeiten, die während des Bezuges von Karenzurlaubsgeld gemäß § 227 Z 5 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes erworben werden, aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu zahlen.

Im BVA 1996 sind für diese Leistungen 2 218 Millionen Schilling veranschlagt.

Pensionsbeiträge für Pflegepersonen von Schwerstbehinderten

Gemäß § 39a Abs. 5 FLAG 1967 sind den Trägern der gesetzlichen Pensionsversicherung die Pensionsbeiträge für die nach § 18a des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes Selbstversicherten aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu zahlen.

Im BVA 1996 sind dafür 80,650 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/19389 Unterhaltsvorschüsse

Gemäß § 39 Abs. 8 FLAG 1967 sind die nach dem Unterhaltsvorschußgesetz, BGBl. Nr. 451/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 628/1991, zu leistenden Vorschüsse auf den gesetzlichen Unterhalt aus dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu finanzieren.

Kapitel 19 — Titel 193

135

Die Unterhaltsvorschüsse werden von den Oberlandesgerichten ausgezahlt und diesen zu Lasten des vorliegenden Voranschlagsansatzes ersetzt.

Im Jahre 1996 wird mit rd. 33 000 Fällen von Unterhaltsbevorschussungen gerechnet.

Die Rückzahlungen für die Vorschüsse werden beim Voranschlagsansatz 2/19382 beim Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen vereinnahmt.

Voranschlagsansatz 1/19397 Überschuß des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen

Gemäß § 40 Abs. 4 FLAG 1967 sind allfällige Überschüsse aus der jährlichen Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen an den Reservefonds für Familienbeihilfen zu überweisen.

Der Reservefonds für Familienbeihilfen weist mit Stand Ende Dezember 1995 eine Gesamtschuld von 8 015,890 Millionen Schilling aus.

Darüber hinaus wurde zur teilweisen Abgangsdeckung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen der Gebarung 1994 ein Betrag von 2 000 Millionen Schilling vom Katastrophenfonds überwiesen. Dieser Betrag ist mit Überschüssen aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen aufzurechnen, wobei diese Mittel dem Bund zufließen (BGBl. Nr. 1060/1994).

Im Jahr 1996 sind zur teilweisen Abdeckung der Schuld des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen 38,197 Millionen Schilling veranschlagt.

Einnahmen**Voranschlagsansatz 2/19300 Dienstgeberbeiträge**

Der Dienstgeberbeitrag zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen beträgt 4,5 vH der Bruttoarbeitslöhne (§ 41 FLAG 1967). Den Dienstgeberbeitrag haben alle Dienstgeber zu leisten, die im Bundesgebiet Dienstnehmer beschäftigen.

Von der Leistung des Dienstgeberbeitrages sind befreit:

1. der Bund, die Länder und die Gemeinden mit Ausnahme der von diesen Gebietskörperschaften verwalteten Betriebe, Unternehmungen, Anstalten, Stiftungen und Fonds; die Gemeinden jedoch nur, wenn ihre Einwohnerzahl 2 000 übersteigt;
2. die gemeinnützigen Krankenanstalten (§ 16 des Krankenanstaltengesetzes, BGBl. Nr. 1/1957 in der derzeit geltenden Fassung).

Voranschlagsansatz 2/19310 Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer

Nach § 39 Abs. 5 lit. b FLAG 1967 ist ein Anteil vom Aufkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuer an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu leisten. Die Höhe der Anteile richtet sich nach den Bestimmungen des jeweiligen Finanzausgleichsgesetzes. Diese Anteile werden bei den Voranschlagsansätzen 2/52004 bis 2/52024 und 2/52034 in Einnahme und beim Voranschlagsansatz 2/52874 in Ausgabe und schließlich beim Voranschlagsansatz 2/19310 als Einnahme des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen verrechnet.

Voranschlagsansatz 2/19311 Abgeltung von Ansätzen für Einkommensteuer

Als Abgeltung für den Wegfall der Kinderabsetzbeträge und deren Ersatz durch höhere Familienbeihilfen sind gemäß § 39 Abs. 5 lit. a FLAG 1967 vom Aufkommen an Einkommen- und Lohnsteuer 9 500 Millionen Schilling dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zuzuweisen; davon entfallen 2 375 Millionen Schilling auf die veranlagte Einkommensteuer und 7 125 Millionen Schilling auf die Lohnsteuer.

Diese Abgeltungsbeträge werden bei den Voranschlagsansätzen 2/52004 und 2/52014 in Einnahme und beim Voranschlagsansatz 2/52875 in Ausgabe und schließlich beim Voranschlagsansatz 2/19311 als Einnahme des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen verrechnet.

Voranschlagsansatz 2/19320 Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben

Der Beitrag von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben ist

1. von allen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben im Sinne des § 1 Abs. 2 Z 1 des Grundsteuergesetzes 1955, BGBl. Nr. 149
2. von Grundstücken im Sinne des § 1 Abs. 2 Z 2 des Grundsteuergesetzes 1955, soweit es sich um unbebaute Grundstücke handelt, die nachhaltig land- und forstwirtschaftlich genutzt werden, zu entrichten.

136

Kapitel 19 — Titel 194**Vorschlagsansatz 2/19330 Beiträge der Länder**

Die Länder entrichten Beiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen in Höhe von 24 S pro Jahr und Landeseinwohner, soweit dieser das 18. Lebensjahr vollendet hat.

Die Höhe der Beiträge der einzelnen Bundesländer wurde aufgrund des Ergebnisses der Volkszählung 1991 festgesetzt und ist aus der Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie, BGBl. Nr. 379/1993, zu ersehen.

Vorschlagsansatz 2/19340 Transferzahlungen von privaten Haushalten (Selbstbehalt)

Gem. § 31 Abs. 1 ist für alle unentgeltlich in Anspruch genommenen Unterrichtsmittel, mit Ausnahme der therapeutischen Unterrichtsmittel für Behinderte und den Schulbüchern für Sehgeschädigte, ein Selbstbehalt von 10 vH zu leisten.

Weiters werden bei diesem VA-Ansatz auch die Selbstbehalte im Rahmen der Schulfreifahrt und der Lehrlingsfreifahrt im Bereich des Linienverkehrs im Betrag von 270 Schilling pro Person und Jahr verrechnet.

Vorschlagsansatz 2/19382 Unterhaltsvorschüsse

Die zu Lasten des Vorschlagsansatzes 1/19389 ausgezahlten Vorschüsse auf den gesetzlichen Unterhalt sind von den Empfängern bzw. von den Unterhaltspflichtigen zurückzuzahlen. Die Rückzahlung erfolgt über die Jugendämter und Oberlandesgerichte an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen.

Vorschlagsansatz 2/19390 Ersatz vom Reservefonds für Familienbeihilfen

Gemäß § 40 Abs. 5 ist ein jährlicher Abgang aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen vom Reservefonds für Familienbeihilfen zu ersetzen.

Titel 194 Jugend

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	1,0	142,7	143,8	0,1
1995	1,3	120,0	121,3	0,2
1995 vorl. Erf..	1,1	115,6	116,7	0,1
1996	1,0	115,6	116,6	0,2

Paragraph 1941 Außerschulische Jugendberziehung**Förderungen**

Die Jugendgemeinschaften, der Österreichische Bundesjugendring (Österreichischer Bundesjugendplan), das Österreichische Institut für Jugendkunde (eine Institution auf Vereinsbasis) und andere Einrichtungen der außerschulischen Jugendberziehung werden gefördert.

Auch Zuschüsse für die Errichtung von Jugendheimen und Zuwendungen für den bilateralen Jugendaustausch finden hier die Bedeckung.

Aufwendungen

Bei diesem Ansatz werden Kosten für Jugendveranstaltungen, Mitarbeiterfortbildung, den österreichischen Jugendredewettbewerb, die Jugendministerkonferenz, den Jugendbericht, den internationalen Jugendaustausch sowie gemeinsame Veranstaltungen mit den Landesjugendreferaten der Bundesländer gezahlt. Weiters wurde für öffentlichkeitswirksame Aktivitäten zur Verankerung der Rechte der Kinder im Bewußtsein der Bevölkerung vorgesorgt.

Kapitel 20 — Titel 200

137

Kapitel 20 Äußeres

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt B.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	774,3	2 240,3	3 014,6	84,0
1995	809,6	3 166,6	3 976,2	133,4
1995 vorl. Erf..	834,1	3 202,7	4 036,8	98,0
1996	821,9	3 208,3	4 030,2	132,0

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 200 Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten obliegen die auswärtigen Angelegenheiten in allen Bereichen der staatlichen Vollziehung.

Gesetzliche Grundlagen

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten wurde mit Bundesgesetz BGBl. Nr. 172/1959 als selbständiges Bundesministerium errichtet.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	301,4	930,0	1 231,4	16,1
1995	324,5	1 040,9	1 365,4	24,0
1995 vorl. Erf..	330,6	959,7	1 290,3	14,8
1996	330,3	1 031,8	1 362,1	23,9

Anlagen

Im Jahre 1996 wurde vor allem auf die Umstellung des gesamten Automatisierungssystems im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten im Hinblick auf den EU-Vorsitz im 2. Halbjahr 1998 und die Einrichtung des elektronischen kriminalpolizeilichen Informationssystems (EKIS) sowie den weiteren Ausbau der Einrichtungen der Telekommunikation Bedacht genommen.

Förderungen

Die vorgesehenen Förderungen umfassen einerseits freiwillige Beiträge an internationale Organisationen und andererseits Subventionen an Institutionen, die es dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten ermöglichen, auch außerhalb des Rahmens des Ministeriums aktuelle Fragen der internationalen Politik zu diskutieren bzw. deren Tätigkeiten im Interesse des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten liegen. Daneben sind Beiträge zur Hilfestellung Österreichs bei der Unterbringung von Vertretungsbehörden aus Entwicklungsländern und Mitgliedsländern der GUS in Wien veranschlagt sowie die im Zusammenhang mit der Ausgliederung der Diplomatischen Akademie und der Deutschkurse an den Kulturinstituten im Ausland vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten weiterhin zu tragenden Kosten.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Neben Familien- und Geburtenbeihilfen sowie verschiedenen Gebühren und öffentlichen Abgaben sind hier die Pflichtbeiträge Österreichs an internationale Organisationen veranschlagt.

Die Mitgliedschaft Österreichs bei internationalen Organisationen und die Höhe der Beitragszahlungen sind aus dem Teilheft (Postenverzeichnis bei den Voranschlagsansätzen 1/20036 und 1/20037) bzw. aus der Beilage P zum Amtsbehef ersichtlich. Die Unterschiede des Bedarfs sind auf die Neufestsetzung einzelner Beitragszahlungen und auf Kursschwankungen zurückzuführen.

138

Kapitel 20 — Titel 201**Aufwendungen**

Neben der Bedeckung der Kosten des laufenden Aufwandes wurde primär für die Umstellung des Büroautomatisierungssystems im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, den weiteren Ausbau des EKIS sowie die Unterbringung von weiteren internationalen Organisationen in Wien vorgesorgt. Ferner war für erhöhte Beiträge zu OSZE-Institutionen und die Ausweitung von OSZE-Missionen eine entsprechende Sicherstellung zu treffen. Im Rahmen der EU-Mitgliedschaft waren auch die erforderlichen Mittel für Zahlungen im Zusammenhang mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zu veranschlagen.

Einnahmen

Die Einnahmen resultieren hauptsächlich aus Transportspesensätzen, Miet- und Pachtzinsen sowie Kostenersätzen der EU für Dienstreisen.

Titel 201 Vertretungsbehörden**Dienststellen im Ausland**

Derzeit bestehen 98 effektive Vertretungsbehörden im Ausland, und zwar 74 diplomatische, 18 konsularische und 6 Dienststellen besonderer Art.

Diplomatische Vertretungsbehörden

Die bereits bestehenden diplomatischen Vertretungsbehörden sind in folgenden Orten eingerichtet: Abidjan, Addis Abeba, Algier, Amman, Ankara, Athen, Bagdad, Bangkok, Beirut, Belgrad, Bern, Bogota, Bonn, Brasilia, Brüssel, Budapest, Buenos Aires, Bukarest, Canberra, Caracas, Dakar, Damaskus, Den Haag, Dublin, Guatemala, Harare, Havanna, Heiliger Stuhl, Helsinki, Islamabad, Jakarta, Kairo, Kiew, Kopenhagen, Kuala Lumpur, Kuwait, Lagos, Laibach, Lima, Lissabon, London, Luxemburg, Madrid, Manila, Maskat, Mexiko, Moskau, Nairobi, New Delhi, Oslo, Ottawa, Paris, Peking, Prag, Preßburg, Pretoria, Rabat, Riyadh, Rom, Santiago de Chile, Sarajewo, Seoul, Sofia, Stockholm, Teheran, Tel Aviv, Tirana, Tokio, Tripolis, Tunis, Warschau, Washington und Zagreb.

Die diplomatische Vertretungsbehörde in Vaduz hat ihren Sitz in Wien.

In Brüssel besteht die Ständige Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union, in New York die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen, in Genf die Ständige Vertretung beim Büro der Vereinten Nationen und den Spezialorganisationen, in Paris die Ständige Vertretung bei der UNESCO, in Straßburg die Ständige Vertretung beim Europarat und in Wien die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen (Wien), IAEO und UNIDO.

Konsularische Vertretungsbehörden

Effektive konsularische Vertretungsbehörden im Ausland bestehen in Berlin, Chikago, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hongkong, Istanbul, Kapstadt, Krakau, Los Angeles, Mailand, München, New York, Rio de Janeiro, Shanghai, Straßburg, Triest und Zürich.

Außerdem werden 1996 etwa 210 Honorarkonsulate amtieren.

In Washington besteht ferner ein österreichischer Informationsdienst.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	421,2	1 128,4	1 549,5	57,3
1995	432,2	1 192,8	1 624,9	63,3
1995 vorl. Erf..	442,3	1 077,6	1 519,9	58,9
1996	439,7	1 145,5	1 585,1	65,8

Anlagen

Der Voranschlagsbetrag ist zum überwiegenden Teil für den Erwerb von Gebäuden und die Errichtung von Neubauten (Amts- und Wohngebäuden) sowie für die Instandsetzungen von bundeseigenen Gebäuden im Ausland vorgesehen. Daneben wurden entsprechende Ausgabenbeträge für die Einrichtung des elektronischen kriminalpolizeilichen Informationssystems und dem damit verbundenen forcierten Ausbau der ADV bei den diplomatischen und konsularischen Vertretungsbehörden im Ausland bereitgestellt. Ferner ist auch für den Ankauf weiterer ADV-Anlagen und Telekommunikationseinrichtungen vorgesorgt.

Kapitel 20 — Titel 202 und 203

139

Förderungen

Die hier veranschlagten 5,431 Millionen Schilling sind ausschließlich für Auslandsösterreicher, davon 4,400 Millionen Schilling als Bundesbeitrag an dem gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 381/1967 errichteten „Fonds zur Unterstützung österreichischer Staatsbürger im Ausland“ und 1,031 Millionen Schilling für sonstige Unterstützungen bestimmt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Neben verschiedenen Gebühren und öffentlichen Abgaben sind hier die Kosten für Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG veranschlagt.

Aufwendungen

Die Ausweitung der Agenden des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten auf Grund der politischen Entwicklungen, sowie die allgemeine Teuerung und der Umstieg von Weich- zu Hartwährungen in vielen Ländern, erfordert die Bereitstellung zusätzlicher Ausgabenbeträge für 1996. Daneben wurde für die Bedeckung der Bezüge der in das Ausland entsendeten Bediensteten, sowie die Kosten der Instandhaltung von bundeseigenen und angemieteten Gebäuden sowie für bauliche und sonstige Sicherheitsmaßnahmen bei den Vertretungsbehörden entsprechend vorgesorgt. Weitere zusätzliche Beträge sind für die Umstellung auf das EKIS vorgesehen.

Einnahmen

Die Einnahmen stammen größtenteils aus den Miet- und Pachtzinsersätzen und den Kursdifferenzen aus Fremdwährungsgebarung.

Konsulargebühren

Die Konsulargebühren werden gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 100/1992 erhoben und bei Kapitel 52 „Öffentliche Abgaben“ verrechnet.

Titel 202 Diplomatische Akademie

Die Diplomatische Akademie wurde im Jahre 1964 errichtet und im Konsulartrakt des Theresianums, Wien IV., Favoritenstraße 15, untergebracht. Ihre gesetzliche Grundlage und ihr Aufgabengebiet ergeben sich aus dem Bundesgesetz BGBl. Nr. 135/1979.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1994	10,9	12,2	23,1	2,4
1995	11,7	19,7	31,4	2,6
1995 vorl. Erf..	11,7	19,0	30,6	2,4
1996	6,3	9,1	15,3	1,3

Bei den Sachausgaben ist im Jahre 1996 grundsätzlich für den laufenden Betrieb im ersten Halbjahr vorgesorgt. Daneben sind auch entsprechende Mittel für die Durchführung von Spezialkursen für junge Diplomaten aus Osteuropa veranschlagt.

Die Diplomatische Akademie wird mit Wirkung vom 1. Juli 1996 aus dem Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten ausgegliedert. Die danach von diesem weiterhin zu leistenden Beträge sind bei den Ansätzen der Zentrale veranschlagt.

Titel 203 Österreichische Kulturinstitute

Die derzeit bestehenden elf Kulturinstitute sind in folgenden Orten eingerichtet: Budapest, Istanbul, London, Mailand, New York, Paris, Prag, Rom, Teheran, Warschau und Zagreb.

Kulturabkommen

Mit folgenden Staaten bestehen Abkommen auf den Gebieten der Kultur, des Bildungswesens und der Wissenschaften: Ägypten (BGBl. Nr. 435/1973), Belgien (BGBl. Nr. 35/1953), Bulgarien (BGBl. Nr. 340/1974), Finnland (BGBl. Nr. 213/1979), Frankreich (BGBl. Nr. 220/1947), Großbritannien (BGBl. Nr. 60/1953), Guatemala (BGBl. Nr. 524/1989), Indonesien (BGBl. Nr. 271/1976), Italien (BGBl. Nr. 270/1954), Luxemburg (BGBl. Nr. 372/1972), Mexiko (BGBl. Nr. 611/1975), Norwegen (BGBl.

140

Kapitel 20 — Titel 204

Nr. 131/1973), Polen (BGBl. Nr. 434/1973), Portugal (BGBl. Nr. 230/1984), Rumänien (BGBl. Nr. 140/1973), Spanien (BGBl. Nr. 480/1976), Tunesien (BGBl. Nr. 534/1988), Ungarn (BGBl. Nr. 519/1977).

Soweit aus diesen Abkommen Ausgaben nur für die innerstaatliche Durchführung erwachsen, fallen diese in die Kompetenz des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten bzw. des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst und sind daher bei diesen Ressorts veranschlagt (siehe Paragraph 1/1306 und Voranschlagsansatz 1/14108).

Auslagen im Ausland werden in der Regel vom Partnerstaat, fallweise aber auch vom BMfaA (Voranschlagsansatz 1/20408), Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten sowie Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst übernommen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	40,9	79,3	120,1	2,3
1995	41,2	143,4	184,6	2,6
1995 vorl. Erf..	49,6	73,7	123,3	3,1
1996	45,7	81,7	127,4	2,5

Anlagen

Vorgesorgt ist insbesondere für die Instandsetzung der Institutsgebäude in London, Paris, Prag und Rom.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Neben Familien- und Geburtenbeihilfen sowie verschiedenen Gebühren und öffentlichen Abgaben sind hier die Kosten für Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG veranschlagt.

Aufwendungen

Außer den Kosten für den eigentlichen Verwaltungsaufwand sind hier auch die Bezüge für die in das Ausland entsendeten Bediensteten veranschlagt.

Einnahmen

Die Einnahmen stammen größtenteils aus den Miet- und Pachtzinsersätzen, Heimbeiträgen sowie aus Kursdifferenzen aus Fremdwährungsgebarung.

Titel 204 Kulturelle Veranstaltungen

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1994	90,4	6,1
1995	89,8	6,4
1995 vorl. Erf.....	92,8	4,5
1996	90,3	4,5

Kulturelle Veranstaltungen

Die für 1996 veranschlagten Mittel werden zur verstärkten kulturpolitischen Standortbestimmung Österreichs vor dem Hintergrund der sich weiterentwickelnden neuen politischen Gegebenheiten im Westen und im Osten Europas beitragen. In diesem Sinne wird man um eine Gestaltung der Kulturarbeit im Verhältnis zu den Staaten der Europäischen Union bemüht sein, die die Mitgliedschaft Österreichs berücksichtigt, und zwar bereits im Hinblick auf den österreichischen Vorsitz in der zweiten Jahreshälfte 1998. Weitere regionale Schwerpunkte werden Mittel- und Osteuropa, die Vereinigten Staaten und Ostasien sein, wobei aber die grundsätzlich globale Ausrichtung der österreichischen Auslandskulturpolitik nicht vernachlässigt wird. Obwohl für das Millennium Österreichs kein Sonderbudget zur Verfügung steht, wird eine Reihe zusätzlicher Veranstaltungen unter diesem Titel im Rahmen der regulären Budgetplanung stattfinden. Besondere Berücksichtigung bei der Programmplanung werden auch einige besondere herausragende Gedenkanlässe (zB Anton Bruckner und Ingeborg Bachmann) finden.

Einnahmen

Die Einnahmen stammen aus Kursbeiträgen.

Kapitel 20 — Titel 205

141

Titel 205 Entwicklungshilfe

Bis 1994 wurden die Ausgaben und Einnahmen für Entwicklungshilfe im Kap. 10, Titel 106, veranschlagt und verrechnet.

Gesetzliche Grundlage

Entwicklungshilfegesetz, BGBl. Nr. 474/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 579/1989.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1994	979,1	25,3
1995	680,0	34,6
1995 vorl. Erf.	980,0	14,4
1996	850,0	33,9

Die hier für Programm- und Projektförderung veranschlagten Förderungsmittel können vom Bund unter Bedachtnahme auf das der Bundesregierung jährlich vorzulegende Entwicklungshilfeprogramm gewährt werden (BGBl. Nr. 474/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 579/1989).

Die Programm- und Projektförderung umfaßt Vorhaben, die der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Entwicklung der Entwicklungsländer dienen. Hierzu sind insbesondere auch Vorhaben für Bildung und Ausbildung in Entwicklungsländern sowie die entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit in Österreich zu zählen.

In dem veranschlagten Betrag sind 36,6 Millionen Schilling zur Förderung der nachhaltigen Waldbewirtschaftung in Entwicklungsländern („Erhaltung des Regenwaldes“) enthalten.

Kapitel 30 Justiz

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Justiz gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt I.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
			Millionen Schilling	
1994	5 188,4	3 673,0	8 861,5	5 651,3
1995	5 388,7	4 069,1	9 457,8	6 032,0
1995 vorl. Erf..	5 397,1	4 312,0	9 709,1	6 004,0
1996	5 446,9	4 200,0	9 646,9	6 050,0

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 300 Bundesministerium für Justiz

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Justiz obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete der Zivil- und Strafrechtspflege.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
			Millionen Schilling	
1994	145,7	194,7	340,4	14,8
1995	151,1	220,7	371,8	14,2
1995 vorl. Erf..	148,8	218,0	366,9	14,6
1996	151,0	231,7	382,7	14,6

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben im Jahre 1996 ist vor allem auf die erstmals hier veranschlagten Zahlungen an die BIG zurückzuführen.

Förderungen

Hervorzuheben ist die Förderung von Vereinen für Sachwalterschaft. Diese haben die Aufgabe, geeignete Sachwalter für behinderte Personen auszubilden und den Gerichten zur Verfügung zu stellen. Ab dem Jahre 1991 sind von Vereinen für Patientenanzwertschaft Patientenanzwertschaft für in geschlossenen Bereichen von Anstalten angehaltene Personen bereitzustellen. Die Vereine leisten damit einen wichtigen Beitrag für die rechtliche Betreuung psychisch Kranker und Behinderter.

Als weitere Förderungen sind Subventionen für das Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie und für Vereine, deren Tätigkeit im Interesse des Justizressorts liegt (z. B. im Rahmen eines Entwicklungsprogrammes für Osteuropa), veranschlagt.

Titel 301 Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur

Gesetzliche Grundlagen

Oberster Gerichtshof, BGBl. Nr. 328/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 20/1991,

Staatsanwaltschaftsgesetz, BGBl. Nr. 164/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 507/1994,

Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 16. Juni 1986, BGBl. Nr. 338, zur Durchführung des Staatsanwaltschaftsgesetzes (DV — StAG).

Aufgaben

Der Oberste Gerichtshof ist oberste Instanz in Zivil- und Strafrechtssachen nach Art. 92 Abs. 1 Bundes-Verfassungsgesetz und Kartellobergericht gemäß § 88 Abs. 2 Kartellgesetz. Weiters sind beim Obersten Gerichtshof die Oberste Rückstellungskommission und die Oberste Berufungs- und Disziplinarkommission für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter eingerichtet.

Kapitel 30 — Titel 302

143

Der Generalprokuratur beim Obersten Gerichtshof obliegt die Mitwirkung bei der Erledigung von Rechtsmitteln in Strafrechtsfällen durch den Obersten Gerichtshof, die Erhebung von Nichtigkeitsbeschwerden zur Wahrung des Gesetzes sowie die Mitwirkung bei der Tätigkeit der Obersten Berufungs- und Disziplinarkommission für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1994	111,1	10,5	121,6	1,2
1995	115,3	11,6	126,9	1,0
1995 vorl. Erf..	113,3	12,4	125,8	1,2
1996	113,9	11,7	125,6	1,0

Titel 302 Justizbehörden in den Ländern**Gesetzliche Grundlagen**

- Gerichtsorganisationsgesetz, RGBI. Nr. 217/1896, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 507/1995;
- Staatsanwaltschaftsgesetz, BGBl. Nr. 164/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 507/1994, und Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 16. Juni 1986, BGBl. Nr. 338, zur Durchführung des Staatsanwaltschaftsgesetzes (DV — StAG);
- Richterdienstgesetz, BGBl. Nr. 305/1961, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 297/1995;
- Gerichtsgebührengesetz (GGG), BGBl. Nr. 501/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 521/1995 (Gebührenbeträge in der Fassung der Verordnung BGBl. Nrn. 912/1994 und 600/1995);
- Gebühren für Verwahrnisse der gerichtlichen Verwahrungsabteilungen, BGBl. Nr. 182/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 532/1993;
- Gerichtskostenmarkenverordnung 1985, BGBl. Nr. 535/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 497/1989;
- Gebührenanspruchsgesetz 1975, BGBl. Nr. 136/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 623/1994 (Gebührenbeträge in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 214/1992);
- Vollzugs- und Wegegebührengesetz, BGBl. Nr. 413/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 519/1989;
- Gerichtliches Einbringungsgesetz 1962, BGBl. Nr. 288, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 682/1994;
- Pauschalvergütung an den Österreichischen Rechtsanwaltskammertag, § 47 RAO, RGBI. Nr. 96/1868, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1993, in Verbindung mit Verordnung BGBl. Nr. 755/1995 und 573/1994 (Sonderpauschalvergütung 1992 und 1993), Art. II § 7 Abs. 5 BG BGBl. Nr. 570/1973;
- Mediengesetz, BGBl. Nr. 314/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 91/1993;
- Strafrechtliches Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 270/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 91/1993;
- Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 18. Juli 1968 über das Anbringen von FreistempeLabdrucken zur Entrichtung von Gerichtsgebühren, BGBl. Nr. 315/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 136/1985;
- Vereinssachwalter- und Patientenanwaltschaftsgesetz — VSPAG, BGBl. Nr. 156/1990;
- Unterbringungsgesetz — UbG, BGBl. Nr. 155/1990;
- Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz — ASGG, BGBl. Nr. 104/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 133/1995;
- Grundrechtsbeschwerde-Gesetz — GRBG, BGBl. Nr. 864/1992 (§§ 8 und 9), in Verbindung mit Verordnung BGBl. Nr. 35/1993;
- Rechtsanwaltsprüfungsgesetz — RAPG (§ 28), BGBl. Nr. 556/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1993;
- Notariatsprüfungsgesetz — NPG (§ 28), BGBl. Nr. 522/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 692/1993;

144

Kapitel 30 — Titel 303

Berufsprüfungs-Anrechnungsgesetz — BARG (§ 5 Abs. 2 und § 6 Abs. 2), BGBl. Nr. 523/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1993;

jeweils in Verbindung mit Verordnung BGBl. Nr. 619/1993 (Vergütungen und Gebühren für die Rechtsanwaltsprüfung und die Notariatsprüfung), zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 962/1994.

Aufgaben

Den Justizbehörden in den Ländern obliegt die Rechtsprechung in Zivil- und Strafsachen, die Erstattung von Besetzungsvorschlägen anlässlich der Ernennung von Richtern sowie die Erledigung der in ihren Bereich fallenden Justizverwaltungsangelegenheiten.

Organisation

Die Justizbehörden in den Ländern umfassen:

- 4 Oberlandesgerichte;
- 4 Oberstaatsanwaltschaften;
- 21 Gerichtshöfe I. Instanz;
- 17 Staatsanwaltschaften;
- 192 Bezirksgerichte.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1994	3 306,8	2 230,4	5 537,1	5 261,1
1995	3 437,7	2 547,9	5 985,6	5 605,9
1995 vorl. Erf..	3 445,2	2 784,7	6 229,9	5 606,2
1996	3 475,8	2 661,5	6 137,3	5 643,1

Anlagen

Bei diesem Voranschlagsansatz ist für die Weiterführung der ADV-Projekte vorzusorgen. Weiters ist die Einrichtung von Gerichtsneubauten und generalsanierten Gerichtsgebäuden durchzuführen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem VA-Ansatz sind Ausgaben für Familien- und Geburtenbeihilfen, für Entschädigungen gemäß dem Gebührenanspruchsgesetz und dem ASGG und für Bezugszahlungen an Rechtspraktikanten veranschlagt.

Aufwendungen

Vorsorge für den laufenden Aufwand der Gerichte und staatsanwaltschaftlichen Behörden und für die Pauschalvergütungen an den österr. Rechtsanwaltskammertag.

Einnahmen

Die Einnahmen resultieren in erster Linie aus Gebühren und Ersätzen in Rechtssachen sowie aus Strafgeldern.

Titel 303 Justizanstalten**Gesetzliche Grundlagen**

- Strafvollzugsgesetz, BGBl. Nr. 144/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 624/1994;
- Strafgesetzbuch, BGBl. Nr. 60/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 622/1994;
- Jugendgerichtsgesetz, BGBl. Nr. 599/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 522/1994;
- Strafprozeßordnung 1975, BGBl. Nr. 631, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 507/1994;
- Strafrechtsanpassungsgesetz, BGBl. Nr. 422/1974;
- Strafvollzugsanpassungsgesetz, BGBl. Nr. 424/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 605/1987.

Aufgaben

Den Justizanstalten obliegt der Vollzug von Untersuchungs- und Strafhaft sowie die Unterbringung nach §§ 21 bis 23 StGB. Dazu gehört neben der sicheren Verwahrung die volle und insbesondere auch medizinische Versorgung der Insassen.

In den Werkstätten, Ökonomien und Wirtschaftsbetrieben werden die Gefangenen mit nützlicher Arbeit beschäftigt. Überdies erhalten sie eine Berufsausbildung, um sich nach ihrer Entlassung wieder leichter in ein geordnetes Berufsleben einfügen zu können. Eine ganz besondere Sorgfalt wird der Berufsausbildung der Jugendlichen zugewendet.

Der Justizwachsule obliegt die Ausbildung des Justizwache- und Erziehungspersonals.

Organisation

Derzeit werden folgende Justizanstalten betrieben:

- 17 Gerichtshofgefängnisse mit 8 Außenstellen;
- 7 Strafvollzugsanstalten mit 7 Außenstellen;
- 1 Sonderanstalt für männliche Jugendliche;
- 1 Justizanstalt für die Unterbringung nach § 21 Abs. 1 StGB;
- 1 Justizanstalt nach § 21 Abs. 2 StGB mit einer Außenstelle;
- 1 Sonderanstalt für die Unterbringung nach § 22 StGB mit einer Außenstelle;
- 1 Justizanstalt für die Unterbringung nach § 23 StGB.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1994	1 522,2	1 032,2	2 554,4	374,2
1995	1 588,6	1 058,3	2 646,9	410,8
1995 vorl. Erf. ..	1 598,6	1 065,8	2 664,4	382,0
1996	1 614,3	1 058,8	2 673,1	391,1

Anlagen

Bei diesem VA-Ansatz sind die Ausgaben für erforderliche Ersatz- und Neubeschaffungen von Amts- und Anstaltsausstattung, Maschinen und maschinelle Anlagen, Kraftfahrzeugen und ADV-Einrichtungen veranschlagt.

Förderungen

Unter den Förderungen sind hauptsächlich Subventionen für Vereinigungen veranschlagt, die eine Nachbetreuung von Haftentlassenen durchführen.

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

Bei diesem VA-Ansatz sind ua. Arbeitslosenversicherungsbeiträge für Häftlinge und die Gebühren für die Benützung von Gemeindevorrichtungen veranschlagt.

Aufwendungen

Bei den Aufwendungen sind Kosten für die Betreuung der Gefangenen und deren medizinische Versorgung, für den Betrieb und die Erhaltung der Justizanstalten und auch die Vergütungen für die Gefangenenarbeiten veranschlagt.

Einnahmen

Der Großteil der Einnahmen resultiert aus Kostenbeiträgen für Leistungen aus dem Strafvollzug.

Justizwache — Massafonds

Dem Massafonds der Justizwache obliegt die leihweise Beistellung von Dienstkleidern an die dem Dienstzweig „Justizwache und Dienst der Erzieher“ zugehörigen Bediensteten nach Maßgabe der vom Ministerrat in der Sitzung am 6. Dezember 1949 hierüber beschlossenen Massavorschrift.

146

Kapitel 30 — Titel 305

Dem Fonds werden im Jahre 1996 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale usw.)	14,9
Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verausgabt werden:	
Beschaffung von Massasorten	14,7
Fondsaufwand	0,2
Zusammen ...	14,9

Verpflegstage

Die Anzahl der Verpflegstage in den Justizanstalten beträgt:

	Gefangene und Untergebrachte
1994	2 500 000
1995	2 600 000
1995 vorl. Erf.	2 500 000
1996	2 400 000

Titel 305 Bewährungshilfe**Gesetzliche Grundlagen**

Bewährungshilfegesetz, BGBl. Nr. 146/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 91/1993;
Jugendgerichtsgesetz, BGBl. Nr. 599/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 522/1994;
Strafgesetzbuch, BGBl. Nr. 60/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 622/1994;
Strafvollzugsanpassungsgesetz, BGBl. Nr. 424/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 605/1987;
Strafprozeßordnung 1975, BGBl. Nr. 631, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 507/1994.

Aufgaben

Den Bewährungshelfern obliegt die Betreuung Entlassener und bedingt Verurteilter, um sie vor Rückfall zu bewahren.

Organisation

Gemäß § 24 Abs. 1 des Bewährungshilfegesetzes werden die Aufgaben der Bewährungshilfe — außer in der Steiermark — von einer privaten Vereinigung besorgt. Die Geschäftsstellen Graz und Leoben mit den Außenstellen Bruck, Graz, Judenburg und Liezen werden als Dienststellen des Bundes geführt.

Das Bewährungshilfegesetz sieht am Sitze jedes in Strafsachen tätigen Gerichtshofes I. Instanz die Errichtung einer Dienststelle für Bewährungshilfe vor. Dem Auftrag des Gesetzgebers folgend, wurden dort Geschäftsstellen für Bewährungshilfe errichtet. Neben den Geschäftsstellen wurden bisher in Wien acht, im Bereich der Geschäftsstellen für Bewährungshilfe Eisenstadt und Feldkirch je eine Außenstelle, im Bereich der Geschäftsstelle Salzburg zwei und in den Sprengeln der Geschäftsstellen für Bewährungshilfe Innsbruck und Klagenfurt je drei Außenstellen eröffnet. Für den Bereich Außergerichtlicher Tatausgleich (ATA) wurden in Wien, Salzburg, Innsbruck, Linz, Wels und Wr. Neustadt eigene Räumlichkeiten angemietet. Zentralstellen für Haftentlassenenhilfe bestehen in Wien, Linz, Salzburg, Innsbruck, Graz, Klagenfurt, Krems und Wr. Neustadt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe Millionen Schilling	Ein- nahmen
1994	102,6	205,2	307,9	0,0
1995	96,0	230,6	326,7	0,1
1995 vorl. Erf..	91,2	231,0	322,2	0,0
1996	91,9	236,3	328,1	0,1

Kapitel 30 — Titel 305

147

Unterschiede gegen Vorjahr

Die Erhöhung bei den Sachausgaben ergibt sich in erster Linie aus der Umstrukturierung der Bewährungshilfe, der Ausstattung mit ADV-Anlagen, der Fallzahlensteigerung insbesondere bei ATA/J, der laufenden Erweiterung von ATA/E, dem Bezug neuer Geschäftsstellenräumlichkeiten sowie der Intensivierung der Betreuungsangebote.

Förderungen

Bei den Förderungen sind vor allem die Zuwendungen an den Verein für Bewährungshilfe und soziale Arbeit veranschlagt.

Aufwendungen

Der Großteil der bei diesem VA-Ansatz veranschlagten Mittel betrifft die Entgelte an Bewährungshilfevereinigungen.

Konjunkturausgleich-Voranschlag

	Millionen Schilling
Stabilisierungsquote	24,0
Konjunkturbelebungsquote	12,0

Für die allfällige Anschaffung von Büromaschinen und von Einrichtungsgegenständen für die Gerichte wird vorgesorgt. Bei den Anlagen der Justizanstalten ist die Ausstattung von Wirtschaftsbetrieben, Werkstätten und Lehrwerkstätten mit verschiedenen Maschinen notwendig. Weiters wird für die Fortsetzung und Verbesserung der Sicherheitseinrichtungen und die Ausstattung mit Amts- und Anstaltsausstattungsgegenständen vorzusorgen sein.

148

Kapitel 40 — Titel 400**Kapitel 40 Militärische Angelegenheiten**

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt J.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	8 068,2	12 068,6	20 136,8	575,1
1995	8 237,2	11 992,8	20 230,0	540,9
1995 vorl. Erf..	8 340,8	12 119,6	20 460,3	543,0
1996	9 268,0	11 475,0	20 743,0	508,2

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 400 Bundesministerium für Landesverteidigung**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Landesverteidigung obliegen die obersten Verwaltungsangelegenheiten des Bundes auf dem Gebiete der Landesverteidigung.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	647,3	204,4	851,7	111,0
1995	659,1	192,6	851,7	110,1
1995 vorl. Erf..	657,0	194,2	851,2	118,4
1996	684,2	209,0	893,2	117,5

Anlagen

Bei diesem Voranschlagsansatz werden die Kosten für die Anschaffung von ADV-Geräten, Kraftfahrzeugen und sonstiger Amtsausstattung der Zentralstelle verrechnet.

Bezugsvorschüsse

An Bezugsvorschüssen werden für aktive Bundesbedienstete im Jahre 1996 41,810 Millionen Schilling (1995 31,774 Millionen Schilling) bereitgestellt. Hievon werden 12,050 Millionen Schilling für Bezugsvorschüsse für Wohnbauzwecke aufgewendet.

Förderungen

Die Mittel für „Förderungen“ sind für Soldatenvereinigungen, zur Förderung der Körperertüchtigung im Rahmen von Heeressportvereinigungen und zur Unterstützung von Vereinigungen bestimmt, die der umfassenden Landesverteidigung dienen.

Die bei der Voranschlagspost 7666 zweckgebunden veranschlagten Mittel kommen den „Vereinigten Altösterreichischen Militärstiftungen“ zugute. Die korrespondierenden Einnahmen aus Geldbußen und Geldstrafen sind auf der Einnahmenseite bei dem eigenen Voranschlagsansatz 2/40000 veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz sind neben den Familien- und Geburtenbeihilfen für die Angehörigen der Zentralstelle auch die Kosten für Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG für Bedienstete, die im dienstlichen Auftrag im Ausland sind, veranschlagt; ebenso die Entschädigungen gem. § 6, Abs. 6, WG für die Vorsitzenden der Beschwerdekommision.

Aufwendungen

Beim Voranschlagsansatz 1/40008 werden die Aufwendungen zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes in der Zentralstelle sowie die Kosten für die Anschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern und von geringwertiger Amtsausstattung verrechnet.

Zahlungen an die BIG

Beim VA-Ansatz 1/40018 werden die Miet-, Investitions- und Betriebskosten für Liegenschaften, die in der Verwaltung der Bundesimmobiliengesellschaft stehen, bezahlt.

Einnahmen

Der Veranschlagung der Einnahmen wurden die bisher vorliegenden Erfolgsziffern sowie der Rechnungsabschluß 1995 zugrunde gelegt.

Zweckgebundene Einnahmen

Die Einnahmen aus Geldstrafen und Geldbußen werden gemäß § 77 Abs. 5 des Heeresdisziplinargesetzes 1994 für Aufwendungen der „Vereinigten Altösterreichischen Militärstiftungen“ verwendet.

Titel 401 Heer und Heeresverwaltung**Gesetzliche Grundlagen**

- Wehrgesetz 1990, BGBl. Nr. 305, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 43/1995;
- Heeresdisziplinargesetz 1994, BGBl. Nr. 522/1994;
- Heeresgebührengesetz 1992, BGBl. Nr. 422, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 259/1995;
- Bundesverfassungsgesetz über die Entsendung österreichischer Einheiten zur Hilfeleistung in das Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen, BGBl. Nr. 173/1965;
- Auslandseinsatzgesetz, BGBl. Nr. 233/1965, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 523/1994;
- Auslandseinsatzzulagengesetz, BGBl. Nr. 365/1991, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 43/1995;
- Munitionslagergesetz, BGBl. Nr. 736/1995;
- Sperrgebietsgesetz 1995 — SperrGG 1995, BGBl. Nr. 260;
- Militärleistungsgesetz, BGBl. Nr. 174/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 259/1995;
- Beamten-Dienstrechtsgesetz, BGBl. Nr. 333/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995;
- Allgemeines Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 895/1995;
- Bauern-Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 832/1995;
- Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 200/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 832/1995;
- Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 832/1995;
- Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz 1991, BGBl. Nr. 683/1991, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 163/1993 (DFB);
- Luftfahrtgesetz, BGBl. Nr. 253/1957, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 656/1994;
- Kraffahrtgesetz 1967, BGBl. Nr. 267, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 457/1995;
- Tapferkeitsmedaillen-Zulagengesetz 1962, BGBl. Nr. 146, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 388/1977;
- Kärntner Kreuz-Zulagengesetz 1970, BGBl. Nr. 194, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 14/1975;
- Bundesgesetz über militärische Auszeichnungen, BGBl. Nr. 361/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 550/1994;
- Verwundetenmedaillengesetz, BGBl. Nr. 371/1975.

150

Kapitel 40 — Titel 401

Bundesgesetz über die Berufsförderung von Militärpersonen auf Zeit (Militärberufsförderungsgesetz — MilBFG), BGBl. Nr. 524/1994.

Aufgaben

Vorbereitung und Vollzug der dem Bundesheer gemäß Artikel 79 B-VG obliegenden Aufgaben.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1994	7 361,1	11 721,9	19 083,0	316,2
1995	7 514,3	11 656,1	19 170,4	283,4
1995 vorl. Erf..	7 622,7	11 801,5	19 424,2	291,2
1996	8 520,3	11 140,7	19 661,0	263,2

Liegenschaftsankäufe

Der bei diesem Voranschlagsansatz veranschlagte Ausgabenbetrag ist zum Erwerb von Schieß- und Übungsplätzen sowie zur Arrondierung und Erweiterung bestehender Übungsplätze vorgesehen. Weiters werden hier auch die Kosten für Servitutsrechte und Grundstückstauschvorhaben verrechnet.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz werden vor allem die Ausgaben für die Ansprüche der Wehrpflichtigen nach dem Heeresgebührengesetz 1992 verrechnet. Dazu gehören: Heilungskosten für Wehrpflichtige, Monatsgeld, Prämie im Grundwehrdienst, Dienstgradzulage, Fahrtkostenvergütungen, Treueprämie, Entschädigung für Waffenübungen und freiwillige Waffenübungen sowie die Besoldung im Wehrdienst als Zeitsoldat. Neben den Versicherungsleistungen für Versicherte, die im dienstlichen Auftrag im Ausland sind, werden für die Familienangehörigen jedes im ordentlichen oder außerordentlichen Präsenzdienst stehenden Versicherten Krankenfürsorgekosten gem. § 56a ASVG bezahlt. Ebenso werden die Kosten für die im Assistenzeinsatz an der österreichischen Grenze eingesetzten GWD und ZS bei diesem VA-Ansatz verrechnet.

Zu den Ausgaben bei diesem Voranschlagsansatz zählen weiters: Familien- und Geburtenbeihilfen, Ausgaben an öffentlichen Abgaben, Begräbniskosten, Kosten für die berufliche Bildung von Wehrpflichtigen sowie Zahlungen von Geldleistungen nach dem MilBFG, Versicherungsleistungen für Wehrpflichtige, Geldleistungen für Soldaten des Miliz- u. Reservestandes, die gemäß Bundesverfassungsgesetz beim UN-Sicherheitsbataillon im Nahen Osten und in Cypern bzw. bei der österreichischen UN-Beobachtungstruppe sowie bei AUSLOG/IFOR in Bosnien Dienst versehen, Zulagen nach dem Tapferkeitsmedaillen-Zulagengesetz 1962 sowie Kärntner Kreuzzulagen nach dem Kärntner Kreuzzulagengesetz 1970.

Aufwendungen

Der Veranschlagung der Ausgabenbeträge für Aufwendungen liegen folgende Vorhaben zugrunde:

1. Aufrechterhaltung des Betriebes des Bundesheeres,
2. Aufrechterhaltung der Ausbildung der Wehrpflichtigen und Weiterbildung des Kadets,
3. Weiterführung der Modernisierung der Ausrüstung des Bundesheeres im bereits vertraglich gebundenen Umfang und
4. Berücksichtigung jener Erfordernisse, die der Erhaltung der Infrastruktur dienen.

Bereitstellung der für die Heeresgliederung-NEU erforderlichen Ausrüstung

Die im Budgetjahr möglichen Beschaffungen erfolgen zwar im Planungsrahmen des Budgetprogrammes, beinhalten jedoch keine markanten Neuanschaffungen von Rüstungsgütern. Es kann lediglich der vertraglich gebundene Lieferumfang zulaufen. Die Beschaffungen im Budgetjahr 1996 liegen mit Schwergewicht bei

- Fernmeldegeräten
- Radargeräten
- Abwehrlenk Waffen

Kapitel 40 — Titel 401

151

- IT-Anwendungen
- Nachtsicht für GKBF
- Splitterschutz
- Schieß- und Gefechtssimulatoren, Ausbildungsmittel und -anlagen
- Mittel zur Feuerunterstützung
- Ersatz Schützenpanzer/üsMG
- Sanitätsgerät
- Ausrüstung für UN-Einsätze und AUSLOG/IFOR.

Auf dem Fernmeldesektor wird vor allem auf die Ausstattungsergänzung mit Fernsprengerät sowie mit Mittel für Aufklärung und Führung Bedacht genommen.

Im Bereich der Heeresmotorisierung sind fast ausschließlich Beschaffungen für den Ersatz auszuweisenden Gerätes bzw. Modifikationen vorgesehen.

Im Bereich der Luftstreitkräfte sind Mittel insbesondere für Infrastruktur und Betrieb der Luftraumüberwachungsflugzeuge, welche die in Friedens- und Krisenzeiten bedeutsame Wahrung der Lufthoheit sicherstellen sollen, vorgesehen.

Aufrechterhaltung des Betriebes des Bundesheeres

Darunter werden jene Ausgabenbeträge verstanden, die der Verpflegung, der Bekleidung und der Ausbildung der Wehrpflichtigen sowie der Materialerhaltung (Instandsetzung, Instandhaltung und Lebenszeitverlängerung) des eingeführten Gerätes dienen.

Die für die Ausbildung aufgewendeten Mittel ermöglichen die Aufrechterhaltung des Ausbildungsbetriebes wie die Erhaltung von Ausbildungsgerät und Anlagen sowie die Zurverfügungstellung der zur Absolvierung der Schießprogramme erforderlichen Munition.

Die Ausgaben für die Materialerhaltung dienen der Beschaffung erforderlicher Ersatzteile, Geräte und Werkzeuge sowie der Vergabe von Aufträgen an zivile Fachbetriebe.

Der weitere Ausbau der Informationstechnologie ermöglicht den zeitverzugslosen Zugriff auf die Daten der vorhandenen Informationssysteme vom jeweiligen Arbeitsplatz aus. Dadurch werden Einsatzvorbereitungen und Führungsfähigkeit verbessert.

Die für das System Goldhaube bereitgestellten Mittel sollen hauptsächlich den Betrieb und die Systempflege dieser Einrichtungen unter Einbindung der Luftraumüberwachungsflugzeuge sicherstellen.

Ausbildung

Die kurze Grundwehrdienstzeit erfordert eine intensive Ausbildung. Dies ist ua. durch Beschaffung von modernem Ausbildungsgerät möglich. Neben den Mitteln für den Ausbau von Schieß- und Kampfanlagen sowie audiovisuellen Geräten soll 1996 vor allem die Beschaffung von Simulatoren aller Art fortgesetzt werden. Mit diesen Mitteln sollen nicht nur die Ausbildung gefechtsnäher gestaltet, sondern auch Einsparungen durch den verminderten Gebrauch des Einsatzgerätes und eine geringere Umweltbelastung erzielt werden. Die Umstellung des Ausbildungsgerätes erfolgt in mehreren Etappen; im Bundesvoranschlag 1996 konnten weitere anteilige Kosten berücksichtigt werden.

Angemessene Aufwendungen für die Milizarbeit sollen die laufende Information und Ausbildung der Milizsoldaten auch zwischen den Waffenübungen sicherstellen.

Infrastruktur

Im Bereiche der Infrastruktur werden die vordringlichsten Baumaßnahmen für Munitionslager und für die Schieß- und Übungsplätze unter besonderer Bedachtnahme auf die Sicherheitserfordernisse durchgeführt.

Die bei den „Miet- und Pachtzinsen für Wohnzwecke“ verbuchten Mieten sind dynamisiert.

Einnahmen

Zu den laufenden Einnahmen zählen Kostenerstattungen gemäß §§ 58 und 59 B-KUVG und § 130, Abs. 3 und 4 ASVG, Veräußerungen von Anlagen, Betriebsstoffen und Verbrauchsgütern, Verpflegungsgeldersätze, Kostenersätze für Treibstoffe, Kostenersätze für Mittel zur ärztlichen Betreuung, Miet- und Pachtzinse sowie Vergütungen von Bundesdienststellen für Leistungen des Bundesheeres.

152

Kapitel 40 — Titel 402 bis 404

Auf Grund der Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und den Vereinten Nationen leisten diese für die österreichischen UN-Kontingente als Kostenersatz folgende Beträge:

UN-Bataillon Naher Osten pro Mann und Monat	1 058 US-Dollar
für 10% Spezialisten zusätzlich	291 US-Dollar
UN-Bataillon Cypern pro Mann und Monat	1 058 US-Dollar
für 10% Spezialisten zusätzlich	291 US-Dollar
KFZ- und Gerätemiete jährlich	8,1 Mio S

Titel 402 Heer und Heeresverwaltung (zweckgebundene Gebarung)**Gesetzliche Grundlage**

III. Hauptstück Par. 14 des Heeresgebührengesetzes 1992, BGBl. Nr. 422/1992.

Aufgaben

Für den Aufenthalt von Wehrpflichtigen während der Freizeit sind Soldatenheime eingerichtet, wo auch ein diesem Verwendungszweck angemessenes Angebot an Waren für den persönlichen Bedarf bereitzustellen ist.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1994	122,5	118,3
1995	122,7	122,7
1995 vorl. Erf.	102,3	102,6
1996	102,7	102,7

Einnahmen

Die Einnahmen der Soldatenheime sind zur Bestreitung der unmittelbar mit den Ausgaben in Zusammenhang stehenden Aufwendungen zu verwenden.

Titel 404 Heeresgeschichtliches Museum, Militärhistorisches Institut**Aufgaben**

Das Heeresgeschichtliche Museum ging aus der Sammlung des kaiserlichen Zeughauses in Wien hervor. Es wurde nach modernen Erfordernissen neu gestaltet und enthält die heereskundliche Darstellung des österreichischen Soldatentums und eine Würdigung seiner europäischen Leistung vom 17. bis zum 20. Jahrhundert. In mehreren Sälen werden bedeutsame militärische Ereignisse an Hand von kunst- und kulturgeschichtlich wertvollen Bildern, graphischen Blättern, Aquarellen, Handzeichnungen, lebensgroßen Figuren und Vitrinenobjekten mit Erinnerungsstücken und Autogrammen der Öffentlichkeit nähergebracht und dabei die Entwicklung der militärischen Bekleidung, der Bewaffnung, Ausrüstung und Organisation in sinnvollen Reihen besonders zusammengestellt.

In der Militärhistorischen Abteilung werden alle militärhistorischen Angelegenheiten, auch in Verbindung mit anderen wissenschaftlichen Institutionen, bearbeitet.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1994	32,0	9,7	41,7	1,8
1995	32,1	10,9	43,0	2,0
1995 vorl. Erf. ..	33,4	11,1	44,4	2,7
1996	34,0	11,2	45,2	2,4

Die Ausgaben sind zur Aufrechterhaltung des Museumsbetriebes sowie zur Erhaltung der Sammlungsobjekte erforderlich.

Die Einnahmen bestehen vorwiegend aus Eintrittsgebühren und Erlösen der zweckgebundenen Gebarung.

Kapitel 40 — Titel 405

153

Titel 405 Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetriebe**Aufgaben**

Auf dem Truppenübungsplatz Allentsteig wird der Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig als betriebsähnliche Einrichtung geführt, die vorwiegend für die Erhaltung des Übungsplatzes in einem für die Benützung durch die Truppe ausreichenden Zustand zu sorgen hat.

Der landwirtschaftlichen Abteilung des Betriebes obliegt in diesem Zusammenhang die Planung und Durchführung aller einschlägigen Arbeiten auf dem Gebiete der Landwirtschaft, wie Pflanzen- und Futterbau, Düngung, Pflanzenschutz, Tierzucht usw., sowie die Rekultivierung.

Die forstwirtschaftliche Abteilung dieses Betriebes hat die Aufgabe, alle Aufforstungsmaßnahmen, den Forstschutz, die Forstpflge, die Schädlingsbekämpfung und die Forstaufschließung durchzuführen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1994	27,7	10,2	37,9	27,8
1995	31,7	10,5	42,2	22,7
1995 vorl. Erf..	27,7	10,6	38,3	28,2
1996	29,5	11,3	40,8	22,4

Unter diesem Titel werden die Mittel für unbedingt notwendige Ersatzanschaffungen sowie für die Aufrechterhaltung des Betriebes der Heeres-Land- und Forstwirtschaft Allentsteig veranschlagt und verrechnet.

Die Einnahmen resultieren aus Erträgen der Feld- und Forstwirtschaft, aus der Jagd sowie aus Miet- und Pachtzinsen.

Konjunkturausgleich-Voranschlag

Der Schwerpunkt der vorgesehenen Ausgaben liegt bei Beschaffungen von Kraftfahrzeug und Ausrüstungsgerät, die geeignet sind, im Falle ihrer Durchführung die österreichische Wirtschaft zu beleben.

	Millionen Schilling
Stabilisierungsquote	400,0
Konjunkturbelebungsquote	100,0

Kapitel 50 Finanzverwaltung

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, insbesondere der Anlage zu § 2 Teil 1 und 2 Abschnitt E.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	8 510,8	3 928,1	12 438,9	1 255,8
1995	8 529,2	5 150,5	13 679,7	2 107,6
1995 vorl. Erf..	8 344,8	4 536,2	12 881,0	2 038,5
1996	8 076,1	4 584,2	12 660,3	2 190,3

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 500 Bundesministerium für Finanzen

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Finanzen obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete der Finanzverwaltung.

Insbesondere handelt es sich dabei um:

Angelegenheiten der Finanzverfassung einschließlich des Finanzausgleiches.

Angelegenheiten der Bundesfinanzen.

Dazu gehören insbesondere auch:

Erstellung des Bundesfinanzgesetzentwurfes samt Anlagen und Führung des Bundeshaushaltes.

Angelegenheiten der öffentlichen Abgaben und Beiträge, soweit diese Abgaben und Beiträge von Abgabenbehörden des Bundes verwaltet werden.

Angelegenheiten im Zusammenhang mit dem Zahlungsverkehr der Europäischen Union.

Zollwesen einschließlich der Angelegenheiten des Dienstbetriebes der Zollwache.

Angelegenheiten des Verfahrens, der Erhebung, der Vollstreckung, des Verwaltungsstrafrechtes und des Verwaltungsstrafverfahrens auf dem Gebiete der in den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen fallenden Abgaben und Beiträge.

Organisatorische Angelegenheiten der Abgaben(Zoll)verwaltung des Bundes.

Angelegenheiten des Finanzwesens einschließlich der Finanzpolitik.

Dazu gehören insbesondere auch:

Währungs-, Kredit-, Sparkassen-, Bank- und Börsenwesen.

Angelegenheiten des Kapital- und Zahlungsverkehrs.

Angelegenheiten der Vertragsversicherungsaufsicht.

Punzierungswesen.

Angelegenheiten der Österreichischen Postsparkasse.

Angelegenheiten der Wirtschaftspolitik, soweit sie nicht in die Zuständigkeit eines anderen Bundesministeriums fallen, unbeschadet der Zuständigkeit des Bundeskanzleramtes zur wirtschaftlichen Koordination.

Angelegenheiten staatlicher Monopole einschließlich der Errichtung und Verwaltung von Bauten und Liegenschaften des Bundes, die Zwecken der staatlichen Monopole gewidmet sind.

Angelegenheiten des Bundesvermögens, soweit sie nicht in die Zuständigkeit eines anderen Bundesministeriums fallen.

Kapitel 50 — Titel 500

155

Dazu gehören insbesondere:

Verfügung über Bundesvermögen.

Verwaltung des Bundesvermögens, soweit sie nicht in die Zuständigkeit eines anderen Bundesministeriums fällt.

Angelegenheiten der Staatskredite, der Staatshaftungen und der Staatsschulden.

Erfassung, Sicherung, Verwaltung und Verwertung von dem Bund verfallenen oder heimgefallenen oder herrenlosen Vermögenswerten.

Angelegenheiten der Wirtschaftstreuhänder auf dem Gebiete der Beratung und Vertretung in Abgaben- und Finanzstrafsachen.

Finanzielle Kriegsschadensangelegenheiten einschließlich der Rückstellungs- und Rückgabeangelegenheiten.

Dazu gehören insbesondere auch:

Kriegs-, Besatzungs- und Kriegsfolgeschäden am österreichischen Vermögen im In- und Ausland sowie an ausländischem Vermögen in Österreich.

Angelegenheiten der finanziellen Durchführung des Staatsvertrages vom 15. Mai 1955.

Pensionsrecht öffentlich Bediensteter und finanzielle Angelegenheiten des Dienstverhältnisses öffentlich Bediensteter.

Angelegenheiten der öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Aufsicht einschließlich der Verwertung unter öffentlicher Verwaltung oder öffentlicher Aufsicht stehender Vermögensschaften.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1994	522,2	186,3	708,5	95,2
1995	543,6	443,9	987,4	588,2
1995 vorl. Erf..	537,7	377,7	915,5	390,2
1996	541,1	307,1	848,2	543,6

Unterschiede gegen Vorjahre

Bei den Sachausgaben ist die Verminderung hauptsächlich auf die Umstellung der Verrechnung der Ausgaben aus der Bundesvermögensverwaltung und -verwertung in das Kapitel 54 zurückzuführen.

Voranschlagsansatz 1/50007 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Das Bundesministerium für Finanzen leistet Zahlungen an folgende internationale Institution:

Rat für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens, Brüssel; Beitragsleistung gemäß Art. XII des BGBl. Nr. 165/1955; im Jahre 1996 1,5 Millionen Schilling.

Voranschlagsansatz 1/50008 Aufwendungen

Neben den allgemeinen Verwaltungsaufwendungen der Zentraleitung sind hier die Kostensätze an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, an das Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche und an das Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Rechenzentrum Wien für alle Arbeiten, die diese Institute im Auftrag von Bundesdienststellen leisten, veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50017 Zahlungen an die EGKS

Österreich hat auf Grund des Protokolles Nr. 5 zur EU-Beitrittsakte der EU-Beitrittsakte, BGBl. Nr. 45/1995, einen Beitrag zu den Mitteln des Funktionshaushaltsplanes der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in Höhe von insgesamt 15 300 000 ECU zu leisten. Dieser Betrag ist je zur Hälfte am 1. Jänner 1995 und 1. Jänner 1996 fällig. Die Ratenzahlung für 1996 wurde demgemäß mit 99,450 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/50014 Einhebungsvergütungen

Siehe die Erläuterungen zum Titel 2/529.

156

Kapitel 50 — Titel 501**Titel 501 Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand)**

Hier werden insbesondere die Kosten der Zurückstellung von Silbermünzen sowie die Ausgaben für Zinsenreduktionen, die hochverschuldeten Entwicklungsländern gewährt werden, für die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur und die Dienstgeberabgabe für die U-Bahn Wien veranschlagt.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1994	408,1	22,2
1995	633,0	0,8
1995 vorl. Erf.....	501,8	14,3
1996	523,5	1,4

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung der Ausgaben gegenüber dem BVA 1995 betrifft die Kosten für Schuldenerleichterungen auf Grund internationaler, multilateral abgestimmter Aktionen.

Im einzelnen ist zu bemerken:

**Voranschlagsansätze 1/50107 Zurückstellung von Silbermünzen bzw.
2/50100 Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbermünzen**

Gesetzliche Grundlage

Scheidemünzengesetz 1988, BGBl. Nr. 597, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 22/1992.

Aufgaben

Mit Wirkung vom 1. Jänner 1989 brachte der Bund das Österreichische Hauptmünzamt mit sämtlichen Aktiven und Passiven im Wege einer Gesamtrechtsnachfolge in eine von der OeNB gegründete „Münze Österreich AG“ ein. Die Aktien aus der entsprechenden Kapitalerhöhung verkaufte der Bund an die OeNB. Das Münzregal steht der Münze Österreich AG auf Grund des Scheidemünzengesetzes seit 1. Jänner 1989 zu.

Sammeln sich bis zum 31. Dezember 1988 ausgegebene Silbergedenkmünzen in den Kassen der Oesterreichischen Nationalbank und übersteigen diese Münzen einen gewissen Hundertsatz des Umlaufes, so sind diese Münzen vom Bund zurückzunehmen. Die dadurch entstehende Schuld ist in jährlichen Raten zu tilgen. Auch der Einschmelzerlös aus den dem Bund zurückgestellten Silbergedenkmünzen ist zur Tilgung heranzuziehen. Dafür sind im BVA 1996 80,002 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50118 Österreichische Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA)**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Verwaltung und Koordination der Österreichischen Staatsschulden (Bundesfinanzierungsgesetz), BGBl. Nr. 763/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 185/1993.

Aufgaben

Auf Grund dieses Gesetzes hat der Bund die Aufwendungen der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA) unter Einrechnung der geleisteten Vorschüsse in dem Ausmaß abzudecken, in dem diese die Erträge der ÖBFA übersteigen.

Dafür sind im BVA 1996 14,535 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50138 Schuldenerleichterung infolge internationaler Aktionen**Gesetzliche Grundlage**

Ausführfinanzierungsförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 216, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 704/1995.

Aufgaben

Schuldenerleichterungen auf Grund internationaler, multilateral abgestimmter Aktionen. Die Mittel kommen für die Beteiligung an Schuldenerleichterungen im Rahmen von Umschuldungen (Zinsreduktion) für die ärmsten und hochverschuldeten Staaten auf Grund der Vereinbarung von Toronto und deren Weiterentwicklung im Sinne der „Trinidad Terms“/„Enhanced Toronto Terms“ (50%ige

Kapitel 50 — Titel 502

157

Schuldenerleichterung im Wege der Zinssatzreduktionsoption) und der sogenannten „Naples Terms“ (bis zu 67%ige Schuldenerleichterung im Wege der Zinssatzreduktionsoption) sowie für Länder mit mittlerem Einkommen zum Einsatz.

Im BVA 1996 sind für Länder nach dem Post-Toronto-Abkommen 180 Millionen Schilling und für Länder mit mittlerem Einkommen 240 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50187 Dienstgeberabgabe für U-Bahn Wien

Für die im Bereiche des Landes Wien bestehenden Dienstverhältnisse ist an das Land eine Dienstgeberabgabe zu leisten. Der Ertrag dieser zweckgebundenen Landesabgabe ist zur Errichtung einer U-Bahn bestimmt.

Der für 1996 veranschlagte Betrag in Höhe von 9,0 Millionen Schilling ist zur Bedeckung dieser Abgabe für sämtliche im Bundesland Wien bestehenden Bundesdienstverhältnisse mit Ausnahme der abgabepflichtigen Bundesbetriebe bestimmt.

Voranschlagsansatz 2/50134 Amtshaftungsrückersätze

Hier ist nur ein Betrag von 50 000 S für Rückersätze (Regreßzahlungen) von ersatzpflichtigen Amtsorganen vorgesehen.

Die Veranschlagung der Entschädigungszahlungen auf Grund des Amtshaftungsgesetzes (BGBl. Nr. 20/1949 in der Fassung BGBl. Nr. 218/1956 und 38/1959) erfolgt bei den einzelnen Ressorts unter Posten 692. „Schadensvergütungen“.

Voranschlagsansatz 2/50194 Laufende Einnahmen

Die im Voranschlag 1996 vorgesehenen Beträge werden hauptsächlich aus Pönalzinzen auf Grund des Bankwesengesetzes, BGBl. Nr. 532/1993, erwartet.

Titel 502 Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen)**Gesetzliche Grundlagen**

Hagelversicherungs-Förderungsgesetz, BGBl. Nr. 64/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 42/1995;

Tierversicherungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 442/1969;

Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 216/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 212/1995;

Innovations- und Technologiefondsgesetz, BGBl. Nr. 603/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 972/1993;

Garantiegesetz 1977, BGBl. Nr. 296/1977, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 255/1993;

Wohnhaussanierungsgesetz, BGBl. Nr. 483/1984;

2. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 81/1947, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 762/1992;

Abschluß von Kooperationsvereinbarungen mit internationalen Finanzinstitutionen, BGBl. Nr. 294/1987.

Aufgaben

Hier werden folgende Förderungsmaßnahmen des Bundesministeriums für Finanzen veranschlagt:

Hagelversicherung, Tierversicherungsförderungsgesetz, Betreuung der Bundesbediensteten und ihrer Angehörigen, Zuschüsse an die OeKB-AG, Zuschüsse an die Finanzierungsgarantie Ges. m. b. H., Bezugsvorschüsse und Sonstige Förderungen.

158

Kapitel 50 — Titel 502

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1994	1 180,4	53,1
1995	1 204,7	143,8
1995 vorl. Erf.....	1 101,7	176,8
1996	1 077,5	187,8

Voranschlagsansatz 1/50216 Tierversicherungsförderungsgesetz

Auf Grund dieses Bundesgesetzes soll jenen Tierhaltern, für die der Verlust von Tieren existenzgefährdend ist, der Abschluß einer Tierversicherung erleichtert werden. Es ist vorgesehen, daß der Bund und das betreffende für den Versicherungsverein zuständige Bundesland gemeinsam eine Beihilfe für die Rückversicherungsprämie aufbringen. Um die Abwicklung zu vereinfachen, wird die Beihilfe nicht mit den einzelnen rückversicherten Tierversicherungsvereinen abgerechnet, sondern mit dem Rückversicherungsverein der kleinen Rindvieh- und Pferdeversicherungsvereine auf Gegenseitigkeit.

Für das Jahr 1996 wurden Ausgaben in Höhe von 156 000 S veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50226 Betreuung der Bundesbediensteten und ihrer Angehörigen

Der veranschlagte Betrag dient zur Förderung freiwilliger sozialer Einrichtungen (zB Beihilfen zur Erhaltung und zum Betrieb von Erholungsheimen und Unterstützungseinrichtungen aller Art) und des Betriebssportes für Bundesbedienstete und deren Angehörige. Die Förderung des Betriebssportes erfolgt ua. in jenen Fällen, in denen bei internationalen Veranstaltungen Sportvereinigungen öffentlich Bediensteter teilnehmen.

Im BVA 1996 sind dafür 1,5 Millionen Schilling veranschlagt.

**Voranschlagsansatz 1/50236 Zuschuß (OeKB-AG) bzw.
2/50234 Laufende Einnahmen aus Zuschüssen****Gesetzliche Grundlage**

Ausführfinanzierungsförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr.216, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 704/1995.

Für das Jahr 1996 sind veranschlagt:

170,0 Millionen Schilling für die Verminderung der Beschaffungskosten von Kreditoperationen der OeKB-AG gemäß Ausführfinanzierungsförderungsgesetz,

100,0 Millionen Schilling für Finanzierungen auf Grund des Schwellenländerprogrammes und

30,0 Millionen Schilling für Kofinanzierungen mit der Weltbank.

Die Einnahmen in Höhe von 26,0 Millionen Schilling ergeben sich aus Zinsen.

Voranschlagsansätze 1/50247 und 1/50248 Zahlungen an Innovations- und Technologiefonds

Mit Bundesgesetz, BGBl. Nr. 972/1993, wurde ua. auch das Innovations- und Technologiefondsgesetz geändert. Auf Grund dieser Novelle wird der Fonds aus Bundesmitteln gespeist. Für 1996 sind dafür 420 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/50256 Hagelversicherung (Mittel des Kat. Fonds); Förderungen

Das Hagelversicherungs-Förderungsgesetz bestimmt, daß der Österreichischen Hagelversicherungsanstalt auf Gegenseitigkeit alljährlich aus Mitteln des Katastrophenfonds eine Beihilfe gewährt wird, die ausschließlich zur Verbilligung der Hagelversicherungsprämien zu verwenden ist. Die Gewährung ist an die Beistellung von Landesmitteln in gleicher Höhe gebunden.

Der Voranschlag 1996 beträgt 120,0 Millionen Schilling.

Vorschlagsansatz 1/50294 Zuschuß an Finanzierungsgarantie Ges. m. b. H.

Auf Grund des Garantiesgesetzes in der geltenden Fassung ist die Finanzierungsgarantie-Ges. m. b. H. ermächtigt, Finanzierungshilfen zur Durchführung der Sanierung von Unternehmungen mit Sitz im Inland zu leisten, für welche Zwecke durch den Bund ab dem Jahre 1981 jährlich bis zu 75 Millionen Schilling nicht rückzahlbarer Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Im Zusammenhang damit wird für das Jahr 1996 mit einem Betrag von 18,0 Millionen Schilling vorgesorgt.

Vorschlagsansatz 1/50296 Sonstige Förderungen*Kooperationsabkommen mit internationalen Finanzinstitutionen*

Auf Grund des Bundesgesetzes, BGBl. Nr. 294/1987, kann Österreich mit internationalen Finanzinstitutionen Kooperationsvereinbarungen abschließen, die die Finanzierung der Heranziehung österreichischer Konsulenten und Planungsunternehmen zum Inhalt haben. Es wurden aufgrund dieses Bundesgesetzes nachfolgende Kooperationsabkommen abgeschlossen:

1. Kooperationsabkommen mit der Weltbank (allgemein): Dotierung 2 Millionen US-\$ für die Periode 1987 bis 1992. Seit 1993 erfolgt die Dotierung jährlich. Für 1996 sind Mittel in Höhe von 600 000 US-\$ vorgesehen.
2. Kooperationsabkommen mit der Weltbank für Ost- und Mitteleuropa: Dotierung bis zu 5 Millionen US-\$ für die Periode 1991 bis 1995. Für nachfolgende Jahre wird die Dotierung jährlich erfolgen. Für 1996 sind Mittel in Höhe von 1 Million US-\$ vorgesehen.
3. Kooperationsabkommen mit der Afrikanischen Entwicklungsbank: Für die Periode 1988 bis 1991 standen Mittel für Konsulentenfinanzierungen in Höhe bis zu 13 Millionen Schilling zur Verfügung. Dieses Abkommen lief 1991 aus. Ein neues Abkommen wurde bisher nicht geschlossen.
4. Kooperationsabkommen mit der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung: Dotierung bis zu 5 Millionen US-\$ für die Periode 1991 bis 1995. Seit 1996 erfolgt die Dotierung jährlich. Für 1996 sind Mittel in Höhe von 1 Million US-\$ vorgesehen.
5. Kooperationsabkommen mit der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank: Dotierung bis zu 1 Million US-\$ (Laufzeit bis zur Ausschöpfung der Mittel). Für 1996 sind Mittel in Höhe von 200 000 US-\$ vorgesehen.
6. Globale Umweltfazilität-Kooperations-Treuhandfonds: Dotierung 4,5 Millionen SZR für die Periode 1994 bis 1996. Durch die erst Ende 1995 durchgeführte Leistung der ersten Rate in Höhe von 22,1 Millionen Schilling wird die zweite Rate erst 1997 einbezahlt werden.

Für 1996 sind für diese Vorhaben bei 1/50296 52,9 Millionen Schilling vorgesehen.

Zinsenstützungsaktion für bestimmte Investitionsprojekte

Weiters werden bei diesem Vorschlagsansatz die Ausgaben für die von der Bundesregierung am 18. April 1978 im Ministerrat beschlossene Zinsenstützungsaktion verrechnet. Mit dieser Aktion wurden zunächst industrielle und gewerbliche Investitionsprojekte gefördert, für die jedoch keine Zuschußzahlungen mehr anfallen. Im Jahre 1979 erfolgte eine Ausweitung der Förderung auf den Bau von Kleinkraftwerken. Anträge auf Gewährung von Zinsenzuschüssen konnten bis zum 31. Dezember 1987 eingebracht werden. Gefördert werden Investitionsprojekte mit einem Krediterfordernis ab 5 Millionen Schilling und einer Laufzeit bis zu fünfzehn Jahren — davon maximal zwei Jahre tilgungsfrei. Diese Kredite werden höchstens 10 Jahre lang um maximal 3% verbilligt. Der Höchstzinssatz, zu dem die Kredite von den Banken zur Verfügung gestellt wurden, beträgt 0,75% über dem Nominalzinssatz der zuletzt aufgelegten Bundesanleihe. Der von den Banken gewährte und zu fördernde Kredit kann bis zu 75% der richtliniengemäß anerkehbaren Gesamtkosten des Investitionsprojektes betragen. Das Kreditrisiko liegt bei den Banken.

Für die gesamte Aktion werden im Jahre 1996 8,0 Millionen Schilling bereitgestellt.

Zinsenzuschüsse im Sinne des Wohnhaussanierungsgesetzes

Ebenfalls bei diesem Vorschlagsansatz sind die Ausgaben für die Zinsenstützung des Bundes im Rahmen des Wohnhaussanierungsgesetzes (BGBl. Nr. 483/1984) zu verrechnen.

In einem zwischen dem Bundesministerium für Finanzen und der OeKB-AG am 9. Juni 1982 abgeschlossenen Grundvertrag über die Einrichtung eines Verfahrens zur Refinanzierung von Darlehen österreichischer Kreditinstitute, die im Rahmen des Bundesgesetzes zur Förderung der Erhaltung und Verbesserung von Wohnhäusern sowie der Stadterneuerung (BGBl. Nr. 164/1982) eingeräumt werden, wurde für die durch den Verkauf von Kassenobligationen der OeKB an österreichische Versicherungsunternehmen und die daraus zu vergebenden Darlehen zur Finanzierung der Wohnhaussanierung ein Zinssatz von $7\frac{3}{4}\%$ p.a. festgelegt (Verfahren — Althaussanierung).

160

Kapitel 50 — Titel 503

Bedingt durch die Senkung des allgemeinen Zinsniveaus war es erforderlich, auch diesen Zinssatz zu reduzieren. Im Rahmen der 1. Zusatzvereinbarung vom 19. März 1986 über das weitere Verfahren zur Einräumung von Darlehen an die Bundesländer und den Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds im Sinne des Bundesgesetzes über die Förderung der Verbesserung und Erhaltung von Wohnhäusern, Wohnungen und Wohnheimen sowie zur Änderung des Stadterneuerungsgesetzes und des Startwohnungsgesetzes (BGBl. Nr. 483/1984), wurde der Zinssatz von 7³/₄% auf 6% herabgesetzt (Verfahren — Wohnhaussanierung). Ab dem Tag der Unterfertigung dieser Vereinbarung hat der Bund eine Zinsenstützung in Höhe von 1,9% p.a., berechnet von dem aus dem Erlös des Verkaufes von 7³/₄%-Kassenobligationen der OeKB sich ergebenden Mittelaufkommen (zum Zeitpunkt der Vereinbarungsunterfertigung rund 2 Milliarden Schilling) zu leisten.

Diese Zinsenstützung ist für den Zeitraum von 1986—1998 anberaumt und dürfte insgesamt rund 453 Millionen Schilling erfordern.

Im Jahre 1996 werden hierfür 22,0 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt.

Bundeszuschüsse für Betriebsneugründungen

Außerdem werden bei diesem Voranschlagsansatz über die Finanzierungsgarantie-Ges. m. b. H. geleistete Bundeszuschüsse für Betriebsneugründungen uä. verrechnet.

Nach der Novelle zum Garantiesgesetz 1977 (BGBl. Nr. 338/1981) kann die Finanzierungsgarantie-Ges. m. b. H. auch Zuschüsse an nach dem 31. Dezember 1978 gegründete Unternehmungen mit dem Sitz im Inland, mit dem Ziel einer Förderung der Finanzierung von Investitionen von besonderem gesamtwirtschaftlichen Interesse, gewähren.

Aus diesem Titel sind für das Jahr 1996 Förderungszuwendungen im Betrag von insgesamt 86,300 Millionen Schilling veranschlagt worden, die Betriebsansiedlungen der Firmen OPEL Austria in Wien und BMW-Motoren GmbH in Steyr dienen sollen.

Sonstige Förderungsmaßnahmen

Weiters sind Förderungszuwendungen an das Institut für höhere Studien und wissenschaftliche Forschung (5,467 Millionen Schilling), an das Institut für Finanzwissenschaften und Steuerrecht (86 000 S), an das Österreichische College (598 000 S), an den Gemeinde- und Städtebund (6,321 Millionen Schilling) und sonstige Förderungsbeiträge (1,460 Millionen Schilling) veranschlagt.

Außerdem sind für das Institut für höhere Studien und wissenschaftliche Forschung Investitionsförderungen in Höhe von 4 Millionen Schilling vorgesehen.

Titel 503 Bundesministerium für Finanzen; Staatsvertrag

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1994	13,0	113,7
1995	149,3	132,3
1995 vorl. Erf.....	5,4	169,2
1996	99,7	146,8

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung bei den Sachausgaben gegenüber dem Erfolg 1995 ergibt sich dadurch, da für eine beabsichtigte Novelle des Entschädigungsgesetzes CSSR vorgesorgt werden mußte.

Paragraph 5030 Schäden im Inland**Gesetzliche Grundlagen**

Die allgemeinen gesetzlichen Grundlagen für die beim Titel 503 veranschlagten Aufwendungen und für die veranschlagten Einnahmen bilden der Staatsvertrag, BGBl. Nr. 152/1955, und die in Durchführung des Staatsvertrages erlassenen Staatsvertragsdurchführungsgesetze. Die über die erwähnten allgemeinen gesetzlichen Grundlagen hinausgehenden speziellen gesetzlichen Regelungen sind bei den folgenden Erläuterungen zu den einzelnen VA-Ansätzen angeführt.

Besatzungsschädengesetz (BSG), BGBl. Nr. 126/1958, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 98 und 304/1959;

Verordnung über die Geltendmachung von Ansprüchen nach dem BSG, BGBl. Nr. 317/1961;

10*

Kapitel 50 — Titel 503

161

Kriegs- und Verfolgungsschädengesetz, BGBl. Nr. 127/1958, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 99 und 305/1959;

Staatsvertrag, BGBl. Nr. 152/1955; Reichsleistungsgesetz;

Gesetzblatt für Österreich Nr. 1205/1939;

Vergütungsgesetz, BGBl. Nr. 55/1956, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 168/1957;

Aushilfegesetz, BGBl. Nr. 712/1976;

2. Kunst- und Kulturgutbereinigungsgesetz, BGBl. Nr. 2/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 515/1995.

Paragraph 5031 Schäden im Ausland**Gesetzliche Grundlagen**

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zur Regelung bestimmter finanzieller und vermögensrechtlicher Fragen, samt Anlagen mit Briefwechsel BGBl. Nr. 451/1975;

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik zur Regelung offener vermögensrechtlicher Fragen, BGBl. Nr. 188/1988;

Verteilungsgesetz DDR, BGBl. Nr. 189/1988;

Entschädigungsgesetz ČSSR, BGBl. Nr. 452/1975 und 557/1979;

Bundesgesetz vom 13. Dezember 1976, mit dem bestimmte Vermögenswerte erfaßt und abgewickelt werden, BGBl. Nr. 713/1976.

Für die Zahlungen nach dem Entschädigungsgesetz ČSSR und dem Zusatzentschädigungsgesetz wurden für das Jahr 1996 75 Millionen Schilling veranschlagt. Die Einnahmen von 5,0 Millionen Schilling sind Erträge des Erfassungs- und Abwicklungsgesetzes, BGBl. Nr. 713/1976.

Auf Grund des Vermögensvertrages mit der DDR wurden 20,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Beim VA-Ansatz „Sonstige Zahlungen“ wurde für die Kosten der öffentlichen Verwaltung für das in Österreich befindliche ČSFR-Vermögen mit 0,3 Millionen Schilling vorgesorgt.

Paragraph 5032 Finanz- und Ausgleichsvertrag**Gesetzliche Grundlagen**

Finanz- und Ausgleichsvertrag, BGBl. Nr. 283/1962;

Anmeldegesetz, BGBl. Nr. 12/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 64/1963 und Nr. 132/1964;

Umsiedler- und Vertriebenen-Entschädigungsgesetz (UVEG), BGBl. Nr. 177/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 105/1965;

Bundesgesetz, betreffend die Erweiterung des Anwendungsbereiches des Besatzungsschäden- und des Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetzes, BGBl. Nr. 176/1962;

Bundesgesetz vom 1. Dezember 1970, BGBl. Nr. 375, womit das Anmeldegesetz, BGBl. Nr. 12/1962, und das Umsiedler- und Vertriebenen-Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 177/1962, neuerlich abgeändert werden (Anmeldegesetz- und UVEG-Novelle 1970).

Für Entschädigungszahlungen nach dem UVEG wurden für 1996 200 000 Schilling veranschlagt.

Paragraph 5033 Sonstige Leistungen im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz vom 15. Dezember 1923, BGBl. Nr. 602/1923.

Bei diesem Paragraph wurde im BVA 1996 mit 971 000 Schilling für die Ausgaben vorgesorgt, die die Republik Österreich auf Grund des österreichisch-jugoslawischen Archiv- und Restitutionsabkommens zu tragen hat. Weiters werden hier auch Ausgaben auf Grund des 2. Kunst- und Kulturbereinigungsgesetzes verrechnet.

11 Arbeits(Amts)behelf zum BFG 1996

Paragraph 5034 Verwaltung ehemals deutscher Vermögenswerte**Gesetzliche Grundlagen**

Staatsvertrag, BGBl. Nr. 152/1955, 1. Staatsvertragsdurchführungsgesetz;
 BGBl. Nr. 165/1956, österreichisch-deutscher Vermögensvertrag;
 BGBl. Nr. 119/1958.

Im BVA 1996 wurde mit 2,2 Millionen Schilling für die Verwaltung der Liegenschaften der ehemals deutschen Vermögenswerte vorgesorgt. Die Einnahmen von 9,4 Millionen Schilling setzen sich zusammen aus den Erträgen der Liegenschaftsverwaltungen und den Darlehensrückzahlungen der ehemals deutschen Vermögenswerte.

Paragraph 5035 Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte**Gesetzliche Grundlage**

1. Staatsvertragsdurchführungsgesetz, BGBl. Nr. 165/1956.

Die Ausgaben für die Abwicklungskosten der ehemals deutschen Vermögenswerte wurden für 1996 mit 949 000 Schilling und die Einnahmen auf Grund von vermehrten Kaufinteressenten mit 132,4 Millionen Schilling veranschlagt.

In der nachstehenden Übersicht wird die Höhe der einzelnen Entschädigungen, die auf Grund des Staatsvertrages gezahlt wurden, ausgewiesen.

Art der Entschädigungszahlung	Zahlungen bis einschl. 1995	BVA 1995	BVA 1996
		Millionen Schilling	
Entschädigungen für Vermögensverluste im Inland:			
Besatzungsschädengesetz.....	418,084	} 0,030	} 0,001
Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz	1 435,904		
Entschädigungen für Vermögensverluste im Ausland:			
11. Staatsvertragsdurchführungsgesetz.....	614,422
Jugoslawien	1,890
CSFR.....	1 134,615	100,000	75,000
Deutschland (ehem. DDR).....	97,654	30,000	20,000
Polen	71,405
Finanz- und Ausgleichsvertrag:			
Entschädigungszahlungen an Vertriebene und Umsiedler:			
Auf Grund des Art. 2.....	1 046,130	0,200	0,200
Auf Grund des Art. 8.....	80,131	0,010	0,001
Sonstige Zahlungen.....	31,893
Aushilfeszahlungen (Sachleistungen).....	1 338,755	0,120	0,003

Titel 504 Finanzlandesdirektionen**Gesetzliche Grundlagen**

Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 18/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 516/1995 sowie die AVOG-DV, BGBl. Nr. 38/1995;

Übertragungsgesetz (Grenzkontrolle durch Zollorgane), BGBl. Nr. 220/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 76/1980;

Zollkodex — ZK samt Zollrechtsdurchführungsgesetz — ZollR-DG, BGBl. Nr. 659/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 516/1995.

Aufgaben

Neben der Erhebung der öffentlichen Abgaben obliegen den Finanzlandesdirektionen und deren nachgeordneten Dienststellen verschiedene andere Aufgaben, wie die Durchführung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 (insbesondere die Gewährung von Familienbeihilfe, Geburtenbeihilfe, Schulfahrtbeihilfe sowie unentgeltliche Beistellung von Schulbüchern), die Zuerkennung von Mietzinsbeihilfen sowie die Liegenschaftsverwaltung.

Die Schulung der Bediensteten erfolgt hauptsächlich am Bildungszentrum der Finanzverwaltung sowie an der Bundeszoll- und Zollwachsule.

Kapitel 50 — Titel 504

163

Die Verwaltung der öffentlichen Abgaben wird von sieben Finanzlandesdirektionen (Wien, Linz, Salzburg, Graz, Klagenfurt, Innsbruck und Feldkirch), 86 Finanzämtern, 8 Großbetriebsprüfungen, 7 Hauptzollämtern, 62 Zollämtern, 59 Zollamtszweigstellen, 2 Abfertigungsstellen, 32 Zollposten, 58 Kontrollposten und 45 Zollwachabteilungen besorgt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1994	6 982,4	1 471,8	8 454,2	217,9
1995	6 917,6	2 033,4	8 951,0	199,3
1995 vorl. Erf..	6 775,2	1 749,1	8 524,4	236,4
1996	6 530,0	1 843,6	8 373,6	240,4

Paragraph 5040 Dienststellen**Voranschlagsansatz 1/50403 Anlagen**

Bei diesem VA-Ansatz wurde für notwendige Ergänzungen der Amts- und Betriebsausstattung sowie den Ankauf von Kfz vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 1/50407 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz wurde mit einem Betrag von 177,631 Millionen Schilling für Familien- und Geburtenbeihilfe und mit 1,686 Millionen Schilling für öffentliche Abgaben vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 1/50408 Aufwendungen

Bei diesem VA-Ansatz ist der Verwaltungsaufwand der Finanzlandesdirektionen und deren nachgeordneten Dienststellen veranschlagt. Die Erhöhung gegenüber dem BVA 1995 ist im wesentlichen auf vermehrte Aufwendungen für die Verkabelung der Finanz- und Zollämter, Leistungen der Post, Postsparkassengebühren, Druckwerke, Inlandreisen, sonstige Miet- und Pachtzinse, Vergabe von Reinigungsaufträgen sowie allgemeine Preissteigerungen zurückzuführen.

Zollwache-Massafonds

Zur Beschaffung von Dienstkleidern für die Zollwachebeamten wurde mit Ministerratsbeschluß vom 6. Dezember 1949 (Massavorschrift) der Fonds zur Beschaffung von Dienstkleidern für Zollwachebeamte (Zollwache-Massafonds) errichtet.

Dem Fonds werden im Jahr 1996 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
Aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale und Massaeinlagen gem. §§ 3, 4 und 5 der Massavorschrift).....	11,8
Sonstiges	0,5
Zusammen ...	12,3

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verwendet werden:

	Millionen Schilling
Beschaffung von Massasorten für Zollwachebeamte und Kosten der Instandhaltung (Reparaturen) der aus dem Massafonds beigestellten Dienstkleider (§ 1 Abs. 2 und § 9 MV).....	11,8
Fondsaufwand (Versand, Verpackung, Sonstiges).....	0,5
Zusammen ...	12,3

Voranschlagsansatz 1/50418 Ausfuhrerstattungen gemäß EU-Vorschriften**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Durchführung der Ausfuhrerstattungen im Rahmen des Marktordnungsrechtes der Europäischen Gemeinschaft (Ausfuhrerstattungsgesetz), BGBl. Nr. 660/1994).

164

Kapitel 50 — Titel 507**Aufgaben**

Nach Artikel 40 EWG-Vertrag sind zur Erreichung der Ziele der gemeinsamen Agrarpolitik Einrichtungen zur Stabilisierung der Ein- oder Ausfuhr vorgesehen.

Zu diesen gemeinsamen Einrichtungen zählen die Ausfuhrerstattungen, die das Ziel des Preisgleiches zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf dem Weltmarkt und den Gemeinschaftspreisen bei der Ausfuhr derartiger Erzeugnisse haben.

Die Höhe der Ausfuhrerstattungen wird durch die EU-Kommission festgesetzt. Der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft finanziert die Erstattungen bei der Ausfuhr von Waren nach Drittländern.

Die innerstaatliche Vollziehung der Erstattungs-Förderungsregelungen in Österreich erfolgt durch die Zollbehörden. Für die Zahlung der Ausfuhrerstattungen auf Grund eines entsprechenden Antrages des Ausführers für Waren der Erstattungs-nomenklatur ist das ZA Salzburg/Erstattungen zuständig.

Die Mitgliedstaaten stellen nach Maßgabe des Mittelbedarfs ihrer Zahlstellen die zur Deckung der gezahlten Erstattungen erforderlichen Mittel bis zur vorschußweisen Abgeltung durch die Gemeinschaft bereit.

Im BVA 1996 sind dafür 390,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50438 Gebarung gemäß § 22 KHVG

Der § 22 des Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsgesetzes (KHVG), BGBl. Nr. 651/1994, regelt die Versicherungspflicht für ausländische Kraftfahrzeuge und Anhänger, die bei der Einreise den Nachweis einer für Österreich gültigen Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung nicht erbringen können. Zur Gewährleistung der Ordnung von Ansprüchen aus Verkehrsunfällen werden ausländische Kraftfahrzeuge und Anhänger, die ohne einer gültigen internationalen Versicherungskarte in das Bundesgebiet eingebracht werden, durch Bezahlung einer Prämie an das Zollamt und gegen Aushändigung eines Versicherungsscheines versichert.

90 vH der Prämien werden beim Voranschlagsansatz 2/50434 vereinnahmt und über den Voranschlagsansatz 1/50438 dem Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs als dem Bevollmächtigten seiner mitwirkenden Unternehmungen gemäß einem auch die Aufteilung eines Gewinnes bzw. Verlustes aus diesem Versicherungsgeschäft regelnden Übereinkommen überwiesen. 10 vH der Prämien entfallen auf Versicherungssteuer und Einhebungsvergütung.

Der Erfolg des Jahres 1995 betrug 9 588 600 Schilling, für das Jahr 1996 wurden 15,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Titel 507 Sonstige nachgeordnete Dienststellen

Bei diesem Titel sind die Ausgaben und Einnahmen des Bundesrechenamtes, der Finanzprokurator, des Hauptpunzierungs- und Probieramtes veranschlagt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1994	331,2	667,7	999,0	77,9
1995	365,5	685,2	1 050,7	340,3
1995 vorl. Erf..	344,6	778,7	1 123,2	342,9
1996	339,0	699,5	1 038,5	371,1

Paragraph 5070 Bundesrechenamt**Gesetzliche Grundlage**

Bundesrechenamtsgesetz, BGBl. Nr. 123/1978; zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 625/1994.

Aufgaben

Das Bundesrechenamt ist eine dem Bundesministerium für Finanzen nachgeordnete Dienststelle. Die Aufgaben des Bundesrechenamtes sind im § 2 Abs. 1 des Bundesrechenamtsgesetzes normiert.

Kapitel 50 — Titel 507

165

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	256,7	656,0	912,7	17,3
1995	288,5	669,5	958,0	286,8
1995 vorl. Erf..	270,9	764,0	1 034,9	278,5
1996	266,1	684,0	950,1	310,5

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung bei den Einnahmen ergibt sich dadurch, daß auf Grund der BRAG-Novelle die für andere Ressorts, Länder, Sozialversicherungsträger sowie die AMS erbrachten Leistungen veranschlagt wurden.

Paragraph 5071 Finanzprokurator**Gesetzliche Grundlagen**

Prokuratorgesetz, StGBI. Nr. 172/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 763/1992.

Die Befassung der Finanzprokurator oder ihre Parteistellung ist in zahlreichen Bundesgesetzen und zwischenstaatlichen Übereinkommen geregelt. Eine Reihe solcher Gesetze und Abkommen sind in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1991 auf den Seiten 164 und 165 angegeben.

Aufgaben

Die Prokurator ist berufen, die Republik Österreich (auch hinsichtlich ihrer Anstalten, Unternehmungen, Betriebe und sonstigen Einrichtungen) sowie alle Fonds, Stiftungen, Anstalten, Unternehmungen, Einrichtungen und sonstigen Vermögensmassen mit selbständiger Rechtspersönlichkeit, welche von staatlichen Organen unmittelbar verwaltet werden oder bei denen der Staat für einen Gebarungsabgang aufzukommen hat, zu vertreten. Dies gilt auch für sonstige Stiftungen nach Maßgabe des § 2 Abs. 1 Z 3 des Prokuratorgesetzes auf der nunmehrigen Grundlage des Bundes-Stiftungs- und Fonds-Gesetzes. Eine Ausdehnung der Vertretungsbefugnis der Prokurator im Verordnungswege ist im § 2 Abs. 2 des Prokuratorgesetzes vorgesehen.

Die Prokurator ist ferner allgemein berufen, vor allen Gerichten und Verwaltungsbehörden einzuschreiten, wenn sie von der zuständigen Behörde zum Schutze öffentlicher Interessen hiefür in Anspruch genommen wird oder die Dringlichkeit des Falles ihr sofortiges Einschreiten erfordert.

Außer der Vertretung vor den Gerichten, den Verwaltungsbehörden und Gerichtshöfen öffentlichen Rechtes obliegt der Prokurator die Abgabe von Rechtsgutachten an die von ihr zu vertretenden Rechtsträger sowie die Mitwirkung beim Abschluß von Rechtsgeschäften und bei der Abfassung von Rechtsurkunden.

Die Befugnis der Finanzprokurator zur Vertretung vor den ordentlichen Gerichten und Arbeitsgerichten ist eine ausschließliche, soweit gesetzlich nicht etwas anderes bestimmt ist.

Vor dem Verfassungsgerichtshof, dem Verwaltungsgerichtshof, dem Obersten Patent- und Markensenat und den Verwaltungsbehörden einzuschreiten, ist sie nur über Verlangen berechtigt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	55,3	7,2	62,5	19,4
1995	57,4	8,2	65,6	14,7
1995 vorl. Erf..	54,1	6,7	60,8	19,4
1996	52,9	7,3	60,2	19,7

Paragraph 5072 Hauptpunzierungs- und Probieramt**Gesetzliche Grundlagen**

Punzierungsgesetz, BGBl. Nr. 68/1954, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 113/1994;

Durchführungsverordnung zum Punzierungsgesetz, BGBl. Nr. 385/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 548/1989;

Übereinkommen betreffend die Prüfung und Bezeichnung von Edelmetallgegenständen samt Anhängen I und II, BGBl. Nr. 346/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 38/1990;

166

Kapitel 50 — Titel 508

Durchführungsverordnung zum Übereinkommen betreffend die Prüfung und Bezeichnung von Edelmetallgegenständen, BGBl. Nr. 358/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 660/1988.

Aufgaben

Die dem Hauptpunzierungs- und Probieramt unterstellten Punzierungsämter nehmen die amtliche Beglaubigung des Feingehaltes von Edelmetallen und Edelmetallgegenständen vor.

Organisation

Dem Hauptpunzierungs- und Probieramt sind unterstellt:

Punzierungsamt Wien I;

Punzierungsamt Wien II;

Punzierungsamt Linz samt Punzierungsstätte Salzburg;

Punzierungsamt Graz;

Punzierungsamt Innsbruck.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1994	19,3	4,5	23,8	41,2
1995	19,6	7,5	27,1	38,8
1995 vorl. Erf..	19,6	8,0	27,6	45,0
1996	19,9	8,3	28,1	40,9

Titel 508 Unternehmungen mit Bundesbediensteten

Unter diesem Titel werden die Personalausgaben und damit zusammenhängende Sachausgaben des österreichischen Postsparkassengesetzes, der Österreichischen Salinen AG und des Amtes der Münze Österreich verrechnet. Diese Ausgaben werden zur Gänze dem Bund ersetzt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1994	674,9	0,9	675,8	675,9
1995	702,5	1,1	703,6	702,9
1995 vorl. Erf..	687,3	21,7	709,0	708,7
1996	666,1	33,1	699,3	699,3

Paragraph 5080 Österreichisches Postsparkassenamt**Gesetzliche Grundlage**

Postsparkassengesetz, BGBl. Nr. 458/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 763/1992.

Aufgaben

Besorgung aller Geschäfte der Österreichischen Postsparkasse sowie die Verrichtung aller sonstigen Arbeiten durch Bundesbeamte oder Vertragsbedienstete des Bundes. Die Dienststelle der bei der Österreichischen Postsparkasse tätigen Bundesbeamten oder Vertragsbediensteten des Bundes ist das Österreichische Postsparkassenamt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1994	655,3	0,8	656,1	656,2
1995	682,6	1,1	683,6	683,7
1995 vorl. Erf..	668,7	21,7	690,4	690,5
1996	647,4	33,1	680,5	680,5

Die Sachausgaben enthalten lediglich die Erfordernisse für Kommunalsteuer, Fahrtkostenzuschüsse, Aufwandsentschädigungen und Rückersätze von Einnahmen aus den Vorjahren sowie sonstige Entgelte an Einzelpersonen.

Kapitel 50 — Titel 508

167

Die Einnahmen enthalten im Sinne des § 7 Abs. 4 des Postsparkassengesetzes die Ersätze der Österreichischen Postsparkasse für die Personalausgaben sowie für die zugehörigen Sachausgaben.

Paragraph 5081 Österreichische Salinen Aktiengesellschaft**Gesetzliche Grundlage**

Salzmonopolgesetz, BGBl. Nr. 124/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 518/1995.

Aufgaben

Mit Wirkung vom 1. Jänner 1979 ging die wirtschaftliche Verwaltung des österreichischen Salzmonopols auf die Österreichische Salinen Aktiengesellschaft über (§ 6 Abs. 1 des Salzmonopolgesetzes, BGBl. Nr. 124/1978). Gemäß § 8 Abs. 1 Z 3 dieses Gesetzes werden die Beamten, die am 31. Dezember 1978 bei den Österreichischen Salinen beschäftigt waren, auf die Dauer ihres Dienststandes unter Wahrung ihrer Rechte, der Aktiengesellschaft zur Dienstleistung zugewiesen. Die Aktiengesellschaft hat für sie dem Bund die Kosten der Besoldung zu ersetzen. Beim vorliegenden VA-Ansatz sind die Kosten der Besoldung für 2 der Österreichischen Salinen Aktiengesellschaft zugeteilte Beamte sowie deren Ersätze durch die Aktiengesellschaft veranschlagt.

Im BVA 1996 sind für Personal- und Sachausgaben 1,5 Millionen Schilling vorgesehen.

Paragraph 5082 Amt der Münze Österreich**Gesetzliche Grundlage**

Scheidemünzengesetz 1988, BGBl. Nr. 597/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 22/1992.

Aufgaben

Gemäß Scheidemünzengesetz 1988 ging das Österreichische Hauptmünzamt in eine von der OeNB gegründete „Münze Österreich AG“ ein. Nach den Bestimmungen dieses Gesetzes wurden die Beamten, die am 31. Dezember 1988 beim Österreichischen Hauptmünzamt beschäftigt waren, auf die Dauer ihres Dienststandes unter Wahrung ihrer Rechte der Aktiengesellschaft zur Dienstleistung zugewiesen. Die Aktiengesellschaft ersetzt für diese Bediensteten dem Bund die Kosten der Besoldung.

Im BVA 1996 sind die Personal- und Sachausgaben für 39 Bedienstete in Höhe von 17,2 Millionen Schilling veranschlagt.

168

Kapitel 51 — Titel 510 und 511**Kapitel 51 Kassenverwaltung****Gesamtgebarung**

	Allgemeiner Haushalt			Einnahmen	Ausgleichshaushalt	
	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe		Sach- ausgaben	Ein- nahmen
	Millionen Schilling					
1994	—	25 599,7	25 599,7	18 645,6	31 033,3	31 135,6
1995	—	4 776,8	4 776,8	35 551,8	75 000,0	75 000,0
1995 vorl. Erf.....	—	16 219,8	16 219,8	36 348,0	60 017,8	60 026,3
1996	0,0	4 036,6	4 036,6	25 818,7	75 000,0	75 000,0

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 510 Effekten- und Geldverkehr des Bundes

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1994	3 568,6	3 904,4
1995	3 690,7	4 829,7
1995 vorl. Erf.....	3 171,4	6 030,1
1996	3 054,2	4 037,6

Voranschlagsansatz 1/51003 Erwerb von Bundestiteln**Voranschlagsansatz 2/51017 Entnahmen aus dem Bundesbesitz**

Die hier vorgesehenen Beträge werden zur Marktpflege und in dem Maße, als günstige Verkaufsangebote auf dem Markte vorliegen, in Anspruch genommen.

Voranschlagsansätze 1/51038 und 2/51034 Kursverluste und -gewinne

Bei diesen Voranschlagsansätzen werden die Verluste und Gewinne bei der Gebarung aus dem Effekten- und Geldverkehr des Bundes veranschlagt.

Paragraph 1/5104 Effekten- und Geldverkehrskosten**Voranschlagsansatz 1/51047 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)**

An öffentlichen Abgaben (Kapitalertragsteuer auf Zinsen aus der Veranlagung von Kassenmitteln) wurden für 1996 198 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/51048 Aufwendungen**Voranschlagsansatz 2/51044 Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr**

Soweit im Zusammenhang mit dem Effekten- und Geldverkehr mit Ausnahme des Postscheckverkehrs im Bereiche der Finanzverwaltung Kosten bzw. Erträge (zB Zinsen aus Effekten oder der Veranlagung von Kassenbeständen) anfallen, sind diese bei diesen VA-Ansätzen zu verrechnen.

Voranschlagsansatz 1/51058 Zinsen aus Währungstauschverträgen (Erwerb von Bundestiteln) und**Voranschlagsansatz 2/51054 Zinsen aus Währungstauschverträgen (Erwerb von Bundestiteln)**

Bei diesen Voranschlagsansätzen werden die Ausgaben und Einnahmen der Zinsen aus Währungstauschtransaktionen im Zusammenhang mit Wertpapierkäufen des Bundes verrechnet.

Titel 511 Geldverkehr des Bundes (zweckgeb. Gebarung)

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1994	748,2	652,8
1995	490,0	465,8
1995 vorl. Erf.....	677,6	528,7
1996	449,4	444,8

Kapitel 51 — Titel 512

169

Im BVA 1995 waren auf Grund des Budgetprovisoriums bereits 1995 realisierte Transaktionen enthalten. Für 1996 sind derzeit keine gleichartigen Geschäfte in der Höhe wie 1995 vorhersehbar.

Paragraph 5110 Innovations- und Technologiefonds

Gemäß dem Bundesverfassungsgesetz, mit dem das 2. Verstaatlichungsgesetz geändert wird und organisationsrechtliche Bestimmungen für die vom 2. Verstaatlichungsgesetz betroffenen Unternehmungen erlassen werden, BGBl. 321/1987, soll durch ein einfaches Bundesgesetz ein Fonds zur Finanzierung von Forschungen, Entwicklungen und Umstellungen für den Bereich der gewerblichen Wirtschaft eingerichtet werden. Zur Ausführung dieses Auftrages des Verfassungsgesetzgebers wurde das Innovations- und Technologiefondsgesetz (ITFG) mit Bundesgesetz BGBl. Nr. 603/1987 beschlossen.

Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 972/1993, mit dem ua. das ITFG geändert wird, kommen dem Fonds im Jahre 1996 420 Millionen Schilling zu. Unter Einbeziehung der sonstigen Einnahmen des ITF (11,262 Millionen Schilling), (Netto)Zinsen aus der Veranlagung von Fondsmitteln (2,730 Millionen Schilling) und der Entnahme der Einnahmerrücklage (12,455 Millionen Schilling) können für Zwecke der Finanzierung von Forschungen, Entwicklungen und Umstellungen 446,450 Millionen Schilling verwendet werden.

Paragraph 5111 Siedlungswasserwirtschaft

Unter diesem Paragraph werden die Zinsen bzw. die Kapitalertragsteuer auf Zinsen und sonstige Spesen veranschlagt, die aus der kurzfristigen Veranlagung von Förderungsmitteln für die Siedlungswasserwirtschaft (gemäß Finanzausgleichsgesetz 1993) entstehen.

Titel 512 Rücklagen

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1994	20 887,0	14 088,4
1995	50,2	17 181,8
1995 vorl. Erf.	11 982,6	20 000,7
1996	168,0	6 150,5

Haushaltsrechtliche und bundesfinanzgesetzliche Ermächtigungen sehen vor, daß in Höhe der durch Zahlung nicht in Anspruch genommenen Teile gewisser Ausgabenansätze, durch Zahlung nicht in Anspruch genommenen zweckgebundene Einnahmen und ein Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben des Gesamthaushaltes einer Rücklage zugeführt werden können bzw. zuzuführen sind. Bei Inanspruchnahme dieser Rücklagen oder Teilen davon in den darauffolgenden Haushaltsjahren ergeben sich für den Bundshaushalt entsprechende Einnahmen bei diesem Titel und der Rücklagenwidmung gemäß bei den zuständigen Zweckansätzen der Ressorts gleichhohe Ausgaben.

Paragraph 5121 Zuführung an bzw. Entnahme aus allgemeine(r) Rücklage

Im Bundshaushaltsgesetz, § 53 Abs. 1 Pkt. 2 und 3, bzw. im Art. X Abs. 1 Z 1 des Bundesfinanzgesetzes 1996 wird der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, in Höhe der durch Zahlung nicht in Anspruch genommenen Teile der Ausgabenbeträge für Anlagen, der bei den Voranschlagsansätzen 1/64698, 1/64708 und der bei den Voranschlagsansätzen 1/40108 und 1/64738 als Investitionsausgaben für die Landesverteidigung veranschlagten Ausgabenbeträge eine Reservierung im Wege einer Rücklagenzuführung vorzunehmen. Für die sich daraus ergebende Gebarung sind Verrechnungsansätze vorgesehen.

Die gegenständliche Gebarung wird wie folgt verrechnet:

Jahr	Voranschlagswirksame Verrechnung	Bestandsverrechnung
laufendes.....	Ausgabe: Paragraph 1/5121	Einnahme: Erlag
nächstfolgendes	Einnahme: Paragraph 2/5121 Ausgabe: zB Kapitel 64 „Bauten und Technik“	Ausgabe: rückgestellter Erlag —

170

Kapitel 51 — Titel 512

Den beim Voranschlagsansatz 2/51218 veranschlagten Rücklagenentnahmen in Höhe von insgesamt 21,901 Millionen Schilling stehen im Bundesvoranschlag 1996 Ausgaben bei folgenden Voranschlagsansätzen gegenüber:

	Millionen Schilling
1/15703.....	9,800
1/15723.....	0,800
1/15923.....	5,300
1/17323.....	1,000
1/17903.....	3,000
1/17923.....	2,000

Paragraph 5124 Zuführung an bzw. Entnahme aus zweckgebundene(r) Einnahmen-Rücklage

Im Bundesvoranschlag sind für die Rücklagenzuführung bzw. -entnahme entsprechende Voranschlagsansätze vorgesehen. Die Verrechnung erfolgt sinngemäß wie bei der allgemeinen Rücklage.

Den beim Voranschlagsansatz 1/51249 veranschlagten Rücklagenzuführungen in Höhe von 167,962 Millionen Schilling stehen im Bundesvoranschlag 1996 Einnahmen bei folgenden Voranschlagsansätzen gegenüber:

	Millionen Schilling
2/51110.....	7,798
2/52600.....	99,999
2/53400.....	59,990

Den beim Voranschlagsansatz 2/51248 veranschlagten Rücklagenentnahmen in Höhe von insgesamt 14,819 Millionen Schilling stehen im Bundesvoranschlag 1996 Ausgaben bei folgenden Voranschlagsansätzen gegenüber:

	Millionen Schilling
1/14104.....	0,002
1/50226.....	0,112
1/50408.....	2,248
1/51108.....	12,455

Paragraph 5125 Zuführung an bzw. Entnahme (Verringerung) aus der Ausgleichsrücklage

Gemäß § 53 Abs. 3 des Bundeshaushaltsgesetzes hat der Bundesminister für Finanzen einen Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben des Gesamthaushaltes einer Ausgleichsrücklage zuzuführen. Ein Ausgabenüberschuß im Gesamthaushalt ist durch Entnahme aus der Ausgleichsrücklage auszugleichen.

Im Bundesvoranschlag 1996 wurde aus der Rücklage eine Verringerung nicht veranschlagt.

Paragraph 5126 Zuführung an bzw. Entnahme aus besondere(r) Rücklage

Dieser Paragraph ist für Rücklagenzuführungen auf Grund von Sondergesetzen bzw. der Ermächtigungen gemäß Art. X Abs. 1 Z 2 des Bundesfinanzgesetzes 1996 vorgesehen.

Die Verrechnung erfolgt sinngemäß wie bei der allgemeinen Rücklage.

Den beim Voranschlagsansatz 2/51268 veranschlagten Rücklagenentnahmen in Höhe von insgesamt 2 979,887 Millionen Schilling stehen im Bundesvoranschlag 1996 Ausgaben bei folgenden Voranschlagsansätzen gegenüber:

	Millionen Schilling
1/10066.....	72,886
1/15006.....	119,000
1/15166.....	30,000
1/17217.....	950,000
1/18606.....	20,000
1/18636.....	1 546,000
1/18646.....	242,000

Kapitel 51 — Titel 512

171

Paragraph 5127 Zuführung an bzw. Entnahme aus besondere(r) Einnahmen-Rücklage

Dieser Paragraph ist für Rücklagenzuführungen bzw. -entnahmen gemäß Art. X Abs. 2 des Bundesfinanzgesetzes 1996 vorgesehen.

Die Verrechnung erfolgt sinngemäß wie bei der allgemeinen Rücklage.

Voranschlagsansatz 2/51297 Auflösung von Rücklagen

Für den Fall, daß die seinerzeitige Zweckbindung dem Grunde oder der Höhe nach wegfällt, sind Rücklagen voranschlagswirksam aufzulösen und im Sinne von § 38 Abs. 1 BHG zu verwenden.

Im Bundesvoranschlag 1996 sind Rücklagenaufösungen von folgenden Voranschlagsansätzen vorgesehen:

	Millionen Schilling
1/17973.....	60,000
1/20303.....	108,426
2/53400.....	2 644,651
2/60050.....	20,560
2/60890.....	257,499
2/64160.....	11,019
2/64250.....	1,902
2/64260.....	0,017
2/64421.....	0,376
2/64400.....	29,207

Stand der Rücklagen

Der Stand der Rücklagen am 31. Dezember 1995 stellt sich wie folgt dar:

	Stand am 31. 12. 1995	Veranschlagte Rücklagenentnahme, -verrin- gerung bzw. -auflösung laut BVA 1996 Millionen Schilling	Veranschlagte Rücklagenzuführung laut BVA 1996
1. Allgemeine Rücklage	2 650,5	190,3	0,0
hievon:			
Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen	422,8	—	—
Internationale Finanzinstitutionen.....	705,2	—	—
2. Zweckgebundene Einnahmen- Rücklage	7 054,6	2 980,1	168,0
hievon:			
Mittel des ITF	191,3	12,5	0,0
Katastrophenfonds	2 644,7	2 644,7	60,0
Marktordnungspol. Maßnahmen	301,0	0,0	0,0
Ausfuhrförderung (AFG).....	1 272,5	0,0	0,0
Kfz-Steuer (U-Bahnbau)	320,6	0,0	0,0
Sicherheitsabgabe	263,8	0,0	100,0
3. Ausgleichsrücklage	5 271,4	0,0	0,0
4. Besondere Rücklage.....	6 169,1	2 979,9	0,0
hievon:			
Klinischer Aufwand	1 502,7	—	—
Siedlungswasserwirtschaft	2 705,4	2 496,0	—
Sonstige Umweltmaßnahmen	518,9	242,0	—
Maßnahmen zur Hilfeleistung für osteurop. Staaten.....	427,1	72,9	—
5. Besondere Einnahmen-Rücklage....	—	0,0	0,0

172

Kapitel 51 — Titel 513**Titel 513 Zahlungen von der EU**

	Einnahmen Millionen Schilling
1995	13 074,5
1995 vorl. Erf.	9 788,5
1996	15 185,9

Österreich hat auf Grund diverser Bestimmungen des EU-Rechtes Zahlungen von der EU zu erwarten. Diese werden wie folgt verrechnet:

Voranschlagsansatz 2/51304 Art. 81 EU-Beitrittsakte (EU)

Gemäß Artikel 81 der EU-Beitrittsakte, BGBl. Nr. 45/1995, werden im Zeitraum 1995 bis 1998 Übergangszahlungen fällig.

Für 1996 ist ein Betrag von 1 378,0 Millionen Schilling vorgesehen. Die Verwendung dieser Mittel erfolgt auf der Grundlage des Europaabkommens bei Kap. 60, Titel 606.

Voranschlagsansatz 2/51305 Europ. Sozialfonds (EU)**Voranschlagsansatz 2/51306 Europ. Regionalfonds (EU)**

Die im Jahre 1996 zu erwartenden Rückflüsse aus dem Europäischen Sozialfonds und dem Europäischen Regionalfonds können hinsichtlich Höhe und Fälligkeit dzt. nur grob abgeschätzt werden. Es wurden daher keine Beträge eingesetzt. Für die korrespondierenden Ausgaben wurde im Wege von Überschreitungsermächtigungen vorgesorgt (Art. IV, Abs. 3 BFG); diese Überschreitungsbeiträge werden nach Maßgabe der tatsächlichen Rückflüsse verwendet werden.

Betroffen sind die Ausgabenansätze der für die Förderungsverwaltung zuständigen Ressorts.

Voranschlagsansatz 2/51314 EAGFL/Garantie (EU)

Für Zahlungen der EU im Rahmen der Gemeinschaftlichen Marktordnung ist für 1996 ein Betrag von 12 059,720 Millionen Schilling vorgesehen; hiebei entfallen auf

Ackerkulturen, Zucker usw.	5 158,711
Obst, Gemüse, Wein	179,555
Tierische Erzeugnisse.....	1 619,637
Flankierende Maßnahmen.....	2 391,194
Ausfuhrerstattungen.....	390,000

Die Verwendung der Mittel erfolgt im Rahmen des Titels 603 bzw. Ausfuhrerstattungen beim Titel 504.

Flankierende Maßnahmen aus 1995..... 2 320,623

(Diese Mittel wurden 1995 beim VA-Ansatz 1/60346 bevorschußt und 1996 von der EU refundiert.)

Voranschlagsansatz 2/51315 EAGFL/Ausrichtung (EU)

Im Landwirtschaftsbereich (EAGFL/Ausrichtung) kann im Jahre 1996 mit Rückflüssen von 1 748,140 Millionen Schilling gerechnet werden.

Die Mittelverwendung erfolgt bei VA-Ansätzen des Strukturfonds:

- 1/60206 Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen (EAGFL-Ausrichtung)
- 1/60236 Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (EU)
- 1/60246 Sektorplan Fischerei und Ackerkultur sowie Erzeugerorganisation der Fischwirtschaft Bundesmittel

Rückflüsse im Zusammenhang mit Zahlungen der EU im Rahmen der EU-Strukturfondsfinanzierungen (Europäischer Sozialfonds, Europäischer Regionalfonds und EAGFL-Ausrichtung) hängen von der Genehmigung der von Österreich vorgelegten Programmdokumente und dem Fortschritt der Förderungsvorhaben ab. Die Verwendung dieser EU-Mittel erfolgt — gemäß den EU-Vorschriften binnen bestimmter Fristen (in der Regel 2 Monate) — durch entsprechende Ausgaben in den jeweils fachzuständigen Ressorts. Für die Leistung dieser Ausgaben ist daher in den jeweiligen Fachkapiteln vorgesorgt (vgl. hierzu die Erläuterungen zu den VA-Ansätzen 2/51305 und 2/51306). Die EU-Mittel werden zusammen mit den Kofinanzierungsmitteln des Bundes verwendet.

Kapitel 51 — Titel 518 und 519

173

Titel 518 Sonstige Pauschalvorsorgen

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1994	—	—	—	—
1995	—	50,0	50,0	—
1995 vorl. Erf..	—	—	—	—
1996	0,0	50,0	50,0	—

Paragraph 5181 Pauschalvorsorge für Sachausgaben

Die Pauschalvorsorge für Sachausgaben in Höhe von 50 Millionen Schilling ist für bestimmte unaufschiebbare Mehrausgaben vorgesehen. Da die notwendige Bewilligung von überplanmäßigen Ausgaben im Wege eines Bundesgesetzes oft aus zeitlichen oder anderen Gründen nicht zeitgerecht eingeholt werden kann, würden sich bei Realisierung unaufschiebbarer Zahlungen haushaltsrechtliche Schwierigkeiten ergeben. Insbesondere ist dies der Fall bei Hilfeleistungen in Katastrophenfällen im In- und Ausland, in Seuchen- und Epidemiefällen sowie für Sondermaßnahmen der Bundesregierung im In- und Ausland, die Durchführung von Staatsbesuchen, Konferenzen, Tagungen uä.

Titel 519 Sonstige Kassenverwaltungs-Ausgaben bzw. -Einnahmen

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt	
	Sach- ausgaben	Ein- nahmen	Sach- ausgaben	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1994	395,9	—	31 033,3	31 135,6
1995	496,0	0,0	75 000,0	75 000,0
1995 vorl. Erf..	388,1	0,0	60 017,8	60 026,3
1996	315,0	0,0	75 000,0	75 000,0

Paragraph 5190 Allgemeine Ausgaben bzw. -Einnahmen

Beim Paragraph 5190 werden sonstige Ausgaben und Einnahmen erwartet, deren Höhe schwer abschätzbar ist. Hierbei handelt es sich um Beträge, die im Zusammenhang mit inkamerierten Resten zweckgebundener Einnahmen angefallen sind oder voraussichtlich anfallen werden.

Paragraph 5191 Kurzfristige Verpflichtungen

Laut § 16 (1) BHG, BGBl. Nr. 213/1986, sind ab dem BVA 1988 auch die für die Aufnahme von Geldverbindlichkeiten zur vorübergehenden Kassenstärkung nötigen Einnahmen und Ausgaben gesondert in einem Ausgleichshaushalt darzustellen. Für diesen Zweck sind im BVA 1996 beim VA-Ansatz 7/51919 bzw. 8/51919 je 75 Milliarden Schilling vorgesehen.

Auf Grund der Situation auf dem Geld- und Kapitalmarkt im In- und Ausland bei Erstellung des Bundesvoranschlags 1996 ist für derartige Kreditoperationen, deren Laufzeit spätestens am 31. Dezember 1996 zu enden hat, mit einem Zinsaufwand von 315 Millionen Schilling zu rechnen.

Kapitel 52 Öffentliche Abgaben

Gesamtgebarung

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1994	104,6	358 402,2
1995	141,1	341 472,7
1995 vorl. Erf.	125,3	345 773,2
1996	142,2	388 160,0

Allgemeines zur Veranschlagung

Die Schätzungen der öffentlichen Abgaben für die Bundesvoranschläge 1996 und 1997 erfolgten in zwei Stufen. Zuerst wurden — im Rahmen einer budgetären Bestandsaufnahme — auf Basis des Ergebnisses 1995, der verfügbaren Wirtschaftsprognosen und Informationen über wahrscheinliche Sonderfaktoren die Einnahmen unter der Annahme einer gegenüber dem Stand zu Beginn 1996 unveränderten Rechtslage geschätzt.

Im einzelnen wurde bei den großen Steuern von folgenden Überlegungen ausgegangen: Auf Grund der guten Ergebnisse des letzten Quartals 1995 ist anzunehmen, daß nunmehr der eigentlich schon früher erwartete Effekt der Steuerreform 1994 zu wirken beginnt, womit die Einnahmen an veranlagter Einkommen- und Körperschaftsteuer gegenüber 1995 deutlich ansteigen sollten. Bei beiden Steuern ist auch 1996 ein ähnlich hohes Aufkommen an Sondervorauszahlung im Zusammenhang mit der IFB-Senkung angenommen. Die Lohnsteuer wurde mittels entsprechender — im Laufe der Zeit leicht abnehmender — Elastizitäten in Abhängigkeit zur prognostizierten Lohn- und Gehaltsentwicklung fortgeschrieben. Für die Schätzung der Kapitalertragsteuer auf Zinsen wurde ein etwa konstantes Zinsniveau angenommen, sodaß sich lediglich eine Steigerung parallel zur Ausweitung der Finanzanlagen ergibt. Bei der USt-Schätzung wurde von einer um die Sondereffekte 1995 (v. a. EU-bedingte Änderungen, Verrechnung der SonderVZ) bereinigten Basis ausgegangen, die Fortschreibung erfolgte etwa parallel zur Entwicklung des Inlandskonsums, der ja den überwiegenden Teil der Bemessungsgrundlage darstellt. Weiters wurde berücksichtigt, daß die Sondervorauszahlung 1996 im Zuge der Umstellung von Einfuhrumsatzsteuer auf Erwerbsteuer um ca. 3 Milliarden Schilling über jener von 1995 liegen dürfte. Die Zölle werden 1996 selbstverständlich noch zurückgehen, weil im Jahr 1995 noch (anfänglich) höhere Einnahmen nach Rechtslage vor dem EU-Beitritt angefallen sind. Danach sollten sie voraussichtlich etwas stärker wachsen als das BIP. Bei den Verbrauch- und Verkehrssteuern sowie bei den Stempelgebühren wurde realistischerweise nur ein mäßiges Wachstum oder Konstanz angenommen.

Die so geschätzten Zahlen wurden im zweiten Schritt um diejenigen Mehreinnahmen erhöht, die sich voraussichtlich aus der Umsetzung der steuerlichen Maßnahmen des Sparpakets ergeben. Nach dem derzeitigen Informationsstand sind bei den einzelnen Steuern folgende Bruttomehreinnahmen zu erwarten:

Steuerart	1996 Milliarden Schilling	1997 Milliarden Schilling
Veranlagte Einkommensteuer.....	2,6	4,6
Lohnsteuer	3,8	18,3
Körperschaftsteuer	8,1	8,1
Kapitalertragsteuern	2,0	3,0
Umsatzsteuer.....	5,7	2,0
Energiesteuer auf Gas und Strom.....	3,0	7,0
Andere Abgaben.....	1,8	3,7
Summe (Brutto) ...	27,0	46,7

Zusätzlich wurden bei der Körperschaftsteuer Mehreinnahmen durch die Ausgliederung der Post in ein privatwirtschaftlich organisiertes und KöSt-pflichtiges Unternehmen berücksichtigt. Diese Einnahmen sind im wesentlichen realistischerweise erst ab 1997 zu erwarten. Nicht berücksichtigt wurde die im EU-Beitrittsvertrag vorgesehene Umsatzsteuer-Befreiung im Gesundheits- und Sozial(versicherungs)bereich, da die konkrete Form dieser Maßnahme noch nicht feststeht und sie im großen und ganzen etwa budgetneutral erfolgen soll.

Die Überweisungen ergeben sich auf Grund des derzeit vereinbarten Finanzausgleichs und der EU-Budgetierung.

Ausgaben

Auf der Ausgabenseite des Kapitels 52 „Öffentliche Abgaben“ gelangen nur solche Ausgaben zur Verrechnung, die den Abgabenertrag unmittelbar schmälern (Stempelmarkengebarung und Kosten des Einbringungs- und Strafverfahrens). Personal- und Sachausgaben aus der Veranlagung, Einhebung und Einbringung der öffentlichen Abgaben sind bei Kapitel 50 „Finanzverwaltung“ veranschlagt.

Zu den einzelnen Titeln ist zu bemerken:

Titel 520 Einkommen- und Vermögensteuern

	Millionen Schilling
1994	225 555,9
1995	243 158,0
1995 vorl. Erf.....	245 751,7
1996	277 680,0

Voranschlagsansatz 2/52004 Veranlagte Einkommensteuer**Gesetzliche Grundlage**

Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. .../1996.

Sachlicher Überblick

Die Einkommensteuer ist die Steuer vom Einkommen der natürlichen Personen. Der Einkommensbegriff ist, ohne einer bestimmten Einkommenstheorie zu folgen, durch folgende Einkunftsarten umschrieben: Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus selbständiger Arbeit, aus Gewerbebetrieb, aus nichtselbständiger Arbeit, aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung und sonstige bestimmt bezeichnete Einkünfte. Das Einkommensteuergesetz 1988 geht vom Grundsatz der Individualbesteuerung aus. Die Höhe der Einkommensteuer (Lohnsteuer) bemißt sich nach einem progressiven Stufentarif. Der Steuersatz beginnt mit 10 vH für die ersten 50 000 S des Einkommens und nähert sich asymptotisch dem Satz von 50 vH bei Einkommen über 700 000 S. Die sich auf Grund des Tarifs ergebende Steuer vermindert sich bei jedem Steuerpflichtigen um einen allgemeinen Absetzbetrag von jährlich 8 840 S, der ab 1997 für Einkommen über 200 000 Schilling verschliffen über 500 000 Schilling wegfällt. Übersteigen die Einkünfte des einen Ehegatten nicht bestimmte Jahresbeträge, dann ist dem anderen Ehegatten der Alleinverdienerabsetzbetrag von jährlich 5 000 S zu gewähren. Dieser Absetzbetrag ist auch einem in einer eheähnlichen Gemeinschaft lebenden Alleinverdiener mit mindestens einem unterhaltsberechtigten Kind zu gewähren. Einem Alleinerzieher, das ist eine Person, die allein für mindestens ein unterhaltsberechtigtes Kind zu sorgen hat, ist ein Alleinerzieherabsetzbetrag von 5 000 S jährlich zu gewähren. Wird einer Person Familienbeihilfe gewährt, steht ihr im Wege der gemeinsamen Auszahlung mit der Familienbeihilfe ein Kinderabsetzbetrag von monatlich 350 S für das erste Kind, 525 S für das zweite Kind und 700 S für jedes weitere Kind zu. Einer Person, die für ein nicht zu ihrem Haushalt gehöriges Kind den gesetzlichen Unterhalt leistet, steht ein Unterhaltsabsetzbetrag von 350 S monatlich zu, wenn für das Kind weder ihr noch ihrem (Ehe)Partner Familienbeihilfe gewährt wird; für das zweite Kind beträgt der Absetzbetrag 525 S und für jedes weitere Kind jeweils 700 S. Bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit ist ein Arbeitnehmerabsetzbetrag von 1 500 S jährlich und ein Verkehrsabsetzbetrag von jährlich 4 000 S zu berücksichtigen; Pensionisten steht hingegen ein Pensionistenabsetzbetrag von 5 500 S jährlich zu. Die genannten Steuerabsetzbeträge, die nur für unbeschränkt Steuerpflichtige in Frage kommen, sind von der sich nach dem Tarif ergebenden Steuer bis zur Höhe dieser Steuer abzusetzen, der Alleinverdienerabsetzbetrag bei mindestens einem Kind, der Alleinerzieherabsetzbetrag und der Arbeitnehmerabsetzbetrag können auch zu einer Steuergutschrift führen.

Ein sehr bedeutender Teil der Einkommensteuer wird im Wege der Einbehaltung an der Quelle erhoben. Diese besondere Erhebungsform der Einkommensteuer findet vor allem Anwendung auf Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (Lohnsteuer) und auf bestimmte inländische Kapitalerträge und Zinsen (Kapitalertragsteuern).

Voranschlagsansatz 2/52014 Lohnsteuer**Gesetzliche Grundlage**

Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. .../1996.

176

Kapitel 52 — Titel 520**Sachlicher Überblick**

Die Lohnsteuer ist eine Quellensteuer auf Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (Löhne und Gehälter, Pensionen) und wird nach Steuersätzen bemessen, die aus dem Einkommensteuertarif abgeleitet sind, wobei jedoch bestimmte Einkommensbestandteile (zB 13. und 14. Bezug, Zulagen und Zuschläge, Prämien, Diäten uä.) steuerfrei sind oder einer begünstigten Besteuerung unterliegen. Sie ist vom Arbeitgeber für den Arbeitnehmer bei jeder Lohnzahlung einzubehalten und monatlich an das Finanzamt der Betriebsstätte abzuführen.

Vorschlagsansatz 2/52024 Kapitalertragsteuer**Gesetzliche Grundlage**

Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. xxx/1996.

Sachlicher Überblick

Die Kapitalertragsteuer wird von inländischen Kapitalerträgen erhoben, wie insbesondere von Gewinnanteilen (Dividenden), Zinsen und sonstigen Bezügen aus Anteilen an juristischen Personen sowie aus der Beteiligung an einem Handelsgewerbe als stiller Gesellschafter. Der Steuerabzug beträgt 22 vH von den vollen Kapitalerträgen. Die ab 1. Jänner 1994 entstehende Steuerschuld für Einkommensteuer — ausgenommen stille Beteiligungen — ist damit abgegolten. Ab 1. Jänner 1996 erfolgt eine Erhöhung auf 25 vH.

Vorschlagsansatz 2/52025 Kapitalertragsteuer auf Zinsen**Gesetzliche Grundlage**

Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. xxx/1996.

Sachlicher Überblick

Die Kapitalertragsteuer auf Zinsen wird von Einlagezinsen und bestimmten festverzinslichen Wertpapierzinsen im Ausmaß von 22 vH erhoben. Die ab 1. Jänner 1994 entstehende Steuerschuld für Einkommen- und Erbschaftsteuer ist damit abgegolten. Ab 1. Juli 1996 erfolgt eine Erhöhung auf 25 vH.

Bezieher niedriger Einkommen, die unter der Besteuerungsgrenze liegen, können eine Erstattung beantragen.

Vorschlagsansatz 2/52034 Körperschaftsteuer**Gesetzliche Grundlage**

Körperschaftsteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 401, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. xxx/1996.

Sachlicher Überblick

Die Körperschaftsteuer ist die Einkommensteuer der juristischen Personen. Der Einkommensbegriff und die Art der Ermittlung des Einkommens bestimmen sich nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes. Die Körperschaftsteuer beträgt 34 vH. Für alle Körperschaften gilt eine Mindestkörperschaftsteuer in Höhe von 15 000 S im Jahr. Diese wird 1996 auf 50 000 S im Jahr erhöht.

Vorschlagsansatz 2/52036 Abgabe von Zuwendungen**Gesetzliche Grundlage**

Einkommensteuergesetznovelle 1975, Art. II, BGBl. Nr. 391, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 739/1988.

Sachlicher Überblick

Der Abgabe von Zuwendungen unterliegen Zuwendungen von Berufs- und Wirtschaftsverbänden (Interessenvertretungen) mit freiwilliger Mitgliedschaft an politische Parteien sowie an Organisationen, die einer politischen Partei nahestehen oder die nicht selbst als Berufs- und Wirtschaftsverband (Interessenvertretung) anzusehen sind. Die gleiche Abgabepflicht besteht auch für Zuwendungen dieser Berufs- und Wirtschaftsverbände (Interessenvertretungen) an Personen oder Personengemeinschaften, wenn die Zuwendungen unter das Spendenabzugsverbot des Einkommensteuergesetzes oder des Körperschaftsteuergesetzes fallen. Abgabepflichtig sind die die Zuwendungen gewährenden Berufs- und Wirtschaftsverbände (Interessenvertretungen); die Abgabe beträgt 15 vH der zugewendeten Beträge.

Voranschlagsansätze 2/52044 und 2/52054 Gewerbesteuer und Bundesgewerbesteuer**Gesetzliche Grundlage**

Gewerbesteuergesetz 1953, BGBl. Nr. 2/1954, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 818/1993.

Sachlicher Überblick

Die Gewerbesteuer wird für Zeiträume ab dem 1. Jänner 1994 nicht mehr eingehoben.

Voranschlagsansatz 2/52064 Vermögensteuer**Gesetzliche Grundlagen**

Vermögensteuergesetz, BGBl. Nr. 192/1954, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 818/1993;

Bewertungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1995.

Sachlicher Überblick

Das Vermögensteuergesetz ist auf Sachverhalte nach dem 1. Jänner 1994 nicht mehr anzuwenden.

Voranschlagsansatz 2/52065 Erbschaftssteueräquivalent**Gesetzliche Grundlage**

Erbschaftssteueräquivalentgesetz 1960, BGBl. Nr. 286, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 818/1993.

Sachlicher Überblick

Das Erbschaftssteueräquivalentgesetz ist auf Sachverhalte nach dem 1. Jänner 1994 nicht mehr anzuwenden.

Voranschlagsansatz 2/52066 Erbschafts- und Schenkungssteuer**Gesetzliche Grundlage**

Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz 1955, BGBl. Nr. 141, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 680/1994.

Sachlicher Überblick

Für Erwerbe von Todes wegen (Erbanfälle, Vermächtnisse) und Schenkungen unter Lebenden wird die Erbschafts- und Schenkungssteuer eingehoben. Zahlungspflichtig ist der Erwerber, bei einer Schenkung auch der Geschenkgeber. Der Steuersatz ist sowohl nach der Höhe des Erwerbes als auch nach dem Verwandtschaftsverhältnis zwischen Erblasser (Geschenkgeber) und Erwerber nach fünf Steuerklassen gestaffelt und beträgt für die Steuerklasse I 2 vH bis 15 vH und für die übrigen Steuerklassen 4 vH bis 60 vH. Freibeträge richten sich jeweils nach den Steuerklassen. Ermäßigungen für gemeinnützige Institutionen sowie Befreiungen aus sozialen Gründen sind vorgesehen.

Voranschlagsansatz 2/52074 Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, BGBl. Nr. 166/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 486/1984.

Sachlicher Überblick

Nach dem Bundesgesetz über die „Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben“ wird von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken eine Abgabe erhoben, die mit 400 vH des Grundsteuermeßbetrages festzusetzen ist.

Voranschlagsansatz 2/52084 Bodenwertabgabe**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 285/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 383/1973.

178

Kapitel 52 — Titel 521**Sachlicher Überblick**

Gegenstand der Bodenwertabgabe sind die unbebauten Grundstücke einschließlich der unbebauten Betriebsgrundstücke, wobei für bestimmte Grundstücke Befreiungen vorgesehen sind. Überdies ist bei der Errichtung eines Einfamilienhauses durch den Abgabeschuldner diesem die für die letzten fünf Jahre entrichtete Bodenwertabgabe rückzuerstatten.

Die Bodenwertabgabe beträgt 1 vH des maßgebenden Einheitswertes, soweit dieser 200 000 S übersteigt.

Voranschlagsansatz 2/52086 Wohnbauförderungsbeitrag**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesgesetz über die Einhebung des Wohnbauförderungsbeitrages, BGBl. Nr. 13/1952, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 376/1986;

Wohnbauförderungsgesetz 1968, BGBl. Nr. 280/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 800/1993;

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 301/1989.

Sachlicher Überblick

Beitragspflichtig sind Dienstnehmer (Heimarbeiter), solange sie Anspruch auf Entgelt haben, und deren Dienstgeber (Auftraggeber). Ausgenommen von der Beitragspflicht sind die im § 2 Abs. 3 genannten Personengruppen.

Der Beitrag beträgt gemäß § 3 Abs. 1 des obzitierten Gesetzes für jeden beitragspflichtigen Dienstnehmer (Heimarbeiter),

1. der in der Krankenversicherung pflichtversichert ist, 5 vT der allgemeinen Beitragsgrundlage in der Krankenversicherung (in der Krankenversicherung der Bundesangestellten der Bemessungsgrundlage) bzw., wenn der Dienstnehmer (Heimarbeiter) zwar nicht in der Krankenversicherung, jedoch in der Pensionsversicherung pflichtversichert ist, der allgemeinen Beitragsgrundlage in der Pensionsversicherung;
2. der weder in der Krankenversicherung noch in der Pensionsversicherung pflichtversichert ist, 5 vT des Arbeitsverdienstes aus dem Dienstverhältnis, für das der Beitrag zu entrichten ist.

Der Beitrag darf jedoch keinesfalls 5 vT der jeweiligen Höchstbeitragsgrundlage in der Krankenversicherung nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, überschreiten.

Der Dienstgeber (Auftraggeber) hat einen gleich hohen Beitrag für jeden von ihm beschäftigten beitragspflichtigen Dienstnehmer (Heimarbeiter) zu leisten.

Voranschlagsansatz 2/52094 Sonderabgabe von Banken**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 553/1980, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 12/1993.

Sachlicher Überblick

Die Sonderabgabe von Banken wird für Zeiträume ab dem 1. Jänner 1994 nicht mehr eingehoben.

Titel 521 Einkommen- und Vermögensteuern (zweckgebundene Beiträge)

	Millionen Schilling
1994	138,0
1995	135,0
1995 vorl. Erf.....	140,5
1996	140,0

Voranschlagsansatz 2/52180 Kunstförderungsbeitrag**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 573/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 765/1992.

Kapitel 52 — Titel 522

179

Sachlicher Überblick

Abgabepflichtig sind die Inhaber einer unbefristeten Rundfunk-Hauptbewilligung. Die Abgabe ist in Höhe von 55 S jährlich zu entrichten.

Nach Abzug der Einhebungsvergütung und des Anteiles der Länder wird der verbleibende Ertrag zur Gänze für Zwecke der Kunstförderung, der Museen und des Bundesdenkmalamtes verwendet.

Titel 522 Umsatzsteuer

	Millionen Schilling
1994	202 572,1
1995	189 000,0
1995 vorl. Erf.....	179 948,9
1996	210 700,0

Vorschlagsansatz 2/52204. Umsatzsteuer**Gesetzliche Grundlagen**

Umsatzsteuergesetz 1994, BGBl. Nr. 663, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 831/1995.

Sachlicher Überblick

Mit Wirksamkeit 1. Jänner 1995 ist das neue Umsatzsteuergesetz 1994, bestehend aus einem allgemeinen Teil und einem Anhang, der die Binnenmarktregelung enthält, in Kraft getreten. Die Binnenmarktregelung betrifft die Besteuerung des innergemeinschaftlichen Handels zwischen den Mitgliedstaaten der EU.

Die **Umsatzsteuer** (Mehrwertsteuer) ist eine allgemeine Verkehrssteuer. Sie wird auf allen Stufen des Wirtschaftsablaufes erhoben. Steuergegenstand sind die Lieferungen und sonstigen Leistungen, die ein Unternehmer im Inland gegen Entgelt im Rahmen seines Unternehmens ausführt, ferner der Eigenverbrauch, die Einfuhr und der innergemeinschaftliche Erwerb. An die Stelle der Einfuhrumsatzsteuer, die nur mehr im Handel mit Drittländern außerhalb der EU gilt, tritt für innergemeinschaftliche Lieferungen zwischen Unternehmern die Umsatzsteuer auf den Erwerb eines Gegenstandes im Inland (Erwerbsteuer). Korrespondierend zur Steuerpflicht des innergemeinschaftlichen Erwerbs ist die innergemeinschaftliche Lieferung steuerfrei, wenn der Gegenstand in das übrige Gemeinschaftsgebiet gelangt, der Erwerber Unternehmer oder eine nicht steuerpflichtige juristische Person ist und der Erwerb des Gegenstandes der Lieferung beim Abnehmer in einem anderen Mitgliedstaat der Umsatzsteuer unterliegt. Zur Abwicklung des innergemeinschaftlichen Handels benötigen Unternehmer Umsatzsteuer-Identifikationsnummern, die von den Mitgliedstaaten ausgestellt werden. Innergemeinschaftliche Lieferungen an Privatpersonen unterliegen dagegen — mit Ausnahme von besonderen Regelungen für den Versandhandel und für neue Fahrzeuge — nur im Ursprungsland der Besteuerung. Bemessungsgrundlage für die Mehrwertsteuer ist bei Lieferungen und sonstigen Leistungen das Entgelt, das ist alles, was der Empfänger einer Lieferung oder sonstigen Leistung aufzuwenden hat, um die Lieferung oder sonstige Leistungen zu erhalten. Beim Eigenverbrauch ist Bemessungsgrundlage der Einkaufspreis bzw. die Selbstkosten des entnommenen Gegenstandes oder die auf die Nutzung des Gegenstandes entfallenden Kosten oder die auf die Ausführung dieser Leistungen entfallenden Kosten oder die nichtabzugsfähigen Ausgaben (Aufwendungen). Bei der Einfuhr richtet sich die Bemessungsgrundlage nach dem Zollwert. Auch der innergemeinschaftliche Erwerb wird nach dem Entgelt bemessen, wobei Verbrauchsteuern, die im Entgelt nicht enthalten sind, aber vom Erwerber geschuldet werden, einzubeziehen sind.

Unter bestimmten Voraussetzungen ist der Unternehmer berechtigt, die Umsatzsteuerbeträge, die von anderen Unternehmen in Rechnungen über Leistungen im Inland an sein Unternehmen ausgewiesen werden, als Vorsteuer von dem von ihm zu zahlenden Umsatzsteuerbetrag in Abzug zu bringen. Ebenso kann der Unternehmer unter bestimmten Voraussetzungen die bei der Einfuhr entrichtete Einfuhrumsatzsteuer und die Steuer für den innergemeinschaftlichen Erwerb als Vorsteuer in Abzug bringen. Durch den Vorsteuerabzug wird erreicht, daß in jeder Wirtschaftsstufe im Ergebnis nur der Nettoumsatz besteuert bzw. die Kumulativwirkung ausgeschaltet wird.

Der allgemeine Steuersatz beträgt 20 vH der Bemessungsgrundlage. Für die in den Gebieten Jungholz und Mittelberg bewirkten Umsätze beträgt er 16 vH, wenn der Unternehmen einen Wohnsitz (Sitz), gewöhnlichen Aufenthalt oder Betriebsstätte in diesen Gebieten hat. Die Steuer ermäßigt sich auf 10 vH für die Lieferungen, den Eigenverbrauch, die Einfuhr von in der Anlage dieses Bundesgesetzes aufgezählten Gegenständen (insbesondere Lebensmittel, landwirtschaftliche Erzeugnisse,

verschiedene Rohstoffe, Waren des Buchhandels) sowie ua. für die Vermietung von Grundstücken zu Wohnzwecken, für die Beherbergung samt Nebenleistungen, gewisse Leistungen der Wohnungseigentümergeinschaften, die sonstigen Leistungen aus der Tätigkeit als Künstler, verschiedene Leistungen im Kultur- und Unterhaltungsbereich, Leistungen von Jugendheimen, Leistungen der Kranken- und Pflegeanstalten, Leistungen bestimmter gemeinnütziger Institutionen und die Beförderung von Personen, soweit diese Leistungen nicht befreit sind.

Nicht begünstigt ist jedoch ua. die Vermietung (Nutzungsüberlassung) von Räumlichkeiten oder Plätzen für das Abstellen von Fahrzeugen aller Art und die als Nebenleistung erbrachte Lieferung von Wärme. Für eine Übergangszeit ist noch ein ermäßigter Steuersatz von 12% für die Lieferung und den Eigenverbrauch von Wein aus eigener Erzeugung durch Weinbauern und von elektrisch angetriebenen Fahrzeugen vorgesehen.

Das Gesetz unterscheidet zwischen Steuerbefreiungen, bei denen das Recht zum Vorsteuerabzug unberührt bleibt (echte Befreiungen) und solchen, bei denen der Vorsteuerabzug ausgeschlossen ist (unechte Befreiungen). Zu den echten Steuerbefreiungen zählen insbesondere Ausfuhrlieferungen und innergemeinschaftliche Lieferungen, Lohnveredlungen an Gegenständen der Ausfuhr in das Drittlandsgebiet, Umsätze für die Seeschifffahrt und für die Luftfahrt, Beförderung von Gegenständen im grenzüberschreitenden Verkehr (ausgenommen innergemeinschaftliche Beförderungen), sonstige Leistungen bezogen auf Gegenstände der Einfuhr, Ausfuhr und die grenzüberschreitende Personenbeförderung mit Schiffen und Luftfahrzeugen, die Umsätze der Sozialversicherungs- und Fürsorgeträger und Goldlieferungen an Zentralbanken. Unter die unechten Steuerbefreiungen fallen insbesondere Leistungen im Bereich der Geld- und Kreditwirtschaft, Leistungen, die anderen Verkehrssteuern (zB Grunderwerbsteuer) unterliegen, die Umsätze der Blinden, Umsätze von privaten Schulen und anderen allgemeinbildenden oder berufsbildenden Einrichtungen unter bestimmten Voraussetzungen, die Umsätze aus der Tätigkeit als Bausparkassen- oder Versicherungsvertreter, die Umsätze gemeinnütziger Sportvereinigungen, die Vermietung und Verpachtung von Grundstücken (ausgenommen für Wohnzwecke), die Leistungen der Jugend- und Erziehungsheime von Körperschaften des öffentlichen Rechts oder von gemeinnützigen Institutionen und die Umsätze der Kleinunternehmer.

Neu eingeführt wurde durch das Umsatzsteuergesetz 1994 die Margenbesteuerung für Reisebüros. Weiters ist bei Lieferungen von Gebrauchtgegenständen, Kunstgegenständen, Sammlungsstücken und Antiquitäten, die ein Unternehmer von einem nicht zum Vorsteuerabzug Berechtigten erworben hat, nur noch der Unterschied zwischen dem Verkaufs- und Ankaufspreis der Umsatzsteuer zu unterwerfen (sog. Differenzbesteuerung). Dabei ist grundsätzlich der allgemeine Steuersatz anzuwenden.

Bei nichtbuchführungspflichtigen Unternehmern, die Umsätze im Rahmen eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes ausführen, und die nicht die Besteuerung nach den allgemeinen Vorschriften dieses Gesetzes verlangen, wird die Steuer für diese Umsätze mit 10 vH festgesetzt. Die diesen Umsätzen zuzurechnenden Vorsteuerbeträge werden in gleicher Höhe festgesetzt. Für die Lieferungen und den Eigenverbrauch der in der Anlage zu diesem Gesetz nicht angeführten Getränke und alkoholischen Flüssigkeiten ist jedoch mit Ausnahme der unter § 10 Abs. 3 Z 1 UStG 1994 fallenden Umsätze eine zusätzliche Steuer von 10 vH zu entrichten.

Titel 523 Ein- und Ausfuhrabgaben

	Millionen Schilling
1994	8 153,3
1995	6 000,0
1995 vorl. Erf.....	4 301,0
1996	3 600,0

Gesetzliche Grundlagen für Ein- und Ausfuhrabgaben generell

Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates vom 12. Oktober 1992 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften (Zollkodex-ZK), ABIEG Nr. L 302 vom 19. Oktober 1992, S. 1;

Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 der Kommission vom 2. Juli 1993 mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften, ABIEG Nr. L 253 vom 11. Oktober 1993, S. 1, (Zollkodex-Durchführungsverordnung — ZK-DVO);

Verordnung (EWG) Nr. 918/83 des Rates vom 28. März 1983 über das gemeinschaftliche System der Zollbefreiungen, ABIEG Nr. L 105 vom 23. April 1983, S. 1, (Zollbefreiungsverordnung — ZBefrVO) samt einer Reihe von Durchführungsverordnungen der Kommission;

Bundesgesetz betreffend ergänzende Regelungen zur Durchführung des Zollrechts der Gemeinschaften (Zollrechts-Durchführungsgesetz-ZollR-DG), BGBl. Nr. 659/1994;

Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Durchführung des Zollrechts (Zollrechts-Durchführungsverordnung — ZollR-DV), BGBl. Nr. 1104/1994.

Alle diese Rechtsvorschriften sind in der zum jeweils maßgebenden Zeitpunkt geltenden Fassung der Erhebung der Ein- oder Ausfuhrabgaben zugrunde zu legen.

Sachlicher Überblick

Die seit dem Beitrittszeitpunkt nach dem gemeinschaftlichen (EG-)Zollrecht zu erhebenden Ein- und Ausfuhrabgaben sind Gemeinschaftsabgaben, die von den Mitgliedstaaten an die Gemeinschaft abgeführt werden. Österreich behält sich jedoch wie die anderen Mitgliedstaaten 10% davon als Erhebungsaufwand ein.

Die Ein- und Ausfuhrabgaben gliedern sich wie folgt:

- Zölle (Voranschlagsansatz 52304)
- Agrarabschöpfungen und Ausgleichsabgaben (Voranschlagsansatz 52364)

Ein- und Ausfuhrabgaben, die auf Grund von vor dem Beitritt verwirklichten zollschuldrechtlichen Tatbeständen erhoben werden, fallen weiterhin der Republik Österreich zu. Für deren tatbestandsmäßige Voraussetzungen sowie abgabenrechtliche Grundlagen ist weiterhin das frühere (österreichische) Zollrecht maßgebend.

Voranschlagsansatz 2/52304 Zölle

Gesetzliche Grundlagen

1. Gemeinschaftliches Zollrecht:

Verordnung (EWG) Nr. 2288/83 der Kommission vom 29. Juli 1983 über die Aufstellung der in Artikel 60 Abs. 1 d der Verordnung (EWG) Nr. 918/83 genannten Liste der biologischen und chemischen Stoffe, ABIEG Nr. L 220 vom 11. August 1983, S. 13; zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 213/89 vom 27. Jänner 1989, ABIEG Nr. 25/70 vom 28. Jänner 1989;

Verordnung (EWG) Nr. 2289/83 der Kommission vom 29. Juli 1983 zur Durchführung der Artikel 70 bis 78 der Verordnung (EWG) Nr. 918/83, ABIEG Nr. L 220 vom 11. August 1983, S. 15, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 735/92 vom 25. März 1992, ABIEG Nr. L 81 vom 26. März 1992, S. 18;

Verordnung (EWG) Nr. 2290/83 der Kommission vom 29. Juli 1983 zur Durchführung der Artikel 50 bis 59 b sowie 63 a und 63 b der Verordnung (EWG) Nr. 918/83, ABIEG Nr. L 220 vom 11. August 1983, S. 20, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 734/92 vom 25. März 1992, ABIEG Nr. L 81 vom 26. März 1992, S. 15;

Verordnung (EWG) Nr. 3915/88 der Kommission vom 15. Dezember 1988 zur Durchführung des Artikels 63 c der Verordnung (EWG) Nr. 918/83, ABIEG Nr. L 347 vom 16. Dezember 1988, S. 55;

Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den gemeinsamen Zolltarif (KN-VO), ABIEG Nr. L 256 vom 7. September 1987, S. 1;

Vertrag über den Beitritt der Republik Österreich zur Europäischen Union vom 24. Juni 1994; ABIEG Nr. C 241 vom 29. August 1994;

Verordnung (EG) Nr. 3281/94 des Rates vom 19. Dezember 1994 über ein Mehrjahresschema allgemeiner Zollpräferenzen für Waren mit Ursprung in Entwicklungsländern für den Zeitraum 1995—1998, ABIEG Nr. L 348 vom 31. Dezember 1994, S. 1;

Verordnung (EG) Nr. 3282/94 des Rates vom 19. Dezember 1994 zur Verlängerung der Verordnungen (EWG) Nr. 3833/90, (EWG) Nr. 3835/90 und (EWG) Nr. 3900/91 zur Anwendung allgemeiner Zollpräferenzen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse mit Ursprung in Entwicklungsländern bis Ende 1995, ABIEG Nr. L 348 vom 31. Dezember 1994, S. 57;

Verordnung (EG) Nr. 3284/94 des Rates vom 22. Dezember 1994, ABl. Nr. L 349 vom 31. Dezember 1994, über den Schutz gegen subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemein-

schaft gehörenden Ländern; zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1252/95, ABl. Nr. 122 vom 2. Juni 1995;

Entscheidung Nr. 2424/88/EGKS der Kommission vom 29. Juli 1988, ABl. Nr. L 209 vom 2. August 1988, über den Schutz gegen gedumpte oder subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gehörenden Ländern;

Verordnung (EG) Nr. 1808/95 des Rates vom 24. Juli 1995 zur Eröffnung und Verwaltung von im GATT gebundenen Gemeinschaftszollkontingenten für einige landwirtschaftliche und gewerbliche Erzeugnisse sowie Fischereierzeugnisse und zur Einführung eines Verfahrens zur Anpassung der Zollkontingente, ABIEG Nr. 176 vom 27. Juli 1995, S. 1;

Verordnung (EWG) Nr. 2432/88 vom 11. Juli 1988 des Rates über den Schutz gegen gedumpte oder subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gehörenden Ländern, ABIEG Nr. L 209 vom 2. August 1988, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 521/94 und 522/94, ABIEG Nrn. L 66/7 und 66/10 vom 10. März 1994;

seit 1995 Verordnung (EWG) Nr. 3283/94 des Rates über den Schutz gegen gedumpte oder subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gehörenden Ländern.

2. Bisheriges Zollrecht:

Bundesgesetz über die Zölle und das Zollverfahren (Zollgesetz 1988 — ZollG), BGBl. Nr. 644/1988, zuletzt geändert durch das BGBl. Nr. 532/1992;

Zollgesetz-Durchführungsverordnung 1992, BGBl. Nr. 874/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 148/1993;

Zolltarifgesetz 1988, BGBl. Nr. 155/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 116/1994;

Taragesetz, BGBl. Nr. 130/1995, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 317/1992.

Sachlicher Überblick

Diese sind nach den für die Verrechnung mit der Gemeinschaft geltenden Urteilungen

- Zölle, ausgenommen die nachstehend genannten,
- EGKS-Zölle auf Waren des Kohle- und Stahlsektors,
- Ausgleichs- und Antidumpingzölle,
- Zölle betreffend den Agrarbereich,

veranschlagt.

Zölle werden bei der Einfuhr von Waren nach den näheren Anordnungen der Kombinierten Nomenklatur (KN) erhoben. Die Einfuhrzölle sind nach den in der KN festgelegten Zollsätzen zu berechnen, soweit nicht günstigere Vertragszollsätze vereinbart sind oder etwas anderes bestimmt ist. Die Zölle werden nach dem Wert oder dem Gewicht bemessen.

Im Lauf des Jahres 1995 sind Zölle auch an die Stelle vieler früher im Rahmen der Marktordnungen der Gemeinschaft auf Agrarwaren erhobene Abschöpfungen und Ausgleichsabgaben getreten.

Bei der Einfuhr von Waren sind neben dem Zoll die Einfuhrumsatzsteuer und Verbrauchsteuern nach den hierfür geltenden Vorschriften zu erheben, die nach gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben (Richtlinien) durch österreichische Gesetze geregelt sind.

Ausgleichs- und Antidumpingzölle werden unter Anwendung der von der Kommission festgesetzten Sätze erhoben. Die Erhebung kann vorläufig in Form einer Sicherheit oder endgültig als Zoll erfolgen.

Bei der Einfuhr von Waren mit Ursprung in Ländern, die Vertragsparteien des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) sind, oder in Ländern, mit denen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft die Meistbegünstigung auf dem Gebiet der Zölle enthaltende Abkommen vereinbart hat, sind die vertragsmäßigen Zollsätze zu erheben.

Bei der Einfuhr von Waren aus

- den Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA),
- den Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR),
- den AKP-Staaten,
- und allen jenen Staaten und Gebieten, mit denen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) oder die Europäische Gemeinschaft (EG) Assoziations- oder Kooperationsabkommen abgeschlossen hat,

Kapitel 52 — Titel 523

183

werden unter bestimmten Voraussetzungen (Nachweis über Ursprung und Herkunft sowie teilweise auch Nichtinanspruchnahme einer Zollrückvergütung) begünstigte Zollsätze bis zur Zollfreiheit gewährt. Die Zollbegünstigungen gelten überwiegend für industriell-gewerbliche Waren.

Bei der Einfuhr von bestimmten Waren, die aus Entwicklungsländern stammen, werden unter bestimmten Voraussetzungen (Nachweis über Ursprung und Herkunft) autonome Vorzugszollsätze erhoben.

Voranschlagsansatz 2/52364 Übrige Einfuhr- und Ausfuhrabgaben

- Diese sind nach dem für die Gemeinschaft geltenden Unterteilungen
 - Agrarabschöpfungen oder Ausgleichsabgaben bei der Einfuhr,
 - Ausfuhrabschöpfungen.

Gesetzliche Grundlagen

Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Obst und Gemüse von 18. Mai 1972, ABIEG Nr. L 118/1 vom 20. Mai 1972), zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 746/93, ABIEG Nr. L 77/14 vom 31. März 1993;

Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker vom 30. Juni 1981, ABIEG Nr. L 177/4 vom 1. Juli 1981, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 133/94, ABIEG Nr. L 22/7 vom 24. Jänner 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates über die gemeinsame Marktordnung für Getreide vom 30. Juni 1992, ABIEG Nr. L 181/21 vom 1. Juli 1992, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 1866/94, ABIEG Nr. L 197/1 vom 30. Juli 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 2759/75 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Schweinefleisch vom 29. Oktober 1975, ABIEG Nr. L 282/1 vom 1. November 1975, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 1249/89, ABIEG Nr. L 129/122 vom 11. Mai 1989;

Verordnung (EWG) Nr. 2771/75 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Eier vom 29. Oktober 1975, ABIEG Nr. L 282/49 vom 1. November 1975, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 1574/93, ABIEG Nr. L 152/1 vom 24. Juni 1993;

Verordnung (EWG) Nr. 2777/75 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Geflügelfleisch vom 29. Oktober 1975, ABIEG Nr. L 282/77 vom 1. November 1975, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 1574/93, ABIEG Nr. L 152/1 vom 24. Juni 1993;

Verordnung (EWG) Nr. 3759/92 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Fischerei-erzeugnisse und Erzeugnisse der Aquakultur vom 17. Dezember 1992, ABIEG Nr. L 388 vom 31. Dezember 1992, S. 1;

Verordnung (EWG) Nr. 1418/76 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Reis vom 21. Juni 1976, ABIEG Nr. L 166/1 vom 25. Juni 1976, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 1418/76, ABIEG Nr. L 197/7 vom 30. Juli 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 822/87 des Rates vom 16. März 1987 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein, ABIEG Nr. L 84/1 vom 27. März 1987, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 1891/94, ABIEG Nr. L 197/42 vom 30. Juli 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 805/68 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Rindfleisch vom 27. Juni 1968, ABIEG Nr. L 148/24 vom 28. Juni 1968, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 1884/94, ABIEG Nr. L 197/27 vom 30. Juli 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 426/86 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse vom 24. Februar 1986, ABIEG Nr. L 49/1 vom 27. Februar 1986, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 549/94, ABIEG Nr. L 69/5 vom 12. März 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 2358/71 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Saatgut vom 26. Oktober 1971, ABIEG Nr. L 246/1 vom 5. November 1971, zuletzt geändert mit Verordnung (EG) Nr. 3375/93, ABIEG Nr. L 303/9 vom 10. Dezember 1993;

Verordnung (EWG) Nr. 804/68 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse vom 27. Juni 1968, ABIEG Nr. L 148/13 am 28. Juni 1968, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 1880/94; ABIEG Nr. L 197/94 vom 30. Juli 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 136/66 des Rates über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette vom 22. September 1966, ABIEG Nr. S. 3025/66 vom 30. September 1966, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 3179/93, ABIEG Nr. L 285/9 vom 20. Jänner 1993;

Verordnung (EWG) Nr. 3013/89 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Schaf- und Ziegenfleisch vom 25. September 1989, ABIEG Nr. L 289/1 vom 7. Oktober 1989, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1886/94, ABIEG Nr. L 197/30 vom 30. Juli 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 404/93 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Bananen vom 13. Februar 1993, ABIEG Nr. L 47/1 vom 25. Februar 1993, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 233/94, ABIEG Nr. L 30/9 vom 3. Februar 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 3448/93 des Rates zur Feststellung der Handelsregelung für bestimmte, aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellte Waren vom 6. Dezember 1993, ABIEG Nr. L 318/18 vom 20. Dezember 1993 (Anmerkung: ersetzt Verordnung 3033/80);

Verordnung (EWG) Nr. 2783/75 des Rates über die gemeinsame Handelsregelung für Eialbumin und Milchalbumin vom 29. Oktober 1975, ABIEG Nr. L 282/104 vom 1. November 1975, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 4001/87, ABIEG Nr. L 377/44 vom 31. Dezember 1987;

Verordnung (EWG) Nr. 2730/75 des Rates über Glukose und Laktose vom 29. Oktober 1975, ABIEG Nr. L 281/20 vom 1. November 1975, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 222/88, ABIEG Nr. L 28/1 vom 1. Februar 1988.

Sachlicher Überblick

Im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik können gemäß den angeführten Marktorganisationen statt oder neben dem Zoll Abschöpfungen und ähnliche Abgaben bei der Einfuhr bzw. gegebenenfalls bei der Ausfuhr erhoben werden.

Die zu erhebenden Abgabensätze werden in je nach Marktorganisation unterschiedlichen Zeitabständen von der Europäischen Kommission im Verwaltungsausschlußverfahren festgesetzt und im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften kundgemacht. Die vorstehenden Abgaben sind an die EG abzuführen.

Titel 524 Verbrauchsteuern

	Millionen Schilling
1994	43 000,4
1995	49 525,0
1995 vorl. Erf.	47 003,0
1996	49 850,0

Voranschlagsansatz 2/52404 Tabaksteuer

Gesetzliche Grundlage

Tabaksteuergesetz 1995, BGBl. Nr. 704/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. xxx/1996.

Sachlicher Überblick

Der Tabaksteuer unterliegen Tabakwaren, das sind Zigaretten, Zigarren und Zigarillos sowie Rauchtobak (Feinschnitt für selbstgedrehte Zigaretten und anderer Rauchtobak). Für Zigaretten wurde ein gemischter Steuersatz eingeführt, der aus einer mengen- und einer wertabhängigen Komponente besteht und bei der gängigsten Preisklasse zu einer Verbrauchsteuerbelastung von mindestens 57 vH des Kleinverkaufspreises führt. Der Steuersatz beträgt 232 S je 1 000 Stück und 41 vH des Kleinverkaufspreises, mindestens aber 740 S je 1 000 Stück. Ab 1. Mai 1996 beträgt der Steuersatz 246 S je 1 000 Stück und 41,5% des Kleinverkaufspreises, mindestens aber 740 S je 1 000 Stück. Für Zigarren und Zigarillos beträgt die Tabaksteuer 13 vH, für Feinschnitt 47 vH und für anderen Rauchtobak 34 vH des Kleinverkaufspreises.

Voranschlagsansatz 2/52414 Biersteuer

Gesetzliche Grundlage

Biersteuergesetz 1995, BGBl. Nr. 701/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. xxx/1996.

Sachlicher Überblick

Steuergegenstand sind Bier und bestimmte bierhaltige Getränke. Die Biersteuer wird nach dem Stammwürzegehalt berechnet. Sie beträgt je Hektoliter Bier 20 S je Grad Plato (Steuerklasse). Wird dieser Steuersatz auf Bier mit einem durchschnittlichen Stammwürzegehalt von rund 12 Grad Plato angewendet, ergibt sich ein Steuersatz von 240 S je Hektoliter. Für Kleinbrauereien (bis zu einer Gesamtjahreserzeugung von maximal 50 000 Hektoliter) sind Steuerersatzermäßigungen vorgesehen.

Vorschlagsansatz 2/52420 Absatzförderungsbeitrag auf Milch (zweckgeb. Einnahmen)**Gesetzliche Grundlage**

Marktordnungsgesetz 1985, BGBl. Nr. 210, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 664/1994.

Sachlicher Überblick

Dieser VA-Ansatz dient der Verrechnung der vor der Übernahme der EU-Milchmarktordnung durch Österreich gültigen rechtlichen Vorschriften im Bereich der Absatzförderungsbeiträge bei Milch.

Die korrespondierenden Ausgaben sind beim VA-Ansatz 1/60496 veranschlagt.

Vorschlagsansatz 2/52444 Mineralölsteuer**Gesetzliche Grundlagen**

Mineralölsteuergesetz 1995, BGBl. Nr. 630/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. xxx/1996.

Sachlicher Überblick

Gegenstand der Mineralölsteuer umfaßt die meisten flüssigen und einige gasförmige kohlenwasserstoffhaltige Waren. Eine tatsächliche verbrauchsteuerliche Belastung tragen jedoch nur solche Waren, die als Treibstoff oder zum Verheizen verwendet werden sollen. Ferner unterliegen alle sonstigen Waren, die als Treibstoff verwendet werden, und sonstige kohlenwasserstoffhaltige Waren, ausgenommen Erdgas, Kohle und dieser vergleichbare feste Kohlenwasserstoffe, die als Heizstoff verwendet werden, der Mineralölsteuer. Die Steuer beträgt für verbleite Benzine 6 600 S, für solche unverbleite Waren sowie für Produkte, die diesen Mineralölen gleichartig sind, 5 610 S, für alle übrigen steuerpflichtigen Mineralöle (zB für Petroleum oder Dieselöl) 3 890 S für 1 000 Liter und für Flüssiggas als Treibstoff 3 600 S und für Flüssiggas zum Verheizen 600 S für 1 000 Kilogramm Eigengewicht. Für besonders gekennzeichnetes, zum Verheizen abgegebenes Gasöl ist die Mineralölsteuer auf 950 S je 1 000 Liter ermäßigt. Für Heizöle leicht, mittel und schwer ist, wenn sie zum Verheizen verwendet werden. Ein Steuersatz von 500 S für 1 000 Kilogramm Eigengewicht, wenn sie zum Betrieb einer Gesamtenergieanlage verwendet werden, ein Steuersatz von 200 S je 1 000 Kilogramm Eigengewicht und wenn sie zu sonstigen Zwecken verwendet werden, ein Steuersatz von 3 890 S je 1 000 Liter vorgesehen. Der Steuersatz für biogene Stoffe beträgt 180 S je 1 000 Liter. Für andere Kraftstoffe als biogene Stoffe beträgt der Steuersatz 5 610 S bzw. 3 890 S für 1 000 Liter, je nach deren Beschaffenheit.

Für Gasöl, das von Eisenbahnunternehmen zum Antrieb von Schienenfahrzeugen, und für Gasöl, das zum Antrieb von Gesamtenergieanlagen und stationären Wärmepumpen verwendet wurde; wird eine Mineralölsteuervergütung von 2,94 S je Liter geleistet.

Vorschlagsansatz 2/52464 Alkoholsteuer**Gesetzliche Grundlagen**

Alkoholsteuer- und Monopolgesetz 1995; BGBl. Nr. 703/1994.

Sachlicher Überblick

Der Alkoholsteuer unterliegen Alkohol und alkoholartige Waren (Erzeugnisse). Die Steuer zum Regelsatz beträgt 10 000 S je 100 Liter. Daneben gibt es für Kleinerzeuger ermäßigte Steuersätze von 5 400 S und 9 000 S je 100 S je 100 Liter.

Vorschlagsansatz 2/52484 Schaumweinsteuer**Gesetzliche Grundlage**

Schaumweinsteuergesetz 1995, BGBl. Nr. 702/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. xxx/1996.

Sachlicher Überblick

Der Schaumweinsteuer unterliegen Traubenschaumwein, Obstschaumwein, Weine und Obstweine, die wie Schaumwein aufgemacht sind. Die Steuer beträgt für Traubenschaumwein 2 000 S, und für Obstschaumwein mit einem Alkoholgehalt von weniger als 8,5% vol 1 000 S je Hektoliter.

Der Zwischenenergiesteuer unterliegen jene alkoholischen Getränke, die nach der Kombinierten Normenklatur zwar von den Positionen für Traubenwein, Fruchtwein usw. erfaßt werden, jedoch weder dem Wein, dem Schaumwein noch dem Bier zugerechnet werden können, weil sie entweder einen zu hohen Alkoholanteil aufweisen oder ihnen Alkohol zugesetzt wurde. Zwischen-

erzeugnisse umfassen im wesentlichen Likörweine, aber auch aromatisierte, dh. mit alkoholhaltigen Aromen versetzte Weine. Die Steuer auf Zwischenerzeugnisse beträgt 700 S je Hektoliter, für Zwischenerzeugnisse, die den Kriterien eines Schaumweins entsprechen, 2 000 S je Hektoliter.

Titel 525 Stempel- und Rechtsgebühren

	Millionen Schilling
1994	8 525,1
1995	8 800,0
1995 vorl. Erf.....	8 436,1
1996	8 600,0

Voranschlagsansatz 2/52504 In Stempelmarken entrichtete Gebühren

Voranschlagsansatz 2/52524 Übrige Gebühren

Gesetzliche Grundlage

Gebührengesetz 1957, BGBl. Nr. 267, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 172/1995.

Sachlicher Überblick

Den Stempel- und Rechtsgebühren unterliegen die im Gebührengesetz 1957 erschöpfend aufgezählten Schriften (zB Eingaben und deren Beilagen, amtliche Ausfertigungen, Ausweise und Zeugnisse) und bestimmte beurkundete Rechtsgeschäfte (zB Bestandverträge, Darlehensverträge, Kreditverträge, Hypothekarverschreibungen, Vergleiche, Wechsel, Zessionen). Wetten anlässlich sportlicher Veranstaltungen und Ausspielungen (zB Tombolen und Lotterien) sind auch ohne Beurkundung gebührenpflichtig. Zahlungspflichtig sind bei Schriften diejenigen, in deren Interesse die Einbringung oder Abfassung der Schriften erfolgt, bei Rechtsgeschäften die Vertragsteile. Die Gebühren sind entweder feste Gebühren (0,50 S bis 7 000 S) oder Hundertsatzgebühren ($\frac{1}{16}$ vH bis 2 vH vom Wert des Geschäftsgegenstandes). Im Regelfall sind die festen Gebühren ohne Rücksicht auf ihre Höhe und die Hundertsatzgebühren bis zu einem Betrage von 500 S durch Verwendung von Stempelmarken zu entrichten. Die Gewinngebühren bei bestimmten Sportwetten und Ausspielungen betragen 1 vH bis 25 vH und sind ebenso wie die mit 16 vH vom Wetteinsatz zu berechnende Gebühr für Ausspielungen, deren Durchführung nach dem Glücksspielgesetz durch Erteilung einer Konzession übertragen werden kann, ohne amtliche Bemessung unmittelbar zu entrichten.

Verwaltungsabgaben

Gesetzliche Grundlage

Bundes-Verwaltungsabgabenverordnung 1983, BGBl. Nr. 24, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 284/1994.

Sachlicher Überblick

Verwaltungsabgaben (§ 78 AVG, BGBl. Nr. 172/1950, in der Fassung BGBl. Nr. 45/1968) sind Abgaben für Amtshandlungen von Behörden. Diese Abgaben sind von der in der Sache in erster Instanz zuständigen Behörde einzuheben und fließen der Gebietskörperschaft zu, die den Aufwand dieser Behörde zu tragen hat. Die von Behörden der unmittelbaren Bundesverwaltung eingehobenen Verwaltungsabgaben sind in Stempelmarken, in bar oder durch Einzahlung mit Erlagschein zu entrichten und werden im Bundeshaushalt beim VA-Ansatz 2/52504 „In Stempelmarken entrichtete Gebühren“ verrechnet.

Titel 526 Verkehrsteuern

	Millionen Schilling
1994	35 222,0
1995	34 030,0
1995 vorl. Erf.....	34 497,1
1996	39 365,0

Voranschlagsansatz 2/52600 Sicherheitsabgabe (zweckgeb. Einnahmen)**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz BGBl. Nr. 824/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 818/1993.

Sachlicher Überblick

Die Sicherheitsabgabe ist von Passagieren zu entrichten, die von inländischen Zivilflugplätzen einen Flug antreten.

Die Einnahmen dienen zur Abdeckung der Kosten aus der Durchführung von Sicherheitskontrollen.

Voranschlagsansatz 2/52604 Kapitalverkehrsteuern**Gesetzliche Grundlage**

Kapitalverkehrsteuergesetz, DRGBl. I S. 1058/1934, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1995.

Sachlicher Überblick

Als Kapitalverkehrsteuern werden die Gesellschaftsteuer, die Wertpapiersteuer und die Börsenumsatzsteuer bezeichnet.

Der Gesellschaftsteuer unterliegen der Erwerb von Gesellschaftsrechten an einer inländischen Kapitalgesellschaft durch den ersten Erwerber sowie Leistungen, die von den Gesellschaftern einer inländischen Kapitalgesellschaft auf Grund einer im Gesellschaftsverhältnis begründeten Verpflichtung bewirkt werden sowie bestimmte freiwillige Leistungen eines Gesellschafters. Die Steuer beträgt 1 vH der Bemessungsgrundlage.

Die Wertpapiersteuer wird ab dem Jahr 1995 nicht mehr erhoben.

Der Börsenumsatzsteuer unterliegt der Abschluß von Anschaffungsgeschäften über Wertpapiere, wenn die Geschäfte im Inlande oder unter Beteiligung wenigstens eines Inländers im Auslande abgeschlossen werden. Ausgenommen ist der erste Erwerb von Wertpapieren. Die Steuer beträgt 0,04 vH bis 2,5 vH.

Voranschlagsansatz 2/52615 Energieabgabe**Gesetzliche Grundlage**

Energieabgabengesetz BGBl. Nr. xxx/1996.

Sachlicher Überblick

Der Energieabgabe unterliegen Strom und Erdgas. Die Abgabe für Gas beträgt 600 S je 1 000 m³ und für Strom 0,10 S je kWh.

Voranschlagsansatz 2/52624 Normverbrauchsabgabe**Gesetzliche Grundlage**

Normverbrauchsabgabengesetz BGBl. Nr. 695/1991, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1995.

Sachlicher Überblick

Der Normverbrauchsabgabe unterliegen Motorräder, Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen.

Steuerpflichtig ist der Verkauf an den Letztverbraucher ab 1. Jänner 1992 bzw. die Erstzulassung im Inland (Ersatztatbestand). Befreit sind Elektroautos, Ausfuhrlieferungen, Taxis sowie KFZ zur kurzfristigen Vermietung. Der Steuersatz ist linear abhängig vom Kraftstoffverbrauch des KFZ.

Voranschlagsansatz 2/52634 Grunderwerbsteuer**Gesetzliche Grundlage**

Grunderwerbsteuergesetz 1987, BGBl. Nr. 309, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 682/1994.

Sachlicher Überblick

Gegenstand der Grunderwerbsteuer ist der Erwerb inländischer Grundstücke, denen auch Baurechte und Gebäude auf fremdem Boden gleichstehen. Der Normalsteuersatz beträgt 3,5 vH.

Vorschlagsansatz 2/52644 Versicherungssteuer**Gesetzliche Grundlage**

Versicherungssteuergesetz 1953, BGBl. Nr. 133, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1995.

Sachlicher Überblick

Der Versicherungssteuer unterliegt die Zahlung des Versicherungsentgeltes an Versicherer mit Sitz im EWR, wenn die Versicherung im Inland gelegene Risiken deckt sowie an Versicherer mit Sitz außerhalb des EWR, wenn der Versicherungsnehmer seinen Wohnsitz im Inland hat oder eine im Inland gelegene Sache versichert wird. Die Steuer beträgt bei Krankenversicherungen 1 vH, bei der Alters-, Hinterbliebenen- und Invaliditätsversorgung im Sinne des Pensionskassengesetzes 2,5 vH, bei Lebens- und ähnlichen Versicherungen 4 vH, für Lebensversicherungen mit Laufzeiten unter 10 Jahren und bei anderen 11 vH des Versicherungsentgeltes; bei Hagelversicherungen 20 Groschen für je 1 000 S Versicherungssumme.

Vorschlagsansatz 2/52645 Motorbezogene Versicherungssteuer**Gesetzliche Grundlage**

Versicherungssteuergesetz 1953, BGBl. Nr. 133, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1995.

Sachlicher Überblick

Bei Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungen, die in Erfüllung der Versicherungspflicht für im Inland zugelassenen Personenkraftwagen, Kombinationskraftwagen und Krafträder eingegangen werden, unterliegt die Zahlung des Versicherungsentgeltes nach dem 30. April 1993 einer erhöhten Versicherungssteuer. Neben der in einem Hundertsatz vom Versicherungsentgelt zu berechnenden Steuer ist ein fester Betrag (motorbezogene Versicherungssteuer) weiterer Teil der Versicherungssteuer. Dessen Höhe hängt vom jeweils versicherten Kraftfahrzeug und dem Zeitraum, für den das Versicherungsentgelt entrichtet wird, ab.

Bei Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen beträgt die motorbezogene Versicherungssteuer je Monat Versicherungsdauer 5,50 S je kW der um 24 kW verringerten Motorleistung, mindestens aber 55 S. Bei Krafträdern beträgt die Steuer 0,22 S je Kubikzentimeter Hubraum. Wird das Versicherungsentgelt vierteljährlich, halbjährlich oder jährlich entrichtet, ermäßigt sich die Steuer auf 5,40 S, 5,30 S bzw. 5 S (bei Krafträdern auf 0,216 S, 0,212 S, 0,20 S). Unter anderem sind Feuerwehrfahrzeuge, Rettungs- und Krankenwagen, im Mietwagen- und Taxigewerbe verwendete Kraftfahrzeuge, elektrisch angetriebene Kraftfahrzeuge und Krafträder bis 100 ccm von der Steuer befreit.

Vorschlagsansatz 2/52654 Straßenbenützungsabgabe**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz BGBl. Nr. 629/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 831/1995.

Straßenverkehrsbeitragsgesetz, BGBl. Nr. 302/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 629/1994.

Sachlicher Überblick

Der Straßenbenützungsabgabe unterliegt ab 1. Jänner 1995 die Benützung von Straßen mit öffentlichem Verkehr im Inland durch Kraftfahrzeuge und Fahrzeugkombinationen des Güterkraftverkehrs, deren höchstens zulässiges Gesamtgewicht allein oder in Verbindung mit einem Anhänger 12 t oder mehr beträgt. Bei Fahrzeugen mit ausländischem EU-Kennzeichen unterliegt nur die Benützung von Autobahnen, Schnellstraßen und des Felbertauerntunnels der Abgabe. Entsprechend der Dauer der Straßenbenützung kann die Abgabe nach Kalendertagen, Kalenderwochen, Kalendermonaten oder für das Kalenderjahr entrichtet werden. Der Tagessatz beträgt im Jahre 1996 158 S, der Wochensatz 800 S, der Monatssatz 1 600 S bzw. 3 200 S für Fahrzeuge mit 18 t oder mehr. Die Jahresabgabe beträgt das Zehnfache des Monatssatzes.

Das Straßenverkehrsbeitragsgesetz ist auf Güterbeförderungen nach dem 31. Dezember 1994 nicht mehr anzuwenden.

**Voranschlagsansatz 2/52661 Kraftfahrzeugsteuer (zweckgebundene Einnahmen) und
Voranschlagsansatz 2/52664 Kraftfahrzeugsteuer****Gesetzliche Grundlage**

Kraftfahrzeugsteuergesetz 1992, BGBl. Nr. 449/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 503/1995.

Sachlicher Überblick

Der Kraftfahrzeugsteuer nach dem Kraftfahrzeugsteuergesetz 1992 unterliegen nach dem 30. April 1993 in einem inländischen Zulassungsverfahren zugelassenen Kraftfahrzeuge mit Ausnahme haftpflichtversicherter Personenkraftwagen, Kombinationskraftwagen und Krafräder, in einem ausländischen Zulassungsverfahren zugelassene Kraftfahrzeuge, die auf Straßen mit öffentlichen Verkehr im Inland benützt werden, sowie Kraftfahrzeuge, die ohne die kraftfahrrechtlich erforderliche Zulassung verwendet werden.

Unter anderem sind Feuerwehrfahrzeuge, Rettungs- und Krankenwagen, Omnibusse sowie im Mietwagen- und Taxigewerbe verwendeten Kraftfahrzeuge, Krafräder bis 100 ccm, landwirtschaftliche Zugmaschinen, elektrisch angetriebene Kraftfahrzeuge, sowie Kraftfahrzeuge jener Personen, denen eine Steuerbefreiung auf Grund von Staatsverträgen, Gegenseitigkeitserklärung oder sonst nach den Grundsätzen des zwischenstaatlichen Steuerrechtes zukommt, von der Steuer befreit.

Die Kraftfahrzeugsteuer wird bei Krafrädern nach dem Hubraum, bei Personenkraftwagen, Kombinationskraftwagen sowie allen anderen Kraftfahrzeugen mit einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht bis 3,5 t von der um 24 kW verringerten Motorleistung berechnet. Die Steuer beträgt je ccm Hubraum 0,22 S je kW Motorleistung 5,50 S (mindestens aber 55 S), bei allen anderen Kraftfahrzeugen und Anhängern mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t für jede angefangene Tonne 70 S, mindestens 600 S (Anhänger 500 S), höchstens 2 660 S (Anhänger 2 000 S) monatlich. Die Steuer ist jeweils für die Dauer eines Kalendervierteljahres vom Steuerschuldner selbst zu berechnen und ohne behördliche Festsetzung an das Finanzamt zu entrichten.

Voranschlagsansatz 2/52674 Spielbankabgabe**Gesetzliche Grundlage**

Glücksspielgesetz, BGBl. Nr. 620/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 695/1993.

Sachlicher Überblick

Die Spielbankabgabe, die eine gemeinschaftliche Bundesabgabe ist, ist von den Spielbankunternehmungen zu entrichten.

Voranschlagsansatz 2/52675 Konzessionsabgabe**Gesetzliche Grundlage**

Glücksspielgesetz, BGBl. Nr. 620/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 695/1993.

Sachlicher Überblick

Die Konzessionsabgabe ist eine ausschließliche Bundesabgabe. Die Bemessungsgrundlage der Konzessionsabgabe bildet die Summe der Wetteinsätze der Glücksspiele eines Kalenderjahres. Die Konzessionsabgabe beträgt für Lotto, Toto und Zusatzspiele für die ersten 1 200 Millionen Schilling 18,5 vH und steigt progressiv bis zu 27,5 vH. Für Sofort- und Nummernlotterien beträgt die Konzessionsabgabe 17,5 vH, für das Zahlenlotto 27,5 vH und für die Klassenlotterie 2 vH.

Voranschlagsansatz 2/52690 Altlastenbeitrag (zweckgebundene Einnahmen)**Gesetzliche Grundlage**

Altlastensanierungsgesetz, BGBl. Nr. 299/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. xxx/1996.

Sachlicher Überblick

Gemäß der Novelle zum Altlastensanierungsgesetz, BGBl. Nr. xxx/1996 ist mit Wirkung 1. Juli 1996 eine Erhöhung vorgesehen. Seit 1. Juli 1996 beträgt die zweckgebundene ausschließliche Bundesabgabe pro Tonne Abfalls 800 S, für Baurestmassen 90 S und für alle übrigen Abfälle 800 S. Von diesen Beiträgen sind Abschläge, sofern die Abfälle auf einer Deponie, die über ein Deponiebasisdichtungssystem verfügt, oder Erhöhungen vorgesehen, sofern die Abfälle auf einer Deponie erfolgt, die über keine, dem Stand der Technik entsprechende Deponiegaserfassung und -behandlung verfügt. Die Einhebung erfolgt ähnlich der Umsatzsteuer.

190

Kapitel 52 — Titel 527 und Titel 2/528

85 vH des Aufkommens werden zur Förderung von Maßnahmen zur Sicherung und Sanierung von Altlasten (einschließlich der hierfür erforderlichen Investitionen in Abfallbehandlungsanlagen) verwendet.

15 vH des Aufkommens dienen zur Finanzierung des Aufsuchens der Altlasten, der Erstellung des öffentlich zugänglichen Altlastenatlases mit Prioritätsklassifizierung sowie von Kostenersätzen an die Länder.

Titel 527 Verschiedene Kosten bzw. Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1994	104,6	1 369,9
1995	141,1	1 500,0
1995 vorl. Erf.....	125,3	1 102,1
1996	142,2	370,0

Zu den verschiedenen Kosten zählen die im Zusammenhang mit der Stempelmarkengebarung anfallenden Druckkosten und Verkaufsvergütungen bzw. jene Aufwendungen, die im Abgaben-, Devisen-, Straf- und Einbringungsverfahren anfallen.

Zu den Einnahmen aus Nebenansprüchen zählen auch Geldstrafen, Wertersatz und Verfallserlöse.

Titel 2/528 Ab Überweisungen (I)

	Millionen Schilling
1994	166 134,5
1995	162 572,3
1995 vorl. Erf.....	156 653,2
1996	172 691,0

Gesetzliche Grundlagen

Überweisungen gemäß

1. Finanzausgleichsgesetz 1993, BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. xxx/1996;
2. Familienlastenausgleichsgesetz, BGBl. Nr. 376/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. xxx/1996;
3. Katastrophenfondsgesetz 1996, BGBl. Nr. xxx/1996.

Voranschlagsansatz 2/52804 Ertragsanteile der Länder und Gemeinden

Über die Höhe der veranschlagten Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben gibt die Tabelle auf der Seite 193 Aufschluß:

Die Teile der Erträge der gemeinschaftlichen Bundesabgaben, die auf die Länder und länderspezifisch auf die Gemeinden entfallen, werden auf diese Gebietskörperschaften nach folgenden Schlüsseln aufgeteilt:

1. bei der veranlagten Einkommensteuer auf die Länder 28,131 Hundertteile nach dem örtlichen Aufkommen und 0,719 Hundertteile nach den länderspezifischen Anteilen der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben ohne Spielbankabgabe; auf die Gemeinden zu drei Fünfteln nach dem länderspezifischen Aufkommen an dieser Steuer und zu zwei Fünfteln nach dem länderspezifischen Aufkommen an Gewerbesteuer (Durchschnitt der Jahre 1989—1993);
2. bei der Lohnsteuer auf die Länder 20,054 Hundertteile nach der Volkszahl und 0,416 Hundertteile nach den länderspezifischen Anteilen der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben ohne Spielbankabgabe; auf die Gemeinden nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel;
3. bei der Kapitalertragsteuer I auf die Länder und Gemeinden und bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer auf die Länder und bei der Grunderwerbsteuer und der Bodenwertabgabe auf die Gemeinden nach dem örtlichen Aufkommen;
4. bei der Kapitalertragsteuer auf Zinsen auf die Länder 8,1 Hundertteile nach dem örtlichen Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer einschließlich Abzugsteuer und 18,9 Hundertteile nach der Volkszahl, auf die Gemeinden nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel;

Kapitel 52 — Titel 2/528

191

5. bei der Umsatzsteuer auf die Länder 17,886 Hundertteile nach der Volkszahl, 0,542 Hundertteile zu einem Sechstel auf Wien als Land und zu fünf Sechsteln auf die Länder ohne Wien nach der Volkszahl und 0,269 Hundertteile nach den länderweisen Anteilen der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben ohne Spielbankabgabe; auf die Gemeinden 4,621 Hundertteile nach der Volkszahl, 5,903 Hundertteile nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel und 1,283 Hundertteile nach dem länderweisen Aufkommen an Gewerbesteuer (nach dem Durchschnitt der Jahre 1989—1993);
6. bei der Biersteuer auf die Länder 15,736 Hundertteile und auf die Gemeinden 19,232 Hundertteile nach der Volkszahl, weiters auf die Länder 18,151 Hundertteile und auf die Gemeinden 8,280 Hundertteile in folgendem Verhältnis: Burgenland 2,327, Kärnten 8,812, Niederösterreich 17,831, Oberösterreich 17,964, Salzburg 8,832, Steiermark 14,879, Tirol 11,761, Vorarlberg 4,331, Wien 13,263;
7. bei der Weinsteuer, der Schaumweinsteuer, bei der Zwischenerzeugnissteuer, bei der Alkoholsteuer sowie beim Branntweinaufschlag und Monopolausgleich auf die Länder und Gemeinden nach der Volkszahl;
8. bei der Abgabe von alkoholischen Getränken auf die Länder und Gemeinden nach der Volkszahl;
9. bei der Mineralölsteuer auf die Länder und Gemeinden zu je einem Viertel nach der Volkszahl und zu drei Viertel in folgendem Verhältnis: Burgenland 3,758, Kärnten 8,203, Niederösterreich 22,431, Oberösterreich 16,756, Salzburg 7,359, Steiermark 15,645, Tirol 10,332, Vorarlberg 4,007, Wien 11,509;
10. bei der Kraftfahrzeugsteuer und der Motorbezogenen Versicherungssteuer auf die Länder in folgendem Verhältnis: Burgenland 3,243, Kärnten 6,769, Niederösterreich 19,261, Oberösterreich 16,993, Salzburg 6,557, Steiermark 14,757, Tirol 7,548, Vorarlberg 4,246, Wien 20,626;
11. beim Kunstförderungsbeitrag auf die Länder nach der Volkszahl;
12. der Reinertrag der Spielbankabgabe ist auf den Bund, auf die Länder (Wien als Land) und auf die Gemeinden (Wien als Gemeinde) aufzuteilen. Die Aufteilung auf die Länder und Gemeinden hat hiebei nach dem örtlichen Aufkommen zu erfolgen, wobei die Aufteilung des Gemeindeanteiles an der Spielbankabgabe ausschließlich auf jene Gemeinden zu beschränken ist, in denen eine Spielbank betrieben wird. Es erhalten der Bund 60 vH, die Länder 5 vH und die Gemeinden 35 vH bis zu einem jährlichen Aufkommen je Gemeinde von 10 Millionen Schilling; von dem darüberliegenden Aufkommen erhalten der Bund 70 vH, die Länder 15 vH und die Gemeinden 15 vH.

Vorschlagsansatz 2/52805 Steueranteil für die Fonds

Vom Aufkommen an Umsatzsteuer sind 0,642 vH für den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds bestimmt.

Vorschlagsansatz 2/52814 Gewerbesteuer an die Gemeinden

Von demselben Besteuerungsgegenstand Gewerbebetrieb im Sinne des Gewerbebesteuergesetzes 1953, BGBl. Nr. 2/1954, erheben der Bund (Bundesgewerbesteuer) und die Gemeinden (Gewerbesteuer) für Zeiträume bis 31. Dezember 1993 gleichartige Abgaben. Da jedoch beide Abgaben vom Bund eingehoben werden, ist die Überweisung der Resteingänge an Gewerbesteuer an die berechtigten Gebietskörperschaften vorzunehmen.

Vorschlagsansatz 2/52874 An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Anteile)

An den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen sind 2,11 vH der Einnahmen an veranschlagter Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer und Körperschaftsteuer zu überweisen.

Vorschlagsansatz 2/52875 An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Abgeltungen)

Vom Aufkommen an veranlagter Einkommen- und Lohnsteuer sind 9 500 Millionen Schilling dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zuzuweisen.

Vorschlagsansatz 2/52894 An den Katastrophenfonds

An den Katastrophenfonds sind 1,558 vH der Einnahmen an veranschlagter Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer und Körperschaftsteuer zu überweisen.

192

Kapitel 52 — Titel 2/529**Titel 2/529 Ab Überweisungen (II)**

	Millionen Schilling
1995	28 103,0
1995 vorl. Erf.....	18 754,0
1996	29 434,0

Beim VA-Ansatz 2/52904 werden die Eigenmittelabfuhren an den EU-Haushalt dargestellt.

1. Gesetzliche Grundlagen

Art. 201 Abs. 1 EG-Vertrag.

Beschluß des Rates 88/376/EWG, Euratom vom 24. Juni 1988 über das System der Eigenmittel der Gemeinschaft (Abl. L 185/24 vom 15. Juli 1988) geändert durch den Beschluß 94/728/EG, Euratom des Rates vom 31. Oktober 1994 (Abl. L 293/9 vom 12. November 1994). Die Annahme dieses Beschlusses erfolgte in Österreich durch den Nationalrat am 12. Oktober 1995. Nach Ratifizierung durch alle Mitgliedstaaten tritt der neue Eigenmittelbeschuß gemäß seinem Art. 11 rückwirkend mit 1. Jänner 1995 in Kraft.

2. Finanzjahr 1996

Aufbauend auf den Eigenmittelbeschuß 1988 werden für das Jahr 1996 im BVA 29 434 Millionen Schilling bei VA-Ansatz 2/52904 veranschlagt. Nicht eingerechnet sind eine derzeit nur äußerst schwer abschätzbare Nachzahlungsverpflichtung (es kann von einem Betrag iHv. 1 Milliarde Schilling ausgegangen werden) auf Grund des Eigenmittelrechtes, insbesondere Art. 10 Abs. 5 VO 1552/89, sowie Berichtigungs- und Nachtragshaushaltspläne, welche die EU-Haushaltsordnung ua. für ein rückwirkendes Inkrafttreten des Eigenmittelbeschlusses 1994 und eines allfälligen Saldo im EU-Haushalt 1995 (Haushaltsüberschuß oder Haushaltsabgang) vorsieht. Ebenso nicht enthalten ist die Anforderung einer allfälligen BSP-Reserve in Höhe von ca. 416 Millionen Schilling. All diesen Eventualitäten wird durch eine Bedeckungsermächtigung in Art. III Abs. 3 BFG 1996 Rechnung getragen.

3. Lastenteilung mit Ländern und Gemeinden

Mit den Finanzausgleichspartnern wurde grundsätzlich vereinbart, daß Länder und Gemeinden an der Finanzierung der EU-Eigenmittel mitwirken. Die hierfür erforderliche finanzausgleichsgesetzliche Regelung ist derzeit noch nicht beschlossen. (Bei Fortführung der Regelung des FAG 1993 idF BGBl. Nr. 853/96, würden die Länder (5,7 Mrd.) und Gemeinden (5,9 Mrd.) im Jahre 1996 rund 11,6 Milliarden Schilling beitragen; die auf Grund der Eigenmittelabführung entstehende Saldoverschlechterung im Bundshaushalt 1996 würde somit voraussichtlich rund 17,825 Milliarden Schilling betragen. Dieser Beitrag zur Lastentragung kommt in einer Verminderung der Überweisungen von Ertragsanteilen an Länder und Gemeinden beim Titel 2/528 zum Ausdruck.)

4. Finanzjahr 1995 — vorl. Erfolg

Die Abweichungen gegenüber dem BVA 1995 sind im wesentlichen auf folgende Gründe zurückzuführen:

- Die abzuführenden traditionellen Eigenmittel (Zölle, Agrar- und Zuckerabgaben) sind erheblich niedriger, als von der EU angenommen (Differenz rund 1,745 Milliarden Schilling).
- Gutschrift United Kingdom-Korrektur, rund 260 Millionen Schilling.
- Dem BVA 1995 wurden die Zahlen des EH 95 idF Dezember 1994 zugrunde gelegt. Zwischenzeitig wurde von der EU der Berichtigungs- und Nachtragshaushalt 1/95 beschlossen, welcher auf Grund der Übertragung eines Haushaltsüberschusses 1994 in das Jahr 1995 eine Reduzierung der gesamten Eigenmittel von rund 76 auf rund 70,2 Milliarden ECU vorsieht. Entsprechend wurde die Eigenmittelverpflichtung Österreichs herabgesetzt: BSP um rund 2,256 Milliarden Schilling und UK-Korrektur um rund 0,166 Milliarden Schilling.
- Tatsächlich hat die EU von ihrem Eigenmittelguthaben in Österreich (23,579 Milliarden Schilling) 1995 18,754 Milliarden Schilling (brutto, dh. inkl. 10%iger Einhebungsvergütung) abgerufen. Der Kassenrest für das Haushaltsjahr 1995 beträgt 4 825 647 647,21 S. Die Europäische Kommission rief dieses Guthaben mit einer Eigenmittelanforderung iHv. 6,4 Milliarden Schilling Anfang Jänner 1996 ab.

Teilung der gemeinschaftlichen Bundesabgaben 1996 gem. §§ 7 und 8 FAG 1993

Abgaben	Berechnungs- basis 1996 ¹⁾	Teilungs- verhältnis			Anteile des/der			
		Bund	Länder	Gemeinden	Bundes	Länder ²⁾	Gemeinden ²⁾	Länder und Gemeinden (Summe)
		in %			in Mill. S			
Einkommen- und Vermögensteuern:								
Veranlagte Einkommenssteuer.....	26 459,513	46,640	28,850	24,510	12 340,717	7 062,502	6 420,351	13 482,853
Lohnsteuer.....	149 483,181	63,480	20,470	16,050	94 891,923	28 310,079	23 752,044	52 062,123
Kapitalertragsteuer.....	3 564,284	20,574	13,235	66,191	733,316	436,443	2 335,634	2 772,077
Kapitalertragsteuer auf Zinsen.....	22 300,000	53,000	27,000	20,000	11 819,000	5 570,569	4 415,384	9 985,953
Erbschafts- und Schenkungssteuer.....	1 600,000	70,000	30,000	—	1 120,000	444,091	—	444,091
Bodenwertabgabe.....	75,000	4,000	—	96,000	3,000	—	71,280	71,280
Summe ...	203 481,978				120 907,956	41 823,683	36 994,693	78 818,376
Kunstförderungsbeitrag.....	134,400	70,000	30,000	—	94,080	40,320	—	40,320
Sonstige Steuern:								
Umsatzsteuer.....	209 347,306	69,496	18,697	11,807	145 488,004	36 213,476	24 470,371	60 683,847
Abgabe von alkoholischen Getränken.....	—	40,000	30,000	30,000	—	—	—	—
Biersteuer.....	2 100,000	38,601	33,887	27,512	810,621	658,390	571,972	1 230,363
Schaumweinsteuer.....	250,000	38,601	33,887	27,512	96,503	78,380	68,092	146,472
Weinsteuer.....	—	38,601	33,887	27,512	—	—	—	—
Alkoholsteuer.....	900,000	38,601	33,887	27,512	347,409	282,167	245,131	527,298
Mineralölsteuer.....	33 500,000	91,291	6,575	2,134	30 582,485	2 037,847	707,739	2 745,585
Grunderwerbsteuer.....	5 500,000	4,000	—	96,000	220,000	—	5 227,181	5 227,181
Kraftfahrzeugsteuer.....	1 545,000	76,827	23,173	—	1 186,977	331,239	—	331,239
Motorbezogene Versicherungssteuer.....	7 700,000	50,000	50,000	—	3 850,000	3 561,981	—	3 561,981
Summe ...	260 842,306				182 581,998	43 163,480	31 290,486	74 453,966
Spielbankabgabe ³⁾	1 250,000	69,000	14,000	17,000	862,500	175,000	212,500	387,500
Insgesamt ...	465 708,684				304 446,534	85 202,484	68 497,679	153 700,162

Hiezu:								
Pauschalvorsorge für die Abrechnung der Ertragsanteile 1995.....								11 000,000
Hievon ab:								
Abschlag im Hinblick auf den Überweisungsrythmus der Abgabenteile.....								12 000,000
								Verbleiben... 152 700,162

¹⁾ Bei der veranlagten Einkommenssteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer und Umsatzsteuer weicht die Berechnungsbasis von den Voranschlagsbeträgen ab, weil gemäß § 7 Abs. 2 FAG 1993 die Abgeltungen und Anteile für den Familienlastenausgleich, weiters die Anteile für den Katastrophenfonds und für den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds vor der Teilung in Abzug gebracht werden. Beim Kunstförderungsbeitrag wird vor der Teilung die Einhebungsvergütung in Höhe von 4 vH abgezogen.

²⁾ Der Beitrag der Länder und Gemeinden an der EU-Finanzierung wurde bei der Berechnung der Ertragsanteile berücksichtigt.

³⁾ Anteile am Aufkommen nach dem Erfolg 1995.

Übersicht über die öffentlichen Abgaben in den Jahren 1987 bis 1996

Bezeichnung der Abgaben	Bundesrechnungsabschluß								vorl. Erf.	BVA
	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	Millionen Schilling									
Einkommen- und Vermögensteuern:										
Veranlagte Einkommensteuer.....	25 483,1	27 085,2	31 255,6	33 792,6	35 768,3	36 964,1	32 689,4	31 595,5	29 995,4	36 000,0
Lohnsteuer.....	97 700,3	104 042,0	88 036,6	105 490,5	121 863,3	134 267,7	139 239,7	134 767,2	150 226,8	162 300,0
Kapitalertragsteuer.....	1 300,1	1 465,3	3 170,3	2 130,8	2 827,5	3 513,6	3 258,4	4 178,6	4 071,6	3 700,0
Kapitalertragsteuer auf Zinsen.....			3 342,9	7 186,2	9 601,8	11 357,5	16 625,2	19 747,7	20 841,3	22 300,0
Körperschaftsteuer.....	10 188,1	11 526,5	14 245,9	13 786,1	15 348,4	20 982,5	18 611,5	21 136,7	28 083,4	43 000,0
Abgabe von Zuwendungen.....	13,5	6,1	8,2	9,6	8,2	8,0	5,9	4,9	8,8	5,0
Gewerbsteuer.....	6 400,0	6 775,8	7 762,7	8 516,0	8 968,8	9 435,5	8 577,6	2 474,4	1 695,0	500,0
Bundesgewerbsteuer.....	4 970,8	5 102,8	5 808,7	6 351,9	6 693,7	7 032,2	6 394,4	1 840,2	1 259,7	380,0
Vermögensteuer.....	4 569,1	5 532,2	6 197,0	7 035,2	7 983,4	8 373,8	8 426,0	886,1	616,0	100,0
Erbschaftssteueräquivalent.....	1 012,2	1 382,5	1 644,5	1 801,4	2 016,1	2 161,4	1 897,2	169,1	186,9	10,0
Erbschafts- und Schenkungssteuer.....	1 013,2	1 372,8	1 104,5	1 055,8	1 233,9	1 615,0	1 329,5	1 282,4	1 128,6	1 600,0
Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben.....	284,6	285,0	283,0	275,4	277,0	274,2	276,7	276,7	277,6	280,0
Bodenwertabgabe.....	61,7	59,9	60,8	63,3	69,3	68,6	72,7	72,3	75,8	75,0
Wohnbauförderungsbeitrag.....		4 538,8	4 980,0	5 358,6	5 813,3	6 338,6	6 591,6	6 837,9	7 188,6	7 400,0
Sonderabgabe von Banken.....	1 453,6	1 519,8	1 625,9	1 690,7	1 715,7	2 044,2	1 925,2	285,3	96,3	10,0
Aufsichtsratsabgabe.....	171,2	114,4								
Zinsertragsteuer.....	1 257,1									
Beiträge nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz.....	0,1	0,1	0,1							
Summe ...	155 878,7	170 809,1	169 526,6	194 544,2	220 188,8	244 436,7	245 920,9	225 555,9	245 751,7	277 660,0
Einkommen- und Vermögensteuern (zweckgebundene Beiträge):										
Kunstförderungsbeitrag.....	95,3	95,2	114,2	116,0	116,9	117,4	143,8	138,0	140,5	140,0
Wohnbauförderungsbeitrag.....	4 333,9									
Summe ...	4 429,2	95,2	114,2	116,0	116,9	117,4	143,8	138,0	140,5	
Einkommen- und Vermögensteuern: Summe ...	160 307,9	170 904,3	169 640,7	194 660,2	220 305,7	244 554,1	246 064,7	225 693,8	245 892,2	277 800,0

Bezeichnung der Abgaben	Bundesrechnungsabschluß								vorl. Erf.	BVA
	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	Millionen Schilling									
Umsatzsteuern:										
Umsatzsteuer.....	130 809,5	135 602,5	144 828,4	154 520,7	163 654,9	172 965,5	176 001,4	202 572,1	179 948,9	210 700,0
Abgabe von alkohol. Getränken	2 731,9	2 825,2	2 612,3	2 655,2	2 826,9	820,6
Summe ...	133 541,4	138 427,7	147 440,7	157 175,9	166 481,8	173 786,1	176 001,4	202 572,1	179 948,9	210 700,0
Ein- und Ausfuhrabgaben:										
Zölle.....	4 761,7	5 453,1	5 865,2	5 748,5	6 259,9	6 653,9	6 427,9	6 830,9	4 104,8	3 590,0
Übrige Ein- und Ausfuhrabgaben.....	846,4	1 051,1	1 085,2	1 169,0	1 322,4	196,1	10,0
Abschöpfungsbetrag nach dem Zuckergesetz ¹⁾	8,9	7,4	6,4
Abschöpfungsbetrag und Ausgleichsabgabe gem. Stärkegesetz ¹⁾	9,1	14,8	11,6
Ausgleichsabgabe nach dem Ausgleichsabgabengesetz ¹⁾	823,8	844,8	795,1
Abgaben nach dem Antidumpinggesetz ¹⁾	0,0	0,0	0,0
Summe ...	5 603,5	6 320,2	6 678,2	6 594,9	7 311,0	7 739,0	7 596,9	8 153,3	4 301,0	3 600,0
Verbrauchssteuern:										
Tabaksteuer	11 046,9	10 921,4	10 997,8	11 289,7	11 733,3	11 792,0	11 716,3	12 190,3	12 241,3	13 100,0
Biersteuer.....	718,8	742,0	725,9	767,1	758,7	2 159,2	2 254,4	2 263,0	2 204,5	2 100,0
Absatzförderungsbeitrag auf Milch (zweckgebundene Einnahmen).....	1 099,9	476,1	477,2	173,4	91,4	66,6	-74,7	62,0	-147,0	0,0
Mineralölsteuer	17 258,0	18 148,5	18 990,7	19 618,3	20 699,8	25 186,8	25 324,0	27 079,6	31 459,0	33 500,0
Alkoholsteuer	96,4	105,0	119,1	135,3	139,6	270,8	297,3	300,6	758,5	900,0
Schaumweinsteuer	246,3	277,4	302,9	338,3	355,3	446,8	461,1	428,0	360,4	250,0
Abhofpauschale auf Milch (zweckgebundene Einnahmen).....	14,2	9,4	9,6	5,5	0,2	0,5
Branntweinaufschlag.....	119,2	102,2	128,7	101,8	106,8	124,0	165,7	168,8
Weinsteuer.....	32,7	242,0	228,6	60,4
Abgabe auf Stärkeerzeugnisse.....	141,3	149,7	166,3	172,0	203,4	235,7	214,2	261,5	65,9
Summe ...	30 726,8	30 936,3	31 917,9	32 605,4	34 093,9	40 314,9	40 601,6	43 000,4	47 003,0	49 850,0
Stempel- und Rechtsgebühren:										
In Stempelmarken entrichtete Gebühren.....	2 856,4	2 879,4	3 001,6	3 149,2	3 109,0	2 930,9	3 068,4	3 123,6	3 032,5	3 000,0
Übrige Gebühren	3 361,8	3 558,0	3 872,0	4 291,4	4 708,4	5 559,5	4 855,9	5 401,4	5 403,6	5 600,0
Summe ...	6 218,2	6 437,5	6 873,6	7 440,6	7 817,4	8 490,4	7 924,3	8 525,1	8 436,1	8 600,0

¹⁾ Ab 1990 beim Voranschlagsansatz 2/52364 Übrige Ein- und Ausfuhrabgaben mitveranschlagt.

Bezeichnung der Abgaben	Bundesrechnungsabschluß								vord. Erf.	BVA
	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	Millionen Schilling									
Verkehrsteuern:										
Sicherheitsabgabe (zweckgeb. Einnahmen)							83,3	128,8	186,3	220,0
Kapitalverkehrsteuern	862,9	1 158,6	1 460,7	2 041,5	1 875,5	1 450,0	1 704,6	1 516,6	1 231,3	1 200,0
Energieabgabe										3 000,0
Normverbrauchsabgabe						4 405,3	4 727,3	4 606,3	4 742,3	5 300,0
Grunderwerbsteuer	2 195,6	2 882,8	3 175,0	3 455,3	4 073,4	4 707,2	4 740,1	5 222,9	5 411,7	5 500,0
Versicherungssteuer	3 727,4	4 145,9	4 974,5	5 281,7	5 762,7	6 192,8	6 475,5	7 238,0	8 590,0	9 400,0
Motorbezogene Versicherungssteuer							3 889,9	7 583,8	7 579,0	7 700,0
Straßenbenützensabgabe	2 724,7	2 819,0	2 981,7	3 109,7	3 175,7	2 884,7	2 951,9	3 128,7	2 479,7	1 700,0
Kraftfahrzeugsteuer (zweckgeb. Einnahmen)	1 902,7	1 998,1	2 089,1	2 182,9	2 272,1	2 330,9	878,5	267,7	797,8	830,0
Kraftfahrzeugsteuer	3 533,7	3 678,3	3 879,7	4 054,0	4 219,6	4 328,8	1 631,5	497,2	742,4	715,0
Spielbankabgabe	530,9	640,2	762,6	884,1	999,4	1 019,4	1 106,1	1 177,3	1 120,6	1 250,0
Konzessionsabgabe	1 109,3	1 314,8	1 510,3	1 600,8	1 930,7	2 042,5	1 864,2	2 007,5	2 332,3	2 250,0
Altlastenbeitrag (zweckgeb. Einn.)				142,6	172,7	167,3	215,7	211,1	285,2	300,0
Sonderabgabe von Erdöl	400,7	415,3	395,7	504,7	630,9	543,0	515,9	165,6	137,4	
Außenhandelsförderungsbeitrag (zweckgeb. Einn.)	1 639,9	1 777,7	1 985,4	2 162,2	2 305,9	2 330,0	2 095,9	1 345,3	-1 042,2	
Außenhandelsförderungsbeitrag	152,4	165,1	184,4	200,9	214,2	216,4	194,7	125,0	-96,8	
Summe ...	18 780,2	20 995,8	23 399,1	25 620,2	27 632,7	32 618,2	33 075,1	35 222,0	34 497,1	39 365,0
Umsatz- bis Verkehrsteuern: Summe ...	194 870,1	203 117,4	216 309,6	229 437,0	243 336,8	262 948,7	265 199,3	297 473,0	274 186,1	312 115,0
Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben	1 129,1	1 151,1	1 285,6	1 324,9	1 430,7	1 566,2	1 558,0	1 369,9	1 102,1	370,0
Öffentliche Abgaben — Brutto: Summe ...	356 307,1	375 172,9	387 235,9	425 422,2	465 073,2	509 069,0	512 822,0	524 536,7	521 180,4	590 285,0
Ab Überweisungen (I):										
Ertragsanteile der Länder und Gemeinden	93 698,9	98 121,0	99 925,9	110 245,0	125 288,3	134 949,6	142 887,1	140 977,3	135 451,0	152 700,2
Steueranteil für die Fonds	1 839,0	1 674,1	1 753,4	1 882,6	2 640,8	1 271,7	1 144,0	1 191,3	1 136,4	1 352,7
Gewerbesteuer an die Gemeinden	6 432,7	6 780,5	7 657,6	8 508,9	7 513,4	9 309,0	8 750,7	4 212,4	1 490,4	500,0
An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Anteile)	2 866,4	3 082,8	2 913,1	3 336,5		4 264,6	4 220,4	4 171,9	4 558,7	4 969,0
An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Abgeltungen) ..	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0
An den Katastrophenfonds	2 860,6	3 062,7	2 894,8	3 291,4	3 758,9	4 192,1	4 252,8	4 389,1	4 516,1	3 669,1
Altlastenbeitrag an UWF				128,4	155,4	150,5				
An Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds	1 965,2	1 845,6	1 856,9	2 028,0	2 279,4	1 168,0	205,0			
Für öffentlichen Verkehr	1 120,0	1 380,2	1 566,8	1 637,2	1 704,1	1 748,2	658,9			
An den Milchwirtschaftsfonds	1,0									
An die Länder für die Wohnbauförderung	16 659,8									
Für Wohnbauforschung	91,6									
Außenhandelsförderungsbeitrag an die Bundeskammer ...	1 621,6	1 756,7	2 176,9	2 162,2	2 305,9	2 330,0	2 095,9	1 692,6		
Ab Überweisungen I: Summe ...	138 656,8	127 203,7	130 245,3	142 720,3	155 146,2	168 883,7	173 714,9	166 134,5	156 653,2	172 691,0
Ab Überweisungen (II):										
Beitrag zur Europäischen Union									18 754,0	29 434,0
Öffentliche Abgaben — Netto: Summe ...	217 650,3	247 969,2	256 990,7	282 701,9	309 927,0	340 185,3	339 107,0	358 402,2	345 773,2	388 160,0

Allgemeine Verfahrensvorschriften

Für die Erhebung der öffentlichen Abgaben des Bundes sind derzeit folgende Allgemeine Verfahrensvorschriften maßgebend:

1. Aufbau der Abgabenverwaltung

Bundesgesetz über den Aufbau der Abgabenverwaltung des Bundes (Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz — AVOG), BGBl. Nr. 18/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 516/1995. Dieses Gesetz regelt die Behördenorganisation der Bundesabgabenverwaltung und die sachliche Zuständigkeit der Abgabenbehörden des Bundes.

2. Bundesabgabenordnung

Bundesgesetz betreffend allgemeine Bestimmungen und das Verfahren für die von den Abgabenbehörden des Bundes verwalteten Abgaben (Bundesabgabenordnung — BAO), BGBl. Nr. 194/1961, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 682/1994. Dieses Gesetz enthält allgemeine Grundsätze des Abgabenrechts, zB Vorschriften über das Entstehen des Abgabenanspruches, über die Beurteilung abgabenrechtlicher Tatbestände, Begriffsbestimmungen für Wohnsitz, gewöhnlicher Aufenthalt, Geschäftsleitung, Gewerbebetrieb, Betriebsstätte. Das Gesetz regelt weiters insbesondere die abgabenrechtliche Geheimhaltungspflicht, die örtliche Zuständigkeit, abgabenrechtliche Besonderheiten im Bereich des Zustellwesens, das Ermittlungsverfahren (einschließlich Beweisverfahren) und die abgabenbehördlichen Nachschau- und Prüfungsbefugnisse; es umschreibt die weiteren Befugnisse der Abgabenbehörden und die Obliegenheiten der Abgabepflichtigen, insbesondere deren Verpflichtung zur Führung von Büchern und Aufzeichnungen, weiters das Feststellungs-, Meßbetrags-, Zerlegungs-, Zuteilungs- und Abgabefestsetzungsverfahren, schließlich die Abgabeneinhebung und das Abgabenrechtsmittelverfahren.

Abgabensexekutionsordnung

Abgabensexekutionsordnung, BGBl. Nr. 104/1949, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 694/1993. Dieses Gesetz regelt die zwangsweise Einbringung der öffentlichen Abgaben im finanzbehördlichen Vollstreckungsverfahren.

4. Finanzstrafgesetz

Bundesgesetz betreffend das Finanzstrafrecht und das Finanzstrafverfahrensrecht (Finanzstrafgesetz), BGBl. Nr. 129/1958, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1045/1994. Dieses Gesetz regelt die Ahndung von Finanzvergehen betreffend bundesrechtlich geregelte Abgaben und Beiträge.

5. Bewertungsgesetz

Bundesgesetz über die Bewertung von Vermögenschaften (Bewertungsgesetz 1955), BGBl. Nr. 148, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1995.

Dieses Gesetz enthält grundsätzliche Bewertungsvorschriften für alle bundesrechtlich geregelten Abgaben und Beiträge. Soweit einzelne Abgabenvorschriften keine Spezialregelungen enthalten, im besonderen Bewertungsvorschriften für die Vermögensteuer, Stempel- und Rechtsgebühren, Erbschafts- und Schenkungssteuer, Grunderwerbsteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer und die Beiträge nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz.

6. Bodenschätzungsgesetz

Bodenschätzungsgesetz 1970, BGBl. Nr. 233.

Dieses Gesetz enthält Vorschriften über die Bestandsaufnahme und die Feststellung der Ertragsfähigkeit der landwirtschaftlich genutzten Flächen.

7. Zollverfahren (Zollgesetz)

Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates vom 12. Oktober 1992 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften (Zollkodex-ZK), ABIEG Nr. L302 vom 19. Oktober 1992, S. 1; in der Fassung ABIEG Nr. L79/84 und der Beitrittsakte;

Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 der Kommission vom 2. Juli 1993 mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften, ABIEG Nr. L253 vom 11. Oktober 1993, S. 1, (Zollkodex-Durchführungsverordnung — ZK-DVO), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) 2193/94 vom 8. September 1994, ABIEG Nr. L235 vom 9. September 1994, S. 6;

Bundesgesetz betreffend ergänzende Regelungen zur Durchführung des Zollrechts der Gemeinschaften (Zollrechts-Durchführungsgesetz — ZollR-DG), BGBl. Nr. 659/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 516/1995;

Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Durchführung des Zollrechts (Zollrechts-Durchführungsverordnung — ZollR-DV), BGBl. Nr. 1104/1994;

Verordnung (EWG, EURATOM) Nr. 1182/71 des Rates vom 3. Juni 1971 zur Festlegung der Regeln für die Fristen, Daten und Termine, ABIEG Nr. L 124/1 vom 8. Juni 1971.

Kapitel 53 Finanzausgleich

Das Wesen des österreichischen Finanzausgleiches und dessen rechtliche Grundlagen

Der österreichische Finanzausgleich ist von der Grundidee der verbundenen Steuerwirtschaft beherrscht. Demgemäß sind die wichtigsten öffentlichen Abgaben — nach Maßgabe ihrer Ausgestaltung durch die Bundesgesetzgebung — Gemeinschaftsbesitz der am Finanzausgleich beteiligten Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden). Daneben bestehen ausschließliche Abgaben je zugunsten des Bundes, der Länder bzw. der Gemeinden. Schließlich dienen der Vervollständigung und Härtenvermeidung die Einrichtungen der Finanzzuweisungen und der zweckgebundenen Zuschüsse. Alle diese Bausteine sind dem Ziele zugeordnet, einen gerechten Finanzausgleich zu erreichen, dessen Erkennungsmerkmal eine solche Ausgewogenheit in der Mittelverteilung ist, daß die jeweilige Finanzausgleichsregelung in Übereinstimmung mit der Verteilung der Lasten der öffentlichen Verwaltung steht und zugleich Bedacht darauf nimmt, daß die Grenzen der Leistungsfähigkeit der beteiligten Gebietskörperschaften nicht überschritten werden.

Die den Finanzausgleich regelnden Rechtsvorschriften sind, gestützt auf langjährige Erfahrung, auf zwei Bundesgesetze verteilt: ein Bundesverfassungsgesetz, das die vielfach der Ausführung durch einfaches Bundesgesetz bedürftigen Grundsätze enthält, das Finanzverfassungsgesetz — mit Wirkung ab 1. Jänner 1948 steht das Bundesverfassungsgesetz, BGBl. Nr. 45/1948, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. .../1996, über die Regelung der finanziellen Beziehungen zwischen dem Bund und den übrigen Gebietskörperschaften [Finanz-Verfassungsgesetz 1948 — F-VG 1948¹⁾] in Geltung — und ein einfaches Bundesgesetz, das die Konkretisierung der im Finanzverfassungsgesetz festgelegten Grundsätze für einen bestimmten Zeitraum unter Rücksichtnahme auf die jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse und den Finanzbedarf der Gebietskörperschaften im Rahmen der vorhandenen Mittel regelt. Diese Aufgabe erfüllt das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. .../1996, mit dem der Finanzausgleich für die Jahre 1993 bis 1996 geregelt wird und sonstige finanzausgleichsrechtliche Bestimmungen getroffen werden (Finanzausgleichsgesetz 1993 — FAG 1993).

Damit wird der erstmalig 1959 beschrittene Weg einer langfristigen Finanzausgleichsregelung fortgesetzt, der allen Gebietskörperschaften wirtschaftliche Planungen auf längere Sicht ermöglicht.

Gebarungsübersichten

Gebarungsübersichten betreffend die Bundesländer, Gemeindeverbände und Gemeinden werden jährlich vom Österreichischen Statistischen Zentralamt in der Reihe „Beiträge zur Österreichischen Statistik“ in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Finanzen herausgegeben. Diese Gebarungsübersichten liegen seit 1955 in lückenloser Folge vor.

Gesamtgebarung

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1994	32 187,3	4 526,4
1995	34 580,1	4 550,0
1995 vorl. Erf.....	32 230,2	4 649,5
1996	37 386,6	3 729,1

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 530 Leistungen an Länder und Gemeinden bzw. Beiträge und Ersätze von Ländern und Gemeinden

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1994	3 754,5	—
1995	4 664,2	—
1995 vorl. Erf.....	4 539,7	—
1996	4 978,0	—

¹⁾ Gemäß § 3 Abs. 1 in Verbindung mit § 12 dieses Gesetzes werden Finanzzuweisungen an Länder (Gemeinden) auf Grund bundesgesetzlicher Regelung gewährt und zweckgebundene Zuschüsse des Bundes an Länder (Gemeinden) durch das Finanzausgleichsgesetz oder durch Bundesgesetze festgesetzt, welche die Verwaltungsaufgaben regeln, zu deren Lasten die Zuschüsse zu leisten sind.

Gemäß § 15 dieses Gesetzes kann der Bund den Ländern (Gemeinden) Darlehen nur auf Grund eines besonderen Bundesgesetzes oder des Bundesfinanzgesetzes gewähren.

200

Kapitel 53 — Titel 530**Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Steigerung der Ausgaben gegenüber dem Vorjahr ergibt sich vor allem aus der erstmaligen Veranschlagung von Finanzzuweisungen zur Finanzierung von umweltschonenden und energiesparenden Maßnahmen.

Im einzelnen ist zu bemerken:

Voranschlagsansatz 1/53007 Ertragsanteilekopffquoten-Ausgleich der Länder

Das FAG sieht die Ergänzung der Ertragsanteile der Länder (mit Wien) auf den Betrag vor, der sich unter Zugrundelegung der auf ein Jahr berechneten Durchschnittskopffquote der Ertragsanteile der Länder mit Wien als Land für das einzelne Land ergibt. Der aus Bundesmitteln im Jahre 1996 zu leistende Kopffquotenausgleichsbetrag, der auf Grund der Abrechnung der Ertragsanteile für das Jahr 1995 im Jahre 1996 voraussichtlich anfällt, ist mit 1 350 Millionen Schilling zu erwarten.

Die nachstehende Übersicht zeigt die unterschiedliche Höhe und die Entwicklung der Kopffquoten:

Ertragskopffquote für nebenstehende Jahre	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
	Schilling						
niedrigste	6 899	7 811	8 647	9 018	9 358	10 009	9 155
höchste	8 561	9 480	10 687	10 705	10 810	11 650	10 690
im Durchschnitt.....	7 650	8 591	9 558	9 882	10 032	10 729	9 865

Das Erfordernis für den Ertragsanteilekopffquoten-Ausgleich in den Jahren 1989 bis 1996 beträgt:

	Millionen Schilling		Millionen Schilling
1989	1 088,434	1993	1 532,906
1990	1 413,071	1994	1 282,879
1991	1 295,681	1995 (vorl. Erf.).....	1 358,724
1992	1 502,023	1996 (BVA)	1 350,000

Die Ertragsanteile der Länder und Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben sind im Voranschlag 1996 — ebenso wie in den Vorjahren — als Abzugspost von dem Bruttoertrage der öffentlichen Abgaben dargestellt (siehe VA-Ansatz 2/52804).

Voranschlagsansatz 1/53017 Finanzkraftstärkung der Gemeinden

Gemäß § 21 FAG 1993 gewährt der Bund Gemeinden (Wien als Gemeinde) als Hilfe zur Bewältigung der ihnen obliegenden Aufgaben eine Finanzzuweisung. Diese beträgt 1,37 vH der Ertragsanteile der Gemeinden (Wien als Gemeinde) zuzüglich 70 Millionen Schilling. Auf diese Finanzzuweisung haben jene Gemeinden (ohne Wien) Anspruch, die eine solche Finanzzuweisung zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Haushalt benötigen.

Für das Jahr 1996 sind 1 005,507 Millionen Schilling vorgesehen; die erforderlichen Mittel werden vom Bund den Ländern (mit Wien) überwiesen.

Voranschlagsansatz 1/53037 Bundesbahn-Betriebsstättengemeinden

Die Finanzzuweisungen im Gesamtbetrag von 100 Millionen Schilling jährlich werden gemäß § 20 Abs. 2 FAG 1993 gewährt, wobei zur Vermeidung einer Verzettlung von Bundesmitteln Bagatellfälle — das Finanzausgleichsgesetz 1993 sieht eine Grenze von 68 000 S jährlich vor — außer Betracht bleiben sollen. Der Begriff der Betriebsstätte von Eisenbahnunternehmen folgt dem § 30 Abs. 1 1. Halbsatz der Bundesabgabenordnung, BGBl. Nr. 194/1961, in der geltenden Fassung. Im Jahre 1995 wurden solche Finanzzuweisungen an 120 Gemeinden gewährt.

Voranschlagsansatz 1/53047 Finanzzuweisung für umweltschonende und energiesparende Maßnahmen

Gemäß § 20 Abs. 7 FAG 1996 gewährt der Bund den Ländern eine Finanzzuweisung zur Finanzierung von umweltschonenden und energiesparenden Maßnahmen in Höhe von 11,835 vH des Aufkommens an Stromsteuer und Erdgassteuer.

Für das Jahr 1996 sind für diese Zwecke 355,050 Millionen Schilling vorgesehen.

Vorschlagsansatz 1/53058 Bedarfzuweisungen an Gemeinden

Durch das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 346/1982, wurde die gesetzliche Grundlage geschaffen, jenen Gemeinden, deren finanzielle Situation sich durch nicht vorhersehbare bzw. nicht beeinflussbare Umstände so ungünstig entwickelt hat, daß es auch bei größter Sparsamkeit nicht mehr möglich ist, die eingegangenen rechtsgültigen Verpflichtungen zu erfüllen und gleichzeitig den Aufgabenverpflichtungen ordnungsgemäß nachzukommen, aus Bundesmitteln eine finanzielle Hilfe in Form von Bedarfzuweisungen zu gewähren. Im Jahre 1996 ist für diese Zwecke ein Betrag von 15 Millionen Schilling vorgesehen.

Vorschlagsansatz 1/53067 Polizeikostenersatz an Städte mit eigenem Statut

Gemäß § 20 Abs. 5 FAG 1993, ersetzt der Bund ab 1. Oktober 1986 den Städten mit eigenem Statut Krems a. d. Donau und Waidhofen a. d. Ybbs jene Kosten, die diesen Städten nachweislich dadurch entstehen, daß sie für den Bund Aufgaben erfüllen, die in anderen Städten mit eigenem Statut von Bundespolizeibehörden erfüllt werden. Aus verwaltungsökonomischen Gründen ist der Kostenersatz in einem Pauschale festgelegt. Dieses darf nicht höher sein, als der Aufwand, der dem Bund entstehen würde, wenn er in diesen Gemeinden Bundespolizeibehörden eingerichtet hätte.

Gemäß VfGH-Erkenntnis ist auch für die Zeit vor dem 1. Oktober 1986 ein Kostenersatz zu leisten. Im Jahre 1996 ist daher insgesamt ein Beitrag von 65 Millionen Schilling vorgesehen.

Vorschlagsansatz 1/53077 Finanzaufweisungen in Agrarangelegenheiten

Der Bund gewährt den Ländern im Jahre 1996 gemäß § 20 Abs. 6 FAG 1993 zur Finanzierung der Förderung der Landwirtschaft eine Finanzaufweisung in Höhe von 300 Millionen Schilling.

Vorschlagsansatz 1/53097 Finanzaufweisungen in Nahverkehrsangelegenheiten

Der Bund gewährt den Ländern im Jahre 1996 aus den Mineralölsteuereinnahmen gemäß § 20 Abs. 3 und 4 FAG 1993 zur Förderung des Personennahverkehrs Finanzaufweisungen von insgesamt 1 787,480 Millionen Schilling.

Titel 532 Zweckzuschüsse des Bundes I

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1994	23 115,2	12,0
1995	25 258,5	6,0
1995 vorl. Erf.	24 325,9	6,3
1996	28 739,5	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Diese Ausgabensteigerung betrifft in erster Linie die Transferzahlungen des Bundes an die Länder gemäß Wohnbauförderungs-Zweckzuschußgesetz und steht in Zusammenhang mit höheren Einnahmen bei der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und dem Wohnbauförderungsbeitrag.

Im einzelnen ist zu bemerken:

Vorschlagsansatz 1/53217 Zuschüsse nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz

Gemäß Bundesgesetz, BGBl. Nr. 165/1982, gewährt der Bund zur Förderung der Errichtung von 5 000 Wohnungen, deren Baubeginn in die Jahre 1982 und 1983 fällt, Zinsen- und Annuitätenzuschüsse zu Hypothekendarlehen, die zur Deckung der gesamten Baukosten aufgenommen werden.

Weiters gewährt der Bund gemäß Bundesgesetz, BGBl. Nr. 661/1983, zur Förderung der Errichtung von 5 000 Wohnungen, deren Baubeginn in die Jahre 1984 und 1985 fällt, sowie von 5 000 Wohnungen, deren Baubeginn in die Jahre 1986 und 1987 fällt, Zinsen- und Annuitätenzuschüsse zu Hypothekendarlehen, die zur Finanzierung der Baukosten aufgenommen werden.

Im Jahre 1996 ist für diesen Zweck ein Betrag von 440 Millionen Schilling veranschlagt.

Vorschlagsansatz 1/53227 Zuschüsse zur Theaterführung an Länder und Gemeinden; Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

Der Bund gewährt gemäß § 22 Abs. 1 Z 1 FAG 1993 Ländern und Gemeinden für die auf eigene Rechnung geführten Theater und jene Theater, zu deren Abgangsdeckung sie vertraglich verpflichtet sind, Zweckzuschüsse im Ausmaß von 293 Millionen Schilling jährlich.

In Betracht kamen hierfür die Vereinigten Bühnen Graz, das Landestheater Linz, das Landestheater Salzburg, das Stadt- und Landestheater Klagenfurt, das Tiroler Landestheater, das Stadttheater Baden sowie das Theater in St. Pölten und die Vereinigten Bühnen Wien.

Vorschlagsansatz 1/53228 Zuschüsse zur Theaterführung an Länder und Gemeinden; Aufwendungen

Für das Theater am Kornmarkt in Bregenz (3,0 Millionen Schilling) und für die Renovierung des Stadttheaters in Klagenfurt (46,6 Millionen Schilling) wurde für das Jahr 1996 gemäß § 22 Abs. 1 Z 1 lit. e FAG 1993 vorgesorgt.

Vorschlagsansatz 1/53237 Zuschüsse nach § 3 WBF-ZG

Gemäß § 3 Wohnbauförderungs-Zweckzuschußgesetz 1989, BGBl. Nr. 691/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. .../1996, hat der Bund den Ländern zur Finanzierung von Annuitätenzuschüssen und Wohnbeihilfen, die von den Ländern bis 31. Dezember 1987 gemäß dem WSG zugesichert bzw. bescheidmäßig zuerkannt wurden, Zweckzuschüsse zu gewähren.

Im Haushaltsjahr 1996 werden voraussichtlich 156 Millionen Schilling erforderlich sein.

Vorschlagsansatz 1/53247 Zuschüsse nach § 1 und § 5 WBF-ZG

Die Wohnbauförderungstransfers des Bundes an die Länder werden ab dem Zeitpunkt der Übertragung der Wohnbauförderungskompetenzen auf die Länder (1. Jänner 1988) in Form von Zweckzuschüssen gemäß § 12 F-VG geleistet. Die Höhe dieser Zweckzuschüsse orientiert sich gemäß § 1 Wohnbauförderungs-Zweckzuschußgesetz 1989, BGBl. Nr. 691/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. .../1996, am Aufkommen der Einkommensteuer ohne Kapitalertragsteuer gemäß § 93 Abs. 2 Z 3 und Abs. 3 EStG 1988, BGBl. Nr. 400, und ohne Abgeltungen an den Familienlastenausgleichsfonds, und am Aufkommen der Körperschaftsteuer und des Wohnbauförderungsbeitrages.

Für die Überweisungen an die Länder ist mit insgesamt 27 680,865 Millionen Schilling vorgesorgt.

Von diesen Mitteln werden 93 vH sofort an die Länder ausbezahlt, 7 vH und ein Betrag von rd. 850 Millionen Schilling werden auf einem Sonderkonto des Bundes bis zu einer Einigung über die Neuaufteilung der Wohnbauförderungsmittel nutzbringend angelegt.

Vorschlagsansatz 1/53287 Zuschüsse für Umweltschutz an Länder und Gemeinden

Der Bund gewährt den Ländern gemäß § 22 Abs. 1 Z 3 FAG 1993 zur Förderung des Umweltschutzes, insbesondere der Errichtung und Verbesserung von Müllbeseitigungsanlagen, unter Bedachtnahme auf den Umfang, die Lage und Gefährdung der Wohngebiete und der Erholungsgebiete, im Jahre 1996 einen Zweckzuschuß von 95 Millionen Schilling und den Gemeinden 25 Millionen Schilling.

Vorschlagsansatz 2/53204 Übergewinne an Zweckzuschüssen des Bundes**Vorschlagsansatz 2/53214 Übergewinne an Finanzaufweisungen des Bundes****Vorschlagsansatz 2/53274 Rückzahlung von Darlehen nach dem Rückzahlungsbegünstigungsgesetz 1987**

Für Rückzahlungen von Finanzaufweisungen und Zweckzuschüssen des Bundes sowie für allfällige Reste von Darlehensrückzahlungen nach dem Rückzahlungsbegünstigungsgesetz 1987 ist mit Verrechnungsposten vorgesorgt.

Vorschlagsansatz 2/53254 Startwohnung-Rückzahlungsbegünstigungsaktion

Gemäß § 13 des Startwohnungsförderungs-Abwicklungsgesetzes, BGBl. Nr. 14/1992, hat der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds Beträge, die auf Grund des Auslaufens der Starthilfe nach dem Startwohnungsgesetz frei werden, nach Maßgabe der Auflösung der entsprechenden Rückstellung an den Bund abzuführen.

Kapitel 53 — Titel 534

203

Titel 534 Katastrophenfonds (zweckgebundene Gebarung)

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1994	5 317,5	4 514,4
1995	4 657,4	4 544,0
1995 vorl. Erf.....	3 364,6	4 643,2
1996	3 669,1	3 729,1

Im einzelnen ist zu bemerken:

Vorschlagsansätze 1/53408 bis 1/53478 Katastrophenfonds (zweckgebundene Gebarung)**Vorschlagsansatz 2/53400 Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)**

Nach dem Katastrophenfondsgesetz 1996, BGBl. Nr. .../1996, sind die Mittel des Fonds für die zusätzliche Finanzierung von Maßnahmen zur Vorbeugung gegen künftige und zur Beseitigung von eingetretenen, im Gesetz näher genannten Katastrophenschäden zu verwenden.

Die Katastrophenfondsmittel werden nach den Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1993 — FAG 1993, BGBl. Nr. 30/1993 idF BGBl. Nr. .../1996, aufgebracht und sind nutzbringend anzulegen.

Der nicht verbrauchte, einer Rücklage zugeführte Rest an zweckgebundenen Einnahmen zum 31. Dezember 1995 betrug 2 644 650 718,29 S.

Von den Ausgaben 1995 entfallen:

	Schilling
1. Für Zwecke der Förderung der Behebung von Schäden im Vermögen physischer und juristischer Personen mit Ausnahme der Gebietskörperschaften ...	111 227 268
2. Für Maßnahmen zur Behebung von Schäden im Vermögen des Bundes im Bereiche des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten und der Österreichischen Bundesbahnen	153 931 000 254 684 000
zusammen ...	519 842 268
3. Für Zwecke der Förderung der Behebung von Schäden im Vermögen der Länder	79 815 783
4. Für Zwecke der Förderung der Beschaffung von Katastropheneinsatzgeräten der Feuerwehren an die Länder	205 583 902
5. Für Zwecke der Tunnelbrandbekämpfung und für Stützpunktfeuerwehren	26 000 000
6. Für Zwecke der Förderung der Behebung von Schäden im Vermögen der Gemeinden.....	240 174 581
7. Für Maßnahmen des Schutzbaues zur Vorbeugung gegen künftige Hochwasser- und Lawinenschäden im Bereiche des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft	
für den Ausbau von hydrographischen Einrichtungen	51 720 000
als Bundeszuschuß für Wildbach- und Lawinenverbauung	892 136 000
als Bauaufwand für Bundesflüsse.....	262 597 000
als Bundeszuschuß für Konkurrenzgewässer.....	362 593 000
zusammen ...	1 569 046 000
im Bereiche des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten	
für Förderungsmaßnahmen bei Wasserbauten	116 854 000
als Aufwendungen für Wasserbauten	60 200 000
als Bundeszuschuß für die Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz.....	16 000 000
für Lawinenschutzbauten an Bundesstraßen	360 354 000
zusammen ...	553 408 000
Summe ...	2 122 454 000
8. Zum Ausgleich von Härten nach den Nuklearereignissen des Jahres 1986....	893 949
9. Bankspesen	66
10. Für das Warn- und Alarmsystem	50 000 000
11. Hagelversicherung	119 805 889
Gesamtausgaben 1995 ...	3 364 570 438

204

Kapitel 53 — Titel 534

Für das Jahr 1996 sind nachstehend angeführte Gebarungen vorgesehen:

Einnahmen

	Millionen Schilling
2/53400 Dotierung des Fonds.....	3 729,091

Ausgaben

	Millionen Schilling
1/53408 Schäden im Vermögen privater Personen.....	130,253
1/53418 Zahlungen an Länder	365,074
1/53428 Schäden im Vermögen der Gemeinden	281,419
1/53438 Bankspesen.....	0,011
1/53448 Nuklearschäden.....	6,000
1/53458 Schäden im Vermögen des Bundes	229,318
1/53468 Vorbeugung gegen Hochwasser- und Lawinenschäden.....	2 487,026
1/53478 Warn- und Alarmsystem	50,000
1/53488 Hagelversicherungsförderung.....	120,000
1/51249 Rücklagenzuführungen	59,990

Kapitel 54 Bundesvermögen

Gesamtgebarung

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt
	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling	Sachausgaben Millionen Schilling
1994	19 762,3	19 756,8	1 251,8
1995	20 142,0	32 527,4	4 345,6
1995 vorl. Erf.....	17 297,2	26 111,7	4 348,8
1996	22 185,9	24 790,6	1 910,2

Zu den einzelnen Bereichen ist zu bemerken:

Titel 540 Kapitalbeteiligung und Kapitalbeteiligung (Erträge)

Gesetzliche Grundlagen

1. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 168/1946; generell und in der Fassung BGBl. Nr. 23/1957;
 2. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 81/1947, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 762/1992;
- ÖIAG-Gesetz, BGBl. Nr. 23/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 204/1986;
- ÖIAG-Anleihegesetz, BGBl. Nr. 295/1975, in der Fassung BGBl. Nr. 298/1981, BGBl. Nr. 602/1981, BGBl. Nr. 633/1982, BGBl. Nr. 589/1983 und 298/1987;
- Erstes Verstaatlichungs-Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1954;
- Zweites Verstaatlichungs-Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 3/1960;
- Tabakmonopolgesetz 1968, BGBl. Nr. 38/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 517/1995;
- Salzmonopolgesetz 1978, BGBl. Nr. 124/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 518/1995;
- Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994;
- Bundesschatzscheinggesetz, BGBl. Nr. 172/1991;
- Nationalbankgesetz, BGBl. Nr. 50/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 697/1991;
- EU-Beitrittsvertrag, BGBl. Nr. 45/1995;
- Abkommen über den Internationalen Währungsfonds und über die Internationale Bank für Wiederaufbau und Wirtschaftsförderung, BGBl. Nr. 105/1949;
- Erhöhung der Quote Österreichs beim Internationalen Währungsfonds, BGBl. Nr. 173/1991;
- Leistung eines österreichischen Beitrages zum vom internationalen Währungsfonds verwalteten Treuhandfonds für die Erweiterung der ergänzenden Strukturanpassungsfähigkeit, BGBl. Nr. 385/1995; Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, BGBl. Nr. 417/1988;
- Übereinkommen zur Errichtung der Afrikanischen Entwicklungsbank samt Anlagen, Allgemeinen Vorschriften für die Aufnahme nichtregionaler Staaten als Mitglieder der Bank und Anhang I, BGBl. Nr. 252/1983; Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfEB), BGBl. Nr. 416/1988;
- Übereinkommen über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds samt Anlagen, BGBl. Nr. 37/1982; Leistung eines zusätzlichen Beitrages zum Afrikanischen Entwicklungsfonds (AfEF), BGBl. Nr. 24/1992;
- Abkommen über die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA), BGBl. Nr. 201/1961; Leistung eines zehnten zusätzlichen Beitrages zur Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), BGBl. Nr. 696/1993;
- Abkommen über die Errichtung der Asiatischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 13/1967; Leistung eines Beitrages zum Asiatischen Entwicklungsfonds und zum Technischen Hilfe Sonderfonds der Asiatischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 458/1992; Beteiligung Österreichs an der 4. allgemeinen Kapitalerhöhung der Asiatischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 386/1995;
- Übereinkommen zur Errichtung der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 174/1977; Beteiligung Österreichs an der 8. allgemeinen Mittelerhöhung der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 384/1995;

206

Kapitel 54 — Titel 540

Abkommen über die Internationale Finanz-Corporation, BGBl. Nr. 204/1956; Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Internationalen Finanz-Corporation, BGBl. Nr. 136/1987;

Übereinkommen zur Errichtung der Inter-Amerikanischen Investitionsgesellschaft samt Anlage, BGBl. Nr. 559/1986;

Übereinkommen zur Errichtung des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung samt Anlagen, BGBl. Nr. 38/1978; Leistung eines zusätzlichen Beitrages zum Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung, BGBl. Nr. 174/1991;

Übereinkommen zur Gründung des Gemeinsamen Rohstofffonds, BGBl. Nr. 507/1989;

Leistung eines freiwilligen Beitrages zum zweiten Fenster des Gemeinsamen Rohstofffonds, BGBl. Nr. 416/1991;

Übereinkommen zur Errichtung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, BGBl. Nr. 222/1991;

Bundesgesetz über die Leistung eines Beitrages zur von der Weltbank verwalteten Globalen Umweltfazilität, BGBl. Nr. 417/1991;

Leistung eines Beitrages zur ersten Wiederauffüllung der Globalen Umweltfazilität, BGBl. Nr. 387/1995.

Aufgaben

Finanzielle Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Verwaltung bzw. der Veräußerung von Anteilsrechten des Bundes an

der Ersten Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft,

der Österreichischen Industrieholding AG (bis April 1986: Österreichische Industrieverwaltungs-AG) — ÖIAG,

der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts-AG (Verbundgesellschaft),

den Monopolbetrieben Austria Tabakwerke AG,

der Österreichische Salinen AG

und Internationalen Finanzinstitutionen;

Vertretung der finanziellen Interessen an privatwirtschaftlichen Unternehmungen mit Bundesbeteiligung einschließlich haushaltsmäßiger Behandlung von Verrechnungsagenden, soweit — insbesondere nach BGBl. Nr. 439/1984 — die Zuständigkeit für den Erwerb und die Verwaltung von Anteilsrechten des Bundes beim Bundesministerium für Finanzen verblieben ist. Diese Gesellschaften sind vorwiegend den wirtschaftlichen Bereichen: Kunst, Wohnungsbau, Straßen, Verkehr, Banken, Industrie und Gewerbe sowie öffentliche und private Dienstleistungen zuzuordnen.

Außerdem ist die Realisierung von Verstaatlichungs-Entschädigungszahlungen anhand eingereicherter Wertpapiere zu nennen.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1994	1 018,8	7 449,2
1995	3 414,2	7 186,5
1995 vorl. Erf.....	2 855,5	7 034,9
1996	2 999,3	6 900,1

Voranschlagsansätze 1/54013 und 2/54014 Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft

Für das Geschäftsjahr 1995 werden keine Dividendenzahlungen erwartet.

Voranschlagsansätze 1/54043 und 2/54044 Elektrizitätswirtschaft

Ausgabenveranschlagungen zu den direkten Beteiligungen des Bundes an der Verbundgesellschaft waren seit 1988 nicht notwendig.

An laufenden Einnahmen sind Dividendenzahlungen der Österr. Elektrizitätswirtschafts-AG (Verbundgesellschaft) veranschlagt. Aus diesem Titel wurden für das Geschäftsjahr 1996 125,745 Millionen Schilling budgetiert.

Voranschlagsansatz 1/54052 Internationale Finanzinstitutionen

Österreich ist Mitglied des Internationalen Währungsfonds (IMF), der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfEB), des Afrikanischen Entwicklungsfonds (AfEF), der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD), der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), der Asiatischen Entwicklungsbank (AEB), der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank (IAEB), der Internationalen Finanzkorporation (IFC), der Inter-Amerikanischen Investitionsgesellschaft (IIC), des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD), des Gemeinsamen Rohstofffonds (CF), der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) und der Europäischen Investitionsbank (EIB) und ist an deren Kapital mit unterschiedlichen Quoten beteiligt. Bei diesen Kapitalanteilen wird zwischen einzahlbarem (callable) und eingezahltem (paid-in) Kapital unterschieden.

Die Beiträge zu diesen Finanzinstitutionen werden, neben einem bei einigen Finanzsituationen bar einbezahlten Anteil, durch den Erlag unverzinslicher, auf Abruf einzulösender Bundesschatzscheine (BSS) geleistet. Die Ermächtigung zur Begebung dieser BSS ist durch das Bundesschatzengesetz, BGBl. Nr. 172/1991 gegeben.

Bei den veranschlagten Beträgen handelt es sich daher größtenteils um Einlösungen von BSS. Da sich die Einlösungen nach dem Bedarf an Mitteln für Kreditauszahlungen der Finanzinstitutionen an ihre kreditnehmenden Mitglieder (Entwicklungsländer) richtet, ist keine gleichmäßige Gebarung möglich.

Internationaler Währungsfonds

Anlässlich des Beitrittes zum Abkommen von Bretton Woods ist die Republik Österreich mit Wirkung vom 27. August 1948 Mitglied des Internationalen Währungsfonds geworden (BGBl. Nr. 105/1949).

Die Mitglieder dieser Organisation haben bestimmte Quoten einzuzahlen. Durch die 9. Quotenrevision wurde Österreichs Quote von 775,6 Millionen Sonderziehungsrechten auf 1 188,3 Millionen Sonderziehungsrechte erhöht (Bundesgesetz, BGBl. Nr. 173/1991). Die gesamte Quote wurde auf die Oesterreichische Nationalbank übertragen. Die gesetzliche Ermächtigung zur Übertragung der Quote auf die Oesterreichische Nationalbank ist durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 309/1971 gegeben.

Durch das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 385/1995, vom 9. Juni 1995 wurde die Oesterreichische Nationalbank ermächtigt, beim Internationalen Währungsfonds auf ein Sonderkonto eine Einlage in Höhe von 50 Millionen Sonderziehungsrechten (SZR) mit einer Verzinsung von 0,5 Prozent jährlich und einer Laufzeit bis zu zehn Jahren vorzunehmen.

Afrikanische Entwicklungsbank

Die Afrikanische Entwicklungsbank wurde im September 1964 von ausschließlich afrikanischen Ländern mit dem Ziel errichtet, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ihrer Mitglieder durch die Gewährung von Darlehen und technischer Hilfe zu fördern. Im Jahre 1982 kam es zur Öffnung des Kapitals auch für nichtregionale Staaten.

Österreich ist mit Wirkung vom 30. März 1983 Mitglied der Afrikanischen Entwicklungsbank geworden (BGBl. Nr. 252/1983) und hat sich am Kapital der Afrikanischen Entwicklungsbank mit 0,38 vH beteiligt; das sind 1 996 Anteile zu je 10 000 Bankrechnungseinheiten. Der Schillinggegenwert beträgt 333 052 560 Schilling. 1987 wurde vom Direktorium eine Kapitalerhöhung beschlossen, an der sich Österreich mit 48,254 Millionen US-Dollar beteiligt hat. Davon waren 6,25% in fünf Raten in den Jahren 1988 bis 1992 einzuzahlen.

Afrikanischer Entwicklungsfonds

Die Notwendigkeit der Bereitstellung von Finanzierungsmitteln zu besonders günstigen Bedingungen führte im Juli 1973 zur Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds. Es ist dies eine rechtlich selbständige Institution, die jedoch organisatorisch und personalmäßig eng mit der Afrikanischen Entwicklungsbank verbunden ist.

Österreich wurde am 30. Dezember 1981 Mitglied des Afrikanischen Entwicklungsfonds (BGBl. Nr. 37/1982) und zeichnete Stammeinlagen in Höhe von 15 Millionen Fondsrechnungseinheiten zum Gegenwert von 230 530 500 Schilling (BGBl. Nr. 601/1981).

1992 wurde von den Mitgliedern eine sechste Wiederauffüllung beschlossen, an der sich Österreich mit 465 163 311 Schilling beteiligt hat.

Für 1996 ist für Schatzscheineinlösungen ein Betrag von 83 Millionen Schilling vorgesehen.

Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Österreich ist mit Wirkung 27. August 1948 der IBRD beigetreten (BGBl. Nr. 105/1949) und hat sich seit seinem Beitritt an allen Kapitalerhöhungen der IBRD beteiligt. Gegenwärtig entspricht der österreichische Kapitalanteil dem Schillinggegenwert von 1 335 000 000 US-\$, das sind 0,76% des gesamten Kapitals.

Internationale Entwicklungsorganisation

Österreich ist seit 1961 Mitglied der Internationalen Entwicklungsorganisation. Das Abkommen mit dieser Organisation trat am 28. Juni 1961 in Kraft (BGBl. Nr. 201/1961).

Mit Bundesgesetz, BGBl. Nr. 696/1993, wurde beschlossen, daß sich die Republik Österreich mit einem Betrag von 117 Millionen Sonderziehungsrechten an der Leistung eines zehnten zusätzlichen Beitrages zur IDA beteiligt.

Die Leistung dieses Beitrages erfolgt in drei gleichen Jahresraten (30. November 1993, 1994 und 1995) in Form von unverzinslichen, bei Sicht fälligen Bundesschatzscheinen.

Für 1996 ist für Schatzscheineinlösungen ein Betrag von 586 Millionen Schilling vorgesehen.

Asiatische Entwicklungsbank

Österreich ist der Asiatischen Entwicklungsbank 1966 beigetreten. Das Abkommen trat am 29. September 1966 in Kraft (BGBl. Nr. 13/1967). Die ursprüngliche Beteiligung am Kapital der Bank betrug 5 Millionen US-Dollar des Feingehaltes vom 31. Jänner 1966.

Gemäß Bundesgesetz vom 9. Juni 1995, BGBl. Nr. 386/1995, übernimmt der Bund bei der Asiatischen Entwicklungsbank 6 020 zusätzliche Kapitalanteile in Höhe von je 10 000 US-\$ mit dem Feingewicht und Feingehalt vom 31. Jänner 1966.

Für 1996 sind für Barzahlungen und Bundesschatzscheineinlösungen 133,2 Millionen Schilling vorgesehen.

Inter-Amerikanische Entwicklungsbank

Die Inter-Amerikanische Entwicklungsbank wurde im Jahr 1959 gegründet.

Österreich ist am 10. Jänner 1977 Mitglied der Bank geworden (BGBl. Nr. 174/1977). Die Beteiligung Österreichs am Kapital der Bank und am Fonds für Sondergeschäfte belief sich ursprünglich auf je 5 054 578 US-Dollar mit dem Gewicht und Feingehalt vom 18. Oktober 1973.

Mit dem Bundesgesetz vom 9. Juni 1995, BGBl. Nr. 384/1995, hat sich Österreich an der 8. allgemeinen Mittelerhöhung der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank beteiligt und übernimmt einen Höchstbetrag von 9 313 zusätzlichen Kapitalanteilen der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank in Höhe von je 10 000 US-\$ mit dem Feingewicht und Feingehalt vom 1. Jänner 1959 und erhöht seinen Beitrag zum Fonds für Sondergeschäfte um einen Höchstbetrag von 56 596 883,64 Schilling.

Für 1996 sind für Bundesschatzscheineinlösungen 5 Millionen Schilling vorgesehen.

Internationale Finanzkorporation

Die Internationale Finanzkorporation (IFC) wurde im Jahre 1956 als Mitglied der Weltbankgruppe gegründet und hat die Aufgabe, den Zufluß einheimischen und ausländischen Kapitals in produktive Unternehmungen in Entwicklungsländern zu fördern. Dies geschieht vor allem durch Gewährung von Anleihen, Kapitalbeteiligungen und Investitionen.

Österreich zählt zu den Gründungsmitgliedern der IFC und hat vom ursprünglichen Grundkapital von 110 Millionen US-Dollar einen Betrag von 554 000 US-Dollar gezeichnet. Das Abkommen mit dieser Institution trat am 28. September 1956 in Kraft (BGBl. Nr. 204/1956).

Für 1996 ist mit 19 Millionen Schilling vorgesorgt.

Inter-Amerikanische Investitionsgesellschaft

Die Verhandlungen über die Gründung dieser internationalen Finanzinstitution wurden 1984 abgeschlossen. Die Schlußakte über die Gründung der Inter-Amerikanischen Investitionsgesellschaft wurden von der erforderlichen Anzahl von Staaten, u. a. auch von Österreich 1984 unterzeichnet. Österreich hat sich an dieser Finanzinstitution mit einem Betrag von 1 Million Dollar beteiligt, der in vier Teilbeträgen zu je 250 000 Dollar zu zahlen ist (BGBl. Nr. 559/1986). Die letzte Zahlung erfolgte 1990.

Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD)

Der Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung hat die Aufgabe, durch Gewährung von begünstigten Krediten und nichtrückzahlbaren Zuschüssen die landwirtschaftliche Produktion in den Entwicklungsländern zu fördern. Österreich hat das Abkommen über diese internationale Finanzinstitution am 12. Dezember 1977 ratifiziert (BGBl. Nr. 38/1978) und beteiligte sich daran mit 4,8 Millionen US-Dollar.

An der 1., 2. und 3. Wiederauffüllung hat sich Österreich im Gesamtausmaß von 231,3 Millionen Schilling beteiligt. Zur Zeit sind die Verhandlungen der 4. Wiederauffüllung, an der sich Österreich wieder beteiligen wird, noch im Gange.

Für 1996 ist für Schatzscheineinlösungen ein Betrag von 9,3 Millionen Schilling vorgesehen.

Gemeinsamer Rohstofffonds (CF)

Die Zielsetzung dieser Institution ist

1. die Finanzierung von internationalen oder international koordinierten nationalen Rohstoffausgleichslagern und

2. die Finanzierung anderer Maßnahmen (Forschungs- und Entwicklungsprojekte, Verbesserung der Produktivität usw.) in Entwicklungsländern.

Das Übereinkommen zur Gründung des Gemeinsamen Rohstofffonds wurde am 4. Mai 1983 von Österreich ratifiziert, ist jedoch erst am 19. Juni 1989 in Kraft getreten (BGBl. Nr. 507/1989). Der österreichische Anteil beträgt 2 391 005 Fondsrechnungseinheiten (FRE). Auf Grund des BGBl. Nr. 416/1991 leistet Österreich an den Gemeinsamen Rohstofffonds einen freiwilligen Beitrag in Höhe von 2 Millionen US-Dollar. Dieser Betrag wurde bereits anlässlich der 5. Welthandelskonferenz im Mai 1979 von Österreich zugesagt. Die Zahlung wird in mehreren Raten erfolgen.

Für 1996 wird keine weitere Beitragsleistung vorgesehen.

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD)

Das Übereinkommen zur Errichtung der EBRD wurde am 29. Mai 1990 von Österreich unterzeichnet und ist am 28. März 1991 in Kraft getreten (BGBl. Nr. 222/1991). Österreich hat 22 800 Anteile im Gegenwert von 228 Millionen ECU gezeichnet. Davon sind 68,4 Millionen ECU (30 vH) in fünf gleichen Jahresraten zum Teil durch Schatzscheinerlag (je 6,84 Millionen ECU), zum Teil bar (je 6,84 Millionen ECU) in den Jahren 1991 bis 1996 einzuzahlen.

Für 1996 ist für die Einlösung von Bundesschatzscheinen ein Betrag von 73 Millionen Schilling veranschlagt.

Europäische Investitionsbank (EIB)

Durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft mit 1. Jänner 1995 wurde Österreich gleichzeitig auch Mitglied der Europäischen Investitionsbank (EIB).

Für 1996 sind Mittel in Höhe von 2 088,640 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansätze 1/54093 und 2/54094 Sonstige Unternehmungen

Die Kapitaleinzahlungen erfolgen in bar oder im Verrechnungsweg zu Dividendenumwandlungen in Kapitalbeteiligung und werden zu vorangegangenen Kapitalerhöhungen der Gesellschaften mit übernommenen Einzahlungsverpflichtungen des Bundes geleistet.

Bei den veranschlagten Ausgabenbeträgen handelt es sich um die Einzahlung von Stammkapital bei der Monopolverwaltung Ges. m. b. H. und beim Österreichischen Wertpapieraufsichtsinstitut (je 1 Million Schilling).

Die Einnahmen stammen aus einer Sonderdividende der Österreichischen Salinen AG sowie aus Dividendenzahlungen folgender Gesellschaften: BUWOG — Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für Bundesbedienstete, Ges. m. b. H., Wohnungsanlagenges. m. b. H. Linz, Gemeinnützige Eisen-

bahnsiedlungsgesellschaft Linz, Ges. m. b. H., Gemeinnützige Eisenbahnsiedlungsgesellschaft, Ges. m. b. H. in Villach, Wohnbaugesellschaft der Österreichischen Bundesbahnen, Gemeinn. Ges. m. b. H., Flughafen Wien AG, Flughafen Graz Ges. m. b. H. und Flughafen Salzburg Ges. m. b. H., CA-BV, Bank Austria AG, Dorotheum Auktions-, Versatz- und Bank-Ges. m. b. H., Österreichische Salinen AG.

Paragraph 2/5407 Oesterreichische Nationalbank

Die Abfuhr der Oesterreichischen Nationalbank setzt sich aus dem gemäß § 69 Abs. 3 des Nationalbankgesetzes 1984, BGBl. Nr. 50, errechneten Anteil des Bundes am Reingewinn der Notenbank sowie der Ausschüttung einer Dividende an den Bund in seiner Eigenschaft als Aktionär der genannten Unternehmung zusammen. Der Gewinn der Oesterreichischen Nationalbank beruht vornehmlich auf dem Ertrag des Devisen-Valuten-Geschäftes.

Für das Geschäftsjahr 1995 werden 5 000 Millionen Schilling Gewinnabfuhr und eine Dividende in Höhe von 7,500 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/54084 Mit Monopolverwaltungen betraute Unternehmungen

Aus dem Bereich der Bundesbeteiligung zählt dazu die Austria Tabakwerke AG.

Der Austria Tabakwerke AG, vorm. Österreichische Tabakregie, obliegt gemäß dem Tabakmonopolgesetz 1968, BGBl. Nr. 38/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 830/1995, die Verwaltung dieses Staatsmonopols. Die Tabakregie besteht seit 1784, in der Rechtsform einer AG seit 1939. Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt seit 1. Jänner 1986 2 200 Millionen Schilling und steht zur Gänze im Eigentum der Republik Österreich.

Für das Geschäftsjahr 1995 wird eine Dividende von 308 Millionen Schilling erwartet.

Titel 541 Kapitalbeteiligung (Sonstiger Aufwand bzw. Erlöse)

Gesetzliche Grundlagen

Gemäß Artikel XII des Bundesfinanzgesetzes ist die Verfügungsermächtigung des Bundesministers für Finanzen hinsichtlich der Beteiligungen des Bundes an Unternehmungen beschränkt. Vor allem ist er zu keinen Verfügungen ermächtigt über Beteiligungen an Unternehmungen und Betrieben, die unter das 1. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 168/1946, oder das 2. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 81/1947, fallen. Weiters ist er nicht ermächtigt zu Verfügungen über Beteiligungen des Bundes an Unternehmungen, wenn an Kapitalgesellschaften die Beteiligung des Bundes ein Viertel des Grundkapitals (Stammkapitals), bei anderen Unternehmungen der Wert der Beteiligung, über die verfügt wird, ein Viertel des Wertes des Unternehmens übersteigt.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	—	350,4
1995	—	13 000,1
1995 vorl. Erf.....	—	5 888,9
1996	61,1	4 700,1

Unterschiede gegen Vorjahre

In dem für 1996 ausgewiesenen Betrag sind Erlöse aus der Veräußerung von Anteilsrechten des Bundes an der Österreichischen Postsparkasse enthalten.

Außerdem werden hier ab dem Rechnungsjahr 1996 die Ausgaben aus der Bundesvermögensverwaltung und -verwertung verrechnet.

Titel 542 Bundesdarlehen

Aufgaben

Finanzielle Interessenvertretung des Bundes und haushaltsmäßige Behandlung von Bundesdarlehen, die an verstaatlichten oder privatwirtschaftlichen Unternehmungen mit Bundesbeteiligung, welche nach BGBl. Nr. 439/1984 im primären Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Finanzen verblieben sind, gegeben worden sind oder gegeben werden, Darlehen, im Rahmen der Hilfeleistungen an osteuropäische Staaten sowie Mitwirkung an der Interessenvertretung des Bundes, Auszahlung und haushaltsmäßige Verrechnung von Wohnbaudarlehen der Österreichischen Bundesbahnen und Post- und Telegraphenverwaltung.

Kapitel 54 — Titel 545

211

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1994	280,3	234,5
1995	45,7	253,2
1995 vorl. Erf.....	268,6	245,9
1996	42,2	272,8

Für das Jahr 1996 wurden ausschließlich den Wohnbausektor betreffende Bundesdarlehen veranschlagt, und zwar: für Wohnbaudarlehen an die BUWOG — Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für Bundesbedienstete Ges. m. b. H. zur Finanzierung des allgemeinen Beamtenwohnbaues (20,500 Millionen Schilling) sowie zweckbestimmten Wohnraumfinanzierung des Bundesministeriums für Finanzen (2,700 Millionen Schilling), weiters für Wohnbaudarlehen der Österreichischen Bundesbahnen (5,000 Millionen Schilling) und der Post- und Telegraphenverwaltung (7,500 Millionen Schilling) zur Finanzierung der Wohnraumbeschaffung für ihre Bediensteten.

Außerdem wurden auf Grund entsprechender Darlehensbestimmungen zu den BUWOG-, ÖBB-, PTV- und ÖBF-Wohnbaudarlehen für die Kapitalisierung von Darlehenszinsen (weitere Darlehenszahlung) rund 4,7 Millionen Schilling veranschlagt.

Die Auszahlung von Wohnbaudarlehen der ÖBB und PTV erfolgt laut Anforderung der beiden Stellen an gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgenossenschaften mit und ohne Bundesbeteiligung.

Zur Verrechnung der Darlehen im Sinne der Ermächtigung gemäß Art. V (1) 9 BFG 1994 ist der VA-Ansatz 1/54285 „Ausland“ und zur Verrechnung der Zinsen und Darlehensrückzahlungen der Paragraph 2/5428 „Ausland“ vorgesehen. Im BVA 1996 sind Zinseinnahmen in Höhe von 110 Millionen Schilling präliminiert.

Bei den Einnahmen handelt es sich weiters um Darlehenszinsen und Darlehensrückzahlungen aus dem Bereich der Wohnbaudarlehen sowie allgemein aus früheren Darlehensgewährungen an Gesellschaften mit Bundesbeteiligung, wie zB der Großglockner-Hochalpenstraßen AG, „Dachstein“ Fremdenverkehrs-AG, Flughafen Linz Ges. m. b. H., Flughafen Salzburg Betriebsges.m.b.H., Aichfeld-Murboden Ges. m. b. H. Die Beträge werden teils bar an den Bundeshaushalt abgeführt oder buchmäßig verrechnet.

Titel 545 Einziehungen zum Bundesschatz**Gesetzliche Grundlage**

Verbotsgesetz, StGBI. Nr. 13/1945.

Aufgaben**Ehem. NS-Vermögen**

Das ehemalige NS-Vermögen ist auf Grund des Verbotsgesetzes, in das Eigentum der Republik Österreich übergegangen. Die restlichen Erlöse aus dieser nahezu vollständig liquidierten Vermögensmasse fließen dem Bundeshaushalt zu. Ebenso werden die Erträge aus solchen Vermögenswerten und deren Verwaltungskosten beim Titel 545 verrechnet.

Erblose Nachlässe, Abgabenüberzahlungen und Verwahrnisse

Als weitere Einnahmen sind Einziehungen zum Bundesschatz von erblosen Nachlässen auf Grund des § 760 ABGB, von Abgabenguthaben und von nicht beanspruchten Verwahrnissen veranschlagt. Mit diesen Einnahmen korrelieren Ausgaben, welche aus der Rückzahlung von zum Bundesschatz eingezogenen Beträgen entstehen und infolge nicht beeinflussbarer Willenserklärungen der Anspruchsberechtigten nur schwer präliminierbar sind.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1994	0,4	82,6
1995	2,0	71,2
1995 vorl. Erf.....	—	84,7
1996	2,0	73,7

Die Voranschlagsbeträge richten sich nach der Entwicklung der Vorjahre.

Titel 546 Unbewegliches Bundesvermögen**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesfinanzgesetz 1996 — Art. XI;

Vermögensverfallgesetz, BGBl. Nr. 213, in der Fassung BGBl. Nr. 285/1955;

Vermögensverfallamnestie, BGBl. Nr. 155/1956, in der Fassung BGBl. Nr. 173/1962;

Bundesgesetz über die Errichtung einer Bundesimmobiliengesellschaft (BIG-Gesetz), BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 494/1993.

Aufgaben

Das unbewegl. Bundesvermögen wird von den verschiedensten Bundesorganen unmittelbar oder auch mittelbar verwaltet. Dem Bundesminister für Finanzen obliegt es nun, Verfügungen über dieses unbewegl. Bundesvermögen, wie Verkäufe, Tausche, Belastungen mit Baurecht, Servitutseineräumungen, im Rahmen der ihm vom Gesetzgeber eingeräumten Befugnisse derartig zu treffen, daß eine gleichartige und kontinuierliche Vorgangsweise gewährleistet ist. Sind aber Verfügungen erforderlich, die im BFG rechtlich nicht begründet sind, hat der Bundesminister für Finanzen die Zustimmung des Gesetzgebers im Wege eines gesonderten Ermächtigungsgesetzes einzuholen.

Gemäß BIG-Gesetz kann der Bundesminister für Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten das Recht der Fruchtnießung an bestimmten bundeseigenen Liegenschaften der Bundesimmobiliengesellschaft übertragen.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1994	—	737,7
1995	0,0	830,1
1995 vorl. Erf.....	0,4	991,0
1996	1,9	1 396,3

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Veranschlagung für 1996 richtet sich nach den in Aussicht genommenen Grundstücksveräußerungen. Außerdem sind Einnahmen in Höhe von 1,107 Millionen Schilling für die Übertragung des Fruchtgenußrechtes an bundeseigenen Liegenschaften veranschlagt.

Einnahmen

Die Einnahmen ergeben sich aus Veräußerungserlösen sowie aus Entgelten für Belastungen von Grundstücken (zB Bauzinse, einmalige Servitutsentgelte einschließlich Fruchtgenußentgelt) in allen Fällen aus dem gesamten Bereich der Hoheitsverwaltung. Ferner wurden die im Bereich des Finanzressorts anfallenden Bestandzinsen (Nutzungen usw.) veranschlagt.

Die Steigerung der Einnahmen gegenüber dem Jahr 1995 ergibt sich durch die höheren Abfuhrbeträge der Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H., was eine höhere Veranschlagung der Ausgaben für Provisionszahlungen im Jahre 1996 zur Folge hat.

Titel 547 Haftungsübernahmen des Bundes**Gesetzliche Grundlagen**

Energieanleihegesetze, BGBl. Nr. 50/1953, 58/1955, 75/1957, in der Fassung BGBl. Nr. 175/1957, 48/1958, 176/1959, 269/1959, 223/1960, 273/1961, 197/1962, 287/1963, 291/1964, 168/1965, 93/1966, 153/1967, 230/1968, 110/1969, 326/1970, 225/1972, 578/1973, 789/1974, 294/1975, 139/1978, 59/1979, in der Fassung BGBl. Nr. 311/1994 sowie 547/1982, in der Fassung BGBl. Nr. 114/1994;

Haftungen für Investitionskredite land- und forstwirtschaftlicher Betriebe auf Grund der Bundesfinanzgesetze 1959 bis 1988;

Auslandsanleihegesetz 1962, BGBl. Nr. 74/1962;

Prämiensparförderungsgesetz, BGBl. Nr. 143/1962, in der Fassung BGBl. Nr. 532/1993;

Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Auslandskredite an die Österreichische Elektrizitäts-Wirtschafts AG (Verbundgesellschaft) und an die Tauernkraftwerke AG, BGBl. Nr. 159/1963;

Atomhaftpflichtgesetz, BGBl. Nr. 117/1964, in der Fassung BGBl. Nr. 628/1991;

Kapitel 54 — Titel 547

213

- Bundesgesetz, betreffend die Finanzierung der Autobahn Innsbruck—Brenner, BGBl. Nr. 135/1964, in der Fassung BGBl. Nr. 638/1975;
- Ausfuhrförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 215/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 733/1995;
- Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 216/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 704/1995;
- Ausfuhrförderungsverordnung 1981, BGBl. Nr. 257/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 130/1994;
- AUA-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 335/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 548/1982;
- Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Kredite an die Felbertauernstraße- Aktiengesellschaft, BGBl. Nr. 293/1964, in der Fassung BGBl. Nr. 256/1968;
- Haftungen des Bundes für Kreditoperationen (Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite) des „Wasserwirtschaftsfonds“ auf Grund der Bundesfinanzgesetze 1976, 1977, 1979, 1980, 1982 bis 1986;
- Haftungen des Bundes für Kreditoperationen (Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite) des „Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds“ auf Grund der Bundesfinanzgesetze 1987 bis 1993;
- Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke Aktiengesellschaft, BGBl. Nr. 233/1968, in der Fassung BGBl. Nr. 28/1971;
- Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Österreichischen Rundfunk Gesellschaft m.b.H., BGBl. Nr. 396/1968, in der Fassung BGBl. Nr. 27/1971;
- Tauernautobahn-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 115/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 591/1982;
- Bundesgesetz, mit dem Maßnahmen zur Verbesserung der Besitzstruktur bäuerlicher Betriebe gefordert werden, BGBl. Nr. 298/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 731/1974;
- Pyhrn Autobahn-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 479/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 591/1982;
- IAKW-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 150/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 223/1985;
- Arlberg-Schnellstraße-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 113/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 591/1982;
- Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Darlehen und sonstige Kredite der Flughafen Wien Betriebsges. m. b. H., BGBl. Nr. 116/1973;
- Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke-Alpine Montan AG, BGBl. Nr. 579/1973;
- Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Darlehen und sonstige Kredite der Axamer Lizum Aufschließungs AG, BGBl. Nr. 185/1974;
- Erdgasanleihegesetz, BGBl. Nr. 420/1974, in der Fassung BGBl. Nr. 60/1979;
- Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der ELIN-Union Aktiengesellschaft für elektrische Industrie, BGBl. Nr. 788/1974, in der Fassung BGBl. Nr. 45/1979;
- ÖIAG-Anleihegesetz, BGBl. Nr. 295/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 973/1993;
- Chemie-Anleihegesetz, BGBl. Nr. 156/1976;
- Erdölbevorratungs-Förderungsgesetz, BGBl. Nr. 161/1977, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 383/1992;
- Garantiegesetz 1977, BGBl. Nr. 296/1977, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 255/1993;
- Polenkohlegarantiegesetz, BGBl. Nr. 555/1980, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 290/1981;
- Bundesgesetz, mit dem eine Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierung-Aktiengesellschaft errichtet wird, BGBl. Nr. 591/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 419/1991;
- Haftungen des Bundes für Kreditoperationen des „Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds“ und des „Wohnhaus-Wiederaufbau-Stadterneuerungsfonds“ auf Grund des Bundesfinanzgesetzes 1988;
- Haftung des Bundes für Kreditoperationen der Ersten Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft auf Grund des Bundesfinanzgesetzes 1986;
- Haftung für Schuldverschreibungen von Einlagensicherungseinrichtungen gemäß § 93 Abs. 5 BWG; BGBl. Nr. 532/1993.

214

Kapitel 54 — Titel 547

Haftung des Bundes für Kreditoperationen der Österreichischen Bundesbahnen bei der EURO-FIMA, BGBl. Nr. 968/1993.

Haftung des Bundes für Kreditoperationen gemäß Arbeitsmarktförderungsgesetz und Arbeitslosenversicherungsgesetz auf Grund des Bundesfinanzgesetzes 1994 in der Fassung BGBl. Nr. 665/1994 und BGBl. Nr. 975/1994;

Aufgaben

Im Rahmen der Förderungsaufgaben des Bundes haben die Bundeshaftungen mit der Entwicklung der österreichischen Wirtschaft vornehmlich auf dem Gebiete der Investitionsfinanzierung und auf dem Gebiete der Exportförderung zunehmend an Bedeutung erlangt.

Bis einschließlich 1994 wurden Bundeshaftungen von rund 2 458 426 Millionen Schilling übernommen.

	Millionen Schilling
Die Rechnungsabschlüsse der Jahre bis einschließlich 1994 weisen Inanspruchnahmen des Bundes aus übernommenen Haftungen von zusammen.....	rund 136 445
aus, denen Einnahmen aus Haftungsentgelten (hauptsächlich bei der Ausfuhrförderung) und Rückzahlungen von Regreßforderungen im Betrage von.....	rund 121 520
entgegenstehen. Die Nettobelastung des Bundes betrug	rund 14 925
somit nur rund 0,60 vH der bisher übernommenen Bundeshaftungen.	

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1994	15 007,2	10 684,3
1995	13 306,6	10 854,2
1995 vorl. Erf.....	10 698,5	11 566,2
1996	13 098,6	11 151,3

Die Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des AFG und AFFG beruht auf der Einschätzung der internationalen Entwicklung.

Haftungsobligo

In der folgenden Tabelle wird das Haftungsobligo des Bundes zu Ende der Jahre ab 1980 aufgezeigt, wie es sich jeweils aus den Haftungsübernahmen abzüglich der erfolgten Tilgungen ergab:

Entwicklung des Haftungsobligos des Bundes 1) 2)

Jahr	Stand der Haftungen	davon entfallen auf Haftungen in		Jahr	Stand der Haftungen	davon entfallen auf Haftungen in	
		Fremdwährung	Schillingwährung			Fremdwährung	Schillingwährung
		in Millionen Schilling				in Millionen Schilling	
1980	258 410	73 140	185 270	1988	520 507	148 172	372 335
1981	360 693	117 112	243 581	1989	560 209	166 715	393 494
1982	400 615	118 078	282 537	1990	598 398	183 700	414 698
1983	440 818	126 908	313 910	1991	614 193	194 102	420 091
1984	490 127	147 380	342 747	1992	644 673	219 415	425 258
1985	497 593	141 076	356 517	1993	676 721	242 757	433 964
1986	496 643	134 345	362 298	1994	661 580	223 641	437 939
1987	499 404	137 263	362 141	30. 6. 1995 3)	682 406	233 290	449 126

Stand der Haftungen des Bundes per 30. Juni 1995 1) 4)

	Stand per 30. 6. 1995 Millionen Schilling	
Elektrizitätswirtschaft:		
a) Auslandskredite	2 553,2	
b) Auslandsanleihen	6 083,8	
c) Energieanleihen (Inland)	7 177,6	
d) Sonstige Inlandkredite	5 254,1	21 068,7
Ausfuhrförderungsgesetz		321 993,3
Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz		158 538,6

Fußnoten auf Seite 219.

Kapitel 54 — Titel 548

215

Stand per 30. 6. 1995
Millionen Schilling

Agrarinvestitionskredite		561,2	
Verstaatlichte Unternehmungen (ohne E-Wirtschaft)		49 983,2	
Unternehmen, an denen der Bund beteiligt ist:			
a) Straßenbau	73 726,4		
b) Bundeshochbauten	4 797,1		
c) Eisenbahnhochleistungsstrecken	20 811,3		
d) Sonstiges	19,3	99 354,1	
Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds		15 805,2	
Bundeswohnbaufonds		2 885,0	
Sonstige Kredite:			
a) Prämiensparen	0,4		
b) Finanzierungsgarantie Ges. m. b. H.	6 240,5		
c) Atomhaftpflichtgesetz	260,0		
d) Erdöllagerges. m. b. H.	999,4		
e) Polenkohlegarantiegesetz	445,6		
f) ÖBB-EUROFIMA	2 920,7		
g) Österr. Arbeitsmarktservice	1 350,0	12 216,6	
Gesamtsumme		682 405,9	

Haftungsinanspruchnahmen und Rückflüsse aus Haftungsinanspruchnahmen 5)
1980—1995

	Ausfuhrförderung ⁶⁾		Übrige	
	Inanspruch- nahme	Rückflüsse	Inanspruch- nahme	Rückflüsse
	in Millionen Schilling			
1980	1 898,6	926,9	26,6	3,1
1981	2 660,7	2 242,1	362,8	6,2
1982	3 772,5	1 771,1	374,6	2,6
1983	3 830,5	1 327,7	260,1	4,2
1984	5 689,2	2 724,0	69,0	1,5
1985	7 097,8	6 961,3	39,8	4,9
1986	9 100,2	3 666,2	16,5	0,2
1987	9 329,6	9 618,3	34,1	2,4
1988	6 162,4	3 902,0	40,0	2,0
1989	9 187,5	8 071,6	38,7	2,2
1990	9 627,9	5 804,2	37,0	2,0
1991	14 851,6	11 032,6	59,4	4,9
1992	13 424,8	8 329,8	59,7	1,7
1993	14 274,6	8 550,7	40,9	1,9
1994	14 758,2	7 497,1	84,9	0,2
1995	10 375,4	8 281,7	100,3	5,7

Titel 548 Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen

Gesetzliche Grundlagen

Bundesgesetz betreffend den Übergang von ERP-Verbindlichkeiten, BGBl. Nr. 237/1965;

Bundesgesetz betreffend den Übergang von ERP-Verbindlichkeiten, BGBl. Nr. 644/1973;

IAKW-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 150/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 223/1985;

Abkommen über die Errichtung und Verwaltung eines Gemeinsamen Fonds zur Finanzierung größerer Reparaturen und Erneuerungen im Internationalen Zentrum Wien, BGBl. Nr. 364/1981;

ÖIAG-Anleihegesetz, BGBl. Nr. 295/1975, BGBl. Nr. 298/1981, BGBl. Nr. 602/1981, BGBl. Nr. 633/1982, BGBl. Nr. 589/1983, BGBl. Nr. 298/1987 und BGBl. Nr. 973/1993;

Bundesgesetz über Leistungen des Bundes an die Österreichische Länderbank AG, BGBl. Nr. 206/1982;

Fußnoten auf Seite 219.

216

Kapitel 54 — Titel 548

Bundesgesetz über die Gewährung von Zuschüssen an Gesellschaften, an denen der Bund mehrheitlich beteiligt ist, BGBl. Nr. 484/1985;

Bundesgesetz betreffend ua. die Finanzierung von Bundeshochbauten, BGBl. Nr. 510/1987;

Bundesgesetz betreffend ua. die Finanzierung von Eisenbahn-Hochleistungsstrecken, BGBl. Nr. 135/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 655/1994;

Leistung eines weiteren Beitrages zur Weltbank-Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR), BGBl. Nr. 255/1990 und BGBl. Nr. 767/1992;

Leistung eines Beitrages zur von der Weltbank verwalteten Globalen Umweltfazilität, BGBl. Nr. 417/1991;

Übergang einer ERP-Verbindlichkeit der indischen Regierung auf den Bund als Alleinschuldner, BGBl. Nr. 317/1979.

Aufgaben

Haushaltsrechtliche und haushaltsmäßige Behandlung verschiedener Zahlungen des Bundes an Gesellschaften mit Bundesbeteiligung oder anderen Einrichtungen, wozu die Durchführung dem Bundesministerium für Finanzen vorbehalten oder übertragen wurde, und die auf Grund von Bundesgesetzen, Ministerratsbeschlüssen, gesellschaftsrechtlichen Beschlüssen oder grundsätzlicher Genehmigung im Rahmen des Bundesfinanzgesetzes geleistet werden. Unter diese Zahlungen fallen: Rückzahlungen an den ERP-Fonds, Kostenersatzzahlungen an die IAKW oder die ÖKZ, Beitragsleistungen an den Reparaturfonds des VIC, Baukostenzuschüsse an die DOKW-AG für die Finanzierung von Mehrzweckanlagen bei Kraftwerksbauten, Zuschüsse an Gesellschaften für die Abdeckung des laufenden Aufwandes oder Verlustabdeckung sowie Investitionszuschüsse, Zuschüsse an die DDSG, ersatzweise Zahlung von Tilgungsbeträgen an oder für die ÖIAG gemäß den Bundesgesetzen zum ÖIAG-Anleihegesetz, Ersatzzahlungen an die Bank Austria AG und die Creditanstalt-Bankverein auf Grund der zitierten Bundesgesetze, Kostenersatzzahlungen an die ASFINAG zur Hochbaufinanzierung und Finanzierung von Eisenbahn-Hochleistungsstrecken sowie Zahlungen an Internationale Finanzinstitutionen. Bei den Einnahmen wird ua. die Gewinnabfuhr der Österreichischen Postsparkasse verrechnet.

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichs-
	Sachausgaben	Einnahmen	haushalt
	Millionen Schilling		
1994	4 707,5	159,1	1 251,8
1995	3 373,5	158,0	4 345,6
1995 vorl. Erf.....	3 474,1	212,9	4 348,8
1996	5 981,0	296,2	1 910,2

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Abweichungen gegenüber 1995 ergeben sich hauptsächlich auf Grund der Zinszahlungen nach den ÖIAG-Anleihegesetzen.

Weitere Abweichungen ergeben sich aus höheren Ersatzzahlungen an die ASFINAG für die Finanzierung von Eisenbahn-Hochleistungsstrecken und Hochbauten..

Voranschlagsansatz 1/54817 Zahlungen an den ERP-Fonds

Gemäß BGBl. Nr. 237/1965 sind die ERP-Verbindlichkeiten von drei Unternehmungen des Kohlen- und Buntmetallbergbaues auf den Bund übergegangen. Hinsichtlich der stillgelegten Bergbaubetriebe Grünbach und Tauchen ist die Verpflichtung des Bundes erloschen. Für die Kupferbergbau Mitterberg Ges. m. b. H. hat der Bund Zahlungen in der Höhe von rund 6 Millionen Schilling in 50 Jahresraten an den ERP-Fonds zu leisten. Als 31. Rate werden für 1996 128 000 Schilling benötigt.

Gemäß Artikel I des Bundesgesetzes Nr. 644/1973 sind die ERP-Verbindlichkeiten von drei Gesellschaften des Kohlenbergbaues und der Fernheizkraftwerk Pinkafeld Ges. m. b. H. auf den Bund als Alleinschuldner übergegangen. Die Tilgung erfolgt in 50 Jahresraten. Als Jahresrate 1996 wurden für Kapital und Zinsen 5,526 Millionen Schilling veranschlagt.

Kapitel 54 — Titel 548

217

Paragraph 5482 Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien

Unter diese Ausgaben fallen die jährlichen Kostenersatzzahlungen des Bundes zum Bau, Betrieb und zur Finanzierung des Internationalen Zentrums Wien sowie Österreichischen Konferenzzentrums und Beitragsleistungen an den Reparaturfonds des Internationalen Zentrums Wien. Die Einnahmen betreffen Mieterträge aus der Untervermietung von Räumlichkeiten im Internationalen Zentrum Wien.

Die Kostenersatzzahlungen des Bundes umfassen daher noch für die Jahre ab 1988 die in der 3. IAKW-Finanzierungsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 223/1985, geregelte Bereitstellung von Bundesmitteln für die Ausfinanzierung der Bauaufwendungen sowie die Erhaltung und Verwaltung der beiden Gebäude.

Für das Jahr 1996 wurden als Kostenersatz des Bundes 150,0 Millionen Schilling (lfd. Transferzahlungen) veranschlagt. Als Mietertrag aus der Untervermietung von Räumlichkeiten im Internationalen Zentrum Wien werden 2,6 Millionen Schilling erwartet.

Das Abkommen über die Errichtung und Verwaltung eines gemeinsamen Fonds zur Finanzierung größerer Reparaturen und Erneuerungen im Internationalen Zentrum Wien (BGBl. Nr. 364/1981) bestand bis 1985 zwischen der Republik Österreich, den Vereinten Nationen und der Internationalen Atomenergieorganisation und wurde mit 1. Jänner 1986 auf die UNIDO ausgedehnt. Die laut Abkommen vorgesehenen jährlichen Beitragsleistungen haben sich dadurch für die einzelnen Mitglieder von 33 333 US\$ auf 25 000 US\$ verringert. Von der Republik Österreich sind außerdem größere Reparaturen und Erneuerungen zu bevorschussen.

Für 1996 wurden hierfür insgesamt 9,625 Millionen Schilling veranschlagt.

Vorschlagsansatz 1/54838 Abgeltung an Donaukraftwerke für Aufwand im öffentlichen Interesse

Zur Durchführung des Ausbauprogramms der Verbundgruppe werden neben der Zuführung von Eigenkapital den Gesellschaften jene Kosten abgegolten, die ihnen aus der Errichtung von nicht der Stromerzeugung dienenden Anlagen, wie zB Schleusen, entstehen.

Der Beitrag für das Kraftwerk Melk der Österreichischen Donaukraftwerke AG wurde gemäß Ministerratsbeschluß vom 9. Mai 1978 mit 1 850 Millionen Schilling zuzüglich Umsatzsteuer und Zwischenfinanzierungskosten festgelegt. Als 18. Jahresrate wurden für 1996 165,400 Millionen Schilling veranschlagt.

Der Beitrag für das Kraftwerk Greifenstein der Österreichischen Donaukraftwerke AG wurde gemäß Ministerratsbeschluß vom 31. März 1981 mit 2 350 Millionen Schilling zuzüglich Umsatzsteuer festgelegt. In weiterer Folge wurde auf eine Zwischenfinanzierung durch die Gesellschaft übergegangen.

Für das Jahr 1996 sind 154,400 Millionen Schilling veranschlagt.

Der Beitrag für das Kraftwerk Freudenau der Österreichischen Donaukraftwerke AG wurde gemäß Ministerratsbeschluß vom 28. Juli 1992 mit 1 500 Millionen Schilling zuzüglich Zwischenfinanzierungskosten festgelegt.

Für das Jahr 1996 sind 201,200 Millionen Schilling veranschlagt.

Vorschlagsansatz 1/54846 Sonstige Zahlungsverpflichtungen; Förderungen

Hiezu zählen Zuschüsse an die Olympia-Eissportzentrum-Innsbruck-Ges. m. b. H. zur Abdeckung des laufenden Aufwandes (4,0 Millionen Schilling), Zuschüsse an die Erste Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft (DDSG) zur Abdeckung des zu erwartenden Finanzierungsbedarfes (58,0 Millionen Schilling).

Vorschlagsansätze 1/54847 und 7/54847 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)**Ersatz an ÖIAG**

Auf Grund der ÖIAG-Finanzierungsgesetze, BGBl. Nr. 298/1981, BGBl. Nr. 602/1981, BGBl. Nr. 633/1982, BGBl. Nr. 589/1983, BGBl. Nr. 298/1987 und BGBl. Nr. 973/1993, werden zu den für die Sanierung, Umstrukturierung und Eigenkapitalausstattung der VOEST, VEW, BBU bzw. Nachfolgesellschaft genehmigten Kreditaufnahmen der ÖIAG Kreditzinsen und Tilgungszahlungen aus dem Bundeshaushalt geleistet.

Für 1996 wurden die erforderlichen Mittel für Zinsen mit 2 865,094 Millionen Schilling und Tilgungen mit 1 910,185 Millionen Schilling angesetzt.

Beiträge an die Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR)

Gefördert von der Weltbank, der FAO und dem UNDP wurde die CGIAR im Jahre 1971 mit dem Ziel gegründet, die Unterstützung für die internationale Forschung auf dem Gebiet der Landwirtschaft zu koordinieren und zu verstärken, um die Produktion von Nahrungsmitteln in den Entwicklungsländern zu verbessern.

Österreich leistete 1986 erstmals einen Beitrag von 1 Million US-Dollar. Seither wurde jährlich ein gleich hoher Beitrag gezahlt (BGBl. Nr. 293/1987, BGBl. Nr. 255/1990, BGBl. Nr. 767/1992).

Im Jahre 1992 wurde mit BGBl. Nr. 395/1992 festgelegt, den österreichischen Anteil für die Jahre 1993, 1994 und 1995 auf 4,5 Millionen US-Dollar zu erhöhen.

Für 1996 ist ein Beitrag in Höhe von 16,5 Millionen Schilling vorgesehen.

Die Höhe der Beiträge für die nächste 3-Jahresperiode steht zur Zeit noch nicht fest. Es darf jedoch von der Beibehaltung der jetzigen Summen ausgegangen werden.

Globale Umweltfazilität der Weltbank

1991 wurde die Globale Umweltfazilität der Weltbank gegründet, die die Finanzierung von Programmen und Projekten zur Bekämpfung globaler Umweltprobleme zum Ziel hat. Österreich hat sich zur Leistung eines Beitrages in Höhe von 400 Millionen Schilling verpflichtet (BGBl. Nr. 417/1991). Die Zahlung dieses Betrages erfolgt durch Schatzscheinerlag in drei gleichen Raten in den Jahren 1991 bis 1993.

Mit Bundesgesetz vom 9. Juni 1995, BGBl. Nr. 387/1995, hat sich Österreich zur Leistung eines Beitrages zur 1. Wiederauffüllung der Globalen Umweltfazilität in Höhe von 231,51 Millionen Schilling verpflichtet. Dieser Betrag wird zur Gänze in Bundesschatzscheinen in drei gleichen Raten beginnend im Jahre 1995, geleistet werden.

Für 1996 ist für Schatzscheineinlösungen ein Betrag von 150,0 Millionen Schilling vorgesehen.

Vorschlagsansatz 1/54848 Aufwendungen**Leistungen an Bank Austria AG**

Gemäß Bundesgesetz von 31. März 1982, BGBl. Nr. 206 hat der Bund der Gesamtrechtsnachfolgerin Bank Austria AG Zinsen und Tilgungen in Höhe von 273,518 Millionen Schilling im Jahr 1996 zu ersetzen.

Leistungen an Creditanstalt-Bankverein

Gemäß Bundesgesetz vom 6. November 1985, BGBl. Nr. 484/1985, ist für die vorgesehene Übernahme von Annuitätenzahlungen zu den von der CA-BV an ihre Tochtergesellschaften Steyr-Daimler-Puch AG, Maschinenfabrik Andritz AG und Maschinenfabrik Heid AG gewährten Zuschüssen die Veranschlagung von 400,0 Millionen Schilling vorgenommen worden.

Leistungen an ÖIAG

Gemäß Bundesgesetz vom 30. Dezember 1993, BGBl. Nr. 973/1993, sind vom Bund der ÖIAG alle anfallenden Rechtsgeschäftsgebühren und sonstigen Kosten aus der Umschuldung von bundesbehäfteten Anleihen, Darlehen oder Krediten zu ersetzen.

Für 1996 ist ein Betrag von 67,5 Millionen Schilling vorgesehen.

Ersatz an ASFINAG

Für die gemäß BGBl. Nr. 510/1987 und BGBl. Nr. 136/1989, in Verbindung mit BGBl. Nr. 591/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 963/1993, zu leistenden Mindestkostenersätze des Bundes an die Autobahnen- und Schnellstraßen Finanzierungs-AG (ASFINAG) für deren Hochbau- und Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-Finanzierung, wurden für 1996 300,0 bzw. 1 160,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Vorschlagsansatz 2/54834 Verschiedene Abfahren**Gesetzliche Grundlage**

Postsparkassengesetz, BGBl. Nr. 458/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 763/1992.

Der Anteil des Bundes am Reingewinn der Österreichischen Postsparkasse wird auf Grund des Geschäftsergebnisses im Jahre 1995 mit 250 Millionen Schilling angenommen.

Paragraph 2/5484 Sonstige Forderungen*EFTA-Industrieentwicklungsfonds für Portugal*

Zur Stärkung der portugiesischen Wirtschaft beschloß der EFTA-Rat die Errichtung des EFTA-Industrieentwicklungsfonds für Portugal, zu dem die EFTA-Mitgliedsstaaten durch fünf Jahre Beiträge leisten. Die innerhalb dieser fünf Jahre nicht angeforderten Beiträge können während fünf weiterer Jahre nachgefordert werden. Die Zahlung des Restbetrages erfolgte im Jahr 1987. Der Fonds vergibt Darlehen zur Entwicklung der portugiesischen Industrie. Die Rückzahlung des Fondskapitals an die Mitgliedstaaten sollte ab dem zehnten Jahr des Inkrafttretens des Fonds in 15 Jahresraten erfolgen. Als erste Rate gingen im Jahr 1988 13,7 Millionen Schilling ein. Auf Ersuchen Portugals wurden vom EFTA-Rat die weiteren Rückzahlungen jedoch bis zum Jahr 1998 aufgeschoben.

Ab dem fünften Jahr des Bestehens des Fonds werden für die geleisteten Beiträge Zinsen gezahlt. Für 1996 wurden hierfür 5,4 Millionen Schilling veranschlagt.

1) In der Regel wird die Bundeshaftung auch für die Zinsen und Kosten übernommen; das tatsächliche Haftungsobligo ist und war daher um diese nur schwer abschätzbaren jeweiligen Nebenkosten höher, als in der Tabelle aufgezeigt wird.

2) Kapitalbeträge.

Die Beträge früherer Jahre sind aus folgenden Amtsbehelfen zu ersehen: 1948—1959: Amtsbehelf zum BFG 1983, Seite 387 und 1960—1979: Amtsbehelf zum BFG 1992, Seite 211.

3) Neben diesen vom Bundesminister für Finanzen auf Grund gesetzlicher Ermächtigungen übernommenen Haftungen haftet der Bund gemäß § 1 Abs. 2 des Postsparkassengesetzes 1969, BGBl. Nr. 458, für die Verbindlichkeiten der Österreichischen Postsparkasse. Diese betragen zum 31. Dezember 1994 184 333 Millionen Schilling.

4) Kapitalbeträge.

5) Bei den Haftungsübernahmen für die Elektrizitätswirtschaft und den Bausektor im Bereich des Bundes erfolgten keine Haftungsanspruhen.

Die Beträge früherer Jahre sind aus folgenden Amtsbehelfen zu ersehen: 1948—1959: Amtsbehelf zum BFG 1983, Seite 387 und 1960—1979: Amtsbehelf zum BFG 1992, Seite 211.

6) Auf Grund des Ausfuhrförderungsgesetzes und des Ausfuhrfinanzierungs-Förderungsgesetzes.

220

Kapitel 55 — Titel 550**Kapitel 55 Pensionen (Hoheitsverwaltung)**

Bei diesem Kapitel werden bei den Ausgaben die Pensionen einschließlich der Todesfallbeiträge und des Bundespflegegeldes sowie die Dienstgeberbeiträge nach dem B-KUVG für die Bediensteten der Hoheitsverwaltung des Bundes und für die sonstigen Bediensteten veranschlagt, ebenso die Ersätze für Pensionen der Landeslehrer sowie die Pensionen der Österreichischen Bundesbahnen und der Post- und Telekom Austria AG. Bei den Einnahmen werden die Pensionsbeiträge und besonderen Pensionsbeiträge der aktiven Bediensteten der Hoheitsverwaltung des Bundes veranschlagt, ebenso die Überweisungen der Pensionsversicherungsträger, Zahlungen der Österreichischen Postsparkasse, die Beiträge der Österreichischen Bundesbahnen und der Post- und Telekom Austria AG zur Deckung der Pensionsaufwendungen und einige andere Ersatzleistungen. Die Anzahl der Pensions- und Provisionsempfänger am Ende der Jahre 1990 bis 1994 ist der Übersicht am Ende der Erläuterungen zu Kap. 55 zu entnehmen.

Gesamtgebarung

	Personal-	Sach-	Summe	Ein-
	ausgaben	ausgaben		nahmen
				Millionen Schilling
1994	47 463,6	8 581,5	56 045,1	10 991,6
1995	29 427,5	29 993,1	59 420,6	12 133,5
1995 vorl. Erf..	28 888,0	29 784,1	58 672,2	12 142,7
1996	30 147,6	38 381,3	68 528,9	15 390,0

Im einzelnen ist zu bemerken:

Titel 550 Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes**Gesetzliche Grundlagen**

- Pensionsgesetz 1965, BGBl. Nr. 340, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 522/1995;
- Pensionsüberleitungsgesetz, BGBl. Nr. 187/1949;
- Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995;
- Bundespflegegeldgesetz, BGBl. Nr. 110/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 131/1995;
- Bundesgesetz BGBl. Nr. 295/1969 über die Anrechnung von Ruhestandszeiten und über die Gewährung von Zulagen an Bundesbeamte;
- Nebengebühreuzulagengesetz, BGBl. Nr. 485/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 522/1995;
- Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 297/1995;
- Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 200/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 832/1995;
- Postsparkassengesetz, BGBl. Nr. 458/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 532/1993.

Die Ruhe(Versorgungs)genüsse von Pensions(Provisions)parteien, die weder unter die Bestimmungen des Gehaltsüberleitungsgesetzes noch unter jene des Pensionsüberleitungsgesetzes fallen, wurden auf Grund des § 11 Abs. 2 des Pensionsüberleitungsgesetzes unter Bedachtnahme auf die Grundsätze dieses Bundesgesetzes durch Verordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates oder neu durch Bundesgesetz geregelt. Diese Regelungen wurden mit den BGBl. Nrn. 15/1951, 51/1952, 52/1952, 53/1952, 148/1952, 159/1958, 120/1960, 121/1960, 120/1963, 255/1967 und 295/1973 bekanntgegeben.

Der Aufwand für die außerordentlichen Versorgungsgenüsse ist bedingt durch die im Gnadenwege vom Herrn Bundespräsidenten bewilligten Bezüge.

	Personal-	Sach-	Summe	Ein-
	ausgaben	ausgaben		nahmen
				Millionen Schilling
1994	27 389,1	101,7	27 490,8	221,6
1995	29 042,4	666,3	29 708,7	223,9
1995 vorl. Erf..	28 523,5	596,8	29 120,3	219,7
1996	29 777,2	640,9	30 418,2	226,9

Kapitel 55 — Titel 551 bis 554

221

Titel 551 Ersätze an Länder**Gesetzliche Grundlage**

Finanzausgleichsgesetz 1993, BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 853/1995.

Pensionsreformgesetz 1993, BGBl. Nr. 334 (Artikel XI), hinsichtlich des Pensionsversicherungsbeitrages.

Aufgaben

Gemäß § 3 des Finanzausgleichsgesetzes ersetzt der Bund den Ländern die Pensionsausgaben für die unter ihrer Dienstherrschaft stehenden Lehrer an öffentlichen allgemeinbildenden Pflichtschulen, an berufsbildenden Pflichtschulen und an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen sowie für die Angehörigen und Hinterbliebenen dieser Lehrer in der Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem Pensionsaufwand für diese Personen und den für die Landeslehrer von den Ländern vereinnahmten Pensionsbeiträgen, besonderen Pensionsbeiträgen, Pensionsversicherungsbeiträgen und Überweisungsbeträgen.

	Sachausgaben Millionen Schilling
1994	8 475,9
1995	8 714,2
1995 vorl. Erf.	8 529,3
1996	8 857,2

Titel 552 Sonstige Bedienstete**Gesetzliche Grundlagen**

Die beim Titel 550 angeführten Bundesgesetze und zusätzlich

Salzmonopolgesetz, BGBl. Nr. 124/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 518/1995;

Dorotheumsgesetz, BGBl. Nr. 66/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 334/1993;

Staatsdruckereigesetz, BGBl. Nr. 340/1981;

Scheidemünzengesetz 1988, BGBl. Nr. 597/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 22/1992.

Bei diesem Titel ist der Aufwand für Pensions- und Provisionsparteien nachstehender Stellen bzw. Bedienstetengruppen veranschlagt: Montanrentner, Mozarteum, Taubstummeninstitut, Südtiroler, Kanaltaler, Stadtschutzwache, Dorotheum, Vertragspensionen, Versorgungsbezüge nach dem Epidemiegesetz, Pensionisten und Provisionisten der „Austria“ Tabakwerke AG., der Österreichischen Salinen AG., der Österreichischen Staatsdruckerei und Wiener Zeitung, der Münze Österreich AG sowie außerordentliche Versorgungsbezüge für Volksdeutsche und Heimatvertriebene.

	Personal-	Sach-	Summe	Ein-
	ausgaben	ausgaben	Millionen	nahmen
			Schilling	
1994	412,8	0,9	413,7	6,7
1995	382,1	36,4	418,5	5,7
1995 vorl. Erf. ..	364,5	28,0	392,5	6,2
1996	367,3	31,9	399,3	5,2

**Voranschlagsansätze 1/55305 Pensionsvorschüsse und
2/55309 Pensionsvorschußsätze**

Nach § 29 des Pensionsgesetzes 1965 können Vorschüsse an unverschuldet in Notlage geratene Pensionsparteien gewährt werden. Sie sind in der Regel binnen vier Jahren zurückzuzahlen.

Im BVA 1996 sind für Pensionsvorschüsse 1,3 Millionen Schilling vorgesehen. Aus Rückzahlungen sind Einnahmen in Höhe von 0,2 Millionen Schilling zu erwarten.

Voranschlagsansatz 1/55400 Geldaushilfen

Ist eine Person, die Anspruch auf Ruhe- oder Versorgungsgenuß hat, unverschuldet in Notlage geraten oder liegen sonst berücksichtigungswürdige Gründe vor, so kann ihr gemäß § 29 Abs. 4 des Pensionsgesetzes 1965 eine Geldaushilfe gewährt werden.

Für 1996 werden 3,0 Millionen Schilling veranschlagt.

222

Kapitel 55 — Titel 555 und 556**Titel 555 Sonstige Pensionsleistungen**

	Personal-	Sach-	Summe	Ein-
	ausgaben	ausgaben	Millionen	nahmen
			Millionen	Millionen
			Schilling	Schilling
1994	19661,5	2,8	19664,4	4825,0
1995	—	20575,0	20575,0	5040,0
1995 vorl. Erf..	—	20630,0	20630,0	4954,4
1996	—	28850,0	28850,0	7910,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung sowohl bei den Ausgaben als auch bei den Einnahmen ergibt sich aus der erstmaligen Veranschlagung der Ersätze für die Pensionen der Post- und Telekom Austria AG.

Paragraph 5550 Österreichische Bundesbahnen**Gesetzliche Grundlage**

Bundesbahngesetz 1992, BGBl. Nr. 825/1992.

Gemäß § 21 Abs. 2 Bundesbahngesetz 1992 hat der Bund ab 1994 den Pensionsaufwand für die Ruhe- und Versorgungsgenüßempfänger der österreichischen Bundesbahnen zu tragen. Zur teilweisen Deckung dieses Pensionsaufwandes leisten die österreichischen Bundesbahnen einen Beitrag in Höhe von 26 vH des Aufwandes an Aktivbezügen für Bundesbahnbeamte. Die von den Bediensteten zu leistenden Pensionsbeiträge verbleiben beim Unternehmen. Seit dem Jahre 1995 erfolgt die Verrechnung der Beiträge des Bundes zum Pensionsaufwand der ÖBB bei den Sachausgaben.

Paragraph 5551 Post- und Telekom Austria AG**Gesetzliche Grundlage**

Poststrukturgesetz 1996, BGBl. Nr. XXX/1996.

Gemäß Poststrukturgesetz hat der Bund ab Mai 1996 den Pensionsaufwand für die Ruhe- und Versorgungsgenüßempfänger der Post- und Telekom Austria AG zu tragen. Zur teilweisen Deckung dieses Pensionsaufwandes leisten die Post- und Telekom Austria AG einen Beitrag in Höhe von 26 vH des Aufwandes an Aktivbezügen für Postbeamte. Die von den Bediensteten zu leistenden Pensionsbeiträge verbleiben beim Unternehmen.

Titel 2/556 Sonstige Pensionseinnahmen

	Einnahmen
	Millionen Schilling
1994	5 938,1
1995	6 863,8
1995 vorl. Erf.....	6 962,2
1996	7 247,6

Voranschlagsansatz 2/55604 Pensionsbeiträge**Gesetzliche Grundlagen**

Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995;

Nebengebühreuzulagengesetz, BGBl. Nr. 485/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 522/1995.

Der Pensionsbeitrag wird ab 1. Mai 1995 nach § 22 Abs. 2 des Gehaltsgesetzes 1956 in Höhe von 11,75 vH vom Gehalt und den für die Bemessung des Ruhegenusses anrechenbaren Zulagen sowie von den Sonderzahlungen der aktiven Bundesbeamten eingehoben. Nach § 3 des Nebengebühreuzulagengesetzes werden Pensionsbeiträge in Höhe von 11,75 vH auch von anspruchsbegründenden Nebengebühren einbehalten.

Im Jahre 1996 werden Pensionsbeiträge in Höhe von insgesamt 6 430,9 Millionen Schilling erwartet.

Kapitel 55 — Titel 556

223

Vorschlagsansatz 2/55614 Überweisungen von Pensionsträgern**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesgesetz BGBl. Nr. 177/1948 (§ 6 Abs. 3);

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 832/1995 (§§ 308 und 529).

Die Überweisungen von Pensionsträgern wurden für 1996 mit 369,8 Millionen Schilling veranschlagt.

Vorschlagsansatz 2/55615 Pensionssicherungsbeitrag**Gesetzliche Grundlage**

Abschnitt II A des Pensionsgesetzes 1965 in der Fassung des Pensionsreform-Gesetzes 1993, BGBl. Nr. 334 (Artikel I, Ziffer 1).

Durch das Pensionsreform-Gesetz 1993 ist mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1993 ein Pensionssicherungsbeitrag eingeführt worden. Bei der Festsetzung der Höhe des Pensionssicherungsbeitrages ist neben dem Unterschied zwischen der allgemeinen Erhöhung der monatlich wiederkehrenden Geldleistungen nach dem Pensionsgesetz 1965 und der Anpassung der Pensionen in der gesetzlichen Sozialversicherung auch eine Veränderung der Höhe des Pensionsbeitrages gemäß § 22 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, zu berücksichtigen, soweit dessen Höhe 10,25 vH überschreitet.

Gemäß der Verordnung der Bundesregierung, BGBl. Nr. 354/1995, wurde ab Mai 1995 ein Pensionssicherungsbeitrag in Höhe von 1,62 vH festgesetzt.

Im Jahre 1996 sind Einnahmen in Höhe von 447,0 Millionen Schilling zu erwarten.

Anzahl der Pensionisten

Ansatz	Voranschlagsansätze bei Kapitel 55	Der Veranschlagung zugrunde gelegt im Bundesvoranschlag 1996			Stand der Pensions- und Provisionsparteien am Jahresende				
		Pensionsparteien	Provisionsparteien	Zusammen	1990	1991	1992	1993	1994
Anzahl									
550	Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes:			1)					
55000	Ruhebezüge	50 978	50 978	4) 43 849	4) 45 022	4) 46 084	4) 47 191	4) 48 088
55010	Versorgungsbezüge	27 874	27 874	4) 26 917	4) 27 088	4) 27 305	4) 27 487	4) 27 627
55020	Außerordentliche Versorgungsgenüsse	98	98	4) 151	4) 144	4) 131	4) 120	4) 109
	Titel 550 (Summe) ...	78 950	78 950	4) 70 917	4) 72 254	4) 73 520	4) 74 798	4) 75 824
552	Sonstige Bedienstete: 2)								
55200	Ruhebezüge	201	528	729	3) 1 176	3) 1 083	3) 1 012	3) 953	3) 806
55210	Versorgungsbezüge	235	547	782	3) 1 026	3) 964	3) 921	3) 893	3) 820
55220	Außerordentliche Versorgungsgenüsse	484	484	3) 834	3) 748	3) 684	3) 614	3) 559
	Titel 552 (Summe) ...	920	1 075	1 995	3) 3 036	3) 2 795	3) 2 617	3) 2 460	3) 2 185
	Kapitel 55 (Summe) ...	79 870	1 075	80 945	73 953	75 049	76 137	77 258	78 009

1) Einschließlich der Unterhaltsbezugsempfänger, und zwar Ruhebezüge 22
Versorgungsbezüge 35

2) Bei diesem Voranschlagsansatz sind die Empfänger von außerordentlichen Versorgungsgenüssen auf Grund des Bonner Regierungsabkommens vom 27. April 1953 sowie die übernommenen Pensionisten und Provisionsparteien der „Austria“ Tabakwerke AG., des Dorotheums, der Österreichischen Salinen AG., der Österreichischen Staatsdruckerei (einschl. Wiener Zeitung) und der Münze Österreich AG. enthalten.

3) Hievon Provisionsparteien: Ruhebezüge	1990	1991	1992	1993	1994
Versorgungsbezüge	942	859	797	739	604
Außerordentliche Versorgungsgenüsse	705	663	642	622	567
Summe ...	1 647	1 522	1 439	1 361	1 171

4) Einschließlich Österreichische Postsparkasse.

224

Kapitel 59 — Titel 590

Kapitel 59 Finanzschuld, Währungstauschverträge**Gesetzliche Grundlagen**

Gemäß § 16 (1) des Bundeshaushaltsgesetzes (BHG) vom 4. April 1986, BGBl. Nr. 213, sind ab dem BVA 1988 die Einnahmen aus der Aufnahme und die Ausgaben für die Rückzahlung von Finanzschulden von den allgemeinen Einnahmen und Ausgaben gesondert in einem Ausgleichshaushalt darzustellen.

Auf Grund der Novelle zum BHG, BGBl. Nr. 619/1989, sind auch die Einnahmen und Ausgaben aus Währungstauschverträgen Gegenstand der Veranschlagung.

Die Zinsenzahlungen und die Beträge für den sonstigen Aufwand sowie allgemeine Einnahmen sind im allgemeinen Haushalt zu veranschlagen.

Die Rechtsvorschriften über Finanzschulden sind im Art. 42 Abs. 5 und Art. 51 Abs. 5 B-VG, im § 65, 65 a und b BHG und im jeweiligen Bundesfinanzgesetz enthalten.

Verbindlichkeiten aus Währungstauschverträgen stellen keine Finanzschulden dar. Unter Währungstauschverträgen werden solche Verträge verstanden, die von den Vertragspartnern zu dem Zweck abgeschlossen werden, Zins- und/oder Kapitalbeträge auszutauschen.

Verwaltung und Koordination der Staatsschulden

Gemäß Bundesfinanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 763/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 626/1994, wurde die Verwaltung und Koordination der Finanz- und sonstigen Bundesschulden und die Kassenverwaltung des Bundes der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur übertragen.

Gesamtgebarung

	Allgemeiner Haushalt			Ausgleichshaushalt			Gesamthaushalt	
	Zinsen	Sonstiges	Summe Ausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling							
1994	83 069,4	3 025,9	86 095,3	8 637,9	88 806,7	194 774,6	174 902,0	203 412,5
1995	94 052,7	5 660,1	99 712,8	13 082,0	134 848,6	241 466,8	234 561,4	254 548,8
1995 vorl. Erf.....	93 137,1	5 301,3	98 438,4	14 371,3	140 473,3	262 717,0	238 911,7	277 088,3
1996	97 527,0	3 718,6	101 245,6	10 741,7	121 225,8	213 713,9	222 471,4	224 455,6

Unterschiede gegen Vorjahre

Das Mehrerfordernis ergibt sich — abgesehen von Veränderungen in der Höhe der Zinssätze und Kursschwankungen bei Krediten in fremder Währung — vor allem durch den Anstieg der Finanzschulden unter Berücksichtigung der Schulden und Forderungen aus Währungstauschverträgen (Nettodarstellung) von rd. 1 225 Milliarden Schilling Ende 1994 auf rd. 1 342,4 Milliarden Schilling Ende 1995.

Genauere Angaben über die einzelnen Schuldarten, über die Laufzeit der Kredite, über die Höhe der Zinsen und Tilgungen in den nächsten Jahren usw. sind aus dem Teilheft zu Kapitel 59, Beilagen III.G zu ersehen.

Titel 590 Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung

Allgemeiner Haushalt Ausgleichshaushalt Gesamthaushalt Zinsen Sonstiges Summe Ausgaben Einnahmen Tilgung Einnahmen Ausgaben Einnahmen

	Allgemeiner Haushalt			Ausgleichshaushalt			Gesamthaushalt	
	Zinsen	Sonstiges	Summe Ausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling							
1994	40 999,7	0,0	40 999,7	303,8	43 859,7	106 603,5	84 859,4	106 907,3
1995	44 945,8	0,0	44 945,8	0,5	84 004,1	15 641,0	128 949,9	15 641,5
1995 vorl. Erf.....	45 790,3	0,0	45 790,3	756,1	83 769,5	134 722,0	129 559,8	135 478,1
1996	48 238,1	0,0	48 238,1	0,5	71 014,2	0,0	119 252,3	0,5

Bei diesem Titel werden die Zinsen und Tilgungen für Anleihen, Bundesobligationen und Bundesratscheine veranschlagt.

14*

Kapitel 59 — Titel 591 bis 595

225

Titel 591 Nicht titrierte Finanzschuld in inländischer Währung

	Allgemeiner Haushalt			Ausgleichshaushalt			Gesamthaushalt	
	Zinsen	Sonstiges	Summe Ausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
Millionen Schilling								
1994	22 335,3	0,0	22 335,3	0,0	9 487,7	21 588,1	31 823,0	21 588,1
1995	21 887,3	0,0	21 887,3	0,0	10 685,1	19 353,0	32 572,4	19 353,0
1995 vorl. Erf.....	21 970,6	0,0	21 970,6	0,0	10 682,6	43 363,0	32 653,2	43 363,0
1996	23 816,1	0,0	23 816,1	0,0	13 717,5	0,0	37 533,6	0,0

Bei diesem Titel werden die Zinsen und Tilgungen für Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmen, Darlehen von Kreditunternehmungen, Kredite und Darlehen von Gebietskörperschaften, Sonstige Kredite und Darlehen und die Notenbankschuld verrechnet.

Titel 592 Titrierte Nullkuponfinanzschuld in inländischer Währung

	Allgemeiner Haushalt			Ausgleichshaushalt			Gesamthaushalt	
	Zinsen	Sonstiges	Summe Ausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
Millionen Schilling								
1994	69,0	0,0	69,0	0,0	100,0	0,0	169,0	0,0
1995	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1995 vorl. Erf.....	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1996	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Bei diesem Titel werden die Rückzahlungen für die Nullkuponfinanzschuld in inländischer Währung verrechnet.

Titel 593 Titrierte Finanzschuld in fremder Währung

	Allgemeiner Haushalt			Ausgleichshaushalt			Gesamthaushalt	
	Zinsen	Sonstiges	Summe Ausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
Millionen Schilling								
1994	12 491,3	0,0	12 491,3	71,4	12 746,6	30 497,0	25 237,9	30 568,3
1995	16 585,2	0,0	16 585,2	1 917,7	9 457,6	25 183,4	26 042,8	27 101,1
1995 vorl. Erf.....	15 490,1	0,0	15 490,1	1 640,1	7 501,1	52 835,8	22 991,2	54 475,9
1996	16 839,0	0,0	16 839,0	4,0	16 141,0	0,0	32 980,0	4,0

Bei diesem Titel werden die Zinsen und Tilgungen für Anleihen und Schuldverschreibungen in fremder Währung veranschlagt.

Titel 594 Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung

	Allgemeiner Haushalt			Ausgleichshaushalt			Gesamthaushalt	
	Zinsen	Sonstiges	Summe Ausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
Millionen Schilling								
1994	610,4	0,0	610,4	17,3	15,6	14 373,2	626,0	14 390,4
1995	1 286,4	0,0	1 286,4	190,7	12 035,3	5 810,7	13 321,7	6 001,4
1995 vorl. Erf.....	1 167,4	0,0	1 167,4	167,9	12 187,8	9 876,0	13 355,2	10 043,9
1996	1 175,1	0,0	1 175,1	0,0	4 377,7	0,0	5 552,8	0,0

Bei diesem Titel werden die Zinsen und Tilgungen für Kredite und Darlehen in fremder Währung veranschlagt.

Titel 595 Ausgaben und Einnahmen aus Währungstauschverträgen (Direktzahlung)

	Allgemeiner Haushalt			Ausgleichshaushalt			Gesamthaushalt	
	Zinsen	Sonstiges	Summe Ausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
Millionen Schilling								
1994	5 470,0	0,0	5 470,0	6 431,0	19 283,0	18 730,2	24 753,0	25 161,2
1995	6 802,6	0,0	6 802,6	7 888,6	17 961,2	15 956,9	24 763,8	23 845,5
1995 vorl. Erf.....	6 535,4	0,0	6 535,4	6 936,5	25 126,6	21 417,7	31 662,0	28 354,2
1996	5 489,8	0,0	5 489,8	8 399,2	13 740,4	11 180,1	19 230,2	19 579,3

226

Kapitel 59 — Titel 596 bis 598**Titel 596 Ausgaben und Einnahmen aus Währungstauschverträgen**

	Allgemeiner Haushalt			Ausgleichshaushalt			Gesamthaushalt	
	Zinsen	Sonstiges	Summe Ausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling							
1994	1 093,7	0,0	1 093,7	986,2	3 314,1	2 982,7	4 407,8	3 968,9
1995	1 616,4	0,0	1 616,4	1 835,7	0,0	0,0	1 616,4	1 835,7
1995 vorl. Erf.....	1 446,4	0,0	1 446,4	1 789,0	0,0	0,0	1 446,4	1 789,0
1996	1 610,6	0,0	1 610,6	2 322,9	2 234,6	2 186,6	3 845,2	4 509,5

Bei den Titeln 595 und 596 werden die Ausgaben und Einnahmen aus Währungstauschverträgen veranschlagt.

Den Einnahmen aus Währungstauschverträgen bei den Titeln 595 und 596 stehen entsprechende Ausgaben bei den Ansätzen der dazugehörigen Finanzschuld bei den Titeln 593 und 594 gegenüber. Ausgaben und Einnahmen im Zusammenhang mit Emissionsverlusten bzw. -gewinnen und Spesen aus dem Abschluß von Währungstauschverträgen werden beim Titel 599 mitveranschlagt.

Titel 597 Titrierte Nullkuponfinanzschuld in fremder Währung

	Allgemeiner Haushalt			Ausgleichshaushalt			Gesamthaushalt	
	Zinsen	Sonstiges	Summe Ausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling							
1994	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1995	705,0	0,0	705,0	0,0	705,0	0,0	1 410,0	0,0
1995 vorl. Erf.....	703,6	0,0	703,6	0,0	703,6	0,0	1 407,2	0,0
1996	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Bei diesem Titel werden die Rückzahlungen für die Nullkuponfinanzschuld in ausländischer Währung verrechnet.

Titel 598 Pauschalvorsorge

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
	Sachausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling					
1994	—	—	—	—	—	—
1995	224,0	—	0,2	159 521,8	224,2	159 521,8
1995 vorl. Erf.....	33,4	33,4	502,1	502,5	535,3	509,9
1996	358,2	0,0	0,2	123 164,5	358,4	123 164,5

Paragraph 5981 Ausgelaufene Schulden in fremder Währung

Für ausgelaufene Schulden in fremder Währung wurden an Zinsen 0,4 Millionen Schilling und an Tilgung 0,2 Millionen Schilling veranschlagt.

Paragraph 5983 Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung**Gesetzliche Grundlage**

Bundeshaushaltsgesetz, BGBl. Nr. 213/1986, § 41, Abs. 3 Z 2.

Bei diesem Paragraph wird der Zinsen- und Tilgungsdienst für die 1995 nach Erstellung des Voranschlages und für die im Jahre 1996 durchzuführenden Kreditoperationen veranschlagt. Da diese neuen Kreditoperationen erst bei ihrer Durchführung den endgültigen Verrechnungsansätzen zugeordnet werden können, dient die Vorsorge bei diesem Ansatz der Bedeckung von Überschreitungen [überplanmäßige Ausgaben gem. § 41 (3) BHG] bei den Titeln 590, 591, 593 und 594.

Im Voranschlag 1996 sind für Zinsen und Aufgeld 357,8 Millionen Schilling und für Tilgungen 0,0 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 8/59849 Schuld aufnehmen gemäß Art. II BFG**Gesetzliche Grundlage**

Bundeshaushaltsgesetz, BGBl. Nr. 213/1986, § 16, Abs. 1.

Kapitel 59 — Titel 598 bis 599

227

Die **Veranschlagung** der Erlöse aus Kreditaufnahmen (ausgenommen Einnahmen aus Währungstauschverträgen und aus bereits im Laufe dieses Jahres durchgeführten Kreditoperationen) erfolgt bei diesem VA-Ansatz, da die Zuordnung zu den endgültigen Verrechnungsansätzen erst nach der jeweiligen Kreditaufnahme durchgeführt werden kann.

Im Voranschlag 1996 sind die Erlöse aus solchen Kreditaufnahmen mit 123 164,457 Millionen Schilling angesetzt.

Paragraph 5985 Devisentermingeschäfte

Bei diesem Paragraph werden alle Einnahmen und Ausgaben für Devisentermingeschäfte zur Absicherung von Verpflichtungen bzw. Forderungen des Bundes aus dem Titel Finanzschuld verrechnet.

Titel 599 Sonstiger Aufwand bzw. Sonstige Einnahmen

	Allgemeiner Haushalt	
	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1994	3 025,9	828,2
1995	5 660,1	1 248,6
1995 vorl. Erf.....	5 301,3	3 048,3
1996	3 718,6	15,1

Voranschlagsansätze 1/59908 und 2/59904

Bei diesen Voranschlagsansätzen werden vor allem Emissionsverluste, Provisionen und Spesen bzw. Emissionsgewinne im Zusammenhang mit der Finanz-Schuldengedarung und dem Abschluß von Währungstauschverträgen veranschlagt.

Im Voranschlag 1996 sind dafür Ausgaben in Höhe von 3 383,4 Millionen Schilling und Einnahmen in Höhe von 15,1 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansätze 1/59917 Dotierung des Nullkuponfonds und 2/59914 Überweisung des Nullkuponfonds

Bei diesen VA-Ansätzen werden die **Dotierung** bzw. die **Überweisungen** des Nullkuponfonds veranschlagt und verrechnet.

Gesetzliche Grundlage

Nullkuponfondsgesetz, BGBl. Nr. 82/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 764/1992.

Durch die Emission von Prämienwertpapieren bzw. den Abschluß entsprechender Währungstauschverträge, bei denen keine Zinsenaufwendungen während der Laufzeit, sondern erst am Ende der Laufzeit kumuliert in Form von Tilgungsagios anfallen, ergäbe sich eine Verschiebung des Zinsenaufwandes in das Tilgungsjahr.

Mit dem Nullkupongesetz wird bestimmt, daß der Bund an den Nullkuponfonds jährlich Überweisungen in der Höhe der Zinsen für ein Jahr auf Basis des am Fälligkeitstag aushaftenden Standes der jeweiligen Nullkuponfinanzschuld zu leisten hat.

Am Ende der Laufzeit jeder Nullkuponfinanzschuld bzw. jedes Währungstauschvertrages hat der Nullkuponfonds die hierfür insgesamt überwiesenen Mittel samt den dazugehörigen Veranlagungserträgen dem Bund zur Verfügung zu stellen. Die Überweisungen haben in der Währung zu erfolgen, in der die Zinsverpflichtungen des Bundes eingegangen wurden.

Im Voranschlag 1996 sind dafür Ausgaben in Höhe von 335,2 Millionen Schilling und Einnahmen in Höhe von 0,0 Millionen Schilling vorgesehen.

228

Kapitel 60 — Titel 600**Kapitel 60 Land- und Forstwirtschaft**

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, insbesondere der Anlage zu § 2, Teil 1 und 2, Abschnitt K.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	1 715,3	18 751,0	20 466,3	3 066,1
1995	1 749,5	29 289,0	31 038,5	2 847,2
1995 vorl. Erf..	1 744,5	31 390,6	33 135,2	2 372,9
1996	1 735,4	27 255,1	28 990,5	2 716,4

Im einzelnen ist zu den Bereichen folgendes zu bemerken:

Titel 600 Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft**Gesetzliche Grundlagen**

- Marktordnungsgesetz 1985, BGBl. Nr. 210, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1995;
- AMA-Gesetz, BGBl. Nr. 376/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1995;
- Landwirtschaftsgesetz, BGBl. Nr. 375/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1995;
- Pflanzenschutzgesetz 1995, BGBl. Nr. 532/1995;
- Forstgesetz, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 532/1995;
- Wasserbautenförderungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 516/1994;
- Wasserrechtsgesetz 1959, BGBl. Nr. 215/1959, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 185/1993;
- Hydrographiegesetz, BGBl. Nr. 58/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 252/1990;
- Wassergüterhebungsverordnung, BGBl. Nr. 338/1991;
- Saatgutgesetz, BGBl. Nr. 236/1937, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 115/1994;
- Futtermittelgesetz, BGBl. Nr. 905/1993;
- Qualitätsklassengesetz, BGBl. Nr. 161/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 523/1995;
- Düngemittelgesetz 1994, BGBl. Nr. 513/1994;
- Weingesetz 1985, BGBl. Nr. 444/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 583/1995.

Aufgaben

Angelegenheiten der Agrarpolitik und des Landwirtschaftsrechts, Ernährungswesen; Angelegenheiten der Forstpolitik und des Forstrechts; Ordnung des Binnenmarktes hinsichtlich land-, ernährungs- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie Saatgut, Futter-, Dünge- und Pflanzenschutzmittel mit Ausnahme der Preisregelung, Preisüberwachung und der Angelegenheiten der Preistreiberei; Regelung der Ein- und Ausfuhr von Waren, die Gegenstand der Urproduktion der heimischen Landwirtschaft sind; Weinrecht und Weinaufsicht; Angelegenheiten der Bodenreform und der Agrarbehörde; Verkehr mit land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken; Entschuldung der Land- und Forstwirtschaft; Angelegenheiten des Wasserrechts und der Wasserwirtschaft mit Ausnahme der wasserbautechnischen Angelegenheiten der Wasserstraßen sowie der Wasserversorgung und Kanalisation; Angelegenheiten des Pflanzenschutzes; Angelegenheiten der Schulerhaltung der land- und forstwirtschaftlichen Bundesschulen sowie Dienstrechtsangelegenheiten der Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Schulen, soweit diese nicht dem Bundeskanzleramt obliegen; Land- und forstwirtschaftliches Börsenwesen; Angelegenheiten der beruflichen Vertretung der auf dem Gebiet der Land- und Forstwirtschaft selbständig Erwerbstätigen; Angelegenheiten der Bundesanstalt für Fortpflanzung und Besamung von Haustieren; Verwaltung der spezifischen land- und forstwirtschaftlich genutzten Liegenschaften des Bundes einschließlich der Angelegenheiten der Österr. Bundesforste, Bundesgärten, Spanischen Reitschule; Angelegenheiten der Jagd und Fischerei; Wahrung der wasserrechtlichen und wasserwirtschaftlichen Belange bezüglich aller Grenzgewässer und der wasserbautechnischen Belange bezüglich der Grenzgewässer gegenüber dem Ausland, soweit es sich dabei nicht um

Kapitel 60 — Titel 600

229

die schiffbaren Flüsse Donau und March und die Thaya von der Staatsgrenze bei Bernhardstal bis zur Mündung in die March handelt.

	Personal- ausgaben	Sach- Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	316,5	605,3	921,8	110,0
1995	324,0	1 255,0	1 579,0	119,8
1995 vorl. Erf..	321,2	1 055,7	1 377,0	113,9
1996	322,0	1 192,2	1 514,2	162,5

Paragraph 6000 Zentraleitung

Der Paragraph 6000 umfaßt die Gebarung des Bundesministeriums einschließlich der Bundesaufsicht, der Zivilschutzmaßnahmen in deren Rahmen für den Aufwand eines Fahrzeuges für besondere Zwecke vorgesorgt wird und der Bezugsvorschüsse. Weiters ist bei diesem Voranschlagsansatz der Aufwand für den Obersten Agrarsenat gem. BGBl. Nr. 1/1951, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 902/1993, für wasserrechtliche und wasserwirtschaftliche Fachgutachten und Untersuchungen gem. BGBl. Nr. II/316/1934 und 144/1947, für die Staubeckenkommission gem. BGBl. Nr. 222/1985, vorgesehen.

Die Bundesaufsicht über die „Agrarmarkt Austria“ wird auf Grund der Bestimmungen des AMA-Gesetzes 1992, BGBl. Nr. 376, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1995, vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft ausgeübt.

Weiters ist bei diesem Paragraph für die Zahlungen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft an internationale Institutionen und für internationale Aufgaben vorgesorgt, vor allem für die FAO, für das Internationale Weinamt, die Europäische Pflanzenschutzorganisation und anderes mehr.

Voranschlagsansatz 1/60028 Zahlungen an die BIG

Unter diesem neuen VA-Ansatz sind die Mietenzahlungen des Ressorts an die Bundesimmobilien-gesellschaft zu veranschlagen.

Paragraph 6003 Agrar- und forstpol. sowie wasserwirtschaftliche Unterlagen

Voranschlagsansatz 1/60038 Aufwendungen

Die veranschlagten Mittel dienen der Erstellung des in § 9 LWG vorgesehenen **Lageberichtes** („Grüner Bericht“) sowie der Information über die österreichische Land- und Forstwirtschaft. Mit diesem Bericht an die Bundesregierung und an das Parlament wird auch die Öffentlichkeit über die Probleme der Agrarwirtschaft sowie die Situation der bäuerlichen Familien im ländlichen Raum informiert.

Weiters sind die veranschlagten Mittel für **Anerkennungsprämien** an buchführende Landwirte vorgesehen. Österreich hat Daten von freiwillig buchführenden Landwirten auch an die EU zu liefern.

Weiters sind aus den veranschlagten Mitteln die Personal- und Reisekosten der **Betriebsstatistiker** zur Erfüllung des Arbeitsprogrammes zu bestreiten sowie die verpflichtende Einrichtung des **INVEKOS** (integriertes Verwaltungskontroll-System) zu finanzieren.

Die veranschlagten Mittel für den **Berghöfekataster** sind für Erhebungen der Statistiker vor Ort auf Grund der Befliegungsergebnisse des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen im Zusammenhang mit der Erstellung des „Neuen Berghöfekatasters“ vorgesehen.

Die veranschlagten Mittel dienen weiters der Führung des **Wasserwirtschaftskatasters**, BGBl. Nr. 34/1969, wobei hier die Schwerpunkte der Arbeiten bei der Bestandsaufnahme, Auswertung und Evidenzhaltung der maßgeblichen wasserwirtschaftlichen Faktoren im gesamten Bundesgebiet sowie bei der wasserwirtschaftlichen Dokumentation liegen.

Weiters dienen die Mittel dieses Voranschlagsansatzes zur Finanzierung von Arbeitsaufträgen an **das land- und forstwirtschaftliche Rechenzentrum**.

Die Mittel unter der Voranschlagspost „**Forstpolitische Unterlagen**“ dienen der Erforschung des Beitrages der Forstwirtschaft zur Einnahmensschöpfung bäuerlicher Betriebe, der Erforschung betriebswirtschaftlicher Daten von Forstbetrieben sowie der Bewertung gemeinwirtschaftlicher Leistungen des Waldes. Außerdem sind hier Mittel für die Verbesserung der Erhebung des Waldzustandes sowie für die Erweiterung des „Waldberichtes“ nach § 16 Forstgesetz gemäß der Entschlie-ßung

des Nationalrates vom 28. November 1989 veranschlagt. Außerdem sind bei diesem Voranschlagsansatz Mittel für die Beschaffung von Unterlagen zur forstlichen Raumplanung (Abschnitt II des Forstgesetzes 1975) und zur Erstellung von Raumplanungsrichtlinien für den Forstdienst sowie für außerforstlich raumplanerisch tätige Institutionen vorgesehen; darüber hinaus ist die Auswertung und die Herausgabe der jeweiligen Gesamtergebnisse des Waldentwicklungsplanes Österreichs erforderlich. Soweit für diese Aufgaben auch Druckkosten erwachsen, sind Mittel hierfür veranschlagt.

Paragraph 6004 Notstandspolizeiliche Maßnahmen gemäß §§ 31 und 138 WRG 1959

Voranschlagsansatz 1/60048 Aufwendungen

Unter diesem Voranschlagsansatz wird für den Aufwand vorgesorgt, der dadurch entsteht, daß die Wasserrechtsbehörde bei Gefahr im Verzug die zur Gewässerreinigung notwendige Anordnung trifft und durchführen läßt, ohne daß ein Verpflichteter für die Tragung der Kosten ermittelt oder herangezogen werden kann. Im Falle der Uneinbringlichkeit vom Verpflichteten ist der Aufwand als Zweckaufwand vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft zu tragen.

Paragraph 6005 Vollziehung des Hydrographiegesetzes

Wasserkreislauf

In Angelegenheiten der Hydrographie ist gemäß Art. 10 Abs. 1 Z 10 des Bundes-Verfassungsgesetzes die Gesetzgebung und Vollziehung Bundessache. Mit 1. Jänner 1980 ist das Bundesgesetz über die Erhebung des Wasserkreislaufes (Hydrographiegesetz BGBl. Nr. 58/1979) zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 252/1990, in Kraft getreten. Nach diesem Gesetz hat der Hydrographische Dienst die Erhebungen des Wasserkreislaufes durchzuführen, die sich auf das Oberflächenwasser, den Niederschlag, das unterirdische Wasser, die Verdunstung und die Feststoffe in den Gewässern hinsichtlich Verteilung nach Menge und Dauer, die Temperatur von Luft und Wasser, die Eisbildung in den Gewässern und im Hochgebirge sowie die den Wasserkreislauf beeinflussenden oder durch ihn ausgelösten Nebenerscheinungen beziehen.

Der jeweilige Landeshauptmann hat die Beobachtungen und Messungen durchzuführen und die beobachteten und gemessenen hydrographischen Daten unter Bedachtnahme auf ihren Zusammenhang so zu verarbeiten, daß sie als Grundlage für wasserwirtschaftliche Planungen und wasserrechtliche Entscheidungen herangezogen werden können und für eine Bearbeitung mit Hilfe von Anlagen der automationsunterstützten Datenverarbeitung sowie für Veröffentlichungen, insbesondere im hydrographischen Jahrbuch, geeignet sind. Die verarbeiteten Daten sind so rasch wie möglich dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft zu übermitteln.

Die vom jeweiligen Landeshauptmann übermittelten Daten sind vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft zusammenfassend zu bearbeiten und die Ergebnisse dieser Bearbeitungen, die von allgemeiner Bedeutung sind, zu veröffentlichen. Insbesondere ist für jedes Jahr ein hydrographisches Jahrbuch herauszugeben.

Wassergüte

Gemäß § 10 Abs. 1 des Hydrographiegesetzes in der Fassung der Wasserrechtsgesetznovelle 1990 (BGBl. Nr. 252/1990) trägt der Bund wie bei der Erfassung des Wasserkreislaufes, die Errichtungskosten der zur Durchführung der Beobachtungen der Wassergüte erforderlichen gewässerkundlichen Einrichtungen zur Gänze und den angemessenen Aufwand für die Beobachtung der Wassergüte zu zwei Dritteln.

Als gewässerkundliche Einrichtungen versteht man dabei Meßstellen, dh. ortsfeste Einrichtungen zur Probenentnahme aus Oberflächengewässern und aus dem Grundwasser (Grundwasseraufschlüsse mit Entnahmeeinrichtungen). Unter den Begriff Beobachtung fällt die Probenentnahme, die Analytik und Auswertung der Proben für die Erst-, Wiederholungs- und Sonderbeobachtungen gemäß der laut Hydrographiegesetz erlassenen Wassergüte-Erhebungsverordnung (BGBl. Nr. 338/1991) von Grundwasser und Fließgewässern.

Die vom jeweiligen Landeshauptmann übermittelten Daten sind vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft gleichfalls zusammenfassend zu bearbeiten und zu veröffentlichen.

Voranschlagsansatz 1/60068 Land-, forst- und wasserwirtschaftliche Sonderaufgaben

Die veranschlagten Mittel sind für die Herausgabe der Fachzeitschrift „Förderungsdienst“ mit jährlich zwölf Folgen und Sondernummern sowie für die Publikation von Informationsbroschüren für die bäuerlichen Familien und andere Zielgruppen (zB Parlament und Landtage) vorgesehen.

Zusätzlich werden mit diesen Mitteln Informationsschreiben des Bundesministers über agrar- und betriebswirtschaftliche sowie förderungspolitische Fragen hergestellt.

Bei diesem Voranschlagsansatz sind im Sinne des Saatgutgesetzes 1937 (BGBl. Nr. 236/1937, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 115/1994) auch Mittel für das Saatgutwesen veranschlagt. In erster Linie ist die Abgabe von gutem und einwandfreiem Saatgut zu gewährleisten. Um dieses Ziel zu erreichen, sind nicht nur laufende Kontrollen, sondern auch eine Koordinierung der Kontrolltätigkeit und der Untersuchungsmethoden der einzelnen Anstalten unerlässlich.

Im Bereich Forstwesen werden aus diesem Voranschlagsansatz Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit, das sind insbesondere Broschüren und sonstige Publikationen, Aktivitäten zur jährlichen „Woche des Waldes“, Veranstaltungen wie Enqueten, Symposien, Seminare und Filmaktivitäten finanziert.

Darüber hinaus werden Mittel für Maßnahmen der internationalen Öffentlichkeitsarbeit und für die Einrichtung eines österreichweiten für alle Waldgesellschaften repräsentativen Netzes von Naturwaldreservaten bereitgestellt.

Darüber hinaus sind bei diesem Voranschlagsansatz auch Mittel für das Futtermittelwesen veranschlagt, die zur Deckung von erhöhten Aufwendungen der in der Futtermittelkontrolle tätigen Anstalten gemäß Futtermittelverordnung 1994, BGBl. Nr. 273/1994, dienen.

Paragraph 6007 Qualitätskontrolle

Die Qualitätskontrolle ist auf Grund des Qualitätsklassengesetzes, BGBl. Nr. 161/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 523/1995, und folgender Verordnungen der EU über Qualitäts- und Vermarktungsnormen für verschiedene landwirtschaftliche Erzeugnisse durchzuführen: VO (EWG) Nr. 1035/72, VO (EWG) Nr. 2251/92, VO (EWG) Nr. 3220/84, VO (EWG) Nr. 2967/85, VO (EWG) Nr. 1208/81, VO (EWG) Nr. 1186/90, VO (EWG) Nr. 344/91, VO (EWG) Nr. 2137/92, VO (EWG) Nr. 1906/90, VO (EWG) Nr. 1538/91, VO (EWG) Nr. 2782/75, VO (EWG) Nr. 1868/77, VO (EWG) Nr. 1907/90, VO (EWG) Nr. 1274/91, VO (EWG) Nr. 316/68, VO (EWG) Nr. 315/68. Weitere Bestimmungen finden sich in nach dem Qualitätsklassengesetz erlassenen Verordnungen des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft. Die diesbezüglichen Kontrollen sind sowohl am Ort der Zollabfertigung als auch beim Warenverkehr im Inland durchzuführen.

Paragraph 6008 Sonstige Aufgaben**Voranschlagsansatz 1/60086 Förderungen**

Bei diesem Voranschlagsansatz werden Zuschüsse zum Verwaltungsaufwand der „FAO-Weltkampagne zur Bekämpfung von Hunger und Not“ sowie die Förderungen von privaten Institutionen, die der Land- und Forstwirtschaft in ihrem Aufgabengebiet dienen, veranschlagt. Weiters ist unter diesem Voranschlagsansatz auch für Förderungsmaßnahmen im Rahmen der Osthilfe sowie für die Klagenfurter Messe, das IUFRO-Sekretariat und die Förderung forstlicher Symposien und Institutionen und der Donauschutzkonvention Vorsorge getroffen worden.

Voranschlagsansatz 1/60087 Internationale Nahrungsmittelhilfe (Gesetzl. Verpflichtungen)

Auf Grund des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens ist Österreich zur jährlichen Lieferung von 8 900 t Getreide verpflichtet. Für die Erfüllung der Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen wurden 28,7 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/60088 Internationale Maßnahmen

Österreich leistet auf Grund eines Beschlusses der Bundesregierung im Jahre 1996 zum Welternährungsprogramm der FAO Beiträge in Höhe von insgesamt rd. 31,9 Millionen Schilling.

Schließlich hat sich Österreich auf Grund eines Beschlusses der Bundesregierung bereit erklärt, einen jährlichen Beitrag zur Internationalen Nahrungsmittelnotstandsreserve der FAO im Umfang von 5 000 t Getreide zu leisten. Für diese Zwecke wurden rd. 5,8 Millionen Schilling veranschlagt.

Paragraph 6009 Vollziehung des Forstgesetzes 1975**Voranschlagsansatz 1/60098 Aufwendungen**

Bei diesem Voranschlagsansatz sind Mittel für Ersatzaufforstungen gemäß § 18 (3) Forstgesetz sowie für die Anschaffung von Hinweistafeln gem. § 33 (2) lit. a Forstgesetz veranschlagt. Weiters ist je eine Post für den allfälligen Ersatz der Kosten aus Anlaß der Feststellung forstschädlicher Luftverunreinigungen gem. Abschnitt IV Forstgesetz 1975 und für Waldbrandbekämpfungskosten gem. § 42 lit. f Forstgesetz sowie die Anlage von Samenplantagen und Klonarchiven und Forstschädlingsprognosen vorgesehen.

Titel 601 Bundesministerium (Förderung der Land- und Forstwirtschaft und des Ernährungswesens)**Gesetzliche Grundlagen**

Land- und forstwirtschaftliches Berufsausbildungsgesetz, BGBl. Nr. 177/1952, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 472/1992;

Weingesetz, BGBl. Nr. 444/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 583/1995;

Landwirtschaftsgesetz, BGBl. Nr. 375/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1995;

Forstgesetz 1975, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 532/1995;

Wasserrechtsgesetz 1959, BGBl. Nr. 215/1959, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 252/1990;

Wasserbautenförderungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 516/1994.

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft obliegt die Aufgabe, durch geeignete agrarmarkt- und förderungspolitische Maßnahmen, unterstützt durch die Beratung und Forschung sowie durch gezielte Bildungsaktivitäten dazu beizutragen, die Einkommenssituation der bäuerlichen Familien zu verbessern und ihnen die Teilnahme an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung zu sichern. Die bestmögliche Versorgung mit Nahrungsmitteln und wichtige landeskulturelle Aufgaben für die Erhaltung funktionsfähiger ländlicher Räume erfordern zielgerechte nationale Förderungsmaßnahmen sowie die Abstimmung mit der Struktur- und Marktpolitik der Europäischen Union.

Die von der Bundesregierung jährlich herausgegebenen Grünen Berichte gemäß Landwirtschaftsgesetz und die Jahresberichte informieren umfassend über die wirtschaftliche und soziale Situation der bäuerlichen Familien und haben auch die Marktverhältnisse in der tierischen und pflanzlichen Produktion unter EU-Bedingungen sowie die Verwendung der öffentlichen Gelder zum Inhalt.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	185,3	30,2
1995	2 860,4	0,1
1995 vorl. Erf.....	2 467,0	10,3
1996	2 119,5	0,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Auf Grund des Beitritts Österreichs zur Europäischen Union ergab sich die Notwendigkeit einer Neustrukturierung des Förderungsbudgets ab 1995.

Demgemäß sind die bisher unter den Titel 601 bis 603 veranschlagten nationalen land- und forstwirtschaftlichen Förderungsmaßnahmen — soweit sie ab diesem Zeitpunkt weitergeführt werden — nur mehr im Titel 601 veranschlagt.

Die Verminderung des Voranschlagsbetrages gegenüber 1995 resultiert aus der erforderlichen Umschichtung von nationalen Förderungsmitteln zu den Förderungszusätzen des Titels 602 (EAGFL-Ausrichtung).

Vorschlagsansatz 1/60106 Beratungs- und Weiterbildungsmaßnahmen**Beratungswesen**

Die veranschlagten Bundesmittel sind für Zuschüsse zu den Personalkosten der Beratungskräfte der Landwirtschaftskammern vorgesehen, die im Zuge der Anpassung an geänderte Erfordernisse und Zielsetzungen im Agrarbereich, insbesondere durch den EU-Beitritt beträchtliche Aufgaben wahrzunehmen haben.

Im einzelnen ist die Förderung folgender Maßnahmen vorgesehen:

Fortbildung der Fachkräfte des landwirtschaftlichen Beratungswesens, Durchführung von Beratungsveranstaltungen, Erarbeitung, Anschaffung von Beratungsunterlagen und Behelfen zu den obengenannten Schwerpunkten, erforderliche Investitionen, insbesondere EDV-Geräte für die Beratungsarbeit und die Erstellung von Beratungsunterlagen.

Im Bereich der Forstwirtschaft sind die veranschlagten Bundesmittel für Maßnahmen bzw. Programme der forstlichen Aufklärung sowie Weiterbildung und Beratung der in der Forstwirtschaft Tätigen vorgesehen. Darüber hinaus dienen sie zur Förderung bzw. Bezuschussung der Personalkosten der forstlichen Beratungsorgane bei den Landwirtschaftskammern Österreichs und zur Finanzierung von forstlicher Aus- und Weiterbildung von Bergbauern an den Forstlichen Ausbildungsstätten.

Kammereigene Bildungsstätten

Umfangreichere Bildungsmaßnahmen erfordern geeignete Räumlichkeiten sowie Verpflegungs- und Unterbringungsmöglichkeiten.

Vorschlagsansatz 1/60126 Erschließung von Wildbacheinzugsgebieten (Mittel des Katastrophenfonds, zweckgebundene Gebarung)

Die Mittel sind insbesondere für forstlich biologisch und begleitende technische Maßnahmen einschließlich notwendiger Erschließungen in Wildbach- und Lawineneinzugsgebieten vorgesehen.

Vorschlagsansatz 1/60136 Förderung der Weinwirtschaft

Die veranschlagten Bundesmittel dienen der Verwirklichung der Ziele gemäß Weingesetz 1985, nämlich der Förderung des Absatzes der Produkte, der Förderung der Qualitätsproduktion sowie der Förderung der Marktstabilisierung. Weiters sind Bundesmittel für die anteilige Finanzierung von Weingarten-Stillegungsmaßnahmen der Länder Niederösterreich und Burgenland vorgesehen.

Vorschlagsansatz 1/60146 Qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen**Qualitätsverbesserung im Pflanzenbau**

Die Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung in der pflanzlichen Produktion betreffen den Pflanzen- und Futterbau, den integrierten Pflanzenschutz, Garten-, Gemüse-, Obst- und Weinbau und sonstige Spezialkulturen.

Durch diese Maßnahmen soll die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft im In- und Ausland im Wege der Verbesserung der Qualität ihrer Erzeugnisse gesichert werden.

Es sind ua. folgende Maßnahmen vorgesehen:

Verbesserung der Produktionsgrundlagen und Wachstumsbedingungen zur kostengünstigen und ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit pflanzlichen Produkten, Durchführung entsprechender Maßnahmen beratenden und aufklärenden Charakters und Förderung der Bildung aller geeigneten Formen überbetrieblicher Zusammenschlüsse in der pflanzlichen Produktion.

Die für den integrierten Pflanzenschutz vorgesehenen Mittel dienen produktionsverbessernden Zielen unter den Bedingungen einer umweltschonenden und gesundheitlich unbedenklichen Anwendung der Präparate im Sinne des integrierten Pflanzenschutzes, wozu auch eine Abstimmung der Maßnahmen mit den Anrainerstaaten zu zählen ist, sowie der Heranzucht gesunden Pflanzenmaterials. Die im Saatgutwesen vorgesehenen Mittel dienen der Sicherung der Versorgung der Landwirtschaft mit hochwertigem Saat- und Pflanzgut.

Qualitätsverbesserung und Produktionsalternativen in der Tierhaltung

Die vorgesehenen Mittel sind für qualitätsverbessernde Maßnahmen in der Tierzucht, Tierhaltung und Milcherzeugung sowie für tierische Produktionsalternativen bestimmt. Die Förderungsmaßnahmen sollen mithelfen, die tierischen Produkte in ihrer Beschaffenheit und Qualität weiter zu verbessern und die Möglichkeiten des weiteren Aufbaues der tierischen Alternativen zu nutzen.

Durch die Förderung tierischer Produktionsalternativen sollen die fallweise noch vorhandenen Marktlücken stärker ausgenutzt werden.

Die Förderungsmittel sollen darüber hinaus für die Förderung der Qualitätsproduktion, der Qualitätssicherung, der Klassifizierung von Schlachtkörpern und die Durchführung von Hygiene- und Gesundheitsprogrammen verwendet werden.

Die Förderung der tierischen Produktionsalternativen im Bereich der landwirtschaftlichen Tierhaltung umfaßt Maßnahmen am Erzeugungssektor der damit befaßten Organisationen. Die Mittel werden insbesondere für die Bereiche Schaf-, Geflügel-, Fisch-, Markenfleischproduktion sowie die Bienenhaltung verwendet.

Außerdem stehen für wichtige Investitionsmaßnahmen und die Beschaffung der für die Rationalisierung und Qualitätsverbesserung der Tier- und Milcherzeugung erforderlichen Einrichtungen Zinszuschüsse zu Agrarinvestitionskrediten und Investitionszuschüsse zur Verfügung.

Förderung von Innovationen

Die veranschlagten Mittel sind für die Schaffung von Einkommensalternativen für landwirtschaftliche Betriebe durch innovative Maßnahmen in der pflanzlichen und tierischen Produktion und Vermarktung sowie im Dienstleistungsbereich vorgesehen.

Förderung des biologischen Landbaues

Die veranschlagten Mittel sind vor allem für die Verbände der biologischen Landwirtschaft vorgesehen, wobei insbesondere die große Zahl der Umstellungsbetriebe einer intensiven Beratung und sonstigen Betreuung bedarf. Die biologische Landwirtschaft erfährt in Österreich einen besonders starken Aufschwung.

Förderung landtechnischer Maßnahmen

Aus den veranschlagten Mitteln wird der überbetriebliche Landmaschineneinsatz (die Maschinenringe) unterstützt. Auf Grund der kleinbäuerlichen Betriebsstruktur der österreichischen Landwirtschaft sind der Eigenmechanisierung enge Grenzen gesetzt. Die Maschinenringe als Selbsthilfeeinrichtung der Landwirte erweisen sich als besonders wirkungsvolle Form der Zusammenarbeit.

Weiters wird die Abhaltung land- und energietechnischer Kurse sowie die Aus- und Weiterbildung der Maschinenringgeschäftsführer unterstützt; darin werden den Landwirten die Kenntnisse vermittelt, den Maschinenpark zu pflegen und einfachere Reparaturen selbst durchzuführen. Der Landmaschinenpark erfordert jährliche Aufwendungen für Wartung, Pflege, Reparatur in der Höhe von ca. 3,5 Milliarden Schilling. Weiters werden Selbsthilfekurse im landwirtschaftlichen Bauwesen gefördert. Ebenso wird die Erarbeitung und Herausgabe landtechnischer Informationen und Untersuchungsergebnisse finanziert (ÖKL).

Energie aus Biomasse

Aus diesen Mitteln werden einzelbetriebliche Energieinvestitionen (Biomasse-Heisanlagen, Biogasanlagen ua.) sowie vor allem kleinräumige Biomasse-Nahwärmeversorgungsanlagen gefördert. Ziel ist die stärkere Nutzung erneuerbarer Energieträger, im besonderen der Biomasse.

Forstliche Maßnahmen

Die für forstliche Maßnahmen veranschlagten Mittel dienen zur Gewährung von Beiträgen für Forstschutzmaßnahmen, zur Holzmanipulation und Weiterverarbeitung, außerdem zur Durchführung von Aufforstungs- und forstlichen Bestandesumbaumaßnahmen, Melioration sowie zur Weiterfüh-

rung langjähriger Regionalprogramme der Hochlagenaufforstung und Schutzwaldsicherung. Zur Verbesserung der Erholungswirkung des Waldes sollen Förderungsmaßnahmen, wie zB die Schaffung von Parkplätzen, Wanderwegen und Spielplätzen usw. gesetzt und mit Bundesmitteln gefördert werden und Mittel für die Einrichtung eines österreichweiten für alle Waldgesellschaften repräsentativen Netzes von Naturwaldreservaten bereitgestellt werden. Darüber hinaus werden Waldbrandversicherungsprämien, die Sanierung geschädigter Wälder und die Errichtung von Erhaltungsbeständen und Naturwaldgesellschaften mit Bundesmitteln bezuschußt.

Voranschlagsansatz 1/60156 Betriebserhaltende und infrastrukturelle Maßnahmen

Verkehrerschließung ländlicher Gebiete

Die veranschlagten Mittel sind für die Errichtung dringend benötigter Zufahrten für bäuerliche Betriebe und deren Wirtschaftsflächen vorgesehen.

Die zeitgemäße Erschließung ist eine grundlegende Voraussetzung für eine rationelle und konkurrenzfähige Bewirtschaftung. Darüber hinaus schafft die Verkehrerschließung die Grundlage für eine allgemeine Belebung der Wirtschaft, Mobilität der Arbeitskräfte, Ansiedlung von Betrieben und für den Fremdenverkehr außerhalb geschlossener Ortschaften. Dadurch wird die Existenz der landwirtschaftlichen Betriebe gesichert und in raumordnungspolitischer Hinsicht ein Beitrag zur Erhaltung der Siedlungsdichte und damit auch der Kulturlandschaft erbracht.

Die rechtlichen Grundlagen für die Verkehrerschließung ländlicher Gebiete sind ua. das Güter- und Seilwege-Grundsatzgesetz, die Durchführungsgesetze der Länder, die jeweiligen Landesstraßengesetze oder Flurverfassungslandesgesetze.

Landwirtschaftlich-bauliche Investitionen

Die veranschlagten Mittel sind für einzelbetriebliche Förderungsmaßnahmen bestimmt. Um eine zeitgemäße Bewirtschaftung der bäuerlichen Betriebe zu ermöglichen, wird die Errichtung und Verbesserung landwirtschaftlicher Wirtschaftsgebäude und sonstiger baulicher Anlagen gefördert, wobei auf die Erhaltung wertvoller Bausubstanz und eine landschaftsgerechte Bauweise zu achten ist.

Weiters werden die Umstellung vorhandener Tierhaltungssysteme auf besonders tierfreundliche Aufstallungsformen und die Errichtung von Düngerlagerstätten (Lagerbehälter und Stapelflächen für Wirtschaftsdünger) gefördert. Zeitgemäße Düngerlagerstätten sind eine Hauptvoraussetzung für den Schutz der Gewässer vor Verunreinigungen zufolge wassergefährdender Gülle, Jauche und Sicker-säfte.

Weiters werden Investitionen in den Bereichen „Urlaub am Bauernhof“, Direktvermarktung und Almwirtschaft gefördert.

Landtechnische Investitionen

Die veranschlagten Mittel sind für die Neu- und Ersatzanschaffung von Bergbauernspezialmaschinen und für die Mechanisierung der Innenwirtschaft zur Vereinfachung oder Erleichterung der Arbeitsvorgänge vorgesehen.

Forstliche Bringungsanlagen und Forstaufschließung

Mit den bei diesem Voranschlagsansatz veranschlagten Mitteln soll die Errichtung von forstlichen Bringungsanlagen zur Ermöglichung einer pfleglichen und naturnahen Waldbewirtschaftung gefördert werden. Beim Bau von Forstwegen ist auf eine landschaftsgerechte ökologische sorgsame Vorgangsweise Bedacht zu nehmen.

Voranschlagsansatz 1/60166 Absatz und Verwertungsmaßnahmen

Werbung und Markterschließung

Mit den veranschlagten Mitteln können Maßnahmen zur Absatzverbesserung und Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte im tierischen und pflanzlichen Bereich einschließlich Produkte des biologischen Landbaues gefördert werden. Beiträge für Werbe- und Marktpflegemaßnahmen bei der Gästebeherbergung in nicht gewerblichen Betrieben („Urlaub am Bauernhof“) einschließlich gezielter Aktivitäten im In- und Ausland sowie eine teilweise Kostenabdeckung für den Bundesverband, der ua. die Information über das Angebot für den gesamten Tourismus und die Koordination der Regional- und Landesaktivitäten wahrzunehmen hat, sind möglich. Weiters sind Zuschüsse zur Präsentation

von Produkten und Leistungen der österreichischen Landwirtschaft von Ausstellungen und Messen vorgesehen.

Verbesserung der Marktstruktur

Die veranschlagten Mittel sind für die Förderung von Investitionen zur Verbesserung der Marktstruktur, Be-, Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte, insbesondere für Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung, Entwicklung und Vermarktung von Markenprodukten, der Direktvermarktung, zur Rationalisierung der Be- und Verarbeitung sowie Anwendung neuer Verarbeitungsverfahren erforderlich.

Voranschlagsansatz 1/60176 Sozialpolitische Maßnahmen

Die im Landwirtschaftsgesetz verankerte Förderungsaktion Landarbeitereigenheimbau wurde ab 1. Jänner 1995 auf die Länder übertragen. Es sind daher nur mehr die zur Abdeckung der Vorbelastrungen für Förderungsfälle der letzten fünf Jahre erforderlichen Mittel veranschlagt.

Zur Sicherung der erforderlichen qualifizierten Arbeitskräfte wird die durch das land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsgesetz, BGBl. Nr.177/1952, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 472/1992 und die Berufsausbildungsordnungen der Länder geregelte Berufsausbildung durch die Gewährung von Beihilfen für den Besuch der in den Ausbildungsvorschriften vorgesehenen Kurse und Lehrgänge gefördert.

Paragraph 6018 Land- und forstwirtschaftliche Kredite

Voranschlagsansatz 1/60186 Förderungen

Die veranschlagten Mittel sind für Zinsenzuschüsse zu Investitionen im landwirtschaftlichen Bereich wie Agrarinvestitionskredite, Konsolidierungskredite, Darlehen des Besitzstrukturfonds und Zinsenzuschüsse des EU-Fitneßprogrammes sowie die noch aushaftenden Agrarsonderkredite bestimmt.

Voranschlagsansatz 1/60188 Aufwendungen

Entgelte für die Abwicklung von ausgelagerten Investitionsförderungen sowie Zinsenzuschüssen zu Krediten im Rahmen des EU-Fitneßprogrammes für die Nahrungsmittelwirtschaft.

Paragraph 6019 Sonstige Maßnahmen

Voranschlagsansatz 1/60196 Förderung von Forschungs- und Versuchsvorhaben

Unter diesem Voranschlagsansatz sind Mittel für die Förderung von land- und forstwirtschaftlichen Forschungsprojekten veranschlagt.

Landwirtschaft

Die veranschlagten Mittel dienen als Ergänzung zu den Aufwendungen für Forschungsaufträge, welche im Rahmen des Forschungs- und Versuchswesens getätigt werden.

Forstwirtschaft

Im Rahmen der forstwirtschaftlichen Forschungsförderung werden neue fachliche Erkenntnisse und Entscheidungshilfen zur Verbesserung und nachhaltigen Sicherung, Erhaltung und Regelung der Nutz-, Schutz-, Wohlfahrts- und Erholungswirkung des Waldes erarbeitet. Aus den veranschlagten Mitteln werden schwerpunktmäßig forstliche biotechnologische Forschungsprojekte gefördert, die die Entwicklung von biochemischen Analyse-, Identifikations-, Kontroll- und Mikrovegetation-Verfahrensverfahren bei Forstgehölzen zum Inhalt haben, zB DNA-Analyse an Fichte, In-vitro-Vermehrung von Tanne und Eiche. Ziel ist die Erarbeitung neuer und verbesserter Entscheidungshilfen für die gesetzlich vorgeschriebene Herkunftserstellung und -kontrolle.

Voranschlagsansatz 1/60198 Forschungs- und Versuchswesen

Die veranschlagten Mittel dienen zur Finanzierung von Forschungsaufträgen auf dem Gebiet der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft.

Für die Teilnahme der Bundesanstalten an internationalen Forschungskoperationen wurde budgetäre Vorsorge getroffen.

Kapitel 60 — Titel 602

237

Landwirtschaft

Unter den angeführten Zielvorgaben — Steigerung der Qualität land- und forstwirtschaftlicher Produkte, Natur- und Umweltschutz, Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Produkte — erfolgt die Vergabe von Forschungsaufträgen, wobei auf internationale Kooperationen besonderes Augenmerk gelegt wird.

Forstwirtschaft

Bedeckung laufender Forschungsaufträge, Waldschadensforschung im Rahmen des FIW II (Stabilisierungs-, Revitalisierungs-, Sanierungsforschung), Waldökosystemforschung am Schwerpunktstandort Achenkirch inklusive Baumphysiologie- und Eintragsforschung, Forschungsaufträge zum sozioökonomischen Themenkreis (COST-Projekt E3, Bewertung infrastruktureller Leistungen des Waldes).

Wasserwirtschaft

Schwerpunktthemen sind gewässerökologische Fragestellungen, Grundwasserschutz und Gewässerversauerungen.

Titel 602 Agrarische Strukturförderung**Gesetzliche Grundlagen**

Landwirtschaftsgesetz 1992, BGBl. Nr. 375/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1995; Rechtsvorschriften der Europäischen Union über die agrarische Strukturförderung.

Aufgaben

Dem BMLF obliegt die Eingliederung der österreichischen Land- und Forstwirtschaft in die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP). Dabei muß die bestmögliche Versorgung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln, die Hebung des Einkommens und der Lebensqualität der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen, die Pflege und Erhaltung von Umwelt und Landschaft sowie die Erhaltung der Funktionsfähigkeit des ländlichen Raumes gewährleistet werden.

Die veranschlagten Mittel dienen der Förderung der Bauern und der Nahrungsmittelindustrie zur Bewältigung der Herausforderungen des EU-Binnenmarktes.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Schilling
1994	2 005,7	0,0
1995	2 624,0	0,0
1995 vorl. Erf.....	2 244,3	0,0
1996	4 213,1	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Bis zum Jahr 1994 waren im Titel 602 jene Förderungsmaßnahmen veranschlagt, die zur Erhaltung von wirtschaftlich gesunden und gesellschaftlich und kulturell lebendigen Räumen in den Berggebieten dienten.

Auf Grund der Neustrukturierung des Förderungsbudgets sind die vor 1995 unter diesem Titel veranschlagten Förderungsmaßnahmen — mit Ausnahme der entsprechenden Direktzahlungen — ab 1995 im Titel 601 vorgesehen.

Nunmehr enthält der Titel 602 die Förderungsmaßnahmen aus dem EAGFL-Abteilung Ausrichtung, gegliedert nach Ziel-1, Ziel-5a- und Ziel-5b-Gebieten, sowie des Finanzinstrumentes für die Ausrichtung der Fischerei (FI AF). Darüber hinaus ist auch der Bundesanteil an diesen Förderungen unter diesem Titel veranschlagt. Um die seitens der EU für die angeführten Förderungsmaßnahmen zur Verfügung gestellten Förderungsmittel zu erhalten, ist eine entsprechende Kofinanzierung durch Österreich erforderlich.

Voranschlagsansatz 1/60206 Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen (EAGFL-Ausrichtung)

Der „Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft“ (EAGFL) beteiligt sich mit seiner Abteilung „Ausrichtung“ an der Finanzierung der Agrarstrukturförderungsmaßnahmen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Diese Beteiligung erfolgt seit 1989 im Rahmen der Neuausrichtung aller drei Strukturfonds der EU. EAGFL-kofinanzierte agrarische Förderungsmaßnahmen

kommen dabei in den regionalen Strukturfondszielen 1, 5b und im horizontalen Ziel 5a zur Anwendung. Für die Kofinanzierung von Maßnahmen gemäß Ziel 5a stehen für die laufende Strukturfondsperiode bis 1999 388 Millionen ECU an EAGFL-Mitteln zur Verfügung.

Zu den EAGFL-Mitteln im Rahmen des Zieles 5a kommen noch die EAGFL-Mittel der Ziele 1, 5b und EAGFL-kofinanzierte Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsinitiativen. Für das Ziel 1 (Burgenland) sind bis 1999 24 Millionen ECU an EAGFL-Ausrichtungsmitteln vorgesehen. Für die sieben Länderprogramme im Rahmen des Zieles 5b stehen bis 1999 164 Millionen ECU EU-Mittel von der Abteilung Ausrichtung des EAGFL zur Verfügung.

Voranschlagsansatz 1/60216 Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen; Anteile des Bundes

Im Bereich der EU-Strukturfondsförderung können nur dann EU-Mittel für die Finanzierung von Maßnahmen abgerufen werden, wenn entsprechende nationale Mittel eingesetzt werden. In diesem Ansatz ist daher der entsprechende Bundesanteil veranschlagt.

Gemeinsam mit den im Ansatz 1/60206 dargestellten EAGFL-Mitteln und den Gegenüberstellungsmitteln der Länder werden damit folgende Maßnahmenswerpunkte finanziert:

- Beratungs- und Weiterbildungsmaßnahmen
Aus der Sicht der gemeinsamen Agrarpolitik ist Beratung und Weiterbildung grundsätzlich eine national zu finanzierende Aufgabe. Immer dann, wenn es gilt, Anpassung und Weiterentwicklungen der GAP rasch zu implementieren, sieht das EU-Recht jedoch eine Mitfinanzierung von Beratungs- und Weiterbildungsmaßnahmen vor [vgl. zB Art. 28 VO (EWG) 2328/91 oder Art. 6 VO (EWG) 2078/92].
- Die Förderung der ländlichen Entwicklung (= Ziel 5b) ist seit der EU-Strukturfondsreform ein wesentlicher Schwerpunkt der gemeinsamen Agrar- und Regionalpolitik. Im EAGFL-kofinanzierten Teil der 5b-Programme werden beispielsweise Projekte finanziert, die eine Verbesserung der Erwerbsmöglichkeiten der Bauern ermöglichen. Die Förderungstatbestände sind in Art. 5 der VO 2085/93 über die Aufgaben des EAGFL, Abt. Ausrichtung genannt und gelten auch für das Ziel 1 (entsprechende Maßnahmen sind für das Burgenland im Programmplanungsdokument vorgesehen).
- Direktzahlungen in Berggebieten und sonstigen benachteiligten Gebieten haben sich als Ausgleichszulage gemäß Art. 17 bis 19 zur wichtigsten Maßnahme im Rahmen des Zieles 5a entwickelt. Da Österreich gemäß dem Verhandlungsergebnis über einen überdurchschnittlichen Anteil an EU-konformen benachteiligten Gebieten verfügt, nimmt die Ausgleichszulage einen finanziell wesentlichen Anteil an den kofinanzierten Maßnahmen ein. Die Ausgleichszulage dient dem Ausgleich für ständige natürliche Nachteile und Bewirtschaftungsschwierigkeiten und unterstützt damit die Aufrechterhaltung der Bewirtschaftung in Berggebieten und benachteiligten Gebieten.
- Zur beschleunigten Anpassung der Agrarstrukturen und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe ist die Förderung von einzelbetrieblichen Investitionen gemäß Art. 5 bis 11 der VO (EWG) 2328/91 erforderlich. Dabei werden Betriebe in Berggebieten und benachteiligten Gebieten gemäß Art. 7 der VO (EWG) 2328/91 mit einem höheren Förderungsanteil berücksichtigt. Zusätzlich können in diesen Gebieten gemeinschaftliche Anlagen („kollektive Investitionen“) gemäß Art. 20 gefördert werden. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Jungunternehmerförderung gemäß Art. 10 (Niederlassungsprämie).
- Um das Angebot der landwirtschaftlichen Erzeuger gebündelt auf den Markt bringen zu können und so deren Stellung als Marktpartner zu stärken, können in diversen Produktionssparten Erzeugergemeinschaften gefördert werden.
- Schließlich stellt die Förderung der Verbesserung, Verarbeitung und Vermarktung der Urproduktion im Rahmen von Sektorplänen der VO 866/90 und 867/90 einen Maßnahmenswerpunkt dar, der für die EU-Eingliederung der österreichischen Nahrungsmittelindustrie wesentlich ist.

Voranschlagsansatz 1/60226 Nationale Förderungsmaßnahmen

Die veranschlagten Mittel sind als Direktzahlungen zur Einkommenssicherung jener Bergbauernbetriebe bzw. Betriebe in den benachteiligten Gebieten vorgesehen, welche durch die Anwendung der EU-Ausgleichszulage geringere Förderungen erhalten würden als nach den bisherigen österreichischen Direktzahlungen. Entsprechende Beihilfen sind Österreich durch das Ergebnis der Beitrittsverhandlungen bis zum Jahr 2004 gestattet.

Kapitel 60 — Titel 603

239

Voranschlagsansatz 1/60236 Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (FI AF), Mittel der EU**Voranschlagsansatz 1/60246 Sektorplan Fischerei und Aquakultur sowie Erzeugerorganisationen des Fischereiwesens, Bundesmittel**

Förderung von Investitionen im Bereich der Aquakultur und Fischereiwirtschaft (Bau, Modernisierung von Aquakulturanlagen, Optimierung des fischereilichen Potentials der Binnengewässer, Verbesserung der Produktivität, der Qualität und der Hygiene), der Verarbeitung und Vermarktung (zB Modernisierung der Verarbeitungs- und Vermarktungsräume) sowie der Verkaufsförderung.

Weiters sollen damit Erzeugerorganisationen der Fischereiwirtschaft gefördert werden.

Titel 603 Marktordnungsmaßnahmen**Gesetzliche Grundlagen**

Marktordnungsgesetz, BGBl. Nr. 210/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1995;

Rechtsvorschriften der Europäischen Union über Agrarmarktordnungen.

Aufgaben

Die Europäische Union leistet Direktzahlungen in Form von Marktordnungsprämien an die Bauern. Diese wurden im Zuge der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik eingeführt, weil die EU die Erzeugerpreise senkte, im Gegenzug dafür aber den Bauern einen Ausgleich in Form von Direktzahlungen gewährt.

Diese Beihilfen sind ab dem Jahre 1995 unter dem Titel 603 veranschlagt.

Darüber hinaus gewährt die Europäische Union im Rahmen ihrer Agrarmarktordnungen eine Reihe weiterer Förderungen.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1994	2 984,8	0,4
1995	9 401,1	163,0
1995 vorl. Erf.....	11 870,3	121,5
1996	12 726,0	499,4

Unterschiede gegen Vorjahre

Bis zum Jahr 1994 waren unter diesem Titel die Förderungsmaßnahmen des Grünen Planes auf Grund der Zielsetzungen des Landwirtschaftsgesetzes veranschlagt. Diese Maßnahmen sind ab dem Jahr 1995 — soweit sie national weitergeführt werden — im Titel 601 vorgesehen.

Im Zuge der Neustrukturierung des Förderungsbudgets des Kap. 60 sind ab 1995 unter diesem Titel die obligatorischen Beihilfen des EAGFL-Garantie und im Einvernehmen mit der EU durchgeführte nationale Marktordnungsmaßnahmen veranschlagt.

Um einen allfälligen zusätzlichen Budgetbedarf bei einer Reihe von Ausgabenpositionen dieses Titels abfangen zu können, besteht neben den im Bundesvoranschlag veranschlagten Beträgen noch die Möglichkeit zur Inanspruchnahme bundesfinanzgesetzlicher Ermächtigungen. Dies ist deshalb notwendig, weil auf Grund der durch den EU-Beitritt bedingten Systemumstellungen und der neuen Förderungskonzeption eine exakte Feststellung des Bedarfes zum Zeitpunkt der Veranschlagung 1996 nicht möglich war.

Anlässlich der Veranschlagung im Jahre 1995 konnte auf Grund fehlender Erfahrungswerte der tatsächliche Bedarf nicht genau abgeschätzt werden.

Voranschlagsansatz 1/60304 EAGFL-Garantie (Ackerkulturen, Zucker und Textilpflanzen), Überweisung an die AMA

Mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union sind im Agrarbereich die Bestimmungen der gemeinsamen Marktorganisation zu vollziehen. Mit der Marktordnungsgesetznovelle 1994, BGBl. Nr. 664, wurde die Rechtsgrundlage für Verordnungen zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisationen geschaffen.

Der Ansatz beinhaltet Maßnahmen der öffentlichen Lagerhaltung und sonstige Interventionen in Form von Einlagerungsmaßnahmen im Bereich von Getreide sowie Hektarbeihilfen für die Erzeugung von Getreide und Mais, Ölsaaten, Öllein, Eiweißpflanzen, Leinsamen außer Faserlein nach der Allgemeinen Regelung und Kleinerzeugerregelung lt. EU-VO 1765/92 und deren Durchführungsverordnungen sowie für die Flächenstilllegung und Rohstoffherzeugung auf diesen Flächen. Weiters enthält dieser VA-Ansatz die Beihilfen und sonstigen Interventionen für Faserlein, Hanf, Trockenfutter und Körnerleguminosen.

Vorschlagsansatz 1/60314 EAGFL-Garantie (Obst und Gemüse, Weinbau und sonstige pflanzliche Erzeugnisse)

Im Rahmen der Gemeinsamen Marktorganisationen für die betroffenen Produkte werden für bestimmte Maßnahmen (Intervention, Erstattung, Verarbeitung, Sanierung der Erzeugung, Lagerhaltung, Rodung, Destillation, ua.) Beihilfen gewährt. Die veranschlagten Mittel sind zur Durchführung dieser Maßnahmen in Österreich erforderlich und werden nach Vorfinanzierung durch den Mitgliedstaat zur Gänze von der Europäischen Union erstattet.

Vorschlagsansatz 1/60324 EAGFL-Garantie (Tierische Erzeugnisse), Überweisung an die AMA

Der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft finanziert Interventionen und Beihilfen auf dem Sektor der tierischen Erzeugnisse (Fleisch und Milch), die nach Gemeinschaftsvorschriften im Rahmen der gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte vorgenommen und von Österreich vorfinanziert werden.

Vorschlagsansatz 1/60346 Flankierende Maßnahmen

Umweltmaßnahmen

Die veranschlagten Mittel sind nach der EU-Verordnung 2078/92 im Hinblick auf eine umweltgerechte, extensive und den natürlichen Lebensraum schützende Landwirtschaft vorgesehen.

Diese zentrale agrar- und umweltpolitische Maßnahme bezweckt:

- die Erhaltung, Pflege und Gestaltung der Kulturlandschaft;
- den ökologischen Ausgleich zur Verwirklichung der Ziele der Agrar- und Umweltpolitik;
- die Anpassung der landwirtschaftlichen Erzeugung an die Marktentwicklung;
- die Sicherung eines angemessenen Einkommens für die Landwirte.

Für diese Förderung stellt die EU auf Grund des Ergebnisses der Beitrittsverhandlungen einen Finanzierungsrahmen in Höhe von 175 Millionen ECU p. a. zur Verfügung.

Aufforstung landwirtschaftlich genutzter Flächen

Die veranschlagten Mittel sind nach der EU-Verordnung 2080/93 zur Förderung

1. einer alternativen Nutzung der landwirtschaftlichen Flächen durch Aufforstung und
2. zur Entwicklung forstwirtschaftlicher Tätigkeiten in den landwirtschaftlichen Betrieben

vorgesehen.

Die Beihilfenregelung kann folgendes umfassen:

- Beihilfen zu den Aufforstungskosten;
- eine jährliche Prämie zur Deckung der Kosten für die Pflege der aufgeforsteten Flächen in den ersten fünf Jahren;
- eine jährliche Hektarprämie zum Ausgleich von Einkommensverlusten auf Grund der Aufforstung landwirtschaftlicher Nutzflächen;
- Investitionsbeihilfen zur Verbesserung von Waldflächen, und zwar insbesondere für die Anlage von Wind- und Brandschutzstreifen, von Wasserstellen und von forstwirtschaftlichen Betriebswegen für Bestandesumwandlungen.

Vorschlagsansatz 1/60356 Nationale Marktordnungsmaßnahmen, Überweisung an die AMA

Im Rahmen der gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte ist auch eine Förderung der Mutterkuhhaltung vorgesehen, die jedoch zusätzlich mit nationalen Mitteln finanziert werden kann. Hiefür sowie für weitere nationale Marktordnungsmaßnahmen sind insgesamt 239,4 Millionen Schilling vorgesehen.

Kapitel 60 — Titel 604 und 605

241

Vorschlagsansatz 1/60368 Ersätze für die Finanzierung von Interventionskäufen

Auf Grund der erforderlichen nationalen Finanzierung von etwaigen Interventionen ist ein Betrag von insgesamt 3,5 Millionen Schilling an Finanzierungskosten im Jahr 1996 vorgesehen.

Titel 604 Marktordnungspolitische Maßnahmen**Gesetzliche Grundlagen**

Marktordnungsgesetz, BGBl. Nr. 210/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1995;

Viehwirtschaftsgesetz, BGBl. Nr. 621/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1995;

Stärkeförderungsgesetz, BGBl. Nr. 378/1992.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1994	10 390,6	731,2
1995	1 662,9	37,5
1995 vorl. Erf.....	1 537,9	119,2
1996	11,4	0,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Unterschiede gegenüber den Vorjahren ergeben sich auf Grund des Beitritts Österreichs zur EU mit 1. Jänner 1995 und der damit zusammenhängenden Umstrukturierung der Marktordnung. Der Titel 604 enthält nur mehr die Ausgaben für die Liquidationskosten der Austro-Milchexportabwicklungs-Ges. m. b. H. (AMEA) sowie Restzahlungen für Schulden aus den Vorjahren.

Titel 605 Lehr- und Versuchsanstalten**Gesetzliche Grundlagen**

Land- und forstwirtschaftliches Bundesschulgesetz, BGBl. Nr. 175/1966, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 647/1994;

Bundesgesetz über die Bundesämter für Landwirtschaft und die landwirtschaftlichen Bundesanstalten, BGBl. Nr. 515/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 524/1995;

Saatgutgesetz, BGBl. Nr. 236/1937, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 230/1982;

Weingesetz, BGBl. Nr. 444/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 583/1995;

Düngemittelgesetz, BGBl. Nr. 513/1994;

Forstgesetz, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 532/1995;

Futtermittelgesetz, BGBl. Nr. 905/1993;

Pflanzenschutzmittelgesetz, BGBl. Nr. 476/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 300/1995.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	959,0	302,6	1 261,6	182,6
1995	973,8	325,2	1 299,0	195,0
1995 vorl. Erf..	983,0	305,9	1 288,8	180,0
1996	966,8	382,3	1 349,1	202,5

Unterschiede gegen Vorjahre

Bei den Sachausgaben ergibt sich das Mehrerfordernis insbesondere durch die Rückzahlung der Einrichtungskosten entsprechend dem bestehenden Vertrag im Zusammenhang mit der im Jahr 1995 erfolgten Übersiedlung von Bundesanstalten in das Forschungszentrum Hirschstetten.

242

Kapitel 60 — Titel 605**Paragraph 6050 Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten****Aufgaben**

Zur Ausbildung des landwirtschaftlichen Nachwuchses sowie von Führungskräften bestehen in Österreich nachstehend angeführte, dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft unterstehende höhere Lehranstalten sowie das Bundesseminar für das land- und forstwirtschaftliche Bildungswesen in Wien.

Organisation

In Wien:

Die Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau sowie das Bundesseminar für das land- und forstwirtschaftliche Bildungswesen in Wien (land- und forstwirtschaftliche Berufspädagogische Akademie mit dem land- und forstwirtschaftlichen berufspädagogischen Institut).

In Niederösterreich:

Die Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt „Francisco-Josephinum“ in Weinzierl, die Höhere Bundeslehranstalt und Bundesamt für Wein- und Obstbau in Klosterneuburg sowie die Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft in Sitzenberg mit Wirtschaftsbetrieb.

In Oberösterreich:

Die Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft mit Wirtschaftsbetrieb in Elmsberg bei Linz und die Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt in St. Florian.

In Salzburg:

Die Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft in Ursprung-Elixhausen mit Wirtschaftsbetrieb.

In Steiermark:

Die Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft in Raumberg-Trautenfels mit Wirtschaftsbetrieb.

In Kärnten:

Die Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft in Pitzelstätten mit Wirtschaftsbetrieb.

In Tirol:

Die Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft in Kematen mit Wirtschaftsbetrieb.

Paragraph 6051 Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtschaftliche Bundesanstalten**Aufgaben**

Der Wirkungsbereich der Bundesämter umfaßt hoheitliche Aufgaben und Aufgaben des landwirtschaftlichen Forschungs- und Kontrollwesens.

Der Wirkungsbereich der Bundesanstalt für alpenländische Landwirtschaft umfaßt Aufgaben des landwirtschaftlichen Forschungs-, Prüfungs- und Kontrollwesens.

Es bestehen ua. die Aufgaben, durch Versuche auf allen einschlägigen Gebieten der Landwirtschaft, wie Pflanzen- und Futterbau, Düngung, Bodenwirtschaft, Pflanzenschutz, landwirtschaftliches Betriebswesen, Verfahrens- und Arbeitstechnik in der Landwirtschaft, Tierzucht usw., wissenschaftliche Erkenntnisse zu erproben, auszuwerten und der praktischen Landwirtschaft nutzbar zu machen.

Organisation

Diesen Zwecken dienen laut BGBl. Nr. 515/1994 folgende Bundesämter und die Bundesanstalt:

1. Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft (Wien)

Der Wirkungsbereich umfaßt die Gebiete Boden und Standort, landwirtschaftliche Pflanzen- und Tierproduktion, landwirtschaftliche Produktionsmittel, land- und ernährungswirtschaftliche Erzeugnisse, landwirtschaftlicher und gartenbaulicher Pflanzenschutz und Ökologie unter besonderer Berücksichtigung chemischer, physikalischer und biologischer Vorgänge, Forschung auf dem Gebiet Bienezucht und -haltung, Bienenkrankheiten und Erzeugung von Bienenprodukten.

Kapitel 60 — Titel 605

243

Dazu gehören ua. die Überwachung des geschäftlichen Verkehres mit Saat- und Pflanzgut, Futter-, Dünge- und Pflanzenschutzmittel; Angelegenheiten des Schutzes von Pflanzensorten (Sortenschutzamt); die Kontrolle, Untersuchung, Begutachtung von landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen, -verfahren und -mitteln, von Kulturpflanzen und deren Sämereien, Pflanzenschutzmitteln und -verfahren und von Pflanzen und pflanzlichen Produkten auf ihren Gesundheitszustand und Freiheit von Schadorganismen (amtlicher Pflanzenschutzdienst).

Prüfung von Verfahren der landwirtschaftlichen Produktion und der Be- und Verarbeitung ihrer Erzeugnisse einschließlich Weinbehandlung. Untersuchung von Weinaufsichtspröben; staatliche Prüfnummer.

Forschung auf den Gebieten der landwirtschaftlichen Ökosysteme und ihrer Wechselbeziehungen, des Verhaltens von Nähr-, Wirk- und Schadstoffen im System Boden-Pflanze-Tier; der landwirtschaftlichen Pflanzenproduktion einschließlich Pflanzenzüchtung und Verwertung pflanzlicher Erzeugnisse sowie Sorten- und Saatgutwesen; des landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Pflanzenschutzes; der Bodenökologie sowie Boden- und Standortkunde.

2. Bundesamt für Agrarbiologie (Linz)

Der Wirkungsbereich umfaßt unter besonderer Berücksichtigung chemischer, physikalischer und biologischer Vorgänge die Gebiete Ökologie, landwirtschaftliche Pflanzen- und Tierproduktion einschließlich landwirtschaftlicher Produktionsmittel und landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Verarbeitungsprodukte.

Dazu gehören insbesondere die Überwachung des geschäftlichen Verkehres mit Saat- und Pflanzgut, Futter-, Dünge- und Pflanzenschutzmitteln; die Kontrolle, Untersuchung, Begutachtung von landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen und -mitteln, von Saat- und Pflanzgut. Prüfung von Verfahren der landwirtschaftlichen Produktion und der Be- und Verarbeitung ihrer Erzeugnisse.

Forschung ua. auf den Gebieten der landwirtschaftlichen Ökosysteme und ihrer Wechselbeziehungen, des Verhaltens von Nähr-, Wirk- und Schadstoffen im System Boden-Pflanze-Tier; im Bereich von landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen, -mitteln und -methoden, landwirtschaftlichen Erzeugnisse; im Bereich des biologischen Landbaues.

3. Bundesamt für Weinbau (Eisenstadt)

Der Wirkungsbereich umfaßt unter besonderer Berücksichtigung der landeskulturellen Verhältnisse im Burgenland die Gebiete Weinbau und Weinuntersuchung.

Inbesondere gehören dazu die Forschung über Weinbau und Wein, die Untersuchung und Begutachtung von Trauben, Most und Wein sowie deren Sekundärprodukte, von Wein anlässlich der Erteilung der staatlichen Prüfnummer sowie die amtliche Weinkostkommission.

4. Bundesanstalt für alpenländische Landwirtschaft (Gumpenstein)

Ihr Wirkungsbereich umfaßt die Gebiete Pflanzen- und Tierproduktion, Technik und Bauwesen, Ökologie sowie Arbeits- und Betriebswirtschaft in der Landwirtschaft im alpenländischen Raum.

Forschung ua. auf dem Gebiet der Pflanzen- und Tierproduktion mit besonderer Berücksichtigung der Grünlandwirtschaft und des Ackerbaues in Bergregionen. In der Tierproduktion Durchführung von Haltungs-, Fütterungs-, Kreuzungs- und Aufzuchtversuchen.

Paragraph 6052 Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten**Organisation und Aufgaben**

Bei diesem Paragraph ist der Aufwand für die Höheren Lehranstalten für Forstwirtschaft in Gainfarn bei Bad Vöslau und in Bruck/Mur (BGBl. Nr. 225/1976) sowie für die einjährige Forstfachschnule in Waidhofen/Ybbs, die 1974 eingerichtet wurde (BGBl. Nr. 649/1975), veranschlagt.

Die Höheren Lehranstalten für Forstwirtschaft vermitteln die Ausbildung für den gehobenen Forstdienst und geben die Voraussetzung für den Besuch einer Universität gleicher oder verwandter Fachrichtung.

Die Forstfachschnule vermittelt die Ausbildung für Forstwerte, zur Mitwirkung bei der Durchführung des forst- und jagdlichen Betriebsdienstes, sowie für den Forstschutz- und forstlichen Beratungsdienst, wobei besonders auch eine qualifizierte Ausbildung für schon bisher in der Forstwirtschaft tätige Personen eröffnet werden soll.

Paragraph 6053 Forstliche Bundesversuchsanstalt**Aufgaben**

Die Anstalt hat die Aufgabe, durch Untersuchungen und Versuche auf fachwissenschaftlicher Grundlage sowie durch Vermittlung der Anwendbarkeit ihrer Untersuchungsergebnisse für die forstliche Praxis, den forstlichen Belangen im allgemeinen und der Forstwirtschaft im besonderen zu dienen. Im einzelnen nennt das Forstgesetz 1975, BGBl. Nr. 440, folgende Aufgaben:

- Erhebungen aller Art über den Zustand und die Entwicklung des österreichischen Waldes.
- Die Feststellung der Ursachen von Forstschäden (wie durch Wild und Immissionen), allenfalls in Zusammenarbeit mit anderen an diesen Untersuchungen interessierten Stellen.
- Die Prüfung von Fragen der forstlichen Raumplanung und der Wildbach- und Lawinerverbauung.
- Die Prüfung von Geräten, Werkzeugen, Maschinen sowie von chemischen und anderen Mitteln, die für eine Verwendung in der Forstwirtschaft bestimmt sind.
- Die Prüfung von forstlichem Vermehrungsgut.
- Die Prüfung von Arbeitsverfahren und Anwendungsmethoden auf ihre Eignung in der Forstwirtschaft.
- Die Abgabe von Gutachten.

Die nachstehenden Fachbereiche werden an der Anstalt bearbeitet: Standortskunde, Forstpflanzenzüchtung und Genetik, Waldbau und Versuchsgärten, Forstinventur, Waldwachstum und Betriebswirtschaft, Forstschutz, Immissionsforschung und Forstchemie, Forsttechnik, Wildbachkunde, Lawinenkunde, subalpine Waldforschung, wissenschaftliche Dienste.

Schwerpunkte der Anstaltstätigkeiten, neben der seit 1961 durchgeführten Forstinventur, sind zurzeit die alljährlich durchgeführten gesamtösterreichischen Erhebungen über den Waldzustand und die Belastung des Waldes durch Schadstoffe. Gerade die Ursachenforschung auf dem Gebiet der neuartigen Waldschäden hat gezeigt, daß die Gefahren für den Wald von miteinander vernetzten Ursachen hervorgerufen werden. Dieser Erkenntnis ist auch vom Forschungsansatz her zu begegnen. Es werden daher zunehmend Gemeinschaftsprojekte mit ökosystemaren Betrachtungsweisen intensiv bearbeitet. Hiebei seien nur die zwei wichtigsten Programme herausgegriffen:

Österreichisches Waldschadenbeobachtungssystem

Beobachtung der Auswirkungen von Luftverunreinigungen auf das gesamte Waldökosystem, Erfassung einer Reihe wichtiger Parameter (Waldboden, Vegetation und Zuwachskunde, chemische Nadel- und Blattanalysen auf Schadstoff- und Nährelementgehalte, Schadstoffeintragsmessungen, Kronenzustandserhebung mittels Luftbildinterpretation).

Diese Waldschadenserhebung entspricht in Durchführung und Berichtslegung bereits den Vorgaben der Verordnung (EWG) Nr. 1696/1987 der Kommission vom 10. Juni 1987, in der die Durchführungsbestimmungen zu der Verordnung (EWG) Nr. 3528/1986 des Rates über den Schutz des Waldes in der Gemeinschaft gegen Luftverschmutzung festgelegt wurden.

Beiträge zur Erhaltung der genetischen Vielfalt der österreichischen Wälder

Erfassung von Erhaltungsbeständen und Naturwaldreservaten, Begründung von Generhaltungsplantagen, Errichtung und Betrieb einer forstlichen Samenbank, Einrichtung eines österreichweiten für alle Waldgesellschaften repräsentativen Netzes von Naturwaldreservaten.

Ministerkonferenz

In der zweiten Sitzung der Ministerkonferenz zum Schutz der Wälder in Europa (Helsinki, Juni 1993) wurde von den teilnehmenden europäischen Staaten beschlossen, daß Österreich den Kovorsitz für die Ministerkonferenz übernimmt.

Österreich hat sich somit verpflichtet, in den nächsten 15 Jahren an der administrativen und inhaltlichen Fortführung der Konferenz mitzuwirken und nach der dritten Sitzung (Lissabon 1998) den Vorsitz zu übernehmen.

Österreich übernimmt somit gemäß den Vereinbarungen als Kovorsitzland einerseits einen Teil der Kosten des in Lissabon eingerichteten Büros (Kosten für Unterhalt wie Telefon, FAX usw.) und andererseits die Kosten der letzten Konferenz und für die Vorbereitungen der nächsten Konferenz in Lissabon 1998.

Es ist geplant, daß die administrative Abwicklung über die Forstliche Bundesversuchsanstalt erfolgen soll.

Paragraph 6054 Bundesanstalt für Agrarwirtschaft

Der Sitz der Bundesanstalt ist Wien.

Ihr Wirkungsbereich umfaßt das Gebiet Agrarwirtschaft unter mikro- und makroökonomischen Gesichtspunkten.

Zum Wirkungsbereich gehören insbesondere:

Forschung auf dem Gebiet der Agrarwirtschaft Österreichs hinsichtlich Betriebswirtschaft, Agrarsoziologie, Regionalforschung und Regionalpolitik, Natur- und Umweltschutz, Agrarstatistik sowie internationaler Wirtschaftsintegration und Weltagrarwirtschaft;

Führung einer agrarwirtschaftlichen Spezialbibliothek und Dokumentationsstelle Österreichs.

Paragraph 6055 Bundesanstalten für Milchwirtschaft**Aufgaben und Organisation**

Für die milchwirtschaftlichen Belange bestehen laut BGBl. Nr. 515/1994 folgende Anstalten:

1. Bundesanstalt für alpenländische Milchwirtschaft (Rotholz)

Zu ihrem Wirkungsbereich gehören Forschung, Entwicklung, Qualitätssicherung und Untersuchungen auf dem Sektor Milch und Milcherzeugnisse unter besonderer Berücksichtigung der Produktionsbedingungen und der traditionellen Milcherzeugnisse in den alpenländischen Gebieten, sowie Gewinnung, Be- und Verarbeitung von Milch in dem für Forschungs-, Versuchs- und Ausbildungszwecke notwendigen Ausmaß und Vermarktung der hiebei entstehenden Erzeugnisse, Züchtung und Abgabe von Käseerzkulturen.

2. Bundesanstalt für Milchwirtschaft (Wolfpassing)

Ihr Wirkungsbereich umfaßt Forschung, Entwicklung, Qualitätssicherung und Untersuchungen sowie die Gewinnung, Be- und Verarbeitung von Milch in dem für Forschungs-, Versuchs- und Ausbildungszwecke notwendigen Ausmaß und Vermarktung der hiebei entstehenden Erzeugnisse und andere Produkte, die unter Verwendung von Milchinhaltstoffen hergestellt werden, weiters Herstellung und Vertrieb von Standarderzeugnissen.

Den Anstalten obliegt außerdem die Fortbildung milchwirtschaftlichen Personals und die Veranstaltung von Kursen.

Paragraph 6056 Bundesanstalt für Bergbauernfragen

Der Sitz der Bundesanstalt ist Wien.

Ihr Wirkungsbereich umfaßt das Gebiet Probleme des Bergraumes und anderer Gebiete mit ungünstiger Struktur und der in diesen Räumen lebenden Bevölkerung.

Zum Wirkungsbereich gehören insbesondere:

Forschung in Angelegenheiten des Bergraumes sowie Analysen der natürlichen, gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Ursachen der Probleme des Bergraumes und anderer Gebiete mit ungünstiger Struktur; Analyse und Bewertung von Maßnahmen und Instrumenten zur Lösung der Probleme des Bergraumes und anderer Gebiete mit ungünstiger Struktur.

Paragraph 6057 Bundesanstalten für Tierzucht**Organisation und Aufgaben**

Gemäß Bundesgesetz, BGBl. Nr. 515/1994, bestehen folgende Tierzuchtanstalten:

1. Bundesanstalt für Fortpflanzung und Besamung von Haustieren.

Ihr Wirkungsbereich umfaßt die Gebiete Andrologie, Gynäkologie, Genetik, Biologie, Pathologie sowie Hygiene und Technologie der Fortpflanzung der Haustiere.

Die Auflösung dieser Bundesanstalt ist mit 31. Dezember 1996 vorgesehen.

2. Bundesanstalt für Pferdezucht.

Ihr Wirkungsbereich umfaßt die Gebiete Pferdezucht und Pferdehaltung sowie das Reit- und Fahrwesen.

Die Auflösung dieser Bundesanstalt ist mit 31. Dezember 1996 vorgesehen.

Paragraph 6058 Bundesamt für Wasserwirtschaft

Unter diesem Paragraph sind die Ausgaben für das Bundesamt für Wasserwirtschaft veranschlagt, dessen Rechtsgrundlage das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 516/1994, bildet.

Organisation und Aufgaben

1. Institut für Wassergüte in Wien.

Der Aufgabenbereich umfaßt die Fachfunktionen der Verwaltung am Sektor Wasserhaushalt und Gewässergüte im Rahmen der nationalen und internationalen Interessen und Aufgaben des Bundes bzw. mit übergeordneter Bedeutung in sachlicher, örtlicher oder budgetärer Hinsicht.

Dies umschließt insbesondere die Erforschung, Erfassung und Evidenthaltung der Faktoren des Wasserhaushaltes und der Gewässergüte, die Mitwirkung an wasserwirtschaftlichen Planungen und Untersuchungen am Wasserwirtschaftskataster (BGBl. Nr. 34/1968), Gewässergütefragen und eine zentrale Fachdokumentation sowie die Mitarbeit in einschlägigen internationalen Gremien und Organisationen.

2. Institut für Kulturtechnik und Bodenwasserhaushalt in Petzenkirchen.

Der Aufgabenbereich des Institutes umfaßt die Forschung, Untersuchung und Gutachtenerstellung für die Wasserrechtsbehörden sowie den nationalen und internationalen Erfahrungsaustausch auf den Gebieten des Bodenwasserhaushaltes und der Kulturtechnik mit Schwerpunkt Grundwasserschutz.

3. Institut für Wasserbau und hydrometrische Prüfung in Wien.

Die Aufgabe des Institutes ist die modelltechnische Simulation von beabsichtigten Veränderungen und Eingriffen in den natürlichen Ablauf der Gewässer, insbesondere im Rahmen von Hochwasserschutzbauten, Kraftwerksanlagen, Verkehrsanlagen und sonstigen Bauten an Gewässern mit dem Ziele der rechtzeitigen und umfassenden Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Aspekte des Wasserhaushaltes, insbesondere im Rahmen einer entsprechenden Effizienz der staatlichen Wasserbautenförderung und der Wahrnehmung der internationalen Rechte und Verpflichtungen Österreichs gegenüber seinen Nachbarstaaten. Ferner obliegt dem Institut die Prüfung und Eichung der hydrometrischen Meßgeräte.

4. Institut für Gewässerökologie, Fischereibiologie und Seenkunde

Der Aufgabenbereich umfaßt die Erhaltung der ökologischen Funktionsfähigkeit der Gewässer im Zusammenhang mit Wasserbauten und Sicherung der Vielfalt autochthoner Fischarten, das Forschungs- und Versuchswesen auf dem Gebiet der gewässerträglichen Fischerei und gewässerträglichen Methoden zur Produktion gesunder aquatischer Organismen, die Erfassung von Fischregionen und Fischartenkartierung sowie die Erfassung des Zustandes von stehenden Gewässern und der Einflußfaktoren und die Beurteilung von Sanierungsstrategien.

Paragraph 6059 Bundesanstalt für Landtechnik

Ihr Wirkungsbereich umfaßt das Gebiet Landtechnik, das sind alle maschinen-, verfahrens-, energie- und arbeitstechnischen Angelegenheiten in der Landwirtschaft und die nachwachsenden Rohstoffe für den Nichtnahrungsmittelbereich. Diese Bundesanstalt befindet sich in Wieselburg.

Titel 606 Übergangsregelungen**Gesetzliche Grundlage**

EU-Beitrittsvertrag, BGBl. Nr. 45/1995.

Aufgaben

Finanzielle Regelungen für den Übergangszeitraum 1995—1998 zur Entlastung der Österreichischen Land- und Forstwirtschaft.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1995	8 661,6	40,0
1995 vorl. Erf.....	9 708,6	—
1996	4 530,0	15,0

Kapitel 60 — Titel 607

247

Vorschlagsansatz 1/60606 Degressive Ausgleichszahlungen, Förderungen

Mit dem Beitritt zur Europäischen Union haben Österreichs Landwirte, bedingt durch das niedrigere Förderungsniveau, hohe Preisverluste zu erwarten. Um diese Einbußen zum Teil zu kompensieren, werden während einer Übergangsperiode von vier Jahren degressive Beihilfen gewährt. Artikel 138 des Beitrittsvertrages regelt die Gewährung dieser Beihilfen. Unter diesem Ansatz sind die anteiligen EU- und Bundesmittel veranschlagt.

Vorschlagsansatz 1/60608 Degressive Ausgleichszahlungen, Aufwendungen

Im Rahmen der degressiven Ausgleichszahlungen für Mastschweine werden zur Abdeckung der Verwaltungskosten von Unternehmungen 8 Millionen Schilling bereitgestellt.

Titel 607 Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens**Gesetzliche Grundlagen**

Grundsätze über die land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und landwirtschaftlichen Fachschulen, BGBl. Nr. 319 und 320/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 648 und 649/1994;

Forstgesetz, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 532/1995;

Finanzausgleichsgesetz 1993, BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1995.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	20,3	435,5	455,8	6,4
1995	20,8	454,9	475,7	5,3
1995 vorl. Erf..	20,8	481,7	502,5	6,3
1996	20,7	464,6	485,3	5,2

Unterschiede gegen Vorjahre

Der Mehraufwand bei den Sachausgaben 1996 gegenüber dem Bundesvoranschlag 1995 beruht vor allem auf einem erhöhten Bedarf für den Ersatz der Besoldungskosten der Lehrer an den land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und landwirtschaftlichen Fachschulen.

Paragraph 6071 Land- und forstwirtschaftliche Berufs- und landwirtschaftliche Fachschulen

Gemäß § 3 Abs. 1 Z 2 Finanzausgleichsgesetz 1993 ersetzt der Bund den Ländern von den Kosten der Besoldung (Aktivitätsbezüge) der Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen 50 vH. Der Personalaufwand der übrigen Bediensteten, die nicht Lehrer sind, sowie der übrige Sachaufwand werden zur Gänze von den Ländern getragen.

Aufgaben

Die Landwirtschaftsschulen haben die Aufgabe, die in der Landwirtschaft tätige Jugend fachlich aus- und weiterzubilden. Die Landwirtschaftsschulen gliedern sich in land- und forstwirtschaftliche Berufs- und landwirtschaftliche Fachschulen. Während die land- und forstwirtschaftlichen Berufsschulen die unmittelbar schulentlassene Jugend erfassen und ihr die für ihren land- und forstwirtschaftlichen Beruf notwendige allgemeine und grundlegende fachliche Bildung vermitteln, haben die landwirtschaftlichen Fachschulen die Aufgabe, die reifere ländliche Jugend fachlich so auszubilden, daß sie imstande ist, entweder selbst einmal einen landwirtschaftlichen Betrieb zu führen oder im landwirtschaftlichen Beruf tätig zu sein.

Paragraph 6072 Forstliche Ausbildungsstätten**Aufgaben**

Die Forstlichen Ausbildungsstätten haben die Aufgabe, die in der Forstwirtschaft Tätigen durch geeignete Veranstaltungen, wie Kurse, Vorträge und Vorführungen, fachlich weiterzubilden. Sie sind ferner ermächtigt, Forstschutzorgane auszubilden.

Die Forstlichen Ausbildungsstätten haben weiters die Aufgabe, die bei der praktischen Erprobung von forstlichen Arbeitsverfahren, Geräten und Maschinen gewonnenen Erkenntnisse weiterzu-

geben. Im Rahmen dieser Tätigkeit übernehmen sie die Ausbildung bäuerlicher Waldbesitzer und machen sie mit den Fortschritten der modernen Forstwirtschaft vertraut.

Über diese grundsätzlichen Kursziele hinaus werden in der Forstlichen Ausbildungsstätte Ossiach auch Spezialkurse für die Bedienung, Wartung und den Einsatz von Schwermaschinen, die im Zuge der Rationalisierung und Mechanisierung der Forstwirtschaft immer mehr eingesetzt werden, sowohl für das Bedienungspersonal als auch für die Einsatzleiter abgehalten. In der Forstlichen Ausbildungsstätte Ort/Gmunden werden hingegen Spezialkurse gehalten, die als Schwerpunkt die Ausbildung des forstlichen Führungspersonals in Fragen der Rationalisierung und modernen Betriebsführung zum Ziele haben.

Weiters führen die Forstlichen Ausbildungsstätten die praktische Erprobung von forstlichen Maschinen und Geräten durch.

Gemäß § 6 der Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, BGBl. Nr. 649/1975, bestehen Forstliche Ausbildungsstätten in Ort bei Gmunden und in Ossiach.

Titel 608 Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung

Gesetzliche Grundlagen

Gesetz betreffend Vorkehrungen zur unschädlichen Ableitung von Gebirgsgewässern, RGBl. 117/1884, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 54/1959;

Wasserbautenförderungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 516/1994;

Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 396/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1 060/1994.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	132,8	1 626,0	1 758,8	1 703,9
1995	133,6	1 845,3	1 978,9	1 990,1
1995 vorl. Erf..	135,7	1 541,7	1 677,4	1 570,8
1996	133,2	1 472,1	1 605,3	1 582,3

Unterschiede gegen Vorjahre

Die niedrigere Veranschlagung bei den Sachausgaben ist ua. auf die geringere Dotierung der Mittel aus dem Katastrophenfonds zurückzuführen.

Paragraph 6080 Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst

Gemäß Art. 102 des Bundes-Verfassungsgesetzes wird der Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst unmittelbar von Bundesdienststellen versehen.

Aufgaben und Organisation

Der Forsttechnische Dienst für Wildbach- und Lawinenverbauung hat die Projekte für die Wildbach- und Lawinenverbauung, die in der zuständigen Gruppe des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft fachlich und kostenmäßig überprüft werden, auszuarbeiten und nach ihrer Genehmigung auch auszuführen. Außerdem wirkt er im Erhaltungs- und Betreuungsdienst im Sinne des § 13 Wasserbautenförderungsgesetz mit.

Die Projektverfassung und Baudurchführung erfolgt durch die in den Bundesländern befindlichen Gebietsbauleitungen des Forsttechnischen Dienstes für Wildbach- und Lawinenverbauung.

Die Sektionen des Dienstzweiges verwalten die für die Durchführung der Baumaßnahmen erforderlichen Gelder, das sind die auf Grund des Bundesfinanzgesetzes jeweils bewilligten, beim VA-Ansatz 1/60826 veranschlagten Bundeszuschüsse, die Mittel des Katastrophenfonds bei den VA-Ansätzen 1/60126, 1/60836 und 1/60838 sowie die Landes- und Interessentenbeiträge.

Paragraph 6081 Öffentliches Wassergut

Gemäß Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, BGBl. Nr. 280/1969, ist die Verwaltung des öffentlichen Wassergutes nach Art. 104 Abs. 2 des Bundesverfassungsgesetzes den Landeshauptmännern übertragen. Im Zusammenhang mit der Verwaltung dieses öffentlichen

Wassergutes ergeben sich laufend Einnahmen und sind auch ständig Ausgaben zu begleichen. Die Einnahmen ergeben sich aus Miet- und Pachtzinsen sowie aus Nutzungen, die Ausgaben fallen für den Ankauf von Grundstücken zur ordnungsgemäßen Verwaltung des öffentlichen Wassergutes sowie die Herstellung der Grundbuchsordnung, für Vermessungen und dergleichen an.

Paragraph 6082 Wildbach- und Lawinerverbauung

An Bundeszuschüssen sind auf Grund ausreichender Dotierung der zweckgebundenen Mittel nur Erinnerungsposten vorgesehen.

Paragraph 6083 Wildbach- und Lawinerverbauung (Mittel des Katastrophenfonds)

Voranschlagsansatz 1/60836 Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen (zweckgebundene Gebarung)

Die aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten Mittel sind zweckgebunden für vorbeugende Maßnahmen gegen Naturkatastrophen und für die Sanierung von geschädigten Wäldern sowie für Erhebungen und Projektierungen in Wäldern mit Schutzwirkung vorgesehen und werden als Bundeszuschüsse weitergegeben.

Voranschlagsansatz 1/60838 Projektierungskosten für Wildbach- und Lawinerverbauungen (zweckgeb. Gebarung)

Die aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten Mittel sind zweckgebunden für die Bedeckung von Erhebungs-, Planungs- und Projektierungskosten für die nach § 9 des Wasserbautenförderungsgesetzes 1985 gegebenen Aufgabenstellungen der Wildbach- und Lawinerverbauung zu verwenden.

Paragraph 6084 Bundesflüsse

Mit den vorgesehenen Mitteln werden die Kosten für die Instandhaltung der Gewässer, die Herstellungs-, Instandhaltungs- und Betriebskosten von Schutz-, Regulierungs- und Hochwasserrückhalteanlagen, von Projekten, generellen Projekten, Gefahrenzonenplänen, Schutzwasserwirtschaftlichen Grundsatzkonzepten, Gutachten usw. sowie von Vorsorge- und Ersatzmaßnahmen an Grenzgewässern und sonstigen vom Bund betreuten Gewässern nach den Bestimmungen der §§ 1, 8, 25 und 26 des Wasserbautenförderungsgesetzes 1985 bestritten. Ausgenommen sind lediglich die wasserbautechnischen Angelegenheiten an der March und Thaya von der Staatsgrenze in Bernhardsthal bis zur Mündung in die March, die entsprechend dem Bundesministeriengesetz 1986 in den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten fallen.

Paragraph 6085 Bundesflüsse (Mittel des Katastrophenfonds)

Die aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten Mittel sind zweckgebunden zur Bedeckung der Kosten für die Instandhaltung der Gewässer, die Herstellungs-, Instandhaltungs- und Betriebskosten von Schutz-, Regulierungs- und Hochwasserrückhalteanlagen, von Projekten, generellen Projekten, Gefahrenzonenplänen, schutzwasserwirtschaftlichen Grundsatzkonzepten, Gutachten usw. sowie von Vorsorge- und Ersatzmaßnahmen an Grenzgewässern und sonstigen vom Bund betreuten Gewässern nach den Bestimmungen der §§ 1, 8, 25 und 26 des Wasserbautenförderungsgesetzes. Ausgenommen sind lediglich die wasserbautechnischen Angelegenheiten an der March und Thaya von der Staatsgrenze in Bernhardsthal bis zur Mündung in die March, die entsprechend dem Bundesministeriengesetz 1986 in den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten fallen.

Paragraph 6086 Interessentengewässer

Angesichts der ausreichenden Dotierung der zweckgebundenen Gebarung sind an Bundeszuschüssen nur Erinnerungsposten vorgesehen.

Paragraph 6087 Interessentengewässer (Mittel des Katastrophenfonds)

Aus den bei diesem Voranschlagsansatz aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten zweckgebundenen Mitteln werden Beiträge (Bundeszuschüsse) zu den Kosten für Maßnahmen zur Verbesserung der Abflußverhältnisse, für Schutz-, Instandhaltungs- und Regulierungsmaßnahmen, für Projekte, generelle Projekte, Gefahrenzonenpläne, schutzwasserwirtschaftliche Grundsatzkonzepte, Gutachten usw. und Vorsorge- und Ersatzmaßnahmen an Gewässern, die nicht zu den Grenz-

250

Kapitel 60 — Titel 609

gewässern bzw. sonstigen vom Bund betreuten Gewässern gehören, nach den Bestimmungen der §§ 1, 5, 6, 25, 26 und 28 des Wasserbautenförderungsgesetzes gewährt. Die Maßnahmen sind für die Sicherung von Siedlungen, Verkehrsflächen und landwirtschaftlichen Kulturflächen außerordentlich wichtig.

Voranschlagsansatz 2/60844 Bundesflüsse (erfolgswirksame Einnahmen)

Bei diesem Voranschlagsansatz werden jene Interessentenbeiträge verrechnet, die nach den Bestimmungen der §§ 1, 8, 25 und 26 des Wasserbautenförderungsgesetzes von den örtlichen Interessenten zu Maßnahmen an Bundesflüssen zu leisten sind. Die für derartige Maßnahmen bestimmten Bundesmittel sind bei dem Voranschlagsansatz 1/60848 zu leisten.

Voranschlagsansatz 2/60890 Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)

Diese Mittel werden aus dem beim Kapitel 53 mitveranschlagten Katastrophenfonds zur Verfügung gestellt und bei den Voranschlagsansätzen 1/60126, 1/60808, 1/60836, 1/60838, 1/60858 und 1/60876 verausgabt.

Titel 609 Sonstige nachgeordnete Dienststellen**Gesetzliche Grundlagen**

Pflanzeneinfuhrverordnung, BGBl. Nr. 236/1954, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 943/1993;

Weingesetz, BGBl. Nr. 444/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 583/1995;

Bundesgesetz über Maßnahmen zum Schutze des gegen das Verbringen von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse (Pflanzenschutzgesetz 1995), BGBl. Nr. 532/1995;

Forstgesetz, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 532/1995.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1994	286,8	215,2	502,0	301,5
1995	297,3	198,6	495,9	296,2
1995 vorl. Erf..	283,8	177,7	461,5	251,0
1996	292,7	143,9	436,6	249,2

Unterschiede gegen Vorjahre

Der wesentlich geringere Bedarf bei den Sachausgaben resultiert vor allem aus den Bestimmungen des neuen Pflanzenschutzgesetzes 1995. Danach entfällt mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union infolge des Wegfalls der Binnengrenzen ein Großteil der Aufwendungen für die phytosanitären Kontrollen und Holzkontrolle.

Paragraph 6090 Phytosanitäre Kontrollen

Bei diesem Paragraph erfolgt die Verrechnung der Ausgaben, die bei phytosanitären Kontrollen von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen auf Grund des Bundesgesetzes über Maßnahmen zum Schutz gegen das Verbringen von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse (Pflanzenschutzgesetz 1995) entstehen. Weiters sind hier Mittel für die fachliche Kontrolle von eingeführtem Vermehrungsgut gemäß Forstgesetz 1975 veranschlagt.

Paragraph 6091 Bundeskellereiinspektion

Auf Grund des § 37 Abs. 1 des Weingesetzes 1985 idGF obliegt der Bundeskellereiinspektion die Überwachung des Verkehrs mit Wein und Obstwein, für die Dauer ihrer kellereimäßigen Bearbeitung auch aller sonstigen aus dem Saft frischer Weintrauben gewonnenen Produkte, sowie der Weinbehandlungsmittel.

Sie ist durch ihre Organe berechtigt, überall wo obgenannte Produkte erzeugt, gelagert oder in Verkehr gebracht werden, Nachschau zu halten. Erforderlichenfalls sind die Produkte einschließlich der Behälter zu beschlagnahmen oder in besonderen Fällen die Betriebsräume oder Transportmittel zu versiegeln.

Darüber hinaus wirkt die Bundeskellereiinspektion auf Grund der fundierten Ausbildung und Erfahrung ihrer Organe beratend und helfend und leistet damit bundesweit einen wesentlichen Beitrag für die Weinwirtschaft.

Unter diesem Paragraph erfolgt die Verrechnung des Verwaltungsaufwandes der Bundeskellereiinspektion.

Paragraph 6093 Bundesgärten

Aufgaben und Organisation

Zu den Bundesgärten zählen: in Wien die Parkanlagen der Schlösser Schönbrunn und Belvedere, der Augarten, weiters der Burggarten und der Volksgarten; in Innsbruck der Hofgarten und der Schloßpark in Ambras. Der Bundesgartenverwaltung obliegen nachstehende Aufgaben:

1. Pflege und gärtnerische Ausgestaltung der historischen bundeseigenen Parkanlagen (Schönbrunn, Belvedere mit Alpengarten, Burggarten, Volksgarten, Augarten, Hofgarten Innsbruck und Schloßpark Ambras).
2. Erhaltung und Ausbau der botanisch äußerst wertvollen Pflanzensammlungen.
3. Durchführung von Pflanzenschauen, Palmenhaus, um der Öffentlichkeit das Material der Sammlungen zugänglich zu machen.
4. Ausführung von Dekorationen bei Staatsbesuchen, Empfängen, Kongressen, sonstigen offiziellen Veranstaltungen u. dgl.
5. Produktion des für die vorangeführten Aufgaben erforderlichen Pflanzen- und Schnittmaterials.

Darüber hinaus hat die Bundesgartenverwaltung im Raum von Wien über 100 Außengärten bei bundeseigenen Gebäuden, wie Schulen und Amtsgebäuden, gärtnerisch zu betreuen.

Paragraph 6094 Bundesgestüt Piber — Spanische Reitschule

Aufgaben

Die Spanische Reitschule ist die weltbekannte einzigartige Pflegestätte der klassischen Reitkunst, der Hohen Schule. Ihr Aufgabenbereich erstreckt sich auf die Ausbildung, Vorführungen, Morgenarbeit und Durchführung von Auslandsgastspielen.

In Piber, dem einzigen österreichischen Staatsgestüt, sind das Lipizzanergestüt sowie die hierfür entsprechenden Aufzuchtseinrichtungen untergebracht. Das Lipizzanergestüt versorgt die Spanische Reitschule mit Schulhengsten. Zur Erfüllung der Aufgaben ist dem Bundesgestüt Piber ein Landwirtschaftsbetrieb angeschlossen.

Paragraph 6095 Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften

Aufgaben und Organisation

Die Bundesversuchswirtschaften Wieselburg an der Erlauf, Fuchsenbigl im Marchfeld und Königshof haben neben ihren eigenen Betriebsaufgaben die Bestimmung, in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft in Wien, Großversuche auf allen Gebieten der Landwirtschaft durchzuführen und die Anwendbarkeit der wissenschaftlichen Ergebnisse für die landwirtschaftliche Praxis zu erproben.

Sie haben weiters durch Zurverfügungstellung von Feldparzellen den genannten Anstalten die Durchführung von Parzellenversuchen sowie die im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen notwendigen Prüfungen von Saatgut, Pflanzenschutzmitteln usw. zu ermöglichen. Ebenso müssen die Felder und Höfe der Betriebe der Bundesanstalt für Landtechnik zur Prüfung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten zur Verfügung stehen.

Auf den Bundesversuchswirtschaften Wieselburg und Königshof werden Versuchs- und Forschungsarbeiten auf dem Gebiete der Tierzucht und Tierproduktion unter zentraler Leitung durchgeführt. Darüber hinaus fungiert die Bundesversuchswirtschaft Wieselburg als Lehrbetrieb für die Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt Francisco-Josephinum.

Die Bundesversuchswirtschaft Königshof steht darüber hinaus dem Bundesheer zum Teil als Übungsplatz zur Verfügung, so daß dieser Betrieb in einer sehr zweckmäßigen Weise wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und militärischen Interessen des Bundes gleichzeitig dient.

Paragraph 6096 Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste***Aufgaben und Organisation***

Bei diesem Paragraph sind die Ausgaben für die Bundeslehr- und Versuchsforste Merkenstein, Ulmerfeld, Lahnhuber, Kollerhuber, Bruck an der Mur, Ort und Ossiach veranschlagt.

Weiters sind bei diesem Voranschlagsansatz die Ausgaben für den Lehr- und Versuchsforst Bruck an der Mur sowie für die Lehr- und Versuchsforste Ort und Ossiach vorgesehen.

Der Bundeslehr- und Versuchsforst Merkenstein dient der Höheren Lehranstalt für Forstwirtschaft (Försterschule) Gainfarn als Lehrforst, während das Forstgut Ulmerfeld Lehrforst der Forstfachschule Waidhofen an der Ybbs, das Forstgut Lahnhuber und der Lehr- und Versuchsforst Bruck an der Mur Lehrforst der Höheren Lehranstalt für Forstwirtschaft Bruck an der Mur ist.

Der Lehrforst Ort dient der Forstlichen Ausbildungsstätte Ort und das Forstgut Kollerhuber sowie der Lehrforst Ossiach der Forstlichen Ausbildungsstätte Ossiach zur praktischen Ausbildung im Wald.

Außerdem werden in den oben angeführten Lehrforsten von den genannten Dienststellen sowie von der Forstlichen Bundesversuchsanstalt Versuchstätigkeiten durchgeführt.

Paragraph 6099 Bauhöfe***Aufgaben***

Bei der Wildbach- und Lawinenerverbauung werden bundeseigene Maschinen und Kraftfahrzeuge verwendet, die vornehmlich in bundeseigenen Bauhöfen untergebracht sind. Die Kosten für die Anschaffung von Baumaschinen, Großgeräten und Kraftfahrzeugen der Betriebe und die Instandhaltung derselben sowie die Betriebskosten der Bauhöfe sind bei dem gegenständlichen Voranschlagsansatz veranschlagt.

Kapitel 63 — Titel 630

253

Kapitel 63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt C, Z 1—20.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1994	703,0	2 729,0	3 432,0	721,4
1995	678,7	2 806,7	3 485,4	833,3
1995 vorl. Erf..	693,9	2 823,5	3 517,4	922,8
1996	687,9	2 561,5	3 249,3	805,6

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 630 Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte auf folgenden Gebieten:

Angelegenheiten des Gewerbes und der Industrie, des Bergwesens, der Wirtschafts- und Strukturpolitik, der Preisregelung, Preisüberwachung und Preistreiberei, des Wettbewerbs, des Patentwesens, des Schutzes von Mustern, Marken und anderen Warenbezeichnungen, des Tourismus, der Technologie- und Innovationspolitik, des Energiewesens, der Handels- und Wirtschaftspolitik gegenüber dem Ausland, Mitwirkung in Angelegenheiten des EU-Binnenmarktes, der wirtschaftlichen Landesverteidigung, der Verwaltung aller Bauten und Liegenschaften des Bundes einschließlich des staatlichen Hochbaues, des Straßenbaues, des Wasserbaues hinsichtlich der schiffbaren Flüsse Donau, March und der Thaya von der Staatsgrenze in Bernhardsthal bis zur Mündung in die March, des Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesens, der wirtschaftlich-technischen Forschung, der Normalisierung und Typisierung elektrischer Anlagen und Einrichtungen, der Vermarktung und Vermessung der Staatsgrenzen, des Maschinenwesens einschließlich des Dampfkesselwesens, des Ingenieur- und Ziviltchnikerwesens sowie der Unternehmungen, die durch Bundesgesetz mit dem Bau und der Erhaltung von Bundesstraßen betraut sind.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1994	544,6	474,2	1 018,8	147,1
1995	520,5	425,9	946,4	115,0
1995 vorl. Erf..	535,4	456,2	991,5	273,2
1996	530,3	259,5	789,8	94,6

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Ausgaben wurden wegen des Entfalles von Zahlungen im Zusammenhang mit EFTA und EWR niedriger angesetzt. Die Einnahmen wurden entsprechend der zu erwartenden Gewinnabfuhr der BIG und einer Änderung der Verrechnung Europäischer Patentgebühren niedriger veranschlagt.

Förderungen

Hier ist für den Zuschuß des Bundes an die Tiergarten Schönbrunn Ges. m. b. H. und an die Österreichische Donau Betriebs AG vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind hauptsächlich die Beiträge an das GATT sowie an sonstige Institutionen im Ausland veranschlagt.

Titel 631 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)**Gesetzliche Grundlagen**

Gewerbestrukturverbesserungsgesetz, BGBl. Nr. 453/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 577/1989;

Fernwärmeförderungsgesetz, BGBl. Nr. 640/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 341/1991;

Bergbauförderungsgesetz, BGBl. Nr. 137/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 837/1995;

Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994;

Innovations- und Technologiefondsgesetz, BGBl. Nr. 603/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994.

Aufgaben

Die Förderungen erfolgen in:

- Angelegenheiten des Tourismus;
- Angelegenheiten des Energiewesens und der Elektrizitätswirtschaft;
- Angelegenheiten des Gewerbes und der Industrie, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich anderer Bundesministerien fallen;
- Angelegenheiten des Bergwesens (Bergbau und Grundstoffförderung);
- Angelegenheiten der Technologie und der gewerblichen Forschung.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1994	2 207,9	27,2
1995	2 323,9	144,1
1995 vorl. Erf.....	2 318,9	131,7
1996	2 243,8	124,3

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Ausgaben wurden im Rahmen der Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung geringer veranschlagt. Die Einnahmen auf Grund der zu erwartenden Überweisungen gemäß ITF-Gesetz niedriger angesetzt.

Förderungen (D)**Gemeinsame Kreditaktion zwischen Bund, Ländern und Kammern**

An Unternehmer von Kleinbetrieben der gewerblichen Wirtschaft werden im Rahmen dieser Aktion für Investitionsvorhaben, die eine Rationalisierung des Betriebes vorsehen, und für Betriebsmittel, deren Stärkung eine Verbesserung der Struktur des Betriebes zur Folge hat, niedrig verzinsliche Darlehen gewährt.

Förderungen**Tourismusförderung**

Förderungsziel ist die Erhaltung und weitere Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Tourismuswirtschaft durch Anhebung der Qualität und Bereicherung des Angebotes. In dieser Aktion werden besonders Investitionen gefördert, die in ihren wirtschaftlichen Auswirkungen eine Weiterentwicklung des Gebietes, des Ortes oder des Betriebes erwarten lassen bzw. durch die eine vorhandene Unterkunfts- oder Verpflegungskapazität besser ausgenützt wird.

Energieförderung

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten fördert im Rahmen des Fernwärmeförderungsgesetzes,

- die Errichtung von Fernwärmeversorgungsanlagen,
- örtliche und regionale Energieversorgungskonzepte und Studien.

Damit soll einerseits ein wichtiger Beitrag zur Substitution sensibler Energieträger unter Berücksichtigung des optimalen Energieeinsatzes sowie zur Verbesserung der Umweltsituation, vor allem in Ballungsgebieten, geleistet werden; andererseits wird die Koordination der leitungsgebundenen Energien im Sinne einer langfristigen, vorteilhaften Gestaltung des Verhältnisses von Fernwärme, Gas und elektrischer Energie zueinander angestrebt.

Gewerbeförderung

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten fördert Maßnahmen zur Hebung der Wettbewerbsfähigkeit sowie zur Gründung von österreichischen Gewerbeunternehmen.

Sonstige Förderungen

Aus diesen Mitteln werden die Förderung von Ostinitiativen sowie die bereits abgeschlossenen Papierförderungsaktionen, die Zinsen-Zuschüsse an die österreichische Papierindustrie für Umweltschutz- und Strukturverbesserungsmaßnahmen vorsehen, dotiert.

Weiters wird der notwendige Ausbau und die erforderliche Erhaltung der Schutzhütten der österreichischen alpinen Vereinigungen, die beim Verband alpiner Vereine Österreichs angeschlossen sind, nach einem vom Verband alpiner Vereine Österreichs bekanntgegebenen Verteilerschlüssel durch Bereitstellung von nicht rückzahlbaren Zuschüssen gefördert.

Bergbau und Grundstoffe-Förderung

Der ausgewiesene Betrag ist auf Grund des Bergbauförderungsgesetzes für die Vergabe von Zuschüssen vor allem zur Sicherung des Bestandes von Bergbaubetrieben vorgesehen.

Ferner wird ab 1983 auch die Förderung der Verarbeitung von mineralischen Roh- zu hochwertigen Grundstoffen mit einbezogen.

Die wichtigsten geförderten Bodenschätze Österreichs sind: Erdöl und Erdgas, Kohle, Magnesit und Eisenerz. Dazu kommen noch Buntmetallerze — Blei-, Zink- und Antimonerze sowie Erze für Stahlveredler —, Wolframerze, außerdem Salz, Gips, Graphit, Talk, Kaolin und verschiedene andere Minerale.

Erdöl und Erdgas werden hauptsächlich im Raum von Matzen und in den verschiedenen Erdölfeldern bei Zistersdorf und bei Kremsmünster gefördert.

Technologie- und Forschungsförderung (gewerblich)

Beim Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten sind seit 1995 Mittel für den Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft und Mittel gemäß ITF-Gesetz veranschlagt.

Aufwendungen

Verein „Österreich Werbung“

Dem im Jahre 1954 gegründeten Verein „Österreich Werbung“ obliegt satzungsgemäß die Ausländerwerbung und seit dem Jahre 1975 auch eine Basis-Inlandwerbung für den gesamtösterreichischen Tourismus. Dieser Verein wird gemäß Syndikatsvertrag zu 60% vom Bund und zu je 20% von den Bundesländern und der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft finanziert.

Eine der Hauptaufgaben der Österreich Werbung ist es, im Ausland ein Österreichbild zu vermitteln, das den historischen, soziologischen und sozialpsychologischen Entwicklungen inner- und außerhalb Österreichs entspricht.

Sonstige Aufwendungen

Neben Untersuchungs- und Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet des „Tourismus“ und der „Sonstigen Wirtschaft“ sowie Werkleistungen im Rahmen der „Osthilfe“ ist hier vor allem für die Beiträge an die Innovationsagentur und den „Verein zur Förderung des Inlandsabsatzes österreichischer Erzeugnisse“ vorgesorgt.

Titel 632 Einrichtungen des Patentwesens

Gesetzliche Grundlagen

Patentgesetz 1970, BGBl. Nr. 259/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 634/1994;

Markenschutzgesetz 1970, BGBl. Nr. 260/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 773/1992;

Musterschutzgesetz 1970, BGBl. Nr. 261/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 772/1992;

256

Kapitel 63 — Titel 632

Patentanwaltsgesetz, BGBl. Nr. 214/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 772/1992;
 Patent- und Markenverordnung, BGBl. Nr. 98/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 597/1992;
 Musterverordnung, BGBl. Nr. 387/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 597/1992;
 Patentverträge-Einführungsgesetz, BGBl. Nr. 52/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 418/1992;
 Europäisches Patentübereinkommen, BGBl. Nr. 350/1979;
 Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens, BGBl. Nr. 348/1979.

Aufgaben**Patentangelegenheiten**

Auf nationaler Ebene ist das Österreichische Patentamt für die Erteilung, die Rücknahme, die Nichtigerklärung, die Aberkennung, die Abhängigerklärung von Patenten, die Entscheidung über die Nennung als Erfinder, die Entscheidung über das Bestehen des Vorbenutzerrechtes, die Entscheidung über Feststellungsanträge und Lizenzeinräumungen sowie alle Eintragungen in das Patentregister zuständig.

Dazu kommt, daß am 23. April 1979 der Patentszusammenarbeitsvertrag (Washington 1970) und am 1. Mai 1979 das Europäische Patentübereinkommen (München 1973) für Österreich in Kraft getreten sind, woraus dem Österreichischen Patentamt zusätzliche Aufgaben erwachsen, so insbesondere die im Rahmen des europäischen Vertragswerkes zu erstattenden Recherchen für europäische Patentanmeldungen. Schließlich muß auch die Neuordnung der gesamten Dokumentation nach der internationalen Patentklassifikation fortgesetzt werden. Die Tätigkeit des Österreichischen Patentamtes erstreckt sich auch auf die Einreichung von Patentanmeldungen auf Grund des Europäischen Patentübereinkommens sowie auf die Tätigkeit als Anmeldeamt, als Bestimmungsamt, als ausgewähltes Amt sowie als internationale Recherchenbehörde und als mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde nach dem Patentszusammenarbeitsvertrag.

Markenangelegenheiten

Die Zuständigkeit des Österreichischen Patentamtes in Markenangelegenheiten erstreckt sich auf die Anmeldung und Registrierung von Marken, die Führung des Markenregisters, die Umschreibung und Löschung von Marken sowie auf die Entgegennahme des Antrages auf internationale Registrierung einer Marke.

Musterangelegenheiten

Beim Patentamt wird ein Zentralmusterarchiv geführt, das je ein Zweitstück der bei den Kammern der gewerblichen Wirtschaft hinterlegten Muster aufzunehmen und zu verwahren hat.

Oberster Patent- und Markensenat

Der Oberste Patent- und Markensenat ist als Berufungsinstanz gegen die Entscheidungen der Nichtigkeitsabteilung des Patentamtes eingerichtet.

Referat für den gewerblichen Rechtsschutz

Das Patentamt führt auch die Agenden des Referates für den gewerblichen Rechtsschutz des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1994	132,6	41,0	173,6	296,9
1995	132,7	49,3	182,0	310,2
1995 vorl. Erf..	132,2	40,8	173,0	299,0
1996	131,5	50,5	182,0	296,2

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Steigerung beim Sachaufwand ist auf die Errichtung einer Patentschriftendokumentation zurückzuführen.

Einnahmen

Bei den Einnahmen handelt es sich in erster Linie um Gebühren, die nach den Bestimmungen des Patent- und Markenschutzgesetzes eingehoben werden.

Titel 633 Bergbehörden**Gesetzliche Grundlagen**

1. Berggesetz 1975, BGBl. Nr. 259, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 518/1995, und die hiezu ergangenen Verordnungen;
2. die Erdöl-Bergpolizeiverordnung, BGBl. Nr. 278/1937, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 12/1984 sowie der Kundmachung BGBl. Nr. 265/1961, die Verordnung zur Verhütung einer Vergeudung der Energie von Erdöl- und Erdgaslagerstätten, Verordnungs- und Amtsblatt für den Reichsgau Wien Nr. 48/1944, die Staubschädenbekämpfungsverordnung, BGBl. Nr. 185/1954, die Allgemeine Bergpolizeiverordnung, BGBl. Nr. 114/1959, zuletzt geändert durch BGBl. 12/1984, die Sprengmittelzulassungsverordnung für den Bergbau, BGBl. Nr. 215/1963, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 153/1973, die Bergpolizeiverordnung für die Seilfahrt, BGBl. Nr. 14/1968, die Bergpolizeiverordnung über das Grubenrettungswesen, BGBl. Nr. 21/1972, und die Elektrotechnikverordnung für den Bergbau, BGBl. Nr. 12/1984;
3. das neunte Hauptstück des Allgemeinen Berggesetzes, RGBl. Nr. 146/1854, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 460/1922;
4. Lagerstättengesetz, BGBl. Nr. 246/1947;
5. Bundesgesetz über das Grubenwehrehrenzeichen, BGBl. Nr. 63/1954;
6. Verordnung betreffend statistische Erhebungen über Brennstoffe, BGBl. Nr. 383/1967.

Aufgaben

Die Aufgabe der Berghauptmannschaften Wien, Salzburg, Graz, Leoben, Klagenfurt und Innsbruck besteht insbesondere darin, die bergrechtlichen Bestimmungen zu handhaben, die Einhaltung der bergpolizeilichen Vorschriften regelmäßig zu überprüfen und für den größtmöglichen Schutz und die Sicherheit der Bergarbeiter zu sorgen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1994	25,7	6,0	31,7	250,2
1995	25,5	7,6	33,1	264,0
1995 vorl. Erf..	26,3	7,6	33,9	218,9
1996	26,1	7,7	33,8	290,4

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Einnahmen wurden auf Grund der zu erwartenden Eingänge aus Flächen-, Feld-, Speicher- und Förderzinsen höher veranschlagt.

Einnahmen

Bei den Einnahmen handelt es sich zum weitaus überwiegenden Teil um Flächen-, Feld-, Speicher- und Förderzinse.

258

Kapitel 64 — Titel 640**Kapitel 64 Bauten und Technik**

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt C, Z 21 bis 30.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1994	1783,2	25090,2	26873,5	5601,9
1995	1786,8	24882,5	26651,3	5809,4
1995 vorl. Erf..	1780,6	24907,9	26688,5	5711,2
1996	1771,1	25708,3	27479,4	6717,5

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 640 Verwaltungs- und betriebsähnliche Einrichtungen

Die gesetzlichen Grundlagen und die Aufgaben werden bei den jeweiligen Dienststellen des Bundesministeriums erläutert.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1994	30,6	62,1	92,7	16,0
1995	29,5	57,5	87,0	21,4
1995 vorl. Erf..	28,2	49,9	78,2	16,9
1996	28,2	52,7	80,9	21,4

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Einnahmen wurden auf Grund steigender Ersätze der Schönbrunner Tiergarten-GmbH. höher veranschlagt.

Bundesmobilienverwaltung**Aufgaben**

Nach Kriegsende 1918 wurde das k. u. k. Hofmobiliens- und Materialdepot von der Republik als Bundesmobiliendepot übernommen. Die heutige Aufgabe des Bundesmobiliendepots ist eine zweifache:

1. Verwaltung, Pflege und Instandhaltung der kunsthistorisch wertvollen Möbel aus ehemals kaiserlichem Besitz;
2. Einrichtung der staatlichen Repräsentationsräume, wie beispielsweise Gesandtschaften und Ministerien sowie Beistellung von Mobilien, Tafelgeschirr, Teppiche usw. bei Staatsbesuchen und sonstigen Veranstaltungen der Bundesregierung.

Neben diesen allgemeinen Aufgaben werden auch die seinerzeitigen Schlösser: Hofburg Wien und Innsbruck, Belvedere und Schloß Schönbrunn im Interesse des Fremdenverkehrs mit Stilmöbeln ausgestattet. In den eigenen Räumen in Wien VII, Mariahilfer Straße 88 und in der Wiener Hofburg wurde eine ständige Schausammlung dem Publikum eröffnet.

Ausgaben

Die veranschlagten Mittel werden für die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes (hauptsächlich Heiz-, Energie- und Instandhaltungskosten) und für die Anschaffung von Schauobjekten verwendet.

Schönbrunner Tiergartenamt**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Errichtung einer Schönbrunner Tiergarten-Gesellschaft mbH., BGBl. Nr. 420/1991, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 117/1994.

Aufgaben

Das Schönbrunner Tiergartenamt ist die Dienststelle für Beamte, die vor Beginn des Pachtverhältnisses beim bisherigen Tiergarten Schönbrunn beschäftigt waren.

Beschußämter**Gesetzliche Grundlage**

Beschußgesetz, BGBl. Nr. 141/1951, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 233/1984.

Aufgaben

Die Beschußämter Wien und Ferlach führen die Erprobung und amtliche Kennzeichnung aller Handfeuerwaffen mit Ausnahme der Militärwaffen und die Prüfung der in Österreich erzeugten sowie der nach Österreich importierten Patronen durch.

Daneben führen beide Beschußämter auch schießtechnische Untersuchungen, Erprobungen und Entwicklungsarbeiten durch, wie zB die Erprobung der Schußsicherheit verschiedener Materialien (Glas, Kunststoff und Stahl). Sie betreiben auch je eine Schießstätte, die Büchsenmachern, Jägern usw. das Einschießen sowie Schußerprobungen ermöglichen.

Fallweise werden die Beschußämter auch zur Erstattung von Gutachten für Gerichte herangezogen.

Von den Bediensteten der Beschußämter werden auf Grund des Bundesgesetzes auch laufende Kontrollen bei den Waffenhändlern und Erzeugern durchgeführt, um nichterprobte oder mit ungültigen Beschußzeichen versehene Waffen aus dem Verkehr ziehen zu können.

Ausgaben

Hier sind die Kosten für den laufenden Betrieb und für die notwendige Anschaffung von Anlagegütern veranschlagt.

Bäder**Aufgaben**

Führung der laufenden Geschäfte der Bundesbäder Alte Donau und Wr. Neustadt.

Ausgaben

Veranschlagung der Betriebskosten der Bundesbäder. Die Personalausgaben werden seit 1992 bei der Bundesbaudirektion Wien verrechnet.

Regierungsgebäude

Hier wird vor allem der Aufwand für die Verwaltung des Regierungsgebäudes veranschlagt.

Titel 641 Förderungsmaßnahmen (Bauten und Technik)

Bei diesem Titel werden die Förderungsmaßnahmen im Rahmen des Wasserbaues, des Wohnbaues, des Technischen Versuchswesens, der Allgemeinen Bauforschung und die Sonstigen Förderungsmaßnahmen verrechnet.

Die gesetzlichen Grundlagen und die Aufgaben werden bei den einzelnen Bereichen erläutert.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1994	270,4	186,7
1995	542,9	417,8
1995 vorl. Erf.....	225,9	123,1
1996	526,5	443,3

Wohnbauforschung**Gesetzliche Grundlage**

Wohnbauförderungsgesetz 1984, BGBl. Nr. 482/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 800/1993.

260

Kapitel 64 — Titel 641**Aufgaben**

Die Forschung auf dem Gebiet des Wohnungsbaues umfaßt insbesondere Untersuchungen, Gutachten, Architektenwettbewerbe, Versuchs-, Vergleichs- und Demonstrativbauten, durch die Verbesserungen bezüglich Wohnen und Umwelt in gesundheitlicher, sozialer, gesellschaftlicher, volkswirtschaftlicher, städteplanerischer, regional- oder ortsplanerischer sowie technischer und rechtlicher Hinsicht zu erwarten sind.

Ausgaben

Die veranschlagten Mittel werden überwiegend zur Abwicklung der bis 31. Dezember 1987 genehmigten Förderungsansuchen oder Forschungsaufträge verwendet.

Wasserbau**Gesetzliche Grundlagen**

Wasserbautenförderungsgesetz 1985, BGBl. Nr. 148, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 516/1994;

Marchfeldkanalgesetz, BGBl. Nr. 507/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 495/1990;

Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 396/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1060/1994.

Aufgaben

Auf Grund des Wasserbautenförderungsgesetzes und des Katastrophenfondsgesetzes kann der Bund Beiträge zu dem wasserbautechnischen Ausbau der Häfen an der Donau, zur Errichtung von Hochwasserschutzdämmen und zu vorbeugenden Maßnahmen zum Schutz gegen Hochwasser leisten.

Ausgaben

Im Jahre 1996 sind Beiträge für den Ausbau des Hafens in Krems und für vorbeugende Maßnahmen im Raume von Linz und Wien sowie im südlichen Marchland vorgesehen. Es werden außerdem die Mittel des Katastrophenfonds hauptsächlich für den Hochwasserschutz im Raum von Wien verwendet. Diese Mittel wurden 1996 höher veranschlagt.

Technisches Versuchswesen**Gesetzliche Grundlagen**

Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994;

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 101/1993.

Aufgaben

Gewährung von Förderungsbeiträgen für Neu-, Aus- und Umbauten, für die apparative Ausrüstung von Versuchseinrichtungen, für die Entwicklung von Prüf-, Meß- und Versuchsverfahren zur Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben sowie für Arbeiten der angewandten Forschung und technischen Entwicklung, die nicht ausschließlich im Interesse der Produktion der gewerblichen Wirtschaft gelegen sind. Darüber hinaus kann der Einsatz der Mittel aus diesem Ansatz zur Abgeltung forschungsverwandter Tätigkeiten der Kooperativen Forschungsinstitute der gewerblichen Wirtschaft Österreichs sowie zur Förderung der Beteiligung an zwischenstaatlichen und internationalen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben und für Zwecke der Dokumentation und Information erfolgen.

Ausgaben

Die veranschlagten Mittel dienen zur Sicherung und Durchführung der in den Aufgaben bezeichneten Vorhaben.

Allgemeine Bauforschung**Gesetzliche Grundlagen**

Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994;

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 101/1993.

Kapitel 64 — Titel 642

261

Aufgaben

Die Mittel dienen zur Förderung der allgemeinen Bauforschung, der es obliegt, alle jene offenen Fragen des weiten Bereiches des Bauwesens zu behandeln, für deren Lösung eine Förderung aus Forschungsmitteln, die gesetzmäßig gebunden sind (Wohnbauforschung), nicht erfolgen kann.

Ausgaben

Die Mittel werden herangezogen für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (einschließlich bauliche und gerätemäßige Ausstattung) auf dem Gebiete des Bauwesens, einschlägige Vorhaben auf den Gebieten der Raumordnung, der Normung, der Dokumentation und Information sowie Austausch und Verbreitung bautechnischer Erkenntnisse, wie zB Ausstellungen und Fachveranstaltungen.

Sonstige Förderungsmaßnahmen**Gesetzliche Grundlage**

Marchfeldkanalgesetz, BGBl. Nr. 507/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 495/1990.

Förderungen

Bei diesem Paragraph sind die Mittel des Bundes zur Deckung der Kosten, die der Errichtungsgesellschaft Marchfeldkanal in Erfüllung ihrer Aufgaben erwachsen, veranschlagt. Ebenso ist für den Beitrag des Bundes an die Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal vorgesorgt.

Aufwendungen

Die für das Internationale Informationszentrum für Terminologie (Infoterm) vorgesehenen Mittel dienen zur anteilmäßigen Finanzierung seiner Personalausgaben.

Titel 642 Bundesstraßenverwaltung**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesstraßengesetz, BGBl. Nr. 286/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 297/1995;

Finanzausgleichsgesetz 1993, BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 853/1995;

Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 396/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1060/1994;

ASFINAG-Gesetz, BGBl. Nr. 591/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 963/1993;

Maßnahmen im Bereich der Bundesstraßengesellschaften, BGBl. Nr. 826/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 297/1995.

Aufgaben

Aufgabe der Bundesstraßenverwaltung ist es, den auf Grund stetig zunehmender Motorisierung immer stärker werdenden Verkehrsströmen des Durchzugsverkehrs (Inland, zwischenstaatlicher Verkehr) ein sicheres und leistungsfähiges Straßennetz zur Verfügung zu stellen. Um den Anschluß an die ausländischen Verkehrswege zu gewährleisten, wird die Planung mit den Nachbarstaaten koordiniert.

Weiters obliegen dem Bundesministerium die Verwaltung der Anteilsrechte des Bundes an der österreichischen Autobahnen- und Schnellstraßen AG und der Alpen Straßen AG.

262

Kapitel 64 — Titel 642

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1994	15 487,7	4 414,9
1995	15 646,3	4 507,1
1995 vorl. Erf.....	16 003,9	4 626,1
1996	16 303,2	5 344,8

Bundesstraßen B**Bundesstraßen S****Bundesstraßen A****Anlagen**

Hier werden die Ausgaben für den Neubau einschließlich des Liegenschaftserwerbes für Bundesstraßen B, S und A veranschlagt.

Aufwendungen

Neben den Überweisungen an andere Rechtsträger für Baumaßnahmen, die für diese im Zuge des Ausbaues der Bundesstraßen erforderlich sind, wird hier für die Instandhaltungsmaßnahmen der Bundesstraßen B, S und A vorgesorgt.

Bundesstraßen B und S (gemeinsame Ausgaben)**Bundesstraßen A (sonstige Ausgaben)****Anlagen**

Hier werden die Ausgaben der Bundesstraßenverwaltung für die Errichtung von Gebäuden (Straßenmeistereien), für die Anschaffung von Fahrzeugen und Geräten des Erhaltungsdienstes und von Ersatzteilen hiezu verrechnet.

Aufwendungen

Neben der Anschaffung von Streumaterial, Treibstoff werden hier die Überweisungen an die Länder gem. FAG 1993 als Ersatz für deren Ausgaben für das Personal des Erhaltungsdienstes und als Pauschalabgeltung für die Kosten der Projektierung, Bauleitung und Bauführung veranschlagt. Alle diese Ausgaben werden auf Grund der organisatorischen Zusammenfassung der Bundesstraßen B und S gemeinsam verrechnet und nur die betreffenden Ausgaben für die Autobahnen getrennt ausgewiesen.

Straßenforschung

Die für diese Zwecke vorgesehenen Mittel werden im Interesse der Steigerung der Wirtschaftlichkeit im Straßenbau und der Sicherheit der Verkehrsabwicklung sowohl für die Erteilung von Forschungs- und Entwicklungsaufträgen gegen Entgelt als auch für die Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben physischer oder juristischer Personen durch Gewährung von Zuschüssen oder Darlehen sowie für Zwecke der Dokumentation und Information in diesen Bereichen verwendet.

Die Verfügung über diese Mittel obliegt dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten.

Katastrophenfonds — Vorbeugende Maßnahmen (zweckgebundene Gebarung)**Katastrophenfonds — Beseitigung von Schäden (zweckgebundene Gebarung)****Anlagen**

Die Mittel des Katastrophenfonds sind für vorbeugende Maßnahmen, dh. den Ausbau der Lawinenschutzbauten an Bundesstraßen B und S, vorgesehen.

Aufwendungen

Einerseits sind die Mittel für die Beseitigung von Schäden an Bundesstraßen einschließlich der Ersätze gem. FAG 1993, andererseits für den Ersatz der Planungskosten für die Lawinenschutzbauten gem. FAG 1993 bestimmt.

Kapitel 64 — Titel 644

263

Straßengesellschaften**Aufwendungen**

Einerseits werden hier die Rückübertragung der Mauteinnahmen und die Zahlungen an die Österr. Autobahnen- und Schnellstraßen AG sowie an die Alpen Straßen AG und andererseits die Zahlungen an die ASFINAG (Autobahnen- und Schnellstraßenfinanzierungsgesellschaft) zur Vermeidung einer Haftungsanspruchnahme des Bundes bzw. die als Ersatz der Kosten für die Errichtung der betreffenden Bundesstraßen an die Gesellschaften zu leistenden Zahlungen veranschlagt.

Titel 644 Wasserbauverwaltung**Gesetzliche Grundlagen**

Wasserstraßendirektion-Verordnung, BGBl. Nr. 274/1985;

Organisationsprivatisierung der Wasserstraßendirektion, BGBl. Nr. 11/1992;

Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz, BGBl. Nr. 372/1927, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 367/1973;

Verträge betreffend die Grenzgewässer, BGBl. Nr. 106/1970;

Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 396/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1060/1994.

Aufgaben

Führung der Geschäfte des Wasserbaues an Donau, March und Thaya und der Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	121,6	200,8	322,4	203,2
1995	119,3	193,0	312,3	193,6
1995 vorl. Erf..	114,2	184,4	298,5	173,0
1996	113,1	193,1	306,2	193,6

Wasserstraßendirektion**Aufgaben**

Der Wasserstraßendirektion obliegen die Erhaltungsarbeiten an den bestehenden Regulierungsbauten und die Durchführung der notwendigen Wasserbaumaßnahmen zur klaglosen Aufrechterhaltung der Schifffahrt und der unschädlichen Abfuhr der Wässer und des Eises auf der gesamten österreichischen Donau- und Marchstrecke und einem Teil der Thaya.

Die Bauarbeiten an den Grenzstrecken der Donau, March und Thaya (von km 0,0 bis 19,4) werden auf Grund des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Regelung von wasserwirtschaftlichen Fragen an den Grenzgewässern ausgeführt.

Aufwendungen

Im wesentlichen sind hier Mittel für Auftragsvergaben an Dritte zur Durchführung der Aufgaben der Wasserstraßendirektion veranschlagt.

Amt der Wasserstraßendirektion

Gemäß Bundesgesetz über die Organisationsprivatisierung der Wasserstraßendirektion und die Gründung einer „Österreichische Donau-Betriebs-Aktiengesellschaft“, BGBl. Nr. 11/1992, wurde das Amt der Wasserstraßendirektion als Dienststelle der bei der Österreichischen Donau-Betriebs-AG tätigen Beamten des Bundes eingerichtet.

264

Kapitel 64 — Titel 645**Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz****Aufgaben**

Die Wasserstraßendirektion ist geschäftsführende Stelle der Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz.

Der Bauaufwand der Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz umfaßt Arbeiten an den Donau-Hochwasserschutzanlagen im Bereich vom Raum Krems bis zur Marchmündung und Erhaltungsarbeiten am Wiener Donaukanal einschließlich der Instandhaltung der Wehr- und Schleusenanlagen.

Aufwendungen

Vorsorge für den Bundesanteil an dem in den Aufgaben zitierten Aufwand.

Titel 645 Bundesgebäudeverwaltung

Unter diesem Titel wird der Aufwand für die Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung sowie für das Kongreßzentrum in der Wiener Hofburg veranschlagt.

	Personal- ausgaben	Sach- Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	854,2	142,4	996,5	58,8
1995	866,2	161,0	1 027,2	61,3
1995 vorl. Erf..	861,6	127,2	988,8	79,7
1996	858,0	156,0	1 014,0	106,3

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Ausgaben wurden auf Grund allgemeiner Kostensteigerungen höher angesetzt. Die Einnahmen wurden wegen zu erwartender Mehreinnahmen bei Eintrittsgebühren für Besichtigungen und bei Ersätzen der Bundesimmobilien GmbH. höher veranschlagt.

Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)**Aufgaben**

Den Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung obliegt die Verwaltung aller Bauten und Liegenschaften des Bundes einschließlich der Angelegenheiten des staatlichen Hochbaues, soweit dies nicht in die Zuständigkeit eines anderen Ressorts fällt. Diese Dienststellen sind die Bundesgebäudeverwaltung II Linz, Salzburg, Innsbruck, Klagenfurt und Graz sowie die Burghauptmannschaft in Wien und die Schloßverwaltung zu Innsbruck und Ambras.

Die Erläuterungen der einzelnen Aufgaben erfolgt bei der Liegenschaftsverwaltung.

Aufwendungen

Die veranschlagten Mittel werden hauptsächlich für die Abdeckung der Kosten des laufenden Betriebes (Energiekosten, Miet- und Pachtzinse ua.) sowie für Kostenersätze an die Bediensteten (Reisekosten und Fahrtkostenzuschüsse) benötigt.

Kongreßzentrum in der Wiener Hofburg

Die veranschlagten Mittel dienen dem Betrieb und der Erhaltung des Kongreßzentrums.

Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betriebsähnliche Einrichtungen)**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesgesetz über die Gründung einer Bundesimmobiliengesellschaft (BIG-Gesetz), BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 494/1993.

Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten, mit der die Bundesbaudirektion Wien zur betriebsähnlichen Einrichtung erklärt wird, BGBl. Nr. 660/1992.

Aufgaben

Der Bundesbaudirektion Wien obliegt die Verwaltung aller Bauten und Liegenschaften des Bundes im Bereich Wien, Niederösterreich und Burgenland einschließlich der Angelegenheiten des staatlichen Hochbaues, soweit dies nicht in die Zuständigkeit eines anderen Ressorts fällt. Diese Aufgaben sind durch Angleichung an privatwirtschaftliche Gegebenheiten auszuführen.

Kapitel 64 — Titel 646

265

Ausgaben

Die veranschlagten Mittel dienen zur Abdeckung der laufenden Betriebskosten.

Titel 646 Bundesgebäudeverwaltung (Liegenschaftsverwaltung)**Aufgaben**

Der Bundesgebäudeverwaltung obliegt unter anderem die Verwaltung und bautechnische Betreuung von staatlichen Zwecken dienenden Liegenschaften; dazu kommen noch zahlreiche Objekte, die von der Bundesgebäudeverwaltung nur baulich zu betreuen sind.

Die über das ganze Bundesgebiet erstreckte bauliche Betreuung umfaßt Regierungsgebäude, Universitätsgebäude und Gebäude für allgemeinbildende und berufsbildende höhere Schulen, ferner sonstigen Amts- und Anstaltsgebäude der Unterrichtsverwaltung einschließlich bundeseigener Museal- und Institutsbaulichkeiten, die vielfach aus kunst- oder allgemeinhistorischen Momenten unter Denkmalschutz stehenden Baulichkeiten und bundeseigenen Baudenkmäler der ehemaligen Hofhaltungen in Wien und Innsbruck, Gerichtsgebäude, Anstalten und Gefängnisse der Justizverwaltung, ferner Bauten der Finanzverwaltung einschließlich der Zollgebäude bis zu den entferntesten alpinen Höhenstützpunkten an den Grenzen, die Bauten, Ubikationen und Anlagen der Exekutive und des Bundesheeres in ganz Österreich, eine Reihe von bundeseigenen Beamtenwohnhäusern und Beamstensiedlungen, Arbeits- und Invalidenämter und Anlagen und Bauten der Bundestheaterverwaltung und der Bundessportverwaltung u. a. m.

Die Ausgaben für bauliche Herstellungen der beiden zuletzt genannten Verwaltungen und am Parlamentsgebäude belasten allerdings nicht das Kapitel 64, sondern werden bei Kapitel 02, 12 bzw. 71 veranschlagt. Ebenso besorgt die Bundesgebäudeverwaltung auch die Bauleitung im Bereich des Österreichischen Branntweinmonopols.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1994	52,2	892,5	944,7	396,9
1995	52,0	804,8	856,8	350,1
1995 vorl. Erf..	43,3	643,3	686,6	371,9
1996	43,3	683,8	727,1	350,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Durch die Übergabe von Liegenschaften an die Bundesimmobiliengesellschaft sind die Einnahmen niedriger veranschlagt. Die Ausgaben wurden für zu erwartende Liegenschaftsankäufe in Wien und Graz höher veranschlagt.

Betriebskosten und Hauserfordernisse**Organisation**

Die Liegenschaftsverwaltung der Bundesgebäudeverwaltung wird von 36 Gebäudeverwaltungsdienststellen wahrgenommen. Hievon sind 28 Bundesdienststellen und acht im Wege der Auftragsverwaltung tätige Ämter der Landesregierung.

Bundesdienststellen sind die Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung sowie die sieben Finanzlandesdirektionen, die vier Oberlandesgerichtspräsidien und acht Landesschulräte (ohne Wien).

Ausgaben

Mit den veranschlagten Mitteln werden vor allem die Instandhaltungskosten und Betriebskosten, wie Grundsteuern, Versicherungen, Gebühren für Wasserverbrauch, Müllabfuhr, Rauchfangkehrer, Rattenvertilgung usw., abgedeckt.

Liegenschaftsankäufe

Die Erfordernisse für den Erwerb von Liegenschaften für Zwecke der Hoheitsverwaltung sind, sofern sie nicht bei anderen Voranschlagsansätzen vorgesehen sind, bei den Voranschlagsansätzen 6461 bis 6469 zusammengefaßt.

266

Kapitel 64 — Titel 647

Unter dem Voranschlagsansatz 1/64698 werden 12 vH der Kosten für Liegenschaftsankäufe veranschlagt, welche gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 Finanzausgleichsgesetz (FAG) 1993 den Ländern als Abgeltung für die Liegenschaftsverwaltungs-, Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehen.

Neben dem Aufwand für den Erwerb von Liegenschaften sind bei diesen Voranschlagsansätzen auch noch Freimachungskosten für angekaufte Liegenschaften veranschlagt.

Titel 647 Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau)**Allgemeine Bemerkungen betreffend BIG**

Die budgetären Auswirkungen der Reform der Immobilienverwaltung des Bundes durch die Gründung einer Bundesimmobilienges. m. b. H. (BIG), BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 494/1993, stellt sich wie folgt dar:

	BVA 1996	BVA 1995 Millionen Schilling	Erfolg 1994
Bund: Mietenzahlungen der Ressorts (inkl. USt):			
Schulen	1 089	934	928
Universitäten	954	631	539
sonstige Nutzer	147	107	74
Summe Mietenzahlungen ...	<u>2 190</u>	<u>1 672</u>	<u>1 541</u>
BIG: Einnahmen (ohne USt):	2 079	1 611	1 401
Ausgaben:			
Aufwendungen (Instandhaltung, Zinsaufwand usw.):	341	254	173
Abfuhr Fruchtgenuß	1 107	600	545

Aufgaben der Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau)

Errichtung und Erhaltung von Bundesgebäuden.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1994	7 895,1	88,0
1995	7 279,3	19,1
1995 vorl. Erf.	7 447,0	77,3
1996	7 609,3	19,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Zur Konjunkturbelebung im Bereich der Bauwirtschaft wurden die Ausgaben geringfügig höher veranschlagt.

Überweisungen an die Länder gemäß § 1 Abs. 2 FAG

Hier werden 12 vH des endgültigen Bauaufwandes veranschlagt, welche gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 Finanzausgleichsgesetz (FAG) 1993 den Ländern als Abgeltung für die Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehen.

Schulen der Unterrichtsverwaltung

Der veranschlagte Betrag ist für die Gebäudeerhaltung und den Neubau der Schulen der Unterrichtsverwaltung vorgesehen, dies sind:

A. Allgemeinbildende Schulen:

Allgemeinbildende höhere Schulen (Gymnasien, Realgymnasien und ihre Sonderformen, Höhere Internatsschulen [Bundeseziehungsanstalten]), Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung sowie Pädagogische Akademien mit ihren Nebeneinrichtungen, Pädagogische Institute usw. sowie alle Einrichtungen und Anstalten, die Zwecken der vorstehend genannten Schultypen dienen (zB Bundeserschullandheime, Bundeskonvikte); das Bundes-Blindenerziehungsinstitut Wien und das Bundes-Taubstummeninstitut Wien.

B. Berufsbildende Schulen:

Berufsbildende höhere Schulen (Höhere Technische und Gewerbliche Lehranstalten, Handelsakademien, Höhere Lehranstalten für wirtschaftliche Berufe sowie die jeweils zugehörigen Sonderformen); Berufsbildende mittlere Schulen (Fachschulen und Handelsschulen sowie ihre Sonderformen); die Bundes-Berufsschule für Uhrmacher Karlstein; alle Einrichtungen und Anstalten, die Zwecken der vorstehend genannten Schultypen dienen, wie berufspädagogische Institute, Bundeskonvikte, Versuchsanstalten usw.

Schulen der Wissenschaftsverwaltung

Hier wird die Gebäudeerhaltung und der Neubau der Schulen der Wissenschaftsverwaltung gesondert von dem der Unterrichtsverwaltung veranschlagt. Es sind dies:

Universitäten, Kunsthochschulen, wissenschaftliche Anstalten, Studienbibliotheken sowie Einrichtungen und Anstalten, die zur Förderung von Hochschulaufgaben bestimmt sind.

Bauten für die Landesverteidigung

Die Ausgaben betreffend die Erhaltung der militärischen Objekte und Anlagen, Zweckadaptierungen an denselben und die Errichtung neuer militärischer Objekte, wie zB Kasernen, Verpflegsanstalten, Sanitätsanstalten, Radarstationen mit militärischen Wohnbauten.

Land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten

Hier werden die Baukosten für land- und forstwirtschaftliche Schulen und Ausbildungsstätten, Versuchs- und Prüfanstalten sowie Bundesgüter deren Instandsetzung und Instandhaltung veranschlagt.

Sonstige Bundesgebäude

Hier werden die für die Erhaltung und für den Neubau notwendigen Ausgabenbeträge für alle Bundesgebäude veranschlagt, die nicht bei einem anderen Paragraphen des Titels 647 angeführt sind, außerdem der Bedarf für die Amts- und Dienstwohngebäude und die Bundesanstalten, zB auch der für die Gebäudeerhaltung von Museen, Schlössern, Palais und ähnlich kulturell wertvollen Gebäuden.

Für die Sanierung der Bundesmuseen hat der Ministerrat ein Investitionsprogramm 1987 bis 1992 sowie die Fortsetzung dieses Investitionsprogrammes in den Folgejahren beschlossen.

Konjunkturausgleich-Voranschlag

Sollte die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 1996 den Einsatz zusätzlicher Mittel erfordern, sind im Konjunkturausgleichsvoranschlag beim Bundeshochbau vorgesehen:

	Sachausgaben Millionen Schilling
Stabilisierungsquote	800,0
Konjunkturbelebungsquote	600,0

Titel 649 Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen**Gesetzliche Grundlagen**

Maß- und Eichgesetz, BGBl. Nr. 152/1950, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 636/1994 und die dazu ergangenen Verordnungen;

Vermessungsgesetz, BGBl. Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 480/1980 und die dazu ergangenen Verordnungen.

Aufgaben

Angelegenheiten des Eich- und Vermessungswesens.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1994	724,7	139,3	864,0	237,4
1995	719,7	179,7	899,4	239,0
1995 vorl. Erf..	733,3	226,3	959,6	243,2
1996	728,5	183,7	912,2	239,0

268

Kapitel 64 — Titel 649**Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Sachausgaben wurden niedriger veranschlagt, da die Anschaffung von Hard- und Software für das Agrarflächen-Projekt 1995 abgeschlossen wurde.

Einrichtungen des Eichwesens**Aufgaben**

Dem Eichwesen obliegt es:

1. die Etalons für die gesetzlichen Maßeinheiten aufzubewahren und für ihren Anschluß an die internationalen Etalons zu sorgen sowie die einschlägigen Darstellungsverfahren festzulegen;
2. verbindliche Verfahrensvorschriften, Werte des spektralen Hellempfindlichkeitsgrades für Lichtmessungen, Normspektralwerte für Farbmessungen und Bewertungsfunktionen für objektive Schallpegelmessungen samt dem Bezugswert entsprechend dem Stand der Meßtechnik durch Verordnung festzulegen;
3. für die eichpflichtigen Meßgerätégattungen die Eichvorschriften und die Eichanweisungen zu erlassen und im „Amtsblatt für das Eichwesen“ kundzumachen;
4. neue Meßgerätebauarten zur Eichung zuzulassen;
5. Meßgeräte zu eichen;
6. die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen durch eichpolizeiliche Revisionen zu überwachen;
7. im Rahmen des physikalisch-technischen Prüfungsdienstes Meßgeräte zu prüfen, zu beglaubigen sowie entsprechende Untersuchungen durchzuführen und die Meßtechnik durch wissenschaftliche Arbeiten zu fördern; desgleichen, die Prüf- und Beglaubigungsvorschriften für Meßgeräte zu erlassen.

Einrichtungen des Vermessungswesens**Aufgaben****Gruppe „Kataster, Grundlagenvermessung, Staatsgrenzen“**

Die von den Dienststellen der Gruppe „Kataster, Grundlagenvermessung, Staatsgrenzen“ und den nachgeordneten Vermessungsämtern auszuführenden Arbeiten dienen der Schaffung und Erhaltung von technischen Unterlagen für die verschiedensten Zweige technisch-wirtschaftlicher Planungen — zB für den Ausbau und die Regulierung von Straßen- und Wasserbauanlagen, für die Errichtung von Wasserkraftwerken und Maßnahmen im Zuge der Bodenreform —, im besonderen aber zur Erfüllung der durch das Vermessungsgesetz auferlegten Aufgaben der staatlichen Hoheitsverwaltung. Zu diesen gehören insbesondere:

1. Die Grundlagenvermessungen, u. zw.
 - a) die Schaffung und Erhaltung eines engmaschigen Festpunktfeldes,
 - b) die astronomisch-geodätischen Arbeiten für die Zwecke des Festpunktfeldes und solche zur Erforschung der Erdgestalt,
 - c) die Schaffung und Erhaltung von Höhepunkten besonderer Genauigkeit (Präzisionsnivelement) und
 - d) die Arbeiten zur Erforschung des Schwerkraftfeldes der Erde und für die geophysikalische Landesaufnahme;
2. die teilweise Neuanlegung des Grenzkatasters;
3. die allgemeine Neuanlegung des Grenzkatasters;
4. die Übernahme der Ergebnisse eines Verfahrens der Agrarbehörden in den Angelegenheiten der Bodenreform in den Grenzkataster;
5. die Führung des Grenzkatasters;
6. die Amtshandlungen im Zusammenhang mit dem Grenzkataster;
7. die Vermarkung und Vermessung der Staatsgrenzen.

Die unter Ziffer 2, 4 und 5 angeführten Aufgaben obliegen den Vermessungsämtern, die übrigen Aufgaben den Abteilungen dieser Gruppe.

Gruppe „Landesaufnahme“

Die Gruppe Landesaufnahme führt alle Arbeiten hinsichtlich Herstellung, Evidenzhaltung und Vervielfältigung der staatlichen Landkarten durch (§ 1, Ziffer 7, 8 und 9 des Vermessungsgesetzes) durch.

Ausgaben und Einnahmen

Die veranschlagten Mittel bei den „Einrichtungen des Eichwesens“ und den „Einrichtungen des Vermessungswesens“ werden zur Erfüllung der obliegenden Aufgaben verwendet. Im wesentlichen sind bei den Aufwendungen die Familien- und Geburtenbeihilfen, sowie die Reisekostenersätze an die Bediensteten (im Zusammenhang mit der Eich- und Vermessungstätigkeit) und die Kosten für den laufenden Betrieb (zB Energiekosten) bzw. für die Instandhaltung veranschlagt.

Bei den Einnahmen handelt es sich vor allem um Eich-, Prüfungs- und Vermessungsgebühren.

270

Kapitel 65 — Titel 650**Kapitel 65 Öffentliche Wirtschaft und Verkehr**

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt N.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	307,0	27 051,8	27 358,7	4 003,7
1995	341,3	26 563,0	26 904,3	3 902,3
1995 vorl. Erf..	316,3	26 935,9	27 252,3	4 346,9
1996	10 980,2	24 922,8	35 903,0	23 609,4

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 650 Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr**Aufgaben**

Der Aufgabenbereich des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr umfaßt die Angelegenheiten der Regionalförderung, soweit es sich um einzelbetriebliche Förderungsmaßnahmen im industriell-gewerblichen Bereich handelt, der Technologieförderung, des ERP-Fonds, der verstaatlichten oder staats eigenen Unternehmungen sowie des Erwerbes und der Verwaltung von Anteilsrechten des Bundes, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich eines anderen Bundesministeriums bzw. der Post fallen, der Eisenbahnen, der Post- und Telegraphenverwaltung, der See- und Flußschifffahrt, des zivilen Luftverkehrs, des Kraftfahrwesens und der Straßenpolizei. Ferner werden die Belange der Verkehrsförderung, Angelegenheiten des österreichischen Verkehrssicherheitsfonds, des gewerblichen Personen- und Güterverkehrs einschließlich der gewerblichen Beförderung von Gütern in Rohrleitungen mit Ausnahme der Wasserleitungsangelegenheiten, Angelegenheiten der Beförderung von Personen und Gütern im Werksverkehr sowie die Wahrnehmung des gesetzlichen Schutzes der Bediensteten der Eisenbahnen (Straßenbahnen), der Post- und Telegraphenverwaltung (ab 1. Mai 1996 der Post- und Telekom Austria AG), der Schifffahrt und der Luftfahrt wahrgenommen.

Paragraph 6500 Zentraleitung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	261,3	130,2	391,5	213,4
1995	289,7	126,4	416,1	7,6
1995 vorl. Erf..	267,5	127,4	394,9	232,9
1996	265,4	129,9	395,3	8,9

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

An gesetzlichen Verpflichtungen sind für die Familienbeihilfen 5,6 Millionen Schilling und für die Beiträge an verschiedene internationale Organisationen, wie ICAO-Montreal, für die CEMT, ECAC-Paris, Zentralamt für den internationalen Eisenbahnverkehr-Bern, IMO-London, sowie TER und JAA insgesamt 9,160 Millionen vorgesehen.

Daneben sind hier die Ausgaben für Sachverständigengutachten und sonstige Leistungen gemäß § 57 Abs. 3 und § 129 KFG 1967 und die öffentlichen Abgaben veranschlagt.

Aufwendungen

Veranschlagt sind die sachlichen Ausgaben dieses Ressortbereiches, soweit sie den Verwaltungsaufwand betreffen.

Paragraph 6501 Schifffahrtspolizei**Gesetzliche Grundlagen**

Schifffahrtsgesetz 1990, BGBl. Nr. 87/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 429/1995;

Verordnung des BMföWuV, BGBl. Nr. 160/1993.

Kapitel 65 — Titel 650

271

Aufgaben

Der Schifffahrtspolizei obliegen auf Wasserstraßen, ausgenommen in die Landesvollziehung fallende, die Aufgaben der Schifffahrtspolizeibehörde und die Wahrnehmung der schifffahrtspolizeilichen Aufgaben gemäß Teil B des Schifffahrtsgesetzes 1990 (Überwachung der Einhaltung aller die Schifffahrt betreffenden Verwaltungsvorschriften, Regelung der Schifffahrt einschließlich der Bezeichnung des Fahrwassers und Hilfeleistung bei Havarien).

Außenstellen (Strom-, Schleusen- bzw. Hafenaufsichten) gemäß § 37 Abs. 5 leg. cit. befinden sich in Hainburg, Wildungsmauer, Wien, Greifenstein, Tulln, Altenwörth, Krems, Melk, Persenbeug, Grein, Wallsee, Abwinden, Linz, Ottensheim, Aschach und Engelhartzell.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	30,3	50,5	80,8	1,2
1995	34,0	32,3	66,3	19,2
1995 vorl. Erf..	32,9	26,4	59,3	57,9
1996	32,4	33,1	65,5	18,8

Anlagen

Die veranschlagten Mittel dienen dem Erwerb eines Flächenecholots. Bei den restlichen Posten sind die für die Erhaltung der Dienstbereitschaft der Schifffahrtspolizeiorgane erforderlichen Anschaffungen, wie Steganlagen, Zillen, Motore, Meßgeräte ua., budgetiert.

Aufwendungen

Die vorgesehenen Mittel sind für die Instandhaltung von Signal- und Hilfseinrichtungen für die Schifffahrt, für die Instandhaltung von Signalstationen und Objekten der Schifffahrtspolizei Außenstellen, für die Betriebs- und Instandhaltungskosten der Wasserfahrzeuge, für den Betrieb der Schleusen Ybbs-Persenbeug, Wallsee, Ottensheim, Aschach, Altenwörth, Abwinden-Asten, Melk und Greifenstein sowie für Aufwendungen infolge des Beitrittes der Republik Österreich zur Donaukonvention 1948 bestimmt.

Paragraph 6502 Fernmeldebehördliche Tätigkeiten**Gesetzliche Grundlagen**

Fernmeldegesetz 1993, BGBl. Nr. 908/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 821/1995;

Art. 7 der Richtlinie 90/388/EWG;

Regionalradiogesetz, BGBl. Nr. 506/1993, zuletzt geändert mit BGBl. Nr. .../1996.

Aufgaben

Wahrnehmung auf dem Gebiet des Fernmeldewesens, die im Art. 7 der EWG-Richtlinie über den Wettbewerb auf dem Markt für Telekommunikationsdienste aufgezählten Agenden, wie:

Die Erteilung von betrieblichen Genehmigungen, die Überwachung der Zulassungen und die verbindlichen Spezifikationen, die Zuteilung der Frequenzen und die Überwachung der Nutzungsbedingungen, die Ahndung der Verletzungen des fernmeldebehördlichen Hoheitsrechtes. Erstellung des Frequenznutzungsplanes, Frequenzzuordnung und Bewilligung gem. § 2 Regionalradiogesetz.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1994	117,3	120,8
1995	118,8	110,0
1995 vorl. Erf.....	110,0	133,5
1996	138,0	4 120,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Ausgaben gegenüber 1995 resultiert aus der zu veranschlagenden Umsatzsteuer für die Leistungen durch die Post.

Bei den Einnahmen wurde das Konzessionsentgelt gemäß § 20a Fernmeldegesetz der Firma Ö-CALL veranschlagt.

272

Kapitel 65 — Titel 651**Anlagen**

Die veranschlagten Mittel dienen für den Erwerb bzw. Ersatz von Funkmeßfahrzeugen und -meßgeräten sowie für Hardware zur Planung von Privatrundfunksendern und Software für topographische Datenbank für Rundfunkplanung und Verträglichkeitsberechnungen im Sprechfunk.

Aufwendungen

Die vorgesehenen Mittel sind für die Instandhaltung bzw. Wartung von Fahrzeugen und Funkmeßgeräten und den notwendigen Verwaltungsaufwand bestimmt.

Einnahmen

Aus den fernmeldebehördlichen Tätigkeiten werden Einnahmen aus dem Titel „Gebühren und Geld-, Ordnungs- und Mutwillensstrafen“ erzielt.

Einmalige Einnahmen aus Konzessionsentgelt.

Titel 651 Bundesministerium (Zweckaufwand)**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesbahngesetz, BGBl. Nr. 825/1992, zuletzt geändert mit BGBl. Nr. .../1996;

Privatbahnunterstützungsgesetz 1988, BGBl. Nr. 606/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 519/1994;

Höchleistungsstreckengesetz, BGBl. Nr. 135/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 655/1994;

Bundesgesetz zur Errichtung einer Brenner-Eisenbahn-Gesellschaft, BGBl. Nr. 502/1995;

Bundesgesetz über die Austro Control GesmbH, BGBl. Nr. 898/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 656/1994;

Poststrukturgesetz, BGBl. .../1996;

Richtlinien der Bundesregierung gem. § 13 (4) Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, über die Vergabe und Durchführung von Forschungsaufträgen und Aufträgen für sonstige wissenschaftliche Untersuchungen;

Grund- und Finanzierungsverträge der Verkehrsverbände.

Aufgaben

Zurverfügungstellung der Eisenbahn-Infrastruktur gem. § 2 Bundesbahngesetz 1992; Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen gem. § 3 Bundesbahngesetz 1992 und § 2 Privatbahnunterstützungsgesetz und § 3 Poststrukturgesetz.

Gemäß § 8 des Hochleistungsstreckengesetzes kann durch Verordnung der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG die Planung und der Bau bestimmter, zu Hochleistungsstrecken erklärter Eisenbahnen übertragen werden. Die der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG daraus erwachsenen Kosten sind gemäß § 11 des Hochleistungsstreckengesetzes durch den Bund zu ersetzen, soweit es sich nicht um Planungen und Baumaßnahmen handelt, für die Dritte die finanzielle Vorsorge zu tragen haben. Ebenso hat der Bund der Brenner-Eisenbahn-Gesellschaft die Kosten gemäß § 4, BGBl. Nr. 502/1995, zu ersetzen.

Die Entwicklung des Straßenverkehrs macht spezifische Aktionen zur Hebung der Verkehrssicherheit vordringlich. Nur die konsequente Durchführung von verschiedensten Maßnahmen — zB Verkehrssicherheitswettbewerbe, TV-Serien, Schwerpunktaktionen — läßt eine Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr erwarten. Die hierfür vorgesehenen Mittel stehen zweifellos in keinem Verhältnis zu den ersparten sozialen Kosten für Krankenhausaufenthalte, Rekonvaleszenz und Ausfall von Arbeitsleistungen.

Eine zielbewußte Verwaltungstätigkeit kann im Hinblick auf die immer komplizierter werdenden Fragenkomplexe kaum mehr auf Entscheidungshilfen verzichten, welche wissenschaftlich vorbereitet und auf interdisziplinären Grundlagen erstellt werden. So wird es auch im Verkehrsbereich immer notwendiger, konkrete Auftragsforschungen zu vergeben. Darüber hinaus darf nicht übersehen werden, daß vorwiegend langfristige Investitionen auf dem kapitalintensiven Verkehrssektor zu tätigen sind, was im Hinblick auf die Optimierung der einzusetzenden Mittel und unter Berücksichtigung der mehrschichtigen Ressortbelange (Schiene, Straße, Luftfahrt, Post- und Telegrafienwesen usw.) objektive Beurteilungskriterien erfordert.

Kapitel 65 — Titel 652

273

Im Bereich der Verkehrsverbände ergibt sich durch die Einführung einheitlicher Verbundfahrkarten für die an den Verkehrsverbänden beteiligten Verkehrsträger ein sogenannter „Durchtarifierungsverlust“. Der Bund wird beim „Verkehrsverbund Ost-Region“ die Hälfte, bei den dem Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) vorgelagerten Verkehrsverbänden „NÖ Süd/Burgenland Mitte“, „Mostviertel/Zentralraum“, „Waldviertel“ und „Weinviertel“ einen Mischsatz in Höhe von rd. 41% und bei den Verkehrsverbänden „Oberösterreich“, „Salzburg“, „Tirol“, „Vorarlberg“, „Steiermark“ und „Kärnten“ jeweils ein Drittel des gesamten Durchtarifierungsverlustes übernehmen.

Gemäß § 11 des Bundesgesetzes über die Austro Control hat der Bund der Austro Control für die im öffentlichen Interesse erbrachten Leistungen ein Entgelt nach dem Kostendeckungsprinzip zu leisten.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1994	20 677,7	3 201,8
1995	20 480,5	3 585,0
1995 vorl. Erf.....	20 788,9	3 571,2
1996	21 251,9	7 595,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Einnahmen ist auf die Veranschlagung der Konzessionsabgabe gem. Poststrukturgesetz zurückzuführen.

Aufwendungen

	Millionen Schilling
— Kosten für Eisenbahninfrastruktur.....	11 000,2
— Gemeinwirtschaftliche Leistungen ÖBB	8 037,0
— Gemeinwirtschaftliche Leistungen Privatbahnen.....	469,7
— Gemeinwirtschaftliche Leistungen Post- und Telekom Austria AG	1 050,0
— Verkehrsverbände.....	557,7
— Öffentliche Wirtschaft und allgemeiner Verkehr	42,3
— EU — TEN-Projekte.....	95,0

Einnahmen

— Entgelt für Benützung der Eisenbahninfrastruktur.....	3 100,0
— EU — TEN-Projekte.....	95,0
— Konzessionsabgabe Post- und Telekom Austria AG	4 400,0

Titel 652 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)**Gesetzliche Grundlagen**

Vereinbarung vom 9. Mai 1979 zwischen dem Bund und dem Land Wien gemäß Art. 15 a B-VG (Schienenverbund), BGBl. Nr. 18/1980;

Bundesgesetz vom 25. Februar 1987, BGBl. Nr. 80/1987;

Hafeneinrichtungen-Förderungsgesetz, BGBl. Nr. 160/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 412/1994;

Privatbahnunterstützungsgesetz 1988, BGBl. Nr. 606/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 519/1994;

Innovations- und Technologiefondsgesetz 1987, BGBl. Nr. 603/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994;

Bundesgesetz vom 17. Dezember 1993, BGBl. Nr. 973/1993 (ÖIAG-Gesetz und ÖIAG-Finanzierungsgesetz-Novelle 1993);

Konzessionsverlängerung von Eisenbahnbetrieben;

Allgemeine Rahmenrichtlinien des Bundesministeriums für Finanzen für die Gewährung von Förderungen aus Bundesmitteln;

Richtlinien des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr für die Förderung von Investitionen auf dem Verkehrssektor;

274

Kapitel 65 — Titel 652

Richtlinien des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr und der Bundesländer Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark und Tirol für die Gewährung von Förderungen aus der gemeinsamen Regionalen Innovationsprämie sowie Richtlinien des BMföWuV und der Bundesländer für die Technologie- und Strukturoffensive (Qualitätssicherung und Produktfindung).

Sonderrichtlinien für die Förderung von industriell-gewerblichen Infrastrukturprojekten (Regionale Infrastrukturförderung) des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr.

Aufgaben

Auf Grund des sogenannten Schienenverbundvertrages 1979 und Ergänzungen hat der Bund die Verpflichtung übernommen, jährlich 1 500 Millionen Schilling für den Bau der U-Bahnlinien U 3 und U 6 zu leisten.

Vorrangige Aufgabe der Verkehrsförderung ist die Unterstützung der Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene und auf das Schiff. Wegen der Knappheit an ERP-Kreditmitteln werden Investitionen und Projekte von besonderem verkehrspolitischen Interesse durch Zinsen- oder Investitionskostenzuschüsse aus Budgetmitteln gefördert. Schwerpunkte: Kombiniertes Verkehr, Umsetzeinrichtungen zur Verkehrsverlagerung, Errichtung, Erweiterung und Modernisierung von Anschlußbahnen.

Gemäß dem Privatbahnunterstützungsgesetz sind den nicht-bundeseigenen Unternehmungen, die Haupt- oder Nebenbahnen betreiben, auch Anschlußkosten abzugelten (Verknüpfung Privatbahn—ÖBB).

Weiters sind Zuschüsse für Investitionen veranschlagt, die von den nicht-bundeseigenen Haupt- und Nebenbahnen zu Verbesserungen des Eisenbahnverkehrs vorgenommen werden müssen.

Im Zusammenhang mit der Verlängerung der Konzessionen für die Eisenbahnbetriebe der Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbau-Gesellschaft, der AG der Wiener Lokalbahnen hat der Bund für den aus der Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes erwachsenden Betriebsabgang zur Gänze oder teilweise vorzusorgen; weiters ist er verpflichtet, Zuschüsse für die notwendigen Investitionen zu leisten. Der Ansatz enthält daher auch die hierfür erforderlichen Mittel.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1994	6 032,0	414,1
1995	5 736,2	121,7
1995 vorl. Erf.	5 841,5	304,7
1996	2 308,3	148,6

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung der Ausgaben ist im wesentlichen auf den voraussichtlichen Entfall der 3. Tranche des Gesellschafterdarlehens an die ÖIAG zurückzuführen.

Die Erhöhung der Einnahmen ist auf die Veranschlagung der Bezugsvorschußsätze der Beamten der Post- und Telekom Austria AG zurückzuführen.

Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

1 500 Millionen Schilling Bundesbeitrag für den U-Bahnteil (Schienenverbund);

Förderungen

80,934 Millionen Schilling Beitragsleistungen für Verkehrsförderung;

108,559 Millionen Schilling Beitragsleistungen für Regionalförderung; gleichzeitig Einnahmen von 0,644 Millionen Schilling aus dem Titel Rückzahlungen von in den Vorjahren gewährten Darlehen;

449,196 Millionen Schilling Beitragsleistungen zur Aufrechterhaltung der Betriebssicherheit nicht bundeseigener Haupt- und Nebenbahnen;

75,274 Millionen Schilling Beitragsleistungen für Technologieförderungsprogramme;

14,316 Millionen Schilling Beitragsleistungen für sonstige Förderungen.

Kapitel 65 — Titel 655

275

Regionalförderung

Aus den regionalen Zinsenzuschußaktionen für Investitionskredite im gewerblich-industriellen Bereich (Oberösterreich, Burgenland) sind insgesamt 0,057 Millionen Schilling veranschlagt.

Für die mit den Bundesländern für neuabgegrenzte Problemgebiete im Jahr 1990 mit Laufzeit bis Ende 1992 vereinbarte Regionalförderungsaktion (Regionale Innovationsprämie, Regionale Infrastrukturförderung) und ihre Weiterführung bis Ende 1995 und die weitere Verlängerung bis Ende 1999 sind 102,986 Millionen Schilling veranschlagt.

Für das „Ostgrenz-Sonderprogramm“, worin auch ein grenzüberschreitendes Innovations- und Gründerzentrum in Gmünd und weitere Projekte dieser Art in Kooperation mit Tschechien, Ungarn und Slowenien vorgesehen sind, wurde vorgesorgt.

Technologie-Anwendungsförderung

Für Förderungen nach dem Innovations- und Technologiefondsgesetz 1987 sind 75,274 Millionen Schilling veranschlagt.

Derzeit sind vom ITF-Kuratorium folgende Förderungsschwerpunkte festgelegt: Umwelttechnik, flexible computerintegrierte Produktion für Klein- und Mittelbetriebe — Flex CIM, Verkehrstechnik, Energietechnik, Softwaretechnologie.

Für die mit allen Bundesländern eingerichteten Aktionsprogramme „Qualitätssicherung“ und „Produktfindung“ wurde entsprechend vorgesorgt.

Sonstige Förderungen

Im Zusammenhang mit der Übernahme der Anteilsrechte des Bundes an diversen Gesellschaften in die Verwaltung des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr sind für Zuschüsse 14,316 Millionen Schilling veranschlagt.

Aufwendungen

Entgeltzahlungen an den ERP-Fonds für die Tätigkeit des ERP-Fonds als „Geschäftsführung des Innovations- und Technologiefonds“ sowie Kosten von Gutachten und anderen Beratungstätigkeiten.

Titel 655 Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge**Gesetzliche Grundlagen**

Kraftfahrgesetz 1967, BGBl. Nr. 267/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 258/1995;

Kraftfahrgesetz-Durchführungsverordnung 1967, BGBl. Nr. 399/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 746/1995;

Gefahrgutbeförderungsgesetz — Straße, BGBl. Nr. 209/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 430/1995.

Aufgaben

Die Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge ist zur Bearbeitung, Lösung und Begutachtung kraftfahrtechnischer und verkehrstechnischer Fragen und zur Prüfung und Begutachtung von Kraftfahrzeugen und Anhängern und von Teilen und Ausrüstungsgegenständen sowie der Ladung solcher Fahrzeuge berechtigt. Sie hat dem Bund als kraftfahrtechnische Prüfanstalt zu dienen und Gutachten zu erstatten. Die Aktivitäten der Bundesprüfanstalt dienen der Hebung der Sicherheit des Straßenverkehrs.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1994	15,5	7,5	23,0	2,0
1995	17,6	11,8	29,4	1,8
1995 vorl. Erf..	15,9	9,3	25,2	1,8
1996	15,7	12,0	27,7	1,8

276

Kapitel 65 — Titel 657 und 659**Titel 657 Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds****Gesetzliche Grundlage**

Kraftfahrzeuggesetz 1967, BGBl. Nr. 267/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 258/1995.

Aufgaben

Der Österreichische Verkehrssicherheitsfonds wurde als Verwaltungsfonds zur Förderung der Verkehrssicherheit in Österreich geschaffen. Seine Einnahmen rekrutieren sich aus den Abgaben und Kostenbeiträgen für die Zuweisung eines Wunschkennzeichens, aus sonstigen Zuweisungen und aus Erträgen aus Veranlagungen.

Seine konkrete Aufgabenstellung liegt in der zweckgebundenen Verwendung der Mittel für

1. die Förderung von allgemeinen Maßnahmen und konkreten Projekten zur Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr, insbesondere die Förderung der Verkehrserziehung;
2. die Durchführung von Studien und Forschungen sowie für Informationen über Forschungen auf dem Gebiet der Straßenverkehrssicherheit;
3. vorbereitende Maßnahmen der Planung und Erarbeitung von Orientierungshilfen für Planungen auf dem Gebiet der Straßenverkehrssicherheit;
4. die Unterstützung der Behörden bei der Administration der Kennzeichen iS des § 48 a Abs. 6;
5. die Verwaltung und Aufteilung der dem Fonds zufließenden Einnahmen.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1994	36,4	49,5
1995	57,0	57,0
1995 vorl. Erf.	32,4	44,9
1996	56,0	56,0

Titel 659 Amt der Post- und Telekom Austria AG**Gesetzliche Grundlage**

Poststrukturgesetz, BGBl. Nr. xxx/1996

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1996	10666,7	993,6	11660,3	11660,3

Bei den Ausgaben ist der Aufwand für die Beamten der Post- und Telekom Austria AG entsprechend veranschlagt. Die Einnahmen stellen den Kostenersatz durch die vorgenannte AG dar.

Kapitel 71 Bundestheater

Die Bundestheater unterstehen dem Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst.

Rechtliche Grundlage

Der Österreichische Bundestheaterverband wurde auf Grund des Erlasses des Bundesministers für Unterricht und Kunst vom 10. Mai 1971, ZA.E. 984-Präs/71, zuletzt geändert durch den Erlaß des Bundesministers für Unterricht und Kunst vom 19. März 1976, Z AE 10 930/1-I/76 als Nachfolge der bisherigen Bundestheaterverwaltung geschaffen.

Organisation

Die Leitung des Österreichischen Bundestheaterverbandes obliegt den Direktoren des Burgtheaters, der Staatsoper, der Volksoper und dem Generalsekretär. Zweck des Verbandes ist es, die Führung der österreichischen Bundestheater, nämlich des Burgtheaters, der Staatsoper und der Volksoper so zu koordinieren, daß unter Berücksichtigung aller künstlerischen, wirtschaftlichen und technischen Voraussetzungen den Erfordernissen einer sparsamen und rationellen Gebarung bei optimalen künstlerischen Ergebnissen Rechnung getragen wird.

Zu den Bundestheatern gehören:

1. das **Burgtheater**,
das die Nachfolge des im Jahre 1776 gegründeten k. k. Hofburgtheaters angetreten hat und als repräsentatives Repertoiretheater für die dramatische Weltliteratur betrieben wird. Dem Burgtheater ist derzeit das Akademietheater angegliedert, das seine Spielzeit im Jahre 1923 begann. Fallweise werden auch Aufführungen in einem 3. Spielraum geboten.
2. die **Staatsoper**,
die in den Jahren 1861 bis 1869 errichtet wurde und ein repräsentatives Repertoiretheater für Oper und Ballett mit umfassender Literatur darstellt.
3. die **Volksoper**,
die von den Bundestheatern erst seit dem Jahre 1945 bespielt wird und als repräsentatives Repertoiretheater für die volkstümliche Oper und Operette und ähnliche Werke geführt wird.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1994	2 317,0	719,9	3 036,9	651,1
1995	2 363,1	670,6	3 033,7	618,9
1995 vorl. Erf. ..	2 348,6	685,2	3 033,8	698,7
1996	2 383,6	644,0	3 027,6	673,0

Ausgaben

Personalausgaben

Der Aktivitätsaufwand umfaßt die Ausgaben für das künstlerische, technische und Verwaltungs-Personal, wobei für die reibungslose Abwicklung des Spielbetriebes die Erbringung von Mehrleistungen unerlässlich ist. Er beläuft sich auf 1 577,8 Millionen Schilling oder 52,1 vH des Gesamtaufwandes.

Der Pensionsaufwand, dessen gesetzliche Grundlage das Bundestheaterpensionsgesetz vom 9. Juli 1958, BGBl. Nr. 159, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 297/1995, bildet, hat im Jahre 1996 eine Größenordnung von 805,8 Millionen Schilling erreicht, was einen Anteil von 26,6 vH der Gesamtausgaben des Kapitels 71 bedeutet.

Sachausgaben

Die gesamten Sachausgaben sind mit einem Betrag von 644,0 Millionen Schilling, das sind 21,3 vH der Gesamtausgaben, veranschlagt. Davon sind für Investitionen 158,0 Millionen Schilling und für Aufwendungen (einschl. gesetzliche Verpflichtungen) zur Aufrechterhaltung des Betriebes 486,0 Millionen Schilling präliminiert. Das Sonderinvestitionsprogramm sieht die notwendige Erneuerung der bühnentechnischen Anlagen innerhalb der Bundestheater vor.

278

Kapitel 71

An auswärtigen Gastspielen sind Tourneen des Burgtheaters nach Bregenz, Graz, Villach, Antwerpen, Athen, Berlin, Japan, Meiningen, Mülheim, Paris, Rom, Wiesbaden und eine Arbeiterkammer-Tournee geplant.

Einnahmen

Bei der Veranschlagung der Einnahmen wurde der Trend eines anhaltend guten Theaterbesuches und der Opernball berücksichtigt. Weiters wurde davon ausgegangen, daß verschiedene Organisationen, wie das Theater der Jugend, der Kulturring der Stadt Wien, der Österreichische Gewerkschaftsbund und einzelne Gewerkschaften geschlossene Vorstellungen zu bedeutend ermäßigten Preisen angeboten erhalten.

Besucherzahlen

	1992	1993	1994
Burgtheater	296 201 ¹⁾	281 849 ¹⁾	284 795 ¹⁾
Akademietheater	128 494	126 211	124 325
Staatsoper	590 135	588 760	401 602
Volksoper	386 019	369 155	383 653

¹⁾ Einschließlich Lusterboden, Vestibül (bis 30. Juni 1993) und Kasino.

Kapitel 75 Alkohol (Monopol)

Gesetzliche Grundlagen

Die Tätigkeit der Monopolverwaltung ist durch das Alkohol — Steuer und Monopolgesetz 1995, BGBl. Nr. 703/1994, geregelt. Ihre Aufgaben werden zwischen dem Bundesministerium für Finanzen und der Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols aufgeteilt. Die Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols ist eine dem Bundesministerium für Finanzen nachgeordnete zur Besorgung der Wirtschaftsverwaltung der kaufmännischen Geschäfte der Monopolverwaltung bestimmte Dienststelle; sie hat sich hiebei nach den grundsätzlichen Weisungen des Bundesministeriums für Finanzen zu richten.

Aufgaben

Die Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols übernimmt in landwirtschaftlichen Brennereien und Melassebrennereien erzeugten Alkohol, veranlaßt dessen Reinigung und trifft die Dispositionen bezüglich Versand, Lagerung und Verkauf. Das Bundesministerium für Finanzen setzt die Übernahmepreise für den abgelieferten Alkohol sowie die Reinigungsentgelte fest.

Brennereien

In landwirtschaftlichen Brennereien werden inländische Kartoffeln, Getreide und andere stärkehaltige Rohstoffe, in Melassebrennereien Rübenstoffe zu Alkohol verarbeitet, der bis zu bestimmten Mengen an die Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols abgeliefert werden kann, die ihrerseits den jeweils festgesetzten Übernahmepreis bezahlt. Andere Brennereien unterliegen der Besteuerung.

Erzeugungsmengen

Den landwirtschaftlichen Brennereien und Melassebrennereien sind gemäß §§ 96 und 97 des Alkohol — Steuer und Monopolgesetzes 1995 bestimmte Anteile am Jahresbedarf der Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols, den sie zur Herstellung von alkoholischen Getränken, Aromen, kosmetischen Erzeugnissen, Arzneimitteln, Essig und zur Abgabe für häusliche Zwecke verkauft, zugewiesen. Die Anteile gelten für die Herstellung von Alkohol aus bestimmten Rohstoffen. Für innerhalb der Anteile hergestellten und abgelieferten Alkohol werden Übernahmepreise berechnet. Die für gewerbliche Brennereien gemäß § 96 Abs. 2 Z 3 des Alkohol — Steuer und Monopolgesetzes 1995 vorgesehenen Anteile werden von einzelnen landwirtschaftlichen Brennereien ausgenützt.

Verkaufspreise

Die Verkaufspreise für den von der Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols abgegebenen Alkohol werden vom Bundesministerium für Finanzen mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates festgesetzt und sind im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ verlaublich.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1994	12,4	296,6	309,0	1 149,7
1995	11,7	242,5	254,3	348,3
1995 vorl. Erf..	11,1	235,6	246,7	285,4
1996	10,9	240,3	251,2	67,6

Unterschiede der Gebarung

Infolge geänderter Rechtslage fehlt im Verkaufspreis des Jahres 1996 der Fiskalanteil zur Gänze. Darüber hinaus wird es zu einer Verringerung der Alkoholübernahme bzw. der Verkaufsmenge kommen. Beide Maßnahmen bewirken erheblich niedrigere Einnahmen.

280

Kapitel 77**Kapitel 77 Österreichische Bundesforste****Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz vom 17. November 1977 über den Wirtschaftskörper „Österreichische Bundesforste“, BGBl. Nr. 610/1977, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 870/1992.

Aufgaben

Den Österreichischen Bundesforsten obliegt vor allem die Erzielung eines bestmöglichen betriebswirtschaftlichen Erfolges bei der Produktion und der Verwertung des Rohstoffes Holz und der forstlichen Nebenprodukte. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben ist auf die Schutz-, Wohlfahrts- und Erholungswirkungen des Waldes, weiters auf die Interessen der Landwirtschaft sowie auf sonstige öffentliche Interessen Bedacht zu nehmen.

Organisation

Zur Leitung der Österreichischen Bundesforste ist der Vorstand berufen, der an die Weisungen des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft gebunden ist. Dem Wirtschaftsrat obliegt es, die vom Vorstand vorgelegten Berichte zu beraten und die Geschäftsführung des Vorstandes zu überwachen. Die Betriebsführung wird von 52 Forstverwaltungen besorgt, die der Generaldirektion unterstellt sind. Von diesen liegen in Niederösterreich 10, Oberösterreich 11, Salzburg 14, Tirol 8, der Steiermark 7 und in Kärnten 2 Forstverwaltungen.

Zu den Bundesforsten gehören ferner die Bau- und Maschinenhöfe in Wien-Hütteldorf, in Steinkogl bei Ebensee, in Molln, in St. Johann im Pongau und in Kramsach in Tirol. Als Nebenbetriebe werden die Sägewerke in Gußwerk und in Amstetten geführt.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1994	1 190,4	779,9	1 970,3	2 079,0
1995	1 215,8	686,3	1 902,1	2 082,3
1995 vorl. Erf..	1 174,4	709,2	1 883,7	2 104,7
1996	1 171,4	649,0	1 820,4	2 197,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Für 1996 wird mit höheren Einnahmen aus Rohholzverkäufen gerechnet.

Personalausgaben

In den Personalausgaben sind die Ausgaben für die Bezüge der aktiven Arbeiter und Angestellten, der Provisions- und Pensionsparteien sowie jene für die gesetzlichen Dienstgeberbeiträge vorgesehen.

Anlagen

Bei den Anlagen sind 169,9 Millionen Schilling veranschlagt, und zwar für Liegenschaften nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen 84,9 Millionen Schilling, für Forstaufschließungen 4,0 Millionen Schilling, für Maschinen und Werkzeuge 31,8 Millionen Schilling, für Hochbauten 9,1 Millionen Schilling, für die Erneuerung des Fahrparks 25,3 Millionen Schilling und für sonstige wertvermehrende Vorhaben 14,8 Millionen Schilling.

Die ständige Kostenprogression zwingt auch weiterhin zu besonderen Rationalisierungsmaßnahmen im Betriebsablauf zur Steigerung der Produktivität. Dem Ansteigen der Personalkosten wird auch hinkünftig nur durch Maschineneinsatz unter Verwendung der technologisch zweckmäßigsten Geräte im Rahmen der natürlichen Gegebenheiten sowohl bei der Kultur als auch bei der Holzernte sowie durch Verwaltungskonzentration und -automation zu begegnen sein.

Der Neubau von Forststraßen nimmt weiter ab, da die geplante Forstaufschließungsdichte in vielen Gebieten bereits erreicht wurde bzw. in naher Zukunft erreicht werden wird.

Kapitel 77

281

Förderungen

Zu den Förderungen zählen die Bezugs-, Lohn- und Pensionsvorschüsse, Beiträge für Forschungsaufgaben, kulturelle bzw. wissenschaftliche Zwecke und die Darlehen für Siedlungsbauten.

Aufwendungen

Bei den Aufwendungen sind veranschlagt: Die „Gesetzlichen Verpflichtungen“, und zwar die Grundsteuer, sonstige Abgaben und Beiträge auf der Basis der Grundsteuermeßbeträge, Gebühren, Kommunalsteuer, Pflegegelder und andere öffentliche Abgaben. Bei den „Aufwendungen“ sind neben den für die ordnungsgemäße Führung des Gesamtbetriebes erforderlichen Ausgaben auch die Verwaltungserfordernisse, Reisekosten, Aufwandsentschädigungen und Mittel für die Schutzwaldsanie­rung erfaßt.

Holzeinschlag

Der vorgesehene Einschlag 1996 beträgt rund 2 110 000 fm. Hievon werden rund 200 000 fm als Servitutsholz abgegeben werden müssen, sodaß rund 1 910 000 fm frei verfügbar bleiben.

Der tatsächliche Einschlag im Jahre 1995 betrug 2 046 000 fm, hievon in der Endnutzung 1 552 000 fm und in der Vornutzung 494 000 fm.

Vom freien Einschlag mit rund 1 910 000 fm sollen im Jahre 1996 rund 1 320 000 fm in Regie genutzt werden. Für Eigenbedarf sind hievon 12 000 fm vorgesehen. Für Abgaben am Stock sind 475 000 fm geplant; hievon entfallen auf den Eigenbedarf (Deputathölzer für Arbeiter) 17 000 fm und auf den Verkauf 458 000 fm. Diese Schlägerungen werden hauptsächlich in Waldorten zugewiesen, wo besonders ungünstige Verhältnisse eine Nutzung in Regie als nicht rentabel ausschließen.

Bei den Sägewerken ist ein Einschnitt von rund 130 000 fm Rundholz vorgesehen.

Einnahmen

Die Betriebseinnahmen ergeben sich überwiegend

- aus der Verwertung von Roh- und Schnittholz,
- weiters aus Erträgen der Land- und Almwirtschaft durch Verpachtung von Grundstücken,
- aus der Jagd und Fischerei durch Verpachtungen, Abschußvergaben, Verkauf von Wildbret und ähnlichem,
- bei den anderen Nebenwirtschaften aus der Verwertung von Sand- und Schottergruben sowie aus den Verpachtungen und Vermietungen verschiedener Objekte.

Einforstungsrechte

Außer den normalen Betriebsaufwendungen haben die Bundesforste noch Leistungen im Rahmen der Einforstungsrechte zu erbringen, die sich auf den Gebarungserfolg auswirken. Der Wert dieser Leistungen im Jahre 1995 stellt sich wie folgt dar:

Nutz- (133 415 fm) und Brennholz (45 027 fm) sowie Elementarholz und Ablösen (2 579 fm) im Wert von insgesamt rund 86 Millionen Schilling, Streu (1 808 rm) und Weide (31 700 Rindergräser) im Wert von zusammen 24 Millionen Schilling.

Der Gesamtwert der Leistungen hat 1995 rund 110 Millionen Schilling betragen. Die Bewertung erfolgt auf der Basis ortsüblicher Preise.

Außerdem haben die Österreichischen Bundesforste Pensionslasten von rund 25 Millionen Schilling zu tragen, die noch aus der Zeit vor der Schaffung des eigenen Wirtschaftskörpers datieren.

Festzustellen ist auch, daß bei der Waldbewirtschaftung in erhöhtem Ausmaß auf das Landschaftsbild und die Sozialfunktionen des Waldes Bedacht zu nehmen ist, was nicht immer ohne Mehraufwendungen oder Einnahmehausfälle möglich ist.

Für 1996 erwartet man einen Überschuß von 376,6 Millionen Schilling.

282

Kapitel 77**Konjunkturausgleich — Voranschlag**

	Millionen Schilling
Stabilisierungsquote	7,600
Konjunkturbelebungsquote	7,600

Der Einsatz zusätzlicher Mittel ist für den Ankauf von Kraftfahrzeugen, Maschinen und Werkzeugen sowie von Material für den Straßen- und Hochbau vorgesehen.

Kapitel 78 Post- und Telegraphenverwaltung

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt L, unter besonderer Berücksichtigung der Stellung der Post- und Telegraphenverwaltung im Bundeshaushalt gemäß Bundeshaushaltsgesetz, BGBl. Nr. 213/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 853/1995.

Gesetzliche Grundlagen

Die gesetzlichen Grundlagen für die Tätigkeit der Post- und Telegraphenverwaltung bilden:

1. Auf dem Inlandspostsektor:

Das Postgesetz, BGBl. Nr. 58/1957, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 906/1993.

Auf Grund dieses Gesetzes wurde die Postordnung, BGBl. Nr. 110/1957, zuletzt geändert durch die Verordnung BGBl. Nr. 96/1994, erlassen.

Die Schnellpostdienste-Verordnung, BGBl. Nr. 121/1986, und die Kundmachung des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr vom 25. September 1989 über die Neufestsetzung der Gebühren für Schnellpostdienste, PuTVBl. Nr. 42/1989, zuletzt geändert durch die Kundmachung vom 12. Dezember 1991, PuTVBl. Nr. 44/1991.

2. Auf dem Auslandspostsektor:

Die Urkunden des Weltpostvereins (Seoul 1994); die auf Grund der Ermächtigung des Hauptausschusses des Nationalrates vom 16. Feber 1950¹⁾ erlassene Verordnung des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr vom 23. September 1987 über die Neufestsetzung der Auslandspostgebühren mit Wirksamkeit vom 1. Feber 1986, BGBl. Nr. 455/1987, zuletzt geändert durch Verordnung, BGBl. Nr. 856/1994;

die Schnellpostdienste-Verordnung, BGBl. Nr. 121/1986, und die Kundmachung des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr vom 25. September 1989 über die Neufestsetzung der Gebühren für Schnellpostdienste, PuTVBl. Nr. 42/1989, zuletzt geändert durch die Kundmachung vom 12. Dezember 1991, PuTVBl. Nr. 44/1991.

3. Auf dem Inlandsfernmeldesektor:

Das Fernmeldegesetz 1993, BGBl. Nr. 908/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 821/1995:

Die Fernsprechordnung, BGBl. Nr. 276/1966; die Telegraphenordnung, BGBl. Nr. 83/1964, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 617/1977; die Bildübertragungsordnung, BGBl. Nr. 247/1964; die Verordnung über die Benützung der für den öffentlichen Verkehr bestimmten Fernschreibanlagen und über die Bewilligung zur Errichtung und zum Betrieb von privaten Fernschreibanlagen, BGBl. Nr. 216/1955, zuletzt geändert durch die Verordnung BGBl. Nr. 111/1965 sind als Geschäftsbedingungen sinngemäß anzuwenden; die Verordnung über die Errichtung und den Betrieb von Rundfunk- und Fernseh Rundfunk-Empfangsanlagen, BGBl. Nr. 333/1965, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 504/1995;

das Fernmeldegebührengesetz, BGBl. Nr. 170/1970, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 637/1994; das Telegraphenwegegesetz, BGBl. Nr. 435/1929, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 20/1970.

4. Auf dem Auslandsfernmeldesektor:

Die Konstitution und die Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf, 1992), die Vollzugsordnung für internationale Fernmeldedienste; die mit Verordnung des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten vom 9. Oktober 1977, BGBl. Nr. 527/1977, dem Bundesministerium für Verkehr erteilten Ermächtigungen;

¹⁾ § 4 des Gesetzes vom 13. April 1920, StGBI. Nr. 180, sieht vor, daß der Hauptausschuß des Nationalrates dem zuständigen Bundesminister die Ermächtigung erteilen kann, unter anderem Anordnungen über die Neufestsetzung der Gebühren für die Beförderung von Postsendungen innerhalb eines bestimmten Rahmens oder unter besonderen Voraussetzungen allein zu treffen und unter Berufung auf eine solche vorherige Ermächtigung kundzumachen. Jede derart erfolgte Neuregelung ist dem Hauptausschuß des Nationalrates unverzüglich zur Kenntnis zu bringen.

das Übereinkommen und das Betriebsübereinkommen über die Internationale Fernmeldesatellitenorganisation „INTELSAT“ samt Anlage(n), beide im BGBl. Nr. 343/1973, sowie das Übereinkommen und die Betriebsvereinbarung über die Europäische Fernmeldesatellitenorganisation „EUTELSAT“ samt Anlagen, beide im BGBl. Nr. 350/1985.

5. Bei der Beförderung von Personen mit Kraftfahrzeugen auf Straßen (Omnibusdienst):

Für den Kraftfahrlinienverkehr das Kraftfahrlineiengesetz, BGBl. Nr. 84/1952, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 128/1993, sowie die auf Grund dieses Gesetzes kundgemachte 1. Durchführungsvorordnung, BGBl. Nr. 206/1954, in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 904/1994, und

für den Gelegenheitsverkehr das Gelegenheitsverkehrs-Gesetz, BGBl. Nr. 85/1952, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 129/1993, sowie die Betriebsordnung für den nichtlinienmäßigen Personenverkehr, BGBl. Nr. 951/1993, in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 1028/1994.

Aufgaben

Der Post- und Telegraphenverwaltung obliegen postbehördliche und gebührenrechtliche Angelegenheiten des Inlandsdienstes sowie die vollzugsdienstlichen Angelegenheiten des Postverkehrs, wie die Annahme, Weiterleitung und Abgabe von Briefsendungen und Paketen, die Übermittlung und Einziehung von Geldbeträgen, die Einzahlung und Auszahlung im Spar- und Scheckverkehr der Österreichischen Postsparkasse sowie sonstige Leistungen im Sinne des § 14 des Postgesetzes; die Vollziehung der Urkunden des Weltpostvereines; die Abrechnung über den gesamten Auslandspostverkehr einschließlich der Flugpost; der Abschluß und die Vollziehung der Sonderübereinkommen mit fremden Postverwaltungen; die Festsetzung der Auslandspostgebühren; die Verbindung mit dem Internationalen Büro des Weltpostvereines in Bern; das Postkurswesen und die Postverbindungen mit dem Ausland einschließlich des Flugpostverkehrs; die Anwendung der Zollvorschriften im Auslandspostdienst; die Aufsicht über Rundfunk- und Fernseh Rundfunk-Empfangsanlagen; die Regelung des Dienstes und Betriebes der dem öffentlichen Verkehr dienenden Fernmeldeanlagen; die Bereitstellung und der Betrieb des öffentlichen Fernmeldenetzes; die Geltendmachung des Leitungsrechtes für Fernmeldeanlagen; die Beförderung von Personen und Sachen im Rahmen des Postautoverkehrs.

Gemäß Art. 7 der EG-Richtlinie 90/388/EWG über den Wettbewerb auf dem Markt für Telekommunikationsdienste hat die Erteilung der Betriebsgenehmigungen, die Überwachung der Zulassungen und der verbindlichen Spezifikationen, die Zuteilung der Frequenzen und die Überwachung der Nutzungsbedingungen von einer von den Fernmeldeorganisationen unabhängigen Einrichtung durchgeführt zu werden. Entsprechend dieser Auflage der EG-Kommission war es erforderlich, die o. a. hoheitsrechtlichen fernmeldebehördlichen Tätigkeiten aus dem Bereich der PTV auszugliedern und die mit diesen Agenden betraute neugeschaffene Stelle per 1. Jänner 1993 in der Sektion IV des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr, Kapitel 65, einzurichten. Die gesetzmäßige Durchführung dieser Ausgliederung bzw. Überstellung erfolgte durch eine Änderung des Bundesministeriengesetzes 1986 — BMG, BGBl. Nr. 76/1986, und zwar durch BGBl. Nr. 25/1993.

Weiters obliegt der Post- und Telegraphenverwaltung die Wahrnehmung der aus den Eigentumsrechten des Bundes an der Radio-Austria AG, der Österreichischen Fernmeldetechnischen Entwicklungs- und Förderungsgesellschaft m. b. H. und der Post- und Telekom Austria Beteiligungsgesellschaft erfließenden Rechte und Befugnisse.

Organisation

Die oberste Leitung obliegt der Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung, die als Sektion III dem Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr eingegliedert ist.

Der Generaldirektion nachgeordnet sind die Post- und Telegraphendirektionen mit dem Sitz in Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Linz (mit dem Post- und Telegrapheninspektorat in Salzburg) und Wien.

Den Post- und Telegraphendirektionen nachgeordnet sind die Dienststellen des ausübenden Dienstes, und zwar 2 340 Postämter, 310 Poststellen, 13 Fernmeldebauämter, 6 Fernmeldebetriebsämter, 5 Rundfunkämter und 6 Postautoleitungen (Stand 1. Juni 1995).

Im Bereich der Post- und Telegraphendirektion Wien bestehen ferner als selbständige Dienststellen das Fernsprechbetriebsamt, das Fernamt Wien, die Telegraphenzentralstation, das Fernmeldegebührenamt und die Lehrwerkstätte (vormals Fernmeldemonteurschule).

Für das gesamte Bundesgebiet zuständig und daher der Generaldirektion unmittelbar nachgeordnet sind das Fernmeldetechnische Zentralamt, die Fernmeldezentralbauleitung, die Fernmelde-

Kapitel 78

285

zeugverwaltung, die Postzeugverwaltung und das Rechenzentrum der Post- und Telegraphenverwaltung.

Verkehrsentwicklung**Post- und Fernmeldedienst**

	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994
	Anzahl in Tausend							
a) Postsendungen (Inland und Ausland ¹⁾).....	3 156 005	3 302 985	3 485 984	3 508 518	3 503 838	3 372 885	3 573 319	3 792 458
b) Ein- und Auszahlungen im Spar- und Scheckverkehr ¹⁾).....	102 542	103 530	103 896	101 569	96 810	92 883	87 982	81 945
c) Telegraph:								
Inland:								
Telegramme	1 279	1 270	1 251	1 248	1 213	1 169	1 145	1 132
Wörter	29 075	29 332	28 489	28 457	28 160	26 628	26 474	25 964
Ausland:								
Telegramme	458	449	440	442	391	327	264	116
Wörter	12 466	12 058	11 400	11 432	9 904	8 163	6 471	2 847
d) Fernschreiber:								
Selbstwählverkehr, Inland und Ausland (Gebühreneinheiten S 1,—).....	330 001	305 232	227 250	171 672	125 623	94 044	64 787	48 300
e) Fernsprecher:								
Inland:								
Handvermittelter Verkehr								
— Gespräche.....	16	19	17	18	27	32	36	41
Minuten.....	370	403	290	270	311	349	320	299
Selbstwählverkehr —								
Gebührenstunden ²⁾	470 120	443 271	456 267	481 452	529 439	571 350	637 117	666 374
Ausland:								
Minuten.....	773 642	856 674	989 728	1 132 647	1 278 772	1 407 705	1 536 360	1 594 669

Postautodienst

Der Postautodienst dient der Personen- und Sachbeförderung überwiegend im Überlandverkehr; die Fahrzeuge des Post- und Fernmeldedienstes werden für die Postbeförderung zwischen den Postdienststellen, für den Einsammel- und Zustelldienst von Postsendungen sowie den Materialtransport für den Bau- und Erhaltungsdienst verwendet.

Derzeit werden im Inland 672 Kraftfahrlinien, davon 18 Saisonlinien, betrieben. Mit den 28 zwischenstaatlichen Linien (15 nach Deutschland, 4 nach Italien, 4 nach Ungarn, 2 nach der Schweiz und 3 nach Tschechien) beträgt die Gesamtzahl der Linien 703. Die einfache Streckenlänge dieser Linien beträgt rund 30 400 Kilometer.

Im Jahre 1994 wurden im Liniendienst (Inland und Ausland) bei einer Leistung von rund 78,9 Millionen Kilometern 136,5 Millionen Personen befördert. Die Gesamtfahrleistung aller Omnibusse unter Einbeziehung der Fahrten im Gelegenheitsverkehr und der Regieleistungen betrug 82,8 Millionen Kilometer. Von den Fahrgästen entfielen allein auf die Schüler mit einer 50%igen Fahrpreismäßigung 66,5%.

Für den Post- und Fernmeldedienst wurden Leistungen von rund 120,0 Millionen Kilometern erbracht. Darüber hinaus wurden noch mit den Mopeds 8,9 Millionen Kilometer gefahren. Die Gesamtfahrleistung im Postautodienst betrug demnach 211,7 Millionen Kilometer.

Gesamtgebarung

	Personal-	Sach-	Summe	Ein-
	ausgaben	ausgaben	Summe	nahmen
	Millionen Schilling			
1994	32 169,5	19 336,7	51 506,2	61 286,7
1995	32 647,9	20 963,6	53 611,5	64 107,8
1995 vorl. Erf. ..	32 476,1	20 911,8	53 387,8	63 112,7
1996	10 818,2	10 139,5	20 957,7	22 357,7

¹⁾ Stückzahl.

²⁾ Ortsverkehr und Inlandsfernverkehr sowie Fernverkehr nach den in den Selbstwählverkehr einbezogenen Ländern.

286

Kapitel 78**Unterschiede gegen Vorjahre**

Infolge Ausgliederung der Post- und Telegraphenverwaltung beinhaltet der Voranschlag 1996 die voraussichtlichen Ausgaben und Einnahmen für die Monate Jänner bis April 1996.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1995 ergibt sich angesichts der weiteren Bemühungen der Bundesregierung in Richtung der Konsolidierung des Bundeshaushaltes vornehmlich durch ausgabenseitige Einschränkungen sowie durch verstärkte Unternehmenszielsetzungen, die Post- und Telegraphenverwaltung zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen auszubauen, folgendes Bild:

Ausgaben**Personalausgaben**

Eine Steigerung der Personalausgaben konnte durch Überstundenreduktionen und Personaleinsparungen sowie durch moderate Bezugserhöhungen verhindert werden.

Sachausgaben

Die Sachausgaben weisen in ihrer Gesamtsumme, auf das ganze Jahr gerechnet, gegenüber dem Bundesvoranschlag 1995 zwar eine Erhöhung auf, die jedoch überwiegend die Ausgaben für Anlagen nach Maßgabe zweckgebundener Fernsprechgebühren betrifft. Bei dem auch weiterhin erwarteten günstigen Verlauf der Verkehrsentwicklung, der sich in entsprechend hohen Betriebseinnahmen niederschlägt, waren aber auch die Voranschlagsbeträge für die auf Grund der zu erbringenden Betriebsleistungen zwangsläufig anfallenden Aufwendungen anzuheben, um einen geordneten Ablauf der Betriebsleistungen und damit das Einnahmenaufkommen sicherzustellen.

Einnahmen

Bei der Festsetzung der Betriebseinnahmen wurde die bisherige günstige Verkehrsentwicklung berücksichtigt.

Höhere Einnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag 1995, auf das ganze Jahr gerechnet, werden bei den Gebührenansätzen (Postgebühren, Telegraphengebühren, Gebühren für Datenübertragungsdienste, Fernsprechgebühren) erwartet.

Auch im Omnibusverkehr ist mit einer Steigerung der Erträge zu rechnen.

Höhere Einnahmen sind auch bei der Vergütung der Österreichischen Postsparkasse zu erwarten.

Verwendung der Sachausgaben**Fernmeldeanlagen**

Voranschlag 1996	vorl. Erf. 1995	Erfolg 1994	Unterschied gegenüber	Erfolg 1994
			vorl. Erf. 1995	
Millionen Schilling				
0,3	0,9	0,9	-0,6	-0,6

Die Ausgaben sind für die Abdeckung laufender finanzieller Verpflichtungen für aktivierungsfähige Rechte im Bereich des Fernmeldedienstes veranschlagt.

Sonstige Anlagen der PTV nach Maßgabe zweckgebundener Fernsprechgebühren

Voranschlag 1996	vorl. Erf. 1995	Erfolg 1994	Unterschied gegenüber	Erfolg 1994
			vorl. Erf. 1995	
Millionen Schilling				
178,6	168,4	208,6	+10,2	-30,0

Seit dem Bundesvoranschlag 1991 beruht die Festlegung der Ausgabenbeträge bei diesem VA-Ansatz auf dem Fernmeldeinvestitionsgesetz, BGBl. Nr. 312/1971, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 734/1995 (FMIG-Novelle 1995).

Postautodienst

Zur Erhaltung und Verbesserung des Fahrzeugparks ist auch für das Jahr 1996 die Beschaffung neuer Fahrzeuge vorgesehen. Dadurch soll, den Betriebserfordernissen Rechnung tragend, das Ausschneiden alter und unwirtschaftlicher Fahrzeuge ermöglicht werden.

Kapitel 78

287

Die Anzahl der zu beschaffenden Omnibusse und Regiefahrzeuge für den Postdienst richtet sich nach den im Fahrzeugplan für 1996 vorgesehenen Höchstständen.

Durch die Beschaffung moderner Werkstatt- und Garagenausrüstungen, wie zB Waschanlagen und Prüfstände, soll neben der Erleichterung der Arbeitsbedingungen auch ein Rationalisierungseffekt erzielt werden. Ferner wird mit der Erneuerung von Tankanlagen das Grundwasser geschützt und damit ein Beitrag für den Umweltschutz geleistet.

Maschinen, Betriebsmittel und nichtmotorisierte Fahrzeuge

Mit den vorgesehenen Beträgen wird die Ausstattung der großen Umleitepostämter mit postbetriebstechnischen Anlagen fortgeführt.

Die für Maschinen für den Büro- und Betriebsdienst sowie für Betriebsmittel vorgesehenen Beträge sind größtenteils für Ersatzanschaffungen bestimmt.

Kapitalbeteiligungen

Voranschlag 1996	vorl. Erf. 1995	Erfolg 1994	Unterschied gegenüber	Erfolg 1994
			vorl. Erf. 1995	
		Millionen Schilling		
0,0	0,2	1,0	-0,2	-1,0

Bei diesem VA-Ansatz gelangen nach Maßgabe der Beschlüsse der Gesellschaftsorgane der Radio-Austria AG, der Österreichischen Fernmeldetechnischen Entwicklungs- und Förderungsgesellschaft m. b. H. und der Post- und Telekom Austria Beteiligungsgesellschaft allfällige Kapitaleinzahlungen des Bundes zur Verrechnung. Nach derzeitigem Stand sind im Jahre 1996 Kapitaleinzahlungen an die vorgenannten Unternehmungen nicht vorgesehen.

Förderungen (D)

Voranschlag 1996	vorl. Erf. 1995	Erfolg 1994	Unterschied gegenüber	Erfolg 1994
			vorl. Erf. 1995	
		Millionen Schilling		
17,3	51,6	63,5	-34,3	-46,2

Bezugs- und Pensionsvorschüsse

Die veranschlagten Beträge sind für die Auszahlung dringlicher Bezugs- und Pensionsvorschüsse vorgesehen.

Anlagen nach Maßgabe von Liegenschaftsverkäufen

Voranschlag 1996	vorl. Erf. 1995	Erfolg 1994	Unterschied gegenüber	Erfolg 1994
			vorl. Erf. 1995	
		Millionen Schilling		
3,9	3,1	18,8	+0,8	-14,9

Nach Maßgabe von Liegenschaftsverkäufen sollen die zur Verfügung stehenden Beträge vornehmlich für den Neubau und Umbau von Postämtern, Wählämtern und Postautostellen sowie für die entsprechenden Liegenschaftskäufe eingesetzt werden.

Förderungen

Voranschlag 1996	vorl. Erf. 1995	Erfolg 1994	Unterschied gegenüber	Erfolg 1994
			vorl. Erf. 1995	
		Millionen Schilling		
3,0	9,1	9,8	-6,1	-6,8

288

Kapitel 78

Die der Freizeitgestaltung und der Erhaltung des physischen und psychischen Wohlbefindens der Post- und Telegraphenbediensteten dienenden Postsport- und Postmusikvereine sowie die kulturellen bzw. künstlerischen Aktivitäten der Post- und Telegraphenbediensteten werden finanziell unterstützt; außerdem werden Teile des Betriebsaufwandes von Postsportvereinen abgegolten. Des Weiteren ist ein Förderungsbeitrag für die Stiftung „Genesungsheim Kalksburg“ vorgesehen.

Die für das „Sozialwerk der Post- und Fernmeldebediensteten“ vorgesehenen Mittel sind für die Betreuung der Bediensteten der Post- und Telegraphenverwaltung, ihrer ehemaligen Bediensteten und deren Angehörigen sowie Hinterbliebenen durch soziale Maßnahmen, insbesondere durch die Führung der Ferienhäuser des Sozialwerkes, bestimmt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Voranschlag 1996	vorl. Erf. 1995	Erfolg 1994	vorl. Erf. 1995	Unterschied gegenüber	Erfolg 1994
Millionen Schilling					
428,4	1 268,7	1 041,6	-840,3		-613,2

Bei diesem VA-Ansatz sind die Erfordernisse für die Weitergabe von Gebührenanteilen bzw. von Einnahmen aus dem Post-, Fernmelde- und Omnibusdienst, die öffentlichen Abgaben (einschließlich der Nachzahlungen an Lohnsteuer und Dienstgeberbeiträgen nach dem Familienlastenausgleichsgesetz 1967 idGF), die Verschleißeranteile, die Beiträge an internationale Institutionen und die Zahlungen aufgrund des Pflegegeldgesetzes veranschlagt.

Aufwendungen

Voranschlag 1996	vorl. Erf. 1995	Erfolg 1994	vorl. Erf. 1995	Unterschied gegenüber	Erfolg 1994
Millionen Schilling					
2 483,1	6 981,5	6 676,3	-4 498,4		-4 193,2

Allgemeine Betriebsausgaben

Die veranschlagten Beträge werden insbesondere für die Postbeförderung durch die Österreichischen Bundesbahnen für Beleuchtung und Beheizung, für die Reinigung von Dienststellen und öffentlichen Fernsprechkabellen, für die Bewachung von Geldtransporten, für die Herstellung von Briefmarken, Druckwerken und Drucksorten, für die Anmietung sowie den laufenden Aufwand der ADV-Anlagen einschließlich der berufsbegleitenden Fortbildung von Bediensteten auf dem Gebiete der elektronischen Datenverarbeitung im In- und Ausland und ferner für die Beschaffung und Instandhaltung der Betriebsmittel, der Dienstkleider und der persönlichen Schutzausrüstungen verwendet. Größere Beträge sind auch für Reisegebühren — wobei darauf überwiegend Gebühren für Dienstzuteilungen entfallen — und für Aufwandsentschädigungen vorgesehen. Die Ausgaben an Provisionen für die Werbung im Rahmen der Postreklame und die Aufwendungen für die Stromkreisanmietungen und anteiligen Betriebskosten an den internationalen Seekabelanlagen sowie für die Benützung zwischenstaatlicher kommerzieller Nachrichten-Satellitensysteme und die Gebühren für den im Wege der Österreichischen Postsparkasse abgewickelten Zahlungsverkehr werden ebenfalls zu Lasten dieses VA-Ansatzes bestritten.

Postautodienst

Die zur Verfügung stehenden Ausgabenbeträge sind für die Instandhaltung der Fahrzeuge, für die Ersatzteilbeschaffung, für die Beschaffung von Treib- und Schmierstoffen und für die Bereifung sowie für die Deckung des Aufwandes für die Verkehrsabwicklung und den sonstigen Betriebsaufwand bestimmt. Außerdem ergeben sich Aufwendungen für Fahrzeugmieten und für die Haftpflichtversicherung im Kraftfahrdienst.

Fernmeldeanlagen der Übertragungs-, Satelliten- und Mobilkommunikationstechnik

Mit den zur Verfügung stehenden Beträgen ist die Beschaffung jener Materialien, elektrischer Bauelemente und Ersatzteile vorgesehen, welche zur Aufrechterhaltung des betriebssicheren Zustandes sämtlicher Übertragungs-, Richtfunk- und Stromversorgungsanlagen sowie der Anlagen

Kapitel 78

289

der Fernmeldesatelliten- und Mobilkommunikationstechnik benötigt werden. Ferner werden mit den veranschlagten Beträgen die Ausgaben für die Instandhaltungsarbeiten, für die Wartung sowie für die Reparatur von Übertragungs-, Satelliten- und Mobilkommunikationseinrichtungen bestritten.

Fernmeldeanlagen der Vermittlungstechnik

Bei den Anlagen der Fernsprechvermittlungstechnik sollen mit den vorgesehenen Beträgen jene Anschaffungen und Reparaturen durchgeführt werden, die für den Betrieb und die Instandhaltung der Fernsprechanlagen erforderlich sind.

Fernmeldeanlagen der Linientechnik

Mit den veranschlagten Beträgen werden Kabel, blanke und isolierte Drähte, Leitungsmaste und Fernmeldebauezeug zur Erhaltung des gesamten Fernmeldeleitungsnetzes und der Teilnehmerstellen beschafft sowie Instandhaltungs- und Wartungsleistungen durch postfremde Personen und Unternehmen finanziert.

Fernmeldeanlagen der Text- und Datentechnik

Mit den vorgesehenen Mitteln sind jene Anschaffungen und Instandhaltungen zu bestreiten, die zum Betrieb des Fernschreib- und Datennetzes sowie der Einrichtungen für die Dienste „PAN“ und „MAN“ erforderlich sind.

Hochbauwesen

Die vorgesehenen Beträge dienen der Erhaltung des umfangreichen Gebäudebestandes der Post- und Telegraphenverwaltung sowie der Anmietung von Gebäuden und Räumen.

Überweisung von Zuschlagserlösen nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen

Voranschlag 1996	vorl. Erf. 1995	Erfolg 1994	Unterschied gegenüber	Erfolg 1994
			vorl. Erf. 1995	
		Millionen Schilling		
2,2	3,1	3,2	-0,9	-1,0

Vom vorgesehenen Betrag werden auf Grund des Bundesgesetzes betreffend die Förderung der III. Weltwinterspiele für Körperbehinderte 1984, BGBl. Nr. 161/1983, und auf Grund des Bundesgesetzes betreffend die Förderung der IV. Weltwinterspiele für Körperbehinderte 1988 in Innsbruck (Paralympics), BGBl. Nr. 164/1987, den hierfür in Betracht kommenden Organisationskomitees Restzahlungen zur Verfügung gestellt werden.

Weiters ist die Förderung des Verbandes österreichischer Philatelistenvereine mit ca. 2,2 Millionen Schilling in Aussicht genommen.

Anlagen nach Maßgabe zweckgebundener Fernsprechgebühren

Voranschlag 1996	vorl. Erf. 1995	Erfolg 1994	Unterschied gegenüber	Erfolg 1994
			vorl. Erf. 1995	
		Millionen Schilling		
7 020,6	12 423,2	11 310,5	-5 402,6	-4 289,9

Die auf Grund der FMIG-Novelle 1995, BGBl. Nr. 734/1995, zur Verfügung stehenden Mittel sowie die zusätzlich im Wege einer Zwischenfinanzierung aufzubringenden Beträge dienen der Durchführung von Fernmeldeinvestitionsvorhaben, insbesondere der Herstellung von neuen Fernsprechhauptanschlüssen, dem forcierten Ausbau der neuen wartungsarmen, vollelektronischen, digitalen Fernsprechvermittlungssysteme sowie dem weiteren nachfragekonformen Ausbau zukunftsweisender neuer Dienste, der Errichtung der dafür erforderlichen Hochbauvorhaben sowie der Durchführung von Hochbauvorhaben für den Post- und Postautodienst.

290

Kapitel 78**Fernmeldeanlagen der Übertragungs-, Satelliten- und Mobilkommunikationstechnik**

Unter anderem sind im Voranschlag 1996 für Bestellungen rund 373,3 Millionen Schilling vorgesehen. Mit diesem Betrag werden die Ausgaben für die Errichtung von Übertragungs-, Richtfunk-, Mobilkommunikations- und Stromversorgungsanlagen sowie für Einrichtungen für Fernmeldesatellitenverbindungen und für den Erwerb von Stromkreisen in interkontinentalen Übertragungswegen gedeckt.

Fernmeldeanlagen der Vermittlungstechnik

Für Bestellaufträge der Fernsprechvermittlungstechnik (Teilnehmer- und Vorfeldeinrichtungen sowie technische Einrichtungen für den Orts- und Fernverkehr) sind 1 467,9 Millionen Schilling vorgesehen.

Fernmeldeanlagen der Linientechnik

Mit dem im Voranschlag 1996 vorgesehenen Betrag von 1 278,3 Millionen Schilling werden Kosten für den Leitungsnetzausbau, für Teilnehmeranschlußherstellungen, für die dem technischen Bedarf entsprechende Verlegung der Leitungen und für die Beschaffung des hierfür erforderlichen Fernmeldebauezeuges abgedeckt.

Außerdem sind Beschaffungen von Werkzeugen, Geräten und Maschinen des Fernmeldedienstes in Höhe von 67,6 Millionen Schilling laut Voranschlag vorgesehen.

Fernmeldeanlagen der Text- und Datentechnik

Für den Text- und Datendienst sind im Jahre 1996 88,0 Millionen Schilling bestimmt. Damit werden vermittlungs- und übertragungstechnische Einrichtungen für den weiteren Ausbau des Datennetzes sowie Einrichtungen für die Dienste „PAN“ und „MAN“ beschafft.

Hochbauwesen

Für Bestellungen und Liegenschaftskäufe des Hochbausektors (Fernsprechhochbau, allgemeiner Fernmeldehochbau, kombinierter Post- und Fernmeldehochbau sowie Post- und Postautohochbau) sind 479,6 Millionen Schilling bestimmt. Dieser Betrag ist hauptsächlich für die Errichtung von Neubauten, Erweiterungsbauten und Umbauten zur Unterbringung der vermittlungstechnischen Einrichtungen von Richtfunkstationen, Fernmeldebauämtern, Fernmeldezeugabteilungen, Bautruppkünten, kombinierten Post- und Wählämtern, Postämtern und Postautostellen sowie deren Einrichtung vorgesehen.

Sonstige Ausgaben

Für die Verzinsung der Zwischenfinanzierungen nach dem Fernmeldeinvestitionsgesetz sind rund 2 614,4 Millionen Schilling und für die Tilgung 500,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Ferner sind für den Ankauf von ADV-Anlagen und ADV-Software für Zwecke des Fernmeldedienstes 127,7 Millionen Schilling und für die Beschaffung von Kraftfahrzeugen für den Fernmeldedienst 24,0 Millionen Schilling veranschlagt. Die Zahl der zu beschaffenden Fahrzeuge für den Fernmeldedienst orientiert sich an den im Fahrzeugplan für 1996 festgelegten Höchstständen.

Hilfsfonds der Post- und Fernmeldebediensteten (zweckgebundene Gebarung)

Der Hilfsfonds der Post- und Fernmeldebediensteten ist durch Statut vom 13. Dezember 1947 eingerichtet worden. Dem Fonds fließen Anteile von Sonderpostmarken-Zuschlägen¹⁾, diverse Verwertungserlöse, Geldzuwendungen aus Schenkungen, Erbschaften und Darlehensrückzahlungen zu.

Förderungen (D)

Voranschlag 1996	vorl. Erf. 1995	Erfolg 1994	Unterschied gegenüber	Erfolg 1994
Millionen Schilling				
0,9	0,7	0,9	+0,2	0,0

Für das Jahr 1996 sind freiwillige Förderungen in Form von zinsenlosen Darlehen in Höhe von 0,9 Millionen Schilling vorgesehen.

Kapitel 78

291

Aufwendungen

Voranschlag 1996	vorl. Erf. 1995	Erfolg 1994	vorl. Erf. 1995	Unterschied gegenüber	Erfolg 1994
		Millionen Schilling			
0,9	1,3	1,5	-0,4		-0,6

Für die Gewährung von Unterstützungen sind im Jahre 1996 0,9 Millionen Schilling vorgesehen.

¹⁾ Bei Sonderpostmarken mit Zuschlag fließen aus dem Zuschlagserlös nach Abzug der Herstellungskosten 20% dem Hilfsfonds der Post- und Fernmeldebediensteten zu (§ 20 a Postgesetz, BGBl. Nr. 646/1975).

Hauptüberblick 1996 — Inlandswirksame Gebarung

293

B. Sonstiges**I. Hauptüberblick über den Bundesvoranschlag 1996****Inlandswirksame Gebarung**

Die nachfolgenden Übersichten geben Aufschluß über die Größenordnung einzelner Einnahmen- und Ausgabengruppen:

EINNAHMEN	Bundes- voranschlag 1996	Bundes- voranschlag 1995 Millionen Schilling	Erfolg 1994
1. Allgemeiner Haushalt:			
1.1 Öffentliche Abgaben:			
1.11 Kapitel 52 (netto):			
Einkommen- und Vermögensteuern ¹⁾	180 916	151 826	132 793
Übrige öffentliche Abgaben ²⁾	236 618	217 559	225 433
Sonstige Einnahmen ³⁾	60	190	176
Summe/Abgaben ...	<u>417 594</u>	<u>369 575</u>	<u>358 402</u>
Hievon ab:			
Beitrag zur Europäischen Union ⁴⁾	29 434	28 103
Summe 1.11 ...	<u>388 160</u>	<u>341 473</u>	<u>358 402</u>
1.12 Überweisungen (Abgabenanteile):			
an Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen bzw. Katastrophenfonds ⁵⁾	18 135	18 488	18 061
an Krankenanstalten-Zusammenarbeits- fonds ⁶⁾	1 353	1 213	1 191
Summe 1.12 ...	<u>19 488</u>	<u>19 701</u>	<u>19 252</u>
Summe 1.1 ...	<u>407 648</u>	<u>361 174</u>	<u>377 654</u>
1.2 Abgabenähnliche Einnahmen:			
Direkte Abgaben ⁷⁾	85 173	83 778	78 784
Indirekte Abgaben ⁸⁾	499	183	742
Summe 1.2 ...	<u>85 672</u>	<u>83 961</u>	<u>79 526</u>
1.3 Bundesbetriebe:			
Bundestheater	673	619	651
Alkohol (Monopol)	68	348	1 150
Österreichische Bundesforste	2 197	2 082	2 079
Post- und Telegraphenverwaltung	22 358	64 108	61 287
Summe 1.3 ...	<u>25 295</u>	<u>67 157</u>	<u>65 167</u>
1.4 Sonstige Einnahmen	137 438	138 255	104 281
Summe 1 ...	<u>656 054</u>	<u>650 547</u>	<u>626 629</u>
2. Ausgleichshaushalt	288 714	316 467	225 910
Insgesamt ...	<u>944 767</u>	<u>967 014</u>	<u>852 539</u>

Fußnoten siehe Seite 296.

294

Inlandswirksame Gebarung (Einnahmen)

	Bundes- voranschlag 1996	Bundes- voranschlag 1995 Millionen Schilling	Erfolg 1994
ab: 3. Im Inland nachfrageunwirksame Einnahmen des allgemeinen Haushaltes:			
3.1 Einnahmen aus dem Ausland:			
Veräußerungen von ausländischen Beteiligungen ⁹⁾	0	0
Veräußerungen von ausländischen Wertpapieren ¹⁰⁾
Rückzahlung von Darlehen aus dem Ausland ¹¹⁾	27	27	16
Einnahmen aus Vermögensverträgen ¹²⁾	5	5	9
Vertrag mit der BRD über Kriegsopferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter ¹³⁾	7	7	6
Sonstige laufende Einnahmen aus dem Ausland ¹⁴⁾	16 064	13 863	315
Kapitaltransferzahlungen aus dem Ausland ¹⁵⁾	1	1	2
Zinsen aus Forderungen ¹⁶⁾	10 727	9 730	7 423
Summe 3.1 ...	26 832	23 633	7 771
3.2 Überweisungen vom AMS ¹⁷⁾	939	0
3.3 Entnahmen aus bzw. Auflösung von Rücklagen:			
Haushaltsrücklagen ¹⁸⁾	6 150	17 182	14 088
Ersatz vom Reservefonds für Familienbeihilfen ¹⁹⁾	0	2 765	4 629
Überweisung vom Fonds der AMV ²⁰⁾	2 376
Summe 3.3 ...	6 150	19 946	21 093
3.4 Sonstige unwirksame Einnahmen:			
Kursgewinne ²¹⁾	58	1 501	1 009
Entnahme von Wertpapieren von Trägern des öffentlichen Rechtes (einschließlich Wertpapiere des Umlaufvermögens) ²²⁾ ..	2 600	2 600	1 798
Haftungsübernahmen des Bundes ²³⁾ ...	11 151	10 854	10 684
Überweisungen des ERP-Fonds ²⁴⁾	0	0
Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbermünzen ²⁵⁾	0	0	20
Überweisungen zwischen Kapiteln des Bundeshaushaltes auf Grund von Gesetzen ²⁶⁾	15 423	13 592	15 431
Summe 3.4 ...	29 232	28 547	28 942
ab: 4. Im Inland nachfrageunwirksame Einnahmen des Ausgleichshaushaltes:			
Aufnahme von Finanzschulden in inländischer Währung ²⁷⁾	175 169	194 516	128 192
Aufnahme von Finanzschulden in fremder Währung ²⁸⁾	25 178	30 994	44 870
Aufnahme von Schulden/Währungstauschverträge (SWAP) ²⁹⁾	13 367	15 957	21 713
Aufnahme von Schulden (ohne Finanzschulden) für den laufenden Aufwand ³⁰⁾	75 000	75 000	31 136
Summe 4 ...	288 714	316 467	225 910
Summe (Nachfrageunwirksame Einnahmen) ...	351 867	388 594	283 716
Verbleibende Einnahmen ...	592 900	578 421	568 823

Fußnoten siehe Seiten 296/297.

Inlandswirksame Gebarung (Ausgaben)

295

AUSGABEN	Bundes- voranschlag 1996	Bundes- voranschlag 1995 Millionen Schilling	Erfolg 1994
1. Allgemeiner Haushalt:			
1.1 Gruppe 0 bis 6	720 575	694 018	674 625
1.2 Gruppe 7 (Bundesbetriebe):			
Bundestheater	3 028	3 034	3 037
Alkohol (Monopol)	251	254	309
Österreichische Bundesforste	1 820	1 902	1 970
Post- und Telegraphenverwaltung	20 958	53 612	51 506
Summe 1.2 ...	26 057	58 802	56 822
Summe 1 ...	746 631	752 820	731 447
2. Ausgleichshaushalt	198 136	214 194	121 092
Insgesamt ...	944 767	967 014	852 539
ab: 3. Im Inland nachfrageunwirksame Ausgaben des allgemeinen Haushaltes:			
3.1 Ausgaben an das Ausland:			
Käufe der Landesverteidigung im Aus- land ³¹⁾	1 756	2 243	2 390
Erwerb von ausländischen Beteiligun- gen ⁹⁾	2 997	3 240	968
<i>Erwerb von ausländischen Wertpapie- ren ¹⁰⁾</i>			
Gewährung von Darlehen an das Aus- land ¹¹⁾	0	0	226
Ausgaben für Personal (Ausland) ³²⁾	250	243	243
Zinsen an das Ausland ³³⁾	7 081	8 481	6 649
Laufende Transferzahlungen (Ausland) ³⁴⁾	2 543	2 618	3 518
Kapitaltransferzahlungen (Ausland) ³⁵⁾ ...	292	364	265
Summe 3.1 ...	14 920	17 190	14 258
3.2 Überweisungen an das AMS ³⁶⁾	2 805	2 587	
3.3 Zuführung an Rücklagen:			
Haushaltsrücklagen ¹⁸⁾	168	50	20 887
Überweisungen an den Reservefonds für Familienbeihilfen ¹⁹⁾	0	2 765	4 629
<i>Überweisungen an den Fonds der AMV ²⁰⁾</i>			510
Summe 3.3 ...	168	2 815	26 026
3.4 Finanzschuldenverwaltung:			
Zinsen an das Ausland ³⁷⁾	18 277	18 801	13 102
Emissionsverluste ³⁸⁾	425	1 755	378
Sonstige Auslandszahlungen ³⁹⁾	1 018	1 227	705
Summe 3.4 ...	19 720	21 782	14 185

Fußnoten siehe Seite 297.

296

Inlandwirksame Gebarung (Ausgaben)

	Bundes- voranschlag 1996	Bundes- voranschlag 1995 Millionen Schilling	Erfolg 1994
3.5 Sonstige unwirksame Zahlungen:			
Kursverluste ⁴⁰⁾	60	559	44
Erwerb von Wertpapieren von Trägern des öffentlichen Rechtes (einschließlich Wertpapiere des Umlaufvermögens) ²²⁾ ...	2 800	2 825	3 321
Haftungsübernahmen des Bundes ²³⁾	13 099	13 307	15 007
Überweisungen an den ERP-Fonds ²⁴⁾ ...	61	25	24
Zahlungen an ASFINAG ⁴¹⁾	2 873	3 409	2 941
Zurückstellung von Silbermünzen ²⁵⁾	80	80	100
Überweisungen zwischen Kapitel des Bundeshaushaltes auf Grund von Gesetzen ⁴²⁾	15 423	13 642	15 429
Summe 3.5 ...	34 396	33 847	36 867
ab: 4. Im Inland nachfrageunwirksame Ausgaben des Ausgleichshaushaltes:			
Ersatz an Österr. Industrieholding AG (Til- gung) ⁴³⁾	1 910	4 346	1 252
Rückzahlung von Finanzschulden in inländi- scher Währung ²⁷⁾	84 732	94 689	53 447
Rückzahlung von Finanzschulden in fremder Währung ²⁸⁾	20 519	22 198	12 762
Rückzahlung von Schulden/Währungs- tauschverträge (SWAP) ²⁹⁾	15 975	17 961	22 597
Rückzahlung von Schulden (ohne Finanz- schulden) für den laufenden Aufwand ³⁰⁾	75 000	75 000	31 033
Summe 4 ...	198 136	214 194	121 092
Summe (Nachfrageunwirksame Ausgaben) ...	270 144	292 414	212 429
Verbleibende Ausgaben ...	674 623	674 600	640 110
Inlandwirksamer Saldo I ...	81 723	96 179	71 287
ab: 5. Beitrag zur Europäischen Union ⁴⁾	29 434	28 103
Inlandwirksamer Ausgabenüberschuß (Saldo II) ...	52 289	68 076	71 287

Fußnoten zur Übersicht „Inlandwirksame Gebarung“:

- 1) Kapitel 52, Voranschlagsposten: 83 ...
- 2) Kapitel 52, Voranschlagsposten: 84 ...
- 3) Voranschlagsansatz 52704, Voranschlagsposten: 8031, 8810 und 8851.
- 4) Titel 529 (Hier von Länderanteil: BVA 1996: 0,001 Millionen Schilling; BVA 1995: 5 250,000 Millionen Schilling und Anteil der Gemeinden: BVA 1996: 0,001 Millionen Schilling; BVA 1995: 4 750,000 Millionen Schilling).
- 5) Voranschlagsposten 83 .. der Voranschlagsansätze: 19310, 19311, 18310, 18311 und 53400.
- 6) Voranschlagsposten 84 .. des Voranschlagsansatzes: 17294.
- 7) Voranschlagsposten: 83 .. der Kapitel 01 bis 65 (ausgenommen Kapitel 52 und Voranschlagsansätze: 19310, 19311, 18310, 18311 sowie 53400).
- 8) Voranschlagsposten: 84 .. der Kapitel 01 bis 65 (ausgenommen Kapitel 52 und Voranschlagsansätze: 17294).
- 9) Voranschlagsposten: 081 ..
- 10) Voranschlagsposten: 088 ..
- 11) Voranschlagsposten: 249., 259. und 268 ..
- 12) Voranschlagsposten: 884. des Titels 503.
- 13) Voranschlagsposten: 883. des Voranschlagsansatzes 15784.
- 14) Voranschlagsposten: 883. und 884. (mit Ausnahme der entsprechenden Voranschlagsposten bei den Voranschlagsansätzen: 15784 und 503 ..
- 15) Voranschlagsposten: 886., 887. und 888 ..
- 16) Voranschlagsposten: 8296.
- 17) VA-Ansätze: 15534, 1557 ..
- 18) Voranschlagsposten: 298 ..

Inlandswirksame Gebarung

297

- 19) Post-Untergliederung . 45 der Voranschlagsposten 853 . und 858 . bzw. 733 . und 738 ..
- 20) Bis einschließlich BVA 1994: Post-Untergliederung . 81 der Voranschlagsposten 853 . und 858 . bzw. 733 . und 738 ..
- 21) Voranschlagsposten: 8292 und 8298.
- 22) Voranschlagsposten: 085 . und 223 ..
- 23) Titel 547.
- 24) Post-Untergliederung . 61 der Voranschlagsposten 853 . und 858 . bzw. 733 . und 738 ..
- 25) Paragraph 5010.
- 26) Voranschlagsposten: 8262, 8263.
- 27) Voranschlagsposten: 30 ...
- 28) Voranschlagsposten: 31 ...
- 29) Voranschlagsposten: 32 ...
- 30) Voranschlagsposten: 355 ..
- 31) Voranschlagsansatz 40108, soweit Käufe im Ausland. Hievon sind 1996: 1 339, 1995: 1 707 sowie 1994: 2 039 Millionen Schilling für Bauten und Ausrüstung vorgesehen.
- 32) Voranschlagsposten: 5 .. 1.
- 33) Voranschlagsposten: 655 ..
- 34) Voranschlagsposten: 780 ., 781 ., 782 ., 783 . und 784 ..
- 35) Voranschlagsposten: 785 ., 786 ., 787 ., 788 . und 789 ..
- 36) VA-Ansätze: 1/15537, 1/1557.
- 37) Voranschlagsposten: 653 . und 654 ..
- 38) Voranschlagsposten: 6579.
- 39) Alle Voranschlagsposten mit der Post-Untergliederung 001 des Voranschlagsansatzes 59908 (ausgenommen: Voranschlagsposten 6579 und 658 ..).
- 40) Voranschlagsposten: 6571 und 658 ..
- 41) Voranschlagspost 7280 des Voranschlagsansatzes 64298.
- 42) Voranschlagsposten: 7292, 7293.
- 43) Voranschlagsposten: 741 ./001 des Voranschlagsansatzes 7/54847.

Nachfrageunwirksame Ausgaben

Zur Beurteilung der volkswirtschaftlichen Auswirkungen des Voranschlages wurden von der Ausgabensumme diejenigen Ausgaben abgezogen, die die Nachfrage im Inland nicht beeinflussen. Auch die Tilgungszahlungen für Finanzschulden sind abgezogen worden, weil sie nicht direkt und unmittelbar die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen im Inland erhöhen. Ob diese Tilgungszahlungen im weiteren Wirtschaftsablauf tatsächlich nachfrageunwirksam bleiben, hängt von der Liquiditätssituation der Empfänger der Zahlungen, von der Konjunktursituation und anderen Faktoren ab. Mehrere Gründe sprechen aber dafür, daß die Tilgungszahlungen weitgehend nachfrageunwirksam bleiben. Soweit die Tilgungszahlungen an ausländische Inhaber von österreichischen Schuldtiteln geleistet werden und dafür Devisenzahlungen notwendig werden, kann die Liquidität der inländischen Kreditunternehmungen verringert werden und dadurch tendenziell sogar eine nachfrageverringemde Wirkung entstehen. Tilgungszahlungen an inländische Gläubiger, sei es an Kreditunternehmungen, Kapitalsammelstellen, Unternehmungen oder private Haushalte, erhöhen zwar die liquiden Mittel dieser Gläubiger, die Liquiditätssituation, die Konjunkturlage und die Kreditnachfrage des Bundes und der Wirtschaft sprechen aber dafür, daß diese Mittel wieder in Krediten im Inland verlangt werden.

298

Unterschiede der Gebarung 1996 gegenüber 1995**Unterschiede der Gebarung 1996 gegenüber 1995**

Im folgenden werden die finanziell wichtigsten Ansätze des Bundesvoranschlages 1996 und deren Unterschiede gegenüber jenen des Jahres 1995 hervorgehoben:

Einnahmen:	Bundes- voranschlag 1996		Unter- schied gegenüber 1995
	Millionen Schilling		
Allgemeiner Haushalt:			
Öffentliche Abgaben:			
Veranlagte Einkommensteuer.....	36 000,0	+	6 700,0
Lohnsteuer.....	162 300,0	+	12 300,0
Kapitalertragsteuer auf Zinsen.....	22 300,0	+	800,0
Körperschaftsteuer.....	43 000,0	+	16 800,0
Übrige Einkommen- und Vermögensteuern.....	14 200,0	-	2 093,0
Umsatzsteuer.....	210 700,0	+	21 700,0
Ein- und Ausfuhrabgaben.....	3 600,0	-	2 400,0
Tabaksteuer.....	13 100,0	+	600,0
Mineralölsteuer.....	33 500,0	-	500,0
Übrige Verbrauchsteuern.....	3 250,0	+	225,0
Stempel- und Rechtsgebühren.....	8 600,0	-	200,0
Verkehrssteuern.....	39 365,0	+	5 335,0
Übrige.....	370,0	-	1 130,0
Zusammen ...	590 285,0	+	58 137,0
Ab:			
Überweisungen an Länder und Gemeinden sowie an Fonds und Kammern.....	172 691,0	+	10 118,7
Überweisungen an Europäische Union.....	29 434,0	+	1 331,0
Verbleiben ...	388 160,0	+	46 687,3
Bundeskanzleramt:			
Innovations- und Technologiefonds.....	444,7	-	40,9
Übrige Gebarung.....	231,0	+	51,8
Inneres:			
Unterricht und kult. Angelegenheiten.....	1 245,7	+	429,9
Wissenschaft und Forschung.....	755,0	+	66,9
Wissenschaft und Forschung.....	1 456,8	-	172,2
Soziales:			
Arbeitsmarktpolitik (hauptsächlich Arbeitslosenversicherungs- beiträge).....	58 567,2	+	2 373,4
Übrige Einnahmen.....	98,3	-	872,3
Sozialversicherung.....	143,0		-
Gesundheit und Konsumentenschutz.....	2 229,2	+	119,8
Umwelt.....	6,6	-	2 230,3
Jugend und Familie:			
Ausgleichsfonds f. Familienbeihilfen:			
Dienstgeberbeiträge.....	38 777,9	+	128,3
Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer.....	4 966,0	+	472,0
Abgeltung von Einkommensteuern.....	9 500,0		-
Ersatz vom Reservefonds.....	0,0	-	2 764,6
Übrige Einnahmen.....	905,5	-	34,8
Übrige Gebarung.....	0,5		-
Justiz.....	6 050,0	+	18,0
Militärische Angelegenheiten.....	508,2	-	32,7
Finanzverwaltung:			
Einhebungsvergütungen.....	409,8	-	82,0
Österreichisches Postsparkassenamt.....	680,5	-	3,2
Übrige Gebarung.....	1 100,0	+	167,9

Unterschiede der Gebarung 1996 gegenüber 1995

299

Einnahmen:	Bundes- voranschlag 1996		Unter- schied gegenüber 1995
	Millionen Schilling		
Kassenverwaltung:			
Innovations- und Technologiefonds	434,8	-	21,0
Entnahme aus, Verringerung der und Auflösung von Rücklagen	6 150,5	-	11 031,3
Effekten- und Geldverkehr des Bundes	4 037,6	-	792,1
Zahlungen von der EU	15 185,9	+	2 111,4
Übrige Gebarung	9,9		-
Finanzausgleich:			
Katastrophenfonds	3 729,1	-	814,9
Übrige Gebarung	0,0	-	6,0
Bundesvermögen:			
Kapitalbeteiligung (Erträge):			
Abfuhr der Oesterreichischen Nationalbank	5 007,5	-	1 053,0
Mit Monopolverwaltungen betraute Unternehmungen	308,0	-	90,0
Sonstige Erträge	1 458,8	+	1 002,8
Kapitalbeteiligung (Erlöse)	4 700,1	-	8 300,0
Haftungsübernahmen des Bundes	11 151,3	+	297,1
Übrige Gebarung	2 164,9	+	406,3
Pensionen (Hoheitsverwaltung):			
Beitrag der Oesterreichischen Bundesbahnen	5 110,0	+	70,0
Beitrag der Post- und Telekom Austria AG	2 800,0	+	2 800,0
Pensionsbeiträge	6 430,9	+	261,2
Übrige Einnahmen	1 049,1	+	125,3
Finanzschuld, Währungstauschverträge	10 741,7	-	2 340,3
Land- und Forstwirtschaft:			
Schutzwasserbau und Lawinenverbauung (Mittel des Katastrophenfonds)	1 582,3	-	407,8
Übrige Gebarung	1 134,1	+	277,0
Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	805,6	-	27,7
Bauten und Technik:			
Straßengesellschaften	3 450,0	+	601,0
Übrige Straßenbaumittel	1 894,8	+	236,7
Übrige Gebarung	1 372,7	+	70,4
Öffentliche Wirtschaft und Verkehr:			
Fernmeldebehördliche Tätigkeiten	4 120,0	+	4 010,0
Entgelt für die Benützung der Eisenbahninfrastruktur	3 100,0	+	300,0
Konzessionsabgabe	4 400,0	+	4 400,0
Amt der Post- und Telekom Austria AG	11 660,3	+	11 660,3
Übrige Gebarung	329,1	-	663,2
Bundestheater	673,0	+	54,1
Alkohol (Monopol)	67,6	-	280,7
Österreichische Bundesforste	2 197,0	+	114,7
Post- und Telegraphenverwaltung	22 357,7	-	41 750,1
Übrige Einnahmen	203,4	+	3,6
Allgemeiner Haushalt (Summe) ...	656 053,6	+	5 506,1

300

Unterschiede der Gebarung 1996 gegenüber 1995

Einnahmen:	Bundes- voranschlag 1996		Unter- schied gegenüber 1995
	Millionen Schilling		
Ausgleichshaushalt:			
Kassenverwaltung	75 000,0		-
Finanzschuld, Währungstauschverträge	213 713,9	-	27 752,9
Ausgleichshaushalt (Summe) ...	288 713,9	-	27 752,9
Gesamteinnahmen ...	944 767,5	-	22 246,7
Ausgaben:			
Allgemeiner Haushalt:			
Bundeskanzleramt:			
Statistisches Zentralamt	630,0	-	37,7
Innovations- und Technologiefonds	444,7	-	40,9
Presse- und Parteienförderung	687,3	+	45,7
Sportangelegenheiten	598,5	-	20,4
Übrige Gebarung	1 912,1	+	57,7
Inneres:			
Polizei und Gendarmerie	17 038,3	+	288,7
Flüchtlingsbetreuung	745,6	-	39,5
Übrige Gebarung	3 129,0	+	424,3
Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:			
Ersätze für Landeslehrer	32 761,4	-	98,2
Allgemeinbildende Schulen (Ohne Ersatz für Landeslehrer)	12 843,2	+	456,8
Berufsbildende Schulen (Ohne Ersatz für Landeslehrer)	12 103,8	-	203,1
Museen	1 023,6	+	94,7
Übrige Gebarung	8 355,5	+	618,4
Kunst	1 150,0	+	18,9
Wissenschaft und Forschung:			
Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen	21 029,8	-	833,7
Kunsthochschulen	1 764,3	-	144,5
Übrige Gebarung	7 224,3	+	1 236,1
Soziales:			
Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik	2 500,0		-
Pflegevorsorge	16 900,0	-	100,0
Arbeitsmarktpolitik	58 791,3	+	2 270,7
Kriegsopfer- und Heeresversorgung	6 821,4	-	413,8
Übrige Gebarung	1 243,4	-	71,5
Sozialversicherung:			
Bundesbeitrag einschl. Ausgleichszulagen	65 098,8	+	5 974,3
Leistungen zur Krankenversicherung	886,4	+	19,4
Übrige Gebarung	614,8	+	138,0
Gesundheit und Konsumentenschutz:			
Überweisung an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds	5 616,2	+	1 396,6
Mutter-Kind-Paß	542,0	-	34,0
Übrige Gebarung	1 501,9	-	32,6
Umwelt:			
Siedlungswasserwirtschaft	2 200,0	-	1 707,8
Sonstige Gebarung	1 677,3	+	97,7

Unterschiede der Gebarung 1996 gegenüber 1995

301

Ausgaben:	Bundes- voranschlag 1996		Unter- schied gegenüber 1995
	Millionen Schilling		
Jugend und Familie:			
Zahlungen an den Reservefonds für Familienbeihilfen	0,0	-	2 764,6
Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen:			
Familienbeihilfen	32 173,6	-	1 836,6
Geburtenbeihilfen	1 816,0	+	464,0
Schüler(Lehrlings)freifahrten und Schulfahrtbeihilfen	4 537,6	-	573,5
Schulbücher	1 232,6	-	57,6
Beitrag zum Karenzurlaubsgeld (einschließlich Pensionsbeiträge)	10 287,0	-	160,3
Übrige Gebarung	4 102,6	-	35,2
Sonstige Gebarung	250,5	-	18,7
Äußeres	4 030,2	+	54,1
Justiz	9 646,9	+	189,1
Militärische Angelegenheiten	20 743,0	+	513,0
Finanzverwaltung:			
Bundesrechenamt	950,1	-	7,9
Finanzlandesdirektionen	8 373,6	-	577,4
Übrige Gebarung	3 336,6	-	434,1
Kassenverwaltung:			
Effekten- und Geldverkehr	3 054,2	-	636,5
Übrige Gebarung	982,4	-	103,7
Finanzausgleich:			
Leistungen an Länder und Gemeinden	4 978,0	+	313,8
Zweckzuschüsse des Bundes	28 739,5	+	3 481,0
Katastrophenfonds	3 669,1	-	988,3
Bundesvermögen:			
Kapitalbeteiligung	2 999,3	-	414,9
Haftungsübernahmen	13 098,6	-	208,0
Abgeltung an Donaukraftwerke	521,0	+	20,8
Ersatz an ÖIAG	2 865,1	+	2 865,1
Aufwand für Verstaatlichte Banken	673,5	-	160,5
Übrige Gebarung	2 028,4	-	58,6
Pensionen (Hoheitsverwaltung):			
Beitrag für Pensionen der Österreichischen Bundesbahnen	21 220,0	+	645,0
Beitrag für Pensionen der Post- und Telecom Austria AG	7 630,0	+	7 630,0
Ersätze für Pensionen der Landeslehrer	8 857,2	-	143,0
Übrige Gebarung	30 821,7	+	976,0
Finanzschuld, Währungstauschverträge:			
Verzinsung	97 527,0	+	3 474,3
Übrige Gebarung	3 718,6	-	1 941,5
Land- und Forstwirtschaft:			
Förderung der Land- und Forstwirtschaft und des Ernährungswesens	2 119,5	-	740,9
Agrarische Strukturförderung	4 213,1	+	1 589,1
Marktordnungsmaßnahmen	12 726,0	+	3 324,9
Schutzwasserbau und Lawinenverbauung	1 605,3	-	373,6
Übergangsregelungen	4 530,0	-	4 131,6
Übrige Gebarung	3 796,6	-	1 715,9
Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	3 249,3	-	236,0

302

Konjunkturausgleich-Voranschlag

Ausgaben:	Bundes-		Unter-
	voranschlag 1996		schied gegenüber 1995
Millionen Schilling			
Bauten und Technik:			
Bundesstraßenverwaltung einschließlich Autobahnen	16 303,2	+	324,8
Bundesgebäudeverwaltung	1 014,0	-	13,2
Liegenschaftsverwaltung einschließlich Erwerb	727,1	-	129,7
Bundeshochbau	7 609,3	+	330,0
Übrige Gebarung	1 825,8	+	316,2
Öffentliche Wirtschaft und Verkehr:			
Abgeltungen an ÖBB	19 506,9	+	593,9
Amt der Post- und Telecom Austria AG	11 660,3	+	11 660,3
Förderungsmaßnahmen	2 308,3	-	3 427,9
Übrige Gebarung	2 427,5	+	172,4
Bundestheater	3 027,6	-	6,1
Alkohol (Monopol)	251,2	-	3,1
Österreichische Bundesforste	1 820,4	-	81,7
Post- und Telegraphenverwaltung	20 957,7	-	32 653,8
Übrige Ausgaben	2 253,3	+	147,5
Allgemeiner Haushalt (Summe) ...	746 631,5	-	6 188,5
Ausgleichshaushalt:			
Kassenverwaltung	75 000,0		-
Bundesvermögen	1 910,2	-	2 435,4
Finanzschuld, Währungstauschverträge	121 225,8	-	13 622,8
Ausgleichshaushalt (Summe) ...	198 136,0	-	16 058,3
Gesamtausgaben ...	944 767,5	-	22 246,8

Konjunkturausgleich-Voranschlag

Gemäß Artikel III des Bundesfinanzgesetzes 1996 ist ein Konjunkturausgleich-Voranschlag in der Höhe von 5 082,714 Millionen Schilling mit einer Stabilisierungsquote in Höhe von 2 426,055 Millionen Schilling und mit einer Konjunkturbelebungsquote in Höhe von 2 656,659 Millionen Schilling vorgesehen. Sollte die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1996 den Einsatz zusätzlicher Bundesmittel erfordern, um dadurch auf die Konjunkturentwicklung in Österreich stabilisierend oder belebend einzuwirken, so ist hiezu der Bundesminister für Finanzen unter den im Artikel III festgelegten Voraussetzungen ermächtigt. Auf diese Weise kann er den Konjunkturausgleich-Voranschlag ganz oder teilweise durch die Zustimmung zu Überschreitungen der im Konjunkturausgleich-Voranschlag angeführten Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlages 1996, und zwar sowohl die Stabilisierungsquote als auch die Konjunkturbelebungsquote in Höhe des Bedarfs bei einzelnen Voranschlagsansätzen und einheitlicher Hundertsätze bei den übrigen Voranschlagsansätzen bis zu dem im Konjunkturausgleich-Voranschlag vorgesehenen Höchstausmaß, wirksam werden lassen.

Der Konjunkturausgleich-Voranschlag sieht folgende Beträge vor:

	Stabilisierungs-		Konjunktur-
	quote	Millionen Schilling	belebungsquote
Inneres	28,400		28,400
Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	-		165,759
Kunst	-		25,019
Wissenschaft und Forschung	-		1 536,176
Justiz	24,000		12,000
Militärische Angelegenheiten	400,000		100,000
Land- und Forstwirtschaft	152,000		164,000
Bauten und Technik:			
Hochbau	800,000		600,000
Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	1 014,055		17,705
Österreichische Bundesforste	7,600		7,600
Summe ...	2 426,055		2 656,659

Erfolgswirksame Gebarung — Bestandswirksame Gebarung

303

**Erfolgswirksame Ausgaben/Einnahmen 1)
Bestandswirksame Ausgaben/Einnahmen**

Die Aufgliederung der gesamten Gebarung in Erfolgswirksame Ausgaben/Einnahmen und Bestandswirksame Ausgaben/Einnahmen bewirkt folgendes Bild:

	Millionen Schilling
Erfolgswirksame Einnahmen	634 175
abzüglich erfolgswirksame Ausgaben	<u>711 079</u>
Bedarf an Bedeckungsmittel für erfolgswirksame Ausgaben	- 76 904
hiezuh bestandswirksame Einnahmen	<u>310 592</u>
Summe ...	233 688
Bestandswirksame Ausgaben	<u>233 688</u>

1) Einschließlich Personalausgaben.

304

Personalstand und Personalausgaben**Personalstand und Personalausgaben****1. Veranschlagter Aufwand und Stand der aktiven Bediensteten im Jahre 1996 1)**

Dem Bundesfinanzgesetz 1996 ist als Anlage III der Stellenplan angeschlossen. In diesem sind die Planstellen für Bundesbedienstete (einschließlich jugendliche Bedienstete) festgesetzt. Soweit die Besetzung dieser Planstellen im Jahre 1996 vorgesehen ist, ist der hierfür erforderliche Aufwand bei den Personalausgaben des Bundesvoranschlages vorgesehen.

Darüber hinaus ist bei den Personalausgaben des Bundes auch der Aufwand für Bedienstete des Bundes, die gemäß Pkt. 2 und 3 des Stellenplanes aufgenommen werden, enthalten.

Der Gesamtstand der im Stellenplan des Bundes festgesetzten Planstellen 1) stimmt daher mit dem der Veranschlagung bei den Personalausgaben zugrunde gelegten Personalstand nicht überein, und zwar aus folgendem Grund:

	1996	1995
Stellenplan des Bundes.....	172 824 1a)	230 071 1a)
Hiezu:		
Bundesbedienstete — Teil V 2)	50 066	5 035
Bundesbedienstete — Teil VI 3)	1 342	3 360
Bundesbedienstete — Teil VII 3)	9 834	10 405
Planstellen über den im Stellenplan festgesetzten Stand.....		1 139
Ab:		
Planstellen, die bei den Personalausgaben betragsmäßig nicht veranschlagt bzw. nicht besetzt sind	4)	2 344
Planstellen, die in den Sachausgaben betragsmäßig veranschlagt sind	4)	545
Veranschlagter Stand 1) ...	4)	247 121

Weiters ist zu bemerken, daß von den im Stellenplan ausgewiesenen Planstellen für Beamte im Jahre 1996 voraussichtlich XXXX (im Vorjahr 8 673) Planstellen das ganze Jahr mit Vertragsbediensteten besetzt sein werden.

Außerdem erbringt der Bund zu Lasten der Sachausgaben unter den im Art. I § 1 (2) des Finanzgleichungsgesetzes 1993, BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 853/1995 und BGBl. Nr. xxx/1996, enthaltenen Voraussetzungen als Zweckaufwand anzusehende Geldleistungen an die Länder, die diesen aus der Einstellung von nichtständigem Personal bei Durchführung von Projektierungs-, Bauaufsichts-, Bauoberleitungs-, Bauführungs- und Verwaltungsaufgaben erwachsen.

Bezüge und Entgelte**Beamte und Vertragsbedienstete**

Der Veranschlagung liegen hinsichtlich der Bezüge der Beamten die Gehaltsansätze des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54 (in der Fassung BGBl. Nr. 820/1995), und hinsichtlich der Vertragsbediensteten die im Vertragsbedienstetengesetz 1948, BGBl. Nr. 86 (in der Fassung BGBl. Nr. 522/1995), festgesetzten Entgelte zugrunde.

Einzelne Gruppen von Vertragsbediensteten des Bundes sind gemäß § 1 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 sowie den auf Grund § 1 Abs. 5 leg. cit. erlassenen Verordnungen der Bundesregierung von der Anwendung des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 ausgenommen. Ihre Entgelte sind

1) Siehe auch die Erläuterungen zum Stellenplan.

1a) Hievon 1995 8 100 und 1996 7 809 Zeitsoldaten (Verschiebung von den Sach- in die Personalausgaben).

2) Bundesbedienstete, für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von anderen Rechtsträgern ersetzt werden. Diese Bediensteten, für die bereits bis 1989 Planstellen vorgesehen waren, sind seit dem Stellenplan 1990 außerhalb der eigentlichen Planstellenverzeichnisse auszuweisen. Die Abweichungen gegenüber 1995 sind durch die Ausgliederung der Post- und Telegraphenverwaltung ab 1. Mai 1996 bedingt.

3) Bundesbedienstete, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbar Ausmaß beschäftigt werden, oder für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist. Diese Bediensteten sind seit dem Stellenplan 1990 in besonderen Verzeichnissen getrennt von den eigentlichen Planstellenverzeichnissen auszuweisen.

4) Die Daten standen bei Redaktionsschluß noch nicht zur Verfügung.

Personalstand und Personalausgaben

305

in Anlehnung an die in der Privatwirtschaft geltenden Kollektivverträge geregelt. Insbesondere trifft dies zu bei einzelnen Gruppen von Arbeitern, der Bühnenarbeiter der Bundestheater und der Forstarbeiter der Österreichischen Bundesforste. Bezüglich der Vertragsangestellten der Österreichischen Bundesforste ist der Veranschlagung das in der Anlage zur Bundesforste-Dienstordnung 1986, BGBl. Nr. 298/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 522/1995, enthaltene Entlohnungsschema zugrunde gelegt.

Sonstige Zahlungen

Bei der Veranschlagung der Bezüge der Beamten des Bundes und der Vertragsbediensteten des Bundes nach den Entlohnungsschemen I, II, I L und II L wurden ua. berücksichtigt:

Karenzurlaub aus Anlaß der Mutterschaft

Das Bundesgesetz vom 27. Juni 1974 über Geldleistungen an öffentlich Bedienstete (im wesentlichen Beamte) während des Karenzurlaubes aus Anlaß der Mutterschaft, BGBl. Nr. 395 (in der Fassung des Art. VI des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 820/1995).

Sonderzahlungen ⁵⁾

Die allen Bundesbediensteten (Beamten und Vertragsbediensteten) gemäß § 3 Abs. 3 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54 ⁶⁾, bzw. § 8 a des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 ⁷⁾ jährlich zustehenden vier Sonderzahlungen (in Höhe von 50 vH des Monatsbezuges).

Außerdem wurden die Sonderzahlungen, die den nicht unter das Gehaltsgesetz 1956 und das Vertragsbedienstetengesetz 1948 fallenden Bundesbediensteten gewährt werden, mitveranschlagt.

Familien- und Geburtenbeihilfen

Auf Grund des § 46 des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 376, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. XXX/XXXX, hat der Bund mit Ausnahme der von ihm verwalteten Betriebe, Unternehmungen, Anstalten, Stiftungen und Fonds den Aufwand an Familien- und Geburtenbeihilfen für seine Empfänger von Dienstbezügen sowie von Ruhe- und Versorgungsgenüssen aus eigenen Mitteln zu tragen. Dieser Aufwand wird ab 1974 bei Voranschlagsposten der Sachausgaben verrechnet.

Jubiläumszuwendungen

In gleicher Weise wurden bei Ermittlung der Personalausgaben im Voranschlag 1996 die gemäß § 20 c des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54/1956 (in der Fassung der 24. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 214/1972, der 31. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 662/1977, und der 42. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 548/1984) vorgesehenen Jubiläumszuwendungen unter Berücksichtigung der Novelle BGBl. Nr. xxx/1996 in Veranschlagung gebracht.

Lehrverpflichtung der Bundeslehrer

Das Ausmaß der Lehrverpflichtung der Bundeslehrer ist im Bundesgesetz BGBl. Nr. 244/1965, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 665/1994, geregelt. Dieses Bundesgesetz findet Anwendung auf die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis zum Bund stehenden Lehrer an Schulen, mit Ausnahme der Universitäten und Kunsthochschulen, ferner auf Personen, die an diesen Schulen im Unterricht verwendet werden.

Mittelbare Bundesverwaltung

Auch im Jahre 1996 werden wie in den Vorjahren die Personalausgaben der mittelbaren Bundesverwaltung nach den Bestimmungen des Artikels I § 1 Abs. 1 des Finanzausgleichsgesetzes 1993, BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 853/1995 und BGBl. Nr. xxx/1996, von den Bundesländern getragen.

⁵⁾ Bezüglich der Erhöhung der Sonderzahlungen im öffentlichen Dienst im Jahre 1967 siehe auch BGBl. Nr. 71/1967.

⁶⁾ In der Fassung der 2. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 247/1959.

⁷⁾ In der Fassung der 2. Vertragsbedienstetengesetznovelle, BGBl. Nr. 282/1960.

306

Personalstand und Personalausgaben**Besoldung der Landeslehrer**

Nach § 3 des Finanzausgleichsgesetzes 1993, BGBl. Nr. 30/1993 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 853/1995 und BGBl. Nr. xxx/1996, ersetzt der Bund den Ländern von den Aktivitätsbezügen der Lehrer an öffentlichen allgemeinbildenden Pflichtschulen 100 vH. Von den Aktivitätsbezügen der Lehrer an öffentlichen berufsbildenden Pflichtschulen sowie an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen ersetzt der Bund 50 vH. Diese Kostenersätze werden ab 1973 bei Posten der Sachausgaben verrechnet.

Insgesamt ist bei den Personalausgaben der Aufwand für folgende Bedienstete veranschlagt:

	1996			1995 (Summe)	Unterschied 1996 gegenüber 1995	
	Beamte	Vertragsbedienstete				Zusammen
		A	B			
Anzahl der Bediensteten						
Universitäts(Hochschul)- und Bundeslehrer (ohne Bundesbeamte des Schulaufsichtsdienstes)				45 211		
Sonstige Bundesbedienstete				201 910		
Zusammen ...	2)	2)	2)	247 121		
<i>Davon jugendliche Bedienstete</i>				3 081		

2. Pensionsaufwand und Stand der Pensionisten im Jahre 1996 ¹⁾

Bei der Veranschlagung des Pensionsaufwandes der Pensionsparteien des Bundes wurden im wesentlichen das Pensionsgesetz 1965, BGBl. Nr. 340, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 522/1995, das Pensionsüberleitungsgesetz, BGBl. Nr. 187/1949, das Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 820/1995, das Nebengebührengesetz, BGBl. Nr. 485/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 522/1995, das Bundespflegegeldgesetz, BGBl. Nr. 110/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 131/1995, das Salzmonopolgesetz, BGBl. Nr. 124/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 518/1995, das Dorotheumsgesetz, BGBl. Nr. 66/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 334/1993, das Staatsdruckereigesetz, BGBl. Nr. 340/1981 und das Scheidemünzengesetz, BGBl. Nr. 597/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 22/1992, berücksichtigt.

Die Ruhebezüge der Beamten des Ruhestandes sowie die Versorgungsbezüge ihrer Hinterbliebenen sind in den Abschnitten II und III des Pensionsgesetzes 1965 geregelt. Abschnitt IV enthält die Bestimmungen über die Kinderzulage (vormals Haushaltszulage), die Ergänzungszulage, die Sonderzahlung sowie über die Vorschüsse und Geldaushilfen (§§ 25 bis 29 des Pensionsgesetzes 1965). Der Todesfallbeitrag, Bestattungskostenbeitrag und Pflegekostenbeitrag sind in den §§ 42 bis 45 des Pensionsgesetzes 1965 geregelt. Die Unterhaltsbezüge für die Angehörigen entlassener Beamter, ehemaliger Beamter des Ruhestandes und für die Hinterbliebenen eines ehemaligen Beamten des Ruhestandes sind im Abschnitt VII des Pensionsgesetzes 1965 geregelt. Der Anspruch auf Pflegegeld ist im Bundespflegegeldgesetz geregelt.

Für die Empfänger von außerordentlichen Versorgungsgenüssen gelten die gemäß der Entschließung des Herrn Bundespräsidenten jeweils für gebührende Ruhe(Versorgungs)bezüge sinngemäß anzuwendenden Vorschriften.

Sonderregelungen

Die Ruhe(Versorgungs)genüsse von Pensions(Provisions)parteien, die weder unter die Bestimmungen des Gehaltsüberleitungsgesetzes noch unter jene des Pensionsüberleitungsgesetzes fallen, wurden auf Grund des § 11 Abs. 2 Pensionsüberleitungsgesetz unter Bedachtnahme auf die Grundsätze dieses Bundesgesetzes und auf die besonderen Verhältnisse ihres Dienstes durch Verordnungen der Bundesregierung mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates geregelt.

¹⁾ Siehe auch Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1996, II. Teil (Beilagen G₁₀ bis G₁₄).

²⁾ Die Daten standen bei Redaktionsschluss noch nicht zur Verfügung.

Personalstand und Personalausgaben

307

Für einzelne Gruppen der Bundestheaterbediensteten und der Arbeiter der Bundestheater sind die Bestimmungen des Bundestheaterpensionsgesetzes, BGBl. Nr. 159/1958, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 297/1995, der Veranschlagung zugrunde gelegt worden.

Für Pensionsansprüche der nicht unter das Pensionsgesetz 1965 fallenden Pensions(Provisions)parteien der ehemaligen Post- und Telegraphenverwaltung sind die Bestimmungen des Post- und Telegraphen-Pensionsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 231/1967, der Veranschlagung zugrunde gelegt worden.

Der Provisionsaufwand für einzelne Gruppen von Arbeitern, deren Bezüge in Anlehnung an die in der Privatwirtschaft geltenden Kollektivverträge geregelt sind, wurde nach den einschlägigen Bestimmungen veranschlagt.

Der Pensionsanspruch der Salinenarbeiter ist in der Kundmachung des Bundesministeriums für Finanzen vom 20. Dezember 1967 über die Pensionsansprüche der ständigen Salinenarbeiter, ihrer Hinterbliebenen und Angehörigen (Salinenarbeiter-Pensionsordnung 1967), BGBl. Nr. 5/1968, in der Fassung BGBl. Nr. 89/1979 geregelt.

Bei den Österreichischen Bundesforsten sind nur jene Arbeiter provisionsberechtigt, die vor Errichtung des selbständigen Wirtschaftskörpers „Österreichische Bundesforste“ im Jahre 1926 als statutarische ständige Arbeiter aufgenommen worden waren. Die Versorgungsgenüsse dieser ständigen Arbeiter und deren Hinterbliebenen wurden mit Verordnung BGBl. Nr. 15/1951 neu festgesetzt. Im übrigen gebührt den Bediensteten des Wirtschaftskörpers „Österreichische Bundesforste“ und deren Hinterbliebenen auf Grund der Bundesforste-Dienstordnung 1986, in der Fassung BGBl. Nr. 522/1995, ein Zuschuß zu den Pensionen aus der gesetzlichen Pensionsversicherung. Dieser Zuschuß gebührt in der Höhe jenes Betrages, um den die Pensionen aus der gesetzlichen Pensionsversicherung hinter den nach § 76 der Bundesforste-Dienstordnung 1986 zu ermittelnden Vergleichsruhe(Versorgungs)genüssen zurückbleiben.

Die Neuregelung der Pensionsansprüche der Zivilbediensteten der ehemaligen k. u. k. Heeresverwaltung und ihrer Hinterbliebenen erfolgte mit dem Bundesgesetz vom 1. Juli 1967, BGBl. Nr. 255.

Die Provisionen der angelobten Arbeiter der Österreichischen Staatsdruckerei, die vor dem 19. Juni 1933 eingetreten sind und in ein ständiges Arbeitsverhältnis übernommen wurden, sind durch die Bestimmungen der Verordnung BGBl. Nr. 52/1952 (in der Fassung der Verordnungen BGBl. Nr. 120/1960 und Nr. 120/1963) geregelt worden.

Die in ein ständiges Arbeitsverhältnis übernommenen Arbeiter des Hauptmünzamtbes, die im Provisionsstand befindlichen Lohnbediensteten der Verwaltung des ehemals hofärztlichen und des ehemals für das Haus Habsburg-Lothringen gebundenen Vermögens erhalten ihre Provisionen auf Grund der Verordnung BGBl. Nr. 53/1952 in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 121/1960.

Der Pensionsaufwand für Ruhe- und Versorgungsgenüßempfänger der Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) ist im § 21 Abs. 1 und 2 Bundesbahngesetz 1992, BGBl. Nr. 825/1992, geregelt.

Mittelbare Bundesverwaltung

Der Aufwand für die Pensionsparteien im Bereich der mittelbaren Bundesverwaltung wird nach den Bestimmungen des Art. I § 1 Abs. 1 des Finanzausgleichsgesetzes 1993, BGBl. Nr. 30/1993 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 853/1995, von den Bundesländern getragen.

Außerordentliche Versorgungsgenüsse für Heimatvertriebene

Für die vom Bundespräsidenten aus Billigkeitsgründen gewährten außerordentlichen Versorgungsgenüsse an bestimmte Personengruppen des öffentlichen Dienstes, deren Versorgungsansprüche und Versorgungsanswartschaften gegenüber ihren früheren Dienstherrn oder Versorgungsträgern zurzeit nicht verwirklicht werden können oder deren Versorgungsanspruch sich gegen das Deutsche Reich richtete, hat die Bundesrepublik Deutschland für die im Bonner Regierungsabkommen vom 27. April 1953 vorgesehenen jährlichen Beitragsleistungen im Jahre 1991 eine Pauschalabfindung von 171,6 Millionen Schilling gezahlt. Damit sind alle Zahlungsverpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus diesem Abkommen abgegolten, und es bleibt die Republik Österreich allein verpflichtet, die Versorgung dieser Personen bis zur Beendigung fortzuführen.

Ersätze für Pensionen der Landeslehrer

Gemäß § 3 Abs. 5 des Finanzausgleichsgesetzes 1993, BGBl. Nr. 30/1993 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 853/1995 und BGBl. Nr. xxx/1996, ersetzt der Bund den Ländern den Pensionsaufwand für die unter ihrer Dienstherrschaft stehenden Lehrer an öffentlichen allgemeinbildenden Pflichtschulen, an

308 Starrheit des Bundeshaushaltes — Investitionen und Investitionsförderung

berufsbildenden Pflichtschulen und an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen sowie für die Angehörigen und Hinterbliebenen dieser Lehrer in der Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem Pensionsaufwand für diese Personen und den für die Landeslehrer von den Ländern vereinnahmten Pensionsbeiträgen, besonderen Pensionsbeiträgen, Pensionssicherungsbeiträgen und Überweisungsbeträgen. Beim Unterschiedsbetrag wird auch der Pensionssicherungsbeitrag gemäß § 107 a des Landeslehrer-Dienstrechtsgesetzes 1984, BGBl. Nr. 302, in der Fassung BGBl. Nr. 334/1993 berücksichtigt. Diese Kostenersätze werden ab 1973 bei Voranschlagsposten der Sachausgaben verrechnet.

Starrheit des Bundeshaushaltes

Der überwiegende Teil der Ausgaben ist gesetzlich oder vertraglich gebunden, wie die nachstehende Übersicht zeigt.

	Bundesvoranschlag 1996 ¹⁾		Bundesvoranschlag 1995 ¹⁾	
	Mill. S	%	Mill. S	%
1. Gesetzliche Verpflichtungen				
1.1. Personalausgaben	138 512	14,7	148 395	15,3
1.2. Sachausgaben	343 835	36,4	326 493	33,8
Summe 1. ...	482 348	51,1	474 887	49,1
2. Ermessensausgaben				
2.1. Ausgaben für Finanzschulden ²⁾	297 786	31,5	309 674	32,0
Summe 1. und 2.1. ...	780 134	82,6	784 562	81,1
2.2. Übrige Ermessensausgaben ³⁾	164 633	17,4	182 453	18,9
<i>Hievon Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen</i>	<i>36 787</i>	<i>3,9</i>	<i>44 216</i>	<i>4,6</i>
Summe 1. und 2. ...	944 767	100,0	967 014	100,0

¹⁾ Gesamthaushalt.

²⁾ Aufwand für Zinsen und Tilgungen von Finanzschulden (einschließlich Kassenstärker-Kreditoperationen), soweit nicht bei den Gesetzlichen Verpflichtungen enthalten.

³⁾ Auch einem Teil dieser Ausgaben liegen vertragliche Verpflichtungen zugrunde.

Investitionen und Investitionsförderung

309

Investitionen und Investitionsförderung

Zur Durchführung von konjunkturbeeinflussenden Maßnahmen eignen sich von den mit dem Bundeshaushalt in Zusammenhang stehenden Ausgaben in erster Linie die Ausgabenbeträge, die für Eigeninvestitionen des Bundes, die für die Instandhaltung bundeseigener Vermögenswerte und die für die der Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft dienenden Subventionen und Darlehen vorgesehen sind.

	1996 ¹⁾	1995 ¹⁾ Milliarden Schilling	1994 ²⁾
Bundесvoranschlag:			
Eigeninvestitionen:			
Bruttoinvestitionen und Instandhaltungsausgaben des Bundes (ohne Landesverteidigung) ^{3) 4)}	28,3	34,1	33,0
Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens (ohne Landesverteidigung) ³⁾	1,1	1,6	1,6
Bauten und Ausrüstung (einschließlich geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens und Instandhaltung) für die Landesverteidigung (Ausgaben im Inland) ^{3) 5)}	4,2	4,0	3,8
Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft (Ausgaben im Inland) ^{3) 6)}	52,4	50,2	47,9
Summe ⁷⁾ ...	86,0 ⁸⁾	89,9	86,3 ⁹⁾
Hievon:			
Investitionen für Erziehung und Unterricht sowie Forschung und Wissenschaft ¹⁰⁾	7,1	6,9	7,5
Wohnungsbau ¹¹⁾	28,5	25,0	23,0
Übrige Gebäude ¹²⁾	9,3	7,8	8,1
Straßenbau (einschließlich dazugehörige Gebäude) ¹³⁾	7,1	6,8	6,9
Investitionen der Post- und Telegraphenverwaltung ¹⁴⁾	7,8	14,6	13,1

Konjunkturausgleich-Voranschlag:

	Stabilisierungs- quote	1996 ^{1) 15)} Konjunktur- belebungs- quote	Summe	Stabilisierungs- quote	1995 ^{1) 15)} Konjunktur- belebungs- quote	Summe
Eigeninvestitionen:						
Bruttoinvestitionen und Instandhaltungsausgaben des Bundes (ohne Landesverteidigung) ^{3) 16)}	0,8	2,1	2,9	0,8	2,1	2,9
Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens ¹⁶⁾	0,0	—	0,0	0,0	—	0,0
Bauten und Ausrüstung (einschließlich geringwertige Güter des Anlagevermögens und Instandhaltung) für die Landesverteidigung (Ausgaben im Inland) ³⁾	0,5	0,2	0,7	0,5	0,2	0,7
Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft (Ausgaben im Inland) ¹⁷⁾	1,1	0,4	1,5	1,1	0,4	1,5
Summe...	2,4	2,7	5,1 ¹⁸⁾	2,4	2,7	5,1

Investitionsfinanzierungen auf Grund von Ermächtigungen des Bundesfinanzgesetzes:

	1996 ¹⁾	1995 ¹⁾ Milliarden Schilling	1994 ²⁾
Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds ¹⁹⁾	4,0	5,0	—
Bundeswohnbaufonds (Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds) ¹⁹⁾ ...	0,5	0,5	—

Sonstige Finanzierungsmöglichkeiten:

Auf Grund des Fernmeldeinvestitionsgesetzes ²⁰⁾	4,0	14,5	—
--	-----	------	---

Fußnoten siehe Seiten 310 bis 312.

21 Arbeits(Amts)behelf zum BFG 1996

310

Investitionen und Investitionsförderung

Fußnoten zu Seite 309:

1) Voranschlag.

2) Jahreserfolg.

3) Ausgewiesen sind nur die Ausgabenbeträge einzelner Positionen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, und zwar Bruttoinvestitionen, Instandhaltung, Kapitaltransfers und Darlehen für Investitionsförderung. Die Beträge dieser Positionen sind nicht ident mit den im Bundesvoranschlag bei den Voranschlagsätzen ausgewiesenen Beträgen. Anlagenansätze des Voranschlages umfassen neben den vorgeannten volkswirtschaftlichen Positionen zB auch Ausgaben für Liegenschaftsankäufe und ähnliches.

4) Siehe Beilagen O₇ und O₈ des jeweiligen Arbeits(Amts)behelfes zum Bundesfinanzgesetz (ohne Liegenschaftsankäufe); jedoch einschließlich der gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeträge.

5) Siehe Beilagen O₇ und O₈ des jeweiligen Arbeits(Amts)behelfes zum Bundesfinanzgesetz, Spalte „Landesverteidigung“ vermindert um die in der Fußnote 3¹⁾ auf Seite 295 des Arbeits(Amts)behelfes ausgewiesenen Käufe der Landesverteidigung im Ausland.

6) Investitionsförderung: siehe Beilage O₉ (vermindert um die Kapitaltransfer- und Darlehenszahlungen ins Ausland) des jeweiligen Amtsbehelfes zum Bundesfinanzgesetz zuzüglich Kapitalaufstockung (alle Voranschlagsposten 080., jedoch ohne die des Voranschlagsansatzes 1/54022).

7) Die ausgewiesenen Investitionsausgaben verstehen sich jedoch ohne Ausgaben auf Grund von Haftungsmachtungen des Bundesministers für Finanzen.

8) Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt wirksam werden:

Kenn- ziffer	Aufgabenbereich	Eigeninvestitionen				Investitionsförderung			Zusammen
		Instand- haltung	Gering- wertige Wirt- schafts- güter	Überwei- sungen gemäß § 1 (2) Z 2 FAG	Bruttoin- vestitio- nen	Zu- schüsse	Darlehen	Kapital- beteili- gung	
Milliarden Schilling									
11	Erziehung und Unterricht.....	0,59	0,21	0,13	1,08	0,15	0,00	2,16
12	Forschung und Wissen- schaft	0,56	0,17	0,10	2,29	1,77	0,00	4,89
13	Kunst.....	0,29	0,04	0,99	0,40	1,72
21	Gesundheit.....	0,03	0,01	0,07	0,39	0,50
22	Soziale Wohlfahrt.....	0,01	0,01	0,02	0,08	0,00	0,12
23	Wohnungsbau.....	0,04	0,00	0,00	28,28	0,13	0,00	28,45
32	Straßen.....	3,10	0,06	0,04	3,82	0,06	0,00	0,00	7,08
33	Sonstiger Verkehr	0,53	0,21	7,14	14,73	0,00	0,00	22,61
34	Land- und Forstwirtschaft.....	0,44	0,05	0,30	3,31	0,00	4,10
35	Energiewirtschaft	0,02	0,00	0,00	0,02
36	Industrie und Gewerbe	0,00	0,00	0,00	0,26	0,02	0,00	0,28
37	Öffentliche Dienst- leistungen.....	0,07	0,02	0,03	2,64	0,00	2,76
38	Private Dienstleistungen.....	0,00	0,00	0,00	0,03	0,00	0,03
41	Landesverteidigung	1,41	0,01	2,84	0,05	4,31
42	Staats- und Rechts- sicherheit.....	0,38	0,24	1,11	1,73
43	Übrige Hoheitsverwaltung	1,66	0,12	0,16	3,25	0,02	5,21
	Summe...	9,11	1,15	0,43	22,94	52,19	0,15	0,00	85,97
		33,63				52,34			

Investitionen und Investitionsförderung

311

Fußnoten zu Seite 309 (Fortsetzung):

9) Dieser Betrag wurde wie folgt wirksam:

Kenn- ziffer	Aufgabenbereich	Eigeninvestitionen				Investitionsförderung			Zusam- men
		Instand- haltung	Gering- wertige Wirt- schafts- güter	Überwei- sungen gemäß § 1 (2) Z 2 FAG	Bruttoin- vestitio- nen	Zu- schüsse	Darlehen	Kapital- beteili- gung	
Milliarden Schilling									
11	Erziehung und Unterricht.....	0,58	0,27	0,26	1,25	0,10	0,00	2,46
12	Forschung und Wissenschaft.....	0,50	0,13	0,18	2,09	2,15	5,05
13	Kunst.....	0,29	0,04	1,14	0,32	1,79
21	Gesundheit.....	0,04	0,01	0,09	0,30	0,44
22	Soziale Wohlfahrt.....	0,02	0,04	0,09	0,25	0,40
23	Wohnungsbau.....	0,12	0,00	0,00	22,72	0,15	22,99
32	Straßen.....	3,03	0,07	0,04	3,50	0,07	6,71
33	Sonstiger Verkehr.....	1,19	0,55	11,42	14,62	0,00	0,05	27,83
34	Land- und Forstwirtschaft.....	0,43	0,05	0,34	2,30	0,00	3,12
35	Energiewirtschaft.....	0,09	0,09
36	Industrie und Gewerbe.....	0,00	0,00	0,00	0,57	0,04	0,61
37	Öffentliche Dienstleistungen.....	0,07	0,01	0,06	4,01	4,15
38	Private Dienstleistungen.....	0,00	0,00	0,00	0,04	0,04
41	Landesverteidigung.....	1,20	0,01	2,67	0,04	3,92
42	Staats- und Rechtssicherheit.....	0,36	0,26	0,98	1,60
43	Übrige Hoheitsverwaltung.....	1,31	0,13	0,26	3,29	0,07	5,06
	Summe...	9,14	1,57	0,74	26,92	47,65	0,19	0,05	86,26
		38,37				47,89			

¹⁰⁾ Aufgabenbereiche 11 und 12 der Voranschlagsposten für Instandhaltung (61.), der Post-Untergliederungen 0. bis 8. sowohl der Voranschlagsposten für Darlehen zur Investitionsförderung (24.) als auch der Voranschlagsposten für Kapitaltransferzahlungen (735. bis 739., 745. bis 748., 755. bis 757., 770.); der Voranschlagsposten 02. bis 06. (einschließlich der analogen Voranschlagsposten der Posten-Unterkategorie 46), 10., 400. und 409. der Kapitel 01 bis 77 einschließlich der bei den Aufgabenbereichen 11 und 12 vorgesehenen Mittel für Kapitalaufstockung sowie einschließlich der gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeiträge.

¹¹⁾ Aufgabenbereich 23 der Voranschlagsposten für Instandhaltung von Gebäuden (614.), der Post-Untergliederungen 4. sowohl der Voranschlagsposten für Darlehen zur Investitionsförderung (24.) als auch der Voranschlagsposten für Kapitaltransferzahlungen (735. bis 739., 745. bis 748., 755. bis 757., 770.) sowie der Voranschlagsposten 0630 und 0634 (einschließlich der analogen Voranschlagsposten der Posten-Unterkategorie 46) der Kapitel 01 bis 77.

¹²⁾ Alle Voranschlagsposten 063., 064. (einschließlich der analogen Voranschlagsposten der Posten-Unterkategorie 46) und 614. sowie alle Post-Untergliederungen 4. sowohl der Voranschlagsposten für Darlehen zur Investitionsförderung (24.) als auch der Voranschlagsposten für Kapitaltransferzahlungen (735. bis 739., 745. bis 748., 755. bis 757., 770.) einschließlich der gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeiträge mit Ausnahme der entsprechenden Ausgaben bei den Investitionen für Erziehung und Unterricht sowie Forschung und Wissenschaft, beim Wohnungsbau, Straßenbau sowie bei der Post- und Telegraphenverwaltung.

¹³⁾ Alle Voranschlagsposten 060., 065. bis 067. und 611. sowie der Post-Untergliederungen 1. sowohl der Voranschlagsposten zur Investitionsförderung (24.) als auch der Voranschlagsposten für Kapitaltransferzahlungen (735. bis 739., 745. bis 748., 755. bis 757., 770.), der Voranschlagsansätze 1/64228 und 1/64248 (jeweils ohne Voranschlagsposten 61., 69., 720., 727., 7290, 73. und 764.) zuzüglich des Aufgabenbereiches 32 der Voranschlagsposten 0645 bis 0647 und 614. sowie der Post-Untergliederungen 4. sowohl der Voranschlagsposten für Investitionsförderung (24.) als auch der Voranschlagsposten für Kapitaltransferzahlungen (735. bis 739., 745. bis 748., 755. bis 757., 770.) der Kapitel 01 bis 77 sowie einschließlich der gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeiträge.

¹⁴⁾ Alle Ausgaben der Voranschlagsposten 02. bis 06., 1., 24., 400., 409., 61., 735. bis 739., 745. bis 748., 757. und 770. des Kapitels 78.

¹⁵⁾ Die Inanspruchnahme bedarf gemäß Art. III der Bundesfinanzgesetze 1995 und 1996 der Zustimmung des Bundesministers für Finanzen.

¹⁶⁾ Siehe die Beilagen O₁₂, O₁₃, O₁₅ und O₁₆ der Amtsbehalte zum Bundesfinanzgesetz für die Jahre 1995 und 1996, vermindert um die Spalte „Landesverteidigung“; jedoch einschließlich der gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeiträge.

¹⁷⁾ Investitionsförderung: siehe ua. die Beilagen O₁₄ und O₁₇ der Amtsbehalte zum Bundesfinanzgesetz für die Jahre 1995 und 1996.

312

Finanzwirtschaftliche und funktionelle Gliederung**Fußnoten zu Seite 309 (Fortsetzung):**

¹⁸⁾ Bei Freigabe wird dieser Betrag voraussichtlich wie folgt wirksam:

Kenn- ziffer	Aufgabenbereich	Eigeninvestitionen				Investitionsförderung		Zusam- men
		Instand- haltung	Gering- wertige Wirt- schafts- güter	Überwei- sungen gemäß § 1 (2) Z 2 FAG	Bruttoin- vestitio- nen	Zu- schüsse	Darlehen	
Milliarden Schilling								
11	Erziehung und Unterricht.....	0,08	0,02	0,26	0,01	0,37
12	Forschung und Wissenschaft.....	0,07	0,01	1,41	0,16	1,65
13	Kunst.....	0,17	0,08	0,25
23	Wohnungsbau.....	0,03	0,03
33	Sonstiger Verkehr.....	0,00	1,03	1,03
34	Land- und Forstwirtschaft.....	0,06	0,01	0,27	0,34
41	Landesverteidigung.....	0,07	0,55	0,00	0,62
42	Staats- und Rechtssicherheit.....	0,01	0,08	0,09
43	Übrige Hoheitsverwaltung.....	0,29	0,02	0,39	0,00	0,70
	Summe...	0,57	0,01	0,05	2,90	1,55	5,08
		3,53				1,55		

¹⁹⁾ Diese Ausgaben belasten nur die betreffenden Haushalte der Fonds.

²⁰⁾ Fernmeldeinvestitionsgesetz, BGBl. Nr. 312/1971, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 734/1995 (FMIG-Novelle 1995). Bei den hier angeführten sonstigen Finanzierungsmöglichkeiten handelt es sich um die Inanspruchnahme von Zessionskrediten, die zur Erfüllung des Fernmeldeinvestitionsprogramms notwendig werden, soweit die in erster Linie zur Finanzierung vorgesehenen zweckgebundenen Anteile der Einnahmen aus Fernspreckgebühren hierzu nicht ausreichen. Zum Zeitpunkt der Erstellung des jeweiligen Bundesvoranschlags steht jedoch noch nicht fest, in welcher Höhe von der im FMIG ausdrücklich vorgesehenen Möglichkeit solcher sonstigen Finanzierungsmöglichkeiten Gebrauch gemacht werden wird. Der Zeitpunkt der Investitions-wirksamkeit (Bestellvolumen) und jener der Ausgabenwirksamkeit (Tilgung der entsprechenden Verbindlichkeiten) fallen auseinander. Mit Wirksamkeitsbeginn des Bundesgesetzes über die Einrichtung und Aufgaben der Post- und Telekom Austria Aktiengesellschaft (Poststrukturgesetz — PTSG, BGBl. Nr. 000/1996) tritt mit 1. Mai 1996 des Fernmeldeinvestitionsgesetzes in der geltenden Fassung außer Kraft.

Finanzwirtschaftliche und funktionelle Gliederung

Zur Analysierung der wirtschaftlichen Auswirkungen des Bundeshaushaltes ist dieser nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten (Anlagen, Förderungen, Aufwendungen) gegliedert worden. Diese Gliederung vermochte aber das Bedürfnis nach einer übersichtlichen Darstellung des Bundeshaushaltes nur teilweise zu befriedigen. Es wurde daher die finanzwirtschaftliche Klassifikation (Gebarunggruppen) mit einer funktionellen (Aufgabenbereiche) verbunden. Die Übersicht auf Seite 313 zeigt die wichtigsten Daten.

Kennziffer	Aufgabenbereiche	Bundesvoranschlag					Erfolg	Einnahmen			
		Personal- ausgaben	Sachausgaben			Ausgaben (Summe)		Bundesvoranschlag		Erfolg	
			Anlagen	Förderungen	Aufwendun- gen	1996		1995	1994	1996	1995
		Millionen Schilling									
	Allgemeiner Haushalt										
11	Erziehung und Unterricht.....	24 926,2	1 112,3	1 392,7	40 206,8	67 638,0	66 680,2	65 649,7	762,5	661,4	716,0
12	Forschung und Wissenschaft.....	10 971,5	2 366,5	2 251,6	13 654,3	29 243,8	28 751,3	28 653,5	1 126,7	1 454,1	1 488,0
13	Kunst.....	4 070,7	998,1	1 329,7	2 335,2	8 733,6	8 663,1	8 505,1	1 099,1	1 128,5	936,0
14	Kultus.....				587,7	587,7	550,8	540,2			
	11 bis 14 (Summe) ...	39 968,4	4 476,9	4 973,9	56 783,9	106 203,0	104 645,3	103 348,5	2 988,3	3 244,0	3 140,0
21	Gesundheit.....	541,2	72,9	575,1	7 845,5	9 034,7	7 642,8	7 337,5	2 448,9	2 276,1	2 145,5
22	Soziale Wohlfahrt.....	1 225,8	17,8	5 892,8	201 301,2	208 437,5	205 637,5	200 081,9	112 031,1	113 627,2	112 168,9
23	Wohnungsbau.....		1,0	156,5	28 318,3	28 475,7	25 062,2	23 037,6	242,1	262,7	270,6
	21 bis 23 (Summe) ...	1 767,0	91,6	6 624,4	237 465,0	245 947,9	238 342,5	230 457,1	115 622,1	116 166,0	114 585,0
32	Straßen.....		4 005,2	19,0	12 299,1	16 323,3	15 667,4	15 499,7	5 409,1	4 572,5	4 471,7
33	Sonstiger Verkehr.....	21 613,8	7 220,3	2 580,9	56 405,7	87 820,8	100 382,9	96 691,5	51 069,9	75 763,4	70 079,4
34	Land- und Forstwirtschaft.....	1 586,9	400,5	24 823,6	2 176,6	28 987,6	31 164,6	20 467,5	4 655,4	4 664,4	4 933,3
35	Energiewirtschaft.....		0,0	143,8	0,0	143,8	220,6	262,3	127,9	4 074,1	273,5
36	Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau) ..	132,9	6,6	2 151,3	16 168,4	18 459,2	19 454,6	21 000,8	13 032,0	11 823,7	11 964,6
37	Öffentliche Dienstleistungen.....	1 037,7	38,7	2 892,0	811,6	4 780,1	6 428,2	6 218,5	539,7	730,4	834,1
38	Private Dienstleistungen (einschließlich Handel) ..	658,3	2 998,3	683,7	1 470,5	5 810,8	6 101,5	3 668,6	11 080,2	15 111,1	8 493,2
	32 bis 38 (Summe) ...	25 029,7	14 669,6	33 294,4	89 332,0	162 325,6	176 419,8	163 809,0	85 914,2	116 739,6	101 049,8
41	Landesverteidigung.....	9 204,6	87,4	47,4	11 649,4	20 988,8	20 422,5	20 529,7	526,1	559,1	589,2
42	Staats- und Rechtssicherheit.....	18 917,5	1 114,3	0,4	6 636,7	26 668,9	25 923,4	24 579,5	6 918,9	6 564,6	6 124,1
43	Übrige Hoheitsverwaltung.....	43 625,4	6 399,3	1 930,2	132 542,4	184 497,3	184 066,5	188 723,2	444 084,0	407 274,2	401 140,7
	41 bis 43 (Summe) ...	71 747,5	7 601,0	1 978,0	150 828,5	232 154,9	230 412,4	233 832,4	451 529,0	414 397,9	407 853,9
	Summe Allgemeiner Haushalt ...	138 512,4	26 839,1	46 870,7	534 409,3	746 631,5	752 820,0	731 447,0	656 053,6	650 547,4	626 628,7
	Ausgleichshaushalt										
36	Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau) ..				1 910,2	1 910,2	4 345,6	1 251,8			
43	Übrige Hoheitsverwaltung.....				196 225,8	196 225,8	209 848,6	119 840,0	288 713,9	316 466,8	225 910,2
	Summe Ausgleichshaushalt ...				198 136,0	198 136,0	214 194,2	121 091,8	288 713,9	316 466,8	225 910,2
	Gesamtsumme ...	138 512,4	26 839,1	46 870,7	732 545,2	944 767,5	967 014,2	852 538,9	944 767,5	967 014,2	852 538,9

¹⁾ Aufgliederung nach Gebarunggruppen siehe Amtsbehef zum Bundesfinanzgesetz 1995, Seite 321.

²⁾ Aufgliederung nach Gebarunggruppen siehe Bundesrechnungsabschluß 1994, Band 2, Seiten 140/141.

Bereinigte Budgetgebarung

Bruttoveranschlagung

Der Bundeshaushalt umfaßt wie jeder öffentliche Haushalt die Gebarungen einer großen Anzahl von Verwaltungsdienststellen, betrieblichen Einrichtungen ¹⁾, Verwaltungsfonds und sonstigen Institutionen, die verschiedenste Aufgaben und Zwecke zu erfüllen haben.

Die einschlägigen Verfassungsbestimmungen und Haushaltsvorschriften schreiben aus Gründen einer besseren Kontrollmöglichkeit die bruttomäßige Darstellung der Gebarung jeder einzelnen Institution im Rahmen des Bundeshaushaltes vor. Das bedeutet, daß bei jeder Institution in der Regel alle Ausgaben auf der Ausgabenseite und alle Einnahmen auf der Einnahmenseite bruttomäßig veranschlagt sind und bei keiner Institution weder Einnahmen von den Ausgaben noch umgekehrt Ausgaben von den Einnahmen abgesetzt werden sollen. Es müssen daher fallweise Ausgaben- oder Einnahmenbeträge einer der vorgenannten Institutionen des Bundeshaushaltes auf die Einnahmen- oder Ausgabenseite einer anderen Institution des Bundeshaushaltes überrechnet werden. Außerdem bedingt die bruttomäßige Darstellung, daß den Einnahmen der Betriebe ¹⁾ des Bundes aus Entgelten für ihre Leistungen (zB Postgebühren, Verkehrseinnahmen) im Bundeshaushalt auf der Ausgabenseite diejenigen Ausgaben gegenüberstehen, die zur Erbringung dieser Leistungen erforderlich sind.

Sowohl diese Gebarung aus den Entgelten für Betriebsleistungen als auch die Gebarung aus den bereits erwähnten Überrechnungen innerhalb des Bundeshaushaltes („Durchlaufer“) vergrößern das Budgetvolumen, haben aber mit den eigentlichen Aufgaben des Staates nichts zu tun. Dennoch kann auf deren Darstellung im Bundeshaushalt nicht verzichtet werden, weil nur dadurch eine entsprechende Aussagefähigkeit des jeweiligen Bundesvoranschlages gewährleistet ist und damit den Forderungen nach Budgetklarheit und Budgetwahrheit am ehesten entsprochen wird.

Im übrigen gelten diese Überlegungen keineswegs nur für die Kameralistik. Auch eine ordnungsgemäße doppelte Buchführung muß sich an den Grundsatz der höchstmöglichen Aussagefähigkeit in Wahrung der Prinzipien „Bilanzwahrheit“ und „Bilanzklarheit“ halten. Aus diesen Gründen sind auch in den Gewinn- und Verlustrechnungen der Bundesbetriebe die Aufwendungen und Erträge ungekürzt (unsaldiert) ausgewiesen.

Durchlaufer

In dem Bestreben, sowohl den Forderungen nach Budgetklarheit und Budgetwahrheit als auch einer Entschließung des Nationalrates zu entsprechen, wurde ab 1964 die Veranschlagung der betragsmäßig wesentlichsten Durchlauferposten neu geregelt.

In Ergänzung der im Jahre 1964 durchgeführten Maßnahme wurde in sinngemäßer Weise in den Bundesvoranschlägen 1975 bis 1987 auch noch die Veranschlagung der Durchlaufer-Gebarungen betreffend Münzregal und Katastrophenfondsmittel durchgeführt. Auf Grund des neuen Bundeshaushaltsgesetzes ist die Gebarung der Katastrophenfondsmittel ab dem Bundesvoranschlag 1988 wieder bruttomäßig zu veranschlagen. Die bruttomäßige Veranschlagung der Gebarung des Münzregals war nur im Bundesvoranschlag 1988 vorgesehen. Als „Durchlaufer“, deren Veranschlagung beibehalten werden mußte, verblieben im wesentlichen bis zur Ausgliederung der Österreichischen Bundesbahnen die Abgeltung von Einnahmeausfällen der Österreichischen Bundesbahnen und der Beitrag des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zum Karenzurlaubsgeld.

Verwendung der Budgetmittel

Zur Beurteilung, welchen Anteil des Brutto-Inlandsproduktes bzw. Volkseinkommens die öffentlichen Haushalte bzw. im speziellen Fall der Bundeshaushalt für sich in Anspruch nehmen, muß der Brutto-Budgetrahmen entsprechend bereinigt werden. Zu diesem Zwecke sind von den Brutto-Ausgaben und -Einnahmen Beträge in Höhe der bereits aufgezeigten Ausgaben der einzelnen erwerbswirtschaftlichen Verwaltungszweige (Bundesbetriebe) aus eigenen Einnahmen und in Höhe der „Durchlaufer“ in Abzug zu bringen, soweit letztere noch nicht durch die im vorhergehenden Absatz aufgezeigte Regelung saldiert sind.

¹⁾ Diese betrieblichen Einrichtungen, wie zB Forst- und Landwirtschaftsverwaltung Allentsteig-Döllersheim, Post- und Telegraphenverwaltung oder Österreichische Bundesforste, besitzen keine Rechtspersönlichkeit und sind im Bundeshaushalt mit ihrer Bruttogebarung enthalten. Verstaatlichte und nichtverstaatlichte Unternehmungen hingegen, an denen der Bund beteiligt ist, sind Kapitalgesellschaften oder ähnliches mit Rechtspersönlichkeit. Ihre Gebarung ist im Bundeshaushalt nicht enthalten.

Bereinigte Budgetgebarung

315

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Österreichs wurden daher seit je die Betriebe des Bundes nicht dem öffentlichen, sondern dem privaten (Unternehmer-)Sektor zugezählt und nur das Ergebnis ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit (kassamäßiger Betriebs-Überschuß oder -Abgang) in die volkswirtschaftliche Aufgliederung des Bundeshaushaltes einbezogen. Ebenso werden in dieser volkswirtschaftlichen Aufgliederung des Bundeshaushaltes die wesentlichsten Vergütungen innerhalb der Bundesrechnung („Durchlaufer“) ausgeschieden.

	Bundesrechnungs- abschluß 1994		Bundesvoranschlag 1995		Bundesvoranschlag 1996	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
Millionen Schilling						
Gesamtgebarung (brutto) (mit Ausgleichs- haushalt).....	852 539	852 539	967 014	967 014	944 767	944 767
Bereinigte Budgetgebarung						
Gruppe 0 bis 6 (ohne Ausgleichshaushalt).....	674 624	561 462	694 018	583 390	720 574	630 758
hiezü: Überschuß Alkohol (Monopol).....		841		94		
Bundesforste.....		109		180		377
Post- u. Telegraphenverw.		9 780		10 496		1 400
Abgang Bundestheater.....	2 386		2 415		2 355	
Alkohol (Monopol).....					184	
Zwischensumme 1) ...	677 010	572 192	696 433	594 161	723 113	632 535
ab: „Durchlaufer“ 2).....	15 576	15 576	13 946	13 946	15 726	15 726
hiezü: Ausgleichshaushalt.....	121 092	225 910	214 194	316 467	198 136	288 714
Verbleibt: Bereinigte Budgetgebarung 3).....	782 526	782 526	896 682	896 682	905 523	905 523
Brutto-Inlandsprodukt (BIP) in Mrd. S.....	2 262,9		4) 2 360,1		4) 2 449,4	
Bereinigte Budgetausgaben in vH des BIP.....	34,6		38,0		37,0	

1) Bundesgebarung mit Nettodarstellung der Bundesbetriebe.

2) Zuzolge haushaltsrechtlicher oder sonstiger Vorschriften sind aus verrechnungstechnischen Gründen einzelne Ausgaben- und Einnahmenbeträge von der Ausgaben- auf die Einnahmenseite des Bundeshaushaltes oder umgekehrt zu überrechnen. Solche Überrechnungen können grundsätzlich zwischen allen Kapiteln des Bundeshaushaltes notwendig werden. Da aber in die volkswirtschaftliche Aufgliederung des Bundeshaushaltes die Gebahrung der Kapitel 71 bis einschließlich 78 (Kapitel 78 bis einschließlich 1996) nur mit dem kassamäßigen Nettoüberschuß bzw. -abgang einbezogen ist, sind hier nur die Überrechnungen zwischen den Voranschlagsansätzen der Kapitel 01 bis 65 als „Durchlaufer“ ausgewiesen. Diese Überrechnungsbeträge sind nämlich nur Durchlaufer, die das Budgetvolumen vergrößern, aber keine echten Budgeteinnahmen oder -ausgaben darstellen. Nicht ausgewiesen als Durchlaufer werden Zahlungen der Bundesdienststellen an öffentlichen Abgaben, die bei Kapitel 52 als Einnahmen aufscheinen.

Erfaßt sind die Überrechnungsbeträge, die auf der Einnahmenseite der Kapitel 01 bis 65 bei den Voranschlagsposten 8260 und 8261 als Vergütungen bzw. bei den Voranschlagsposten 8262 und 8263 als Überweisungen, und zwar jeweils von Ansätzen der Kapitel 01 bis 65 nachgewiesen werden. Diese Vergütungen bzw. Überweisungen werden nach den einschlägigen Richtlinien nur auf der Einnahmenseite des Bundeshaushaltes a u s n a h m s l o s erfaßt, während auf der Ausgabenseite für die zu überrechnenden Vergütungen bzw. Überweisungen die Voranschlagsposten 7290 bis 7293 zwar vorgesehen sind, aber auch zu Lasten anderer Voranschlagsposten solche Überrechnungen erfolgen können.

3) Beträge entsprechen den Schlußziffern der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

4) Schätzung.

316

Vermögens- und Schuldenrechnung des Bundes**Vermögens- und Schuldenrechnung des Bundes**

Das Rechnungswesen des Bundes ist in der Lage, mit Hilfe des vollautomatisierten Verrechnungsverfahrens die Verrechnung der haushaltsmäßigen Geldeinnahmen und Geldausgaben sowohl nach kameralistischen als auch nach doppischen Grundsätzen durchzuführen. Dadurch ist es möglich, dem Gebot der Aufstellung von Bestandsverrechnungen für den gesamten Bereich der Bundesverwaltung Rechnung zu tragen. Die Gliederung der Vermögens- und Schuldenrechnung entspricht sinngemäß den Bestimmungen des Aktiengesetzes und berücksichtigt den Ansatz- und Kontenplan des Bundes.

Das Vermögen des Bundes umfaßt grundsätzlich die Gesamtheit der im Verfügungsbereich des Bundes befindlichen Sach- und Geldwerte einschließlich der Rechte und Forderungen, welche nach ihrer dauerenden oder vorübergehenden Nutzung den Gruppen des Anlage- oder Umlaufvermögens zugeordnet sind. Dem Vermögensnachweis des Bundes liegen die Ergebnisse über den Vermögensstand der von den anweisenden Stellen geführten Bestandsrechnungen zugrunde. Die Abschreibung der Bestandteile des Vermögens — ausgenommen jene der betriebsähnlichen Einrichtungen und der Bundesbetriebe — erfolgt nach bundeseinheitlichen Richtlinien, und zwar mit 50% im Jahr der Anschaffung oder Herstellung sowie mit den restlichen 50% des Anschaffungs- oder Herstellungswertes anlässlich ihres Ausscheidens.

Zu den Schulden des Bundes zählen alle in Geld zu erfüllenden Verpflichtungen des Bundes. Dem Schuldennachweis liegen alle Geldverpflichtungen des Bundes zugrunde, welche in den Bestandsrechnungen der anweisenden Stellen enthalten sind. Die Passive Rechnungsabgrenzung enthält die bis zum 20. Jänner des Nachjahres geleisteten Zahlungen (Auslaufzeitraum).

Aktiva	BRA 1994	BRA 1993
	Millionen Schilling	
1. Anlagevermögen		
1.1 Unbewegliche Anlagen.....	321 820	404 210
1.2 Bewegliche Anlagen.....	26 780	68 795
1.3 Im Bau befindliche Anlagen.....	58 274	65 423
1.4 Vorräte.....	4 012	5 516
1.5 Aktivierungsfähige Rechte.....	1 702	1 485
1.6 Finanzanlagen		
1.61 Beteiligungen.....	58 154	60 431
1.62 Wertpapiere des Anlagevermögens.....	—	—
1.7 Anzahlungen für Anlagen.....	80	969
2. Umlaufvermögen		
2.1 Vorräte.....	1 302	1 602
2.2 Bargeld, Guthaben, Wertpapiere		
2.21 Bargeld.....	3 622	3 260
2.22 Guthaben bei Kreditunternehmungen.....	52 506	30 469
2.23 Schwebende Gelder.....	— 1 271	—
2.24 Wertpapiere des Umlaufvermögens.....	6 202	7 606
2.3 Forderungen		
2.31 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.....	12 265	11 986
2.32 Forderungen aus Darlehen.....	16 818	13 466
2.33 Forderungen aus der Inanspruchnahme von Haftungen.....	24 435	20 768
2.34 Forderungen aus Vorschüssen.....	5 314	6 391
2.35 Ersatzforderungen.....	2 196	1 610
2.36 Sonstige Forderungen.....	75 974	67 535
2.37 Gegebene Anzahlungen.....	2 073	2 432
2.38 Forderungen aus Währungstauschverträgen.....	107 949	98 186
2.4 Haushaltsrücklagen.....	29 164	30 365
3. Aktive Rechnungsabgrenzung.....	45 666	20 680

Vermögens- und Schuldenrechnung des Bundes

317

Passiva	BRA 1994	BRA 1993
	Millionen Schilling	
1. Rücklagen		
1.1 Haushaltsrücklagen	29 164	30 365
1.2 Sonstige Rücklagen	—	27 121
2. Wertberichtigungen	—	—
3. Verbindlichkeiten		
3.1 Schwebende Geldgebarungen	—	—
3.2 Schulden aus Lieferungen und Leistungen ¹⁾	217 117	223 585
3.3 Schulden aus Erträgen	5 592	6 868
3.4 Ersatzschulden	211	462
3.5 Sonstige Schulden ²⁾	124 910	114 053
3.6 Empfangene Anzahlungen	60	1 180
3.7 Schulden aus Währungstauschverträgen	118 211	102 604
3.8 Finanzschulden ³⁾	1 218 122	1 104 638
4. Rückstellungen	4 400	3 782
5. Passive Rechnungsabgrenzung	34 471	9 508
1) bis 3) Hievon fällige Schulden:		
	BRA 1994	BRA 1993
	3 435	1) 3 094
	1 052	2) 1 340
	10	3) 10

Übersicht über die Planungsmäßigen Vorbelastungen ¹⁾

Kapitel	Bezeichnung	Planungsmäßige Vorbelastungen ²⁾			
		1996	1997	1998 u. später	Summe
		Millionen Schilling			
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	139,522	146,402	420,979	706,903
11	Inneses	295,750	330,390	751,000	1 377,140
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten	1 464,996	1 235,703	2 500,166	5 200,865
14	Wissenschaft und Forschung	3 646,200	3 246,880	12 372,810	19 265,890
20	Äußeres	969,257	964,500	1 192,260	3 126,017
40	Militärische Angelegenheiten	8 272,051	8 271,924	1 337,677	17 881,652
50	Finanzverwaltung	359,890	440,390	873,339	1 673,619
54	Bundesvermögen	8 449,184	5 680,110	28 417,459	42 546,753
60	Land- und Forstwirtschaft	2 803,334	2 871,078	6 232,783	11 907,195
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	701,035	701,035	2 037,542	3 439,612
64	Bauten und Technik	10 673,525	10 850,986	15 749,340	37 273,851
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	1 949,196	1 949,196	4 588,280	8 486,672
71	Bundestheater	67,706	51,706	18,000	137,412
78	Post- und Telegraphenverwaltung	7 051,627	—	—	7 051,627

¹⁾ Die Bestimmungen des Finanziellen Wirkungsbereiches (eine Anlage der Durchführungsbestimmungen zu den jeweiligen Bundesfinanzgesetzen) beziehen sich auf Verfügungen eines Ressorts, die im einzelnen in wirtschaftlicher, rechtlicher und finanzieller Hinsicht als ein einheitlicher Vorgang angesehen werden können (Vorhaben). Die Ausgaben, die sich auf Grund von Entscheidungen der zuständigen Organe der Bundesverwaltung über solche in Angriff zu nehmende Vorhaben in zukünftigen Finanzjahren ergeben können, werden vorerst als planungsmäßige Vorbelastungen bezeichnet. Diese Vorbelastungen können ein Vorhaben aus der Anschaffung oder Herstellung (einschließlich Selbsterstellung) von Wirtschaftsgütern, aus Förderungsmaßnahmen oder aus sonstigen vertraglichen Vereinbarungen zum Gegenstand haben.

Erst im Zuge der Verwirklichung eines solchen Vorhabens werden rechtsverbindliche Verpflichtungen (zB durch Auftragsvergabe, Vertragsabschluß, Erlassung eines Bescheides) begründet, die in der Bundesverrechnung als solche erfaßt werden.

Soweit im Zeitpunkt der Teilhefterstellung Vorhaben noch nicht beendet sind, werden die Gesamtkosten dieser einzelnen Vorhaben, das sind die planungsmäßigen Vorbelastungen, zusammengefaßt und aufgeteilt auf die entsprechenden Finanzjahre in Übersichten ausgewiesen. **Eine Aussage, inwieweit diese planungsmäßigen Vorbelastungen bereits zu rechtsverbindlichen Verpflichtungen geführt haben, vermitteln diese Übersichten derzeit noch nicht.**

²⁾ Zusammenfassung der in den Teilheften für das Jahr 1996 in der Beilage III D „Übersicht über die künftige Finanzjahre belastende Vorhaben“ aufscheinenden Vorbelastungs-Daten für die Jahre 1996 und später.

Außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes (Gemäß § 35 Z 7 BHG)

Im Bundeshaushaltsgesetz (BHG), BGBl. Nr. 213/1986 in der derzeit geltenden Fassung, ist normiert, daß der Bundesminister für Finanzen Übersichten zum geltenden Bundesfinanzgesetz zu verfassen hat, welche Angaben über die Entwicklung und den Stand der außerbudgetären Finanzierungsvorhaben enthalten.

Als außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben mit Auswirkungen auf den Bundeshaushalt gelten

- Investitionsvorhaben des Bundes, die von ihm selbst oder für ihn von Rechtsträgern, die zu deren Durchführung bundesgesetzlich berufen sind, durchgeführt werden, sowie
- Finanzierungsvorhaben im Bereiche der verstaatlichten Industrie,
- die von vom Bund verschiedenen Rechtsträgern auf Grund bundesgesetzlicher Regelung zur Gänze oder teilweise durch Aufnahme von Fremdkapital zwischenfinanziert werden, wobei der Bund durch Bundesgesetz verpflichtet ist, dem Rechtsträger die nicht gedeckten Ausgaben des Rechtsträgers, insbesondere für die Bedienung des Fremdkapitals (Tilgungen, Zinsen, Spesen), zu ersetzen.

Wesentliches Element dieser Definition ist, daß die Verpflichtungen zur Zwischenfinanzierung und zur Refundierung durch ein besonderes Bundesgesetz normiert sind. Die gesetzliche Refundierungsverpflichtung unterscheidet die Sonderfinanzierungsvorhaben von Vorbelastungen im Sinne des § 45 Abs. 1 bis 4 BHG; bei diesen resultiert die Verpflichtung des Bundes aus einem rechtsgeschäftlichen Handeln des zuständigen anweisenden Organs (gemäß § 5 Abs. 4 Z 3 BHG).

Zu den außerbudgetären Finanzierungen zählen die

- ASFINAG-Finanzierungen des Straßenbaus durch Straßensondergesellschaften
- ASFINAG-Finanzierungen des ÖBB-Hochleistungsstreckenbaues
- ASFINAG-Finanzierungen des Hochleistungsstreckenbaues durch die Hochleistungsstrecken AG
- ASFINAG-Finanzierungen des Bundes-Hochbaues
- IAKW-Finanzierungen
- ÖIAG-Finanzierungen.

Außerdem werden die Mittelzuführungen an die Verstaatlichte Industrie gemäß der ÖIAG-Finanzierungsgesetze (BGBl. Nr. 298/1981, 602/1981, 633/1982, 589/1983, 298/1987 und 973/1993) als besonderer Fall außerbudgetärer Finanzierungsvorhaben betrachtet.

Die nachfolgenden Aufstellungen über außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes geben an:

1. Die voraussichtlichen Gesamtkosten (einschließlich Zinsen und Tilgung, laufende Erhaltung und Verwaltung bis zur Fertigstellung bzw. bis zum Ende der Tilgungszeit) des Vorhabens,
2. die voraussichtlichen Ausgaben des Rechtsträgers im jeweiligen Finanzjahr gemäß 1.,
3. die im jeweiligen Bundesvoranschlag veranschlagten Leistungen des Bundes zu den Gesamtkosten gemäß 1.,
4. die Entwicklung des Standes der Verschuldung, die Nettoveränderung der Schuldenstände gegenüber dem Vorjahr sowie der gesetzliche Haftungsrahmen der Finanzierungsgesellschaften des Bundes.

Außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes

Rechtsträger						Auswirkungen auf den BVA 1996	
(Gesetzliche) Grundlage (BGBl. Nr.)	Bezeichnung	Aufgaben	Voraussichtliche			VA-Ansatz/VA-Post	Milliarden S (= Ausgabe) (- = Einnahme)
			Gesamtkosten	Baukosten (zu aktivierende Beträge)	Ausgaben im Jahr 1996		
			in Milliarden Schilling				
a) Finanzierung (ausschließlich)							
591/1982 } 288/1984 } 493/1985 } 80/1987 } 339/1987 } 510/1987 } 325/1988 } 136/1989 } 419/1991 }	Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-AG (ASFINAG)	Finanzierung der Straßenbausondergesellschaften, von Bundeshochbauten und von Eisenbahn-Hochleistungsstrecken (ÖBB und HL AG)	1) 1) 1)	2) 5,000 23,000	5) 0,395 3,250	1/64297/7285 1/64298/7280 1/54848/7280 1/54848/7281	1,652 2,631 0,300 1,160
298/1981 } 602/1981 } 633/1982 } 589/1983 } 298/1987 } 421/1991 }	Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft (ÖIAG)	Finanzierung von Maßnahmen zur Umstrukturierung und Neuordnung des ÖIAG-Konzerns	118,423	-	-	1/54847/7411 7/54847/7411/001 1/54847/7414 7/54847/7414/001 1/54847/7415 7/54847/7415/001 1/54847/7416 7/54847/7416/001	0,001 0,000 0,567 1,414 1,997 0,496 0,300 0,000
b) Bau (ausschließlich)							
826/1992	Alpen Straßen AG	Arlberg Tunnel, Teilstrecken der S16 in Tirol und Vorarlberg: Herstellung und Erhaltung; Teilstrecke der B315, Planung	3)	13,900	0,103 4)	1/64297/7287/002 1/64298/7287/002 1/64298/7287/302 2/64290/8179	1,000 0,015 0,000 -2,050

1) Derzeit nicht abschätzbar.

2) Auf die Beträge bei den einzelnen Straßenbausondergesellschaften wird verwiesen.

3) Die Finanzierung erfolgt durch die ASFINAG.

4) Baukosten.

5) Gesamtausgaben einschließlich der bei den einzelnen Straßenbausondergesellschaften ausgewiesenen Baukosten: 15 Milliarden Schilling.

Außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes

320

Außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes

Außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes

Rechtsträger			Auswirkungen auf den BVA 1996				
(Gesetzliche Grundlage (BGBl. Nr.))	Bezeichnung	Aufgaben	Voraussichtliche			VA-Ansatz/VA-Post	Milliarden S (= Ausgabe) (- = Einnahme)
			Gesamtkosten	Baukosten (zu aktivierende Beträge)	Ausgaben im Jahr 1996		
			in Milliarden Schilling				
826/1992	Österreichische Autobahnen- und Schnellstraßen AG	<p>Brenner Autobahn: Herstellung, Erhaltung; Inntalautobahn: Herstellung eines Teilabschnittes</p> <p>Teilstrecken der Südbahn, der Semmering-Schnellstraße und der Murtal-Schnellstraße, der Innkreisautobahn: Planung und Errichtung; Bundesstraßenverbindung A2-A4: Planung</p> <p>Teilstrecken der Phyrn Autobahn in Steiermark und Oberösterreich: Herstellung, Erhaltung</p> <p>Teilstrecken der Tauern Autobahn in Salzburg und Kärnten, Karawankentunnel: Herstellung, Erhaltung; Umfahrungen Zell/See, Lofer, Klagenfurt: Herstellung</p> <p>Teilstrecken von Bundesstraßenverbindungen in Wien, Teilstrecken der A23: Planung und Errichtung</p>	3)	68,700	1,412 4)	<p>1/64297/7287/001</p> <p>1/64298/7287/001</p> <p>1/64298/7287/301</p> <p>2/64290/8178</p>	<p>0,798</p> <p>0,243</p> <p>0,000</p> <p>-1,400</p>
c) Finanzierung und Bau							
223/1985	IAKW-AG	Internationaler Teil, Österreichisches Konferenzzentrum: Errichtung, Erhaltung, Verwaltung, Finanzierung	11,300	9,000	0,134	<p>1/54826/7420</p> <p>1/54826/7471/423</p> <p>2/54824/8555/370</p>	<p>0,150</p> <p>0,001</p> <p>-0,001</p>

3) Die Finanzierung erfolgt durch die ASFINAG.

4) Baukosten.

Außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes

321

Die nachstehende Übersicht gibt einen Überblick über die Entwicklung der Verschuldung der ASFINAG (einschließlich der ehemaligen Straßensonderfinanzierungsgesellschaften), der ÖIAG³⁾ und der IAKW-AG sowie über den gesetzlichen Haftungsrahmen.

Verschuldung, Brutto-Darlehensaufnahme, Nettoveränderung der Schuldenstände und gesetzlicher Haftungsrahmen der Sonderfinanzierungsgesellschaften 1985—1994

	Verschuldung zum 31. 12.	Brutto-Darlehensauf- nahme durch außer- budgetäre Sonder- finanzierung	Nettoveränderung der Schuldenstände gegenüber dem Vor- jahr	Gesetzliche Haftungs- rahmen ¹⁾ zum 31. 12.
1985	46,1	14,4	+13,6	175,3 ²⁾
1986	63,4	19,6	+17,3	202,0 ²⁾
1987	83,6	22,3	+20,2	227,7 ²⁾
1988	94,5	13,0	+10,9	249,5 ²⁾
1989	103,3	11,2	+ 8,8	274,1 ²⁾
1990	112,6	13,6	+ 9,3	273,1 ²⁾
1991	118,4	9,3	+ 5,8	338,3 ²⁾
1992	129,5	10,6	+11,1	338,3 ²⁾
1993	137,0	14,4	+ 7,5	338,3 ²⁾
1994	145,4	14,7	+ 8,4	338,3 ²⁾

1) Für Kapital, Zinsen und Kosten.

2) Die für die ehemaligen Straßensonderfinanzierungsgesellschaften übernommenen Haftungen sind mit dem zum 31. Dezember 1985 aushaftenden Betrag auf den ASFINAG-Haftungsrahmen anzurechnen.

3) In der Spalte „Verschuldung zum 31. 12.“ ist nur die Verschuldung auf Grund der Finanzierungsgesetze ausgewiesen. Die Spalte „Gesetzliche Haftungsrahmen zum 31. 12.“ beinhaltet alle Haftungsgesetze.

II. Der Bundeshaushalt im Rahmen der öffentlichen Haushalte und der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

A. Die öffentlichen Haushalte in administrativer Abgrenzung

Dem bundesstaatlichen Aufbau entsprechend weist Österreich neben dem Bundeshaushalt noch die Haushalte der anderen Gebietskörperschaften auf. Daneben gibt es noch eine große Anzahl von Institutionen, die dem öffentlichen Recht zugehören. Den nachfolgenden Übersichten 1 und 1 a und deren Fußnoten 7 bis 9 können die Namen dieser Rechtsträger des öffentlichen Rechtes entnommen werden. Die Zuständigkeitsbereiche dieser öffentlichen Rechtsträger sind in den einzelnen Staaten der Welt sehr verschieden. Diese Tatsache muß daher bei zwischenstaatlichen Vergleichen über die Höhe von Belastungen aus Gebarungen des öffentlichen Sektors besonders beachtet werden.

Übersicht 1

	Bruttoausgaben ¹⁾									
	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994 ²⁾	1995	1996
Milliarden Schilling										
Bund ⁵⁾	514,7	557,4	584,7	614,7	664,7	723,0	777,0	822,0	909,4	869,8 ⁴⁾
Länder (ohne Wien)	137,1	148,2	151,0	161,3	173,5	192,5	211,8	228,7	239,4	
Gemeinden (ohne Wien)	94,6	99,1	106,6	114,6	128,7	141,2	152,3	164,5	171,1	
Wien (Land und Gemeinde)	83,5	88,1	93,0	91,4	99,1	116,8	117,8	133,1	139,2	
Gemeindeverbände ⁷⁾	3,3	3,3	3,7	3,8	4,2	4,7	5,5	5,8	6,0	
Öffentliche Fonds ⁸⁾	32,4	37,4	34,2	37,5	43,7	45,6	47,9	50,8	55,0	
Kammern ⁹⁾	19,7	20,5	21,5	25,0	24,1	28,5	28,4	29,3	30,5	
Sozialversicherungsträger ¹⁰⁾ ...	255,3	265,6	280,9	300,8	338,6	361,0	381,9	407,0	428,0	
Staat (Summe)	1 140,6	1 219,6	1 275,6	1 349,1	1 476,6	1 613,3	1 722,6	1 841,2	1 978,6	

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt (ÖSTAT) (bis einschließlich 1994); Bundesministerium für Finanzen (BMF)

(zu Übersicht 1)

	Bruttoausgaben									
	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Anteil in %										
Bund ⁵⁾	45,1	45,7	45,8	45,6	45,0	44,8	45,1	44,6	46,0	
Länder (ohne Wien)	12,0	12,1	11,8	11,9	11,7	11,9	12,3	12,4	12,1	
Gemeinden (ohne Wien)	8,3	8,1	8,4	8,5	8,7	8,8	8,8	8,9	8,6	
Wien (Land und Gemeinde)	7,3	7,2	7,3	6,8	6,7	7,2	6,8	7,2	7,0	
Gemeindeverbände ⁷⁾	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	
Öffentliche Fonds ⁸⁾	2,9	3,1	2,7	2,8	3,0	2,8	2,8	2,8	2,8	
Kammern ⁹⁾	1,7	1,7	1,7	1,8	1,6	1,8	1,6	1,6	1,5	
Sozialversicherungsträger ¹⁰⁾ ...	22,4	21,8	22,0	22,3	22,9	22,4	22,2	22,1	21,8	
Staat (Summe)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	

¹⁾ Laut Finanzstatistik. Inklusive Tilgungen, Mehrfacherfassungen bei Vergütungen innerhalb sowie Überweisungen zwischen den angeführten Körperschaften und inklusive Rücklagenzuführungen, aber ohne Kassenstärkungsmaßnahmen.

²⁾ Vorläufige Werte.

³⁾ Schätzungen.

⁴⁾ Bundesvoranschlag.

⁵⁾ Bundeshaushalt sowie Akademie der Wissenschaften und Österreichische Hochschülerschaft.

⁶⁾ Laut Finanzstatistik. Ohne Schuldenaufnahme und Kassenstärkungsmaßnahmen, jedoch inklusive Mehrfacherfassungen bei Vergütungen innerhalb sowie Überweisungen zwischen den angeführten Körperschaften und inklusive Rücklagenentnahmen.

⁷⁾ Erfasst sind derzeit nur die Gemeindeverbände, die den Rang einer Gebietskörperschaft haben, und zwar die Sozialhilfeverbände in Oberösterreich und der Steiermark sowie die Schulgemeindeverbände in Niederösterreich und Kärnten.

Nettoaussgaben

323

Übersicht 1 a

	Bruttoeinnahmen ⁸⁾									
	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994 ⁹⁾	1995	1996
	Milliarden Schilling									
Bund ⁵⁾	409,9	451,7	478,4	502,3	557,7	592,1	602,0	627,1	646,7	656,1 ⁴⁾
Länder (ohne Wien)	132,1	142,4	147,6	158,1	170,2	188,1	204,7	219,0	220,0	
Gemeinden (ohne Wien)	89,1	94,3	101,5	109,4	122,2	133,3	141,4	154,1	160,3	
Wien (Land und Gemeinde)	77,4	80,0	87,8	88,7	96,0	112,7	110,9	122,4	125,3	
Gemeindeverbände ⁷⁾	3,3	3,3	3,5	3,7	4,1	4,5	5,5	6,0	6,0	
Öffentliche Fonds ⁸⁾	26,2	35,3	41,7	33,3	36,5	36,4	38,2	45,0	55,0	
Kammern ⁹⁾	18,7	19,7	20,4	23,7	23,9	26,8	27,4	28,2	30,5	
Sozialversicherungsträger ¹⁰⁾ ...	253,5	263,1	277,4	297,9	323,7	347,7	371,2	395,8	428,0	
Staat (Summe)	1 010,2	1 089,8	1 158,3	1 217,1	1 334,3	1 441,6	1 501,3	1 597,6	1 671,8	

Quelle: ÖSTAT (bis 1994); BMF

(zu Übersicht 1 a)

	Bruttoeinnahmen									
	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	Anteil in %									
Bund ⁵⁾	40,6	41,5	41,3	41,3	41,8	41,1	40,1	38,9	38,7	
Länder (ohne Wien)	13,1	13,1	12,7	13,0	12,8	13,0	13,6	13,7	13,2	
Gemeinden (ohne Wien)	8,8	8,7	8,8	9,0	9,2	9,2	9,4	9,6	9,6	
Wien (Land und Gemeinde)	7,7	7,3	7,6	7,3	7,2	7,8	7,4	7,7	7,5	
Gemeindeverbände ⁷⁾	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	
Öffentliche Fonds ⁸⁾	2,6	3,2	3,6	2,7	2,7	2,5	2,5	2,8	3,3	
Kammern ⁹⁾	1,8	1,8	1,8	1,9	1,8	1,9	1,8	1,8	1,8	
Sozialversicherungsträger ¹⁰⁾ ...	25,1	24,1	23,9	24,5	24,3	24,1	24,7	24,8	25,5	
Staat (Summe)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	

Nettoaussgaben

In den Bruttoausgaben und -einnahmen der einzelnen Institutionen des öffentlichen Sektors sind auch Beträge enthalten, die

- Vergütungen für Dienstleistungen eines Verwaltungszweiges an andere Verwaltungszweige desselben Rechtsträgers — interne Verrechnungen — und
- Überweisungen zwischen diesen einzelnen Rechtsträgern

darstellen. Bringt man diese Vergütungen und Überweisungen von den Bruttoausgaben und -einnahmen in Abzug, verbleiben die sektoralen Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte insgesamt. Bringt man des weiteren auf der Ausgabenseite die Tilgungen der öffentlichen Haushalte in Abzug, verbleiben die Nettoaussgaben.

⁸⁾ Einbezogen ist die Gebarung folgender Fonds: Agrarmarkt Austria (AMA), Ausgleichstaxfonds, Bundeswohn- und Siedlungsfonds, ERP-Fonds, Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft, Getreidewirtschaftsfonds (bis 1993), Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds, Kriegsofferfonds, Massafonds der Bundesgendarmarie, Justizwache sowie Zollwache, Milchwirtschaftsfonds (bis 1992), Polizeimassafonds, Reservefonds für Familienbeihilfen, Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds, Weinwirtschaftsfonds (bis 1986), Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds, Arbeitsmarktservice, Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte, Hilfsfonds nach dem Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz, Fonds „Gesundes Österreich“, Österreichische Bundesfinanzierungsagentur.

⁹⁾ Einbezogen ist die Gebarung folgender Kammern: Wiener Börsekammer, Ingenieurkammern (Bundeskammer und 4 Kammern in den Bundesländern), Kammer der Wirtschaftstrehänder, Wirtschaftskammer (Bundeskammer und 9 Kammern in den Bundesländern), Arbeiterkammer (Kammertag und 9 Kammern in den Bundesländern), Landarbeiterkammern (Landarbeiterkammertag und 7 Kammern in den Bundesländern), Landwirtschaftskammern (Präsidentenkonferenz und 9 Kammern in den Bundesländern), Notariatskammern (Delegiertentag und 6 Kammern in den Bundesländern), Österreichische Apothekerkammer, Österreichische Ärztekammern (Österreichische Ärztekammer und 9 Kammern in den Bundesländern), Österreichische Dentistenkammer, Österreichische Patentanwaltskammer, Rechtsanwaltskammern (Kammertag und 7 Kammern), Tierärztekammern (Bundeskammer und 9 Kammern in den Bundesländern).

¹⁰⁾ Jahresergebnisse der Kranken-, Pensions- und Unfallversicherung sowie der Krankenfürsorgeanstalten, des Erstattungs fonds nach dem Entgeltfortzahlungsgesetz, des Insolvenz-Ausfallgeldfonds und der Sonderrechnung über Leistungen nach dem Nachtschichtschwerarbeitsgesetz, nach dem Betriebshilfegesetz und nach dem Bundespflegegeldgesetz.

324

Volkswirtschaftliche Steuerquote

Die Übersichten 2 und 2 a zeigen die entsprechenden Gebarungsziffern der Ausgabenseite für die Jahre 1987 bis 1994 (Nettoausgaben).

Übersicht 2

	Staat (insgesamt)							
	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994
	Milliarden Schilling							
Bruttoausgaben	1 140,6	1 219,6	1 275,6	1 349,1	1 476,6	1 613,3	1 722,6	1 841,2
ab: Vergütungen ¹¹⁾ und Überweisungen	203,9	255,9	254,2	268,3	295,0	328,9	337,4	378,8
Tilgungen	51,9	57,2	63,1	63,4	64,8	81,0	96,5	110,7
Nettoausgaben	884,8	906,5	958,3	1 017,4	1 116,8	1 203,4	1 288,7	1 351,7

Quelle: ÖSTAT

Übersicht 2 a

	davon Bund ⁵⁾							
	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994
	Milliarden Schilling							
Bruttoausgaben	514,7	557,4	584,7	614,7	664,7	723,0	777,0	822,0
ab: Vergütungen ¹¹⁾	8,4	17,5	16,8	15,8	17,3	21,0	12,9	36,5
Überweisungen	103,9	127,7	132,8	131,5	142,6	150,1	167,9	182,7
Tilgungen ^{11a)}	35,1	39,3	43,6	49,5	44,4	64,6	76,8	90,1
Nettoausgaben	367,3	372,9	391,5	417,9	460,4	487,3	519,4	512,7

Quelle: ÖSTAT

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind die Ausgaben und Einnahmen des Staates aber noch weiter eingegrenzt. In dieser wird nämlich die Gebarung der erwerbswirtschaftlichen Verwaltungszweige der Gebietskörperschaften dem privaten (Unternehmer-)Sektor zugezählt (siehe auch Abschnitt C, 2. Absatz).

B. Volkswirtschaftliche Steuerquote

Von den in Österreich von Trägern des öffentlichen Rechtes erhobenen Steuern und steuerähnlichen Einnahmen betragen die vom Bund eingehobenen rund zwei Drittel. Die Übersicht 3 zeigt die entsprechenden Gebarungsergebnisse.

Ein Teil des vom Bund erhobenen Abgabenaufkommens wird jedoch an verschiedene Rechtsträger weitergegeben. Der Anteil der dem Bund verbleibenden kassamäßigen Steuereinnahmen (einschließlich steuerähnlicher Einnahmen) am Brutto-Inlandsprodukt — unter Berücksichtigung der 1978 erfolgten Umstellung von Kinderabsetzbeträgen auf Transferzahlungen und ab 1988 einschließlich der für die Wohnbauförderung zweckgebundenen Steuermitteln — ist von rund 17,5% im Jahre 1970 lediglich auf rund 20,1% im Jahre 1994 gestiegen, während die Steuerquote insgesamt in diesem Zeitraum von 35,6 auf 41,8% zunahm.

¹¹⁾ Inklusive Rücklagenzuführungen.^{11a)} Ohne Kassenstärkungsmaßnahmen.

Der öffentliche Sektor im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

325

Übersicht 3

	Steuern und steuerähnliche Einnahmen ¹³⁾									
	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994 ²⁾	1995	1996
	Milliarden Schilling									
Bund.....	413,1	431,6	446,0	485,3	530,2	576,8	603,4	610,5	596,8	658,7
Länder.....	1,7	1,7	1,8	2,0	2,0	2,2	2,3	2,3	2,5	2,7
Gemeinden ¹²⁾	20,4	21,6	23,5	25,4	26,7	29,0	30,4	38,7	40,0	41,0
Kammern.....	8,9	9,2	9,8	10,1	10,5	11,3	11,5	11,5	12,0	12,5
Sozialversicherungsträger.....	173,7	181,7	193,2	208,5	225,7	248,5	265,3	279,8	293,6	303,5
Fonds.....	5,5	6,6	5,9	5,1	4,8	5,2	5,6	5,0	0,5	0,0
Beiträge zum EU-Haushalt.....	—	—	—	—	—	—	—	—	23,6	29,4
Summe ...	623,2	652,5	680,2	736,4	799,9	872,8	918,4	947,8	969,0	1 047,8
Brutto-Inlandsprodukt.....	1 481,4	1 566,4	1 672,9	1 801,3	1 926,5	2 047,2	2 124,1	2 262,9	2 360,1	2 449,4
Summe in % des Brutto-Inlandsprodukts.....	42,1	41,6	40,7	40,9	41,5	42,6	43,2	41,9	41,1	42,8

Quelle: ÖSTAT (bis 1994); BMF; WIFO (Dezember-Prognose 1995)

In diesem Zusammenhang ist noch eine zweite Kennziffer der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Volkswirtschaft zu erwähnen, nämlich das Verhältnis der prozentuellen Steigerung der gesamten Steuern und steuerähnlichen Einnahmen zur prozentuellen Steigerung des Brutto-Inlandsprodukts. Die Übersicht 4 gibt darüber Aufschluß (Aufkommenselastizität).

Übersicht 4

	Veränderung gegenüber Vorjahr				Aufkommenselastizität
	der Steuern und steuerähnlichen Einnahmen ¹³⁾		des Brutto-Inlandsprodukts		
	Mrd. S	%	Mrd. S	%	
1986.....	25,5	4,4	74,1	5,5	0,80
1987.....	17,2	2,8	58,9	4,1	0,69
1988.....	29,3	4,7	85,2	5,8	0,82
1989.....	27,7	4,2	106,5	6,8	0,62
1990.....	56,2	8,3	128,4	7,7	1,08
1991.....	63,5	8,6	125,2	7,0	1,23
1992.....	73,0	9,1	120,7	6,3	1,44
1993.....	45,5	5,2	76,8	3,8	1,37
1994.....	29,4	3,2	138,8	6,5	0,49
1995.....	21,2	2,2	97,2	4,3	0,51
1996.....	78,8	8,1	89,3	3,8	2,13

C. Der Staat im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ¹⁴⁾

Der Staat ist im Rahmen der Gesamtwirtschaft so bedeutungsvoll, weil er einerseits den Betrieben und privaten Haushalten im Wege der Besteuerung Mittel entzieht und andererseits diese laufenden öffentlichen Einnahmen im wesentlichen für die Befriedigung von Gemeinschaftsbedürfnissen, für die Zuführung von Einkommen an private Haushalte und für die Förderung der Wirtschaft verwendet.

Nachstehend werden einige Gebarungsgrößen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zusammen mit zugehörigen Daten der gesamten öffentlichen Haushalte und des Bundessektors ¹⁵⁾ zur Darstellung gebracht. **Hiebei wurden in bezug auf die Gebarung der erwerbswirtschaftlichen Verwaltungszweige des Bundes (Bundesbetriebe) nur deren Netto-Ergebnisse**

¹²⁾ Inklusive Wien.¹³⁾ Inklusive Arbeitslosenversicherungsbeiträge, Beiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen, Sozialversicherungsbeiträge; auf Forderungsbasis (Kasseneinnahmen zuzüglich Erstattungen und Veränderungen der Forderungen); Zuordnung nach der Einhebung.¹⁴⁾ Siehe hierzu die Publikation „Österreichs Volkseinkommen 1994“, Österreichisches Statistisches Zentralamt, Wien 1995.^{14a)} Einschließlich öffentlicher Einkommen.¹⁵⁾ Bund inklusive Akademie der Wissenschaften, Österreichische Hochschülerschaft und Bundesfonds mit eigener Rechtspersönlichkeit.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung —

326 **Brutto-Inlandsprodukt, Volkseinkommen, Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen**

(laut Geldrechnung) berücksichtigt und entsprechend einem besonderen Kontenkonzept für die öffentlichen Betriebe in bestimmter Weise auf (positive oder negative) Einkommen aus Besitz und Unternehmung, indirekte Steuern (Monopole) bzw. Subventionen (strukturelle Defizitbetriebe) sowie Kapitaltransfers aufgeteilt.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) werden jährlich die hauptsächlichen Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Vorgänge in systematischer Form erfaßt und ausgewiesen. Die Reihen der VGR werden in Österreich, wie in anderen Ländern auch, von Zeit zu Zeit gründlichen Revisionen unterzogen, um weiterentwickelte Verbuchungskonzepte in die Rechnung einzuführen, wie sie von den maßgeblichen internationalen Stellen ausgearbeitet werden. Das von den UN im Jahre 1968 herausgegebene „System of National Accounts“ SNA ¹⁶⁾ gab erstmals einen integrierten Rahmen für die VGR einschließlich Input-Output-, Geldstrom- und Vermögensrechnung vor, und bedeutete eine Weiterentwicklung des früheren Systems in Richtung geschlossener **Brutto**-Erfassung aller Transaktionen und stärkerer **Differenzierung** der Güterkonten einerseits und der institutionellen Konten andererseits.

Die Ergebnisse einer auf das SNA 68 umgestellten VGR für Österreich wurden erstmals 1979 ¹⁷⁾ und in der Folge jährlich publiziert. Die jüngsten Ergebnisse wurden Ende 1995 veröffentlicht ¹⁴⁾. Nach einer 1984 erfolgten Rückrechnung ist ein VGR-Datenset aus einem Guß für den gesamten Zeitraum **1954—1994** verfügbar.

1993 erschien ein grundlegend revidiertes SNA (SNA 93) ^{17 a)}. Die Revision des Europäischen Systems der VGR (ESVG) ist i. w. 1994 abgeschlossen worden, eine entsprechende EU-Rats-Verordnung ist 1996 zu erwarten. Derzeit wird die österreichische VGR auf die EU-Vorgaben hin adaptiert. Durch die Berücksichtigung von neuem statistischen Material ergeben sich auch jährlich geringfügige Änderungen, vor allem in den jüngsten Jahren.

Brutto-Inlandsprodukt, Volkseinkommen, Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen

Auf der höchsten Aggregationsstufe liefert die VGR wichtige Gesamtgrößen (Hauptaggregate) über das Leistungsergebnis in einer bestimmten Periode (**Brutto-Inlandsprodukt**), über die Summe der erzielten Einkommen (**Volkseinkommen**) und die Gesamtheit der zur Verwendung gelangenden Waren und Dienstleistungen (**Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen**). Zwischen diesen Hauptaggregaten bestehen folgende Zusammenhänge (siehe auch Übersicht 5):

Volkseinkommen	
+ Faktoreinkommen an das Ausland	
– Faktoreinkommen aus dem Ausland	
+ Abschreibungen	
+ Indirekte Steuern	
– Subventionen	
Brutto-Inlandsprodukt	
+ Importe	
– Exporte	
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	

In den Hauptaggregaten ist der Staat mit seinem Beitrag zum BIP, der öffentlichen Lohnsumme (Volkseinkommen) bzw. dem öffentlichen Konsum und den öffentlichen Brutto-Investitionen enthalten (Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen).

Im Rahmen der Ausführungen über den Bundeshaushalt ist von besonderem Interesse, welcher Anteil des verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens vom Staat und im speziellen vom Bundessektor „für sich selbst“ verwendet wird. Zum Bundessektor zählt nicht nur der um die Gebarung der erwerbswirtschaftlichen Betriebsverwaltungen (im wesentlichen die Bundesbetriebe) verminderte Bundeshaushalt, sondern auch die Gebarungen der von Bundesbehörden verwalteten oder beaufsichtigten öffentlichen Fonds ⁸⁾ sowie die Gebarung der Akademie der Wissenschaften und der Österreichischen Hochschülerschaft. Ein Teil der Einnahmen dieser Fonds wird als öffentliche Abgaben von Bundesbehörden eingehoben und im Wege des Bundeshaushaltes an die Fonds überwiesen.

¹⁶⁾ A System of National Accounts, Studies in Methods, Series F No. 2, Rev. 3, UN, New York 1968.

¹⁷⁾ „Österreichs Volkseinkommen 1964—1977, Neuberechnung“, Heft 525 der Beiträge zur österreichischen Statistik, Wien 1979.

^{17 a)} System of National Accounts 1993; EUROSTAT, IMF, OECD, UN, World Bank; Brussels/Luxemburg, New York, Paris, Washington, D. C.; 1993.

Brutto-Inlandsprodukt, Volkseinkommen, Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen 327**Übersicht 5**

	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Milliarden Schilling										
Löhne und Gehälter	792,7	827,6	880,5	946,4	1 027,4	1 095,6	1 141,3	1 182,1	1 230,6	1 268,8
Einkünfte aus Besitz und Unternehmung (zinsbereinigt) ^{14a)}	294,1	326,5	351,6	389,1	406,0	428,9	434,8	477,7	512,0	511,7
Volkseinkommen	1 086,8	1 154,1	1 232,1	1 335,5	1 433,4	1 524,5	1 576,0	1 659,9	1 742,6	1 780,5
± Faktoreinkommen an das/aus dem Ausland	+12,9	+8,5	+8,9	+7,3	+13,1	+9,7	+9,4	+7,5	+5,2	+10,9
+ Abschreibungen	183,9	194,1	205,6	218,5	235,2	252,6	270,1	288,7	306,0	324,4
+ Indirekte Steuern (netto)	197,8	209,8	226,3	240,0	244,9	260,5	268,6	306,8	306,3	333,6
Brutto-Inlandsprodukt	1 481,4	1 566,4	1 672,9	1 801,3	1 926,5	2 047,2	2 124,1	2 262,9	2 360,1	2 449,4
+ Außenbeitrag	-7,2	-8,2	-16,2	-23,4	-16,7	-19,7	-13,9	+6,3	+19,4	+12,2
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	1 474,2	1 558,2	1 656,7	1 777,9	1 909,8	2 027,6	2 110,2	2 269,2	2 379,5	2 461,6

Quelle: ÖSTAT (bis 1994); Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) (Dezember-Prognose 1995)

Aufgrund der nachfolgenden Übersicht 6 werden 1996 vom Bundessektor selbst nur rund 6,4% des verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens für Konsumausgaben, d. s. laufende Ausgaben für Sachgüter und Dienstleistungen, verbraucht und für rund 0,6% Vermögenswerte geschaffen. Für den gesamten Staat betragen die analogen Prozentsätze rund 18,5% bzw. rund 3,0%.

Übersicht 6

	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Milliarden Schilling										
Verwendung durch:										
Öffentlicher Konsum	102,0	104,3	109,0	113,7	124,3	131,2	140,8	148,4	152,1	157,3
Brutto-Anlageinvestitionen	14,9	14,8	15,0	16,4	16,7	15,8	15,7	15,7	14,1	14,4
Bundessektor (Summe) ...	116,9	119,1	124,0	130,1	141,0	147,0	156,5	164,1	166,2	171,7
Öffentlicher Konsum	178,4	184,0	193,9	206,2	224,1	243,6	263,7	277,9	289,1	295,0
Brutto-Anlageinvestitionen	35,9	35,9	40,2	40,9	46,4	51,4	51,2	53,3	57,9	60,0
Übrige öffentliche Rechtsträger (Summe) ...	214,3	219,9	234,1	247,1	270,5	295,1	314,9	331,2	347,0	355,0
Privater Konsum	837,8	882,7	935,4	998,3	1 062,1	1 133,7	1 180,7	1 247,2	1 304,0	1 352,7
Brutto-Anlageinvestitionen	291,4	320,5	350,5	385,1	425,3	445,8	448,2	491,9	519,1	542,0
Privater Sektor (Summe) ...	1 129,2	1 203,2	1 285,9	1 383,4	1 487,4	1 579,5	1 629,0	1 739,2	1 823,1	1 894,7
Lagerbewegung und statistische Differenz	13,8	16,0	12,6	17,3	10,9	6,0	9,8	34,7	43,1	40,3
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	1 474,2	1 558,2	1 656,7	1 777,9	1 909,8	2 027,6	2 110,2	2 269,2	2 379,5	2 461,6

Quelle: ÖSTAT (bis 1994); WIFO; BMF

328 Laufende Einnahmen der öffentlichen Haushalte und deren Verwendung — Einkommenskonto

Übersicht 6 a

	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	Milliarden Schilling									
Verwendung durch:										
Öffentlicher Konsum	6,9	6,7	6,6	6,4	6,5	6,5	6,7	6,5	6,4	6,4
Brutto-Anlageinvestitionen	1,0	1,0	0,9	0,9	0,9	0,8	0,7	0,7	0,6	0,6
Bundessektor (Summe) ...	7,9	7,7	7,5	7,3	7,4	7,3	7,4	7,2	7,0	7,0
Öffentlicher Konsum	12,1	11,7	11,7	11,6	11,7	12,0	12,5	12,2	12,1	12,0
Brutto-Anlageinvestitionen	2,4	2,3	2,4	2,3	2,4	2,5	2,4	2,3	2,4	2,4
Übrige öffentliche Rechtsträger (Summe) ...	14,5	14,1	14,1	13,9	14,2	14,6	14,9	14,6	14,5	14,4
Privater Konsum	56,8	56,5	56,4	56,1	55,6	55,9	56,0	55,0	54,8	55,0
Brutto-Anlageinvestitionen	19,8	20,6	21,1	21,7	22,3	22,0	21,2	21,7	21,8	22,0
Privater Sektor (Summe) ...	76,6	77,1	77,5	77,8	77,9	77,9	77,2	76,6	76,6	77,0
Lagerbewegung und statistische Differenz	0,9	1,1	0,9	1,0	0,6	0,3	0,5	1,5	1,9	1,6
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Laufende Einnahmen der öffentlichen Haushalte und deren Verwendung

Die von den Trägern des öffentlichen Rechtes in Österreich bzw. vom Bundessektor¹⁵⁾ den privaten Haushalten und Betrieben im Wege der Besteuerung entzogenen Mittel sowie die wenigen sonstigen laufenden Einnahmen erreichen das in der Übersicht 7 ausgewiesene Ausmaß.

Die in der Übersicht 7 aufgezeigten laufenden Einnahmen werden 1995 von den Trägern des öffentlichen Rechtes im Ausmaß von knapp 40% für öffentliche Konsumausgaben verbraucht. Die restlichen Einnahmen, vermindert um die Zinsen für die Staatsschuld, werden neu verteilt, und zwar im wesentlichen durch Zuführung von Einkommen an private Haushalte sowie durch die Förderung der Wirtschaft mittels Subventionen und Darlehen.

Einkommenskonto der öffentlichen Haushalte

Übersicht 7

	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	Milliarden Schilling									
Laufende Einnahmen:										
Einkommen aus Besitz und Unternehmung	29,4	30,7	33,3	38,1	40,8	50,0	45,7	48,1	53,5	52,1
davon Bundessektor	22,4	23,1	24,9	27,6	29,1	33,6	30,1	33,2	38,0	36,1
Versicherungsleistungen	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
davon Bundessektor	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Indirekte Steuern	245,2	254,9	271,4	287,9	305,8	325,8	339,1	367,3	333,7	365,9
davon Bundessektor	173,1	178,8	190,1	201,2	213,2	229,0	236,2	254,2	224,6	250,1

Einkommenskonto

329

Übersicht 7 (Fortsetzung)

	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	Milliarden Schilling									
Direkte Steuern der privaten Haushalte	177,2	186,4	180,5	203,4	227,5	249,9	267,9	265,1	284,8	303,2
davon Bundessektor ¹⁸⁾	105,0	130,1	124,5	140,2	154,7	169,1	181,8	185,2	208,0	217,2
Direkte Steuern der Kapitalgesellschaften	26,2	28,1	33,9	35,6	39,7	47,1	44,8	33,2	39,2	52,1
davon Bundessektor	20,0	21,3	25,7	26,5	29,8	36,4	34,3	25,9	33,2	45,4
Gebühren und Strafen der privaten Haushalte	3,9	4,1	4,4	4,9	5,1	5,1	5,6	6,0	6,0	6,2
davon Bundessektor	2,8	2,9	3,1	3,4	3,4	3,3	3,5	3,8	3,8	4,0
Sozialversicherungsbeiträge ¹⁹⁾	183,3	191,8	204,3	220,6	238,9	262,3	280,0	298,6	314,6	325,0
davon Bundessektor	5,6	5,8	6,4	7,0	7,5	7,9	8,3	12,0	13,0	13,4
Imputierte Pensionsbeiträge.....	39,6	41,1	43,4	46,0	49,8	53,1	56,3	54,4	56,0	57,0
davon Bundessektor	20,4	21,0	22,1	23,5	25,5	27,2	28,9	26,1	27,0	27,4
Laufende Transfers von Trägern öffentlichen Rechts										
davon Bundessektor	5,0	6,2	7,7	7,8	11,1	13,5	15,6	15,1	14,0	17,0
Laufende Transfers vom Ausland.....	0,7	0,6	0,6	0,7	0,9	0,7	0,7	0,8	9,4	2,8
davon Bundessektor	0,3	0,3	0,2	0,3	0,4	0,2	0,2	0,3	8,9	2,3
Laufende Einnahmen (Summe)	705,7	738,0	772,3	837,5	908,8	994,4	1 040,5	1 074,2	1 097,6	1 164,7
davon Bundessektor	354,8	389,2	404,7	437,6	475,0	520,6	539,2	556,0	570,8	613,2
Laufende Ausgaben:										
Öffentlicher Konsum	280,4	288,4	302,9	319,9	348,4	374,8	404,5	425,2	444,0	451,0
davon Bundessektor	102,0	104,3	109,0	113,7	124,3	131,2	140,8	148,4	155,0	156,0
Zinsen für die Staatsschuld..	58,4	61,8	66,4	73,1	81,9	87,5	91,9	91,5	102,3	109,9
davon Bundessektor	49,4	53,1	58,0	64,3	72,9	78,4	82,8	82,7	91,4	96,6
Versicherungsprämien, netto	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
davon Bundessektor	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Subventionen	47,4	45,1	45,1	47,9	60,9	65,3	70,6	62,2	62,9	58,7
davon Bundessektor	37,5	34,7	34,1	35,2	47,4	48,8	53,5	43,7	42,9	38,7
Sozialversicherungsleistungen.....	161,5	167,8	176,4	188,7	199,9	212,3	229,4	246,8	264,5	274,4
Pensionen der Hoheitsverwaltung	63,4	66,0	70,1	74,5	80,8	85,9	91,5	96,2	101,5	103,5
davon Bundessektor	38,4	39,9	42,4	45,0	48,9	52,0	55,7	58,9	62,0	63,0
Sonstige Sozialtransfers.....	87,0	85,2	86,4	94,1	103,7	117,2	142,3	152,7	153,5	149,5
davon Bundessektor	67,4	64,8	64,3	70,3	77,5	86,9	108,3	113,0	109,4	105,5
Laufende Transfers an Träger öffentlichen Rechts Bundessektor	96,3	105,5	105,5	111,0	121,4	125,4	140,0	152,0	163,6	169,4
Laufende Transfers an das Ausland.....	3,9	4,3	4,7	5,5	6,5	8,0	8,5	9,6	14,9	18,8
davon Bundessektor	1,0	1,1	1,2	1,6	2,0	2,1	2,7	3,5	8,7	12,4
Laufende Ausgaben (Summe)	702,2	718,8	752,4	804,0	882,5	951,5	1 039,3	1 084,7	1 144,0	1 166,2
davon Bundessektor	392,1	403,7	414,7	441,4	494,6	525,0	584,1	602,4	633,3	641,9

Quelle: ÖSTAT (bis 1994); BMF

¹⁸⁾ Bis 1987 werden die Einnahmen um die Leistungen des Bundes an die Länder für Zwecke der Wohnbauförderung vermindert dargestellt. Ab 1988 werden diese Leistungen als zweckgebundene Zuschüsse (Kapitaltransfers) veranschlagt.

¹⁹⁾ Einschließlich Pensionsbeiträge der Beamten der Hoheitsverwaltung und der Betriebe.

330

Öffentliches Sparen — Vermögensveränderungskonto

Die laufenden Einnahmen des Bundessektors werden folgendermaßen verwendet: Mit jeweils etwas mehr als einem Viertel für Konsumausgaben und Transfers an öffentliche Rechtsträger, der Rest für Zinsen und im Wege der Neuverteilung für Transfers an private Haushalte und die Wirtschaft (einschließlich Investitionsförderung).

Abschließend kann gesagt werden, daß die Kosten der öffentlichen Verwaltung im Vergleich zu anderen Ländern nicht als außerordentlich hoch zu bezeichnen sind. Die hohe Steuerbelastung des österreichischen Inlandsproduktes erklärt sich vor allem daraus, daß die Transferzahlungen („Umverteilung“) eine besonders große Rolle spielen.

Öffentliches Sparen und Öffentliche Vermögensrechnung

Zur Gewinnung eines Überblickes über die Vermögensveränderungen der öffentlichen Rechtsträger werden die entsprechenden Gebarungen in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf einem Vermögensveränderungskonto zusammengefaßt. Der Vermögensgebarung werden alle Ausgaben und Einnahmen zugerechnet, die die Zusammensetzung oder direkt die Höhe des öffentlichen Vermögens beeinflussen: Im wesentlichen handelt es sich um Vermögensumschichtungen innerhalb eines öffentlichen Rechtsträgers oder um Vermögensübertragungen zwischen öffentlichen Rechtsträgern bzw. zwischen dem Staat und privaten Sektor.

In der Übersicht 8 wird der Saldo aus den laufenden Einnahmen der öffentlichen Haushalte bzw. des Bundessektors abzüglich deren laufenden Ausgaben (Konsumausgaben und laufende Transferzahlungen) als „Öffentliches Sparen“ ausgewiesen. Durch dieses Nichtverbrauchen von laufenden Einnahmen für laufende Ausgaben tritt ein Vermögenszuwachs bei der öffentlichen Hand ein. Nähere Einzelheiten über die Zusammensetzung der gesamten Vermögensausgaben und -einnahmen enthält die nachstehende Übersicht 8:

Vermögensveränderungskonto der öffentlichen Haushalte

Übersicht 8

	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	Milliarden Schilling									
Sparen.....	3,5	19,2	19,9	33,5	26,3	42,9	1,2	-10,5	-46,4	-1,5
davon Bundessektor	-37,3	-14,5	-10,0	-3,8	-19,6	-4,4	-44,9	-46,5	-62,5	-28,7
Abschreibungen.....	11,6	11,8	12,2	12,8	13,5	13,8	14,5	15,1	15,6	16,1
davon Bundessektor	2,6	2,7	2,8	2,9	3,1	3,1	3,3	3,4	3,6	3,8
Kapitaltransfer, netto vom Inland.....	-26,8	-27,3	-23,0	-26,9	-26,3	-27,4	-34,6	-33,2	-41,3	-42,6
davon Bundessektor	-17,9	-18,1	-13,3	-14,7	-12,0	-11,8	-12,8	-11,4	-15,0	-15,6
Kapitaltransfer, netto von Trägern öffent- lichen Rechts.....										
Bundessektor ¹⁸⁾	-5,6	-21,3	-21,8	-23,3	-26,3	-28,3	-29,8	-30,3	-35,4	-38,3
Kapitaltransfer, netto vom Ausland	-0,0	-0,0	-0,1	-0,1	-0,3	-0,2	-0,4	-0,3	-0,2	-0,2
davon Bundessektor	-0,0	-0,0	-0,1	-0,1	-0,2	-0,2	-0,4	-0,3	-0,2	-0,2
Finanzierung der Brutto- vermögensbildung.....	-11,8	3,6	9,0	19,3	13,2	29,0	-19,3	-28,9	-72,3	-28,2
davon Bundessektor	-58,2	-51,2	-42,4	-39,1	-55,1	-41,6	-84,6	-85,1	-109,5	-79,0
Brutto-Anlageinvestitionen...	50,7	50,7	55,2	57,3	63,0	67,7	67,5	70,1	72,0	74,4
davon Bundessektor	14,9	14,8	15,0	16,4	16,7	15,8	15,7	15,7	14,1	14,4
Erwerb von Liegen- schaften, netto	0,7	0,6	0,6	0,7	0,5	0,0	1,2	2,3	0,7	0,7
davon Bundessektor	0,6	0,4	0,4	-0,4	0,1	-0,7	0,0	0,5	0,0	0,0
Netto Kreditgewährung/ Verschuldung (= öffentliches Defizit).....	-63,2	-47,7	-46,8	-38,7	-50,4	-38,7	-88,0	-101,3	-145,0	-103,3
davon Bundessektor	-73,6	-66,4	-57,8	-55,1	-71,9	-56,7	-100,4	-101,4	-123,6	-93,4
Bruttoinlandsprodukt	1 481,4	1 566,4	1 672,9	1 801,3	1 926,5	2 047,2	2 124,1	2 262,9	2 360,1	2 449,4
Öffentliches Defizit, in % des BIP	4,3	3,0	2,8	2,2	2,6	1,9	4,1	4,5	6,1	4,2

Quelle: ÖSTAT (bis 1994); BMF

Brutto-Anlageinvestitionen — Öffentliches Sparen

331

Brutto-Anlageinvestitionen

Die Brutto-Anlageinvestitionen stellen nicht nur einen bedeutenden Faktor auf der Ausgabenseite der Öffentlichen Vermögensrechnung, sondern auch den wesentlichsten Teil der Brutto-Vermögensbildung der Volkswirtschaft dar. Ihre Höhe beträgt:

Übersicht 9

	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	Milliarden Schilling									
Brutto-Anlageinvestitionen des Staates	50,7	50,7	55,2	57,3	63,0	67,3	66,9	70,1	72,0	74,4
privaten Sektors	291,4	320,5	350,5	385,1	425,3	445,8	448,2	491,9	519,1	542,0
Zusammen ...	342,1	371,2	405,7	442,4	488,4	513,1	515,1	562,0	591,1	616,4
Davon Bundessektor	14,9	14,8	15,0	16,4	16,7	15,8	15,7	15,7	14,1	14,4

Quelle: ÖSTAT (bis 1994); BMF; WIFO

Öffentliches Sparen

Finanziert werden die Brutto-Anlageinvestitionen aus dem im vorhergehenden Absatz erwähnten „Öffentlichen Sparen“, dem analogen „Privaten Sparen“, aus den unverteilteten Gewinnen der Kapitalgesellschaften (Selbstfinanzierung), aus Abschreibungen und aus Netto-Vermögensübertragungen aus dem Ausland.

Die öffentlichen und gesamtwirtschaftlichen Ersparnisse betragen:

Übersicht 10

	1987		1988		1989		1990	
	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Mrd. S	%
Öffentliches Sparen	3,5	2,1	19,2	10,1	19,9	9,2	33,5	13,1
Sparen der privaten Haushalte	118,6	70,0	115,6	60,0	136,9	62,6	158,3	62,1
Unverteilte Gewinne der Kapitalgesellschaften (Nach Steuer = Selbstfinanzierung)	47,3	28,0	56,4	29,9	59,6	28,2	63,1	24,8
Zusammen ...	169,3	100,0	190,6	100,0	216,4	100,0	254,9	100,0
Hievon Bundessektor	-37,3		-14,5		-10,0		-3,9	

	1991		1992		1993		1994	
	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Mrd. S	%
Öffentliches Sparen	26,3	9,9	38,6	14,6	-3,3	-1,3	-11,3	-4,0
Sparen der privaten Haushalte	174,4	65,8	163,4	61,7	164,7	66,8	196,1	68,9
Unverteilte Gewinne der Kapitalgesellschaften (Nach Steuer = Selbstfinanzierung)	64,3	24,3	62,9	23,7	85,2	34,5	99,9	35,1
Zusammen ...	265,0	100,0	264,9	100,0	246,6	100,0	284,7	100,0
Hievon Bundessektor								

Quelle: ÖSTAT

332

Öffentliche Verschuldung

Öffentliche Verschuldung ²⁰⁾

Im Zusammenhang mit der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion werden für die Beurteilung der finanziellen Lage der öffentlichen Haushalte zwei Kennzahlen berechnet:

- a) öffentliches Defizit, in % des BIP,
- b) öffentliche Verschuldung, in % des BIP.

Der 1. Indikator ist in Übersicht 8 enthalten, der 2. Indikator ist in Übersicht 11 abgeleitet. 1993 wurden in Österreich erstmals beide im „Maastrichter Vertrag“ festgelegten Grenzwerte überschritten (3% für das öffentliche Defizit bzw. 60% für die öffentliche Verschuldung).

Übersicht 11

	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	Milliarden Schilling									
Bund										
Finanzschulden lt. Bundesrechnungsabschluß	700,1	749,2	796,2	853,6	932,0	988,0	1 104,6	1 218,1		
minus Darlehen öffentlicher Rechtsträger	-0,3	-0,2	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-1,2		
plus Schulden/minus Forderungen aus Währungstauschverträgen	-2,5	-2,5	+4,0	+8,1	+5,8	+4,0	+4,4	+10,3		
plus Silbermünzen (OeNB)	-	-	-	-	-	+1,3	+1,4	+1,5		
minus eigene Bundestitel	-	-	-	-	-1,1	-1,1	-1,5	-2,8		
Verschuldung lt. Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen	697,3	746,5	800,1	861,6	936,6	992,2	1 108,9	1 225,9	1 342,4	1 432,4
ASFINAG ²¹⁾	49,5	54,1	58,8	64,1	68,9	72,5	78,2	79,6	83,0	84,6
Bundesfonds ²²⁾	8,9	13,5	13,3	13,1	13,7	17,1	23,5	23,7	25,0	25,0
Länder ohne Wien	43,3	43,0	40,0	39,5	38,8	39,5	43,7	48,2	63,0	71,5
Gemeinden ohne Wien	45,3	45,1	44,9	44,2	45,2	47,7	53,2	57,2	69,0	77,5
Wien	26,0	30,2	27,5	28,1	27,4	24,5	26,9	37,0	50,0	56,0
Öffentliche Verschuldung, insgesamt	870,2	932,3	984,6	1 050,6	1 130,6	1 193,6	1 334,4	1 471,5	1 632,4	1 747,0
Bruttoinlandsprodukt	1 481,4	1 566,4	1 672,9	1 801,3	1 926,5	2 047,2	2 124,1	2 262,9	2 360,1	2 449,4
Öffentliche Verschuldung, in % des Bruttoinlandsproduktes	58,7	59,5	58,9	58,3	58,7	58,3	62,8	65,0	69,2	71,3

²⁰⁾ Nach den Konzepten der VGR, ohne Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Rechtsträgern.

²¹⁾ Einschließlich Verschuldung der Straßenbausondergesellschaften.

²²⁾ Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds, Bundeswohnbaufonds, Insolvenz-Ausfallgeldfonds, Arbeitsmarktservice.

III. Bundesgebarung der Vor- und Nachjahre

Gebarung 1945 bis 1995

Für die Jahre 1945 bis 1994 liegen die Ergebnisse des Rechnungsabschlusses vor, während den Ausführungen über das Jahr 1995 die Daten des vorläufigen Gebarungserfolges zugrunde gelegt sind.

Zu den Gebarungen der einzelnen Verwaltungsjahre ist zusammenfassend zu bemerken:

1945—1952

Im Jahre 1945 war ein Voranschlag nicht aufgestellt worden. Der Rechnungsabschluß für das Rechnungsjahr 1945 umfaßt nur die Gebarung ab Beginn der österreichischen Kassentätigkeit im April/Mai 1945, somit nur rund acht Monate. Für das Jahr 1946 stand als Grundlage für die Haushaltsverwaltung des Bundes erstmalig seit dem Jahr 1938 wieder ein Bundesvoranschlag zur Verfügung.

Die Ausweitung des Rahmens der Bundeshaushalte in den folgenden Jahren bis zur Stabilisierung der Währung und des Bundeshaushaltes in den Jahren 1952/53 hat im wesentlichen seine Ursache in den Auswirkungen der in diesem Zeitraum durchgeführten fünf allgemeinen Preis- und Lohnübereinkommen, die eine Senkung der inländischen Kaufkraft der österreichischen Schillingwährung zur Folge hatten. Nähere Einzelheiten darüber können in den Erläuterungen zu den Bundesfinanzgesetzen der Vorjahre (letztmalig in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1954 auf Seite 5 bis 11) nachgelesen werden.

1953—1957

In den Jahren 1953 bis 1957 ist die weitere Erhöhung des Budgetvolumens bedingt durch Mehraufwendungen aus zwischenstaatlichen Verträgen und gesetzlichen Maßnahmen (Wiederaufnahme des Vorkriegsschuldendienstes, Durchführung des Staatsvertrages und Aufbau der Landesverteidigung, Valorisierung der Bezüge der Bundesbediensteten, Ausweitung des Familienlastenausgleiches und der Sozialversicherung), durch die Erhöhung des Kulturbudgets und durch finanzpolitische Maßnahmen zur Konjunkturbeeinflussung. Trotz dieser Budgetausweitung schloß die Bundesrechnung in den Jahren 1953 und 1954 in der Gesamtgebarung, in den Jahren 1955 bis 1957 in der ordentlichen Gebarung mit einem Überschuß ab.

Diese günstige Entwicklung begann im Jahre 1953 nach der durchgeführten Budgetsanierung und Währungsstabilisierung. Die Zunahme der Haushaltseinnahmen und die damit Hand in Hand erfolgte Ausweitung des Budgetvolumens hielt sich im Rahmen der Steigerung des Brutto-Nationalproduktes.

Einzelheiten über die Gebarungsentwicklung 1953 bis 1957 können den Erläuterungen zu den Bundesfinanzgesetzen der Vorjahre entnommen werden. Zusammenfassende Berichte enthalten die Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1957 auf Seite 8 bis 11 (Gebarung 1953 bis Voranschlag 1956) und die Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1959 auf Seite 17 bis 20 (Erfolg 1956 und Gebarung 1957).

1958—1966

In diesem Zeitraum stehen in der österreichischen Budgetpolitik die konjunktur- und währungspolitischen Überlegungen im Vordergrund.

In der ersten Phase mußten zur Abwehr des Übergreifens der 1958 eingetretenen internationalen Konjunkturabschwächung auf Österreich wirtschaftsbelebende Maßnahmen getroffen werden. Im wesentlichen waren es höhere Investitionsmittel, die im Wege von Kreditoperationen beschafft worden waren.

Mit der zweiten Phase setzten Bemühungen ein, eine Entspannung der nach der Konjunkturabschwächung eingetretenen überhitzten konjunkturellen Lage herbeizuführen. Die bei der Budgeterstellung 1962 angestrebte Währungsneutralität des Budgets wurde erreicht.

Mit dem Bundesvoranschlag 1963 begann eine dritte Phase, in der im Interesse einer Steigerung des Volkseinkommens und zur Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigtenstandes Investitionen begünstigt wurden. Die Schwierigkeiten einer verlässlichen Konjunkturprognose und die praktisch sehr begrenzten Möglichkeiten zur Anpassung der Staatsausgaben an die Konjunktur waren in dieser Phase ausschlaggebend dafür, daß die Bundeshaushalte konjunkturpolitisch bereits bei der Erstellung nicht überfordert wurden. Das durch das Budget bewirkte inlandswirksame Defizit konnte von 2,6 Milliarden Schilling im Jahre 1963 auf 0,5 Milliarden Schilling im Jahre 1965 und 0,9 Milliarden Schilling im Jahre 1966 verringert werden.

334

Bundesgebarung 1967 bis 1972

Einzelheiten über die Gebarungsentwicklung 1958 bis 1966 können den Erläuterungen in den Amtsbehelfen zum Bundesfinanzgesetz wie folgt entnommen werden:

Erläuterungen in den Amtsbehelfen		Einzelheiten über
für das Jahr	Seite	
1959	20—22	Voranschlag 1958/59
1961	21—23	Erfolg 1958/59
		Voranschlag 1960
1962	23—25	Erfolg 1960
		Voranschlag 1961
1963	22—24	Erfolg 1961
		Voranschlag 1962
1964	22—24	Erfolg 1962
		Voranschlag 1963
1965	23—26	Erfolg 1963
		Voranschlag 1964
1966	26—29	Erfolg 1964
		Voranschlag 1965
1967	32—35	Erfolg 1965
		Voranschlag 1966
1968	36—39	Erfolg 1966

1967—1972

Der im Jahre 1967 in den meisten westlichen Industriestaaten eingetretene Konjunkturrückgang hat sich in Österreich noch 1968 ausgewirkt und beeinflusste auch das Staatsbudget. In den nachfolgenden konjunkturell überaus günstigen Jahren wurde von den Bundesfinanzen her ein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierungspolitik geleistet und durch Ausgabenbindungen, Stilllegung von Mehreinnahmen, Rücklagenzuführungen und vorzeitige Finanzschuldenrückzahlungen der Konjunkturüberhitzung entgegengewirkt. Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen zeigt die Tatsache, daß in diesem Zeitraum die Bruttoausgaben des Bundes um rund 48 vH, das Bruttonationalprodukt jedoch um 57 vH gestiegen ist.

Das Nettodefizit der Bundesgebarung (das ist Bruttodefizit abzüglich Finanzschuldenrückzahlungen) betrug 1968 5,5 Milliarden Schilling und verminderte sich in den Jahren 1969 bis 1972 von 2,2 auf 1,5 Milliarden Schilling. Das inlandswirksame Defizit der Bundesgebarung (das ist der Ausgabenanteil, der die Nachfrage im Inland entscheidend beeinflusst) sank bereits 1969 auf 0,8 Milliarden Schilling (0,2 vH des Bruttonationalproduktes) und verwandelte sich in den Jahren 1971/1972 in einen inlandswirksamen Überschuß von rund 2 Milliarden Schilling (0,4 vH des Bruttonationalproduktes). Die Ausgaben des Bundes für Investitionszwecke erhöhten sich in der Zeit von 1968 bis 1972 von 16,2 auf 25,5 Milliarden Schilling und betragen jeweils ein Vielfaches des Gebarungsdefizites. Weiters erhöhten sich in den Jahren 1968 bis 1972 insbesondere auch die Ausgaben für Sozialleistungen sowie für Unterricht, Wissenschaft und Forschung.

Einzelheiten über die Gebarungsentwicklung 1967 bis 1972 können den Erläuterungen in den Amtsbehelfen zum Bundesfinanzgesetz wie folgt entnommen werden:

Erläuterungen in den Amtsbehelfen		Einzelheiten über
für das Jahr	Seite	
1968	36—39	Voranschlag 1967
1969	38—41	Erfolg 1967
		Voranschlag 1968
1970	279—283	Erfolg 1968
		Voranschlag 1969
1971	268—271	Erfolg 1969
		Voranschlag 1970
1972	285—288	Erfolg 1970
		Voranschlag 1971
1973	287—290	Erfolg 1971
		Voranschlag 1972
1974	295—300	Erfolg 1972

Bundesgebarung 1973 bis 1994

335

1973—1994

Das **Haushaltsjahr 1973** war wesentlich durch tiefgreifende Reformen und einschneidende Veränderungen (EWG-Beitritt, Einführung der Mehrwertsteuer, Systemänderung bei der Einkommensteuer, neuer Finanzausgleich) beeinflusst. Das Budget 1973 wurde daher unter dem Gesichtspunkt einer flexiblen Budgetpolitik gestaltet. Das inlandswirksame Defizit verminderte sich von 5 auf 3 Milliarden Schilling. Die Finanzschulden erhöhten sich, wenn man von der zweckgebundenen Bereitstellung von Mitteln für die Sonderfinanzierung Vorratsentlastung (im Zuge der Einführung der Mehrwertsteuer) und Entwicklungshilfe absieht, nur um 1,9 Milliarden Schilling. Auslandsanleihen wurden im Jahre 1973 keine aufgenommen.

Für die kassamäßige Finanzierung des nominellen Bruttodefizites im Jahre 1973 von 12,8 Milliarden Schilling wurden im wesentlichen Erlöse aus Kreditoperationen herangezogen. Das Nettodefizit belief sich auf 7,1 Milliarden Schilling. Die Ausgaben für Investitionszwecke betragen rund 27,7 Milliarden Schilling.

Bei der Erstellung des Budgetkonzepts für das **Jahr 1974** war einerseits bei anhaltender Hochkonjunktur dem eingeschlagenen stabilitätspolitischen Kurs Rechnung zu tragen, andererseits sollten im Falle von Abschwächungstendenzen zusätzliche Ausgabenpläne rasch realisiert werden können.

Das nominelle Bruttodefizit betrug im Voranschlag 1974 10,9 Milliarden Schilling. Es erhöhte sich durch die Ermächtigungen im BFG 1974 (Darlehen für Entwicklungshilfeszwecke und Freigabe aus der Stabilisierungsquote) sowie durch sozialpolitische und konjunkturpolitische Maßnahmen auf 18,5 Milliarden Schilling. Unter Berücksichtigung der Finanzschuldenrückzahlungen betrug das Nettodefizit 11,6 Milliarden Schilling. Das inlandswirksame Defizit lag bei 5,8 Milliarden Schilling. Für Investitionszwecke sind 32,8 Milliarden Schilling zur Verfügung gestellt worden.

Die österreichische Bundesregierung hat im Sinne ihrer wirtschaftspolitischen Zielsetzung auch im **Jahre 1975** Budgetmittel im Rahmen einer gezielten und zweckmäßigen Konjunkturpolitik herangezogen. Durch rechtzeitig erstellte und durchgeführte Konjunkturprogramme konnten die Auswirkungen der weltweiten Rezession auf Österreich abgeschwächt werden.

Die konzentrierten Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung und die konjunkturbedingten Ausfälle bei den Steuer- und Betriebseinnahmen führten im Jahre 1975 zu einer Erhöhung des Budgetabganges auf etwas mehr als 37 Milliarden Schilling.

Das nominelle Bruttodefizit betrug im Voranschlag 1975 16,3 Milliarden Schilling. Es erhöhte sich durch die Ermächtigungen im BFG 1975 zur Freigabe aus dem Konjunkturausgleich-Voranschlag. Die weltweiten Rezessionserscheinungen im Jahre 1975 bedingten auch in Österreich eine Konjunkturlage, die die bereits erwähnten Mindereinnahmen und Mehrausgaben zur Folge hatte, sodaß sich das Bruttodefizit des Bundes auf 37,2 Milliarden Schilling erhöhte. Unter Berücksichtigung der Finanzschuldenrückzahlungen betrug das Nettodefizit 29,7 Milliarden Schilling. Das inlandswirksame Defizit betrug rund 26,1 Milliarden Schilling.

Bei der Budgeterstellung für das **Jahr 1976** war die österreichische Bundesregierung davon ausgegangen, daß die österreichische Wirtschaft im Laufe des Jahres 1976 von der internationalen Entwicklung keinen besonderen konjunkturstützenden Einfluß erwarten kann und daher zur Sicherung der Arbeitsplätze in erster Linie inländische nachfragebelebende Maßnahmen vorgesehen werden müssen, um einen nachhaltigen Aufschwung für die Zukunft herbeizuführen.

Zu Beginn des Jahres 1976 wurden daher 3 Milliarden Schilling aus der Stabilisierungsquote des Konjunkturausgleichsvoranschlags freigegeben, mit welchem konjunkturpolitisch wichtige zusätzliche Aufträge an die österreichische Wirtschaft vergeben wurden. Zur Belebung der allgemeinen Investitionstätigkeit wurden die im Jahre 1976 vorgenommenen Investitionen von der (4%igen) Investitionssteuer befreit. Auch die Wiedereinsetzung der vorzeitigen Abschreibung in der Höhe von 50 vH für private Bauinvestitionen im Jahre 1976 diente der Kompensation des privaten Nachfrageausfalls, der durch den öffentlichen Sektor nicht zur Gänze wettgemacht werden konnte.

Weitere Maßnahmen wurden gesetzt durch die Anhebung der Bundesmineralölsteuer ab März 1976 und durch die Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer ab 1. Oktober 1976.

Diese budgetären bzw. steuerlichen Maßnahmen wurden durch Verbesserung der Fremdfinanzierungsmöglichkeiten im Rahmen des ERP-Fonds und der Investitionskredit AG sowie durch eine Verbesserung der Exportförderung abgestützt.

Diese Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung und die konjunkturbedingten Ausfälle bei den Steuer- und Betriebseinnahmen führten im Jahre 1976 zu einer Erhöhung des Budgetabganges von 36 auf 44 Milliarden Schilling. Der Erfolg dieser konsequenten Haushaltspolitik des Jahres

336

Bundesgebarung 1973 bis 1994

1976 ist ersichtlich aus einer realen Wachstumsrate der österreichischen Wirtschaft von 5,2 vH, die bei der Budgeterstellung für das Jahr 1976 noch mit etwa 1,5 bis 2 vH prognostiziert worden war.

Die saisonbereinigte Arbeitslosenrate, die im Jahresdurchschnitt 1976 nur 2,0 vH betrug, sank bis zum Jahresende auf 1,7 vH. Mit dieser Arbeitslosenrate war die Vollbeschäftigung praktisch gegeben.

Mit einer durchschnittlichen Preissteigerung von 7,3 vH, der eine Steigerungsrate im OECD-Bereich (insgesamt) von 8,6 vH und im OECD-Bereich (Europa) von 10,8 vH gegenüberstand, nahm Österreich auch in diesem Bereich im Jahre 1976 eine günstige Position ein.

Das Bruttodefizit betrug 1976 44 Milliarden Schilling. Bringt man von dem für die Finanzierung dieses Defizites aufgenommenen Finanzschuldenbetrag die 1976 erfolgten Finanzschuldenänderungen (insbesondere Tilgungen) in Abzug, verbleibt ein Nettozuwachs der Finanzschuld von 33,4 Milliarden Schilling. Dem stehen Ausgaben für den Erwerb von Kapitalbeteiligungen (insbesondere verstaatlichte Banken und internationale Finanzinstitutionen) von 2 Milliarden Schilling, für Bruttoinvestitionen des Bundes (einschließlich Liegenschaftserwerb und Investitionen der Bundesbetriebe) von 21 Milliarden Schilling und für Investitionen im Bereich der österreichischen Volkswirtschaft (Investitionsförderung) von 13 Milliarden Schilling gegenüber.

Die Zielsetzungen bei der Budgeterstellung für das **Jahr 1977**, das rezessionsbedingte hohe Ausmaß der Kreditfinanzierung des Bundeshaushaltes in den letzten Jahren zukünftig zu vermindern, kann für 1977 als gelungen angesehen werden. Gegenüber den Annahmen bei der Vorschlagserstellung für das Jahr 1977 verminderten sich nach den ermittelten vorläufigen Erfolgsdaten das Bruttodefizit von 43,6 auf 41,9 Milliarden Schilling, das Nettodefizit von 31,4 auf 29,9 Milliarden Schilling und das inlandwirksame Defizit von 27,7 auf 23,1 Milliarden Schilling. Im Jahre 1976 betragen diese Daten noch 44,0, 33,3 und 26,5 Milliarden Schilling, lagen also durchwegs höher als 1977.

Als Gegenmaßnahme zu einer Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Situation hat die Bundesregierung im Herbst 1977 ein Maßnahmenpaket beschlossen, das in das Bundesbudget 1978 Eingang gefunden hat. Im Jänner des laufenden Jahres wurde es durch ein arbeitsplatzorientiertes Strukturprogramm ergänzt. Außerdem unterstützt diese Maßnahmen die einkommenspolitische Zurückhaltung der Sozialpartner. Auf Grund der getroffenen Maßnahmen soll das Wachstum des privaten Konsums etwas eingeschränkt, die Investitionstätigkeit hingegen gefördert werden.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Bruttoausgaben von 236,7 Milliarden Schilling Einnahmen von 194,8 Milliarden Schilling gegenüber, so daß das Bruttodefizit 41,9 Milliarden Schilling beträgt. Bringt man von dem für die Finanzierung dieses Defizites aufgenommenen Finanzschuldenbetrag die 1977 erfolgten Finanzschuldenänderungen (insbesondere Tilgungen und Kurskorrekturen) in Abzug, verbleibt ein Nettozuwachs der Finanzschuld von 30,8 Milliarden Schilling. Diesem Schuldenzuwachs stehen Ausgaben für den Erwerb von Kapitalbeteiligungen (insbesondere auch internationale Finanzinstitutionen) von 1,4 Milliarden Schilling, Bruttoinvestitionen des Bundes (einschließlich Liegenschaftserwerb und Investitionen der Bundesbetriebe) von 21,4 Milliarden Schilling und Ausgaben für Investitionen im Bereich der österreichischen Volkswirtschaft (Investitionsförderung) von 15,3 Milliarden Schilling gegenüber.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesbudgets 1978** wurde mit einer realen Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes von 1,5 vH und einer nominellen Wachstumsrate von 7 vH gerechnet. Mit 6,4 vH lag das tatsächliche nominelle Wachstum etwas unter diesem Wert.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Bruttoausgaben von 266,1 Milliarden Schilling Einnahmen von 214,9 Milliarden Schilling gegenüber, so daß das Bruttodefizit 51,2 Milliarden Schilling beträgt. Bringt man von dem für die Finanzierung dieses Defizites aufgenommenen Finanzschuldenbetrag die 1978 erfolgten Finanzschuldenänderungen (insbesondere Tilgungen und Kurskorrekturen) in Abzug, verbleibt ein Nettozuwachs der Finanzschuld von 35,4 Milliarden Schilling. Diesem Schuldenzuwachs stehen Ausgaben für den Erwerb von Kapitalbeteiligungen (insbesondere auch internationale Finanzinstitutionen) von 1,2 Milliarden Schilling, Bruttoinvestitionen des Bundes (einschließlich Liegenschaftserwerb und Investitionen der Bundesbetriebe) von 24,5 Milliarden Schilling und Ausgaben für Investitionen im Bereich der österreichischen Volkswirtschaft (Investitionsförderung) von 17,2 Milliarden Schilling gegenüber.

Die Bedeckung des Gebarungsabganges konnte im Rahmen der Ermächtigungen des Bundesfinanzgesetzes (einschließlich Novelle) gefunden werden. Durch die Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1978 war eine Freigabe aus dem Konjunkturausgleichsbudget nicht erforderlich. Die nominelle Wachstumsrate für 1978 betrug 6,4 vH. Demgegenüber erhöhten sich die Bundesausgaben von 1977 auf 1978 aufgrund der aufgezeigten wirtschaftlichen Notwendigkeiten etwas mehr, und zwar

Bundesgebarung 1973 bis 1994

337

um rund 12,5 vH, und die Einnahmen um 10,3 vH. Nach Ausscheiden der oben genannten saldoneutralen Gebarungen nur um 10,6 vH bzw. 7,8 vH.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesbudgets 1979** wurde mit einer realen Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes von 3 vH und einer nominellen Wachstumsrate von 6,5 vH gerechnet. Mit 8,5 vH lag das tatsächliche nominelle Wachstum deutlich über diesem Wert, das tatsächliche reale Wachstum betrug 5 vH.

Die wirtschaftspolitischen Ergebnisse des Jahres 1979 finden in der Budgetentwicklung nicht ihren vollen Niederschlag, da sich etwa die Exportsteigerungen erst mit Verzögerung auf das Steueraufkommen auswirken. Nachteilig auf den Budgetvollzug hat sich auch ausgewirkt, daß bei der Einkommensteuer die zur Veranlagung gekommenen Jahre geringere Gewinne als angenommen erbrachten. Ferner ergaben sich aus der zur Erhaltung des guten Investitionsklimas im Feber 1979 beschlossenen Sistierung der Selbstverbrauchsteuer Mindereinnahmen im Bereich der Umsatzsteuer.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 288,1 Milliarden Schilling Einnahmen von 237,6 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 50,5 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 18,0 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 32,5 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt 3,55 vH des Bruttoinlandsproduktes und bedeutet eine Verringerung gegenüber 1978 um rund 0,6 Prozentpunkte.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesbudgets 1980** wurde von einer realen Wachstumsrate von 3 vH und einem nominellem Wachstum von 7 vH ausgegangen. Mit voraussichtlich 9 vH lag die tatsächliche nominelle Zuwachsrate deutlich über diesem Wert, aber auch das tatsächliche reale Wachstum übertraf den Ausgangswert um einen halben Prozentpunkt.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 306,5 Milliarden Schilling Einnahmen von 259,0 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 47,5 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 18,2 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 29,3 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt 2,94 vH des Brutto-Inlandsproduktes und bedeutet eine Verringerung gegenüber 1979 um rund 0,6 Prozentpunkte. Der inlandswirksame Ausgabenüberschuß beträgt rund 23,8 Milliarden Schilling. Dies bedeutet eine Verringerung gegenüber dem BVA 1980 um rund 2,0 Milliarden Schilling und gegenüber dem Erfolg des Jahres 1979 um rund 2,6 Milliarden Schilling.

Der Bundesvoranschlag 1980 sah bei Gesamtausgaben von 302,2 Milliarden Schilling und Gesamteinnahmen von 253,2 Milliarden Schilling einen Brutto-Abgang von 49,0 Milliarden Schilling und einen Netto-Abgang von 30,7 Milliarden Schilling vor. Durch die teilweise Ausnützung der Ermächtigung gemäß Artikel VIII a BFG 1980 in Höhe von 500 Millionen Schilling hätte sich der Brutto- und Netto-Abgang jeweils um diesen Betrag erhöht. Gegenüber dieser Annahme verringerte sich in der Jahresrechnung der Brutto-Abgang jedoch um 2 Milliarden Schilling und der Netto-Abgang um 1,9 Milliarden Schilling. Die Verringerung des Abganges beruht hauptsächlich darauf, daß die Mehreinnahmen gegenüber dem Voranschlag mit 5,8 Milliarden Schilling höher ausfielen, während an Mehrausgaben nur 4,3 Milliarden Schilling erforderlich waren.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesbudgets 1981** wurde von einer realen Wachstumsrate von rund 1 vH und einem nominellen Wachstum von 7 vH ausgegangen. Mit voraussichtlich 5 vH lag die tatsächliche nominelle Zuwachsrate deutlich unter diesem Wert, real dürfte eine Stagnation eingetreten sein.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 339,5 Milliarden Schilling Einnahmen von 287,8 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 51,7 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 24,2 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 27,5 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt 2,63 vH des Brutto-Inlandsproduktes und bedeutet eine Verringerung gegenüber 1980 um rund 0,3 Prozentpunkte. Der inlandswirksame Ausgabenüberschuß beträgt rund 22 Milliarden Schilling. Dies bedeutet eine Erhöhung gegenüber dem BVA 1981 um rund 1 Milliarde Schilling.

Der Bundesvoranschlag 1981 sah bei Gesamtausgaben von 335,1 Milliarden Schilling und Gesamteinnahmen von 285,3 Milliarden Schilling einen Brutto-Abgang von 49,8 Milliarden Schilling und einen Netto-Abgang von 25 Milliarden Schilling vor. Durch die teilweise Ausnützung der Ermächtigung gemäß Art. VIII a BFG 1981 in Höhe von 1,5 Milliarden Schilling sowie der in der 2. Bundesfinanzgesetznovelle 1981 erteilten Ermächtigung. Mehrausgaben und Mindereinnahmen bis zu einem Betrag von insgesamt 2,5 Milliarden Schilling durch Einnahmen aus Kreditoperationen zu bedecken, hätte sich der Brutto- und Netto-Abgang jeweils um 4 Milliarden Schilling erhöht. Gegenüber dieser Annahme verringerte sich in der Jahresrechnung der Brutto-Abgang jedoch um 2,1 Milliarden Schilling und der Netto-Abgang um 1,5 Milliarden Schilling.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesvoranschlages 1982** wurde von einer realen Wachstumsrate des Brutto-Inlandsproduktes von 2 vH und einem nominellen Zuwachs von 7 1/2 vH ausgegangen. Mit voraussichtlich 8 vH liegt das tatsächliche nominelle Wachstum geringfügig über diesem Wert, real betrug der Zuwachs 1,1 vH.

In der Jahresabrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 372,8 Milliarden Schilling Einnahmen von 300,9 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 71,9 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 25,2 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 46,7 Milliarden Schilling. Der Netto-Abgang beträgt 4,08 vH des Bruttoinlandsproduktes. Der inlandswirksame Ausgabenüberschuß beträgt rund 42,2 Milliarden Schilling.

Der Bundesvoranschlag 1982 sah bei Gesamtausgaben von 368,3 Milliarden Schilling und Gesamteinnahmen von 309,1 Milliarden Schilling einen Brutto-Abgang von 59,2 Milliarden Schilling und einen Netto-Abgang von 31,6 Milliarden Schilling vor. Durch die in der 2. Bundesfinanzgesetznovelle 1982 erteilten Ermächtigung, Mehrausgaben und Mindereinnahmen bis zu einem Betrag von insgesamt 14,5 Milliarden Schilling durch die Einnahmen aus Kreditoperationen zu bedecken, hätte sich der Brutto- und Netto-Abgang jeweils um diesen Betrag erhöht. Gegenüber dieser Annahme verringerte sich der Brutto-Abgang in der Jahresrechnung jedoch um 1 Milliarde Schilling, hingegen erhöhten sich der Netto-Abgang um 0,6 Milliarden Schilling. Die Erhöhung des Netto-Abganges beruht auf niederen Finanzschuldtilgungen infolge von Konversion und Aussetzen der Notenbanktilgung aufgrund einer gesetzlichen Regelung.

Der Erstellung des österreichischen **Bundesvoranschlages 1983** wurde eine reale Wachstumsrate des Brutto-Inlandsproduktes von 2,0 vH zugrunde gelegt, als nomineller Wert wurde 7,0 vH angenommen. Das tatsächliche nominelle Wachstum lag nur bei 5,4 vH, das reale Wachstum bei 1,5 vH.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 407,8 Milliarden Schilling Einnahmen von 316,7 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 91,1 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 25,5 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 65,6 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt rd. 5,5 vH des Bruttoinlandsproduktes und bedeutet eine Erhöhung gegenüber 1982 um rd. 1,5 Prozentpunkte. Der inlandswirksame Ausgabenüberschuß beträgt rd. 53,5 Milliarden Schilling.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1983 ergeben sich Mehrausgaben von 7,7 Milliarden Schilling und Mindereinnahmen von 9,1 Milliarden Schilling, sodaß sich der Brutto-Abgang um 16,8 Milliarden Schilling und der Netto-Abgang um 17,2 Milliarden Schilling erhöhte.

Vergleicht man das Jahresergebnis 1983 mit der Prognose zum Zeitpunkt der Erstellung der Bundesfinanzgesetznovelle unter Berücksichtigung der Freigabe der Stabilisierungsquote des Konjunkturausgleich-Voranschlages, ergeben sich Minderausgaben in Höhe von 8,3 Milliarden Schilling und Mindereinnahmen von 0,8 Milliarden Schilling. Der Brutto-Abgang hat sich dabei um 7,5 Milliarden Schilling und der Netto-Abgang um 7,2 Milliarden Schilling verbessert.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesbudgets 1984** wurde von einer realen Wachstumsrate des Brutto-Inlandsproduktes, von 0,5 vH und einer nominellen Wachstumsrate von 5,5 vH ausgegangen. Das tatsächliche nominelle Wachstum lag mit rd. 6 vH über diesem Wert. Real ergab sich mit 2,2 vH ein wesentlich höherer Wert als bei der Erstellung des BVA 1984 angenommen wurde.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 435,1 Milliarden Schilling Einnahmen von 344,9 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 90,2 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 32,8 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 57,4 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt rd. 4,5 vH des Bruttoinlandsproduktes und bedeutet eine Verringerung gegenüber 1983 um rd. 0,9 Prozentpunkte. Der inlandswirksame Ausgabenüberschuß beträgt rd. 40,2 Milliarden Schilling.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1984 ergeben sich Minderausgaben von 1,4 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 3,1 Milliarden Schilling, sodaß sich der Brutto-Abgang um 4,5 Milliarden Schilling und der Netto-Abgang um 4,8 Milliarden Schilling verringerte.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesbudgets 1985** wurde von einer realen Wachstumsrate des Brutto-Inlandsproduktes von 3 vH, einer nominellen Wachstumsrate von 7 vH und einer Arbeitslosenrate von 4,4 vH ausgegangen. Das tatsächliche nominelle Wachstum wird wegen des noch hinter den Erwartungen zurückgebliebenen Preisauftriebes mit voraussichtlich 6 vH unter diesem Wert liegen. Real dürfte sich keine Veränderung gegenüber dem bei der Erstellung des BVA 1985 angenommenen Wert ergeben. Dennoch lag die Arbeitslosenrate mit 4,8 vH höher als der ursprünglich prognostizierte Wert.

Bundesgebarung 1973 bis 1994

339

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 464,7 Milliarden Schilling Einnahmen von 372,9 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 91,8 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 31,7 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 60 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt rd. 4,39 vH des Brutto-Inlandsproduktes und bedeutet eine Verringerung gegenüber 1984 um rd. 0,06 Prozentpunkte. Der inlandswirksame Ausgabenüberschuß beträgt rd. 43,3 Milliarden Schilling.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1985 ergeben sich Mehrausgaben von 1,1 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen 3,7 Milliarden Schilling, sodaß sich der Brutto-Abgang um 2,6 Milliarden Schilling und der Netto-Abgang um 0,5 Milliarden Schilling verringerte.

Das österreichische **Bundesbudget 1986** wurde unter den nachstehenden wirtschaftlichen Annahmen erstellt: reales Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes 2,5%, nominelles Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes 5,7%, Arbeitslosenrate 4,9% und Zunahme der Verbraucherpreise 3,0%. Die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung blieb hinter den Erwartungen zurück. Das reale Brutto-Inlandsprodukt erreichte schließlich nur einen Wert von 1,7%, während die nominelle Wachstumsrate annähernd dem prognostizierten Wert entsprach. Die Arbeitslosenrate lag mit 5,2% über dem zugrunde gelegten Wert, während der Verbraucherpreisanstieg mit 1,7% unter dem Prognosewert blieb.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 498,4 Milliarden Schilling Einnahmen von 391,7 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 106,7 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 33,6 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 73,1 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt rund 5,1% des Brutto-Inlandsproduktes und bedeutet eine Erhöhung gegenüber 1985 um rund 0,7 Prozentpunkte.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1986 ergeben sich Mehrausgaben von 3,0 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 2,8 Milliarden Schilling, sodaß sich der Brutto-Abgang um 0,2 Milliarden Schilling erhöhte. Der Netto-Abgang liegt um 4,7 Milliarden Schilling über dem Bundesvoranschlag 1986.

Bei der Erstellung des **Bundshaushaltes 1987** wurde von nachstehenden Eckdaten ausgegangen: reales Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes 2%, nominelles Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes 4,7%, Arbeitslosenrate 5,5%, Anstieg der Verbraucherpreise 2,3% und Leistungsbilanzabgang rund 3 Milliarden Schilling.

Die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung verlief träger als erwartet. Das reale Brutto-Inlandsprodukt hat einen Zuwachs von nur 1,3% erreicht. Zwei Faktoren sind für diese Wachstumsverflachung hauptverantwortlich: der niedrige Dollarkurs, der — zusammen mit dem Kaufkraftverlust der Entwicklungsländer — den Export erschwerte, und die hohe Sparneigung im Inland. Dadurch wurde der durch die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer bewirkte Kaufkraftzuwachs der privaten Haushalte nur teilweise nachfragewirksam. Nominell wuchs das Brutto-Inlandsprodukt um 3,8%.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 514,5 Milliarden Schilling Einnahmen von 409,6 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 104,9 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 35,1 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 69,8 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt rund 4,7% des Brutto-Inlandsproduktes.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1987 ergeben sich Mehrausgaben von 4,6 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 10,8 Milliarden Schilling, sodaß sich der Brutto-Abgang um 6,1 Milliarden Schilling verminderte. Der Netto-Abgang liegt um 4,8 Milliarden Schilling unter dem Bundesvoranschlag 1987.

Der **Bundshaushalt 1988** wurde in Erwartung folgender Eckdaten erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes von nominell 3,4 und real 1,5%, Anstieg der Verbraucherpreise um 2,2%, Arbeitslosenrate 6,1% und einem Leistungsbilanzüberschuß von 3,8 Milliarden Schilling.

Tatsächlich wuchs die Wirtschaft, gemessen am Brutto-Inlandsprodukt, jedoch um real 4,2%, den höchsten Wert seit 1979. Getragen wurde dieses starke Wachstum sowohl von der günstigen internationalen Konjunktur als auch von einer lebhaften heimischen Konsum- und Investitionsnachfrage.

Trotz der kräftigen Konjunktur betrug der Anstieg der Verbraucherpreise nur 2%, teilweise aufgrund der dämpfenden Wirkung noch leicht fallender Energiepreise.

Die Beschäftigung nahm insgesamt zu. Da jedoch das Arbeitsangebot noch anstieg, reduzierte sich die Arbeitslosenrate gegenüber 1987 nur um 0,3 Prozentpunkte auf 5,3%. Damit konnte die Tendenz ansteigender Arbeitslosigkeit seit Anfang der achtziger Jahre gebrochen werden.

Obwohl die lebhaftere Binnennachfrage zu einem höheren Importwachstum führte, blieb die Leistungsbilanz mit einem vorläufigen Ergebnis von -6,4 Milliarden Schilling annähernd ausgeglichen.

Grundlage für die Erstellung des Bundesvoranschlags 1988 war erstmals das im Jahr 1986 beschlossene Bundeshaushaltsgesetz (BHG), BGBl. Nr. 213/1986. Nicht nur das BHG, sondern auch andere gesetzliche Regelungen haben eine wesentliche Änderung in der Veranschlagung und Gliederung des Bundeshaushaltes bewirkt, und zwar in folgenden Punkten:

- Einnahmen aus der Aufnahme und Ausgaben aus der Rückzahlung von Finanzschulden und zur vorübergehenden Kassenstärkung eingegangenen Geldverbindlichkeiten (Ausgleichshaushalt),
- Leistungen des Bundes für Zwecke der Wohnbauförderung,
- Überweisungen des Katastrophenfonds an Organe des Bundes und
- Kostenersätze des Münzregals an das Hauptmünzamt.

In der Jahresrechnung standen im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 517,8 Milliarden Schilling Einnahmen von 451,3 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Abgang 66,5 Milliarden Schilling betrug. Diesem Abgang steht ein gleichhoher Überschuß im Ausgleichshaushalt gegenüber.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1988 ergeben sich im allgemeinen Haushalt Mehrausgaben von 0,2 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 4,9 Milliarden Schilling, sodaß der Abgang um 4,6 Milliarden Schilling unter dem Bundesvoranschlag 1988 liegt. Er beträgt 4,2% des Brutto-Inlandsproduktes und liegt damit um 0,4 Prozentpunkte unter dem Wert laut Bundesvoranschlag.

Der **Bundeshaushalt 1989** wurde in Erwartung folgender wirtschaftlicher Rahmenbedingungen erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes um 4,8 vH (nominell) und 2,5 vH (real), Anstieg der Verbraucherpreise um 2,7 vH, Zunahme der unselbständig Beschäftigten um 0,5 vH und Rückgang der Arbeitslosenrate auf 5,4 vH.

Tatsächlich wuchs die Wirtschaft — gemessen am Brutto-Inlandsprodukt — jedoch um real 4 vH. Dieses Wachstum wurde von allen Komponenten der Nachfrage getragen, insbesondere gingen von den Experten, dem privaten Konsum und den Investitionen bedeutende Impulse aus. Die Steuerreform verstärkte die positive Konjunkturschätzung von Konsumenten und Produzenten.

Trotz zunehmender Auslastung der Produktionskapazitäten im Zuge der weiteren Konjunkturbelebung blieb der Anstieg der Verbraucherpreise mit 2,5 vH sehr moderat.

Der mäßige Preis- und Kostendruck ist teilweise auf den hohen Zuwachs des Arbeitsangebotes zurückzuführen. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten stieg um 1,8 vH, was den höchsten Zuwachs seit 1977 darstellt. Die Arbeitslosenrate sank auf 5,0 vH.

Obwohl die kräftige Binnennachfrage zu einem hohen Importwachstum führte, blieb die Leistungsbilanz mit einem Ergebnis von 2,2 Milliarden Schilling positiv.

In der Jahresrechnung standen im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 540,7 Milliarden Schilling Einnahmen von 478,0 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Abgang 62,7 Milliarden Schilling betrug. Diesem Abgang steht ein gleichhoher Überschuß im Ausgleichshaushalt gegenüber.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1989 ergeben sich im allgemeinen Haushalt Mehrausgaben von 12,7 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 16,1 Milliarden Schilling, sodaß der Abgang um 3,4 Milliarden Schilling unter dem Bundesvoranschlag 1989 liegt. Er beträgt 3,7% des Brutto-Inlandsproduktes und liegt damit um 0,3 Prozentpunkte unter dem Wert laut Bundesvoranschlag.

Der **Bundesvoranschlag 1990** wurde in Erwartung folgender wirtschaftlicher Rahmenbedingungen erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes um 5,9 vH (nominell) und 3,0 vH (real), Anstieg der Verbraucherpreise um 3,3 vH, Zunahme der unselbständig Beschäftigten um 1,0 vH und Rückgang der Arbeitslosenrate auf 4,7 vH.

Statt der erwarteten „sanften Landung“ des Konjunkturaufschwunges erreichte das Wirtschaftswachstum mit einem Wert von real 4,6 vH einen neuen Höhepunkt. Besonders starke Impulse gingen neuerlich von den Exporten, dem privaten Konsum und den Investitionen aus. Hauptbestimmungsgründe für die auch im internationalen Vergleich überdurchschnittlich günstige Entwicklung waren der Nachfragesog im Zuge der deutschen Wiedervereinigung und die verzögerte Verausgabung der Einkommensgewinne aus der Steuerreform 1989.

Trotz hoher Auslastung der Kapazität und der Verteuerung des Rohöls in der zweiten Jahreshälfte beschleunigte sich der Anstieg der Verbraucherpreise nur mäßig, nämlich auf 3,3 vH.

Im Jahresdurchschnitt wurden um 2,3 vH mehr unselbständig Beschäftigte registriert, sodaß der höchste Zuwachs seit 1973 erreicht wurde. Mehr als zwei Drittel des Zuwachses fiel auf ausländische

Bundesgebarung 1973 bis 1994

341

Beschäftigte. Die hohe Nachfrageausweitung wurde jedoch vom Angebotzuwachs noch übertroffen, sodaß die Arbeitslosenrate auf 5,4 vH anstieg.

Obwohl sich die Nachfrage im internationalen Vergleich überdurchschnittlich entwickelte und die höheren Erdölpreise die Handelsbilanz belasteten, weist die Leistungsbilanz einen Überschuß von 9,4 Milliarden Schilling aus.

In der Jahresrechnung standen im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 564,7 Milliarden Schilling Einnahmen von 501,9 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Abgang 62,9 Milliarden Schilling betrug. Diesem Abgang steht ein gleichhoher Überschuß im Ausgleichshaushalt gegenüber.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1990 ergeben sich im allgemeinen Haushalt Mehrausgaben von 15,4 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 18,8 Milliarden Schilling, sodaß der Abgang um 3,4 Milliarden Schilling unter dem Bundesvoranschlag 1990 liegt. Er beträgt 3,5% des Brutto-Inlandsproduktes und liegt damit um 0,2 Prozentpunkte unter dem Wert laut Bundesvoranschlag.

Der **Bundesvoranschlag 1991** wurde in Erwartung folgender gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes um 7,4 vH (nominell) und 3,3 vH (real), Anstieg der Verbraucherpreise um 4,5 vH, Zunahme der unselbständig Beschäftigten um 1,7 vH und eine Arbeitslosenrate von 5,5 vH.

Die Wirtschaftsentwicklung ist für 1991 flacher verlaufen als zum Zeitpunkt der Budgeterstellung angenommen worden ist: sie weist eine Wachstumsrate von 3 vH auf (real). Besonders die Industrieproduktion, die 1990 um nahezu 8 vH gestiegen war, hat an Schwung verloren. Die anhaltende Stagnation im OECD-Raum ließ die Ausfuhr nur schleppend vorankommen.

Hingegen nahm die Beschäftigung weiter kräftig zu (2,3 vH). Mehr als zwei Drittel des Zuwachses fiel auf ausländische Beschäftigte. Die Gesamtzahl der unselbständig Beschäftigten erreichte damit den höchsten Wert in der Nachkriegszeit. Die hohe Nachfrageausweitung wurde jedoch vom Angebotzuwachs noch übertroffen, sodaß die Arbeitslosenrate auf 5,8 vH anstieg.

Die Inflation blieb auf niedrigem Niveau (3,3 vH). In der Leistungsbilanz ergab sich ein Defizit von 1,7 Milliarden Schilling.

In der Jahresrechnung standen im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 619,9 Milliarden Schilling Einnahmen von 557,2 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Abgang von 62,7 Milliarden Schilling betrug. Diesem Abgang steht ein gleichhoher Überschuß im Ausgleichshaushalt gegenüber.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1991 ergeben sich im allgemeinen Haushalt Mehrausgaben von 19,3 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 19,9 Milliarden Schilling, sodaß der Abgang um 0,6 Milliarden Schilling unter dem Bundesvoranschlag 1991 liegt. Er beträgt 3,3% des Brutto-Inlandsproduktes.

Der **Bundesvoranschlag 1992** wurde in Erwartung folgender gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes um 7,0 vH (nominell) und 2,8 vH (real), Anstieg der Verbraucherpreise um 3,3 vH, Zunahme der unselbständig Beschäftigten um 0,8 vH und eine Arbeitslosenrate von 6,1 vH.

Nach den derzeit vorliegenden Ergebnissen ist die Wirtschaftsentwicklung für 1992 deutlich flacher verlaufen als zum Zeitpunkt der Budgeterstellung angenommen; sie weist nunmehr eine Wachstumsrate von 1,5 vH (real) auf. Die anhaltende Stagnation im OECD-Raum ließ die Ausfuhr nur schleppend vorankommen. Die Schwäche der Nachfrage aus dem Ausland wurde vor allem in der Industrie spürbar. Ihre Produktion war seit Mitte 1992 zunächst nur leicht, zuletzt aber deutlich rückläufig.

Die Beschäftigung hat 1992 rasch auf die Abschwächung der Konjunktur reagiert. Die Beschäftigungszunahme war mit 0,8 vH nicht einmal halb so hoch wie 1991. Die Arbeitslosenrate erhöhte sich auf 5,9 vH.

In der Jahresrechnung standen im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 658,0 Milliarden Schilling Einnahmen von 591,6 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Abgang 66,4 Milliarden Schilling betrug. Diesem Abgang steht ein gleichhoher Überschuß im Ausgleichshaushalt gegenüber.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1992 ergeben sich im allgemeinen Haushalt Mehrausgaben von 9,2 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 5,9 Milliarden Schilling, sodaß der Abgang um 3,3 Milliarden Schilling über dem Bundesvoranschlag 1992 liegt. Er beträgt 3,3% des Brutto-Inlandsproduktes.

Der **Bundesvoranschlag 1993** wurde in Erwartung folgender gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes um 5,3 vH (nominell) und 1,3 vH (real), Anstieg der Verbraucherpreise um 3,3 vH, Zunahme der unselbständig Beschäftigten um 0,4 vH und eine Arbeitslosenrate von 6,4 vH.

Tatsächlich wurde im Jahre 1993 auch die österreichische Wirtschaft von der internationalen Konjunkturschwäche voll erfaßt: Erstmals seit einem Jahrzehnt schrumpften Nachfrage und Produktion (nach vorläufigen Ergebnissen) um 0,5 vH — ähnlich stark wie jeweils im Gefolge der beiden Erdölschocks. Die Beschäftigung sank um 0,3 vH und die Arbeitslosenrate stieg auf 6,9 vH.

Die Tiefe und Nachhaltigkeit der internationalen Rezession begleitet von der Höherbewertung des Schillings schlugen auf die Exportwirtschaft stark durch. Die Warenausfuhr sank nominell und real um rund 4,5 vH. Wegen der Auftragsunsicherheit kürzten die Unternehmungen ihre Investitionen drastisch. Die Hauptstütze des Wachstums waren der private Konsum — gestützt durch das Familienpaket und das Pflegegeld — und Teilbereiche der Bauwirtschaft.

In der Jahresrechnung standen im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 699,7 Milliarden Schilling Einnahmen von 601,4 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Abgang 98,2 Milliarden Schilling betrug. Diesem Abgang steht ein gleichhoher Überschuß im Ausgleichshaushalt gegenüber.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1993 ergeben sich im allgemeinen Haushalt Mehrausgaben von 11,3 Milliarden Schilling und Mindereinnahmen von 22,8 Milliarden Schilling, sodaß der Abgang um 34,1 Milliarden Schilling über dem Bundesvoranschlag 1993 liegt. Er beträgt 4,7% des Brutto-Inlandsproduktes.

Ausschlaggebend für die Erhöhung des Abganges im allgemeinen Haushalt waren die — überwiegend — konjunkturbedingten Einnahmefälle bei den öffentlichen Abgaben (–17,5 Milliarden Schilling) sowie im Güter- und Personenverkehr der ÖBB (–3,1 Milliarden Schilling), weiters die Mehrausgaben für Leistungen nach dem Arbeitslosenversicherungs- und dem Sonderunterstützungsgesetz (+7,2 Milliarden Schilling). Darüber hinaus konnte auch die Veräußerung von Bundesanteilen an Unternehmungen nicht im geplanten Umfang realisiert werden (–6,8 Milliarden Schilling).

Der Bundesvoranschlag 1994 wurde in Erwartung folgender gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes um 4,6 vH (nominell) und 1,5 vH (real), Anstieg der Verbraucherpreise um 2,8 vH, Zunahme der unselbständig Beschäftigten um 0,2 vH und eine Arbeitslosenrate von 7,5 vH.

Tatsächlich verlief die Konjunktur günstiger als bei der Erstellung des Voranschlages angenommen wurde. Die Wirtschaft wuchs stärker (5,6 vH nominell und 2,8 vH real) und die Zahl der unselbständig Beschäftigten nahm rascher zu (0,6 vH). Die Arbeitslosenrate in der traditionellen Abgrenzung sank auf 6,6 vH. Die Warenausfuhr kam wieder in Schwung. Die Netto-Masseneinkommen stiegen dank der 2. Etappe der Steuerreform und höherer Transferzahlungen der öffentlichen Haushalte (Pflegegeld) um 5,0 vH und ermöglichten damit einen beträchtlichen Zuwachs realer Kaufkraft. Die Haushalte steigerten ihre Nachfrage real um 2,3 vH. Die generelle Steuerentlastung der Einkommen ermöglichte zusätzlich einen Anstieg der Sparquote um einen Prozentpunkt. Die Verbraucherpreissteigerungen haben sich kontinuierlich abgeschwächt. Die sinkenden Einnahmen aus der Tourismuswirtschaft verringerten allerdings deutlich den positiven Beitrag zur Leistungsbilanz, die sich auf 20,3 Milliarden Schilling verschlechterte.

In der Jahresrechnung standen im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 731,4 Milliarden Schilling Einnahmen von 626,6 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Abgang 104,8 Milliarden Schilling betrug. Diesem Abgang steht ein gleichhoher Überschuß im Ausgleichshaushalt gegenüber.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1994 ergeben sich im allgemeinen Haushalt Mehrausgaben von 22,1 Milliarden Schilling und Mindereinnahmen von 2,0 Milliarden Schilling, sodaß der Abgang um 24,1 Milliarden Schilling über dem Bundesvoranschlag 1994 liegt. Er beträgt 4,7% des Brutto-Inlandsproduktes.

Einzelheiten über die Gebarungsentwicklung 1973 bis 1995 können den Erläuterungen in den Amtsbehelfen zum Bundesfinanzgesetz wie folgt entnommen werden:

Erläuterungen in den Amtsbehelfen		
für das Jahr	Seite	Einzelheiten über
1974	300—302	Voranschlag 1973
1975	287—295	Erfolg 1973
		Voranschlag 1974
1976	284—292	Erfolg 1974
		Voranschlag 1975
1977	284—293	Erfolg 1975
		Voranschlag 1976
1978	292—302	Erfolg 1976
		Voranschlag 1977

Vorläufiger Gebarungserfolg 1995

343

Erläuterungen in den Amtsbehefen		
für das Jahr	Seite	Einzelheiten über
1979	301—311	Erfolg 1977
		Voranschlag 1978
1980	295—305	Erfolg 1978
		Voranschlag 1979
1981	296—306	Erfolg 1979
		Voranschlag 1980
1982	288—299	Erfolg 1980
		Voranschlag 1981
1983	284—295	Erfolg 1981
		Voranschlag 1982
1984	281—291	Erfolg 1982
		Voranschlag 1983
1985	282—292	Erfolg 1983
		Voranschlag 1984
1986	333—342	Erfolg 1984
		Voranschlag 1985
1987	387—396	Erfolg 1985
		Voranschlag 1986
1988	362—372	Erfolg 1986
		Voranschlag 1987
1989	356—366	Erfolg 1987
		Voranschlag 1988
1990	355—365	Erfolg 1988
		Voranschlag 1989
1991	351—361	Erfolg 1989
		Voranschlag 1990
1992	348—357	Erfolg 1990
		Voranschlag 1991
1993	349—357	Erfolg 1991
		Voranschlag 1992
1994	341—350	Erfolg 1992
		Voranschlag 1993
1995	351—359	Erfolg 1994
		Voranschlag 1995
1996	000—000	Vorläufiger Gebarungserfolg 1995

Nähere Einzelheiten über den Erfolg im Jahre 1993 können dem Amtsblatt der österreichischen Finanzverwaltung, 55. Stück vom 13. April 1994, entnommen werden.

Vorläufiger Gebarungserfolg 1995**1. Gesamtüberblick ¹⁾**

Der vorläufige Gebarungserfolg 1995 zeigt nachstehende Schlußsummen:

	Bundes- voranschlag	vorläufiger Gebarungserfolg in Milliarden Schilling	Unterschiede in vH	
Allgemeiner Haushalt				
Personalausgaben	148,4	147,5	- 0,9	- 0,6
Sachausgaben	604,4	617,1	+12,7	+ 2,1
	Summe ...	752,8	764,6	+11,8
Einnahmen	650,5	646,7	- 3,9	- 0,6
	Abgang ...	-102,3	-117,9	+15,6
				+15,3

¹⁾ Durch Auf- und Abrundungen ergeben sich bei Summen- bzw. Saldenbildungen fallweise Rundungsdifferenzen.

344

Vorläufiger Gebarungserfolg 1995

	Bundes- voranschlag	vorläufiger Gebarungserfolg in Milliarden Schilling	Unterschiede in vH	
Ausgleichshaushalt				
Ausgaben	214,2	204,8	- 9,4	- 4,4
Einnahmen	316,5	322,7	+ 6,3	+ 2,0
Überschuß ...	102,3	117,9	+15,6	+15,3
Gesamthaushalt				
Ausgaben	967,0	969,4	+ 2,4	+ 0,2
Einnahmen	967,0	969,4	+ 2,4	+ 0,2
Abgang des allgemeinen Haushaltes im Verhältnis zum Brutto-Inlandsprodukt				
Brutto-Inlandsprodukt	2 372,9	2 360,1	-12,8	- 0,5
Abgang in vH des BIP	4,3	5,0	+ 0,7	

2. Rechtliche Grundlage für den Budgetvollzug**2.1 Bundesfinanzgesetz**

Bindende Grundlage für die Gebarung des Jahres 1995 war das Bundesfinanzgesetz 1995, BGBl. Nr. 283.

2.2 Abänderungen des Bundesfinanzgesetzes und seiner Anlagen

2.2.1 Mit BGBl. Nr. 432/1995 (Artikel II) wurde im Zusammenhang mit der Einrichtung des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus eine Überschreitungsermächtigung erteilt.

2.2.2 Mit BGBl. Nr. 702/1995 (2. BFG-Novelle 1995) wurde im wesentlichen die Ermächtigung für zusätzliche Kreditoperationen erteilt, die Rücklagenfähigkeit für bestimmte Ausgaben geschaffen und mehrere Voranschläge eröffnet.

2.2.3 Mit BGBl. Nr. 703/1995 (Budgetüberschreitungs-gesetz 1995), wurden für verschiedene unabweisliche Maßnahmen Mehrausgaben in Höhe von rund 1,8 Milliarden Schilling genehmigt. Die Bedeckung konnte durch Ausgabeneinsparungen, durch Mehreinnahmen und Rücklagenentnahmen sichergestellt werden.

2.2.4 Mit BGBl. Nr. 787/1995 (3. Bundesfinanzgesetznovelle und 2. Budgetüberschreitungs-gesetz 1995) wurde ua. für Aktivitäten im Bereich der Landwirtschaft eine Überschreitungsermächtigung abgeändert und zur Ausfinanzierung der Maßnahmen des „Österreichischen Umweltprogrammes zur Förderung einer umweltgerechten, den extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft (ÖPUL)“ wurden Budgetmittel in der Höhe von rund 0,7 Milliarden Schilling im Wege einer Umschichtung zur Verfügung gestellt.

3. Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

Der Bundesvoranschlag 1995 wurde in Erwartung folgender gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes um 5,8 vH (nominell) und 3,0 vH (real), Einkommenszuwachs je Beschäftigten um 4 vH, Anstieg der Verbraucherpreise um 2,5 vH, Zunahme der unselbständig Beschäftigten um 0,9 vH und Rückgang der Arbeitslosenrate auf 6,4 vH. Tatsächlich entwickelte sich die österreichische Wirtschaft 1995 weniger günstig, als bei der Erstellung des BVA erwartet wurde.

Export- und Industrieproduktion sind in Österreich seit Mitte 1995 deutlich rückläufig. In der Bauwirtschaft ging die lange Wachstumsphase zu Ende. Die Tourismuswirtschaft erlitt im Spätsommer weitere Einbußen. Laut Wifo-Prognose dürfte 1995 die gesamte Wirtschaftsleistung real um wenig mehr als 2 vH und nominell um 4,3 vH gestiegen sein. Ebenso rasch wie auf den jüngsten Konjunkturaufschwung reagierte die Beschäftigung auf das Nachlassen der Wachstumskräfte. Seit dem Frühjahr 1995 ist sie rückläufig. Der Rückgang der Beschäftigung bewirkte bisher nur einen geringen Anstieg der Arbeitslosigkeit, da über die steigende Zahl der Frühpensionen das Arbeitskräftepotential deutlich entlastet wurde. Die Steigerungsrate des Verbraucherpreisindex betrug 2,2 vH. Damit hat Österreich wieder den Anschluß an die Gruppe der preisstabilsten Länder der EU gefunden. Das Leistungsbilanzdefizit erreichte mit knapp über 2 vH des BIP im Jahr 1995 einen Höchststand. Die wich-

Vorläufiger Gebarungserfolg 1995

345

tigste Ursachen der Verschlechterung waren der massive Rückgang des Überschusses im Reiseverkehr und die erstmals zu leistenden Zahlungen Österreichs an den EU-Haushalt.

4. Voranschlagsabweichungen

4.1 Allgemeiner Haushalt

4.1.1 Einnahmen

Im Vorjahr wurden Einnahmen in Höhe von rund 646,7 Milliarden Schilling erzielt und daher der Voranschlag nach Saldierung von Mehr- und Mindereinnahmen um 3,9 Milliarden Schilling (-0,6 vH) unterschritten.

4.1.1.1 Öffentliche Abgaben

Die Bruttoeinnahmen an öffentlichen Abgaben lagen 1995 mit 521,2 Milliarden Schilling um fast 11,0 Milliarden Schilling (-2,1 vH) unter dem BVA. Nach Überweisung der den Ländern, Gemeinden und Fonds gesetzlich zustehenden Anteilen an Abgaben und nach Überweisung des Beitrages zur Europäischen Union verblieben **netto** rund 345,8 Milliarden Schilling, womit der BVA um 4,3 Milliarden Schilling (+1,3 vH) überschritten wurde. Trotz geringerer Bruttoeinnahmen war das Nettoergebnis höher als im Voranschlag 1995, weil die Überweisungen an die Länder und Gemeinden bzw. an die Europäische Union insgesamt um 15,3 Milliarden Schilling geringer waren.

Mehreinnahmen gegenüber dem Voranschlag konnten vor allem bei der veranlagten Einkommensteuer (+0,7 Milliarden Schilling), bei der Körperschaftsteuer (+1,9 Milliarden Schilling), bei der Versicherungssteuer (+0,9 Milliarden Schilling) und bei der Straßenbenutzungsabgabe (+0,5 Milliarden Schilling) erzielt werden.

Mindereinnahmen waren in erster Linie bei der Kapitalertragsteuer auf Zinsen (-0,7 Milliarden Schilling), bei der Umsatzsteuer (-9,1 Milliarden Schilling), bei Ein- und Ausfuhrabgaben (-1,7 Milliarden Schilling) und bei der Mineralölsteuer (-2,5 Milliarden Schilling) zu verzeichnen. Beim Außenhandelsförderungsbeitrag ist durch Rücküberweisung von Abgaben sogar ein negatives Einnahmergebnis von 1,1 Milliarden Schilling eingetreten.

Die Mehreinnahmen bei der veranlagten Einkommensteuer und Körperschaftsteuer sind in erster Linie durch die unerwartet hohen Investitionsfreibetragsvorauszahlungen und durch die Steigerungen im Zuge der Veranlagung 1994 entstanden. Die Mindereinnahmen bei der Umsatzsteuer sind vor allem auf die ungünstigere Entwicklung der österreichischen Wirtschaft im Berichtsjahr, insbesondere auf die starken Einbußen im Reiseverkehr und auf den Kaufkraftabfluß in grenznahen Bereichen zurückzuführen; außerdem war die im Dezember fällige Sondervorauszahlung niedriger als erwartet.

Bei der Mineralölsteuer sind — wegen der späten Fälligkeit dieser Abgabe — größere Zahlungen erst nach dem Jahreswechsel eingegangen, und bei den Zolleinnahmen konnten die Auswirkungen des EU-Beitrittes nur schwer abgeschätzt werden.

Die geringere Überweisung von Ertragsanteilen an Länder und Gemeinden ergibt sich vor allem aus dem niedrigeren Aufkommen an Umsatzsteuer und Mineralölsteuer sowie aus dem Überweiserhythmus.

Die Beiträge an die EU waren gegenüber dem BVA 1995 um 9,3 Milliarden Schilling geringer. Diese Differenz ergibt sich

- aus den Berichtigungs- und Nachtragshaushaltsplan der EK vom Mai 1995,
- aus geringeren Einnahmen bei den traditionellen Eigenmitteln und
- aus der verzögerten kassenmäßigen Abwicklung seitens der EU.

Die folgende Tabelle zeigt die betragsmäßig wichtigsten Abgaben und Überweisungen des Bundes im Jahre 1995 und die Veränderungen gegenüber 1994:

	vorläufiger Erfolg 1995	BVA 1994	Unterschiede	
	in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)		in vH	
Veranlagte Einkommensteuer.....	30,0	31,6	- 1,6	- 5,1
Lohnsteuer	150,3	134,8	+15,5	+ 11,5
Kapitalertragsteuer auf Zinsen	20,8	19,7	+ 1,1	+ 5,5
Körperschaftsteuer	28,1	21,1	+ 6,9	+ 32,9
Gewerbe- und Bundesgewerbesteuer.....	3,0	4,3	- 1,4	- 31,5
Wohnbauförderungsbeitrag.....	7,2	6,8	+ 0,4	+ 5,1
Umsatzsteuer.....	179,9	202,6	-22,6	- 11,2

346

Vorläufiger Gebarungserfolg 1995

	vorläufiger Erfolg 1995 in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)	BRA 1994	Unterschiede in vH	
Ein- und Ausfuhrabgaben.....	4,3	8,2	-3,9	- 47,2
Tabaksteuer	12,2	12,2	+ 0,1	+ 0,4
Mineralölsteuer	31,5	27,1	+ 4,4	+ 16,1
Stempel- und Rechtsgebühren	8,4	8,5	- 0,1	- 1,0
Verkehrssteuern.....	34,5	35,2	- 0,7	- 2,1
übrige Abgaben	11,0	12,4	- 1,4	- 11,4
Summe Bruttoeinnahmen ...	521,2	524,5	- 3,4	- 0,6
Ab Überweisungen (I):				
Ertragsanteile der Länder und Gemeinden.....	-135,5	-141,0	- 5,5	- 3,9
Steueranteil für Fonds	- 1,1	- 1,2	- 0,1	- 4,6
Gewerbesteuer an Gemeinden.....	- 1,5	- 4,2	- 2,7	- 64,6
Anteile und Abgeltungen für Familienlastenausgleichsfonds.....	- 14,1	- 13,7	+ 0,4	+ 2,8
Außenhandelsförderungsbeitrag an Bundeskammer	- 0,0	- 1,7	- 1,7	-100,0
Katastrophenfonds	- 4,5	- 4,4	+ 0,1	+ 2,9
Summe Überweisungen (I) ...	-156,7	-166,1	- 9,5	- 5,7
Beitrag zur Europäischen Union	- 18,8	—	+18,8	—
Summe Nettoeinnahmen ...	345,8	358,4	-12,6	- 3,5

4.1.1.2 Sonstige Einnahmen

Im folgenden Abschnitt wird über Voranschlagsabweichungen in der Größenordnung ab 0,5 Milliarden Schilling je Kapitel berichtet:

Kap. 18 **Umwelt** (-2,0 Milliarden Schilling). Mindereinnahmen, da der geplante Verkauf von Forderungen des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds nicht realisiert wurde.

Kap. 19 **Jugend und Familie** (-0,6 Milliarden Schilling). Für Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen waren fast 38,7 Milliarden Schilling veranschlagt, eingenommen wurden 37,7 Milliarden Schilling. Der Großteil dieser Mindereinnahmen wurde durch Ausgabenersparungen kompensiert, sodaß der Abgang aus der Gebarung des Familienlastenausgleichsfonds nur um 0,3 Milliarden Schilling auf 3,1 Milliarden Schilling anstieg.

Kap. 51 **Kassenverwaltung** (+0,8 Milliarden Schilling). Die Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr lagen um 1,2 Milliarden Schilling und die Rücklagenentnahmen um 2,8 Milliarden Schilling über dem Voranschlag, die Rückflüsse von der Europäischen Union waren per Saldo um 3,3 Milliarden Schilling niedriger.

Kap. 54 **Bundesvermögen** (-6,4 Milliarden Schilling). Da der Verkauf von Anteilsrechten des Bundes an Unternehmungen nur zum Teil realisiert wurde, blieben die Veräußerungserlöse um 7,1 Milliarden Schilling zurück. Im Bereich der Ausfuhrförderung wurden Mehreinnahmen von 0,6 Milliarden Schilling erzielt.

Kap. 59 **Finanzschuld, Währungstauschverträge** (+1,3 Milliarden Schilling). Mehreinnahmen aus der Verrechnung von Stückzinsen bei Bundesanleihen (+0,7 Milliarden Schilling), Emissionsgewinne und sonstige Einnahmen aus Währungstauschverträgen (+1,8 Milliarden Schilling), Zinseinnahmen aus Währungstauschverträgen (-1,0 Milliarden Schilling).

Kap. 78 **Post- und Telegraphenverwaltung** (-1,0 Milliarden Schilling). Vor allem bei den Einnahmen aus dem Fernsprechverkehr konnte der Voranschlag 1995 nicht erreicht werden.

4.1.1.3 Aufgliederung der Einnahmen nach Einnahmengruppen

Aus der nachfolgenden Übersicht sind die öffentlichen Abgaben, die abgabenähnlichen Einnahmen, die Betriebseinnahmen und die sonstigen Einnahmen des Finanzjahres 1995 und die Veränderungen gegenüber dem vorangegangenen Jahr zu ersehen:

Vorläufiger Gebarungserfolg 1995

347

	vorläufiger Erfolg 1995 in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)	BRA 1994	Unterschiede in vH	
Einnahmen allgemeiner Haushalt				
Öffentliche Abgaben — Kapitel 52 (netto)				
Einkommen- und Vermögensteuern	156,4	132,8	+ 23,6	+17,8
Übrige Abgaben.....	208,0	225,4	- 17,5	- 7,8
Sonstige.....	0,2	0,2	+ 0,0	+10,6
Summe ...	364,5	358,4	+ 6,1	+ 1,7
Beitrag zur Europäischen Union	- 18,8	—	- 18,8	—
Summe Kap. 52 (netto) ...	345,8	358,4	- 12,6	+ 3,5
Überweisungen von Abgabenanteilen				
an Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen.....	14,1	13,7	+ 0,4	+ 2,8
an Katastrophenfonds.....	4,5	4,4	+ 0,1	+ 2,9
an Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds.....	1,1	1,2	- 0,1	+ 4,6
Summe Überweisungen ...	19,7	19,3	+ 0,5	+ 2,4
Summe öffentliche Abgaben ...	384,2	377,7	+ 6,6	+ 1,7
Abgabenähnliche Einnahmen				
Arbeitslosenversicherungsbeiträge.....	44,0	41,3	+ 2,6	+ 6,4
Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen.....	37,7	36,7	+ 1,0	+ 2,6
Übrige.....	1,0	1,5	+ 0,5	+33,1
Summe abgabenähnliche Einnahmen ...	82,6	79,5	+ 3,1	+ 3,9
Betriebseinnahmen				
Post- und Telegraphenverwaltung.....	63,1	61,3	+ 1,8	+ 3,0
Übrige Bundesbetriebe und Alkohol (Monopol).....	3,1	3,9	- 0,8	-20,4
Summe Betriebseinnahmen ...	66,2	65,2	+ 1,0	+ 1,6
Sonstige Einnahmen.....	113,6	104,1	+ 9,5	+ 9,1
Summe allgemeiner Haushalt ...	646,7	626,6	+ 20,0	+ 3,2
Einnahmen Ausgleichshaushalt.....	322,7	225,9	+ 96,8	+42,9
Summe Gesamthaushalt ...	969,4	852,5	+116,9	+13,7

Bei den **sonstigen Einnahmen** handelt es sich hauptsächlich um Erlöse aus Leistungen, Veräußerungen, Kostenersätze, Vergütungen und Überweisungen, Darlehensrückzahlungen, Rücklagenentnahmen ua.

4.1.2 Ausgaben

Die Ausgaben des allgemeinen Haushaltes liegen um 11,8 Milliarden Schilling (+1,6 vH) über dem BVA.

4.1.2.1 Personalausgaben

Der Voranschlag für Personalausgaben wurde insgesamt um 0,9 Milliarden Schilling (-0,6 vH) unterschritten. Beim Aktivitätsaufwand betragen die Minderausgaben per Saldo 0,2 Milliarden Schilling und beim Pensionsaufwand (Hoheitsverwaltung und Betriebe) 0,7 Milliarden Schilling.

4.1.2.2 Sachausgaben

Die Sachausgaben liegen per Saldo um 12,7 Milliarden Schilling (+2,1 vH) über dem Voranschlag. Die betragsmäßig wesentlichsten Abweichungen sind bei folgenden Kapiteln eingetreten:

Kap. 12 **Unterricht und kulturelle Angelegenheiten** (+0,4 Milliarden Schilling). Für die Schulraumbeschaffung wurden zusätzliche Mittel in Höhe von rund 0,4 Milliarden Schilling zur Verfügung gestellt.

Vorläufiger Gebarungserfolg 1995

Kap. 15 Soziales. Die veranschlagten Sachausgaben in Höhe von 82,9 Milliarden Schilling wurden per Saldo geringfügig unterschritten. Die Ausgaben für Leistungen nach dem AVG (Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Karenzurlaubsgeld einschließlich der darauf entfallenden Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherungsbeiträge) lagen mit 41,3 Milliarden Schilling um 0,8 Milliarden Schilling unter dem Voranschlag 1995. Aufgrund weiterer Minderausgaben bei anderen Voranschlagsansätzen (zB Sonderunterstützung -0,3 Milliarden Schilling) schloß die AMS-Gebarung im Vorjahr mit einem Überschuß von Fast 1,1 Milliarden Schilling ab, der entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen an das Arbeitsmarktservice überwiesen wurde.

Kap. 16 Sozialversicherung (+8,0 Milliarden Schilling). Höhere Leistungen des Bundes für die Pensionsversicherung, vor allem für die PVA der Arbeiter, der Angestellten und für die SVA der gewerblichen Wirtschaft.

Kap. 18 Umwelt (-2,7 Milliarden Schilling). Für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft wurden Förderungsmittel in wesentlich geringerem Umfang zur Verfügung gestellt.

Kap. 19 Jugend und Familie (-0,4 Milliarden Schilling). Die finanziellen Leistungen im Rahmen des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen betragen im Vorjahr 55,7 Milliarden Schilling. Die Unterschreitung des Voranschlages um 0,6 Milliarden Schilling ergab sich vor allem durch geringere Ausgaben für Familienbeihilfen, Schulfahrtbeihilfen, Schulbücher und für Lehrlingsfreifahrten.

Kap. 50 Finanzverwaltung (-0,6 Milliarden Schilling). Diese Einsparungen betreffen hauptsächlich Ausfuhrerstattungen gemäß EU-Vorschriften, Zuschüsse an die OeKB-AG für Kosten im Rahmen des Exportfinanzierungsverfahrens, Entschädigungszahlungen gemäß Staatsvertrag für Vermögensverluste im Ausland und Schuldenerleichterungen für hochverschuldete Staaten aufgrund internationaler Aktionen.

Kap. 51 Kassenverwaltung (+11,4 Milliarden Schilling). Diese Voranschlagsabweichung ist in erster Linie auf Rücklagenzuführungen in Höhe von insgesamt 12,0 Milliarden Schilling zurückzuführen. Davon entfallen auf die allgemeine Rücklage 1,5 Milliarden Schilling, auf die zweckgebundene Einnahmerücklage 4,1 Milliarden Schilling, auf die besondere Rücklage 3,2 Milliarden Schilling, auf die Ausgleichsrücklage 3,1 Milliarden Schilling und auf die besondere Einnahmen-Rücklage 0,1 Milliarden Schilling. Diesen Rücklagenzuführungen stehen Rücklagenentnahmen und -auflösungen in Höhe von insgesamt 20,0 Milliarden Schilling gegenüber. Der Stand an Rücklagen am Jahresende 1995 beträgt rund 21,1 Milliarden Schilling. Weitere Mehrausgaben fielen auch an für die Entrichtung der Kapitalertragssteuer auf Zinsen aus der Veranlagung von Kassenmitteln und für Zahlungen im Rahmen des Innovations- und Technologiefonds (insgesamt +0,4 Milliarden Schilling).

Ersparungen konnten beim Ankauf von Bundesanleihen zur Marktpflege (-0,2 Milliarden Schilling), bei Kursverlusten (-0,5 Milliarden Schilling) und bei den Zinsen für kurzfristige Kreditoperation zur vorübergehenden Kassenstärkung erzielt werden.

Kap. 53 Finanzausgleich (-2,3 Milliarden Schilling). Minderausgaben entstanden vor allem bei den Überweisungen aus dem Katastrophenfonds (-1,3 Milliarden Schilling) und bei den Zuschüssen für Zwecke der Wohnbauförderung (-0,9 Milliarden Schilling), da das Aufkommen bestimmter Abgaben im Zeitraum Oktober 1994 bis September 1995 geringer war als erwartet.

Kap. 54 Bundesvermögen (-2,8 Milliarden Schilling). Wesentliche Minderausgaben entstanden für Verpflichtungen aus der Übernahme von Haftungen — hauptsächlich Ausfuhrförderung — (-2,6 Milliarden Schilling) und bei den Beiträgen Österreichs zu internationalen Finanzinstitutionen sowie bei Kapitaleinzahlungen des Bundes (insgesamt -0,6 Milliarden Schilling).

Für Darlehenszahlungen an osteuropäische Länder im Rahmen der gemeinsamen Zahlungsbilanzhilfe und für Kostenersätze an die ASFINAG zur Finanzierung von Hochbauten und Eisenbahn-Hochleistungsstrecken wurden zusätzliche Mittel bereitgestellt.

Kap. 59 Finanzschuld, Währungstauschverträge (-1,3 Milliarden Schilling). Geringerer Aufwand für Zinsen und für Provisionen im Zusammenhang mit der Durchführung von Kreditoperationen.

Kap. 60 Land- und Forstwirtschaft (+2,1 Milliarden Schilling). Die Mehrausgaben betreffen vor allem Beihilfen für die Erzeugung und Lagerung von Getreide, Mais, Sonnenblumenkernen, Sojabohnen ua., Hektarbeihilfen bei Flächenstillegungen, Maßnahmen des Österreichischen Umweltprogrammes zur Förderung einer umweltgerechten und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft (ÖPUL) und degressive Ausgleichszahlungen.

Vorläufiger Gebarungserfolg 1995

349

4.2 Ausgleichshaushalt

Kap. 51 **Kassenverwaltung** (Ausgaben -15,0 Milliarden Schilling, Einnahmen -15,0 Milliarden Schilling).

Unter diesem Kapitel werden die Einnahmen und Ausgaben aus der Aufnahme und Tilgung von Kassenstärkern verrechnet. Der Bedarf solcher Geldmittel ist von der jeweiligen Kassenlage des Bundes abhängig.

Kap. 59 **Finanzschuld, Währungstauschverträge** (Ausgaben +5,6 Milliarden Schilling, Einnahmen +21,3 Milliarden Schilling).

Die Mehrausgaben und ein Teil der Mehreinnahmen resultieren aus der Durchführung von Währungstauschverträgen.

Zur Bedeckung von Einnahmenausfällen und bestimmter Mehrausgaben mußten zusätzliche Kreditoperationen durchgeführt werden (2. BFG-Novelle 1995 sowie Art. II und VII BFG).

5. Aufgliederung der Ausgaben nach Gebarungsgruppen

	vorl. Erfolg 1995 in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)	BRA 1994	Unterschiede in vH	
Allgemeiner Haushalt				
Aktivitätsaufwand	107,0	104,5	+ 2,5	+ 2,3
Pensionsaufwand	40,5	58,6	- 18,1	- 30,9
Summe Personalausgaben ...	147,5	163,1	- 15,7	- 9,6
Anlagen (Ges. Verpfl.)	2,9	1,0	+ 1,9	+195,1
Anlagen (Erm. Ausgaben)	29,2	29,1	+ 0,1	+ 0,4
Förderungen (Ges. Verpfl.)	9,3	3,2	+ 6,2	+193,5
Förderungen (Darlehen)	4,0	4,0	- 0,1	- 2,3
Förderungen (Zuschüsse)	41,2	37,9	+ 3,2	+ 8,6
Aufwendungen (Ges. Verpfl.)	317,3	279,7	+ 37,7	+ 13,5
Aufwendungen (Erm. Ausg. erfolgswirksam)	192,8	180,2	+ 12,6	+ 7,0
Aufwendungen (Erm. Ausg. bestandswirksam)	20,5	33,3	- 12,8	- 38,5
Summe Sachausgaben ...	617,1	568,3	+ 48,8	+ 8,6
Summe allgemeiner Haushalt ...	764,6	731,4	+ 33,1	+ 4,5
Ausgleichshaushalt				
Aufwendungen (Ges. Verpfl.)	4,3	1,3	+ 3,1	+247,4
Aufwendungen (Erm. Ausg. bestandswirksam)	200,5	119,8	+ 80,7	+ 67,3
Summe Ausgleichshaushalt ...	204,8	121,1	+ 83,7	+ 69,2
Summe Gesamthaushalt ...	969,4	852,5	+116,9	+ 13,7

6. Funktionelle Aufgliederung der Ausgaben

Die **organorientierte Gliederung** des Budgets entspricht dem Verfügungs- und Verantwortungsbereich der haushaltsleitenden Organe des Bundes.

Die **funktionelle Gliederung** des Budgets hingegen gibt Aufschluß über die Aufgaben und Leistungen der öffentlichen Hand. In der nachstehenden Übersicht werden die Ausgaben des allgemeinen Haushaltes und des Ausgleichshaushaltes nach siebzehn Aufgabenbereichen aufgeführt:

Kenn- ziffer	Aufgabenbereich	vorl. Erfolg 1995 in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)	BRA 1994	Unterschiede in vH	
Allgemeiner Haushalt					
11	Erziehung und Unterricht	67,5	65,6	+ 1,8	+ 2,8
12	Forschung und Wissenschaft	28,8	28,7	+ 0,1	+ 0,4

350

Vorläufiger Gebarungserfolg 1995

Kenn- ziffer	Aufgabenbereich	vorl. Erfolg	BRA 1994	Unterschiede	
		1995 in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)		in vH	
13	Kunst	8,6	8,5	+ 0,1	+ 1,1
14	Kultus	0,6	0,5	+ 0,0	+ 2,0
21	Gesundheit	7,3	7,3	- 0,1	+ 1,1
22	Soziale Wohlfahrt	213,3	200,1	+ 13,2	+ 6,6
	<i>hievon:</i>				
	<i>Einrichtungen des Arbeitsmarktservice</i>	56,2	53,4	+ 2,8	+ 5,3
	<i>Kriegsopfer- und Heeresversorgung</i>	7,0	7,1	- 0,1	+ 1,6
	<i>Sozialversicherung</i>	68,4	55,2	+ 13,2	+ 23,9
	<i>Leistungen nach dem Bundespflegegesetz</i>	17,0	16,5	+ 0,6	+ 3,5
	<i>Familienlastenausgleich (Titel 193)</i>	55,7	57,9	- 2,2	- 3,7
23	Wohnungsbau	24,2	23,0	+ 1,1	+ 4,9
32	Straßen	16,0	15,5	+ 0,5	+ 3,3
	<i>hievon:</i>				
	<i>Zahlungen an Straßengesellschaften</i>	6,2	5,6	- 0,7	+ 12,0
33	Sonstiger Verkehr	99,7	96,7	+ 3,0	+ 3,1
	<i>hievon:</i>				
	<i>Post</i>	53,0	51,5	+ 1,5	+ 3,0
	<i>Ausgaben für Eisenbahninfrastruktur</i>	11,1	11,6	- 0,5	- 4,0
	<i>Gemeinwirtsch. Leistungen gem. BB-Gesetz</i>	7,8	7,6	+ 0,2	+ 2,7
	<i>Pensionen der ÖBB</i>	20,6	19,7	+ 1,0	+ 4,9
34	Land- und Forstwirtschaft	33,2	20,5	+ 12,8	+ 62,4
	<i>hievon:</i>				
	<i>Übergangsregelungen</i>	9,7	—	+ 9,7	—
35	Energiewirtschaft	0,2	0,3	- 0,1	- 23,1
36	Industrie und Gewerbe	16,7	21,0	- 4,3	- 20,3
37	Öffentliche Dienstleistungen	3,7	6,2	- 2,5	- 40,1
38	Private Dienstleistungen	6,1	3,7	+ 2,4	+ 65,8
41	Landesverteidigung	20,7	20,5	+ 0,2	+ 1,0
42	Staats- und Rechtssicherheit	26,3	24,6	+ 1,7	+ 7,0
43	Übrige Hoheitsverwaltung	191,8	188,7	+ 3,1	+ 1,6
	<i>hievon:</i>				
	<i>Finanzschuld — Zinsen und Provisionen</i>	98,4	86,1	+ 12,3	+ 14,3
	<i>Zuführung an Rücklagen</i>	12,0	20,9	- 8,9	- 42,6
	<i>Pensionen (Hoheitsverwaltung)</i>	29,4	27,8	+ 1,6	+ 5,8
	<i>Pensionen (Landeslehrer)</i>	8,5	8,5	+ 0,1	+ 0,6
	Summe allgemeiner Haushalt ...	764,6	731,4	+ 33,1	+ 4,5
Ausgleichshaushalt					
36	Industrie und Gewerbe	4,3	1,3	+ 3,1	+247,4
43	Übrige Hoheitsverwaltung	200,5	119,8	+ 80,7	+ 67,3
	Summe Ausgleichshaushalt ...	204,8	121,1	+ 83,7	+ 69,2
	Summe Gesamthaushalt ...	969,4	852,5	+116,9	+ 13,7

7. Investitionen und Investitionsförderung

Für Investitionen und investitionsfördernde Maßnahmen wurden im Jahre 1995 85,3 (1994: 86,3) Milliarden Schilling aufgewendet, die sich wie folgt zusammensetzen:

Vorläufiger Gebarungserfolg 1995

351

	vorl. Erfolg 1995 in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)	BRA 1994
Eigeninvestitionen		
Bruttoinvestitionen und Instandhaltungsaufwand des Bundes (ohne Landesverteidigung).....	33,8	33,0
Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens (ohne Landesverteidigung).....	1,5	1,6
Bauten und Ausrüstung (einschließlich geringwertige Wirt- schaftsgüter des Anlagevermögens und Instandhaltung) für die Landesverteidigung (Ausgaben im Inland).....	3,8	3,8
Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft (Ausgaben im Inland).....	46,2	47,9
Summe ...	85,3	86,3

8. Schulden und Forderungen des Bundes

Über die Schulden und Forderungen des Bundes können mit Ausnahme der Finanzschulden noch keine endgültigen Beträge bekanntgegeben werden, da die Buchungen in der Phase 3 und 4 der Bundesverrechnung erst Ende Februar 1996 abgeschlossen werden.

9. Finanzschulden und Schulden aus Währungstauschverträgen

Die folgende Aufstellung zeigt die Entwicklung der nicht fälligen Finanzschuld (FS) unter Berücksichtigung von Verpflichtungen und Forderungen aus Währungstauschverträgen (WTV) im Jahre 1995:

	in Millionen Schilling	
Stand am 31. 12. 1994		1 228 374,4
<i>hievon Bundesbesitz:</i>	2 777,6	
Erhöhung durch Finanzschuldtaufnahmen gemäß Art. II BFG 1995.....	+226 832,3	
zuzüglich Schuldaufnahmen aus WTV.....	+ 13 062,4	
abzüglich Forderungen aus WTV.....	- 12 959,9	+226 934,8
Erhöhung durch Konversionsaufnahmen von FS.....	+ 52 776,0	+ 52 776,0
Erhöhung durch Schuldaufnahmen nachträglicher WTV.....	+ 4 921,5	
abzüglich Forderungen nachträglicher WTV.....	- 4 926,1	- 4,6
Erhöhung durch Schuldaufnahmen gemäß § 65 a BHG.....	+ 11 100,1	+ 11 100,1
Verminderung durch Tilgung von FS.....	-114 843,7	
zuzüglich Tilgung von Verpflichtungen aus WTV.....	- 7 925,2	
abzüglich Begleichung von Forderungen aus WTV.....	+ 4 199,3	-118 569,6
Verminderung durch Konversionstilgungen von FS.....	- 50 756,0	- 50 756,0
Erhöhung durch Wertberichtigungen der Schulden aus WTV.....	+ 804,7	
Verminderung durch Wertberichtigungen der Forderungen aus WTV.....	- 14,6	+ 790,1
Erhöhung durch Kurswertänderungen bei FS.....	+ 1 752,1	
zuzüglich Kurswertänderung bei Schulden aus WTV.....	+ 3 244,0	
abzüglich Kurswertänderung bei Forderungen aus WTV.....	- 262,9	+ 4 733,3
Verminderung durch Kurswertänderung bei FS.....	- 13 869,0	
zuzüglich Kurswertänderung bei Schulden aus WTV.....	- 3 153,7	
abzüglich Kurswertänderung bei Forderungen aus WTV.....	+ 6 486,3	- 10 536,4
Erhöhung durch Rückkauffinanzierungen.....	+ 5 515,1	5 515,1
Schuld (einschließlich Bundesbesitz).....		1 350 357,2
Verminderung durch Bundesbesitz (im Sinne des EU-Vertrages).....	- 7 961,9	- 7 961,9
Stand am 31. 12. 1995 ...		1 342 395,3

Die Gesamtschuld hat sich gegenüber dem Vorjahr um 116,8 Milliarden Schilling (+9,5 vH) erhöht. Der Anteil der Schillingschuld beträgt 1 051,3 Milliarden Schilling (78,3 vH) und der Anteil der Fremdwährungsschuld 291,1 Milliarden Schilling (21,7 vH). Die Finanzschulden in inländischer Währung erhöhten sich um 86,6 Milliarden Schilling (+9,0 vH), die der Fremdwährungsschulden um 30,2 Milliarden Schilling (+11,6 vH).

Der Finanzierungsbedarf des Bundes für das Jahr 1995 wurde zu 73,9 vH durch Schuldaufnahmen in inländischer Währung und zu 26,1 vH in Fremdwährungen gedeckt.

Budgetvorschauen des Bundesministeriums für Finanzen sowie des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen bzw. Budgetprognosen, Budgetprogramm und Budgetberichtes des Bundesministeriums für Finanzen gemäß BHG

Die Budgetvorschau 1965 bis 1968

Die erste vom Bundesministerium für Finanzen ausgearbeitete Budgetvorschau betraf die Jahre 1965 bis 1968; sie wurde Ende Juli 1965 dem Nationalrat übermittelt. Da über die Ziele, angewandten Methoden und Schlußfolgerungen dieser Vorschau der Einleitungsbericht ausführlich Rechenschaft gibt, wird nur die Weiterentwicklung behandelt, im übrigen aber auf die Budgetvorschau 1965 bis 1968 verwiesen. Schon die erste Budgetvorschau diente als Grundlage wichtiger budgetpolitischer Entscheidungen. So wurden für die Festlegung der Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung und zur Bauernkrankenkasse bereits die Unterlagen über die wahrscheinliche Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben verwendet. Ferner wurde diese Budgetvorschau in revidenter Form für politische Beschlüsse im Bundesvoranschlag 1966 und 1967 herangezogen. Sie wurde in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1966, und zwar auf den Seiten 30/31, abgedruckt.

Die Budgetvorschau 1967 bis 1970

Seit der Veröffentlichung der ersten österreichischen Vorschau waren auch in anderen Ländern Arbeiten an ähnlichen Projekten fortgeschritten. So wurde für die Schweiz eine „Schätzung der Einnahmen und Ausgaben des Bundes 1966 bis 1974“ verfaßt und in der Bundesrepublik Deutschland die erste Vorausschätzung wesentlich verbessert. Diese ausländischen Arbeiten wurden folgerichtig vom Bundesministerium für Finanzen eingehend studiert.

Obwohl sich die bei der Budgetvorschau 1965 bis 1968 angewandten Methoden bewährt hatten, wurden bei der neuen Budgetvorschau in einigen Fällen Änderungen vorgenommen, die vor allem auf Stellungnahmen des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen zur ersten Budgetvorschau zurückzuführen waren. Beibehalten wurde die Fundierung der Vorschau durch eine Untersuchung hinsichtlich der voraussichtlichen Entwicklung des Nationalproduktes, die vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung geliefert wurde. War für die erste Budgetvorschau noch mit einem durchschnittlichen Wachstum des realen Nationalproduktes von 4 vH im Jahr gerechnet, also keine Konjunkturschwankung prognostiziert worden, so rechnete die Vorschau bis 1970 zwar auch mit einem durchschnittlichen Wachstum von 4 vH im Prognosezeitraum, für die einzelnen Jahre allerdings mit unterschiedlichen Werten: für 1968 wurde eine Wachstumsrate von 3 vH, für 1969 eine solche von 5,50 vH und für 1970 wieder ein Normalwachstum von 4 vH angenommen. Da der Beirat auch empfohlen hatte, Alternativberechnungen zu laufenden Preisen zu erstellen, um so den Informationswert der Vorschau zu vergrößern, wurde in der Vorschau 1967 bis 1970 auch eine Variante mit einem Anstieg des allgemeinen Preisniveaus um jährlich 2 vH berechnet.

Die Budgetvorschau 1967 bis 1970 wurde im Juli 1967 dem Parlament übermittelt; sie wurde in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1968 auf den Seiten 40/41 abgedruckt.

Revision der Budgetvorschau 1967 bis 1970 unter Einbeziehung des Jahres 1971

Durch politische Entscheidungen und Gesetzesbeschlüsse sowie insbesondere durch den Bundesvoranschlag 1968 ergaben sich zum Teil weitgehende Änderungen der letzten Vorschau, was eine Revision und die Einbeziehung des Jahres 1971 notwendig und zweckmäßig erscheinen ließ. Diese Revision nahm budgetpolitische Entscheidungen nicht vorweg, sondern gab lediglich zu erkennen, wie sich auf Grund der Rechtslage zum 1. Juli 1968 die Einnahmen und Ausgaben entwickeln würden. Sie sollte so die Basis für notwendige budgetpolitische Entscheidungen liefern. Ihr zusammengefaßtes Ergebnis wurde in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1969 auf Seite 43 dargestellt.

Budgetvorschauen des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen

Ende September 1969 wurde der Beirat mit der Ausarbeitung einer mittelfristigen Prognose bis zum Jahre 1974 betraut. Diese Budgetvorschau 1970 bis 1974 des Beirates wurde im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1971 auf den Seiten 272 ff. abgedruckt.

Zu Jahresbeginn 1974 wurde der Beirat abermals mit der Ausarbeitung einer Vorschau für die Jahre 1974 bis 1978 betraut. Diese Arbeit wurde im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1977 auf den Seiten 295 ff. veröffentlicht.

Budgetprognose

353

Zu Jahresbeginn 1977 verfaßte der Beirat über Einladung des Bundesministers für Finanzen eine Budgetprognose für die Jahre 1976 bis 1980 in zwei Varianten und unter Zugrundelegung von zwei verschiedenen Annahmen über die Bedienung der Staatsschuld: In der Trendvariante wurde eine Reduktion der Lohn- und Einkommensteuerbelastung, in der Variante „Rechtslage“ keine solche angenommen; die Variante A rechnete mit tilgungsfreien Jahren, die Variante B ohne solche. Das Ergebnis dieser Arbeit des Beirates wurde im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1978 auf den Seiten 304 ff. abgedruckt.

Im Frühjahr 1978 wurde der Beirat von den Präsidenten der Interessenvertretungen mit der Erarbeitung einer Budgetvorschau 1978 bis 1982 beauftragt, zumal die letzte Vorschau infolge der eingetretenen wirtschaftlichen Veränderungen und der durch diese bewirkten Maßnahmen auf politischer Ebene beträchtlich an Aktualität eingebüßt hatte. Die Arbeit wurde im Sommer 1978 abgeschlossen. Dementsprechend sind in dieser Vorschau weder später gesetzte fiskalpolitische Maßnahmen noch allfällige andere, wesentliche, damals noch nicht bekannte Einflußgrößen berücksichtigt. Die Ergebnisse dieser Vorschau sind auf den Seiten 307 ff. im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1980 veröffentlicht.

Diese Vorschau wurde vom Beirat im Frühjahr 1979 revidiert; die Ergebnisse dieser Überarbeitung finden sich auf Seite 310 im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1980.

Im Juli 1980 veröffentlichte der Beirat wiederum eine Vorschau für die Jahre 1980 bis 1984. Als Basis diente das Jahr 1980; es wurde eine mittlere Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsproduktes von 3,25 vH und ein Deflator von 4,75 vH unterstellt. Das Ergebnis dieser Arbeit ist zuletzt auf Seite 301 des Amtsbehelfes zum BFG 1982 abgedruckt worden.

1982 publizierte der Beirat zum siebenten Male eine als Beschreibung mittelfristiger Trends und Tendenzen zu verstehende Budgetvorschau für die Jahre 1982 bis 1986. Der Beirat legte eine mittelfristige Wachstumsrate des realen BIP von jährlich 2,50 vH und einen Deflator von 4,75 vH zugrunde. Das Ergebnis dieser Arbeit ist zuletzt auf Seite 293 des Amtsbehelfes zum Bundesfinanzgesetz 1984 veröffentlicht worden.

Im Juni 1984 legte der Beirat seine achte Budgetvorschau im Rahmen einer Darstellung mittelfristiger Probleme des Bundeshaushaltes vor; er unterstellte dabei eine mittelfristige Wachstumsrate des realen Brutto-Inlandsproduktes von jährlich 2 vH und einen durchschnittlichen Anstieg der inländischen Produktionspreise von 4 vH im Jahr. Die Vorschau umfaßte die Jahre 1984 bis 1988; sie ist auf den Seiten 344 ff. des Amtsbehelfes zum Bundesfinanzgesetz 1986 zuletzt veröffentlicht worden.

Seine letzte Budgetvorschau hat der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen im Juni 1986 vorgestellt. Sie umfaßt die Jahre bis einschließlich 1990 und wurde aufgrund einer angenommenen mittleren Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsproduktes von jährlich 2,75 vH und eines Deflators von durchschnittlich 3,25 vH sowie einer nominellen Zuwachsrates des Pro-Kopf-Einkommens der Unselbständigen von 5 vH erstellt. Diese Budgetvorschau ist auf den Seiten 373 und ff. des Arbeitsbehelfes zum Bundesfinanzgesetz 1988 zuletzt veröffentlicht worden.

Budgetprognose des BMF gemäß BHG

Das am 1. Jänner 1987 in Kraft getretene neue Haushaltsrecht (Bundeshaushaltsgesetz) sah im § 12 vor, daß der Bundesminister für Finanzen alljährlich im Zusammenhang mit der Budgeterstellung eine Budgetprognose für mindestens vier Jahre (Voranschlagsjahr und drei Folgejahre) zu erstellen und dem Nationalrat zur Kenntnis zu bringen hat. Entsprechend dem Bundeshaushaltsgesetz stellt diese Budgetprognose eine Vorschau auf die voraussichtliche Entwicklung des Haushaltes in den nächsten Jahren dar, soll mittelfristige Entwicklungstendenzen aufzeigen und dabei insbesondere auch die Vorbelastungen künftiger Finanzjahre sowie die Auswirkungen außerbudgetärer Sonderfinanzierungen auf den Haushalt sichtbar machen. Dabei waren die Ausgaben und Einnahmen aufgrund der bestehenden Rechtslage zu erfassen, so als ob diese im Prognosezeitraum unverändert weiter bestünden. Die erste derartige Budgetprognose wurde gemeinsam mit dem Investitionsprogramm für die Jahre 1988 bis 1991 — im Zusammenhang mit dem Bundesvoranschlagsentwurf 1988 — im Oktober 1987 erstellt und dem Nationalrat zur Kenntnis gebracht.

Mit der BHG-Novelle 1988, BGBl. Nr. 573/1988 vom 27. September 1988, wurden die Bestimmungen betreffs Budgetprognose und Investitionsprogramm (nämlich die §§ 12 und 13 BHG) entscheidend geändert, wobei nunmehr absehbare Änderungen der Rechtslage wie etwa zukünftige Anpassungen der Pensionen, der Bezüge der öffentlich Bediensteten, Inflationsanpassung der Einkommen- und Lohnsteuer zu berücksichtigen sind. Ferner wurde der Vorlagetermin auf den 30. Juni jeden Jahres verschoben. Der Bericht über Budgetprobleme und Investitionsprogramm ist nunmehr

354

Budgetprogramm und Budgetbericht

„dem mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschuß des Nationalrates“ zu übermitteln. Als Ausgangsbasis wurde das zuletzt beschlossene BFG bestimmt.

Eine solche Budgetprognose wurde bis 1994 jährlich vom Bundesministerium für Finanzen erstellt, von der Bundesregierung zur Kenntnis genommen und anschließend dem vorgenannten Ausschuß des Nationalrates übermittelt.

Budgetprogramm und Budgetbericht gemäß BHG

Die Budgetprognose für die Jahre 1994 bis 1997 war die letzte dieser Art, da das BHG nunmehr die Erstellung eines mehrjährigen Budgetprogrammes und eines jährlichen Budgetberichtes vorsieht.

Mit dem Budgetprogramm und Budgetbericht, dessen Einführung der Nationalrat Mitte 1994 beschlossen hat, steht der Bundesregierung erstmals auch ein stärker bindendes Instrument für eine mittelfristig orientierte Budgetpolitik zur Verfügung. Das Budgetprogramm soll als Grundlage für die Planung, Umsetzung und Kontrolle der im Regierungsprogramm festgelegten Vorhaben und Budgetziele dienen. Damit soll die Konsolidierung erleichtert werden. Weiters soll damit auch die dispositive Flexibilität erhöht und so die Qualität des Budgets verbessert werden. Wichtigste Probleme sind in diesem Zusammenhang, einer bloßen Fortschreibung der Vergangenheit („Inkrementalismus“) und einer bloßen operativen Detailorientierung entgegenzuwirken. Das Budgetprogramm ist weder rechtlich bindend noch bedarf es der Zustimmung durch das Parlament. Die Erstellung des Budgetprogrammes obliegt dem Bundesministerium für Finanzen.

Im Frühjahr 1995 wurde erstmals ein solches Budgetprogramm für die XIX. Legislaturperiode erstellt. Dieses Programm umfaßt die Jahre 1995 bis 1998. Es bildet auch den Kern des im Mai 1995 der EU-Kommission vorgelegten Konvergenzprogrammes. Da die XIX. Legislaturperiode vorzeitig beendet wurde, hat die neue Bundesregierung binnen sechs Monaten nach ihrem Amtsantritt ein neues Budgetprogramm zu erstellen. In dessen Folge wird sodann eine Revision des Konvergenzprogrammes zu erfolgen haben.

Begleitet wird das Budgetprogramm von einem jährlichen Budgetbericht, der dem Nationalrat und der interessierten Öffentlichkeit Informationen über wichtige Vorhaben und Maßnahmen sowie die Entwicklung des Bundeshaushaltes zur Verfügung stellen und insbesondere über die Erfüllung des Budgetprogrammes Aufschluß geben soll. Er ist spätestens zu Beginn der Beratungen des Bundesvoranschlagsentwurfes dem Budgetausschuß vorzulegen.

IV. Bundeshaushaltsrecht

Bundesfinanzgesetz

Das Bundesfinanzgesetz (BFG) enthält neben dem Text des Bundesgesetzes über die Bewilligung des jährlichen Bundesvoranschlags als Anlagen den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Bundes (Bundesvoranschlag), den Stellenplan sowie weitere für die Haushaltsführung im jeweiligen Finanzjahr wesentliche Grundlagen (das sind insbesondere der Fahrzeugplan und der Plan für Datenverarbeitungsanlagen). Die Erstellung des Bundesvoranschlagsentwurfes und der Entwürfe der übrigen Anlagen zum BFG — mit Ausnahme des federführend vom Bundeskanzler zu erstellenden Entwurfes des Stellenplanes — obliegt dem Bundesminister für Finanzen (vgl. §§ 32 und 33 des Bundeshaushaltsgesetzes — BHG). Der Entwurf des Bundesfinanzgesetzes ist sodann vom Bundesminister für Finanzen — der Entwurf der Anlage „Stellenplan“ vom Bundeskanzler im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen — der Bundesregierung zur Beschlußfassung vorzulegen (vgl. § 34 BHG).

Die Bundesregierung hat den von ihr beschlossenen Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das folgende Finanzjahr dem Nationalrat spätestens zehn Wochen vor Ablauf des jeweils laufenden Finanzjahres vorzulegen (Art. 51 Abs. 2 B-VG).

Der Beschluß über die Bewilligung des Bundesvoranschlags durch den Nationalrat unterliegt nicht dem Mitwirkungsrecht des Bundesrates (Art. 42 Abs. 5 B-VG).

Hat die Bundesregierung dem Nationalrat nicht zeitgerecht den Entwurf eines Bundesfinanzgesetzes vorgelegt oder beschließt der Nationalrat vor Ablauf des Finanzjahres kein Bundesfinanzgesetz und trifft er auch keine vorläufige Vorsorge durch Bundesgesetz, enthält Art. 51 Abs. 4 und 5 B-VG besondere Vorsorgen.

Budgetbericht und Budgetprogramm

Die Bundesregierung hat spätestens sechs Monate nach ihrer Ernennung dem Nationalrat ein Budgetprogramm zur Kenntnis zu bringen.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung jährlich spätestens zu Beginn der Beratungen des von ihr vorgelegten Entwurfes eines Bundesfinanzgesetzes in dem damit betrauten Ausschuß des Nationalrates diesem Ausschuß einen Bericht über Lage, Rahmenbedingungen und Entwicklung des Bundeshaushaltes sowie der außerbudgetären Finanzierungsvorhaben (Budgetbericht) vorzulegen (§ 13 BHG). Der Budgetbericht hat insbesondere über die Erfüllung des Budgetprogrammes (§ 12 BHG) Aufschluß zu geben.

Jedes haushaltsleitende Organ hat die für die Erstellung des Budgetprogrammes und des Budgetberichtes erforderlichen Unterlagen samt Erläuterungen dem Bundesminister für Finanzen rechtzeitig zu übermitteln, der den Entwurf des Budgetberichtes und des Budgetprogrammes sodann der Bundesregierung rechtzeitig zur Beschlußfassung vorzulegen hat. Soweit sich das Budgetprogramm und der Budgetbericht auf Planstellen beziehen, obliegt die Erstellung der Entwürfe dem Bundeskanzler im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen (§ 13 a BHG).

Bundesrechnungsabschluß

Der Rechnungshof verfaßt den Bundesrechnungsabschluß und legt ihn dem Nationalrat vor (Art. 121 Abs. 2 B-VG in Verbindung mit § 98 BHG und § 9 des Rechnungshofgesetzes 1948). Diese Obliegenheit erfüllt der Rechnungshof auf Grund der ihm von den haushaltsleitenden Organen des Bundes (§ 5 Abs. 1 BHG) zu übermittelnden Teilrechnungsabschlüsse. Der Bundesrechnungsabschluß ist vor der Vorlage an den Nationalrat vom Rechnungshof dem Bundesminister für Finanzen zur Stellungnahme zu übermitteln. Der Bundesminister für Finanzen kann sodann innerhalb dreier Wochen Äußerungen zum Bundesrechnungsabschluß erstatten. Der Rechnungshof hat den Bundesrechnungsabschluß in der Folge dem Nationalrat spätestens acht Wochen vor Ablauf des nächstfolgenden Finanzjahres vorzulegen. Die Genehmigung des Bundesrechnungsabschlusses durch den Nationalrat erfolgt in der Form eines Gesetzesbeschlusses, der nicht dem Mitwirkungsrecht des Bundesrates (Art. 42 Abs. 5 B-VG) unterliegt und als solcher im Bundesgesetzblatt kundzumachen ist.

Der Bundesrechnungsabschluß selbst wird als gesondertes, käufliches Druckwerk im Wege des Rechnungshofes, 1030 Wien, Dampfschiffstraße 2, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Vorschriften für die Haushaltsführung

Die Haushaltsführung (§ 1 Abs. 2 BHG) des Bundes hat sich nach den haushaltsrechtlichen Verfassungsbestimmungen (Art. 13 Abs. 2, 51, 51 a, 51 b und 51 c B-VG) in Verbindung mit den einschlägigen Bestimmungen des Bundeshaushaltsgesetzes, BGBl. Nr. 213/1986, in der geltenden Fassung und den hiezu ergangenen Durchführungsvorschriften zu orientieren. Die in anderen Bundesgesetzen enthaltenen abweichenden Vorschriften für die Haushaltsführung werden durch das Bundeshaushaltsgesetz insoweit nicht berührt, als sie mit den oben angeführten haushaltsrechtlichen Verfassungsbestimmungen im Einklang stehen (vgl. hierzu Art. 51 Abs. 6 B-VG in Verbindung mit § 100 Abs. 3 BHG).

Oberstes Ziel der Haushaltsführung ist die Erfüllung der Aufgaben des Bundes durch die Ermittlung und Bereitstellung der hierfür benötigten Geldmittel unter Beachtung der Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit sowie der Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes, wobei insbesondere auch die Verbundenheit der Finanzwirtschaft des Bundes, der Länder und Gemeinden zu berücksichtigen ist.

Gliederung des Bundesvoranschlages

357

V. Gliederung des Bundesvoranschlages 1)

Gebarung

Wirksame und unwirksame Gebarung

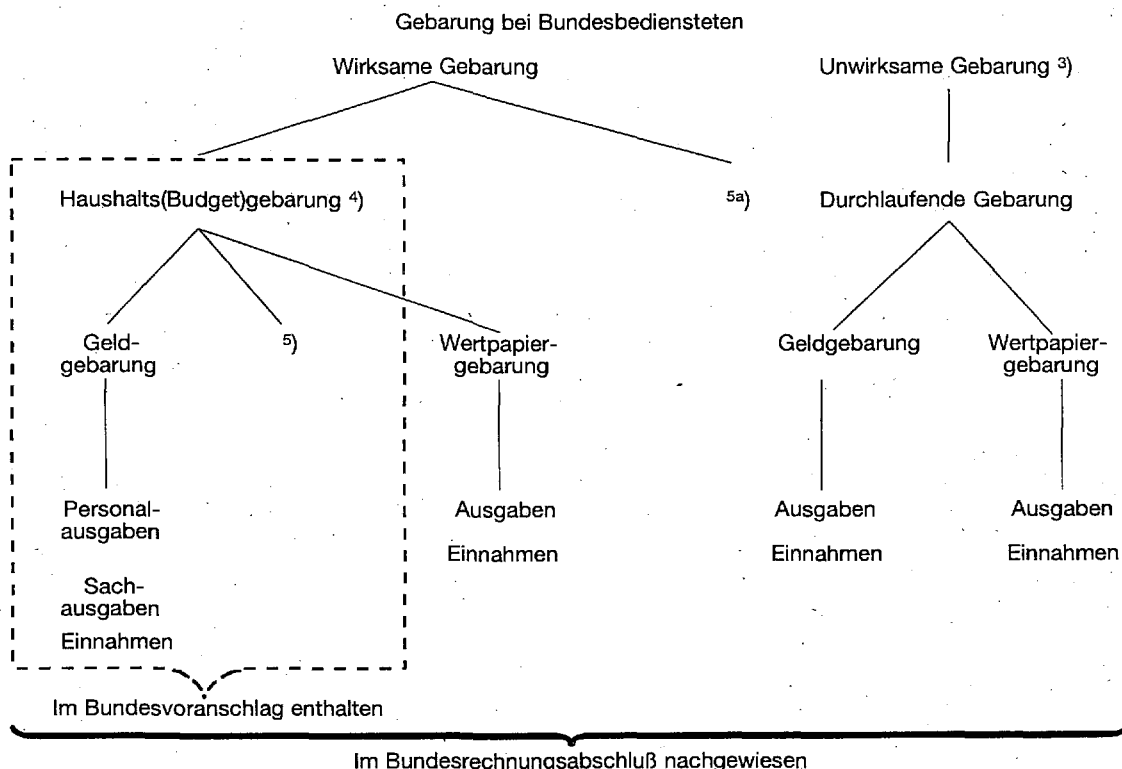
Die derzeit gültigen Haushaltsvorschriften des Bundes unterscheiden zwischen voranschlagswirksamer und -unwirksamer Gebarung.

Der Begriff „wirksam“ ist nicht identisch mit den Begriffen „erfolgs- bzw. vermögenswirksam“. Die Haushaltsvorschriften des Bundes verstehen darunter vor allem die Wirksamkeit in bezug auf die einzelnen Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlages. Wirksam im Sinne der Haushaltsvorschriften des Bundes ist daher eine Ausgabe oder Einnahme, wenn sie ihrer Art nach im Bundesvoranschlag vorgesehen ist. Im Bundesvoranschlag werden Ausgaben und Einnahmen vorgesehen, wenn sie auf Grund gesetzlicher, vertraglicher oder sonstiger Bestimmungen endgültig solche des Bundes sind ²⁾. Müssen wirksame Bundeseinnahmen auf Grund einer Zweckwidmung einem Dritten überwiesen werden, stellen die dadurch bedingten Ausgaben trotzdem auch eine wirksame Gebarung dar. Ebenso zählen Ausgaben und Einnahmen aus Vergütungen von Leistungen zwischen Bundesdienststellen, soweit die haushaltsrechtlichen Vorschriften solche vorsehen, zur wirksamen Gebarung.

Alle anderen bei Bundesdienststellen anfallenden Gebarungen werden als unwirksam bezeichnet.

Haushaltsgebarung

Wie aus der nachstehenden Übersicht ersehen werden kann, umfaßt der dem Bundesfinanzgesetz angeschlossene Bundesvoranschlag nur die Haushaltsgebarung des Bundes.



1) Nähere Einzelheiten enthält der vom Bundesministerium für Finanzen herausgegebene Leitfaden für den Ansatz- und Kontenplan des Bundes (Siehe Fußnote 7); der I. und II. Teil mit Stichwortverzeichnis zum Kontenplan des Bundes wurde im Dezember 1990 neu aufgelegt. Die Einigung der Gebietskörperschaften Bund, Länder und Gemeinden über einen gemeinsamen Kontenplan fand ihren Niederschlag in der Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung (VRV), BGBl. Nr. 493/1974.

2) Gegenstand der Veranschlagung sind nur die kassamäßigen Ausgaben und Einnahmen, nicht aber die in Wertpapieren vollzogenen Gebarungen.

3) Entspricht der Gebarung der Bestands- und Erfolgsverrechnung.

4) Entspricht der Gebarung der voranschlagswirksamen Verrechnung.

5) Bis einschließlich Bundesvoranschlag 1977 Trennung in ordentliche und außerordentliche Gebarung. Nähere Einzelheiten siehe Seite 358.

5a) Bis einschließlich Bundesvoranschlag 1987 wurden die Erlöse aus Schuld aufnehmen in der sogenannten Anlehensgebarung verrechnet, die nicht Bestandteil der Haushalts(Budget)gebarung war. Weitere Einzelheiten siehe Seite 358 unter „Änderung in der Gliederung ab Bundesvoranschlag 1988“.

Bis zum Bundesvoranschlag 1977 war die Haushaltsgebarung getrennt in ordentliche und außerordentliche Gebarung. Diese traditionelle Gliederung war im Sinne der seinerzeitigen Auffassung, daß nur einmalige oder betragsmäßig den normalen Wirtschaftsrahmen übersteigende Vorhaben aus Kreditoperationen finanziert werden durften, während in der ordentlichen Gebarung der jährliche Budgetausgleich aus laufenden Einnahmen zu erfolgen hätte, begründet. Die verstärkte Heranziehung des Budgets zu konjunkturpolitischen Zwecken, der Umfang der Vermögenswertebeschafterung im Rahmen der ordentlichen Gebarung sowie die neueren nationalen und internationalen Erkenntnisse der Finanzwissenschaft bedingten jedoch, daß die seinerzeitigen Kriterien für die Veranschlagung von Ausgaben und Einnahmen in der außerordentlichen Gebarung völlig in den Hintergrund traten. Deshalb werden ab dem Jahre 1978 die gesamten Ausgaben und Einnahmen des Bundes in der ordentlichen Gebarung verrechnet.

Gliederung des Bundesvoranschlages

Gliederung des Bundesvoranschlages bis 1966

Das Verwaltungsentlastungsgesetz, BGBl. Nr. 277/1925, sah im Artikel 6 Punkt II vor, daß die Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlages unter genauer Anlehnung an die jeweilige Gliederung der Verwaltung in fortlaufend nummerierten Gruppen, Kapiteln, Titeln, Paragraphen und allenfalls weiter erforderlichen Unterteilungen übersichtlich zu ordnen sind. Im Laufe der Jahre zeigte es sich, daß diese institutionelle Gliederung nicht ausreicht, die Leistungen und Aufgaben der öffentlichen Hand übersichtlich darzulegen.

Neugliederung ab Bundesvoranschlag 1967

Bei den Vorarbeiten für die Neuordnung des Bundeshaushaltsrechtes ⁶⁾ wurde die Erkenntnis gewonnen, daß auch die Verrechnung des Bundes neu zu gestalten wäre.

Der Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen bedingte, daß der Plan für die finanzgesetzlichen Ansätze des Bundesvoranschlages (Ansatzplan) und der Kontenplan für die Untergliederung der einzelnen finanzgesetzlichen Ansätze nach einem dekadisch nummerierten System erstellt werden mußte.

Die finanzgesetzliche Ansatz-Gliederung des Bundesvoranschlages 1967 ist bereits nach dem neuen, dekadisch nummerierten Ansatzplan vorgenommen worden. Der neue Kontenplan hat bei der Erstellung des Budgetentwurfes 1968 Berücksichtigung gefunden.

Änderung in der Gliederung ab Bundesvoranschlag 1988

Gemäß § 16 Abs. 1 Bundeshaushaltsgesetz ist der Bundesvoranschlag in einen allgemeinen Haushalt und in einen Ausgleichshaushalt zu gliedern. Der Ausgleichshaushalt umfaßt die Einnahmen aus der Aufnahme und die Ausgaben für die Rückzahlung von Finanzschulden und zur vorübergehenden Kassenstärkung eingegangenen Geldverbindlichkeiten sowie die Einnahmen und Ausgaben infolge eines Kapitalaustausches bei Währungstauschverträgen, der allgemeine Haushalt die übrigen Einnahmen und Ausgaben. Ausgenommen von der Veranschlagung sind lediglich die Einnahmen aus der Aufnahme und die Ausgaben aus der Rückzahlung von Finanzschulden im Rahmen einer Prolongation oder Konversion.

Zum nachstehenden Schema der Bundesvoranschlag-Gliederung nach dem neuen Ansatzplan ist zu bemerken ⁷⁾:

Haushalt

Entsprechend der Gliederung des Bundesvoranschlages wird jedem Voranschlagsansatz des Bundesvoranschlages eine der nachstehend angeführten Zuordnungsziffern vorausgestellt:

	Zuordnungs- ziffer	Kurzbezeich- nung)
Ausgaben des allgemeinen Haushaltes.....	1	A
Einnahmen des allgemeinen Haushaltes.....	2	E
Ausgaben des Ausgleichshaushaltes.....	7	Au
Einnahmen des Ausgleichshaushaltes.....	8	Eu

⁶⁾ Siehe Seite 356.

⁷⁾ Weitere grundsätzliche Ausführungen siehe „Leitfaden für den Ansatz- und Kontenplan des Bundes, I. Teil“, in „Kontenpläne für Gebietskörperschaften (KOG)“, herausgegeben vom Bundesministerium für Finanzen, im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei (Neuaufgabe 1990).

Ansatzplanschema — Gebarungsgruppen

359

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ansatzbezeichnung	Erfolgswirksame Ausgaben bzw. Einnahmen		Bestandswirksame Ausgaben bzw. Einnahmen	Summe
								Personal-	Sach-		
								ausgaben ⁸⁾			
								Millionen Schilling			
Voranschlagsansatz											

⁸⁾ Die Untergliederung in Personal- und Sachausgaben entfällt bei den erfolgswirksamen Einnahmen.

Schema des dekadisch numerierten Ansatzplanes

Der seinerzeitigen Kapitel-Gliederung des Bundesvoranschlages entspricht ab 1967 — unter Berücksichtigung der seither eingetretenen Kompetenzänderungen — die folgende Gliederung:

Gruppe	Kapitel	Bezeichnung der Gruppen und Kapitel
0		Oberste Organe:
	1	Präsidentenkanzlei
	2	Bundesgesetzgebung
	3	Verfassungsgerichtshof
	4	Verwaltungsgerichtshof
	5	Volksanwaltschaft
	6	Rechnungshof
1		Innenverwaltung:
	0	Bundeskanzleramt mit Dienststellen
	1	Inneres
	2	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten
	3	Kunst
	4	Wissenschaft und Forschung
	5	Soziales
	6	Sozialversicherung
	7	Gesundheit und Konsumentenschutz
	8	Umwelt
	9	Jugend und Familie
2		Auswärtige Angelegenheiten:
	0	Äußeres
3		Justizwesen:
	0	Justiz
4		Landesverteidigung:
	0	Militärische Angelegenheiten
5		Finanzen:
	0	Finanzverwaltung
	1	Kassenverwaltung
	2	Öffentliche Abgaben
	3	Finanzausgleich
	4	Bundesvermögen
	5	Pensionen (Hoheitsverwaltung)
	9	Finanzschulden, Währungstauschverträge

360

Gebarunggruppen

Gruppe	Kapitel	Bezeichnung der Gruppen und Kapitel
6		Wirtschaft:
	0	Land- und Forstwirtschaft
	3	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr
	4	Bauten und Technik
	5	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr
7		Bundesbetriebe:
	1	Bundestheater
	5	Alkohol (Monopol)
	7	Österreichische Bundesforste
	8	Post- und Telegraphenverwaltung

Die übrigen Dekaden der Voranschlagsansätze, d. s. Titel, Paragraphen und Unterteilungen, dienen der weiteren Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen nach organorientierten und finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Dekade „Unterteilung“

Die Reihung der Ausgaben und Einnahmen einer Institution wird im wesentlichen durch die 5. Dekade des Ansatzplanes, das ist die Unterteilung, gesteuert.

Finanzwirtschaftliche Gliederungselemente (Gebarunggruppen)

Bei den **Ausgabenansätzen** ist gemäß § 20 BHG die 5. Dekade finanzwirtschaftlichen Gliederungselementen, das sind die Gebarunggruppen, vorbehalten, deren Kennzeichnung wie folgt vorzunehmen ist:

Gebarunggruppe	Standardtext im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt	Kurzbezeichnung
Personalausgaben:		
0 = Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Personalausgaben	Personalausgaben	A/G-P
Sachausgaben:		
2 = Anlagen (Gesetzliche Verpflichtungen).....	Anlagen (Gesetzl. Verpflichtungen)	An/G
3 = Anlagen (Ermessensausgaben)	Anlagen	An
4 = Förderungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	F/G
5 = Förderungen — Darlehen (Ermessensausgaben)	Förderungen (D)	F-D
6 = Förderungen — Zuschuß (Ermessensausgaben)	Förderungen	F
7 = Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Sachausgaben	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	A/G-S
8 = Aufwendungen — erfolgswirksam (Ermessensausgaben)	Aufwendungen	A
9 = Aufwendungen — bestandswirksam (Ermessensausgaben)	Aufwendungen (B)	A-B

Gesetzliche Verpflichtungen und Ermessensausgaben

361

Bei den **Einnahmenansätzen** ist gem. § 20 BHG die 5. Dekade für folgende Kennzeichnungen reserviert:

Gebarunggruppe	Standardtext im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt	Kurzbezeichnung
0 } Zweckgebundene Einnahmen (Erfolgs- 1 } wirksame Einnahmen).....	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	ZE
2 } Zweckgebundene Einnahmen (Bestandswirk- 3 ⁹⁾ } same Einnahmen)	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen	ZB
4 } 5 } Sonstige Einnahmen (Erfolgswirksame Ein- 6 } nahmen)	Erfolgswirksame Einnahmen	E
7 } 8 } Sonstige Einnahmen (Bestandswirksame Ein- 9 ⁹⁾ } nahmen)	Bestandswirksame Einnahmen	B

Als Ausgaben für „Anlagen“ sind die Ausgaben zur Anschaffung oder Herstellung von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens des Bundes zu veranschlagen, sofern diese Ausgaben im einzelnen die nach den jeweils geltenden einkommensteuerrechtlichen Bestimmungen für geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens festgesetzten Betragsgrenzen (dzt. 5 000 S) übersteigen. Nicht als „Anlagen“ zu veranschlagen sind Ausgaben für die Herstellung von beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens in Eigenregie. Ersatzanschaffungen sind auch bei den Anlagenansätzen zu verrechnen¹⁰⁾.

Als Ausgaben für „Förderungen“ sind Ausgaben des Bundes für zins- oder amortisationsbegünstigte Gelddarlehen, Annuitäten-, Zinsen- und Kreditkostenzuschüsse sowie sonstige Geldzuwendungen zu veranschlagen, die der Bund einer natürlichen oder juristischen Person für eine von dieser erbrachte oder beabsichtigte Leistung, an der ein erhebliches vom Bund wahrzunehmendes öffentliches Interesse besteht, gewährt, ohne dafür unmittelbar eine angemessene, geldwerte Gegenleistung zu erhalten¹¹⁾.

Ausgenommen von dieser Veranschlagung sind Ausgaben für Finanzausweisungen und sonstige Zuschüsse an Gebietskörperschaften gemäß § 12 F-VG 1948 sowie für Zuschüsse mit Sozialleistungscharakter^{11a)}.

Unter „Aufwendungen“ sind alle Ausgaben veranschlagt, soweit sie keine Ausgaben für Anlagen oder Förderungen darstellen.

Bis einschließlich 1973 waren die Aufwendungen bei zwei Gebarunggruppen veranschlagt gewesen, und zwar bei den Ansätzen „Verwaltungsaufwand“ und „Aufwandskredite“. Für die Zusammenlegung war maßgeblich, daß eine genaue Trennung dieser beiden Ausgaben-Gruppen, die beide Aufwendungen zum Inhalt hatten, nicht immer möglich war.

Eine kapitelweise Aufgliederung der gesamten Sachausgaben nach Gebarunggruppen enthält die Anlage I b zum Bundesfinanzgesetz.

Gesetzliche Verpflichtungen und Ermessensausgaben

Bei den Gebarunggruppen sind jeweils die Ausgaben auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen gesondert von den übrigen Ausgaben veranschlagt. Als „Gesetzliche Verpflichtungen“ (als Begriff des Bundeshaushaltsrechtes) sind die Ausgaben veranschlagt, die sich auf Ansprüche gründen, die dem Grunde und der Höhe nach in einem Bundesgesetz so eindeutig festgelegt sind, daß sie in dieser Hinsicht weder bei der Erstellung des Bundesfinanzgesetzes noch bei der Vollziehung des betreffenden Bundesgesetzes beeinflussbar sind. Die gemäß § 20 Abs. 3 BHG zu den Personalausgaben zählenden Ausgaben und die Ausgaben für die Zahlung öffentlicher Abgaben sind

⁹⁾ Im allgemeinen Haushalt nur Darlehensrückzahlungen.

¹⁰⁾ Die Betragssumme aller Anlagen-Ansätze ist nicht identisch mit den Zugängen im Vermögen des Bundes. Über die Änderungen im Vermögen des Bundes geben gesonderte Aufschreibungen Aufschluß.

¹¹⁾ Ob es sich um Ausgaben für die Finanzierung von Investitionen Dritter (Investitionsförderung) oder ob es sich um sonstige Förderungen (Förderungs-zuwendungen) handelt, ist aus den Kontenplan-Kennziffern (= Post-Nummern in den Postenverzeichnissen der Teilhefte ersichtlich).

^{11a)} Sozialleistungen sollen auf Grund der sie regelnden Rechtsvorschriften unmittelbar Einkommensverbesserungen der Empfänger bewirken und die Befriedigung von deren Individualbedürfnissen ermöglichen, wobei die Verwendung dieser Geldzuwendungen keiner rechtlichen Beschränkung oder rechtlich normierten Kontrolle unterworfen wird.

362

Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche)

den Ausgaben für gesetzliche Verpflichtungen gleichzusetzen. Alle übrigen Ausgaben sind als „Ermessensausgaben“ zu veranschlagen.

Ausgaben, die auf Grund gesetzlicher Ermächtigungen erfolgen, sind als Ermessensausgaben dargestellt, da für deren Genehmigung bzw. für deren Höhe das Ermessen des zuständigen Ressorts ausschlaggebend ist. Zu den Ermessensausgaben zählen daher insbesondere Ausgaben, die auf Grund des gesetzlich festgelegten Aufgabenbereiches einer Bundesbehörde anfallen, für die aber eine zwingende Leistungsverpflichtung der Höhe nach durch materielle Bestimmungen eines eigenen Bundesgesetzes nicht gegeben ist.

Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche)

Die organorientierte Gliederung ist für einen öffentlichen Haushaltsplan notwendig, weil sie jene Gliederung ergibt, die dem Verfügungs- und Verantwortungsbereich der Organe der öffentlich-rechtlichen Körperschaften entspricht. Diese organorientierte Gliederung reicht aber nicht aus, die Aufgabenzwecke und Leistungen der öffentlichen Hand übersichtlich darzustellen. Aus diesem Grunde werden die Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlags nach funktionellen Gesichtspunkten aufgliedert bzw. Aufgabenbereichskennziffern zugeordnet.

Auf der Ausgabenseite richtet sich die funktionelle Zuordnung nach dem mit einer Ausgabe verfolgten Zweck, wie zB erzieherische, kulturelle, soziale, verschiedene wirtschaftliche Zwecke. Wenn dieses Kriterium für Zuordnungszwecke nicht ausreicht, ist als weiteres Kriterium die Wirkung beim Empfänger der staatlichen Leistung in die Überlegung einzubeziehen.

Bei der funktionellen Zuordnung der Einnahmen ist entscheidend, für welche funktionelle Bereiche Einnahmen aufgebracht werden oder gewidmet sind, bzw. von welchen Bereichen die Einnahmen zufließen. In der Regel werden die im Zusammenhang mit der Tätigkeit eines Organs anfallenden Einnahmen, soweit letztere keine besondere Zweckwidmung aufweisen, zu dem Aufgabenbereich zählen, dem die Ausgaben des Organs zugeordnet sind.

Die funktionelle Gliederung wurde in Anlehnung an ein von der UNO empfohlenes Schema geschaffen und entspricht mit den nachfolgend aufgezeigten 17 Aufgabenbereichen auch den internationalen Erfordernissen.

Kennziffer	Einzelne Aufgabenbereiche	Kurzbezeichnung
11	Erziehung und Unterricht.....	EU
12	Forschung und Wissenschaft.....	FW
13	Kunst.....	Kn
14	Kultus.....	KI
21	Gesundheit.....	Gh
22	Soziale Wohlfahrt.....	SW
23	Wohnungsbau.....	Wb
32	Straßen.....	St
33	Sonstiger Verkehr.....	Vk
34	Land- und Forstwirtschaft.....	Lf
35	Energiewirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft).....	En
36	Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau).....	IG
37	Öffentliche Dienstleistungen.....	ÖD
38	Private Dienstleistungen (einschließlich Handel).....	PD
41	Landesverteidigung.....	Lv
42	Staats- und Rechtssicherheit.....	SR
43	Übrige Hoheitsverwaltung.....	Hv

Die im Bundesvoranschlag, der Anlage I zum Bundesfinanzgesetz, ausgewiesene Aufgabenbereichskennziffer ist kein Bestandteil der Voranschlagsansatz-Kennziffer (siehe auch § 22 BHG).

Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche)

363

Zu den einzelnen Aufgabenbereichen ist zu bemerken:

Grundsätzliches

Ausgaben eines Aufgabenbereiches können die unmittelbaren Ausgaben für Amtsorgane sowie für Organe der betriebsähnlichen Einrichtungen und der Bundesbetriebe, ferner Zahlungen an Gebietskörperschaften, andere Rechtsträger öffentlichen Rechtes, sonstige juristische Personen und physische Personen sein, wobei es sich bei diesen Zahlungen um Darlehen, Zuschüsse und sonstige Transferzahlungen, Überweisungen, Abgangsdeckungen, Kapitalsbeteiligungen, Anteilerwerbungen an Unternehmungen und ähnliches handeln kann.

Der Aufwand der für die einzelnen Aufgabenbereiche tätig werdenden Bundesorgane ist jeweils als Aufwand dieser Bereiche dargestellt.

Jedenfalls sind auch die Ausgaben für die mit den ausgewiesenen Aufgabengebieten in Zusammenhang stehenden Einrichtungen, Aktionen und sonstigen Maßnahmen, wie zB auch die baulicher Natur (Neubau und Instandhaltung) bei den einzelnen Aufgabenbereichen einzubeziehen.

Für die Einnahmen gelten diese und die nachfolgenden Ausführungen sinngemäß.

Erziehung und Unterricht

Der Bereich „Erziehung und Unterricht“ (EU) umfaßt das Schulwesen (ausgenommen die Universitäten, wissenschaftliche Anstalten und Kunsthochschulen), die Volksbildung, die außerschulische Jugenderziehung sowie die außerschulische Leibeserziehung.

Forschung und Wissenschaft

Zum Aufgabenbereich „Forschung und Wissenschaft“ (FW) zählen alle Ausgaben für die Wissenschaft, die wissenschaftliche Lehre und die Forschung (vornehmlich für Universitäten, wissenschaftliche Anstalten und wissenschaftliche Bibliotheken).

Kunst

Zum Bereich „Kunst“ (Kn) zählen die Ausgaben in allen Kunstbereichen einschließlich der Hochschulen künstlerischer Richtung und der Kunstakademien; außerdem gehören zu diesem Bereich Ausgaben für Museen und Sammlungen, Denkmalschutz und Denkmalpflege, Verlagswesen und urheberrechtliche Angelegenheiten, Rundfunk und Fernsehen, Schall- und Tonträger sowie kulturelle Auslandbeziehungen.

Kultus

Dem Aufgabenbereich „Kultus“ (KI) sind die Ausgaben zuzurechnen, die an Kirchen und Religionsgesellschaften geleistet werden.

Nicht einzubeziehen sind Zahlungen an diese Rechtsträger für Restaurierungsarbeiten und ähnliche im denkmalpflegerischen Sinn.

Gesundheit

Dem Aufgabenbereich „Gesundheit“ (Gh) gehören alle Ausgaben an, die der Vorbeugung gegen Krankheiten, zur Erhaltung der Gesundheit sowie dem Umweltschutz dienen.

Nicht einzubeziehen sind Ausgaben für veterinärmedizinische Angelegenheiten sowie Dienstgeberbeiträge zur Krankenversicherung.

Jedenfalls zählen hiezuh Ausgaben des Bundes für die gesetzliche Krankenversicherung, individuelle Gesundheitsdienste und spezielle Gesundheitsprogramme.

Soziale Wohlfahrt

Der Bereich „Soziale Wohlfahrt“ (SW) umfaßt alle Ausgaben zur Milderung von physischen, wirtschaftlichen und sozialen Notlagen von Einzelpersonen, soweit diese Ausgaben nicht den Aufgabenbereichen Gesundheit und Wohnungsbau zuzuzählen sind.

Nicht inbegriffen sind Ausgaben des Bundes für die gesetzliche Krankenversicherung und Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung, die als Lohnbestandteile anzusehen sind und daher gemeinsam mit dem jeweiligen Bedienstetenaufwand zur Darstellung gelangen.

364

Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche)

Inbegriffen sind die Leistungen des Bundes zur Sozialversicherung, die Aufwendungen der Arbeitsmarktverwaltung und für sonstige sozialpolitische Maßnahmen (ua. auch Preisstützungen, soweit sie nicht wirtschaftsfördernde Maßnahmen darstellen), ferner Ausgaben für Kriegsoffer und Heeresversorgung, Jugendfürsorge und familienpolitische Maßnahmen, Hilfe für chronisch bzw. unheilbar Erkrankte sowie sonstige Wohlfahrtseinrichtungen.

Wohnungsbau

Zum Aufgabenbereich „Wohnungsbau“ (Wb) zählen die Ausgaben für Wohnungsbauten und die Wohnungsfürsorge, insbesondere aber die Förderung des Wohnungsbaues und des Siedlungswesens.

Straßen

Dem Aufgabenbereich „Straßen“ (St) sind alle Ausgaben für den Ausbau und die Erhaltung der Bundesstraßen und Autobahnen samt Brücken und zugehörigen Objekten sowie Ausgaben des Bundes für sonstige straßenverkehrsfördernde Maßnahmen zugeordnet.

Sonstiger Verkehr

Im Aufgabenbereich „Sonstiger Verkehr“ (Vk) sind alle Ausgaben des Bundes aus sonstigen Verkehrseinrichtungen und verkehrsfördernden Maßnahmen erfaßt, wozu insbesondere die Ausgaben des Bundes für Eisenbahnen, schiffbare Wasserwege, Luftfahrt sowie Post- und Fernmeldeeinrichtungen gerechnet werden.

Land- und Forstwirtschaft

Der Bereich „Land- und Forstwirtschaft“ (Lf) umfaßt die Ausgaben des Bundes aus seiner eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit und aus wirtschaftsfördernden Maßnahmen, soweit beide den Sektor Land- und Forstwirtschaft betreffen. Neben Ausgaben für die Produktionssteigerung und den Schutz der Land- und Forstwirtschaft zählen zu diesem Aufgabenbereich insbesondere auch einschlägige Preisausgleichszahlungen.

Jedenfalls sind auch Ausgaben für Jagd und Fischerei, veterinärmedizinische Angelegenheiten, landwirtschaftliche Güterwege, Elektrifizierung und Nutzwasserversorgung landwirtschaftlicher Anwesen, weiters Aufwendungen für den landwirtschaftlichen Wasserbau sowie für die Hochwasser- und Lawinenverbauung einzubeziehen.

Energiewirtschaft

Dem Aufgabenbereich „Energiewirtschaft“ (En) sind alle Ausgaben des Bundes für Zwecke der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft einschließlich der Versorgung mit Wärme und Dampf hinzuzurechnen. Der Aufwand hydroelektrischer Bauten ist hier auch nachzuweisen, selbst wenn diese durch Hochwasserschutz und Bewässerung unmittelbar der Landwirtschaft nützen.

Nicht einzubeziehen sind Ausgaben für die Wasserversorgung, die beim Aufgabenbereich „Öffentliche Dienstleistungen“ auszuweisen sind.

Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau)

Im Aufgabenbereich „Industrie und Gewerbe“ (einschließlich Bergbau) (IG) werden die Ausgaben des Bundes aus seiner eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit und aus wirtschaftsfördernden Maßnahmen, soweit beide diesen Sektor betreffen, zusammengefaßt.

Jedenfalls zählen Ausgaben für das Patentwesen und für das zivilwirtschaftliche Rechtswesen zu diesem Bereich.

Soweit Ausgaben für Kohlenbergbaue sowie für die Erdöl- und Erdgasindustrie in diesem Bereich anfallen, ist deren Summe anmerkungswise auszuweisen.

Öffentliche Dienstleistungen

Zum Aufgabenbereich „Öffentliche Dienstleistungen“ (ÖD) zählen Einrichtungen, wie Gebäude-, Parkanlagen-, Tiergarten- und Bäderverwaltungen und ähnliche, oder Dienste, die Bereiche wie Wasserversorgung, Kanalisation und andere sanitäre Dienste betreffen.

**Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche) —
Erfolgswirksame und bestandswirksame Einnahmen oder Ausgaben**

365

Private Dienstleistungen

Dem Bereich „Private Dienstleistungen“ (einschließlich Handel) (PD) werden Ausgaben für Fremdenverkehr, Handels- und Finanztätigkeit und sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen zugerechnet.

Nicht einzubeziehen ist in diesen Aufgabenbereich die Gebarung der Heilbäder, die zum Bereich Gesundheit gehören.

Landesverteidigung

Der Aufgabenbereich „Landesverteidigung“ (Lv) umfaßt alle laufenden und Kapital-Ausgaben für militärische Streitkräfte und Verteidigungsbehörden sowie für zivile Verteidigungsausgaben (zB Zivilschutz) und die wirtschaftliche Mobilisierung in Notzeiten.

Staats- und Rechtssicherheit

Im Aufgabenbereich „Staats- und Rechtssicherheit“ (SR) gelangen die Ausgaben aus sämtlichen polizeilichen Tätigkeiten und aus dem Gerichtswesen einschließlich des Gefängniswesens und der sonstigen Justizeinrichtungen zur Nachweisung. Dazu zählen auch die Ausgaben für den Verfassungsgerichtshof, den Verwaltungsgerichtshof und die Volksanwaltschaft.

Nicht einzubeziehen sind die Ausgaben für das zivilwirtschaftliche Rechtswesen, die dem Bereich Industrie und Gewerbe zuzurechnen sind.

Übrige Hoheitsverwaltung

Der Aufgabenbereich „Übrige Hoheitsverwaltung“ (Hv) umfaßt die Ausgaben für den Bundespräsidenten, die Organe der Gesetzgebung, die obersten Vollzugs- und Kontrollorgane (zB Bundesministerien, Landesregierungen, Rechnungshof), für die Finanzverwaltung, die Führung der auswärtigen Angelegenheiten, die Nachrichtendienste und ähnliche allgemeine Dienste, insbesondere der Wirtschaftsverwaltung, wie zB Eich- und Vermessungswesen, für Zahlungen im Rahmen des Finanzausgleiches, soweit es sich nicht um zweckgebundene Mittel für bestimmte Bereiche handelt, für den Schuldendienst des Bundes, für Auslandshilfe und andere Auslandstransfers, wozu insbesondere auch die Beiträge an internationale Organisationen zählen, für Entschädigungen auf Grund des Staatsvertrages und für den Aufwand für die Pensionsparteien der Hoheitsverwaltung des Bundes.

Die Ausgaben aus der Errichtung und Erhaltung von Bundesbauten, aus dem Erwerb von Liegenschaften durch den Bund sind in diesem Bereich nur dann nachzuweisen, wenn die Zugehörigkeit zu einem anderen Aufgabenbereich nicht eindeutig aus der Ansatz- und Postengliederung hervorgeht.

Nicht einzubeziehen ist der Aufwand für das Verteidigungsministerium, der zum Bereich Landesverteidigung zählt.

Übersichten

Eine Aufgliederung der Gesamtausgaben und -einnahmen des Bundesvoranschlages 1995 nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten einerseits¹²⁾ und funktionellen Gesichtspunkten andererseits sowie deren Kombinierung enthalten die Anlagen I c und II a zum Bundesfinanzgesetz. Gleichartige Aufgliederungen hinsichtlich der Ausgaben und Einnahmen der einzelnen Kapitel des Bundesvoranschlages 1995 befinden sich in den entsprechenden Teilheften.

Erfolgswirksame und bestandswirksame Einnahmen oder Ausgaben

In der Bundesverrechnung sind als erfolgswirksame Einnahmen oder Ausgaben solche zu veranschlagen, die im Zeitpunkt der Geldeinnahme oder -ausgabe den Unterschied zwischen dem Vermögen und den Schulden des Bundes vermehren oder vermindern, als bestandswirksame Einnahmen

¹²⁾ Siehe Seiten 386 bis 370.

366

Kontenplan für die Bundesverwaltung

oder Ausgaben solche, die diesen Unterschied nicht verändern.¹³⁾ Als erfolgswirksame Ausgaben gelten auch die Ausgaben zur Anschaffung oder Herstellung von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, soweit sich diese Ausgaben auf geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens im Sinne der einkommensteuerrechtlichen Bestimmungen beziehen.

Kontenplan für die Bundesverwaltung^{13a)}

Gemäß § 24 BHG ist zu den Voranschlagsansätzen des Bundesvoranschlages in den Teilheften die erforderliche Anzahl von Voranschlagsposten zu bilden. Hierbei sind rechtlich oder wirtschaftlich gleichartige Einnahmen oder Ausgaben betragsmäßig unter eigenen Voranschlagsposten zusammenzufassen. Bei der Bildung der Voranschlagsposten sind auch die Erfordernisse des Investitionsprogramms, der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der Finanzstatistik zu beachten. Die Bildung der Voranschlagsposten ist für alle Organe des Bundes einheitlich und unter Anwendung des Dezimalsystems in einem Postenverzeichnis vorzusehen. Der Bundesminister für Finanzen hat nach Anhörung des Rechnungshofes durch Verordnung den dem Postenverzeichnis zugrunde zu legenden Kontenplan zu erlassen, der auch Konten für die Bestands- und Erfolgsverrechnung zu umfassen hat^{13b)}.

Über die Systematik des Kontenplanes des Bundes und des Postenschemas des Bundesvoranschlages sowie über die Zusammenhänge zwischen Kontenplan, Postengliederung und Postenverzeichnis gibt die nachfolgende Darstellung Aufschluß:

Kontenplan

Konten-Klasse (Kl) = erste Stelle der vierstelligen Konto-Kennziffer.....	0●●●	¹⁴⁾
Konten-Unterklasse (Ukl) = zweite Stelle der vierstelligen Konto-Kennziffer..	●0●●	
Konten-Gruppe (Gru) = dritte Stelle der vierstelligen Konto-Kennziffer	●●0●	
Konten-Stelle (St) = vierte Stelle der vierstelligen Konto-Kennziffer.....	●●●0	
Konto-Kennziffer = Konto (K).....	0000	
Konten-Untergliederung (Ugl).....	●●●●	●●●

Postengliederung



Postenverzeichnis

Die zusammenfassende Darstellung aller Voranschlagsposten eines Kapitels des Bundesvoranschlages wird Postenverzeichnis genannt.

Kontenplan

Der Kontenplan berücksichtigt haushaltswirtschaftliche, betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Gesichtspunkte und gestattet die Erstellung einer Vermögens- und Schuldenrechnung (Bestandsrechnung) sowie einer Erfolgsrechnung des Bundes.

Postengliederung

Die Ausgaben und Einnahmen der Voranschlagsansätze sind zumindest nach den im Kontenplan vorgesehenen Kontenarten (Verwendungszwecken) unter Zuhilfenahme vierstelliger Post-

¹³⁾ Es ist also die Auswirkung auf das Bundesvermögen maßgeblich. In der volkswirtschaftlichen Aufgliederung hingegen sind die Vermögensstransaktionen vom Standpunkt der österreichischen Volkswirtschaft gesehen; Ausgaben des Bundes zur „Investitionsförderung“ zählen daher vom Standpunkt des Bundesvermögens gesehen zu den erfolgssamen Ausgaben, vom Standpunkt der österreichischen Volkswirtschaft gesehen zu den Vermögensstransaktionen.

^{13a)} Siehe Fußnoten 7) auf Seite 366.

^{13b)} Die Kontenplanverordnung (KVP) erging mit BGBl. Nr. 507/1987, die 2. KPV mit BGBl. Nr. 314/1990.

¹⁴⁾ Aus den Kontenklassen sind die erfolgswirksamen und bestandswirksamen Einnahmen und Ausgaben wie folgt ersichtlich:

	Ausgaben	Einnahmen
	Kontenklasse	
erfolgswirksame.....	4—7	8
bestandswirksame.....	0—3	0—3

Aufgliederung der Bundesgebarung nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 367

Nummern bzw. zusätzlicher dreistelliger Post-Untergliederungen aufzugliedern. Den im Kontenplan ausgewiesenen vierstelligen Konto-Kennziffern und dreistelligen Konto-Kennziffernuntergliederungen dürfen nur Ausgaben bzw. Einnahmen zugeordnet werden, die den Kontenarten (Verwendungszwecken) dieser Gliederungsselemente entsprechen.

Darüber hinaus ist es den Ressorts vorbehalten, im Rahmen des im Kontenplan vorgesehenen Kontensystems und unter Heranziehung weiterer Post-Untergliederungen die Postengliederung der Voranschlagsansätze zu verfeinern und die Einzelveranschlagung von Bauvorhaben oder sonstigen Vorhaben bzw. Maßnahmen durchzuführen.

Für den Fall, daß die verfeinerte bzw. zusätzliche Postenaufgliederung kein Gegenstand der Veranschlagung oder sonstiger haushaltsrechtlicher Bestimmungen sein soll, sind Post-Untergliederungen zu verwenden, die an der werthöchsten Stelle mit der Ziffer 9 beginnen (Post-Untergliederungen 901 bis 999).

Aufgliederung der Bundesgebarung nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Die organorientierte Gliederung der Ausgaben und Einnahmen des Bundes ist eine unerläßliche Notwendigkeit jedes Bundesvoranschlags, weil sie jene Gliederung ergibt, die dem Verfügungs- und Verantwortungsbereich der Verwaltungsstellen des Bundes entspricht.

Die Ausgaben und Einnahmen des Bundes stehen aber auch in einer Beziehung zur gesamten Volkswirtschaft. Es muß daher die Gebarung des Bundeshaushaltes auch so aufbereitet sein, daß die einzelnen Gebarungselemente in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung Österreichs eingearbeitet werden können. Dies geschieht einerseits durch entsprechende Bezeichnung der Voranschlagsansätze und andererseits durch den für die Postengliederung der Voranschlagsansätze maßgeblichen Kontenplan. Hierbei wird auf die in der internationalen Statistik gebräuchlichen Begriffsbestimmungen Bedacht genommen.

Nähere Einzelheiten über diese in der Kontenplan-Gliederung bereits berücksichtigte ökonomische Gliederung können den nachfolgenden Ausführungen entnommen werden:

In der Aufgliederung des Bundesvoranschlags nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ökonomische Gliederung) werden die Ausgaben und Einnahmen zunächst in zwei große Bereiche geteilt: laufende Ausgaben und Einnahmen einerseits und Vermögenstransaktionen der Ausgaben- und Einnahmenseite andererseits.

Bei dieser Aufgliederung in laufende Transaktionen und Vermögenstransaktionen sind, da diese Kriterien in den Haushalten und Wirtschaftsbereichen der gesamten österreichischen Volkswirtschaft Anwendung finden müssen, die Auswirkungen auf das österreichische Volkvermögen maßgeblich¹⁵⁾.

In der volkswirtschaftlichen Aufgliederung des Bundesvoranschlags werden als laufende Ausgaben und Einnahmen diejenigen Bundesgebarungen ausgewiesen, die die Höhe des Bundesvermögens vermindern oder vermehren, aber beim Empfänger (das sind Dritte bei Bundesausgaben, der Bund selbst bei Bundeseinnahmen) nicht widmungsgemäß Investitionszwecken dienen oder als Vermögenszuwachs betrachtet werden. Im Sinne der internationalen Gepflogenheit zählt die gesamte Gebarung der Landesverteidigung (einschließlich der Ausgaben für die Heeresbauten) zu den laufenden Ausgaben.

Den Vermögenstransaktionen werden alle Ausgaben und Einnahmen zugerechnet, die entweder nur die Zusammensetzung des Bundesvermögens beeinflussen oder im Falle der Beeinflussung der Höhe des Bundesvermögens beim Empfänger (das sind Dritte bei Bundesausgaben, der Bund selbst bei Bundeseinnahmen) widmungsgemäß Investitionszwecken dienen bzw. als Vermögenszuwachs betrachtet werden.

¹⁵⁾ Für die im Bundesvoranschlag selbst vorgesehene Gliederung in erfolgswirksame Einnahmen und Ausgaben und bestandswirksame Einnahmen und Ausgaben ist hingegen die Auswirkung auf das Bundesvermögen maßgeblich. Die Zuordnung einer Ausgabe oder Einnahme zu den erfolgswirksamen oder zu den bestandswirksamen ist daher in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und im Bundesvoranschlag nicht immer gleich; zB zählen Ausgaben des Bundes zur „Investitionsförderung“ vom Standpunkt des Bundesvermögens gesehen zu den erfolgswirksamen Ausgaben, vom Standpunkt der österreichischen Volkswirtschaft gesehen zu den Vermögenstransaktionen.

368 Aufgliederung der Bundesgebarung nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Ausgaben

I. Hauptgruppe

Bei den laufenden Ausgaben (I. Hauptgruppe) sind entsprechend ihren verschiedenen Funktionen drei Gruppen zu unterscheiden: Laufende Ausgaben für Güter und Dienstleistungen, laufende Transferzahlungen und Aufwendungen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Tätigkeit des Bundes.

Der ersten Gruppe gehören Ausgaben an, für die der Bund eine Gegenleistung in Form von Sachgütern und Dienstleistungen — letztere insbesondere von seinen Bediensteten — erhält (zweiseitige Transaktionen). Der zweiten Gruppe gehören Zuwendungen des Bundes an andere öffentliche Körperschaften, Unternehmungen, private Haushalte, private Institutionen ohne Erwerbscharakter und an das Ausland an, die den Empfängern ohne unmittelbare Gegenleistung zufließen (einseitige Transaktionen). Die dritte Gruppe umfaßt Aufwendungen, die dem Bund aus seiner wirtschaftlichen Tätigkeit (zB Aufnahme von Kapital) in Form von Zinsen erwachsen sowie die laufenden Abgänge der Bundesbetriebe.

Ausgaben für Güter und Dienstleistungen

Die laufenden Ausgaben für Güter und Dienstleistungen umfassen vor allem die Personal- und Sachausgaben des Bundes aus der Befriedigung von Gemeinschaftsbedürfnissen (Öffentliche Sicherheit, Rechtspflege, Soziale Sicherheit, Erziehung, Landesverteidigung usw.). Zu dieser Gruppe von Ausgaben gehören die Bezüge der aktiven Bediensteten sowie alle Ausgaben für Sachgüter und Dienstleistungen (einschließlich solcher für Instandhaltung), die von der übrigen Wirtschaft bezogen werden; der Gegenwert für die in Gütern abgeholzten Löhne und Gehälter (zB Deputate) wird hier auch nachgewiesen. Bei der Ermittlung der Lohn- und Gehaltssumme in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden derzeit die Bruttopensionen abzüglich der Pensionsbeiträge der Beamten der Amtsorgane und Organe der betriebsähnlichen Einrichtungen dem effektiven Aufwand für aktive Bedienstete hinzugezählt; um diesen Betrag würde sich der Aktivitätsaufwand erhöhen, wenn hinsichtlich der Pensionsansprüche der Beamten das Versicherungsprinzip zur Anwendung gelangen würde. Ein gleichhoher Betrag wird selbstverständlich von den Pensionen in der zweiten Gruppe „Transferzahlungen“ in Abzug gebracht.

Ausgaben für Anschaffungen von dauerhaften Sachgütern (Anlagegütern) werden jedoch ebenso wie die Kosten für größere Instandsetzungen der Vermögenswerte des Bundes bei den Vermögenstransaktionen unter Bruttoinvestitionen ausgewiesen. Die Amortisation dauerhafter Sachgüter (Abschreibungen), die grundsätzlich ebenso Kosten der Verwaltung darstellt wie der Einsatz von Dienstleistungen oder der Verbrauch nicht dauerhafter Güter, wird in der ökonomischen Aufgliederung des Bundesvoranschlags nicht berücksichtigt, da Abschreibungen kein Gegenstand der voranschlagswirksamen Verrechnung des Bundes sind.

Die laufenden Ausgaben für Güter- und Dienstleistungen entsprechen dem Teil des gesamten Güter- und Leistungsvolumens, der für die Befriedigung von Gemeinschaftsbedürfnissen verwendet wird (öffentlicher Verbrauch); das übrige Güter- und Leistungsvolumen steht für den privaten Verbrauch sowie für Investitionen des Staates und der Privatwirtschaft zur Verfügung.

Laufende Transferzahlungen

Im Gegensatz zu den Ausgaben der ersten Gruppe erhält der Bund durch die laufenden Transferzahlungen zumindest in der laufenden Rechnungsperiode keine unmittelbare Gegenleistung. Durch sie stellt der Bund anderen Bereichen Geld zur Verfügung und gibt den Letztempfängern die Möglichkeit, ihrerseits eine höhere Nachfrage nach Gütern und Leistungen zu entfalten. Der überwiegende Teil fließt privaten Haushalten in Form von Pensionen, Renten und anderen Unterstützungsbeträgen zu. Der zweitgrößte Anteil der Transferzahlungen wird an andere öffentliche Haushalte weitergeleitet. Als solche Zahlungen werden die Beträge erfaßt, die bei den Trägern öffentlichen Rechtes (Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger, Kammern, Fonds usw.) haushaltsmäßig in Einnahme verrechnet werden (ohne Finanzausgleichszahlungen auf dem Abgabensektor).

In die zweite Gruppe wären auch Transfers in Form von „fiktiven“ Zinszuschüssen einzubeziehen, das sind die Unterschiedsbeträge zwischen den veranschlagten Zinsbeträgen aus unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Bundesdarlehen und den fiktiven Zinsbeträgen, die bei Anrechnung der bankenüblichen Zinsen für die vorerwähnten Bundesdarlehen eingehen müßten. Falls solche Ausgaben zur Darstellung gelangten, müßten gleichhohe Gegenposten bei den „Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit“ als „imputierte Zinsen“ ausgewiesen werden. Da fiktive Beträge nicht Gegenstand der Veranschlagung und daher auch nicht der Verrechnung im Bundeshaushalt sind,

Aufgliederung der Bundesgebarung nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 369

können in der ökonomischen Aufgliederung des Bundesvoranschlags auch diese Unterschiedsbeträge nicht ausgewiesen werden.

Eine Sonderstellung unter den Transferzahlungen nehmen die Preisausgleiche ein. Diese erhöhen zwar nicht unmittelbar die Geldeinkommen, bewirken aber durch die damit finanzierten Marktinterventionsmaßnahmen zugunsten der landwirtschaftlichen Leitprodukte eine Stabilisierung bzw. Steigerung der landwirtschaftlichen Einkommen.

Alle diese Transferzahlungen bilden zusammen mit den von privaten Haushalten zu zahlenden öffentlichen Abgaben ein kompliziertes System von Geldströmen, die hauptsächlich der Neuverteilung der privaten Einkommen dienen.

Aufwendungen aus wirtschaftlicher Tätigkeit

Als Aufwendungen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Tätigkeit des Bundes fallen die Zinsen für die Staatsschuld (Finanzschuld) an.

In der internationalen Statistik werden in der Regel Zinsen für die Staatsschuld nicht als Entgelt für Leistungen (Überlassung von Kapital), sondern als Transferzahlungen aufgefaßt, weil viele Staaten Kredite für Zwecke aufnehmen, aus denen der Zinsendienst nicht unmittelbar erwirtschaftet werden kann (Konsumkredite). Da nach der österreichischen Praxis Erlöse aus Schuldaufnahmen in erster Linie zur Finanzierung von Investitionen herangezogen werden, wurde hierfür eine eigene Position geschaffen.

II. Hauptgruppe

Die Vermögenstransaktionen der Ausgabenseite (II. Hauptgruppe) umfassen folgende zwei Gruppen: Ausgaben, die nur die Zusammensetzung des Bundesvermögens beeinflussen, und Ausgaben, die bei Dritten insbesondere durch Investitionsfinanzierung einen Vermögenszuwachs bewirken. Der ersten Gruppe gehören die Ausgaben für den Erwerb von beweglichem Sachanlagevermögen, Liegenschaftsvermögen, Wertpapieren und Beteiligungen, für die Gewährung von Darlehen, für die Zuführung an Rücklagen und für die Tilgung von Schulden (Veränderung des Geldbestandes einerseits und eines anderen Aktiva- bzw. eines Passivabestandes andererseits) an. Die zweite Gruppe umfaßt die Kapitaltransfers, das sind Überweisungen des Bundes, die ausdrücklich für Investitionszwecke bestimmt sind und vom Empfänger widmungsgemäß verwendet werden müssen, ferner Zahlungen, wenn sie vom Empfänger nicht dem laufenden Einkommen zugerechnet, sondern als Vermögenszuwachs betrachtet werden. Auch bei der zweiten Gruppe liegt eine Vermögensumschichtung vor, aber nicht wie bei der ersten Gruppe im Bundesvermögen, sondern im Vermögen der österreichischen Volkswirtschaft (Verminderung des Geldbestandes beim Bund und Zuwachs im Vermögensbestand bei Dritten).

Vermögensumschichtungen

Bei der ersten Position der Vermögensumschichtungen „Erwerb von beweglichen Sachanlagevermögen“ wären neben den Ausgaben für die Anschaffung bzw. die Herstellung von neuen Sachgütern und für größere Instandsetzungen von Vermögenswerten des Bundes (Bruttoinvestitionen) auch die Ausgaben für den Erwerb von bestehendem, das ist gebrauchtem Sachanlagevermögen auszuweisen. Letztere werden derzeit nicht gesondert verrechnet, so daß sie auch nicht gesondert erfaßbar sind. Zu den Bruttoinvestitionen zählen derzeit alle Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, deren Einzelanschaffungswert ohne Rücksicht auf die Lebensdauer mehr als 5 000 S beträgt. Bezüglich der Abschreibungen siehe Abschnitt „Ausgaben für Güter- und Dienstleistungen“, 2. Absatz.

Bei der Position „Erwerb von Liegenschaften“ werden die Ausgaben für Grund und Boden getrennt von den Ausgaben für die Bauwerke und den Ausgaben für eventuelle mit einer Liegenschaft in Zusammenhang stehende aktivierungsfähige Rechte dargestellt.

Unter „Erwerb von Wertpapieren und Beteiligungen“ sind Ausgaben für den Erwerb von Wertpapieren und Beteiligungen des Anlage- und des Umlaufvermögens, und zwar getrennt, erfaßt.

Als „Darlehen“ sind die Ausgaben aus der Gewährung von Bundesdarlehen, und zwar die zur Finanzierung von Investitionen Dritter und auch die nicht unmittelbar für Investitionen bestimmten, ausgewiesen.

In Höhe der „Zuführungen an Rücklagen“, die nicht in Anspruch genommene Beträge von bestimmten Ausgabenansätzen und Reste zweckgebundener Einnahmen sowie den Haushaltsausgleich gemäß § 53 Abs. 3 BHG zur Voraussetzung haben, werden von den allgemeinen Geldbeständen Teile für die Rücklagen abgesondert.

370 Aufgliederung der Bundesgebarung nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Für die Ausgaben zur „Tilgung von Schulden“ ist kennzeichnend, daß sie im Bundesvermögen Aktiva (Geldbestände) und Passiva (Schuldverpflichtungen) vermindern und bei den Dritten weder Einkommen noch Vermögen schaffen, sondern nur eine Verschiebung in der Zusammensetzung des Vermögens bewirken.

Kapitaltransfers

Auch bei den Kapitaltransfers erhält der Bund wie bei den laufenden Transfers keine unmittelbare Gegenleistung. Im wesentlichen werden durch die Kapitaltransfers Investitionen der Wirtschaft finanziert.

Die Grenze zwischen laufenden Transfers und Kapitaltransfers läßt sich nicht immer scharf ziehen. In solchen Fällen ist wie folgt vorzugehen: „Vermischte Transfers (d. s. solche, die bei einem Partner als laufende, beim anderen als Kapitaltransfers erscheinen) sind beim Bundesorgan als Kapitaltransfers zu behandeln.

Neigen jedoch beide Partner zwar der gleichen Ansicht zu (entweder beide laufende Transfers oder beide Kapitaltransfers), sind aber beide Partner nicht sicher über die Zuordnung, ist in einem solchen Zweifelsfall die Überweisung vom Bundesorgan als „einkommenswirksam“ zu betrachten und den laufenden Transfers zuzurechnen.

Als Kapitaltransfers, die von den Empfängern nicht dem laufenden Einkommen zugerechnet, sondern als Vermögenszuwachs betrachtet werden, sind insbesondere die der Republik Österreich durch den Staatsvertrag auferlegten Entschädigungszahlungen verschiedenster Art zu erwähnen.

Einnahmen

III. Hauptgruppe

Die laufenden Einnahmen des Bundes sind nach den gleichen Gesichtspunkten gegliedert wie die laufenden Ausgaben: Laufende Einnahmen für Güter und Dienstleistungen, laufende Transfereinnahmen und Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit.

Von den gesamten laufenden Ausgaben des Bundes entfällt ein gutes Drittel auf den Aufwand für Güter und Dienstleistungen (öffentlicher Verbrauch) und etwas mehr als die Hälfte auf Transferzahlungen.

Die laufenden Einnahmen hingegen bestehen fast nur aus Transferzahlungen, und zwar überwiegend aus öffentlichen Abgaben, für die der Bund keine unmittelbare Gegenleistung erbringt. Es liegt nämlich im Wesen der öffentlichen Verwaltung, daß diese im hoheitsrechtlichen Bereich grundsätzlich die Kostendeckung für die von ihr benötigten Güter und Dienstleistungen nicht im Marktverkehr, sondern im Wege von Zwangsbeiträgen findet. Im privatwirtschaftlichen Bereich der Bundesverwaltung gelangen zwar eher marktwirtschaftliche Grundsätze zur Anwendung, die Preise sind aber trotzdem nicht immer kostendeckend.

Einnahmen für Güter und Dienstleistungen

Die Einnahmen der Verwaltung für ihre Leistungen (zB Eichungen, Landkartenverkauf) auf Grund der aufgezeigten Grundsätze werden in der Gruppe Einnahmen für Güter und Dienstleistungen erfaßt. Sie betragen nur einen geringen Teil der laufenden Ausgaben des Bundes für Güter und Dienstleistungen.

In dieser Gruppe wären auch noch Einnahmen-Beträge in der Höhe auszuweisen, die den Selbstkosten der von Bundesdienststellen selbsterstellten Anlagen entsprechen; falls solche Einnahmen zur Darstellung gelangten, müßten gleichhohe Gegenposten bei den Bruttoinvestitionen ausgewiesen werden. In Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Bundes-Verfassungsgesetzes, wonach Ausgaben und Einnahmen zu veranschlagen sind, sind jedoch die durch die Selbsterstellung von Anlagen und Ersatzteilen anfallenden verschiedenen Kosten auf den Konten der entsprechenden Kostenarten zu verrechnen. Die Erfassung der Selbstkosten selbsterstellter Anlagen des Bundes aus den einzelnen Kostenkonten wird daher derzeit nicht durchgeführt.

Laufende Transfereinnahmen

Die laufenden Transfereinnahmen sind fast zur Gänze nur Einnahmen aus den öffentlichen Abgaben des Bundes. Die übrigen Transfers stammen zum größten Teil von öffentlichen Haus-

Aufgliederung der Bundesgebarung — Betriebliche Einrichtungen

371

halten. Im übrigen gilt das bei den laufenden Transferausgaben grundsätzlich Gesagte sinngemäß auch für die laufenden Transfereinnahmen.

Zu den Transfers aus öffentlichen Abgaben gehören nicht nur die im Bundesvoranschlag beim Kapitel „Öffentliche Abgaben“ ausgewiesenen Beträge, sondern auch sonstige bei anderen Kapiteln ausgewiesene Abgaben, wie zB Arbeitslosenversicherungsbeiträge, Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen und Importausgleichsbeträge. Die Einteilung der Abgaben in direkte und indirekte ist weitgehend konventionell. Im allgemeinen nimmt man an, daß die direkten Abgaben das verfügbare Geldeinkommen der privaten Haushalte und die unverteilter Gewinne von Kapitalgesellschaften schmälern, während die indirekten Abgaben die Marktpreise der Güter und Leistungen erhöhen und auf diese Weise das Realeinkommen vermindern.

Für verschiedene wünschenswerte Aufgliederungen der Einnahmen aus Öffentlichen Abgaben, wie zB die der direkten Abgaben nach Einnahmen aus unselbständiger Tätigkeit, aus selbständiger Tätigkeit und aus Unternehmenstätigkeit von Kapitalgesellschaften oder die der Arbeitslosenversicherungsbeiträge nach Einnahmen von Arbeitnehmern bzw. Arbeitgebern, sind derzeit in der Bundesverrechnung nicht die Voraussetzungen gegeben.

Von den sonstigen Transfereinnahmen entfällt der größte Teil auf Beiträge von Gebietskörperschaften zu Verwaltungsaufwendungen des Bundes.

Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit

Als Einnahmen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Tätigkeit bezieht der Bund ua. Einkünfte aus seiner Tätigkeit als Unternehmer (zB Betriebsüberschüsse der finanziell integrierten Bundesbetriebe), aus der Verleihung von Kapital (Darlehen, Beteiligungen, Wertpapiere) und aus verschiedenen öffentlichen Rechten (Schürfrechte). Diese Erträge des Bundes sind Leistungseinkommen und als solche Bestandteile des Volkseinkommens.

IV. Hauptgruppe

Die Vermögenstransaktionen der Einnahmenseite (IV. Hauptgruppe) umfassen dieselben Gruppen wie die Vermögenstransaktionen der Ausgabenseite (II. Hauptgruppe). Das über diese Gruppen und die zugehörigen Ausgaben grundsätzlich Gesagte gilt sinngemäß auch für die Vermögenstransaktionen der Einnahmenseite.

Vermögensumschichtungen

Zur Gruppe Vermögensumschichtungen gehören Einnahmen aus dem Verkauf von bestehendem Sachanlagevermögen, von Liegenschaften, Wertpapieren und Beteiligungen, aus Darlehensrückzahlungen, aus der Entnahme und Auflösung von Rücklagen und aus der Aufnahme von Schulden. Die Einbeziehung von Einnahmen aus dem Verkauf von Sachanlagen setzt voraus, daß die Ausgaben für den Ankauf bzw. die Herstellung dieser Anlagen der Vermögensgebarung zugeordnet worden waren.

Kapitaltransfers

Kapitaltransferzahlungen an den Bund erfolgen nur im geringen Umfang. Sie dienen nicht so sehr der Investitionsfinanzierung, sondern sind als Vermögenszuwachs anzusehen.

Betriebsähnliche Einrichtungen (Verwaltungszweige)

Betriebsähnliche Einrichtungen sind organisatorische Einrichtungen des Bundes, die unter Beachtung wirtschaftlicher Grundsätze Leistungen (§ 859 ABGB) an andere Organe des Bundes oder an andere Rechtsträger gegen Entgelt erbringen, wobei Kostendeckung anzustreben ist, sofern dadurch die öffentliche Aufgabenerfüllung nicht beeinträchtigt wird. Sie werden durch Verordnung zu solchen erklärt [§ 4(4) BHG].

Die Gebarung der betriebsähnlichen Einrichtungen wird bei den einzelnen Kapiteln von der übrigen Gebarung getrennt, und zwar in der Regel in eigenen Voranschlagsansätzen gesondert ausgewiesen. Eine Übersicht über die betriebsähnlichen Einrichtungen des Bundes befindet sich in der Beilage E zum Amtsbehef, II. Teil.

372 Mehrjährige Vorhaben — Zweckgebundene Einnahmen — Wirtschaftsführung der Bundesbetriebe

Vorhaben, deren Durchführung die Ansätze des Bundesvoranschlags durch mehrere Jahre oder in einem zukünftigen Finanzjahr belastet

Über mehrere Jahre sich erstreckende Vorhaben

Bei allen Vorhaben, für die Bundesmittel bereitgestellt werden und die sich über mehrere Jahre erstrecken, ist im Bundesvoranschlag jeweils nur jener Teilbetrag zu veranschlagen, der zur Ausführung der für das Voranschlagsjahr in Aussicht genommenen Arbeiten oder Anschaffungen erforderlich ist bzw. auf Grund rechtsverbindlicher Verpflichtungen aus einem solchen Vorhaben auf das Voranschlagsjahr entfällt. Zur Gewinnung eines Überblickes über die Gesamtkosten und die auf die einzelnen Budgetjahre entfallenden Teilerfordernisse solcher Vorhaben sowie über die Beiträge Dritter (Gebietskörperschaften, Personengemeinschaften oder andere Personen) zu diesen, sind den Teilheften zum Bundesvoranschlag entsprechende Übersichten (Beilagen III. D) angeschlossen.

Einzelvorhaben wurden wie im Vorjahre in den Teilheften bei eigenen Voranschlagsansätzen oder Voranschlagsposten gesondert veranschlagt.

Das Bundeshaushaltsgesetz [§ 53(1)] sieht vor, daß nicht in Anspruch genommene Teile der Ausgabenansätze für Anlagen sowie der für die Instandhaltung von Bundesgebäuden und den Bausektor betreffenden Sonderanlagen sowie für bundesgeförderte Bauvorhaben veranschlagten Ausgabenbeiträge am Jahresende einer Rücklage zwecks Verwendung im nachfolgenden Verwaltungsjahr zugeführt werden können.

Ein einziges zukünftiges Finanzjahr belastende Vorhaben

Vorhaben, deren Kosten auf Grund langer Lieferfristen oder sonstiger Umstände erst ein einziges zukünftiges Finanzjahr belasten werden, sind ebenfalls in die den Teilheften angeschlossenen Übersichten über Vorhaben, deren Durchführung die Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlags durch mehrere Jahre belasten, aufzunehmen.

Zweckgebundene Einnahmen

Zweckgebundene Einnahmen sind solche, die auf Grund eines Bundesgesetzes nur für bestimmte Zwecke zu verwenden sind.

Als zweckgebundene Ausgaben können überdies veranschlagt werden:

1. Ausgaben, die auf Grund eines Vertrages oder einer letztwilligen Verfügung einem bestimmten Verwendungszweck, der von dem zuständigen Organ des Bundes einseitig nicht abänderbar ist, zu dienen haben und die der Höhe nach durch die auf Grund derselben Rechtsgrundlage hierfür anfallenden Einnahmen begrenzt sind;
2. Ausgaben für die Anschaffung oder Herstellung von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens nach Maßgabe der aus der Veräußerung eines vom gleichen Organ des Bundes verwalteten Bestandteiles des unbeweglichen Bundesvermögens erzielten Einnahmen, sofern der wirtschaftliche Zusammenhang dies rechtfertigt.

Das Bundeshaushaltsgesetz [§ 53(2)] sieht vor, daß nicht in Anspruch genommene Teile der zweckgebundenen Einnahmeneingänge am Jahresende einer Rücklage zwecks Verwendung in nachfolgenden Finanzjahren zuzuführen ist, wenn die Zweckbestimmung weiterhin gegeben ist.

Wirtschaftsführung der Bundesbetriebe

Die kaufmännische Tätigkeit der Bundesbetriebe erfordert eine entsprechende Beweglichkeit im Budgetvollzug, wobei aber auch die Interessen des gesamten Bundeshaushaltes sowie die Haushaltsvorschriften des Bundes zu beachten sind. Nachfolgende Maßnahmen ermöglichen eine größere wirtschaftliche und finanzielle Beweglichkeit der Bundesbetriebe:

1. Bestimmungen im Bundesfinanzgesetz bzw. im Bundeshaushaltsgesetz, wonach
 - a) der Bundesminister für Finanzen ermächtigt wird, den Bundesbetrieben auf deren Antrag die Verwendung von Mehreinnahmen für im Bundesvoranschlag vorgesehene betriebsnotwendige Investitionen zu bewilligen;
 - b) der Bundesminister für Finanzen ermächtigt ist zuzustimmen, daß Mehreinnahmen eines Bundesbetriebes zur Bedeckung der damit verbundenen Mehraufwendungen herangezogen werden.

Allgemeines

373

2. Ermächtigung der Betriebe zur Vornahme finanzieller Ausgleichs innerhalb der Monatszuweisungen für die Sachausgaben ohne Einholung der Zustimmung des Bundesministers für Finanzen.
3. Ermächtigung zur Übertragung nichtverbraucher Ausgabenbeträge eines Monats auf den folgenden Monat gegen nachträgliche Mitteilung an den Bundesminister für Finanzen.

Allgemeines**Bruttoprinzip**

Die im Finanzjahr erwarteten Einnahmen und voraussichtlich zu leistenden Ausgaben des Bundes sind voneinander getrennt und in der vollen Höhe (brutto) veranschlagt. Die an Länder, Gemeinden und sonstige Rechtsträger des öffentlichen Rechts sowie an Bundesbetriebe und rechtlich unselbständige Sondervermögen des Bundes zu überweisenden Abgaben oder Anteile an solchen, die bundesgesetzlich geregelt sind und von Abgabenbehörden des Bundes eingehoben werden, sind gemäß § 16 Abs. 3 BHG gesondert als Verminderungen der Einnahmen an öffentlichen Abgaben veranschlagt.

Vergleichsziffern

Den Ziffern der Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlages 1996 sind zur Ermöglichung eines ziffernmäßigen Vergleiches in einer eigenen Spalte die vergleichbaren Ziffernansätze des Bundesvoranschlages 1995 und die Erfolgsziffern des Jahres 1994 beigefügt.

Ebenso sind in den sogenannten „Teilheften“, in denen die Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlages nach Voranschlagsposten aufgliedert werden, bei den einzelnen Voranschlagsposten die gleichen Vergleichsziffern ausgewiesen.

Teilhefte

Die Teilhefte sind nicht Bestandteile des Bundesfinanzgesetzes.

Auslandszahlungsverkehr

Der Bundesvoranschlag ist in Schilling erstellt. Soweit Zahlungen in ausländischen Zahlungsmitteln geleistet werden, ist zu beachten:

Veranschlagung

Ausgaben und Einnahmen des Bundes einschließlich der voraussichtlichen Spesen, die in ausländischer Währung zu leisten sind, und Finanzschulden und Währungstauschverträge in ausländischer Währung sind mit den jeweils geltenden Kurswerten veranschlagt.

Zahlungsverkehr

Zahlungen der Bundesdienststellen in das Ausland sind unter Bedachtnahme auf § 42 Abs. 3 des Nationalbankgesetzes 1984, BGBl. Nr. 50 und §§ 41 und 54 der BHV 1989, BGBl. Nr. 570/1989, über die OeNB sowie unter bestimmten Voraussetzungen auch über die ÖPSK durchzuführen.

In Zahlung genommene oder dem Bund anheimgefallene Valuten (ausländische Münzen oder Banknoten) sind, soweit sie nicht für Auszahlungen erforderlich sind, für Rechnung der empfangsberechtigten Dienststelle einzuwechseln.

Verrechnung

Zahlungen in das Ausland sind zum Zeitpunkt der Auftragserteilung an die OeNB oder ÖPSK — wenn die Schuld auf eine Fremdwährung lautet — zunächst mit dem Kassenwert auf dem entsprechenden Sachkonto zu verrechnen. Nach Abrechnung durch die OeNB oder ÖPSK ist die Differenz zwischen der ursprünglichen Buchung und dem angelasteten Gesamtbetrag (einschließlich Spesen) auf dem entsprechenden Sachkonto zu verrechnen. In jenen Fällen, in denen aus verrechnungstechnischen Gründen das Sachkonto nicht mit dem Spesenbetrag belastet werden darf, ist dieser zu Lasten einer Voranschlagspost für Geldverkehrsspesen zu verrechnen.

Die Verrechnung der Kosten des An- oder Verkaufes von Valuten hat zu dem von der Kreditunternehmung (Bank) ermittelten Schilling-Gegenwert zu erfolgen. Die weitere Gebarung mit den ange-

374

Auslandszahlungsverkehr

kaufen Valuten hat in der betreffenden Fremdwährung, die Nachweisung zum Kassenwert zu erfolgen.

Sonderregelungen im Auslandszahlungsverkehr bedürfen der Zustimmung des Bundesministeriums für Finanzen und des Rechnungshofes. Der Zahlungsverkehr, die Verrechnung sowie die Limitanrechnung bei der Auslandsanleihegebarung werden entsprechend den tatsächlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten durchgeführt. In der Regel wird für in ausländischer Währung eingegangene Finanzschulden und Währungstauschverträge der von der jeweiligen Kreditunternehmung in Rechnung gestellte Kurswert herangezogen.

Im übrigen gelten für den Zahlungsverkehr und die Verrechnung die Bestimmungen der BHV 1989, BGBl. Nr. 570/1989.

Kassenwerte

Auf Grund § 12 Abs. 4 des Konsulargebuhrengesetzes 1992, BGBl. Nr. 100/1992, werden folgende Schillinggegenwerte (Kassenwerte) mit Wirkung vom 1. Jänner 1996 für je 100 Währungseinheiten neu festgesetzt:

ISO-Code	Währung	Schilling
AFA	Afghani	0,30
EGP	ägyptische Pfund	298,00
ALL	Albanische Lek.....	10,70
DZD	Algerische Dinar.....	20,00
AON	Angolanische Kwanza (Neue).....	0,17
ARS	Argentinische Pesos (Neue)	1 020,00
ETB	äthiopische Birr	160,00
AUD	Australische Dollar	760,00
BSD	Bahama-Dollar	1 020,00
BDT	Bangalische Taka	24,50
BBD	Barbados-Dollar.....	500,00
BEF	Belgische Francs	34,30
BMD	Bermuda-Dollar.....	1 020,00
BOB	Bolivianos.....	206,00
BWP	Botswana-Pulas.....	358,00
BRL	Brasilianische Reais.....	1 050,00
BND	Brunei-Dollar	715,00
BGL	Bulgarische Lewa	14,40
XOF	CFA-Francs.....	2,05
XPF	CFP-Francs.....	11,30
CLP	Chilenische Pesos	2,50
CNY	Chinesische Renminbi Yuan	121,00
CRC	Costa Rica-Colones	5,25
DKK	Danische Kronen	182,00
DEM	Deutsche Mark.....	704,00
DJF	Djibouti-Francs	5,70
DOP	Dominikanische Pesos	80,00
XEU	ECU (Europaische Wahrungseinheit)	1 300,00
ECS	Ekuadorianische Sucres	0,35
SVC	El Salvador-Colones	116,00
EEK	Estnische Kronen.....	88,00
FIM	Finnmark	234,00
FRF	Franzosische Francs.....	205,00
GMD	Gambische Dalasis	103,00
GHC	Ghanesische Cedis.....	0,70
GRD	Griechische Drachmen	4,30
GTQ	Guatemaltekkische Quetzal.....	172,00
HTG	Haitische Gourdes	65,00
NLG	Hollandische Gulden	629,00
HNL	Honduras-Lempiras	100,00
HKD	Hongkong-Dollar.....	131,00
INR	Indische Rupien	28,80
IDR	Indonesische Rupiahs	0,44

Auslandszahlungsverkehr

375

ISO-Code	Währung	Schilling
IQD	Irakische Dinar	1 650,00
IRR	Iranische Rials	0,34
IEP	Irische Pfund	1 610,00
ISK	Isländische Kronen	15,50
ILS	Israelische Schekel (Neue)	325,00
ITL	Italienische Lire	0,64
JMD	Jamaika-Dollar	30,00
JPY	Japanische Yen	10,00
JOD	Jordanische Dinar	1 430,00
YUN	Jugoslawische Dinar (Neue)	214,00
CAD	Kanadische Dollar	745,00
KES	Kenia-Shilling	18,20
COP	Kolumbianische Pesos	1,05
KPW	Koreanische Won (Nord)	475,00
KRW	Koreanische Won (Süd)	1,32
HRK	Kroatische Kuna	189,00
CUP	Kubanische Pesos	1 020,00
KWD	Kuwait-Dinar	3 390,00
LAK	Laotische Kip	1,10
SLL	Leones (Sierra Leone)	1,15
LVL	Lettische Lat	1 900,00
LBP	Libanesische Pfund	0,60
LRD	Liberianische Dollar	1 020,00
LYD	Libysche Dinar	2 860,00
LTL	Litauische Litas	252,00
LUF	Luxemburgische Francs	34,30
MGF	Madagaskar-Francs	0,25
MWK	Malawi-Kwacha	67,00
MYR	Malaysische Ringgit	400,00
MTL	Maltesische Pfund/Lire	2 860,00
MAD	Marokkanische Dirhams	119,00
MRO	Mauretanische Ouguiyas	7,50
MUR	Mauritius-Rupien	55,50
MXN	Mexikanische Pesos	135,00
MNT	Mongolische Tugrik	2,20
MZM	Mosambik-Metical	0,13
MMK	Myanmar-Kyats (Burma)	178,00
NPR	Nepalesische Rupien	18,60
NZD	Neuseeland-Dollar	665,00
NIO	Nicaragua Gold-Cordobas	128,00
ANG	Niederländische Antillen-Gulden	560,00
NGN	Nigerianische Naira	12,50
NOK	Norwegische Kronen	161,00
OMR	Omanische Rials	2 600,00
PKR	Pakistanische Rupien	29,50
PYG	Paraguayische Guaranis	0,52
PEN	Peruanische Soles (Neue)	435,00
GBP	Pfund Sterling	1 560,00
PHP	Philippinische Pesos	38,70
PLN	Polnische Zloty (Neue)	400,00
PTE	Portugiesische Escudos	6,70
RWF	Ruanda-Francs	4,60
RUR	Rubel (GUS, ehem. UdSSR)	0,22
ROL	Rumänische Lei	0,39
ZMK	Sambische Kwacha	1,10
SAR	Saudi-Riyal (Saudi-Arabien)	270,00
SEK	Schwedische Kronen	153,00
CHF	Schweizer Franken	873,00
SCR	Seychellen-Rupien	210,00

376

Auslandszahlungsverkehr

ISO-Code	Währung	Schilling
ZWD	Simbabwe-Dollar	110,00
SGD	Singapur-Dollar	715,00
SKK	Slowakische Kronen	34,10
SIT	Slowenische Tolar	8,05
ESP	Spanische Peseten	8,25
LKR	Sri Lanka-Rupien	18,80
ZAR	Südafrikanische Rand	275,00
SDP	Sudanesische Pfund	1,25
SRG	Suriname-Gulden	2,30
SZL	Swasiland-Emalangeni	275,00
SYP	Syrische Pfund	50,00
TWD	Taiwan-Dollar (Neue)	37,00
TZS	Tansania-Shilling	1,75
THB	Thailändische Bahts	40,10
TTD	Trinidad- und Tobago-Dollar	170,00
CZK	Tschechische Kronen	38,00
TND	Tunesische Dinar	1 070,00
TRL	Türkische Pfund/Lire	0,018
AED	UAE-Dirhams (Ver. Arab. Emirate)	280,00
UGX	Uganda-Shilling	1,00
UAK	Ukrainische Karbowanez	0,006
HUF	Ungarische Forint	7,30
UYU	Uruguayische Pesos (\$U)	145,00
USD	US-Dollar	1 020,00
VEB	Venezolanische Bolivares	3,50
VND	Vietnam-Dong	0,09
ZRN	Zaires (Neue)	0,10
CYP	Zypern-Pfund	2 220,00

Mit Ablauf des 31. Dezember 1995 werden sämtliche vorher ergangenen Erlässe außer Kraft gesetzt.

Zollwertkurse

Als Umrechnungskurse zur Ermittlung des Zollwertes sowie zur Berechnung der Umsatzsteuer (Einfuhrumsatzsteuer), der Versicherungssteuer, der Feuerschutzsteuer und von in ausländischen Währungen ausgedrückten Versicherungsprämien werden allmonatlich auf Grund des § 49 des Zollrechts-Durchführungsgesetzes, BGBl. Nr. 659/1994, des § 5 Abs. 5 und des § 20 Abs. 6 des Umsatzsteuergesetzes 1994, BGBl. Nr. 663/1994, des § 5 Abs. 6 des Versicherungssteuergesetzes 1953, BGBl. Nr. 133/1953, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 449/1992, sowie des § 3 Abs. 3 des Feuerschutzsteuergesetzes 1952, BGBl. Nr. 198/1952, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 13/1993, jeweils zum Monatsersten und bei größeren Kursschwankungen fallweise auch während des Monats für bestimmte ausländische Währungen **Zollwertkurse** festgesetzt.

Zollentrichtungskurse

Das Bundesministerium für Finanzen setzt ferner für bestimmte ausländische Währungen Umrechnungskurse für alle Barzahlungsfalle der Zollverwaltung fest (**Zollentrichtungskurse**).

Verlautbarung

Die Zollwertkurse und die Kassenwerte werden jeweils im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ sowie im „Amtsblatt der osterreichischen Finanzverwaltung“, die Zollentrichtungskurse hingegen nur im „Amtsblatt der osterreichischen Finanzverwaltung“ sowie durch Anschlag bei den Zollämtern verlautbart.

Barabhebungskurse

Für die Abhebung der Auslandszulagen gemäß § 21 GG 1956 an bestimmten Dienstorten sind folgende Barabhebungskurse für je 100 Währungseinheiten (Umrechnungskurse für die Auslandsbeholdung) festgesetzt (Stand: 1. Februar 1996):

Auslandszahlungsverkehr

377

ISO-Code Währung

Schilling

LYD	Libysche Dinar	1 100,00
-----	----------------------	----------

An den übrigen Dienstorten gelten für die Abhebung der Auslandszulagen die jeweils festgesetzten Kassenwerte.